



Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

*Herausgegeben von der
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien*

Band 179

Reihe
Parlament und Öffentlichkeit 9

Claudia C. Gatzka

Die Demokratie der Wähler
Stadtgesellschaft und politische Kommunikation
in Italien und der Bundesrepublik 1944–1979

Droste Verlag 2019

Die Dissertation wurde im Jahr 2017 mit dem Tiburtius-Preis der Berliner Hochschulen ausgezeichnet.



Copyright © 2019 by
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Berlin
www.kgparl.de
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 2019
www.drosteverlag.de
ISBN 978-3-7700-5344-5

Vorwort

Die repräsentative Demokratie ist eine Fernbeziehung zwischen Wählern und Gewählten, die immerfort an ihrer Kommunikation arbeiten. In historischer Perspektive war sie stets problematisch, und dieses Buch handelt von ihren alltäglichen Beziehungsgesprächen. Es versucht aus der Kakophonie von Stimmen und Blickwinkeln, Deutungen und Interessen ein kompliziertes Verhältnis im Wandel der Zeit zu verstehen. Diese Form der historischen Wissenschaft von Politik und Gesellschaft lehrte mich Thomas Mergel. Er tat das mit einer unerschütterlichen Freude an Erkenntnis, einem unnachgiebigen Anspruch an analytische Präzision und einer unerreichten Gabe, als Freund und Betreuer Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden – auch in schweren Zeiten.

Eine zweite Quelle dieses Buches sprudelt in Bologna, wo Stefano Cavazza mich mit offenen Armen empfing. Mein Verständnis von Italien verdankt ihm und dieser Stadt sowie Manola Cantera und Alberto Scoma fast alles. Maria Chiara Sbiroli, Simona Granelli, Paola Furlan, Luca Pastore sowie Francesco Altamura in Bari haben mich mit größtem Engagement in Archiven und Bibliotheken unterstützt. Dieselbe Hingabe erfuhr ich in Sankt Augustin von Konrad Kühne.

In seiner Anlage und Konzeption ist dieses Buch Produkt der intellektuellen Kameradschaft mit Benjamin Schröder. Meine Promotionszeit hätte ich nicht in besserer Gesellschaft verbringen können. Mit Sonja Levsen teilte ich die Lust am Vergleich und am Nachdenken über Demokratie jenseits großer Narrative. Dass sie erkannte, was ich tat, bevor ich es selbst recht erkennen konnte, beeinflusste meinen Weg entscheidend. Petra Terhoeven hat meine Arbeit auf verschiedenen Etappen mit Interesse, Wohlwollen und Kritik verfolgt. Sven Reichardt und Alexander Nützenadel haben Gutachten übernommen, ohne zu wissen, auf welches Format sie sich einließen, als meine Dissertationsschrift im September 2015 von der Philosophischen Fakultät I der Humboldt-Universität zu Berlin angenommen wurde. Die hier vorgelegte, stark gekürzte und um ein Kapitel ergänzte Version ist getragen von dem Ansinnen, all ihren hilfreichen Hinweisen und Einwänden Genüge zu tun. Der KGParl danke ich für die Veröffentlichung meiner Arbeit in ihrer Schriftenreihe. Andreas Schulz, Andreas Biefang und Andrea Leonhardt haben die Drucklegung mit aller Umsicht und Geduld unterstützt.

Das finanzielle Fundament meiner Forschung legten der DAAD, die Fritz Thyssen Stiftung, die Kollegen Malte Zierenberg, Florian Kühnel und Friedemann Pestel mit ihren eigenen Einwerbungen, Thomas Mergel, Peter Burschel und Jörn Leonhard, die mich vertreten ließen, sowie das DHI Rom, wo sich Lutz Klinkhammer und Martin Baumeister meiner Arbeit annahmen. Die Spuren des intellektuellen und persönlichen Umfelds, das Jörn Leonhard,

Sonja Levsen, Theo Jung, Christina Schröer, Friedemann Pestel und Fabian Rausch mir in Freiburg schufen, haben sich in dieses Buch eingeschrieben. Ihnen sowie Malte Zierenberg, Christiane Reinecke, Kathrin Kollmeier und Frank Reichherzer in Berlin danke ich für das Privileg, ihrem Denken lauschen und ihren Zuspruch erfahren zu dürfen. Dagmar Lissat und Athanasia Koiou waren stets zur Stelle, um Erkenntnis möglich zu machen. Andrew I. Port, Hedwig Richter, Tobias Weidner, Monica Cioli, Kiran Klaus Patel, Armin Owzar, Christina von Hodenberg, Frank Bösch und Paul Nolte inspirierten, berieten oder bestärkten mich.

Intellektuell profitiert hat dieses Buch zudem von Diskussionen mit Dirk Schumann, Petra Terhoeven, Andreas Schulz, Gabriele Metzler, Ulrich Herbert, Simone Derix, Christian Jansen, Paul Nolte, Oliver Janz, Habbo Knoch und ihren Mitarbeiter*innen. Kluge Kommentare zum Text lieferten Sonja Levsen, Tabea Nasaroff, Stefan Dölling, Felicia Kompio, Theo Jung, Franziska Kuschel, Jonas Brendebach, Sebastian Gatzka, Sonja Dolinsek, Franziska Kelch, Mathias Häussler, Benjamin Rohrer, Christina Schröer, Thomas Zimmer, Sabine Mischner und Florian Wagner. Meine Mutter nahm sich der Fußnoten an, und Ralf Kretzschmar beriet bei ästhetischen Fragen und bewahrte mich vor zuviel Pathos im Vorwort. Alle verbliebenen Fehler sind meine.

Begonnen und vollendet hätte ich dieses Buch nicht ohne die Menschen, die mich kennen und erkennen. Meine Eltern, mein Bruder und Familie waren voller Verständnis, Kraft und Zuversicht. Falk Prenger, Franziska Kelch, Tina Vettorazzi, Johanna Schade, Stefan Dölling, Florian Stahlhofen, Sonja Dolinsek, Franziska Kuschel, Felicia Kompio, Maria Kersten, Thomas Lappi, Tabea Nasaroff, Maria Neumann, Chiara Casalini, Alessandro Pisanello, Jan Richter und Christian Sammer haben mich getragen. Helene Gatzka (*1930) und Margarethe Hold (*1936), die meinen Weg bahnten, hatten glücklicherweise die Geduld, zu warten.

In Berlins Oderberger Straße 2, wo ein scheues Reh zum Verweilen einlädt und Gregor, Dreizehn, Angie, Jule und andere mir Raum zum Schreiben gaben, möge ein Belegexemplar durchdachter Nächte im Vorübergehen zur Lektüre einladen. Allen Genannten sowie jenen, die ich zu meinem Bedauern vergessen habe, gilt mein tiefster Dank für ihre Begleitung durch eine faszinierende, lehrreiche, liminale Dekade.

Berlin, im Mai 2019

Claudia C. Gatzka

Inhalt

Vorwort	5
Einleitung	11
Nach der Diktatur. Zum deutsch-italienischen Vergleich	14
Wege der »Demokratisierung«. Historiographische Narrative	21
Wähler und Parteien. Die Nachkriegsdemokratie als historische Konfiguration ...	27
Politische Kommunikation als lokale Praxis – die Stadt als Handlungsraum	34
Orte, Akteure, Quellen und Aufbau der Untersuchung	40
Erstes Kapitel	
Die neue Ordnung. »Politik« in der Nachkriegsstadt	49
1. Wer waltet. Ferner Staat und neue Herrscher	52
Italienische Selbstermächtigungen	52
Warten auf den Staat in Deutschland	60
2. Was Politik ist. Aufräumen im Ausnahmezustand	63
Milch, Moral und Graswurzel. Italiens Politik der <i>concretezza</i>	64
Die Ferne der Politik. Deutsche Aufräumarbeiten	77
3. Wozu politische Organisation dient. Das Erbe der Mitgliedschaft	88
Den Massen auf den Fersen. Parteien und Italiener	89
Nachkriegsentfremdung. Parteien und Westdeutsche	99
Der Fluch des Fragebogens. Entnazifizierung im lokalen Verständnis	106
4. Wo Politik sitzt. Topographien der demokratischen Stadt	114
Raumbesetzungen in Italien	114
Gereinigte Räume in Deutschland	121
Zusammenfassung	127
Zweites Kapitel	
Raum für die Parteien. Politische Repräsentation und Spielregeln im Kalten Krieg	131
1. Mannschaft und Bekenntnis. Personelle Ressourcen	135
2. Massen und Symbole. Stilfragen der Demokratie	145
Das »wahre« Volk. Massenpolitik in Italien	147
Kommunikation mit dem Staat. Der PCI als Protestpartei	159
Entsinnlichung von unten. Die westdeutsche Abkehr vom »alten Stil«	162

Die Unrepräsentierbarkeit des Volkes. Medialisierungsanreize in der Bundesrepublik	168
3. Plakate und Balkone. Die Besetzung der Stadt	175
Erobern und verteidigen. Die Aufteilung der italienischen Stadt	175
Wacht über die Piazza	185
Dem Stadtbild verpflichtet. Spuren der Politik in Deutschland	188
4. Podium und Publikum. Kommunikation auf der Wahlveranstaltung	197
Die Bühne der Stadt. Bewährungsproben auf der Piazza	197
Parteien unter sich. <i>Bella figura</i> auf der deutschen Wahlversammlung	203
5. Fäuste und Demokratie. Die Verbannung der Gewalt	212
»Explosionen« und Ordnung im deutschen Versammlungsaal	213
Legitimität durch Frieden. Der Wettbewerb der Ordnungsmächte in Italien ..	219
Gefechte im Viertel und deutsche Schweigsamkeit	227
Zusammenfassung	235

Drittes Kapitel

Die Nähe des Parlaments. Verbindungen zum Wähler in der jungen Demokratie	239
1. Kontakte knüpfen. Parteiagenten an der Wählerfront	243
Italienische Propagandisten und die Produktion der Subkulturen	244
Politik an der Haustür, Gespräche im Viertel. Die <i>campagna capillare</i>	249
Unter uns. Deutsche Milieulogiken in gewandelten Vierteln	261
Politik im Verborgenen. Indirekte Wege und »weibliche« Kanäle	270
2. Das Volk vertreten. Bilder des Souveräns im Spiegel des Parlaments	277
Avantgarden und »Indifferente«: Das politische Erziehungsverhältnis	278
Die deutsche Ideologie des gesunden Menschenverstandes	287
Die Maßlosigkeit der Parteien. Probleme mit der Macht in Italien	295
Kontraste und Fraktionen. Das Verhältnis zum Pluralismus	299
Lokalkandidaten als Identifikationsfiguren	303
3. Dem Ganzen dienen. Lokale Wege zur Volkspartei	315
»Spiegelbild aller Schichten«? Wählerinteressen im Wiederaufbau	316
Leistung für alle. Zur Funktion von Lokalität	327
Zusammenfassung	333

Viertes Kapitel

Konsumbürgern begegnen. Treffpunkte der Parteiendemokratie in Städten des Booms	337
1. Politik und Konsum. Ambivalente Lesarten	339
2. Ein heißer Draht? Fernsehen und politische Marktlogik	348
Massenmediale Impulse: Neue Zugänge zum westdeutschen Wähler	350
Unliebsame Konkurrenz: Italiens kontaminierte Mattscheibe	359
3. Verbraucherfreundliche Politik. Westdeutsche Annäherungen	366
Politischer Service und die Belebung des öffentlichen Raumes	367
Bürgernähe. Lokalität und lokale Personalisierung	378
Politik zum Vergnügen	385
4. Der Preis der Tradition. Italienische Kontaktverluste	391
Der Fluch der Piazza. Vom Problem, die Massen loszulassen	392
Löcher im Netz. Vom Problem der Mobilität	400
Das Phantom der Jugend. Auf dem Weg zum Protest	410
Zusammenfassung	415

Fünftes Kapitel

Demokratie unter Druck. Politische Verständigung in Zeiten der Krise 1967–1979	419
1. Angriff und Verteidigung. Der Auftritt der Protestakteure	422
Revolutionäre Renaissance in Italien	423
Angriff von außen? Zur Wahrnehmung der Protestakteure	431
Der Verlust der Ordnungsmacht. Gewalt gegen die Parteiendemokratie in Italien	440
Vom Leben mit der APO: Störungen in Deutschland	450
2. Krisenpartizipation. Die Hochzeit der deutschen Parteiendemokratie	461
Blütezeit der Sachlichkeit. Auf den Spuren der 1968er	462
Wählerprotagonismus. Selbstmobilisierung und direkte Kommunikation	475
»Fröhlich« durch die Siebziger. Konfliktmanagement in polarisierten Zeiten ..	485
Ernüchterung. Die ambivalenten Folgen der Politisierung	491
3. Die Schule der Parteiendemokratie. Krisenkommunikation in Italien	495
Riskante Themen und beschränkte Debatten	497
Die »wahre« Krise und die Politisierung der Partizipation	503
Der enttäuschte <i>popolo</i> und die Grenzen der »Erneuerung«	509
Zusammenfassung	519
 Schlussbetrachtung	 523

Abkürzungsverzeichnis	536
Verzeichnis der Abbildungen, Grafiken und Tabellen	538
Quellen und Literatur	540
Personenregister	613

Einleitung

Im Frühjahr 1948 verdeutlichte das populäre Magazin *Life* seinen nordamerikanischen Lesern, dass in Europa ein historisches Ereignis bevorstand. Eine große Reportage porträtierte das politische Italien drei Jahre nach Kriegsende an einer Weggabelung der Weltpolitik:

On April 18 the people of Italy will go to the polls to elect their first free parliament in a quarter of a century. Sicilian peasants will leave their patches of parched earth, bowed Abruzzi shepherds their flocks and white-faced nuns their shaded cloisters. Miners will emerge from Sardinia's coal pits, and Neapolitan fishermen will leave their nets to dry in the sun. [...] How the vote goes will influence the course of European history for perhaps a hundred years.¹

Ob die ersten italienischen Parlamentswahlen die Geschichte Europas wirklich für einhundert Jahre beeinflussten, ist fraglich. Doch die symbolische Bedeutung des anstehenden Urnengangs konnte tatsächlich größer kaum sein. Dass die Italiener überhaupt wieder frei wählten, stand für den Sieg der liberalen Demokratie über das faschistische Europa, den die USA im Weltkrieg der ideologischen Ordnungssysteme errungen hatten.² Die Wahlen markierten den Wiedereinzug des Parlamentarismus in ein Land, das in den 1920er und 1930er Jahren die Vorstellung von der Diktatur als einer besseren, einer »autoritären Demokratie« wesentlich geprägt hatte.³ Als Frontstaatenbewohner im beginnenden Kalten Krieg entschieden die Italiener im April 1948 darüber, ob sie dem Westen verbunden bleiben oder einem Wahlbündnis aus Sozialisten und Kommunisten die Regierungssessel überlassen würden. Angesichts der Tragweite des möglichen Wahlausgangs schalteten sich die USA diplomatisch, propagandistisch und finanziell in den Wahlkampf ein und hätten wohl bei einem linken Wahlsieg auch militärisch interveniert.⁴ Indem sich eine Mehrheit der Italiener an den Urnen für die Christdemokratie entschied, votierte sie im Sinne der antikommunistischen Propaganda auch für die Verteidigung der freien Wahlen als des basalen Guts der Demokratie.

Ganz so dramatisch war die Situation ein gutes Jahr später nicht, als sich die Westdeutschen auf den Weg zu den Wahllokalen begaben, um das erste Parlament ihrer zweiten Republik zu bestimmen. Doch auch hier standen die Wahlen

¹ Pre-election report on Italy, in: *LIFE*, 24. Jg., Nr. 15 v. 12.4.1948.

² Vgl. M. MAZOWER, *Dark Continent*, 1999, S. 185–200; M. CONWAY, *Democracy*, 2002, S. 61–63; A. DOERING-MANTEUFFEL, *Zeitbögen*, 2014, S. 324.

³ Vgl. D. RILEY, *Civic Foundations*, 2010; S. REICHARDT, *Faschistische Beteiligungsdiktaturen*, 2014, S. 137 f.; S. CAVAZZA, *Miti e consenso*, 2013, S. 445; F. BAJOHR, *Zustimmungsdiktatur*, 2005, S. 111.

⁴ Vgl. R. A. VENTRESCA, *From Fascism to Democracy*, 2004; K. MISTRY, *American intervention*, 2011.

im Zeichen der Westintegration und markierten den Sieg der westlich-liberalen Demokratie über die nationalsozialistische Diktatur. In der *Welt* berichtete ein Reporter von einem Hamburger Wahllokal: »Der erste Wähler war ein braun-gebrannter junger Mann mit einer weißen Autokappe. Knatternd sauste sein Motorrad nach der feierlichen Handlung mit ihm um die nächste Ecke. ›Ich mache das zum ersten Mal in meinem Leben‹, hatte er mir noch im Anfahren zugerufen.« Der Artikel zeichnete das Bild eines gut gelaunten, disziplinierten Wahlvolks, das mit dem Wählen den feierlichen Akt der Regierungskür verband. »Die Partei ist egal – aber gewählt muß werden!«, ließ sich ein Bahnhoftsfriseur zitieren, der seine Kunden unter dem Rasiermesser ermahnte, falls sie ihrer Pflicht noch nicht nachgekommen waren.⁵

Das mediale Bild eines im Wählen vereinten Landes, wie es *Life* und die *Welt* entwarfen, war im Kalten Krieg selbst ein gutes Stück Propaganda für den Westen und sollte die Parlamentswahlen in Italien und der Bundesrepublik über Jahrzehnte begleiten. In der Tat erwiesen sich Westdeutsche und Italiener im internationalen Vergleich als besonders eifrige Wahlbürger.⁶ Wie aber interpretierten sie ihre Rolle als demokratischer Souverän, nachdem sie der Diktatur doch einiges hatten abgewinnen können? Welches Verhältnis fanden sie zu Parlament und Parteien, die in den faschistischen Regimen kaum jemand vermisst hatte?⁷ Wie verständigten sie sich mit ihren neuen Vertretern über die Legitimität politischer Repräsentation? Und was hielt Wähler und ›Establishment‹ zusammen, als junge politische Akteure seit den 1960er Jahren die parlamentarische Demokratie erneut in Frage stellten?

Das vorliegende Buch erzählt eine Beziehungsgeschichte zwischen Wählern und Gewählten in Italien und der Bundesrepublik, die nach 1945 die Erfahrung einer radikalen politischen Ordnungsalternative teilten. Es untersucht das Verständnis von parlamentarischer Demokratie durch die Linse politischer Kommunikation vor den Haus- und Wohnungstüren der Bürgerinnen und Bürger. Dabei manövriert es durch die Klippen dreier großer Erzählungen: einer Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, einer Krisengeschichte der italienischen Republik und einer angloatlantischen Geschichte vom Formenwandel des Politischen, den die sozialen Bewegungen in den späten 1960er Jahren anstießen.⁸ In allen drei Erzählungen fungieren namenlose Wähler eher als passives Publikum, dem sich die historische Forschung gern über zeitgenössische Meinungsumfragen oder ›im Spiegel‹ der massenmedialen Öffentlichkeit nähert. Doch Meinungsumfragen wie Massenmedien produzierten

⁵ So erlebte Hamburg den Wahlsonntag, in: DIE WELT, 15.8.1949.

⁶ In Italien wurde dies noch forciert durch eine Wahlpflicht. Nicht-Wähler wurden amtlich vermerkt und in der Frühzeit der Republik an kommunalen Wandtafeln öffentlich genannt.

⁷ Vgl. F. BAJOH, *Fremde Blicke*, 2011, S. 27 f., 316–320; R. PERGHER/G. ALBANESE, *Introduction*, 2012; sowie die einschlägigen Beiträge in P. CORNER, *Popular Opinion*, 2009.

⁸ Zu Letzterem vgl. B. DAVIS, *What's Left?*, 2008; zu den beiden anderen Meistererzählungen siehe den zweiten Abschnitt dieser Einleitung.

eigene Repräsentationen gesellschaftlicher Realität und folgten dabei zum einen sozialwissenschaftlichen Kategorien, die auf die Quantifizierung der gesammelten Daten zielten, und zum anderen medialen und kommerziellen Logiken. Für die zeitgenössische Politik und für die gesellschaftliche Selbstbeobachtung waren sie von starkem Einfluss, können jedoch nicht als Abbild der Wählerschaft gelten.⁹

Demgegenüber nähert sich die vorliegende Studie Wahlbürgerinnen und Wahlbürgern als deutenden und gedeuteten Akteuren im politischen Geschehen. Dazu genügt es nicht, sie einfach nur sprechen zu lassen, etwa durch die Briefe, die sie schrieben. Vielmehr gilt es, die Situationen ihres Sprechens und Angesprochen-Seins umfassend zu rekonstruieren, um einschätzen zu können, worauf sie reagierten. Es geht also darum, sie als Teilnehmer im politischen Kommunikationsprozess ernstzunehmen. Zentraler Schauplatz der Studie ist die Stadt, wo Wähler die Politik beobachteten und mit ihr konfrontiert wurden. Sie fragt danach, wie sich parlamentarische Politik im urbanen Alltag präsentierte, interessiert sich für die Zuschreibungen, die Wahlbürger trafen, die Angebote zu politischer Kommunikation, die sie annehmen oder ausschlagen konnten, die Deutungen und Beobachtungen der Medien, die sie beeinflussten, und schließlich für ihre aktive Teilhabe am politischen Kommunikationsgeschehen. Es handelt sich weniger um eine Alltagsgeschichte der Demokratie, die den »eigen-sinnigen« Umgang der Zeitgenossen mit Politik beleuchtet, sondern um eine Geschichte der parlamentarischen Demokratie, wie sie sich in der urbanen Alltagskommunikation zwischen Wählern und Gewählten zeigte.¹⁰ Damit versteht sich das Buch als ein translokal vergleichender Beitrag zur Politikgeschichte Westeuropas nach 1945.¹¹

⁹ Zu den Massenmedien als »symbolischer Form« der Massendemokratie vgl. B. WEISBROD, Medien, 2001. Zur Problematik zeitgenössischer sozialwissenschaftlicher Daten und Beobachtungen für die Zeitgeschichte vgl. R. GRAF/K. C. PRIEMEL, Zeitgeschichte, 2011. Meinungsumfragen erfreuen sich als Quellen indes dauerhafter Beliebtheit. Siehe etwa M. GREIFFENHAGEN, Vom Obrigkeitsstaat zur Demokratie, 1984; E. WOLFRUM, Die geglückte Demokratie, 2007, S. 59 f., 181; K. H. JARAUSCH, Umkehr, 2004, S. 62 f., 190 f.; N. FREI, Vergangenheitspolitik, 2012, S. 319; A. SCHILDT, Annäherungen, 2011, S. 19, 24, 26; K. HANSHEW, Terror and Democracy, 2012, S. 73; C. v. HODENBERG, Das andere Achtundsechzig, 2018.

¹⁰ Dieser Ansatz ist inspiriert von der Wissenssoziologie Alfred Schütz und seiner Schüler. Demnach stellen die sozialen und lebensweltlichen Herausforderungen des Alltags die primäre Realität der Zeitgenossen dar, während abstrakte Systeme wie Politik, Wirtschaft oder Religion hier *ausschließlich symbolisch* repräsentiert sind und als solche hier kommunikativ hergestellt werden müssen. Vgl. A. SCHÜTZ, Symbol [1955], 2003, S. 169 f., 174; P. L. BERGER/T. LUCKMANN, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, 2012, 25 f., 28 f. Zu alltagsgeschichtlichen Ansätzen, die sich graduell vom hiesigen Ansatz unterscheiden, indem sie stärker nach dem »eigen-sinnigen« Umgang der Zeitgenossen mit einem scheinbar von oben über sie hereinbrechenden Phänomen fragen, vgl. A. LÜDTKE, Alltagsgeschichte, 2003; DERS., Eigen-Sinn, 1993; P. STEEGE u. a., History of Everyday Life, 2008; T. LINDENBERGER, Diktatur der Grenzen, 1999.

¹¹ Vgl. K. H. JARAUSCH/T. LINDENBERGER, Contours, 2007, S. 16.

Die Stadt bildet dabei in mehrfacher Hinsicht ein besonderes Untersuchungsfeld. Als Alltagsraum ermöglichte sie direkte Begegnungen zwischen Wählern und Politik an konkreten Orten. Als eine Form politischer Öffentlichkeit wartete sie mit lokalen Medien, diversen Sprechern und eigenen Beobachtungsmustern auf. Als Miniatur der *political society* bildete sie die Pluralität der Gesellschaft und ihrer sozialen Konflikte ab. Als lokale *community* war sie zugleich immer auch ein Ort, wo Einigkeit hergestellt und Unruhe vermieden werden musste. Als Projektionsfläche für soziale Einheitsvorstellungen, gleich einer »Nation im Kleinen«, und in seiner identitätsstiftenden Spannung zum Nationalen hat die historische Forschung die Bedeutung des Lokalen gerade für Deutschland und Italien häufig herausgearbeitet, allerdings vorrangig für die Zeit vor 1945.¹² Aus zeitgeschichtlicher Perspektive und für die vorliegende Studie bietet sich die Stadt als Beobachtungsraum darüber hinaus an, weil sich die politischen, materiellen und sozialen Umwälzungen, die Westeuropa seit den 1940er Jahren erfuhr, im Urbanen sedimentierten. Vor der Haustür des Wahlvolks warteten, lauerten, lockten und drohten die Folgen des Krieges, die Herausforderungen des Wiederaufbaus, die Segnungen der Konsumgesellschaft, die Schattenseiten der Modernisierung, die Pappschilder junger Demonstranten, die Grenzen des Wachstums und die Bomben der Terroristen. Wie sich Deutsche und Italiener inmitten dieser Szenerien ein Bild von der parlamentarischen Demokratie machten und Kommunikationskanäle zu ihren politischen Vertretern aufbauten, und welche Berg- und Talfahrten ihre kommunikative Beziehung durchlief – davon erzählt das vorliegende Buch.

Nach der Diktatur. Zum deutsch-italienischen Vergleich

Die Studie beginnt mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges; heuristisch verortet sie sich jedoch im gesamten 20. Jahrhundert als eines Jahrhunderts der Massenpolitik. Sie versteht das Jahr 1945 weniger als eine Zäsur denn als Scharnier in der Geschichte moderner Massengesellschaften, die auf der Suche waren nach dem »richtigen« Prinzip sozialer Ordnung und politischer Repräsentation – ob in Diktatur oder Demokratie.¹³ Deutschland und Italien standen dafür

¹² Vgl. R. PETRI, Die »kleinen Räume« der Nation, 2003; O. JANZ, Zentralismus und Föderalismus, 2000, darin zu Italien insb. I. PORCIANI, Lokale Identität, 2000; A. CONFINO, Nation as Local Metaphor, 1993; C. APPELEGATE, Nation of Provincials, 1990; P. DOGLIANI/O. GASPARI, L'Europa dei Comuni, 2003. Zur Persistenz lokaler und zur Steigerung regionaler Identitäten im Faschismus vgl. S. CAVAZZA, Piccole patrie, 1997; F. VOLLMER, Politische Kultur, 2007; P. CORNER, Fascist Party, 2012, S. 31 f., 35, 46, 124, 131–133; DUGGAN, Fascist Voices, 2013, S. 177; zu NS-Deutschland und der BRD vgl. A. v. SALDERN, Inszenierter Stolz, 2005.

¹³ Vgl. M. MAZOWER, Dark Continent, 1999, Kap. 7; B. WEISBROD, Politik der Repräsentation, 2000; M. CONWAY/P. ROMIJN, The War for Legitimacy, 2008; T. MERGEL, Dictatorship and Democracy, 2011; A. SCHILDT, Jahrhundert der Massenmedien, 2001; C. HIKEL u. a., Lieschen Müller, 2009; T. ETZEMÜLLER, Die Ordnung der Moderne, 2009; S. CAVAZZA, Dimensione massa, 2004; E. FIMIANI, »L'Unanimità più uno«, 2017. Zum Plausibilitätsverlust politischer Zäsuren im 20. Jahrhundert vgl. A. DOERING-MANTEUFFEL, Zeitbögen, 2014, S. 324 f.; U. HERBERT, Europe in High Modernity, 2007.

emblematisch. Sie verband das Experiment faschistischer Diktaturen, die sich als Kriegsregime eng verflochten hatten¹⁴, und sie verband die Herausforderung, diese Erfahrung zu verarbeiten, als sie nach 1945 in den Reigen der liberalen Demokratien zurückkehrten. Wenn Paul Nolte die Geschichte der Bundesrepublik als eine »Nachgeschichte« des Nationalsozialismus entworfen hat, so gilt das in diesem umfassenden Sinne auch für die Geschichte Italiens als einer Republik nach dem *Ventennio*. Wenn Deutsche und Italiener sich nach 1945 fragten, wie das ›Volk‹ am legitimsten zu repräsentieren sei, verhandelten sie das immer auch als *postfaschistische* Gesellschaften. Die Studie behilft sich mit diesem analytischen Begriff, obwohl er freilich die Unterschiede zwischen den beiden Regimen weichzeichnet, um ihr Tertium comparationis zu verdeutlichen: die Verständigung über die Legitimität einer Demokratie, die das Erbe faschistischer Diktaturen antrat.¹⁵

Die Geschichtswissenschaft betrachtet die Schatten dieser Vergangenheit vor allem anhand der Erinnerungskulturen und der Strategien im Umgang mit Schuld, Täterschaft und Opferschaft.¹⁶ Im Folgenden geht es hingegen darum, wie demokratische Politik im postfaschistischen Alltag sichtbar, vermittelbar und repräsentierbar wurde. Jüngere Studien haben herausgehoben, wie massiv Nationalsozialismus und Faschismus die lokale Lebenswelt überformten. Für Deutsche und Italiener bedeutete die Zeitgenossenschaft im Regime ein Entgrenzungserlebnis von Politik und eine spezifische Partizipationserfahrung, gerade in den Städten.¹⁷ Wer nicht exkludiert oder verfolgt wurde, sah sich einem expandierenden Inklusionssystem aus NSDAP und PNF, angeschlossenen Verbänden und wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen ausgesetzt. In einer Partei organisiert oder für das Gemeinwesen engagiert gewesen zu sein, war etwas, das gerade junge Zeitgenossen mit der Diktaturerfahrung verbanden. Die Mobilisierungsmuster folgten dabei einer militärischen Logik. Disziplin, hierarchische Strenge, Aufopferung und Kampfeswille waren Ansprüche, denen Frauen und Männer spätestens in den Kriegsregimen gehorchen sollten, auch wenn sie in der Erinnerung bisweilen durch positiv konnotierte Erfahrungen

¹⁴ Vgl. D. LIEBSCHER, *Freude und Arbeit*, 2009; T. SCHLEMMER u. a., *Die Achse im Krieg*, 2010; P. BERNHARD, *Metropolen*, 2011; T. SCHLEMMER/H. WOLLER, *Essenz oder Konsequenz?*, 2014; H. WOLLER, *Mussolini*, 2016. Verhaltener zu den Ähnlichkeiten und Verflechtungen: C. DIPPER, *Ferne Nachbarn*, 2005, S. 22 f.

¹⁵ Zur Begriffsprägung vgl. W. SCHIEDER, *Faschistische Diktaturen*, 2008.

¹⁶ D. FULDA u. a., *Demokratie im Schatten der Gewalt*, 2010; GLIENKE u. a., *Erfolgsgeschichte Bundesrepublik?*, 2008; M. BERG, *After fascism*, 2009; R. BESSEL/D. SCHUMANN, *Life after Death*, 2003; F. BIESS/R. G. MOELLER, *Histories of the Aftermath*, 2010; S. GUNDLE, *Aftermath*, 2013; C. BALDASSINI, *L'ombra di Mussolini*, 2008; P. GASSERT, *Coping*, 2006; C. FRÖHLICH/M. KOHLSTRUCK, *Engagierte Demokraten*, 1999; R. J. B. BOSWORTH/P. DOGLIANI, *Italian fascism*, 1999.

¹⁷ Vgl. C. MEYER, »Privatangelegenheit«, 2007; M. FULBROOK, *Dissonant Lives*, 2011; C. DUGGAN, *Internalisation*, 2013; A. WIRSCHING, *Volksgemeinschaft*, 2014; J. STEUWER, »Ein Drittes Reich«, 2017; F. VOLLMER, *Politische Kultur*, 2007; P. CORNER, *Fascist Party*, 2012. Zum zeitgenössischen Reden von Nationalsozialismus und Faschismus als »Politik« vgl. C. DUGGAN, *Fascist Voices*, 2013, S. 163; V. KLEMPERER, *Zeugnis*, Bd. II: 1935–1936, 1999, Eintrag v. 20.6.1935, S. 37.

der Kameradschaftlichkeit überdeckt wurden.¹⁸ Die Regime und ihre Wohlfahrtseinrichtungen richteten den Einzelnen primär auf seine Funktion für das soziale Ganze aus und machten die Gemeinschaftsutopien der »Volksgemeinschaft« sowie der *comunità nazionale* zu handlungsleitenden Maximen in der sozialen Lebenswelt. Dies äußerte sich in der massiven Erfahrung sozialer Kontrolle im Alltag, aber auch im Voluntarismus der Vielen, die sich aus eigennützigem oder altruistischer Motivation heraus zu Agenten des Regimes machten.¹⁹ In Italien kam der faschistischen Partei zudem die besondere pädagogische Aufgabe zu, die Italiener im Sinne ihrer Ideologie zu »neuen Menschen« zu formen und sie zur Unterordnung gegenüber dem Staat zu erziehen, was ihr freilich nur bedingt gelang.²⁰ Auch deshalb zählte die physische Gewalt zu den zentralen Mitteln politischer Partizipation und sozialer Kontrolle in den faschistischen Diktaturen, ob gegen politisch Andersdenkende, rassistisch Exkludierte oder sozial Deviante. In Italien war sie alltäglicher und stärker klassenpolitisch konnotiert als in NS-Deutschland; zugleich blieb dort aber auch eine sozialistische Gegensymbolik vital, die sich des Öfteren in kleinen symbolischen Widerstandshandlungen im Alltag italienischer Städte und Gemeinden zeigte.²¹ Nicht zuletzt beruhte der Konsens in den Regimen wesentlich auf der Wahrnehmung ihres sozioökonomischen Erfolges und auf sich ausweitenden Konsummöglichkeiten. In den 1930er Jahren konnte sich der Alltag in den faschistischen Diktaturen so durch ein gehöriges Maß an perzipierter »Normalität« auszeichnen, die dann durch Kriegsbeginn und Kriegseintritt ausgehebelt wurde.²²

¹⁸ Vgl. P. TERHOEVEN, *Liebespfand*, 2003, S. 430 f.; P. WILLSON, *Working-Class Women*, 2013, S. 76 f.; A. ASCENZI/M. BRUNELLI, »Silent mission«, 2016; D. Süß, *Tod aus der Luft*, 2011, S. 67 f.; R. OVERY, *Bombardamenti*, 2012, S. 29 f.; N. KRAMER, *Mobilisierung*, 2007, S. 83 f.; DIES., *Volksgenossinnen*, 2011; F. MAUBACH, *Expansionen*, 2007; L. APEL, *Keine Unbeteiligten*, 2013.

¹⁹ Vgl. F. BAJOHR/M. WILDT, *Einleitung*, 2009; A. NOLZEN, *Inklusion*, 2009; S. REICHARDT, *Faschistische Beteiligungsdiktaturen*, 2014; W. SCHIEDER, *Faschistische Diktaturen*, 2008, S. 397–415; P. TERHOEVEN, *Liebespfand*, 2003, S. 38, 81–99, 131–136, 142–147, 150, 213–215; R. GELLATELY, *Hingeschau und weggesehen*, 2005, S. 261–265; P. CORNER, *Fascist Party*, 2012, S. 178, 232; C. DUGGAN, *Fascist Voices*, 2013, S. 156 f., 162–178; V. GALIMI, »New Racist Man«, 2012.

²⁰ Vgl. E. GENTILE, *Fascismo*, 2011, S. 172–205, 235–264; DERS., *Der »neue Mensch«*, 2014. Das Scheitern des PNF bei dieser Aufgabe betont P. CORNER, *Fascist Party*, 2012.

²¹ Vgl. M. WILDT, *Gewalt als Partizipation*, 2008; M. R. EBNER, *Terror und Bevölkerung*, 2005; DERS., *Ordinary Violence*, 2011; L. KLINKHAMMER, *Staatliche Repression*, 2005; R. J. B. BOSWORTH, *Everyday Mussolinism*, 2005; S. KELLER, *Volksgemeinschaft am Ende*, 2013. Zu symbolischem Widerstand vgl. auch F. VOLLMER, *Politische Kultur*, 2007, S. 202–208; C. DUGGAN, *Fascist Voices*, 2013, S. 163. Bei fast drei Vierteln der vor den faschistischen Sondergerichten verhandelten Fälle saß ein Industriearbeiter auf der Anklagebank, vgl. G. DE LUNA, *Donne in oggetto*, 1995, S. 17.

²² Vgl. A. WIRSCHING, *Volksgemeinschaft*, 2014; L. CASALI, *Bugie di guerra*, 2013; O. LUBRICH, *Berichte*, 2007; P. CAVALLO, *Italiani in guerra*, 1997; A. NOLZEN, *NSDAP*, 2004. Zur Konsumkultur in den Regimen vgl. D. FORGACS/S. GUNDE, *Mass Culture*, 2007; H. BERGHOFF, *Träume und Alpträume*, 2009.

Für den Umgang mit Politik nach 1945 bedeuteten diese Erfahrungen mehr als die Notwendigkeit, auf den »Führer« oder »Duce« zu verzichten und wieder mit Parlamenten und Gewaltenteilung leben zu lernen. Die einflussreichste Folge der faschistischen Diktaturen war, dass sie aufgrund ihrer Penetration des Alltags weite Räume hinterließen, die die Spuren ihrer Omnipräsenz trugen und die es nach 1945 neu auszufüllen galt. »Was ist Politik?«, fragte sich Hannah Arendt im August 1950 und brachte damit ein fundamentales Problem der Zeitgenossen auf den Punkt. Im Zeitalter der Weltkriege, totalitärer Diktaturen, atomarer Bewaffnung und der beginnenden Blockkonfrontation schien »Politik« entgrenzt und gefährlich, und Arendt sah sich deshalb veranlasst, einen neuen, positiv besetzten Politikbegriff zu entwerfen, der die »Freiheit« zum Inhalt haben sollte.²³ Was Philosophinnen umtrieb, mussten Deutsche und Italiener auch in ihrer lokalen Alltagspraxis leisten: eine Neudefinition des Politischen, nachdem es in den faschistischen Regimen alles hatte bedeuten können und in der Sowjetunion noch immer alles bedeuten konnte. Wie die Zeitgenossen eine postfaschistische Politik in der lokalen Praxis entwarfen, wie variantenreich diese Entwürfe nach der Diktaturerfahrung sein konnten, inwiefern dabei politische Traditionen fortwirkten, die älter waren als Faschismus und Nationalsozialismus, und wie situativ und kontingent die politischen Deutungsmuster waren, die in den Nachkriegsdekaden geprägt wurden: Diese Fragen bilden die zentralen Fluchtpunkte der Studie.

Während die transnationale Faschismusforschung seit einiger Zeit in ihrer Blüte steht, steckt die vergleichende historische Erforschung der Demokratie, zumal der postfaschistischen, noch in ihren Kinderschuhen, wird aber jüngst wieder verstärkt eingefordert.²⁴ Lediglich die Erinnerungskulturen, die Historiographie und die Imagepolitik im Schatten von Faschismus und Nationalsozialismus sind zum Gegenstand deutsch-italienischer Vergleiche geworden, die große Unterschiede zutage gefördert haben.²⁵ Deutsche Kenner des Feldes haben das Erkenntnispotenzial komparativer Blicke auf Italien und die Bundesrepublik zwar betont.²⁶ Doch der vor über zehn Jahren formulierten Ermunterung Charles Maiers, den Weg aus der Diktatur in das Protest- und Krisenzeitalter der langen 1970er Jahre im deutsch-italienischen Vergleich zu verfolgen, ist

²³ H. ARENDT, Was ist Politik?, 2010, S. 28 f., 77.

²⁴ Vgl. S. LEVSEN/C. TORP, Die Bundesrepublik und der Vergleich, 2016, S. 16–28; K. K. PATEL, Ex comparatione lux, 2016, S. 298–300; S. LEVSEN, Einführung, 2016. Zur transnationalen Faschismusforschung vgl. neben dem bereits Genannten: K. K. PATEL/S. REICHARDT, Dark Side of Transnationalism, 2016; G. CORNI, Fascismo e fascismi, 1989; R. BESSEL, Fascist Italy, 1996; C. DIPPER u. a., Faschismus, 1998; S. REICHARDT/A. NOLZEN, Faschismus, 2005; F. ESPOSITO, Mythische Moderne, 2011; W. NITZ, Führer und Duce, 2013; T. SCHLEMMER u. a., Die Achse im Krieg, 2010.

²⁵ E. A. GAJEK, Imagepolitik, 2013, insb. S. 503 f.; C. CORNELISSEN u. a., Erinnerungskulturen, 2003; M. v. LEHN, Historiker, 2012.

²⁶ H. WOLLER, Italien und Deutschland, 2006, insb. S. 30–33; P. TERHOEVEN, Einleitung, 2010, S. 10 f.

bislang keine Studie gefolgt, die sich tatsächlich für diesen Weg interessierte.²⁷ Für eine vergleichende Demokratiegeschichte aus erfahrungsgeschichtlicher Perspektive gibt es, so Christof Dipper, nicht einmal etwas, das als Vorstudie bezeichnet werden könnte.²⁸ Erst die Phase, als die beiden Gesellschaften erneut ihr problematisches Verhältnis zur Demokratie demonstrierten, weckt das empirische Interesse der Sozial- und Geschichtswissenschaften. Der staatliche und öffentliche Ausnahmezustand der 1970er Jahre im Angesicht der terroristischen Herausforderung bildet, gemeinsam mit den sozialen Bewegungen, den zentralen Gegenstand zeithistorischer Studien zu Vergleich, Transfer und Verflechtung über die Alpen hinweg.²⁹

In Italien ist der historische Vergleich mit Deutschland von jeher nicht sonderlich beliebt, und das hat mit der postfaschistischen Gedächtnispolitik selbst zu tun. Eine Gesellschaft, die sich seit dem Waffenstillstand 1943 kollektiv als Opfer deutscher Besatzung und »nazifaschistischer« Gräueltaten begreifen konnte, die vor der Folie der Shoah und deutscher Kriegsverbrechen ihre Diktatur als die »harmlose« Variante verklärte und sich in der kollektiven Erinnerung entweder das Siegel der unbeteiligten »guten Leute« (*brava gente*) oder des im Widerstandskampf vereinten »antifaschistischen« Volkes verlieh, wollte sich nicht mit einer deutschen Gesellschaft vergleichen, die ihr als gedächtnispolitisches Gegenüber diente.³⁰ Deshalb ist der Vergleich mit Deutschland lange Zeit »Unsitte« (Filippo Focardi) gewesen.³¹ Auch heute noch misst man sich eher an einer britisch-französischen »Normalgeschichte«, an der sich dann eine italienische Version des »Sonderwegs« entfalten lässt.³² Seitdem auch die deutsche Forschung das Paradigma der »parallelen Geschichte« beider Länder ad acta gelegt hat, herrscht in der germanophonen italienischen Zukunft die Ansicht vor, die nationalen Verhältnisse seien derart verschieden, dass nur mehr diplomatische und politisch-kulturelle Beziehungs- und Wahrnehmungsgeschichten angezeigt seien.³³

Die komparatistische Zurückhaltung hängt auch damit zusammen, dass sich die wenigen vergleichenden Überlegungen zur »Transition« von der Diktatur

²⁷ C. S. MAIER, *Italien und Deutschland*, 2006.

²⁸ C. DIPPER, *Deutsche und Italiener*, 2007, S. 2.

²⁹ L. DI FABIO, *Due democrazie*, 2018; P. TERHOEVEN, *Deutscher Herbst*, 2014; J. HÜRTER, *Anti-Terrorismus-Politik*, 2009; J. HÜRTER/G. E. RUSCONI, *Die bleiernen Jahre*, 2010; D. DELLA PORTA, *Social Movements*, 1995; M. TOLOMELLI, »Repressiv getrennt«, 2001; DIES., *Terrorismo e società*, 2007; H. REITER/K. WEINHAUER, *Police*, 2007.

³⁰ Vgl. u. a. E. COLLOTTI/L. KLINKHAMMER, *Neubewertung*, 2000; R. J. B. BOSWORTH/P. DOGLIANI, *Italian Fascism*, 1999; C. LIERMANN u. a., *Umgang*, 2007; D. BIDUSSA, *Mito*, 1994; F. FOCARDI, »Bravo italiano«, 1996; C. BALDASSINI, *L'ombra di Mussolini*, 2008.

³¹ Vgl. W. SCHIEDER, *Angst vor dem Vergleich*, 2006; F. FOCARDI, *Die Unsitte des Vergleichs*, 2006.

³² Siehe etwa P. POMBENI, *Roots*, 2002.

³³ Vgl. C. LIERMANN/F. TRANIELLO, *Italia e Germania*, 2007, S. 346. Zu Beziehungsgeschichten siehe G. E. RUSCONI/H. WOLLER, *Parallele Geschichte?*, 2006; G. E. RUSCONI u. a., *Estraniamento*, 2008; B. ROTHER, *Willy Brandt*, 2011; F. TRIOLA, *Le elezioni politiche*, 2016.

zur Demokratie und zur »Stabilisierung« der beiden jungen Republiken auf die institutionellen, parteigeschichtlichen und verfassungsrechtlichen Unterschiede konzentrieren. Dazu zählen der ausbleibende Austausch bürokratischer Eliten in Italien, die Unterschiede in der (föderalen versus zentralen) Staatsorganisation und die Diskrepanz zwischen dem nüchtern-pragmatischen Grundgesetz und der mit sozialen Visionen aufgeladenen Verfassung der italienischen Republik.³⁴ Paolo Pombeni hat zwar auch Ähnlichkeiten in der politischen Entwicklung der 1940er und 1950er Jahre erkannt, darunter die Westintegration, die erfolgreiche Integration der Regime-Belasteten oder die von Konrad Adenauer und Alcide De Gasperi forcierte europäische Zusammenarbeit. Zu den grundlegenden Unterschieden in der politischen Landschaft, auf die auch Pombeni hinweist, gehört jedoch vor allem die Stärke der italienischen Kommunistischen Partei (Partito Comunista Italiano, PCI), die ihre Bande zur Sowjetunion erst in den 1970er Jahren löste und mit ihrer Gewerkschaft intensive Arbeitskämpfe führte, während SPD und DGB erfolgreich den Weg der »Westernisierung« beschritten.³⁵ Ferner gilt der Konzentrationsprozess im westdeutschen Parteiensystem als Stabilitätsgarant, während sich sein italienisches Pendant mit mehreren liberalen, mehreren linken, einer neofaschistischen, mehreren monarchistischen und einer christdemokratischen Partei als dauerhaft stark zersplittert erwies.³⁶

Der Beweis, dass die Bundesrepublik und die Republik Italien unterschiedliche Vergleichseinheiten darstellen, ist also hinreichend geführt worden. Welche Rahmenbedingungen und Strukturmerkmale aber zu wirkmächtigen Faktoren in der historischen Entwicklung wurden, darüber kann bislang nur spekuliert werden, weil empirische Vergleiche über einen längeren Zeitraum fehlen. Christof Dipper hat solche Arbeiten eingefordert, um national spezifische Wege in die Moderne zu ergründen, ohne dem Standard westlicher Normalgeschichten zu verfallen.³⁷ Komparative Studien zum 19. und frühen 20. Jahrhundert sind diesem Programm gefolgt.³⁸ In einer Weiterentwicklung der Überlegungen Dippers, der sich auf das Zeitalter der Moderne bis 1960 bezieht, hat Lutz Raphael einen erkenntnisleitenden Rahmen für deutsch-italienisch vergleichende Forschungen nach 1960 formuliert. Er schlägt vor,

³⁴ H. ULLRICH, *Vorüberlegungen*, 2001; H. WOLLER, *Nascita*, 1993; P. MELOGRANI, *L'Italia e la Germania*, 2005; C. JANSEN, *Transizione*, 2006.

³⁵ P. POMBENI, *Politische Stabilisierung*, 2006. Zu den Arbeitskämpfen vgl. T. KÖSSLER, *Neue Ordnung*, 2007; T. KROLL, *Gewerkschafts- und Arbeitskulturen*, 2008; zur SPD vgl. J. ANGSTER, *Konsequenzkapitalismus*, 2003.

³⁶ E. WOLFRUM, *Die glückliche Demokratie*, 2007, S. 60; S. CAVAZZA, *Regionalism*, 2012; M. CACIAGLI, *Die politische Kultur*, 2012.

³⁷ C. DIPPER, *Italien und Deutschland*, 2000; DERS., *Ferne Nachbarn*, 2005; DERS., *Uguali und diversi*, 2010.

³⁸ M. BORUTTA, *Antikatholizismus*, 2010; V. GIRONDA, *Politik der Staatsbürgerschaft*, 2010; O. JANZ u. a., *Centralismo*, 2000; S. BEHRENBECCK/A. NÜTZENADEL, *Inszenierungen*, 2000; C. DIPPER, *Deutschland und Italien*, 2005.

ähnliche sozioökonomische »Basisprozesse« daraufhin zu untersuchen, wie die zeitgenössischen Gesellschaften sie »sinnhaft« verstanden.³⁹ Aus einer politikgeschichtlichen Perspektive schließlich hat Martin Conway die westeuropäischen, auch Westdeutschland und Italien umfassenden Gemeinsamkeiten in »Europe's Democratic Age« (1945–1973) analysiert, wozu etwa die besondere politische Rolle der Kirchen und der Christdemokratie sowie eine bemerkenswert lokale Orientierung der Zeitgenossen bei der Verhandlung politischer Legitimität gehörten.⁴⁰

Solche Überlegungen bewegen sich im Kontext einer transnationalen Geschichtswissenschaft, die verflochtene Perspektiven auf ihren Gegenstand entwickelt. Das vorliegende Buch verortet sich hier, wenn es die Vogelperspektive des politologischen Systemvergleichs verlässt und ein translokales Vergleichssetting entwickelt: ein Setting also, das unterhalb des Nationalen untersucht und das Lokale als Ort transnational wirksamer Einflüsse, Entwicklungen und Herausforderungen begreift. Aus dieser Perspektive stellt sich die Situation, der sich Westdeutsche und Italiener seit Kriegsende ausgesetzt sahen, in vieler Hinsicht sehr ähnlich dar. In der lokalen Lebenswelt ging es zunächst vor allem um die Bewältigung der Kriegsfolgen, die Wiederherstellung von ›Ordnung‹ und den Wiederaufbau der Städte. Dabei mussten Italiener und Deutsche in Anwesenheit unzähliger einstiger Parteigenossen von PNF und NSDAP neue (partei-)politische Loyalitäten knüpfen und entscheiden, ob sie sich wieder politisch engagieren wollten – und wie sie überhaupt zur Politik standen. Ein Angebot der Neuordnung lieferte der Kalte Krieg. Bei den Parlamentswahlen der ersten zwei Dekaden hatten Italiener und Westdeutsche neben mehreren Splitterparteien zwei große Alternativen vor Augen: eine christdemokratische Regierungspartei, die von der katholischen Kirche unterstützt wurde und für die Anbindung an den Westen stand, und eine linke Alternative, die mit dem Ostblock assoziiert werden konnte. Dass sich SPD und PCI in Sachen Sowjettreue fundamental unterschieden, änderte nichts an dem Umstand, dass die SPD in der gegnerischen Propaganda der 1950er Jahre in dieselbe Nähe zu ›Moskau gerückt wurde wie die Kommunisten in Italien.⁴¹ Zugleich waren SPD wie PCI die mitgliederstärksten Parteien ihres Landes und strebten beide seit den 1940er Jahren danach, ihre Mitglieder- und Wählerbasis auf die Mittelschichten auszuweiten. Im bipolaren Gefüge des Kalten Krieges im Inneren der beiden Gesellschaften hatten sich Deutsche und Italiener, ob sie wollten oder nicht, letztlich zu entscheiden, ob sie ›links‹ oder ›rechts‹ standen, und auch wenn sie eine

³⁹ L. RAPHAEL, Konzept der »Moderne«, 2014, S. 107 f., Zitate S. 98.

⁴⁰ M. CONWAY, Rise and Fall, 2004. Vgl. auch D. GEPPERT, Introduction, 2003; M. PRINZ, Gesellschaftlicher Wandel, 2007.

⁴¹ Vgl. T. MERGEL, Propaganda, 2010, S. 291 f.; E. WOLFRUM, Die geglättete Demokratie, 2007, S. 46 f. Zu den ähnlichen Herausforderungen in Wiederaufbau und Kaltem Krieg vgl. C. DUGGAN/D. WAGSTAFF, Italy in the Cold War, 1995; M. DEL PERO, Containing containment, 2003; R. G. MOELLER, West Germany under Construction, 1997.

kleinere laizistische Partei wählten, positionierten sie sich in aller Regel auf der Seite der Antikommunisten.

Neben den politischen Positionierungen im Alltag des Kalten Krieges bildet der soziale und kulturelle Wandel an der Basis der beiden Gesellschaften das zweite Interessensfeld des vorliegenden Buches. Insofern dient sein lokalgeschichtlicher Zugriff dazu, Politik- und Sozialgeschichte miteinander zu verbinden. Die Erfahrung ungeahnten Wohlstands und stabilen Wachstums, so die heuristische Annahme der Studie, beeinflusste nicht nur die Beobachtung von Politik immens, sondern veränderte auch die materiellen Kommunikationsbedingungen vor Ort, noch begleitet vom Aufstieg der elektronischen Massenmedien und der zunehmenden Medialisierung, die sich auf die Darstellung und Wahrnehmung von Politik im lokalen Alltag auswirkten. Auch die Ernüchterung der Wohlstandsgesellschaften seit den späten 1960er Jahren, die nicht nur in den Konjunktur- und Energiekrisen, sondern auch in der umfassenden moralischen Infragestellung des Westens durch die neue Generation um ›1968‹ begründet lag, war in den urbanen Lebenswelten stark spürbar.⁴² Wie, und auf welche unterschiedlichen Weisen, diese »Basisprozesse« (Lutz Raphael) und transnationalen Herausforderungen den Blick auf die repräsentative Demokratie formatierten, will die Studie klären. Zum einen nutzt sie den Vergleich, um eine Gesellschaft und ihre Entwicklungsfaktoren im Spiegel der anderen besser zu verstehen.⁴³ Zum anderen untersucht sie das Lokale als Handlungs- und Deutungsraum von Politik in Zeiten fortschreitender Medialisierung und materiellen, sozialkulturellen Wandels, um so auch transnationale Ähnlichkeiten zu entdecken.

Wege der »Demokratisierung«. Historiographische Narrative

Legt man die historiographischen Narrative beider Republiken nebeneinander, scheint das Urteil klar. Die Bundesrepublik gilt als die »geglückte« Demokratie (Edgar Wolfrum) und Historiker können beinahe selbstverständlich das »Erfolgsmodell BRD« zur Vergleichseinheit erklären.⁴⁴ Die italienische Republik erscheint demgegenüber als schwieriger Fall, der vor allem vor der Folie Frankreichs und Großbritanniens evident gemacht wird.⁴⁵ Während sich westdeutsche Historiker seit den 1990er Jahren auf die Suche nach den Ursachen für eine gelungene »Demokratisierung« begeben können, existiert kein Standardwerk zur italienischen Republik, das nicht getragen wäre von der Suche nach

⁴² Zum Forschungsstand, auf dem diese Thesen beruhen, siehe die einzelnen Kapitel und insbesondere die dortigen Einleitungen.

⁴³ Vgl. C. DIPPER, *Italien und Deutschland*, 2000, S. 493.

⁴⁴ E. WOLFRUM, *Die geglückte Demokratie*, 2007; A. SCHILDT, *Ankunft im Westen*, 1999; H.-U. WEHLER, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 5, 2008, S. XV, 15 f.; J. CALLIESS, *Geschichte des Erfolgsmodells BRD*, 2007.

⁴⁵ Siehe etwa M. S. PIRETTI, *Elezioni*, 1995, S. 386; P. POMBENI, *Roots*, 2002.

den Fehlkonstruktionen und versäumten Entscheidungen, die zur umfassend verstandenen »Krise« seit den 1960er Jahren führten.⁴⁶ Sie mündete Anfang der 1990er Jahre in der Auflösung des Parteiensystems nach dem Korruptionskandal *Tangentopoli*, mit dem sich die politische Klasse Italiens parteiübergreifend desavouierte und die sogenannte Erste Republik unterging. Unverwickelt waren einzig die Kommunisten; dennoch bescheinigt die seit den 1990er Jahren boomende Aufarbeitungshistorie auch ihnen einen wesentlichen Anteil am Scheitern der Ersten Republik.⁴⁷

Als ihre große Aporie gilt der unmögliche Regierungswechsel, die ausbleibende *alternanza*. Da der PCI rasch zur zweitgrößten Wählerpartei anwuchs, aber im parlamentarischen »*conventio ad excludendum*« dauerhaft von der Regierungsbeteiligung ausgeschlossen wurde, schien der stabilen christdemokratischen Wahlgewinnerin, der Democrazia Cristiana (DC), die Rolle der permanenten Regierungspartei nachgerade schicksalhaft zuzufallen. Dies beförderte den Staatsklientelismus, den christdemokratischen *sottogoverno* und den Groll jener, die über keine Kontakte zur Staatspartei verfügten. Für die Immobilität der Ersten Republik scheinen sodann die starken und relativ persistenten politischen »Subkulturen« verantwortlich, die an eine zerklüftete Wählerlandschaft denken lassen, während sich die politischen Eliten im Parlament zunehmend in interfraktioneller Zusammenarbeit (*consociativismo*) ergingen. Ein fehlendes Parteiengesetz, das innerparteiliche Demokratie garantiert hätte, und die Persistenz herber sozialer Konflikte im Umfeld der Fabriken machen das Bild einer belasteten und unvollkommenen Republik perfekt.⁴⁸

Die gesplante Historikerzunft hat zwei unterschiedliche Interpretationen für die »Anomalie« Italiens (Lucio Caracciolo) hervorgebracht. Während die nach links neigende Fraktion die fehlenden demokratischen Traditionen vor dem Faschismus, die »Kontinuität des Staates« (Claudio Pavone) nach 1945 und das Repräsentativitätsproblem in der Parteiendemokratie ins Feld führen, problematisiert das rechte, liberalkonservative Lager vor allem das schwierige Verhältnis der Italiener zur Nation und die Frage ihrer kulturellen Einheit.⁴⁹

⁴⁶ Die italienischen Anomaliegeschichten diskutiert anschaulich L. CARACCILO, *L'Italia*, 1999. Siehe die Deutungen bei S. LANARO, *Storia dell'Italia repubblicana*, 1992; P. IGNAZI, *Potere dei partiti*, 2002; A. DI MICHELE, *Storia dell'Italia repubblicana*, 2008; G. CRANZ, *Autobiografia*, 2009. Deutsche Blicke auf die italienische Nachkriegsgeschichte akzentuieren stärker ihre Erfolge, so H. WOLLER, *Geschichte Italiens*, 2010, S. 258 f., 300–307, 319–321, 329, 311 f., 334; C. JANSEN, *Italien seit 1945*, 2007.

⁴⁷ Maßgeblich dafür: P. SCOPPOLA, *Repubblica dei partiti*, 1997. Siehe auch F. CICCHITTO, *L'influenza del comunismo*, 2008.

⁴⁸ Gut nachvollziehbar bei M. KREILE, *Republik Italien*, 2000.

⁴⁹ Zur »linken« Deutung siehe etwa N. TRANFAGLIA, *Prima guerra mondiale*, 1995, S. 655 f., 673; G. E. RUSCONI, *Resistenza*, 1996, S. 70; S. COLARIZI, *Togliatti e l'anomalia italiana*, 2007, S. 426, 429; umfassend: M. S. PIRETTI, *Elezioni*, 1995. Auch hier wird jedoch das Fehlen gemeinsamer nationaler Bezugspunkte betont, dessen Wurzeln in der Zeit seit dem Ersten Weltkrieg verortet werden, siehe S. NERI SERNERI, *Classe, partito, nazione*, 1995, S. 263–284; vgl. auch G. E. RUSCONI, *Nazione*, 1993. Zur »rechten« Deutung siehe E. GALLI DELLA LOGGIA, *Morte della patria*, 1995.

Diese zweite Deutung kreist um das unverarbeitete Trauma des Bürgerkrieges von 1943–1945, der eine positive Nationsvorstellung ausgelöscht habe. Hohe Konjunktur hat in beiden Lagern seit drei Jahrzehnten die Dekonstruktion des Resistenza-Gründungsmythos der Republik, wonach die Mehrheit der Italiener 1943–1945 im antifaschistischen Kampf vereint gewesen sei.⁵⁰ Einer ausgewogen argumentierenden Geschichtswissenschaft gelten Bürgerkrieg und Resistenza inzwischen als umstrittene Erinnerungsorte einer in der Einschätzung von Faschismus und Antifaschismus gespaltenen Republik.⁵¹

Vor diesem Hintergrund wird auch das Wirken der großen politischen Parteien, die sich nach 1945 auf den Antifaschismus beriefen – insbesondere die Christdemokraten, die in dieser Hinsicht jedoch gespalten waren, die Kommunisten und die Sozialisten –, unterschiedlich bewertet. Jüngere Studien haben sich bemüht, ihre Leistungen in der Transitionszeit und in der Frühphase der Republik zu betonen. Durch ihre Massenorganisationen und die Wertewelt, die sie zur Verfügung stellten, hätten sie den Italienern kulturellen Halt gegeben, ihnen die vermeintlich fehlende Zivilkultur vermittelt und ihnen so einen Weg vom Faschismus in die Demokratie gebaut. Mariuccia Salvati hat ihr Verdienst bei der »Nationalisierung« der »Massen« hervorgehoben.⁵²

Blicken solche Befunde auf die konstitutive Phase der Republik und auf ihre lokale »Herstellung«, verlagert sich die Untersuchungsebene für die Zeit ab den späten 1950er Jahren auf die nationale Ebene und im Wesentlichen nach Rom, wo die Parteiführungen politische Entscheidungen trafen (oder unterließen) und nicht in der Lage schienen, dauerhaft stabile Regierungen zu bilden und die »Modernisierung« Italiens steuernd zu begleiten. Letztlich gilt das Unvermögen der Mitte-Links-Regierung (*centro-sinistra*), im Laufe der 1960er Jahre mit adäquaten Reformen und wirtschaftspolitischen Konzepten eine sich wandelnde Gesellschaft zu begleiten und auf Konjunkturstörungen zu antworten, als ausschlaggebend für die beginnende »Krise«, die seither die italienische Republik nicht mehr losließ.⁵³ Wie sehr sie sich als zeitgenössische Selbstbeschreibung einbrannte, hat der US-amerikanische Politikwissenschaftler Joseph LaPalombara in einem erfrischenden Abgesang auf die Chance, die italienische Republik mit sozialwissenschaftlichen Kategorien zu vermessen, ironisch beschrieben: Als Ronald Reagan 1985 den italienischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi empfing, fragte er ganz im Stile seiner Vorgänger, »Wie

⁵⁰ Vgl. L. KLINKHAMMER, *Novecento*, 2004, S. 123.

⁵¹ Vgl. DERS., *Resistenza-Mythos*, 1997; J. PETERSEN, *Ort der Resistenza*, 1996; F. FOCARDI, *Reshaping the Past*, 2003; DERS., *Guerra della memoria*, 2005; I. BRANDT, *Memoria*, 2010; P. COOKE, *Legacy*, 2011.

⁵² Vgl. M. SALVATI, *Cittadini e governanti*, 1997, S. 27; S. LUPO, *Partito e antipartito*, S. 22 f.; G. GOZZINI, *Democrazia dei partiti*, 2007, S. 299 f.; A. VENTRONE, *Cittadinanza*, 2008; S. NERI SERNERI/DERS., *Gli spazi dei partiti*, 1997; P. POMBENI, *I partiti e la politica*, 1997. Zur Diskussion vgl. M. RIDOLFI, *Tradizioni*, 2012.

⁵³ Vgl. S. LANARO, *Storia dell'Italia repubblicana*, 1992, S. 326–363; G. CRAINZ, *Paese mancato*, 2005, S. 19–32 u. Kap. 3; G. MORO, *Anni Settanta*, 2007, S. 49 f.

geht es Ihrer Krise?«. »Danke, bestens«, habe Craxi geantwortet.⁵⁴ Anders als LaPalombara jedoch versuchen die meisten Beobachter nicht, die angesichts der Dauerkrise rätselhaft anmutende Stabilität der italienischen Demokratie zu erklären, sondern verweisen auf die mutmaßlich defizitäre politische Kultur, die maßgeblich von einer schwachen Identifikation mit dem Staat, einer starken Familienorientierung und dem persistenten Klientelismus gezeichnet sei und erst im vereinten Kampf gegen Silvio Berlusconi langsam eine vitale Zivilgesellschaft erkennen lasse.⁵⁵

Die »Erfolgsgeschichte« der Bonner Republik wird demgegenüber seit einiger Zeit unter dem analytischen Konzept der »Demokratisierung« untersucht, das nach dem Erlernen demokratischer Werte und dem Wandel der »politischen Kultur« fragt.⁵⁶ Toleranz, Konfliktbereitschaft, »Zivilität« und die Abkehr von autoritären Grundeinstellungen gelten als Marker einer »Verinnerlichung« der Demokratie (Konrad Jarusch), die für diverse soziale Gruppen und Institutionen untersucht worden ist, allen voran die Intellektuellen.⁵⁷ Als Träger des »Zivilisierungs«-Prozesses gelten vor allem »transkulturelle« Mittler aus den USA und Westeuropa, die mit westdeutschen Funktionseliten in Berührung kamen oder diese ausbildeten.⁵⁸ Damit stellt das Demokratisierungsparadigma im Grunde ein kulturgeschichtliches Pendant zur »Westernisierung« dar, einem ideengeschichtlichen Konzept, mit dem Anselm Doering-Manteuffel die Anverwandlung liberaler Ideen und pluralistischer Werte im Zuge eines transatlantischen, mithin auch westeuropäischen Konvergenzprozesses beschreibt. Einige italienische Historiker wie Paolo Pombeni, Mariuccia Salvati und Stefano Cavazza arbeiten ähnlich, fokussieren sich dabei jedoch auf die soziologische Ideengeschichte oder auf Felder kultureller Amerikanisierung wie dem Konsum; empirische Studien zur Westernisierung von Parteien, Verbänden oder Gewerkschaften liegen für Italien nicht vor.⁵⁹

Eine komplementäre Perspektive leitet die Stabilisierung der westdeutschen Demokratie aus der Überwindung nationalsozialistischer oder autoritativer Deutungsmuster und Ordnungsvorstellungen her. Historikerinnen und Historiker untersuchen die Auseinandersetzung mit NS-Verbrechen und Täterschaft,

⁵⁴ J. LAPALOMBARA, *Die Italiener*, 1988, S. 15.

⁵⁵ P. GINSBORG, *Italian Political Culture*, 1995; vgl. A. DAVIDSON, *Identità nazionale*, 2007.

⁵⁶ C. FRÖHLICH, *Rückkehr zur Demokratie*, 2009; M. GREIFFENHAGEN, *Vom Obrigkeitsstaat zur Demokratie*, 1984.

⁵⁷ Zu den »demokratischen« Werten siehe K. H. JARAUSCH, *Umkehr*, 2004, S. 182; A. BAUERKÄMPER u. a., *Einleitung*, 2005, S. 13; K. BRÜCKWEH, »Einzelerscheinungen«, 2011, S. 83 f. Für einzelne Gruppen und Institutionen siehe u. a. J. REQUATE, *Kampf*, 2008; K. WEINHAUER, *Schutzpolizei*, 2003; C. v. HODENBERG, *Konsens und Krise*, 2006; M. SCHEIBE, *Auf der Suche*, 2002; M. M. PAYK, *Geist der Demokratie*, 2008.

⁵⁸ A. BAUERKÄMPER u. a., *Demokratiewunder*, 2005; DERS., *Demokratisierung*, 2008.

⁵⁹ A. DOERING-MANTEUFFEL, *Wie westlich*, 1999; DERS., *Westernisierung*, 2003; P. POMBENI, *Legittimazione*, 2003; DERS., *L'eredità*, 2003; S. CAVAZZA, *Rinascita dell'occidente*, 2006; M. SALVATI, *Storia e scienze sociali*, 2013.

den Umgang von Staat und Öffentlichkeit mit Kriminalität und sozialer Devianz, Rassismus und Sexualität, die Ausbreitung der Jugendkultur, den Wandel von Erziehung, Geschlechterrollen und Diskussionskultur, die Veränderungen in Ausbildung und Berufspraxis, den Einfluss des Massenkonsums und der Massenmedien. Auf all diesen Feldern beobachten sie Prozesse der Verinnerlichung von Demokratie, die so im Grunde in den Wandlungsprozessen aufgeht, die Ulrich Herbert als »Liberalisierung« bezeichnet hat.⁶⁰ Neuere Ansätze erkunden die Demokratie im Gewande einer *Moral History* ebenfalls als eine Form der Innerlichkeit und der Lebensweise. Parallelen zur kulturgeschichtlichen Bürgertumsforschung sind hier offenkundig.⁶¹

Auch die gesellschaftliche »Modernisierung« und kulturelle Amerikanisierung, insbesondere die Ausbreitung der Jugend- und Massenkonsumkultur, werden in der deutschen Zeitgeschichtsforschung als Basisprozesse von Demokratisierung verstanden.⁶² Den »zivilen Habitus« und das »moderne Lebensgefühl«, die sie vermittelten, machten die Westdeutschen ihren westlichen Nachbarn ähnlicher, und dies habe es ihnen erleichtert, »das westliche Modell der kapitalistischen Demokratie« zu akzeptieren, so Konrad Jarusch.⁶³ Worin jedoch die kausalen Zusammenhänge zwischen der Akzeptanz demokratischer Institutionen und den wirtschaftlichen, demographischen, sozialstrukturellen und sozialkulturellen Wandlungsprozessen seit den 1950er Jahren⁶⁴ genau bestanden, und ob es sich nicht einfach um Koinzidenzen handelte, die modernisierungstheoretisch als Kausalitäten gedeutet werden, bleibt bislang weitgehend ungeklärt.⁶⁵ Zog ein »modernes Lebensgefühl« tatsächlich eine

⁶⁰ U. HERBERT, Liberalisierung, 2002. Für Beispiele siehe die Beiträge in DERS., Wandlungsprozesse, 2002, sowie in M. FRESE u. a., Demokratisierung, 2005; E. CARTER, How German Is She?, 1997; D. SIEGFRIED, Time is on my side, 2006; D. HERZOG, Sex after Fascism, 2005; H. FEHRENBACH, Race after Hitler, 2005; B. M. PUACA, Learning Democracy, 2009; C. JAHR, Fighting Antisemitism, 2009; K. BRÜCKWEH, »Einzelperscheinungen«, 2011, sowie die einschlägigen Beiträge in B. WEISBROD, Die Politik der Öffentlichkeit, 2003; F. BÖSCH/N. FREI, Medialisierung und Demokratie, 2006.

⁶¹ T. VAN RAHDEN, Clumsy Democrats, 2011; H. KNOCH/B. MÖCKEL, Moral History, 2017; siehe auch einzelne Beiträge in D. FULDA u. a., Demokratie im Schatten der Gewalt, 2010. Zur Bürgertumsforschung vgl. M. HETTLING/S.-L. HOFFMANN, Der bürgerliche Werthimmel, 2000; konzeptionelle Parallelen werden deutlich bei M. HETTLING, Bürgerlichkeit, 2005; H. KNOCH, »Mündige Bürger«, 2007.

⁶² A. SCHILDT/A. SYWOTTEK, Modernisierung im Wiederaufbau, 1993; A. SCHILDT u. a., Dynamische Zeiten, 2003; grundlegend zu diesem Zusammenhang DERS., Materieller Wohlstand, 2003.

⁶³ K. H. JARAUSCH, Umkehr, 2004, S. 164, 168 f.; vgl. auch K. MAASE, Establishing Cultural Democracy, 2001; D. SIEGFRIED, Vom Teenager zur Pop-Revolution, 2003; DERS., Time is on my Side, 2006.

⁶⁴ So die Definition von »Modernisierung« bei A. SCHILDT, Annäherungen, 2011, S. 20 f.

⁶⁵ Axel Schildt spricht von »Gleichzeitigkeit«, vgl. ebd., S. 28. Kausalität vermag, mit Blick auf die bayerische Landpolizei, J. R. CANOY, Police State, 2007, aufzuzeigen. Vgl. die weiterführenden Überlegungen bei S. GOCH, Aufstieg der Konsumgesellschaft, 2003. Aktuell versucht sich die historische Forschung an neuen Arbeitsdefinitionen, die in Anlehnung an Niklas Luhmann und in Abkehr von modernisierungstheoretischen Prämissen auf die Durchsetzung *funktionaler*

Aussöhnung mit Interessenpluralismus und eine gesteigerte politische Konfliktbereitschaft nach sich? Hatte eine höhere Meinung vom Bundestag und von parlamentarischen Verfahren, wer seine Kinder nicht schlug, Minirock trug oder Coca Cola trank? Ließ man sich offener auf Diskussionen mit politisch Andersdenkenden ein, weil man die Rolling Stones hörte und die Legalisierung der Abtreibung befürwortete?

Italienische Historiker würden hierauf häufiger mit ›Nein‹ als mit ›Ja‹ antworten, und in der Tat kann der Vergleich mit Italien aufzeigen, wie spezifisch westdeutsch die Erzählungen über das Wie und Warum der »Demokratisierung« sind.⁶⁶ Denn die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse der 1950er und 1960er Jahre erfassten auch die italienische Gesellschaft und das Konzept der kulturellen Verwestlichung lässt sich auch auf Italien anwenden. Die Amerikanisierung der Massenkultur war im ›Land des Spektakels‹ womöglich noch intensiver als in der Bundesrepublik, und Liberalisierung (in Italien häufig »Säkularisierung«) lässt sich auch in der italienischen Gesellschaft und Gesetzgebung entdecken.⁶⁷ Doch bezeichnenderweise gelten viele Phänomene, die diesen Prozessen zuzuordnen sind, unter italienischen Historikern eher als Wurzeln der politischen Krise denn als Zeichen der Überwindung autoritativer Denkmuster. Jugendkulturen und Massenkonsum (darunter auch der Medienkonsum), Pluralisierung und Individualisierung, Referenden über Abtreibung oder Scheidung und nicht zuletzt die partizipativen Aufbrüche seit Ende der 1960er Jahre werden südlich der Alpen als Herausforderungen des politischen Systems diskutiert, nicht als Zeichen einer zunehmenden Ähnlichkeit mit westlichen Nachbarn und einer wachsenden Akzeptanz der kapitalistischen Demokratie.⁶⁸

Die Ursache dieser unterschiedlichen Deutungen ähnlicher gesellschaftlicher Wandlungsprozesse liegt darin, dass keine transnationale Einigkeit darüber besteht, was analytisch unter ›Demokratisierung‹ zu fassen ist. Für Westdeutschland heben Historiker damit auf ein liberales Wertesystem ab, das verinnerlicht werden musste, oder auf eine *Lebensform*, die auf gewissen sozialen und kulturellen Praktiken beruhte.⁶⁹ In Italien hingegen gilt ›Demokratisierung‹ eher als

Differenzierung als dominantes gesellschaftliches Strukturmuster abheben, wenn sie von »Modernisierung« sprechen, vgl. B. ZIEMANN, Gesellschaftswandel und Modernisierung, 2017, S. 8.

⁶⁶ Vgl. eingehender C. C. GATZKA, »Demokratisierung«, 2016.

⁶⁷ Zur Verwestlichung vgl. S. CAVAZZA, L'occidente, 2006; DERS., Rinascita dell'occidente, 2006; grundlegend zur Kommerzialisierung des italienischen Kultur- und Medienbetriebs vgl. D. FORGACS, Italian Culture, 1990; zu Amerikanisierung und Massenkultur vgl. DERS./S. GUNDLE, Mass Culture, 2007; S. GUNDLE, L'americanizzazione, 1986; DERS., Cultura di massa, 1991; P. SCRIVANO, Signs of Americanization, 2005. Zur »Liberalisierung«, zur »Individualisierung« und zur Kritik an autoritativen Werten vgl. S. BELLASSAI, L'autunno del patriarca, 2012; H. WOLLER, Geschichte Italiens, 2010, S. 261 f., 302, 322, 334, sowie die einschlägigen Beiträge in T. GROSSBÖLTING u. a., Jenseits der Moderne?, 2014.

⁶⁸ Vgl. S. NERI SERNERI, Contesti e strategie, 2012, S. 12–14; G. MARRAMAO, Politica e società secolarizzata, 2003; P. CAPUZZO, Genere, 2003. Eingehender siehe Kap. IV.1 u. Kap. V.3.

⁶⁹ D. FULDA u. a., Zur Einführung, 2010, S. 12 f.

Implementierung einer *Struktur*, die Parteien, Gewerkschaften und Verfassung bereitstellten, und als solche wird sie lediglich für die 1940er und 1950er Jahre untersucht.⁷⁰ Man kann in diesen unterschiedlichen Konzeptualisierungen die fortwirkende Deutungsmacht jener Akteure erblicken, die den Übergang von der Diktatur in die Demokratie administrierten. In Italien waren das die antifaschistischen Parteien, die der neuen Verfassung ihren Stempel aufdrückten, während der Einfluss alliierter Besatzer hier begrenzt blieb.⁷¹ In Deutschland indes hat das alliierte Programm der »democratization«, das Demokratie an gewisse Werte und soziale Verhaltensweisen band, offenbar Spuren im historiographischen Denken hinterlassen.⁷² Auch der Ansatz, von der »Alltagspolitik«, also etwa dem Fortleben des Rassismus oder dem Kinokonsum, auf den demokratischen Wandel der westdeutschen Gesellschaft zu schließen, ging in den 1990er Jahren bezeichnenderweise von US-amerikanischen Historikerinnen und Historikern aus.⁷³ Eine Aufgabe der vorliegenden Studie ist es deshalb, einen Analyserahmen zu entwickeln, der sich von den Blickweisen und Kategorien jener emanzipiert, die sich als die demokratischen Erzieher Italiens und Westdeutschlands verstanden – und der Vergleichbarkeit herstellt.

Wähler und Parteien. Die Nachkriegsdemokratie als historische Konfiguration

Das vorliegende Buch ist keines über die ›Ankunft‹ der Westdeutschen und Italiener in ›der‹ Demokratie. Es verortet sich vielmehr auf dem Feld einer neueren Demokratiegeschichte, die sich von den ideologischen Schemata und normativen Formatierungen des Kalten Krieges abwenden möchte. Sie fragt nicht mehr teleologisch nach dem Werden ›der‹ Demokratie oder den Ursachen ihres ›Scheiterns‹, sondern versteht sich als eine Problemgeschichte politischer Legitimität in der Moderne.⁷⁴ Die Demokratie war dabei ein Konzept unter anderen und wies diverse Konjunkturen, Bedeutungen und Erscheinungsformen auf, mit dem Parlamentarismus als mehr oder weniger geschätztem Prinzip gegenüber

⁷⁰ A. BARBERA u. a., *L'apprendimento*, 1999; M. SALVATI, *Fondazione*, 1999; L. BALDISSARA, *Democrazia e conflitto*, 2006.

⁷¹ Vgl. A. BUCHANAN, *Representations*, 2008.

⁷² Zur US-amerikanischen Demokratieerziehung vgl. H.-J. RUPIEPER, *Peacemaking with Germany*, 2005. Die erzieherische Dimension in der »transkulturellen« Vermittlung demokratischer Werte wird erst seit Kurzem von der westdeutschen Forschung systematisch untersucht. Sie beginnt damit, die Stilisierungen und Zuschreibungen freizulegen, die mit den westlichen Konzepten vom »Autoritarismus« der Westdeutschen oder der Diskussion als »demokratischer« Kulturtechnik einhergingen. Vgl. S. LEVSEN, *Autorität und Demokratie*, 2016; N. VERHEYEN, *Eifrige Diskutanten*, 2010; DIES., *Diskussionslust*, 2010.

⁷³ R. G. MOELLER, *Introduction*, 1997, S. 2. Für eine Zusammenschau der zugrundeliegenden Studien US-amerikanischer Historiker siehe DERS., *West Germany, 1997*; H. SCHISSLER, *Miracle Years*, 2001.

⁷⁴ Anregend dazu: M. CONWAY/P. ROMIJN, *The War for Legitimacy*, 2008.

direkteren Formen der Teilhabe.⁷⁵ Überdies hatte sie widerstreitende Verfechter, die jeweils für sich reklamierten, die ›wahrhaftige‹ Demokratie zu verkörpern oder im Namen der Demokratie zu sprechen, und das Konzept als argumentative Waffe nutzten, um damit spezifische Interessen zu verfolgen.⁷⁶

Deshalb geht es im Folgenden nicht darum, Demokratie als eine Norm zu begreifen und dann zu messen, wie weit Westdeutsche und Italiener beispielsweise um 1960 noch davon entfernt waren.⁷⁷ Vielmehr ist die Nachkriegsdemokratie als eine spezifische historische Konfiguration zu verstehen, die auf bestimmten politischen Legitimitätsvorstellungen basierte. Diese beeinflussten das Selbstverständnis und das Handeln des Demos wie das seiner politischen Vertreter und der demokratischen Regierungen, und sie kamen in der politischen Kommunikation zum Ausdruck und wurden dort zur Disposition gestellt.⁷⁸ Es geht also darum, die Nachkriegsdekaden als eine Phase zu begreifen, da ›Demokratie‹ auf eine gewisse Weise gedacht und gemacht wurde, und der ein bestimmtes Verständnis von politischer Repräsentation und Partizipation zugrunde lag.

Über die grundlegenden Strukturmerkmale der westeuropäischen Nachkriegsdemokratie in den *Trente glorieuses* ist sich die historische Forschung inzwischen weitgehend einig. Sie war eine kapitalistische Demokratie unter pädagogischer und ökonomischer Führung der USA und verstand sich als freiheitlicher Gegenentwurf zum Ostblock: Sie erhob sich selbst zum Ideal. Sie zog Lehren aus der Vergangenheit, insbesondere der Zeit seit dem Ersten Weltkrieg, indem sie auf utopische Überhänge, pathetische Formeln und verheißungsvolle Phrasen verzichtete: Sie war eine nüchterne Demokratie. Sie stellte sich in den Dienst der Menschenwürde und essentieller Freiheiten des Individuums und war dahingehend eine vom Diskurs der Menschenrechte und von der Totalitarismustheorie inspirierte Denkformation. Wesentlich aber war vor allem, dass Partizipation nicht (mehr) ihr zentrales Anliegen darstellte. Sie konzentrierte Politik bei Staat und Parlament und war damit repräsentativ-parlamentarische

⁷⁵ Vgl. umfassend P. NOLTE, Was ist Demokratie?, 2012.

⁷⁶ Vgl. P. NOLTE, Jenseits des Westens?, 2013, S. 277–281; T. B. MÜLLER/A. TOOZE, Normalität und Fragilität, 2015; P. CORDUWENER, The Problem of Democracy, 2017; H. RICHTER, Moderne Wahlen, 2017; S. MENDE, »Alternative«, 2009; S. FORNER, Reconsidering the ›Unpolitical German‹, 2014; M. RIDOLFI, Italia a colori, 2015. Für Studien zur parlamentarischen Demokratie vgl. J. LAWRENCE, Electing our masters, 2009; T. MERGEL, Propaganda, 2010; DERS., Parlamentarische Kultur, 2002; M. L. ANDERSON, Lehrjahre, 2009; H. KAAL, The voice of the people, 2018; DERS., Popular Politicians, 2018.

⁷⁷ Das taten Soziologen und Politikwissenschaftler im Kalten Krieg, siehe G. A. ALMOND/S. VERBA, Civic Culture, 1963; ähnlich mit Blick auf die *civic traditions* in Italien: R. D. PUTNAM, Making Democracy Work, 1993. Zu historiographischen und sozialwissenschaftlichen Blicken von außen auf die Republik Italien vgl. auch die Beiträge in S. WOOLF, L'Italia repubblicana, 2007.

⁷⁸ Zu den Forschungsdesiderata auf diesem Feld vgl. M. CONWAY/P. ROMIJN, Political Legitimacy, 2008, S. 5 f. Der hier benutzte Legitimitätsbegriff meint ein ›informal set of values that existed within Europe's different political cultures and which acted on rulers and ruled alike‹, siehe ebd., S. 2 f.

Demokratie in Reinform. Bürgerinnen und Bürger betrachtete sie in erster Linie als Wähler, die sich auf pluralistischer Grundlage für eine gewisse Zeit ihre Vertreter aussuchten.⁷⁹ Politisches Handeln oblag in erster Linie den Regierungen und charakterisierte sich durch Sachorientierung, Modernisierungsoptimismus und die Beratung durch Experten aus Ökonomie und Sozialwissenschaften. Ihr primäres Ziel war das Lenken und Steuern gesellschaftlichen Fortschritts und das Verwalten und soziale Umverteilen des neu errungenen Wohlstands in der Wachstumsära. Legitimität erwarben sich Regierungen und Parlamente dadurch, dass sie durch Wohlfahrtsstaatlichkeit möglichst alle Wählergruppen belohnten und so auf die Einhegung sozialer und politischer Konflikte setzten.⁸⁰ Martin Conway hat die westeuropäische Uniformität dieses parlamentarischen, partizipationsarmen, konsensorientierten und von Christdemokraten dominierten *postwar model of democracy* hervorgehoben, das als solches bis an die Wende zu den 1970er Jahren über große Legitimität verfügte. Als Protestbewegungen und sozioökonomische Krisenerscheinungen seine basalen Prinzipien aushebelten, sei es an sein Ende gekommen.⁸¹

In diesem Entwurf der westeuropäischen Nachkriegsdemokratie erscheinen die Bürger (*citoyens*) in einem passiven Verhältnis zu politischer Partizipation und *citizenship*. Angesichts der erfahrenen staatlichen Übergriffe in Krieg und Diktaturen hätten sie sich guten Gewissens auf die persönliche Freiheit besonnen, um sich in private Gefilde zurückzuziehen und ihren eigenen Geschäften nachzugehen.⁸² In diesem Sinne hat Konrad Jarausch stellvertretend für viele andere Historiker die junge westdeutsche Demokratie als ein »parlamentarisches Gehäuse« charakterisiert, »in dem sich die apolitische Mehrheit häuslich einrichten konnte.«⁸³ Als Quellen dienen dieser These zumeist US-amerikanische Beobachtungen und Meinungsumfragen der Militärregierungen und, für die spätere Zeit und für ganz Westeuropa, die Selbstentwürfe der politischen und sozialen Protestbewegungen. Daneben gelten für Westdeutschland die politischen Konzeptionen Willy Brandts als beliebte Belege für die Diagnose einer neuen, aktiven politischen Bürgerlichkeit im Zeichen demokratischer

⁷⁹ Die Reduzierung der Demokratie auf die Wahl von Vertretern auf Zeit geht wesentlich auf die pragmatische Definition des österreichisch-amerikanischen Ökonomen Joseph Schumpeter zurück, vgl. P. NOLTE, Was ist Demokratie?, 2012, S. 287 f.

⁸⁰ Vgl. ebd., S. 284–291; G. ELEY, Corporatism, 2012; N. CRAFTS/G. TONIOLO, *Les trente glorieuses*, 2012. Die historische Forschung hat sich gerade für die Bundesrepublik den Konzeptionen und Funktionsweisen des Regierungshandelns unter zunehmendem Einfluss von Expertenwissen gewidmet: G. METZLER, Konzeptionen politischen Handelns, 2005; A. NÜTZENADEL, Stunde der Ökonomen, 2005; S. FISCH/W. RUDLOFF, Experten und Politik, 2004; P. POMBENI, L'eredità, 2003.

⁸¹ M. CONWAY, Democracy, 2002, S. 59, 66 f.; DERS., Rise and Fall, 2004.

⁸² M. MAZOWER, Dark Continent, 1999, S. XI.

⁸³ K. H. JARAUSCH, Umkehr, 2004, S. 182. Siehe auch: D. VAN LAAK, Zivilisierung, 1999; A. SCHILDT, Ankunft, 1999, S. 92–94; U. HERBERT, Liberalisierung, 2002, S. 38.

Partizipation seit Mitte der 1960er Jahre.⁸⁴ Dass damit das Urteil derer, die mit spezifischen politischen und pädagogischen Interessen auf die Mehrheitsgesellschaft blickten, als Abbild historischer Realität gilt, ist höchst problematisch. Die Idee der Briten und Amerikaner, dass die Deutschen politisch »unreif« seien, war schon im Krieg gewachsen und wirkte sich freilich auf die gegenseitigen Beobachtungen während der Besatzungszeit aus, zu denen auch die Meinungsumfragen gehörten.⁸⁵ Die Vertreter des außenparlamentarischen Protests wiederum bedurften der Suggestion einer vermeintlich unpolitischen Mehrheitsgesellschaft, um auf dieser Folie ihr Selbstverständnis als neue Avantgarde politischer Partizipation entwickeln zu können. Es ist an der Zeit, eine Perspektive auf politische Teilhabe in der parlamentarischen Demokratie zu entwickeln, die sich der normativen Implikationen zeitgenössischer Partizipationsdiskurse bewusst ist und diese nicht in ihrem analytischen Verständnis reproduziert.

Neueste Studien haben nämlich gezeigt, dass die Westeuropäer, darunter auch die Westdeutschen, nach dem Zweiten Weltkrieg keineswegs unisono in »Passivität« versanken. Vor allem Jugendliche, Frauen, katholische Laien sowie Aktivistinnen und Aktivisten internationaler Organisationen hielten am Ideal des Aktiv-Seins fest und verbanden ihr zivilgesellschaftliches Engagement in Verbänden, Laienorganisationen, Gewerkschaften oder auch Parteien durchaus mit der Vorstellung demokratischer Bürgerlichkeit.⁸⁶ Überdies haben Historiker jüngst auch die Universalität, die konsensuale Stimmung und die scheinbar unangefochtene Hegemonie des westlich-liberalen Politikentwurfs im Nachkriegseuropa hinterfragt. Nicht nur unter den westeuropäischen Kommunisten, sondern auch in konservativen, linksliberalen, sozialistischen oder offen populistischen Kreisen innerhalb wie außerhalb von Parteien zirkulierten alternative Vorstellungen von Partizipation und Demokratie, die sich mitunter auch am Osten orientierten oder das eigene Verhältnis zum Westen problematisierten.⁸⁷

⁸⁴ M. CONWAY, *Democracy*, 2002, S. 79; H. KNOCH, *Einleitung*, 2007, insb. S. 19; G. METZLER, *Weg*, 2007.

⁸⁵ Zitat bei K. H. JARAUSCH, *Umkehr*, 2004, S. 174. Zur Stützung auf US-amerikanische Quellen siehe etwa H. WOLLER, *Gesellschaft und Politik*, 1986, S. 166, 201 f.; H.-J. SCHRÖDER, *Anfangsjahre*, 1989; H. BRAUN, *Ausgangslage*, 1979. Zur Quellenkritik an Umfragen und Beobachtungen amerikanischer Besatzer und anderer Zeitgenossen, die auf Deutschland blickten, vgl. P. NOLTE, *Ordnung*, 2000, S. 218; S.-L. HOFFMANN, *Kriegsende*, 2010. Zur Vorbereitung britischer Besatzungssoldaten mit stereotypen Zuschreibungen auf die Deutschen siehe: *Leitfaden für britische Soldaten*, 2014.

⁸⁶ Vgl. C. G. KRÜGER, *Weibliche Dienstbarkeit*, 2016, S. 182–184; DIES., *Dienstethos*, 2016; K. GROSSE KRACHT, *Katholische Welle*, 2011; B. v. MIQUEL, *Aufbruch in die Demokratie*, 2009; W. POJMANN, *Italian Women*, 2013; M. TAMBOR, *The lost wave*, 2014; A. VENTRONE, *Cittadinanza*, 2008, sowie bereits F. BOLL, *Suche*, 1995; P. ZAPPATERRA, *Autobiografie*, 1997. Siehe auch Kap. I.3.

⁸⁷ Vgl. C. BAILEY, *Continuities*, 2010; S. FORNER, *Demokratische Erneuerung*, 2007; M. STEBER, *The West*, 2015; P. CORDUWENER, *The Problem of Democracy*, 2017; DERS., *Democracy*, 2015; zu Kommunisten vgl. T. KROLL, *Kommunistische Intellektuelle*, 2007.

An diesen neuen Forschungen ansetzend, widmet sich das vorliegende Buch der konkreten Praxis, der lokalen Gestalt des *postwar model of democracy* und hinterfragt die grundlegenden Merkmale, die ihm zugeschrieben worden sind. Es fragt nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden, nach den inneren politischen Konflikten in dieser Konfiguration von Demokratie, und es legt ein Partizipationsverständnis zugrunde, das nicht an den Maßstäben eines späteren »partizipatorischen« Zeitalters orientiert ist. Dazu nimmt es das Grundprinzip politischer Teilhabe ernst, auf das sich das *postwar model* als eine parlamentarische Demokratie festlegte: das Wählen. Es mochte Ende der 1960er Jahre vielen, auch den Wählern selbst, als »passives« Beteiligungsverhalten erscheinen, aber für das Gros der Zeitgenossen war es die basale und verantwortungsvollste Aufgabe, die sie in der Demokratie zu erfüllen hatten.⁸⁸ Das Buch entwirft ein Panorama des *Wahlbürgers* als des Protagonisten der »bescheidenen« Spielart von Demokratie (Paul Nolte), die die Nachkriegsdekaden kennzeichnet: Sie war eine Demokratie der Wähler.

Parlamentswahlen können vor diesem Hintergrund als Höhepunkte politischer Partizipation gelten, und die Wahlbürger waren sich bewusst, dass sie mit ihrer Teilnahme das politische System anerkannten und sich als gute Schüler westlich-liberaler Demokratieerziehung erwiesen. Wer nicht wählen ging oder seine Wahlstimme ungültig machte, verweigerte auch seine Legitimitätsbekundung – in Italien ein Problem, das die politischen Eliten umtrieb.⁸⁹ Wahlkämpfe waren vor diesem Hintergrund »große Gelegenheiten der Demokratie« (Thomas Mergel): eine Kontaktaufnahme und ein regelmäßiges Beziehungsgespräch zwischen dem Demos und seinen politischen Vertretern über ihr Verständnis von Politik, Repräsentation, einer guten Gesellschaftsordnung und demokratischer Spielregeln.⁹⁰ Das Buch versteht politische Kommunikation im Vorfeld von Parlamentswahlen zudem als Legitimitätsbarometer des *postwar model of democracy*. Nicht der objektive Erfolg der beiden Republiken, aber die Nähe oder Distanz zwischen dem demokratischen Souverän und seinen politischen Vertretern, das Maß an Partizipation der Wahlbürger in einer Demokratie der Wähler, spiegelte sich in der Wahlkampfkommunikation.

Dabei positionierten sich Wahlbürger nicht nur zum parlamentarischen System, sondern immer auch zu politischen Parteien. In einer Parteiendemokratie zu leben, war grundlegend für das Politik- und Demokratieverständnis,

⁸⁸ Vgl. C. C. GATZKA, *Auftritt*, 2013; C. v. HODENBERG, *Das andere Achtundsechzig*, 2018, S. 95.

⁸⁹ Vgl. J. LAPALOMBARA, *Die Italiener*, 1988, S. 134. Zum zeitgenössischen Bewusstsein darum, Objekt demokratischer Erziehung zu sein, vgl. R. LAMMERSDORF, *Amerikanische Sorgen*, 2005; P. REICHEL/S. SCHMID, *Katastrophe*, 2005, S. 23.

⁹⁰ Siehe etwa: T. ESCHENBURG, *Wahlkampfentartung und Staatspolitik*, 1960, S. 16, 24. Vgl. T. MERGEL, *Wahlkampfgeschichte*, 2005; DERS., *Propaganda nach Hitler*, 2010, S. 13–16; P. MANCINI/D. L. SWANSON, *Politics*, 1996, S. 1 f. Zu italienischen Wahlkämpfen vgl. P. L. BALLINI/M. RIDOLFI, *Storia delle campagne elettorali*, 2002; M. RIDOLFI, *Propaganda*, 2004. Als Programm-Wahlkämpfe, wie sie bei M.-L. RECKER, *Wahlen*, 1997, und bei E. GELSOMINI, *Le campagne elettorali*, 2009, untersucht werden, stehen sie in dieser Studie weniger im Fokus.

das sich in Italien und Westdeutschland entwickelte.⁹¹ In der Bundesrepublik verbriefte Art. 21 des Grundgesetzes den Parteien die Funktion als zentrale Partizipationskanäle des Souveräns, und auch in Italien sollten sie über ihre territorialen Organisationen das Parlament mit der gesellschaftlichen Basis verbinden. Die Intellektuellen und Politiker, die in der frühen Bundesrepublik und im Umfeld des Parlamentarischen Rats über alternative Formen zur westlich-liberalen Demokratie nachdachten, stießen sich nicht ohne Grund vor allem an der Macht der Parteien, die sie aus der Weimarer Republik noch in schmerzlicher Erinnerung hatten.⁹² Wenn die Studie von der repräsentativen Demokratie als einer *Parteiendemokratie* spricht, rekurriert sie auf diese beanspruchte und immer wieder kritisierte, verfassungsmäßige Hegemonie der politischen Parteien im politischen Willensbildungsprozess der beiden Nachkriegsrepubliken. Sie behandelt die Parteien als Agenten der Politik im Alltag und versteht sich so auch als ein Beitrag zur historischen Erforschung von Parteien und Öffentlichkeit, die allzu häufig isoliert voneinander betrachtet werden.⁹³

Der Blick auf die Beziehungen zwischen Parteien und Wählern erlaubt, die Geschichte des *postwar model of democracy* nicht nur als Geschichte der Konsensherstellung durch Regierungshandeln, sondern auch als Problemgeschichte eines politischen Herrschaftsverhältnisses zu untersuchen. Der Bundestag konnte in den 1950er Jahren nicht nur als Volksvertreterversammlung, sondern ebenso als ein Ort der Parteienherrschaft und der ominösen Machenschaften gelten, und in solchen Wahrnehmungen und Imaginationen sind Momente politischer Elitenkritik zu erblicken, die schon vor den außerparlamentarischen Protestbewegungen und auch außerhalb von ihnen anzutreffen waren. Noch 1968 bezeichneten kritische Wahlbürger den Bundestag als »Obrigkeit«.⁹⁴ Umgekehrt konnten Parteivertreter als selbsterklärte Avantgarden der Politik dem Wahlvolk alles andere als zugeneigt sein, unabhängig davon, was sozialwissenschaftliche Experten ihnen über die Wählerschaft verrieten.⁹⁵ Das Buch untersucht die (wechselseitigen) Selbst- und Fremdbilder von Wahlvolk und Parteivertretern und fragt nach den Mechanismen, die ihr Verhältnis mal enger, mal distanzierter erscheinen ließen. Ob sich der Demos von Parteien und Parteipolitikern gut vertreten sah, stellt eine seiner leitenden Fragen dar.

Was das Prisma der Parteiendemokratie außerdem sichtbar macht, ist die innergesellschaftliche Konflikthaftigkeit, die in den faschistischen Regimen

⁹¹ Vgl. C. S. MAIER, *Italien und Deutschland*, 2006, S. 37; M. S. PIRETTI, *Elezioni*, 1995, S. 379; P. SCOPPOLA, *Repubblica dei partiti*, 1997.

⁹² Vgl. S. FORNER, »Sprachrohr«, 2005; S. ULLRICH, *Weimar-Komplex*, 2009, insb. S. 82 f., 240–255, 299–306; D. GEPPERT, *Staatsskepsis*, 2008.

⁹³ Vgl. die methodischen Hinweise bei A. KRÜKE, *Demoskopie*, 2012, S. 15 f., 168 f.

⁹⁴ Norbert Semrad, *Strafvollzugsanstalt Berlin*, an Dietrich Rollmann, 5.11.1968. ACDP 03–010-065/1. Zu Antiparlamentarismus und den negativen Bildern des Bundestags vgl. B. WINTGENS, *Turn Your Radio on*, 2014; A. SCHULZ, *Politische Parallelwelten*, 2018.

⁹⁵ Vgl. dazu umfassend: A. KRÜKE, *Demoskopie*, 2012.

camouffiert worden war und auch im konsensliberalen Ordnungsmodell des Westens eingeeht werden sollte. Regierungen mochten konsensorientiert handeln, Wähler mussten dennoch zwischen *verschiedenen* Parteien wählen, die sich in der Atmosphäre des Kalten Krieges scharf voneinander abgrenzten. Für Italien ist die bipolare Konfliktdimension zwischen Links und Rechts (wobei ›Rechts‹ hier im weiten Sinne verstanden wird und auch weite Teile der Christdemokraten umfasst) in der Forschung überbetont worden, für die Bundesrepublik eher unterbelichtet geblieben. Doch das innergesellschaftliche Konfliktgefüge war komplexer und umfasste auch soziale, generationelle und geschlechtsspezifische Konflikte um die Repräsentation im Staat und den Zugang zu den volkswirtschaftlichen Ressourcen.⁹⁶ Wenn der Aufstieg des Nationalsozialismus (und in gewisser Hinsicht auch jener des italienischen Faschismus) in erster Linie als Reflex gegen den gesellschaftlichen und politischen Interessenpluralismus zu interpretieren ist⁹⁷, dann avanciert die Frage, wie Deutsche und Italiener nach 1945 mit der Rückkehr des Pluralismus umgingen, zu einer Kardinalfrage der Demokratiegeschichte nach 1945. Von politischen Konzeptionen gesellschaftlicher Funktionseliten, führender Politiker und Intellektueller kann dabei nicht umstandslos auf den Umgang mit Pluralismus *im Alltag* der Nachkriegsgesellschaften geschlossen werden – aus dem Umgang von Wahlbürgern mit dem Konkurrenzkampf widerstreitender politischer Parteien schon eher.⁹⁸

Die Konzeptualisierung des *postwar model* als einer Parteiendemokratie erschließt auch einen neuen Blick auf die außerparlamentarischen Bewegungen und Partizipationsvorstellungen, die sich seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre ausbreiteten. Versteht man die Wahlbürger vor ›1968‹ nicht als verschlafene Wesen, sondern als Akteure, die sich in einem Gefüge partizipativer Ermöglichungsstrukturen bewegten, die von politischen Parteien und Gewerkschaften dominiert waren, so sind die außerparlamentarischen Akteure zunächst einmal als Wahlbürger zu verstehen, die sich *gegen* die Aktivität in einer politischen Partei entschieden. Ihr Auftritt war in den Strukturen des *postwar model of democracy* immer auch eine Kommunikation mit Ortsvereinen und Ortsverbänden, Parteizellen und Parteisektionen (so die kleinsten territorialen Einheiten der italienischen Parteiendemokratie), Delegiertenversammlungen und Parteikongressen, die dem Partizipationsverständnis der Protestakteure offenbar nicht entsprachen.⁹⁹ Die historische Forschung hat inzwischen viel Wissen über das »Modell des partizipierenden Menschen«¹⁰⁰ angehäuft, das sich mit der

⁹⁶ Solche Konflikte werden in Studien offenkundig, die in ihrer Heuristik die ›einfachen Leute‹ zu erfassen suchen: M. FENSKE, *Demokratie erschreiben*, 2013; K. WEINHAUER, *Konflikte*, 1998; den Geschlechterkonflikt betont C. v. HODENBERG, *Das andere Achtundsechzig*, 2018, Kap. 5.

⁹⁷ So U. HERBERT, *Geschichte Deutschlands*, 2014, S. 316 f.

⁹⁸ Zum Umgang mit Pluralismus mit Blick auf gesellschaftliche Eliten siehe J. ANGSTER, *Konsenskapitalismus*, 2003; A. DOERING-MANTEUFFEL, *Westernisierung*, 2003; DERS., *Zeitbögen*, 2014.

⁹⁹ Vgl. H. NEHRING, *Die eigensinnigen Bürger*, 2007.

¹⁰⁰ H. KNOCH, »Mündige Bürger«, 2007, S. 37.

Woge politischen Protests ausbreitete, doch wenig darüber, welches Partizipationsmodell nebenher in den Parteien fortlebte oder aber durch den außerparlamentarischen Druck selbst transformiert wurde.¹⁰¹ So steht auch die Erklärung für die scheinbar paradoxe Entwicklung noch aus, dass die Parteiendemokratie ihre größten Rekrutierungserfolge unter Wahlbürgern gerade dann feierte, als das *postwar model* mutmaßlich zu Ende ging: um 1970. Die Verflechtungen von Protestzeitalter und etablierter Parteiendemokratie zu untersuchen und den Einfluss der außerparlamentarischen Akteure auf die Legitimität der parlamentarischen Demokratie zu analysieren, nimmt sich das Buch vor.¹⁰²

Politische Kommunikation als lokale Praxis – die Stadt als Handlungsraum

Politische Kommunikation meint im Folgenden alle Kommunikation, die das Verhältnis zwischen Wahlvolk und Parteiendemokratie betraf. Sie konnte das parlamentarische System, die Legitimität der politischen Repräsentanten, ihre Umgangsformen oder ihre Selbstdarstellung im lokalen Alltag zum Gegenstand haben. Sie war Kommunikation zwischen Wählern und Gewählten, aber auch zwischen den verschiedenen Agenten der Parteiendemokratie und Massenmedien, die sich als Sprecher des Souveräns verstanden. Dieses analytische Verständnis bindet politische Kommunikation nicht an gewisse Räume oder Akteure und folgt darin der Neuen Politikgeschichte.¹⁰³ Es beschränkt sich jedoch auf Kommunikationsakte, die um die etablierte, institutionelle Politik kreisten, und ist in dieser Hinsicht einer Kulturgeschichte der ›harten‹ Politik verpflichtet.¹⁰⁴ Nichtsdestotrotz geht die Studie den unterschiedlichen Politikvorstellungen der Zeitgenossen nach und operiert so mit einem analytisch offenen Politikbegriff, der für die zeitgenössischen Semantiken sensibel ist.

Als eine Kulturgeschichte der Politik behandelt das Buch Sujets, die zu den klassischen Gegenständen der Politikwissenschaften gehören. Dazu zählt das Wählen selbst, aber auch die politische Kommunikation. Sein grundlegendes Anliegen ist es, die Paradigmata, Modelle und Kategorien der Politischen Soziologie und der Politischen Kommunikationswissenschaft nicht kritiklos zu übernehmen, sondern als (zeitgebundene) Beobachtungen zu verstehen, als idealtypische Annäherungen an die historische Realität, die im Zuge der Verwissenschaftlichung des Sozialen (Lutz Raphael) großen Einfluss genommen haben und mit kulturgeschichtlichen Methoden dekonstruiert oder überprüft werden können.¹⁰⁵ Deshalb arbeitet die Studie nicht mit analytischen Katego-

¹⁰¹ Siehe als Ausnahme J. HANSEN, Abschied, 2016.

¹⁰² Vgl. M. GIUGNI/L. BOSI, Impact, 2012; C. C. GATZKA, Blüte der Parteiendemokratie, 2018.

¹⁰³ Vgl. U. FREVERT, Neue Politikgeschichte, 2005, S. 12–14; L. SCHORN-SCHÜTTE, Politische Kommunikation, 2009, S. 11; C. ANTENHOFER, Einleitung, 2010, S. 233.

¹⁰⁴ Vgl. T. MERGEL, Kulturgeschichte der Politik, 2002; B. STOLLBERG-Rilinger, Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?, 2005. Für eine Umsetzung für Italien vgl. M. RIDOLFI, Italia a colori, 2015.

¹⁰⁵ Zu einer Grundsatzkritik an der politikwissenschaftlichen Wahlforschung vgl. H. RICHTER/H. BUCHSTEIN, Einleitung, 2017, S. 3 f. Für politikwissenschaftliche Untersuchungen auf dem hier in-

rien wie den sozial-moralischen Milieus, mit politikwissenschaftlichen Phasenmodellen oder Thesen wie dem »Wertewandel« und der »Individualisierung«.¹⁰⁶ Stattdessen nutzt sie allgemeinere soziologische Kategorien und diskutiert politologische Paradigmata des 20. Jahrhunderts dort, wo sie einflussreich geworden sind und sich in der politischen Kommunikation zeigen müssten.

Das Buch interessiert sich für Kommunikation nicht nur und auch nicht so sehr im Sinne des gesprochenen oder geschriebenen Wortes, sondern in einem praxeologischen Sinne. Es versteht die politische Kommunikationspraxis als soziales, also relationales Handeln, das in gewisser Regelmäßigkeit stattfand und dadurch Handlungsmuster hervorbrachte, mit denen sich Akteure in einer gewissen sozialen, hier auch politischen, Rolle gebärdeten.¹⁰⁷ Konkret bedeutet das, nach den regelmäßig beobachtbaren Handlungen zu fragen, mit denen sich Wähler *als* Wähler gegenüber parteipolitischen Akteuren *als* Agenten der parlamentarischen Demokratie gebärdeten – und vice versa. Zur Praxis in diesem Sinne gehörten Sprechweisen und kognitive Deutungsmuster, aber auch körperliche Handlungen, Verhaltensstile und symbolische Interaktionen aller Art.¹⁰⁸ Die Kommunikationspraxis formte die Diskurse um Demokratie und Politik mit, war ihrerseits aber auch durch diese Diskurse konditioniert. Deshalb nimmt die Studie Praktiken und das Sprechen über solche Praktiken in ihrer Verschränkung in den Blick.¹⁰⁹ Unter einem Diskurs soll in dieser (nicht diskursanalytisch angelegten) Arbeit eine historische Wissensordnung verstanden sein, die festlegt, was der Gegenstand, von dem sie spricht, ist und sein soll, dabei bestimmte Bereiche ausblendet, gewisse Sprecherrollen zuweist und dadurch (politische) Machtverhältnisse festschreibt und abbildet.¹¹⁰ In diesem Sinne wird häufig vom Wahlkampfdiskurs, vom Demokratiediskurs oder vom Politisierungsdiskurs die Rede sein.

teressierenden Feld siehe etwa G. SARTORI, *L'immagine dei partiti*, 1975; I. SOWAIDNIG, *Unterstützung der Demokratie*, 1997; A. DÖRNER/L. VOGT, *Wahl-Kämpfe*, 2002.

¹⁰⁶ Siehe auch die Einleitungen zu Kap. III und V. Zum Milieubegriff siehe R. M. LEPSIUS, *Parteiensystem*, 1966; zur Politischen Kommunikationsforschung siehe W. SCHULZ, *Politische Kommunikation*, 2011; P. MANCINI/D. L. SWANSON, *Politics*, 1996; P. NORRIS, *Virtuos Circle*, 2000; G. MAZZOLENI, *Comunicazione politica*, 2004; zur Diskussion der Wertewandelsthese Ronald Ingleharts und zum Umgang mit den Theoremen der Sozialwissenschaften vgl. B. DIETZ/C. NEUMAIER, *Vom Nutzen der Sozialwissenschaften*, 2012; R. GRAF/K. C. PRIEMEL, *Zeitgeschichte*, 2011. Zum Einfluss der Sozialwissenschaften in Italien vgl. S. CAVAZZA, *Scienze sociali e politica*, 2013; M. SALVATI, *Storia e scienze sociali*, 2013.

¹⁰⁷ Vgl. A. GIDDENS, *Politics*, 1995, S. 239 f.; T. R. SCHATZKI, *Introduction*, 2001, S. 2; E. GOFFMAN, *Interaktionsrituale*, 1971; historiographisch: A. LÜDTKE, *Herrschaft*, 1991.

¹⁰⁸ Vgl. J. COULTER, *Human practices*, 2001. Zur praxeologischen Geschichtswissenschaft vgl. S. REICHARDT, *Praxeologische Geschichtswissenschaft*, 2007, insb. S. 50, 58; DERS., *Faschistische Kampfbünde*, 2002; L. HAASIS/C. RIESKE, *Historische Praxeologie*, 2015.

¹⁰⁹ Zu dieser wechselseitigen Beeinflussung vgl. T. WELSKOPP, *Der Mensch und die Verhältnisse*, 1997.

¹¹⁰ Vgl. A. LANDWEHR, *Historische Diskursanalyse*, 2008, S. 94–97.

Das Lokale kommt im vorliegenden Buch als Ort und Bühne von Kommunikationspraktiken in den Blick. Damit richtet sich der Fokus auf Anwesenheitskommunikation, um auszuloten, inwiefern personale Strategien und informelle Praktiken, die die Interaktion unter Anwesenden kennzeichnen, für die Legitimität der parlamentarischen Demokratie als einer auf rationaler Staatlichkeit fußenden Institutionenordnung nach 1945 von Belang waren.¹¹¹ Das Lokale wird als ein spezifischer Raum der Beobachtung und Verhandlung von Politik begriffen, an dem sich die Logiken, Vorstellungen und Kategorien des zentralen Politik- und nationalen Medienbetriebs brechen konnten. In Anlehnung an den Feldbegriff Pierre Bourdieus kann man das Lokale als politisches Feld entwerfen, auf dem Akteure »von hier« und Akteure »von außen«, insbesondere »von oben«, um den Zugriff auf Staatsressourcen und um die Deutungsmacht über Demokratie und ihre Spielregeln konkurrierten.¹¹² In diesem relationalen, konkurrierenden Verhältnis zur politischen Zentrale und ihrer Ratio ist das Lokale für das vorliegende Buch von Interesse. Damit ist es sich der Traditionen des Lokalismus bewusst, die gerade für die politische Geschichte Italiens prägend waren, interessiert sich aber für ihre gezielte (Re-)Produktion im Rahmen der Parteiendemokratie, also für die Funktionen und Bedeutungen, die dem Lokalismus in der politischen Kommunikation nach 1945 zukamen, wozu auch die Erfindung lokaler Versatzstücke »politischer Kultur« zählen konnte.¹¹³ Es geht in der Studie weniger um lokale oder regionale politische »Identität«, sondern um die Frage, ob und wie das Lokale als Projektionsfeld für Vorstellungen von der Wählerschaft und von »guter« Politik diene, die sich von den Vorstellungen unterschieden, die der zentrale Politikbetrieb produzierte.

Die Stadt bringt als ein politischer Handlungsraum besondere Bedingungen mit sich, ist als solcher in der Zeitgeschichte jedoch gegenüber dem Land eher unterbelichtet geblieben.¹¹⁴ Als Arena politischer Kommunikation zeichnet die

¹¹¹ Vgl. B. ZIEMANN, *Gesellschaftswandel und Modernisierung*, 2017, S. 9; R. SCHLÖGL, *Kommunikation und Vergesellschaftung*, 2008. Zur Anwesenheitskommunikation in der Moderne vgl. die Beiträge in M. FÖLLMER, *Sehnsucht nach Nähe*, 2004.

¹¹² Vgl. P. BOURDIEU, *Praktische Vernunft*, 1998, S. 50. Zum Feldbegriff in den Geschichtswissenschaften vgl. O. BLASCHKE/L. RAPHAEL, *Im Kampf um Positionen*, 2007.

¹¹³ J. PETERSEN, *Italien in seiner Vielfalt*, 2000; U. ALLEGRETTI, *Zentralismus und Föderalismus*, 2000; C. SORBA, *Identità locali*, 1998. Zum hiesigen Ansatz vgl. J. A. AGNEW, *Place and Politics*, 2002. Zum Konzept der »politischen Kultur«, das hier nicht als analytisches Konzept Anwendung findet, sondern lediglich als zeitgenössische Erfindung in den Blick gerät, vgl. K. ROHE, *Politische Kultur*, 1990; für eine Anwendung auf die Demokratiegeschichte siehe A. BORUP, *Demokratisierungsprozesse*, 2010.

¹¹⁴ Vgl. M. FÖLLMER/M. B. SMITH, *Urban Societies* 2015; C. C. GATZKA, *Nachkriegsstadt*, 2016. Für einsetzende Forschungsanstrengungen siehe M. FÖLLMER, *Cities of Choice*, 2015; C. BERNHARDT, *Städtische öffentliche Räume*, 2016; für eine vorzügliche stadt-politikgeschichtliche Studie zur ersten Nachkriegszeit vgl. M. H. GEYER, *Verkehrte Welt*, 1998. Zum Fokus auf Provinz und Kleinstädte siehe J. BALCAR, *Politik auf dem Land*, 2004; J. v. SEGGERN, *Demokraten*, 2005; A. BORUP, *Demokratisierungsprozesse*, 2010; E. HOLTSMANN, *Politik und Nichtpolitik*, 1989; H. WOLTER, *Gesellschaft und Politik*, 1986. Für Italien ist die Forschungslage besser, siehe etwa B. MAIDA,

moderne Stadt eine Art revolutionäres Gedächtnis aus, das in ihre räumlichen Strukturen eingeschrieben ist. Seit der Französischen Revolution waren Stadträume nicht nur Orte der Herrschaft, sondern auch des sozialen und politischen Protests, die in revolutionäre Unruhen münden konnten. Ihre soziale Heterogenität, ihre räumliche Dichte und die Präsenz (massen-)medialer Beobachter machten die Stadt vor allem seit der Wende zum 20. Jahrhundert zur Bühne der Massenpolitik und damit der Verhandlung legitimer Herrschaft.¹¹⁵ Überdies ist die Stadt als Ensemble von Räumen, Körpern und Gegenständen in gewissen Anordnungen, die wiederum sozial beschrieben sind, ein prädestinierter Ort für raumbezogene Kämpfe, an denen sich politische Konfliktverhältnisse ablesen lassen.¹¹⁶ Henri Lefebvre hat seinen Raumbegriff mit Blick auf die Stadt entwickelt und physischen Raum nicht nur als sozial konstruiert, sondern vor allem als sozial *umkämpft* definiert.¹¹⁷ Dem folgt das Buch, indem es politische Kommunikation immer wieder als Kampf um urbane Räume untersucht: zwischen politischen Parteien, aber auch zwischen Stadtbewohnern und politischen Akteuren um den Grad der Politisierung urbaner Räume. Eine solche raumsensible Perspektive nimmt die historische Forschung vorrangig mit Blick auf außerparlamentarische Akteure, Alternativkulturen und kommunalpolitische Mitsprache ein, weniger jedoch mit Blick auf das Alltagsgeschäft politischer Kommunikation in der parlamentarischen Demokratie, sieht man einmal von den Forschungen zur italienischen Piazza und zum Wahlkampf von 1948 ab.¹¹⁸

Das Buch bewegt sich auf drei Untersuchungsfeldern. Erstens widmet es sich der *Repräsentationspraxis* parlamentarischer Politik und versteht Wahlkämpfe dahingehend als regelmäßige Höhepunkte politischer Repräsentation vor den Haustüren der Wählerinnen und Wähler. Vertreter der ›hohen‹ Politik kamen zu Besuch, ›einfache‹ Parteiaktivisten traten im öffentlichen Raum verstärkt in

Ricerca, 2004; A. BERNARDI u. a., *Il Pci in Emilia-Romagna*, 2004; R. J. B. BOSWORTH, *Whispering City*, 2011.

¹¹⁵ Vgl. E. HOBBSBAWM, *Städte und Aufstände*, 1969; M. GAILUS, *Revolution*, 1988; B. J. WARNEKEN, *Massenmedium Straße*, 1991; T. LINDENBERGER, *Straßenpolitik*, 1995; L. JERRAM, *Streetlife*, 2001, Kap. 1; M. REISS, *Street as Stage*, 2007.

¹¹⁶ Vgl. M. LÖW, *Raumsoziologie*, 2001, insb. S. 131, 153–155; B. BOURDIEU, *Raum*, 1991. Aus historischer Sicht ist vor allem die Imprägnierung von Räumen durch (sozial determinierte) Nutzungsmuster, Bewegungsroutinen und Bedeutungszuschreibungen zu betonen, die das Handeln der historischen Akteure konditionierten und diese wiederum zur symbolischen Besetzung spezifischer Räume einluden.

¹¹⁷ Lefebvre zielt vor allem auf Herrschafts- und Dominanzräume der kapitalistischen Ordnung, doch auch in politischer Hinsicht können Räume als sozial umkämpft und reglementiert angesehen werden, vgl. H. LEFEBVRE, *Production of Space*, 1991 [1974].

¹¹⁸ Vgl. u. a. S. SCHREGEL, *Atomkrieg*, 2011; S. HAUMANN, *Planung*, 2011; S. MILDER, *Greening Democracy*, 2017; D. SERAFINO, *Genova*, 2012, S. 374–381; S. REICHARDT, *Authentizität und Gemeinschaft*, 2014; DERS./D. SIEGFRIED, *Das Alternative Milieu*, 2010; T. BROWN/L. ANTON, *Subversive Politics*, 2011. Zu Italien siehe M. ISNENGI, *Origini*, 1993; DERS., *Der Platz*, 2003. Grundlegend vgl. E. HARVEY, *Raum und Partizipation*, 2009; A. VON SALDERN, *Kommunikation in Umbruchszeiten*, 2006.

Erscheinung, dinglich präsentierte sich die Politik in Briefkästen und an Hausmauern.¹¹⁹ Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner traten in der Rolle von Wahlbürgerinnen und Wahlbürgern auf, die auf Wahlveranstaltungen gingen (oder es unterließen), Plakate betrachteten (oder abrissen), den Wahlkampf zur Kenntnis nahmen oder ihn ostentativ ignorierten. Die politische Repräsentationspraxis war bisweilen laut und dreckig, in jedem Fall beeinträchtigte sie das lokale Alltagsleben und konnte zum Stadtgespräch werden. Diese repräsentative Qualität parlamentarischer Politik, die Teilhabe und die Reaktionen des städtischen Publikums stellten in gewisser Hinsicht das Herzstück politischer Kommunikation in den beiden jungen Republiken dar.¹²⁰

Auf einem zweiten Feld kommt die *Konfliktpraxis* in den Blick. Wie wurden konfligierende Interessen in der lokalen Wahlkampfpraxis abgebildet und verhandelt? Wie fanden Westdeutsche und Italiener zu friedlichen Spielregeln der Konfliktaustragung? Die Gewaltdrohung, die politischer Kommunikation inhärent war, und die Sehnsucht nach Ruhe und Ordnung bilden einen wichtigen Erzählstrang beider postfaschistischer Demokratien und beeinflussten die Beobachtung von Politik außerordentlich. Als lokale Phänomene politischer Alltagskommunikation sind sie jedoch für die hier betrachtete Periode bislang kaum beleuchtet worden.¹²¹

Ein drittes Untersuchungsfeld befasst sich mit der *Verständigungspraxis* zwischen Wählern und parlamentarischer Politik. Welche Kommunikationsangebote und Treffpunkte, Repräsentationsvorstellungen und Loyalitätsverhältnisse führte sie zusammen oder schufen zwischen ihnen Distanzen? Welche Selbst- und Fremdbilder vom Souverän und seinen Vertretern kamen in der politischen Kommunikation zum Ausdruck? Das Buch untersucht dies sowohl in der direkten Interaktion als auch in medialer, vornehmlich brieflicher Kommunikation und fragt nach den politischen Legitimationsstrategien, die dabei zum Tragen kamen. Dabei will es erkunden, inwiefern die Konjunkturen politischer Verständigung an bestimmte Konfigurationen von Urbanität gekoppelt waren: an kognitive Stadtbilder im Angesicht von Kriegszerstörungen und Wiederaufbau, an materiellen Wandel durch moderne Stadtplanung und Massenkonsum, an die Veränderung sozialer Netzwerke durch Umzugserscheinungen und Zuwanderungswellen. Es versteht sich damit als stadteschichtlich informierte Geschichte der parlamentarischen Demokratie, forscht aber weniger

¹¹⁹ Ähnlich bereits A. LÜDTKE, Herrschaft, 1991.

¹²⁰ Zur repräsentativen Dimension von (demokratischer) Politik vgl. die Überlegungen bei I. BRANDT, Kundgebungsmacht, 2004, S. 172. Historische Beiträge auf diesem Feld beschränken sich jedoch auf Staatsrepräsentationen, Festkultur oder politische Symbole des Kalten Krieges, siehe etwa P. BETTS, Ästhetik und Öffentlichkeit, 2003; D. GEPPELT, »Proclaim Liberty«, 2003; T. MERGEL, Staatlichkeit, 2004; M. RIDOLFI, Le feste nazionali, 2003; G. VECCHIO, Tricolore, 1999. Ausnahmen zu Italien bilden S. BERTELLI, Teatro del potere, 2000; M. INSNEGHI, Alle origini del 18 aprile, 1999.

¹²¹ Deutlich wird das etwa bei N. BULST u. a., Gewalt im politischen Raum, 2008; D. BLOXHAM/R. GERWARTH, Political violence, 2011; H.-G. HAUPT, Gewalt und Politik, 2012, wo die Zeit zwischen 1945 und den 1970er Jahren stets eine Leerstelle bildet. Siehe auch Kap. II.

über Städte als vielmehr *in* Städten.¹²² Hin und wieder werden Seitenblicke auf ländliche Gebiete geworfen, um spezifisch urbane Phänomene in der politischen Verständigungspraxis zu verdeutlichen.

Mit dem lokalen Zugriff versucht die Studie dem methodologischen Einwand zu begegnen, der Vergleich reifiziere nationalstaatliche Einheiten, anstatt sie zu dekonstruieren.¹²³ Wenn sie dennoch häufiger ihre Beobachtungen an den nationalen Rahmen zurückbindet, so liegt das an der Art, wie Politik nach 1945 organisiert war: Parlamentswahlen waren nun einmal *nationale* Wahlen, die über nationalstaatlich formatierte Grundsatzfragen, Reformen, Konjunkturpakete und Steuergelder entscheiden sollten. Föderale und kommunale Rahmungen spielen in der Studie dann eine Rolle, wenn sie als Projektionsflächen für alternative Politikentwürfe der Zeitgenossen relevant waren – und das waren sie bezeichnenderweise im zentralstaatlich organisierten Italien stärker als in der föderal organisierten Bundesrepublik.¹²⁴ Doch die massenmediale Entwicklung, die zunehmende Mobilität, der Ausbau des Wohlfahrtsstaates und nicht zuletzt die Erinnerungskulturen an den Krieg scheinen nach 1945 zunächst vor allem die *nationale* Integration der großen europäischen Gesellschaften forciert zu haben.¹²⁵ Wie urbane politische Kommunikation im Umfeld von Parlamentswahlen nationale Formatierungen von Politik hervorbrachte und dabei womöglich auf nationale Traditionen aufbaute, und wann diese sich an regionalen, lokalen oder supranationalen Rahmungen brachen, versucht die Studie so gut es geht nachzuvollziehen.

Nach Transfer und Verflechtung über die Alpen hinweg wird aus einem wichtigen Grunde nicht gefragt. Bis auf wenige Ausnahmen wiesen die benutzten Quellen keine Spuren gegenseitiger *translokaler* Wahrnehmung auf. Die empirische Lage lässt insgesamt nicht darauf schließen, dass sich deutsche und italienische Akteure unterhalb der staatlichen Ebene systematisch beim Ausdeuten von Demokratie beobachtet oder beeinflusst hätten, sieht man einmal von den (radikalen) Protestakteuren, den Terroristen und dem Ausnahmezustand im »Deutschen Herbst« ab, der ein europäisches Medienereignis

¹²² Zum Diktum, in Dörfern, nicht über Dörfer zu forschen, vgl. C. GEERTZ, Dichte Beschreibung, 1987 [1973], S. 32.

¹²³ Vgl. stellvertretend und Stellung nehmend K. K. PATEL, *Ex comparatione lux*, 2016, S. 304 f., 310–313.

¹²⁴ Das hatte unter anderem auch mit dem Erbe des Zweiten Weltkrieges zu tun, der die Idee lokaler Autonomie stärkte, vgl. L. BALDISSARA, *Il governo della città*, 1995; P. L. BALLINI, *Le autonomie locali*, 2010; M. RIDOLFI, *L'indimenticabile 1946*, 2007; DERS., *Il comune democratico*, 2009. Vgl. auch C. LEVY, *Italian regionalism*, 1996. Zu Deutschland, wo sich der Zentrum-Peripherie-Konflikt im Verlauf des 20. Jahrhunderts stärker abschliff, vgl. K. ROHE, *Wahlen und Wählertraditionen*, 1992, S. 172; H. BEST, *Politische Regionen*, 1991, S. 63.

¹²⁵ Zum Schub an nationaler Identitätskonstruktion in der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg vgl. J. ARNOLD u. a., *Tod*, 2009, S. 15, 22; mit Blick auf Großbritannien: N. HEWITT, *A Sceptical Generation?*, 2003. Problematisierend vgl. H. ROUSSO, *History of Memory*, 2007, S. 23–29.

darstellte.¹²⁶ Das schließt nicht aus, dass die Migrationserfahrungen italienischer Arbeiter in der Bundesrepublik und die Reiseerfahrungen westdeutscher Urlauber in Italien untergründige Transferprozesse in Gang setzten.¹²⁷ Inwiefern sie sich auf die Wahrnehmungen der parlamentarischen Demokratie niederschlugen, wäre womöglich eine lohnende Forschungsfrage.¹²⁸ Auch der Abgrenzungswunsch von Deutschland als einstigem Besatzer und als Gegenüber des *bravo italiano* könnte zu einer Art negativer Verflechtung beigetragen haben, einem demonstrativen Desinteresse an deutschen politischen Traditionen und Praktiken, jedenfalls unter jenen, die sich in Italien als Antifaschisten verstanden wissen wollten. Umgekehrt waren die deutschen Beobachtungen in den Massenmedien von auffälligen, meist den italienischen Fall ironisierenden Distanznahmen geprägt.¹²⁹ Symbolisch waren die beiden postfaschistischen Demokratien füreinander also durchaus wichtig, doch von profunden Kenntnissen über das lokale Anlitz der Demokratie im jeweils anderen Land ist in den Quellen wenig zu finden.

Orte, Akteure, Quellen und Aufbau der Untersuchung

Die Arbeit konzentriert sich auf vier Großstädte mit einem spezifischen Profil. Im Fokus stehen das »rote« Hamburg und das »rote« Bologna – die größte Stadt Westdeutschlands und einstige »Hauptstadt des Sozialismus«, die kommunistische Hochburg Italiens und ein ehemaliges Zentrum des Faschismus. Die Auswahl führt freilich zu einer gewissen Formatierung des Blicks, erlaubt jedoch, der sozialen Heterogenität beider Gesellschaften gerecht zu werden. Hamburg wie Bologna waren zwar Städte mit starken sozialistischen Traditionen und schwach ausgeprägter Religiosität, aber zugleich auch reiche Städte mit einem stolzen Bürgertum und einer gewichtigen bürgerlichen Presse.¹³⁰ Beide waren keine Industriezentren, sondern Universitätsstädte (was für Bologna bedeutsamer war) und Medienstandorte, wobei die Presse aus dem Verlags- haus Axel Springer mit dem *Hamburger Abendblatt* und der NWDR über Sendungsprotokolle in der Studie vertreten sind. Beide Städte verfügten über einen starken Lokalpatriotismus, der in Hamburg wirtschaftlich und international

¹²⁶ Vgl. P. TERHOEVEN, *Deutscher Herbst in Italien*, 2010; F. ANDERS/A. SEDLMAIER, *Spontis*, 2017; S. HAUMANN, »Movimento del '77« Perceived, 2017.

¹²⁷ Vgl. H. RICHTER/R. RICHTER, *Gastarbeiter-Welt*, 2012, Kap. 11; T. MANNING, *Italiengeneration*, 2011; O. SPARSCHUH, *Wahrnehmung*, 2011.

¹²⁸ Der PCI warb in den 1970er Jahren in (süd-)deutschen Städten unter Italienern; linksalternativ Akteure der Bundesrepublik orientierten sich in den 1970er Jahren an Italien. Inwiefern solche Phänomene jedoch über Eklektizismus hinausgingen und Demokratiedeutungen langfristig transnationalisierten, wäre noch zu klären. Vgl. G. PRONTERA, *Munich*, 2017.

¹²⁹ Vgl. dazu die Beiträge von Christof Dipper u. Birgit Schönau in: O. JANZ/R. SALA, *Dolce Vita?*, 2011.

¹³⁰ »Bürger« wird hier stets im Sinne des *citoyen* oder tatsächlich des Stadtbürgers verwendet, die adjektivische Verwendung hingegen verweist auf das »Bürgertum« als Klassenbegriff.

orientiert war, und reklamierten für sich lokale demokratische Traditionen. Sie waren Orte der Alternativkulturen der 1970er Jahre, ohne aber Hauptbühnen der Studentenbewegung oder Epizentren politischer und terroristischer Gewalt zu werden.¹³¹ Ihre sozioökonomische Uneindeutigkeit und ihre fehlende paradigmatische Qualität machen sie als Arenen politischer Kommunikation besonders interessant.

Was die beiden roten Städte vor allem verband, war ihre Bedeutung als sozialkommunistisch beziehungsweise sozialdemokratisch regierte Kontrapunkte zu den christdemokratischen Regierungen in Rom und Bonn. Sie ließ SPD und PCI hier wesentlich auf ihren Volkspartei Charakter und auf Modernisierung und Pragmatismus setzen.¹³² Mit der Auswahl Bolognas im sogenannten roten Gürtel (*cintura rossa*) Mittelitaliens erzählt das Buch auch eine Geschichte über die »Westernisierung« des PCI in der Region Emilia-Romagna und in einer Stadt, die als »Schaufenster des italienischen Kommunismus« in Konkurrenz zum christdemokratischen Zentralstaat galt. Der PCI verfügte in der Provinz Bologna über seinen numerisch größten Parteiverband – den größten kommunistischen aller NATO-Länder –, seine Mitgliedschaft war sozial heterogen und zu einem Viertel weiblich, und sein Handeln zielte gerade hier auf die Integration der Mittelschichten.¹³³ Das Anpassungsvermögen der Kommunisten an die Logiken des *postwar model of democracy*, an Konsensliberalismus und Pluralismus kann der Blick auf Bologna wie in einer Nusschale veranschaulichen.

Als christdemokratisch geprägte Kontrapunkte kommen das apulische Bari und das württembergische Ulm in den Blick, die wesentlich kleiner waren als Bologna und Hamburg, aber über eine ähnlich heterogene Bevölkerungsstruktur verfügten. Im Gegensatz zum protestantischen Hamburg wurde Ulm nach 1945 zur gemischtkonfessionellen Stadt und zehrte noch von den Traditionen einer Garnisonsstadt. Im Nationalsozialismus hatte es als die »braunste« Stadt Württembergs gegolten; nach 1945 war die SPD der CDU hier deutlich unterlegen, ohne dass man Ulm zugleich ein sozialdemokratisches Diasporagebiet

¹³¹ Zu Hamburg vgl. L. AMENDA/S. GRÜNEN, »Tor zur Welt«, 2008; F. BAJOHR, *Hanseat und Grenzgänger*, 2010; P. REICHEL/H. SCHMID, *Katastrophe*, 2005, S. 23. Zu Demokratiekonzepten in der Emilia-Romagna und zu sozialistischen Traditionen der Region vgl. M. SALVATI, *Fondazione*, 1999, darin insb. M. FINCARDI, *Piccole patrie democratiche*, 1999; B. COVILI, *La ricezione culturale*, 1999. Zur Stadtgeschichte Bolognas nach 1945 vgl. A. VARNI, *Storia di Bologna*, 2013. Für Hamburg fehlt eine aktuelle, umfassende Stadtgeschichte nach 1945, vgl. aber K. C. FÜHRER, *Medienmetropole*, 2008; O. PELC u. a., *Hamburg*, 2002; F. BAJOHR/J. SZODRZYNSKI, *Improvisierter Neubeginn*, 1989; W. JOCHMANN/H.-D. LOOSE, *Hamburg*, 1986, sowie die Publikationen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg.

¹³² Vgl. U. LOHALM, *Arbeiterpartei und Großstadtpolitik*, 1996, darin insb. A. SCHILDT, *Sozialdemokratische Politik*, 1996; C. OLDENBURG, *Tradition und Modernität*, 2009.

¹³³ Zum PCI in Bologna vgl. R. FORLENZA, *The Italian Communist Party*, 2010. Siehe eingehender Kap. III u. IV. Stärker Arbeiterpartei mit organisatorisch wichtiger Bindung an die Gewerkschaft war der PCI im industrialisierten Norden; im Süden waren seine Organisationsstrukturen fragiler und sozial nicht immer klar zuordenbar, vgl. G. GOZZINI, *Democrazia dei partiti*, 2007, S. 285 f., 295, 298. Siehe auch Kap. I.

nennen könnte.¹³⁴ Interessant ist die Stadt an der Donau zudem, da Ludwig Erhard hier bis 1969 als Direktkandidat auftrat. Neben Ulm werden häufiger Blicke auf die Lokalpresse in Freiburg und Karlsruhe geworfen, um so den deutschen Südwesten als Kontrapunkt zum weltstädtischen Hamburg im Buch repräsentiert zu sehen.

Die Hafen- und Kaufmannsstadt Bari ist als Ort der Untersuchung deshalb interessant, weil sie für süditalienische Verhältnisse über eine beachtliche sozialistische Tradition verfügte und wie Bologna nach dem Ersten Weltkrieg Schauplatz politischer Gewalt zwischen Sozialisten und Faschisten geworden war. Nach 1945 war sie eine Hochburg des Neofaschismus und, etwa zu gleichen Teilen, der DC, ohne dass die politische Linke hier gänzlich einflusslos gewesen wäre.¹³⁵ Bari wurde überdies zur lokalen Basis des aus Apulien stammenden DC-Politikers Aldo Moro, der nach Alcide De Gasperi zur vielleicht prägendsten Figur der Ersten Republik werden sollte und sich im Wahlkreis Bari-Foggia als Direktkandidat wählen ließ, bis er 1978 Opfer der *Brigate Rosse* wurde. Bari bietet sich mithin nicht nur als Beispiel für Süditalien an, um zu prüfen, inwiefern die dortige Entwicklung von jener des Nordens abwich, sondern auch als lokales Machtzentrum einer bedeutenden christdemokratischen *corrente* (Parteiströmung) unter Aldo Moro (den *dorotei*, später auch *morotei*).¹³⁶ Mit seinen lokalen Schwerpunkten untersucht das Buch streng genommen nicht in Norditalien, sondern in Mittel- und Süditalien, blickt aber hin und wieder auf den hochindustrialisierten Norden oder den katholisch geprägten Nordosten. Wenn in den Kapiteln dennoch in aller Regel von Nord- und Süditalien die Rede ist, wobei der *Mezzogiorno* das Territorium südlich von Rom und die Inseln meint, so mag dies eine Vergrößerung darstellen, die auf ältere politische Traditionen rekurriert und weitgehend dem zeitgenössischen Selbstverständnis folgt: Wenn Bologneser auf Bari blickten, verstanden sie sich als Norditaliener, wenn Bareser auf Bologna blickten, konnten sie sich als Teil des *Mezzogiorno* begreifen. In den lokalen Tageszeitungen beider Städte werden solche Selbstbeschreibungen immer wieder sichtbar.

Straßen und Plätze, Märkte und Fußgängerzonen bilden die wichtigsten Räume der Untersuchung. Als öffentliche Räume unterlagen sie gewissen Alltagsnormen, als politische Räume mussten sie nach 1945 neu angeeignet und symbolisch beschrieben werden.¹³⁷ Als Kontaktzonen politischer Kommunikation sucht die Studie oftmals halböffentliche Räume der Stadt auf: Wirtshäuser und Bars, Versammlungssäle und Hausflure. Im metaphorischen Sinne präsent ist zudem das Wohnzimmer – als Schreibstube, als Ort, wo Wähler als Fernsehzuschauer am politischen Kommunikationsprozess teilnahmen, und bisweilen

¹³⁴ Vgl. F. RABERG, Ulm, 2008; zur Ulmer SPD vgl. K. BEER, Auf den Feldern, 2008.

¹³⁵ Vgl. F. TATEO, Storia di Bari, 1997; S. COLARIZI, Dopoguerra, 1971.

¹³⁶ Zu Moro vgl. M. S. PIRETTI u. a., Moro e la lunga crisi, 2008; zu den *correnti* vgl. F. P. BELLONI, Factionalism, 1978.

¹³⁷ Vgl. E. GOFFMANN, Mikrostudien, 1982; M. KLAMT, Verortete Normen, 2007.

auch als Schauplatz direkter politischer Begegnungen. Unter diesen Anwesenden sind theoretisch immer auch Frauen inbegriffen, doch wenn das Buch auf die geschlechtergerechte Sprache verzichtet und Wählerinnen oder Politikerinnen explizit benennt, wenn sie eine Rolle spielten, so liegt das daran, dass die Mehrheit der hier betrachteten Handelnden in der Tat Männer stellten – gerade im öffentlichen Raum.¹³⁸ An neuralgischen Punkten des Kommunikationsgeschehens erhalten Geschlecht und Generation als Kategorien besondere Aufmerksamkeit, wenn ihnen erklärende Bedeutung zukommt.¹³⁹ Das gilt selbstverständlich besonders für ›1968‹ und den Weg dorthin.

Die Hauptrollen in dieser Studie spielen jedoch, das sei konzediert, die Agenten der parlamentarischen Politik selbst, und zwar in einem breiten Verständnis. Wenn von »politischen Akteuren« die Rede ist, dann sind alle gemeint, die im Namen einer politischen Partei auftraten, von den kleinen Parteimitgliedern über die lokalen Funktionäre bis hin zu Parteiführern, Kanzlerkandidaten oder Ministerpräsidenten. Der Fokus liegt dabei auf den beiden jeweils größten Wählerparteien, die zugleich auch die mitgliederstärksten Organisationen stellten: CDU und SPD beziehungsweise DC (und katholische Laien) und PCI. Wähler, Mitglieder und Aktivisten vereint, dass sie häufig erst in Wahlkampfzeiten eine politische Rolle im Alltag annahmen, ohne dabei jedoch ihre Alltagsrollen als Frau oder Mann, Jugendlicher oder Rentner, Mutter oder Vater, Arbeitnehmer oder Selbständiger abzulegen.¹⁴⁰ Wie sie die verschiedenen Rollen moderierten, war von großem Einfluss für die politische Kommunikationskultur. Überdies traten sie als lokale Beobachter auf und bieten damit Alternativen zu den gängigen Quellen aus Meinungsumfragen, die hier nicht nur äußerst sparsam eingesetzt werden, sondern bisweilen als Wissensressource auf ihren Einfluss im zeitgenössischen politischen Kommunikationsgeschehen untersucht werden.¹⁴¹ Eine besondere Bedeutung im Reigen der politischen Akteure kam den Lokalkandidaten beziehungsweise lokalen Abgeordneten zu. Sie agierten in einer ambivalenten Rolle einerseits als Vertreter ihrer Partei in der Stadt, zugleich aber auch als Gesandte der Stadt im Parlament, und die Frage wird sein, welche dieser beiden Sinnbezüge überwog. Gewerkschaften kommen

¹³⁸ Zu den historischen Traditionen vgl. B. BADER-ZAAR/J. GEHMACHER, *Öffentlichkeit und Differenz*, 2003; R. SARTI, *Spazi*, 1995; D. GAGLIANI/M. SALVATI, *La sfera pubblica femminile*, 1992.

¹³⁹ Dabei sind die neueren Forschungsbefunde zu berücksichtigen, wonach gemeinsame Generationserfahrungen vor allem zeitgenössische (Selbst-)Zuschreibungen darstellten, vgl. B. MÖCKEL, *Erfahrungsbruch und Generationsbehauptung*, 2014, S. 9-12. Zur vielbeschriebenen politischen Generation der »45er« vgl. D. MOSES, *Die 45er*, 2000; problematisierend: B. WEISBROD, *Generationsforschung*, 2009. Zur politischen Geschlechtergeschichte vgl. u. a. KÜHNE, *Staatspolitik*, 1998; C. HIKEL u. a., *Impulse*, 2009; S. BELLASSAI/M. MALATESTA, *Genere e mascolinità*, 2000; N. M. FILIPPINI/A. SCATTIGNO, *Una democrazia incompiuta*, 2007; A. ROSSA-DORIA, *Le donne sulla scena politica*, 1994; DIES., *Diventare cittadine*, 1996.

¹⁴⁰ Vgl. dazu J. COULTER, *Human practices*, 2001, S. 34–38.

¹⁴¹ Vgl. C. REINECKE/T. MERGEL, *Das Soziale vorstellen*, 2012, S. 11–13; A. LEENDERTZ, *Experten*, 2012, S. 339–341, 359–361.

hier nur akzidentiell zur Sprache, denn sie fungierten zwar gerade in Italien als Mobilisationsmaschinen, aber sie wurden eben nicht gewählt.

Als bedeutsame Akteurin begreift die Studie die Lokalpresse, die der urbanen Öffentlichkeit ein Forum der Selbstverständigung bot. Die lokalen Tageszeitungen stellten auch im Fernsehzeitalter das wichtigste Alltagsmedium dar, und die Bürger interessierte das, was in der Stadt abließ, in der Regel mehr als die nationalen Schlagzeilen.¹⁴² Zudem neigten die Lokalredakteure dazu, als eine Art Sprachrohr des ›gemeinen‹ Wahlbürgers aufzutreten. »Öffentlichkeit« interessiert im Folgenden vorrangig im Sinne einer von den lokalen Tageszeitungen wesentlich konstituierten *lokalen* Öffentlichkeit, die ihre eigenen Skandale, Probleme und Selbstbeschreibungen kannte.¹⁴³ Die Studie konzentriert sich auf die sogenannte unabhängige Lokalpresse wie auf lokale Parteiblätter. Nationale Tageszeitungen und Wochenmagazine werden ergänzend herangezogen; überdies hat das Buch von Sendungsprotokollen des NWDR in Hamburg profitiert, die einen Einblick in Themen und Argumente politischer Kommunikation im Radio der jungen Bundesrepublik erlauben. Damit soll sichtbar werden, welche Deutungen von parlamentarischer Politik vor Ort hegemonial wurden – unabhängig davon, dass nicht alle beteiligt waren und nicht alle als Sprecher immer klar erkennbar werden. Gerade für Italien, wo ein großer »moderater« Teil der Bevölkerung den antifaschistischen Parteien und auch der Republik selbst fernstand, ist das zu betonen.¹⁴⁴ Die Studie versucht immer wieder, diese *maggioranza silenziosa* (»schweigende Mehrheit«) zu berücksichtigen, die sich trotz aller Ablehnung gegenüber der Parteiendemokratie verhalten musste und das gerade im Wahlkampf auch tat.¹⁴⁵ Am präsentesten ist sie wohl im großen Bologneser Lokalblatt *Il Resto del Carlino* (zwischenzeitlich *Giornale dell'Emilia*), das in der Studie eine wichtige Rolle spielt, daneben in *La Stampa*, die in Turin erschien. Zugleich aber ist die Erste Republik Italiens in ihrer lokalen Praxis und den darin aufgehobenen Deutungen nur in Anerkennung der Hegemonie der antifaschistischen Parteien zu verstehen. Für das Verständnis von parlamentarischer Demokratie, das sich hier ausprägte, waren sie federführend.¹⁴⁶

¹⁴² Vgl. G. MEIER, *Innovation und Tradition*, 2007, S. 131; A. SCHILDT, *Annäherungen*, 2011, S. 73; zu Hamburg vgl. K. C. FÜHRER, *Medienmetropole Hamburg*, 2008, S. 548 f.

¹⁴³ Zu Öffentlichkeitsbegriffen vgl. K. C. FÜHRER u. a., *Öffentlichkeit*, 2001.

¹⁴⁴ Es ist sehr wahrscheinlich, dass es im republikanischen Italien eine mehrheitlich »moderate«, also konservativ bis rechts orientierte Stimmung gab, die den antifaschistischen Konsens nicht teilte, vgl. M. RIDOLFI, *Tradizioni*, 2012, S. 45; C. BALDASSINI, *Lombra di Mussolini*, 2008. Das galt insbesondere für den Süden, wo dieser Bevölkerungsteil zunächst dem Uomo Qualunque und den Monarchisten, im Laufe der späten 1940er und frühen 1950er Jahre dann der DC und dem MSI zuneigte, vgl. A. M. IMBRIANI, *Vento del Sud*, 1996, S. 201; R. FORLENZA, *Party for the Mezzogiorno*, 2010. Vgl. auch F. GERMINARIO, *L'altra memoria*, 1999.

¹⁴⁵ Als Figur und Begriff war sie in Italien schon in den 1950er Jahren anzutreffen, nicht erst seit ihrer medialen Erfindung in den 1970er Jahren, vgl. dazu A. v. D. GOLTZ/B. WALDSCHMIDT-NELSON, *Inventing the Silent Majority*, 2017.

¹⁴⁶ Vgl. G. E. RUSCONI, *La memoria della Resistenza*, 1996.

Als Quellen dienen der Studie neben den bereits genannten in erster Linie die Akten und Korrespondenzen lokaler Parteiverbände. Ortsvereine, Kreisverbände und Parteisektionen waren nicht so sehr mit Programmatik beschäftigt, sondern mit den Problemen des lokalen Parteialltags, des Wahlkampfbetriebs und mit der Beobachtung der ansässigen Bevölkerung. Das lokale Wahlkampfgeschehen kann anhand der deutschen Parteiakten gut erschlossen werden; punktuell ergänzt werden sie durch Hamburger Polizeiakten, die im Staatsarchiv erst kürzlich zugänglich gemacht wurden. Die Überlieferung italienischer Parteiverbände ist weniger gut, kann aber durch die Berichte der Polizei und der Präfekten, die massenhaft und regelmäßig ins Innenministerium nach Rom gesandt wurden, ergänzt werden. Akten der zentralen Parteiverbände wurden für die DC aufgrund der schlechten lokalen Überlieferungssituation komplett gesichtet, für die SPD und die CDU sporadisch. Für den PCI wurde ganz darauf verzichtet, weil die Aktenlage in Bologna und Bari, ergänzt um die Bestände des Innenministeriums, zufriedenstellend ist. Sämtliche genannten Bestände wurden von den 1940er bis in die 1980er Jahre konsultiert. Nachlässe von Aldo Moro und Mario Scelba (DC) erweitern den Quellenbestand für Süditalien; in Deutschland erwies sich der Nachlass des Hamburger SPD-Funktionärs Peter Blachstein für die 1940er Jahre als ergiebig, jener des sozialdemokratischen Wahlkampfmanagers Karl Anders für 1961. Für Bologna und Ulm wurden zudem Kanzleiakten der Stadtverwaltungen gesichtet.

Parteiverbände und Bürgermeister waren Adressaten von Bürgerbriefen, die in der Arbeit eine tragende Rolle spielen, weil sie unverfälschter sind als Leserbriefe in Zeitungen, die einer Auswahl durch die Redaktion unterlagen und nicht selten von Parteivertretern selbst verfasst wurden. Auch Leserbriefe werden jedoch berücksichtigt. Die kulturanthropologische Forschung hat erste Studien zu Bürgerbriefen in Deutschland vorgelegt, die eigen-sinnige und selbstbewusste Stellungnahmen westdeutscher Bürger aufzeigen.¹⁴⁷ Die vorliegende Studie befragt die brieflichen Quellen daraufhin, wie die Bürger ihre politische Sprecherrolle verstanden und welche Deutungen von Demokratie sie damit produzierten. Ferner arbeitet sie mit grauer Literatur der Parteien (Leitfäden, Anleitungen zum Wahlkampf), Stadtratsprotokollen und mit publizierten Tagebüchern und Memoiren, darunter die im Auftrag des Deutschen Bundestags edierten Erinnerungen westdeutscher Abgeordneter.

Für die Zeiträume, denen sich die Studie widmet, dienen die Parlamentswahlen als Positionslichter. Doch die Chronologie orientiert sich vorrangig an stadtgeschichtlichen Entwicklungen, die darüber bestimmten, mit welchen Rhythmen und Motiven die Zeitgenossen sich durch die Städte bewegten. So widmet sie sich der Nachkriegszeit bis Ende der 1940er Jahre, die als Ära der »Unordnung« auch Freiräume für neue politische Konfigurationen gab. Mit den

¹⁴⁷ H.-P. ZIMMERMANN, *Stimmen aus dem Volk*, 2005; DERS., *Lebenswelt und Politik*, 2008; S. MANKE, *Brandt anfeuern*, 2008; M. FENSKE, *Demokratie erschreiben*, 2013.

ersten Parlamentswahlen koinzidierte einerseits der Beginn des Wiederaufbaus und der darin aufgehobenen Hoffnungen auf Wohlstand und Neuanfang, andererseits der Beginn des Kalten Krieges, der polarisierte, aber auch die genannten Hoffnungen bedrohte. Stadtgeschichte ist immer auch Konsumgeschichte, und dies lässt den Übergang zu den 1960er Jahren als tiefe Zäsur erscheinen, als mit dem Wirtschaftsboom ein tiefgreifender sozialer Wandel eingesetzt hatte und fortwirkte. Die Alltagspraxis und Aufmerksamkeitsökonomie der Konsumgesellschaft waren fundamental für die politische Verständigung mit den Vertretern der parlamentarischen Demokratie. In dieser Szenerie betraten um 1968 Protestakteure als neue demokratische Mitspieler die lokalen Bühnen und versuchten die Regeln der etablierten Politik zu brechen. Um untersuchen zu können, welchen Einfluss sie nahmen, transzendiert der Untersuchungszeitraum der Arbeit den Ölpreisschock von 1973 und damit das Ende des Booms, das mit Martin Conway und im Einklang mit anderen Historikern auch *Europe's Democratic Age* zum Abschluss brachte.¹⁴⁸ Es wird zu klären sein, inwiefern diese Zäsuren und das um sich greifende Krisenbewusstsein der 1970er Jahre die Verständigung zwischen Wahlbürgern und Parteiendemokratie in den beiden postfaschistischen Demokratien beeinflussten, und welche Bedeutung der politischen Gewalt dabei zukam.¹⁴⁹ Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich bis zum italienischen Parlamentswahlkampf von 1979 und blickt damit über das *lungo Sessantotto* (»lange Achtundsechzig«) hinaus, das in der italienischen Periodisierung 1977 endete und ein Jahrzehnt militanter sozialer und politischer Bewegungen darstellte.¹⁵⁰ Der letzte Wahlkampf vor dem »Deutschen Herbst« von 1977 und der erste nach der Entführung und Ermordung Aldo Moros müssten, folgt man den Vorschlägen der historischen Forschung, Übergangsmomente in eine neue Form parlamentarischer Demokratie und demokratischer Staatlichkeit markieren.¹⁵¹ Inwiefern die letzten nationalen Wahlen der 1970er Jahre diese Dekade als eine Phase des Übergangs ausweisen, und welche Wege Westdeutsche und Italiener bis dahin als Souveräne zweier Wählerdemokratien gegangen waren, wird abschließend zu bilanzieren sein.

Das Buch beobachtet Deutsche und Italiener in einer parallel-kontrastierenden Darstellung und wechselt zwischen den Orten hin und her. Die Kapiteleinleitungen dienen der Einführung und vergleichenden Diskussion des Forschungsstandes. In fünf Kapiteln schreitet die Geschichte chronologisch voran, wobei ihr systematisches Erkenntnisinteresse die Übergänge fließend gestaltet. Der Schwerpunkt liegt, kontraintuitiv zur historiographischen

¹⁴⁸ Vgl. G. Eley, *Corporatism*, 2012; D. Stone, *Postwar Europe*, 2012, S. 11.

¹⁴⁹ Zu den widerstreitenden Deutungen der 1970er Jahre gerade im transnationalen Vergleich der Historiographien, aber auch mit Blick auf einzelne Gesellschaften, vgl. A. GIOVAGNOLI, *Gli anni settanta*, 2010; S. LEVSEN, *Einführung*, 2016.

¹⁵⁰ Zu einer Diskussion vgl. G. C. MARINO, *1968–1977*, 2011.

¹⁵¹ Vgl. u. a. N. BÜCHSE, *Von Staatsbürgern zu Protestbürgern*, 2007, insb. S. 328; M. TOLOMELLI, *Italienische Verhältnisse*, 2009, S. 448 f.

Forschungskonjunktur, auf der Phase zwischen 1948/49 und 1961, weil sich hier Deutungstraditionen und Kommunikationspraktiken herausbildeten, an denen sich die Legitimität der Demokratie in den folgenden Dekaden messen ließ. Im ersten Kapitel wird die Nachkriegsstadt als Ort entworfen, wo die Fundamente der künftigen Politik neu verhandelt wurden. Sie stellte Weichen für das kommende Partizipationsverständnis und verortete die neue Parteipolitik in einer bestimmten Nähe zur Alltagswelt. Auf diese Weise formten sich in den Nachkriegsstädten gewisse politische Rollen- und Herrschaftsverständnisse aus, die prädisponierten, wie sich Bürger und ihre politischen Repräsentanten in Zukunft begegnen sollten. Die folgenden zwei Kapitel widmen sich der formativen Phase zweier demokratischer Ordnungen zwischen 1946/49 und 1958/61. Kapitel II befasst sich mit der Repräsentationskultur parlamentarischer Politik und den raumbezogenen Konflikten, die daraus hervorgingen. Das dritte Kapitel fragt nach der direkten Verständigung zwischen Wählern und Parteien und geht ihrem Selbstverständnis als Souverän und Repräsentanten nach. Kapitel IV beleuchtet, wie sich vor dem Hintergrund dieser Traditionen der soziale Wandel und die Einkehr der Konsumgesellschaft auf die politische Kommunikationskultur auswirkten. Das abschließende fünfte Kapitel fragt nach dem Einfluss von ›1968‹ und nach den Folgen eines neuen partizipativen Zeitalters für die Verständigung zwischen Wählern und Parteiendemokratie in den »Krisen« der 1970er Jahre.



Abb. 1: Kommunistische Genossen in der PCI-Sektion von Molfetta (Provinz Bari), Fotografie von Fotostampa Marzocco, 1960 (Datierung des Archivs); Fondazione Gramsci di Puglia, Fondo fotografico.

Erstes Kapitel

Die neue Ordnung. »Politik« in der Nachkriegsstadt

Nachkriegsstädte waren Ruinen der Politik. Der Staat schien sich aus ihnen verflüchtigt zu haben, die öffentliche Ordnung in Auflösung begriffen. Fremde Besatzer, nagender Hunger, entwertetes Geld, zerstörte Gebäude, gesteigerte Kriminalität und die Sehnsucht nach »Normalität« forderten Deutsche und Italiener gleichermaßen heraus.¹ Dass die deutsche Niederlage »total«, die Belastung der Deutschen durch materielle Zerstörungen und Kriegsschuld größer war, mögen Historiker wissen; für das Erleben italienischer Zeitgenossen war dieser Vergleichshorizont jedoch unerheblich.² »Materiell und moralisch könnte sich unser Land kaum in einer schlimmeren Situation befinden«, kommentierte die römische Schriftstellerin Sibilla Aleramo im November 1945 in ihrem Tagebuch. Italienische Historiker folgen ihr in der drastischen Beschreibung einer in Unordnung geratenen Nachkriegsgesellschaft.³ Welcher Blick auf Politik erwuchs aus diesen ähnlichen Bedingungen in Städten, wo die Spuren der faschistischen Regime noch frisch waren?

Deutschen Historikern dient die Kombination aus Nachkriegselend, Kriegs- und Diktaturerfahrung als Erklärung für die Diagnose einer weitreichenden »Entpolitisierung«. Die Enttäuschung des Nationalsozialismus, die »Atomisierung« im Krieg und die drängenden Bedürfnisse des Alltags hätten die Deutschen veranlasst, sich von politischen Fragen abzuwenden.⁴ Eine solche Interpretation war in Italien zeitgenössisch zwar anzutreffen, hat sich jedoch nicht zu einem historischen Narrativ der jungen Republik entwickelt. Jüngst erst hat Leonardi Paggi argumentiert, eine Mehrheit der Italiener, durch die alliierten Bombardements traumatisiert, habe nach 1945 von Politik und westlichen Demokratiekonzepten nichts wissen wollen. Damit trägt Paggi zur Dekonstruktion des antifaschistischen Gründungsmythos bei, der solche Befunde lange an den Rand drängte: Ein im Antifaschismus vereintes Volk hätte sich der »neuen«

¹ Vgl. R. BESSEL, »Leben nach dem Tod«, 2002, S. 247 f.; ders., *Germany 1945*, 2009, Kap. 11; M. PORZIO, *Alleati*, 2011, S. 35, 94–99.

² R. BESSEL, »Leben nach dem Tod«, 2002, S. 257.

³ S. ALERAMO, *Tagebuch*, 1991 [1978], Eintrag v. 7.11.1945, S. 54. Ähnlich zum *Mezzogiorno*: M. MAFAI, *Apprendistato*, 1979, S. 34. Vgl. u. a. E. DI NOLFO, *Von Mussolini zu De Gasperi*, 1993; S. LANARO, *Storia dell'Italia repubblicana*, 2007 [1992], S. 11–43; zu Bari vgl. O. BIANCHI, *Ascesa e declino*, 1997, S. 255; allgemein zur Kriegserfahrung vgl. A. L. CARLOTTI, *Italia 1939–1945*, 1996; darin insb. P. CAVALLO, *Rappresentazione*, 1996.

⁴ H.-P. SCHWARZ, *Ära Adenauer*, 1981, S. 379; G. BRUNN, *Köln*, 1981, S. 44; D. VON LAAK, *Zivilisierung*, 1999; U. HERBERT, *Liberalisierung*, 2002, S. 38; A. SCHILDT, *Ankunft*, 1999, S. 92–94; F. BAJOHR, *Hamburg*, 1998, S. 333. Bereits Zeitgenossen zeichneten dieses Bild, siehe: Städte wählten, in: *DIE ZEIT*, 30.5.1946; H. SCHELSKY, *Skeptische Generation*, 1957, S. 84.

Politik mit dem Esprit der nationalen Wiedergeburt gewidmet.⁵ Wie relevant aber waren die Erfahrungen von Resistenza und Bürgerkrieg für die politischen Handlungsspielräume und die Deutungen der Nachkriegspolitik vor Ort?⁶

Was in den unterschiedlichen Diagnosen stets undefiniert bleibt, ist der analytische Politikbegriff, der ihnen zugrunde liegt. Was ›Politik‹ war und künftig sein sollte, war angesichts der erfahrenen Entgrenzungen des Politischen auch zeitgenössisch keineswegs eindeutig. Es war Aufgabe der Nachkriegsgesellschaften, ein neues Politikverständnis zu entwickeln, das ihnen im Zeitalter von Verfolgung, Vernichtung und sozialer Deprivation ein Weitermachen ermöglichte und das neuen politischen Akteuren Legitimität zuweisen konnte.⁷ Das folgende Kapitel untersucht die Genese solcher Politikvorstellungen in der lokalen Praxis und in der lokalen politischen Kommunikation. Es legt dabei einen weiten analytischen Begriff ›politischer‹ Kommunikation an, der den spezifischen Bedingungen der Nachkriegszeit gerecht wird. Politisches Handeln und Deuten meint im Folgenden alle Handlungen und Aussagen, die um verbindliche Regeln und Normen für die Ordnung des Gemeinwesens kreisten.⁸ Die Analyse, unter welchen Umständen tatsächlich von »Politik« oder »politischen« Tatbeständen die Rede war, macht die Konstruktion postfaschistischer Politikkonzeptionen nachvollziehbar. Auch pejorative Sprechweisen und ostentative Abgrenzungen von der »Politik« sind dabei als eminent politische Kommunikation zu begreifen: Sie konstruierten mit, was die ›neue‹ Politik war und sein sollte – und was nicht.⁹

Der Ausnahmezustand, dem sich die Zeitgenossen in Deutschland wie Italien in den 1940er Jahren ausgesetzt sahen, lud neben dem Ende der Regime zur Neujustierung des Politischen ein.¹⁰ Die Situation prekärer Staatlichkeit und eingeschränkter nationaler Souveränität, begleitet von einer nur rudimentär verfügbaren massenmedialen Öffentlichkeit, verlagerte politisches Handeln ins Lokale. Politik war zunächst in erster Linie Kommunalpolitik, und politische Kommunikation kreiste um Fragen der öffentlichen Ordnung und Moral, der politischen Säuberung, der Ernährung und Entrümmerung. Überdies eröffnete der Ausnahmezustand den lokalen Akteuren Handlungsspielräume, um lokale Herrschaftsverhältnisse zu verändern, neue Routinen und improvisierte

⁵ L. PAGGI, »Popolo dei morti«, 2009. Vgl. D. SASSOON, *Italy after Fascism*, 2003; F. FOCARDI, *Reshaping the Past*, 2003; DERS., *Guerra della memoria*, 2005.

⁶ Für einen Überblick vgl. E. COLLOTTI, *Italien*, 1998.

⁷ Vgl. F. DEPPE u. a., *Lokales Milieu*, 1986, S. 200 f.; E. HOLTSMANN, *Politik und Nichtpolitik*, 1989; F. BOLL, *Suche*, 1995, S. 22–25; A. BORUP, *Demokratisierungsprozesse*, 2010, S. 21.

⁸ Zum weiten Politikbegriff vgl. W. STEINMETZ, *Neue Wege*, 2007, S. 15 u. Fn. 20. Vgl. U. FREVERT, *Neue Politikgeschichte*, 2005, S. 24; L. SCHORN-Schütte, *Politische Kommunikation*, 2009, S. 10–13; L. REGAZZONI, *Einleitung*, 2010, S. 13–16.

⁹ Vgl. T. MERGEL, *Kulturgeschichte der Politik*, 2012; L. SCHORN-Schütte, *Politische Kommunikation*, 2009, S. 11; zur Analyse des historischen Wortgebrauchs vgl. W. STEINMETZ, »Politik«, 2007.

¹⁰ Offenbar bringen Ausnahmezustände historisch gesehen stets eine Neuverhandlung des Politischen mit sich, vgl. C. RAUH/D. SCHUMANN, *Ausnahmezustände*, 2015, S. 10, 25. Zum Verständnis von ›Ausnahmezustand‹ vgl. M. GEYER, *Grenzüberschreitungen*, 2014.

Regeln des Zusammenlebens zu stiften, politische Legitimität neu herzustellen und lokale Räume neu zu besetzen.¹¹ In der lokalen Herstellung von Ordnung konnten so politische Fakten geschaffen werden, bevor Verfassungsgebende Versammlungen und nationale Wahlen darüber entschieden, wie der künftige Staat aussehen würde. Diesen Aspekten des Ordnung-Schaffens vor Ort widmet sich das Kapitel, um daran die Ausprägung von Politikkonzepten zu beobachten, die in die demokratische Zukunft wiesen.

Teil der spezifischen Bedingungen in den beiden postfaschistischen Nachkriegsgesellschaften war die Omnipräsenz des Demokratiebegriffs, der in Deutschland (anders als in Italien) häufig als »westliche Demokratie« gefasst wurde. Als künftiges Ordnungsmodell stand die Demokratie auch den Beobachtern vor Ort deutlich vor Augen.¹² US-amerikanische Ambitionen demokratischer Erziehung richteten sich sowohl auf Westdeutsche als auch auf Italiener, waren in Italien jedoch nicht von einem elaborierten Re-education-Programm begleitet. Was aber »Demokratie« genau sein sollte, blieb in beiden Ländern vieldeutig und undefiniert.¹³ Zeitgenossen stülpten den Begriff bisweilen über ihre lokale Lebenswelt, so als leite sich aus der Abwesenheit der Diktatur selbstredend die Anwesenheit der Demokratie her. Wie die künftige Demokratie aussehen würde, meinten sie mit Blick auf lokale parteipolitische Akteure oder bei Klagen über die »Unordnung« zu erkennen.¹⁴ Nachkriegsstädte fungierten so als Laboratorien der künftigen politischen Gemeinwesen.

Diverse Akteure versuchten bei und nach Kriegsende, lokale Ordnung zu stiften und sich der urbanen Aufräumarbeiten anzunehmen. Das Kapitel untersucht die Rolle, die den künftigen politischen Protagonisten dabei zukam: den Vertretern der neuen demokratischen Parteien. Es analysiert, wie sie die Chancen nutzten, die ihnen der Ausnahmezustand bot, und wie sie sich dabei öffentlich präsentierten. Dabei beleuchtet es den Einfluss der alliierten Besatzer und die Rolle des Staates als prekärer Ordnungsmacht. Überdies fragt es nach den Reaktionen künftiger Wählerinnen und Wähler auf die Angebote und Handlungen, die von den neuen politischen Akteuren ausgingen, und mithin nach ihrer Bedeutung bei der Genese eines postfaschistischen Politikverständnisses vor Ort.

¹¹ Vgl. A. LÜDTKE/M. WILD, Einleitung, 2008, S. 23; M. ZIERENBERG, Stadt der Schieber, 2008, S. 199, 298–323 u. Kap. IV; J. EVANS, Ruins, 2011; A. LÜDTKE, Alltag, 2015, S. 64; H. BRAUN u. a., »Stunde Null«, 2007; R. BESSEL, Order, 2011.

¹² Kundgebung der CDU. Wiblingen, o. D. [März 1946]. StAU, E 201 CDU, Nr. 1; D. v. D. BRELIE-LEWIEN, Katholische Zeitschriften, 1986, S. 185–190; F. BOLL, Hitler-Jugend, 1993, S. 37; S. CAVAZZA, Transizione difficile, 2001, S. 441 f.

¹³ D. FELBICK, Schlagwörter der Nachkriegszeit, 2003, S. 2, 174, 184 f. Zu den Alliierten vgl. M. TAMBOR, Red Saints, 2010, S. 435 f.; A. BUCHANAN, Representations, 2008.

¹⁴ So etwa in Ulm 1948: »Der kompensierte Kandidat« [Flugblatt Ulm, anonym], o. D. [April 1948]. StAU, B006/10 Nr. 9; E. A. HOFFMANN, Hamburg '45, 1985, Eintrag v. 4.2.1946, S. 133; Lasciar fare... lasciar passare, in: LA LOTTA, 14.7.1945; vgl. A. M. IMBRIANI, Vento del Sud, 1996, S. 26 f.; R. SCHÖRKEN, Niederlage als Generationserfahrung, 2004, S. 65 f.; E. HOLTSMANN, Demokratische Transformation, 2007, S. 294.

In vieler, aber nicht in jeglicher Hinsicht knüpfte es an politische Traditionen an, die älter waren als Faschismus und Nationalsozialismus. Die Deutungen der Situation und der Handlungswille der neuen politischen Akteure bestimmten darüber, auf welche Weise die urbanen Nachkriegsgesellschaften zu Laboratorien neuer oder aber älterer Politikkonzepte wurden – und inwiefern sie sich dabei von den faschistischen und nationalsozialistischen Konzepten abgrenzten.

1. Wer waltet. Ferner Staat und neue Herrscher

In ganz Kontinentaleuropa brachte das Kriegsende den Verlust staatlicher Autorität mit sich.¹⁵ Wer konnte im lokalen Ausnahmezustand Ordnung setzen, wer hütete die Moral? Wie verhandelten Stadtgesellschaften im Übergang von Diktatur zu Demokratie politische Herrschaft, also die legitime Zuständigkeit für das Gemeinwesen? Ob der Staat *formal* fortexistierte oder nicht, war hier von großer Bedeutung. Als symbolische Institution beeinflusste er den Umgang lokaler Akteure mit Kriminalität, Selbstjustiz und dem verbreiteten Gefühl der Unordnung. In Auseinandersetzung mit der prekären Staatlichkeit formte sich vor Ort das Selbstverständnis sowohl des künftigen Souveräns als auch der künftigen politischen Repräsentanten aus. Hier beginnt die Geschichte zweier unterschiedlicher Transitionen vom Faschismus in die Demokratie.

Italienische Selbstermächtigungen

Südlich der Alpen überlebte der Staat als *Regno d'Italia* den Krieg. Seine Kompetenzen waren angesichts schwacher Ressourcen und alliierter Suprematie stark beschnitten.¹⁶ Dennoch war er in einer Phase der moralischen Orientierungslosigkeit für die italienische Stadtbevölkerung von zentraler Bedeutung. Durch Ministerpräsidenten und Minister, Präfekten und Polizeipräsidenten (*Questori*) blieb der italienische Staat als Ansprechpartner präsent. Nicht nur über den moralischen und materiellen Verfall ihrer Städte, sondern auch über alliierte Soldaten und Besatzungsbehörden und damit über die Präsenz fremder Herrscher führten vor allem Südtaliener bei ihren staatlichen Vertretern Beschwerde. Damit setzte sich eine Jahrhunderte alte Praxis der Ermahnung herrschaftlicher Autoritäten fort: Im klagenden Ruf nach den *autorità* konnten sich ordnungsliebende Italiener in der Nachkriegszeit der fortwährenden Unzulänglichkeit des Staates vergewissern.¹⁷

¹⁵ Vgl. T. JUDT, *Geschichte Europas*, 2006, S. 55.

¹⁶ Vgl. M. PORZIO, *Alleati*, 2011, S. 35; P. DOGLIANI, *Anno Primo*, 2007, S. 43 f.; A. G. RICCI, *Repubblica*, 1996.

¹⁷ A. M. IMBRIANI, *Vento del Sud*, 1996, S. 22 u. Fn. 18; P. SCOPPOLA, *Repubblica dei partiti*, 1997, S. 92; M. PORZIO, *Alleati*, 2011, S. 70, 73, 88 f., 106. Zur traditionellen Funktion der Beschwerdekultur vgl. C. NUBOLA, »Via supplicationis«, 2005; C. DUGGAN, *Internalisation*, 2013, S. 130.

Die »Kontinuität des Staates« (Claudio Pavone), also der personelle Fortbestand in Bürokratie und Funktionseliten nach Ende des Regimes, war eine handlungsleitende Prämisse jener, die aus dem Verweis auf seine mangelnde Legitimität ihr Recht auf Selbstermächtigung vor Ort ableiteten.¹⁸ Hatte sich der monarchische Staat in den Augen der Antifaschisten schon durch seine Kollaboration mit Mussolini kompromittiert¹⁹, leistete die Kriegsentwicklung dem staatlichen Legitimationsverlust weiter Vorschub. Der Sturz Mussolinis am 25. Juli 1943 lud überzeugte Faschisten dazu ein, die alten Eliten in Staat und Militär als Feindbild neu zu entdecken. Mit dem Waffenstillstand vom 8. September, dem die chaotische Auflösung der italienischen Streitkräfte und die Flucht des Königs aus Rom folgte, überließen die Repräsentanten der Monarchie ihre Untertanen den Wehrmachtsverbänden und den alliierten Besatzern. Verrat und Fahnenflucht waren Deutungen, mit denen der Krieg die italienische Monarchie benetzte, die fortan als Regno del Sud unter alliierter Kontrolle in Apulien fortexistierte. Als Mussolini in Salò die Repubblica Sociale Italiana (RSI) gründete, verdoppelte sich mit der eingeschränkt souveränen Staatlichkeit auch das staatliche Legitimationsdefizit. Man musste kein Antifaschist sein, um in der Marionettenrepublik von Salò ein Gewaltregime und eine Ausbeutungsagentur für die deutschen Besatzer zu erblicken, von der lediglich Kollaborateure profitierten. Die Staatsidee war so vor allem, aber nicht nur in Norditalien bei Kriegsende nachhaltig beschädigt.²⁰

Wenn italienische Soldaten seit dem Waffenstillstand ihre Uniformen auszogen oder zu den Partisanengruppen stießen, wenn Kommunisten aus dem Exil zurückkamen, um sich der Resistenza anzuschließen, wenn Jugendliche sich von organisierten Faschisten in organisierte Antifaschisten verwandelten, sind darin immer auch Gesten der Selbstermächtigung gegenüber einer als illegitim und fragil begriffenen Staatlichkeit zu erblicken. Enzo Collotti und Lutz Klinkhammer haben in der kollektiven »Wandlung« seit 1943 die Transformation von einer Täter- in eine Opfergesellschaft erkannt, die dann die Selbstzuschreibung des »guten Italieners« (*bravo italiano*) in Abgrenzung zum »schlechten Deutschen« (*cattivo tedesco*) ermöglichte.²¹ In actu ging es bei den

¹⁸ C. PAVONE, *Continuità*, 1974; vgl. G. CHIANESE, *Dopoguerra*, 2007, S. 249–251, 257; F. R. SCARDACCIONE, *Repubblica sociale*, 2002, S. XXXI.

¹⁹ Vgl. E. FIMIANI, *Elections*, 2011; P. CORNER, *Fascist Party*, 2012, S. 267.

²⁰ L. GANAPINI, *Voci*, 2012, S. 17, 19; F. GIORGINO/N. RAO, *L'un contro l'altro*, 1995, S. 16 f., 24. Vgl. A. L. CARLOTTI, *Memorialistica della RSI*, 1996, S. 349; G. E. RUSCONI, *Resistenza*, 1996, S. 63; R. CHIARINI, *Origini*, 1997, S. 11 f., 15; S. PELI, *Resistenza*, 2004, S. 224–232; G. PARLATO, *Fascisti senza Mussolini*, 2006, S. 15–17; D. WELLNITZ, *Faschismus und Monarchie*, 2011; F. TRANIELLO, *Resistenza*, 2007, S. 37 f.

²¹ E. COLLOTTI/L. KLINKHAMMER, *Fascismo*, 1996, S. 12 f., 17, 123 f., in dt. Übers. bei: E. COLLOTTI/L. KLINKHAMMER, *Neubewertung*, 2000, S. 286 f., 291; L. KLINKHAMMER, *Resistenz-Mythos*, 1997, S. 132. Zum Opfernarrativ in der Erinnerungskultur vgl. D. SASSOON, *Italy after Fascism*, 2003, S. 273–276; C. BALDASSINI, *L'ombra di Mussolini*, 2008, S. 25 f., 29, 38. Ausführender: F. FOCARDI, »Bravo italiano«, 1996; ders., *Reshaping the Past*, 2003.

individuellen Verwandlungen zwischen 1943 und 1945 jedoch vordergründig darum, sich dem Arbeitsdienst in der Republik von Salò zu entziehen oder dazu beizutragen, sich vor Ort eine neue Ordnung zu setzen, sobald die Besatzer verschwunden waren. Konkrete ideologische Ziele verfolgten die neuen, im Krieg geborenen Antifaschisten eher selten.²² Schillernde, aber vage bleibende Begriffe wie ›Demokratie‹, ›Freiheit‹ oder ›Gerechtigkeit‹ mochten sie im Munde führen, sie interessierten jedoch vor allem, insofern sie etwas »aussagten über die soziale Ordnung, die wir uns nach dem Krieg geben würden«, wie ein junger Widerstandskämpfer und Neu-Kommunist aus dem Friaul stellvertretend für viele Altersgenossen in sein Tagebuch notierte.²³ Auch die Ex-Faschisten unter ihnen erklärten ihre Verwandlung mit dem Willen, die Erneuerung des Landes, die die Faschisten einst anvisiert hatten, fortzusetzen, oder aber mit der Gegnerschaft zu einem faschistischen Staat, der das Land in den Krieg geführt hatte. »Meine Transformation von der Faschistin zur Partisanin erfolgte aus einer Regung des Gewissens heraus, denn ich wollte Jugendlichen helfen, die wie ich vom Frieden träumten«, schrieb die junge Albertina Tonarelli 1943 in ihr Tagebuch.²⁴

Selbstermächtigung in Zeiten prekärer Staatlichkeit war kein Alleinstellungsmerkmal des Nordens und des Zentrums, auch wenn Resistenza und Bürgerkrieg gemeinhin als norditalienische Erfahrungen gelten.²⁵ Im Süden begannen lokale Akteure ebenfalls, eigenmächtig Ordnung zu setzen. Der Unterschied lag im Grad der Organisation. In süditalienischen Städten übernahmen die Bewohner in *spontanen* Aktionen die Funktionen des Heeres, wie etwa die Neapolitaner in den »Quattro Giornate di Napoli« (Vier Tagen von Neapel) 1943, als sie die deutschen Besatzer zum Rückzug zwangen. Auch in anderen kleineren und größeren Aufständen leisteten Süditaliener und Süditalienerinnen Widerstand gegen die deutschen Besatzer und ersetzten damit den schwachen Staat.²⁶ Die Alliierten hatten im Süden ebenfalls immer wieder mit kleineren bewaffneten Erhebungen zu kämpfen; häufiger übernahmen lokale Akteure hier Wehr- und Polizeifunktionen, die sie von Staat und Militärregierung nicht erfüllt sahen.

²² Vgl. L. KLINKHAMMER, Bündnis, 1993, S. 441; ders., Widerstand, 2010, S. 50 f. Siehe auch: L. GANAPINI, Voci, 2012, S. 94–111. Umfassend zu den diversen Motivlagen vgl. C. PAVONE, Una guerra civile, 1994, Kap. I; S. PELI, Resistenza, 2004, S. 225–228.

²³ L. GANAPINI, Voci, 2012, S. 99 (Zitat), 105; vgl. E. MACALUSO, Il PCI e la rivoluzione, 2010, S. 132; E. HOBBSAWM/G. NAPOLITANO, Weg, 1977, S. 41.

²⁴ L. GANAPINI, Voci, 2012, S. 94. Zur Kontinuität der Erneuerungshoffnung im Übergang vom Faschismus zum Antifaschismus vgl. P. BUCHIGNANI, Fascisti rossi, 1998; L. LA ROVERE, L'eredità del fascismo, 2008; F. MEIER, Mythos der Erneuerung, 2002, S. 23, 73–75, 151, 211.

²⁵ G. BARONE, Stato e Mezzogiorno, 1994, S. 319; D. SASSOON, Italy after Fascism, 2003, S. 272. Erst jüngst wird der Beitrag des Mezzogiorno zum Widerstandskampf hervorgehoben, der sich in der Teilnahme von Süditalienern an den Kampfhandlungen im Norden ebenso äußerte wie in Widerstandshandlungen auf süditalienischem Territorium, vgl. E. FIMIANI, Partecipazione, 2016.

²⁶ Vgl. M. G. CAMILLETTI, »Esistere da donne«, 2006, S. 144; G. CHIANESE, Massacri nazisti, 1997/1998; dies., Mezzogiorno, 2006.

Vor allem das vermeintlich unzüchtige Verhalten alliierter Soldaten wurde zum Quell von Ehrkonflikten und lokaler Selbstjustiz, die häufig mit Gewaltepisoden zwischen Süditalienern und alliierten Besatzern einhergingen.²⁷ Streiks, Proteste und Aufstände von Arbeitern und vor allem Landarbeitern, deren Lenkung Kommunisten und Sozialisten zwar gern übernehmen wollten, die aber häufig auch spontan ausbrachen, waren 1944/45 in Süditalien weit verbreitet. Sie wandten sich gegen Preiserhöhungen, forderten Arbeitsplätze, die Urbarmachung von Land oder deren Umverteilung bis hin zur sozialen Revolution, wobei auch bisweilen ephemere Bauernrepubliken ausgerufen wurden. In den apulischen Provinzen protestierte die Bevölkerung angesichts von Hunger und Arbeitslosigkeit 1945 auch vor alliierten Kasernen, lieferte sich Schusswechsel mit den Polizeikräften der Militärregierung, stürmte Gefängnisse und befreite Gefangene.²⁸

Spezifisch an der Resistenza in Norditalien war, dass die Partisanen ihre Selbstermächtigung vor Ort in expressiverer Weise als eine Kommunikation mit dem illegitimen faschistischen Staat präsentierten. Im Bürgerkrieg kämpften Partisanen nicht nur als Antifaschisten gegen die Agenten des »Nazifaschismus«, sondern auch um die Legitimation durch das lokale Publikum. In Bologna und den Industriestädten, wo Widerstandshandlungen mit Streiks einhergingen, die auch Zeitungspressen und öffentliche Verkehrsmittel lahmlegten, konnte der Guerillakrieg der Partisanen als gesamtstädtische Resistenz gegen RSI und deutsche Besatzer erscheinen; und die symbolischen Handlungen der Partisanen im Anschluss an die erfolgten »Befreiungen« der Städte sollten ihren Nimbus der legitimeren Herrscher vor aller Öffentlichkeit in Szene setzen.²⁹ Kommunistische Partisanen eroberten Rathäuser, setzten neue Bürgermeister und neue staatliche Vertreter (Präfekten) ein, hissten rote Fahnen, markierten ihre Körper mit roten Hemden oder grün-weiß-roten Halstüchern und gaben schnurstracks lokale Tageszeitungen heraus. Dieser symbolisch expressive Herrschaftswchsel gehörte zum lokalen Erlebnisreservoir im Übergang Norditaliens vom Krieg in den Frieden.³⁰

Anders als die Befreiungsideologie des antifaschistischen Gründungsmythos nahelegte, bedeutete dies für das lokale Publikum in erster Linie eine Kontinuität der Herrschaftserfahrung: Im Rathaus nahmen neue Herren Platz, deren Resistenza-Vergangenheit ihnen häufig mitnichten zu größerer Legitimität

²⁷ Vgl. D. TARANTINO, *Regno*, 2006, Kap. 4 u. 5; M. MAGNO, *Puglia*, 1988, S. 21 f.; M. PORZIO, *Alleati*, 2011, S. 74 f., 77–83, 87; E. COLLOTTI/L. KLINKHAMMER, *Fascismo*, 1996, S. 168; umfassend: I. WILLIAMS, *Allies and Italians*, 2013. Solche Konflikte gab es zuvor auch mit deutschen Soldaten, vgl. G. CHIANESE, *Massacri nazisti, 1997/1998*, S. 209 f.

²⁸ Vgl. F. DE Felice, *Togliatti*, 1977, S. 40, 43 f.; M. MAGNO, *Puglia*, 1988, S. 25–44, 38 f.; E. MACALUSO, *Il PCI e la rivoluzione*, 2010, S. 128; G. CHIANESE, *Dopoguerra*, 2007, S. 257–262.

²⁹ Vgl. E. COLLOTTI/L. KLINKHAMMER, *Fascismo*, 1996, S. 170 f.; L. GANAPINI, *Voci*, 2012, S. 53–60; zu Bologna vgl. L. BERGONZINI, *Svastica*, 1998, S. 109 f.

³⁰ C. FERRARIO, *Il buon partito*, 1990, S. 62, 84; vgl. J. KRAATZ Magri, *Volksheld*, 2011, S. 336.

verhalf als einst den Faschisten. Zum einen lastete das blutige Vermächtnis des Partisanenkampfs auf ihnen.³¹ Gerade die katholischen Pfarrer riefen dieses Vermächtnis in der Nachkriegszeit immer wieder öffentlich ins Gedächtnis, um der kommunistischen Mythisierung des Widerstandskampfs entgegenzuwirken, namentlich in der Emilia-Romagna, wo die antifaschistische Gewalt, wie einst die faschistische, besonders eruptiv gewesen war.³² Zum anderen stammten die Partisanen der mitgliederstarken kommunistischen Brigaden (Brigate Garibaldine) häufig nicht aus den Orten, in denen sie nun besonders ostentativ als neue Herren auftraten. Für viele, die den Faschismus still hingenommen hatten, öffnete sich mit der Kontrolle durch die politischen Arme der Resistenza, die lokalen Befreiungskomitees (Comitati di Liberazione Nazionale, CLN), denen in aller Regel die Kommunisten vorsahen, lediglich ein neues Kapitel in der Geschichte illegitimer Herrschaft.³³

Ihren Anspruch, die neuen autochthonen Herrscher darzustellen, vertraten die Befreiungskomitees selbstbewusst gegenüber den einrückenden Alliierten. Ihre Forderung nach lokaler Selbstverwaltung (*autogoverno*) respektierten die Militärregierungen, sofern sie dies militärisch verantworten konnten, und erkannten den CLN während ihrer Besatzungszeit beratende Funktion zu. Auch beließen sie die von den Antifaschisten eingesetzten Präfekten und Bürgermeister in aller Regel im Amt, darunter auch Giuseppe Dozza, den kommunistischen und bald überaus populären Stadtvater Bolognas.³⁴ Dass sich dessen Imagepolitik fortan neben seiner lokalen, bürgerlichen Herkunft auf seinen aktiven Beitrag zur Befreiung der Resistenza-Stadt gründen konnte, war mithin auch den Briten und Amerikanern zu verdanken. Sie ermöglichten den Antifaschisten, zumindest symbolisch als Alternative zur kriselnden Staatlichkeit aufzutreten.³⁵

Die Situation im Süden unterschied sich von jener des Nordens aufgrund der relativ schwächeren Position der Befreiungskomitees, die hier schlichtweg nicht mit dem Nimbus der Befreier auftreten konnten. Vielmehr war die »Kontinuität des Staates« besonders im Süden zu spüren, wo die alten bürokratischen Eliten und *padroni* unangetastet blieben und die lokalen Notabeln, darunter auch Vertreter der Mafia, neben dem hohen Klerus in die Rolle der lokalen Potentaten zurückkehrten.³⁶ Gerade deshalb aber konnten die CLN auch hier als Symbole eines Neuanfangs fungieren und zumindest die Chance auf einen

³¹ Für einen differenzierten Überblick zum Ansehen der Resistenza in der Bevölkerung vgl. S. PELL, *Resistenza*, 2004, S. 238–249.

³² *La solidarietà dei cattolici ai sacerdoti denunciati dai comunisti*, in: *L'AVVENIRE D'ITALIA*, 23.5.1953. Vgl. G. ROMANZI, *Chiesa bolognese*, 1995; L. PAGGI, »Popolo dei morti«, 2009, S. 27 f.; M. DONDI, *Liberazione*, 1999; G. CRAINZ, *Dolore*, 1995.

³³ C. FERRARIO, *Il buon partito*, 1990, S. 67 f. Vgl. D. SASSOON, *Italy after Fascism*, 2003, S. 277.

³⁴ Siehe eingehender Kap. III.3.

³⁵ Auch wenn die CLN nie die erhoffte Rolle als Organe lokaler Selbstverwaltung spielten, waren sie doch für die Suggestion eines Neuanfangs von unten bedeutsam, vgl. P. GINSBORG, *Storia d'Italia*, 2006, S. 118; P. LOMBARDI, *Illusione*, 2003.

³⁶ Vgl. G. CHIANESE, *Dopoguerra*, 2007, S. 249–251; M. PORZIO, *Alleati*, 2011, S. 38.

Herrschaftswechsel anzeigen, allerdings nicht im Zeichen der antifaschistischen Einheit. Die Beziehungen des PCI zum PSI waren hier fragil; und zu überparteilicher Zusammenarbeit mit der DC kam es beinahe nie.³⁷

Die Hoffnung auf die Ablösung einer lange währenden, als illegitim empfundenen Herrschaft im Süden teilten auch republikanische Meridionalisten, die nach dem Ende des Faschismus den Moment gekommen sahen, mit einer »neuen Politik« endlich eine »neue Führungsklasse« zu schaffen. Solche öffentlichen Postulate richteten sich gegen die Monarchie, gegen den Faschismus und gegen die linken Parteien gleichermaßen.³⁸ Auch die ephemere Bewegung des Uomo Qualunque erwuchs, wenngleich ein anderes politisches Spektrum abdeckend, aus derselben Erzählung lange währender illegitimer Herrschaft des Nordens über den Süden, aus der man in den 1940er Jahren auszubrechen hoffte. Aus dieser Sicht konnte die Bewahrung der Monarchie als Schutz vor dem »Wind des Nordens« (*vento del Nord*) gelten, der Parteien und Parlamentarismus mit sich brachte. Nicht ohne Grund votierte die Mehrheit der süditalienischen Wähler beim Referendum 1946 für die Monarchie. Selbst PCI-Genossen waren in Süditalien nicht selten monarchistisch eingestellt, was sich mit ihrem antifaschistischen Selbstverständnis vertrug.³⁹

Mit dem Anspruch der lokalen Herrschaftsablösung gingen im Norden die politischen, allen voran die »wilden« Säuberungen einher. Sie sind als symbolische Handlungen zu begreifen, mit denen die »Richter« ihren Anspruch auf eine neue Ordnung unterstrichen, häufig aber wurden hier auch persönliche Rechnungen beglichen.⁴⁰ Nachdem die Partisanen vor allem in der Emilia in den Tagen der Befreiung mit aller Brutalität vorgegangen waren und etwa 12 000 Ex-Faschisten umgebracht hatten, rief nicht nur der in der Säuberungsfrage moderate Palmiro Togliatti, sondern auch der Bologneser PCI-Verband zu Besonnenheit auf.⁴¹ So mahnte die kommunistische Lokalpresse 1945, »in Ordnung und Legalität [zu] säubern«, was bedeutete, den lokalen Befreiungskomitees die politische und berufliche Entfernung der Faschisten (*epurazione*)

³⁷ Vgl. F. DE FELICE, Togliatti, 1977, S. 47 f.; G. CHIANESE, *Dopoguerra*, 2007, S. 252–256.

³⁸ Guido Dorso: I cafoni sono repubblicani, in: *LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO*, 23.5.1946. Es handelt sich um Vertreter einer im 19. Jahrhundert entstandenen Intellektuellenströmung, die sich als Anthropologen Süditaliens verstanden und sich für dessen kulturelle Eigenständigkeit und/oder politische Autonomie einsetzten.

³⁹ Vgl. A. M. IMBRIANI, *Vento del Sud*, 1996, S. 71–78; zu monarchistischen Genossen vgl. F. DE FELICE, Togliatti, 1977, S. 45. In Lecce (Apulien) votierten 85 Prozent für die Monarchie, in Bari 65 Prozent, in Neapel 77 Prozent. Im Norden und im Zentrum waren die Größenverhältnisse umgekehrt: In Bologna votierten über 80 Prozent für die Demokratie, in Turin 58 Prozent, in Genua 70 Prozent, in Verona 61 Prozent. Siehe: Ministero dell'Interno, Archivio storico delle elezioni.

⁴⁰ Vgl. T. JUDT, *Geschichte Europas*, 2006, S. 59; E. AGA-ROSSI/V. SZASLAVSKY, Togliatti e Stalin, 2007, S. 94 f. Zur Betonung der lokalen Dimension dieser Abrechnungen vgl. M. STORCHI, *Violence*, 2007, S. 238.

⁴¹ Zur Zahl: H. WOLLER, *Abrechnung*, 1996, S. 279; vgl. auch M. DONDI, *Liberazione*, 1999. Zu Togliatti vgl. E. AGA-ROSSI/V. SZASLAVSKY, Togliatti e Stalin, 2007, S. 104 f.

zu überlassen.⁴² Das machte die Getöteten zwar nicht wieder lebendig. Doch die öffentliche Ausübung ihrer ›Richter-Rolle‹ demonstrierte den Willen der Kommunisten, als neue lokale Herrscher nicht durch Angst und Schrecken, sondern durch Recht zu vergelten.⁴³ Nur so konnten sie sich als Surrogat des Staates in den Augen der gesamten lokalen Bevölkerung Legitimität verdienen.

Diese Strategie steht symptomatisch für die Art, wie Kommunisten vor Ort ihre neue Herrscherrolle auszufüllen versuchten: Den Staat zu ersetzen, bedeutete auch, ordnende Funktionen wahrzunehmen. Deshalb versuchten PCI-Funktionäre, die sozialrevolutionäre, auch antiklerikale Gewalt an der kommunistischen Basis zu zähmen, die namentlich in ländlichen Gebieten der Emilia und der Toskana sowie in Apulien und Sizilien verbreitet war.⁴⁴ Umgekehrt übernahmen PCI-Genossen auch polizeiliche Aufgaben. In einer Situation, da Faschisten sich von den Säuberungsmaßnahmen keineswegs hatten einschüchtern lassen, sondern sich im Süden wie im Norden in gewalttätigen Gruppen reorganisierten, und da bewaffnete Jugendliche durch die Ortschaften vagabundierten und auch Angehörige der Kommunalverwaltungen in bewaffnete Konflikte verwickelt wurden, hatten Stadtregierungen, Befreiungskomitees und Präfekten (die, von den CLN eingesetzt, noch häufig nach links tendierten) insbesondere in der Emilia-Romagna gemeinsam für die Stabilisierung der Sicherheitslage zu sorgen.⁴⁵ Die staatliche Polizei (Polizia di Stato) war nach Kriegsende schlecht aufgestellt und nahm Ex-Partisanen als Hilfspolizisten in ihre Reihen auf, um der kriminellen Lage Herr zu werden. Nach dem Auseinanderbrechen der antifaschistischen Koalition im Mai 1947 wurden sie wieder entlassen, sofern sie sich zum PCI bekannten.⁴⁶ Doch bis zu diesem Zeitpunkt übten sie sich in die Rolle der lokalen Ordnungshüter ein, sehr zum Leidwesen des bürgerlichen Publikums, das sich in Gegenwart bewaffneter Kommunisten keineswegs sicherer wähnte als in Gegenwart bewaffneter Faschisten und entsprechend die staatlichen Autoritäten anrief.⁴⁷

Die Abkehr von gewalttätigen Säuberungen setzten die kommunistischen Funktionäre im Laufe des Jahres 1945 weitgehend durch; moralische und richterliche Funktionen jedoch beanspruchten sie weiterhin und setzten sie zum

⁴² *Epurare nell'ordine e nella legalità*, in: LA LOTTA, 9.6.1945; *Bravi carabinieri*, in: LA LOTTA, 22.12.1945. Vgl. M. STORCHI, *Violence*, 2007, S. 240 f.; S. CAVAZZA, *Transizione difficile*, 2001, S. 450 f. Zu Bari: M. MAGNO, *Puglia*, 1988, S. 12.

⁴³ C. FERRARIO, *Il buon partito*, 1990, S. 46.

⁴⁴ Vgl. P. DI LORETO, *Togliatti*, 1991, S. 79, 83, 128–130; A. NUTI, *Provincia più rossa*, 2003, S. 79 f., 84, 90, 133, 147, 159 f.; F. DE FELICE, *Togliatti*, 1977, S. 47; S. M. FINOCCHIARO, *Partito comunista*, 2009, S. 17–22.

⁴⁵ Zu den Präfekten vgl. A. G. RICCI, *Aspettando la Repubblica*, 1996, S. 165.

⁴⁶ *Segreteria Organizzativa [der DC] an die Segreteria Particolare del Ministero Interni*, 16.4.1947. ILS, DC, SP, *Atti dei segretari*, Sc. 3, fasc. 3, Prot. Nr. 1280. Vgl. P. DOGLIANI, *Anno Primo*, 2007, S. 43 f.; M. GRISPIGNI, *Figli*, 2003, S. 56; H. WOLLER, *Amerikanische Intervention*, 1988, S. 83.

⁴⁷ *Comando Generale dell'Arma dei Carabinieri reali*, *Il Generale Comandante*, gez. Bruno Brunetti (Rom), an den Innenminister u. a., 4.11.1945. ACS, MI, Gab., PP 1944–1966, fasc. 160/P/14.

Zwecke der Klassenpolitik ein. Die Befreiungskomitees durchkämmten die Häuser der Wohlhabenden, beschlagnahmten die dort gehorteten Lebensmittel und verteilten sie an die Bevölkerung.⁴⁸ Überdies wollten sie mit den Faschisten auch die alten Herren, die *padroni* in den Fabriken und Behörden, zur Strecke zu bringen. Wenn Hans Woller zu Recht von einem »beispiellose[n] Prozess einer Gesellschaft gegen sich selbst« gesprochen hat, so zeigt sich das auch mit Blick auf die moralische Verurteilung, zu der die Kommunisten übergingen, als die Alliierten die Säuberungsprozesse unter ihre Kontrolle gebracht hatten.⁴⁹ In Bologna fuhr die kommunistische Lokalpresse 1945 aggressive Lynchkampagnen gegen Faschisten, die auf ihren Posten verblieben oder wieder eingesetzt worden waren, und nannte Namen, Adressen und Funktionen ehemaliger Faschisten, die »frei durch die Stadt laufen«.⁵⁰ Typisch war es, Faschisten zu schädlichen »Elementen« im lokalen Gemeinwesen zu stempeln, indem ihre Arbeitsmoral öffentlich in Zweifel gezogen wurde.⁵¹ Obwohl Palmiro Togliatti höchstpersönlich 1946 das Amnestiegesetz auf den Weg brachte, waren die lokalen Stigmatisierungen einstiger Faschisten, die sich nicht hatten bekehren lassen, von Dauer. Sie bewirkten bei vielen, dass sie trotzig-bewusst als Faschisten weiterlebten und sich in eine Subkultur zurückzogen, die in der neofaschistischen Partei Movimento Sociale Italiano (MSI) ihr politisches Sprachrohr fand und die Entwicklung der Ersten Republik wesentlich mitbestimmen sollte.⁵²

Das Gros der Bevölkerung indes sah sich von der kollektiven Verwandlung in den Jahren des Bürgerkriegs reingewaschen, auch wenn nicht wenige in verklärender Absicht auf das *Ventennio* zurückblickten.⁵³ Ideell mochte sie wenig mit dem antifaschistischen Gründungsmythos der demokratischen Parteien verbinden, doch pragmatisch verbriefte er ihnen mit solennen lokalen Festen und Umzügen, dass auch sie zu den ›Guten‹ der lokalen Gemeinschaft gehörten. Diese Integrationsfunktion des antifaschistischen Gründungsmythos machte seine Wirkmächtigkeit in der Ersten Republik aus.⁵⁴ Darüber hinaus mussten die neuen Herren künftig dafür sorgen, dass sich die lokale Bevölkerung mit ihnen arrangierte – damit beginnt die Geschichte der italienischen Republik.

⁴⁸ C. FERRARIO, *Il buon partito*, 1990, S. 64 f.

⁴⁹ H. WOLLER, *Geschichte Italiens*, 2010, S. 219.

⁵⁰ *Si dice che*, in: LA LOTTA, 9.6.1945; *Fascisti a piede libero*, in: ebd.; *Cose che non debbono avvenire*, in: LA LOTTA, 23.6.1945.

⁵¹ Siehe etwa: *Inerzia all'Istituto per le Case Popolari*, in: LA LOTTA, 28.7.1945.

⁵² Vgl. J. PETERSEN, *Der Ort Mussolinis*, 2000, S. 516 f.; M. RIDOLFI, *Tradizioni*, 2012, S. 42 f.; G. PARLATO, *Fascisti senza Mussolini*, 2006, Kap. 3; E. GALLI della Loggia, *Intervista sulla destra*, 1994.

⁵³ Vgl. C. BALDASSINI, *L'ombra di Mussolini*, 2008, S. 4–7.

⁵⁴ Vgl. F. FOCARDI, *Die Unsitte des Vergleichs*, 2006, S. 125 f.

Warten auf den Staat in Deutschland

Es waren nicht die Klagen über die kriminelle und moralische Unordnung, die die deutsche Nachkriegssituation auszeichneten. Auch in Italien bestimmten sie die lokalen Debatten, und dass die Zahl der Delikte in den zerstörten deutschen Städten vermutlich höher war als in den italienischen, änderte daran nichts.⁵⁵ Spezifisch an der westdeutschen Situation war, dass die Stadtbewohner nicht wussten, welche Autoritäten anzurufen waren, um Abhilfe zu schaffen. Denn die gewachsene deutsche Staatlichkeit und ihre polizeilichen Agenten vor Ort, die nicht nur für Ruhe und Ordnung sorgten, sondern im NS-Regime auch zum traditionellen wohlfahrtspolizeilichen Anspruch zurückgekehrt waren, verflüchtigten sich mit Kriegsende abrupt – ebenso wie die SS.⁵⁶ Die dezimierten Polizeimannschaften, welche die Militärregierungen aufstellten, kamen ihrer Ordnungsfunktion wegen fehlender Ressourcen und mangelnder Ausbildung kaum nach. Das kriminelle Treiben in den Ruinenlandschaften sei deshalb »ziemlich ungefährlich«, notierte der Hamburger Egbert Hoffmann zur Jahreswende 1945/46 in sein Tagebuch, und aus dem Fehlen von Ordnungsleistungen speiste sich seine moralische Empörung: »Unsere Polizei will nichts sehen und hören. Und den Engländern ist es völlig egal, ob die Deutschen sich ihre demolierten Straßen völlig verschandeln. Englische Soldaten blicken grinsend zu, wenn sich Deutsche ein paar Äste absägen und sie in ihre kalten Räume schleppen.«⁵⁷

Wie in Italien fiel die Besatzungsmacht als möglicher Ansprechpartner in Sachen lokaler Ordnung und Moral in den Augen vieler deutscher Stadtbewohner aus. Nicht nur schien sie als Ordnungsmacht zu versagen. Auch galt sie als Anheizerin des moralischen Verfalls, etwa wenn man alliierte Soldaten in illegale Tauschgeschäfte und Prostitution verwickelt sah.⁵⁸ Einzig die Bürgermeister konnten als autochthone Herren auftreten, und in dieser Funktion schrieben ihnen die Deutschen eine Allzuständigkeit zu, die an die vormoderne Obrigkeit oder an die Omnipotenz des »Führers« erinnerte.⁵⁹ »[W]er kann in dem Durcheinander dieser Übergangszeit tatkräftig raten oder gar helfen, doch nur der, der an der Spitze arbeitet«, meinte eine Kölnerin im Juli 1945 gegenüber

⁵⁵ P. WAGNER, *Kriminalpolizei*, 1993, S. 244 f., 252, 256 f.

⁵⁶ Vgl. A. LÜDTKE, *Herrschaft*, 1991, S. 18; T. MULOY, *Erzieher in Uniform*, 2001, S. 259–261; R. BESSEL, »Modernisierung«, 1993. Zum Staatskonzept vgl. A. LÜDTKE/M. WILDT, *Einleitung*, 2008.

⁵⁷ E. A. HOFFMANN, *Hamburg '45*, 1985, Eintrag v. 12.12.1945, S. 116. Zu den Entnazifizierungsmaßnahmen in der Polizei und ihren Folgen vgl. F. LIEBERT, »Säuberung«, 2001, S. 81; J. R. CANOY, *Police State*, 2007, S. 89; G. FÜRMETZ u. a., *Nachkriegspolizei*, 2001.

⁵⁸ E. A. HOFFMANN, *Hamburg '45*, 1985, Eintrag v. 22.10.1945, S. 61. Vgl. M. ZIERENBERG, *Stadt der Schieber*, 2008, S. 246–258. Zu den distanzierten Beziehungen zwischen Hamburgern und britischen Besatzern vgl. M. AHRENS, *Die Briten in Hamburg*, 2011. Anders konnte es auf dem Land aussehen, siehe etwa: R. SCHULZE, *Unruhige Zeiten*, 1990, S. 150, 152.

⁵⁹ U. BORSDORF/L. NIETHAMMER, *Befreiung und Besatzung*, 1976, S. 59 f.; U. BÜTTNER/A. VOSS-LOUIS, *Neuanfang auf Trümmern*, 1992, Eintrag v. 11.2.1945, S. 49.

Oberbürgermeister Konrad Adenauer, als sie ihn um banale Auskünfte über die Reisemöglichkeiten nach Hamburg bat. Auch der Ulmer Josef Huber, der aus der Kriegsgefangenschaft heimgekommen war und wissen wollte, was mit seiner Firma geschehen war, wusste sich 1946 »keinen anderen Rat«, als sich an den Oberbürgermeister zu wenden, und entschuldigte sich dafür.⁶⁰ Das waren Verlehnungshandlungen angesichts unklarer Autoritäten.

Gerade in den großen Großstädten jedoch konnte die Leuchtturmwirkung des Bürgermeisters vom Eindruck der Ohnmacht autochthoner Herrscher unterminiert werden. Die Hamburger, so notierte Egbert Hoffmann Ende 1945, interessieren es herzlich wenig, wer heute im Rathaus das Sagen habe. Was es zu essen gebe, wo ein neuer Mantel oder neue Schuhsohlen herzubekommen seien, beschäftige die Menschen. Dass dem Rathaus die *Zuständigkeit* für die Versorgung der Hamburger obliegen könnte, kam Hoffmann offenbar nicht in den Sinn.⁶¹ Auch den neu sich gründenden Parteien, deren Versammlungen er im Winter 1945/46 besuchte, wies Hoffmann keine Kompetenzen zu. Ihre Forderung, dem Elend ein Ende zu setzen, sei zwar sicherlich von aufrichtigem Willen getragen, doch: »Was sollen die vielen Parteien auch sonst sagen? Legislative und Exekutive bestimmen sie ja nicht, sondern allein die Besatzer.« Die Politik werde von den Siegern gemacht, und dies halte die Leute davon ab, sich für sie zu interessieren.⁶²

Dass die neuen demokratischen Parteivertreter nicht aus dem Schatten der Militärregierungen herauszutreten vermochten, hatte sich bereits in den Tagen und Wochen nach der Kapitulation angekündigt. Während sie in Italien sichtbare Maßnahmen ergreifen konnten, um als Ordnung setzende Akteure aufzutreten, ließen die Alliierten ihnen in Deutschland dafür keinen Raum. Die lokalen antifaschistischen Gruppierungen aus Kommunisten und Sozialdemokraten, Vertretern einstiger bürgerlicher Parteien und Katholiken, die im Frühjahr 1945 die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Wohnraum improvisiert und teilweise auch Arbeitseinsätze für ehemalige »Pgs« anberaunt hatten, wurden von den neuen Bürgermeistern auf Geheiß der Militärregierungen im Laufe des Sommers 1945 aufgelöst.⁶³ Allerdings war es auch in den Augen vieler Sozialdemokraten nicht die Graswurzelpolitik mit improvisierten Strukturen, die dem Ideal politischer Organisation entsprochen hätte, das am Weimarer Vorbild geschult war. Den SPD-Funktionären waren die Basisaktivitäten der spontan gegründeten

⁶⁰ Emmy Lamp'l (Bodendorf a. d. Ahr) an Konrad Adenauer, 27.7.1945, abgedr. in: A. VON PLATO/ A. LEH, »Frühling«, 1997, S. 206; Josef Huber (Ulm) an Oberbürgermeister Scholl, 6.3.1946. StAU B 006/10 Nr. 8.1.

⁶¹ E. A. HOFFMANN, Hamburg '45, 1985, Eintrag v. 28.10.1945, S. 65. Zum Problem, im Umgang mit der britischen Militärregierung Zuständigkeiten auszumachen, siehe H. KALBITZER, Widerstehen, 1987, S. 97.

⁶² E. A. HOFFMANN, Hamburg '45, 1985, Eintrag v. 24.1.1946, S. 130.

⁶³ U. BORSODORF/L. NIETHAMMER, Befreiung und Besatzung, 1976, S. 63 f., 83–89, 93 f.

Antifa-Ausschüsse eher suspekt gewesen.⁶⁴ Zu eng war ihr operatives Denken an die Voraussetzung großer, straff geführter und überlokal manövrierbarer Organisationen und insbesondere an die Gewerkschaften gekoppelt.

Anstatt eigenhändig Ordnung vor Ort zu setzen, beklagten Linkssozialisten in den Reihen der SPD und selbst Kommunisten das Fehlen des deutschen Staates. Ohne staatliche Regulierung gerade des Wirtschaftslebens sahen Linke im deutschen Nachkriegsalltag die Ethik des blanken Kapitalismus einziehen. »Die Not ist eben zu groß, und die Behörden tun nichts dagegen«, schrieb der Gelsenkirchener Sozialist Emil Samorei 1947 an seine Freunde in den USA.⁶⁵ Wie sehr der zusammengebrochene Staat die Handlungsfreude der politischen Linken im befreiten Westdeutschland lähmte, machte ein Essener Sozialdemokrat deutlich, der kurz nach Kriegsende in sein Tagebuch schrieb: »So hart es auch klingen mag, hier fehlt das dritte Reich oder die Diktatur. [...] Jetzt wird nicht volkswirtschaftlich, sondern nur egoistisch gewirtschaftet.«⁶⁶ Neben der Planwirtschaft fehlten den deutschen Linken klar zugeordnete politische Kompetenzen im Gewande von Institutionen, um in der Nachkriegssituation die Chance auf eigene Gestaltungsmöglichkeiten zu erblicken. Stattdessen beklagten sie die Kompetenzverwirrung und Unklarheit über die politischen Zuständigkeiten. Der in Köln lebende Linkssozialist Hubert Pauli versuchte dieses »Prinzip der Unordnung« im Oktober 1947 seinem nach Übersee emigrierten Freund Joseph Lang zu erklären und machte dabei klar, was das Spezifikum der deutschen Situation ausmachte. Schwarzmarkt, Korruption, Armut und Kriminalität seien auch in Italien oder Frankreich zu beklagen, doch dort gebe es immerhin eine funktionierende Währung, eine geordnete Marktwirtschaft und geregelte politische Verantwortlichkeiten. Nur die Deutschen sähen sich einem »Durcheinander der Gewalten« ausgesetzt, von kommunalen Funktionären über Länderräte, Zonenverwaltungen, Militärregierungen, fremde Staatsregierungen und interzonale Organisationen bis hin zur UNO, »irgendwo auf dem Mond (für uns)«. Während die italienischen Antifaschisten im fortexistierenden Staat einen Konkurrenten erblickten, der sie zu Selbstermächtigungen anstachelte, beklagten die deutschen vorrangig »Chaos« und »Auflösung«, weil sie im absenten Staat einen Garanten von Politik erblickten.⁶⁷

Deutsche Stadtbewohner wussten sich in dieser Situation fehlender Autoritäten nicht anders zu helfen, als sich an die Lokalpresse zu wenden. Ein

⁶⁴ Vgl. A. VON Saldern, *Häuserleben*, 1995, S. 289.

⁶⁵ Emil Samorei (Gelsenkirchen) an Joseph Lang (New York), 14.8.1947, in: H. GREBING, *Lehrstücke*, 1983, S. 95.

⁶⁶ A. KLEIN/F. LABUDAT, *Überleben*, 1985, Eintrag v. 18.5.1945, S. 129 f. Für ein weiteres Beispiel siehe: H. GREBING, *Lehrstücke*, 1983, S. 122.

⁶⁷ Hubert Pauli (Köln-Deutz) an Joseph Lang (New York), 25.10.1947, in: H. GREBING, *Lehrstücke*, 1983, S. 62 f., Zitate S. 62. Ein weiteres Beispiel: Bernhard Molz (Schwelm) an Willi Beier (USA), 5.2.1947, in: ebd., S. 119. Zur deutschen Staatszentriertheit siehe auch: Art. Politik, in: *Der Große Brockhaus*, Bd. 9, 1956, S. 273.

Hannoveraner, der 1947 den allgegenwärtigen Kohleklaue in seiner Stadt beklagte, schrieb der *Hannoverschen Presse*: »Möchten diese Zeilen eine Mahnung für die sein, die es angeht, das Problem in seiner ganzen Furchtbarkeit zu sehen.«⁶⁸ Wer waltete, wussten die Westdeutschen nach dem Verschwinden der NS-Herrschaft nicht recht; sie mussten Fragen der Ordnung und Moral deshalb unter sich und mit Hilfe der Kirche und der unabhängigen Presse klären.⁶⁹ Das unterschied sie von italienischen Stadtbewohnern, die vor allem im Norden der Halbinsel längst neue lokale Herrscher vor Augen hatten.

2. Was Politik ist. Aufräumen im Ausnahmezustand

Zwischen der Befreiung der Stadt und der Wahl eines nationalen Parlaments hatten die neuen politischen Akteure die Möglichkeit, unter alliierter Kontrolle direkt vor Ort an ihrer Reputation als neue Volksvertreter zu arbeiten. Die urbanen Aufräumarbeiten boten ihnen Gelegenheit, den Stadtbewohnern in der Praxis zu vermitteln, was sie unter der postfaschistischen Politik verstanden. Wie präsentierten sich die demokratischen Parteien in dieser ordnenden Funktion? Welche Vorstellungen von Politik und Demokratie transportierten sie dabei?

Bei allen regionalen und ideologischen Unterschieden, die vor allem für die italienischen Kommunisten und Christdemokraten zu berücksichtigen sind, lassen sich im Folgenden doch Tendenzen ausmachen. Der Blick auf das Wirken des PCI in Bologna steht exemplarisch für seine Praxis in einem lokalen Umfeld, wo er numerisch stark war, sein Prestige als Resistenza-Partei in die Waagschale werfen konnte und aufgrund gewachsener sozialistischer Traditionen über große Handlungsmöglichkeiten verfügte.⁷⁰ Hier konnte die Partei vieles Praxis werden lassen, was ihre führenden Funktionäre konzipierten, aber auch eigene Initiativen entwickeln, die verdeutlichen, was sich die Kommunisten als größte Partei des Landes im Alltag unter Politik vorstellten. Dasselbe gilt, allerdings in größeren Grenzen, für die SPD in Hamburg. Sie verfügte zwar nicht über dieselben personellen Ressourcen wie der PCI in Bologna, besetzte aber doch (zunächst) zahlreiche Posten in den gesäuberten kommunalen Behörden und konnte mit dem altherwürdigen *Hamburger Echo* an die Tradition einer parteieigenen Lokalzeitung anknüpfen. In Ulm fristete die SPD im Grunde ein Diasporadasein, verfügte aber über einen harten Kern aktiver Genossen, die im Nationalsozialismus auch im Untergrund aktiv gewesen waren. Überdies konnte sie über die offiziell unabhängige, faktisch aber zunächst sozialdemokratisch durchgesetzte Lokalzeitung, die *Schwäbische Donauzeitung*, verfügen.⁷¹

⁶⁸ Ein Leser schreibt uns, in: HANNOVERSCHER PRESSE, 18.2.1947.

⁶⁹ Zur moralischen Funktion der Kirche vgl. C. VOLLNHALS, *Evangelische Kirche*, 1990, S. 155 f., 163.

⁷⁰ Vgl. M. FINCARDI, *Piccole patrie*, 1999; R. FORLENZA, *Italian Communist Party*, 2010.

⁷¹ Sie wurde vom linksliberalen Lizenznehmer jüdischer Abstammung, Kurt Fried, und dem alten Ulmer Sozialdemokraten Johannes (»Hans«) Weißer herausgegeben.

Um der regional und ideologisch sehr disparaten Christdemokratie in Italien Herr zu werden, wechselt der Handlungsort von Bologna nach Rom, wo die junge Partei gut aufgestellt war und ihre Tageszeitung *Il Popolo* herausgab, die im Lokalteil die Römer Bevölkerung ansprach.⁷² Die CDU, die das national-konservative, das protestantisch-liberale und das katholische Milieu integrieren musste, besaß kein vergleichbares nationales Presseorgan, sondern mit dem *Deutschland-Union-Dienst* lediglich eine 14-tägig erscheinende Mitgliederzeitung. In Hamburg und Ulm verfügte sie auch nicht über eine parteieigene oder katholische Lokalzeitung. Politische Kommunikation musste sich hier informeller Kanäle bedienen oder war auf die unabhängigen Lokalzeitungen angewiesen.⁷³ Aufgrund der schwierigen Quellenlage für Hamburg wird anhand des Ulmer Beispiels rekonstruiert, wie sich die junge CDU den Bürgern präsentierte.

Milch, Moral und Graswurzel. Italiens Politik der *concretezza*

Seit Juni 1944 formten Christdemokraten, Sozialisten und Kommunisten gemeinsam die »Regierung der nationalen Einheit« (*governo di unità nazionale*) unter Piero Badoglio. Die Beteiligung der Kommunisten, die Palmiro Togliatti im Zuge der *Svolta di Salerno* (»Kehrtwende von Salerno«) nach seiner Rückkehr aus dem Moskauer Exil innerhalb seiner Partei durchgesetzt hatte, war brisant. Sie kam einerseits einer förmlichen Anerkennung der Monarchie gleich und stieß damit weite Teile der Parteibasis vor den Kopf.⁷⁴ Andererseits konnte sie als Doppelzüngigkeit (*doppiezza*) ausgelegt werden, da Togliattis Absage an

⁷² Die DC vereinte ältere Vertreter des einstigen Partito Popolare Italiano (PPI), darunter Ministerpräsident Alcide De Gasperi, sowie jüngere aufstrebende, intellektuell geschulte Parteiführer, die in der *Azione Cattolica* und an der Katholischen Universität sozialisiert worden waren. Letzteren, darunter Giuseppe Dossetti in der Emilia oder Aldo Moro, der aus Apulien stammte, schwebte ein christlich-soziales, moralisch erneuertes und reformiertes Italien vor. Die Gruppe um Dossetti in der Emilia-Romagna wollte das Proletariat repräsentiert sehen, kritisierte das Verhalten des Klerus und strebte eine starke christdemokratische Partei an, die imstande war, die Italiener zu erziehen, anstatt diese Aufgabe der katholischen Kirche zu überlassen. Diese Linkskatholiken unterschieden sich einerseits vom laizistischen und »zentristischen« Kurs (*centrismo*) De Gasperis, der zwar das antifaschistische Selbstverständnis der Linkskatholiken teilte, aber zugleich der Integration und Anschlussfähigkeit der DC als »nationaler« Partei größten Wert beimaß. Andererseits unterschieden sich die Anhänger des *centrismo* und die Linkskatholiken von zahlreichen Christdemokraten und Vertretern des höheren und niederen Klerus, die sich in erster Linie als Antikommunisten verstanden und rechtskonservativ-autoritäre Vorstellungen hatten. Vgl. F. TRANIELLO, *Political Catholicism*, 1993, S. 46–49; F. MALGERI, *Democrazia cristiana in Italia*, 1997, S. 93, 96–99; A. PARISELLA, *Base sociale*, 1997, S. 194.

⁷³ Vgl. F. BÖSCH, *Das konservative Milieu*, 2002. Zur Hamburger CDU vgl. H. STUBBE-DA LUZ, »Arbeitsgemeinschaft«, 1986.

⁷⁴ Mit der *Svolta di Salerno*, die Togliatti auf Betreiben Stalins verkündete, verpflichtete er seine Partei auf den parlamentarischen Weg zum Sozialismus und strebte eine Regierungsbeteiligung der Kommunisten gemeinsam mit allen anderen antifaschistischen Kräften an. Vgl. E. AGA-ROSSI/V. SZASLAVSKY, *Togliatti e Stalin*, 2007, S. 62 f.

revolutionäre Ambitionen keineswegs überall Vertrauen fand und auch innerhalb der Partei vielerorts für reine Taktik gehalten wurde.⁷⁵

Tatsächlich jedoch war die Regierungsbeteiligung ein Hauptgewinn für die antifaschistischen Parteien. Denn nachdem sie sich bislang nur als Widerstandskämpfer hatten hervortun können, konnten sie nun unter den Italienern um politische Legitimität werben. Diese Werbung fand aus guten Gründen im Lokalen statt, wo die Regierungsparteien den Befreiungskomitees vorsäßen. Der kommunale Politikansatz, den sie hier vertraten, war allerdings mehr als eine einfache Fortführung des italienischen Lokalismus. Die Nachkriegssituation machte den politischen Legitimitätserwerb im Lokalen auch besonders attraktiv. Bis Mitte 1946 konnten sich die republikanischen Kräfte nämlich gar nicht sicher sein, ob ihnen die künftige Staatsform den Zugriff auf die Exekutive in vollem Umfang sichern würde. Sie wussten lediglich um das Herannahen eines Referendums, das darüber entscheiden sollte, ob die Monarchie von Bestand sein oder durch eine parlamentarische Republik ersetzt würde. Die republikanischen Kräfte – Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Linksliberale und ein guter Teil der in der konstitutionellen Frage gespaltenen Christdemokraten – mussten daher die Nachkriegssituation nutzen, um den Italienern die Republik schmackhaft zu machen, die von ihnen getragen sein würde.⁷⁶ Der beste Weg dahin führte über das Lokale, wo sie den Italienern hautnah vermitteln konnten, dass sie leistungsfähiger waren als der alte monarchische Staat. Wie bedeutsam die Regierungsbeteiligung war, um die Ausweitung lokaler Handlungsräume zu rechtfertigen, demonstrierten die Kommunisten in Bologna. Den Anspruch, sich der »alltäglichen Probleme« der Bologneser anzunehmen, begründeten sie hier 1945 mit dem ausdrücklichen Verweis darauf, »die große Regierungspartei« zu sein, »die heute Teil hat an der Verantwortung, die Probleme zu lösen, die der Krieg hervorgebracht hat.«⁷⁷

Voraussetzung dafür war, dass die Besatzer sie ließen. Zwar verfügten die Befreiungskomitees in den besetzten Städten nur über beratende Kompetenzen; de facto war die Souveränität der italienischen Parteien unter alliierter Militärgewalt nicht größer als jene der westdeutschen. Allerdings profitierten sie davon, dass Amerikaner und Briten die demokratische Erziehung der Italiener als vergleichsweise einfache Aufgabe einstufte und den Parteien Freiräume ließen, um sich auf diesem Feld zu bewähren und öffentlich damit zu werben.⁷⁸ Unmit-

⁷⁵ Zu entsprechenden Reaktionen in Bari: Verbale del congresso d'organizzazione delle sezioni del Partito comunista della Provincia di Bari, 23/25 ottobre 1944, Bl. 6 f. FGPU, PCI, CP Bari, b. 4, UA 36. Vgl. L. CORTESE, Origini, 1999 [1971], S. 389 f., 395 f.; umfassend: P. DI LORETO, Togliatti, 1991, insb. S. 208–215.

⁷⁶ Vgl. M. RIDOLFI, Repubblica e monarchia, 1999.

⁷⁷ Responsabilità, in: LA LOTTA, 9.6.1945; Formazione dei quadri e Scuola di Partito, in: LA LOTTA, 7.7.1945.

⁷⁸ Vgl. A. BUCHANAN, Representations, 2008. Zu dennoch vorhandenen angloamerikanischen Ressentiments gegenüber Italienern vgl. M. PORZIO, Alleati, 2011, S. 50–65.

telbar nach der Befreiung einer Stadt durften die antifaschistischen Parteien Plakate kleben und Flugblätter verteilen.⁷⁹ Zwar musste jedes Druckerzeugnis offiziell vom alliierten Pressebüro freigegeben werden. Wollten die Militärregierungen aber tatsächlich jedes gedruckte Wort der Antifaschisten kontrollieren, hatten sie viel zu lesen, gaben sie den Parteien doch auch unverzüglich die lokalen Pressemärkte frei. Mitte 1944 wurde in Rom das DC-Organ *Il Popolo* aus der Klandestinität entlassen, Anfang 1945 die kommunistische Tageszeitung *L'Unità*, die fortan wie *Il Popolo* in verschiedenen Regionalausgaben erschien. Schon Mitte 1944 hatte der PCI mit der Herausgabe eigener Lokalblätter begonnen; sein Bologneser Wochenblatt *La Lotta* sollte mit einer Auflage von 60 000 mehr Verbreitung finden als die Tagesausgabe der *Unità*, die hier an Wochentagen nur auf 30 000 Leser kam und lediglich an Sonntagen, da Genossen sie an den Wohnungstüren verkauften, 60 000 Exemplare in der roten Stadt absetzte.⁸⁰

Die Parteizeitungen dienten in den Monaten und Jahren nach Kriegsende weniger als ideologische Unterweisungspresse denn als Generalanzeiger für die Stadt. Der PCI hielt die Lokalredakteure der *Unità* ausdrücklich dazu an, ihr Hauptaugenmerk auf lokale Themen und Initiativen zu legen.⁸¹ Eingebettet war diese Strategie in einen größeren, von Kommunisten wie Christdemokraten geteilten Politikentwurf, wonach ideologische Prämissen dezidiert in der lokalen Praxis Erfüllung finden sollten. Im *Popolo* erhob die DC im Juni 1944 ihre Alltagsnähe zum offiziellen politischen Programm: »Die Alltagsnähe [*concretezza*] und das kontinuierliche Verwachsen mit der Realität sind heute die tatsächlichen Anforderungen an die Männer der Politik, damit die Leute ihnen in ihren Prinzipien und ihren parteipolitischen Differenzierungen folgen. Worte haben die Italiener weiß Gott genug gehört.«⁸² Nicht Worte und abstrakte Programme, sondern die konkrete Lebenshilfe und die Lösung sozialer Probleme sollten demnach die ideologische Integration der Italiener bewirken und die beanspruchte nationale Führungsrolle der Partei rechtfertigen.

Die Politik der *concretezza* ließ sich an sämtlichen Versorgungsaufgaben und Aufräumarbeiten exemplifizieren und band die politische Legitimität der antifaschistischen Parteien in der lokalen politischen Kommunikation ausdrücklich an ihre Fähigkeit, die Bevölkerung zu versorgen. So warb die DC 1944 mit der Meldung, das Römer Befreiungskomitee habe sich in seiner konstituierenden Sitzung sofort mit der Nahrungsmittelversorgung befasst und habe damit großen Enthusiasmus in der Bevölkerung hervorgerufen. Auf diese Weise vermittelten die Christdemokraten den künftigen Wählern, dass sie als soziale Agentur

⁷⁹ Per la diffusione dei manifesti, in: *IL POPOLO*, 8.6.1944.

⁸⁰ Die Zahlen beziehen sich auf 1956 und waren zuvor womöglich noch höher, vgl. G. FANTI/G. C. FERRI, *Cronache*, 2001, S. 34.

⁸¹ Direzione del PCI, Commissione nazionale di stampa e propaganda: *Le pagine provinciali dell'Unità*, Anlage zu: O.V., o.T., o.A., 13.2.1952. ILS, DC, IR, Sc. 241, fasc. 1.

⁸² Pane, in: *IL POPOLO*, 8.6.1944.

angetreten waren und sich genau in dieser Funktion auf dem politischen Massenmarkt bewähren wollten. Ganz in diesem Sinne präsentierte sich *Il Popolo* auch als Forum der Römer Bevölkerung zur Verhandlung sozialer Ansprüche und druckte Leserbriefe im Namen diverser Opfergruppen ab, die nach dem Krieg Entschädigung und Fürsorge forderten. Kriegsgeschädigte ohne Unterkunft oder Evakuierte aus den Provinzen meldeten sich bei der Redaktion, um zu erfahren, wie es mit ihnen weitergehen sollte. Die Betroffenen hielten sich für Ausgebeutete des faschistischen Regimes oder für Italiener, die der Nation ein besonderes Opfer dargebracht hätten, und erwarteten nun vom Staat Kompensation. Die Zeitung ließ sie in solchen Fällen öffentlich wissen, dass sie mit den zuständigen Behörden in Verbindung stand und ihre Anliegen prüfen ließ.⁸³ Diese Ventilation lokaler Omnipotenz und Allzuständigkeit läutete die Kommunikation der Parteiendemokratie mit den italienischen Wählern ein.

Mit der christdemokratischen Politik der *concretezza* ließ sich auch deshalb politische Legitimität herstellen, weil das Konzept eine Distanzierung vom Faschismus erlaubte. Katholiken brachten die faschistische Politik von jeher mit inhaltsleerer Rhetorik, mit bloßer Äußerlichkeit der Sprache in Verbindung, die nichts darüber aussagte, was man innerlich fühlte.⁸⁴ Als »antifaschistisch« konnte man sich als Christdemokrat daher dann beweisen, wenn man sich der Probleme der Menschen in der Praxis annahm und damit bewies, dass man die eigene Ideologie der christlichen Nächstenliebe verinnerlicht hatte, anstatt sie nur rhetorisch zu beschwören. So verliehen sie der Politik der *concretezza* eine antifaschistische Konnotation und konnten sich dabei auf die katholischen Fürsorgetraditionen und -strukturen stützen. In Rom veranstaltete *Il Popolo* 1945 im Namen des Heiligen San Vincenzo eine Hilfsaktion für Arme und stellte sich damit explizit in die karitative Tradition der katholischen Kirche. Mit anrührenden Geschichten über die Schicksale mittelloser, kranker oder hilfsbedürftiger Römer sollten die Leser zu Spenden bewegt werden, die in der Redaktion des DC-Blattes gesammelt wurden. Indem die Zeitung jede einzelne Spende und jeden einzelnen Wohltäter aufzählte, wurde aus dieser Kampagne eine lokale Selbsthilfeschichte im Zeichen der Barmherzigkeit. Wie einst der PNF ermöglichte die DC auf diese Weise den Italienern, sich als Solidargemeinschaft zu erleben.⁸⁵ Diese moralische Funktion in Zeiten perzipierter moralischer Deprivation übernahm die Partei in ihrer Zeitung immer wieder und versicherte den Italienern unter Schlagzeilen wie »Brüderlichkeit« oder

⁸³ La situazione degli sfollati, in: IL POPOLO, 8.6.1944; Alloggi ai sinistrati, in: IL POPOLO, 9.6.1944; Ciechi di guerra, in: IL POPOLO, 14.3.1945.

⁸⁴ Vgl. F. DE GIORGI, *Cattolici*, 2007, S. 177–179. Paul Corner sieht dieses Prinzip der esteriorità (Äußerlichkeit) in den 1930er Jahren tatsächlich am Wirken, vgl. P. CORNER, *Fascist Party*, 2012, S. 200.

⁸⁵ *Fraternità del »Popolo«*, in: IL POPOLO, 25.2.1945, 4.3.1945 u. 14.3.1945. Zur Spendensammlung durch den PNF und mit kirchlicher Unterstützung anlässlich des Abessinienkriegs vgl. P. TERHOVEN, *Liebespfand*, 2003, S. 95, 97–100, 130 f., 161–163, 172, 231.

»weiße Nachrichten« (*cronaca bianca*), als Christen noch immer »gute« Menschen zu sein:

Worüber die Presse nie berichtet, ist die versteckte, stille, immer präsen- te Tugendhaftigkeit. In unserer heutigen Gesellschaft gibt es mehr als genug, das an irgendeiner Zukunft zweifeln lässt, das wissen wir und das sehen wir, doch wer sich die Hoffnung bewahrt, findet immer auch etwas, das seine Hoffnung nährt. Da gibt es die alten und immer zeitgemäßen christlichen Tugenden, die ebenfalls auf der Zukunft bestehen; da gibt es, das ist sicher, die aufrichtigen Männer und Frauen.⁸⁶

So milde sich die DC in dieser Funktion zeigte, so kämpferisch gerierte sie sich, wenn sie in die Rolle der lokalen Sittenwächterin schlüpfte – auch dies eine moralische Funktion, die den Dienst an der lokalen Bevölkerung kommunizierte. *Il Popolo* verstand sich als Überwachungsinstanz der »moralischen Genesung des Landes« und berichtete regelmäßig über erfolgreiche »Säuberungen« durch die italienische und alliierte Polizei, etwa wenn Prostituierte aufgegriffen und medizinisch untersucht oder »Banden« minderjähriger Diebe hinter Schloss und Riegel gebracht worden waren. Immer wieder machte die Zeitung Fälle von »Sittenlosigkeit« (*malcostume*) öffentlich, druckte Namen und Adressen jugendlicher Delinquenten ab und rühmte sich damit, die Polizei durch ihre Berichterstattung zum Eingreifen bewegt zu haben.⁸⁷ Im Süden scheuten sich die Christdemokraten auch nicht, gemeinsam mit den anderen antifaschistischen Parteien das als unsittlich geltende Verhalten der alliierten Besatzungssoldaten zu verurteilen und drohten deshalb im Sommer 1946 gar mit Streiks.⁸⁸ Wenn die Empörung der Bevölkerung zu groß wurde – und das wurde sie beispielsweise in Neapel und Umgebung, aber auch in Apulien angesichts unzähliger Ehrkonflikte italienischer Männer mit alliierten Soldaten, die sich um italienische Frauen drehten⁸⁹ – entschieden sich auch Christdemokraten, sich auf die Seite der lokalen Bevölkerung zu schlagen.

Auch der PCI präsentierte sich der lokalen Öffentlichkeit als »Avantgarde des materiellen und moralischen Wiederaufbaus des Landes«.⁹⁰ Wo er die lokale Administration kontrollierte, kannte sein Elan keine Grenzen. Bologneser Genossen entrümmerten Straßen, reparierten Strom- und Wasserleitungen, schafften Baumaterial heran – und *sprachen* beständig darüber. In der Darstellung der lokalen PCI-Presse war es das Gründungsritual einer jeden kommunistischen Parteisektion, im Namen des Wiederaufbaus die Schippe in die Hand zu nehmen.⁹¹ Als

⁸⁶ Cronaca bianca, in: IL POPOLO, 8.3.1945. Ähnlich: Fraternità del »Popolo«, in: IL POPOLO, 25.2.1945.

⁸⁷ La lotta contro il malcostume continua, in: IL POPOLO, 15.3.1945.

⁸⁸ M. MAGNO, Puglia, 1988, S. 22.

⁸⁹ Wunderbar und ausführlich analysiert hat dies M. PORZIO, Alleati, 2011.

⁹⁰ I comunisti emiliani all'avanguardia per la ricostruzione materiale e morale del Paese, per alleviare le miserie del popolo, in: LA LOTTA, 21.7.1945; Coscienza e maturità, in: ebd.

⁹¹ Un problema risolto, in: LA LOTTA, 30.6.1945; La buona volontà non basta, in: LA LOTTA, 21.6.1945.

lokale Aufräumer und fleißige Arbeiter entwickelten gerade junge Genossen, die Partisanen gewesen waren, ein ausgesprochenes Sendungsbewusstsein. In Bologna kam es vor, dass sie Tanzveranstaltungen stürmten, um die anwesende Jugend einzuladen, bei der Beseitigung des Unrats von den Straßen mitzuhelfen. Die bürgerliche Presse Bolognas echauffierte sich über solch ein »faschistisches« Auftreten; das lokale PCI-Organ *La Lotta* hielt dagegen, »die Jugendlichen, die dafür gekämpft haben, unseren Boden zu befreien, fühlen sich im Recht, auch jene, die gegenüber den aktuellen Problemen indifferent bleiben, im Dienste einer schnelleren Lösung zur Mitarbeit einzuladen.« Die avantgardistische Attitüde der Kommunisten übersetzte sich in ein puritanisches Arbeitsethos und in die Abwehr frivoler Zerstreuung, und in der öffentlichen Berichterstattung sah der PCI in diesem ersten Einsatz für den lokalen Wiederaufbau den Ausweis »politischen« Bewusstseins, das für ein künftiges »demokratisches« Italien unabdinglich sei.⁹²

Vor diesem Hintergrund betonte der PCI die basisdemokratische Natur urbaner Wiederaufbaumaßnahmen. Genossen nahmen, so die kommunistische Lokalpresse, nicht nur die Schippe in die Hand, sondern meldeten auch an die Behörden oder gleich an die eigene Zeitung, welche Reparaturmaßnahmen in den einzelnen Stadtteilen am dringlichsten waren.⁹³ Selbst die Produktion schien »von unten« wieder aufgenommen zu werden, wenn *La Lotta* über Bologneser Arbeiter berichtete, die eine Fabrik besichtigten, um auszuloten, welche technischen Schwierigkeiten ihrer Wiederinbetriebnahme entgegenstanden. Mit solchen Berichten übte der PCI Druck auf Firmeninhaber aus und lobte im Allgemeinen den Arbeitswillen der Stadtbewohner.⁹⁴ Die von Knappheit geprägte Nachkriegswirtschaft lieferte ihm Gelegenheit, als Agent einer lokalen *moral economy* aufzutreten. Wenn etwa ein Bologneser Tabakhändler seine Waren nicht an die Bevölkerung auslieferte (was ihn sofort unter den Verdacht stellte, in Schwarzmarktgeschäfte verwickelt zu sein), forderte *La Lotta* ihn öffentlich dazu auf, da die Bevölkerung »zurecht darauf insistiere«.⁹⁵ Oft genug konnten die Bologneser Kommunisten auf diesem Wege als Sprachrohr der lokalen Bevölkerung auftreten und zugleich Klassenpolitik betreiben. Mit Verweis auf die Unterstützung von Anwohnern setzten sie die »Industriellen und ihre Schwager« unter Druck, die sich mit Instandsetzungsarbeiten an ihren Häusern zurückhielten. Diese wiederum konnten dies mit der Furcht begründen, später von der kommunistischen Stadtverwaltung enteignet zu werden.⁹⁶ So zeichneten sich schon 1945 in der politischen Kommunikation um die

⁹² *Verbosità disgregatrice*, in: LA LOTTA, 16.6.1945. Junge Ex-Partisanen waren in der Regel im nominell überparteilichen, aber zunehmend kommunistisch dominierten Jugendverband *Fronte della Gioventù* organisiert, der vor Ort kleinere Wiederaufbauarbeiten übernahm.

⁹³ *Riparazioni urgenti*, in: LA LOTTA, 21.7.1945.

⁹⁴ *Pretesti...*, in: LA LOTTA, 30.6.1945.

⁹⁵ *Cose che non debbono avvenire*, in: LA LOTTA, 23.6.1945.

⁹⁶ *A proposito di ricostruzione*, in: LA LOTTA, 30.6.1945.

urbanen Aufräumarbeiten politische Konflikte ab, die später auch das italienische Parlament beschäftigen sollten.

Mit dem breiten Politikverständnis und insbesondere der Kommunalisierung des Politikbegriffs konnten die republikanischen Parteien auch dem Qualunquismus begegnen, dem statt des Parteienpluralismus ein »stato amministrativo« (Verwaltungsstaat) vorschwebte. So argumentierte die *Gazzetta del Mezzogiorno*, die unabhängige, aber zu diesem Zeitpunkt nach links tendierende Tageszeitung für Bari und den Mezzogiorno: »als ob es sich bei der Verwaltung [amministrazione] der öffentlichen Angelegenheiten und der Art, wie man verwaltet, nicht ebenso um ein politisches Problem handelte!« Die Gemeinschaftskonzeption der Qualunquisten sei »abstrakt«, ihre Tendenz, jedes Problem »auf bürokratischen, administrativen Schematismus zu reduzieren« und damit die ideologische und »politische« Qualität zu eliminieren, verweise auf ihre begrenzte geistige Kapazität, ja die Banalität ihres Denkens. Als »Anti-Politik-Bewegung« stünden sie den Faschisten in nichts nach.⁹⁷ Der kommunal wachsende Politikbegriff der Antifaschisten war namentlich im Süden erklärtermaßen konfliktorientiert.

In der lokalen Praxis jedoch passte sich auch der PCI Gemeinschaftskonzeptionen an, die diesem konfliktorientierten Politikbegriff prima facie widersprachen. Das zeigte sich insbesondere in Bologna, wo er über die Hausmacht verfügte. Hier begann er sofort nach Kriegsende, *allen* Bolognesern und damit auch dem bürgerlichen Bevölkerungsteil seine Leistungsbereitschaft anzuzeigen. Bei der Wohnungssuche und der Versorgung mit Nahrungsmitteln ließ er nicht nur der eigenen Klientel der politisch Verfolgten, sondern auch Kriegsheimkehrern und ehemaligen Soldaten Hilfe angedeihen.⁹⁸ Überhaupt bildeten Soldaten und Kriegsgeschädigte attraktive Interessengruppen, um die der PCI buhlte, um sich als patriotische Kraft markieren zu können. *La Lotta* informierte die Bologneser 1945 über den Verbleib von in Deutschland internierten Kriegsgefangenen, die namentlich genannt wurden, und kündigte ihre baldige Rückkehr an. Den Transfer erledigten die kommunistischen Vorfeldorganisationen gleich mit: Mehrere hundert Kriegsgefangene trafen im Sommer 1945 aus Deutschland in der Emilia ein, Mitglieder der kommunistischen Frauenorganisation *Unione Donne Italiane* (Union Italienischer Frauen, UDI) und der ebenfalls PCI-nahen *Unione Ragazze Italiane* (Union Italienischer Mädchen) hatten sie mit Lkw aus norditalienischen Städten abgeholt. Bestückt mit Likör und Nahrungsmitteln brachten Kommunistinnen den italienischen Städten ihre Männer zurück und bewiesen darin ihre »menschliche Solidarität und ihr Nationalbewusstsein« – so lautete die Botschaft dieser Aktionen.⁹⁹

⁹⁷ Primo e secondo dopoguerra, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 30.5.1946. Hervorh. i. Orig.

⁹⁸ PCI, Direzione centrale [Unterschrift unleserlich] an alle Federazioni provinciali, 19.12.1949. ILS, DC, SP, Sottoserie: Informazioni riservate, Sc. 242, fasc. 5.

⁹⁹ Solidarietà, in: LA LOTTA, 14.7.1945 u. 21.7.1945.

Solche Begebenheiten illustrieren, dass es sich selbst ein Antikommunist in jenen Jahren kaum leisten konnte, nicht an der kommunistischen Infrastruktur und Öffentlichkeit Bolognas zu partizipieren, wollte er an den für ihn essentiellen lokalen Informationen teilhaben. Das lag nicht zuletzt daran, dass die Mitglieder des lokalen Befreiungskomitees, die mit der Militärregierung zusammenarbeiteten, ihre Informationen und Ressourcen gezielt in diese Infrastruktur einspeisten. So lieferte *La Lotta* auch neueste Informationen über vermisste internierte Soldaten, die sie aus dem Befreiungskomitee erhalten hatte: »Die nachstehend genannten Soldaten und Zivilisten [...] versichern ihren Angehörigen in Bologna, dass es ihnen gut geht und senden Grüße«. ¹⁰⁰

Kaum verzichtbar waren die kommunistischen Infrastrukturen vor Ort auch und vor allem wegen der sozialen Bedürfnisse, die sie bedienten. *La Lotta* forderte die Bologneser auf, sich mit allerlei Fragen und sozialen Anliegen an die Redaktion zu wenden. Wie die DC in Rom fungierte der PCI in Bologna über seine Lokalpresse mithin als ein Sozialagent der Bevölkerung gegenüber Militärregierung, Befreiungskomitee und kommunalen Behörden. ¹⁰¹

Spezifisch kommunistisch war hingegen das Muster, die Ansprüche gewisser sozialer Gruppen in offener Konfrontation mit den »Autoritäten« geltend zu machen. ¹⁰² In diesem Punkt war der PCI derart obsessiv, dass er nicht nur gegen die Militärregierungen seine Stimme erhob, mit denen er vor Ort nicht selten kooperierte. In Bari entwarfen Kommunisten die Amerikaner als die neuen *padroni* und unterstützten die moralischen Proteste gegen das Benehmen der alliierten Soldaten. Die Politik der Sittenmoral ermöglichte in den Städten des Mezzogiorno mit ihren starken Mittelschichten überhaupt erst die kommunistische Dichotomisierung von »Volk« und »Gebieter«, die im Norden eher klassenpolitisch imprägniert war. ¹⁰³ Vor allem aber zeigte sich die Protestmentalität der Kommunisten natürlich auf dem Feld sozialer »Forderungen« (*rivendicazioni*), und dabei waren sie derart konsequent, dass sie auch gegen die nationale Regierung mobilisierten, in der sie selbst vertreten waren. Im Norden wie im Süden des Landes forderte der PCI 1945 die Bevölkerung auf, ihren *rivendicazioni* nach Milch, Brot oder Arbeit auf den Plätzen Ausdruck zu verleihen. ¹⁰⁴

Diese auf den ersten Blick paradoxe Strategie war funktional, wollte man sich politische Legitimität über den Hebel *lokaler* Bedürfnisbefriedigung verdienen. Zudem versuchten die Kommunisten so die Welle des sozialen Protests zu

¹⁰⁰ Notizie ex internati, in: LA LOTTA, 30.6.1945.

¹⁰¹ Collaborare a »La Lotta«, in: LA LOTTA, 28.7.1945. An das Organ des Bologneser PCI wandten sich auch Kriegsgeschädigte: Patrioti sinistrati, in: LA LOTTA, 14.7.1945.

¹⁰² Sussidi per i prigionieri, in: LA LOTTA, 28.7.1945; Solidarietà, in: LA LOTTA, 9.6.1945.

¹⁰³ M. MAFAI, Apprendistato, 1979, S. 26 f., 37.

¹⁰⁴ Stroncare »la mano ossuta della fame«, in: LA LOTTA, 30.6.1945; Le masse lavoratrici della Provincia chiedono lavoro pane contratti più umani e giustizia, in: LA LOTTA, 7.7.1945; M. MAFAI, Apprendistato, 1979, S. 32–34.

reiten, die das faschistische Regime im Laufe des Krieges überrollt hatte. 1944 war es in Italien zur größten Streikbewegung auf nationalsozialistisch besetztem Territorium gekommen; auf den Plätzen hatten insbesondere Frauen gegen die Preissteigerungen und die Unterversorgung protestiert.¹⁰⁵ In den Nachkriegsjahren trieben Massenarbeitslosigkeit, Hunger, Schwarzmarkt und Inflation die Italienerinnen und Italiener auf der ganzen Halbinsel weiterhin auf die Plätze, darunter auch Angehörige der Mittelschichten und des öffentlichen Dienstes.¹⁰⁶ In Bologna wie im Mezzogiorno versuchten sich Kommunisten an die Spitze dieses Protests zu stellen, auf dem Land verbunden mit Forderungen nach einer Bodenreform. Dabei führten sie die Demonstranten bisweilen direkt vor die Pforte der städtischen Präfektur, um als »Volksvertreter« Einlass zu fordern.¹⁰⁷

Die Strategie der Kommunisten schien insofern aufzugehen, als die Christdemokraten gerade im Krisenfrühjahr 1947 von ihren Parteifreunden in den Städten und Provinzen beunruhigende Nachrichten erhielten, dass die Bevölkerung die Verantwortung für die desolote Versorgungslage tatsächlich in erster Linie der DC zuschrieb.¹⁰⁸ Daraufhin warf Alcide De Gasperi im Mai 1947 auch auf US-amerikanischen Druck hin und angesichts immer massiverer sozialer Proteste¹⁰⁹ die Kommunisten und Sozialisten aus dem Regierungskabinett. Nicht ohne Grund gingen die sozialkommunistisch unterstützten Proteste daraufhin ihrem Höhepunkt entgegen, und im Mezzogiorno hielt nur der profunde Antikommunismus die Mittelschichten davon ab, sich auf die Seite der politischen Linken zu schlagen.¹¹⁰

Der Sozialprotest galt dem Regierungskabinett seit 1947 als sowjetisch gesteuerter Versuch der Kommunisten, Unruhe im Land zu verbreiten, um die Regierung zu schwächen. Die DC hatte allen Grund, diesen Verdacht, der auch von der amerikanischen Botschaft in Rom geteilt wurde, gegenüber der amerikanischen Regierung zu bekräftigen, war sie doch angesichts der desolaten Versorgungslage und der Unzufriedenheit in der Bevölkerung auf die finanzielle Unterstützung der USA angewiesen, die sich in den Verhandlungen um den Marshall-Plan am Horizont abzeichnete.¹¹¹ Was die Kabinettsprotokolle über kommunistische Umsturz-

¹⁰⁵ Vgl. L. KLINKHAMMER, *Resistenza-Mythos*, 1997, S. 124.

¹⁰⁶ Vgl. R. FORLENZA, *L'Italia dei comuni*, 2007, S. 69.

¹⁰⁷ Zum Zitat aus Bologna siehe: N. MARCELLINO, *Vite*, 2009, S. 162. Imponente manifestazione unitaria di Bologna proletaria e popolare, in: LA LOTTA, 22.9.1945. Zum Mezzogiorno vgl. M. MAFAI, *Apprendistato*, 1979, S. 32–34; S. M. FINOCCHIARO, *Partito comunista*, 2009, S. 19 f.

¹⁰⁸ Berichte aus Mailand und Modena, in: Segreteria Organizzativa [der DC] an Mario Saggin, Alto Commissariato per l'Alimentazione, 16.4.1947. ILS, DC, SP, Atti dei segretari, Sc. 3, fasc. 3.

¹⁰⁹ Segreteria Organizzativa [der DC] an Antonino Villani, Segretario Particolare di S.E. Scelba, 7.5.1947. ILS, DC, SP, Atti dei segretari, Sc. 3, fasc. 3.

¹¹⁰ Vgl. H. WOLLER, *Geschichte Italiens*, 2010, S. 235 f.; A. M. IMBRIANI, *Vento del Sud*, 1996, S. 90, 112, 135 f.

¹¹¹ Vgl. H. WOLLER, *Amerikanische Intervention*, 1988, S. 82 f. Zu amerikanischen Wahrnehmungen Italiens im Zeichen des *Second Red Scare* vgl. R. A. VENTRESCA, *From Fascism to Democracy*, 2004, S. 69–99.

pläne und die strategische Verbreitung einer bürgerkriegsähnlichen Atmosphäre durch die Kommunisten verraten, ist daher mit Vorsicht zu genießen.¹¹² Die Berichte aus den norditalienischen Provinzen sprechen eher eine andere Sprache. Aus Verona etwa berichtete die Stadtratsfraktion der DC zu Beginn des Krisenjahres 1947, dass die öffentliche Ordnung hinreichend gewahrt bleibe, gehe nicht so sehr auf Eingriffe von Polizisten, sondern auf die Kommunisten zurück, die im Falle von Zwischenfällen auf den Straßen den wesentlichen Teil zur Befriedung beigetragen hätten.¹¹³ Im Süden indes waren die Disziplinierungsversuche der Funktionäre schwerer durchzusetzen; die PCI-Basis galt hier als zwischen Passivität und umstürzlerischen Gebärden oszillierend.¹¹⁴

Wenn die Kommunisten die sozialen Proteste gegen die »Autoritäten« zu kanalisieren und zu disziplinieren suchten, so stand auch dies im Zeichen der Strategie, politische Legitimität im Lokalen zu erwerben. Dabei setzten die PCI-Funktionäre im Zeichen des Antifaschismus seit 1944 auf die Idealisierung kommunaler, »demokratischer« Selbstregierung. Der Bologneser PCI scheute sich in diesem Zuge nicht, die britischen Besatzer öffentlich mit ihrem eigenen Demokratiebegriff unter Druck zu setzen. Als der Milchpreis in Bologna im Juli 1945 auf 20 Lire pro Liter festgesetzt wurde, fragte *La Lotta*, ob die Befreiung denn tatsächlich stattgefunden habe, wenn das Volk wie zu Zeiten des *Duce* Direktiven von oben hinzunehmen habe. Das Handeln der Militärregierung brandmarkte das Blatt als »Antidemokratie«.¹¹⁵ »Doch haben die Verbraucher, das Volk, nicht vielleicht das Recht, über ihre Massenorganismen darüber zu diskutieren, bevor solche Erhöhungen entschieden werden? Und die kommunalen Autoritäten, was soll ihre Aufgabe sein, wenn sie nicht einmal gefragt werden bei Problemen, die, wie im aktuellen Fall, breite Massen von Bürgern betreffen?«¹¹⁶ Durch solche öffentlichen Einforderungen kommunaler Autorität über die Versorgungsangelegenheiten wollte sich der PCI in den Städten mit starken, kommunistisch dominierten Befreiungskomitees als basisdemokratisches Volksorgan verdient machen.

In Bologna setzten die Kommunisten und ihre kommunalen Amtsträger in jener Zeit tatsächlich eine Graswurzelbewegung in Gang, mit der sie den

¹¹² Aldo Ricci nimmt sie hingegen ernst, siehe A. G. RICCI, *Timori*, 2008, S. 74. Auch das Tagebuch Pietro Nennis, in dem er von einer »Atmosphäre wie 21« spricht, vermittelt nicht die Realität im Land, sondern einen Eindruck davon, wie die führenden Politiker in Rom das Geschehen in Italien wahrnahmen. P. NENNI, *Tempo*, 1981, Einträge v. 12., 13. u. 14.11.1947, S. 396 f., Zitat v. 14.11.1947, S. 397.

¹¹³ Segreteria Organizzativa [der DC] an die Segreteria Particolare del Ministero Interni, 16.4.1947. ILS, DC, SP, *Atti dei segretari*, Sc. 3, fasc. 3.

¹¹⁴ Vgl. F. DE FELICE, *Togliatti*, 1977, S. 47.

¹¹⁵ *Antidemocrazia*, in: LA LOTTA, 4.8.1945; vgl. auch S. CAVAZZA, *Transizione difficile*, 2001, S. 439 f. Ältere Forschungen betonen die gute Zusammenarbeit zwischen den britischen Besatzern und der kommunistisch-sozialistischen Stadtführung in Bologna, vgl. L. BERGONZINI, *Demografia*, 1995, S. 188 f. Laufende Forschungen versuchen demgegenüber die Konflikte aufzudecken.

¹¹⁶ *Latte a 20 Lire*, in: LA LOTTA, 28.7.1945.

Wiederaufbau als bürgernahe, an die lokalen Bedürfnisse angepasste Aufgabe präsentierten. In den Wohnhäusern und Wohnvierteln, am Arbeitsplatz und auf den Märkten führten PCI-Funktionärinnen und -Funktionäre Versammlungen durch, um mit Männern und Frauen die drängendsten Anliegen zu diskutieren. Die Ergebnisse dieser Versammlungen wurden der Stadtregierung unter Giuseppe Dozza übermittelt. Ganz wie die Christdemokraten sahen Kommunisten in dieser Praxis »concretezza« und »idealità« (Geistigkeit) von Politik vereint. Anlässlich der Kommunalwahlen im Frühjahr 1946 trat die UDI in gleicher Weise im ganzen Land als Partizipationskanal der Italienerinnen auf, wobei die Denkfigur des unzulänglichen Staates präsent blieb. Nach französischer Tradition führte die Organisation auf ihren Wahlversammlungen Beschwerdebücher (*cahiers de doléance*), die als Grundlage für das kommunale Wahlprogramm des PCI dienten und sogar publiziert wurden.¹¹⁷

Soziale Graswurzelinitiativen dienten den Kommunisten nicht nur als Kommunikation mit dem Staat, sondern auch als dessen Surrogat. Mit eigenen sozialen Infrastrukturen suchten sie Staatlichkeit, insbesondere Wohlfahrtsstaatlichkeit, vor Ort zu ersetzen oder zu erweitern, und eiferten dabei freilich auch der katholischen Fürsorgetätigkeit nach. Wenn sich Bologneser Genossen 1945 öffentlichkeitswirksam beim Bau von Krankenhäusern oder Betreuungseinrichtungen für Kinder hervortaten und Geld für diese Einrichtungen sammelten, knüpften sie damit am kommunalen Wohlfahrtsnetz mit, das den Emilianer und Bologneser PCI unter der Ägide Giuseppe Dozzas auszeichnen sollte.¹¹⁸ Es war getragen von den kommunistischen Vorfelddorganisationen, lokalen Genossenschaften (*cooperative*), anfangs aber vor allem von kommunistischen Frauen und ihrer Praxis der lokalen *assistenza* – ein Phänomen, das auch außerhalb kommunistischer Hochburgen sowie im Mezzogiorno anzutreffen war.¹¹⁹ Die Frauen ließen, glaubt man der Funktionärin Miriam Mafai, die neu gegründeten Sektionssitze des Römer PCI zu sozialen Zentren avancieren, »wo es möglich ist, auch eine erste Antwort auf die eigenen dringlichen Probleme zu finden, wo nicht nur Flugblätter verteilt werden, sondern auch Nahrungsmittel, die aus den Händen der Spekulanten konfisziert worden sind, oder Essensmarken für die Volkstafeln, wo den Arbeitslosen, den Obdachlosen und den Familien der Deportierten und Kriegsgefangenen geholfen wird, eine Unterstützung oder Neuigkeiten zu erhalten.«¹²⁰

¹¹⁷ N. MARCELLINO, *Vite*, 2009, S. 160, 163 (Zitate), 165. Vgl. P. GABRIELLI, *Educare alla democrazia*, 2009, S. 99 f.; A. M. RIVIELLO, *L'UDI*, 2010.

¹¹⁸ Per i nostri bambini, in: *LA LOTTA*, 30.6.1945; Solidarietà, in: *LA LOTTA*, 7.7.1945. Vgl. L. BALDISSARA, *Per una città più bella*, 1994.

¹¹⁹ Immer wieder lobte die PCI-Presse die »materielle wie moralische Hilfe« der philokommunistischen Frauenorganisationen. Siehe: Solidarietà, in: *LA LOTTA*, 9.6.1945; Esempi da seguire, in: *LA LOTTA*, 23.6.1945. Vgl. F. LUSSANA, 1944–1945, 2010, S. 141 f.; P. DOGLIANI, *Anno Primo*, 2007, S. 45; zu Bologna vgl. P. ZAPPATERRA, *Autobiografie*, 1997.

¹²⁰ M. MAFAI, *Apprendistato*, 1979, S. 40 f.

Jenseits der Parteisektionen unterhielten die Kommunistinnen mit Hilfe improvisierter Strukturen Krankenhäuser, Pflegestationen, Kindergärten, Horte, Vorschulen oder Schwangerenbetreuungsstellen. In den Resistenzstädten, wo die Befreiungskomitees eine starke Stellung hatten, koordinierten kommunistische Frauen zudem die Verteilung der knappen Lebensmittel und führten diverse Sammelaktionen durch, unter anderem für kranke Arbeiter oder Familien gefallener Partisanen.¹²¹ In Bologna und anderen Teilen der Emilia-Romagna, wo die parteinahe Frauenorganisation UDI besonders gut organisiert war, sollte die *assistenza* den Bewohnerinnen auch den Rücken freihalten, um der Erwerbsarbeit oder dem parteipolitischen Engagement nachgehen zu können. Hier fungierte die UDI als Vorreiterin des künftigen regionalen Wohlfahrtssystems, und liest man die Erinnerungen einer beteiligten Protagonistin wie Miriam Mafai, war es genau diese Möglichkeit, »sich selbst zum Staat zu machen« (*di farsi Stato*), die es einstigen Resistenz-Kämpferinnen attraktiv erscheinen ließ, sich auf die *assistenza* zu konzentrieren.¹²² Katholische Frauen engagierten sich im gleichen Maße sozial und nach Graswurzelart mit Hilfe der im Regime angewachsenen Organisationen der *Azione Cattolica*, die jüngeren in der *Gioventù Femminile*, die verheirateten in der *Unione Donne*, die 1946 über 885 000 respektive 370 000 Mitglieder verfügten. Als solche konkurrierten sie zwar zunehmend mit den Kommunistinnen, arbeiteten aber auch häufig mit ihnen zusammen.¹²³

Die *assistenza* der Antifaschistinnen knüpfte an eine lokale Fürsorgetätigkeit an, die italienische Frauen im Krieg entfaltet hatten, um sich bei der Organisation des Alltags und des Familienlebens in nachbarschaftlichen Netzwerken zu unterstützen, oder auch, um sich verwundeter Soldaten anzunehmen. Gerade im Süden, wo die faschistischen Frauenorganisationen schwach geblieben waren, hatte diese selbstorganisierte Fürsorge für viele Frauen die erste Erfahrung zivilgesellschaftlicher Aktivität außer Haus bedeutet.¹²⁴ Im Zeichen der sogenannten *Resistenza civile*, den Unterstützungsleistungen und Botengängen

¹²¹ *Iniziativa femminile*, in: LA LOTTA, 30.6.1945; *Solidarietà*, in: LA LOTTA, 14.7.1945; *Asili per i figli del popolo*, in: ebd.; M. MAFAI, *Apprendistato*, 1979, S. 34 f., 36 f. Vgl. P. GABRIELLI, *Educare alla democrazia*, 2009, S. 94, 97 f.

¹²² M. MAFAI, *Apprendistato*, 1979, S. 38, ähnlich S. 29–31, 34. Vgl. C. LIOTTI, *Diventare partigiane*, 2006, S. 213.

¹²³ M. MAFAI, *Apprendistato*, 1979, S. 38 f.; zu den Zahlen und den Aktivitäten der Katholikinnen siehe M. TAMBOR, *Red Saints*, 2010, S. 434 f. Zur Zusammenarbeit vgl. N. MARCELLINO, *Vite*, 2009, S. 160; G. CECCATELLI GURRIERI/G. PAOLUCCI, *Emancipazione*, 1995; P. WILLSON, *Women*, 2010, S. 143. Die Kooperationen und Ähnlichkeiten bei frauenpolitischen Themen und weiblichem Aktivismus betonend: M. TAMBOR, *Red Saints*, 2010, S. 431–433; P. GAIOTTI DE BIASE, *Impact*, 1993, S. 241; widersprechend: W. POJMAN, *For Mothers, Peace and Family*, 2011, S. 417 f.

¹²⁴ Vgl. M. G. CAMILLETTI, »Esistere da donne«, 2006, S. 144; G. CHIANESE, *Mezzogiorno*, 2006. Auf Grenzen traf die weibliche Mobilisierung durch PNF und *Dopolavoro* allgemein bei erwachsenen Frauen, jenen aus dem Mezzogiorno und jenen auf dem Land, vgl. H. DITTRICH-JOHANSEN, »Miti«, 2002, S. 124–127; P. DOGLIANI, 1946, S. 46; S. COLARIZI, *Opinione*, 1991, S. 157 f.; P. WILLSON, *Paesant Women*, 2002, Kap. 9; DIES., *Working-Class Women*, 2013, S. 81.

norditalienischer Frauen für die Partisanen, hatte diese selbstorganisierte Fürsorgetätigkeit ein antifaschistisches Konnotat erhalten. Nach der Befreiung ließ sich daran anknüpfen, indem lokale, nach Graswurzelsolidarität wachsende, spontan organisierte Fürsorge als »demokratisch« etikettiert und das soziale Engagement der Kommunistinnen (wie der Katholikinnen) euphorisch in ein breiteres Konzept von demokratischer »Bürgerlichkeit« (*cittadinanza*) eingebettet wurde, das sich im Umfeld der lokalen Aktivitäten von PCI und DC herausbildete und Partizipation zum republikanischen Ideal stilisierte.¹²⁵

Dieser in Krieg und Bürgerkrieg geborene soziale, lokale und auf Spontaneität und Improvisation setzende Ursprung dessen, was nun als »demokratische« Aktivität galt, war für das Selbstverständnis der antifaschistischen Parteiendemokratie aus zweierlei Gründen bedeutsam. Erstens erlaubte dieses Verständnis »demokratischer« Partizipation, die Frauen über das Feld sozialer Arbeit in den politischen Massenmarkt zu integrieren, und gerade kommunistische Funktionärinnen bemühten sich, älteren Genossen beizubringen, dass auch soziale Fürsorgeleistung »Politik« sei.¹²⁶ Zweitens diente die Codierung des Sozialen als »antifaschistisch« und »demokratisch« dazu, die auffällige Nähe dieser Fürsorgeaktivitäten zu jener der faschistischen Frauenorganisationen zu camoufflieren. Um größtmögliche Distanz zu PNF und Dopolavoro zu schaffen, betonten Kommunistinnen wie auch Katholikinnen das selbstverwaltete und emanzipative Gepräge ihrer eigenen Organisationen und Aktionen.¹²⁷

Wenn Leonardo Paggi mit Blick auf die Toskana der Jahre 1943–1946 von einem im Krieg geborenen »neuen Volksprotagonismus« gesprochen hat, der unabhängig von den Parteien erste Aufbau- und Ordnungsleistungen vollbracht und damit die paternalistischen Führungsstrukturen des Faschismus durch einen »demokratischen Individualismus« abgelöst habe, so bewegt er sich damit letztlich doch in einer Deutungstradition, die von den antifaschistischen Parteien in den Nachkriegsjahren geschaffen wurde.¹²⁸ Auf diversen Feldern schwangen sie sich unmittelbar nach der Befreiung der Städte zu lokalen Agenten dieses Volksprotagonismus empor und gründeten darauf ihr

¹²⁵ Vgl. A. BRAVO, *Armed and Unarmed*, 2005; S. LUNADEI/L. MOTTI, *A scuola di politica*, 2006, S. 142. Zur positiven Aufladung dieser Erfahrungen als eines partizipativen »Aufbruchs« vgl. M. TAMBOR, *Red Saints*, 2010, S. 433; M. G. CAMILLETI, »Esistere da donne«, 2006, S. 147; P. GAIOTTI DE BIASE, *Impact*, 1993, S. 225 f.; D. GAGLIANI u. a., *Donne guerra politica*, 2000. Zu Bologna vgl. P. FURLAN, *Votare*, 2007, S. 207 f. Zu Konzept und lokaler Praxis der *cittadinanza* vgl. umfassend A. VENTRONE, *Cittadinanza*, 2008.

¹²⁶ M. MAFAI, *Apprendistato*, 1979, S. 35–37. Zum Geschlechterverhältnis im PCI vgl. C. C. GATZKA, *Anders unter Gleichen*, 2015.

¹²⁷ M. MAFAI, *Apprendistato*, 1979, insb. S. 38 f.; P. GAIOTTI DE BIASE, *Impact*, 1993, S. 226–228. Vgl. D. GAGLIANI, *Welfare State*, 1992; P. GABRIELLI, *Educare alla democrazia*, 2009, S. 98; P. GABRIELLI, »Club«, 2000; T. Di Maio, *Democristiane*, 2009; P. WILLSON, *Women*, 2010, S. 143. M. TAMBOR, *Red Saints*, 2010, übersieht m. E. die Abgrenzungsfunktion vom Faschismus, die in der Betonung »demokratischen« *citizenships* lag.

¹²⁸ L. PAGGI, »Popolo dei morti«, 2009, S. 266 f., Zitat S. 267. Ähnlich: G. DE Luna, *Partiti e società*, 1994, S. 730–732.

Demokratieverständnis. Es band ›Politik‹ eng an die Beseitigung sozialer, materieller und moralischer Missstände vor Ort, es setzte – vor allem auf Seiten des PCI – auf Partizipation nach Graswurzelart, und es entwarf das Lokale als Legitimationsreservoir für die nationalen Machtansprüche politischer Parteien, wie es schon für die Sozialisten in der liberalen Ära gegolten hatte.¹²⁹ Was in Palmiro Togliattis Konzeption einer »progressiven Demokratie« (*democrazia progressiva*), die auf eine stärkere Partizipation der Massen setzte als die parlamentarische Demokratie, stets etwas vage blieb, zeigt sich mit Blick auf die kommunistische Praxis in Bologna als eine Demokratie, die aus dem Lokalen und dem Konkreten wuchs.¹³⁰ So erklärte *La Lotta* im Sommer 1945, was »Demokratie« bedeuten sollte: eine Regierung des Volkes, die durch das Volk (*popolo*) ins Werk gesetzt werde und »nur den Prinzipien nationaler Solidarität und gesunder sozialer Gerechtigkeit« folge, »um allen konkreten, unmittelbaren und unvorhergesehenen Problemen der Nation zu begegnen und diese zu lösen«.¹³¹ Kommunalpolitik wurde so nach alter Tradition, die auch im Faschismus fortgelebt hatte, zum Dienst an der Nation stilisiert.¹³² Mit der Betonung graswurzelartiger Selbstregierung stärkte der PCI, so die historische Forschung, gerade in der Emilia-Romagna zugleich jedoch auch die zivilgesellschaftliche Orientierung der Italiener.¹³³

Die Ferne der Politik. Deutsche Aufräumarbeiten

Was die italienischen Parteien als neue Politik ausgaben, deckte sich auffällig mit den Ideen, die dem alliierten Programm der Re-education für Westdeutschland zugrunde lagen. Auf Plakaten der amerikanischen Militärregierung war zu lesen:

Schließ Dich einer Partei an, informiere Dich politisch, arbeite mit, hilf mit, es gibt nur diesen einen Weg zur Freiheit [...] Arbeite mit in der Gemeinde, mach Vorschläge und hilf sie mit verwirklichen. Es gibt genug zu tun: Kümmerst Du Dich darum, wie Deine Kinder in der Schule erzogen werden? Kümmerst Du Dich darum, ob die Kranken, die Schwachen und die Alten versorgt sind? Kümmerst Du Dich darum,

¹²⁹ Vgl. M. SALVATI, *Cittadini e governanti*, 1997, S. 43 f.; A. KÖRNER, *Local Government*, 2005, S. 142; P. FURLAN, *Votare*, 2007, S. 207 f.; P. GABRIELLI, »Club«, 2000.

¹³⁰ Zur *democrazia progressiva* als Typus der parlamentarischen (pluralistischen) Demokratie vgl. P. GINSBORG, *Storia d'Italia*, 2006, S. 52 f.; G. VACCA, *Italy*, 1993, S. 101. Die Problematik dieser Konzeption lag darin, dass sie auf einen nationalen »dritten Weg« setzte und gegenüber westlichen Traditionen relativ immun blieb, wodurch sie im Kalten Krieg »politisch anachronistisch« wurde: ebd., S. 114; vgl. auch L. VILLARI, *Premesse*, 2007; T. KROLL, *Kommunistische Intellektuelle*, 2007, S. 428–433. Zur Deutung als »undemokratisch«, weil auf die Überwindung der bürgerlichen Demokratie abzielend, siehe S. COLARIZI, *Togliatti*, 2007, S. 426, 428 f.; E. AGA-Rossi/V. SZASLAVSKY, *Togliatti e Stalin*, 2007, S. 273 f.

¹³¹ *Lasciar fare... lasciar passare*, in: LA LOTTA, 14.7.1945.

¹³² Vgl. F. VOLLMER, *Politische Kultur*, 2007, S. 301–305; J. PETERSEN, *Italien in seiner Vielfalt*, 2000; S. CAVAZZA, *Piccole patrie*, 1997.

¹³³ Vgl. G. GOZZINI, *Democrazia dei partiti*, 2007, S. 300; W. DONDI, *Bologna Italia*, 1998.

daß die Gemeindefinanzen richtig verwendet werden, daß es Arbeit gibt? Kümmerst Du Dich darum, daß die Lebensmittel gerecht verteilt werden, daß Dein Nächster ein Bett und ein Dach hat? Da fängt es an mit dem Selbstregieren! Da wirst Du gebraucht! Da hilf mit!¹³⁴

Eine Ulmer Ärztin nahm diese Mahnung ernst und wandte sich im Mai 1946 an Oberbürgermeister Robert Scholl. Sie bat ihn um Unterstützung bei dem Plan, ein Heim zu eröffnen, um notleidende Kinder medizinisch zu versorgen, und betonte die Ehrenamtlichkeit ihres Vorhabens, da sie als praktizierende Ärztin bereits genügend Geld verdiene. Und sie war sich sicher, »bereitwillige Menschen für die Einsatzbereitschaft [...] aktivieren« zu können, »sodass ich mit ihnen praktisch die ganzen Aufräumungsarbeiten und Bauarbeiten bewältigen will [...]. Ich will aufbauen und helfen und darf auf finanzielle und praktische Hilfe vieler Freunde rechnen, die die soziale Notwendigkeit unserer Zeit ebenfalls einsehen.«¹³⁵ Der Wille zum lokalen Engagement war durchaus vorhanden; die viel bemühte »Atomisierung« der Deutschen lähmte sie in dieser Hinsicht keineswegs. Doch welche Infrastrukturen standen ihnen zur Verfügung?

Die Ulmer Ärztin hätte sich zu jener Zeit an die CDU-Ortsgruppe wenden können. Männer, die der sozialen Arbeit durchaus verbunden waren, hatten sie Ende 1945 unter dem Namen »Christlich-Soziale Volkspartei« mit dem expliziten Ziel des »Wiederaufbaues unseres Lebens und Volkes« gegründet: Vertreter der einstigen Zentrumspartei, des christlichen Volksdienstes, des Bauern- und Weingärtnerbundes sowie aus Handwerks- und Wirtschaftskreisen. Sie nutzten die Ressourcen der katholischen Pfarrämter und hatten sich das Vertrauen der evangelischen Kirche in Ulm sichern können.¹³⁶ Vielleicht hatte die Ulmer Ärztin ihrer ersten Kundgebung am 6. Januar 1946 beigewohnt, auf der Wirtschaftsminister Josef Andre über die Versorgungs- und Ernährungsprobleme gesprochen hatte, oder in der Presse die Erklärung über die »Grundsätze« der neuen Partei gelesen. Zu beiden Gelegenheiten betonten die Christdemokraten, dass ihnen der Wiederaufbau ihrer weitgehend zerstörten Stadt Ulm am Herzen lag, und bekannten sich zu einem »tätigen Christentum«.¹³⁷ Doch auf die Idee, ihren Aufbauwillen mit parteipolitischen Ressourcen umzusetzen, kam die Ulmer Ärztin nicht. Sie agierte in Eigenregie und mit Hilfe selbstgesponnener Netzwerke, und sie sprach den zu jener Zeit parteilosen Bürgermeister Scholl an, nicht die Kirche und nicht die Ulmer Union.¹³⁸

¹³⁴ Zit. n. J. WÜSTEMEYER, *Re-education*, 1997, S. 228, 236. Vgl. K. H. JARAUSCH, *Umkehr*, 2004, S. 172.

¹³⁵ Barbara Ricken an den Oberbürgermeister der Stadt Ulm, 15.5.1946. StAU, B 006/10 Nr. 8.1.

¹³⁶ Christlich-Soziale Volkspartei Ulm an die Katholischen Pfarrämter im Stadt- und Landkreis Ulm, 26.12.1945. StAU, E 201 CDU, Nr. 1.

¹³⁷ Die geistigen Grundlagen der Christlich-Demokratischen Union, in: STUTTGARTER ZEITUNG, 19.1.1946; Kundgebung der Christlich-Sozialen Volkspartei in Ulm am 6.1.1946, Zitat Bl. 1. StAU, E 201 CDU, Nr. 1.

¹³⁸ Zur Bedeutsamkeit privater Kontaktnetze im Nachkrieg vgl. F. BOLL, *Suche*, 1995, S. 18; zur Selbsthilfe vgl. M. WILDT, *Traum*, 1986.

Wo die Westdeutschen nach alliierter Ansicht Demokratie und Partizipation proben sollten, waren die neuen demokratischen Parteien als Mittler und Vertreter auffällig abwesend. Das lag zum einen an der restriktiven Lizenzierungspolitik der Alliierten selbst. In den unmittelbaren Nachkriegsmonaten, als das lokale Chaos am größten war und Parteigruppen offiziell noch nicht existierten, lernten die Westdeutschen so, auf eigene Faust mit den kommunalen Würdenträgern zu kommunizieren, wobei sie sich mitunter als »Stimme des Volkes« vorstellten.¹³⁹ Als die *Schwäbische Donauzeitung* sich in ihrer ersten Ausgabe im November 1945 den Ulmern präsentierte, konnte sie verkünden, dass die Lebensmittelversorgung, die Wohnsituation und die Instandsetzung der Infrastruktur bereits gute Fortschritte gemacht hätten, der Schul- und Kulturbetrieb wieder begonnen habe und die Polizei zunehmend wieder für Ordnung Sorge.¹⁴⁰ Lokale Parteigruppen hatten sich zu jener Zeit noch gar nicht gründen dürfen, aber das urbane Leben ging bereits weiter.

Auch nach ihrer Lizenzierung blieben die westdeutschen Parteien strenger alliierter Kontrolle unterworfen und mussten aufwendige wöchentliche Aktivitätsberichte abliefern. Angesichts spontaner Verbote einzelner Parteigruppierungen oder Kreisverbände beschrieb der CSU-Politiker Hans Weiß, der spätere Oberbürgermeister von Bad Kissingen, 1946 das Verhältnis zu den Amerikanern so: »An einem Tage kriegst du eine von links übers Ohr, dass du bis in den Keller fällst, nach einigen Wochen oder Monaten packen sie dich am Kragen und stellen dich wieder auf die Beine. Aber du weißt nie, ob du in ein paar weiteren Tagen nicht wieder eine über die Ohren kriegst!«¹⁴¹

Vor allem aber fehlte es den jungen westdeutschen Parteien an lokalöffentlichen Organen. Wenn etwa die sozialdemokratische Arbeiterwohlfahrt (AWO) im ersten Nachkriegswinter in Hamburg mit zahlreichen Hilfsmaßnahmen, darunter Großküchen, in Erscheinung trat, hatte die SPD kaum Mittel zur Verfügung, um diese Hilfe zur Imagepflege in der Bevölkerung nutzen. Erst im April 1946, als schon ein Jahr größter Unordnung und erster Aufbauanstrengungen vergangen war, durfte sie ihr altherwürdiges Lokalblatt *Hamburger Echo* wieder gründen; seine Anfangsausgabe von 160 000 konnte nach zeitgenössischer Einschätzung die Nachfrage bei weitem nicht befriedigen.¹⁴² Nichtsdestotrotz hatten sich die Westdeutschen inzwischen daran gewöhnt, dass es die Alliierten waren, die über wesentliche lokale Neuordnungsprobleme unterrichteten: Fragen der Lebensmittelversorgung oder des Wiederaufbaus wurden 1945/46 in den Mitteilungsblättern der Militärregierungen behandelt.¹⁴³

¹³⁹ U. BÜTTNER/A. VOSS-LOUIS, Neuanfang, 1992, Eintrag v. 27.5.1945, S. 141; ähnlich: Eintrag v. 10.5.1945, S. 120 f.

¹⁴⁰ Was wir nie vergessen wollen, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 10.11.1945; Die Polizei und das Publikum, in: ebd.

¹⁴¹ Zit. n. Einleitung, in: K.-D. HENKE/H. WOLLER, Lehrjahre der CSU, 1984, S. 18.

¹⁴² Vgl. W. TORMIN, Geschichte der SPD, 1994, S. 53, 89 f.

¹⁴³ Hannover im Wiederaufbau, in: NEUER HANNOVERSCHER KURIER, 19.6.1945; Lebensmittel-

Auch nach der Lizenzierung westdeutscher Zeitungen blieben die Parteien in der Öffentlichkeit auffällig blass. Die Funktion des Lokalanzeigers übernahm die unabhängige Lokalpresse, die den lokalen Aktivitäten der Parteien wenig Aufmerksamkeit schenkte. Wenn die Hamburger »Falken«, die 1947 wieder gegründete Jugendorganisation der SPD, zerstörte Gebäude wieder aufbauten, die SPD in Sprechstunden Bürger zu Wohnungs- oder Rentenfragen beriet, die AWO Sammlungen für Hilfsbedürftige durchführte und Sozialdemokraten bisweilen Bürger in Arbeitsstellen vermittelten, so taten sie dies nicht im Namen ihrer Partei – jedenfalls nicht *öffentlich*.¹⁴⁴ Das *Hamburger Echo* berichtete zwar über soziale und städtebauliche Initiativen in Hamburg und über Polizeirazzien auf dem Schwarzmarkt; auch Aktivitäten der AWO waren hin und wieder eine Randnotiz auf der Lokalseite wert. Solche Aufräumarbeiten wurden aber nicht als Leistungen der SPD beworben, weder bevor noch nachdem sie Ende 1946 zur kommunalen Regierungspartei gewählt worden war.¹⁴⁵

Die konservativen und bürgerlichen Parteivereine indes, die sich im Laufe der Nachkriegsjahre zur CDU zusammenschlossen, scheuten ohnehin die lauten Töne. Die Bundesgeschäftsstelle mahnte Abgeordnete und Ortsverbände ausdrücklich zu »maßvolle[r] Zurückhaltung« im Auftreten und warnte vor Aufdringlichkeit im Umgang mit Vereinen.¹⁴⁶ Diese Strategie mochte der Wählerrekrutierung förderlich sein; sie trug allerdings nicht dazu bei, die demokratischen Parteien als Agenten der lokalen Neuordnung in der politischen Kommunikation sichtbar zu machen.

Stattdessen schienen die westdeutschen Stadtbewohner die materiellen Aufräumarbeiten selbst in die Hand zu nehmen – unter Führung des Bürgermeisters. Dabei lebte in der lokalen Wiederaufbaurhetorik das solidarische, aufopferungsvolle Leistungsprinzip der NS-Volksgemeinschaft fort.¹⁴⁷ In Karlsruhe hoffte Oberbürgermeister Hermann Veit, mit der Beschwörung der

Versorgung, in: MITTEILUNGSBLATT FÜR DEN STADTKREIS HAMM UND LANDKREIS UNNA, Nr. 3, 30.6.1945.

¹⁴⁴ Zu diesen Aktivitäten siehe: F. BAJOHR/J. SZODRZYNSKI, *Improvisierter Neubeginn*, 1989, S. 92; Heinz Tita (Hamburg-Altona) an Kurt Schumacher, 30.1.1950. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 207; Gerstung (SPD-Bundesgeschäftsstelle) an Heinz Tita, 20.2.1950. Ebd.

¹⁴⁵ Die einzige Ausnahme stellten die Frauen dar, siehe: Für unsere Kriegsgefangenen, in: HAMBURGER ECHO, 14.12.1946. Handelte es sich um die britische Militärregierung, benannte das *Hamburger Echo* die Wohltäter hingegen explizit: Britische Soldaten bescheren Kinder, in: HAMBURGER ECHO, 11.12.1946. Zur Unsichtbarkeit der SPD als sozialer Agentur in Hamburg siehe: Die Arbeiterwohlfahrt im Neuaufbau, in: HAMBURGER ECHO, 13.4.1946; Gemüse, Kartoffeln, Obst im eigenen Garten, in: HAMBURGER ECHO, 20.4.1946; Nöte der Kriegs- und Arbeitsopfer, in: HAMBURGER ECHO, 30.4.1946; Probleme des Wiederaufbaues, in: HAMBURGER ECHO, 11.6.1946; Nehm heimatlose Jugendliche zu Weihnachten auf, in: HAMBURGER ECHO, 11.12.1946; Die Awo zieht Bilanz, in: HAMBURGER ECHO, 25.7.1953.

¹⁴⁶ Bundesgeschäftsstelle der CDU: Merkblatt für die Geschäftsführer der CDU zur Vorbereitung und Auswertung von Wahlen, o. D. [1953], Bl. 3. ACDP 07–001–5009. Vgl. F. BÖSCH, *Adenauer-CDU*, 2001, S. 36 f.

¹⁴⁷ Vgl. M. THIESSEN, *Erinnerungen*, 2012.

»Notgemeinschaft« die Bewohner seiner Heimatstadt zum Arbeitseinsatz animieren zu können. Wer seiner »Ehrenpflicht« bei der Entrümmern nachgekommen war, erhielt eine »Ehrenkarte«, die ihrem Besitzer bei der Entnazifizierung, bei der Arbeitsplatzsuche oder bei der Wohnungszuteilung zum Vorteil gereichen sollte. »Gemeinschaftlich«, so Veit, »wollen wir alle ohne Unterschied der Stellung an den Wiederaufbau gehen. Karlsruhe soll die erste, schwer geschädigte Stadt sein, die von den Trümmern, die uns der Nationalsozialismus hinterlassen hat, freigemacht ist. Meldet Euch alle! Meldet Euch sofort! Keiner darf fehlen! Wenn wir alle zusammenstehen, wird es um so schneller gelingen, Karlsruhe wieder aufzubauen!«¹⁴⁸ Wer solchen Aufrufen Gehör schenkte und die Erfolge des lokalen Wiederaufbaus beobachtete, konnte rasch zu der Überzeugung gelangen, dass es »das Volk« gewesen sei, das Deutschland wiederaufgebaut hatte – ein Deutungsmuster, das später im Mythos der »Trümmerfrau« wieder auftauchte.¹⁴⁹ Für die öffentlichen Debatten um den Wiederaufbau der 1950er Jahre sollte dasselbe gelten, so sehr dieser gerade den Sozialdemokraten die einzigartige Gelegenheit bot, einen »gesunden Organismus« Stadt nach ihren Vorstellungen zu kreieren.¹⁵⁰ Der Wiederaufbau wurde im sozialdemokratischen Hamburg wie im christdemokratischen Ulm nicht als parteipolitische Leistung, sondern als kommunale Gemeinschaftsaufgabe präsentiert, die von sachlicher, also überparteilicher Expertise und Anregungen aus der Stadtbürgerschaft getragen war.¹⁵¹

War es das Schreckbild NSDAP, das der marginalen Sichtbarkeit parteipolitischer Akteure in den westdeutschen Aufräumarbeiten zugrunde lag? Stadtgeschichten der jungen Bundesrepublik erinnerten durchaus mit Grauen an die urbane Parteipräsenz im Nationalsozialismus: »der große dazugehörige Rummel, das ewige Trommeln, die ständige Wiederholung (ein Eintopfsonntag erforderte mindestens 6 eindrucksvolle Hinweise in der Zeitung) [...]. Tatsächlich vollzog sich der Ablauf der Ereignisse aufdringlich und lärmhaft, und die nüchterne Aufzählung kann keinen Begriff von dem begleitenden Tam-Tam geben«, so war 1963 in einer Geschichte der Stadt Herne zu lesen, die ein Kommunalbeamter verfasst hatte.¹⁵² Doch in der öffentlichen Kommunikation zwischen Parteien und Wählern war die NS-Kontamination sozialer Graswurzel-tätigkeiten kein Thema, zumal Letztere diese Facette der NS-Volksgemeinschaft eher positiv erinnerten.¹⁵³

¹⁴⁸ Zit. n. H. SCHARZMAIER, Südwesten, 1975, S. 158 f.

¹⁴⁹ Vgl. L. TREBER, Mythos, 2014; Kramer, »Volksgenossin«, 2012. Zur Entrümmern in Hamburg und im Südwesten vgl. N. KOLBE u. a., »Arbeit«, 1988, S. 7–12; H. SCHARZMAIER, Südwesten, 1975, S. 155–157.

¹⁵⁰ Vgl. J. ARNOLD, »Once upon a time«, 2011, S. 461; A. SCHILDT, Hamburg, 1992; J. M. DIEFENDORF, In the wake of war, 1993.

¹⁵¹ Hamburg wurde 213 mal bombardiert, in: HAMBURGER ECHO, 25.7.1953; Um das Gesicht der Stadt, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 8.5.1946. Vgl. S. HAUMANN, Planung, 2011.

¹⁵² H. MEYERHOFF, Herne, 1963, S. 96.

¹⁵³ Vgl. M. THIESSEN, Schöne Zeiten?, 2009.

Einflussreicher waren zunächst einmal nationale Traditionen, insbesondere die Entwicklung deutscher Staatlichkeit, die wiederum einen spezifischen Politikbegriff hatte wachsen lassen, den die Vertreter der demokratischen Parteien, insbesondere die Sozialdemokraten, nach 1945 reformulierten. Der deutsche Sozialstaat war dichter ausgebaut als der italienische, seine Strukturen lebten nach 1945 im Wesentlichen fort. Die Nachfrage improvisierter Graswurzel-tätigkeit war damit nicht ausgeschlossen, wie der Fall der erwähnten Ulmer Ärztin illustriert. Doch sie wurde unwahrscheinlicher, sobald Ämter und Behörden unter alliierter Kontrolle ihre Arbeit wieder aufnahmen und weil Deutsche es gewohnt waren, mit diesen Einrichtungen ihre sozialen Ansprüche zu verhandeln.¹⁵⁴ Wenn westdeutsche Stadtbewohner mit Sozialdemokraten und Christdemokraten in Kontakt kamen, so traten diese dann auch in erster Linie als Agenten staatlicher und kommunaler Behörden oder als Akteure mit exklusivem Zugang zur Militärregierung auf, und weniger *als* Sozialdemokraten oder Christdemokraten.¹⁵⁵ In Hamburg wurden die Sprechzimmer der SPD-Kreisbüros zu Beratungsstellen für Wohnungs- und Arbeitssuchende sowie Rentner, welche die bürokratische Expertise der Partei in Anspruch nahmen. Genossen halfen den Bürgern beim Ausfüllen der Formulare zum Lastenausgleich; in ihren Sprechstunden versuchte die SPD immer gleich mit einem Genossen aus dem Wohnungsamt oder einem Bürgerschaftsabgeordneten aufzuwarten, um die Beratung und Hilfestellung zu beschleunigen.¹⁵⁶ Auch in der brieflichen Kommunikation fungierten SPD wie CDU als eine Art Vorzimmer des Staates und vermittelten die Bürger mit ihren jeweiligen Anliegen an die zuständigen Behörden und konkrete Beamte aus der eigenen Partei weiter.¹⁵⁷ So beteiligten sie sich an der sozialen Problemlösung in der Stadt als stille Schreibtischtäter und Sprechstundenhilfen: Wer behördlich mit der Versorgungsleistung einer bestimmten Gruppe zu tun hatte, könne »aus taktischen Gründen nicht öffentlich als Vertreter der CDU bei solchen Gelegenheiten in Erscheinung treten« hieß es 1959 anlässlich einer Mahnkundgebung des Verbandes der Kriegsgeschädigten.¹⁵⁸ Während die italienischen Parteien nach Kriegsende als

¹⁵⁴ Der Sozialstaat minimierte die Möglichkeit, auf dem kommunalpolitischen Feld und durch Milieustrukturen die Bürger zu »politisieren«, vgl. F. DEPPE u. a., *Lokales Milieu*, 1986, S. 214.

¹⁵⁵ Maria Stockhaus (Dortmund) an den Solidaritäts-Fonds, 22.8.1947, in: H. GREBING, *Lehrstücke*, 1983, S. 108; H. KALBITZER, *Widerstehen*, 1987, S. 99.

¹⁵⁶ Protokoll über die Sitzung der Organisations-Kommission vom 24.7.1951, Bl. 2 f., 7, 17 f. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 223; SPD LO HH, Kreis Eimsbüttel: *Jahresbericht 1952*. Ebd., Mp. 333.

¹⁵⁷ Siehe etwa: Karl Meitmann an Karl Strobach (Hamburg-Farmsen), 23.3.1950. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 184; Hermann Menzel (Hamburg) an den Hamburg-Block, die SPD Hamburg und die Schulbehörde Hamburg, 25.10.1953. Ebd., Mp. 214. Vgl. F. BÖSCH, *Adenauer-CDU*, 2001, S. 49.

¹⁵⁸ Max Davidts an Alfred Brockhagen, 20.4.1959. ACDP 02–155–005/3. Zu Hilfe »unter der Hand« für einzelne Opfergruppen durch die SPD siehe: Heinz Tita (Hamburg-Altona) an Kurt Schumacher, 30.1.1950. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 207; Christian Liebscher (Hamburg-Wilhelmsburg) an den »Ausschuss«, o. D. [Abschrift der SPD Hamburg datiert vom 15.10.1953]. Ebd., Mp. 214.

Kümmerer der lokalen Bevölkerung auftraten, präsentierten sich ihre deutschen Pendants im Grunde als Repräsentanten des Staates und seiner Behörden.

Die öffentliche Unsichtbarkeit politischer Parteien im Umfeld urbaner Neuordnung machte es erst möglich, dass die städtische Kommunalpolitik der Nachkriegszeit als »Nichtpolitik« imaginiert werden konnte, wie Everhard Holtmann beobachtet hat: Kommunalpolitik schien von Persönlichkeiten getragen, deren Parteizugehörigkeit in den Hintergrund trat. Sich mit der ausgebesserten Straße, der neuen Straßenlaterne oder der Hilfe für den Kindergarten vor der lokalen Öffentlichkeit zu brüsten, war Aufgabe der Bürgermeister, Senatoren oder Stadträte, später der Wahlkreisabgeordneten, und zwar in erster Linie *in diesen Funktionen*, wie aus den Kommunikationsrichtlinien der CDU-Bundesgeschäftsstelle hervorgeht. Dem lag die verbreitete Annahme zugrunde, dass die Wähler einer Stadt oder eines Wahlkreises einheitliche Interessen hätten und deshalb nicht von Parteien abgebildet werden könnten, die per definitionem nur einen Teil des Ganzen vertraten. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle forderte ihre Kreisverbände ausdrücklich auf, ihren lokalen Wahlkampf gegen »Parteiinteressen« zu führen. Ganz im Einklang mit dem nationalsozialistischen Politikverständnis stilisierte sie damit die Stadt- und Landesgesellschaft zu einer organischen Gemeinschaft mit ureigenen Interessen.¹⁵⁹ Doch auch für linke kommunale Verantwortungsträger war es selbstverständlich, in der kommunalen Tätigkeit die Parteidifferenzen nicht nur zu überwinden, sondern geradezu ad absurdum zu führen. Der Bremer Senator Wilhelm Kaisen etwa, der immerhin im Parteivorstand der SPD saß, hatte für Parteien und ihre Funktionäre im Kontext seiner kommunalen Aufgaben nur den abfälligen Kommentar »diese Esel!« übrig.¹⁶⁰ Hierin lag ein wesentlicher Unterschied zur politischen Kultur Italiens, wo kommunalpolitische Themen, die den Stadtbürgern häufig wichtiger waren, bisweilen stärker polarisierten und parteipolitisch aufgeladen wurden als nationale.¹⁶¹

Auch die Mittlerrolle im Hinblick auf demokratische Mitbestimmung, die in Italien die neuen Parteien spielten, übernahmen die westdeutschen Parteien unter den geschilderten Bedingungen nur sehr eingeschränkt. Die Ulmer CDU ging in den ersten Monaten ihrer Existenz mit Versammlungen in Wirtshäusern und Turnhallen an die Öffentlichkeit und nahm zur Ernährungs- und Flüchtlingslage, zu Wirtschafts- und Entnazifizierungsfragen, zur NS-Vergangenheit, der weltpolitischen Lage oder Fragen der künftigen Verfassung Stellung. Allerdings handelte es sich in aller Regel um Versammlungen *im Landkreis Ulm*,

¹⁵⁹ Bundesgeschäftsstelle der CDU: Merkblatt für die Geschäftsführer der CDU zur Vorbereitung und Auswertung von Wahlen, o. D. [1953], Bl. 3, 7. ACDP 07–001–5009. Vgl. A. BORUP, Demokratisierungsprozesse, 2010, S. 105 f.; E. HOLTSMANN, Politik und Nichtpolitik, 1989; J. BALCAR, Politik auf dem Land, 2007.

¹⁶⁰ U. BÜTTNER/A. VOSS-Louis, Neuanfang, 1992, Eintrag v. 24.10.1946, S. 406; ähnlich: H. GALM, Rebell, 1980, S. 199.

¹⁶¹ Vgl. R. FORLENZA, Elezioni amministrative, 2008; F. BILLI, Da Dozza a Guazzaloca, 2001.

nicht in der zu großen Teilen zerstörten Stadt. Mal konnten sich über 200 Menschen versammeln, mal musste die Versammlung wegen Besuchermangels ausfallen; mal wurden Diskussionen gewünscht und geführt, mal machten die Bürger vom Angebot der Diskussion keinen Gebrauch. Früh schon taten sich auf den CDU-Versammlungen die Bauern hervor und verhehlten dabei nicht, dass sie für die Belange der Industriearbeiterschaft kein Verständnis hatten. Wenn die CDU-Redner immer wieder an den christlichen Volksgeist und den zu schaffenden neuen »Volksstaat« appellierten, der auch den Arbeitern zugestehen müsse, »ein Häuschen [zu] haben mit einem Stück Land«, so hatten sie unter ihrer Hauptklientel noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten.¹⁶² Auf den frühen Parteiversammlungen wurden eher soziale Gruppeninteressen verhandelt als Probleme demokratischer Teilhabe.

Zwar setzte die CDU-Bundesgeschäftsstelle über die Besatzungszeit hinaus auf Bürgerversammlungen, wo »die Bürger sich über alle ihre Sorgen und Nöten [sic] aussprechen« sollten.¹⁶³ In den großen Städten deutet jedoch nichts darauf hin, dass diese Treffen zu wichtigen Foren politischer Kommunikation avancierten. Hier übernahmen die alliierten Besatzer, insbesondere die Amerikaner, die Regie bei den Übungen in demokratischer Diskussion und Teilhabe. Seit 1946 veranstalteten sie »Öffentliche Foren« oder »Bürgerversammlungen«, bei denen zunächst Vertreter der Militärregierung und später vor allem Verwaltungsbeamte und Kommunalpolitiker auf dem Podium saßen und sich den Fragen der Bevölkerung stellten. Diese Veranstaltungen dienten den Amerikanern dezidiert als »demokratische« Erziehungstechnik.¹⁶⁴

Nichtsdestotrotz verstanden sich vor allem die SPD-Ortsvereine in den westdeutschen Nachkriegsstädten als *die* »demokratischen Einrichtungen«, verbanden damit aber in erster Linie ein pädagogisches Programm.¹⁶⁵ Der hessische SPD-Landrat Ludwig Bergsträsser erläuterte Ende 1945 auf einer der ersten Parteiversammlungen in der hessischen Kleinstadt Langen, die Presse solle »der politischen Erziehung des deutschen Volkes dienen, denn die politische Erziehung ist ja bisher in Deutschland eigentlich niemals vom Staate ausgegangen, sondern in der Regel von den politischen Parteien«. Ähnliche Töne waren zur selben Zeit vom sozialdemokratischen Mitherausgeber der *Schwäbischen Donauzeitung* zu vernehmen.¹⁶⁶ Im Unterschied zu den Amerikanern jedoch verorteten die westdeutschen Parteien ihren pädagogischen Gegenstand außerhalb

¹⁶² Siehe die Berichte der CDU-Kreisgeschäftsstelle Ulm an die Alliierte Militärregierung v. 30.3.1946, 8.4.1946, 15.4.1946 u. 24.6.1946. StAU, E 201 CDU Nr. 1. Zu den Animositäten gegenüber den Arbeitern siehe den Bericht v. 15.3.1946, Bl. 1, 3. Zitat: Kundgebung der CDU. Wiblingen, o. D. [März 1946]. Ebd.

¹⁶³ Bundesgeschäftsstelle der CDU: Merkblatt für die Geschäftsführer der CDU zur Vorbereitung und Auswertung von Wahlen, o. D. [1953], Bl. 3. ACDP 07–001–5009.

¹⁶⁴ So etwa in Ulm, vgl. N. VERHEYEN, *Diskussionslust*, 2010, S. 88–90.

¹⁶⁵ Was wir nie vergessen wollen, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 10.11.1945.

¹⁶⁶ Auch zum Folgenden: L. BERGSTRÄSSER, *Befreiung*, 1987, Dokum. 1, 4.12.1945, S. 336, 340; J. WEISSER: Die Aufgaben der Presse, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 10.11.1945.

der lokalen Praxis. Landrat Bergsträsser sprach vor den Genossen in Langen nicht über Probleme des lokalen Überlebens und Aufräumens, sondern von seinem Wunsch, »das deutsche Volk wieder einzugliedern in die Welt und mitzuarbeiten an dem Neuaufbau und an der Kultur der Welt«.

Diese Optik entwarf politisches Handeln und demokratische Erziehung im weltpolitischen Maßstab und entrückte konkrete Versorgungs- und Ordnungsbedürfnisse dem lokalen Raum, dem sie entsprangen. Ganz in diesem Sinne erklärte das sozialdemokratische *Hamburger Echo* seinen Lesern in der ersten Ausgabe nach Kriegsende, das Ernährungsproblem sei eine »politische Frage gewaltigsten Ausmaßes«, da es »die kompliziertesten Probleme der internationalen Politik« berühre. Die Ernährungsprobleme würden gelöst, wenn die Welt wieder Vertrauen in Deutschlands Friedfertigkeit gewinne. Dies sei erst gewährleistet, wenn die Deutschen in den Schoß der Sozialdemokratie zurückfänden, denn nur sie könne die internationale Völkerfreundschaft sicherstellen.¹⁶⁷ Eine solche Argumentation schob letztlich den alliierten Besatzern die Verantwortung für die Versorgung der Hamburger zu und fügte sich damit in einen zeitgenössischen Diskurs, der die deutsche Hungerproblematik als international zu lösendes Menschenrechtsproblem verhandelte, und an dem die Deutschen auch »von unten« partizipierten.¹⁶⁸ Diese Entwicklung war nicht allein der internationalen politischen Lage geschuldet, die sich im besetzten Italien ja ähnlich ausnahm, sondern auch dem Umstand fehlender Staatlichkeit. Sie ließ die Deutschen die Probleme ihrer Versorgung und ihres Überlebens auf internationaler Ebene verhandeln, wo der sich gerade entfachende Menschenrechtsdiskurs ihnen offenbar eine Sprache gab, um sich selber zu vertreten.¹⁶⁹

Und dennoch: Eine Verhandlung der schwierigen Ernährungslage mit den Alliierten und den Völkern der Welt hätte theoretisch auch, wie in Italien, durch parteipolitische Mobilisierung der Verbraucher auf den Straßen stattfinden können. Dass dies durchaus Teil des Denkhorizonts deutscher Sozialdemokraten war, hat Paul Erker für München beobachtet, wo etwa SPD-Redner gemeinsam mit Kommunisten auf einer sogenannten Hausfrauen-Demonstration über zehntausend versammelte Verbraucherinnen und Verbraucher aufpeitschten. In der britischen Zone jedoch, und insgesamt, hielten sich SPD und DGB weitgehend aus den Hungerprotesten und -streiks der westdeutschen Nachkriegszeit heraus.¹⁷⁰ Sicherlich stand dahinter auch die Furcht vor Radikalisierungstenden-

¹⁶⁷ Für Frieden und Freiheit!, in: HAMBURGER ECHO, 3.4.1946.

¹⁶⁸ Vgl. A. GROSSMANN, Grams, Calories, and Food, 2011; A. WEINREB, Debates over German Hunger, 2012.

¹⁶⁹ Vgl. ausführlich L. WILDENTHAL, Language of Human Rights, 2012.

¹⁷⁰ Vgl. P. ERKER, Hunger und sozialer Konflikt, 1994, S. 401; K. WEINHAUER, Konflikte, 1998. Zu Hamburg siehe: Der »Proteststreik« auf den Werften, in: HAMBURGER ECHO, 14.12.1946. Die Hamburger SPD und die Gewerkschaften sprachen sich 1946 mit Verweis auf die schlechte Ernährungslage der Arbeiter gegen Demonstrationen zum Ersten Mai aus. Dies mag ein fadenscheiniges Argument gewesen sein, um sich dem Willen der KPD zu entziehen, gemeinsame Kundgebungen zu veranstalten; wesentlich war aber, dass es zeitgenössisch offenbar als einleuchtendes Argument

zen an der Basis, wie in der älteren Forschung argumentiert worden ist.¹⁷¹ Wie eine neue Studie zeigt, gingen die verborgenen Impulse dazu aber vor allem von einer britischen Besatzungspolitik aus, die durch gezielte Kooperation mit politischen Eliten und Gewerkschaftsfunktionären im Stile einer *indirect rule* darauf zielte, die Deutschen von der Massenpolitik fernzuhalten.¹⁷² Das in der Historiographie verbreitete Argument, der Hunger habe die Westdeutschen von der Politik abgehalten, ist deshalb mit Vorsicht zu genießen.¹⁷³ Es muss vor allem als zeitgenössische Erklärung der politischen Verantwortlichen selbst hervorgehoben werden. Entfaltet wurde dieses Interpretament bereits in der erwähnten ersten Ausgabe des *Hamburger Echo*, in der es hieß, »politische« und wirtschaftliche Fragen würden »überschattet von der Sorge um das tägliche Brot. Das deutsche Volk ist in jenen primitiven Zustand zurückgeworfen worden, in dem die Gedanken der Menschen fast ausschließlich um die Befriedigung der nackten Lebensbedürfnisse kreisen.«¹⁷⁴ In Italien war das kein Hindernis, »politisch« tätig zu werden – im Gegenteil.

Die deutsche Tendenz, Hunger als depolitisierend zu deuten, ging auf ein vergeistigtes Politikverständnis zurück, das gerade die agilen Linkssozialisten unter den Sozialdemokraten an den Tag legten. Sie konnten an ihrem eigenen Körper die Erfahrung machen, dass die erdrückenden »physischen Bedürfnisse« sie von der geistigen Arbeit abhielten. Zahlreich waren ihre Klagen über die kräftezehrende und fruchtlose lokale Aufbauarbeit, die sie von der Lektüre »politischer« Schriften abhielt.¹⁷⁵ Selbst KPD-Funktionäre wie der Hamburger Helmuth Warnke, die sich in der Weimarer Republik noch gut auf die Politisierung des Alltags verstanden hatten, registrierten betrübt, dass die Kollegen im Betrieb in der kommunistischen Presse nur nach den amtlichen Mitteilungen und Tauschanzeigen Ausschau hielten: »Meine Bemühungen, eine *politische* Unterhaltung in Gang zu bringen, bleiben fruchtlos.«¹⁷⁶

Unter »politischen« Unterhaltungen verstanden die westdeutschen Parteivertreter das Reden über die Probleme des (künftigen) Staates und über Themen der internationalen Politik. Dass ihnen mit den Wahlen zu den Verfassunggebenden Landesversammlungen schon kurz nach ihrer lokalen Gründung eine

herhalten konnte. H. WARNKE, »Fahnen«, 1988, S. 79, 99; vgl. W. TORMIN, Geschichte der SPD, 1994, S. 86; G. J. TRITTEL, Hungerkrise, 1994, S. 386 f.

¹⁷¹ J. SZODRZYNSKI, Die »machtvolle« Ohnmacht, 1989, S. 102.

¹⁷² C. ERLICHMAN, Strategies of Rule, 2015.

¹⁷³ A. SCHILDT, Annäherungen, 2011, S. 24; F. H. TENBRUCK, Alltagsnormen, 1974, S. 292; B. HOCHSTEIN, Ideologie des Überlebens, 1984.

¹⁷⁴ Die Sorge um das tägliche Brot, in: HAMBURGER ECHO, 3.4.1946.

¹⁷⁵ Maria Stockhaus (Dortmund) an den Solidaritäts-Fonds, 22.8.1947, in: H. GREBING, Lehrstücke, 1983, S. 108 f.; H. WARNKE, »Fahnen«, 1988, S. 93. Linkssozialisten sahen »die physischen Bedürfnisse des Körpers hauptsächlich als lästige Begleiterscheinung des Lebens«. Emil Brune (Dortmund) an Joseph Lang, 26.4.1948, in: H. GREBING, Lehrstücke, 1983, S. 114.

¹⁷⁶ H. WARNKE, »Fahnen«, 1988, S. 81, Hervorh. C. C. G. Zu Weimar vgl. J. C. HÄBERLEN, Vertrauen und Politik, 2013, S. 127–139.

erste verfassungspolitische Debatte ins Haus stand, die sie sogleich in die öffentlichen Versammlungen trugen, unterstützte diese inhaltliche Schwerpunktsetzung.¹⁷⁷ Schon im Mai 1946 hatte der Ulmer CDU-Vorsitzende Franz Wiedemeier auf öffentlichen Kundgebungen und Versammlungen der Ulmer Union kundgetan, Demokratie bestehe darin, »dass alle reden können und dass aus den klaren Reden aller die grundsätzlichen Regeln unseres Staatswesens erwachsen.« Wenn er im Mai 1951 seine Parteifreunde mahnte, es sei unerlässlich, mehr für die »politische« Arbeit zu tun, dann meinte er die Versammlungstätigkeit mit diesem staatszentrierten Zuschnitt.¹⁷⁸

Es war aber genau diese Art von »Politik«, von dem sich viele westdeutsche Stadtbewohner abwandten, denen eher der Sinn nach konkreten Lösungen für ihre lokalen Probleme stand. Der junge Egbert Hoffmann, der sich die Veranstaltungen der demokratischen Parteien angesehen hatte, seufzte im Januar 1946: »So jagt denn jeder Parteichef mit einer Handvoll Anhängern einem utopischen Ziel entgegen. Man redet, man debattiert, man verkündet, man salbert, man prophezeit, ja man prügelt sich sogar, vorerst allerdings nur mit Worten.«¹⁷⁹ Lebenspraktische Hilfe erwartete er sich von den Parteien nicht. Wie die im Nachkriegsalltag ihr Überleben organisierenden Frauen und überparteilichen Frauenausschüsse mit der Enge dieses deutschen Politikbegriffs umgingen, hat die Frauenhistorikerin Anna-Elisabeth Freier schon 1984 gezeigt: Sie beschrieben sich *bewusst* als »nicht politisch« oder »unpolitisch«, um damit zum Ausdruck zu bringen, dass sie sich um *lebensnahe* Probleme kümmern wollten. Diese Nähe zum Alltag sahen sie ausdrücklich nicht im traditionellen »Politik«-Begriff aufgehoben, der auf »Parteien« verweise.¹⁸⁰

Diese pragmatische Selbstbeschreibung deutscher Frauen als »unpolitisch« war recht eigentlich der Versuch einer Neubestimmung des Politischen, die sich von den Referaten, Vorträgen und theoretischen Abhandlungen abgrenzte. Erfolg sollten sie damit nicht haben. So trat etwa die Hamburger Christdemokratin Charlotte Tredup 1954 nach acht Jahren Parteimitgliedschaft mit der Begründung aus der CDU aus, sie sei durch ihre karitative Arbeit so beansprucht, dass ihr für das »politische« Engagement einfach die Zeit fehle.¹⁸¹ In Italien erlaubte es das Konzept der *concretezza*, eine solche karitative Arbeit auch gegen Widerstände der Männer als »politische« Arbeit zu markieren und

¹⁷⁷ Bericht der CDU-Kreisgeschäftsstelle Ulm an die Alliierte Militärregierung v. 24.6.1946. StAU, E 201 CDU Nr. 1.

¹⁷⁸ Franz Wiedemeier (Ulm) an Bürgermeister Jakob Scheel (Türkheim, Kreis Ulm), 21.5.1951. StAU, E 201 CDU, Nr. 1; Kundgebung der CDU. Wiblingen, o. D. [März 1946]. Ebd.

¹⁷⁹ E. A. HOFFMANN, Hamburg 45, 1985, Eintrag v. 24.1.1946, S. 130. Worte und Reden als Flucht aus der »Wirklichkeit« darzustellen, wo der Schutt »überall herum« liege, war auch Teil publizistischer Beobachtungen. Siehe: Hartmann Goertz: Die Flucht in die Zeitschrift, in: NEUE ZEITUNG, 13.1.1947.

¹⁸⁰ Vgl. A.-E. FREIER, Frauenfragen, 1984, S. 19–21. Zu Hamburg vgl. N. KOLBE u. a., Frauenarbeit, 1988, S. 17. Zu den Frauenausschüssen vgl. A. KELLER-Kühne, Frauen, 1997, S. 23 f.

¹⁸¹ Charlotte Tredup an den CDU-Kreisverband Hamburg-Nord, 10.12.1954 [Abschrift]. ACDP 02–155–019/1. Zur Persistenz vgl. etwa B. SCHÖLER-Macher, Fremdheit der Politik, 1994.

damit die Frauen in PCI wie DC zu integrieren.¹⁸² In der Bundesrepublik indes erfand man für diese Art von Aktivitäten die Bezeichnung des »vopolitischen Raumes«, und wer sich aufgrund häuslicher oder anderer sozialer Verpflichtungen nicht für die Teilnahme an staatspolitischen Vorträgen erwärmen konnte, fiel hier geradezu selbstredend unter den Verdacht des »Unpolitisch«-Seins. Das betraf in erster Linie die Frauen, doch auch Männer teilten bei zeitlich bedingtem Parteiaustritt sicherheitshalber mit: »Dies heißt nicht, daß ich gleichgültig dem politischen Geschehen gegenüberstehe. ‚Die Welt‘ und teilweise die ‚Frankfurter Allgemeine‘ werden gerade in Hinsicht auf den politischen Inhalt gründlich von mir gelesen.«¹⁸³

Es war letztlich der Politikbegriff in der Tradition Carl Schmitts, den die westdeutschen Parteien in der Besatzungszeit weiterleben ließen, und der Politik nur dort am Werke sah, wo man zwischen Freund und Feind unterscheiden konnte – also vor allem auf staatlicher beziehungsweise zwischenstaatlicher Ebene.¹⁸⁴ Demokratie, so erklärte der Sozialdemokrat Johannes Weißer den Ulmern in der ersten Ausgabe der *Schwäbischen Donauzeitung*, »bedeutet [...] Kampf, sie ist der Boden, auf dem der Streit der Meinungen ausgetragen wird, wobei sich letzten Endes die bessere und der Wirklichkeit entsprechende durchsetzen wird.«¹⁸⁵ Weil urbane Aufräumarbeiten, moralische Erbauung und soziale Fürsorge aber recht wenig mit Kampf und Gesinnung zu tun hatten, wurden sie nachgerade als »unpolitisch« aufgeladen. Mit diesem Politikverständnis verpassten es die demokratischen Parteien in den westdeutschen Nachkriegsstädten, Anschluss zu finden an eine Bevölkerung, die sich zunächst einmal um sich selbst zu kümmern hatte.

3. Wozu politische Organisation dient. Das Erbe der Mitgliedschaft

Bei der Frage, wie sinnvoll politische Parteien als Partizipationskanäle in der neuen Demokratie waren, kamen weder Deutsche noch Italiener umhin, das Erbe der Diktaturen zu verhandeln. Als »Beteiligungsdiktaturen« (Sven Reichardt) hatten die beiden faschistischen Regime auf Massenmitgliedschaft in Parteien und angeschlossenen Organisationen gefußt. Auch wenn PNF und NSDAP im Organisationsgefüge der Diktaturen am Elitenprinzip festhielten, verfügten sie über eine vorher wie nachher ungekannte Massenbasis und verpflichteten zudem die Jugendlichen bei Kriegsbeginn endgültig zur Mitgliedschaft in ihren

¹⁸² Vgl. M. TAMBOR, *Red Saints*, 2010, S. 434; C. C. GATZKA, *Anders unter Gleichen*, 2015, S. 107–111.

¹⁸³ Georg Bolbach (Hamburg) an den Landesverband der CDU, KV HH-Nord, 14.4.1959. ACDP 02–155–005/3. In der SPD traf der Vorwurf des Unpolitisch-Seins die Masse an Hausfrauen, die in der Partei versammelt war, vgl. N. KOLBE u. a., »Arbeit«, 1988, S. 17, 20; C. OLDENBURG, *Tradition und Modernität*, 2009, S. 395.

¹⁸⁴ C. SCHMITT, *Begriff des Politischen*, 1991 [1932].

¹⁸⁵ J. WEISSER: Die Aufgaben der Presse, in: *SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG*, 10.11.1945.

Organisationen.¹⁸⁶ Partei- und Massenmitgliedschaft konnten so nach 1945 für die Diktatur, für autoritäres Pflichtbewusstsein stehen.¹⁸⁷ Wie gingen Deutsche und Italiener mit diesem Erbe um, als neue politische Akteure die Parteimitgliedschaft als vornehmste Form *demokratischer* Partizipation anpriesen?

Armin Nolzen und Paul Corner haben gleichermaßen betont, dass die Massenmitgliedschaft in den Regimen von ihren sozialen Ermöglichungsstrukturen her verstanden werden muss: Sie verhalf zu Arbeitsplätzen, stellte attraktive Freizeitaktivitäten bereit, ermöglichte soziale Kontakte außerhalb der Familie.¹⁸⁸ In diesen Funktionen war die faschistische Organisationsmaschinerie in Italien besonders bedeutsam. Zum einen stellten außerhäusliche und außerkirchliche Freizeitangebote, wie sie der Dopolavoro und die faschistischen Sektionen boten, für viele etwas Neues dar. Zum anderen wertete die notorisch knappe Arbeit im Land die Parteimitgliedschaft monetär auf: Die Mitgliedskarte des PNF war als Zugangsvoraussetzung für den öffentlichen Dienst, den *parastato* (die halbstaatlichen, vor allem wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen) und zahlreiche Betriebe so etabliert, dass der Volksmund das Kürzel mit »per necessità familiare« (»aus familiärer Notwendigkeit«) auflöste.¹⁸⁹ Jede Auseinandersetzung mit dem Vermächtnis der faschistischen Massenpolitik muss daher auch danach fragen, welche sozialen Funktionen Parteimitgliedschaft nach 1945 übernehmen konnte – und welche nicht. Nicht ideologische Überzeugungen und die Erfahrung von Krieg und Diktatur allein bestimmten darüber, wie die Zeitgenossen sich zur Frage parteipolitischer Organisation verhielten. Die spezifischen Deutungen der Situation und die sozialen Anreizsysteme der Parteien spielten eine größere Rolle.

Den Massen auf den Fersen. Parteien und Italiener

In Bologna berichtete der PCI 1945 in *La Lotta* über die »stürmische« Entwicklung seiner Organisation: »Tausende und Tausende von Arbeitern, Bauern, Intellektuellen, Jugendlichen und Frauen bitten um die Ehre, Teil unserer Partei zu werden, bewusste [*coscienti*] Avantgarde und Führerin aller Arbeitenden

¹⁸⁶ Vgl. W. SCHIEDER, *Faschistische Diktaturen*, 2008, S. 92–97; B. WEIGEL, »Märzgefallene«, 2009, S. 107; J. WETZEL, *NSDAP*, 2009; S. PAYNE, *Geschichte des Faschismus*, 2001, S. 244; A. NOLZEN, »Jugendgenossen«, 2009, S. 149

¹⁸⁷ Ralf Dahrendorf brachte das noch in den 1960er Jahren auf den Punkt: »Wir wissen ja heute, daß das Maximum etwa an politischer Aktivierung aller Bürger nicht auch das Optimum, daß es eher ein Krisensignal als ein Zeichen für stabile demokratische Verhältnisse ist.« R. DAHRENDORF, *Gesellschaft und Demokratie*, 1968, S. 79 (Zitat) u. S. 457. Das Argument begegnet in der Historiographie auch, um den Beitrag des PCI zur »Demokratisierung« Italiens in Frage zu stellen, siehe E. AGA-Rossi/V. SZASLAVSKY, *Togliatti e Stalin*, 2007, S. 272 f.

¹⁸⁸ A. NOLZEN, *Inklusion*, 2009, insb. S. 66 f., 76 f.; P. CORNER, *Fascist Party*, 2012, S. 92 f., 103, 117, 130 f., 148, 160 f., 219, 222, 224; W. SCHIEDER, *Faschistische Diktaturen*, 2008, S. 95.

¹⁸⁹ P. CORNER, *Fascist Party*, 2012, 135 f. sowie S. 92 f., 105, 148, 224; M.-F. COURRIOL, *Reception of War Propaganda*, 2015, S. 7.

[*lavoratori*].«¹⁹⁰ Genau ein Jahr zuvor hatte schon *Il Popolo* in Rom zahlreiche Frauen sämtlicher Schichten in die DC-Sektionen strömen sehen: »Es sind Mütter, Ehefrauen, Schwestern der Kriegsgefallenen oder Opfer der faschistischen Barbareien, von Intellektuellen, von Arbeitern, die sich schon der Rückeroberung [*riscossa*] verschrieben haben. Sie rufen ihre Schwestern, damit sie kommen, um die Reihen der Militanten für die demokratisch-christliche Idee zu stärken.« Im Sitz des römischen Parteiverbands im Corso Umberto konnten die Römerinnen täglich zwischen 10 und 12 Uhr und zwischen 16 und 18 Uhr der Partei beitreten und »stets bereitwillige Frauen finden, die sie wie Schwestern aufnehmen und alle Fragen beantworten und Arbeitsanleitungen geben werden, die dazu dienen, die weiblichen Energien in das große Heer der christlichen Wiederauferstehung des Vaterlands einzugliedern.«¹⁹¹

Das Pathos und der schillernde, eigentlich von der Arbeiterbewegung besetzte Begriff der »Rückeroberung« (*riscossa*) zeigten an, worum es den Christdemokraten wie ihren linken Konkurrenten ging: das Erbe der faschistischen Massenrekrutierung anzutreten. Dabei stilisierten sie die Italiener zu einem organisationswütigen, von Wiederaufbauwillen beseelten Volk und ihre Parteiverbände zu schichtenübergreifenden lokalen Treffpunkten. *Il Popolo* lockte die Römer Jugendlichen 1944 mit dem »Spektakel einer intensiven und blühenden Aktivität« in die Jugendsektionen der DC. »Die Einschreibungen halten in großer Zahl an, nicht nur von Elementen, die bereits im Partito Popolare tätig waren, sondern von neuen Kräften, die allen sozialen Kategorien angehören.«¹⁹² Und Palmiro Togliatti erläuterte seinen Genossen im September 1946, der Faschismus habe bei den Massen ein Bedürfnis nach Zugehörigkeit zu großen Organisationen hinterlassen, das stärker sei als in Ländern ohne faschistische Vergangenheit.¹⁹³ Neue Massenorganisationen müssten jene des Faschismus beerben, und er dachte dabei vor allem an seine eigenen.

Togliatti war schon in den 1930er Jahren fasziniert vom Erfolg des *Dopolavoro* gewesen.¹⁹⁴ Sein im Moskauer Exil entwickelter Plan, von einer elitären Kaderpartei zu einer »Massenpartei« zu wachsen und auf diesem Weg die gesellschaftliche Hegemonie zu erringen, beruhte nicht nur auf den Gedanken Antonio Gramscis, sondern war auch am faschistischen Vorbild geschult. Er goss ihn in das Konzept des *partito nuovo*, der »neuen Partei«. Im Süden wie im Norden des Landes sollte sie die durch Faschismus und Krieg aktivierten »Massen« sammeln und von ihren »reaktionären« Ketten befreien, dabei aber weniger auf Ideologie als auf konkrete, konstruktive »Politik« setzen – das meinte Togliatti, wenn er den *partito nuovo* als einen »politischen« Organismus verstanden wissen

¹⁹⁰ Reclutare organizzare costruire il Partito, in: LA LOTTA, 2.6.1945.

¹⁹¹ L'organizzazione femminile, in: IL POPOLO, 8.6.1944.

¹⁹² Affluenza di giovani nella Democrazia cristiana, in: IL POPOLO, 8.6.1944.

¹⁹³ P. TOGLIATTI, *Politica nazionale e Emilia rossa*, 1974, S. 58 f.

¹⁹⁴ P. TOGLIATTI, *Corso sugli avversari*, 2010, S. 106–108.

wollte, und nicht als einen »propagandistischen«. ¹⁹⁵ Die »neue Partei« Togliattis beruhte auf den Überlegungen Gramscis zur Spezifik der italienischen Gesellschaft und sollte sich dezidiert national aufstellen, in die Mittelschichten hineinwachsen und nord- und süditalienische »Massen« durch die gemeinsame Ausrichtung auf die Veränderung ihrer soziökonomischen Position integrieren. Sie nannte sich Partito Comunista Italiano (Italienische Kommunistische Partei) anstatt Partito comunista d'Italia, um den nationalen Kurs zu verdeutlichen. ¹⁹⁶

Zwar präsentierte sich der PCI als Organisation, die nicht jedem vorbehaltlos ihre Türen öffnete, sondern die Mitgliedsaspiranten streng auf ihre moralische Integrität und ehrlichen Absichten prüfte. Faktisch lockerten sich im *partito nuovo* aber die Zugangskontrollen im Vergleich zur alten revolutionären Kaderpartei beträchtlich. Selbst Ex-Mitglieder des PNF gelangten so in den PCI; lediglich Kämpfer aus den Reihen der Republik von Salò waren ausgeschlossen. ¹⁹⁷ Mit seinem Willen zur Massenpartei näherte sich der PCI in Zentralitalien und namentlich in Bologna tatsächlich der sozialen Stratifikation der Bevölkerung an und gewann hier nicht nur viele Mitglieder aus den Mittelschichten, sondern besaß auch eine weibliche Mitgliederquote von 30 Prozent. Im Süden hingegen waren Arbeiter in der Partei deutlich überrepräsentiert, Hausfrauen indes unterrepräsentiert. Der hier von Togliatti als gescheitert bezeichnete Versuch, in die Mittelschichten vorzudringen, war aber in Apulien noch am erfolgreichsten. ¹⁹⁸

¹⁹⁵ Vgl. F. DE Felice, Togliatti, 1977, S. 41, Zitate S. 44 u. S. 99 f., Fn. 26; C. C. GATZKA, Der »neue Mensch«, 2012, S. 148–151; für einen ausgezeichneten Überblick vgl. G. GOZZINI, *Democrazia dei partiti*, 2007.

¹⁹⁶ Il Partito Comunista è un partito profondamente democratico, in: LA LOTTA, 15.12.1945; F. DE Felice, Togliatti, 1977, S. 44. Zur »neuen Partei« und zur Gramsci-Rezeption vgl. T. KROLL, *Kommunistische Intellektuelle*, 2007, S. 428–434, 464–474; S. GUNDLE, *Legacy*, 1995.

¹⁹⁷ Reclutare organizzare costruire il Partito, in: LA LOTTA, 2.6.1945. Vgl. E. AGA-ROSSI/V. ZASLAVSKY, Togliatti e Stalin, 1997, S. 81 f.

¹⁹⁸ Zudem waren hier auch die Landarbeiter (*braccianti*) aufgrund der merkantilistischen Traditionen Apuliens seit dem 19. Jahrhundert kapitalistisch orientiert. Vgl. F. DE FELICE, Togliatti, 1977, S. 46, 57, 64, 66 f., 68 f.; G. GOZZINI, *Democrazia dei partiti*, 2007, S. 295.

	Mitgliederzahlen der größten Parteien			
	Italien		Westdeutschland	
	PCI	DC	SPD	CDU
1944	502 000			
1945	1 770 000	538 000		
1946	2 068 000	603 000	711 000	
1947	2 252 000	791 000	875 000	
1948	2 115 000	1 095 000	847 000	360 000
1949	2 027 000	766 000	736 000	
1950	2 112 600	883 000	685 000	
1951	2 098 000	917 000	650 000	
1952	2 094 000	955 000	620 000	210 000

Tab. 1. Quellen: G. POGGI, *Organizzazione partitica*, 1968, S. 328, 390; *Handbuch zur Statistik II*, 2005, S. 95–97; *Handbuch zur Statistik IV*, 2005, S. 130 f. Leere Felder: keine Angabe möglich; fette Felder: Höchststand.

Wenn die beiden großen italienischen Parteien am Vorabend der ersten Parlamentswahlen zusammen über drei Millionen Mitglieder zählten (Tab. 1), wobei die nach Millionen zählenden Vorfeldorganisationen noch gar nicht eingerechnet waren, so beruhte das zunächst einmal auf dem Glauben, dass das faschistische Prinzip der Massenorganisation das Signum auch der demokratischen Zukunft darstelle.¹⁹⁹ Nicht nur bei Kommunisten, auch bei den Katholiken war diese Überzeugung seit den 1920er Jahren gewachsen. Die Herausforderung durch die faschistischen Massenorganisationen hatte die katholische Kirche gezwungen, sich organisatorisch zu modernisieren, um auf dem politischen Massenmarkt konkurrieren zu können. Unter Pius XI. hatte sie im Regime ihre Laienorganisation *Azione Cattolica* zur Massenorganisation ausgebaut.²⁰⁰ In den 1940er Jahren öffnete sie sich der Massenkultur und dem Freizeitkonsum; der neue Papst Pius XII. wurde zum Medienstar und seine Kirche zum Hort des Breitensports.²⁰¹ Diese Initiativen zielten auf die Rückeroberung der Italiener und mittelfristig auf die Errichtung einer »christlichen Zivilisation« (*Civiltà cristiana*) als Antwort auf die diagnostizierte Krise der Moderne, als deren Höhepunkt der Krieg angesehen wurde. Mit einer Stärkung der religiösen Identität und der katholischen Präsenz im sozialen Bereich wollten die kirchlichen Hierarchien die geistige, moralische

¹⁹⁹ Vgl. F. TRANIELLO, *Stato e partiti*, 1979; A. VENTRONE, *Cittadinanza*, 2008, S. 115–121; S. LANARO, *Storia dell'Italia repubblicana*, 2007 [1992], S. 54 f.; G. PARLATO, *Fascisti senza Mussolini*, 2006, S. 18–29; P. SCOPPOLA, *Repubblica dei partiti*, 1997, S. 76 f.

²⁰⁰ Vgl. F. TRANIELLO, *Political Catholicism*, 1993, S. 29 f.; M. SALVATI, *Corporatism*, 2006, S. 242; P. GAIOTTI DE BIASE, *Impact*, 1993, S. 226–228; F. DE GIORGI, *Linguaggi militari*, 2002; S. GUNDLE, *Aftermath*, 2013, S. 244; für einen Überblick vgl. K. GROSSE KRACHT, *Stunde der Laien?*, 2016, S. 71–102.

²⁰¹ Vgl. O. LOGAN, *Pius XII.*, 1998; D. FORGACS/S. GUNDLE *Mass Culture*, 2007, S. 252.

und soziale Führerschaft wiedergewinnen, die sie im Zuge der italienischen Staatsbildung verloren hatten.²⁰²

Alcide De Gasperi stand als Führer der DC diesem Ziel sowie der Form der Massenpartei skeptisch gegenüber, doch er beugte sich dem Willen des Vatikan, weil er wusste, dass er auf die Massenbasis der Kirche nicht verzichten konnte.²⁰³ Die vereinbarte Arbeitsteilung zwischen Partei und Kirche legte die Massenarbeit und die Elitenrekrutierung vor Ort in die Hände der Azione Cattolica, während die Partei im Gegenzug in weitgehender Unabhängigkeit vom Vatikan der parlamentarischen Arbeit und den Regierungsgeschäften nachgehen sollte. Mit dieser Vereinbarung sicherte De Gasperi seiner Regierung die politische Autonomie, besiegelte jedoch das lokale Gepräge der DC als einer Gemeinschaft aus Gläubigen mit festen Wurzeln im katholischen Milieu, das wiederum von Bistum zu Bistum und von Region zu Region stark variierte. So war die DC von unten besehen tatsächlich (und weitaus stärker noch als die CDU) eine »Partei der Katholiken« (Vera Capperucci), die sich dem *interclassismo* verschrieb, politisch heterogen war und auf ihren lokalen Wurzeln beharrte, die zunächst genau anti-zentralstaatlich ausgerichtet waren.²⁰⁴

Es war dieser Hintergrund, vor dem sich die antifaschistischen Kräfte 1944 im Geiste der nationalen Einheit organisatorisch zusammenfanden, um die Italiener nach der Auflösung der faschistischen Massenorganisationen regelrecht aufzufangen. Der Fronte della Gioventù etwa war eine überparteiliche Jugendorganisation der Resistenza-Akteure, die den knapp 9 Millionen Kindern und Jugendlichen, die in der faschistischen GIL organisiert gewesen waren, eine neue organisatorische Heimat gab.²⁰⁵ Ähnliches galt für die Freizeitorganisation Ente Nazionale Assistenza Lavoratori (ENAL), die eine direkte Nachfolgeorganisation des Dopolavoro darstellte, und für die UDI, eine linke Gründung, die zunächst auch um die katholischen Frauen buhlte. Die 1944 gegründete Arbeiterkultureinrichtung Associazioni Cristiane Lavoratori Italiani (ACLI) wiederum ging auf die direkte Initiative der katholischen Kirche zurück und galt anfangs, im Zuge des »Paktes gewerkschaftlicher Einheit« zwischen Christdemokraten, Kommunisten und Sozialisten, ebenfalls als überparteiliche Organisation. Erst 1947/48, als Ministerpräsident Alcide De Gasperi Kommunisten und Sozialisten aus der Regierung geworfen hatte, verloren die Organisationen diese überparteiliche Qualität.²⁰⁶

²⁰² Vgl. G. FORMIGONI, *Gioventù cattolica maschile*, 1988, S. 240 f.; P. CAVALLO, *Italiani in guerra*, 1997, S. 349–353; F. TRANIELLO, *Political Catholicism*, 1993, S. 42 f.; DERS., *Christliche Kultur*, 2006, S. 167–170.

²⁰³ Vgl. P. ALLUM, »From two into one«, 1997, S. 27 f.; F. TRANIELLO, *Political Catholicism*, 1993, S. 46.

²⁰⁴ Vgl. V. CAPPERUCCI, *Il partito dei cattolici*, 2010, S. 191 f., 660 f.; R. FORLENZA, *Party for the Mezzogiorno*, 2010, S. 334.

²⁰⁵ Vgl. P. DOGLIANI, *Anno Primo*, 2007, S. 50; M. RIDOLFI, *Giovani*, 2011, S. 288 f.

²⁰⁶ Domani De Nicola firmerà il decreto per la convocazione dei comizi, in: *LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO*, 7.2.1948.

Eine zweite Lehre aus dem Faschismus vereinte Kommunisten und Katholiken ebenfalls. Das Land und insbesondere Jugendliche und Frauen bedurften aus ihrer Perspektive einer moralischen Erneuerung und einer demokratischen Erziehung, und ihre Massenorganisationen sollten diese Aufgaben übernehmen.²⁰⁷ Wie die Faschisten den »neue Menschen« hatten schaffen wollen, sollten katholische Propagandisten nun die Menschen »neu erschaffen« und kommunistische Genossen an der Transformation des Selbst arbeiten. Während Erstere sich »mit Würde und Liebe«, Geduld und Einfühlungsvermögen für die Charakterbildung der Italiener einsetzen wollten, bevorzugte der PCI eher die moralische Verbesserung durch Rationalität, strenge theoretische Schulung, Arbeit und biographische Selbstreflexion.²⁰⁸ Bei allen Unterschieden im Detail vereinte diese Strategien ein christlich inspiriertes »integrales« Konzept des Menschen²⁰⁹, das die klassisch-liberale Trennung zwischen einer öffentlich-politischen und einer privat-moralischen Sphäre im Grunde nicht zuließ und daher offen war für die Moralisierung von Politik und die Politisierung individueller Moral. Die katholischen Laien setzten damit eine Praxis fort, die sie im Regime eingeübt hatten, nachdem das Konkordat von 1929 sie auf das Aktionsfeld außerhalb der Politik festgelegt hatte und sie daraus ihren Zuständigkeitsanspruch für alles ableiteten, was den »Schutz des religiösen und moralischen Bewusstseins der Seelen« betraf.²¹⁰ Fragen der Erziehung, des Schulwesens, der Familie, der Sozialpolitik und der »öffentlichen Moralität« (*moralità pubblica*), die ihnen im Zuge der italienischen Staatsbildung entglitten waren, verstanden sie auch nach 1945 als ihre ureigenen Felder.²¹¹ So rechtfertigte die Kirche den massiven Einsatz der Pfarrer im Wahlkampf für die DC auch mit dem Argument, er habe »nicht Politik, sondern Moral« zum Gegenstand.²¹²

Die integralistische Optik der Katholiken, wonach sich der politische Mensch auch in moralischen Qualitäten zeigte, übertrugen sie nicht erst im Kalten Krieg, sondern schon seit 1946 auch auf ihre größten Konkurrenten. Die italienischen Bischöfe entwarfen den PCI wie ihre eigene Kirche als »totale« Organisationen. Demnach bedeutete die Zugehörigkeit zu Kirche *oder* PCI die vollständige Identifikation mit den ihnen zugeschriebenen Werten und Normen, die einander reziprok ausschlossen: Wer Kommunist war, konnte es nur

²⁰⁷ Vgl. S. CAVAZZA, *Transizione difficile*, 2001, S. 463; A. BARAVELLI, *Giovani e donne*, 2007, insb. S. 158; P. DOGLIANI, *Anno Primo*, 2007, S. 48; F. DE GIORGI, *Cattolici*, 2007.

²⁰⁸ Zit. n. A. VENTRONE, *Cittadinanza*, 2008, S. 188. Vgl. M. BOARELLI, *Fabbrica del passato*, 2007, S. 29–34, 195; S. BELLASSAI, *Mascolinità*, 2000, S. 273 f.; S. LUPO, *Partito e antipartito*, 2004, S. 65, 72. Zur Kontinuität des Mythos vom »neuen Menschen« in der Resistenza vgl. F. MEYER, *Mythos der Erneuerung*, 2002, S. 162 f.

²⁰⁹ Vgl. S. CAVAZZA, *Transizione difficile*, 2001, S. 448.

²¹⁰ So der spätere DC-Politiker Guido Gonella im Jahr 1931 in der katholischen Zeitschrift *Studium*, zit. n. E. PREZIOSI, *Guido Gonella*, S. 170.

²¹¹ Vgl. ebd., S. 172; F. TRANIELLO, *Political Catholicism*, 1993, S. 41.

²¹² Anche Don Schiassi denunciato dai comunisti, in: *L'AVVENIRE D'ITALIA*, 22.5.1953.

als ganze Person sein, und war damit selbstredend kein guter Katholik mehr.²¹³ Da sich diese Werte und Normen aber in der Praxis äußerst ähnlich waren und es deshalb für viele PCI-Genossen vereinbar war, in der Partei zu sein und Katholik zu bleiben, griff Pius XII. 1949 zu der radikalen Maßnahme, die italienischen Kommunisten zu exkommunizieren. Der PCI erfand daraufhin alternative, zivile Passageriten und antwortete seinerseits, das ganzheitliche Konzept adaptierend, mit einem rigiden moralischen Wertekanon, auf die er seine Mitglieder zu verpflichten suchte.²¹⁴ In Norm wie Praxis unterschieden sich die Tugenden kommunistischer Moralität – Anstand, Arbeitsethos, Strebsamkeit, Disziplin, Treue, Monogamie – kaum von den katholischen; der grundsätzlichs-te Unterschied war vielleicht die Option auf Ehescheidung, die der PCI verfocht. Auch blieben viele Kommunisten über 1949 hinaus streng gläubig.²¹⁵

Angesichts solch tiefgreifender Ansprüche, mit denen Katholiken und Kommunisten die postfaschistischen Italiener integrieren und erziehen wollten, überrascht es nicht, dass viele skeptische Stimmen offen auf die Parallelen zum Faschismus hinwiesen.²¹⁶ Gerade im Mezzogiorno konnten die neuen Parteien wie einst der PNF als Kolonisierungsinstrumente des Nordens gedeutet werden.²¹⁷ Die beständigen Klagen des PCI über die organisatorischen Defizite und Disziplinprobleme, den »settarismo« und die hohe Fluktuation, das Abwechseln von spontan ausbrechendem Aufruhr und politischer »Passivität« im Mezzogiorno waren im Grunde Teil dieses fortgesetzten Kolonisierungsversuchs des Nordens mit seiner rationalen Organisationslogik.²¹⁸ Dennoch ist die Tendenz im Mezzogiorno, personale und familiäre Bindungen den rationalen Bindungen vorzuziehen, sicherlich kaum zu leugnen und vor den politischen und ökonomischen Traditionen plausibel, die Piero Bevilacqua anschaulich beschrieben hat.²¹⁹ Wo bereits die Subkulturen des liberalen Italien, die Pfarrestrukturen der Kirche und dann im Faschismus der *Dopolavoro* und die Frau-*enorganisationen* des PNF weniger Zugkraft entwickelt hatten, blieben auch die

²¹³ Vgl. A. ACERBI, *Problema dei giovani*, 1988, S. 49; R. MORO, Togliatti, 2007, S. 348.

²¹⁴ Vgl. D. I. KERTZER, *Comrades and Christians*, 1980, S. 133–145; S. BELLASSAI, *Morale comunista*, 2000.

²¹⁵ Vgl. R. MORO, Togliatti, 2007, insb. S. 356–365; C. C. Gatzka, *Der »neue Mensch«*, 2012; M. CASALINI, *Famiglie comuniste*, 2010.

²¹⁶ Vgl. F. DE Giorgi, *Cattolici*, 2007, S. 179 f.; M.-F. COURRIOL, *Reception of War Propaganda*, 2015, S. 6 f.; L. PAGGI, *Il »popolo dei morti«*, 2009, S. 17–20.

²¹⁷ Vgl. A. M. Imbriani, *Vento del Sud*, 1996, S. 52, 55 f., 61–64, 104–107, 203–205.

²¹⁸ *Le nostre deficienze*, in: LA LOTTA, 12.1.1946; M. MAGNO, *Puglia*, 1988, S. 12; G. CALANDRONE, *Comunista in Sicilia*, 1972; zu Bari vgl. L. MASELLA, *Appunti*, 1977, S. 161; umfassend F. DE Felice, Togliatti, 1977. Die Forschung hat die Beschreibungen der norditalienischen PCI-Funktionäre oft kritiklos übernommen: I. MANCINO, *Ricostruzione*, 1977, S. 133–135; P. ALLUM, *Politics and Society*, 1973. Zur Kritik an Essentialisierungen des Südens vgl. M. BORUTTA/F. LEMMES, *Wiederkehr des Mittelmeerraumes*, 2013, S. 407 f.; M. BAUMEISTER, *Diesseits von Afrika?*, 2007.

²¹⁹ P. BEVILACQUA, *Breve storia dell'Italia meridionale*, 2005, S. 68 f., 119–127; vgl. auch A. LEPRE, *Feudalstrukturen*, 1988, S. 311.

Vorfeldorganisationen der antifaschistischen Parteien, ihre Parteiverbände und die *Azione Cattolica* nach 1945 relativ schwach.²²⁰

Hier existierte eine Parteiensekspis, die sich selbst ein politisches Sprachrohr schuf. Mit dem *Fronte dell'Uomo qualunque* bildete sich eine vor allem im Süden erfolgreiche Bewegung, deren Kernthema die Parteienkritik darstellte. Sie war nicht ›rechts‹ im klassischen Sinne, sondern stellte der antifaschistischen Koalition ein alternatives Konzept von Demokratie entgegen, das dem ›einfachen Bürger‹ mehr Vernunft und Moral zuschrieb als dem Parteipolitiker.²²¹ Im Wahlkreis Bari-Foggia erhielt sie bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung 1946 mit 38 500 Stimmen die deutliche Mehrheit, gegenüber gut 24 500 für die DC und zusammen gut 18 000 Stimmen für PSI und PCI.²²² Auch wenn sich der *Uomo Qualunque* bald wieder auflöste, blieb die ihn tragende Haltung gegenüber Parteipolitik in weiten Kreisen der italienischen Gesellschaft existent, nicht nur im Süden.

Trotz der beträchtlichen Mitgliederzahlen der neuen Parteien spricht wenig dafür, dass die Italiener nach Ende des Regimes nur darauf warteten, sich neuerlich erziehen zu lassen. Das zeigte sich gerade mit Blick auf die Jugendlichen. Der Bologneser PCI hatte schon 1948 beträchtliche Schwierigkeiten, an die Arbeiterjugend und an die weibliche Jugend heranzukommen. Gerade in den Betriebszellen war die Jugendarbeit defizitär; die Bereitschaft zur »Politisierung« der jungen Arbeiter galt, anders noch als 1943, als schwach ausgeprägt. Der *Fronte della Gioventù* schrumpfte in Bologna 1948 von 15 000 auf 10 000 Mitglieder.²²³ Auch katholische Priester, die in der Jugendarbeit tätig waren, diagnostizierten in den frühen 1950er Jahren ein verbreitetes Misstrauen, fehlenden Enthusiasmus und eine »Verwahrlosung« der jungen Italiener, die sie dem fehlenden Einfluss der Familie und der zunehmenden Amerikanisierung von Kultur und Freizeitleben zuschrieben.²²⁴ Doch charakteristisch für die junge italienische Republik war, dass solche Probleme keinen Eingang in die politische Kommunikation fanden. Die Attraktivität der Parteimitgliedschaft wurde die 1950er Jahre hindurch immer wieder von PCI und DC öffentlich suggeriert und ventiliert, während die tatsächliche Situation häufig schon anders aussah.²²⁵

²²⁰ Vgl. G. BARONE, *Stato e Mezzogiorno*, 1994, S. 321; P. BORZOMATI, *Movimento cattolico*, 1981, insb. S. 123 f. Quasi inexistent war die *Azione Cattolica* in der Basilikata, in Kalabrien und auf Sizilien, vgl. A. GIOVAGNOLI, *Azione Cattolica*, 1988, S. 141 f.; D. FORGACS/S. GUNDLE, *Mass Culture*, 2007, S. 247. Den Einfluss katholischer Frauenorganisationen für die Abkehr von traditionellen Frauenrollen auch im Mezzogiorno betont hingegen P. GAIOTTI DE BIASE, *Impact*, 1993, S. 227.

²²¹ Vgl. P. CORDUWENER, *Challenging Parties*, 2017, insb. S. 76.

²²² I risultati elettorali per la circoscrizione Bari-Foggia, in: *LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO*, 6.6.1946.

²²³ Verbale del Comitato Esecutivo [PCI Bologna], 22.10.1948, Bl. 1, 4, Zahlen: Bl. 6. FGER, PCI-BO, CE, 1948, b. 1, fasc. 1.

²²⁴ Vgl. A. GIOVAGNOLI, *Azione Cattolica*, 1988, S. 129–131.

²²⁵ Siehe etwa: *Giornate napoletane*, in: *IL POPOLO*, 14.4.1958.

Nichtsdestotrotz sind die Organisationserfolge der antifaschistischen Parteien beachtlich, und das auch unter Jugendlichen und auch im Mezzogiorno.²²⁶ Zwischen 1944 und 1947 verdoppelte der PCI hier seine Mitgliedszahlen von knapp 217 000 auf gut 460 000, wobei die regionalen Unterschiede signifikant waren. Am stärksten organisiert war die Partei in Apulien, in Städten und Provinzen, und in Kampanien mit einem Schwerpunkt in Neapel.²²⁷ Glaubt man einem kommunistischen Beobachter, füllten sich im Apulien der frühen Nachkriegsjahre allabendlich die Sektionsitze der Partei, die Gewerkschaftssitze und Plätze der Ortschaften mit Männern, die leidenschaftlich über Politik, den Krieg, die Geplänkel der lokalen Parteiführer oder über gewerkschaftliche Fragen diskutierten.²²⁸ Allerdings fiel es den PCI-Organisationsfunktionären schwer, die Entwicklung im Süden nicht am nord- und mittelitalienischen Niveau zu messen. So berichtete Pietro Secchia dem V. Parteikongress zur Jahreswende 1945/46 von den Verhältnissen, die den Mezzogiorno nur blass aussehen lassen konnten: Während in der Emilia 9,3 Prozent und in der Toskana 7,7 Prozent der Bevölkerung das PCI-Parteibuch besaßen, waren es in Apulien nur 2,3 und in Kampanien 1,7. Damit bewegten sich die süditalienischen Zahlen aber über westdeutschem Organisierungsniveau der politischen Linken!²²⁹

Wie im Faschismus waren es in erster Linie soziale Ermöglichungsstrukturen, die Italiener veranlassten, einer Partei beizutreten.²³⁰ Daraus ergab sich, dass die Mitgliedschaft attraktiver war, wo die Parteien ihre Infrastrukturen nach Kriegsende rasch ausbauen beziehungsweise auf Infrastrukturen der Kirche und Laienorganisationen zurückgreifen konnten: also in nord- und mittelitalienischen Regionen. Zum einen fungierten die Politik der *concretezza* und das Versprechen demokratischer Mitsprache als Anreizsysteme, boten sie doch rasche und unbürokratische Lösung für konkrete Probleme.²³¹ Zum anderen hatten die Parteien durch ihre kommunalpolitische und nationale Verantwortung alsbald auch bares Geld zu bieten. Das galt insbesondere für die DC, die ihre 1948 explodierende Mitgliederzahl zwar sicherlich der drohenden kommunistisch-sozialistischen Machtübernahme bei den ersten Parlamentswahlen verdankte, deren Mitgliederentwicklung der 1950er und 1960er aber andere Ursachen hatte. Ihr kontinuierlicher Aufstieg zur größten Mitgliederpartei des Landes spiegelte ihre Etablierung als erfolgreiche Staatspartei, die den öffentlichen

²²⁶ Vgl. S. CAVAZZA, *Transizione difficile*, 2001, S. 427 f.; F. MAGGI ILARIO, *Diario*, 1987, S. 55; S. LUNADEI/L. MOTTI, *A scuola di politica*, 2006, S. 142; S. GENTILE, *Origini*, 1977. Zu Bologna vgl. D. I. Kertzer, *Comrades and Christians*, 1980, S. 45.

²²⁷ F. DE Felice, *Togliatti*, 1977, S. 45 f. Zu den rasch steigenden Mitgliederzahlen in Bari siehe: *Lo sviluppo del partito dal 1921 al 1956*, in: *Il Dibattito. Numero speciale per il Congresso*, 25.11.1956; vgl. R. FORLENZA, *L'Italia dei comuni*, 2007, S. 74 u. Anm. 63; S. LUPU, *Partito e antipartito*, 2004, S. 80 f.

²²⁸ M. MAGNO, *Puglia*, 1988, S. 22.

²²⁹ F. DE Felice, *Togliatti*, 1977, S. 46.

²³⁰ Vgl. E. AGA-Rossi/V. SZASLAVSKY, *Togliatti e Stalin*, 2007, S. 80 f.

²³¹ Vgl. A. VENTRONE, *Cittadinanza*, 2008, insb S. 198; E. GUERRA, *Modelli sociali*, 1999.

Sektor (Enti pubblici) kontrollierte und damit Arbeitsplätze zu vergeben hatte. Parteifreunden, deren Verwandten und Freunden »Empfehlungsschreiben« (*raccomandazioni*) auszustellen, gehörte zum Alltagsgeschäft lokaler DC-Vorsitzender. In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre gab der nationale Organisationssekretär dafür eigene Briefmuster heraus und professionalisierte so die Verwaltung der Arbeitsgesuche.²³²

Der PCI indes lockte, wenn nicht mit seiner Gewerkschaft CGIL, dann als sogenannte territoriale Organisation mit Freizeitaktivitäten im Wohnviertel wie in der kleineren Gemeinde. In den kommunistischen Sektionssitzen und Volkshäusern, den Case del Popolo, wurde zwar auch politisch-ideologische Schulung und Alphabetisierung betrieben; der PCI trieb seine Genossen und Sympathisanten dazu an, die neu eingerichteten Bibliotheken zu nutzen, um persönlich »zu wachsen« (*accrescere*).²³³ Im Zentrum standen jedoch rekreative und massenmediale Funktionen, wie sie die faschistischen Parteisektionen aufgewiesen hatten. Bars und Tanzsäle, Sportmöglichkeiten und Kinoklubs machten die kommunistische Infrastruktur attraktiv; solche Angebote dienten ganz bewusst der Werbung neuer Mitglieder. Gerade unter Jugendlichen, so war im Bologneser PCI-Führungsgremium zu vernehmen, entfalteten nicht die »alten« Methoden der »politischen« Versammlungen Anziehungskraft, sondern Angebote, die dem zeitspezifischen Bedürfnis nach »Zerstreuung« (*svago*) und sportlicher Betätigung entgegenkamen.²³⁴ Auch die Case del Popolo übten große Anziehungskraft auf Jugendliche aus, weil sie im Grunde die einzigen geschlechterübergreifenden Freizeiteinrichtungen der italienischen Nachkriegsstadt darstellten. Daneben sorgten Parteifeste, insbesondere die Feste zu Ehren des Parteiblattes, die »Feste dell'Unità«, zunächst auf Stadtebene, später auch als Stadtfeste regelmäßig für Anlass zu Ausgelassenheit und gutem Essen. Solche kommunistischen Angebote konkurrierten mit der katholischen und christdemokratischen Festkultur sowie mit den Angeboten der katholischen Vorfelddorganisationen, die mit Breitensport und (moralisch zensierten) Kinovorführungen aufwarteten, aber sich gegenüber dem Tanz und geschlechtergemischten Aktivitäten verschlossen zeigten.²³⁵ So lockte die postfaschistische Stadt mit sozialen und kulturellen Angeboten zweier politischer Lager, die sich vorgenommen hatten, in sozialer, kultureller und organisatorischer Hinsicht das Erbe des Faschismus anzutreten.

²³² Beispiele für Empfehlungsschreiben siehe in: ASBO, DC, CR, Carteggio e atti 3, Fasz. »Com. Prov. Ferrara 1949«. Zum Briefmuster: Domenico Magri an caro amico [Briefmuster], o. D. [ca. 1958]. ILS, DC, SP, Atti dei segretari, Sc. 50, fasc. 67.

²³³ I compagni debbono leggere, in: LA LOTTA, 8.12.1945.

²³⁴ Verbale del Comitato esecutivo [PCI Bologna], 10.6.1949, Bl. 4. FGER, PCI-BO, CE, 1949, b. 1, fasc. 2. Vgl. D. FORGACS/S. GUNDLE, *Mass Culture*, 2007, S. 266; C. NICOLETTI, *La vita in rosso*, 2009; S. BELLASSAL, *Mascolinità*, 2000, S. 294 f.

²³⁵ Vgl. L. CAIMI, *Popolo e educazione cristiana*, 1988, S. 219, 227 f., 230 f.; S. GUNDLE/D. FORGACS, *Mass Culture*, 2007, S. 240 f., 250–266; M. RIDOLFI, *La politica della festa*, 1997. Zu den Feste dell'Unità vgl. ausführlich A. TONELLI, *Falce e tortello*, 2012; F. CALÈ, *Popolo in festa*, 2011.

Nachkriegsentfremdung. Parteien und Westdeutsche

So wie die Rekrutierungserfolge in Italien Produkt einer im Grunde optimistischen Deutung postfaschistischer Organisationswilligkeit waren, prägte die westdeutsche Entwicklung eine grundsätzlich pessimistische Haltung, die ihre Schatten voraus warf. Was Helmut Schelsky in den 1950er Jahren soziologisch untersuchte: die Abwendung der 1945er von parteipolitischen Großverbänden Weimarer und nationalsozialistischer Prägung²³⁶, wurde im Umfeld der Kirchen und namentlich unter Antifaschisten schon unmittelbar nach Kriegsende systematisch herbeigeredet. Im norddeutschen konservativen Lager brachte Pastor Hans Christian Asmussen, einst im Widerstand aktiv, Ende 1945 die evangelische Haltung zum Ausdruck:

Noch immer glauben Millionen von Menschen, Gemeinschaft unter Menschen schaffen und halten zu können, indem man diejenigen, welche gleicher Weltanschauung sind, zusammenfasst. Das nennt man dann eine Partei. Für Deutschland dürfte dieser Weg keine Zukunft mehr haben, nachdem er auf politischem Gebiete seine Erfüllung gefunden hat in der nationalsoz. Partei. Man kann sich nicht vorstellen, dass der Glaube einer Partei oder mehrere [sic] Parteien noch einmal unser Volk zusammenfassen wird, nachdem wir so zuschanden worden sind durch die letzte Partei und ihr ruhmloses Ende.²³⁷

Auch die in der katholischen Jugend Westfalens engagierte Christel Beilmann erinnerte sich an die Nachkriegszeit: »Schon der Begriff ›Partei‹ war im Bewusstsein junger Menschen, die eine Partei nur in der Perversion der NSDAP kennengelernt hatten, negativ besetzt.«²³⁸ Zwar galten die Katholiken in CDU-Kreisen aufgrund der Kulturkämpferfahrung als »politisch interessierter und besser vorgebildet«, »während der evangelische Christ eigentlich erst in den letztvergangenen Jahren vor eine politische Verantwortung gestellt worden ist«, wie Gustav Heinemann auf einer Wahlkundgebung 1949 in Heidelberg ausführte.²³⁹ Doch jenseits dieser konfessionellen Eigenheiten ergingen sich lokale CDU-Würdenträger, wie 1947 in Ulm, in allgemeinen Mahnungen an »die Verpflichtung aller christlichen Volkskreise [...], sich nicht von der Politik fernzuhalten, sondern in ihrem Sinne mitzuarbeiten, da Politik in jedem Fall schliesslich über unser aller Schicksal bestimmend ist.«²⁴⁰ Damit arbeiteten sie an der Konstruktion des

²³⁶ H. SCHELSKY, *Skeptische Generation*, 1957, S. 67.

²³⁷ So auf der Gründungstagung der Evangelischen Landeskirche Schleswig-Holsteins. Zit. n. A. BORUP, *Demokratisierungsprozesse*, 2010, S. 114. Zur antiparlamentarischen Haltung der evangelischen Kirche und evangelischer Theologen, die sich erst im Laufe der 1950er Jahre abschwächte, vgl. M. KLEIN, *Protestantismus*, 2007, S. 92, 94–96; A. DOERING-Manteuffel, *Wie westlich*, 1999, S. 103–118.

²³⁸ C. BEILMANN, *Jugend*, 1996, S. 59.

²³⁹ Rede von Oberbürgermeister Dr. Heinemann (Essen) auf der Großkundgebung der CDU/CSU am 21.7.1949 in Heidelberg, Bl. 5. ACDP 07–001–5002.

²⁴⁰ »Bezirkskonferenz der C.D.U., Kreis Ulm«, Anl. zu: Kinzler, Parteisekretär in der CDU-Kreis-

›unpolitischen‹ Deutschen mit, dem die NS-Erfahrung offenbar jeglichen Sinn für politisches Engagement ausgetrieben hatte – eine langlebige Deutung der Zeitgenossen, die Eingang in die historiographische Erzählung gefunden hat.²⁴¹

Auch Sozialdemokraten beteiligten sich rege an dieser Konstruktion, die immer auch Kritik politisch Aktiver an politisch Inaktiven war. So führte der Darmstädter SPD-Regierungspräsident Ludwig Bergsträsser Ende 1945 im hessischen Langen aus, er höre viele Deutsche sagen, sie seien einmal zu einer Partei gegangen und das sei ihnen schlecht bekommen, von Parteien solle man sich deshalb fernhalten, »das ist schlimmes Zeug«. Auf der Basis dieses Hörensagens wusste er daher klar zu unterscheiden zwischen denen, die »Anteil nehmen wollen an der Politik«, und jenen, »die sich in die Ecke stellen und sagen: Nein, das möchten wir nicht«. Wie viele seiner Gesinnungsgenossen verurteilte er Letztere zutiefst, nannte sie »feig« und erkannte darin gar eine deutsche Traditionen fehlender Zivilcourage, wobei er ausgerechnet Bismarck zitierte.²⁴² Zwei Jahre später attestierte die Linkssozialistin Irmgard Enderle ›den‹ Deutschen unumwunden »die Einstellung, daß einige ›Führer‹ dazu da sind, für sie alles zu machen, sie selber aber überhaupt nichts.« Solche Zuschreibungen von links blieben ebenso persistent wie jene aus dem christdemokratischen Lager: Die Figur des ›unpolitischen‹ Deutschen war eine parteiübergreifende Obsession jener, die in den Ortsvereinen und Kreisverbänden saßen.²⁴³

Das Interessante ist, dass die Mitgliederentwicklung in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine durchaus andere Deutung zuließ. Der Hamburger Sozialistischen Freien Gewerkschaft (SFG), der Vorläuferin der SPD, lagen schon wenige Wochen nach ihrer Gründung im Mai 1945 stattliche 50 000 Mitgliedschaftsanträge von Arbeitern und Angestellten vor. Ende 1948 hatte die SPD in der Hansestadt, trotz erfolgter Währungsreform, mit 55 000 Mitgliedern *mehr* Anhang als sie in den meisten Jahren der Weimarer Republik besessen hatte. In Hamburg stiegen die Mitgliederzahlen nach kurzem Einbruch mit der Währungsreform weiter an; und auch andernorts zeigte sich die SPD mit der Reorganisation in der Nachkriegszeit zufrieden.²⁴⁴

Christdemokraten hatten zunächst ebenso wenig zu klagen. So konnte Hermann Pünder die Gründungsversammlung der Münsteraner CDU im Oktober

geschäftsstelle [Ulm], an die Redaktion der Schwäbischen Donauzeitung Ulm/Donau, 5.5.1947. StAU, E 201 CDU, Nr. 1.

²⁴¹ Siehe etwa: Schröder fordert zur politischen Aktivität auf, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 2.6.1961.

²⁴² L. BERGSTRÄSSER, Befreiung, 1987, Dok. 1, 4.12.1945, S. 331 (Zitate), 339.

²⁴³ Irmgard Enderle (Köln) an Joseph und Erna Lang (New York), 2.4.1948, in: H. GREBING, Entscheidung, 1984, S. 89 f. Ähnlich: Herbert Becker, Distriktvorsitzender Hoheluft, an den Vorstand der SPD, LO Hamburg, Politische Abteilung, 3.7.1949. AdsD, NL Blachstein, Mp. 22; A. HANZ, Ein Leben, 1991, S. 122. Vgl. K. HANSHEW, Terror and Democracy, 2012, S. 74 f.

²⁴⁴ Protokoll über die Sitzung der Organisations-Kommission vom 24.7.1951, Bl. 6. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 223; W. TORMIN, Geschichte der SPD, 1994, S. 25; U. LOHALM, Arbeiterpartei, 1996, S. 91 f. Zur Oberpfalz vgl. D. Süß, Kumpel und Genossen, 2003, S. 58.

1945 als »großen Erfolg« bezeichnen, da trotz mangelhafter Werbemöglichkeiten 400 Personen erschienen waren.²⁴⁵ Den gut 30 Gründungsmitgliedern der Ulmer Christlich-Sozialen Volkspartei, die sich inzwischen in CDU umbenannt hatte, lagen sechs Wochen nach Gründung immerhin 92 neue Aufnahmegesuche vor. Darunter befanden sich lediglich drei einstige Pgs und ein ehemaliger Hitlerjunge; als Auffangbecken für einstige Nationalsozialisten ist die Ulmer CDU also mitnichten zu bezeichnen. Gemessen an den gut 30 000 Wahlberechtigten bewegte sich die Mobilisierungsquote freilich im Promillebereich. Doch eine Honoratiorenpartei war die Ulmer CDU keineswegs: Vom Metzger, Schmied und Bäckermeister über den Hilfsarbeiter, Straßenwärter, die Zeitungsträgerin und Verkäuferin bis hin zum Lehrer, Landwirt, Dorfpfarrer, Kaufmann, Beamten und der Prokuristin versammelte die neu gegründete Ulmer CDU Anfang 1946 im wahrsten Sinne des Wortes die gesamte soziale Breite der Stadt.²⁴⁶ Im Herbst konnte sie dann etwa 200 Parteifreunde, darunter 16 Sympathisanten ohne Parteibuch, zu ihrer ersten Kreiskonferenz einladen. 1947 waren es nur noch knapp 140, und mehrheitlich versammelten sich nun Bürgermeister und Landwirte aus dem Umland auf der Ulmer CDU-Kreiskonferenz. Hier hatte bereits ein sozialer Konzentrationsprozess eingesetzt.²⁴⁷

Zumindest retrospektiv bestätigten auch Frauen in Interviews, nach der BDM-Erfahrung das Bedürfnis gehabt zu haben, »irgendwo engagiert [zu] sein«, und deshalb ihren Weg zur Kirche oder Gewerkschaft gefunden zu haben.²⁴⁸ Reine Stilisierung war das wohl nicht, stellten doch auch Linkssozialisten in den 1940er Jahren fest, dass sich etwa die Volkshochschulen eines großen Zulaufs erfreuten, und bezogen dies gleich negativ auf sich: »weil die Massen was suchen, was außerhalb der Partei ist.«²⁴⁹ Dass die »skeptische« Jugend der Bundesrepublik ebenso wenig faktisch war wie die willige Jugend in Italien, haben Friedhelm Boll und Christine Krüger aufgezeigt. Deutsche Jugendliche waren in diversen kulturellen Zirkeln aktiv, die von den Alliierten gegründet worden waren, und verbanden die Tätigkeit in Freiwilligenverbänden durchaus mit Konzepten von Partizipation.²⁵⁰

²⁴⁵ H. PÜNDER, *Lebenserinnerungen*, 1968, S. 203.

²⁴⁶ Christlich-Demokratische Union SA 2793: Aufnahme-Antrag haben gestellt, Ulm, 13.2.1946. StAU, E 201 CDU, Nr. 1. Zur Zahl der Gründungsmitglieder siehe: Anwesenheitsliste. 1. Sitzung der Christlich-Sozialen Volkspartei, Ortsgruppe Ulm am 18. Dezember abends 19 Uhr im Franziskanerkloster Ulm. Ebd.

²⁴⁷ Einladungen zu der am Samstag, den 26. Oktober 1946 [...] stattfindenden Kreiskonferenz der CDU, 24.10.1946. Ebd.; Kinzler, Parteisekretär der CDU Kreisgeschäftsstelle Ulm, 28.10.1946 [Briefmuster]. Ebd.; CDU Kreisgeschäftsstelle Ulm: Einladungen zu der am Sonntag, den 2. Mai 1947 [...] stattfindenden Kreiskonferenz der CDU, o.V., o. D. Ebd.

²⁴⁸ N. MÖDING, »Ich muß irgendwo engagiert sein«, 1985; vgl. A. VON Plato, *Wege zur Nachkriegs-SPD*, 1989.

²⁴⁹ Irmgard Enderle (Bremen) an SAP-Freunde, 27.2.1947, in: H. GREBING, *Entscheidung*, 1984, S. 64.

²⁵⁰ Vgl. F. BOLL, *Suche*, 1995, S. 23; C. G. KRÜGER, *Dienstethos*, 2016.

Tatsächlich also legten die Westdeutschen nach dem Ende der nationalsozialistischen Organisationserfahrung durchaus ein organisatorisches »Suchverhalten« (Friedhelm Boll) an den Tag, das sie anfangs auch zu den Ortsvereinen und Ortsverbänden der neuen demokratischen Parteien zog.²⁵¹ Doch im Laufe der 1940er Jahre setzten offenbar Enttäuschungen ein: bei den Organisierten und potenziellen Mitgliedern wie bei den Funktionären. Den Mitgliederrückgang der SPD zwischen 1948 und 1954 um rund 400 000 Mitglieder allein mit der Währungsreform zu erklären, die Parteimitgliedschaft zeitweilig zu einem ernstzunehmenden Kostenfaktor in der Haushaltskasse machte, griffe dabei zu kurz. Denn die Beitragszahlungen ließen ohnehin zu wünschen übrig und wurden individuell an die soziale Lage angepasst. Es war ein Ursachenbündel, das die westdeutschen Parteien zunehmend unattraktiv machte.

Ein bekanntes, aber in seiner Wirkung auf den Organisationswillen gar nicht zu überschätzendes Problem ergab sich aus mangelnden Ressourcen und schwacher Professionalisierung, die vor allem die Union belasteten. Weil institutionalisierte Treffpunkte fehlten, musste sich die CDU vor Ort vorwiegend brieflich zusammenhalten. Wenn sich ein Ulmer Mitglied, Bankdirektor Paul Laepple, 1949 darüber beschwerte, dass er in der Straßenbahn zufällig von einer anstehenden CDU-Versammlung im Wirtshaus »Kasino« gehört hatte, aber wiederholt nicht eingeladen worden war, obwohl auf den Einladungsschreiben sein eigener Name unter den Veranstaltern erschien, zeigt das die Kommunikationsschwierigkeiten und die daraus wachsenden Frustrationen auf.²⁵² Noch 1960 traten CDU-Mitglieder mit solchen Argumenten aus der Partei aus: »Resümierend aus meiner über zwölfjährigen CDU Mitgliedschaft, kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass es hier nur um zahlende Mitläufer nicht aber um Mitarbeiter oder tätige Mitverantwortung geht.«²⁵³ Vieles an der lokalen Parteikorrespondenz in Hamburg erhellt, dass die CDU-Mitglieder nicht gerade den Eindruck hatten, dass die Partei ihr Engagement einforderte und honorierte.

Schwerer aber wog das Politikverständnis der Parteivertreter, wenn sie westdeutschen Stadtbewohnern die Mitgliedschaft in ihrer Organisation auf Dauer nicht recht schmackhaft machen konnten. Wenn die Hamburger SPD 1948 in einem Flugblatt um neue Mitglieder warb, erklärte sie, Zweck des Zusammenschlusses sei der »solidarische Befreiungskampf«, und dachte dabei offenbar an den weltgeschichtlichen Kampf gegen den Kapitalismus. Deshalb gelte es, »Hunderttausende« vom Parteieintritt zu überzeugen, denn »sie zur politischen Aktivität zu führen, ist ihr und unser Interesse und entscheidet über unsere gemeinsame Zukunft.« Das Nachkriegselend wurde zwar als *Movens* benannt, diente allerdings lediglich als Begründung, nun endlich der SPD den Weg zur

²⁵¹ Vgl. E. HOLTSMANN, *Lassalleaner*, 1990.

²⁵² Paul Laepple an das Sekretariat der CDU, Herrn Breiting (Ulm), 6.7.1949. StAU Ulm, E 201 CDU, Nr. 1. Zur lokalen Ressourcenarmut der jungen CDU vgl. F. BÖSCH, *Funktionäre*, 2004.

²⁵³ Adolf Bryjak an den CDU-KV Hamburg Nord, 28.3.1960. ACDP 02–155–005/3.

Großorganisation zu ebnen, auf dass sie »politische Macht« erhalte. Die Partei gedieh damit zu dem, was sie ausweislich dieses Pamphlets gerade nicht sein wollte: »Selbstzweck«. ²⁵⁴ Inwiefern sich seine konkrete Lebenslage verbesserte, wenn er in die SPD eintrat, konnte die Partei einem Hamburger im Jahre 1948 nicht erklären.

Weil zwar Zehntausende zu den Hamburger SPD-Bezirken stießen, aber die nach Hunderttausenden zählende Massenorganisation sich in den chaotischen Zuständen der westdeutschen Nachkriegsstädte nicht recht spürbar machen wollte, entdeckten die agilen Linkssozialisten in ihrem lokalen Umfeld vornehmlich »atomisierende Einflüsse«. »Atomisierung« war eine Zuschreibung, die Sozialdemokraten bereits der nationalsozialistischen Gesellschaft attestiert hatten und in die Nachkriegsjahre transportierten – blind dafür, dass etwa sozialdemokratisch gesinnte Familien im improvisierten nachbarschaftlichen Austausch jener Zeit eher die Erfahrung machten, näher zusammenzurücken und neue Solidarität zu erleben. ²⁵⁵ Die Diagnose der »Atomisierung« konnte deshalb verfangen, weil sie das Fehlen *kollektiv* organisierter politischer Kritik meinte und »politische« Organisation damit auf die vertrauten großverbandlichen Formen der Partei und der Gewerkschaft reduzierte. ²⁵⁶ Die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft schien nicht mehr nach diesen Standards der deutschen Arbeiterbewegung organisierbar, und deshalb klagten ihre Avantgarden darüber, wie katastrophal es um die »Klassensolidarität«, um die »prol.[etarische] Moral überhaupt« bestellt sei. Auf dieser Folie, die politische Organisation als disziplinierte Großorganisation entwarf, entstanden enttäuschte Beobachtungen namentlich der Linkssozialisten innerhalb der SPD, die in der Historiographie häufig für bare Münze genommen worden sind: »Der Faschismus hat zur Lähmung des gesamten politischen Denkens der Arbeiterklasse geführt. Weite Kreise sind politisch indifferent. [...] Deshalb stehen heute selbst ehemalige aktive Genossen den sich jetzt bildenden Parteien und Gewerkschaften abwartend gegenüber.« Quell der Enttäuschung war konkret, dass sich die deutschen »Massen« nicht für die Schriften eines Schumacher oder Pieck interessieren, sondern lediglich von Ernährungsfragen zu gewissen Handlungen angeregt würden. ²⁵⁷ Auf diese Weise brachte der vergeistigte Politikbegriff deutscher Linker die Konstruktion des »unpolitischen« Deutschen hervor.

²⁵⁴ Parteivorstand der LO Hamburg: An alle Mitglieder der SPD, LO Hamburg [Flugblatt], 15.7.1948. AdsD, NL Blachstein, Mp. 21.

²⁵⁵ Hubert Pauli (Köln-Deutz) an Joseph Lang (New York), 25.10.1947, in: H. GREBING, Lehrstücke, 1983, S. 62. Vgl. F. BOLL, Suche, 1995, S. 39 f.

²⁵⁶ Siehe D. PEUKERT, Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde, 1982, S. 72 f., 75; 286 f., der diese Deutung reproduziert.

²⁵⁷ Zitate: Erklärung von Mitgliedern der SAP und des ISK [Internationaler Sozialistischer Kampfbund] in Hannover zum Eintritt in die SPD, 5.9.1945, in: H. GREBING, Entscheidung, 1984, S. 54 f.; August u. Irmgard Enderle (Köln-Ehrenfeld) an Joseph u. Erna Lang (New York), 13.1.1948, in: DIES., Lehrstücke, 1983, S. 71; siehe auch: W. L. Shirer, Berliner Tagebuch, 1994 [1947], Eintrag v. 8.11.1945, S. 229–231. Vgl. auch T. KÖSSLER, Arbeiter, 2006, S. 194.

Diesem Politikverständnis gemäß waren Versammlungen der SPD auf das politische Referat zentriert. Hinzu kam in der britischen Besatzungszone noch, dass die Militärregierung das lokale Wirken der Parteien ausdrücklich auf eben diese »Politik« beschränkt hatte. Sie sollten also nicht mit Hilfe ihrer Vorfelddorganisationen eine parteipolitische Freizeit- und Kulturarbeit entfalten.²⁵⁸ Vor allem aber die Funktionäre selbst bewahrten das Hamburger SPD-Milieu der Nachkriegszeit vor ausufernden Geselligkeitsformen. Zwar boten Jungsozialisten und Frauengruppen seit 1949 »bunte Abende« an, um nicht nur die lokale Umwelt, sondern vor allem auch die eigenen Mitglieder zu motivieren, am Parteilieben teilzunehmen. In den Einladungen zu solchen Veranstaltungen lockten die Hamburger Jusos 1949 mit dem Charakter des »[B]eisammen«-Seins und des »Vergnügen[s]«, wobei sie die Adoleszenz als Rechtfertigung anführten: »Wir sind jung! Darum gehen wir auf Fahrt, machen Volkstanz, Singabende, besuchen gemeinsam Ausstellungen und wissen auch das Tanzbein zu schwingen.«²⁵⁹ Dass die Eimsbütteler Jungsozialisten ausgerechnet vor dem Wahlkampf 1949 auf Zeltfahrt gingen, nahm ihr linkssozialistisch geprägter Kreisvorsitzender Peter Blachstein zum Anlass, die Juso-Funktionäre darüber aufzuklären, was er von dieser Art der Geselligkeit hielt: »Menschen für die Politik nur ein Zeitvertreib ist, sind nicht geeignet in unserer Bewegung zu führen. Jungsozialisten die politische Arbeit mit einer Spielwiese verwechseln, fehlt echte Bindung zur Arbeiterbewegung. Wir werden uns nicht in den Sozialismus hineinspielen, sondern ih [sic] erkämpfen oder untergehen. [...] Jungsozialisten, die nur jung sind, das ist zu wenig.«²⁶⁰

Angesichts solcher Ernsthaftigkeit mag es überraschen, dass Hamburger SPD-Mitglieder im Distrikt immerhin meist einmal monatlich in den Genuss sogenannter kultureller oder »volkstümlicher« Veranstaltungen kamen, da sich die Distriktfunktionäre über die Beliebtheit solcher Formate bewusst waren. Zu den ernsthaften »politischen« Veranstaltungen standen sie dennoch in keinem Verhältnis. 1947 bot die Hamburger SPD 277 »Kulturveranstaltungen« an, die in diesem Jahr eingeführt worden waren, und 171 öffentlichen Versammlungen, bei denen unter Umständen ein wenig Musik und Unterhaltung dargeboten wurden. Dem standen 8426 Versammlungen gegenüber, bei denen es genuin um »Politik« im Stile des mehrstündigen Referats ging.²⁶¹ Kulturveranstaltungen mit Theateraufführungen oder Goethe-Rezitationen stießen zudem auf eher

²⁵⁸ Vgl. W. TORMIN, *Geschichte der SPD*, 1994, S. 52, 54.

²⁵⁹ O. V. [Jungsozialisten Hamburg], o. D. [1949], »Lieber Freund! Du kommst heute zu einem »Bunten Abend« der Jungsozialistengruppe »Hermann Heidorn.« AdsD, NL Blachstein, Mp. 22. Siehe auch: Jungsozialisten in der SPD, Landesorganisation HH, Der Vorstand: Jahreshauptversammlung 19./20.1.1950, Tagesordnung. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 153.

²⁶⁰ Peter Blachstein an die Genossen Kurt Willers und Günther Böhner, 30.7.1949. AdsD, NL Blachstein, Mp. 22.

²⁶¹ Distriktvorstand: Mitteilungen der SPD Distrikt Hoheluft, Februar 1949. AdsD, NL Blachstein, Mp. 22; SPD Mitteilungen für die Mitglieder des Distrikts Hoheluft, Nr. 6, Juni 1949. Ebd. Zu den Zahlen siehe: SPD-LO HH: Jahresbericht 1947, Bl. 6. AdsD, NL Blachstein, Mp. 21.

verhaltene Resonanz in Großstädten wie Hamburg, die in den Nachkriegsjahren doch rasch mit einem florierenden Kulturleben, Kinos, Varietés oder Tanzsälen aufwarteten.²⁶² Wenn Theo Pirker von einer »zähe[n] Langweiligkeit« des SPD-Parteilebens gesprochen und den Verlust von 200 000 Mitgliedern nach der Währungsreform vor allem darauf zurückführt hat, erscheint diese Erklärung gerade für Hamburg äußerst plausibel.²⁶³ Auch wenn die SPD in kleineren Städten die kulturellen Traditionsbestände der Arbeiterbewegung wiederbelebte, konnte sie doch insgesamt nicht die Freizeitbedürfnisse deutscher Stadtbewohner in einer Weise bedienen, wie es Kommunisten (und Katholiken) in den italienischen Nachkriegsstädten vermochten.²⁶⁴

Zwar konnten charismatische Funktionäre wie ein Karl Meitmann, der Hamburger SPD-Vorsitzende, mit Vorträgen über die weltpolitische Lage den einen oder anderen jungen Genossen in den 1940er Jahren für »den Dienst an unserer großen, verantwortungsvollen Aufgabe« begeistern.²⁶⁵ Doch den stundenlang vorgetragenen intellektuellen Ambitionen durchschnittlicher SPD-Referenten begegneten die Genossen auf den referatzentrierten Mitglieder-versammlungen mit auffälligen Ermüdungserscheinungen. Ein Hamburger SPD-Funktionär zog daraus 1948 die Lehre, die politischen Vorträge auf die Dauer von *einer* Stunde zu beschränken.²⁶⁶ Wonach die meisten Mitglieder suchten, die seit Kriegsende ihren Weg (zurück) in die SPD fanden, war zumindest in Hamburg weniger die Diskussion über Fragen des demokratischen Sozialismus, sondern konkrete Lebenshilfe, Trost, sozialen Austausch bis hin zu gemeinschaftlichem träumerischen Schwelgen, etwa mit Hilfe von Tonbildvorführungen über andere Länder und Reiseimpressionen.²⁶⁷ Überhaupt waren solche Tonbild- und insbesondere Filmvorführungen *das* erfolgsträchtige Format westdeutscher Parteiöffentlichkeiten in den 1940er und 1950er Jahren, auch in Wahlkämpfen und namentlich auf dem Land, wo sich die CDU darauf spezialisierte. Insbesondere Flüchtlinge wurden etwa mit Ostpreußenfilmen zu Parteiveranstaltungen gezogen; Hamburgern konnte die SPD mit Filmen vor Augen führen, wie viel sich unter ihrer Führung bereits beim Wiederaufbau der Stadt

²⁶² Jahresbericht 1952 SPD-Kreis II Altona. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 332; Distriktvorstand: Mitteilungen der SPD Distrikt Hoheluft, Februar 1949. Ebd., NL Blachstein, Mp. 22. Vgl. J. SZODRZYNSKI, Kultur und Freizeit, 1989, S. 155.

²⁶³ T. PIRKER, SPD nach Hitler, 1965, S. 127.

²⁶⁴ Vgl. D. SÜSS, Kumpel und Genossen, 2003, S. 61 f.; F. BAJOHR, Widerstand, 1985, S. 16; B. VOGEL/P. HAUNGS, Wahlkampf, 1965, S. 266.

²⁶⁵ Otto Stolzenberg (Hamburg) an Karl Meitmann, 28.2.1948. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 184.

²⁶⁶ Versammlungsbericht v. 5.6.1948, Kreis V, Lemsahl-Mellingstedt: Distriktversammlung am 19.5.1948. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 338; zur Theorieelastigkeit siehe auch H. KALBITZER, Widerstehen, 1987, S. 104.

²⁶⁷ SPD-Rundschreiben Distrikt Eimsbüttel-Nord, April 1949. AdsD, NL Blachstein, Mp. 22; H. KALBITZER, Widerstehen, 1987, S. 104. Vgl. aber, für kleine Industriestädte der Oberpfalz das Interesse an Fragen des demokratischen Sozialismus konstatierend, D. SÜSS, Kumpel und Genossen, 2003, S. 62.

getan hatte.²⁶⁸ Doch während Christdemokraten lernten, die Referate auf solchen Veranstaltungen kurz zu halten, galten sie unter Hamburger SPD-Funktionären weiterhin nur dann als »politisch«, wenn die Filme (meist von der Parteizentrale bereitgestellt) das Referat inhaltlich unterstützten oder ergänzten. Filme allein konnten in ihren Augen nicht Sinn und Zweck einer Parteiveranstaltung sein.²⁶⁹

Vor diesem Hintergrund mussten die SPD-Organisationssekretäre 1951 feststellen, dass die Parteikultur in der einstigen »Hauptstadt des Sozialismus« so fragil geworden war, dass die gänzliche Abschaffung der Bezirks- und Distriktversammlungen im Raum stand. Kaum noch Genossen fanden sich dort ein, erst recht keine jüngeren; und auch ehrenamtliche Funktionäre waren schwer zu finden. Wenn der Hamburger Parteivorsitzende mit der Begründung an den Versammlungen festhielt, sie förderten die Freundschaft unter den Mitgliedern, so war das ein Hinweis darauf, dass die Partei jenseits dieser politischen Versammlungen für die Genossen keine Treffpunkte vorsah, erst recht keine geselligen.²⁷⁰ Ein SPD-Mitglied, das 1948 aus der Deutschen Partei (DP) zur SPD übergetreten war, brachte dieses Problem 1952 zur Sprache, wenn es seine Landesorganisation wissen ließ, die »Politisierung der Massen« stoße auf Widerstand, »weil man immer wieder feststellen muss, dass Politik Selbstzweck ist und hauptsächlich von Leuten betrieben wird, die sich gern reden hören oder in einem freien Beruf nicht weiterkommen. Ich betone, das ist nur so eine Meinung des Mannes auf der Strasse.«²⁷¹ Die Nachkriegserfahrung in den westdeutschen Städten war, dass Parteimitgliedschaft keinen praktischen Nutzen nach sich zog.

Der Fluch des Fragebogens. Entnazifizierung im lokalen Verständnis

Jenseits praktischer Probleme und fehlender Anreize erfuhr parteipolitisches Engagement in der westdeutschen Nachkriegszeit auch eine diskursive Delegitimierung. Sie war das Resultat der alliierten Entnazifizierungspolitik, das vor Ort bereits Deutungen etabliert hatte, bevor Bundestag und Bundesregierung eine integrativ-exkulpernde »Vergangenheitspolitik« (Norbert Frei)

²⁶⁸ Protokoll über die Sitzung der Organisations-Kommission v. 24.7.1951, Bl. 12. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 223. Hamburger SPD-Distrikte zeigten 1950 auch in öffentlichen und mit Plakaten und Flugblättern beworbenen Veranstaltungen einen Film über den Wiederaufbau Hamburgs. SPD-Distrikt Fuhlsbüttel an das Parteibüro der SPD Hamburg, Propaganda-Abteilung, 11.3.1950. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 248.

²⁶⁹ Protokoll – Fortsetzung der Organisationskommission, Sitzung v. 14.8.1951, Bl. 3 f. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 223. Zur CDU vgl. F. Bösch, Adenauer-CDU, 2001, S. 152 f.

²⁷⁰ Protokoll der Sitzung der Organisationskommission v. 10.7.1951, Bl. 1 f. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 223; Protokoll über die Sitzung der Organisations-Kommission v. 24.7.1951, Bl. 17. Ebd.; Protokoll über die Sitzung der Organisations-Kommission v. 23.10.1951. Ebd. Zur Stagnation des Parteibetriebs vgl. auch D. Süß, Kumpel und Genossen, 2003, S. 239.

²⁷¹ Claus G. Rathje (Hamburg) an die SPD-LO Hamburg, 6.5.1952. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 214.

umsetzen.²⁷² Nicht so sehr aus der Mitgliedschaftserfahrung in der NSDAP, sondern aus dem Umgang der Besatzungsorgane und der Spruchkammern mit einstigen »Pgs« zog der lokale Diskurs der 1940er Jahre seine Lehren. Der »Fragebogen«, mit dem die Alliierten Millionen von Deutschen aufforderten, ihre gesamte Biographie auf ihr (partei-)politisches Engagement hin zu durchleuchten und darüber Rechenschaft abzulegen, wurde als kollektive Demütigung empfunden, die Erich von Salomon im zeitgenössischen Bestseller *Der Fragebogen* verarbeitet hat. Der württembergische Ministerpräsident Ernst Mayer sah im Mai 1946 in der *Schwäbischen Donauzeitung* darin die Ursache für die vielen »neutralen«, sich von Parteien abgrenzenden Vereinigungen, die er aus dem Boden schießen sah. Ihre Initiatoren rechneten darauf, so Mayer vorwurfsvoll, »daß es noch viele gibt, die wie sie das Bekenntnis zu einer der Parteien scheuen aus ganz gewöhnlicher Angst vor dem nächsten Fragebogen und, wie sie, das Bedürfnis haben, diese unmännliche Haltung hinter ›Neutralität‹ zu verstecken.«²⁷³ Und auch August Hanz in Montabaur, der es vorzog, seine Tätigkeit für die CDU zu verschweigen, erklärte sich die Scheu seiner Mitbürger vor der Parteimitgliedschaft nicht so sehr mit der NSDAP-Erfahrung, sondern mit »den Folgen nach dem Krieg für den einzelnen«.²⁷⁴

Wie die Bevölkerung die Entnazifizierung beobachtete, erschöpfte sich nicht in der verbreiteten Rede von den »Kleinen«, die man hängte, und den »Großen«, die man laufen ließ.²⁷⁵ Vielmehr verhandelten die »Kleinen« Schuld und Sühne auch unter sich. Charakteristisch dafür war, das eigentliche Ansinnen der Alliierten misszuverstehen. Im lokalen Diskurs interpretierten die Deutschen die Entnazifizierung nicht als Auseinandersetzung mit einer ideologischen *Haltung*, sondern als Strafe für politisches Engagement als solches. Die SPD-nahe *Schwäbische Donauzeitung* bilanzierte 1948 anhand eines Falles:

Mehr als die durchschnittliche politische Aktivität eines NS-Funktionärs in diesem Rang, also die Formalbelastung, lag gegen den ehemaligen Ortsgruppenleiter von Langenau, Paul Schüle, nicht vor. Seine wohltuend aufrechte Haltung vor der Spruchkammer, charakterisiert durch das Eingeständnis: »Als Ortsgruppenleiter habe ich mich in dem Maße eingesetzt, wie ich es verantworten konnte; ich habe Versammlungen geleitet und für die Partei geworben; als überzeugter Nationalsozialist tat ich meine Pflicht, ließ darauf schließen, dass Schüle auch der Kreisleitung gegenüber dann die Stirn gezeigt hatte, wenn er deren Befehle und Maßnahmen für unverantwortlich hielt.²⁷⁶

²⁷² Norbert Frei streicht die Bedeutsamkeit des Entnazifizierungsdiskurses heraus, allerdings ohne die Auswirkungen auf die politische Kultur zu diskutieren, siehe: N. FREI, *Coping*, 2003, S. 28 f.

²⁷³ Fängt's schon wieder an?, in: *SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG*, 8.5.1946.

²⁷⁴ A. HANZ, *Ein Leben*, 1991, S. 122. Vgl. dazu auch die 1968 erzählten Erfahrungen älterer Zeitgenossen bei C. v. Hodenberg, *Das andere Achtundsechzig*, 2018, S. 89–94 u. insb. S. 96.

²⁷⁵ NS-Landrat freigesprochen – und die kleinen »Pg«?, in: *Hannoversche Presse*, 16.12.1947. Vgl. H. OTTEN, »Die Kleinen hängt man«, 1985; H. WOLLER, *Gesellschaft und Politik*, 1986, S. 130.

²⁷⁶ »Als überzeugter Nationalsozialist...«, in: *SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG*, 3.1.1948.

Drei Elemente charakterisierten diese Entwürfe kleiner Ex-»Pgs«. Erstens bekannten sie sich zu ihrer ehrlichen Überzeugung und zum Pflichtbewusstsein im Regime. Die unmittelbar nach der Kapitulation und später in der Bundesrepublik anzutreffende Distanzierung der »anderen Deutschen« von »den« Nationalsozialisten war im lokalen Entnazifizierungsdiskurs nicht maßgeblich und charakterisierte auch nicht die Art, wie die Zeitgenossen im Regime Zuordnung verhandelt hatten.²⁷⁷ Zweitens beschrieben sie sich als anständig und damit als prädestiniert, gegenüber der potenziell gefährlichen Kreisleitung das Maß gehalten und ihr im Zweifel auch »die Stirn« geboten zu haben. Diese Differenzierung in »anständige« und »unanständige« Nationalsozialisten hatte bereits im Regime um sich gegriffen und stellte mithin eine Fortsetzung eingübter Deutungsmuster dar.²⁷⁸ Sie richtete sich zum einen gegen die vermeintlich undifferenzierte Pauschalverurteilung durch die alliierten Besatzer. Zum anderen wertete sie die unpersönliche, bürokratische Herrschaft ab. Die »Kreisleitung« oder die abstrakte »Führung« wurden für ihren »Fanatismus« oder ihre Fehlentscheidungen angeklagt, und hierin ist durchaus ein emanzipativer Selbstentwurf der »Kleinen« gegenüber den »Großen« zu entdecken, der sich in der Nachkriegszeit auf verschiedenen Feldern abzeichnete, etwa auch in Betrieben oder Gewerkschaften.²⁷⁹ Das Selbstverständnis, als Untergebene anständig geblieben zu sein, erlaubte es den Ex-»Pgs«, drittens, »aufrecht« zu ihrem vergangenen Handeln zu stehen und guten Gewissens vor der Spruchkammer ihren Freispruch zu fordern. Dabei erwies sich dieser »Anstand« kleiner Nationalsozialisten gerade darin, sich offen zu ihrer Überzeugung zu bekennen und nicht »umzufallen«, wie es im zeitgenössischen Jargon hieß. Im *Spiegel* bilanzierte ein Spruchkammermitglied aus der britischen Zone, solche Ex-»Pgs« würden erfreulicherweise »Charakter« beweisen.²⁸⁰ Weitergesponnen endete diese Deutung in dem Befund, dass jene, die »Charakter« bewiesen, im Zuge der Entnazifizierung bestraft wurden.

Grundlegend für diesen zwischen Charakter und Charakterlosigkeit scheidenden Umgang mit der NS-Vergangenheit war, dass sich die Deutschen schwer vorstellen konnten, dass überhaupt jemand *nicht* in irgendeiner Form involviert gewesen war. Wenn Antifaschismus und NS-Gegnerschaft in Westdeutschland dauerhaft nicht heroisierbar waren²⁸¹, so hatte das auch damit zu tun. Der

²⁷⁷ Zum offenen Bekenntnis zur Mitgliedschaft siehe auch: U. BORSDOFF/N. NIETHAMMER, Befreiung und Besatzung, 1976, S. 38. Zur Zuordnung im Nationalsozialismus vgl. J. STEUWER, »Ein Drittes Reich«, 2017, S. 68–147. Zur retrospektiven Distanzierungskultur vgl. K. H. JARAUSCH, Umkehr, 2004, S. 64 f.; U. HERBERT, Nationalsozialisten, 2004, S. 39.

²⁷⁸ V. KLEMPERER, Zeugnis, Bd. II: 1935–1936, 1999, Eintrag v. 5.10.1935, S. 51. Vgl. J. STEUWER/H. LESSAU, »Nazi«, 2014, S. 42 f., 48.

²⁷⁹ Vgl. J. HEITMANN, Ende, 1990, S. 33; T. KÖSSLER, Arbeiter, 2006, S. 194; H. AFFLERBACH, Militär, 1997, S. 264; K. JARAUSCH, Umkehr, 2004, S. 49, 79 f.; G. PAUL, Psychopathen, 2002, S. 16–18; N. KRAMER, »Trümmerfrau«, S. 310 f.

²⁸⁰ Praktische Entnazifizierung, in: Der Spiegel, Nr. 40 v. 4.10.1947.

²⁸¹ Siehe etwa: Der Bundestagswahlkampf in den Bezirken Franken und Niederbayern/Oberpfalz, Bl. 3. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 2010. Vgl. umfassend K. MEYER, SPD, 2015, S. 43, 75–84.

zwanzigjährige Ex-Soldat Egbert Hoffmann etwa konnte sich schlicht nicht vorstellen, dass es Hamburger gegeben hatte, die *tatsächlich* gegen das Regime opponiert hatten. Im Januar 1946 echauffierte er sich in seinem Tagebuch, all die neu gegründeten Parteien würden sich vom Nationalsozialismus abgrenzen. Doch darin seien sie unglaubwürdig, denn manche ihrer Repräsentanten hätten noch vor einem Jahr selber das Parteiabzeichen getragen. »Aber die Bürger haben das nicht vergessen. Deswegen steht die Masse der Bevölkerung den neuen Parteien meist gleichgültig gegenüber. [...] Dass die Parteiedner ›schon immer‹ die Nazis bekämpft haben, ist sicherlich eine Lüge. Wer hat denn eigentlich die Nazis groß gemacht, ihre Verbrechen verschwiegen oder sogar gefeiert? Wo sind diese Mitläufer von gestern heute? Waren alle Parteiführer von heute die heimlichen Gegner von gestern? Und genau das nimmt man ihnen nicht ab.«²⁸²

Vor diesem Hintergrund gedieh Parteimitgliedschaft, auf die die Spruchkammern pochten, zur bloßen Formalität und verlor ihren Charakter als Ausweis einer festen politischen Gesinnung. Selbst unbelastete Beobachter betonten immer wieder, dass das NSDAP-Parteibuch kein Gradmesser für die Unterstützung des Regimes dargestellt habe. Ein Ulmer schrieb 1945 an Oberbürgermeister Robert Scholl: »Wir müssen doch zugeben, dass mancher aus idealistischen Motiven zur Partei stieß und nicht wieder von ihr loskam, und dass auf der anderen Seite viele Leute tüchtig mit der Partei mitgelaufen sind, ohne ihr, vielleicht nur infolge eines Zufalls, anzugehören, und heute sich darum besser dünken als die anderen, vielleicht sogar sich an ihr Mitlaufen gar nicht mehr erinnern können.«²⁸³ Für die lokale Beobachtung war dieses Verschwinden eindeutiger Abgrenzungen der ›Guten‹ von den ›Bösen‹ kennzeichnend, und deshalb ließ sich persönliche Moralität scheinbar nur noch daran festmachen, ob man ›aufrecht‹ seine eigene Involviertheit eingestand. Im Grunde zeigte sich hierin das lokale Festhalten am Konzept der »Volksgemeinschaft«, das alle Stadtbewohner in ihrer NS-Vergangenheit zu einen schien.²⁸⁴

Um sich der eigenen moralischen Integrität zu versichern, verfassten viele Deutsche biographische Ergänzungsschreiben zu den Entnazifizierungsfragebögen und ergingen sich auf der Suche nach der ›wahren‹, hinter der formalen Parteimitgliedschaft verborgenen Persönlichkeit in tiefsinniger Selbstbespiegelung.²⁸⁵ Das Lokale diente dabei als moralischer Referenzraum und die Lokal-

²⁸² E. A. HOFFMANN, Hamburg '45, 1985, Eintrag v. 24.1.1946, S. 130 f.

²⁸³ Rudolf Theur an den Oberbürgermeister der Stadt Ulm, 10.7.1945. StAU, B 006/10 Nr. 8.1. Weitere Beispiele: Irmgard Keun (Köln-Braunsfeld) an Joseph Lang (New York), 23.11.1947, in: H. GREBING, Lehrstücke, 1983, S. 67; Interview mit Ida Lippmann (Name geändert), abgedr. in: A. VON Plato/A. LEH, »Frühling«, 1997, S. 349. Vgl. A. BORGSTEDT, Entnazifizierung, 2009, S. 90.

²⁸⁴ Vgl. N. FREI, Vergangenheitspolitik, 2012 [1996], S. 16, 399; A. BORGSTEDT, Entnazifizierung, 2009, S. 86. Zur Entstehung eines neuen Gemeinschaftskonzepts im Zeichen des »victimhoods« vgl. auch R. BESSEL, End of the *Volksgemeinschaft*, 2014, S. 294.

²⁸⁵ Vgl. J. STEUWER/H. LESSAU, »Nazi«, 2014, S. 46 f.

presse fungierte als Anwältin der *community*. Verdienste und Funktionen, die anzeigten, dass der Ex-»Pg« ein nützlicher Teil der Gemeinschaft gewesen war, konnten seiner Persönlichkeitsprüfung förderlich sein. Ein SS-Obersturmbannführer wurde plötzlich wieder zum »Bierbrauer aus Ulm«, dessen Ritterkreuz anzeige, dass er es »entschieden ablehnte, Propaganda im nationalsozialistischen Sinne zu machen«. ²⁸⁶ Lokale Herkunft schien die redliche Persönlichkeit zu verbrieften; wer Nazi gewesen und zugleich »Freiburger« oder »Kölner« geblieben war, im Zweifel also zum Wohle der Stadt gehandelt hatte, wurde in Tagebucheinträgen wie in Leumundszeugnissen moralisch exkulpiert. ²⁸⁷ In ländlichen Gegenden konnten selbst ranghöchste NS-Würdenträger gegenüber dem Entnazifizierungsausschuss schlüssig argumentieren, sie hätten sich »nie als Vertreter der nat.-soz. Weltanschauung gefühlt, sondern als einen Beauftragen [sic] meiner Bockhorster Mitbürger«. Nach dieser Logik war man zum Schutze der Gemeinde in die Partei eingetreten und übernahm dort die wichtigen lokalen Ämter, »um nicht alles in die Hände fanatischer Parteigenossen kommen zu lassen.« ²⁸⁸

Der Diskurs um die Entnazifizierung hatte damit im Grunde einen Fluchtpunkt: Er verflüssigte das Konzept politischer »Gesinnung«, die formal durch Parteimitgliedschaft geprüft werden konnte, und verwies stattdessen auf die Qualität lokaler, durch persönliche Bekanntschaft und »gutes« Wirken gestützter Beleumdung des Einzelnen. »Wir Deutsche wissen, wo unsere Nazis sitzen, wir kennen unsere Pappenheimer in Stadt und Land«, brachte der württembergisch-badische Ministerpräsident Reinhold Maier (DVP) 1946 im Rundfunk diese Anschauung zum Ausdruck, der die amerikanischen Besatzer mit dem Befreiungsgesetz schließlich Rechnung trugen. ²⁸⁹

Wer demgegenüber an den formalen Kriterien für »politische Gesinnung« festhielt, waren die erklärten Antifaschisten, die nicht selten den Spruchkammern vorsahen. Damit legten sie ein wichtiges Fundament für die Distanz, die zwischen ihnen und den »anderen Deutschen« wachsen sollte. ²⁹⁰ Zwar zeigten sich sowohl Kurt Schumacher als auch viele Sozialdemokraten an der Basis sensibel gegenüber der Schwierigkeit, Nazis von Nicht-Nazis zu unterscheiden,

²⁸⁶ Ritterkreuzträger als »Belasteter«, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 3.1.1948. Vgl. J. STEUWER/H. LESSAU, »Nazi«, 2014, S. 48.

²⁸⁷ Für zwei Beispiele aus unterschiedlichen sozialen Schichten siehe: Eugen von Rautenstrauch (Köln) an Konrad Adenauer, 22.6.1946, abgedr. in: A. VON Plato/A. LEH, »Frühling«, 1997, S. 355 f.; Tagebuch des Max Meister, Eintrag v. 22.4.1945, zit. n. T. BERGER/K.-H. MÜLLER, Lebenssituationen, 1983, S. 12 f.

²⁸⁸ Zit. n. H. RINKLAKE, NSDAP-Ortsgruppenleiter, 1993, S. 172. Vgl. J. BALCAR, Politik auf dem Land, 2007, S. 48, 57.

²⁸⁹ Zit. n. H. SCHARZMAIER, Südwesten, 1975, S. 131. Das Befreiungsgesetz überantwortete die Entnazifizierungsverfahren deutschen Stellen, die fortan nicht mehr schematisch nach Parteizugehörigkeit entschieden, sondern die »Gesamthaltung des Beschuldigten« begutachteten. Zugleich galt Nichtzugehörigkeit nicht mehr automatisch als Freibrief für die Entnazifizierung, vielmehr mussten Entlastungsbeweise vorgebracht werden. Die Regelungen des Befreiungsgesetzes in der US-Zone grundierten damit den hier analysierten lokalen Entnazifizierungsdiskurs.

²⁹⁰ Vgl. D. RIGOLL, Staatsschutz, 2013, S. 53.

nahmen Ex-»Pgs« in Schutz, die aus »Idealismus« gehandelt hätten, und öffneten ihnen auch Wege (zurück) in die Partei.²⁹¹ Die Hamburger SPD mahnte 1946 lediglich, »bei der Aufnahme ehemaliger Nationalsozialisten so vorsichtig wie möglich vorzugehen«, da sonst die Gewerkschaft Einspruch erhebe und die Partei einen Untersuchungsausschuss einrichten müsse.²⁹² Doch vor Ort war der Gerechtigkeitssinn gerade älterer Genossen häufig stärker als der vom Parteivorstand ausgehende Integrationswille. Als Richter über ihre Mitbürger standen etwa die Ulmer Sozialdemokraten unter dem Verdacht, mit ihrer »undifferenziert[en]« Haltung bei der Säuberung der Verwaltungsstellen denselben »Hass« zu säen, den einst die Nationalsozialisten gesät hätten. Bürger beschwerten sich über diese als unchristlich geltende Haltung.²⁹³ Die Genossen verteidigten sich mit dem Argument, dass sie als das »demokratische Gewissen« dazu verpflichtet seien, das Volk immer wieder an seine Fehler zu erinnern, während die CDU, die in Ulm wie anderswo nur von ihren »Verantwortlichen« verlangte, niemals Mitglied der NSDAP gewesen zu sein, nur von »Liebe und Vergessen« spreche.²⁹⁴ Die Ulmer zettelten daraufhin eine regelrechte Kampagne gegen die SPD an, die die Funktionäre der Stadt ebenso wie den sozialdemokratischen Chefredakteur der *Schwäbischen Donauzeitung* zu aggressiven öffentlichen Stellungnahmen veranlasste.²⁹⁵ Diese frühe Entzweiung zwischen der SPD und den Stadtbürgern an der Donau sollte in die lokalen Annalen der Partei eingehen und blieb vermutlich auch den Ulmer Wählern im Gedächtnis – die Stadt wurde und blieb eine uneinnehmbare Hochburg der CDU.²⁹⁶

Die unterschiedlichen Ansätze im Umgang mit den »Pgs« schlugen sich auch auf die Politiksemantik nieder: Der Entnazifizierungsdiskurs und vor allem die sozialdemokratischen Beiträge in diesem Kontext unterstützten die Konstruktion des Bildes vom »unpolitischen« Deutschen. So ging ein neu eingesetzter Bürgermeister in sozialdemokratischer Wahrnehmung dann »unpolitisch« vor, wenn er seine Verwaltungsbeamten nicht schematisch nach Nationalsozialisten

²⁹¹ Vgl. K. MEYER, SPD, 2015, S. 43–50; A. BORUP, Demokratisierungsprozesse, 2010, S. 145 f.; T. PIRKER, SPD nach Hitler, 1965, S. 45.

²⁹² SPD-LO HH, Politische Abteilung, an den Ortsverein Geesthacht der SPD, 25.5.1946. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 341.

²⁹³ Rudolf Theur an den Oberbürgermeister der Stadt Ulm, 10.7.1945. StAU, B 006/10 Nr. 8.1. Zur Ulmer Nachkriegs-SPD vgl. K. BEER, Auf den Feldern von Ulm, 2008.

²⁹⁴ SPD Ulm: Bericht [über die Mitgliederversammlung am 1.6.1946], 2.6.1946. StAU, E SPD, Nr. 53; Anhang zum Antrag auf Gründung der Christlich-Sozialen Volkspartei, Ulm, 9.11.1945. StAU, E 201 CDU, Nr. 1. Nur die katholischen Verbände zeigten sich im Umgang mit Ex-»Pgs« reservierter, vgl. F. BÖSCH, Adenauer-CDU, 2001, S. 30 f.

²⁹⁵ »Wie lange noch Scholl?«, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 27.7.1946; J. Weißer: »Wie lange noch Scholl?«, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 31.7.1946; Um ein Flugblatt, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 14.8.1946.

²⁹⁶ Noch 1980 betonte die SPD in einer Broschüre zum 90-jährigen Bestehen ihrer Partei in Ulm, dass die CDU in der Ulmer Nachkriegszeit nur deshalb erfolgreicher gewesen sei, weil sie sich um die Stimmen alter Nazi-Anhänger bemühte, statt sich wie die SPD dezidiert für einen »politischen« Neuanfang auszusprechen. SPD-Ortsverein Ulm, 90 Jahre, 1980, S. 25.

und Nicht-Nationalsozialisten schied und die »Pgs« nicht entließ. Eine »politische Haltung« lag dementsprechend dann vor, wenn beispielsweise ehemalige KZ-Häftlinge bei Wohnungsfragen bevorzugte Berücksichtigung erfuhren.²⁹⁷ Überhaupt pochten Sozialdemokraten vor Ort auf die strikte »politische« Besetzung der frei gewordenen Verwaltungsstellen, und »politisch« bezeichnete bei ihnen die Zugehörigkeit des Beamten zu einer politischen Organisation, am liebsten zu ihrer eigenen: »Politische Freunde« waren im SPD-Jargon Genossen, die in der Arbeiterbewegung und ihren Organisationen aktiv (gewesen) waren.²⁹⁸ Deshalb diagnostizierten sie »Entpolitisierung«, wenn Polizei- oder Verwaltungsstellen in den Nachkriegsjahren mehr und mehr von Leuten besetzt wurden, die keiner politischen Partei angehörten.²⁹⁹

Für das Verständnis von »Politik« ergab sich daraus eine verhängnisvolle Aufladung. Wer strikt auf dem Kriterium der Parteizugehörigkeit beharrte, handelte nach sozialdemokratischer Ansicht »politisch«, aus Sicht vieler Deutscher aber alles andere als weise, wenn nicht gar »fanatisch«, was im zeitgenössischen Verständnis bedeutete, »nur die eigene Meinung als die allein richtige« anzusehen und »jede Toleranz gegenüber anderen Meinungen« vermessen zu lassen – eine Tugend, die sich wiederum eigentlich die Sozialdemokraten gern zuschrieben, wenn sie selbstbewusst öffentlich kundtaten, »für uns Sozialdemokraten ist die Demokratie nicht etwas, was wir neu lernen müssen«.³⁰⁰ Daraus ergaben sich auch verhängnisvolle Aufladungen für den Demokratiebegriff, wenn Sozialdemokraten ihre strikten Kategorisierungen im Namen der »Demokratie« vornahmen. Reinhold Maier machte 1946 auf einer Wahlversammlung in Göppingen deutlich, wie man sich in der politischen Kommunikation der westdeutschen Nachkriegszeit der sozialdemokratischen Definitionshoheit über Demokratie und Moralität entzog:

Wer ist überhaupt ein demokratischer Mann und was ist eine demokratische Partei? Ein Antinazi ist noch lange kein Demokrat; denn wer das Gegenteil des Nationalsozialismus will, der will hiermit noch nicht die Demokratie. [...] Genau auf denselben Stelzen der Nazis schreitet der Überantinazi einher, genau so herrschsüchtig, genau so egoistisch ist er, genau so fanatisch und leider, leider gleichermaßen bereit,

²⁹⁷ Stuttgart im Mai 1945 [Bericht von Fritz Eberhard im Auftrag der OSS, 8.6.1945], in: U. BORS-DORF/L. NIETHAMMER, *Befreiung*, 1976, S. 61.

²⁹⁸ H. GALM, *Rebell*, 1980, S. 138, 173. Zur Persistenz dieses Politikverständnisses siehe das Interview mit Annegret Petri (Name geändert), abgedr. in: A. VON Plato/A. LEH, »Frühling«, 1997, S. 304–306.

²⁹⁹ T. PIRKER, *SPD nach Hitler*, 1965, S. 54.

³⁰⁰ Sendung »Politisches Forum« im NWDR zum Thema »Politischer Radikalismus gut oder böse?« [Sendungsprotokoll, o. D., ca. Ende 1945], Bl. 2. StAHH, 621–1/144, AE 1202. Selbst die Sozialdemokratin Ingrid Kaufmann (Name geändert) beschrieb sich 1987 in einem Interview retrospektiv als »fanatisch«, weil sie in der Nachkriegszeit an der formalen Parteizugehörigkeit als Beurteilungsgrundlage festgehalten hatte. A. VON Plato/A. LEH, »Frühling«, 1997, S. 376 f. Zum Selbstverständnis von Sozialdemokraten als »demokratische«, weil »tolerante« Zeitgenossen, siehe: L. BERGSTRÄSSER, *Befreiung*, 1987, Dok. 1, 4.12.1945, S. 334, Zitat S. 332.

zu erben und dort zu ernten, wo er nicht gesät hat. Weder durch Nazis noch durch Überantnazis werden wir uns weiter tyrannisieren lassen, sondern beiden, wo wir sie treffen, die Maske herunterreißen.³⁰¹

Wenn sich die Hamburger SPD 1948 angesichts einer perzipierten Anti-Parteiens Stimmung zur Verteidigerin des »wirklich demokratischen Lebens« erklärte und damit eben *partei*politisches Handeln zum Fundament ihres Demokratieverständnisses machte, konnte sie damit nicht auf Jubelstürme aus der Bevölkerung rechnen.³⁰² Aus Sicht vieler Wähler konnte nach den Entnazifizierungserfahrungen vielmehr »unpolitisches« Handeln als vernünftiges, die moralische Integrität oder die persönliche Sachkompetenz beurteilendes Handeln gelten, über die das Parteibuch, das Sozialdemokraten zur Essenz »demokratischen« Handelns stilisierten, keine Aussage mehr zu machen schien.

Diese Neubelebung eines bereits im 19. Jahrhundert verbreiteten pejorativen deutschen Politikbegriffs und seine Gleichsetzung mit *Partei*politik, wie die Sozialdemokraten sie selber vornahmen, sollten die politische Alltagskommunikation auch künftig imprägnieren.³⁰³ In einer Ausgabe des »Politischen Forums« im NWDR mussten sich Journalisten und die Vertreter der Parteien 1950 erst mühsam darüber einig werden, »dass politisch sein etwas anderes ist als parteipolitisch sein.«³⁰⁴ Bei den Wählern konnte diese Unterscheidung noch länger auf sich warten lassen. So wandte sich der junge Hamburger Schülersprecher Ove Franz 1953 an die Hamburger SPD, weil er an der Parteiarbeit teilhaben wollte, ohne jedoch Mitglied ihrer Jugendorganisation zu werden. Er bat die Empfänger darum, ihm nicht an seine Wohnadresse, sondern an sein heimisches Postamt zu antworten, da seine Eltern nicht erfahren dürften, dass er der SPD nahestehe. »Wir kommen aus Kreisen, die [...] recht unpolitisch sind und sich zu den sogenannten »bürgerlichen« Parteien hingezogen fühlen.« Sein Vater war Kapitän, die Onkel Fabrikant und Großkaufmann; im Allgemeinen waren seine Eltern der Meinung, es sei besser, die Finger von der Politik zu lassen, »zumindest vor dem Abitur.« Dabei war Franz in einem weiten Sinne schon längst politisch tätig: Er war Abgeordneter des Hamburger Schülerparlaments und Präsident der Schülermitverwaltung seiner Oberschule. Doch in seiner Familie war »Politik« klar mit der Sozialdemokratischen Partei verknüpft. Umgekehrt galt es für den jungen Franz als Selbstverständlichkeit, dass »unpolitische« Kreise mit den »bürgerlichen« Parteien sympathisierten.³⁰⁵ »Politisch« als »sozialdemokratisch«, »bürgerlich« als »unpolitisch« – diese alltagssprachlichen

³⁰¹ Zit. n. H. SCHARZMAIER, Südwesten, 1975, S. 214.

³⁰² Bericht der Geschäftsleitung der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auerdruck GmbH an den Landesparteitag der LO HH der SPD am 10./11.4.1948, Bl. 5. AdsD, NL Blachstein, Mp. 21.

³⁰³ Vgl. W. STEINMETZ, Neue Wege, 2007, S. 38 f.

³⁰⁴ Sendung »Politisches Forum« im NWDR, aufgenommen am 24.5.1950 [Sendungsprotokoll], Bl. 2. StAHH, 621–1/144, AE 1202.

³⁰⁵ Franz Ove (Hamburg-Blankenese) an den Landesvorstand der SPD HH, 20.10.1953. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 332.

Semantiken wiesen starke Parallelen zum liberalkonservativen Diskurs der Zeit auf³⁰⁶ und zeigen, dass der »unpolitische« Deutsche im zeitgenössischen Verständnis sehr wohl »politisch« handelte und deutete – er verstand sich gewissermaßen als antisozialdemokratisch, und dahingehend hatte sich die Deutungsmacht der SPD über das »Politische« in der westdeutschen Nachkriegszeit durchgesetzt.

4. Wo Politik sitzt. Topographien der demokratischen Stadt

Politik hatte sich in der Zwischenkriegszeit im Kampf um Straßen, Plätze und wichtige Gebäude gezeigt. Gerade der Übergang zu den faschistischen Regimen war von symbolischen Eroberungen urbaner Räume begleitet gewesen.³⁰⁷ Wie zog die Demokratie nach 1945 in Städte ein, die noch die Spuren und Erinnerungen von Krieg und Diktatur trugen?³⁰⁸ Die Raumpolitik der neuen politischen Akteure, um die es im Folgenden geht, war freilich abhängig von der bestehenden Raumstruktur der Stadt.³⁰⁹ Doch die Transition zur Demokratie lud in besonderem Maße dazu ein, städtische Räume *neu* zu besetzen und damit politische Topographien zu kreieren, die von Dauer sein sollten. Die Raumpolitik der frühen Nachkriegszeit modellierte die Bühne für die künftige politische Kommunikation. Wie verortete sich Politik im urbanen Alltagsraum der beiden jungen Republiken?

Raumbesetzungen in Italien

Bei Kriegsende war dem Bologneser Ingenieur Ferruccio Gasparri die Kontrolle über eine seiner Immobilien entglitten. Seit der Befreiung der Stadt hauste ein Fremder zusammen mit seiner Geliebten in der Villa, die in der exklusiven Gegend nahe dem Kloster San Luca gelegen war. Mit Drohungen, Erpressungen und roher Gewalt versuchte die zwielichtige Gestalt, dem 48-jährigen Gasparri das Objekt samt Parkanlage abzupressen, um dort ein Bordell zu eröffnen. Man könnte meinen, es hätte kaum schlimmer kommen können – doch aus Sicht des Ingenieurs tat es das. Im Mai 1947 nahmen Kommunisten einen Raum des Hauses in Beschlag und eröffneten dort ihren Sektionssitz. Als sie kurz darauf eine öffentliche Versammlung im festlich beleuchteten Villengarten abhielten, hatten sie mit Flugblättern feierlich in den »Sektionssitz

³⁰⁶ Vgl. J. HACKE, *Philosophie der Bürgerlichkeit*, 2006.

³⁰⁷ Helmuth Müller (Hamburg-Berne): *Mein Weg zum Sozialismus und meine allgemeinen politischen Grundsätze*, 6.6.1947, in: *AdsD, SPD-LO HH I*, Mp. 367. Vgl. S. REICHARDT, *Faschistische Kampfbünde*, 2009, S. 79 f., 124 f.; S. CAVAZZA, *Miti e consenso*, 2013, S. 439 f.; A. NOLZEN, *Funktionäre*, 2004, S. 63, Anm. 121.

³⁰⁸ Siehe die Erinnerungen von D. S. PITKIN, *Italian Urbanscape*, 1993; vgl. H. KNOCH, *Gedächtnis*, 2004.

³⁰⁹ Vgl. M. BAUMEISTER, *Arenen des Bürgerkriegs?*, 2013.

Via Porrettana 65 – Ex-Villa Gasparri« eingeladen. Zweihundert Interessierte waren erschienen.³¹⁰

Die demütigende Erfahrung, in seinem Park eine Heerschar von Genossen aufmarschiert zu sehen, veranlasste Gasparri, an den christdemokratischen Innenminister Mario Scelba zu schreiben. Er klagte an, die Bologneser Carabinieri hätten auf die kommunistische Besetzung seiner Villa nicht reagiert. Dabei sei er alles andere als politisch kompromittiert. Lediglich fünfzehn oder zwanzig Jahre zuvor sei er für den Fascio aktiv gewesen, habe sich dann aber ausschließlich seinem Berufsleben gewidmet. Dass die lokalen Behörden einem politisch unbescholtenen Bürger nicht bei der Verteidigung seines Eigentums zu Hilfe kämen, veranlasste ihn zu der Frage, ob Bologna außerhalb der Rechtsordnung stehe. »Vielleicht darf in Italien, in einem Regime, das sich ausdrücklich der Freiheit verschrieben hat, eine Kategorie von Bürgern bestehen, die ungestraft stehlen, erpressen, Häuser besetzen, bedrohen und schikanieren kann; und eine andere Kategorie von Bürgern, die sich, obwohl sie (theoretisch) über alle politischen und Bürgerrechte verfügt, bedingungslos bestehen, erpressen, bedrohen und vielleicht auch umbringen lassen muss?«³¹¹ Raumfragen wurden auf diese Weise zum Politikum gemacht.

Das Innenministerium intervenierte tatsächlich und forderte den Bologneser Präfekten auf, sich der Sache anzunehmen.³¹² Die folgenden Untersuchungen ergaben, dass Gasparri nicht ganz ehrlich gewesen war. Denn die Bologneser Carabinieri hatten auf seine Beschwerde hin sofort die Villa aufgesucht und entdeckt, dass der fragliche Saal den Kommunisten von einer dort wohnenden Mieterin freiwillig überlassen worden war. Auch die Kundgebung im Garten der Villa war vorschriftsmäßig angemeldet und genehmigt worden; Carabinieri waren vor Ort gewesen und hatten sich versichern können, dass nichts zu Schaden gekommen war. Rechtlich, so schloss der Bericht, war der Fall schließlich zwischen den Kommunisten der Bologneser Sektion und den Carabinieri einvernehmlich geklärt worden. Gasparri indes, der sich nicht wieder auf dem Polizeirevier hatte blicken lassen, schlug sich zu jener Zeit bereits mit einem neuen Fall herum: Im Juli 1947 waren die zu seinem Eigentum zählenden Räumlichkeiten einer Bologneser Firma besetzt worden. Die Polizei hatte in dieser Sache schnell die Verantwortlichen gestellt, darunter einen Vertreter des Mieterschutzbundes beim kommunistisch durchsetzten Bologneser Gewerkschaftshaus (Camera del Lavoro).³¹³ All das war wohl kein Zufall, denn bei Gasparri handelte es sich nicht um irgendeinen Bologneser Ingenieur. 1931 hatten die Faschisten unter seiner technischen Leitung die Gondelbahn zum berühmten Kloster San Luca

³¹⁰ Anl. zu: Ferruccio Gasparri (Bologna) an Innenminister Scelba, 26.6.1947. ACS, MI-GAB, PP 1944–1966, b. 3, fasc. 160/P/14.

³¹¹ Ferruccio Gasparri (Bologna) an Innenminister Scelba, 26.6.1947. Ebd.

³¹² Il Capo di Gabinetto, gez. Broise (Rom), an den Präfekten von Bologna, 4.7.1947. Ebd.

³¹³ G. D'Antoni, Präfekt von Bologna, an das MI, 21.8.1947. Anl. zu: Legione Carabinieri di Bologna, Gruppo interno, an die Präfektur Bologna, 16.8.1947. Ebd.

feierlich eröffnet. Die Firma, deren Sitz von Bologneser Linken besetzt worden war, hatte diese Gondelbahn betrieben. Die Besetzung seiner Immobilien sollte ihm wie den lokalen Zuschauern vor Augen führen, dass eine neue Zeitrechnung begonnen hatte.

Im Fall Gasparri verwoben sich in einer Weise, wie sie für die politische Kommunikationskultur im Nachkriegsitalien prägend werden sollte, lokale Fehden mit großer Politik. Bei der Frage, wer in Bologna Recht setzte und für Ordnung sorgte, ging es zugleich um die Frage, wie weit die Staatsgewalt reichte. Ebenso typisch war, dass sich diese Konflikte nicht nur in materiellen Räumen und an konkreten Orten abspielten, sondern sich häufig erst an diesen entzündeten. Dies ging zurück auf den Willen der antifaschistischen Kräfte, allen voran der Kommunisten, den Anbruch einer neuen Zeit mit der strategischen Besetzung lokaler Räume zum Ausdruck zu bringen. Dem PCI war das so wichtig, dass er bisweilen auch leer stehende Räume einer Gemeinde vorsorglich okkupierte und greise Genossen dort hineinsetzte, auf dass sie die Stellung hielten.³¹⁴

Basale Voraussetzung dieser Praxis war, dass ausreichend unzerstörte Räume zur Verfügung standen. Italien hatte etwa ein Viertel der auf Deutschland abgeworfenen Bombenlast getroffen.³¹⁵ Während die Infrastruktur, vor allem die Häfen und Industrieanlagen, stark in Mitleidenschaft gezogen wurden, blieben die zentralen Orte der Städte, vor allem die Plätze und wichtigen Monumente, bis auf wenige Ausnahmen verschont, ebenso wie die Mehrzahl der Wohnungen. Bari wurde kaum, Bologna hingegen verhältnismäßig stark getroffen.³¹⁶ Dennoch lebten auch hier das Kriegs- und Nachkriegsgeschehen, insbesondere der Guerillakrieg der Partisanen und die Vergeltungsaktionen der deutschen Besatzer, von der Persistenz zentraler Orte und urbaner Knotenpunkte sowie vertrauter Bewegungsmuster durch die Stadt.³¹⁷

Die urbane Raumkontinuität hielt das überkommene Raumbewusstsein der politischen Akteure wach und lud sie dazu ein, sich nach alter Tradition in die Topographie der Städte einzuschreiben. Die Präfektur bildete seit der Nationalstaatsgründung den lokalen Brückenkopf des Staates. Die Domkirche symbolisierte als Sitz des Bischofs den katholischen Anti-Staat. Die Piazza galt seit der Vormoderne als Ort der Stadtbewohner und war als solche im frühen 20. Jahrhundert von den Sozialisten erobert worden, ebenso wie das Rathaus.³¹⁸ Nach deutschem Vorbild hatten sie Gewerkschaftshäuser errichtet, die

³¹⁴ So in Canosa di Puglia, siehe: Proteste al Ministro Scelba dei Nazionalisti di Canosa, in: L'ORA D'ITALIA, o. D. [Zeitungssausschnitt, archiviert am 8.3.1948]. ACS, MI-GAB, 1948, fasc. 17410.

³¹⁵ N. LABANCA, *Comprendere i bombardamenti*, 2012, S. 12 f.

³¹⁶ M. MAGNO, *Puglia*, 1988, S. 7; L. ALESSANDRINI, *Bombardamenti*, 2010, S. 169.

³¹⁷ Vgl. L. BERGONZINI, *Svastica*, 1998, S. 110–114; M. ISNENGI, *L'Italia in piazza*, 2004, S. 414 f.; S. LUZZATTO, *Corpo*, 1998.

³¹⁸ Vgl. M. ISNENGI, *L'Italia in piazza*, 2004, S. 422; R. BIANCHI, *Ritorno della piazza*, 2003; mit architekturgeschichtlichem Schwerpunkt vgl. E. CANNIFFE, *Politics of the Piazza*, 2012. Zum Rathaus vgl. G. CROSSICK, *Rathaus*, 1994, S. 177 f., 181.

als Repräsentationsorte der Arbeiter den Kirchen Konkurrenz machen sollten. Die Faschisten hatten die sozialistischen Gewerkschaftshäuser besetzt, zerstört und durch eigene Parteisitze ersetzt. Die Zerstörung gegnerischer Orte war eine fundamentale Praxis faschistischer Gewalt; auch vor Räumen des katholischen PPI und der Azione Cattolica machte sie nicht halt.³¹⁹ Mit ihren Case del Fascio kreierten die Faschisten alternative Kathedralen im Zentrum der Stadt. Wo Mussolini einst Reden gehalten oder der Parteisitz des PNF sich befunden hatte, blieb im lokalen Gedächtnis fest verankert; noch 1968 konnten sich etwa Turiner Kommunisten gut daran erinnern.³²⁰

Es mag daher nicht überraschen, dass die kommunistische Raumbesetzung der Nachkriegszeit zunächst vor allem einer Rückeroberung gleichkam. Ihr Okkupationsdrang richtete sich zuallererst auf die faschistischen Parteisitze, die sie nicht etwa niederbrannten, sondern demonstrativ besetzten: Die Spuren des Feindes sollten sichtbar bleiben, ihre Umwertung in eigene Räume diene der Erinnerung daran, dass sie besiegt worden waren. Manchmal wurden sie direkt in die altherwürdigen Case del Popolo zurückverwandelt.³²¹ Ebenfalls ganz in der Tradition des Landes stand die Umbenennung von Plätzen und Straßen nach sozialistischen Persönlichkeiten wie Antonio Gramsci, die auch im Süden des Landes mit feierlichen Zeremonien begangen wurden.³²² Die Case del Popolo und kommunistischen Sektionssitze bildeten Knotenpunkte einer sich auch topographisch manifestierenden *neuen* lokalen Ordnung. Kommunisten ließen sich stolz vor oder in ihrem neu eingerichteten Sektionssitz ablichten, der mit einem großen Schild über dem Hauseingang gekennzeichnet war, auf dem Hammer und Sichel prangten (Abb. 1, S. 48).³²³ In den 1940er und 1950er Jahren setzte die Partei alles daran, mit finanzieller Hilfe ihrer Mitglieder neue Einrichtungen zu bauen oder passende Räumlichkeiten zu mieten. Ganz im Einklang mit der Überzeugung, der ganzen Stadt dienen zu wollen, versuchte der Bologneser PCI, sie zu milieuübergreifenden sozialen Zentren zu stilisieren und wandte sich mit diesem Ansinnen auch an bürgerliche Bewohner. Zu diesem Zweck war er sogar bereit, vom traditionellen Namen abzurücken und schlug stattdessen die Bezeichnung »Casa della cultura e della ricreazione« (Haus der Kultur und der Erholung) vor. Die Spendenbereitschaft des bürgerlichen Bolognas hielt sich in Grenzen – ebenso übrigens wie die der Genossen –, die Strategie war dennoch klar: Der PCI versuchte seine Imagepolitik als wohlfahrtspolitischer Dienstleister für die ganze Stadt räumlich zu manifestieren.³²⁴

³¹⁹ Vgl. S. REICHARDT, *Faschistische Kampfbünde*, 2009, S. 107–113, 123–125; P. PENNACCHINI, *Santa Sede*, 2012, S. 95–109.

³²⁰ Vgl. W. SCHIEDER, *Faschistische Diktaturen*, 2008, S. 116; S. J. HILWIG, *Italy and 1968*, S. 67.

³²¹ Restituire il mal tolto, in: *LA LOTTA*, 2.6.1945; Qua e là per le sezioni, in: *LA LOTTA*, 6.2.1948.

³²² Pefetto di Bari an das MI, 21.10.1945. ACS, MI-GAB, PP 1944–1966, b. 2, fasc. 160/P/10. Vgl. S. RAFFAELLI, *Nomi delle vie*, 2010.

³²³ M. MAGNO, *Puglia*, 1988, S. 18.

³²⁴ Prefetto di Bologna an das MI, 20.6.1954. Anlage zu: MI, Il Capo della Polizia, Rom, an das

Auch die Christdemokraten zeigten sich für die Symbolhaftigkeit städtischer Räume sensibel. Als in Rom 1944 die Sitze der Stadtteilgruppen des PNF (*gruppi rionali*) von den antifaschistischen Parteien besetzt und zu Nahrungsmittelausgabestellen umfunktioniert wurden, kommentierte *Il Popolo* hämisch, jetzt würden die *gruppi rionali* »tatsächlich ihre Verbindungsfunktion zur Bevölkerung wahrnehmen«. ³²⁵ Als der antifaschistische Konsens an sein Ende gekommen war und die DC seit 1947 zur Staatspartei avancierte ³²⁶, wurde es jedoch wichtiger, den Kommunisten wieder Räume abzujagen, anstatt faschistische Räume umzuwerten. 1952 erklärte das Finanzministerium alle einstigen faschistischen Parteisitze zu Staatseigentum. ³²⁷ Dem folgten theatralische Räumungsaktionen wie jene in Bazzano in der Provinz Bologna. Als sich der Gerichtsvollzieher in Bazzano angekündigt hatte, um die staatlich verordnete Zwangsräumung der einstigen Casa del Fascio vorzunehmen, rückten vorsorglich Polizeieinheiten an. Im Haus residierte die örtliche PCI-Sektion und das Gewerkschaftshaus; eine Verlängerung ihres Mietvertrages war ihnen versagt worden. Während die Gewerkschaftsangehörigen der förmlichen Aufforderung des Gerichtsvollziehers zur Räumung des Objekts ohne Widerstand Folge leisteten, hatten es die kommunistischen Genossen vorgezogen, dem Geschehen fernzubleiben. Die Tür des Gebäudes hatten sie so gut verriegelt, dass ein Schlosser herbeigeholt werden musste. Als sie davon erfuhren, begaben sie sich doch noch zu ihrem Sektionssitz und händigten dem Gerichtsvollzieher vor den Augen versammelter Schaulustiger in angespannter Atmosphäre die Schlüssel aus. ³²⁸ In solchen Raumübernahmen kam der zunehmend erfolgreiche Versuch des christdemokratischen Staates zum Ausdruck, die Herrschaftsansprüche lokaler Akteure zu brechen.

Parteisitze und Gewerkschaftshäuser waren als Leuchttürme der »neuen« demokratischen Stadt konzipiert, man kannte sie und man sollte sie kennen. In der Wunschvorstellung der Organisationssekretäre beider großer Parteien sollte ein Reisender bereits am Bahnhof von den Passanten erfahren können, wo der lokale PCI- oder DC-Verband seinen Sitz hatte. Das Publikum passte sich auf seine Weise an: Wer kein Kommunist war, gab einfach vor, den Parteisitz nicht zu kennen. ³²⁹ Die DC-Führung wollte solchen Problemen begegnen, indem sie die lokalen Parteigliederungen 1945 aufforderte, Hinweisschilder aufzustellen. Dies sei, so hieß es im Organisationsmagazin der Partei, auch aus »repräsentativem und

MI, 7.7.1954. ACS, MI-GAB, PP 1944–1966, b. 3, fasc. 160/P/14; Prefetto di Bologna an das MI, 19.9.1954. Anlage zu: Il Capo della Polizia, Rom, an das MI, 1.10.1954. Ebd.

³²⁵ Distribuzione di generi alimentari presso gli ex gruppi rionali, in: *IL POPOLO*, 8.6.1944.

³²⁶ In seinen programmatischen Erklärungen zum Regierungsantritt präsentierte De Gasperi seit 1948 den »Staat« als höchsten Wächter gegen die kommunistische Bedrohung, vgl. A. GIOVAGNOLI, *Resistenza*, 1996, S. 322.

³²⁷ P. GINSBORG, *Storia d'Italia*, 2006, S. 263.

³²⁸ Prefetto di Bologna an das MI, 5.10.1953. ACS, MI, GAB, PP 1944–1966, fasc. 160/P/14.

³²⁹ G. CALANDRONE, *Comunista in Sicilia*, 1972, S. 16.

propagandistischem Blickwinkel« nützlich, denn es zeige Präsenz.³³⁰ Noch 1968 erschienen die zentralen Organisationssekretäre sowie regionale und lokale Funktionäre, um neue Sektionssitze von PCI und DC feierlich einzuweihen.³³¹

Ihre symbolische Bedeutung machte die Sektionssitze zu beliebten Angriffszielen. Weil man immer wusste, wohin man zu gehen hatte, um seinen Missmut über bestimmte politische Entwicklungen zu äußern, stachelte das Raumbewusstsein der postfaschistischen Parteien die politische Gewalt im Nachkriegsitalien an. Das galt etwa für aus dem Krieg heimkehrende Soldatengruppen, die gleich nach der Landung in Apulien die frisch eröffneten linken Sektionssitze stürmten und die Anwesenden zwangen, »es lebe der König« auszurufen. Das Angreifen, Anzünden, Zerstören oder Schänden gegnerischer Sektionssitze (zum Beispiel mit Kot) war unter Monarchisten, Qualunquisten und Kommunisten vor allem im Mezzogiorno in den 1940er Jahren weit verbreitet; umgekehrt nutzten die Parteimitglieder ihre Sektionssitze auch wie Festungen, wenn sie etwa mit Gesängen die politischen Gegner zu Angriffen provozierten und sich dann in ihren Räumen verschanzten.³³² Die Mehrheit solcher Zusammenstöße trug sich in kleineren Gemeinden zu, doch auch in den größeren Städten wie in Bologna konnte es zu Anschlägen gegen Parteisitze kommen.³³³

Ferner bildeten Präfekturen wichtige Referenzorte urbaner politischer Kommunikation im Nachkriegsitalien. Gelang es Kommunisten im Zuge der Sozialproteste, die sie als »Volksvertreter« vor die Präfekturen führten, diese zu erstürmen, hängten sie rote Fahnen aus den Fenstern, wie 1945 in Bari. Der Zorn gegen Orte des Staates konnte aber auch katholische Arbeiter erfassen. So besetzten Mitglieder der ACLI im Zuge von Nahrungsmittelprotesten in Como 1947 ebenfalls die städtische Präfektur.³³⁴ Ministerpräsidenten oder DC-Minister indes begaben sich beim Besuch der Stadt selbstredend in die Präfektur, um den lokalen Vertreter des Staates zu begrüßen.

Kirchen waren in der urbanen Topographie der Ersten Republik genauso dualistisch besetzt. Während führende DC-Politiker bei städtischen Besuchen

³³⁰ Segnalazioni, in: DEMOCRAZIA CRISTIANA. BOLLETTINO ORGANIZZATIVO, 30.9.1945.

³³¹ Il Partito, in: IL POPOLO, 7.4.1958; Prefetto di Bologna an das MI, 29.9.1958. ACS, MI-GAB, PP 1944–1966, fasc. 160/P/14; Ad Alberobello la sezione dei giovani d.c., in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 3.3.1968; La nuova sede d.c. inaugurata a Triggiano, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 5.3.1968.

³³² M. MAGNO, Puglia, 1988, S. 40 f., 61; Capo della Polizia, Minervino Murge, an das MI, 2.4.1948. ACS, MI-GAB, 1948, fasc. 17410; Carlo Principe, Tenenza Carabinieri Monopoli: Telegramma N. 7424 an das MI, 13.3.1948. Ebd.

³³³ P. NENNI, Tempo, 1981, Eintrag v. 14.11.1947, S. 396; Per la difesa democratica contro le violenze fasciste, in: LA LOTTA, 17.11.1945; I lavoratori bolognesi si mobilitano contro il risorgere della violenza fascista, in: LA LOTTA, 22.12.1945.

³³⁴ M. MAGNO, Puglia, 1988, S. 37, 55, 253; Bericht aus Como, in: Segreteria Organizzativa [der DC] an Antonino Villani, Segreteria Particolare del Ministero Interni, 29.3.1947. ILS, DC, SP, Atti dei segretari, Sc. 3, fasc. 3; Segreteria Organizzativa [der DC] an Antonino Villani, Segretario Particolare di S.E. Scelba 7.5.1947. Ebd.

öffentlichkeitswirksam einer katholischen Messen beiwohnten³³⁵, galten die zahlreichen Kirchen einer Stadt den Kommunisten als Orte der Volksverhetzung; Pfarrer, Mönche und Bischöfe stempelten sie zu korrupten Volksfeinden. Daher galt es, ihre Orte symbolisch zu entweihen. Mitunter beschmierten oder verschandelten Kommunisten Kirchgebäude und Kapellen oder demolierten schwarze Bretter der Pfarreien. Kurz vor den Wahlen 1948 versuchten sie sogar, den Bologneser Dom San Petronio zu stürmen, als dort vor großem Publikum eine Konferenz stattfand.³³⁶

Wie mit dem Staat begab sich der PCI auch mit der Kirche in den Kampf um Repräsentationsraum im Herzen der Stadt, wobei die meisten Scharmützel mit List ausgefochten wurden und sich über Jahre hinziehen konnten. Eine solche Posse ereignete sich im Städtchen Sasso Marconi in der Provinz Bologna, wo die kommunistische Stadtregierung kurz nach Kriegsende ein Gebäude an der zentralen Piazza an den PCI vermietet hatte. Die örtliche Partei hatte dort eine Casa del Popolo eingerichtet und sich von dem Umstand, dass sie sich in unmittelbarer Nachbarschaft zur lokalen Hauptkirche befand, zur Montage eines überdimensionierten Parteisymbols an der Hausfassade verführen lassen. Der örtliche Pfarrer musste darüber schäumen, dass Hammer und Sichel nun im buchstäblichen Sinne Schatten auf seinen Kirchturm warfen. Die Genossen nutzten die technologische Entwicklung der 1950er Jahre, um durch die Installation von Leuchtröhren auch die nächtliche Kontamination des sakralen Ortes mit grellem Neonlicht sicherzustellen. Über Jahre hinweg versuchten Kirchgemeinde und Präfekt, auf rechtlicher Grundlage gegen diese symbolische Störung vorzugehen. Das »absurde Arrangement«, so wusste der Präfekt 1959 zu berichten, zog zahlreiche Touristen »auf der Durchreise« an, die kamen, um Fotografien zu machen und »ironische Kommentare« abzugeben. Erst als Kirche und Staat auf die Idee kamen, dem lokalen Verband für Denkmalschutz anzutragen, sich für den Schutz des Stadtbildes einzusetzen, gelang es ihnen, das Parteisymbol demontieren zu lassen. Die lokalen Kommunisten antworteten freilich mit einem enormen Proteststurm und sahen die »demokratischen und sozialistischen Gefühle der Bevölkerung« von der anmaßenden Staatsmacht verletzt.³³⁷

Die neuen politischen Akteure hinterließen mithin sichtbare Spuren in der politischen Topographie der italienischen Stadt: Die Italiener konnten sehen, wie die »Demokratie« einzog. Was die Raumpraxis anheizte, war ihre Bedeutung als Medium zur Verhandlung von Herrschaft und von politischer Potenz, nicht nur zwischen den politischen Gegnern, sondern auch zwischen lokalen Akteuren und dem Staat. Urbane Räume waren ein Schaufenster der Macht

³³⁵ Siehe etwa: De Gasperi parla acclamato a Lecce e a Taranto, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 23.2.1948.

³³⁶ Tenente Ferrarese, Carabinieri Bologna: Fonogramma an das MI, 14.4.1948. ACS, MI-GAB, 1948, fasc. 17414; Mario Sacchi, Tenenza Carabinieri di Altamura (Bari), an das MI, 1.4.1948. Ebd., fasc. 17410; Compagnarderie: Al valor civile, in: L'AVVENIRE D'ITALIA, 21.5.1953.

³³⁷ Prefetto di Bologna an das MI, 16.12.1959. ACS, MI-GAB, PP 1944–1966, fasc. 160/P/14.

und der Legitimität, und das städtische Publikum nahm daran lebhaft Anteil, wie die weitere Entwicklung der jungen Republik zeigen sollte.

Gereinigte Räume in Deutschland

Traditionell hatten sich auch und gerade in Deutschland die politischen Massenbewegungen und Milieus im frühen 20. Jahrhundert in die urbanen Topographien eingeschrieben, meist in direktem Kampf mit Staat und Polizei, die versuchten, sie aus dem öffentlichen Raum zu drängen. Dem katholischen Milieu dienten neben den Kirchen die Kolpinghäuser als Orte der Gegenkultur, die vor allem zur kulturellen Bildung und Freizeitgestaltung frequentiert wurden.³³⁸ Die Sozialdemokraten schufen seit der Jahrhundertwende aktiv Gegenräume zu Staat und Kirche: Die Volks- oder Gewerkschaftshäuser waren als Rückzugsorte, Freizeiteinrichtungen und Repräsentationsbauten der Arbeiterbewegung konzipiert und sollten in Städten wie Hamburg auch einen Alternativraum zum Rathaus darstellen.³³⁹ Der Kampf um Räume, vor allem um Parteilokale und Versammlungssäle, gehörte zum sozialdemokratischen Alltag im Kaiserreich, auch in Hamburg. Kommunisten und Nationalsozialisten setzten diese Praxis in der Weimarer Republik fort.³⁴⁰

Überreste dieses Raumbewusstseins kamen 1945 noch zur Geltung, etwa wenn ein Dortmunder Kommunist »den Laden« beschlagnahmte, »wo der Luftschutzwart Tesmer drin saß«, und sein Plakat an der Ladentür durchaus Schaulustige anzog.³⁴¹ Auch die Hamburger Sozialisten und Sozialdemokraten bemühten sich um die Restitution ihres einstigen, zum Teil zerstörten Gewerkschaftshauses am Besenbinderhof. Die britische Militärregierung kam ihrer Bitte nach und übergab das Gebäude der SFG, die anschließend darin ihre offizielle Gründung vornahm. Die Hamburger Landesorganisation der SPD konstituierte sich in einem traditionellen Volkshaus in Wandsbek.³⁴²

Im Unterschied zu Italien ging diese Restituierung linker Orte jedoch nicht mit einem expressiven Kult der Rückeroberung einher: Die Sozialdemokraten okkupierten nicht verlassene Gebäude; sie warteten, bis die Alliierten ihnen diese Orte übergaben. Auch aus den Umbenennungen von Straßen und Plätzen machten die Sozialdemokraten keine Zeremonien der politischen Umwertung. Wenn im Herbst 1945 in Hamburg die diversen Adolf-Hitler-Straßen in

³³⁸ In protestantischen Städten wie Hamburg waren sie jedoch von marginaler Bedeutung geblieben, vgl. A. OWZAR, »Reden«, 2006, S. 141.

³³⁹ Vgl. W. NIESS, Volkshäuser, 1984, S. 168; A. OWZAR, »Reden«, 2006, S. 135–137.

³⁴⁰ Vgl. S. REICHARDT, Faschistische Kampfbünde, 2009, S. 107, 125–127, 449–475; J. C. HÄBERLEN, Vertrauen, 2013, Kap. I; zu Hamburg vgl. F. BAJOH, Widerstand, 1985, S. 12. Zu Arbeitervierteln vgl. D. SCHMIECHEN-Ackermann, Nationalsozialismus, 1998. Zum Kaiserreich vgl. A. OWZAR, »Reden«, 2006, S. 158 f.

³⁴¹ Tagebuch des O. Bettgenhäuser (Dortmund), Eintrag v. 16.4.1945, abgedr. in: A. VON Plato/A. LEH, »Frühling«, 1997, S. 166.

³⁴² H. KALBITZER, Widerstehen, 1987, S. 100 f.; W. TORMIN, Geschichte der SPD, 1994, S. 24, 28.

»Bebelallee« oder »Friedrich-Ebert-Straße« zurückbenannt wurden, konnten die Genossen dies nicht einmal in der Presse feiern, da sie zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht über Zeitungen verfügten.³⁴³

In Ulm, wo die Umbenennung von Straßen und Plätzen längere Zeit in Anspruch nahm, zeigte sich die SPD für diese Art der Symbolpolitik durchaus sensibel und warf dem Oberbürgermeister Scholl vor, nicht die gebotene Eile an den Tag zu legen. Die *Schwäbische Donauzeitung* machte daraus ein Thema und schrieb im Mai 1946, die Umerziehung der Deutschen müsse im Kleinen beginnen, und ein erster Schritt sei, sich von den Straßennamen und Denkmälern zu befreien, die an die militaristisch-nationalistische Vergangenheit gemahnten. Ein Foto war dem Kommentar zur Seite gestellt; es zeigte die Hausfassade einer Straßenecke, an der ein Schild mit der Aufschrift »Reichsbanner Sch.R.G.« prangte – ein Relikt aus Weimarer Zeiten, das »die Gestapo und sonstige ›Sicherheitsorganisationen‹ gut überlebt« habe. Wie sehr den Ulmern aber die Sensibilität für derartige politische Symbolfragen abhanden gekommen war, monierten die Redakteure selbst: »Man sagt, das seien Kleinigkeiten ohne Bedeutung, um hinter solcher Ausrede die laxe Haltung oder die im Grunde reaktionäre Gesinnung zu verbergen.«³⁴⁴

In Ulm mochten die Sozialdemokraten dies bedauern, doch insgesamt waren sie selbst Träger einer zurückhaltenden Symbolpolitik.³⁴⁵ Ein Pressefoto vom September 1945 zeugt davon, dass die Hamburger SPD feierlich die Entfernung des Hakenkreuzes von der Fassade des Gewerkschaftshauses beging. Vertreter der Militärregierung und zahlreiche Schaulustige waren dabei zugegen und formten so eine Art Ritual, glaubt man der alliierten Zeitung, die darüber berichtete. Die Bedeutung dieses Rituals lag aber darin, einen Ort von politischer Symbolik zu *befreien*. Die rote Fahne wurde nicht gehisst.³⁴⁶ Es war mithin nicht die politische Neubesetzung, sondern die symbolische Reinigung von den Spuren des Nationalsozialismus, die der neuen Topographie der demokratischen Stadt in Westdeutschland ihr Gepräge gab.³⁴⁷

In der städtischen Öffentlichkeit wurde die Neuaneignung dieser nunmehr politisch bereinigten Umgebung bisweilen als ein Akt der Rückgewinnung von »Heimat« präsentiert. Anlässlich des traditionellen Volkswandertages im Mai 1946 ließen die Ulmer Sportvereine über die *Schwäbische Donauzeitung* verlauten, »diesen Tag wieder ihrem [sic] ursprünglichen Zweck zuzuführen. Frei und

³⁴³ Änderung der Straßennamen, in: HAMBURGER NACHRICHTEN-BLATT, 1.10.1945; Straßentrückbenennung, in: NEUER HANNOVERSCHER KURIER, 19.6.1945. Zu Bayern vgl. M. KRAUSS, Amerikanische Besatzungskultur, 2007, S. 78.

³⁴⁴ Bemerkungen, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 4.5.1946.

³⁴⁵ Stadt Ulm: Auszug aus der Niederschrift über die Beratungen des Oberbürgermeisters mit dem Beirat der Stadt Ulm v. 21.12.1945, Bl. 5. StAU B 006/10 Nr. 8.5. Vgl. G. KORFF, Symbolgeschichte, 1991.

³⁴⁶ H. HOHLBEIN, Hamburg 1945, 1985, S. 178.

³⁴⁷ Für Beispiele siehe: R. SCHULZE, Unruhige Zeiten, 1990, S. 122; A. VON Saldern, Häuserleben, 1995, S. 290; H. SCHARZMAIER, Südwesten, 1975, S. 123.

ungebunden wollen wir [ihn] in großer Gemeinschaft verbringen, und als eine große Familie betrachten mit dem einen Ziel, die Liebe zur Natur und zu unserer Heimat zu fördern.«³⁴⁸ Die Rückkehr zur heimatlichen Natur stand hier für die »Befreiung« von politischer Instrumentalisierung, ganz ähnlich wie im Entnazifizierungsdiskurs das Label lokaler Identität als Ausweis der wahren Persönlichkeit diente. »Heimat« erfuhr als Identitätskonzept nach 1945 eine neue Konjunktur nicht nur, weil in ihm traditionell die nunmehr fragil gewordene Nation aufgehoben war, sondern auch, weil es den Deutschen nach einem hochpolitisierten Zeitalter eine sinnhafte Neu-Beschreibung ihrer lokalen Umgebung ermöglichte, ohne neue Politisierungen erfahren zu müssen.³⁴⁹

Der deutsche Umgang mit städtischem Raum ist ohne das hohe Maß an Zerstörungen nicht zu verstehen. Seit den Bombenangriffen im Krieg hatten die Deutschen einen raumsensiblen Blick entwickelt, der die Zerstörungen altvertrauter räumlicher Strukturen und Monumente zu verarbeiten hatte. Schutt und Asche, verschwindende Straßen, Gebäude und Ruinenlandschaften banden die Aufmerksamkeit der Stadtbewohner und brachten neue Bewegungsroutinen und Nutzungsmuster mit sich.³⁵⁰ Was im Wiederaufbau neu erstand, wurde Teil der ganz persönlichen Biographie; erhaltene oder verschwundene Wahrzeichen der Stadt wurden geradezu liebevoll beschrieben. Es war mithin keineswegs so, dass die Deutschen der Zerstörung ihrer alten Städte empathielos begegneten, wie ausländische Zeitgenossen zu beobachten meinten.³⁵¹ Stattdessen neigten sie umso mehr zur »zivilen« (anstatt politischen) Neu-Beschreibung urbaner Orte und des gesamten Stadtgefüges. Sie äußerte sich auch in den Auseinandersetzungen zwischen der Lokalpresse, Hausbesitzervereinen und alliierten Militärregierungen um den beschlagnahmten Wohn- und Geschäftsraum – ein Kampf um urbane Räume, den einmal mehr die westdeutschen Stadtgesellschaften scheinbar auf eigene Faust, ohne Hilfe von Parteien, ausfochten.³⁵² Ein »zivilen« Ton grundierte auch die Debatten um den Wiederaufbau, die – bei aller Nostalgie für die untergegangene Altstadt – den Willen erkennen ließen, die neue Stadt von den materiellen Relikten der politischen Vergangenheit zu reinigen. In Kassel, das nahezu komplett neu gebaut wurde, begrüßten Zeitgenossen in den 1960er Jahren das Verschwinden der alten Stadt, die in ihren kognitiven Landkarten mit Nationalsozialismus, Krieg und Tod verbunden war. Das neue Kassel galt ihnen, so Jörg Arnold, als Manifestation des mentalen Neubeginns.³⁵³

³⁴⁸ Der Salenhau ruft!, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 4.5.1946.

³⁴⁹ Vgl. C. APPLGATE, *Nation of Provincials*, 1990; H. KNOCH, *Einleitung*, 2004; A. CONFINO, *Kriegserinnerungen*, 2004.

³⁵⁰ Siehe O. LUBRICH, *Berichte*, 2007; vgl. M. ZIERENBERG, *Stadt der Schieber*, 2008, S. 180–185; S.-L. HOFFMANN, *Gazing at Ruins*, 2011.

³⁵¹ Zwischen Schutt und Ruinen, in: HAMBURGER ECHO, 20.4.1946. Das Tagebuch Egbert Hoffmanns ist ein aussagekräftiges Dokument dessen, siehe: E. A. HOFFMANN, *Hamburg '45*, 1985. Vgl. S.-L. HOFFMANN, *Kriegsende*, 2010.

³⁵² Vgl. T. SCHARNHOLZ, *German-American Relations*, 2013.

³⁵³ Vgl. J. ARNOLD, »Once upon a time«, 2011, S. 458, 463 f.

Im Zuge dessen wurde Politik, namentlich Parteipolitik, weitgehend unsichtbar gemacht. Wo die Parteien »saßen«, war den westdeutschen Nachkriegsstädtern bei weitem nicht so geläufig wie den Italienern. Überhaupt hatte Örtlichkeit für das demokratische Parteilieben nach 1945 nur noch eine schwache Funktion. Das lag nicht nur an den fehlenden Räumlichkeiten, sondern vor allem daran, dass die Parteien keine multifunktionalen und geselligen Zentren mehr schufen. Während es in Italien auch sprachlich verbreitet war, »in die Sektion« zu gehen (»andare in Sezione«), verfügten Sozialdemokraten und Christdemokraten kaum über feste eigene Orte, an denen sie sich treffen konnten. »In die Kreisgeschäftsstelle« gingen Parteimitglieder höchstens, um Flugblätter abzuholen oder einer Sitzung beizuwohnen. Schon die Namensgebung deutete an, dass dort Verwaltung, nicht Vergemeinschaftung im Vordergrund stand. Dementsprechend war sie klein, karg und selten den vollen Tag besetzt, außer vielleicht im katholischen Montabaur, wo der neue CDU-Kreisgeschäftsführer sie 1953 wegen Geldmangels in einem Zimmer seiner Mietwohnung eingerichtet hatte.³⁵⁴ Zum Vergleich schien es dem kommunistischen Funktionär Giacomo Calandrone ein berichtenswertes Detail, wenn er im Hauptsitz des PCI im sizilianischen Enna 1946 »nur zwei Zimmer« und einen Funktionär antraf. Als »sehr bescheiden und äußerst kalt« beschrieb er den Ort: eine Atmosphäre, die nördlich der Alpen wohl zur Normalität gehörte. Bei den italienischen Kommunisten hingegen war die Norm, jeden Sektionssitz so »gemütlich« wie möglich zu machen: wie eine kleine Casa del Popolo.³⁵⁵

Die deutschen Funktionäre aus dem SPD-Parteivorstand hatten ganz andere Probleme, als sie im Wahlkampf 1957 durch die Lande reisten und sich die Räume ihrer Partei besahen. Für die übergroße Mehrheit der Städte gelte, so ihr Bericht, dass die Bürger nicht erfuhren, unter welcher Adresse oder Telefonnummer sie mit der SPD in Kontakt treten konnten. Von den 185 Parteibüros der Ortsvereine, Kreise, Unterbezirke und Bezirke, die allesamt hauptamtlich besetzt waren, ließen zwanzig von außen gar nicht erkennen, dass es sich um ein SPD-Büro handelte. Nur wer länger suche, finde an einigen Bezirksbüros neben der Klingel ein Schildchen mit der Schreibmaschinenaufschrift »SPD«. Sofern man dann noch den richtigen Eingang gefunden habe, würden die Öffnungszeiten teilweise zu wünschen übrig lassen. An den SPD-Büros seien häufig »die berühmten Zettel zu finden ›Bin in 20 Minuten zurück«, nur dass man nie weiss, wann diese 20 Minuten beginnen oder aufhören«. Nicht einmal zu Wahlkampfzeiten, so monierten die Genossen aus der Parteizentrale, seien die SPD-Sekretariate verlässlich besetzt und in irgendeiner Form mit Propaganda versehen, obwohl sie sich teils in parteieigenen

³⁵⁴ A. HANZ, *Ein Leben*, 1991, S. 132.

³⁵⁵ Attivizzare politicamente tutto il Partito, in: LA LOTTA, 15.12.1945; G. CALANDRONE, *Comunista in Sicilia*, 1972, S. 21.

Gebäuden befänden, »dabei riesengrosse 5 Stock hohe Eckgebäude. Diese Abstinenz wurde angeblich aus Rücksicht auf die Mieter geübt.«³⁵⁶

Was die führenden Funktionäre nicht recht verstanden, konnte vor Ort durchaus ein Problem sein: Parteiverbände nahmen Rücksicht auf ihr soziales Umfeld und wollten nicht zu sehr auffallen. Ihre Beziehungen zu Vermietern oder anderen Mietparteien konnten konflikträchtig sein. In Hamburg-Eimsbüttel etwa, wo der SPD-Kreisverband Räume im Haus einer Guttempler-Loge bezogen hatte, kam es zu einem Eklat, nachdem sich die Genossen am Abend der ersten Bundestagswahlen in ihrer Kreisgeschäftsstelle mit einigen Getränken von den Strapazen des Wahlkampfes erholt und dabei offenbar zu tief ins Glas geschaut hatten. Die abstinenten Guttempler zogen sofort Parallelen zu den »alkoholischen Orgien [...], wie sie angeblich vor 1945 in den politischen Dienststellen vorgekommen sein sollen«, und drohten mit Rauswurf.³⁵⁷ Solche Geschichten bezeugen zugleich, dass es im roten Hamburg mit den einstigen Bezirks- und Agitationslokalen nicht weit her war, was in Regionen wie dem Ruhrgebiet anders aussehen konnte. Vereinzelt gab es sie in der Hansestadt noch; bisweilen fungierten sie anfangs sogar als Wahllokale. Doch von ausgewiesenen Parteilokalen kann weder in Hamburg noch in Ulm die Rede sein.³⁵⁸ Auch die Gewerkschaftshäuser dienten in erster Linie nur noch als Versammlungsorte, in Hamburg etwa für Landesparteitage. Als Orte politischer Sozialisation blieben sie offenbar im Gedächtnis der Stadtbewohner kaum erhalten.³⁵⁹ Einmal mehr konnte es in ländlichen oder kleinstädtischen Gebieten anders aussehen: Im oberpfälzischen Schwandorf, einer kleinen industriellen Hochburg der SPD, eröffneten die Sozialdemokraten nach 1945 ein neues »Volkshaus« mit integriertem Parteilokal und Räumen auch für den Arbeiterbildungsverein.³⁶⁰

Zu Mitgliederversammlungen trafen sich Hamburger Sozialdemokraten vorwiegend in Klassenzimmern oder Schulaulen. Das Wirtshaus war den Genossen, wie auch manchem CDU-Parteifreund, womöglich zu teuer; häufig war es aber auch zu klein. Die Hamburger SPD ging angesichts fehlender Referenten bereits in den 1940er Jahren dazu über, die Mitgliederversammlungen von der Bezirks- auf die Distriktsebene zu verlagern oder für mehrere Bezirke gleichzeitig abzuhalten, so dass bei gutem Besuch bis zu zweihundert Menschen Platz finden mussten.³⁶¹

³⁵⁶ O.V. [SPD-PV, Propagandareferat]: Splitter aus dem Wahlkampf, o. D. [1957], Bl. 4. AdsD, NL Anders, Mp. 3.

³⁵⁷ Karl Rudeck, Vereinigte Guttempler-Logen des I.O.G.T. zu Hamburg-Eimsbüttel e. V., an die SPD Kreis 14, Peter Blachstein, 16.8.1949. AdsD, NL Blachstein, Mp. 22.

³⁵⁸ August Strate (Hamburg) an Peter Blachstein, 16.6.1949. AdsD, NL Blachstein, Mp. 27; Louis Sellmer, Kreissekretär Kreis I der SPD Hamburg: Rundschreiben Nr. 30/53, 2.9.1953. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 332.

³⁵⁹ So für Düsseldorf schon in den 1920er Jahren: A. KUNTZ-Stahl, Volkshaus, 1986, S. 159 f.

³⁶⁰ D. Süss, Kumpel und Genossen, 2003, S. 61–63.

³⁶¹ Vers.prot. 11.1.1948, Kreis VIII, Harburg, Bezirk: Wilstorf-Nord, Bezirksabend von 3 Wilstorfer Bezirken am 9.1.1948. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 338; SPD LO HH, Organisationsabtei-

Passende Versammlungsräume waren daher angesichts der Zerstörungslage rar gesät. Noch 1951 fanden im Hamburger SPD-Kreis Harburg-Wilhelmsburg keine Distriktmitgliederversammlungen statt, weil Räumlichkeiten fehlten. Hohe Saalmieten machten den Hamburger Sozialdemokraten zu schaffen und leerten die Kassen der Kreise. Die Hamburger Partei versuchte daher über die Bezirksausschüsse (kleine Stadtteilparlamente) gezielt, Versammlungsräume zu schaffen und sich Kreisgeschäftsstellen mit geeigneten Räumlichkeiten zu mieten.³⁶² Die CDU hatte solche Probleme nicht, da sie mit ihrer überschaubaren Zahl aktiver Mitglieder gerade in den Städten mit den Wirtshäusern Vorlieb nahm und damit einen geselligen Rahmen zur Verfügung stellte. Politik war so entweder an hochfunktionalen Orten präsent, wo verwaltet und korrespondiert wurde und allenfalls Schulungen stattfanden, oder nur für einige Stunden an provisorischen Orten zu Gast: von Schlössern (Hanau) über halb abgebrochene Stadthallen (Münster) bis hin zu Werkskantinen, wie in Hannover anlässlich des ersten SPD-Parteitags 1945.³⁶³

Die begrenzte räumliche Dimension von Politik ging häufig damit einher, dass die Parteien zeitgleich aufeinandertrafen, und das an Orten, die ihrer Funktion gemäß Menschen (vor allem: Männer) unterschiedlicher sozialer Herkunft und politischer Gesinnung zusammenbrachten. In Stuttgart versammelten sich am 1. Mai 1946 10 000 Menschen im Hof der Rotebühlkaserne, wo führende Vertreter von SPD, CDU und DVP sprachen. Zur selben Zeit waren in Ulm, glaubt man dem emphatischen Bericht der *Schwäbischen Donauzeitung*, nicht nur Sozialdemokraten, sondern »alle Schaffenden« der Stadt in der Werkhalle der Firma Klöckner-Deutz zusammengekommen. »Diese Werkhalle, in der an diesem Tag nicht der eherne Hammerschlag der Arbeit erdröhnte, war so richtig geeignet, dieser Feier den würdigen Rahmen zu verleihen.« In anheimelnder Atmosphäre schien die versammelte Stadtbürgerschaft den 1. Mai nicht mehr mit klassenkämpferischer Attitüde, sondern in Gemeinschaftlichkeit zu begehen: Das Ulmer Orchester ließ eine Beethoven-Ouvertüre erklingen, der Volkschor sang »Ich warte Dein«, das Maifeier-Lied wurde lediglich rezitiert, und lokale Vertreter von SPD, KPD und CDU sprachen über den Wiederaufbau, bevor die Feierstunde mit einem Huldigungsmarsch ihr Ende fand. »Nicht Hass, sondern Verständigung« sei das Motto gewesen, frohlockte die *Schwäbische Donauzeitung*.³⁶⁴ Werkhalle, Kantine oder Kaserne entsprangen als neue Orte der kurzweiligen

lung: Niederschrift über die Sitzung der Kreis-Org.[-]Leiter am 20.12.1948, 29.12.1948. AdsD, NL Blachstein, Mp. 21.

³⁶² Reinhold Weise, SPD-Fraktion beim Beratenden Ausschuss, Bezirksamt Eppendorf-Winterhude, an die SPD-LO HH, 16.9.1949; Willi Schmedemann/Max Rosengart an Weise, 10.8.1949. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 207; Protokoll über die Sitzung der Organisations-Kommission v. 24.7.1951, Bl. 13, 18. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 223.

³⁶³ L. BERGSTRÄSSER, Befreiung, 1987, Eintrag v. 27.3.1946, S. 109; H. PÜNDER, Lebenserinnerungen, 1968, S. 203; T. PIRKER, SPD nach Hitler, 1965, S. 46.

³⁶⁴ Maifeiern in aller Welt, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 4.5.1946; Aus Württemberg-Baden: 10 000 Stuttgarter feierten den 1. Mai, in: ebd.; Maifeier der KPD, in: ebd.

politischen Versammlung freilich dem Improvisationszwang der urbanen Zerstörung. Doch sie konnten in Zeiten starker sozialer Gegensätze und drohender Konflikte nach Ende des NS-Regimes den lokalen Zusammenhalt symbolisieren.³⁶⁵ Ihre politische Nutzung von links verwies auf eine Aussöhnung zwischen Militär und »Volk«, Kapital und Arbeit. In der politischen Nutzung der urbanen Nachkriegsräume zeigte sich so die Sehnsucht nach einem gemeinschaftlichen Neuanfang: Der Kampf war aus den raumbezogenen Praxisformen gewichen. Hamburgs erste Kundgebung unter freiem Himmel fand bezeichnenderweise auf einem Friedhof statt: Das Komitee ehemaliger politischer Gefangener gedachte der politischen Opfer des NS-Regimes und hatte dazu Vertreter von CDU, SPD, KPD und FDP versammelt.³⁶⁶

In der deutschen Raumpraxis spiegelte sich mithin eine Rhetorik der Gemeinschaftlichkeit, die sich in die urbane Nachkriegsgesellschaft herübergerettet hatte.³⁶⁷ Sie bezog ihre Kraft aus dem Verweis auf Ruinen und Todesopfer und ließ es nicht zu, die Stadt zum Objekt politischer Kämpfe zu machen – selbst, wenn sie nicht zerstört worden war. Auf der ersten Großkundgebung von CDU/CSU anlässlich des Wahlkampfauftritts 1949 sprach der Lokalkandidat Eduard Wahl auf dem Heidelberger Schloss diesen Zusammenhang an: »Meine Damen und Herren! Die Wahl des Heidelberger Schlosses für die heutige Kundgebung hat eine tiefe symbolische Bedeutung. Wir stehen auf einem Berg voller Ruinen und schauen hinab in eine alte unzerstörte Stadt. So steht gleichsam die gesamte Führerschaft der Christlich Demokratischen Union zusammen mit dem deutschen Volke auf einem Berge von Ruinen, aber sie tragen das Bild des alten unzerstörten Deutschlands in ihren Herzen (Beifall).« Heidelberg, so der Direktkandidat, möge »zum Symbol werden für den Wiederaufstieg des Volkes und Vaterlandes.«³⁶⁸ Wer die Stadt derart zum Projektionsfeld vaterländischer Wiederauferstehungshoffnungen erhob, konnte in ihr kein Repräsentationsfeld für innergesellschaftliche Konflikte erblicken.

Zusammenfassung

Deutsche und Italiener teilten die Erfahrungen von Diktatur, Krieg und Nachkriegselend, traten dadurch aber nicht selbstredend in einen Entpolitisierungsprozess ein. Vielmehr erfuhren die Italiener ihre Transition vom Regime zur Republik als eine Phase lokaler Selbstermächtigungen unter den Bedingungen prekärer und illegitimer Staatlichkeit. Im Zuge dessen wurde Politik zu einer

³⁶⁵ Vgl. N. GREGOR, *Trauer und städtische Identitätspolitik*, 2009, S. 133 f. Zur Kaserne vgl. A. OWZAR, »Reden«, 2006, S. 46.

³⁶⁶ H. HOHLBEIN, *Hamburg 1945*, 1985, S. 175.

³⁶⁷ Vgl. M. THIESSEN, *Erinnerungen*, 2012.

³⁶⁸ Universitätsprofessor Dr. Edmund Wahl [Bundestagskandidat Heidelberg] auf der Großkundgebung der CDU/CSU in Heidelberg am 21. Juli 1949, Bl. 2 f. ACDP 07–001–5002.

»konkreten« Erscheinung gemacht; Demokratie schien aus den Städten heraus zu wachsen und fußte wesentlich auf Fürsorge- und Versorgungsleistungen, dem Ideal partizipativer Emanzipation und der parteipolitischen Besetzung urbaner Räume. Antifaschistische Akteure setzten damit zu weiten Teilen faschistische Praktiken fort und luden sie »demokratisch« auf. Sie präsentierten Politik im Alltag nicht so sehr als ideologisches Produkt, sondern als soziales, kulturelles und moralisches Angebot an die Italiener. Zugleich kehrten sie das faschistische Prinzip um, wonach die Massen einer abstrakt gedachten Nation zu dienen hatten.³⁶⁹ Stattdessen wurden die Stadt und ihre Bewohner, in Anknüpfung an politische Traditionen der liberalen Ära, zur Miniatur der Nation und damit zu Anspruchstellern gegenüber einem Staat, der fortan dem Volk dienen sollte. Im lokalen Ordnung-Schaffen zum Zwecke politischer Legitimation war bereits die ressourcenverteilende Mediatorenrolle angelegt, die Christdemokraten, aber auch Kommunisten in der Republik zwischen Staat und lokaler Peripherie spielen sollten, und die lokale Selbstpräsentation als Agenten des »Volkes« und seiner Partizipation lud die postfaschistische Demokratie mit hohen Erwartungen auf.³⁷⁰ Das Kapitel hat so die lokale Geburt der antifaschistischen Parteiendemokratie beschrieben, die den Resistenza-Gründungsmythos gewissermaßen zu einer materiellen Erfahrung machte. Insofern war er weit mehr als nur ein narratives Konstrukt antifaschistischer Eliten: Er integrierte weite Teile der lokalen Bevölkerung im Zeichen von Dienstleistung und selbstorganisierter Partizipation – und dabei zunächst auch zahlreiche Frauen.

Voraussetzung dafür war die relative Zurückhaltung der alliierten Besatzer. Ihre Strenge wiederum beeinflusste die westdeutsche Entwicklung, wo die neuen Parteien im Nachkriegschaos keine öffentliche Rolle als Ordnungsinstanzen wahrnehmen konnten und die Militärregierungen die Aufräumfunktionen übernahmen. Mit ihrem staats- und theoriezentrierten Politikverständnis gelang es den demokratischen Parteien nicht, in der urbanen Neuordnung ein Feld sinnvoller »politischer« Tätigkeit zu erblicken. Politik, in synonyme Verwendung zu Parteipolitik, wurde im Nachkriegsdeutschland auf etwas festgelegt, was in der Ferne lag, und wer sich um konkrete Probleme vor Ort kümmerte, konnte dies mit guten Gründen als »unpolitisches« Handeln ausweisen. Im Zuge der Entnazifizierung gerieten »politisches« Handeln und »Demokratie«, die Sozialdemokraten im Sinne *parteipolitischen* Handelns für sich reklamierten, noch zusätzlich in Verruf, brach der lokale Entnazifizierungsdiskurs doch mit der Vorstellung, dass sich persönliche Moralität und politische Gesinnung an Parteimitgliedschaft ablesen ließen.

Was in der Zeitgeschichte als »Entpolitisierung« gefasst worden ist, muss mithin als Produkt der westdeutschen Nachkriegsentwicklungen verstanden

³⁶⁹ Vgl. S. CAVAZZA, *Dimensione massa*, 2004, S. 316–320.

³⁷⁰ Vgl. G. TAURASI, *Ricostituzione*, 2007, S. S. 303, 308–312; S. TARROW, *Tra centro e periferia*, 1979; G. GRIBAUDI, *Mediatori*, 1980.

werden. Zugleich war der »unpolitische« Deutsche eine bewusste (Selbst-)Zuschreibung, die in der politischen Kommunikation zwischen enttäuschten Sozialdemokraten und »anderen Deutschen« produziert wurde, welche dem Politikverständnis der demokratischen Parteien keinen Wert für die Verbesserung ihrer urbanen Lebensbedingungen abgewinnen konnten und deshalb auch im parteipolitischen Engagement immer weniger Sinn erblickten. Zum Konzept der konkreten, alltagsnahen und graswurzelartig aus den Städten wachsenden »demokratischen« Politik in italienischen Städten gab es in Westdeutschland keine Entsprechung. Mit diesen unterschiedlichen Erfahrungs- und Vorstellungswelten im Hinblick auf die lokale Nützlichkeit der »neuen« Politik betraten Deutsche und Italiener die Kommunikationsbühnen ihrer jungen parlamentarischen Demokratien und des Kalten Krieges.



Abb. 2: SPD-Strassenwahlkampf in Köln, 1953 (Datierung des Archivs). Genossen fahren, Flugblätter abwerfend, auf einem Lautsprecherwagen durch die Stadt. Fotografie von Jupp Darchinger. Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, Fotoarchiv Jupp Darchinger

© J.H. Darchinger/Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn

Zweites Kapitel

Raum für die Parteien. Politische Repräsentation und Spielregeln im Kalten Krieg

Wahlkämpfe konfrontierten die Stadtbewohner mit den Repräsentationsgelüsten der parlamentarischen Politik. Doch wie sollte sie sich würdig in der postfaschistischen Stadt repräsentieren? Paul Betts hat mit Blick auf staatliche Zeremonien im öffentlichen Raum eine »Krise der kulturellen Repräsentation« des liberalen Regierungssystems in Westdeutschland konstatiert und diese These sogleich auf Italien übertragen: Nach der Erfahrung des Faschismus hätten sich Staat und Politik aus dem öffentlichen Raum zurückgezogen.¹ Mit Blick auf die Implementierung republikanischer Symbole und Rituale hat die jüngere historische Forschung für Italien eine ganz andere Geschichte erzählt. Kommunisten wie Christdemokraten und Kirche taten sich hier nach 1945 stark hervor und versuchten, im öffentlichen Raum der Stadt zu wichtigen Gedenkanklässen symbolisch sichtbar zu werden.² Demgegenüber waren Wahlkämpfe weder staatliche Inszenierungen noch konsensuale lokale Festakte, sondern Bühnen politischer Konfliktparteien, die um die Gunst der Wähler buhlten. Welchen Repräsentationsstil fanden die Parteien hier, wie machten sie die parlamentarische Demokratie in den Städten sichtbar? Und inwiefern setzten sie sich dabei vom Faschismus und Nationalsozialismus ab? Das Kapitel betrachtet Treffpunkte und Konfliktgeschehen im urbanen Wahlkampf und fragt danach, wie Wahlkämpfer, Wähler und urbane Öffentlichkeit die Gepflogenheiten politischer Repräsentation und die Spielregeln der Demokratie vor Ort aushandelten. Wieviel Raum gestanden die Stadtgesellschaften der parlamentarischen Politik nach 1945 zu?³

Politische Kommunikation war zwischen Ende der 1940er und Anfang der 1960er Jahre überschattet vom Kalten Krieg, den die beiden jungen Republiken auch in ihrem Inneren ausfochten. Bildlich und begrifflich waren Antikommunismus und politische Polarisierung in den massenmedialen Wahlkampagnen höchst präsent.⁴ Das folgende Kapitel fragt danach, inwiefern sich Städte wäh-

¹ P. BETTS, *Ästhetik und Öffentlichkeit*, 2003, S. 243 f.

² Vgl. M. RIDOLFI, *Politica della festa*, 1997; DERS., *Le feste nazionali*, 2003; Y. GUALANA, *Formation of a civil religion*, 2009. Zu Bologna im Speziellen, wo der PCI eine expressive lokale Ritualistik und Symbolik entwickelte, vgl. M. MIRETTI, *Tra consenso e ritualità*, 1997, S. 22 f.; D. I. KERTZER, *Politics and Symbols*, 1996, S. 20 f.; A. DE BERNARDI u. a., *Il Pci in Emilia-Romagna*, 2004.

³ Zu einem ähnlichen Erkenntnisinteresse mit Blick auf die Weimarer Republik vgl. J. C. HÄBERLEN, *Vertrauen und Politik*, 2013; DERS., *Klassenkampf*, 2012; K. MENNEN, *Selbstinszenierung*, 2013.

⁴ Vgl. P. P. D'ATTORRE, *Nemici per la pelle*, 1991; A. MARIUZZO, »La Russia com'è«, 2007; G. PAUL, »Alle Wege des Marxismus«, 2008; K. KOERNER, »Die rote Gefahr«, 2002; N. GRUBE,

rend der Parlamentswahlkämpfe in Arenen des ›inneren‹ Kalten Krieges verwandelten. In Italien liegt das vor allem für den Wahlkampf von 1948 nahe, der aufgrund der amerikanischen Interventionen und der aufgeheizten Atmosphäre im Land große Aufmerksamkeit in der Forschung erfahren hat.⁵ Katholiken und Kommunisten nutzten die ältere Denkfigur des »inneren Feindes« (*nemico interno*), um den politischen Kontrahenten zu delegitimieren. Der daran gekoppelte Vorwurf der Unlauterkeit (*slealtà*) erschwerte die Verhandlung demokratischer Spielregeln.⁶ Der Ersten Republik, so die These der historischen Forschung, gelang es nicht, einen Kanon geteilter Werte zu entwickeln, weil sie auf keine demokratischen Traditionen zurückblicken konnte oder weil unter Zeitgenossen ein gebrochenes Nationsverständnis vorherrschte. In vieler Hinsicht, so Stefano Cavazza, war sie den Verhältnissen in der Weimarer Republik sehr ähnlich.⁷

So spezifisch italienisch war die Durchdringung politischer Kommunikation durch die Kultur des Kalten Krieges⁸ aber nicht. Misstrauen, Diffamierungen, Verleumdungen und Verleumdungsklagen zwischen CDU und SPD waren in den 1950er Jahren an der Tagesordnung, und auch hier konnte die SPD zum »inneren Feind« und zur Agentin der Sowjetunion gestempelt werden. Der Vorwurf des Vaterlandsverrats gegen Willy Brandt ist vielleicht das prominenteste Beispiel dieser moralisch imprägnierten Konfliktkultur, die bis in die frühen 1960er Jahre keine Versöhnung kannte.⁹ Zunehmend entdeckt die historische Forschung den Antikommunismus als kognitives Handlungsmuster in Politik und Gesellschaft auch in der Bundesrepublik.¹⁰

Regierungspropaganda, 2010; T. MERGEL, *Enemy*, 2011; T. LINDENBERGER, *Massenmedien im Kalten Krieg*, 2006.

⁵ Vgl. E. NOVELLI, *Elezioni*, 2008; R. A. VENTRESCA, *From Fascism to Democracy*, 2004; K. MISTRY, *American intervention*, 2011. Bedeutend gewandelt hatte sich die bipolare Konfliktsituation auch beim zweiten Parlamentswahlkampf 1953 nicht, als die Regierung unter Alcide De Gasperi eine Reform des Wahlsystems verabschiedet hatte, die zu einer massiven Protestmobilisierung der politischen Linken führte. Vgl. M. S. PIRETTI, *La legge truffa*, 2003; P. SODDU, »Via il regime«, 2000. Zum Antikommunismus vgl. A. LEPRE, *L'anticomunismo*, 1997; R. PERTICI, *Il vario anticomunismo*, 2003.

⁶ Vgl. S. CAVAZZA, *Costituzione in piazza*, 1999, S. 158; DERS., *Delegittimazione*, 2010; A. VENTRONE, *Nemico interno*, 2005, S. 3, 18 f.; M. S. PIRETTI, *Occidente vs Comunismo*, 2006; A. MARIUZZO, *Divergenze parallele*, 2010; F. CAMMARANO, *Delegittimazione*, 2009, S. 16, 21; L. DI NUCCI/E. GALLI DELLA LOGGIA, *Due nazioni*, 2003.

⁷ Vgl. S. CAVAZZA, *Comunicazione di massa*, 2002, S. 203 f.; DERS., *Transizione difficile*, 2001, S. 464; G. E. RUSCONI, *Resistenza*, 1996, S. 68 f.; P. SCOPOLA, *Repubblica dei partiti*, 1997, S. 49–55, 168–178; L. DI NUCCI/E. GALLI DELLA LOGGIA, *Introduzione*, 2003, S. 10; S. NERI SERNERI, *Classe*, 1995. Zur Weimar-Analogie vgl. S. CAVAZZA, *Delegittimazione*, 2010.

⁸ Angelehnt an A. VOWINCKEL/M. M. PAYK/T. LINDENBERGER, *Cold War Cultures*, 2012.

⁹ Siehe die Rubrik »Wenn sie die Mehrheit haben« in: UNION IN DEUTSCHLAND, Nr. 28–33/1957, 36/1957 u. 39/1957 sowie Nr. 23/1961. Allein im Wahlkampf 1953 strengte die SPD 22 Verleumdungsklagen gegen die CDU an, siehe: Das Wort hat der Wähler, in: HAMBURGER MORGENPOST, 5.9.1953; vgl. G. PAUL, »Alle Wege«, 2008; D. MÜNDEL, »Alias Frähm«, 2002.

¹⁰ Vgl. A. SCHILDT, *Annäherungen*, 2011, S. 31–43, hier S. 36 f.; H. MÖLLER, *Kommunismusbild*, 2006; S. CREUZBERGER/D. HOFFMANN, »Geistige Gefahr«, 2014; P. BERNHARD/H. NEHRING, *Den Kalten Krieg denken*, 2014.

Das folgende Kapitel untersucht vor diesem Hintergrund, inwiefern sich die Logiken des Kalten Krieges am Lokalen brachen. Die Verarbeitung vergangener Erfahrungen von Politik war dabei von entscheidendem Einfluss. Die Rückkehr zu den Zuständen der Zwischenkriegszeit, als deutsche wie italienische Städte zum Schauplatz politischer Gewalt geworden waren, war angesichts der erhitzten Atmosphäre des Kalten Krieges nicht unwahrscheinlich.¹¹ Zeithistoriker haben zwar die Erklärungsbedürftigkeit des Übergangs in ein »Life after Death« nach der Erfahrung des »europäischen Bürgerkriegs« (Enzo Traverso) betont.¹² Doch politische wie andere urbane Gewaltformen und ihre (De-)Legitimierung müssen, mit Ausnahme jugendlicher Gewalt, vor allem für die Bundesrepublik als weitgehend unerforscht gelten.¹³ Erst für die Zeit ab 1968 und insbesondere für die 1970er Jahre interessiert sich die westdeutsche Zeitgeschichte systematisch für politische Gewalt und ihre Legitimierung. Damit folgt sie der sozialwissenschaftlichen und staatlichen Beobachtungskonjunktur, die erst seit 1968 systematische Datensammlungen zu politischer Gewalt produzierte.¹⁴ Schon zuvor aber gehörten Zusammenstöße bis hin zu Straßenschlachten, die neben der Sozialistischen Reichspartei (SRP) und der KPD auch studentische Demonstranten, Polizeibeamte, katholische Priester sowie Vertreter von SPD, CDU und FDP involvierten, zur Geschichte der Bundesrepublik dazu.¹⁵

Trotz fehlender Studien zur sozialen Praxis agonaler Interaktion hat sich das Narrativ einer erfolgreichen »Zivilisierung« (Konrad Jarausch) der Westdeutschen durchgesetzt. Damit ist die Übernahme »ziviler« Handlungsmuster und das Erlernen des friedlichen Konfliktaustrags gemeint, die vorrangig auf den ideellen Einfluss transatlantischer Mittler zurückgeführt werden.¹⁶ Italien

¹¹ Vgl. D. C. RAPOPORT/L. WEINBERG, Elections and Violence, 2000, S. 16; H.-G. HAUPT, Gewalt und Politik, 2012, S. 7-12. Zur politischen Gewalt in der Zwischenkriegszeit vgl. A. WIRSCHING, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg, 1998; D. SCHUMANN, Politische Gewalt, 2001; E. TRAVERSO, Im Bann der Gewalt, 2008; F. LINGER, Kollektive Gewalt, 2013. Zu Bologna, Hamburg und Bari vgl. S. REICHARDT, Faschistische Kampfbünde, 2009; K. WEINHAUER, Protest, 2013; S. COLARIZI, Dopoguerra e fascismo, 1971, S. 110–113.

¹² R. BESSEL/D. SCHUMANN, Life after Death, 2003; D. FULDA u.a., Demokratie im Schatten der Gewalt, 2010; T. VAN RAHDEN, Clumsy Democrats, 2011.

¹³ Ausnahmen bilden M. ZIERENBERG, Gewaltkommunikation, 2013, und mit Blick auf rechtliche und politische Debatten A. DOERING-MANTEUFFEL, Grundordnung und Gewaltdiskurs, 2003. Die historische Gewaltforschung interessiert sich vornehmlich für Legitimierungsstrategien von Gewalt und blendet die Nachkriegszeit aus, siehe H.-G. HAUPT, Gewalt und Politik, 2012, S. 22; N. BULST u.a., Gewalt im politischen Raum, 2008. Zum Mangel an Studien, die das Verhältnis von Stadt und Gewalt systematisch behandeln, vgl. K. WEINHAUER/D. ELLERBROCK, Perspektiven auf Gewalt, 2013. Zu den »Halbstarken« und jugendlicher Gewalt vgl. T. GROTTUM, Jugendliche Ordnungsstörer, 2001; T. GROSSBÖLTING, Von »Halbstarken«, 2003; S. KURME, Halbstarke, 2006.

¹⁴ Vgl. R. ECKERT, Politische Beteiligung, 1992; D. RUCHT, Konfrontation und Gewalt, 1999, S. 353, 358.

¹⁵ Vgl. N. FREL, Vergangenheitspolitik, 2010, S. 317; K. WEINHAUER, Schutzpolizei, 2003, S. 39 f.; H. FEHRENBACH, Fight, 1997, 331 f. u. Fn. 30. Eingehender siehe Kap. II.5.

¹⁶ Zur »Zivilisierung« siehe K. JARAUSCH, Umkehr, 2004, S. 25–30; A. BAUERKÄMPER u.a., Einleitung, 2005, S. 14.

gilt demgegenüber und bei besserer Quellenlage als eine »gefährdete Demokratie« (Mario Rossi) mit exorbitantem Konfliktpotenzial, die den »Keim des Bürgerkriegs« (Francesco Biscione) stets in sich getragen habe und von blutigen Auseinandersetzungen im Umfeld sozialer Konflikte, umstürzlerischen Gebäuden der Kommunisten sowie neofaschistischen Umtrieben gezeichnet war.¹⁷ Die regelmäßigen Lageberichte der Präfekten über die »öffentliche Ordnung« (*ordine pubblico*) in den Provinzen vermitteln ein konzises Bild des Aggressionspotenzials, aber auch seines Abflauens. Für die nationalen Wahlkämpfe hat Stefano Cavazza die Gewalt- und Ordnungsstrategien in den 1940er und 1950er Jahren untersucht und dabei den Erfolg der Ordnungsinitiativen von Polizei und Parlamentsfraktionen unterstrichen, sodass der italienische Wahlkampf 1958 im Grunde befriedet war.¹⁸ Wie es dazu kam, lässt sich aber auch anders erzählen, widmet man sich dem Diskurs über Spielregeln in der Demokratie, der in den Städten selbst anzutreffen war. Dabei versucht das Kapitel auch, Licht in jenes Dunkel zu bringen, das die Frage politischer Gewalt in der jungen Bundesrepublik bislang umgibt.¹⁹

Städte und lokale Akteure waren nicht nur Resonanzräume oder retardierende Momente in »Modernisierungs«- und Steuerungsprozessen, deren Impulse die historische Forschung für gewöhnlich von Parteizentralen, Parlamenten oder transatlantischen Mittlern ausgehen sieht.²⁰ Vielmehr setzten Parteiverbände, Wähler und Vereine, Lokalpresse, kommunale Behörden und die lokalen Agenten der Staatsmacht in den Städten konkrete Regeln durch, über die nationale Parlamente, Regierungen und Parteiführungsgremien lediglich (und häufig erst im Nachgang) debattieren konnten. Das Kapitel erzählt daher die Geschichte einer »von unten« wachsenden politischen Verständigungskultur zwischen verschiedenen Konfliktpartnern über das urbane Antlitz von Demokratie. Denn die Stadtgesellschaften waren durch die Konfrontation mit Wahlkämpfen seit den 1940er Jahren gezwungen, die repräsentative Demokratie irgendwie *lokale Praxis* werden zu lassen und sich auf ihre Begleiterscheinungen

¹⁷ M. G. ROSSI, *Democrazia a rischio*, 1994; F. M. BISCIONE, *Sommerso*, 2003, S. 43; P. SCOPPOLA, *Repubblica dei partiti*, 1997, S. 143; P. DI LORETO, *Togliatti*, 1991; A. G. RICCI, *Timori*, 2008.

¹⁸ S. CAVAZZA, *Comunicazione di massa*, 2002, S. 224, 237.

¹⁹ Hamburger Polizeiakten zu den frühen Wahlkämpfen werden vom Staatsarchiv Hamburg gerade erst inventarisiert und zugänglich gemacht und konnten für die Drucklegung der vorliegenden Dissertation in Teilen berücksichtigt werden. Es existieren wichtige Studien zu Polizei und Staatsschutz, aber nicht zur politischen Gewalt, auf die sie eventuell reagierten, siehe K. WEINHAUER, *Schutzpolizei*, 2003; J. R. CANOY, *Police State*, 2007; D. RIGOLL, *Staatsschutz*, 2013. Thomas Mergel hält das Maß an Gewalt in den westdeutschen Wahlkämpfen vor 1969 für gering und kontrastiert dies mit Italien, siehe T. MERGEL, *Propaganda*, 2010, S. 140.

²⁰ So für die Bundesrepublik: J. ANGSTER, *Der neue Stil*, 2005; F. TRALDI, *Verso Bad Godesberg*, 2010; B. BOUVIER, *Godesberg*, 1990; H. GREBING, »Traditionskompanie«, 1994. Zur Prädominanz des historiographischen Blicks »von oben«, der sich gerade mit Blick auf die CDU auch durch die Zentralisierungstendenzen und die schwache Basis rechtfertigen lässt, siehe U. WENGST, *CDU/CSU*, 1986, S. 5–10, 50; F. BÖSCH, *Das Politische als Produkt*, 2003; DERS., *Werbefirmen*, 2004; D. PAUL, *Adenauer-Wahlkämpfe*, 2011.

einzustellen. Die Erfahrungen, die hier gesammelt wurden, und die Deutungstraditionen, die sich hier ausbildeten, stellten Weichen für die Legitimität der Parteiendemokratie weit über die 1940er und 1950er Jahre hinaus.

1. Mannschaft und Bekenntnis. Personelle Ressourcen

Die urbane Sichtbarkeit von Politik im Wahlkampf stand und fiel mit dem Personal der Parteien. In Italien waren sie quantitativ weitaus besser ausgestattet als in Westdeutschland, vor allem in der Nordhälfte des Landes, wo sich die Mitglieder konzentrierten. Jeder siebte Wahlberechtigte verdingte sich im ersten Parlamentswahlkampf 1948 entweder für das sozialkommunistische Wahlbündnis aus PCI und PSI, den *Fronte Democratico Popolare* (*Fronte*), oder für die Katholiken, entweder in der DC oder in der Laienorganisation *Azione Cattolica*.²¹ Während CDU und SPD 1953 zusammen gerade einmal 822 000 Mitglieder zählten und dabei mehr Wähler zu versorgen hatten als die italienischen Parteien, verfügten PCI und DC im selben Jahr zusammen über 3,27 Millionen potenzielle Wahlkämpfer; hinzu kamen noch einmal über 2,5 Millionen Männer, Frauen und Jugendliche aus der *Azione Cattolica*. Die deutsch-italienische Ressourcendiskrepanz verringerte sich zwar seit den 1960er Jahren, blieb aber dennoch eklatant. Zählten DC und PCI 1963 zusammen 2,23 Millionen Mitglieder, kamen CDU und SPD 1965 gerade einmal auf etwa eine Million.²²

Neben ihrer quantitativen Stärke waren die italienischen Parteimitglieder auch Träger eines voluntaristischen Aktivismusideals, das im Zeichen des Antifaschismus stand und maßgeblich vom PCI verbreitet wurde. Demokratische Partizipation zeigte sich nach diesem Verständnis im ständigen Aktiv-Sein für die Partei, natürlich auch im Wahlkampf.²³ So stilisierte der PCI seine Plakatkleber zu Werbeträgern eines demokratischen »Freiwilligendienstes« an der Republik, und stellte sich damit in die Tradition der *Resistenza* und Giuseppe Garibaldis, die Freiwilligkeit als patriotische Tugend verbrieften.²⁴ Der heiter plakatierende Genosse oder die attraktive plakatierende Genossin avancierten zu Ikonen der Parteipresse und ließen sich auf den Straßen stolz mit Plakaten

²¹ PCI, PSI, DC und *Comitati Civici* hatten 1948 zusammen mehr als vier Millionen Mitglieder, wahlberechtigt waren 29,1 Millionen. Zahlen nach E. NOVELLI, *Elezioni*, 2008, S. 88 u. M. S. PIRETTI, *Elezioni politiche*, 1995, S. 416.

²² *Handbuch zur Statistik IV*, 2005, S. 130 f.; *Handbuch zur Statistik II*, 2005, S. 95; G. POGGI, *L'organizzazione partitica*, 1968, S. 328, 390; A. MANOUKIAN, *Presenza sociale*, 1968, S. 361.

²³ *Mobilizzazione dei comunisti per la vittoria del 18 aprile*, in: L'UNITÀ. EDIZIONE PIEMONTESE, 4.4.1948; *Direzione del PCI, Commissione Centrale Stampa e Propaganda, an die Segreteria delle Federazioni del PCI u.a.*, 2.5.1951. ILS, DC, SP, *Informazioni riservate*, Sc. 243, f. 10, Anl. zum Dok. 51.05.11.S.P.17.9.22.

²⁴ *I volontari della battaglia elettorale*, in: L'UNITÀ. EDIZIONE PIEMONTESE, 12.2.1948. Vgl. J. KRAATZ MAGRI, *Volksheld*, 2011, S. 322.

fotografieren (Abb. 3).²⁵ Die gemeinhin weniger agilen Christdemokraten dienten dem PCI als Gegenentwurf. So berichtete die kommunistische Presse von faulen DC-Aktivisten, die sich von der Partei bezahlen ließen, um überhaupt einen Finger zu krümmen.²⁶ Die katholische Presse antwortete mit satirischen Verarbeitungen kommunistischer Betriebsamkeit. Im Wahlkampf 1953 prophezeite die Bologneser Tageszeitung *L'Avvenire d'Italia*, demnächst werde der PCI sicherlich auch festlegen, wieviele Schweißtropfen die Genossen in einer Wahlkampfwoche zu verschwitzen hätten: »Arme menschliche Maschinen, die der PCI da gemietet hat.«²⁷ Kommunistische Parteiaktivisten konnten so die Entmenschlichung und totalitäre Disziplinierung symbolisieren, die das katholische Lager der Sowjetunion zuschrieb, und auch deshalb war es für den PCI so wichtig, das Bild des fröhlichen und fleißigen Freiwilligen zu popularisieren.

Der PCI war auf fleißige lokale Wahlkämpfer angewiesen, um die massenmedialen Barrieren zu kompensieren, auf die er stieß. In den »unabhängigen« Zeitungen, die sich fast alle als antikommunistisch verstanden, fanden seine Initiativen und Programme ebenso wenig Erwähnung wie im staatlichen Rundfunkprogramm. Pfl egte die Hamburger SPD gute Beziehungen zum NWDR, später NDR in Hamburg, verfügte der PCI über keinen geregelten Zugang zur zentralistischen, halbstaatlichen RAI.²⁸ Zwar hatte sich diese in den 1940er Jahren noch bemüht, durch größtmögliche Neutralität den politischen Konflikt nicht anzuheizen, und allen Parteien Gelegenheit gegeben, ihre Kandidaten und Programme vorzustellen. In den 1950er Jahren jedoch schwenkte sie zu einer offen antikommunistischen Programmgestaltung um, die sich insbesondere in den Nachrichtensendungen niederschlug.²⁹ Ähnlich wie bei der KPD jener Zeit verstand sich der Einsatz der PCI-Genossen daher auch und vor allem als Kampf gegen die Massenmedien, zumal sich DC und Kirche auch der Kinopropaganda bedienten.³⁰

²⁵ Siehe das Coverbild dieses Buches, Titelblatt der kommunistischen Wochenzeitung *Vie Nuove* aus dem Wahlkampf 1953. Vgl. L. CIGOGNETTI/L. SERVETTI, *Mass media e dopoguerra*, 1999, insb. S. 403–405.

²⁶ I volontari della battaglia elettorale, in: L'UNITÀ. EDIZIONE PIEMONTESE, 12.2.1948; Pulizia generale, in: LA LOTTA, 12.6.1953.

²⁷ Compagnarderie: Mobilitati i conversatori stakanovisti, in: L'AVVENIRE D'ITALIA, 16.5.1953.

²⁸ Vgl. A. AMATO, *Informazione radiofonica*, 2004. Zur SPD siehe: Die SPD zur Wahl, in: HAMBURGER ECHO, 19.8.1953; Nordwestdeutscher Rundfunk Hamburg an die Zonenleitungen der CDU, SPD, FDP, KPD, DP und Zentrumsparterie, o. D. [spätestens Juli 1949]. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 104; vgl. C. OLDENBURG, *Tradition und Modernität*, 2009, S. 341 f.

²⁹ So wies die PCI-Presse 1948 auch noch auf die Wahlsendungen im Radio hin. Siehe etwa: La R.A.I. elettorale, in: LA LOTTA, 6.2.1948; La radio diffonde ai quattro venti il suono dei tromboni democri, in: L'UNITÀ. EDIZIONE PIEMONTESE, 12.2.1948. Vgl. A. AMATO, *Informazione radiofonica*, 2004, S. 241–244.

³⁰ Difficoltà della battaglia democratica, in: LA LOTTA, 8.12.1945; Verbale del Comitato Esecutivo [PCI Bologna], 4.5.1953, Bl. 5. FGER, PCI-BO, CE, 1953, b. 1, fasc. 5. Zur Kinopropaganda vgl. D. W. ELLWOOD, *The 1948 elections*, 1993. Zur KPD vgl. T. KÖSSLER, *Partei als Medium*, 2003, S. 207.



Abb. 3: Kommunistische Genossinnen, die *Unità* lesend, 1953 an einem Wahlkampfstand auf den Straßen Bolognas (Datierung und Ortsangabe des Archivs). Die Fotografie ist aller Wahrscheinlichkeit nach gestellt.

Quelle: Fondazione Gramsci Emilia-Romagna, Raccolta fotografica del fondo Luigi Arbizzani.

Trotz dieser massenmedialen Ressourcen war die Idealisierung des Aktivismus im Namen der Demokratie auch in katholischen Reihen verbreitet. Namentlich die Laien und die christdemokratischen Frauen, die ihre neuen Bürgerrechte nutzen wollten, stilisierten den politischen Aktivismus zu einem Ausweis patriotischer und persönlicher Moralität.³¹ Dies gebot auch ihnen, im Wahlkampf ihre Kampftüchtigkeit und ihr Engagement unter Beweis zu stellen. Hinzu kam bei vielen Laien noch die obsessive Furcht vor einer kommunistischen Machtübernahme. Aus diesem Selbstverständnis heraus leisteten die christdemokratischen Frauen wie das Heer der *Azione Cattolica* der DC vor Ort einen

³¹ Vgl. D. SASSOON, *Italy after Fascism*, 2003, S. 269, 272 f.; M. TAMBOR, *Red Saints*, 2010, S. 430 f.

unerlässlichen Dienst und erwiesen sich, verglichen mit männlichen DC-Mitgliedern, als die disziplinierteren Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer.³² Seit 1948 gründeten die katholischen Laien in nahezu allen Kirchgemeinden lokale Wahlkämpfergruppen, die *Comitati Civici*. Diese Unterstützung erwies sich als derart effektiv, dass die DC trotz aller Aufrufe zur Mitgliedermobilisierung im Wahlkampf getrost auf die eigene Basis verzichten konnte.³³ Erst in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre versuchte Parteichef Amintore Fanfani, sich aus der Abhängigkeit von der katholischen Kirche zu befreien und die Parteiorganisation der DC ernsthaft zu aktivieren. Auf die katholische Unterstützung blieb die Partei dennoch angewiesen, da sich viele DC-Mitglieder für stupide Wahlkampfaktivitäten zu fein blieben.³⁴ Das galt gerade auch für das rote Bologna, wo die DC jahrzehntelang über die magere Zahl von höchstens 3 000 Mitgliedern nicht hinauskam. Angesichts von 40 700 Mitgliedern, die der PCI 1953 in Bologna-Stadt zählte – das war mehr als jeder zehnte Bewohner – waren die Christdemokraten hier hoffnungslos im Hintertreffen.³⁵

Anders als es die Propaganda des Kalten Krieges nahelegte, erwiesen sich jedoch auch die PCI-Genossen vor Ort keineswegs als Vertreter jener »totalitären« Disziplin, die der Partei von manchem Renegaten nachgesagt worden ist. Sie war mitnichten so kompakt von oben steuerbar, wie die historische Forschung häufig annimmt.³⁶ Selbst der zeitgenössisch als äußerst »stalinistisch« geltende Parteiapparat der Bologneser Kommunisten klagte um 1950 über schwere organisatorische Schwächen, »ineffiziente Bereiche« in der Stadt sowie über dysfunktionale Zellen, wie die kleinste territoriale Organisationseinheit bezeichnet wurde. Die Zahl der für den Wahlkampf zur Verfügung stehenden Genossen, so klagte das Bologneser Provinzkomitee im Vorfeld des Wahlkampfes 1948, reiche

³² Vgl. A. VENTRONE, *Cittadinanza*, 2008, S. 206; E. NOVELLI, *Turbopolitica*, 2006, S. 190 f., 192–198, 200 f.

³³ Vgl. M. CASELLA, *Storia dei rapporti*, 1990, S. 271 f.

³⁴ *Proposte di attività per le sezioni cittadine, giugno – luglio – agosto 1957*, o. D. [1957]. ASBO, DC, CC, *Carteggio e Atti* 8, Fasz. »Organizzazione«. Zur Unterstützung durch die *Comitati Civici* siehe: *Schema per le riunioni della rete capillare di propaganda*, 2.5.1958, Bl. 1 f. ASBO, DC, CC, *Elettorale* 1, Fasz. »Collegamenti con il Civico 1958«. Vgl. P. IGNAZI, *I partiti e la politica*, 1999, S. 106.

³⁵ Die Bologneser DC gab in den 1950er und frühen 1960er Jahren stets 3 000 Mitglieder an. Realistisch geschätzt, so der Politologe Robert Evans, müsse man eher von der Hälfte ausgehen, vgl. R. H. EVANS, *Coexistence*, 1967, S. 90. Vgl. auch D. I. KERTZER, *Comrades and Christians*, 1980, S. 82 f., 91; F. ALBERONI u.a., *L'attivista del partito*, 1967, S. 246. Zum PCI siehe: *Sviluppo organizzativo del partito nella Provincia di Bologna dal 1950 al 1955*, o. D. FGER, PCI-BO, CSD, *Commissione d'organizzazione, Attività della Commissione, Dati Statistici sulle organizzazioni del Partito*, 1948–1956, b. 1, fasc. 1.

³⁶ Zur politikwissenschaftlichen Einordnung des PCI als »totalitärer« Partei, die auf M. Duverger zurückgeht, vgl. F. ALBERONI u.a., *L'attivista del partito*, 1967, S. 39–41, 237 f.; zu den Renegaten siehe M. VENTURI, *Sdraiati sulla linea*, 1991; G. C. MARINO, *Autoritratto*, 1991; zur Historiographie, die sich gern auf die Aktivistenmagazine und Richtlinien der Parteizentrale stützt, ohne nach der lokalen Praxis zu fragen, siehe E. AGA-ROSSI/V. SZASLAVSKY, *Togliatti e Stalin*, 2007, S. 82 f.; E. NOVELLI, *Elezioni*, 2008, S. 15 f.

nicht aus.³⁷ Tausende von Genossen hätten sich nicht einmal darum gekümmert, sich auf die Wählerlisten setzen zu lassen. Wahlkampfdirektiven würden kaum umgesetzt; die Basis und die Gewerkschaft seien passiv und nicht an der Massenmobilisierung interessiert, hieß es im Kommunalwahlkampf 1950.³⁸ Man muss solche Klagen freilich vor der Folie äußerst hoher Ansprüche der PCI-Funktionäre lesen. 1953 dann zeigten sie sich mit den Basisarbeiten ihrer Bologneser Wahlkämpfer zufrieden: Als Plakatkleber, Flugblattverteiler und Mobilisierer für den Kundgebungsbesuch erfüllte das Gros der Genossen die Aufgaben.³⁹

Von einem ausreichenden lokalen Personalstock zeugen auch die Aktivitäten, die italienische Parteien jenseits des Kerngeschäfts im Wahlkampf durchführten. So organisierten sie öffentliche politische Aussprachen sowie Freizeitaktivitäten wie Rundfahrten, Spaziergänge, Film- oder Laientheateraufführungen. Wer über eine gute Stimme verfügte (und in der Regel männlich zu sein hatte), durfte sich zudem mit einem Lautsprecher an eine Straßenecke stellen und eines der unzähligen *giornali parlati* (»gesprochenen Zeitungen«) durchführen – ein Informationsservice für Wählerinnen und Wähler, die eher selten Zeitung lasen. Neueste Nachrichten oder politische Parolen wurden dabei in einer für die Partei vorteilhaften Optik kundgetan, untermalt von musikalischen Einlagen.⁴⁰

Im auffälligen Unterschied zur stolzen und fröhlichen Aktivismuskultur, die das italienische Treiben zumindest in seiner massenmedialen und bildlichen Repräsentation umwehte, dachten die deutschen Parteien bei der Wahlkampf mobilisierung stärker in Mustern militärischer Mobilmachung. Hamburger SPD-Funktionäre imaginierten den Wahlkampf von 1949 als eine Art virtuelles Schaulaufen des Sozialismus gegen den Kapitalismus. Der Wohnbezirk verwandelte sich in einen »Kampfboden für unsere Partei«; seine Genossenschar formierte sich zu geordneten Divisionen: »Die Bezirke 701 und 702 werden im Wahlkampf mit dem Kreise I [...] marschieren.« Dieser militärische Duktus umwehte die innerparteiliche Wahlkampfkommunikation auch noch in den 1950er Jahren.⁴¹

³⁷ Verbale del Comitato Federale [PCI Bologna], 14.2.1948, Bl. 2, 4. FGER, PCI-BO, CF, Verbali, 1948, b. 1, fasc. 3. Vgl. W. DONDI, Bologna, 1998, S. 15; G. FANTI/G. C. FERRI, Cronache dell'Emilia rossa, 2001, S. 31 f., 38.

³⁸ Verbale del Comitato esecutivo [PCI Bologna], 17.1.1950, Bl. 3. FGER, PCI-BO, CE, 1950, b. 1, fasc. 3.

³⁹ Verbale del Comitato Esecutivo [PCI Bologna], 4.5.1953, Bl. 2. Ebd., 1953, b. 1, fasc. 1. Zur Kultur der Selbstkritik siehe G. CALANDRONE, Comunista in Sicilia, 1972, S. 59.

⁴⁰ Vgl. A. VENTRONE, Cittadinanza, 2008, S. 189. Umfassend zum Repertoire vgl. DERS., Forme e strumenti, 2004.

⁴¹ Erstes Zitat: Peter Blachstein an die im Kreis 14 wohnhaften Betriebsräte, Betriebsgruppenvorsitzenden und Betriebsvertrauensleute, Hamburg o. D. [1949]. AdsD, NL Blachstein, Mp. 23; zweites Zitat: August Strate, Vorsitzender des Hamburger SPD-Bezirks 701, an Blachstein, 16.6.1949. Ebd., Mp. 27. Zu den 1950er Jahren siehe: SPD LO HH, Kreis Eimsbüttel: Jahresbericht 1952. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 333; Aufmarsch der Parteien, in: HAMBURGER ECHO, 26.8.1953.

Er konnte deshalb gut verfangen, weil sich CDU und FDP vielerorts, wie auch 1949 in Hamburg, zum »Bürgerblock« zusammenschlossen und mit Hilfe des ›großen Geldes‹, so die nicht ganz unzutreffende Wahrnehmung der SPD, ihre mediale Wahlkampagne führten.⁴² Die SPD gerierte sich demgegenüber als »Partei der kleinen Leute«, die auf die Masse und den Einsatz ihrer Mitglieder setzte.⁴³ Eimsbütteler Genossen bekamen 1949 zu hören, es sei ihre Pflicht, »diesen Fehdehandschuh, der uns hingeworfen wurde, aufzunehmen und auf innere Kraft berufend den Kampf durchzuführen.«⁴⁴ Semantisch war der Kalte Krieg schon im ersten Bundestagswahlkampf voll und ganz in der urbanen Wahlkampfkultur angekommen. Dabei knüpfte die SPD an eine aus der Zwischenkriegszeit überkommene Logik von Politik als Krieg an.⁴⁵ Auf diese Art berauschten sich die SPD-Funktionäre an der »Mobilmachung« ihrer wiedererstarkten Organisation, und der Wahlkampf schien in erster Linie dazu zu dienen, sich der eigenen Stärke zu versichern. Mit Flugblattaktionen sollte »unter Beweis gestellt werden, daß die Organisation unseres Kreises jeder Aufgabe gewachsen ist.«⁴⁶ Im Hamburger SPD-Kreis Nord war man 1953 stolz auf Hunderte Mitglieder, die im Wahlkampf unterwegs gewesen waren, »um damit ihre Arbeitskraft ihrer Sache und ihrer Idee zur Verfügung zu stellen.« Der Selbstzweck der Mobilisierung konnte besser nicht zum Ausdruck kommen, und darin waren sich SPD und KPD zu jener Zeit sehr ähnlich.⁴⁷

Standen der SPD im ersten Bundestagswahlkampf 700 000 Mitglieder als potenzielle Wahlkämpfer zur Verfügung, richtete sich das 1949 eigens eingerichtete Wahlkampf-Informationsblatt der CDU, *Deutschland-Union-Dienst*, bundesweit gerade einmal an 25 000 Redner und »aktive« Wahlhelfer.⁴⁸ Trotz beschränkterer personeller Ressourcen passten sich die Christdemokraten je-

⁴² SPD-LO HH an alle Kreis- und Distriktspropagandaleiter, 9.8.1952, Bl. 1 f., Zitat Bl. 2. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 2434. Zur CDU vgl. U. DANIEL, *Politik der Propaganda*, 1994, S. 79; F. BÖSCH, *Adenauer-CDU*, 2001, Kap. 5.

⁴³ Karl Meitmann: Aufruf für »Der Sozialist«, Hamburg o. D. [Juli 1949]. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 104; Zitat: SPD-LO HH, Kreis Mitte: Wir sind die Partei der kleinen Leute, o. D. [ca. Juni 1949]. Ebd.; Wahlkampf 1957 [Manuskript eines Referats über die Planungen des Parteivorstands], Bl. 29–31. AdsD, NL Blachstein, Mp. 2.

⁴⁴ Günther Ohle, SPD-Kreisorganisationsleiter, an die Bezirks- und Distriktvorstände in Eimsbüttel-Nord und Süd, 5.7.1949. AdsD, NL Blachstein, Mp. 22.

⁴⁵ Vgl. T. MERGEL, *Politikbegriffe*, 2000, S. 147 f.

⁴⁶ Erstes Zitat: Karl Strutz, Kreisvorsitzender Hamburg-Mitte: Allgemeines Rundschreiben an die Vorsitzenden der Bezirke, 1.10.1950. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 332; zweites Zitat: Günther Ohle, Kreisorganisationsleiter, an die Bezirks- und Distriktvorstände des Kreises XIV: Rundschreiben Nr. 2, 30.4.1949. AdsD, NL Blachstein, Mp. 22.

⁴⁷ Nord-Echo. Informationen für Funktionäre der SPD in Hamburg-Nord, 5. Jg., Nr. 2/3, Februar/März 1954 (Jahresbericht), Bl. 1 f. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 2448. Vgl. T. KÖSSLER, *Partei als Medium*, 2003, insb S. 223; F. BÖSCH, *Das Politische als Produkt*, 2003, S. 231.

⁴⁸ Zur Auflage siehe K. KÜHNE, *Union in Deutschland* [18.08.2014]. Die SPD-Mitgliederzahl siehe bei J. MOOSER, *Arbeiterleben*, 1984, S. 183.

doch dem militärischen Duktus an. Zu Wahlkampfbeginn 1949 lobte der *Deutschland-Union-Dienst* den »frische[n] offensive[n] Geist, aus dem heraus die CDU/CSU auf der ganzen Linie die Auseinandersetzungen mit ihrem Gegner begonnen hat«. Durch diese Kampftüchtigkeit sei die SPD in die Defensive geraten, was sich darin zeige, dass Kurt Schumacher bei einer Wahlkundgebung in Koblenz lediglich 3 000 Zuhörer mobilisiert habe.⁴⁹ Auch aus solchen Meldungen sprach die Imagination des Wahlkampfes als eines virtuellen Aufmarsches zweier Kampftruppen, die sich den Christdemokraten noch zusätzlich aufzwang, weil die Parteiorganisation gerade in den Städten erst zum Wahlkampf in nennenswerter Form aktiv wurde.⁵⁰ Faktisch arbeiteten die Christdemokraten in Hamburg in kleinen, überschaubaren Wahlhelferteams. In der Regel fand sich in den 1950er und 1960er Jahren immer wieder dasselbe Dutzend Wahlkämpfer im Kreisverband zusammen, das sich aus dem harten Kern aktiver Mitglieder rekrutierte.⁵¹ Bezeichnenderweise hatten in Hamburg solche Parteifreunde gute Chancen auf den Posten als CDU-Bezirkswahlkampfleiter, die in der Vergangenheit bewiesen hatten, dass sie »improvisieren« konnten.⁵²

Im Unterschied zur SPD wurden CDU-Mitglieder *gebeten*, nicht aufgefordert, sich im Wahlkampf zu engagieren, und erhielten dafür auch Dankesbriefe von der Partei. Die Union legte im internen Sprachgebrauch Wert darauf, dass es sich um einen »freiwilligen Dienst« handelte, und der Generalsekretär der CDU traf schon 1949 Vorkehrungen, um mangelhafte Mitmachbereitschaft durch den Einsatz externer Firmen auszugleichen.⁵³ In Hamburg stand die Firma des Parteifreundes Andreas Hansen Spalier, mit deren Hilfe sich die Christdemokraten hier dauerhaft bei der Plakatierungsarbeit entlasteten. Dennoch war das Leiden an der schwachen Parteibasis ein ständiger Begleiter des christdemokratischen Wahlkampfes, nicht nur in Hamburg.⁵⁴ Vor allem die Bundestagskandidaten hatten daran zu tragen, dass »unser Parteivolk an Müdigkeit überhaupt nicht zu überbieten« sei, und wurden darin von ihren lokalen Funktionären bestätigt: »unsere Leute sind, das haben Sie ja gesagt, so faul, daß ich mich frage, wie soll das überhaupt werden«, hieß es 1961 im Hamburger-Kreisverband Nord. Ebendort teilte das Wahlkampfteam dann

⁴⁹ Schumacher in der Sackgasse, in: *DEUTSCHLAND-UNION-DIENST*, 27.7.1949.

⁵⁰ Die zeitgenössische Bezeichnung der CDU als »Kanzlerwahlverein« deutete das an, vgl. F. Bösch, *Adenauer-CDU*, 2001, S. 236; H.-O. KLEINMANN, *Basis*, 1997, S. 125.

⁵¹ Vgl. B. VOGEL/P. HAUNGS, *Wahlkampf*, 1965, S. 268.

⁵² Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 20. Januar 1961, 31.1.1961. ACDP 02-155-012/1.

⁵³ Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft der CDU und CSU Deutschlands an die Kreisgeschäftsführer, 25.5.1949. ACDP 07-001-5001. Zitat: CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Organisation: Merkblatt für die Geschäftsführer der CDU zur Vorbereitung und Auswertung von Wahlen, o. D. [1953]. ACDP 07-001-5009.

⁵⁴ Konrad Adenauer kritisierte 1956 »die Trägheit, das Phlegma und die Gleichgültigkeit« in den Ortsvorständen der CDU, siehe: Protokoll der CDU-Bundesvorstandssitzung Nr. 17 v. 23.11.1956, in: G. BUCHSTAB, *Protokolle*, 1990, S. 1108.

großflächige, mehrere Straßenzüge umfassende Bezirke ein, für die jeweils *ein einziger* Wahlhelfer zuständig sein sollte.⁵⁵

Noch schlechter aber war die Stimmung unter den vermeintlich starken Hamburger Sozialdemokraten, die in den 1940er und 1950er Jahren immer wieder über »Trägheit« und die Spuren des »Hitlerismus« in den Reihen ihrer etwa 50 000 Mitglieder klagten.⁵⁶ Da sich die aktive Mitarbeit nur noch auf einen Bruchteil der Mitgliedschaft beschränkte, liebäugelten die Hamburger Organisationsfunktionäre 1951 gar mit der Rückkehr zur Kaderstruktur und dachten darüber nach, »Aktivgruppen« zu bilden, die alle wichtigen Posten in den Bezirken und Distrikten besetzen und in den Genuss besonderer Schulung kommen sollten.⁵⁷ Dass die Mitmachbereitschaft bundesweit auch im Wahlkampf begrenzt blieb, zeigt der Umstand, dass die SPD im Laufe der 1950er Jahre begann, ihre »Wahlhelfer« zu zählen und systematisch zu erfassen. Einen Eindruck von den Größenverhältnissen vor Ort vermittelt ein Blick auf den Wahlkreis 18 im Hamburger Norden, der 1957 knapp 140 000 Wahlberechtigte zählte. Der CDU, die hier verhältnismäßig gut organisiert war, standen ganze 23 aktive Wahlhelfer (1961 dann immerhin etwa 60) zur Verfügung. Die Sozialdemokraten zählten im selben Kreis zwar Tausende von Mitgliedern. Doch zum Wahlkampf gemeldet hatten sich 1957 nur schätzungsweise 235 Genossen.⁵⁸

Die von Körpern der Parteimitglieder getragene Sichtbarkeit von Politik kannte in Hamburg mithin Grenzen, und ein zugrundeliegendes Problem war, dass sich viele Parteimitglieder in der jungen Bundesrepublik »noch nicht exponieren« wollten.⁵⁹ Während es stolzen DC-Mitgliedern in den ersten Nachkriegsjahren ein Bedürfnis sein konnte, wieder ein Parteiabzeichen zu tragen, fand die CDU 1957 mit ihrer Idee, mit Partei-Buttons dem Präsidentschaftswahlkampf Dwight D. Eisenhowers nachzueifern, wenig Anklang unter den

⁵⁵ Vorstandssitzung des Kreisvorstandes mit den Wahlkampfleitern und den Bundestagskandidaten der beiden Wahlkreise 18 und 22 am 5.6.1961. ACDP 02-155-006/3 (Zitat); Kreisvorstandssitzung Hamburg-Nord am 26. Mai 1961, 16.6.1961. ACDP 02-155-005/2.

⁵⁶ Zitate in: Peter Mühlentburg (Hamburg) an Karl Vittinghoff, 25.4.1953. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 214; Ohle, Kreisorganisationsleiter, an die Distrikts- und Bezirksvorstände des Kreises XIV, 31.1.1949. Weitere Beispiele: Wolfgang Schult an die SPD-Landesorganisation Hamburg, z.Hd. Genossen Börth, 21.6.1949. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 108; Protokoll der Sitzung der Organisationskommission v. 10.7.1951, Bl. 4. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 223. Zu den Mitgliederzahlen: Handbuch zur Statistik IV, S. 130–132.

⁵⁷ Die Aktivgruppen sollten in erster Linie die Werbearbeit der Partei verbessern. Umgesetzt wurde dieser Plan nicht. Protokoll der Sitzung der Organisationskommission v. 10.7.1951, Bl. 1–4. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 223.

⁵⁸ Eigene Berechnungen auf der Grundlage von: [CDU Hamburg-Nord:] Verzeichnis der aktiven Wahlhelfer zur Bundestagswahl 1957 im Wahlkreis 18, o. D. ACDP 02-155-003/2; Wahlhelfer-Listen, Anl. zu: Heinz Gärtner an Fritz Heine, 30.11.1956. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 1995. Zu 1961 siehe: Kreisvorstandssitzung Hamburg-Nord am 26. Mai 1961, 16.6.1961. ACDP 02-155-005/2; http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere_bundestagswahlen/-Wahlkreisergebnisse/ btw1957wkr.csv [1.7.2015].

⁵⁹ Zitat von Lucie Kurlbaum-Meyer (SPD) über den Wahlkampf 1957 im Wahlkreis Fulda, in: Abgedruckt, Bd. 4, 1988, S. 178.

Parteifreunden. Der amerikanische Wahlkampfbeobachter Uwe Kitzinger bemerkte dazu, viele deutsche Parteimitglieder seien »zurückhaltend in der öffentlichen Demonstration ihrer Parteizugehörigkeit und wenig geneigt, sich als öffentliches Schaustück zu zeigen«. ⁶⁰ Wer sich, wie die Werber der Deutschen Friedens-Union (DFU), dazu bereit erklärte, als Sandwich-Mann im urbanen Raum in Erscheinung zu treten, wurde per Leitfaden auf Anfeindungen der Passanten vorbereitet. ⁶¹ So war es unwahrscheinlich, dass Hamburger Christdemokraten ein CDU-Plakat auf ihrem Grundstück aufstellten oder einen Plakatstreifen in ihren Pkw klebten, wie ihr Landesgeschäftsführer 1961 hoffte. Für ein »solch persönliches Bekenntnis« waren die Christdemokraten zu vorsichtig. Noch nach dem Wahlkampf 1965 klagte eine Parteifreundin: »Gerade in Hamburg besteht eine weitverbreitete Scheu davor, die Zugehörigkeit zur CDU kundzutun.« ⁶²

Freilich erhielt auch die CDU umfängliche Wahlkampfhilfe von außen. Die regional variierende Verflechtung mit dem katholischen und konservativen Milieu und mit der Vereinswelt, die in der Forschung aufgezeigt worden ist, war im Unterschied zu Italien jedoch vor allem ein ländliches und kleinstädtisches Phänomen, das Rheinland vielleicht ausgenommen. ⁶³ Mit Blick auf das gesamte Bundesgebiet hielt die CDU-Bundesgeschäftsstelle nach den Wahlen von 1953 jedenfalls fest, die Parteigliederungen würden zu wenig Verbindungen zu den einflussreichen Vereinen in den Wahlkreisen unterhalten, und forderte sie auf, bewusst Parteifreunde in Vereine zu schleusen. In Hamburg jedoch können die Verbindungen auch noch 1961 nicht allzu ausgeprägt gewesen sein, wenn sich der Vorsitzende im Kreisverband Nord in jenem Jahr vornahm, stärker das Gespräch mit Vereinen zu suchen. ⁶⁴

Auch auf die Kirche und ihre Verbände konnten sich die vornehmlich katholischen Christdemokraten in der protestantisch-liberalen Hansestadt, anders

⁶⁰ U. W. KITZINGER, Wahlkampf in Westdeutschland, 1960, S. 108 f.; Adenauer: Täglich viele Mitteilungen aus der Zone, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 3.9.1957. Zur DC siehe: Diffida, in: DEMOCRAZIA CRISTIANA: BOLLETTINO DELLA DIREZIONE DEL PARTITO, Nr. 8/1945, 20.12.1945; A Bari Civismo e maturità politica, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 3.6.1946.

⁶¹ Ratschläge für die Wahlkampfwerbung der Bundeswerbeleitung der Deutschen Friedens-Union, 5.7.1961. AdsD, NL Anders, Mp. 2.

⁶² Erstes Zitat: Zettel an die Mitglieder des Landesverbandes, 14.7.1961. ACDP 02-155-006/3; zweites Zitat: Marion Bartels (Hamburg) an Alfred Brockhagen (Kreisvorsitzender des CDU-Kreises Hamburg-Nord), 17.11.1965. ACDP 02-155-002/1. Vgl. U. W. KITZINGER, Wahlkampf in Westdeutschland, 1960, S. 108; A. KRÜKE, Demoskopie, 2012, S. 159.

⁶³ So auch die Beobachtung der SPD: Fritz Heine an Karl Vittinghoff, 25.9.1953. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 307. Vgl. F. BÖSCH, Milieu, 2002; F. DEPPE u.a., Lokales Milieu, 1986, S. 215; A. BORUP, Demokratisierungsprozesse, 2010, S. 236–244.

⁶⁴ CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Organisation: Merkblatt für die Geschäftsführer der Christlich-Demokratischen Union zur Vorbereitung und Auswertung von Wahlen, o. D. [1953], Bl. 4. ACDP 07-001-5009; Protokoll der Kreisausschusssitzung Hamburg-Nord vom 13.2.1961, Bl. 2 f. ACDP 02-155-015/1.

als im stärker gemischtkonfessionellen Ulm, kaum verlassen.⁶⁵ Als der Kreisverband Nord 1960 überhaupt erst begann, über die Frage der Kontaktpflege mit den Kirchen nachzudenken, war ihm nicht einmal bekannt, welche seiner Mitglieder einer Kirchengemeinde angehörten. Zudem wiesen Parteifreunde auf die wenig erfreulichen Erfahrungen hin, die man bisher mit den Versuchen einer stärkeren politischen Einflussnahme der Kirchen gesammelt hatte. Die Haltung der evangelischen Pfarrer mache eine »Anbiederung« unmöglich. Wenngleich die CDU hier dennoch beschloss, Gespräche mit den evangelischen Gemeinden aufzunehmen, kamen auch bei künftigen Wahlkämpfen in Hamburg keine nennenswerten Kooperationen zustande.⁶⁶ Auch von den Hirtenbriefen, mit denen sich die katholischen Bischöfe in den Wahlkampf einschalteten, nahmen Hamburger Christdemokraten eher Abstand.⁶⁷

Gerade in den evangelischen Großstädten konnten die deutschen Christdemokraten so von dem Ausmaß katholischer Wahlkampfhilfe, die ihrer Schwesterpartei in Italien zuteil wurde, nur träumen. Während sich dort die Laien, die Pfarrer und die Mönche ganz selbstverständlich und auch außerhalb ihrer Kirchengemeinden als politische Aktivisten betätigten – allen voran der jesuitische Pater Riccardo Lombardi, der als »Mikrofon Gottes« in den 1940er und 1950er Jahren landbekannt war –, rief das Landeskirchenamt Hamburg seine Pfarrer 1961 öffentlich dazu auf, sich nicht an »Wahlpropaganda« zu beteiligen, nachdem einige pikanterweise ein Flugblatt der DFU unterzeichnet hatten.⁶⁸ Mit Blick auf den direkten Kontakt zum Wähler verfügte die Union mit den verdeckten Unterstützerorganisationen durchaus noch über weitere Allianzpartner, urbane Sichtbarkeit jedoch wurde ihr damit nicht zuteil.⁶⁹

⁶⁵ Herbert Mühle, Kreisgeschäftsstelle Ulm, an die Parteifreunde, 7.11.1952. StAU, E 201 CDU, Nr. 1.

⁶⁶ Niederschrift über die Sitzung des Kreisvorstandes am Freitag, dem 24.6.1960. ACDP 02-155-012/1; [CDU-Kreisverband Hamburg-Nord] an die Vorsitzenden der Ortsverbände, o. D. [1960]. ACDP 02-155-015/1. Im Jahr 1962 fasste man im selben Kreisverband den Beschluss, überhaupt erst einmal die Anschriften der evangelischen und katholischen Kirchengemeinden zu sammeln, um dann Kontakte mit den Pfarrern aufzunehmen. Wie distanziert das Verhältnis war, geht aus den Gedanken zum diesbezüglichen Vorgehen hervor: »Abgesehen von einem formalen Höflichkeitsbesuch, wäre es zweckmäßig, zu erklären, daß die CDU-Nord als Kreis, als Ortsverband, als Bezirksfraktion zur Verfügung stehen bei Angelegenheiten, die die Kirche interessieren.« Ergebnisprotokoll der Kreisvorstandssitzung v. 7.3. und ihrer Fortsetzung v. 21.3., 5.2.1962. ACDP 02-155-012/1; Zitat: Kontakt zu den Kirchengemeinden, Anl. zu: Ergebnisprotokoll der Kreisvorstandssitzung v. 7.3.1962. Ebd.

⁶⁷ Siehe die Erinnerungen von Dietrich Rollmann in: Abgeordnete, Bd. 3, 1985, S. 329. Umfassend zum kirchlichen Einfluss im Wahlkampf vgl. T. MERGEL, Propaganda, 2010, Kap. 9.

⁶⁸ Kirche warnt die Pfarrer vor Wahlpropaganda, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 15.9.1961. Zu Italien vgl. M. MAGNO, Puglia, 1988, S. 94–96; D. I. KERTZER, Comrades and Christians, 1980, S. 100. Pfarrer forderten von der DC auch Propagandamittel, etwa Motorräder. Siehe Ferdinando Napolitano (Parroco di Ricigliano (Salerno)) an Attilio Piccioni, 12.5.1948, S.P.6.2.6; Piccioni an Napolitano, 17.5.1948, S.P.6.2.5. ILS, DC, SP, Atti dei segretari, Sc. 2, fasc. 5, s.fasc. 3. Zu Padre Lombardi vgl. etwa G. DE ANTONELLIS, Storia dell’Azione Cattolica, 1987, S. 221 f.

⁶⁹ Siehe eingehender Kap. III.1.

Die parteipolitischen Mobilisierungskulturen Italiens und der Bundesrepublik folgten damit nicht primär den Kategorien der Politikwissenschaft, die linke und christdemokratische Parteifamilien oder Parteitypen identifiziert hat.⁷⁰ Vielmehr handelte es sich in erster Linie um nationale Kulturen, die politischen Aktivismus mit unterschiedlichen Bedeutungen belegten: als patriotischen Einsatz für die Demokratie in Italien, als kriegerischen Einsatz gegen den politischen Gegner in Westdeutschland. Disziplinprobleme und die Begrenztheit personeller Ressourcen waren Erfahrungen, die alle Parteien in ihrem Rahmen machten. Auffällig aber waren die Unterschiede in der Bekenntnisbereitschaft für eine politische Partei, die in der Bundesrepublik merklich schwächer ausgeprägt war als in Italien – obwohl Kommunisten in manchen Regionen der Halbinsel durchaus Nachteile zu erwarten hatten. Italienische Städte wiesen damit insbesondere im Norden eine, gemessen am westdeutschen Niveau, ungeheuerliche Dichte von Wahlkämpfern auf, die nicht davor zurückscheuten, auf den Straßen auch als solche erkennbar zu sein. Sie entschieden mit darüber, wie sich die junge Demokratie vor den Haustüren der Wähler präsentierte.

2. Massen und Symbole. Stilfragen der Demokratie

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts setzte sich ein urbaner politischer Stil durch, der als Massen- oder »Straßenpolitik« (Thomas Lindenberger) bezeichnet worden ist. Marschierende Körper und politische Symbole prägten den Alltag der Zwischenkriegszeit in Diktatur wie Demokratie, um numerische Stärke und revolutionäre Ansprüche der politischen Massenbewegungen zu demonstrieren.⁷¹ Welche Funktion aber konnte Massen und Symbolen in der politischen Kommunikation nach 1945 zukommen, in neuen westlichen Demokratien, die sich nicht nur vom Faschismus, sondern auch von der Sowjetunion abgrenzen wollten? Mit welchen Mitteln nutzten die neuen Parteien die postfaschistische Stadt als Bühne ihres Legitimationsanspruchs? Diese Fragen sind vor allem in Italien nicht getrennt von den sozialen Konflikten zu behandeln, die auf den Straßen und Plätzen ausgetragen wurden.⁷² Dennoch ist analytisch zu trennen zwischen Demonstrationen und Streiks, die soziale Konflikte verhandelten (und hier im Hintergrund bleiben), und einer parteipolitisch orchestrierten Massenpolitik anlässlich von Parlamentswahlen, die im Folgenden im Vordergrund steht.

⁷⁰ Zur Typisierung, die vor allem in Italien rezipiert worden ist, siehe: M. DUVERGER, *Parteien*, 1959.

⁷¹ Vgl. T. LINDENBERGER, *Straßenpolitik*, 1995; L. JERRAM, *Streetlife*, 2011, Kap. 1; B. J. WARNEKEN, »Massentritt«, 1986; W. F. BRUNDAGE/K. H. JARAUSCH, *Massen*, 2008; K. MENNEN, *Selbstinszenierung*, 2013, insb. S. 352; S. REICHARDT, *Fascist Marches*, 2007; DERS., *Faschistische Kampfbünde*, 2009, S. 114–119; D. SIEMENS, *Emotion und Praxis*, 2017. Zu Faschismus und Nationalsozialismus vgl. u.a. P. TERHOEVEN, *Liebespfand*, 2003; S. FALASCA-ZAMPONI, *Fascist Spectacle*, 1997; F. VOLLMER, *Politische Kultur*, 2007; P. DIEHL, *Reichsparteitag*, 2009.

⁷² Vgl. M. G. ROSSI, *Una democrazia a rischio*, 1994; M. GRISPIGNI, *Figli della stessa rabbia*, 2003.

Was der Bruch von 1945 für die Rolle der Massenpolitik im Repertoire politischer Parteien bedeutete, harrt noch der systematischen und erst recht der vergleichenden Analyse.⁷³ Gottfried Korff hat gemutmaßt, dass das »Ende der ›politischen Kollektivsymbolik‹ sozialer Bewegung« in Westdeutschland eine Folge des Nationalsozialismus darstellte, noch begünstigt durch den Prozess der Entproletarisierung und die wachsende Konsumorientierung. Erst mit 1968 machen Protestforscher in Deutschland eine neue Blüte politischer Symbolik und expressiver Straßenpolitik aus.⁷⁴ Auf Italien angewandt, machten diese Faktoren ein Aufleben politischer Kollektivsymbolik auch hier recht unwahrscheinlich. Das faschistische Regime hatte dem nationalsozialistischen in Sachen Massenpolitik und symbolischer Inszenierung in nichts nachgestanden. Anlässlich der Übertragung von Mussolinis Ansprachen (*adunate*) waren die Stadtbewohner regelmäßig aufgefordert worden, auf den Plätzen zu erscheinen, während Hitler in NS-Deutschland eher auf pompöse, massenmedial ausschaltbare Großereignisse setzte. Die italienische Piazza war so nach 1945 eher stärker vom Faschismus kontaminiert als der deutsche Marktplatz vom Nationalsozialismus.⁷⁵ Sodann war der Proletarisierungsgrad auf der Halbinsel in den 1950er Jahren geringer als in Westdeutschland, während die Italiener ebenso von der Konsumorientierung erfasst wurden wie die Westdeutschen.⁷⁶ Überdies ist auch nicht anzunehmen, dass die sozialpolitische Entwicklung das soziale Protestpotenzial und die vor 1945 mit ihm verbundene Tendenz zur Straßenpolitik in der Bundesrepublik aufhob. In Briefen an Politiker brachten mittellose Westdeutsche deutlich zum Ausdruck, dass sie sich im kapitalistisch organisierten Staat marginalisiert sahen.⁷⁷

Stilfragen der postdiktatorischen Demokratie banden sich offenbar weniger an strukturelle Faktoren und soziale ›Identitäten‹, sondern an kontingente Deutungen der politischen Akteure im zeitspezifischen Kontext. Entscheidend sollte werden, welche Funktionen und Bedeutungen in der postfaschistischen Demokratie mit Massenpolitik und politischer Symbolik verknüpft werden konnten, und diese unterschieden sich in italienischen und deutschen Städten. Welche

⁷³ Vgl. aber C. C. GATZKA, »Volk«, 2018.

⁷⁴ G. KORFF, Symbolgeschichte, 1991, S. 29 f., Zitat S. 30; T. BALISTIER, Straßenprotest, 1996, S. 218 f.; F. LINGER, Metropolen der Moderne, 2013, S. 534 f.; K. FAHLENBRACH, Protest-Räume, 2009.

⁷⁵ Vgl. A. NÜTZENADEL, Faschismus als Revolution?, 2000, S. 24; A. PES, Parola, 2012, S. 146; F. VOLLMER, Politische Kultur, 2007, S. 158. Zur Aufforderung per Karte, auf der Piazza zu erscheinen, vgl. D. Y. GHIRARDO, *Città Fascista*, 1996, S. 351 f.; S. FALASCA-ZAMPONI, Fascist Spectacle, 1997, S. 85; P. CORNER, Fascist Party, 2012, S. 196. Zum Nationalsozialismus vgl. M. URBAN, Konsensfabrik, 2007.

⁷⁶ Siehe Kap. IV.1. Zu Anteilen der Arbeiterschaft an den Erwerbstätigen vgl. P. GINSBORG, Storia d'Italia, 2006, S. 585, A. SCHILDT, Sozialgeschichte, 2007, S. 19, 30 f. Zur Entproletarisierung in den 1960er Jahren vgl. J. MOOSER, Arbeiterleben, 1984, S. 227 f.; DERS., Abschied, 1983.

⁷⁷ Vgl. M. FENSKE, Demokratie erschreiben, 2013, S. 221 f., 225–249; W. SÜSS, Armut im Wohlfahrtsstaat, 2010; W. KASCHUBA, Arbeiterkultur, 1991.

Bedeutungen sich durchsetzten, oblag zunächst der Initiative der politischen Linken als traditioneller Lokomotive der Straßenpolitik.⁷⁸ Doch letztlich entschied die öffentliche Resonanz darüber, inwiefern der Massenstil und die expressive Politik zu Signaturen der neuen Demokratie werden sollten – und ließ dann auch die Konservativen und die politische Rechte entsprechende Konsequenzen ziehen.

Das ›wahre‹ Volk. Massenpolitik in Italien

Am 2. Juni 1946 waren die Italiener aufgerufen, zwischen Monarchie und Republik zu wählen und Vertreter der neuen Parteien in die Verfassunggebende Nationalversammlung (Costituente) zu entsenden. Inmitten dieses ersten nationalen Wahlkampfes registrierte die *Gazzetta del Mezzogiorno* in Bari eine veränderte »Topographie« der Stadt: »Straßen, Plätze und Straßenecken haben ihren Namen an das Leben der einen oder der anderen Partei gebunden.« Manche Plätze dienten als Plattform der Monarchisten, andere als jene der Republikaner. Die zu diesem Zeitpunkt noch nach links tendierende größte Tageszeitung Baris und des Mezzogiorno sprach vom Wahlkampf als einem »Fest« und frohlockte über die diskutierenden Menschengruppen, die auf den Straßen zu beobachten waren.⁷⁹

Zwei Wochen später kam der christdemokratische Ministerpräsident Alcide De Gasperi in die Stadt und rief den Baresern vom Balkon des Rathauses skeptischere Worte zu: »Ich bin einer, der Schluss machen will mit der Balkonpolitik, ob es sich nun um den Balkon des Palazzo Venezia oder irgendeinen anderen Balkon dieser Art handelt. [...] Ich habe keine Lust, Mussolini zu imitieren, der von einem Balkon aus erst die Republik, dann die Monarchie, und am Ende wieder die Republik proklamiert hat.«⁸⁰ Eine Stadt, zwei Haltungen – durchsetzen sollte sich jene der Lokalredakteure. Zwei Jahre später, der erste Parlamentswahlkampf war gerade in Reichweite, rief die DC ihre Aktivisten auf, alle »Demokraten« Italiens auf den Plätzen um das »Scudo Crociato« (ihr Parteisymbol) zu scharen. Auch De Gasperi selbst sollte bis zu seinem frühen Tod noch auf vielen Balkonen stehen und die Massen mit weißen Taschentüchern winken sehen.⁸¹

Massen zu versammeln war essenziell für die politische Kultur der jungen italienischen Republik. Massenpolitik war hier ein Stück parlamentarischer Praxis, denn sie diente nicht der Durchsetzung formaler Partizipationsansprü-

⁷⁸ Vertiefend zu SPD und PCI: C. C. GATZKA, »Volk«, 2018.

⁷⁹ Aspetti della propaganda, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 16.5.1946. Festliche Semantiken wurden auch von jenen bemüht, die der urbanen Wahlkampfkultur in kritischer Absicht jegliche Rationalität absprachen: L'armistizio dei muri, in: LA STAMPA, 12.4.1953.

⁸⁰ De Gasperi parla a Bari, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 28.5.1946.

⁸¹ Il piano di propaganda, in: BOLLETTINO ORGANIZZATIVO DELLA DIREZIONE CENTRALE DELLA DEMOCRAZIA CRISTIANA, 15.1.1948. Vgl. P. ACANFORA, Myths, 2007, insb. S. 219.

che, sondern wurde orchestriert von Parteien, die längst in Parlamenten und Stadträten saßen.⁸² Ihre Großkundgebungen auf den Plätzen prägten den urbanen Wahlkampf, verbunden mit feierlichen Umzügen durch die Stadt, die 1948 zwar verboten wurden, aber nicht vollkommen verschwanden – allein schon, weil die Massen des Öfteren mit musikalischer Untermalung auf die Piazza strömten, um einen »Parteiführer« (*leader*) sprechen zu hören. Fahnen und Gesänge, Tücher und Parolen auf Pappschildern – all das gehörte zum italienischen Wahlkampfrepertoire nicht nur der linken, sondern aller Parteien, und erinnerte auffällig an die Kundgebungen im *Ventennio*.⁸³

Die Ähnlichkeit mit dem Stil der Faschisten war den Zeitgenossen durchaus bewusst und bereitete selbst manchem Kommunisten Unbehagen.⁸⁴ Der Kopf des Uomo qualunque, Guglielmo Giannini, zielte auf die »totalitären« Parallelen in der Kolonisierungserfahrung durch die Politik, wenn er 1946 in seinem Buch *La folla* (»Die Menge«) mit Blick auf die sozialistisch-kommunistische Straßenpolitik konstatierte: »[I]ch muss eine rote Fahne grüßen, wie ich gestern eine schwarze grüßen musste, ich muss in einen sozialistischen Krieg ziehen, wie ich gestern in einen faschistischen ziehen musste«.⁸⁵ Die Katholiken stimmten prinzipiell mit Gianninis Einschätzung überein. Schon in den 1920er Jahren hatte Luigi Sturzo, der Gründer des Partito Popolare Italiano, mit Befremden angemerkt, dass die Märsche, Fahnen und Gesänge wohl »im Blut der Italiener liegen müssen«.⁸⁶ Die »Agitation« der Massen und die »leere« Rhetorik des Faschismus galt Katholiken als reine »Äußerlichkeit«, der sie das Ideal der »Bewusstseinshandlung« (*azione cosciente*) entgegenstellten. Die »innerliche« Moralität des Individuums hielten sie für den pädagogisch wertvolleren Weg in eine christliche Demokratie.⁸⁷ Diese Dichotomisierung politischer Formen in »faschistische Äußerlichkeit, Emotion und Theater auf der einen und »demokratische Innerlichkeit, Rationalität und Authentizität auf der anderen Seite geriet jedoch rasch in Vergessenheit. Denn es gelang, den alten Stil mit demokratischen Konnotationen zu versehen, die seine faschistische Imprägnierung über-tünchten, und hier erwiesen sich die Kommunisten als stilprägend.

Obgleich die PCI-Presse ihre Kundgebungen gern als *spontane* Sympathiebekundungen der Bevölkerung darstellte, zogen die Funktionäre hinter den Ku-

⁸² Zur ersten Funktion, auf die Massenpolitik aus angloamerikanischer Sicht gern reduziert wird, vgl. W. F. BRUNDAGE/K. H. JARAUSCH, *Massen*, 2008, S. 302 f.

⁸³ Zur Symbolpolitik der Republik vgl. umfassend M. RIDOLFI, *Italia a colori*, 2015. Zu den Ähnlichkeiten siehe: Solo il Fronte salverà l'Italia, in: LA LOTTA, 5.3.1948 u. L. CASALI, *Bugie di guerra*, 2013, S. 558. Zum Umzugsverbot vgl. S. CAVAZZA, *Comunicazione di massa*, 2002, S. 202.

⁸⁴ Vgl. A. VENTRONE, *Cittadinanza*, 2008, S. 192 f.

⁸⁵ G. GIANNINI, *Folla*, 1946, S. 257 f.

⁸⁶ L. STURZO, *Italien und der Faschismus*, 1926, S. 132. Vgl. A. VENTRONE, *Cittadinanza*, 2008, S. 183–185. Angelo Ventrone überzeichnet jedoch m. E. die Zurückhaltung der DC im Hinblick auf die Nutzung der Piazza.

⁸⁷ Guido Gonella: *Azione o agitazione*, in: IL POPOLO, 25.9.1946. Vgl. F. DE GIORGI, *Cattolici*, 2007, S. 176–179.

lissen einige Fäden, um ihr Gelingen sicherzustellen.⁸⁸ Das begann bei den Massen selbst, die der PCI eifrig aus den umliegenden Provinzen herorganisierte. Dafür wurden auch Sonderzüge eingesetzt, aus denen die roten Fahnen flatterten.⁸⁹ Der Ablauf der Kundgebungen war minutiös geplant und ließ jede Spontaneität vermissen, wie ein Leitfaden der PCI-Parteizentrale erhellt. Die Piazza, die als Kundgebungsort diente, hatten die lokalen Funktionäre mit Bedacht auszuwählen. Nachdem sie bei den lokalen Behörden die Genehmigung zur Kundgebung eingeholt hatten, berieten sie bei einer Ortsbegehung über die beste Lage für die Rednerbühne und die zu installierenden Lautsprecher. Sie legten fest, von wo die Teilnehmer auf die Piazza einströmen und wo sie sie wieder verließen. Sie bestimmten das Itinerar für die Umzüge vor und nach der Kundgebung, sperrten Parkzonen für Autos und Fahrräder ab, rekrutierten einen Ordnerdienst, statteten ihn mit Armbinden aus und instruierten ihn, wie er Störungen schnellstmöglich und diskret neutralisieren konnte. Sie bereiteten Pappschilder und Banderolen vor und brachten rote Fahnen und Trikoloren mit, die sie im Publikum verteilten. Sie luden wichtige lokale Persönlichkeiten aus Politik, Kunst, Wissenschaft und Kultur zur Kundgebung ein, bereiteten die Plakat- und Lautsprecherwerbung vor und schmückten die Rednerbühne. Weil es allgemein bekannt war, dass die Anwesenden ermüdeten, wenn die Reden zu lang dauerten, achteten sie darauf, dass die Redner sich begrenzten und sorgten für Musikeinlagen vom Tonband.⁹⁰

Der PCI betrieb diesen Aufwand, insbesondere im Vorfeld von Wahlen, weil er die Straßen und Plätze als komplementäre Arenen zur parlamentarischen Repräsentation benötigte. Im Geiste des heraufziehenden Kalten Krieges war er 1947 von der Koalitionsbildung ausgeschlossen worden und galt fortan wegen seiner Bindung an die Sowjetunion auch nicht mehr als regierungstauglich. Damit befand er sich in einer ähnlich misslichen Lage wie die deutsche Sozialdemokratie vor 1914. Mit zeitweise über zwei Millionen Mitgliedern die weitaus größte Partei im *piena guerra fredda* (im »tiefen Kalten Krieg« bis 1956), aber ohne jede Chance auf eine parlamentarische Mehrheit, dienten ihm die Plätze als Aufführungsorte seiner numerischen Stärke und seiner »demokratischen« Macht. Als größter Partei, so erklärte die kommunistische Presse bereits 1945, stehe dem PCI von einem »streng demokratischen Blickwinkel aus gesehen« eigentlich die politische Führung des Staates zu, auf die er großzügig verzichte, weil er vom Opfergeist gegenüber dem italienischen Volk getragen sei.⁹¹

⁸⁸ Vgl. S. CAVAZZA, *Comunicazione di massa*, 2002, S. 215. Richtlinien gab die Partei bereits im März 1945 heraus, vgl. A. VENTRONE, *Cittadinanza*, 2008, S. 160 f. u. Fn. 2 u. 4.

⁸⁹ Cap. Mallia, Carabinieri Bari, an das MI, 7.11.1948. ACS, MI-GAB, PP 1944–1966, fasc. 160/P/10; Ten. Sforza, Carabinieri Trani, an das MI, 7.11.1948. Ebd., Cap. Lugli, Tenenza Carabinieri Molinella: Fonogramma an das MI, 29.2.1948. ACS, MI-GAB, fasc. 17414.

⁹⁰ Come si prepara un comizio, in: QUADERNO DELL'ATTIVISTA, Nr. 1, Februar 1946.

⁹¹ L'esempio di Togliatti, in: LA LOTTA, 23.6.1945.

Dieses »demokratische« Verständnis fußte auf dem gebrochenen Verhältnis der Italiener zur parlamentarischen Repräsentation seit der liberalen Ära.⁹² Es zeigte sich nach 1945 im pejorativen Gebrauch des Begriffs der »Mehrheit« (*maggioranza*). Dieser Mehrheit der stärksten Partei im Parlament wurde von der Opposition stets die Befähigung abgesprochen, das ganze Volk zu repräsentieren, war sie doch immer nur relativ und überdies noch recht fragil. Angewiesen auf Koalitionspartner, die sie nicht immer fand, stand der größten Parlamentsfraktion und namentlich der DC stets eine formidable Mehrheit von Wählern gegenüber, die nicht für sie votiert hatte.⁹³ Obschon Wahlverlierer, konnten die Kommunisten so 1953 zufrieden kundtun, dass »von 15 Millionen Wählerinnen gute acht, das heißt die Mehrheit, der Democrazia Cristiana die Gefolgschaft verweigert« hatten.⁹⁴ Wenn Emilianer Kommunisten die Massen nach dem verlorenen Parlamentswahlen vom 18. April 1948 zum 1. Mai ganz kalkuliert auf die Straßen trieben, sollte diese Demonstration »so beeindruckend werden, dass diejenigen, die meinen, ihre Mehrheit nutzen zu können, lernen, dass sie ihre Rechnung mit den Arbeitermassen und ihren Organisationen machen müssen.«⁹⁵ Das kommunistische Misstrauen erwuchs nach den ersten Parlamentswahlen freilich auch aus der Überzeugung, der diplomatische Druck und die propagandistischen Interventionen der USA hätten das Wahlergebnis von 1948 zugunsten der DC beeinflusst.⁹⁶

Vor allem aber bezog der Mehrheitsbegriff seine negative Konnotation aus seinem Bezug auf die Regierung und den Staat, der sich in ihren Händen befand. Wer *maggioranza* sagte, meinte immer auch die staatlichen (oder behördlichen oder auch die legislativen) Repressionsmittel. Dies war auch Ausdruck einer Erfahrung von Staatlichkeit, die seit der Nationsgründung mit lokalem Autonomieverlust, bürokratischer Überfremdung, Repression und Nepotismus verbunden gewesen war und sich im Faschismus noch vertieft hatte.⁹⁷ Die personellen und institutionellen Kontinuitäten über die Zäsur von 1943/45 hinweg gaben Anlass, das Misstrauen gegenüber dem Staat zu kultivieren. In der verbreiteten Dichotomisierung eines *paese legale* und eines *paese reale* (eines »recht-

⁹² Das hatte zum einen mit der Erfahrung der langwierigen Kompromissuche im Parlament zu tun, die den Erfordernissen moderner Staatlichkeit nicht angemessen schien. Zum anderen erwuchs die italienische Parlamentskepsis vor allem aus der opportunistischen und lokalistisch-klientelistischen Praxis der Parlamentarier, die mit dem Begriff des *trasformismo* beschrieben wird, vgl. F. CAMMARANO, *Tra parlamento ed esecutivo*, 2012; L. MUSELLA, *Il trasformismo*, 2003.

⁹³ Vgl. S. CAVAZZA, *Comunicazione di massa*, 2002, S. 217.

⁹⁴ Prefetto di Bologna an das MI, 5.11.1953. ACS, MI-GAB, PP 1944–1966, fasc. 160/P/14.

⁹⁵ Verbale del Comitato esecutivo [PCI Bologna], 23.4.1948, Bl. 4. FGER, PCI-BO, CE, 1948, b. 1, fasc. 1.

⁹⁶ Vgl. K. MISTRY, *American intervention*, 2011, S. 179–181.

⁹⁷ Vgl. umfassend A. ROCCUCCI, *Costruzione dello Stato-nazione*, 2012; L. KLINKHAMMER, *Staatliche Repression*, 2005; zum Faschismus: P. NENNI, *Todeskampf der Freiheit*, 1930, S. 187 f.; P. CORNER, *Fascist Party*, 2012, S. 256 f. Zur katholischen Staatsdistanz vgl. L. STURZO, *Italien und der Faschismus*, 1926, S. 245; F. TRANIELLO, *Città dell'uomo*, 1998.

lichen Landes« und eines »wahren Landes«) fand dies seine Entsprechung. Das *paese reale* versammelte sich nach dieser Deutung auf den Straßen und Plätzen, und hierin lag die zentrale Funktion der Wahlkundgebungen: Sie sollten demonstrieren, wer das »wahre« Italien zu versammeln vermochte.

Die kommunistische Massenpolitik ist mithin in erster Linie als eine Kommunikation um Herrschaft zu verstehen, eine Kommunikation mit den Herren des Palazzo, und konnte als solche an politische Traditionen seit dem Mittelalter anknüpfen.⁹⁸ Dabei handelte es sich um ein durchaus anschlussfähiges Deutungsmuster. Das problematische Verhältnis zur parlamentarischen Mehrheit wurde bezeichnenderweise von der DC selbst aktualisiert, wo sie auf kommunaler Ebene die Minderheit stellte. In Bologna gebrauchten Christdemokraten und Liberale den Begriff der *maggioranza* pejorativ gegen die sozialkommunistische Stadtregierung und mithin gegen die Herren des kommunalen Palazzo. »Bedenken Sie, dass Sie nur eine Minderheit der Bürger repräsentieren!«, durfte sich Bürgermeister Giuseppe Dozza 1953 im Stadtrat anhören, obwohl seine Partei klare Wahlsiegerin gewesen war.⁹⁹

Anlässlich der Reform des Wahlgesetzes durch Alcide De Gasperi im Jahr 1953 verbreitete sich die diskursive Delegitimierung parlamentarischer Mehrheiten. Das neue Wahlsystem versprach dem Parteibündnis, das mehr als 50 Prozent der Wählerstimmen erhielt, eine Mehrheitsprämie in Form von 65 Prozent der Parlamentssitze. Die Linke erblickte darin ein »betrügerisches Gesetz« (*legge truffa*) und konnte auf das faschistische Vorbild von 1923 verweisen.¹⁰⁰ Und der MSI führte auf seinen Wahlkundgebungen aus, er wolle die Demokratie gewahrt wissen und verhindern, dass sich die parlamentarischen »Mehrheiten in totalitäre Oligarchien« verwandelten.¹⁰¹ Als die DC bei den Wahlen die absolute Mehrheit knapp verpasste, war das neue Wahlgesetz vom Tisch und der tiefen Sehnsucht nach möglichst präziser Abbildung der verschiedenen politischen Strömungen im Parlament entsprochen. Das Verhältniswahlsystem aber veranlasste die italienischen Oppositionsparteien permanent, der Regierungspartei die Qualität abzusprechen, die Mehrheit des Wahlvolks zu vertreten. In der politischen Kommunikationskultur der Bundesrepublik entfaltete es keine vergleichbaren Mobilisierungswirkungen, wenngleich der Koalitionsimperativ auch manchem westdeutschen Wähler suspekt war.¹⁰²

⁹⁸ Vgl. M. RIDOLFI, *Tradizioni*, 2012, S. 42.

⁹⁹ *Atti del Consiglio Comunale di Bologna*, 94. Jg., 1953, *Seduta straordinaria del 4 maggio 1953*, S. 318. Für ein weiteres Beispiel siehe: ebd., *Seduta straordinaria del 25 febbraio 1953*, S. 98.

¹⁰⁰ Gemeint ist die *legge Acerbo*, die dem PNF auf gleiche Weise eine Parlamentsmehrheit gesichert hatte. Vgl. M. S. PIRETTI, *La legge truffa*, 2003. Die Forschung sieht im Scheitern der Reform eine Folge der segmentierten politischen Kultur, die das reine Verhältniswahlrecht als einzig authentische Abbildung des Wählerwillens erscheinen ließ, vgl. S. FABBRINI, *De Gasperi*, 2008.

¹⁰¹ *Comizio tenuto da Augusto De Marsanich in Piazza Prefettura*, 22.5.1953. *Resoconto stenografico*, Bl. 3. ACS, MI-GAB, 1953–56, b. 488, fasc. 7610.

¹⁰² Christian Liebscher (Hamburg-Wilhelmsburg) an den »Ausschuss«, o. D. [Abschrift der SPD Hamburg datiert v. 15.10.1953]. *AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 214*.

Was wies die »Massen« im Nachkriegsitalien als *paese reale* aus, was attribuierte ihnen demokratische Qualität, während man ihnen im Faschismus retrospektiv nur eine Statistenrolle zuwies? Vom Ruch faschistischer – wie auch stalinistischer – Massenfeste befreiten die republikanische Piazza namentlich die Kommunisten. Dazu wiesen sie auf die autochthonen revolutionären Traditionen hin, und diese fanden sich bekanntlich im Risorgimento und in der Figur Giuseppe Garibaldis. Im Wahlkampf, wo es darum ging, sich dem gesamten Land zu präsentieren, war es nicht so sehr die Erinnerung an die Resistenza, sondern der Verweis auf das Risorgimento, der die kommunistische Massenpolitik anschlussfähig machen sollte. Der Partisanenkampf galt vielen Italienern als Ferment des Bürgerkriegs, angeführt von Heerscharen sozialrevolutionärer Vaterlandsverräter.¹⁰³ Deshalb taten die Kommunisten gut daran, sich im Wahlkampf auf den Straßen und Plätzen nicht nur als Partisanen, sondern darin vor allem als Erben des Patrioten Giuseppe Garibaldi zu präsentieren. Das Rot der Fahnen und die roten oder rot-weiß-grünen Halstücher und Baskenmützen, die Partisanen trugen, gemahnten an Garibaldis Rothemden, und die Trikoloren, die PCI-Funktionäre gezielt verteilen ließen, sollten die kommunistischen Kundgebungen ebenso als patriotische Feste ausweisen wie der Umstand, dass neben der *Bandiera rossa* des Öfteren auch die Nationalhymne auf kommunistischen Kundgebungen angestimmt wurde.¹⁰⁴

Die Piazza diente im Wahlkampf mithin der symbolischen Nationalisierung der Resistenza und der Patriotisierung des PCI im Medium der nationalrevolutionären Traditionen des 19. Jahrhunderts, und das zeigte sich auch mit Blick auf die Umwertung des »Volks«-Begriffs, die von den Kommunisten ausging.¹⁰⁵ Der *popolo* war im bürgerlichen Italien als Klassenbegriff traditionell negativ konnotiert und beschrieb im 19. Jahrhundert auch den proletarischen »Pöbel«. Da er im Faschismus keine signifikante semantische Neubeschreibung erfahren hatte – die faschistische Propaganda sprach von den »Italienern«, aber nicht vom *popolo* – konnte von einer erfolgten Nationalisierung des Begriffs, wie sie in Deutschland stattgefunden hatte, bis 1945 keine Rede sein.¹⁰⁶ Der PCI setzte nun einen semantischen Wandel in Gang, der den

¹⁰³ Vgl. L. PAGGI, »Popolo dei morti«, 2009, S. 27 f.; D. SASSOON, *Italy after Fascism*, 2003, S. 276–279. Zur positiven Erinnerungskultur an den Widerstandskampf, die insbesondere an den Jahrestagen der Befreiung in norditalienischen Städten ihren Ausdruck fand, vgl. T. GROSSBÖLTING, *Memorie*, 2005, S. 337, 342; L. KLINKHAMMER, *Resistenza-Mythos*, 1997.

¹⁰⁴ Come si prepara un comizio, in: QUADERNO DELL'ATTIVISTA, Nr. 1, Februar 1946. Vgl. G. VECCHIO, *Tricolore*, 1999, S. 373–382, insb. S. 376 f.; J. KRAATZ MAGRI, *Der umkämpfte Volksheld*, 2011, S. 337, 341–343, 349 f. u. Fn. 421; A. VENTRONE, *Cittadinanza*, 2008, S. 177; S. CAVAZZA, *Transizione difficile*, 2001, S. 459, 461–463; E. A. PERONA, *Bandiera rossa*, 2010; F. BUSETTO, *Traversie*, 1999, S. 24.

¹⁰⁵ Vgl. M. RIDOLFI, *Tradizioni*, 2012, S. 42; zum Patriotismus des PCI vgl. auch S. CAVAZZA, *Costituzione in piazza*, 1999, S. 167; DERS., *Transizione difficile*, 2001, S. 453, 461 f.

¹⁰⁶ Vgl. S. CAVAZZA, *Dimensione massa*, 2004, S. 62; zum traditionellen Misstrauen der italienischen Eliten gegenüber den Unterschichten vgl. ebd., S. 59–72. Ulrich Herbert unterscheidet

sozial besetzten Volksbegriff republikanisierte und seiner patriotischen Selbstinszenierung förderlich sein sollte. Dazu rekurrierte die Partei auf die europäischen Revolutionen des langen 19. Jahrhunderts und insbesondere auf jene von 1848. Indem sie sich im Wahlkampf 1948 in die Tradition der Achtundvierziger stellte, wollte sie sich vom Odium der bolschewistischen Revolution befreien. Schon 1945 hatte sich Palmiro Togliatti in den republikanischen Traditionen des Westens verortet, wenn er in der Parteipresse an die Revolutionen in England und Frankreich gemahnte.¹⁰⁷ 1948 dann war in der *Unità* zu lesen, der heutige Klassenkampf führe jenen von 1848 fort, als es sich »nicht um eine proletarische, sondern um eine *Volks*-Revolution« gehandelt habe, eine »Handwerkerrevolution«, keine sozialistische oder kommunistische.¹⁰⁸ Statt des Kapitals und des Klassenfeinds figurierten in der PCI-Presse die »Reaktion« und die USA als innere und äußere Feinde eines republikanisierten *popolo*, der sich auf den Plätzen zeigte.¹⁰⁹

Angesichts dieser Bedeutungen kommunistischer Massenpolitik musste es im Interesse der Funktionäre liegen, auf Straßen und Plätzen die *Disziplin* des Volkes vorzuführen und es damit, ähnlich wie bei der SPD im Kaiserreich, in den Stand politischer Mündigkeit zu erheben.¹¹⁰ Und manchen staatlichen Beobachter überzeugte das auch. So berichtete der Bologneser Präfekt, ein hochdekoriertes General, nach dem Wahlkampf 1948 seinem Innenminister, dass es mit dem »wahren« revolutionären Potenzial der Kommunisten und der Bologneser Bevölkerung nicht weit her sei. Betrachte man die Geschehnisse vor Ort »mit Verstand«, sei es »nicht schwierig, festzustellen, dass die Leute aus der Emilia wie jene aus der Romagna, ja, mit der Revolution kokettieren, ihren Gefallen an der roten Krawatte, an den Hetzliedern, und vielleicht auch an üblen Geschichten finden; doch in der Praxis erschöpft sich der revolutionäre Geist in der Kundegebung auf der Piazza, zu deren Ende die Revolution unvermeidlich auf einen geeigneteren Zeitpunkt verschoben wird«. Er sah vom PCI und seiner Straßenpolitik ausdrücklich keine Gefahr ausgehen.¹¹¹

Die Anschlussfähigkeit der Umwertungen, die der PCI vorantrieb, ist bemerkenswert. Das »wahre« Volk auf den Straßen und Plätzen vorzuführen,

die nationale und die republikanische Bedeutung von »Volk«, vgl. U. HERBERT, *Geschichte Deutschlands*, 2014, S. 60 f. Zur Entwicklung des deutschen Konzepts von einem sozialen Begriff hin zu einer »radikale[n] Alternative« zur »Gesellschaft« vgl. P. NOLTE, *Ordnung*, 2000, S. 53, Zitat S. 67.

¹⁰⁷ *La nostra rivoluzione democratica*, in: LA LOTTA, 11.8.1945.

¹⁰⁸ *Novità del'48*, in: L'UNITÀ. EDIZIONE DELL'ITALIA SETTENTRIONALE, 28.2.1948. Hervorh. i. Orig.; *Calendario delle celebrazioni del '48 nel Veneto*, in: L'UNITÀ. EDIZIONE DELL'ITALIA SETTENTRIONALE, 10.3.1948.

¹⁰⁹ *Il volto della reazione*, in: LA LOTTA, 6.2.1948; *Bologna democratica e repubblicana risponde ai gas lacrimogeni del poliziotto Scelba con una imponentissima manifestazione*, in: LA LOTTA, 13.2.1948.

¹¹⁰ Vgl. B. J. WARNEKEN, »Die friedliche Gewalt«, 1991, S. 102 f., 107 f.; M. L. SALVADORI, *Storia d'Italia*, 2001, S. 94; A. VENTRONE, *Cittadinanza*, 2008, S. 160 f.

¹¹¹ *Prefetto di Bologna an das MI*, 24.4.1948, Prot. 1321. ACS, MI-GAB, fasc. 17414.

wurde zur Obsession aller politischen Kräfte und verlieh der parlamentarischen Demokratie Italiens einen latent außerparlamentarischen Appeal. Schon 1946 fühlten sich Monarchisten herausgefordert, die Umzüge und Kundgebungen der Republikaner zu imitieren und demonstrierten für König und Vaterland. Wie im Faschismus hallte dabei bisweilen die alte Nationalhymne, die *Marcia Reale*, durch die Straßen. Mit Genugtuung erklärte ein Vertreter des Bareser Uomo Qualunque, als er bei einer Kundgebung im Mai 1946 auf der symbolträchtigen Piazza Gramsci sprach, dass auch der Uomo Qualunque einen Platz beanspruche, von dem die Sozialkommunisten meinten, dass er ihnen vorbehalten sei.¹¹² Gianninis Invektiven gegen die kommunistischen Fahnen hinterden seine Gesinnungsgenossen nicht, den Kommunisten nachzufolgen.

Mit der politischen Rechten marschierten häufig Soldaten und Kriegsveteranen; statt auf die Republik sangen sie ihre Hymnen auf das Haus Savoyen.¹¹³ Selbst König Umberto II. sprach sich im Vorfeld des Referendums für einen »demokratischen Wiederaufbau« des Landes aus und knüpfte damit an die kommunistische Deutung an, wonach sich die »demokratische« Kraft in der Befähigung zeigte, die größten Massen auf die Straßen zu bringen.¹¹⁴ Umberto II. hatte alle Berechtigung, daraus seine politische Legitimität herzuleiten: In Bari genügte schon das Gerücht, dass er in die Stadt kommen würde, um Menschenmassen wie auf einer Schnitzeljagd durch die Stadt flitzen zu sehen, auf der Suche nach dem Ort, wo der König sich zeigen würde – selbst, wenn er am Ende gar nicht erschien.¹¹⁵

Auch die DC passte sich den neuen Bedeutungen an, die versammelten Massen in der jungen Republik zukamen. Als antifaschistische Partei war ihr die Vorstellung, in einem zweiten Risorgimento endlich eine Ära legitimer politischer Herrschaft einzuläuten, nicht fremd.¹¹⁶ Und auch sie hatte sich als patriotische Kraft zu bewähren, nachdem die Katholiken, zusammen mit den Sozialisten, im liberalen Italien als Repräsentanten des Anti-Staates und somit als Feinde der Nation gegolten hatten.¹¹⁷ Als Regierungspartei besonders herausgefordert, avancierten die eigentlich massenscheuen Christdemokraten im Laufe der Zeit gar zu den Königen der Plätze (Tab. 2). Dazu bemühten auch sie sich, mit eigenen Bussen

¹¹² Il comizio qualunque con un discorso di Patrisi, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 15.5.1946.

¹¹³ Comizi a Lecce di monarchici e repubblicani, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 14.5.1946; Cortei patriottici a Taranto, in: ebd.; Impegno dei partiti per l'ordine pubblico, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 17.5.1946.

¹¹⁴ Risposta del Re all'Unione Monarchica, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 16.5.1946.

¹¹⁵ La giornata elettorale, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 31.5.1946.

¹¹⁶ Vgl. P. ACANFORA, *Myths*, 2007, S. 322; DERS., *Democrazia cristiana*, 2009; F. TRANIELLO, *Stato e partiti*, 1979, S. 14 f.; P. SCOPPOLA, *Repubblica dei partiti*, 1997, S. 114. Innerhalb des diversifizierten katholischen Milieus wurde die Resistenza allerdings unterschiedlich stark für die symbolische Selbstrepräsentation genutzt, vgl. G. FORMIGONI, *Memoria della guerra*, 2001, S. 521–526.

¹¹⁷ Vgl. M. RIDOLFI, *Rossi e neri*, 2012.

Anhänger aus den Provinzen zu ihren Großkundgebungen zu transportieren.¹¹⁸ Trikoloren und Parteischilder waren auch hier allgegenwärtig. So fungierten die italienischen Nachkriegsplätze im Wahlkampf als Bühnen der Vorführung politischer Legitimität durch parlamentarische Akteure, die auch außerhalb des Parlaments demonstrieren wollten, das »wahre« Volk zu repräsentieren.

Wahlkundgebungen in Stadt und Provinz, Wahlkampfwoche vom 18.–24. Mai 1953

Stadt	DC	PCI	PSI	MSI	PNM	PLI	PRI	gesamt
Mailand	292	113	187	57	29	37	37	752
Neapel	164	185	95	139	109	35	13	740
Bari	184	97	69	71	116	46	22	605
Reggio Calabria	100	103	60	86	44	11	26	430
Rom	97	118	56	32	29	25	19	376
Bologna	83	111	67	13	9	16	13	312
Venedig	69	76	46	17	9	14	–	231
gesamt	989	803	580	415	345	184	130	3446

Tab. 2. Eigene Aufstellung auf der Grundlage von: Ministero dell'Interno: Campagna elettorale – settimana dal 18 al 24 maggio 1953. Comizi. ILS, NL Scelba, b. 165, fasc. 1686.5.1.

Die Plätze der Städte und Gemeinden waren so im Wahlkampf stark frequentiert. Allein in sieben wichtigen Provinzen Nord- und Süditaliens zählte die Polizei in einer Wahlkampfwoche 1953 knapp 3 500 kleinere und größere Kundgebungen (Tab. 2), und diese Zahl ging auch auf den Umstand zurück, dass die kleineren Provinzstädte ebenso wichtige Bühnen von Straßen- und Massenpolitik darstellten wie die Provinzhauptstädte. In der Provinz Bologna boten DC, PCI und PSI im Wahlkampf 1948 *täglich* zusammen etwa fünfzig Kundgebungen an, acht davon im Stadtgebiet. An einem normalen Wahlkampfsontag – traditionell der Hauptversammlungstag – zählte die Bologneser Polizei 91 Kundgebungen, davon 26 des Fronte, 30 der DC, 23 des sozialliberalen PSLI, sieben des monarchistischen Blocco Nazionale und fünf des linksliberalen PRI. 1953 hatten die Zahlen keineswegs abgenommen.¹¹⁹ Das hing auch damit zusammen, dass eine Partei nachziehen musste, wenn die Gegner viele Termine anboten, weil sich das lokale Publikum durchaus als kundgebungswütig erwies. Um Wähler und Genossen nicht in die Arme des Gegners zu treiben, plante der Bologneser PCI-Verband 1953 allein am letzten Wahlkampftag 500 bis 600 kleine Wahlkundgebungen in Stadt und Provinz.¹²⁰

¹¹⁸ ASBO, DC, CC, Elettorale 1, fasc. »Grandi comizi«, sfasc. »18 maggio ore 18. Tambroni. Piazza Maggiore«; Prima domenica di comizi elettorali, in: LA STAMPA, 24.3.1958.

¹¹⁹ Prefetto di Bologna an das MI v. 15.3.1948, 22.3.1948, 30.3.1948 u. 5.4.1948. ACS, MI-GAB, fasc. 17414; Comizi elettorali, in: LA LOTTA, 8.5.1953.

¹²⁰ Verbale del Comitato esecutivo [PCI Bologna], 4.5.1953, Bl. 6. FGER, PCI-BO, CE, 1953, b. 1, fasc. 5.

Konjunkturell bedingte Mobilisierungseinbrüche auf den Plätzen machten den lokalen Funktionären ernsthafte Sorgen, blieben jedoch in den nationalen Wahlkämpfen bis einschließlich weitgehend 1953 aus.¹²¹ Fotografien prall gefüllter Plätze zierten in diesen Jahren regelmäßig die Titelseiten der Lokalblätter und Parteizeitungen; die auf der Piazza versammelten Massen wurden geradezu zur Signatur der jungen Republik (Abb. 4, S. 159). Umgekehrt konnte es freilich angesichts der Vielzahl von Kundgebungen auch vorkommen, dass die Piazza gähnend leer blieb, was dann vom politischen Gegner hämisch ausgeschlachtet wurde.¹²² Als etwa der (nur 1,63 Meter große) DC-Chef Amintore Fanfani 1958 für eine Wahlkampfkundgebung in die Provinz Bologna kam, titelte *La Lotta*: »Zu große Piazza für einen zu kleinen Mann«, und warf der katholischen Lokalzeitung vor, sie hätte bei den Zuschauerzahlen maßlos übertrieben.¹²³ Sahen sich Christdemokraten in Bologna 1953 dem kommunistischen Gerücht ausgesetzt, eine ihrer zentralen Wahlkundgebungen sei nicht gut besucht gewesen, druckte die katholische Tageszeitung nachträglich ein Foto der gefüllten Piazza ab.¹²⁴

Um die Defizite der als lethargisch geltenden Christdemokraten auszugleichen, wirkte die Kirche auch auf den Plätzen als Mobilisierungsmotor.¹²⁵ Zur gezielten Massenchoreographie der Katholiken holte der Klerus für den Wahlkampf 1948 die Madonnenprozessionen, die er bereits in Frankreich erfolgreich implementiert hatte, nach Italien. Tausende Menschen im ganzen Land begleiteten vor den ersten Parlamentswahlen die Statue der »pilgernden Madonna« (*Madonna Pellegrina*) durch die Städte und Gemeinden, akustisch wahrnehmbar durch Lieder und kollektive Gebete.¹²⁶ Überdies nutzten die Bischöfe seit 1946 religiöse Feste dazu, sich während der Wahlkämpfe auf die Plätze zu begeben und die Segnungen der lokalen Bevölkerung mit politischen Botschaften zu verbinden. Neu an dieser Praxis war nicht so sehr die politische Instrumentalisierung des Sakralen, sondern der Geist der Massenmobilisierung im Dienste der *Civiltà cristiana*. Pius XII. ging es darum, öffentlich sichtbar machen, dass sich das Volk unter dem Kreuz Christi versammelte. Ganz in diesem Sinne hieß es in der katholischen Presse im Bologneser Wahlkampf 1953: »Das ganze Volk

¹²¹ Mobilisierungsprobleme gab es in Bologna etwa im Kommunalwahlkampf 1950; im Parlamentswahlkampf 1953 waren diese jedoch schon wieder überwunden. Verbale del Comitato esecutivo [PCI Bologna], 17.1.1950, Bl. 6. FGER, PCI-BO, CE, 1950, b. 1, fasc. 3; Verbale del Comitato esecutivo [PCI Bologna], 4.5.1953, Bl. 2. FGER, PCI-BO, CE, 1953, b. 1, fasc. 5.

¹²² I »forchettoni« non possono parlare a causa della mancanza di pubblico, in: LA LOTTA, 15.5.1953; Le ultime voci della campagna elettorale, in: GIORNALE DELL'EMILIA, 6.6.1953; Sottovoce, in: DUE TORRI, 1.4.1958.

¹²³ Piazza troppo grande per uomo troppo piccolo, in: LA LOTTA, 1.5.1958.

¹²⁴ La chiusura della campagna democristiana ha visto questo pubblico a Bologna applaudire il ministro Scelba, in: L'AVVENIRE D'ITALIA, 7.6.1953.

¹²⁵ Vgl. G. DE ANTONELLIS, Storia dell'Azione cattolica, 1987, S. 216–219.

¹²⁶ Vgl. R. A. VENTRESCA, From Fascism to Democracy, 2004, S. 102–117; DERS., Virgin, 2003; E. DI NOLFO, Von Mussolini zu De Gasperi, 1993, S. 232 f.

umringt die Madonna¹²⁷. Auch im katholischen Lager hatte sich die Republikanisierung des Volkes zu jener Zeit durchgesetzt.

Auf den zentralen Großkundgebungen der »Parteiführer«, aber auch bekannter lokaler Politiker, erreichten die Besucherzahlen im Wahlkampf der 1940er und 1950er Jahre meist mehrere zehntausend, wobei die Parteien bei ihren Angaben kräftig übertrieben. Auf der Bologneser Piazza Maggiore meinten Kommunisten wie Christdemokraten regelmäßig 100 000 Teilnehmer angezogen zu haben, die sich auch in den anliegenden Straßen einfanden.¹²⁸ Die 30 000 bis 60 000, die Polizisten zählten, kamen der Realität wohl näher.¹²⁹ Im Mezzogiorno war das Mobilisierungsvermögen der Parteien im Mittel etwas schwächer ausgeprägt als im Norden. Ein Alcide De Gasperi lockte in Bari – glaubt man dem Präfekten – immerhin 50 000 Menschen auf die Piazza Prefettura; die Regel waren eher Besucherzahlen von circa 20 000.¹³⁰ Die Präfekten, so vermutete man zumindest intern bei der Polizia di Stato, spielten die Teilnehmerzahlen eher noch herunter; in den Spitzen war das Mobilisierungsniveau im Süden wohl keineswegs geringer als im Norden.¹³¹

Dass der Mezzogiorno Teil der neuen Massenpolitik wurde, lag jedoch nicht an Kommunisten und Christdemokraten, sondern an den Monarchisten und Neofaschisten. Mit ihren Kundgebungen nahmen sie den Wind auf, der »vom Norden« wehte (in Italien spricht man für die republikanische Entwicklung nach 1945 vom *Vento del Nord*). Denn so konnten sie ihrerseits aufzeigen, dass die alten Eliten gar nicht so illegitim gewesen waren, wie die antifaschistischen Parteien glauben machen wollten. Im Norden wie im Süden aktiv, übertraf ihr Mobilisierungsvermögen im Mezzogiorno jenes des PCI erheblich, der hier seine Gewerkschaft nicht gut »im Griff« hatte, und jenes der DC immer noch meist deutlich.¹³² Typisch war das Bild, das die sechs Wahlkampftage Ende Mai 1953 in Bari vermitteln (Grafik 1). Der PCI war fleißig, mobilisierte mit seinen acht Kundgebungen aber gerade einmal circa 2 500 Menschen. Die Neofaschisten benötigten nur vier, um über 40 000 anzuziehen. Die meisten Veranstaltungen

¹²⁷ Tutto un popolo intorno alla Madonna, in: L'AVVENIRE D'ITALIA, 12.5.1953 (Zitat); S. Luca il popolo attorno al suo Pastore, in: L'AVVENIRE D'ITALIA, 30.5.1953; La Madonna di San Luca scenderà fra il suo popolo, in: L'AVVENIRE D'ITALIA, 5.5.1953; Pregare perché l'Italia conservi la sua libertà, in: L'AVVENIRE D'ITALIA, 23.4.1958. Vgl. A. BRAVO, Madonna pellegrina, 2010, S. 591; A. VENTRONE, Cittadinanza, 2008, S. 51–53.

¹²⁸ Centomila bolognesi al comizio di Pajetta e Pertini, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 2.3.1948; Una sterminata moltitudine ascolta la parola di De Gasperi, in: L'AVVENIRE D'ITALIA, 15.5.1953; Il Fronte si assume l'impegno di attuare le riforme di struttura, in: LA LOTTA, 26.3.1948.

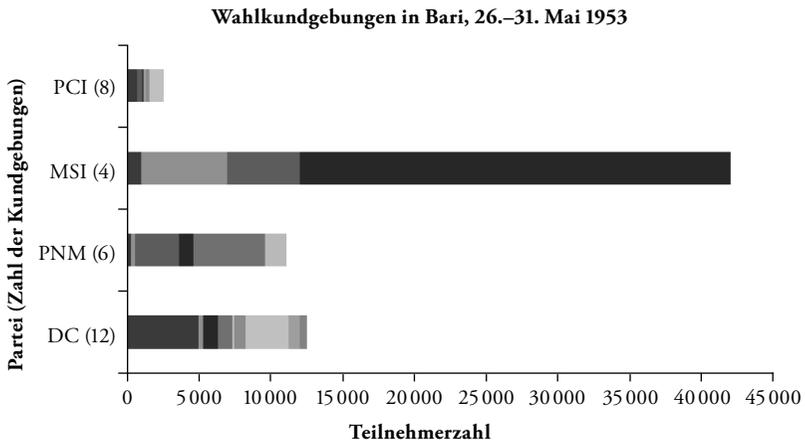
¹²⁹ Questore Rendina, Bologna: Fonogramma an das MI, 25.3.1948. ACS, MI-GAB, fasc. 17414; Questore Rendina: Fonogramma an das MI, 18.3.1948. Ebd.

¹³⁰ Prefetto di Bari: Telescrivente an die Presidenza Consiglio Ministri Gab. u. an das MI, 1.6.1953. ASBA, Prefettura di Bari, Gabinetto, Terzo Versamento, non riordinato, b. 268, fasc. 2, sfasc. 1.

¹³¹ Tommaso Pavone, Capo Polizia (Rom): Telegramma N° 25568/555/119, o. D. [Mai 1953]. Ebd.

¹³² Vgl. A. VENTRONE, Cittadinanza, 2008, S. 207–209; L. MASELLA, Appunti, 1977, S. 161; G. POGGI, Organizzazione partitica, 1968, S. 64–66; F. DE FELICE, Togliatti, 1977.

bot die DC an; den Monarchisten gelang es mit der Hälfte, nämlich sechs Kundgebungen, fast genauso viele Menschen auf die Plätze zu bringen. Auch in den nördlichen Provinzen und in der Hauptstadt war das Mobilisierungsvermögen von MSI und PNM beachtlich. In Rom gehörten die Kundgebungen des MSI 1948 und 1953 zu denjenigen mit den meisten Besuchern, und dasselbe galt 1958 etwa in Brindisi, aber auch in Parma.¹³³



Grafik 1. Eigene Berechnungen auf der Grundlage von: Questore di Bari al Ministero dell'Interno, 1.6.1953. ASBA, Prefettura di Bari, Gabinetto, Terzo Versamento, non riordinato, b. 268, fasc. 2, sfasc. 1.

Die Erfolge der Neofaschisten und Monarchisten sind umso bemerkenswerter, konnten sie doch weder auf Gewerkschaften und Vorfeldorganisationen noch auf die Azione Cattolica, ja nicht einmal auf große Mitglieberscharen zählen. Ihr Publikum nährte sich in hohem Maße aus parteiungebundenen Stadtbewohnern. Die Bagatellisierung der Neofaschisten und einer »Handvoll Monarchisten« (Hans Woller), die auf nationaler Ebene kaum eine Rolle spielten, mag von oben besehen ihre Berechtigung haben – bei der Verhandlung des »wahren« Italiens jedoch spielten sie im Wahlkampf insbesondere in Süditalien eine Hauptrolle.¹³⁴

¹³³ Intensa propaganda elettorale nelle campagne del Piemonte, in: LA STAMPA, 11.5.1958; Prefetto di Bari an das MI, 5.6.1953. ASBA, Prefettura di Bari, Gabinetto, Terzo Versamento, non riordinato, b. 268, fasc. 2, sfasc. 1; Ministero dell'Interno: Campagna elettorale – settimana dal 18 al 24 maggio 1953. Comizi, Bl. 3. ILS, NL Scelba, b. 165, fasc. 1686.5.1; Prefetto di Brindisi an das MI, 18.5.1958, Bl. 1. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2; Prefetto di Parma an das MI, 19.5.1958, Bl. 1. Ebd.

¹³⁴ H. WOLLER, *Geschichte Italiens*, 2010, S. 222. Vgl. M. RIDOLFI, *Italia a colori*, 2015, S. 79–87; A. M. IMBRIANI, *Vento del Sud*, 1996, S. 35–41, 51, 95 f., 120, 209. Zum *mito monarchico* im Mezzogiorno vgl. G. CHIANESE, *Dopoguerra*, 2007, S. 263 f.



Abb. 4: Rede des Nationalsekretärs der DC, Amintore Fanfani, auf der Abschlusskundgebung der DC in Bari im Wahlkampf 1958, 25. Mai 1958 (Datierung des Archivs), Fotografie von Studio fotografico Ficarelli.

Quelle: Fondazione Gramsci di Puglia, Materiali di studio su Vitantonio Lozupone

Kommunikation mit dem Staat. Der PCI als Protestpartei

Die Kommunisten hatten sich seit den Streikbewegungen im Regime bei der Politisierung sozialer Proteste hervorgetan, und sie nutzten auch die Parlamentswahlkämpfe zur Politisierung von Arbeitskonflikten.¹³⁵ Auf den Plätzen konnte die Partei ihre programmatische Kritik an der agrarier- und industriellenfreundlichen Politik der DC und ihrer mutmaßlich schwachen sozial- und arbeitsmarktpolitischen Bilanz mit der Evidenz demonstrierender Massen ausstatten. Doch wie die »Arbeiter« in den Schlagzeilen der PCI-Presse zunehmend durch das republikaniserte »Volk« ersetzt wurden, richtete sich der Sozialprotest, zu dessen Avantgarde sich der PCI erklärte, im Wahlkampf des Kalten Krieges zunehmend gegen den »reaktionären« christdemokratischen Staat als Proteger der »Bourgeoisie«, und weniger gegen die Arbeitgeber selbst. Movens dafür war die Verabschiedung der neuen Verfassung, die den Arbeitern und Landarbeitern auf

¹³⁵ Die Bologneser PCI-Wochenzeitung *La Lotta* von 1944/45 liefert unzählige Beispiele dafür, wie die sozialen Proteste der Kriegszeit auch retrospektiv politisiert wurden, indem sie als »antifaschistisch« bezeichnet wurden. Vgl. auch P. SCOPPOLA, *Repubblica dei partiti*, 1997, S. 141; L. CORTESI, *Le origini del Pci*, 1999 [1971], S. 418 f.

Betreiben des PCI weitreichende soziale Versprechen machte. Wahlkampfkommunikation und namentlich Piazza-Kommunikation diente dem PCI fortan dazu, die Frage zu verhandeln, ob die Regierung die *padroni* tatsächlich darauf verpflichtete, die verfassungsmäßigen Rechte zuzugestehen, und dazu gehörte auch die Befreiung der Landarbeiter von der Repression durch *padroni*, Neofaschisten oder Polizei.¹³⁶ Die kommunistische Protestpraxis konnte sich so als Einsatz für die konstitutionellen Freiheitsrechte der Unterdrückten und Marginalisierten darstellen; Streiks von süditalienischen *braccianti* etwa wurden im Wahlkampf nicht mehr so sehr als Teil des Sozialkonflikts, sondern als Frage des »Respekts gegenüber den Gesetzen und Verträgen« verhandelt.¹³⁷ So nahm der PCI nach dem Ende der antifaschistischen Einheit das Selbstverständnis einer politischen Protestpartei an, die als Wächterin der Verfassung auftrat. Der christdemokratische Staat wurde zu ihrem Widerpart, und dazu musste er als reaktionär und repressiv beschrieben werden.

Die reaktionäre Deutung fiel gerade im Mezzogiorno nicht schwer, wo Landarbeiter in den Nachkriegsjahren immer wieder blutig von Agrariern und Polizeikräften niedergedrückt wurden, wenn sie sich mit Demonstrationen oder der Besetzung von Höfen gegen die Latifundienbesitzer erhoben. In Apulien stand der Wahlkampf 1948 ganz im Zeichen der auf der Linken verbreiteten Wahrnehmung, dass die Polizei nichts gegen die neu entstehenden, von Agrariern finanzierten neofaschistischen Gruppen tue, während sie zugleich Arbeiter, Bauern, Kommunisten und Sozialisten unterdrücke.¹³⁸ In Städten wie Bologna aber konnte die antistaatliche Kampagne des PCI auch die Wahrnehmungen mancher Bewohner spiegeln, die sich nicht im Namen der Klasse, sondern im Namen der Freiheitsrechte zu Wort meldeten. Ein Bologneser empörte sich in einem Brief an den PCI darüber, dass er von der Polizei auf der Piazza Maggiore angepöbelt worden sei, er solle weitergehen, und trat daraufhin aus Protest gegen den repressiven Staat in den PCI ein. Bologneser Krankenhausinsassen, die vom Personal daran gehindert wurden, vor dem Gebäude eine Maikundgebung zu verfolgen, bestätigten der Bologneser Partei, sie würden in einem Staat leben, der nichts auf die »Freiheit« gebe.¹³⁹ Genau solche Briefe aus der Bevölkerung versicherten dem PCI, dass er mit seinem politischen Protestimage Erfolg hatte.

¹³⁶ Vgl. R. COLOZZA, *Il Pci e le associazioni*, 2011.

¹³⁷ Sciopero generale di protesta proclamato nella Bassa Bolognese, in: L'UNITÀ. EDIZIONE DELL'ITALIA SETTENTRIONALE, 28.3.1948; Domani i braccianti e i salariati agricoli in sciopero per il rispetto delle leggi e dei contratti, in: L'UNITÀ. CRONACA DELLA PUGLIA, 15.4.1953. Zur Betonung des Konstitutionalismus des PCI, der ihn vom französischen PCF unterschied, vgl. G. GOZZINI, *Democrazia dei partiti*, 2007, S. 284.

¹³⁸ Die *Unità* sprach von *squadre fasciste*, vgl. MAGNO, *Puglia*, 1988, S. 90. Zu (neo-)faschistischen Gruppierungen und Aktivitäten vgl. G. PARLATO, *Fascisti senza Mussolini*, 2006.

¹³⁹ Giovanni Drago (Bologna) an die Redaktion der *Unità*, o. D. [1953]. FGER, PCI-BO, SE, *Corrispondenza, Partenza/Arrivo 1951–1961*, b. 1, fasc. 2; Bandini Ennio (Bologna) an den Segretario [des PCI Bologna], 1.5.1958. Ebd.

Unter Innenminister Mario Scelba (1947–1955) baute der christdemokratische Staat die bislang schwach aufgestellten Polizeikräfte aus und implementierte seit 1948 eine äußerst repressive Politik gegen Kommunisten und Arbeiter. Scelbas Politik war nicht nur vom Verdacht revolutionärer Umsturzpläne des PCI getragen, sondern auch von der Tendenz, auf die protestierenden Massen herabzublicken, ihnen mangelnde politische Bildung zu unterstellen und ihnen den »demokratischen« Geist abzusprechen. Daraus erwuchs auch die Anweisung an die Polizisten, im Zweifel auf Demonstrantenmassen zu schießen.¹⁴⁰ Etwa fünfzig Demonstranten fanden zwischen 1948 und 1950 bei sozialen Protesten durch die Hand der Ordnungskräfte ihren Tod. Zwischen 1951 und 1958 waren es, zurückhaltenden Schätzungen gemäß, noch einmal achtzehn, und auch danach brach die Polizeigewalt gegen Demonstranten nicht ab.¹⁴¹ Neben Tausenden Verletzten brachten die Konfrontationen zwischen Staat und politischer Linker zwischen 1948 und 1954 fast 150 000 Inhaftierungen und über 60 000 Gefängnisstrafen mit sich. Die übergroße Mehrheit der Inhaftierten, Verletzten und Getöteten waren Kommunisten, darunter auch etwa 1 500 Partisanen.¹⁴² Da Angriffe von neofaschistischen, monarchistischen, bisweilen auch christdemokratischen Akteuren gegen Kommunisten häufig ungesühnt blieben, stellte sich im PCI rasch die Überzeugung ein, im christdemokratischen Staat nur eine Fortsetzung des faschistischen Staates vor sich zu haben.¹⁴³

Das Gericht (*magistratura*) gedieh vor diesem Hintergrund neben der Präfektur und dem Polizeipräsidium in der mentalen Topographie der Kommunisten zu einem weiteren Un-Ort innerhalb der Stadt.¹⁴⁴ »Recht« und »Freiheit« gegen den »Terrorismus« des Staates wurden zu Kampfbegriffen und dominierten die Schlagworte auf den Wahlkundgebungen von 1948, wo etwa der Emilianer PCI das »demokratische und republikanische Bologna« gegen Scelba demonstrieren sah – erst recht, nachdem dieser die politischen Umzüge verboten hatte, während der Klerus weiterhin seine Prozessionen durchführen durfte. In

¹⁴⁰ Vgl. A. SANGIOVANNI, *Tute blue*, 2006, S. 16; M. GRISPIGNI, *Figli della stessa rabbia*, 2003, S. 56–60; umfassend: G. C. MARINO, *Repubblica della forza*, 1995.

¹⁴¹ Mario Rossi zählt zwischen 1948 und 1958 80 Tote bei Demonstrationen und Konfrontationen mit der Polizei. M. G. ROSSI, *Democrazia a rischio*, 1994, S. 917. Im Vergleich zur Zwischenkriegszeit sind die Opferzahlen allerdings gering, vgl. S. REICHARDT, *Faschistische Kampfbünde*, 2009, S. 74.

¹⁴² Zur Kompilation der Zahlen siehe: M. GRISPIGNI, *Figli della stessa rabbia*, 2003, S. 54 f.

¹⁴³ I democristiani ammassano armi ed esplosivi in Puglia, in: L'UNITÀ. EDIZIONE DELL'ITALIA SETTENTRIONALE, 10.3.1948; Elementi fascisti del M.S.I. provocano la popolazione di Brescia, in: L'UNITÀ. EDIZIONE DELL'ITALIA SETTENTRIONALE, 26.3.1948; Comizio provocatorio del M.S.I. rintuzzato dal popolo di Udine, in: L'UNITÀ. EDIZIONE DELL'ITALIA SETTENTRIONALE, 28.3.1948; Indegna gazzarra provocatoria di elementi fascisti a Como, in: L'UNITÀ. EDIZIONE DELL'ITALIA SETTENTRIONALE, 2.4.1948. Zum Antikommunismus des verantwortlichen, häufig ex-faschistischen Personals der Judikative vgl. M. PONZANI, *Trials*, 2011.

¹⁴⁴ Dies änderte sich erst Mitte der 1950er Jahre, als der Bologneser Parteichef Bonazzi zufrieden feststellte, dass die Bologneser *magistratura* zunehmend die angezeigten Genossen freispreche. Prefetto di Bologna an das MI, 12.10.1955. ACS, MI-GAB, PP 1944–1966, fasc. 160/P/14.

Apulien waren die kommunistischen Schlagworte dieselben. Die 1950er Jahre, als die Wahlkämpfe von einer massierten polizeilichen Präsenz auf den Plätzen gekennzeichnet waren, blieben vom Feindbild des »faschistischen« Staates und seines Protagonisten Scelba imprägniert.¹⁴⁵ Im Jahr 1955 betonte der Bologneser PCI-Chef Enrico Bonazzi, obwohl sich die internationale Lage beruhigt habe, würde der Staat an der »Diskriminierung« und die Kommunisten folglich an ihrem »Protest« festhalten. Drei Jahre später sollte der stalinistische Hardliner Bonazzi auf dem traditionellen kommunistischen Volksfest, der »Festa dell'Unità«, selber wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt verhaftet werden.¹⁴⁶ Dieses Protestmotiv im kommunistischen Selbstverständnis verlor sich nach 1960 zunehmend, blieb aber in den Köpfen der älteren Parteimitglieder und Funktionäre präsent und sollte sich seit 1967 als wichtiges Erbe erweisen.

Entsinnlichung von unten. Die westdeutsche Abkehr vom »alten Stil«

»Das soll ein Wahlkampf sein?«, zitierte das *Hamburger Abendblatt* einen italienischen Journalisten, der sich 1953 das hanseatische Wahlkampftreiben besah und erstaunt gewesen sei

über die Ruhe in der Bundesrepublik. Vor drei Monaten sah er die Städte seiner Heimat mit Wahlplakaten übersüttet. Keilereien und Umzüge waren an der Tagesordnung. Nun, die bisherigen Schlägereien in Westdeutschland kann man an den Fingern einer Hand abzählen. Müde Demonstrationzüge, die meist rote Fahnen zeigend und die Internationale »singend«, durch die Straßen ziehen, wirken irgendwie antiquiert. Das war vor 20 Jahren modern, in der »Kampfzeit«. Heute steht die sachliche Diskussion höher im Kurs. Reden und Plakate sind Trümpfe im Wahlkampf, besser: in der »Wahlwerbung«.¹⁴⁷

Solche Artikel spiegeln die Selbststilisierung der jungen Bundesrepublik zu einer »modernen« Demokratie, und der Vergleich mit Italien war dafür sehr nützlich.¹⁴⁸ Galt die Halbinsel als Fossil einer vergangenen Zeit oder als belächeltes

¹⁴⁵ Bologna democratica e repubblicana risponde ai gas lacrimogeni del poliziotto Scelba con una imponentissima manifestazione, in: LA LOTTA, 13.2.1948; Tutta Modena oggi sciopera contro il terrorismo del governo, in: L'UNITÀ. EDIZIONE DELL'ITALIA SETTENTRIONALE, 7.4.1948; Avanti per il riscatto del Mezzogiorno, in: L'UNITÀ. CRONACA DELLA PUGLIA, 12.4.1953; M. MAGNO, Puglia, 1988, S. 89–93, 214–216; Un »mister« al servizio della D.C. per la campagna elettorale nel Modenese, in: L'UNITÀ. EDIZIONE DELL'ITALIA SETTENTRIONALE, 4.4.1948; Prefetto di Bari an das MI, 30.6.1951. ILS, DC, SP, IR, Sc. 243, fasc. 9; Prefetto di Bologna an das MI, 12.10.1955. ACS, MI-GAB, PP 1944–1966, fasc. 160/P/14; ders. an dass., 18.7.1955. Ebd. Zur Polizei vgl. S. CAVAZZA, Comunicazione di massa, 2002, S. 224–228.

¹⁴⁶ Prefetto di Bologna an das MI, 12.10.1955. ACS, MI-GAB, PP 1944–1966, fasc. 160/P/14, Prot. N. 0485; ders. an dass., 18.7.1955. Ebd.

¹⁴⁷ Parteien ringen um den Wähler, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 3.9.1953.

¹⁴⁸ Wahlkampf mit Witz, in: DER SPIEGEL, 3.6.1953; Im Sandalenland, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 29.5.1953. Zum Vergleich als Modus westdeutscher Selbstvergewisserung vgl. K. K. PATEL, Ex comparatione lux, 2016, S. 296 f.

Kuriosum, sah die westdeutsche Presse das Ideal politischer Kommunikation in der »Sachlichkeit«, in den politischen Inhalten, und verhalf damit einem aus dem Kaiserreich überkommenen Verständnis zu neuer Blüte, wonach Politik etwas Seriöses war.¹⁴⁹ Alles symbolisch Expressive und Körperliche galt demgegenüber als »äußerliche Methode«, die im Verdacht stand, manipulativ zu wirken und die Emotion zu bedienen. Dies war keine neue Deutung; schon um 1900 war sie im Umfeld der SPD-Parteiführung verbreitet gewesen.¹⁵⁰ Nach 1945 konnte sie vor allem mit Verweis auf die eigene Vergangenheit reüssieren. Im lokalen Diskurs diente die meist nicht weiter explizierte »Kampfzeit« in den letzten Jahren der Weimarer Republik als Schreckbild. Vor allem die mahnende Erinnerung an die erste deutsche Demokratie und erst in zweiter Linie die Abgrenzung von den Nationalsozialisten prägte den Stil der urbanen Wahlkampfkultur in Westdeutschland. Neben den Lokalredakteuren waren es auch Christdemokraten und Sozialdemokraten selbst, die »Weimar« als Negativfolie in den lokalen Wahlkampfdiskurs einspeisten.¹⁵¹

Dieser mit dem ersten Bundestagswahlkampf 1949 einsetzende Diskurs, der den anzustrebenden politischen Stil ex negativo zu definieren suchte, legte sich über die Repräsentationspraxis der politischen Akteure, er spiegelte sie aber nicht. Die SPD changierte in den 1940er und 1950er Jahren zwischen Zurückhaltung und dem expressiven Stil auf den Straßen. So fanden sich in ihren Reihen genug, die im Geiste der beanspruchten moralischen Überlegenheit nach dem Ende des »Dritten Reiches« an ältere Traditionen der Machtdemonstration anknüpfen wollten und sich darauf freuten, im Namen der SPD »Lärm in den Straßen« zu machen (Abb. 2, S. 130).¹⁵² Dass das Versammlungsverbot in der Besatzungszeit die eindrückliche Präsenz von SPD und KPD unter Einsatz politischer Symbole weitgehend unterbunden hatte, mochte manchen Genossen noch zusätzlich anstacheln.¹⁵³ Obwohl Umzüge im Freien 1949 in Hamburg weiterhin einer gesonderten Genehmigungspflicht durch die Militärregierung unterlagen, waren sie im ersten Bundestagswahlkampf häufiger zu sehen, wobei auch Parteifahnen und Fackeln zum Einsatz kamen.¹⁵⁴ Daneben veranstal-

¹⁴⁹ Vgl. T. MERGEL, Propaganda, 2010, S. 106; DERS., Sachlichkeit, 2003.

¹⁵⁰ Nicht fackeln!, in: DIE ZEIT, 13.8.1953. Um 1900 hatten SPD-Funktionäre den »neuen politischen Stil« aufgrund seiner »Äußerlichkeit« abgelehnt, vgl. G. L. MOSSE, Nationalisierung, 1975, S. 193.

¹⁵¹ Erfahrungsbericht über die Wahlkämpfe der Christlich-Demokratischen Union 1953–55. ACDP 07–001–5010; Haßgesänge, in: HAMBURGER ECHO, 26.8.1953; vgl. auch M. FICHTER, Erinnerungen, 1985, S. 236; C. GUSY, Weimars lange Schatten, 2003. Thomas Mergel betont eher den Nationalsozialismus als Gegenfolie: T. MERGEL, Sachlichkeit, 2003, S. 37; DERS., Propaganda, 2010, S. 286, 296.

¹⁵² Rudolf Fischer an Willy [Schmedemann], o. D. [Juli 1949]. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 104.

¹⁵³ Vgl. W. TORMIN, Geschichte der SPD, 1994, S. 36 f.

¹⁵⁴ Fritz, Kreiswahlkampfleiter SPD Altona, an die Hamburger Polizei, 28.6.1949. StAHH 331–II 1637; Polizei Hamburg, Außendienstamt I: Fernspruch an Gruppe West, Verkehrs-Abteilung, 30.7.1949. Ebd.; dass.: Betr. Verant. der SPD, 9.8.1949. Ebd.; dass.: Betr. Werbeumzug, 12.8.1949. Ebd. Zu den 1950er Jahren siehe: Otto Hinrichs [SPD-Landesorganisation Hamburg, Organisationsabteilung]: Aufstellung für den Fackelzug, 22.5.1953. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 153; Heinz

tete die SPD 1949 Lautsprecherfahrten per Lkw, Laternenumzüge für Kinder und ließ Radfahrerkolonnen mit Fahnen und Transparenten am frühen Abend durch die Stadt fahren. Auch der Marsch in geschlossenen Zügen und Viererreihen zum Ort der Wahlkundgebung, unter Begleitung der Spielmannszüge und einer Musikkapelle, gehörte 1949 noch zum Repertoire der Hamburger Sozialdemokraten. In jenem Jahr ertönte im Park Planten un Blumen, wo Kurt Schumacher seine Kundgebung hielt, der Sozialistenmarsch. Dasselbe galt 1953 für die Kundgebung Erich Ollenhauers in der St. Pauli-Markthalle, wo der Hamburger Groß-Spielmannszug, die Fahnenträger und die Falken vor 25 000 Teilnehmern in geordneten Zügen einmarschiert waren.¹⁵⁵

Die führenden Hamburger SPD-Funktionäre jedoch begegneten diesem Repertoire schon 1949 mit Skepsis. Der Vorsitzende der Landesorganisation Karl Meitmann schrieb kurz vor Beginn des ersten Bundestagswahlkampfes an seinen Parteichef Erich Ollenhauer, die Hamburger Presse sehne sich nach einem »sauberen Wahlkampf«. Damit machte er deutlich, wer in der Bestimmung eines neuen politischen Repräsentationsstils die machtvolle Position zugewiesen bekam: die lokale öffentliche Meinung.¹⁵⁶ Es war wohl eine Lernerfahrung aus dem noch recht expressiv geführten Bundestagswahlkampf, wenn der Hamburger SPD-Parteivorstand mit Blick auf die unmittelbar folgenden Bürgerschaftswahlen 1949 überein kam, »Propaganda nicht im Stile der letzten 30 Jahre« zu betreiben.¹⁵⁷

Das betraf auch den Umgang mit der roten Fahne. Als manche Genossen zum Wahltag 1949 damit rechneten, dass ihre Gegner schwarz-weiß-rote Fahnen und andere nationalistische Embleme an ihren Fenstern befestigen würden, planten sie nicht etwa eine Gegenaktion im Stile Weimarer Zeiten, als das Flaggen eine beliebte Praxis urbaner Raumkontrolle gewesen war, sondern hielten Bürgermeister Max Brauer an, das Flaggen per Verordnung ganz zu verbieten. Brauer reagierte gelassen und meinte, die Polizei werde im Zweifel gegen Schwarz-Weiß-Rot vorgehen.¹⁵⁸ Diese Episode zeigt das gewandelte Verständnis im Umgang mit politischen Symbolen nach der Erfahrung des »Dritten Reichs«,

Gärtner [SPD-Landesorganisation Hamburg, Organisationsabteilung]: Rundschreiben an alle Bezirksvorsitzenden, 7.6.1956. Ebd.; Heinz Gärtner an die Genossen, 11.6.1957. Ebd.; U. W. KIRTZINGER, Wahlkampf in Westdeutschland, 1960, S. 226.

¹⁵⁵ SPD LO HH, Landespionierleitung: Rundschreiben Nr. 6/49 an die Kreis-Pionierleiter, die Distrikts-Pionierleiter und die Kreisbüros, 24.8.1949. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 106; [SPD Hamburg]: Kundgebung am Sonnabend, den 30.7.1949 in »Planten un Blumen«, o. D. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 104; SPD-Landesorganisation Hamburg: Wahlkundgebung mit Dr. Kurt Schumacher am 30. Juli 1949 [Stenographischer Bericht], Bl. 39, o. D. [1949]. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 112; o.V. [SPD Hamburg]: Ablauf der Ollenhauer-Kundgebung am 30. August 1953, St. Pauli-Markthalle, o. D. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 114.

¹⁵⁶ Karl Meitmann an Erich Ollenhauer, 24.6.1949. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 104.

¹⁵⁷ Protokoll der Parteivorstandssitzung [der SPD-LO Hamburg] v. 18.8.1949. AdsD, SPD-LO HH II, Mp. 1040.

¹⁵⁸ Karl Meitmann an Max Brauer, 22.6.1949. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 104; Brauer an Meitmann, 28.6.1949. Ebd. Zu Weimar vgl. J. C. HÄBERLEN, Vertrauen, 2013, S. 74.

als NS-Devotionalien zu Massenkonsumartikeln und das Flaggen zu einer Art Ablasshandel im Dienste politischer Unauffälligkeit gediehen waren: Fahnen aus den Fenstern zu hängen, schien nunmehr eine Praxis der Demokratiegegener.¹⁵⁹ *Jenseits* von Parteiveranstaltungen war die rote Fahne bereits 1949 weitgehend aus dem öffentlichen Raum verschwunden und galt selbst jenen, die sich im bundesweiten Symbolstreit der Sozialdemokratie seit 1953 für ihre Beibehaltung einsetzten, nur noch als eine »Frage der internen Organisationstechnik«, nicht mehr als Medium der Repräsentation nach außen.¹⁶⁰ Mit Blick auf die Körperlichkeit und Symbolhaftigkeit der Wahlkampfkommunikation ist es mithin übertrieben, die ersten Wahlen der Bundesrepublik als die »letzte Wahl der Weimarer Republik« zu bezeichnen.¹⁶¹ Im Hinblick auf eine beginnende Suchbewegung nach einem »neuen Stil« war der 1949er Wahlkampf tatsächlich der erste der Bundesrepublik, wenngleich er noch Weimarer Techniken im Repertoire hatte.

Dass das Rot der Arbeiterbewegung nur noch mit Bedacht im öffentlichen Raum zum Einsatz kommen sollte, lag freilich auch an seiner Delegitimierung durch den Verweis auf die Praxis in der »Ostzone«. Wenn man den christdemokratischen Beitrag zur Straßen- und Symbolpolitik in der jungen Bundesrepublik resümieren wollte, könnte man ihn in der aufmerksamen Beobachtung der auffälligen Ähnlichkeiten zwischen dem Stil des »Dritten Reiches« und dem Stil der DDR finden, deren öffentliche Postulierung letztlich die SPD treffen sollte. Fanfarenzüge, »Sturmflaggen«, Aufmärsche, das gemeinsame Singen von Hymnen – all das, was im Repertoire der SPD durchaus noch abrufbar war, konnten Christdemokraten, ohne explizit werden zu müssen, in eine Tradition mit dem NS-Regime stellen, indem sie über Bande spielten und diese Techniken in der »Ostzone« fortgesetzt fanden: Die genannten Techniken der als »rote Hitler-Jugend« apostrophierten FDJ demonstrierte, so die CDU, die »Wesensverwandtschaft mit den Nazis auch nach aussen hin«.¹⁶² Damit sollte deutlich werden, dass die Sozialdemokraten dieselbe Wesensverwandtschaft bewiesen, wenn sie zu diesen Techniken griffen. Noch 1961 optierten Vorstandsmitglieder des CDU-Kreisverbandes Hamburg-Nord gegen den Einsatz von Spruchbändern, da Wähler ihnen gesagt hätten, »dann sieht das aus wie die SPD«, wobei klar zu sein schien, dass sich die SPD visuell an der Sowjetunion orientiere.¹⁶³

¹⁵⁹ Zur Beflaggung im Nationalsozialismus siehe: V. KLEMPERER, Zeugnis, Bd. II: 1935–1936, 1999, Eintrag v. 9.2.1935, S. 11; H. GALM, *Rebell*, 1980, S. 124, 208; H. PÜNDER, *Lebenserinnerungen*, 1968, S. 242; vgl. D. SCHMIECHEN-ACKERMANN, »Blockwart«, 2000, S. 591. Vielsagend betitelte der Hamburger KPD-Funktionär Gerhard Warnke seine Erinnerungen an die »schwierige[n] Zeiten« im Hamburg der 1940er und 1950er Jahre mit »Bloß keine Fahnen«. Siehe: G. WARNKE, »Fahnen«, 1988.

¹⁶⁰ Karl Vittinghoff an Fritz Erler, 7.10.1953. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 307.

¹⁶¹ J. FALTER, *Kontinuität und Neubeginn*, 1981, S. 260.

¹⁶² Rote Hitler-Jugend, in: DEUTSCHLAND-UNION-DIENST, 8.7.1949.

¹⁶³ Vorstandssitzung des Kreisvorstandes der CDU Hamburg-Nord mit den Wahlkampfleitern und den Bundestagskandidaten der beiden Wahlkreise 18 und 22 am 5.6.1961, Bl. 18–21, Zitate Bl. 18,

Ob »braun« oder »rot«, stets »Indoktrination« – solche Assoziationen, die auch einstige Angehörige der Hitlerjugend wie die junge Helga Grebing teilten, totalitarisierten das revolutionäre Rot und sämtliche Formen expressiver Symbolik und Körperlichkeit auf den Straßen, während sie in Italien zur gleichen Zeit republikanisert wurden.¹⁶⁴ Die CDU bot alternativ nicht etwa nüchterne Sachlichkeit an, sondern nationale Symbole, die viele Emotionen wecken konnten: Schwarz-rot-goldene Fahnen, Einzugsmärsche, Blasmusik und das Intonieren des patriotischen »Ich hab mich ergeben« bildeten die symbolische Ausstattung christdemokratischer Kundgebungen, gegen die sich jedoch keine kritischen Stimmen erhoben.¹⁶⁵ Es war das paradoxe, spezifisch deutsche Vermächtnis der Diktatur, dass nationale Symbole weiterhin legitim waren, Symbole der Arbeiterbewegung aber nicht.

Die Sozialdemokraten hatten angesichts dieser Umstände kaum eine andere Chance, als sich anzupassen. So riet etwa der SPD-Bezirk Hamburg-Rissen nach dem Bundestagswahlkampf 1953 dem Landesvorstand, bei öffentlichen Parteiveranstaltungen »Gebrauche und Embleme« zu vermeiden, »die zu sehr an KPD, Ostzone und NSDAP erinnern«. An die Stelle von Fahneneinmärschen sollte Unterhaltungsmusik treten.¹⁶⁶ Diese frühe Abkehr lokaler Funktionäre und auch beachtlicher Teile der Basis von der Massenpolitik und symbolischen Präsenz in der Stadt erfolgte geradezu in Abgrenzung von den Vorstellungen des Parteivorstands, der länger daran festhielt. Unter Fritz Heine, der sein Handwerk ebenso wie Karl Meitmann in den 1920er Jahren gelernt hatte, empfahlen die Bonner Propagandafunktionäre in ihrem Wahlkampfhandbuch 1953, »Trommler- und Pfeifferkorps« sowie »Propagandatrupps« aufzustellen, den »Wahlumzug« wiederzubeleben und Fackelzüge durchzuführen. Zwar leisteten die Hamburger Genossen dieser Aufforderung mit »zwei eindrucksvollen Fackelzügen« durch Altona zum Rathausmarkt Folge, wo Max Brauer eine Kundgebung abhielt.¹⁶⁷ Doch die giftigen Kommentare der Hamburger CDU und der *Zeit*, die offenbar durch Hamburger Funktionärskreise an das streng geheim gehaltene Wahlkampfhandbuch gelangt waren, trafen durchaus den Kern des Problems. Mit Blick auf die empfohlenen Fackelzüge prophezeite die *Zeit* mit zynischer Sicherheit: »Es ist viel Dunkelheit zu erwarten angesichts der kommenden Wahlen. Wenn wir dann einen einsamen Fackelträger sehen, wissen wir, um wen es sich handelt: Da geht einer, der aus internen Gründen dem »Wahlhelfer« glaubte ...«. ¹⁶⁸

21. ACDP 02-155-006/3. Siehe auch: SPD unterstützt Jugendweihen, in: UNION IN DEUTSCHLAND, Nr. 25/1961, 22.6.1961.

¹⁶⁴ H. GREBING, »Für mich war klar«, 2000.

¹⁶⁵ Zimmer, Generalsekretariat der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, an die Landesverbände, 2.6.1949. ACDP 07-001-5001; Grosskundgebung Dr. Seebohm [Anzeige der CDU], in: HAMBURGER MORGENPOST, 24.8.1953. Vgl. U. WENGST, CDU/CSU, 1986, S. 42 f.

¹⁶⁶ SPD Bezirk Rissen [Hamburg] an den Parteivorstand, Kreisvorstand und Distriktvorstand, o. D. [Anfang Oktober 1953]. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 332.

¹⁶⁷ »Noch nie so besudelt worden«, in: HAMBURGER ECHO, 24.8.1953.

¹⁶⁸ Nicht fackeln!, in: DIE ZEIT, 13.8.1953.

Aus lokaler Anschauung konnten die Hamburger Redakteure wissen, dass es in den 1950er Jahren immer weniger Genossen gab, die sich zu solcher öffentlichen Exposition bereitfanden. Die Hamburger SPD hatte schon 1951 ihre für Expressivität im lokalen Raum bedeutsame Pionierorganisation förmlich abgeschrieben, weil sie nach dem Krieg nie wieder zu alter Vitalität gefunden hatte. Auch die Spielmannszüge hatten Probleme bei der Mitgliederrekutierung.¹⁶⁹ Hamburger SPD-Bezirke diskutierten 1953 angesichts schwacher Beteiligung an einer Kundgebung aus Solidarität mit den Aufständischen des 17. Juni die »Gleichgültigkeit in den Massen«. Betriebsvertrauensleute kamen ihrer Aufgabe, in den Betrieben zu mobilisieren, nur unzulänglich nach.¹⁷⁰ Schon 1952 hatte die Hamburger Landesorganisation mit Blick auf den anstehenden Wahlkampf ihren Bezirken mitgeteilt, dass die Zweckmäßigkeit von Demonstrationen umstritten sei: »Heute nur wirkungsvoll, wenn man bei bestimmten Anlässen viele Menschen auf die Beine bringt.« Und das könnten nur »gewichtige« Anlässe sein. Dasselbe habe für Propaganda-Umzüge mit Lastwagen und für die Lautsprecherwerbung zu gelten.¹⁷¹ 1953 gingen Hamburger Funktionäre dazu über, Fackelzüge und andere öffentliche Erscheinungsweisen, von denen sich einzelne Willige nicht abhalten ließen, nicht mehr öffentlich anzukündigen, auch nicht parteiintern, da sonst die Presse davon Wind bekam und die Partei Gefahr lief, sich zu blamieren, wenn nur wenige erschienen.¹⁷² Nicht zuletzt das Material für Massenhaftigkeit fehlte: In Herstellung und Anschaffung war die Werbung mit eindrücklichen Symbolen teurer als Flugblätter oder Plakate. Ein einziges Transparent erhielt jeder SPD-Wohnbezirk im Wahlkampf 1949; in ganz Hamburg wurden 1953 nur 100 SPD-Spruchbänder verteilt.¹⁷³

In Ermangelung der Massenhaftigkeit ihres suggestiven Zaubers beraubt, wurden Straßenpolitik und der Einsatz politischer Symbole unattraktiv. Die »Modernisierung« der SPD war mithin nicht nur ein Zuge der Parteireformen Ende der 1950er Jahre einsetzender *Top-down*-Prozess, der transatlantische und transnationale Einflüsse aufnahm.¹⁷⁴ Vielmehr entwickelte sich die Abkehr vom

¹⁶⁹ Ohle, Kreisorganisationsleiter [Hamburg-Eimsbüttel], an die Bezirks- und Distriktvorstände des Kreises XIV: Rundschreiben Nr. 1, 29.4.1949. AdsD, NL Blachstein, Mp. 22; SPD-Rundschreiben für alle Distrikts- und Bezirksvorstände des Kreises Altona, Nr. 1, Dezember 1950. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 152; Protokoll der Sitzung der Organisationskommission v. 7.2.1952, Bl. 7. Ebd., Mp. 223.

¹⁷⁰ Robert Vogelsang, Bezirksvorsitzender (Bezirk 309 A): Resolution an den Vorstand der SPD-LO HH, 2.7.1953. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 333.

¹⁷¹ SPD-LO HH an alle Kreis- und Distriktspropagandaleiter, 9.8.1952, Bl. 5. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 2434.

¹⁷² Karl Vittinghoff an das Kreisbüro SPD Altona, Josef Wagner, 4.12.1953. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 332; Kreisvorsitzender Altona [Josef Wagner] an Karl Vittinghoff, 26.11.1953. Ebd.

¹⁷³ Günther Ohle an die Bezirks- und Distriktvorstände in Eimsbüttel-Nord und Süd, 5.7.1949. AdsD, NL Blachstein, Mp. 22; [SPD Hamburg]: Großflächen- und Verkehrsmittelwerbung, o. D. [1953]. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 2448; SPD, Wahlhelfer, 1953, S. 17.

¹⁷⁴ So argumentieren J. ANGSTER, *Der neue Stil*, 2005, S. 188 f., 193; DIES., *Zahlabend*, 2004;

›alten Stil‹ aus den lokalen Bedingungen heraus. Mangelnde Ressourcen und ein lokalöffentlicher Resonanzraum, der diesen Stil verschmähte und die SPD an seine ästhetischen Spielregeln band, bedingten sich dabei gegenseitig.

Die Unrepräsentierbarkeit des Volkes. Medialisierungsanreize in der Bundesrepublik

Dass die sozialdemokratische Kollektivsymbolik und Massenpolitik nach 1945 nur kurz aufflammte und die Bevölkerung nicht mitriss, hatte auch mit der Bedeutung zu tun, die Genossen ihnen zuschrieben. Freunde von Märschen oder Auftritten der sozialdemokratischen Spielmannszüge meinten, damit »einen nachhaltigen Eindruck bei der gesamten [...] Bevölkerung hinterlassen« zu können.¹⁷⁵ Auch der eher zurückhaltende Hamburger SPD-Vorsitzende Karl Meitmann lobte 1949 das unvergleichliche Mobilisierungspotenzial seiner Partei, wenn zur Schumacher-Kundgebung in Planten un Blomen 25 000 Teilnehmer erschienen waren. Dies sei ein eindrucklicher »Aufmarsch zum Wahlkampf«, mit dem die Genossen »ihren Willen, ihn zu gewinnen [...] öffentlich unter Beweis« gestellt hätten.¹⁷⁶

Dieses Grundmotiv unterschied sich von jenem der italienischen Massenpolitik: Sozialdemokraten wollten mit der Stärke und Überzeugung ihrer Organisation Eindruck machen, doch erhoben nicht den Anspruch, mehr als sich selbst zu repräsentieren. Dass ihre Kundgebungen Manifestationen des »Volkes« seien, fiel ihnen nicht ein; vielmehr war es Meitmann selbst, der 1949 trotz der 25 000 Sympathisanten in Planten un Blomen die Genossen daran erinnerte, dass bei solchen Veranstaltungen immer nur ein Bruchteil der Wähler anwesend sei.¹⁷⁷ Der nicht beanspruchten Repräsentation des Volkes korrespondierte das fehlende Feindbild des christdemokratisch regierten Staates. Gerade im größten Stadtstaat der Bundesrepublik war der westdeutsche Föderalismus in diesem Zusammenhang von unüberschätzbbarer Bedeutung: Die Polizei Hamburgs war in sozialdemokratischer Hand, und das kurze Intermezzo eines christdemokratischen Hamburger Senats zwischen 1953 und 1957 änderte daran nicht viel.

Auch der Union ging es im Wahlkampf nicht darum, das »Volk« in irgendeiner Weise symbolisch zu repräsentieren. Ihre Eröffnungskundgebung im Heidelberger Schloss sollte ebenso wie andere Aktionen 1949 ein »machtvolle[s]

F. TRALDI, Verso Bad Godesberg, 2010. Christel Oldenburg betont, dass sich die Hamburger SPD schon vor Bad Godesberg zu einer »modernen Volkspartei« entwickelt habe, blickt dazu aber auch nur auf die Spitzenfunktionäre und ihre Lehren aus der Wahlniederlage 1953. C. OLDENBURG, Tradition und Modernität, 2009, S. 349 f., 386, 405 f.

¹⁷⁵ Sahlmann, Kreisverein Cuxhaven, an den Vorsitzenden der SPD-LO Hamburg, 13.7.1952. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 345.

¹⁷⁶ Auch zum Folgenden: Karl Meitmann: Aufruf für »Der Sozialist«, o. D. [Juli 1949]. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 104. Zu den Teilnehmerzahlen siehe W. TORMIN, Geschichte der SPD, 1994, S. 263.

¹⁷⁷ In diesem Sinne auch: SPD, Wahlhelfer, 1953, S. 33.

Bekenntnis« ihrer *eigenen* Einigkeit darstellen.¹⁷⁸ Angesichts ihrer regionalen Fragmentierung deutete die CDU ihren Kundgebungswahlkampf generell als Zeichen der Disziplin und inneren Einheit, um »klare Fronten« im politischen Kampf gegen die SPD zu schaffen.¹⁷⁹

Auch dieser Akzent auf Binnenmobilisierung mochte zur Folge haben, dass westdeutsche Beobachter aus Presse und Publizistik in versammelten Massen alles andere als einen Ausweis politischer Legitimität erblickten. Abfällig sprach etwa die *Süddeutsche Zeitung* von »Massenstatisterie«, als die SPD 1957 zu ihrer traditionellen Wahlkampföffnung im Ruhrgebiet mit 25 000 Teilnehmern rechnete, die sie aus dem gesamten Bundesgebiet »zusammengezogen« habe.¹⁸⁰ Statt eines Ornaments verbürgte die Masse hier das Dumpfe und Dümmlische der Vielen, die sich als »Statisten« parteilicher Organisationen nicht zu schade waren. Als Gegenentwurf konstruierten die Journalisten in ihren lokalen Wahlkampfreportagen ein autonomes und rationales Wähler-Subjekt, das sich auf einsamen Streifzügen durch die Stadt bewegte und das politische Geschehen mit deutlicher Distanz verfolgte.¹⁸¹ Diese Individualisierung des Wahlvolks bedeutete auch eine gewisse Vereinsamung der Wähler, denen der Parlamentarismus keine Bühne mehr bot, sich kollektiv als Souverän zu inszenieren. Das konnten sie nur brieflich.

Die Unrepräsentierbarkeit des Volkes in der urbanen Wahlkampfkultur manifestierte sich in einer zunehmenden Überdachung von Politik und im beredten Schweigen über teilnehmende Massen. Das galt gerade für die Wahlkundgebungen, die in der Bundesrepublik zwar kleiner als in Italien, aber ebenso häufig überfüllt waren.¹⁸² Veranstaltungen unter freiem Himmel stellten trotz der Raumnot eher die Ausnahme dar, die vom Redner sogar begründet wurde, wenn es dazu kam.¹⁸³ In Großstädten wie Hamburg waren sie anfangs noch unvermeidlich; neben dem Park Planten un Blumen dienten der Platz vor dem Neuen Rathaus in Altona oder der Harburger Rathausmarkt als Bühnen für Wahlkundgebungen.

Doch die zentralen Wahlkampfleitungen und auch die lokalen Funktionäre setzten von Anbeginn, wo sie konnten, auf den überdachten Saal. Das Gene-

¹⁷⁸ Eröffnung des Wahlkampfes in Heidelberg, in: DEUTSCHLAND-UNION-DIENST, 12.7.1949.

¹⁷⁹ Klare Fronten in Hessen, in: DEUTSCHLAND-UNION-DIENST, 27.7.1949.

¹⁸⁰ SPD auf Jagd nach dem »weichen« Wähler, in: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 4.6.1957.

¹⁸¹ Ich, der sehr geehrte Wähler, in: BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN, 16.9.1957; Vor der letzten Runde im Wahlkampf, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 4.9.1957. Mit Blick auf die überregionale Presse vgl. T. MERGEL, *Sachlichkeit*, 2003, S. 39.

¹⁸² Prof. Erhard in der überfüllten Magiruskantine, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 4.9.1953; »Der Staat sind wir alle«, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 2.9.1957; »Sozialismus keine sittliche Kraft mehr«, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 13.9.1957; »Sozialpolitik kein Monopol der SPD«, in: BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN, 20.8.1953; Die letzten Kundgebungen am Vorabend der Wahl, in: BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN, 14.9.1957.

¹⁸³ Lügen und Schwindel am laufenden Band [Versammlungsbericht], o. D. [1949]. ACDP 07–001–5003.

ralsekretariat der CDU/CSU sprach in einem Leitfaden für Großkundgebungen schon 1949 lediglich von »Sälen«, nicht von Plätzen, und machte so klar, was die Norm werden sollte. Während Ludwig Erhard in Hamburg 1949 in *Planten un Blomen* unter freiem Himmel sprach, legte man die Kundgebung Konrad Adenauers in das Schauspielhaus. Auch die SPD-Parteizentrale ging bei der Vorbereitung ihrer Großkundgebungen mit Erich Ollenhauer 1953 im Bundesgebiet ganz selbstverständlich davon aus, dass sie in erster Linie in Sälen, erst in zweiter Linie auf Plätzen stattfinden würden. Mit dem Bau entsprechender Stadthallen in den 1950er Jahren wurden dafür die passenden überdachten Räumlichkeiten geschaffen; standen sie nicht zur Verfügung, griff die CDU 1957 für ihre Adenauer-Kundgebungen lieber auf Zelte zurück, als den freien Himmel zu wählen. Mit dieser Praxis nahmen die Parteien in Kauf, dass wegen begrenzter Kapazitäten nicht alle Interessenten einen Platz bekamen und zu Hunderten vor den Türen ausharren mussten. Kompensatorische Lautsprecherübertragung planten sie bewusst ein; nach größeren Räumlichkeiten hielten sie nicht Ausschau – auch, weil die Sicherheit eines prall gefüllten Saals verführerischer war als die Gefahr leerer Stuhlreihen.¹⁸⁴

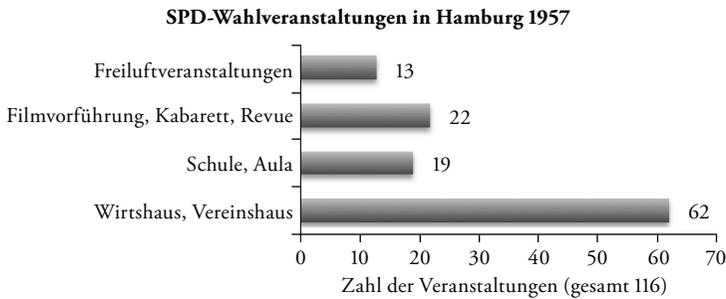
In der Tat lag wohl ein wesentlicher Anreiz für die Überdachung darin, einer Blamage zu entgehen, denn zur Politprominenz zählten nicht viele Redner und die politischen Gegner lauerten durchaus hämisch auf peinliche Meldungen.¹⁸⁵ Die wenigen Freiluftveranstaltungen der SPD 1957 in Hamburg – dreizehn von insgesamt 116 Wahlveranstaltungen (Grafik 2) – versammelten in der Regel nur einige hundert Teilnehmer; lediglich vier hatten tausend oder mehr Zuhörer zu verzeichnen. Die einzige Wahlkundgebung, die mit 12 000 Besuchern eine fünfstellige Teilnehmerzahl aufwies – die von Erich Ollenhauer –, fand bezeichnenderweise nicht draußen, sondern in der neu gebauten Ernst-Merck-Halle statt.¹⁸⁶ Die zentral gesteuerten Großkundgebungen eingerechnet, erreichte die Hamburger SPD 1957 insgesamt 120 000 Teilnehmer. In Bari, mit einem Zehntel der Einwohnerzahl Hamburgs, waren 1953 allein am letzten Wahlkampftag 60 000 Kundgebungsbesucher unterwegs!¹⁸⁷

¹⁸⁴ Zimmer, Generalsekretariat der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, an die Landesverbände, 2.6.1949. ACDP 07–001–5001; Gemeinsamer Wahlausschuss der FDP und CDU Hamburg an die Polizei Hamburg, 13.7.1949. StAHH 331–1 II 1637; Abschrift: FDP Hamburg, Martin Plat: Wichtige Mitteilung für alle Kreis- und Wahlkreis-Vorsitzenden, 12.7.1949. Ebd.; SPD-Parteivorstand, Referat Propaganda, Riethmüller: Rundschreiben Nr. 563/53 an die Bezirkssekretariate, 6.8.1953. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 1507. Zu 1957 siehe: U. W. KITZINGER, *Wahlkampf in Westdeutschland*, 1960, S. 226.

¹⁸⁵ Schumacher in der Sackgasse, in: *DEUTSCHLAND-UNION-DIENST*, 27.7.1949; GOTTO u.a., *Im Zentrum der Macht*, 1989, Eintrag v. 11.8.1953, S. 681; Zum Thema: »Politische Wohlanständigkeit, in: *HAMBURGER ECHO*, 7.8.1953; Seeböhm hat keine Zugkraft, in: *HAMBURGER ECHO*, 26.8.1953.

¹⁸⁶ SPD-Kreis I [Hamburg]: *Versammlungskalender*, 10.9.1957. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 126; Kreis VI – Nord [SPD Hamburg]: *[Versammlungskalender]*, o. D. [1957]. Ebd.; Kreis VII – Hamburg [SPD Hamburg]: *[Versammlungskalender]*, o. D. [1957]. Ebd.

¹⁸⁷ C. OLDENBURG, *Tradition und Modernität*, 2009, S. 334; Prefetto di Bari an das MI, 5.6.1953. ASBA, Prefettura di Bari, Gabinetto, Terzo Versamento, non riordinato, b. 268, fasc. 2, sfasc. 1.



Grafik 2. Eigene Berechnung auf der Grundlage von: AdsD, Abt. III, SPD-LO HH I, Mp. 126.

Die Tendenz zur Überdachung von Politik verstärkte sich in den 1950er Jahren noch durch die Zunahme von Kabarett- und Revuevorstellungen (Grafik 2). Einzig die beliebten Filmveranstaltungen fanden häufiger auf Markt- und anderen Plätzen statt.¹⁸⁸ Prägend waren jedoch die kleinen Wahlversammlungen, auch »Wählerversammlungen« genannt, die in aller Regel in Wirtshäusern, Vereinshäusern oder Schulräumen stattfanden. Kleine Wahlversammlungen galten den deutschen Parteien als zeitgemäßer und waren ab 1953 zudem unabdingbar, um die Wahlkreis Kandidaten und Bundestagsabgeordneten bekannt zu machen.¹⁸⁹ So veranstaltete die Hamburger SPD während der beiden unmittelbar aufeinanderfolgenden Wahlkämpfe zum Bundestag und zur Bürgerschaft 1949 insgesamt 72 Kundgebungen (mit knapp 150 000 Teilnehmern), aber 698 Wahlversammlungen (mit gut 100 000 Teilnehmern). Die CDU bot den Hamburgern im Bundestagswahlkampf 1949 nur ganze vier Kundgebungen mit den sogenannten Spitzenrednern an und sollte diese Zahl auch künftig nicht signifikant ausbauen. 1953 hielt sie im ganzen Bundesgebiet 575 Kundgebungen und Versammlungen mit 22 »zentralen Rednern« ab, also den prominenteren Politikern, deren Einsatz über die Wahlkampfzentrale koordiniert wurde; lokal ergänzt wurden sie lediglich durch kleine Wahlversammlungen.¹⁹⁰ Diese bundesweite Zahl für den gesamten Wahlkampf 1953 stellte gut die Hälfte der 989 kleineren und größeren Kundgebungen dar, welche die

¹⁸⁸ Wahlhelfer für die Bundestagswahl 1953, Bonn, 3.8.1953, Bl. 4. ACDP 07–001–5010. Im Ulmer Wahlkampf 1953 gab es Freilichtfilmvorführungen auf dem Münsterplatz, während die Versammlungen und Kundgebungen allesamt in Wirtshäusern, Werkskantinen, dem Gewerkschaftshaus oder Sporthallen stattfanden. Siehe die Tätigkeitsberichte der Polizeidirektion – Schutzpolizei, in: StA Ulm, B 111/8 Nr. 14. Zu Filmvorführungen auf Dorfplätzen vgl. F. BöSCH, Adenauer-CDU, 2001, S. 153.

¹⁸⁹ Protokoll der Parteivorstandssitzung [SPD-Landesorganisation Hamburg] vom 18.8.1949. AdsD, SPD-LO HH II, Mp. 1040. Vgl. T. MERGEL, Propaganda, 2010, S. 127.

¹⁹⁰ W. TORMIN, Geschichte der SPD, 1994, S. 262 f.; [Arbeitsgemeinschaft der CDU und CSU Deutschlands]: Spitzenredner-Einsatz, o. D. [1949]. ACDP 07–001–5001; CDU-Bundesgeschäftsstelle: Die Bundestagswahlen vom 6. Sept. 1953, o. D., Bl. 14. ACDP 07–001–5010.

DC im selben Jahr allein in einer Wahlkampfwoche in lediglich sieben Provinzen veranstaltete (Tab. 2).

Ob überdacht oder nicht, ob überfüllt oder mäßig besucht – die Kundgebungen dienten in Westdeutschland auch deshalb nicht zur Massenpolitik, weil die Presse sich weigerte, als ihre Verstärkerin zu fungieren. Wo die Parteiblätter in Italien Fotografien der versammelten Massen zeigten, richteten die Bildredakteure deutscher Lokalzeitungen ihren Fokus auf den Politiker am Rednerpult. Obwohl Fotografien sie anfertigten, fanden Bilder vom versammelten Publikum in aller Regel auch in der Parteipresse keinen Platz.¹⁹¹ Meist verschwiegen die Lokalzeitungen auch die Teilnehmerzahlen. Ganz im Gegensatz zu Italien, wo die »Masse« im politischen Diskurs der jungen Parteiendemokratie ein legitimatorisches Konnotat besaß, war sie in Westdeutschland nicht nur begrifflich desavouiert, sondern hatte auch als »Ornament« definitiv ausgedient.¹⁹² Das galt im Übrigen nur für das politische Feld. Christliche Jugendverbände und Pfadfinder setzten in den 1950er Jahren durchaus auf symbolisch inszenierte Massenfeste und druckten Fotografien davon in ihren Zeitungen ab.¹⁹³ Und es galt nur für die nach innen gerichtete, parlamentarische Kommunikation: In West-Berlin gingen Bürger durchaus choreographiert auf die Straßen, um die Legitimität des Westens im Kalten Krieg zu verbrieft.¹⁹⁴

Gab es Alternativen zum Stil der Massenpolitik, die der parlamentarischen Demokratie eine adäquate Repräsentation in den westdeutschen Städten erlaubte? Innovationen waren im urbanen Raum anzutreffen, doch der mediale Diskurs der »Sachlichkeit« verschmähte sie in ähnlicher Weise, wie er die Massenpolitik dämonisierte. US-amerikanisch inspirierte Werbemethoden, die auf Unterhaltung, Ironie oder kommerzielles Branding setzten, wurden in der Lokalpresse, aber auch von Sozialdemokraten, als »Amerikanisierung« abgelehnt: als unseriöse, billige Techniken, die Wähler als »Massen« im Sinne des Massenkonsumenten ansprachen.¹⁹⁵ Wenn die Bonner FDP 1953 den Marktplatz mit Tanzmusik beschallte, brachte die *Schwäbische Donauzeitung* in Ulm ihr Befremden über eine solche »Wahlpropaganda mit »schräger Musik« zum Ausdruck. »Nicht besonders witzige Einfälle« diagnostizierten die Lokalredak-

¹⁹¹ Vgl., dort auch zu einer Ausnahme in der *Süddeutschen Zeitung* von 1957, J. WILKE, Visualisierung, 2004, S. 219. Im Bilderarchiv des Bundesarchivs finden sich entsprechende Aufnahmen, etwa von Kundgebungen Ludwig Erhards auf Marktplätzen unter freiem Himmel. Siehe die Fotografien von Egon Steiner vom August 1965 in: BA, B 145.

¹⁹² In dieser Funktion für die Weimarer Republik vgl. D. PEUKERT, Weimarer Republik, 1987, S. 163 f. Zur Bundesrepublik siehe: Verantwortung gegen Massendenken, in: UNION IN DEUTSCHLAND, Nr. 30/1957, 25.7.1957; vgl. P. NOLTE, Ordnung, 2000, S. 304–314; U. HERBERT, Liberalisierung, 2002, S. 25. Zu Italien vgl. S. CAVAZZA, Dimensione massa, 2004, S. 59–72; DERS., Twisted Roots, 2012.

¹⁹³ Siehe etwa: JUNGE STIMME, 5.7.1953. Für den Hinweis danke ich Sonja Levsen. Eingehender dazu: S. LEVSEN, Kontrollierte Grenzüberschreitungen, 2014.

¹⁹⁴ Vgl. A. W. DAUM, Lernprozesse, 2007, S. 256; D. GEPPERT, »Proclaim Liberty«, 2003.

¹⁹⁵ Vgl. T. MERGEL, Propaganda, 2010, S. 71 f., 82–85, 105 f.

teure, wenn die CDU mit einem Transparent per Flugzeug warb oder die SPD in einer Art Happening die Regierungskoalition mit einem alten Opel zum Bonner Schrottplatz chauffierte.¹⁹⁶ Auch NS-Methoden sah man über die USA reimportiert. In Karlsruhe titelte die Presse 1957 angesichts von Unterhaltungsmethoden und Gags im lokalen Wahlkampf: »Psychologischer Krieg gegen die Unentschlossenen.«¹⁹⁷ Nach ihrer Ansicht waren die südwestdeutschen Wähler seit jeher unemotional und vorsichtig abwägend und daher für »amerikanisierte« Wahlkampfmethoden nicht zugänglich: »,Zu amerikanisch!' – das ist das Urteil vieler, die sich längst eine klare politische Meinung gebildet haben und die diese Nürnberger-Trichter-Methode nicht sonderlich schätzen.«¹⁹⁸

Irgendwo zwischen Nürnberg, Weimar, Moskau und Amerika suchten die Westdeutschen in den 1950er Jahren einen adäquaten neuen Stil politischer Repräsentation, fanden ihn jedoch noch nicht. »Sachlich« war sein charakteristisches Attribut – wie es symbolisch und performativ gefüllt werden konnte, war allerdings unklar. Passend dazu zeichnete sich eine deutliche Enträumlichung und Entsinnlichung parlamentarischer Politik ab. Man kann dies im Anschluss als Paul Betts als eine Repräsentationskrise der Demokratie deuten, man kann darin aber auch frühe Anreize zur Medialisierung entdecken. Die Papierlastigkeit war ein besonderes Merkmal des westdeutschen Wahlkampfes; politische Kommunikation verlagerte sich von den Straßen in die Briefkästen.¹⁹⁹ Nach dem Wahlkampf 1953 berichtete ein Genosse an die Hamburger Parteiführung, Postwurfsendungen und Bildplakate schienen ihm die einzig sinnvollen Werbemittel angesichts der Tatsache, dass Hamburg zu groß sei, um alle Wähler durch Versammlungen zu erreichen.²⁰⁰ Seine führenden Propagandafunktionäre waren zum selben Zeitpunkt zu dem Schluss gekommen, dass nur »moderne« Werbemittel, also »Film, Tonband, Rundfunk, politisches Kabarett, Lichtbilder u.a.« wirklich sinnvolle Techniken darstellten.²⁰¹ Dass es sich bei modernen Massenmedien um Propagandamittel erster Güter handelte, die in

¹⁹⁶ Wahlpropaganda mit »schräger Musik«, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 3.9.1953; Plumpe Wahlpropaganda der KPD, in: BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN, 3.9.1957.

¹⁹⁷ BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN, 14.9.1957.

¹⁹⁸ Ebd.; Der Wahlkampf wird zur Plakatschlacht, in: BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN, 4.9.1957. Vgl. T. MERGEL, Sachlichkeit, S. 38; DERS., Propaganda, 2010, S. 106.

¹⁹⁹ In Hamburg verteilte oder verschickte die SPD 1957 über eine Million Wahlzeitungen, knapp 200 000 Briefe an verschiedene Wählergruppen sowie eine 12-seitige Broschüre über jeden der acht SPD-Bundestagskandidaten, jeweils in einer Auflage von 70 000. Vier Jahre später schraubte sie die Menge ihrer Flugblätter und Wählerbriefe in Hamburg noch einmal in die Höhe. Siehe C. OLDENBURG, Tradition und Modernität, 2009, S. 336, 516; zur Papierlastigkeit vgl. T. MERGEL, Propaganda, 2010, S. 159–162.

²⁰⁰ Fr. Mahn? [unleserlich] an die Parteifreunde, 22.10.1953. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 214.

²⁰¹ [SPD-Landesorganisation Hamburg]: »D. Propaganda-Abteilung«, o. D. [1953]. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 2448. Auch die Hamburger Jusos diskutierten schon 1950 auf ihrer Jahreshauptversammlung die »Methoden moderner Propaganda«. Siehe: Jungsozialisten in der SPD, Landesorganisation HH, Der Vorstand: Jahreshauptversammlung 19./20.1.1950, Tagesordnung. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 153.

der überregionalen Publizistik und gerade innerhalb der SPD-Parteiführung als manipulativ verschrien waren, schien den Wahlkampfmachern wie den Wählern unproblematisch.²⁰²

Mit dem Abschied der Parteiendemokratie von der räumlichen Praxis, von den Straßen und Plätzen, wandelten sich die Stadträume zum Feld für zivile Akteure. Nicht ohne Grund galten (und gelten) Massendemonstrationen in der Bundesrepublik als zivile Veranstaltungen, weitgehend frei vom (offenen) parteipolitischen Einfluss, der in Italien so bedeutsam war. Hatten sich zu den frühen Protestwellen in der Bundesrepublik anlässlich der Wiederbewaffnung Hunderttausende unter freiem Himmel versammelt, hielt sich die SPD selbst dann betont im Hintergrund, wenn sie den Protest selbst organisiert hatte. Anlässlich der »Kampf dem Atomtod«-Kampagne gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr hatten sich 1958 zur größten Massenprotestkundgebung der 1950er Jahre 150 000 Menschen auf dem Hamburger Rathausmarkt versammelt. Die SPD-Mitglieder hatten einen wesentlichen Teil der Besucher selbst mobilisiert und in geordneten Zügen zum Rathaus geführt. Dennoch wurde die Kundgebung als überparteiliche Veranstaltung deklariert; Max Brauer sprach als Bürgermeister, nicht als Sozialdemokrat, und rote Fahnen waren auch keine zu sehen. Wenn Axel Schildt auch konstatiert hat, dass das »rote« Hamburg sich so als »Kontrapunkt« zum christdemokratischen Bonn in Szene setzen konnte – die SPD hielt sich dabei versteckt.²⁰³ Protestkundgebungen wie diese sollten bereits in den 1950er Jahren auf Bürgerbewegungen verweisen. Das zeigte sich auch bei den Ostermärschen und der Opposition gegen die Notstandsgesetze, an denen zwar Kommunisten, Sozialisten und Gewerkschafter partizipierten, die aber aufgrund der offiziellen Unabhängigkeit der Organisatoren (trotz der Finanzierung durch IG Metall, IG Chemie und andere) als »unabhängig« galten.²⁰⁴ Dieses Versiegen offener parteipolitischer Massenpolitik – ihre betont »zivile« Überparteilichkeit – erlaubt es der Historiographie erst, das Protestpotenzial der Westdeutschen in den 1950er und 1960er Jahren als Ferment der Demokratisierung zu deuten.²⁰⁵ Für Italien fällt das schwerer, denn obwohl hier viel größere Teilnehmerzahlen zu verzeichnen waren, handelte es sich bei Friedensdemonstrationen und anderen Protestformen häufig um kommunistisch organisierte Ereignisse.

²⁰² Vgl. T. MERGEL, *Sachlichkeit*, 2003, S. 40 f.

²⁰³ Vgl. C. OLDENBURG, *Tradition und Modernität*, 2009, S. 397, 402–405; A. SCHILDT, »Atomzeitalter«, 2009, S. 47 f., Zitat S. 48.

²⁰⁴ Vgl. H. BETHGE, »Bombe«, 1981; P. A. RICHTER, *Außerparlamentarische Opposition*, 2008, S. 50–54.

²⁰⁵ H. KNOCH, *Bürgersinn mit Weltgefühl*, 2007.

3. Plakate und Balkone. Die Besetzung der Stadt

Aus der Zwischenkriegszeit und dem Regime waren Deutsche und Italiener die urbane Präsenz von Politik gewohnt. Die letzten demokratischen Wahlen, an die sich viele noch erinnern konnten, waren mit dem militanten Kampf politischer Aktivisten um Sichtbarkeit auf Plätzen und an Hausmauern verbunden gewesen.²⁰⁶ Visualität blieb auch nach 1945 das primäre Ziel politischer Parteien im Wahlkampf. Doch wie teilten sie einander Räume zu, ohne in Konflikt zu geraten? Und wieviel Raum ließen die Stadtgesellschaften der demokratischen Politik zur Selbstrepräsentation?

In Italien war die Eroberung der Piazza ein konstitutiver Teil urbaner politischer Kommunikation, und das folgende Unterkapitel beleuchtet, welche Funktion sie für die junge Demokratie besaß. Die auffälligsten und langlebigsten Spuren jedoch, die der Wahlkampf im Stadtbild hinterließ, waren die Wahlplakate. Vor der Wende zum Fernsehwahlkampf galten sie in Westdeutschland und Italien als wichtigstes Medium der Wähleransprache und transportierten zugleich die Visualität des Kalten Krieges in die Stadt.²⁰⁷ Nicht so sehr in ihrer Bildsprache, sondern in ihrer Materialität sind sie im folgenden Unterkapitel von Interesse. Im Umgang mit Wahlplakaten nahmen Wähler zur Politik Stellung, die sich in ihren Alltagsräumen ausbreitete.²⁰⁸

Erobern und verteidigen. Die Aufteilung der italienischen Stadt

Der italienische Plakatkampf der 1940er und frühen 1950er Jahre war zweifellos ein Kampf der Bilder und Slogans.²⁰⁹ Visualität spielte seit dem Ersten Weltkrieg eine zentrale Rolle in der politischen Propaganda²¹⁰ und war auch nach 1945 unverzichtbar, denn sie erreichte die Vielzahl illiterater Wähler und Wählerinnen und popularisierte die Parteisymbole, die auf den Wahlzetteln anzukreuzen waren.²¹¹ Darüber hinaus aber war der Plakatkampf auch *Plakatierungskampf*. Er

²⁰⁶ Vgl. G. PAUL, *Krieg der Symbole*, 1992; E. ROSENHAFT, *Links gleich rechts?*, 1995; S. COLARIZI, *Dopoguerra e fascismo*, 1971, S. 92; zu faschistischer Visualität in der Stadt vgl. D. Y. GHIRARDO, *Città fascista*, 1996.

²⁰⁷ Niederschrift der Kreisausschußsitzung des Kreisverbandes Nord der CDU, 18.11.1960. ACDP 02-155-002/1; vgl. T. MERGEL, *Propaganda*, 2010, S. 162–164; G. LANGGUTH, *Mauerinschrift*, 1995, S. 10; F. BÖSCH, »Keine Experimente«, 2008. Zu Italien: *Manifesti elettorali*, in: *LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO*, 29.5.1946; vgl. C. OTTAVIANO, *Introduzione: Manifesti politici*, 2000; A. VENTRONE, *Nemico interno*, 2005, S. 166–231.

²⁰⁸ Zu einer dinglichen Politikgeschichte, die mit Blick auf die Nachkriegsdemokratie noch kaum erprobt wurde, vgl. F. TRENTMANN, *Political History Matters*, 2013; P. BETTS, *Politics of Post-Fascist Aesthetics*, 2003.

²⁰⁹ Vgl. L. CHELES, *Picture Battles*, 2001; C. OTTAVIANO/P. SODDU, *Politica sui muri*, 2000.

²¹⁰ Vgl. A. VENTRONE, *Feindgestalt*, 2006; P. TERHOEVEN, *Liebespfand*, 2003, S. 292–326, und die Beiträge in S. PIVATO/M. RIDOLFI, *Colori della politica*, 2008.

²¹¹ Für ganz Italien betrug die Analphabetenquote 1951 (jeweils gezählt für Personen ab 6 Jahren) 12,9 Prozent; die regionalen Disparitäten waren eklatant. Die Emilia-Romagna und Bologna

entschied darüber, wer die visuelle Dominanz in der Stadt errang, und wer den Stadtraum in Zeiten des Kalten Krieges kontrollierte. In Bologna als »Schaufenster des italienischen Kommunismus« war das Raumbewusstsein der politischen Akteure besonders ausgeprägt – moderiert von einem Bürgermeister, der zwischen den Repräsentationsinteressen seiner Partei und den Alltagsbedürfnissen der Stadtbewohner changieren musste.

Zum Wahlkampfauftakt 1953 entschied er sich zunächst für die Interessen seiner Partei. Ohne die politischen Gegner vorab zu informieren, ließ Giuseppe Dozza in einer Aprilmacht, einige Tage früher als geplant, per Plakatanschlag am Bologneser Rathaus den zweiten Parlamentswahlkampf eröffnen. Seine Partei war vorbereitet. Unmittelbar darauf schwärmten die Plakatkolonnen aus, bewaffnet mit Leitern und Eimern, die sie an den städtischen Brunnen füllten, um den im Kleberausch ständig versiegenden Kleister neu anzumischen.²¹² Am nächsten Morgen verzierten PCI-Plakate die Hausmauern der Bologneser Innenstadt; Spruchbänder säumten die Hauptstraßen und hingen an zahlreichen monumentalen Bauwerken. Auch vor der Piazza Maggiore, dem zentralen Platz der Stadt, hatten die Genossen nicht Halt gemacht. Das illustrierte Wochenmagazin des PCI, *Vie Nuove*, feierte Bologna vor einer landesweiten Leserschaft als Vorbild aktivistischer Fleißarbeit und zog den Vergleich mit dem christdemokratisch verwalteten Rom, das sich als »fauler« erwiesen habe, obwohl der Wahlkampf dort genauso früh eröffnet worden war.²¹³ Dieser visuelle Sieg bereitete den Kommunisten Genugtuung, denn fünf Jahre zuvor, im ersten Parlamentswahlkampf, waren die Christdemokraten die führende Kraft an den italienischen Hausmauern gewesen.²¹⁴

Die politischen Gegner setzte der kommunistische Eroberungsfeldzug unter Zugzwang. Zwei Wochen vor dem Urnengang schließlich gelang den Katholiken doch noch ein propagandistischer Coup. Sie entdeckten die Stromleitungen der Straßenbahn in der Via Indipendenza, einer breiten Hauptstraße im Stadtkern, als geeignete Haltevorrichtungen und behängten sie des Nachts mit ihren Parteibannern. Während das katholische Lokalblatt die außergewöhn-

wiesen mit 8,1 beziehungsweise 5,7 Prozent einen niedrigen Wert auf. In den Regionen des Mezzogiorno konnten 1951 zwischen 19,4 (Abruzzen und Molise) und 31,8 Prozent (Kalabrien) nicht lesen und schreiben, in Apulien waren es im Wahljahr 1948 39 Prozent, 1951 noch 24 Prozent. Der demokratische Staat und die politischen Parteien vor Ort setzten sich zwar für die Alphabetisierung ein und konnten die Quote allmählich senken. Doch unter Wahlberechtigten waren Analphabeten länger überrepräsentiert, da sich die staatlichen Alphabetisierungsleistungen freilich vorwiegend an Kinder im Schulalter richteten. Siehe: *La lotta all'analfabetismo*, in: *LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO*, 30.1.1948. Im Jahr 1961 hatte Italien immer noch 8,4 Prozent Analphabeten aufzuweisen, Apulien 15,3 Prozent, Emilia-Romagna 4,9 und Bologna 3,6 Prozent. Siehe: G. SABBATUCCI/V. VIDOTTO, *Storia d'Italia*, Bd. 5, 1999, S. 624; C. VENTUROLI, *Educare alla Repubblica*, 1999, S. 435.

²¹² Prefetto di Bologna an das MI, 16.4.1948. ACS, MI-GAB, fasc. 17414.

²¹³ 50% +1 – operazione difficile, in: *VIE NUOVE*, Nr. 16/1953, 19.4.1953.

²¹⁴ Precisazione necessaria sulla propaganda murale, in: *L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE*, 13.4.1953. Vgl. L. CHELES, *Prestiti*, 2008, S. 184.

liche Installation stolz mit Fotografien dokumentierte, gingen die Kommunisten zum Gegenstoß über. In der darauffolgenden Nacht fuhren sie mit Pkw vor und befestigten jeweils eigene Schilder neben den Bannern der DC.²¹⁵ Bis zum Morgengrauen folgten noch einmal Manöver und Gegenmanöver, bei denen katholische und kommunistische Aktivisten ihre Schilder und Banner neu anordneten. Die Bologneser fotografierten am folgenden Tag die verzierten Stompleitungen und berichteten einander noch lange von dieser nächtlichen »Wahlschlacht«, so die Erzählung des lokalen PCI-Propagandachefs.²¹⁶ Bürgermeister Dozza machte dem Spuk schließlich ein Ende und ordnete aus Gründen der Sicherheit an, die Parteischilder abzunehmen.²¹⁷ Der lokale Parteichef der DC nahm Dozza diese Sorge um das Wohlbefinden der Bologneser nicht ab und ließ eigens Gutachter anfordern, die jegliche Sicherheitsbedenken ausräumten. Der Bürgermeister, so der Vorwurf der DC, könne es einfach nicht ertragen, dass »diese Runde an die DC« gegangen sei: »Der Herr Dozza vergisst allzu oft, der Erste Bürger dieser Stadt zu sein, um lediglich der Genosse Dozza zu bleiben, wenn es um die Interessen seiner Partei geht.«²¹⁸

Die Kultur des Kalten Krieges ging mit dem traditionellen Raumbewusstsein politischer Akteure in Italien eine fruchtbare Symbiose ein, weil sich im Medium der räumlichen Eroberungskämpfe zwei Probleme verhandeln ließen. Zum einen konnte der Kampf um Sichtbarkeit erweisen, welches Lager über die stärkeren, fleißigeren, akrobatischeren und erfindungsreicheren Aktivisten verfügte. Hauswände italienischer Städte waren deshalb am Ende der Wahlkämpfe bis zu drei Meter hoch zugekleistert; selbst kleinste Lücken wurden noch mit Flugblättern gestopft. Das Dargestellte geriet hier aus dem Fokus; die Eroberung von Flächen wurde zum Selbstzweck. Zur Montage größerer Banner, Spruchbänder oder überdimensionierter Leuchtanlagen kletterten Aktivisten auf Balkone und erklimmen Stadttürme.²¹⁹ Kommunisten und Katholiken, aber auch Linksliberale unterhielten sich auf diese Weise miteinander; der grandiosen Eroberung des Gegners folgte die eigene spektakuläre Okkupation.

Zum anderen ließen sich im Zuge des Plakatierungskampfs die Spielregeln, Tugenden und Rollenverteilungen im Kalten Krieg direkt vor Ort verhandeln. Wie »demokratisch« der Gegner war, wie »neutral« der Bürgermeister, wie »freiheitlich« die Stadtbürger – um diese Fragen kreiste der Kampf um die Kontrolle

²¹⁵ La pretesa imparzialità del Sindaco è crollata dopo la »disfatta delle forchette«, in: L'AVVENIRE D'ITALIA, 28.5.1953.

²¹⁶ L. ARBIZZANI, Una notte di battaglia elettorale, 1983, S. 217 f.

²¹⁷ »Il giorno 27 maggio 1953 nella Sala Rossa di Palazzo d'Accursio ...«, o. D. ACBO, AGS 1953, nn. 700–1100, Fasz. »Comitato per le elezioni 1953«; »Il Sindaco [dispone]«, 27.5.1953. Ebd., P.G.N° 37973.

²¹⁸ L'ordinanza del Sindaco voluta dal suo partito, in: L'AVVENIRE D'ITALIA, 29.5.1953; Nessun pericolo per i cartelli sospesi ai fili del tram, in: L'AVVENIRE D'ITALIA, 29.5.1953.

²¹⁹ Le ultime voci della campagna elettorale, in: GIORNALE DELL'EMILIA, 6.6.1953. Vgl. C. OTTAVIANO, Introduzione: Manifesti politici, 2000, S. 16 f.

der Stadt, und Bologna war hier in der Tat ein besonderer Fall, der auch überregionale Aufmerksamkeit erregte.

Zunächst wetteiferten hier, wie in anderen Städten, die Aktivisten des Nachts mit List und Körperlichkeit um die besten Plätze an den Hausmauern. 1948 geschah dies häufig im Schutze der Dunkelheit, da viele Straßen noch unbeleuchtet waren.²²⁰ Hier ging es um Schnelligkeit, aber auch um Sabotage, denn es galt, die Sichtbarkeit des Gegners möglichst einzudämmen. Nächtliche Faustkämpfe zwischen Plakatkolonnen waren keine Seltenheit, vor allem nicht 1948, als der Versuch, die politischen Gegner am Plakatieren zu hindern und ihre Plakate zu zerstören, mindestens ebenso wichtig war wie das Anbringen eigener Plakate. In Bologna wurden vor allem Kolonnen rechter oder monarchistischer Splittergruppen von linken Aktivisten angegriffen, die in Gruppen von zwanzig bis vierzig Personen durch die nächtlichen Straßen vagabundierten.²²¹ Im Mezzogiorno war es beliebt, Plakate der Gegner gleich symbolträchtig zu verbrennen, sobald man sie in die Hände bekommen hatte.²²² Gängige Praxis war es zudem, gegnerische Plakate abzureißen oder zu überkleben. 1948 war das ein Massenphänomen, meist verübt von Kommunisten. 1953 wendete sich das Blatt, zumindest in Bologna, wo der kommunistische Eroberungsfeldzug den Gegnern kaum noch freien Platz an den Hausmauern gewährte. Genau hier beginnt eine lokale Geschichte der öffentlichen Verregelung von Visualität im Kalten Krieg, in der sich machtpolitische Raumfragen mit Demokratiekonzepten verknüpften, und die schließlich von Bologna auf die nationale Gesetzgebung ausstrahlen sollte.

1948 hatte das Innenministerium keinen Zweifel daran gelassen, jeden einzelnen Plakatabriss zu sühnen und damit nicht nur das Recht der Parteien auf visuelle Repräsentation schützen zu wollen, sondern auch die Dominanz der DC an den Hauswänden der Halbinsel. Zwar konnte die Polizei trotz verstärkten Aufgebots angesichts Zehntausender Plakate in einer einzigen Stadt kaum jeden Abriss aufklären.²²³ Doch die drakonischen Strafen, die drohten, verbanden diesen Delikt eindeutig mit einer Art Exkommunion aus dem Reigen der demokratischen Kräfte. Das Bologneser Amtsgericht verhängte 1948 gegen Plakatabreißer, und das waren in erster Linie Kommunisten, ein Jahr Gefängnis, eine Geldstrafe und den vorübergehenden Verlust des Wahlrechts.²²⁴

Fünf Jahre später, als in Bologna nun der visuell dominante PCI häufiger von Plakatabriss und Überklebungsaktionen betroffen war, nutzte er die neue

²²⁰ Verbale della riunione del Comitato esecutivo. Ordine del giorno, 17.1.1950, Bl. 3. FGER, PCI, Comitato esecutivo. Verbali, 1950, b. 1, fasc. 3.

²²¹ Prefetto di Bologna an das MI, 8.4.1948. ACS, MI, GAB, fasc. 17414.

²²² Capo della Polizia di Canosa di Puglia an das MI, 22.4.1948. ACS, MI-GAB, fasc. 17410.

²²³ Prefetto di Bologna an das MI, 8.3.1948, Prot. 825. ACS, MI, GAB, fasc. 17414. Zum massenhaften Plakatabriss in Bologna siehe die Präfektberichte in: ebd.; Si strappano i manifesti in oltraggio alla libertà, in: *GIORNALE DELL'EMILIA*, 8.3.1948.

²²⁴ Prefetto di Bologna an das MI, 26.10.1948. ACS, MI-GAB, fasc. 17414.

Situation auf seine Weise, um dieselbe Tugend durchzusetzen. Plakatabriss wurde in der Bologneser *Unità* zur »unzivilen und antidemokratischen Geste«, zu einem Akt der »Intoleranz« erklärt, der das friedliche Zusammenleben von Bürgern unterschiedlicher politischer Ansichten störe. Wer Plakate abbriss, wurde zum »Undemokraten« gestempelt.²²⁵ Dementsprechend forderte der Bologneser PCI alle »Demokraten« der Stadt und alle Träger »staatsbürgerlicher Reife« (*maturità civica*) auf, die kommunistischen Plakate zu überwachen und Angriffe gegen sie anzuzeigen. Dazu richtete er eigens eine juristische Kommission ein, die als Anlauf- und Beratungsstelle dienen sollte.²²⁶

Tatsächlich nahm mancher Bologneser die Rolle als Wächter über die Parteiplakate an und rief die lokalen Ordnungskräfte (*Vigili Urbani*) zum »Tatort«, wenn er katholische Überklebeaktionen beobachtet hatte.²²⁷ Dass die kommunistische Strategie verfiel, zeigen auch die Reaktionen der Katholiken, die ihrerseits kommunistische Delikte dokumentierten, um dem PCI seinen Status als demokratische Sittenpolizei abspenstig zu machen: »Beispiel demokratisch-progressiver Zivilität« kommentierte der *Avvenire d'Italia* zynisch, als das schwarze Brett einer Kirche mutmaßlich von Kommunisten demoliert worden war.²²⁸ Solche Auseinandersetzungen vermittelten der urbanen Öffentlichkeit, was als »demokratisches« Handeln zu gelten hatte – und darin waren sich die beiden großen Kontrahenten einig: Es ließ jeder politischen Meinung, symbolisiert durch das Wahlplakat, seinen unbeschadeten Raum.

Trotz aller Einigkeit über die Norm wussten die Parteiaktivisten nur zu gut, dass die politische »Toleranz« ihrer Grenzen hatte. Die Genossen reizten diese Grenzen 1953 systematisch aus, um dem Gegner dann »undemokratisches« Verhalten zu quittieren. So brachte Plakatkleber Ivo Righi ein PCI-Plakat an der Außenwand einer Apotheke an, deren Besitzer Giorgio Santandrea der Sohn eines sozialdemokratischen Parlamentskandidaten war. Righi wachte daraufhin über seine Eroberung, weil er offenbar damit rechnete, dass Santandrea kein PCI-Plakat an seiner Apotheke dulden würde. Als das Plakat tatsächlich abgerissen wurde, zeigte Righi den Sozialdemokraten an und präsentierte sich als Augenzeuge. Ein solches Vorgehen war im Bologneser Wahlkampf 1953 kein Einzelfall.

Im Geiste ihrer Tugendwächterkampagne schlachtete die *Unità* das Geschehnis aus und gab an, der PSDI-Kandidat Mario Santandrea hätte das Plakat

²²⁵ Non fu il candidato a strappare i manifesti, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 9.4.1953; Potrebbe avere serie conseguenze la sentenza sulla propaganda murale, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 26.4.1953.

²²⁶ Il nostro Partito invita a vigilare contro i soprusi di oggi e i brogli di domani, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 10.4.1953.

²²⁷ Protokoll von Giuseppe Borri und Giovanni Massari an den Comandante des Corpo Vigili Urbani di Bologna v. 19.5.1953. ACBO, AGS 1953, nn. 700–1100, Fasz. Comitato per le elezioni 1953.

²²⁸ Compagnarderie: Al valor civile, in: L'AVVENIRE D'ITALIA, 21.5.1953.

eigenhändig abgerissen.²²⁹ Als dieser den Vorwurf mit den Worten zurückwies, er habe sich »nie mit einer solchen Schande besudelt«, setzte er den PCI eigentlich moralisch ins Recht.²³⁰ So fiel der Verdacht auf seinen Sohn Giorgio, den Besitzer der Apotheke. Doch die gerichtliche Verhandlung des Falls erbrachte ein Urteil, mit dem die Kommunisten nicht gerechnet hatten: Giorgio wurde freigesprochen, denn es hatte sich erwiesen, dass auch er nicht selber Hand angelegt, sondern zwei Angestellte vorgeschickt hatte, um das Plakat abzureißen. Währenddessen war der wacklige Augenzeuge Ivo Righi selbst ins Fadenkreuz der Verhandlung geraten: Hatte er das PCI-Plakat überhaupt an der Apotheke ankleben dürfen? Die Richter urteilten negativ, sprachen schließlich aber auch Righi frei, weil ihm kein Vorsatz nachgewiesen werden konnte.²³¹ Der Fall Righi-Santandrea markierte einen Wendepunkt im Umgang mit den materiellen Spuren der Politik, denn er ließ erstmals »private« Interessen von Apothekenbesitzern und anderen Stadtbürgern gelten, die Hausmauern zu ihrem Besitz zählten.

Voraussetzung für den italienischen Plakatierungskampf der 1940er und 1950er Jahre war, dass die Genehmigungspflicht für die Anbringung von Plakaten in Wahlkampfperioden ausgesetzt wurde. Verbindliche Regelungen zum Plakatwahlkampf existierten nicht.²³² Zur Anwendung kamen stattdessen verschiedene Bestimmungen zur öffentlichen Ordnung, die zum Teil aus faschistischer Zeit überkommen, zum Teil in der frühen Nachkriegszeit erlassen worden waren. Gesichertes Wissen darüber, welche Flächen überhaupt von der Plakatierung ausgenommen waren, besaßen Aktivisten wie Ivo Righi nicht. Die Parteien erwarteten von ihnen lediglich, dass sie mit »Intelligenz« ihre Plakatierungsflächen wählten.²³³ Die »Intelligenz« der Plakatkleber ließ das städtische Publikum nach Darstellung der Lokalpresse amüsiert am visuellen Wahlkampfeschehen, seinen ironischen Darstellungen und akrobatischen Übungen teilhaben (Abb. 5, S. 238). Manche Wähler kauften sogar für ein paar Lire die Wahlplakate, die Kinder nach den Wahlen von den Hausfassaden lösten – als Andenken an einen unterhaltsamen Wahlkampf.²³⁴ Ebenso konnte das städtische Publikum gewisse Besetzungsakte als Provokation ansehen.

²²⁹ Strappava manifesti il candidato saragattiano, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 7.4.1953; Il nostro Partito invita a vigilare contro i soprusi di oggi e i brogli di domani, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 10.4.1953.

²³⁰ Non fu il candidato a strappare i manifesti, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 9.4.1953.

²³¹ Potrebbe avere serie conseguenze la sentenza sulla propaganda murale, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 26.4.1953.

²³² L'affissione dei manifesti deve essere autorizzata, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 7.6.1946.

²³³ Verbale del Comitato Federale [PCI Bologna], 14.2.1948, Bl. 2. FGER, PCI-BO, CF, Verbali, 1948, b. 1, fasc. 1 (Zitat); La nostra propaganda e la loro, in: LA LOTTA, 12.6.1953. Vgl. C. OTTAVIANO, Introduzione: Manifesti politici, 2000, S. 16 f.

²³⁴ L. ARBIZZANI, Una notte di battaglia elettorale, 1983, S. 217 f.; La pretesa imparzialità del Sindaco è crollata dopo la »disfatta delle forchette«, in: L'AVVENIRE D'ITALIA, 28.5.1953; Pulizia generale, in: LA LOTTA, 12.6.1953.

Wenn Kommunisten 1948 ein Propagandschild an einem Kriegsgefallenen-Denkmal montiert hatten, führte das zu Beschwerden aus der Bologneser Bevölkerung, woraufhin der Präfekt das Schild entfernen ließ und der PCI dagegen vor Gericht zog.²³⁵

Nach der kommunistischen Plakatierungswelle vom April 1953 formierte sich nun größerer Widerstand im Bologneser Publikum. Als Forum diente ihm die größte Tageszeitung Bolognas, das *Giornale dell'Emilia*; politisch unterstützt wurden sie von der liberalen Partei, dem PLI. In ihrem Umfeld erhob sich Empörung über die beispiellosen Exzesse in der Plakatpropaganda, die eine schrille, in allen anderen italienischen Städten unbekannte Polemik zwischen den Parteien provoziert hätten.²³⁶ In der Leserbriefspalte des Blattes prangerten Bologneser die Verschmutzung durch Wahlplakate an und empfahlen, die Parteien sollten besser mit dem Neuanstrich von Hausfassaden für sich werben.²³⁷

Was sich derweil an den Hausmauern abspielte, konnte durchaus als lokaler Klassenkampf gelesen werden. Denn unterstützt vom Freispruch im Fall Santandrea, in dessen Zuge das Amtsgericht klargestellt hatte, dass »private« Flächen nur mit Genehmigung des Besitzers für die Plakatpropaganda genutzt werden durften, begannen die Bologneser Immobilienbesitzer, die PCI-Plakate an ihrem Eigentum abzureißen. Der PLI und das *Giornale dell'Emilia* machten derweil die »privaten« Interessen dieser Bürger gegenüber den Repräsentationsinteressen der Politik geltend.²³⁸

Selbstverständlich war es der PCI, der diese Repräsentationsinteressen am vehementesten verteidigte und die Praxis der Immobilienbesitzer verurteilte (die DC hielt sich auffällig zurück). Bei der »Propagandafreiheit der Parteien«, so der Bologneser Parteiverband in der Presse, handele es sich um ein demokratisches »Freiheitsrecht«. Die Parteien hätten die »Pflicht«, die Wähler »aufzuklären«, und deshalb mache sich ein jeder »Privatbürger« strafbar, der Wahlplakate entferne.²³⁹ Der Wahlkampf war nach dieser Deutung ein Informationsereignis »von sozialer, nationaler und öffentlicher Wichtigkeit, das über dem privaten Interesse steht und stehen muss«, wie ein kommunistischer Abgeordneter im Bologneser Stadtrat ausführte.²⁴⁰ Nicht zuletzt konnte der Bologneser PCI auf den ersten Parlamentswahlkampf verweisen, als es trotz massenhafter Plakatierung durch die DC bezeichnenderweise keine Proteststürme gegeben hatte. In

²³⁵ Tribunale civile penale di Bologna, Il Consigliere Istruttore Balducci: o.T. [decreta], 22.4.1948. ACS, MI-GAB, fasc. 17414.

²³⁶ Tutte le dodici liste ufficialmente approvate, in: GIORNALE DELL'EMILIA, 1.5.1953.

²³⁷ Voci della città, in: GIORNALE DELL'EMILIA, 18.5.1953; L'armistizio dei muri, in: LA STAMPA, 12.4.1953; vgl. C. OTTAVIANO, Introduzione: Manifesti politici, 2000, S. 9 f.

²³⁸ Tutte le dodici liste ufficialmente approvate, in: GIORNALE DELL'EMILIA, 1.5.1953; Uguaglianza fra i muri, in: GIORNALE DELL'EMILIA, 13.5.1953.

²³⁹ Ampiamente tutelata dalla legge la libertà di affissione murale, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 14.4.1953.

²⁴⁰ Redebeitrag von Leonida Casali in: Atti del Consiglio Comunale di Bologna, 94, 1953, Seduta straordinaria del 4 Maggio 1953, S. 319.

der Tat entlarvten auch Leserbriefschreiber die Kampagne der Hausbesitzer als kruden Antikommunismus. Der Bologneser Streit schaffte es landesweit in die Schlagzeilen.²⁴¹

Gegen den Protest der Immobilienbesitzer konnte sich der PCI noch mit dem Aufklärungsargument und subtiler Klassenpropaganda aufbäumen. In die Defensive geriet er jedoch endgültig, als sich der lokale Denkmalschutzverband einschaltete und die Sorge um das Stadtbild ins Feld führte – eine Sorge mithin, die im Namen der ganzen lokalen Bevölkerung ausgesprochen werden konnte. Die Soprintendenza ai monumenti dell'Emilia Bologna sah den architektonischen Charakter der Stadt 1953 durch Wahlplakate und Leuchtreklame massiv gestört und übermittelte Bürgermeister Dozza eine Liste schützenswerter Gebäude, die von den Plakaten zu säubern seien.²⁴² Der städtische Tourismus drohe Schaden zu nehmen – ein wichtiges Argument, das in beliebten Fernverkehrsregionen wie etwa am Lago Maggiore tatsächlich zu parteiübergreifenden Übereinkommen führte, von *jeglicher* Plakatierung abzusehen.²⁴³ Im für Massentourismus nicht unbedingt prädestinierten Bologna witterte der PCI auch in diesem Falle antikommunistische Ressentiments und beharrte auf seinem Bildungsauftrag.²⁴⁴

Die juristische Situation allerdings gab den Denkmalschützern recht und stellte zudem Giuseppe Dozza als Stadtherrn in kein gutes Licht. Der Verband stützte sich auf die nationale Gesetzgebung zum Schutz monumentaler Bauten, für deren lokale Umsetzung der Bürgermeister Sorge zu tragen hatte. Kam er seinen Pflichten nicht nach, konnte der Präfekt in Aktion treten. In Bologna sah er seine Zeit gekommen, als sich die Zahl der Wahlplakate an den monumentalen Gebäuden trotz des Protests der Denkmalschützer noch vergrößert und das Bologneser Amtsgericht gerade das Urteil zugunsten Santandreas gefällt hatte.²⁴⁵ Er ließ daraufhin ein Interfraktionelles Komitee einberufen, das die Wahlkampfplakatierung in der Stadt neu regeln sollte, und läutete damit den Anfang vom Ende der ungehemmten Plakatierungskultur in der Republik Italiens ein.

²⁴¹ Die *Unità* bezog sich wiederholt auf den *Testo unico delle leggi di pubblica sicurezza*, R.D. 18 giugno 1931, n. 773, Art. 113, der Wahlkampfperioden von dort definierten Plakatierungsverboten ausnahm. Siehe: Una paradossale sentenza sulla propaganda murale, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 25.4.1953. Zum Verweis auf 1948 siehe: Atti del Consiglio Comunale di Bologna, 94, 1953, Seduta straordinaria del 4 Maggio 1953, S. 319. Zur Resonanz in der nationalen Presse siehe: Il diritto di affiggere o di staccare i manifesti, in: LA STAMPA, 25.4.1953.

²⁴² Soprintendenza ai monumenti dell'Emilia Bologna an den Sindaco di Bologna, 9.4.1953. ACBO, AGS 1953, nn. 700–1100, Fasz. Comitato per le elezioni 1953, Dok. Nr. 606; Soprintendenza ai monumenti dell'Emilia Bologna an den Sindaco di Bologna, 24.4.1953. ACBO, AGS 1953, nn. 700–1100, Fasz. Comitato per le elezioni 1953, Dok. Nr. 684.

²⁴³ Non un manifesto sulle case lungo tutto il Lago Maggiore, in: LA STAMPA, 14.5.1953.

²⁴⁴ Precisazione necessaria sulla propaganda murale, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 13.4.1953.

²⁴⁵ Una paradossale sentenza sulla propaganda murale, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 25.4.1953; Potrebbe avere serie conseguenze la sentenza sulla propaganda murale, in: L'UNITÀ, 26.4.1953; Uguaglianza fra i muri, in: GIORNALE DELL'EMILIA, 13.5.1953.

So fanden sich Bürgermeister Dozza und die lokalen Vertreter aller Parteien Ende April 1953 zur konstituierenden Sitzung des Interfraktionellen Komitees zusammen. Der Präfekt begrüßte sie und gab sich betont neutral, hob die Schuld aller Parteien an den Wahlkampfezessen hervor und wollte sich als Vertreter der »privaten Bürger« und Anwalt der historischen Bausubstanz der roten Stadt verstanden wissen.²⁴⁶ Die Parteivertreter einigten sich sodann darauf, die Hauswände von den Plakaten zu befreien und die Plakatierung auszusetzen, bis die Stadtregierung einen Entwurf zu einer verbindlichen Neuregelung erarbeitet hatte.²⁴⁷ Das neue Konzept, das Bürgermeister Dozza schließlich präsentierte, sah die Montage großer Plakathalter an den Hausmauern vor, die allerdings nur nach Einwilligung der Hausbesitzer erfolgen sollte. Die Klebeflächen waren nach Maßgabe eines lokalen Proporzsystems unter den Parteien aufzuteilen.²⁴⁸ Dem PCI fielen demnach 30 Prozent der Plakatflächen zu, der DC 20 Prozent, den restlichen Parteien 10 Prozent oder weniger.²⁴⁹ Die Türme der Stadt und die Gebäude am Saum der Piazza Maggiore waren fortan von der Plakatierung ausgeschlossen und wurden mit entsprechenden Hinweisschildern versehen. An vielen historischen Bauwerken durften jedoch Plakathalter angebracht werden.²⁵⁰

Diese Bologneser Regelung wurde zum Vorbild für das 1956 vom Parlament verabschiedete Wahlkampfgesetz, das auf die landesweit wahrnehmbaren Plakatierungsauswüchse des Jahres 1953 und die Beschwerden der Bürger antworten wollte. Es schrieb das lokale Proporzprinzip und die Verantwortlichkeit der Kommune für die Plakatierung fest.²⁵¹ *La Stampa* in Turin konnte darin eine begrüßenswerte Anlehnung an die französische Plakatierungspraxis erblicken.²⁵² Doch die Verregelung der Wahlkampfvisualität hatte für die italienische Republik weitreichendere Folgen. Erstens besiegelte sie das Schicksal der Parteiaktivisten im Wahlkampf. Die Zeit, da sie mit dem Kleistereimer

²⁴⁶ Anlage zu: Prefettura di Bologna an den Sindaco di Bologna, 30.4.1953. ACBO, AGS 1953, nn. 700–1100, Fasz. »Comitato per le elezioni 1953«, Prot. Nr. 907.

²⁴⁷ L'ordine di distribuzione dei certificati elettorali, in: *L'AVVENIRE D'ITALIA*, 3.5.1953.

²⁴⁸ Atti del Consiglio Comunale di Bologna, 94, 1953, Seduta straordinaria del 4 Maggio 1953, S. 318; Tabelloni e non manifesti sui muri delle case private, in: *GIORNALE DELL'EMILIA*, 5.5.1953; I proprietari di case e i manifesti elettorali, in: *L'AVVENIRE D'ITALIA*, 7.5.1953.

²⁴⁹ [Verbale della riunione del Comitato Interpartitico v. 2.5.1953]. ACBO, AGS 1953, nn. 700–1100, Fasz. Comitato per le elezioni 1953.

²⁵⁰ Edifici monumentali nei quali è vietato apporre manifesti e cartelli elettorali, Anlage zu: Soprintendente Raffaello Niccoli an den Sindaco di Bologna, 30.4.1953. ACBO, AGS 1953, nn. 700–1100, Fasz. Comitato per le elezioni 1953, Nr. 749.

²⁵¹ Die Rede ist von der *Legge n. 212* vom 4.4.1956: »Norme per la disciplina della propaganda elettorale«. Siehe dazu: C. OTTAVIANO, Introduzione: Manifesti politici, 2000, S. 16–18; DIES., Ricorrenze e novità, 2004, S. 292; L. VISENTINI, Osservazioni, 1963, S. 285, Fn. 11. Plakathalter sollten an den bestfrequentierten Orten der Stadt angebracht, in ihrer Zahl jedoch je nach Einwohnerzahl begrenzt werden; in Städten der Größenordnung Bolognas mit über 500.000 Einwohnern auf höchstens 500.

²⁵² L'armistizio dei muri, in: *LA STAMPA*, 12.4.1953.

in der Hand um die Kontrolle der Stadt wetteiferten, war beim nächsten Parlamentswahlkampf 1958 vorbei – und damit auch ein grundlegendes Movens, am Wahlkampf aktiv teilzunehmen. Ein kommunales Büro war nun für das Plakatierungshandwerk zuständig. In Bologna kontrollierte damit ironischerweise die kommunistische Stadtregierung fortan auch die Sichtbarkeit der anderen Parteien. Zwar kam es hin und wieder zu Beschwerden der DC, weil ihre Plakatstellen leer geblieben oder Kandidatenplakate verwechselt worden waren.²⁵³ Doch den Verdacht der Sabotage oder Manipulation zogen solche Episoden seit 1958 nicht mehr auf sich.

Zweitens kam die Plakatierungsregelung nach Proporzsystem einer konsensualen Aufteilung des Stadtraums durch die politischen Parteien gleich und transportierte damit das Prinzip der *lottizzazione* (der parteiübergreifenden Aufteilung von Ämtern und politischer Macht) sichtbar in den urbanen Raum hinein. Damit befriedeten sich zwar die Raumpkämpfe, zugleich aber institutionalisierten und legitimierten die Parteien auf diese Weise lagerübergreifend ihre Repräsentationsansprüche und stärkten zudem die lokale Hausmacht. Wer vor Ort die relative Mehrheit besaß, bekam auch die meiste Sichtbarkeit zugesprochen, politische Machtverhältnisse manifestierten sich so in der visuellen Kommunikation nationaler Wahlkämpfe.

Die Interfraktionellen Komitees organisierten fortan als feste Wahlkampfinstitutionen in Bologna und anderen Städten den Interessenausgleich und die Aufteilung politischer Repräsentationsräume. Schon 1953 zeigte sich dabei, dass die »Privatinteressen« und die Alltagsbedürfnisse der Stadtbewohner am runden Tisch der lokalen Parteivertreter schnell in Vergessenheit gerieten. In der Praxis des Bologneser Komitees zeigte sich, dass sich die Parteien von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten rasch einig wurden, wenn es darum ging, ihre Repräsentationsbedürfnisse zu verteidigen und eingehende Bürgerbeschwerden, etwa über Lärmbelästigungen durch Lautsprecherwerbung auf den Plätzen, abzuschmettern. Stattdessen forderten sie geschlossen *mehr* Repräsentationsraum, während Bürgermeister Dozza fortan die Bedürfnisse der Stadtbewohner verteidigen musste – eine Rolle, die er sichtbar für die eigene politische Imagekampagne nutzte.²⁵⁴ Wenn einzig Vertreter des PLI 1953 in Bologna monierten, sie fühlten sich durch die Regelungen des Interfraktionellen Komitees an die Zeit der Befreiungskomitees erinnert, die vor Ort nach eigenen Gesetzen regiert hätten, war das sicherlich übertrieben.

²⁵³ Comitato Comunale [der DC] an den Ufficio Affissione Comunale, 30.4.1958. ASBO, DC, CC, Elettorale 1, Fasz. »Richieste sale, piazze, striscioni. 1958«; P. Parlanti an den Ufficio Affissione, 3.5.1968. ASBO, DC, CC, Elettorale 7, Fasz. »Manifesti e Volanti«.

²⁵⁴ [Verbale della riunione del Comitato Interpartitico v. 5.5.1953], Anl. zu: Carlo Fantazzini an Dott. Guida, Capo Gabinetto del Questore, 6.5.1953. ACBO, AGS 1953, nn. 700–1100, Fasz. »Comitato per le elezioni 1953«, P/Gab.n.497; [Verbale della riunione del Comitato Interpartitico vom 25. Mai 1953], Anl. zu: Carlo Fantazzini an Dott. Guida, Capo Gabinetto del Questore, 28.5.1953. Ebd., P/Gab.n.595.

Es spiegelte aber die Wahrnehmung eines Teils der lokalen Öffentlichkeit, die sich nunmehr einer geeinten Front der Parteiendemokratie gegenüber sah, die den urbanen Raum im Wahlkampf beanspruchte und dabei kraft der Autorität des Komitees eigene Regeln setzte.²⁵⁵ Wie probat das überparteiliche Komitee den politischen Akteuren erschien, wurde noch im Wahlkampf 1968 deutlich, als ihr Vorsitzender, ein Beauftragter der Bologneser Kommune, in der konstituierenden Sitzung die Traditionalität dieser Zusammenkunft betonte und an die stets »optimalen« Resultate erinnerte, die das Komitee in der Vergangenheit erzielt habe.²⁵⁶ Italiener konnten darin die lokale Entsprechung parlamentarischer Konkordanzstrategien erblicken, die in interfraktionellen Absprachen sowie der Tendenz zur einstimmigen Verabschiedung von Gesetzen vor allem zwischen PCI und DC zum Ausdruck kamen und polemisch als *consociativismo* gefasst worden sind. Namentlich die Emilia-Romagna und der Emilianer PCI standen seit der Zeit der Befreiungskomitees für eine solche Art der Konkordanzdemokratie.²⁵⁷

Drittens schließlich ergab sich aus der Verregelung der Plakatierung ein Formwandel des urbanen Wahlkampfes, der seiner sinnlichen Entleerung Vorschub leistete. Aus Venedig berichtete der Präfekt 1958 von einer »quasi totalen Absenz von Wahlplakaten«; auch in Bologna waren zahlreiche Plakathalter ungenutzt geblieben, im apulischen Foggia fast alle.²⁵⁸ Was der Präfekt in Parma beobachtete, sollte für die 1960er Jahre zukunftsweisend sein: Die intensive Spürbarkeit des Wahlkampfes ließ deutlich nach.²⁵⁹ Als körperlicher und geistiger Wettbewerb der Parteiaktivisten vor Ort kam er im Laufe der 1950er Jahre an ein Ende. Gerade dies jedoch hatte ihn im *piena guerra fredda* zum Stadtgespräch gemacht.

Wacht über die Piazza

Stadtgespräch war in Bologna am Vorabend der Wahlen von 1953 auch ein »Streit um den Balkon zwischen Christdemokraten und Kommunisten«, wie das *Giornale dell'Emilia* titelte. Anlass war ein Besuch des christdemokratischen Innenministers Mario Scelba gewesen, der die Abschlusskundgebung der

²⁵⁵ Siehe den Beitrag des Abgeordneten Di Vistarino in: *Atti del Consiglio Comunale di Bologna*, 94. Jg., 1953, Seduta straordinaria del 4 Maggio 1953, S. 318 f.

²⁵⁶ Commissione Interpartitica per le discipline nella propaganda elettorale, Verbale n° 1 (seduta del 15/3/68). ASB, DC, CC, Elettorale 7, Fasz. »Comm. Interpartitica«.

²⁵⁷ C. PIZZORNO, *Difficoltà del consociativismo*, 1994; vgl. auch G. GOZZINI, *Democrazia dei partiti*, 2007, S. 304 f. Zu Bologna und der Emilia-Romagna siehe: Responsabilità, in: *LA LOTTA*, 9.6.1945; vgl. D. L. M. BLACKMER, *Continuity and Change*, 1975, S. 24 f.; F. ANDERLINI, *Terra rossa*, 1990, S. 12 f., 38. Dass der *consociativismo* Grenzen hatte und die Erste Republik Italiens keinesfalls als Konkordanzdemokratie bezeichnet werden kann, betont M. KREILE, *Republik Italien*, 2000, S. 277 f.

²⁵⁸ Prefetto di Bologna an das MI, 19.5.1958. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2; Prefetto di Foggia an das MI, 19.5.1958. Ebd.; Prefetto di Venezia an das MI, 5.5.1958. Ebd.

²⁵⁹ Prefetto di Parma an das MI, 19.5.1958, Bl. 1. Ebd.

Bologneser DC halten sollte. Der bei Kommunisten verhasste Sizilianer führte im Wahlkreis die christdemokratische Parteiliste an – ein Affront gegen die linke Hausmacht in der Region. Es mochte daher für Kommunisten und Sozialisten eine Genugtuung gewesen sein, dass Scelba für seinen Auftritt nicht die Piazza Maggiore hatte nutzen können, denn dort hielt der PSI seine Abschlusskundgebung. Scelba musste auf die zehn Gehminuten entfernte Piazza VIII Agosto ausweichen.

Eigentlich hätten sich die Christdemokraten glücklich schätzen müssen, ihren Innenminister auf der Piazza VIII Agosto empfangen zu können, denn sie befand sich auch in der Innenstadt und fasste mehr Menschen als die Piazza Maggiore. Doch bei seiner Begrüßungsrede klagte der Bologneser Lokal kandidat Raffaele Ottani die sozialkommunistische Stadtregierung an, sie hätte dem prominenten Gast aus reiner Parteilichkeit (*faziosità*) den Zugang zur zentralen Piazza verwehrt. Tags darauf wiederholte Ottani seine Vorwürfe in einem Brief an Bürgermeister Dozza, der sogleich im *Giornale dell'Emilia* abgedruckt wurde. Darin zählte der Christdemokrat auf, dass PCI und PSI zusammen bereits fünf Kundgebungen auf der Piazza Maggiore abgehalten hätten, die DC hingegen nur eine.²⁶⁰ Die Kampagne zeigt einmal mehr, wie gut sich die Misstrauenskultur des Kalten Krieges im Wettkampf um urbanen Repräsentationsraum popularisieren ließ. Wer noch nicht begriffen hatte, was dem Kommunismus an demokratischen Qualitäten fehlte, konnte es demnach am Territorialitätsregime beobachten, das die sozialkommunistische Stadtregierung in Bologna ins Werk setzte.

An der zentralen Piazza entzündeten sich politische Konflikte und Debatten um ›demokratische‹ Qualitäten deshalb so gut, weil sie zum einen als traditioneller Versammlungsort der Stadtbewohner galt, auf den sie ungehindert Anspruch erheben durften. Zum anderen diente sie im 20. Jahrhundert als lokales Legitimierungsmedium nationaler Machtansprüche.²⁶¹ Wollten die politischen Akteure der Ersten Republik ihre Legitimität als *nationale* Volksvertreter vorführen, mussten sie auf den Plätzen des Landes demonstrieren, von der jeweiligen lokalen Bevölkerung als legitime Gäste empfangen und als politische Repräsentanten des Ortes anerkannt zu werden. Symbolisch zum Ausdruck kam dies darin, vom Balkon des Rathauses aus zu den Versammelten sprechen zu dürfen. In der Tat war die Verfügungsgewalt über die zentrale Piazza damit ein politisch machtvolleres Hoheitsrecht, das in den Händen der Bürgermeister oder, wie im Falle der beliebten Piazza Prefettura in Bari, in den Händen des Staatsvertreters lag.

²⁶⁰ Una polemica sul »balcone« fra democristiani e comunisti, in: *GIORNALE DELL'EMILIA*, 7.6.1953; Le ultime voci della campagna elettorale, in: *GIORNALE DELL'EMILIA*, 6.6.1953; Raffaele Ottani an Giuseppe Dozza, 6.6.1953. ACBO, AGS, 1953, nn. 700–1100, fasc. »Comitato per le elezioni 1953«.

²⁶¹ Vgl. M. ISNENGI, Platz, 2003; umfassend: DERS., *L'Italia in piazza*, 2004. Zu Bologna vgl. M. GALLINGANI, *Bella piazza*, 2002.

Anders als es der Bologneser »Streit um den Balkon« nahelegt, spielten die politischen Kontrahenten in der jungen italienischen Republik diesen Trumpf aber selten aus. Wichtiger war es nämlich, sich vor dem lokalen Publikum den Ruf eines toleranten und mithin demokratischen Spielers zu verdienen. Schon 1948 schälte sich dieses Muster heraus. Als Giuseppe Dozza der DC für eine Wahlversammlung unter dem Titel »Das Scheitern des Kommunismus« den kommunalen Sala Farnese überließ und ihr so direkten Zugang zum Rathaus gewährte, versäumte die *Unità* nicht, zu betonen, der DC sei der Saal »von der demokratischen Stadtregierung höflich zugestanden« worden. Natürlich konnte man sich nach erwiesener Toleranz umso verwunderter darüber zeigen, dass der Gegner die Gelegenheit genutzt hatte, um gegen die Stadtregierung zu hetzen.²⁶²

Kommunisten und Sozialisten mochten in Bologna häufiger die Piazza Maggiore nutzen, so wie Christdemokraten und Neofaschisten in Bari häufiger auf der Piazza Prefettura auftraten – insgesamt aber überwog vor Ort die Praxis, allen politischen Kontrahenten einen gleichberechtigten Zugang zu den Plätzen zu ermöglichen.²⁶³ Wer sich wie häufig auf der Piazza präsentierte, hing in erster Linie von den lokalen Kräfteverhältnissen und von Termschwierigkeiten ab. Letztere hatten auch Mario Scelba den Zugang zur Piazza Maggiore verbaut, denn faktisch waren die Kundgebungstermine in Bologna 1953 längst im Interfraktionellen Komitee parteiübergreifend festgelegt worden, als die DC den »Streit um den Balkon« vom Zaun brach. Für Scelbas Auftritt war ursprünglich die Piazza Maggiore vorgesehen gewesen, doch hatte er seine Kundgebung kurzfristig absagen und auf den letzten Wahlkampfabend verschieben müssen, als die Piazza Maggiore schon belegt war.²⁶⁴

Die Schwierigkeit, einer politischen Kraft mit guten Gründen die Piazza vorzuenthalten, zeigt ein anderer Bologneser Fall. Der monarchistische Parteiführer Achille Lauro, Bürgermeister Neapels, schwerreicher Werftbesitzer und Ex-Faschist, sah sich von Bürgermeister Dozza ebenfalls um seinen rechtmäßigen Zugang zur Piazza Maggiore betrogen, als er 1953 für eine Kundgebung nach Bologna kam. Der lokale Sekretär des PNM appellierte daraufhin gegenüber Dozza an die »demokratische Tugend« des Minderheitenschutzes und des friedlichen und respektvollen Zusammenlebens aller politischen Gruppen und verwies außerdem auf die traditionelle Gastfreundschaft der Bologneser: Sie müssten nach altem Brauch dem Bürgermeister einer anderen Stadt, die um

²⁶² Il Sindaco Dozza percorso da uno stuolo di repubblicani, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 13.3.1948.

²⁶³ Zu Bari siehe: ASBA, Prefettura di Bari, Gabinetto, Terzo Versamento, non riordinato, b. 268, fasc. 2, sfasc. 1.

²⁶⁴ Giuseppe Dozza an die Segreteria der DC, Bologna, 30.4.1953. ACBO, AGS 1953, nn. 700–1100, Fasz. »Comitato per le elezioni 1953«; Giuseppe Dozza an den Direttore [des Giornale dell'Emilia], 7.6.1953. Ebd.; Scelba parlerà in Piazza venerdì alle ore 17, in: L'AVVENIRE D'ITALIA, 2.6.1953.

ein Vielfaches größer war, ihren Respekt zollen.²⁶⁵ Die politischen Akteure verstanden es, ihre Repräsentationsansprüche mit Verweis auf die Traditionen und über den Hebel »demokratischer« Tugenden durchzusetzen. Wenn Monarchisten auf diese Weise Kommunisten das Recht auf die Piazza abzutrotzen versuchten, zeigt das, wie funktional es für alle politischen Akteure der Ersten Republik war, sich auf einen geteilten »demokratischen« Wertekanon zu einigen. 1953 zeigte sich Dozza gegenüber Lauro noch unerbittlich, fünf Jahre später aber erhielten auch die Monarchisten ihren Repräsentationsraum auf der Piazza der Resistenza-Stadt.

Denn wie mit Blick auf die Plakatierungsflächen zeigte sich die Tendenz zur konsensualen Aufteilung des Stadtraums auch im Umgang mit Piazza und Balkon. Seit 1958 war in Bologna keinerlei Gerangel mehr um die Piazza Maggiore zu vernehmen; das Interfraktionelle Komitee organisierte Repräsentationsraum für alle, Monarchisten und Neofaschisten eingeschlossen. Am wichtigen letzten Wahlkampftag wurde ein *carosello*-System eingeführt, das jeder Partei erlaubte, sich mit einer Kurzkundgebung von der Piazza zu verabschieden. Damit erkannten sich die Parteien gegenseitig den Status legitimer politischer Akteure zu, von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten. Wer das Nachsehen hatte, waren die Bologneser, die in den Wochen vor den Wahlen allabendlich und manchmal auch bereits vor- und nachmittags »ihre« Piazza von den Vertretern der Parteiendemokratie besetzt sahen. Das galt im Übrigen unabhängig davon, ob eine große Nachfrage bestand. Der Anspruch auf die Piazza war den Vertretern der Parteiendemokratie so wichtig, dass sie ihre Wahlkampfreden auch dann unbeirrt hielten, wenn sich statt jubelnder Massen nur eine kleine Traube von Menschen versammelt hatte. Passanten bedachten die Redner dann mit amüsierten Blicken oder Pfiffen; doch die Präsenz der Politik und den Schall der Lautsprecher hatten sie dennoch hinzunehmen.²⁶⁶

Dem Stadtbild verpflichtet. Spuren der Politik in Deutschland

Die Überdachung von Politik im westdeutschen Wahlkampf machte Raunkämpfe unwahrscheinlicher als in Italien, aber nicht undenkbar. Schließlich waren passende Räumlichkeiten für Wahlversammlungen in den stark zerstörten Nachkriegsstädten schwer zu finden. Polizeiliche »Saalabtreibung« gehörte durchaus zu den deutschen Erfahrungen im Zeitalter der Massenpolitik; im Kaiserreich waren Sozialdemokraten davon betroffen gewesen.²⁶⁷

²⁶⁵ Commissario Provinciale Luigi Minelli an Giuseppe Dozza, 21.5.1953. ACBO, AGS, 1953, nn. 700–1100, fasc. »Comitato per le elezioni 1953«.

²⁶⁶ Erfahrungen mit leeren Plätzen betrafen vor allem Liberale, aber auch Kommunisten und Vertreter der politischen Rechten. Siehe etwa: Ten. Ferraresi, Bologna: Fonogramma an das MI, 8.3.1948. ACS, MI-GAB, fasc. 17414; G. LONGOBARDI, Piazza, 2007, S. 78 f., 106 f.; N. MARCELLINO, Vite, 2009, S. 177 f.

²⁶⁷ Zu Hamburg vgl. A. OWZAR, »Reden«, 2006, S. 131.

Doch Konflikte um Versammlungsräume kamen in der urbanen politischen Kommunikationskultur der Bundesrepublik nicht vor. Die, gemessen an der Größe der Städte, relativ geringe Versammlungsdichte und die Flexibilität der Parteien wie der öffentlichen Verwaltungen, bei fehlendem Raum auf alternative Orte wie Vereinsheime, Werkskantinen, Werkshallen, Lichtspielhäuser, Kasernen oder Flüchtlingslager auszuweichen, entschärfte die Raumnot, und die Neu-Beschreibung urbaner Nachkriegsräume im Zeichen kommunaler Einheit ließ politische Raumkämpfe auch kaum zu.²⁶⁸ Die im Frühjahr 1953 beim SPD-Parteivorstand kursierenden Gerüchte, wonach die CDU bemüht war, die Versammlungsräume für die Wahlkampfphase im Block zu mieten und sie auf diese Weise zu besetzen, bewahrheiteten sich in den Städten nicht. Lediglich in kleineren Gemeinden war es möglich, dass die örtliche CDU den Versammlungssaal für die kompletten zwei letzten Wahlkampfwochen gemietet hatte, um Veranstaltungen der SPD zu verhindern.²⁶⁹ Auch Weigerungen von Wirtsleuten, gewissen Parteien ihr Lokal für Wahlversammlungen zu überlassen, kamen nur ausnahmsweise vor. Davon war insbesondere die KPD betroffen.²⁷⁰

Bei der Plakatierung indes bewiesen die westdeutschen Parteien dasselbe Repräsentationsbewusstsein wie ihre italienischen Kollegen. Auch ihre Kolonnen schwärmten schlagartig in der ersten Wahlkampfnacht aus, auf dass ihnen die Gegner nicht die »besten Plätze« wegschnappten.²⁷¹ Die Hamburger SPD sprach 1953 von einem »Plakatkrieg, wie er nach 1945 noch nicht dagewesen war«. Die »vereinigte Front« der Gegner habe insbesondere an den Hauptverkehrspunkten »unsere Plakat-Propaganda zur Wirkungslosigkeit« zu bringen versucht, aber die Genossen hätten durch »geschickte Anordnung von Stellschildern, Spruchbändern und Leuchtplakaten [...] an wichtigen belebten Punkten bald wieder die Oberhand in der Plakatpropaganda gewonnen«.²⁷² In Hamburg-Finkenwerder ertüchtigten sich sozial- und christdemokratische Plakatkolonnen 1957 abwechselnd darin, gegnerische Plakatpappen abzunehmen und ihre eigenen anzubringen.²⁷³

Das Spezifische an der Bundesrepublik war, dass diese kompetitive Dimension des Plakatwahlkampfes in der Lokalpresse und bei Wählern auf keinerlei Resonanz stieß. Die lokale Öffentlichkeit behandelte das Wahlplakat als Ding ›der‹ Politik an sich und interessierte sich nicht dafür, welche Partei die visuelle Dominanz errang. Sie richtete ihren Fokus stattdessen auf die Frage, wo über-

²⁶⁸ Siehe Kap. I.4.

²⁶⁹ Fritz Heine an Wilhelm Schmedemann, 12.3.1953. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 307.

²⁷⁰ T. KÖSSLER, *Grenzen*, 2014, S. 238, 243.

²⁷¹ Dietrich Rollmann [Wahlkampfleiter CDU Hamburg] an die Wahlkreiskandidaten u. a., 11.8.1965. ACDP 02-155-002/1.

²⁷² [SPD Hamburg]: »D. Propaganda-Abteilung«, o. D. [1953]. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 2448.

²⁷³ SPD-Kreis I [Hamburg]: Betr.: Plakattafeln-Zerstörungen, 26.8.1957. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 1986.

haupt plakatiert werden durfte und was der Sinn politischer Plakate war. Da die Plakatierungsordnung allein in der Hand der Stadtverwaltungen lag, waren das eminent kommunale Fragen, und obwohl das Plakatierungsniveau (wie in Italien auch) von Stadt zu Stadt variierte, zeigte sich doch eine geteilte Haltung im Umgang mit den Spuren der Politik.²⁷⁴ Stadtbehörden, aber auch andere Sprecher, die sich zur Plakatierung äußerten, wie etwa Grundeigentümergebände, behandelten Wahlplakate in erster Linie als »störende Fremdkörper« und warnten einhellig vor einer »Verschandelung des Stadtbildes« im Wahlkampf.²⁷⁵ Mit diesem Duktus verständigten sie sich seit 1949 mit den Parteien darauf, in erster Linie die kommerziellen und kommunalen Werbeflächen und eigens aufgestellte Großplakatstellen für die Plakatwerbung zu nutzen; die Plakatierung an Hausmauern war streng verboten, lediglich an Ruinen durfte 1949 plakatiert werden.²⁷⁶ Daneben durften Plakate nur auf bestimmten Trägern, zunächst Pappen, später Holzschilder, geklebt werden, die ihrerseits lediglich auf mobilen Stellschildern und an Bäumen montiert werden durften. Plakat-Stellschilder konnten überall dort aufgestellt werden, wo die Verkehrspolizei keinen Einspruch erhob. Im Hamburger Stadtzentrum waren 1953 immerhin 2 250 solcher Stellschilder zu sehen.²⁷⁷

Denkmalgeschützte und öffentliche Gebäude, Kirchen und Monumente waren ebenso von der Plakatierung ausgenommen wie Parks und Grünanlagen, seit den 1950er Jahren auch Ruinen und Bauzäune. Die Restriktionen nahmen im Laufe der Zeit immer mehr zu. 1961 führte die Hansestadt Hamburg »Sperrbezirke« um Dienstgebäude, Schulen, Friedhöfe oder Denkmäler ein, in deren Umkreis bis auf 50 Meter Entfernung nicht plakatiert werden durfte. Angesichts der Verkehrsunsicherheit auf deutschen Straßen ging die Polizei zudem schon in den 1950er Jahren dazu über, auch Brücken und Unterführungen, Kreuzungs- und Einmündungszonen von der Plakatwerbung auszunehmen.²⁷⁸ Tatsächlich konnte der Eindruck entstehen, dass die visuelle Präsenz der

²⁷⁴ Zu den Variationen siehe: U. W. KITZINGER, *Wahlkampf in Westdeutschland, 1960*, S. 225.

²⁷⁵ Erstes Zitat: Kolibay, Oberregierungsrat, Amt für Bezirksverwaltung Hamburg, an die Landesleitungen der politischen Parteien, 18.9.1957. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 1986. Zweites Zitat: Fernmeldebauamt Hamburg: Einschreiben an die SPD, Landesorganisation Hamburg, 19.5.1949. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 248; siehe auch: Spingler (Architekt), Baubehörde Hamburg, Baupflege, an die SPD Hamburg, 13.7.1949. Ebd.; Dr. Glöse, Landesverband Hamburgischer Grundeigentümer-Vereine e.V., an die Fraktionsvorstände der Parteien in der Hamburger Bürgerschaft, 7.7.1949. Ebd., Mp. 104.

²⁷⁶ Baubehörde [Hamburg], Landesplanungsamt, Baupflege: Abschrift: Protokoll der Besprechung am Dienstag, dem 19.7.1949, o. D. [Juli 1949]. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 150. Auch diese Vereinbarungen sprachen von der »Verschandelung« des Stadtbildes: Vereinbarung über die Plakatierung für die Bundestagswahl am 17.9.1961, gez. von CDU (Bezler), DFU (Schlenker), FDP (Leder), GDP (Odenbach), DG (Primes), SPD (Roller), 26.7.1961. StA Ulm, E SPD-Ortsverein Ulm, Nr. 7. Vgl. T. MERGEL, *Propaganda, 2010*, S. 163 f.; B. VOGEL/P. HAUNGS, *Wahlkampf, 1965*, S. 269.

²⁷⁷ [SPD Hamburg]: »D. Propaganda-Abteilung«, o. D. [1953]. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 2448.

²⁷⁸ Davids an die Ortsvorsitzenden, Ortswahlkampfleiter und Bezirksbetreuer, 10.8.1961. ACDP 02-155-006/3.

Politik eine Gefahr für Leib und Leben darstellte, wenn sich Autounfälle ereigneten, weil das Vorfahrtszeichen durch ein Wahlplakat verdeckt worden war, oder wenn abgefallene und zerfledderte Plakatpappen aufgrund der schlechten Witterungsbedingungen die Fahrbahnen und Gehwege behinderten und Dreck produzierten.²⁷⁹ Nicht länger als sechs Wochen sollten die Hamburger Bürger solche Zustände ertragen müssen; die Parteien hatten dafür zu sorgen, ihre Spuren nach Ende des Wahlkampfes binnen weniger Tage zu verwischen. Andernfalls stellten die Stadtverwaltungen ihnen die Kosten für die Plakatentfernung in Rechnung.²⁸⁰

Was das lokale Publikum von der Plakatierung erfuhr, handelte in erster Linie von den Plakatierungsverboten und dem Versuch der Behörden, ihr Sauerkeitsregime durchzusetzen.²⁸¹ In Hamburg konnten die Wähler 1953 lesen, wieviel Liter Benzin die Polizei jede Nacht im Kampf gegen »das wilde Geschmiere« von Wahlparolen verbrauchte, und dass ein Bremer Schnellgericht sechs Angeklagte wegen unerlaubten Anbringens von Wahlplakaten – wozu auch das Malen von Wahlparolen zählte – zu mehrwöchigen Gefängnisstrafen verurteilt hatte. Das Gericht betonte, die Angeklagten nicht wegen ihrer politischen Gesinnung verurteilt zu haben.²⁸² Welcher Art diese Gesinnung war, erfuhr die Öffentlichkeit allerdings nicht. Überhaupt schienen es stets Phantome zu sein, die Spuren der Politik im Stadtbild hinterließen.²⁸³ Dass in den Vierteln Wahlkämpfer, Parteiaktivisten, Klebekolonnen wohnten, und dass es sich dabei um »ganz normale« Menschen handelte, war in der öffentlichen Berichterstattung ebenso wenig aussprechbar wie der Umstand, dass es sich bei der visuellen Eroberung der Stadt um einen Wettbewerb zwischen widerstreitenden Parteien handelte.

²⁷⁹ Krueger, Landesgeschäftsstelle [der CDU Hamburg], an die Kreisgeschäftsstellen, 10.9.1965. ACDP 02-155-002/1; Oppermann, Bezirksamt Hamburg-Nord, Tiefbauabteilung des Bauamtes, an die politischen Parteien, 26.8.1965. Ebd.; Bericht über die Aufstellung von Plakaten [...], 14.9.1957, Anl. zu: Alfred de Chapeaurouge/Max Davids an den CDU-Kreisverband Nord [Hamburg], 16.9.1957. ACDP 02-155-003/2.

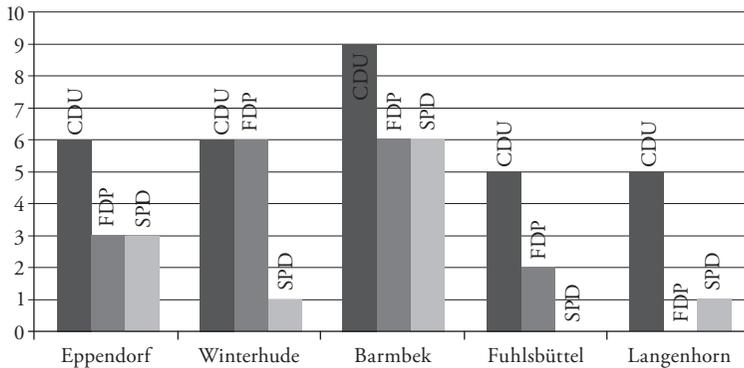
²⁸⁰ Kolibay, Oberregierungsrat, Amt für Bezirksverwaltung Hamburg, an die Landesleitungen der politischen Parteien, 18.9.1957. AdSD, SPD-LO HH III, Mp. 1986; Stimmen werben – aber wo?, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 11.8.1961.

²⁸¹ Plakate im Wahlkampf, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 15.7.1949.

²⁸² Zuwiderhandlungen ahndeten die Hamburger Behörden auf der Grundlage von Bestimmungen aus der NS-Zeit, nämlich die in der Baupflegesatzung von 1939 festgelegten Geldstrafen. Zu dem Fall siehe: Strafe für Schmierparolen, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 13.8.1953.

²⁸³ Lediglich das sozialdemokratische *Hamburger Echo* nannte die politische Identität der Täter, wenn es sich um Kommunisten handelte. Wahlparolen mit Zement, in: HAMBURGER ECHO, 13.8.1953.

Beantragte Stellplätze für Großraumplakatwerbung während der Bundestagswahl 1961 im Bezirk Hamburg-Nord



Grafik 3. Bezirksamt Hamburg-Nord, Tiefbauabteilung des Bauamtes: »Zusammenstellung der von den Parteien: SPD, CDU und FDP beantragten Stellplätze für Großraumwerbung für die Bürgerschafts- und Bundestagswahl«, 24.7.1961. ACDP 02-155-006/3.

Wer diesen Wettbewerb gewann, war in aller Regel die CDU. Sie profitierte von dem Sauberkeitsregime der westdeutschen Kommunen, weil es weniger den Fleiß agiler Kolonnen als die vorausschauende Planung und Reservierung kommerzieller Werbeflächen belohnte. In diesem Punkt waren die Christdemokraten in Bonn wie jene in den Kreisverbänden schneller als die Sozialdemokraten; regelmäßig gelang es ihnen, die meisten öffentlichen Plakatflächen und Litfasssäulen rechtzeitig anzumieten und damit zu besetzen (Grafik 3).²⁸⁴ Sie profitierten zudem von den Kontakten und Ressourcen der lokalen Plakatierungsfirmer, mit denen sie zusammenarbeiteten und die ihnen manchmal auch vorausschauend zusätzliche Plakatplätze sicherten. Demgemäß bezeichnete die Hamburger SPD die »Plakatpropaganda« Anfang der 1950er Jahre als »z. T. dunkelsten Punkt unserer Propaganda-Arbeit«.²⁸⁵ Erst 1961 überholte sie die CDU in der Anzahl kleiner Stell-schilder und Plakatpappen.²⁸⁶ Als Kompensation konnte den Sozialdemokraten seit 1949 die Werbung an der Hochbahn, den Straßenbahnen sowie Hafenschiffen dienen. Öffentliche Verkehrsmittel blieben beliebte Plakatierungsmedien, deren besonderer Wert darin lag, dass sie durch die Stadt fuhren. Doch mit Blick auf das gesamte Bundesgebiet blieb die SPD im Hintertreffen. Fritz Heine scholt die Genossen 1953, es gebe ganze Gegenden, wo die SPD rein gar nicht zu sehen

²⁸⁴ Der zahme Erich, in: Der Spiegel, Nr. 34/1957, 21.8.1957; T. Mergel, Propaganda, 2010, S. 164.

²⁸⁵ SPD-LO HH an alle Kreis- und Distriktspropagandaleiter, 9.8.1952, Bl. 1 f., Zitat Bl. 2. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 2434.

²⁸⁶ Vorstandssitzung des Kreisvorstandes mit den Wahlkampfleitern und den Bundestagskandidaten der beiden Wahlkreise 18 und 22 am 5.6.1961, Bl. 3 f. ACDP 02-155-006/3. Vgl. C. OLDENBURG, Tradition und Modernität, 2009, S. 206 f.

sei, und bat sie deshalb 1957, ihre privaten Fensterscheiben und Gärten für Plakate zur Verfügung zu stellen, zum Teil mit Erfolg. Auch »wandelnde Litfaßsäulen« waren bisweilen 1957 im Dienste der SPD zu beobachten.²⁸⁷

Charakteristisch für das Verhalten der lokalen Parteiverbände und gerade der Hamburger SPD wurde jedoch, mit Zurückhaltung punkten zu wollen. Wilde Klebungen, die etwa die CDU-Bundesgeschäftsstelle 1953 nicht verbot, sondern lediglich mit dem Hinweis »Vorsicht beim Wildkleben« kommentierte, hatte der SPD-Landesvorstand schon 1949 ausdrücklich untersagt und sich dabei dem Duktus der Hamburger Behörden angepasst: Sozialdemokraten sollten das Stadtbild durch ihre eigenen Plakate nicht »verschandeln«!²⁸⁸ Als der Eifer einiger Genossen dann doch nicht vor frisch gestrichenen Häusern, fremden Plakatafeln, öffentlichen Gebäuden oder den Telefonkästen der Deutschen Post zurückschreckte und schriftliche Beschwerden eintrafen, bat die SPD-Propagandaabteilung ihre Kreise eindringlich, künftig von solchen »unüberlegten Klebungen« abzusehen. Zentrales Argument der internen Disziplinierung war stets der »gute Eindruck in der Öffentlichkeit«, auch unter Christdemokraten.²⁸⁹ Analog hofften selbst Funktionäre der Hamburger Pionierorganisation und damit die Protagonisten im Reigen der Plakatkolonnen 1949, »Sympathien dadurch [zu] erringen, daß wir nicht an den Häusern kleben und besonders die Bevölkerung darauf aufmerksam machen«.²⁹⁰

Die Basis zeigte sich somit äußerst sensibel dafür, dass sich die SPD als Hamburger Regierungspartei durch visuelle Zurückhaltung Reputation erarbeiten wollte. Die stadtplanerischen Ambitionen des Bürgermeisters Max Brauer, der das äußere Erscheinungsbild Hamburgs dem Andenken des Museumspädagogen Alfred Lichtwark verpflichten wollte, sahen keinen Repräsentationsraum für Parteien vor. Das galt auch für Brauers eigene Partei, sehr zur Betrübnis manches sozialdemokratischen Beamten, der seine Genossen etwa beim Aufstellen sozialdemokratischer Wandtafeln bremsen musste.²⁹¹ Helmuth Warnke, führender Vertreter der

²⁸⁷ Fritz Heine [SPD-Parteivorstand] an die Sekretäre der SPD und Bezirkssekretariate, 29.8.1953. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 1507; Lieber Wahlhelfer! [Broschüre des SPD-Parteivorstands], o. D. [1957]. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 1986; Der Aufmarsch zum Wahlkampf, in: DAS NEUE JOURNAL, Nr. 15/1957, 17.7.1957; U. W. KITZINGER, Wahlkampf in Westdeutschland, 1960, S. 108.

²⁸⁸ Protokoll der Parteivorstandssitzung [SPD-Landesorganisation Hamburg] v. 18. August 1949. AdsD, SPD-LO HH II, Mp. 1040; o.V. [CDU-Bundesgeschäftsstelle]: Wahlhelfer für die Bundestagswahl 1953, Bonn, 3.8.1953, Bl. 3. ACDP 07-001-5010.

²⁸⁹ SPD, Landesorganisation Hamburg, Presse- und Propagandaabt.: Rundschreiben!, 10.9.1949. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 150; [SPD-Landesorganisation Hamburg] an die Norddeutsche Gemeinde-Reklame mbH, 21.7.1948. Weitere Beispiele: [SPD-Landesorganisation Hamburg] an den Distrikt Altona-Nord, 22.7.1948. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 248. Zur CDU siehe etwa: Davids an die Ortsvorsitzenden, Ortswahlkampfleiter und Bezirksbetreuer, 10.8.1961. ACDP 02-155-006/3.

²⁹⁰ SPD LO HH, Landesponierleitung: Rundschreiben Nr. 6/49 an die Kreis-Pionierleiter, die Distrikts-Pionierleiter und die Kreisbüros, 24.8.1949. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 106.

²⁹¹ Bauamt 7 – Gartenbau, Hamburg-Klein-Flottbek, an August Strate, SPD Hamburg, Distrikt Altona-Nord/Bezirk 701, 15.7.1949. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 248. Zur Stadtplanung vgl. D. SCHUBERT, »Seizing the Moment«, 2006; J. DÜWEL/N. GUTSCHOW, »Ein seltsam glücklicher Augenblick«, 2013.

Hamburger KPD, kommentierte bitter: »Der Hamburger Bürgermeister Brauer hat es mit der Sauberkeit, mit der Ruhe und Ordnung, einer heilen Welt.«²⁹²

Warnkes Diagnose bestätigte sich im Wahlkampf 1953, als der Hamburger Senat öffentlichkeitswirksam erklärte, den Flugblattabwurf per Flugzeug zu verbieten, mit dem die Parteizentralen von CDU, SPD und FDP liebäugelten. »Wer durch Massenabwürfe von Flugblättern Straßen und Anlagen Hamburgs in einen Mülleimer verwandelt, werde mit einer Strafverfolgung zu rechnen haben und zur Säuberung der Straßen herangezogen werden«, zitierte das *Hamburger Abendblatt* den Senatsbeschluss. Ausgerechnet das sozialdemokratische *Hamburger Echo* brachte zu diesem Anlass den Wahlkampf gar mit dem Hamburger »Feuersturm« im Zweiten Weltkrieg in Verbindung: »Die Zahl der Gefahrenmomente darf nicht durch dröhnende Wahlparolen aus der Luft erhöht werden.«²⁹³ So stilisierten sich die Sozialdemokraten im Laufe der ersten beiden Wahlkämpfe zu den Wächtern über eine saubere Stadt und stellten sich dabei auch gegen ihre eigene Parteiführung. Die Hamburger CDU zog mit. 1957 verkürzten die Parteien den Bürgerschaftswahlkampf, um den Hamburgern eine längere Verschnaufpause von den Wahlplakaten zu gönnen.²⁹⁴ In den 1960er Jahren war die »Begrenzung« der Plakat- und Lautsprecherwerbung zentrales Element der Sympathiewerbung lokaler Parteiverbände in Hamburg und andernorts, die sie in öffentlichkeitswirksamen Wahlkampfvereinbarungen festlegten – mit dem einfühlsamen Hinweis, dass das »Volk plakatmüde« sei.²⁹⁵

Wenn die Lokalpresse dennoch von »Plakatkriegen« und »Plakatschlachten« sprach, rekurierte sie auf den Umstand, dass die Stadt optisch der Politik anheimzufallen schien. Mit einigem Erstaunen wiesen die Lokalreporter in den 1950er Jahren auf die vielen Orte hin, an denen plakatiert worden war, und entdeckten an Bauzäunen gar »ganze Plakatwände«.²⁹⁶ Ablehnend zeigten sie sich nicht, hatten sie doch das Plakat zur Säule eines »modernen« Wahlkampfes erklärt und sprachen seinen Bildinhalten und Slogans hohen Botschaftswert zu. Dabei zeichneten sie das Bild eines Wählers, der die Plakatinhalte sorgfältig studierte und daraufhin eine rationale Entscheidung zu fällen versuchte. Die SPD-nahe *Schwäbische Donauzeitung* führte ein solches Stück politischer Pädagogik durch die Journalistenzunft 1953 in Ulm vor:

²⁹² H. WARNKE, »Fahnen«, 1988, S. 147.

²⁹³ Parteien ringen um den Wähler, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 3.9.1953; Aus der Luft, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 13.8.1953; Zitate in: Nicht über Hamburg, in: ebd.; Keine Flugblätter aus der Luft, in: HAMBURGER ECHO, 13.8.1953.

²⁹⁴ Vgl. C. OLDENBURG, Tradition und Modernität, 2009, S. 339, 520.

²⁹⁵ CDU-LO Hamburg: Protokoll der Sitzung des Wahlkampfausschusses am 20. Februar 1965, gez. Rollmann. ACDP 03–010–043/2; Zitat: B. VOGEL/P. HAUNGS, Wahlkampf, 1965, S. 260.

²⁹⁶ Parteien ringen um den Wähler, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 3.9.1953. Siehe auch: Die Schlacht ist geschlagen, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 16.9.1957.

Derzeit verhält der – eifrig seinen Geschäften nachstrebende oder gelassen lustwandelnde – Bürger gelegentlich seinen Schritt, um sich die Wahlplakate zu betrachten, die wohlassortiert an Säulen und Holzplanken kleben und eigens dafür geschaffen wurden, um seine höchstgelegenen und wertvollen zwei Stimmen zu werben. Mag er sich wertgeschätzt oder verlockt dabei fühlen: jedenfalls empfindet er das Einbezogen sein in den politischen Zirkel als eine angenehme und interessante Seite der Demokratie. Gemessen beurteilt er die markanten Köpfe, die ihm, obwohl er sie längst zu kennen meinte, in solcher Sicht anders und bedeutungsvoll erscheinen und widmet ihnen freundliche, skeptische und andere Gedanken.²⁹⁷

In Hamburg indes sah die Springerpresse den kognitiv orientierten Wähler angesichts vieler anschlussfähiger Slogans 1961 ein »bisschen verwirrt« vor den Plakaten stehen.²⁹⁸ Andere Lokalreporter machten aus ihrer Langeweile keinen Hehl und betonten die Eintönigkeit der Plakate, die »nichts weltbewegendes« zu verkünden hätten. Solche Enttäuschungen machten es dann besonders einfach, den materiellen Erholungseffekt zu unterstreichen, der einsetzen würde, wenn die Wahl endlich überstanden sei und die Spuren der Politik aus der Stadt verschwinden würden.²⁹⁹

Die Wähler zeigten sich bisweilen etwas ungeduldiger und hinterließen ihrerseits Spuren. Es war ein westdeutsches Spezifikum, dass die Stellschilder und Wahlplakate zuhauf von Unbekannten zerstört oder beseitigt wurden. Schon 1949 mussten die Hamburger Parteien dazu übergehen, ihre Plakate des Nachts bewachen zu lassen. 1953 und auch noch 1961 war die Zerstörung, Beschmierung und Durchlöcherung von Wahlplakaten im gesamten Stadtgebiet so verbreitet, dass die Polizeistreifen aufgefordert wurden, die Wahlplakate zu bewachen.³⁰⁰ Freilich lag es aus Sicht der Parteien nah, den politischen Gegner hinter dem Vandalismus zu vermuten.³⁰¹ Doch die Identität der »Plakatmarder«, wie die Lokalpresse sie nannte, blieb in der Regel ungeklärt; die Parteien stellten meist Strafanzeige gegen Unbekannt.³⁰²

²⁹⁷ Wahlplakate, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 1.9.1953.

²⁹⁸ Jeder Soldat der Bundeswehr darf bei einer politischen Partei mitarbeiten. Allerdings nur außer Dienst in Zivil, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 10.8.1961.

²⁹⁹ Zwischen den Wahlen, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 8.9.1953; Vor der letzten Runde im Wahlkampf, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 4.9.1957; Der Wahlkampf wird zur Plakatschlacht, in: BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN, 4.9.1957.

³⁰⁰ SPD LO HH, Landespionierleitung: Rundschreiben Nr. 6/49 an die Kreis-Pionierleiter, die Distrikts-Pionierleiter und die Kreisbüros, 24.8.1949. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 106; Protokoll der gemeinsamen Sitzung der Landeswahlkampfleitung mit den Kreiswahlkampfleitungen [der SPD Hamburg] am 5.2.1953, Bl. 2. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 1975; SPD-Kreis I [Hamburg]: Betr.: Plakattafeln-Zerstörungen, 26.8.1957. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 1986; Heinz Zettel an die Mitglieder des Landesverbandes, 14.7.1961. ACDD 02-155-006/3; Polizei will die Wahlplakate bewachen, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 22.8.1961.

³⁰¹ Bauer [CDU-Landesverband Hamburg] an die SPD Hamburg, 24.10.1949. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 367; Schmedemann [Politischer Sekretär der SPD-Landesorganisation Hamburg] an den CDU-Landesverband Hamburg, 27.10.1949. Ebd.; Brockhagen an den Landesgeschäftsführer der CDU, Zettel, 21.8.1957. ACDD 02-155-003/2; Duffhues beschwert sich über Störaktionen, in: DIE WELT, 15.9.1961.

³⁰² Zu den identifizierten Tätern in Hamburg 1957, die allesamt parteilos waren, siehe: AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 126.

Tatsächlich handelte es sich bei den Tätern in aller Regel um »einfache« Bürger. Zwar trugen sie auch zur Wachsamkeit bei und alarmierten die Polizei, wenn sie Zeugen von Plakatvandalismus wurden. Doch beobachteten sie in solchen Fällen meist keine Parteikaktivisten, sondern Mitbürger: Junge oder betrunke Männer taten sich dabei hervor, die Stellschilder und Plakate zu zertrümmern, zu zerlöchern oder in Kellereingänge zu werfen.³⁰³ In Hamburg-Bergedorf fand die SPD 1957 heraus, dass ihre Stellschilder und Pappen von Gymnasiasten zertrümmert worden waren, wobei die Ermittlungen ergaben, dass der Schulhausmeister oder gar die Lehrerschaft sie gegen die Sozialdemokraten aufgehetzt hatten. Dabei handelte es sich um keinen Einzelfall.³⁰⁴ Die Geschäftsführer von CDU und SPD kamen nach und nach zu der Erkenntnis, dass sie gleichermaßen Opfer von Vandalismus wurden, und begannen, sich in der Beobachtung der »Übeltäter« zu unterstützen.³⁰⁵

Drohten den Tätern 1957 noch Geldstrafen von 200 DM oder Gefängnisstrafen von zwanzig Tagen, setzten die Hamburger Behörden 1961 die Höchststrafe bei Plakatvandalismus auf zwei Jahre Haft herauf und wollten damit in erster Linie vagabundierende Jugendliche abschrecken, in deren Kreisen sie die Täter vermuteten.³⁰⁶ Die CDU traute sich in diesem Jahr sogar, in ihrer Stadtteilzeitung *Blankeneser Kurier* die Hamburger Wähler zu ermahnen. Weil Adenauer, Brandt oder die Direktkandidaten vorwiegend mit ausgestochenen Augen die Bürger von den Plakatpappen anstarrten und »Mitbürger« Kommentare wie »zu jung«, »zu alt«, »Nazi« oder »Kommunist« auf die Wahlplakate schrieben, wenn sie nicht gleich Hakenkreuze aufmalten, rief die CDU sie durchaus provozierend dazu auf, doch in die Parteien einzutreten oder in die Wahlversammlungen zu kommen, wenn sie sich so stark für Politik interessierten. Dort könnten sie ihre Meinung kundtun.³⁰⁷ Ob sie das wirklich konnten, wird im Folgenden zu klären sein.

³⁰³ Ebd.; Streifen gegen Plakatmarder, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 4.9.1953; Kreisgeschäftsführer an Firma Andreas Hansen, 20.9.1965. ACDP 02-155-002/1; Davidts an das Polizeirevier 115 Hamburg, 10.8.1961. ACDP 02-155-006/3.

³⁰⁴ Kreisvorstand [SPD Bergedorf], i. A. Kulemann, an die Polizei-Revierwache Bergedorf [Hamburg], 2.9.1957. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 1986; [SPD Hamburg]: »Was geht in Bergedorf vor?«, 3.9.1957. Ebd.; vgl. C. OLDENBURG, Tradition und Modernität, 2009, S. 335 f. Auch Kinder wurden als Täter entlarvt, siehe: Davidts an das Kriminalkommissariat 44 Hamburg-Langenhorn, 21.8.1961. ACDP 02-155-006/3.

³⁰⁵ Heinz Zettel an Karl Vittinghoff, 13.8.1957. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 126; Vittinghoff an Zettel, 14.8.1957. Ebd.

³⁰⁶ Polizei will die Wahlplakate bewachen, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 22.8.1961.

³⁰⁷ Die toten Augen von Barmbek, in: BARMBEKER KURIER, 1. Jg., Nr. 4, September 1961.

4. Podium und Publikum. Kommunikation auf der Wahlveranstaltung

Die expressive italienische Kundgebungskultur unter freiem Himmel und die kleinen überdachten Wahlversammlungen in der Bundesrepublik stellten zwei verschiedene Strategien dar, parlamentarische Repräsentanten mit Wählern in Kontakt zu bringen. Während die deutschen Versammlungen eine »Aussprache« oder Diskussion vorsahen und mithin für den diskursiven Austausch offen waren, gilt die Kundgebung auf der italienischen Piazza lediglich als Aufmarschgelegenheit der eigenen Anhänger, die sich an ihren »Führern« ergötzt hätten. Eine »piazza comune«, auf der sich die politischen Lager und überhaupt die Italiener trafen, habe demgegenüber erst das Fernsehen geboten, so hat Edoardo Novelli konstatiert.³⁰⁸ Doch war die Piazza tatsächlich derart einfarbig? Und stellte wiederum die Wahlversammlung in der Bundesrepublik ein Forum dar, auf dem Wähler und Politiker sich in der Diskussion als einer »demokratischen Kulturtechnik« üben konnten, wie Alliierte und Publizisten sie bewarben?³⁰⁹ Das folgende Unterkapitel folgt den Italienern und Deutschen auf die Plätze und Versammlungssäle und fragt nach der aktiven Rolle, die Parteien dem Wählerpublikum bei diesen Gelegenheiten zuerkannten.

Die Bühne der Stadt. Bewährungsproben auf der Piazza

An einem Maiabend 1946, kurz vor den Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung, betrat der monarchistische Kandidat Leonardo Azzarita im süditalienischen Foggia das Podium auf der überfüllten Piazza Oberdan. Gute zwanzig Minuten folgte das Publikum aufmerksam und applaudierend seiner Rede. Er sprach nicht so sehr über nationale Politik, sondern verurteilte vor allem die alliierten Bombenangriffe auf die Stadt, die Zehntausende Opfer gekostet hätten. Plötzlich setzte Lärm ein. Anwesende Sozialisten begannen, eine Schallplatte mit sozialistischen Liedern abzuspielen, und nutzten einen krächzenden Lautsprecher als Verstärker. Die Menschenmenge brachte ihre Empörung zum Ausdruck, indem sie Protestrufe in Richtung der Sozialisten aussandte und dem Redner eine große Ovation darbrachte. Azzarita ließ sich von dem Lärm nicht provozieren, sondern gemahnte die Gegner in ruhigem Ton an die »Spielregeln und die guten politischen Sitten«. Er betonte, dass man der Sozialistischen Partei, die sich bislang im Wahlkampf durch gutes politisches Benehmen (*educazione politica*) ausgezeichnet habe, auf diese Art sicherlich keinen Dienst erweise. Ein anderer, temperamentvollerer Parteifreund Azzaritas ergriff das Wort und rügte die »widerliche Episode«, zu der sich die Sozialisten hier hinreißen ließen. Er lud sie ein, in einer sogenannten Gegenrede (*contrad-*

³⁰⁸ E. NOVELLI, *Elezioni*, 2008, S. 50, 91; im Widerspruch dazu: DERS., *Repräsentation*, 2006, S. 52 f. Zur selben Interpretation siehe: M. ISNENGI, *L'Italia in piazza*, 2004, S. 422, 439; F. ANANIA, *Legami pericolose*, 2004, S. 255.

³⁰⁹ Vgl. N. VERHEYEN, *Eifrige Diskutanten*, 2010.

ditorio) ihre politischen Ideen in einer »würdigeren und anständigeren« Weise vorzutragen. Die Genossen aber zogen es vor, den Mitschnitt einer sozialistischen Rede per Lautsprecher abzuspielen; womöglich befand sich unter ihnen kein fähiger Redner. Dem Monarchisten Azzarita blieb nichts anderes übrig, als seine Ausführungen unter dem Lärm fortzusetzen, wobei er in einem klugen Schachzug ausrief, das Verhalten der Sozialisten beleidige die »traditionelle Gastfreundschaft der Bürger Foggias«. Als sichtbares Zeichen seiner Gunst rückte das Publikum, das im Laufe der Episode angewachsen war, vom Lärm des sozialistischen Lautsprechers weg und versammelte sich noch enger um das Podium des Redners, während es immer wieder »vielsagenden Applaus« spendete. Kolportiert wurde dieser Kundgebungsverlauf von der *Gazzetta del Mezzogiorno*, die zu jener Zeit wahrlich kein Sprachrohr der Monarchisten darstellte.³¹⁰

Die Episode aus Foggia ist symptomatisch für das Kundgebungsgeschehen in der jungen italienischen Republik, das nicht nur von langen politischen Monologen lebte, sondern von situativer Performanz und dem Verhalten des Publikums. Bei allen Versuchen der politischen Parteien, möglichst viele Sympathisanten auf die Plätze zu treiben, versammelten sich hier stets auch politische Gegner, zufällig vorbeikommende Passanten, Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner, die einen politischen »Führer« sprechen hören wollten, sowie *curiosi* (Neugierige), die erst auftauchten, wenn es etwas zu erleben gab.³¹¹ Vor allem Letztere verbiefen den Unterhaltungswert, der den Kundgebungen anhaftete. Er erwuchs nicht nur aus ihrer symbolischen und musikalischen Ausstattung, sondern vor allem aus der traditionellen Bedeutung der Piazza selbst. Seit Jahrhunderten der Ort, an dem die Stadtgemeinde ihren Konsens oder ihren Dissens performativ zum Ausdruck brachte, konnten Stadtbewohner auch auf den Plätzen der jungen Republik darüber entscheiden, ob sie einen politischen Gast als legitimen Repräsentanten der Stadt anerkannten oder nicht. Als Zünglein an der Waage zwischen Anhängern und Gegnern, als Schiedsrichter und als Jury trug das nicht offen parteigebundene Publikum in entscheidendem Maße zur Performativität italienischer Wahlkundgebungen der 1940er und frühen 1950er Jahre bei. In den Präfektenberichten, aber auch in Leserbriefen ist es als solches erkennbar.³¹²

Wie das Beispiel aus Foggia zeigt, mischten sich die politischen Anhängerschaften bereits zur Geburtsstunde der Republik – sofern sie sich zu diesem Zeitpunkt überhaupt schon formiert hatten.³¹³ Die republikanischen Kräfte führten gerade im Süden mitunter gemeinsame Veranstaltungen und Umzüge

³¹⁰ Dalle provincie: Propaganda elettorale, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 31.5.1946.

³¹¹ Il discorso a Molfetta di Leonardo Azzarita, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 14.5.1946. Zu teilnehmenden Frauen auf den Kundgebungen von 1948 siehe: P. NENNI, Tempo, 1981, S. 414; vgl. P. ZAPPATERRA, Eleggere le donne, 1999, S. 350–352.

³¹² Exemplarisch zur Heterogenität des Publikums und dem variierenden Zuspruch (*consensi*) für den Redner siehe die Berichte aus Bari 1953 in: ACS, MI-GAB, 1953–56, b. 488, fasc. 7610; zu Bologna: Non sono democristiano, però devo dire che ..., in: L'AVVENIRE D'ITALIA, 31.5.1953.

³¹³ Siehe dazu Kap. III.1.

durch, darunter »Diskussionen«.³¹⁴ Überdies war die Kundgebungs-dichte in den Städten so immens, dass die Anwesenden 1946 häufig gleich auf der Piazza stehen bleiben konnten, um sich einen Eindruck über die politische Variationsbreite zu verschaffen, die das postfaschistische Italien ihnen bot. Wie die *Gazzetta del Mezzogiorno* aus Lecce berichtete, wollten die Bürger nicht nur eine, sondern viele Stimmen hören, und die Zeitung wertete dies explizit als Ausdruck ihrer »demokratischen Reife«. Es sei nicht verwunderlich, »wenn dasselbe Publikum einem Monarchisten oder einem Qualunquisten zujubelt, nachdem es einem Republikaner oder einem Kommunisten zugejubelt hat.«³¹⁵ Das zu jener Zeit noch nach links tendierende Blatt, das vehement für die Republik eintrat, belehrte mit seinem Hinweis auf die allabendlich prall gefüllte Piazza Sant’Oronzo die Stadtregierung im traditionell monarchistischen Lecce eines Besseren, die den politischen Parteien im Referendumswahlkampf den Zugang zur zentralen Piazza mit der Begründung verweigert hatte, die Leccesi würden die Ruhe bevorzugen.³¹⁶ Auf diese Weise erklärte die republikanische Presse eine Agoraphilie, die im Zeichen von Pluralität und dem Austausch verschiedener Meinungen stand, zum demokratischen Ideal der künftigen Republik. Wenn die linke Lokalpresse von Wahlkundgebungen als »Fest« oder »Spektakel« sprach, strich sie damit den urbanen Unterhaltungsaspekt heraus in Zeiten, da spektakuläre Alternativen im Freizeitangebot der italienischen Städte noch weitgehend fehlten, sieht man einmal vom kostspieligen Kinobesuch ab.³¹⁷

Zwar war freilich auch der Hunger nach politischer Information ein Beweggrund für viele, den Wahlkundgebungen beizuwohnen. Das galt insbesondere für jene, die nicht lesen konnten oder wollten. Wer die lokalen und nationalen Zeitungen studierte, hatte indes wenig Anlass, zu Informationszwecken auf die Piazza zu gehen. Was ein Redner gesagt hatte, wurde zum Teil im vollständigen Wortlaut in den Zeitungen abgedruckt.³¹⁸ Die Attraktivität der Wahlkundgebung lag primär in ihrem Erlebnischarakter, der zum einen aus der Prominenz oder rhetorischen Begabung des Redners erwuchs. Auch sein *lokaler* Bekanntheitsgrad machte einen Gang auf die Piazza für Wähler lohnenswert. Trat ein Lokalmatador auf, so wusste der Präfekt 1958 vom Wahlkampf aus Teramo zu berichten, begrüßte ihn ein Publikum »mit diversen politischen Tendenzen«.³¹⁹

³¹⁴ Impegno dei partiti per l’ordine pubblico, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 17.5.1946.

³¹⁵ Comizi a Lecce, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 31.5.1946. Vgl. zu Sizilien auch G. CALANDRONE, *Comunista in Sicilia*, 1972, S. 18 f., 24 f.

³¹⁶ Non è facile a Lecce organizzare un comizio, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 23.5.1946.

³¹⁷ Aspetti della propaganda, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 16.5.1946; I comizi e gli oratori, in: L’UNITÀ, 16.3.1948. Vgl. E. NOVELLI, *Représentation*, 2006, S. 52.

³¹⁸ Vgl. dazu die Quellen bei E. GELSOMINI, *Campagne elettorali*, 2009.

³¹⁹ Prefetto di Teramo an das MI, 5.5.1958, Bl. 2. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2.

Zum anderen ergab sich der Erlebnischarakter aus der Präsenz politischer Gegner und der mit ihr einhergehenden Störkultur. Sie verwandelte politische Monologe, die oft Stunden dauern konnten, in unberechenbare Ereignisse. Kommunisten waren allein schon zu Informationszwecken auf gegnerischen Kundgebungen zugegen, um sofort mit eigener Propaganda antworten zu können. Daneben hatten sie aber offenbar auch einfach Freude daran, politische Gegner auf den Plätzen zu besuchen – ein Phänomen, das tatsächlich stärker in den Reihen der politischen Linken verbreitet war, wenngleich es sich nicht auf sie beschränkte. Die Bologneser PCI-Funktionäre mussten 1948 Maßnahmen ergreifen, um ihre Genossen vom Besuch fremder Kundgebungen *abzuhalten*, damit sie nicht unnötig die Plätze füllten.³²⁰

Zum Störarsenal der Gegner zählten Pfiffe, Zwischenrufe und Lärm durch Musik, eigene Lautsprecher oder das Knattern von Motorrollern. Beliebte war es auch, das Lautsprecherkabel durchzuschneiden, so dass die ganze Veranstaltung platzen konnte, wenn der Redner nicht über ein angemessenes Organ verfügte.³²¹ Viele dieser Formen der auch zeitgenössisch so bezeichneten »Sabotage« (*sabotaggio*) lebten nicht so sehr vom Furor eines politischen Feindes, sondern vom hämischen Grinsen eines politischen Gegners, der Spaß daran hatte, den Kontrahenten zu provozieren.

Die Geflogenheiten der Piazza-Kommunikation sahen vor, dass sich der Redner allerdings nicht provozieren ließ, sondern den Störversuchen würdevoll trotzte.³²² Wem es nicht gelang, seine Rede zu beenden, wer ausgepfiffen und niedergeschrien wurde, hatte auf der Bühne der Stadt nicht bestanden, wer seinerseits aggressiv wurde, allerdings auch nicht. Genau deshalb wurde es für das »neutrale« Publikum und für die erwähnten *curiosi* dann interessant, wenn Störungen einsetzten und sie mit ihren Reaktionen entscheiden konnten, wer die Piazza an diesem Abend beherrschte.³²³ In der eingangs erwähnten Episode optierten sie für den Monarchisten Azzarita und rückten entsprechend näher an sein Podium heran. Als Guglielmo Giannini, der umstrittene Parteiführer des Uomo Qualunque, vor einigen tausend Besuchern auf einer Bologneser Piazza sprach und immer wieder von gegnerischen Pfiffen unterbrochen wurde, entschieden sich die anwesenden Stadtbürger (*cittadini* im Präfektenbericht) gegen Giannini, weil er sich in seiner Rede häufig zu obszönen Ausdrücken hatte hinreißen lassen. Das brachten sie zum Ausdruck, indem sie die Praxis der Gegner

³²⁰ Verbale del Comitato Federale [PCI Bologna], 14.2.1948, Bl. 2. FGER, PCI-BO, CF, Verbali, 1948, b. 1, fasc. 1.

³²¹ Dies traf vor allem kleinere Versammlungen, *comizi volanti* (»fliegende Kundgebungen«), die mit Lautsprechern auf Autodächern vonstatten gingen. Siehe: Due giovani del »Civico« aggrediti da comunisti, in: L'AVVENIRE D'ITALIA, 16.5.1958.

³²² Ferruccio Conti, Centro Provinciale bolognese der Alleanza Democratica Nazionale [eine liberale Splitterpartei, C. C. G.], an den Vice Questore Trevisiani, 21.5.1953, Anl. zu: Dino Terzi an Sindaco Giuseppe Dozza, 22.5.1953. ACBO, AGS 1953, nn. 700–1100, Fasz. »Comitato per le elezioni 1953«; La propaganda elettorale, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 10.5.1946.

³²³ Prefetto di Teramo an das MI, 5.5.1958, Bl. 3. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2.

imitierten und ebenfalls zu pfeifen begannen.³²⁴ Als es in Palermo auf der Kundgebung des christdemokratischen Parteivorsitzenden Amintore Fanfani 1958 zu Störungen gekommen war, wusste der Präfekt zu berichten, man hätte durch diese Vorfälle eigentlich die unentschiedenen Wähler aus den Mittelschichten, die in Palermo so zahlreich seien, noch stärker auf die Seite der DC-Regierung ziehen können, wären diese nicht von mancher Aussage des Christdemokraten am Rednerpult abgestoßen worden.³²⁵ Die Dignität der Piazza als Forum der »traditionellen Gastfreundschaft« einer Stadt und ihrer Bewohner verpflichtete alle politischen Akteure auf gewisse Anstandsnormen.

Wie sich der Redner gebärdete, war für die Stimmung des Publikums enorm bedeutsam. Redner, die sich der Piazza würdig erwiesen, indem sie einen eloquenten, kohärenten und gesitteten Vortrag hielten, wurden auch von anwesenden Gegnern gelobt, wie 1953 aus Bari zu vernehmen war.³²⁶ Eine große eigene Anhängerschar war dabei gar nicht vonnöten. Die zwei- oder dreitausend Bologneser, die sich 1948 auf der Piazza Maggiore zu einer Kundgebung des PLI eingefunden hatten und ausweislich des Präfektenberichts politisch heterogen waren, piffen, wenn der Redner die Partei kritisierte, der sie nahestanden, und spendeten Applaus, wenn er die Parteien angriff, die auch sie ablehnten. Für den Liberalen, der sich kaum auf eine mobilisierungswillige Anhängerschaft verlassen konnte, mochte die Stimmung somit am Ende gar nicht so schlecht gewesen sein.³²⁷

Gute Tradition auf kleineren und mittelgroßen Kundgebungen war es, politische Gegner im *contradditorio* zu Wort kommen zu lassen.³²⁸ In der angespannten Stimmung des Jahres 1948 sollten Parteien sie unterlassen oder Polizisten sie unterbinden, um keine Tumulte zu riskieren.³²⁹ Allerdings war die Zahl der anwesenden Gegner häufig so groß, dass sie der veranstaltenden Partei und der anwesenden Polizei ein *contradditorio* förmlich abpressten.³³⁰ Die Gegenreden gediehen dann mitunter zu Co-Referaten von über einer Stunde, begleitet vom Applaus, Gejohle und Gepfeife des Publikums. So trug die Institution des *contradditorio* dazu bei, dass sich auf der Piazza die unterschiedlichen politischen Positionen und Anhänger trafen, wenngleich das Diskutieren hier nicht geübt wurde.

Sobald das Publikum mit lautstarken Protesten auf eine Ehrkränkung entweder von Seiten des Redners oder von Seiten der Störer hinwies, sahen sich die

³²⁴ Prefetto di Bologna an das MI, 2.3.1948. ACS, MI-GAB, fasc. 17414.

³²⁵ Prefetto di Palermo an das MI, 19.5.1958, Bl. 2. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2.

³²⁶ Siehe die Berichte über zwei Kundgebungen von PLI und PRI: Discorso tenuto dall'On. Perrone Capano per il P.L.I. in Barletta il giorno 30 aprile, o. D. [Eingang im Innenministerium 17.6.1953]. ACS, MI-GAB, 1953–56, b. 488, fasc. 7610.

³²⁷ Prefetto di Bologna an das MI, 8.3.1948. ACS, MI-GAB, fasc. 17414.

³²⁸ Vgl. S. CAVAZZA, *Costituzione in piazza*, 1999, S. 166.

³²⁹ Verbale del Comitato Federale [PCI Bologna], 14.2.1948, Bl. 2. FGER, PCI-BO, CF, Verbali, 1948, b. 1, fasc. 1.

³³⁰ Prefetto di Bologna an das MI, 15.3.1948. ACS, MI-GAB, fasc. 17414; ders. an dass., 16.2.1948. Ebd.

anwesenden Polizisten genötigt, einzugreifen, wobei sie den Redner zur Raison riefen oder die Störer vom Platz schafften. Schon seit 1948, vor allem aber in den 1950er Jahren setzte der Staat hier sukzessive eine Null-Toleranz-Politik durch. Kommunistische Zwischenrufer wurden sofort in Arrest genommen und angezeigt; auf Rangeleien standen bis zu sechs Monate Haft ohne Bewährung.³³¹ Polizei und Innenministerium verwiesen dabei auf die Gefühle des Publikums und die Drohung von Tumulten, wenn diese Gefühle verletzt würden. Gab das indignierte Publikum keine Ruhe, löste die Polizei die Kundgebung auf.³³² Nach einer wegen Störversuchen aufgelösten Kundgebung wurde die Stadt mit einem Kundgebungsstopp belegt, bis die gestörte Partei ihr »Recht auf freie Meinungsäußerung« mit einem Wiederholungsversuch hatte ausüben können.³³³

Dieses harte Durchgreifen des Innenministeriums hatte durchaus einen problematischen Nebeneffekt. Indem Störversuche mehr und mehr im Keim erstickt wurden, litt die Unterhaltungsqualität der Kundgebung. Das Publikum durfte im Grunde lediglich noch applaudieren. Kommunistische Aktivisten versuchten, ihre oktroyierte Passivität zu kompensieren, indem sie 1958 nach Ende der gegnerischen Kundgebung gezielt versuchten, die Teilnehmer in Diskussionen zu verwickeln und die Aussagen des Redners zu widerlegen.³³⁴ Wenn dennoch 1958 eine auffällige Piazza-Müdigkeit der Italiener einsetzte, von der die Präfekten aus dem gesamten Land berichteten, war der Niedergang des Erlebnischarakters ein bedeutsamer Faktor.³³⁵ Wie sehr die Anziehungswirkung der Wahlkundgebung an den potenziellen Konflikt gekoppelt war, machte der Präfekt in Parma deutlich: Der MSI ziehe hier eine »wirklich exzeptionelle« Zahl an Teilnehmern an, »die neugierig sind auf ausdrucksstarke und angriffs-lustige Redner und auf eventuelle spektakuläre Zwischenfälle«.³³⁶

Zudem weckte ein Kundgebungspublikum, das »sehr aufmerksam und ruhig« erschien, nicht bei jedem Beobachter uneingeschränkte Zufriedenheit. Der Präfekt in Foggia bemerkte 1958, dieses Verhalten könne auf ein »gewisses Niveau der Reife« hindeuten, das der Wähler inzwischen erreicht habe, es führe aber auch zu Verwunderung und »könnte an Indifferenz denken lassen«.³³⁷ Solche Interpretationen einer Staatsgewalt, die jeden Zwischenrufer sofort in Arrest nahm, erinnerten stark an Zeiten des *Ventennio*, als man die öffentliche

³³¹ Ten. Ferrarezi (Carabinieri Bologna): Fonogramma an das MI, 15.4.1948. ACS, MI-GAB, fasc. 17414; Prefetto di Bologna an das MI, 1.5.1948. Ebd.

³³² Prefetto di Bari an das MI, 21.4.1948. ACS, MI-GAB, fasc. 17410; Capo della Polizia di Ruvo di Puglia an das MI, 13.4.1948. Ebd.; Prefetto di Bari an das MI, 5.5.1958, Bl. 2. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2; Sciolto un comizio, in: *IL POPOLO*, 22.4.1958; Prefetto di Trapani an das MI, 19.5.1958, Bl. 2. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2.

³³³ Scelba an die Präfekten, 16.4.1953. ACS, MI-GAB, 1953–56, b. 494, fasc. 7709.

³³⁴ Prefetto di Arezzo an das MI, 5.5.1958, Bl. 1. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2.

³³⁵ Siehe die Berichte in: ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2.

³³⁶ Prefetto di Parma an das MI, 19.5.1958, Bl. 3. Ebd.

³³⁷ Prefetto di Foggia an das MI, 19.5.1958, Bl. 1. Ebd. Ähnlich: Prefetto di Venezia an das MI, 5.5.1958, Bl. 1. Ebd.

Meinung an der Jubelbereitschaft auf den Plätzen gemessen hatte. Die Unterdrückung von Störungen aller Art machte die Piazza für Gegner und Schaulustige uninteressant, und so verlor sich seit 1958 nicht nur die emotionale Anspannung aller Beteiligten, sondern auch ihre Heterogenität.³³⁸ Zunehmend sollten nur noch die eigenen Anhänger kommen. Zuvor jedoch, in der frühen politischen Kommunikationskultur, war sie wohl viel stärker eine »piazza comune« gewesen, als es später die Fernsehformate vermochten: Hier konnten die Wähler den Parteiführern nur noch beim Monologisieren zuhören, aber nicht mehr aktiv eingreifen.³³⁹

Parteien unter sich. *Bella figura* auf der deutschen Wahlversammlung

In der Bundesrepublik stand die Hinwendung zur kleinteiligen Versammlungskultur eigentlich für die Idee, Wähler und Abgeordnete miteinander ins Gespräch zu bringen.³⁴⁰ Thomas Mergel hat den diskursiven Charakter der kleinen Wahlversammlungen für die ländlichen Gebiete betont, wo Wahlversammlungen im örtlichen Wirtshaus stattfanden und ein lokales Ereignis darstellten.³⁴¹ In den westdeutschen Großstädten hatten sie sich jedoch der Konkurrenz zahlreicher Unterhaltungs- und Freizeitangebote zu erwehren. Zwar wollten die Parteien hier durch eine breite Streuung kurze Wege zum Versammlungsort sicherstellen und damit auf die »Bequemlichkeit der Teilnehmer« Rücksicht nehmen.³⁴² Rasch zeigte sich jedoch, dass diese »Bequemlichkeit« nicht durch kurze Wege zu überwinden war. Spätestens in den 1950er Jahren litten die städtischen Wahlversammlungen – auch jene der Direktkandidaten – unter der ausbleibenden Nachfrage der Wähler. Auch nach Flugblattwerbung in schwindelerregender Auflagenhöhe und stundenlanger Ankündigung per Lautsprecherwagen verzeichneten sie in der Regel nur zweistellige Teilnehmerzahlen. Direktkandidaten sprachen in Hamburg bisweilen vor halbvollen Sälen.³⁴³

Schon die Arbeitszeiten der 1950er Jahre machten es nicht unbedingt wahrscheinlich, werktags den Abend bei einer Wahlversammlung zu verbringen.³⁴⁴ Noch hinzu kam jedoch, dass den Wahlversammlungen offenbar die Unter-

³³⁸ L. VISENTINI, *Osservazioni*, 1963, S. 287.

³³⁹ Vgl. F. ANANIA, *Elezioni alla televisione*, 2002, S. 249.

³⁴⁰ Protokoll der CDU-Bundesvorstandssitzung Nr. 18 v. 7.2.1957, in: G. BUCHSTAB, *Protokolle*, 1990, S. 122f.; Peter Blachstein: *Liebe Wählerin! Lieber Wähler!*, Hamburg, o. D. [1949]. AdsD, NL Blachstein, Mp. 27.

³⁴¹ T. MERGEL, *Propaganda*, 2010, S. 126–134.

³⁴² »Auf der Versammlung der Kreis- und Ortswahlkampfleitungen des Kreisverbandes Hamburg-Nord [der CDU] am 6.8.57 wurden folgende Beschlüsse gefasst«, o. D. ACDP 02-155-003/2.

³⁴³ Senator Friedrich Frank an Willi Schmedemann [SPD-Parteivorstand Hamburg], 8.8.1949. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 104; Erfahrungsbericht über die Wahlkämpfe der Christlich-Demokratischen Union 1953–55, Bl. 4. ACDP 07-001-5010; Alfred Brockhagen [CDU-KV Hamburg-Nord] an Hans-Joachim Moldenhauer, 19.8.1957. ACDP 02-155-003/2; Vermerk v. Brockhagen für die nächste Kreisvorstandssitzung, 3.2.1961. ACDP 02-155-012/1.

³⁴⁴ Vgl. A. SCHILD, *Moderne Zeiten*, 1995, S. 81–84.

haltungsfunktion fehlte, die in Italien so bedeutsam war. Filmveranstaltungen der Parteien nämlich waren in den 1950er Jahren durchaus beliebt, weil sie politische Versammlungen, die sonst nur langatmige Referate zu bieten hatten, »auflockern« und »interessant« machen konnten.³⁴⁵ Zu Filmveranstaltungen erschienen etwa zehnmal so viele Besucher wie zu herkömmlichen Wahlversammlungen, wusste man im CDU-Parteivorstand 1953 zu berichten.³⁴⁶ Daher war die verdeckte Wahlkampfhilfe mit Filmveranstaltungen, die der Union durch die Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise (ADK) zuteil wurde, in ihrem Wert überhaupt nicht zu überschätzen. Die SPD versuchte nach Kräften mitzuhaltten, musste aber ihrer bescheideneren technischen Ausrüstung Tribut zollen. Für den Wahlkampf 1957 standen der SPD im gesamten Bundesgebiet zehn Tonfilmwagen zur Verfügung, der CDU 400.³⁴⁷ Die Attraktivität von Filmvorführungen war indes kein westdeutsches Spezifikum. In Italien warteten PCI und katholische Kirche ebenfalls mit Filmveranstaltungen und Freiluftkinos auf; DC und PCI zogen mit mobilen Filmprojektoren (*cinemobili*) durch die Provinzen. Auch hier zeichnete sich die Tendenz ab, dass Wähler, die nicht (mehr) durch die herkömmliche Massenpolitik erreicht wurden, für bewegte Bilder empfänglich waren, die als »moderner« galten.³⁴⁸

Auf das geringe Interesse an herkömmlichen Wahlversammlungen reagierten die westdeutschen Parteien in den Städten mit einem fortwährend reduzierten Angebot. Wartete die Hamburger SPD 1949 allein in den letzten beiden Wahlkampfwochen noch mit 228 Veranstaltungen auf, organisierte sie 1957 im gesamten Wahlkampf nur noch 116 (siehe Grafik 2) und damit weniger als in manchen ländlichen Gebieten. Der Trend sollte sich in den 1960er Jahren fortsetzen. In Heidelberg-Stadt bot die SPD im Wahlkampf 1961 ganze fünf Wahlversammlungen an, die CDU immerhin zwölf.³⁴⁹ Die 13 Prozent der Wählerschaft, die nach Erhebungen des Meinungsforschungsinstituts EMNID 1961 eine oder mehrere Wahlveranstaltungen besucht hatten, müssen vornehmlich

³⁴⁵ Protokoll der Sitzung der Organisationskommission v. 10.7.1951, Bl. 1, 3 f. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 223; SPD-LO HH an alle Kreis- und Distriktspropagandaleiter, 9.8.1952, Bl. 4. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 2434.

³⁴⁶ Protokoll der CDU-Bundesvorstandssitzung Nr. 18 v. 7.2.1957, in: G. BUCHSTAB, Protokolle, 1990, S. 1211; Protokoll über die Sitzung der Organisations-Kommission vom 24.7.1951, Bl. 12. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 223.

³⁴⁷ »Wahlkampf 1957«. AdsD, NL Anders, Mp. 2. Zur CDU siehe: Niederschrift über die Sitzung des Kreisvorstandes am Freitag, dem 24. Juni 1960. ACDP 02-155-012/1. Vgl. F. BÖSCH, Funktionäre, 2004, S. 277. Zur Filmarbeit vgl. ausführlicher T. MERGEL, Propaganda, 2010, S. 176–182.

³⁴⁸ Siehe die Präfektenberichte aus Bologna, L'Aquila u. Teramo v. 5.5.1958, aus Belluno v. 18.5.1958 u. Trapani v. 19.5.1958, alle an das MI. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2. Der Präfekt in Venedig meinte indes, dass die *cinemobili* auf wenig Interesse der Bevölkerung stießen. Prefetto di Venezia an das MI, 5.5.1958. Ebd. Siehe auch L. VISENTINI, Osservazioni, 1963, S. 287.

³⁴⁹ AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 108 u. 126; B. VOGEL/P. HAUNGS, Wahlkampf, 1965, S. 275. Die Annahme, die SPD sei in den Städten viel präsenter gewesen als auf dem Land, bezieht sich auf Großveranstaltungen und Wahlkabarets, aber nicht auf kleine Wahlversammlungen, so bei J. BALCAR, Politik auf dem Land, 2004, S. 282.

auf dem Land gewohnt haben oder Kundgebungen gemeint haben, wenn die Befragten denn wahrheitsgemäß antworteten.³⁵⁰ In Hamburg-Barmbek wollten Christdemokraten 1965 gänzlich auf Wahlversammlungen verzichten, »da ihre Resonanz bei den Wählern zu gering ist.«³⁵¹ Zur selben Erkenntnis war die Bundesgeschäftsstelle der CDU schon 1962 gekommen: Kleine Wahlversammlungen seien im 19. Jahrhundert erfolgreich gewesen, der »heute notwendigen Propaganda« entspreche hingegen die Großkundgebung mit prominenten Rednern. Auch in kleinen Gemeinden seien nur noch Minister willkommen. »Selbst die eigenen Abgeordneten in den Kreisen genügen ja nicht mehr den erhöhten geistigen Ansprüchen unserer Wählerschichten.«³⁵² Die Funktion urbaner Wahlversammlungen reduzierte sich zu jener Zeit darauf, durch Ankündigungspakete anzuzeigen, dass die Partei vor Ort präsent war.

Um angesichts mangelnder Nachfrage dennoch für einen gefüllten Saal zu sorgen, wählten die Parteien gezielt die kleinstmöglichen Räumlichkeiten aus und begaben sich nur noch dorthin, wo sie über eine gewisse Anhängerschaft verfügten und zudem das Konkurrenzangebot an Unterhaltungsveranstaltungen gering war: Vororte und urbane Randgebiete.³⁵³ Im katholischen Süden des Wahlkreises Heidelberg etwa ließ sich die SPD 1957 und 1961 gar nicht blicken.³⁵⁴ In der Hamburger SPD war es schon 1949 gängige Praxis, die Genossen zu den eigenen Versammlungen zu treiben, manchmal organisiert mit Lkw.³⁵⁵ Die Binnenmobilisierung zu dem Zweck, vielleicht ein- oder ein paar hundert Teilnehmer zusammenzukriegen, ging so weit, dass es als ausgemacht galt, auf Wahlversammlungen im selben Wahlkreis immer in dieselben Gesichter zu blicken. Den Senator und späteren Hamburger Bürgermeister Paul Nevermann, der 1949 viermal im selben Wahlkreis auftreten sollte, veranlasste das zu dem Wunsch, ihn durch andere Redner zu ersetzen: damit die Zuhörer auch ein wenig Abwechslung hätten.³⁵⁶

Auch die Hamburger Christdemokraten sahen sich 1961 gezwungen, die Teilnahme an den Versammlungen des Direktkandidaten für alle Mitglieder zur »Pflicht« zu erklären.³⁵⁷ Direktkandidat Heinrich Gewandt brachte die Partei-

³⁵⁰ B. VOGEL/P. HAUNGS, Wahlkampf, 1965, S. 411. EMNID gemäß hatten 20 Prozent der wahlberechtigten Männer und sieben von 100 Wählerinnen 1961 eine oder mehrere Wahlveranstaltungen besucht.

³⁵¹ Protokoll [Bezirk Barmbek-Uhlenhorst des CDU-KV HH-Nord], 21.6.1965. ACDP 02-155-002/1.

³⁵² CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Organisation, Rednereinsatz: Abschrift, 12.9.1962. ACDP 02-155-012/1.

³⁵³ AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 108; SPD, Wahlhelfer, 1953, S. 33.

³⁵⁴ B. VOGEL/P. HAUNGS, Wahlkampf, 1965, S. 277.

³⁵⁵ Wolfgang Schult an die SPD-LO Hamburg, 21.6.1949. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 108; SPD-LO Hamburg, Kraftfahrzeugssachbearbeiter, »Rundschreiben an alle Kraftwagenbesitzer«, Juni 1949. Ebd.

³⁵⁶ Senator Paul Nevermann an Willi Schmedemann, 19.7.1949. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 104.

³⁵⁷ Günther Schumann an die Parteifreunde, Betr.: Bundestagswahlkampf, 10.7.1961. ACDP 02-155-006/3.

räson auf den Punkt: Er wisse, dass es nicht besonders angenehm sei, sich als Christdemokrat in eine CDU-Versammlung zu setzen und Dinge zu hören, die man schon kenne. »Es gehört aber zu einem Wahlkampf, daß man auch etwas optisch in Erscheinung tritt und etwas demonstriert [...], damit ein guter Eindruck erweckt wird.«³⁵⁸ Zentrale Aufgabe der Wahlversammlungen war mithin einmal mehr, im Dienste der eigenen Moral Stärke zu demonstrieren. Das ließ sie zu erweiterten Mitgliederversammlungen werden. Die Anwesenheit parteiungebundener Wähler wurde in Versammlungsberichten von CDU und SPD explizit vermerkt, die Betroffenen als »Gäste« oder »Parteilose« bezeichnet.³⁵⁹ Bei der CDU handelte es sich bei diesen »Gästen« oftmals tatsächlich um mitgebrachte Gäste aus dem Freundes- und Familienkreis der Parteimitglieder, die stets ausdrücklich eingeladen wurden.

Rechneten Christdemokraten doch einmal mit einer größeren Schar unbekannter Wähler, verstärkte sich ihre Binnenmobilisierung noch. Die Erwartung eines stärkeren Wählerbesuchs, so ein Hamburger Ortsverbandsvorsitzender 1961, mache »die Teilnahme unserer Mitglieder doppelt notwendig, damit ein guter Eindruck unseres Zusammenhaltes und unseres Wollens, den Wahlkampf für uns zu entscheiden, hervorgebracht wird.«³⁶⁰ So nahm die CDU in Kauf, dass ihre Parteifreunde den Wählern im schlimmsten Fall die Sitzplätze wegnahmen. Die Versammlungskultur in den westdeutschen Städten wurde zu einem weitgehend parteiinternen Phänomen.

Lediglich auf die Anwesenheit der Gegner war auch hier Verlass. Im tiefen Kalten Krieg sandten SPD und CDU ihre Mitglieder als Beobachter und Berichterstatter aus, um zu dokumentieren, welche »Unwahrheiten« und »Verleumdungen« der Gegner verbreitete, oder um »Aufklärungsmedien« zu verteilen, die der gegnerischen Propaganda begegnen sollten.³⁶¹ Vor allem aber ging es der SPD darum, auf Veranstaltungen der CDU oder auch der Deutschen Partei (DP) zu demonstrieren, dass *sie* es war, die die Mehrheit im Saal stellte. In Hamburg ließen sich zu diesem Zweck bis zu 300 Genossen für eine christdemokratische Versammlung mobilisieren.³⁶² Wie in Italien war diese Praxis derart beliebt, dass die

³⁵⁸ Vorstandssitzung des Kreisvorstandes [CDU-Kreisverband Hamburg-Nord] mit den Wahlkampfleitern und den Bundestagskandidaten der beiden Wahlkreise 18 und 22 am 5.6.1961. ACDP 02-155-006/3.

³⁵⁹ Versammlungsbericht v. 6.8.1949, Eimsbüttel-Süd, Bezirk 205A+B, Wählerversammlung v. 2.8.1949. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 338; Versammlungsbericht einer CDU-Wahlversammlung v. 5.9.1957, Anl. zu: Alfred de Chapeaurouge/Fritz Davids an die CDU LV Hamburg, Kreisverband Nord, 16.9.1957. ACDP 02-155-003/2; Hans Joachim Weiss (Ortsvorsitzender KV HH-Eppendorf) an die Parteifreunde, 7.8.1961. ACDP 02-155-006/3.

³⁶⁰ Hans Joachim Weiss an die Parteifreunde, 31.8.1961. ACDP 02-155-006/3.

³⁶¹ SPD-Parteivorstand: Wahl-Informationsdienst Nr. 8, 4.8.1949. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 106; [CDU-KV Hamburg-Nord]: [Beschlussprotokoll v. 6.8.1957], o. D. [August 1957]. ACDP 02-155-003/2; Günther Schumann an die Parteifreunde, 10.7.1961. ACDP 02-155-006/3.

³⁶² Aktenvermerk zur CDU-Kundgebung am 14.11.1948, 16.11.[1948]. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 367.

Funktionäre die SPD-Mitglieder warnen mussten, nicht ständig dem Gegner zu gefüllten Sälen zu verhelfen.³⁶³

Dennoch blieben gegenseitige Besuche von SPD und CDU verbreitet, denn zur vornehmsten Aufgabe der Parteimitglieder wurde es, auf gegnerischen Versammlungen das Wort zu ergreifen. SPD-Genossen wurden seit 1949 in Diskussionschulungen darauf vorbereitet und erfüllten ihre Pflicht so gut, dass die Union 1953 die »Ausprachen« auf ihren Wahlversammlungen von SPD-Genossen dominiert sah. Deshalb hielt sie ihre Mitglieder dazu an, dagegenzuhalten und die Diskussionen selber in die Hand zu nehmen. In katholischen Gebieten hatte sie in den Geistlichen und der Katholischen Jugend selbst effektive Angreifer für sozialdemokratische Veranstaltungen vorzuweisen; zudem tat sich die Junge Union zunehmend auf gegnerischen Versammlungen hervor. Zusätzlich ließ die CDU in den 1950er Jahren circa 5 000 Redner ausbilden.³⁶⁴ Hatten sich die Hamburger Parteifreunde zunächst zurückgehalten, weil sie Veranstaltungen der SPD nicht unnötig interessant machen wollten, schwenkten sie Anfang der 1960er Jahre um und wollten ihre Mitglieder nun bei eigenen wie bei gegnerischen Versammlungen »wirkungsvoll auftreten« lassen.³⁶⁵ Der greise Kreisvorsitzende der CDU in Hamburg-Nord, Alfred Brockhagen, wollte sein neues Tonbandgerät für Mitschnitte nutzen, um »Diskussionsrednern und Zwischenrufern die Möglichkeit [zu] geben, bei uns im Büro festzustellen, wie ihre Stimme, wie ihre Sprache, der Satz usw. ankommt.«³⁶⁶

Vorkehrungen dieser Dimension beeinflussten die Debattenkultur weitreichend und machten Kontroversen in der »Ausprache« zunehmend unwahrscheinlich, wenn die Diskussionsredner aus den eigenen Reihen kamen. Christdemokraten verbuchten eine eigene Veranstaltung dann auch als Erfolg, wenn die Atmosphäre »allgemein zustimmend« gewesen war; in solchen Fällen galt die Diskussion als »sachlich und objektiv.«³⁶⁷ War es einmal dissonanter geworden, war es wichtig, dass etwaige Gegenpositionen nicht ausdis-

³⁶³ Protokoll der Parteivorstandssitzung [SPD-Landesorganisation Hamburg] v. 4. August 1949. AdsD, SPD-LO HH II, Mp. 1040; SPD, Wahlhelfer, 1953, S. 37.

³⁶⁴ [CDU-Bundesgeschäftsstelle]: Wahlhelfer für die Bundestagswahl 1953, Bonn, 3.8.1953, Bl. 2. ACDP 07-001-5010; dies.: Die Bundestagswahlen vom 6. Sept. 1953, o.D., Bl. 15. Ebd.; Untersuchung des Bundestagswahlergebnisses 1957 im Bezirk Franken, o.D., Bl. 6. AdsD, NL Anders, Mp. 6, Fasz. »Wahlreisen W. Brandt + Mannschaft«; zur Zahl: SPD, Gegen die SPD gerichtete Kräfte, 1954, S. 10 f.

³⁶⁵ Protokoll der Kreisauausschußsitzung des Kreisverbandes Hamburg Nord v. 5.6.1957. ACDP 02-155-019/1; Die Bundestagswahl 1961. Vorbereitungskurs des Landesverbandes Hamburg vom 25.-29.9.1960 in der Politischen Akademie Eichholz bei Bonn. Programm, Anl. zu: Berg, Landesgeschäftsstelle [des CDU-Landesverbandes Hamburg]: Rundschreiben, 7.9.1960. ACDP 02-155-004/2; Zitat: Max Davids an alle Vorsitzenden der Ortsverbände, 8.9.1960. ACDP 02-155-004/2.

³⁶⁶ Vorstandssitzung des Kreisvorstandes [CDU-Kreisverband Hamburg-Nord] mit den Wahlkampfleitern und den Bundestagskandidaten der beiden Wahlkreise 18 und 22 am 5.6.1961. ACDP 02-155-006/3.

³⁶⁷ Siehe die Versammlungsberichte der CDU Hamburg-Nord v. 1.9.1961 (Zitat) u. 9.9.1961, in: ACDP 02-155-006/3.

kutiert, sondern vom CDU-Referenten »glänzend widerlegt« wurden.³⁶⁸ Die Diskussion wurde so in erster Linie als Gefahr für die erfolgreiche Selbstdarstellung des Redners imaginiert, nicht als Chance, sich vor dem Wählerpublikum – geschweige denn mit ihm – über gewisse politische Themen auseinanderzusetzen. Um den politischen Gegnern, die ihrerseits bisweilen mit Redemanuskripten anrückten, möglichst wenig Redezeit einzuräumen, sollten nach Möglichkeit nur wenige Diskutanten zugelassen werden: drei bis fünf waren die Regel.³⁶⁹

Wie man sich den Ablauf solcher Versammlungen vorzustellen hat, vermittelt ein Hamburger Beispiel vom November 1948. Der christdemokratische Gewerkschafter Theodor Blank war aus Dortmund für eine Kundgebung ins Winterhuder Fährhaus gekommen, einem beliebten Veranstaltungsort im Hamburger Norden. Die SPD war alarmiert, bestellte Dutzende Pioniere und Genossen zum Fährhaus und teilte fähige »Referenten« ein, die den CDU-Mann in die Zange nehmen sollten. Ein Genosse wurde zur Beobachtung und Berichterstattung eingeteilt. Als die Kundgebung begann, saßen etwa 400 Menschen im mit Transparenten verzierten Saal, die Aufschriften trugen wie »Verantwortung – eine Bürde, wir tragen sie« und »Die Wähler beweisen das Vertrauen zur CDU«. Auch auf diese Weise machte die CDU deutlich, dass sie auf ihren Versammlungen eigentlich mit der SPD kommunizieren wollte und nicht mit den Wählern. So hatten sich dann auch in erster Linie Sozialdemokraten im Winterhuder Fährhaus versammelt. Flankiert von einer kleinen Gruppe CDU-Anhänger sahen sie sich einer anderen kleinen Gruppe gegenüber, die man im SPD-Jargon als »parteilos« bezeichnete: gewöhnliche Wähler oder aber verdeckte Kommunisten, wie sie Sozialdemokraten in den 1940er und 1950er Jahren überall vermuteten. In diesem Fall jedoch schienen sie zu irren; zumindest war von Kommunisten im Fährhaus »nichts zu spüren«, so der SPD-Bericht. Während nach den Anhängern anderer Parteien akribisch Ausschau gehalten wurde, kam der Begriff »Wähler« in dem Bericht nicht vor, und dies spiegelte die Wahrnehmung der Parteien vom Hamburger Wahlkampffeld: Man fixierte sich auf die politischen Gegner.³⁷⁰

Als ein Genosse den Antrag zur Geschäftsordnung stellte und um die Zulassung einer Diskussion bat, toste im Winterhuder Fährhaus Beifall auf. Um keinen Protest zu riskieren, der in Tumult umschlagen konnte, blieb dem christdemokratischen Versammlungsleiter nichts anderes übrig, als zu erklären, dass er »selbstverständlich« eine Diskussion genehmige. Daraufhin begann Theodor Blank sein wirtschaftspolitisches Referat, flankiert von Zwischenrufen der

³⁶⁸ Siehe die Versammlungsberichte der CDU Hamburg-Nord v. 16.6.1961 (Zitat), 28.8.1961 u. 1.9.1961, in: ebd.

³⁶⁹ SPD, Wahlhelfer, 1953, S. 37; [CDU-Bundesgeschäftsstelle]: Wahlhelfer für die Bundestagswahl 1953, Bonn, 3.8.1953, Bl. 2. ACDP 07–001–5010.

³⁷⁰ Auch zum Folgenden: Aktenvermerk, Betr.: CDU-Kundgebung am 14.11.1948 im Winterhuder Fährhaus, 16.11.[1948]. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 367.

Sozialdemokraten. Doch Blank war gut, parierte Einwürfe wie »Besitzbürger!«, indem er antwortete, sein einziger Besitz bestehe in einer Kücheneinrichtung und einer geliehenen Bettstelle – eine Schlagfertigkeit, die dem SPD-Beobachter einigen Respekt abverlangte. Den häufigen Störmanövern begegnete die kleine Gruppe von Christdemokraten im Publikum mit systematischem Beifall für die Ausführungen des Referenten, um »den Eindruck zu erwecken, als ob die Mehrheit im Saal von CDU-Leuten gestellt würde«, wie der SPD-Berichterstatter sinnfällig zu Protokoll brachte.

Nach dem Hauptreferat begann die Diskussion. Ein von der SPD geschickter Gewerkschafter meldete sich gleich als erster, war jedoch nach Meinung des Berichterstatters viel zu schwach gegenüber dem geschickt agierenden Hauptredner Blank. »Dafür trat als nächster Redner Karl Deibicht auf, der in scharfer Weise klar die klassenpolitische Situation darlegte, und an Beispielen der Preis- und Wirtschaftspolitik, der Hortung, Steuerhinterziehung usw. die Politik der CDU anprangerte.« So stellte sich die SPD ihre Diskussionsredner vor; und in Zukunft sei es notwendig, auf gegnerischen Veranstaltungen »gleichwertige Qualitäten« zu stellen, also Diskutanten einzuteilen, die es mit dem Hauptreferenten aufnehmen konnten: »[N]ur durch das Eingreifen des Genossen Deibicht wurde der schlechte Eindruck wieder verwischt.« Die dritte Wortmeldung in der Diskussion kam von einem Herrn, der sich als »parteiloser, christlicher Arbeiter bezeichnete«, so der SPD-Bericht. Er »wirkte als unfreiwilliger Komiker, trotz teilweise guter Argumente gegen Blank«. Warum er diese lächerliche Wirkung *trotz* argumentativer Stärke hervorrief, erläuterte der Genosse nicht. Offensichtlich war es ihm ungewohnt, dass sich parteilose Bürger überhaupt am Schlagabtausch zwischen selbsternannten Politikexperten beteiligten. Ähnlich irritiert berichtete 1957 ein sozialdemokratischer Beobachter von einer gegnerischen Wahlversammlung über zwei Diskutanten, die er nicht hatte zurechnen können. Sie hätten sich zur Wort gemeldet, »nur um zu reden; ohne erkennbare Richtung«.³⁷¹

Ob die Diskutanten sich zu Beginn ihrer Wortmeldung offen zu einer Partei bekannten oder die Zuhörerschaft erraten musste, welche Haltung hinter ihren Ausführungen steckte, variierte von Fall zu Fall. Die Aufmerksamkeit der anwesenden Parteimitglieder war jedoch darauf gerichtet, den Diskutanten einer Partei zuzuordnen und dann zu beurteilen, wie gut er diese argumentativ vertreten hatte. Jede diskutierende Stimme, die kein klares Parteibekenntnis enthielt, erschien ihnen als sinnloses Dahergerede. Wer einen klaren Standpunkt, parteiprogrammatische Sicherheit und klassenpolitische Analysekompetenz vermissen ließ – und damit wohl auch, wer spontaner sprach und auf Rede-

³⁷¹ Jens Jacobsen, JUSO Kreis I, an die Politische Abteilung der SPD Hamburg, 24.01.1957. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 369. In diesem Fall waren bei 410 Anwesenden zwölf (allesamt männliche) Diskutanten zugelassen worden, wovon sich fünf als Sozialdemokraten, einer als Kommunist, einer als Freidemokrat und einer als Vertreter der veranstaltenden Freien Volkspartei (FVP) zu erkennen gaben.

manuskripte verzichtete –, konnte kaum darauf hoffen, von Sozialdemokraten ernst genommen zu werden. Einen »politischen Säugling« nannten führende Hamburger Funktionäre eine solche Gestalt. Umgekehrt wurden argumentative Kompetenzen des Gegners durchaus gewürdigt, sofern er klar erkennen ließ, über ein Parteibuch zu verfügen.³⁷² Die Lokalpresse unterstützte einen dergestalt hohen parteipolitischen Anspruch an die Diskussion, indem sie in ihren Berichten »klarformulierte Fragen wie prägnante Antworten« lobte.³⁷³

Die westdeutsche Versammlungskultur ähnelte folglich mit ihrem pädagogischen, auf den Schlagabtausch von Parteimitgliedern fokussierten Impetus jener des Kaiserreichs.³⁷⁴ Sie war weder Ausdruck einer Gesprächsbereitschaft mit Wählern noch Zeichen einer in die Praxis umgesetzten, argumentativen Konfliktorientierung: Im Idealfall sollte die Diskussion keinerlei Widerrede zum Vorschein bringen, und gelang dies nicht, ging es darum, den Gegner zu widerlegen, nicht darum, mit ihm zu diskutieren.³⁷⁵ So glich die »Aussprache« im westdeutschen Versammlungssaal dem *contradditorio* auf der italienischen Piazza – mit dem Unterschied, dass dem parteiungebundenen Publikum hier keine aktive Rolle zugeordnet war. Zwar mochte der amerikanische Wahlkampfbeobachter Uwe Kitzinger 1957 nicht zu Unrecht mutmaßen, die langen Co-Referate gegnerischer Parteimitglieder seien für die anwesenden Wähler keineswegs uninteressant, würden sie doch auf diese Weise gleich über die Anschauungen mehrerer Parteien aufgeklärt.³⁷⁶ Doch *selber* zu sprechen, dafür ließen ihnen die Diskussionsordnung und das Selbstverständnis der Parteivertreter keinen Raum.

Auch legten die Wähler, sofern sie in ausreichender Zahl anwesend waren, ihrerseits keinen ausgeprägten Diskussionswillen an den Tag. Mitunter meldete sich auf Wahlversammlungen gar kein Zuhörer zu Wort.³⁷⁷ Auch war es nicht untypisch, dass auf einer Hamburger SPD-Versammlung mit Helmut Schmidt 1961 im Winterhuder Fährhaus, bei der 270 Menschen anwesend waren, gar keine Diskussion zugelassen wurde, woraufhin sich auch niemand beschwerte.³⁷⁸ Es waren wenn, dann eher Vertreter der Parteien selbst, die daran Anstoß nahmen. Nachdem Mitglieder der Jungen Union in Hamburg 1957 eine SPD-Versammlung gestört hatten, rechtfertigte sich CDU-Landesgeschäftsführer Heinz Zettel, die jungen Parteifreunde seien »unmutig geworden, weil

³⁷² Willi Schmedemann/Max Rosengart an die SPD, Paul Kunder, 4.8.1949. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 367 (Zitat); Loritz wieder auf dem hohen Seil, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 11.7.1949.

³⁷³ »Der Staat sind wir alle«, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 2.9.1957.

³⁷⁴ Vgl. M. L. ANDERSON, Lehrjahre der Demokratie, 2009, S. 360–372; A. OWZAR, »Reden«, 2006, S. 160.

³⁷⁵ Zur Konfliktorientierung vgl. S. ULLRICH, Weimar-Komplex, 2009, S. 332–336; H. MOMMSEN, Demokratieverständnis, 1998, S. 755.

³⁷⁶ U. W. KITZINGER, Wahlkampf in Westdeutschland, 1960, S. 227.

³⁷⁷ Versammlungsbericht v. 3.9.1949, Eimsbüttel-Süd, Bezirk 207, Wahlversammlung v. 2.8.1949. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 340. Vgl. T. MERGEL, Propaganda, 2010, S. 131.

³⁷⁸ Bericht über öffentliche Veranstaltungen der Parteien, am Freitag, dem 7.4.1961 20 Uhr im Winterhuder Fährhaus, 11.4.1961. ACDP 02-155-009/3.

die auf den Stellschildern angekündigte Diskussion nicht stattfinden sollte«. ³⁷⁹ Das Recht, eine Frage an den Redner zu stellen, wurde auch auf Kundgebungen bisweilen lautstark eingefordert, wie 1957 auf einer Ulmer CDU-Veranstaltung. Ob der Mann, der da in der ersten Reihe saß, aber nicht vielleicht Sozialdemokrat war, ging aus solchen Meldungen in der Lokalpresse nicht hervor. In diesem Fall hatte der Versammlungsleiter übrigens das Rederecht mit der Begründung versagt, dass es sich um eine Wahlkundgebung, nicht um eine Wahlversammlung handele. ³⁸⁰

Mitsprachewilligen ohne Parteibuch verschlossen sich die Parteien auch auf ihren städtischen Wahlversammlungen zunehmend. Die Hamburger CDU empfahl schon 1957, *lediglich* Vertretern der in Hamburg zugelassenen Parteien das fünfminütige Rederecht auf ihren Versammlungen einzuräumen. ³⁸¹ Auch der Hamburger SPD-Parteivorstand wies 1961 seine Wahlkampfleiter an, ausschließlich Vertreter anderer Parteien auf die Ausführungen des Redners antworten zu lassen, »und zwar im Namen ihrer Parteien«. ³⁸² Die Wähler der Hansestadt wurden damit faktisch von der Diskussion auf Wahlversammlungen ausgeschlossen. Obwohl die Hamburger CDU das Rederecht gleichermaßen einschränkte, hielt sie der SPD in ihrem Stadtteilanzeiger *Blankeneser Kurier* diese Praxis vor. So zitierte sie den Versammlungsleiter auf einer Wahlversammlung Herbert Wehners in Hamburg-Wilhelmsburg: »Bitte, melden Sie sich schriftlich mit Ihrem Namen und Ihrer Parteizugehörigkeit. Nehmen Sie zur Kenntnis, daß von jeder Partei nur ein Diskussionsredner zugelassen wird!« Nach einem Redebeitrag eines Vertreters der Jungen Union, auf den Wehner mit einer halbstündigen Erwiderung reagiert habe, sei die Diskussion »wegen der fortgeschrittenen Zeit« beendet worden. ³⁸³

Das Gebaren der Parteien bei den Diskussionen war immer wieder Thema zwischen den Kontrahenten, doch das änderte nichts daran, dass Wähler hier auch in den 1960er Jahren noch weitgehend Statisten blieben. Ein Hamburger CDU-Mitglied räsionierte nach dem Wahlkampf von 1965, öffentliche Versammlungen hätten wenig Sinn, weil neben den eigenen Anhängern nur »Meckerer« dabei seien, die man nicht überzeugen könne. ³⁸⁴ Damit verschlossen sich die Wahlkämpfer der Öffnung hin zu Gesprächs- und Diskussionsformaten, die Westdeutsche an Volkshochschulen, kirchlichen Akademien, in Film-

³⁷⁹ Heinz Zettel an Karl Vittinghoff, 13.8.1957. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 126; Vittinghoff an Zettel, 14.8.1957. Ebd.

³⁸⁰ Schutz der Freiheit ist die erste Pflicht, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 3.9.1957.

³⁸¹ Brockhagen an die Vorsitzenden der Ortsverbände des Kreisverbandes Hamburg-Nord, 27.8.1957. ACDP 02-155-012/1.

³⁸² [Parteivorstand SPD-Hamburg]: Betr.: Ablauf eigener Wahlversammlungen, o. D. [1961]. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 132.

³⁸³ So führt Wehner seinen Wahlkampf, in: BLANKENESER KURIER, 1. Jg., Nr. 5, Juni 1961.

³⁸⁴ Empfehlungen an den Vorstand des Kreisverbandes Hamburg-Nord der CDU, Anl. zu: Max Kolnitz [CDU-Mitglied in Hamburg-Nord] an Dr. med Witten [Wahlkampfleiter Hamburg], 30.10.1965. ACDP 02-155-002/1.

klubs und anderen städtischen Einrichtungen angeboten bekamen.³⁸⁵ Von einer »Diskussionslust« (Nina Verheyen) zwischen Wählern und Parteien war vor 1968 wenig zu spüren, und das lag letztlich an einer elitären Demokratiekonzeption von Seiten der parteipolitischen Akteure, die im Übrigen von Medien und Publizistik weitgehend geteilt wurden.³⁸⁶

Dieser distanzierte Umgang war auch eine Lehre aus den Erfahrungen mit Akteuren von den politischen Rändern. Parteilose Diskutanten standen nämlich unter dem Verdacht, Ex-Mitglieder der inzwischen verbotenen KPD zu sein oder aus einer aufgelösten rechten Splitterpartei zu stammen. Tatsächlich tauchten solche Akteure gern bei den Wahlversammlungen auf und stellten sich in ihren Redebeiträgen als »unpolitische« Wähler vor.³⁸⁷ Aus dieser Erfahrung heraus begründete die Hamburger SPD 1961 ihre Entscheidung, das Rederecht nur noch Mitgliedern anderer Parteien zuzugestehen. Es sei nicht hinnehmbar, wenn Vertreter »unbedeutender politischer Extremisten-Gruppen und politischer Einzelgänger« die sozialdemokratischen Versammlungen für ihre eigenen Auftritte missbrauchten. Parteizugehörigkeit sicherte in der Optik der Parlamentsparteien die »Verantwortlichkeit« des Diskutanten, was auch bedeutete, dass er im Falle verleumderischer Aussagen juristisch verfolgbar war.³⁸⁸ Insofern war die Distanz gegenüber parteilosen Diskutanten in die Misstrauens- und Verleumdungskultur des Kalten Krieges eingelassen. Verständlicher wird das Misstrauen noch, bringt man etwas Licht in die »Explosions«-Erfahrungen, die die Parteien in den 1940er und 1950er Jahren gemacht hatten.

5. Fäuste und Demokratie. Die Verbannung der Gewalt

Welche Rolle spielte physische Gewalt in der urbanen Wahlkampfkultur der beiden jungen Republiken? Nach den Erfahrungen der Zwischenkriegszeit, in Krieg und Bürgerkrieg waren, idealtypisch gesprochen, zwei Szenarien denk-

³⁸⁵ Sie boten öffentliche Forumdiskussionen und Gesprächsveranstaltungen oder Diskussionsgruppen an; die politische Bildung widmete sich dem Meinungsaustausch und der Diskussion, häufig unter amerikanischer Anleitung, als »demokratische[r] Kulturtechnik« in Leitfäden und Ratgebertexten. Vgl. N. VERHEYEN, *Diskussionslust*, 2010, S. 210–224, Zitat S. 217.

³⁸⁶ Faktisch imprägnierten sie auch den Umgang mit dem Publikum in den offiziell als Gelegenheiten einer »diskursiven Demokratie« konzipierten öffentlichen Diskussionsformaten wie den Darmstädter Gesprächen, vgl. A. SCHULZ, *Politische Parallelwelten*, 2018, S. 203, 205, 209. Zur bereits früh erkennbaren Tendenz von Parteipolitikern, die Diskussion für eine den Parteien vorbehaltene Praxis zu halten, vgl. N. VERHEYEN, *Diskussionslust*, 2010, S. 106 f.

³⁸⁷ Senator Friedrich Frank an Willi Schmedemann, 8.8.1949. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 104; Karl Meitmann an Erich Ollenhauer, 24.6.1949. Ebd. Kommunisten hatten sich schon zu Beginn der 1950er Jahre, als die staatlichen Repressalien gegen sie einsetzten, daran gewöhnt, dass sie politisch nur dann weiterhin aktiv sein konnten, wenn sie nicht offen für die KPD eintraten, vgl. T. KÖSSLER, *Grenzen*, 2014, S. 250.

³⁸⁸ [Parteivorstand SPD-Hamburg]: Betr.: Ablauf eigener Wahlversammlungen, o. D. [1961]. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 132.

bar. Entweder hatte man sich so sehr an physische Gewalt gewöhnt, dass Fäuste in politischen Auseinandersetzungen ein denkbares Mittel darstellten, oder die Gewalterfahrungen waren so massiv gewesen, dass nach 1945 nurmehr friedliche Konfliktformen eine Rückkehr zur »Normalität« anzeigten.³⁸⁹ Das folgende Unterkapitel beleuchtet zum einen Erscheinungen politischer Alltagsgewalt und fragt nach der Legitimität oder Selbstverständlichkeit, die ihnen innewohnte. Zum anderen untersucht es die Maßnahmen und Delegitimierungsstrategien, die dazu führten, dass sich friedliche Konflikt- und Repräsentationsformen ausbildeten.³⁹⁰ Welche Akteure waren federführend bei der Durchsetzung von Spielregeln, die den politischen Konflikt einhegten? Und welche Rolle spielten dabei Verweise auf die (faschistische) Vergangenheit und auf das Konzept der »Demokratie«? Für Westdeutschland hat Thomas Mergel im medialen Fairnessdiskurs einen Versachlichungscode erkannt, der seit den 1960er Jahren eine Norm vorgab.³⁹¹ Ob die Stadtgesellschaften schon früher aus sich heraus solche disziplinierenden Codes entwickelten, und ob sich in der Bundesrepublik tatsächlich eine »Zivilisierung« abzeichnete, die sie von der »gefährdeten« italienischen Republik abhob, will das Unterkapitel klären.

»Explosionen« und Ordnung im deutschen Versammlungssaal

Wenn sich Herbert Wehner im August 1949 für eine Wahlkundgebung in den Hamburger Howaldt-Werken angekündigt hatte, traf der zuständige Polizei-Gruppenchef Einsatzvorbereitungen: »Mit Ausschreitungen kann gerechnet werden.«³⁹² Solche Vorkehrungen wurden vertraulich behandelt und kamen nicht von ungefähr. Schon auf den politischen Versammlungen der Nachkriegsjahre waren die Emotionen hochgekocht: »Erinnerung an 1932« schrieb der Bremer Bürgermeister Theodor Spitta im Jahr 1947 in sein Tagebuch.³⁹³ Zum ersten Bundestagswahlkampf hatte sich die Atmosphäre nicht entspannt. Ursache für angespannte Nerven und hochkochende Emotionen war die Kombination aus der Verbitterung über Krieg und Nachkrieg und großer Unsicherheit im Hinblick auf die kollektive wie individuelle Zukunft. Die Präsenz von Vertriebenen und Flüchtlingen aus der SBZ, Umtriebe neonazistischer Akteure und ihre Suche nach offener Konfrontation mit Kommunisten, aber auch mit Sozialdemokraten, machten den Versammlungswahlkampf 1949 zu einer Art Pulverfass.

Protagonisten der »Explosionen«, wie man sie nannte und auch noch 1953 beobachten sollte, waren Flüchtlinge aus der SBZ/DDR und Vertriebene,

³⁸⁹ Letzteres vertritt R. BESSEL, *War to end all Wars*, 2006.

³⁹⁰ Zum Konzept der Alltagsgewalt, das sich gut zur Charakterisierung der Gewaltformen im Wahlkampf nach 1945 eignet, vgl. J. C. HÄBERLEN, *Vertrauen*, 2013.

³⁹¹ T. MERGEL, *Propaganda*, 2010, S. 283, 296 f., 299.

³⁹² Polizei-Gruppenchef Hamburg Gruppe Süd: Vertraulicher Gruppenbefehl, 2.8.1949. StAHH 331-1 II 1637.

³⁹³ Anlass waren die starken Störungen auf einer Bremer Wahlversammlung der BDV 1947. U. BÜTTNER/A. VOSS-LOUIS, *Neuanfang*, 1992, Eintrag v. 22.9.1947, S. 507.

Kommunisten und Nationalisten sowie Störtrupps der FDJ. Die Aggressionen richteten sich am stärksten gegen Kommunisten.³⁹⁴ Ihr Vorsitzender Max Reimann konnte 1949 manchmal kaum fünf Minuten sprechen, ehe er von einer schäumenden Menge niedergeschrien wurde. Probleme wie die Freilassung deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion, die Rückgabe enteigneten Besitzes im Osten oder die Auflösung der Konzentrationslager in der SBZ erlaubten den Westdeutschen, auf KPD-Kundgebungen ihrem Opferdiskurs performativ Ausdruck zu verleihen.³⁹⁵ Weil hier das Publikum eine emotionale Rolle spielte, waren die KPD-Kundgebungen mit jenen der italienischen Piazza-Kultur vergleichbar und führten auch häufig zu tätlichen Auseinandersetzungen.³⁹⁶ Der erste dokumentierte Wahlkampftote war Kommunist, erstochen auf einer Wahlversammlung 1949 im niederbayerischen Hengersberg von einem »Flüchtling«, wobei die dünne Quellenlage nicht verrät, ob es sich um einen Vertriebenen oder einen Flüchtling aus der SBZ handelte. Dieser Totschlag im ersten Wahlkampf wurde in der überregionalen Presse nicht bekannt gemacht. Die Redaktion der FAZ suggerierte 1953, dass es noch gar keine Wahlkampftoten gegeben hätte.³⁹⁷

Unter politisch umgekehrten Vorzeichen waren es vor allem Versammlungen der kleinen Rechtsparteien und Splittergruppen, auf denen die Anhänger der Linken sich austobten. Insbesondere Versammlungen der Sozialistischen Reichspartei (SRP) konnten in regelrechte Saalschlachten münden.³⁹⁸ Doch auch SPD- und CDU-Versammlungen waren vor solchen Entladungen nicht gefeit. Verratsvorwürfe und neue Dolchstoßlegenden, Probleme der »Ostzone« und der dortigen SPD-Genossen, die Schuld an den Vertreibungen und die Zukunft der Vertriebenen sowie das Schicksal der Kriegsgefangenen und die Frage der nationalen Einheit erhitzen die Gemüter außerordentlich. Ludwig Erhard und Konrad Adenauer mussten manche Wahlversammlungen durch die Hintertür oder unter Polizeischutz verlassen; in Nürnberg traktierten die Versammlungsteilnehmer den flüchtenden Adenauer nach einer Versammlung mit Steinwürfen.³⁹⁹

³⁹⁴ Siehe etwa: Weder »Radikalismus« noch Vergeltung, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 14.7.1949; Störtrupps aus Flüchtlingslagern, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 19.8.1953; Störtrupps mit Schlagringen, in: HAMBURGER ECHO, 19.8.1953.

³⁹⁵ Zum Opferdiskurs vgl. umfassend R. G. MOELLER, War Stories, 1996.

³⁹⁶ SPD-Parteivorstand: Wahl-Informationsdienst Nr. 6, 2.8.1949. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 104. Siehe auch die Erinnerungen von Thomas Ruf aus Esslingen 1949, in: Abgeordnete, Bd. 9, 1991, S. 39.

³⁹⁷ Zum Fall des Totschlags 1949 siehe: Reimann-Versammlung der Würzburger Kommunisten [Versammlungsbericht], Anl. zu: Hatzold, Kreisgeschäftsführer [CSU-Kreisverband Würzburg-Stadt] an die Arbeitsgemeinschaft der Christlichdemokratischen Union, 21.9.1949. ACDP 07-001-5003. Zum Unwissen über diesen Fall siehe: Paul Sethe: Nach der Saalschlacht in Frankfurt, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 20.7.1953.

³⁹⁸ Vgl. N. FREI, Vergangenheitspolitik, 2012, S. 327 f.

³⁹⁹ Massive Wahlkundgebungen, in: HAMBURGER ECHO, 6.8.1949; SPD-Parteivorstand: Wahl-Informationsdienst Nr. 6, 2.8.1949. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 104; Abgeordnete, Bd. 9, 1991, S. 39.

Ehrabschneidende Äußerungen, persönliche Verunglimpfungen und wüste Beschimpfungen des Redners oder von Seiten des Redners machten die »Aussprache« im Anschluss an den Vortrag 1949 zu einem heißen Pflaster; die Toleranzschwelle war äußerst niedrig. So legte Konrad Adenauer den Ortsvereinen der Union im Laufe des Wahlkampfs 1949 nahe, in ihren Wahlversammlungen keine sozialdemokratischen Diskussionsredner mehr zuzulassen, da diese ihn in unerhörter Weise angegriffen hätten.⁴⁰⁰ Einzelne SPD-Parteibezirke gingen dazu über, Versammlungen zu Kundgebungen umzudeklarieren und damit die Diskussion auszuschalten, »um den Versammlungsbesuchern sozialdemokratische Forderungen und Ziele vortragen zu können, ohne demagogische Diskussionsmanöver politischer Gegner«. ⁴⁰¹ Damit meinten sie in erster Linie die »Splittergruppen«, »bei denen sich wie früher die Querulanten, Scharlatane und Streber Geltung zu verschaffen suchen«, wie die *Schwäbische Donauzeitung* 1949 kommentierte.⁴⁰² Störungen von Seiten der Katholischen Jugend oder von Priestern belasteten sozialdemokratische Versammlungen zusätzlich; am härtesten trafen sie jedoch die Sprengungsversuche, die von rechts ausgingen.⁴⁰³

Die »Sprengung«, ein Quellenbegriff, der an Weimarer Zeiten gemahnte, traf alle Parteien und ließ sie nach 1949 die Beratung des Versammlungsordnungsgesetzes angehen. Denn solange sich die Akteure auf der rechtlichen Grundlage des Versammlungsgesetzes von 1908 bewegten, war es ein Leichtes, Versammlungen zu sprengen. Es billigte der Versammlungsleitung lediglich das Auflösungsrecht zu und übertrug jegliche Ordnungsfunktion bei Veranstaltungen der anwesenden Polizei, die im ersten Bundestagswahlkampf allerdings unter dem Problem litt, dass ihre Kontrollkompetenzen auf politischen Versammlungen in geschlossenen Räumen rechtlich ungeklärt waren und ihr Eingreifen als umstritten galt, weil in diesen Räumen eben nicht ohne Weiteres vom Schutz der Öffentlichkeit gesprochen werden konnte.⁴⁰⁴ Kam es zu Störungen, blieb der veranstaltenden Partei als legaler Weg nur die Versammlungsaufflösung, und genau das war das Ziel zahlreicher Störer. Um der entwürdigenden Sprengung zu entgehen, behelfen sich die Parteimitglieder bisweilen damit, unliebsame Besucher kurzerhand aus dem Saal zu befördern. Die SPD, die sich nicht ein zweites Mal der Weimarer Erweichung bezichtigen lassen wollte, hielt diese Methode für gerechtfertigt. Hamburger Funktionäre hatten 1948 mit Blick auf die Wahlversammlungen ausdrücklich die Devise ausgegeben: »In der Politik kann nur der auf tolerante Behandlung rechnen, der selbst auf dem Boden der Demokratie

⁴⁰⁰ SPD-Parteivorstand: Wahl-Informationsdienst Nr. 7, 3.8.1949. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 106.

⁴⁰¹ Franke (Parteivorstand): Rundschreiben Nr. 32/49 an die Bezirkssekretariate, 28.6.1949. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 106 (Zitat); Karl Meitmann an Erich Ollenhauer, 24.6.1949. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 104.

⁴⁰² Bemerkung, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 3.8.1949.

⁴⁰³ SPD-Parteivorstand: Wahl-Informationsdienst Nr. 7, 3.8.1949. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 106; Karl Meitmann an Erich Ollenhauer, 24.6.1949. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 104.

⁴⁰⁴ [Polizeichef Hamburg] an MdB Walter Menzel, 20.2.1953, Bl. 2. StAHH 331–1 II, 790.

steht.«⁴⁰⁵ Die »schnelle Beförderung von Störenfriedern«, wie man es nannte, traf auch Christdemokraten, wobei die SPD in solchen Fällen nicht offen zugab, dass ein Sozialdemokrat Hand angelegt hatte.⁴⁰⁶ Die rechten Splitterparteien indes bedienten sich auf ihren Veranstaltungen ganz unbefangenen eigener Ordner, um Störer aus dem Saal zu befördern.

Legal waren diese Formen des eigenmächtigen Ordnungsstiftens nicht, und die Parteien taten gut daran, sie vor der Öffentlichkeit zu verschleiern.⁴⁰⁷ Denn sie gemahnten die Wähler an Weimarer Verhältnisse; der dort verbreitete Saalschutz bildete nach 1945 geradezu die Chiffre einer ungeordneten Demokratie. So schloss ein Kolumnist in der *Schwäbischen Donauzeitung* mit Blick auf den Wahlkampf 1949: »Es wird Zeit, der Verwilderung der politischen Sitten Einhalt zu gebieten, da sonst die Gefahr besteht, daß die einzelnen politischen Gruppen wieder Saalschutz-Organisationen unseligen Angedenkens ins Leben rufen.« Angesichts von »Exzessen« im Wahlkampf zog er den drastischen Vergleich zur »Kampfzeit«, lieferte jedoch keinerlei Hinweise auf konkrete Anlässe, die eine solche Analogie rechtfertigten. Er rügte lediglich, dass der Ton der Versammlungsredner »unter aller Sau« sei.⁴⁰⁸ Der explizite Vergleich mit Weimar schloss freilich die Möglichkeit tätlicher Auseinandersetzungen ein, aussprechbar aber waren sie in der westdeutschen Presseöffentlichkeit nicht.

Mit dem Versammlungsordnungsgesetz von 1953, das die Hamburger Polizei schon 1950 wegen der »gespannten politischen Situation« regelrecht herbeigesehnt hatte, gaben sich die im Bundestag vertretenen Parteien mit Ausnahme der KPD, die dagegen stimmte, eine rechtliche Grundlage, um künftig selbst die Ordnung im Versammlungssaal sicherzustellen.⁴⁰⁹ Innenminister Gustav Heinemann begegnete der weit verbreiteten Skepsis des Publikums in seinem Kommentar zum Gesetzentwurf, der 1950 in der *Zeit* erschien: »Eine gesetzliche Festlegung einfacher Spielregeln dieser Art, einschließlich strafrechtlicher Bestimmungen, mag bedauert werden, aber sie ist nicht zu umgehen, solange wir nicht in gefestigter demokratischer Ordnung leben.«⁴¹⁰ In einer für den deutschen Diskurs um diese Regeln typischen Weise blieben die Aussage Heinemanns wie später der Wortlaut des Gesetzes vage. Sie benannten weder konkrete Praktiken jenseits des Uniform- und Waffenverbots, die nunmehr als legal oder illegal gelten sollten, noch die Akteure, die durch diese Regelung in die Pflicht genommen werden sollten.

⁴⁰⁵ SPD-LO Hamburg, Kulturpolitische Abteilung: Rundschreiben Nr. 8/48 an die Kreis- und Distriktkulturleiter, gez. Millhahn/Hans Wehn, 23.9.1948. AdsD, NL Blachstein, Mp. 21.

⁴⁰⁶ Toleranz hat Grenzen, o. D. [August 1949]. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 107. Siehe auch: SPD-LO Hamburg an den Deutschen Pressedienst DPD in Hamburg: Unfairer Wahlkampf, 8.8.1949. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 104.

⁴⁰⁷ Siehe die Debatte im Bundestag: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Bd. 5, 83. Sitzung v. 12.9.1950, S. 3123 f.

⁴⁰⁸ Bemerkung, in: *SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG*, 3.8.1949.

⁴⁰⁹ Polizeichef Hamburg an den Senat der Hansestadt Hamburg, 13.3.1950. StAHH 331-1 II, 790.

⁴¹⁰ Gustav Heinemann: Wettrüsten zur Saalschlacht?, in: *DIE ZEIT*, 13.4.1950.

Das Versammlungsordnungsgesetz wurde in den lokalen Parteigliederungen von SPD und CDU aufmerksam gelesen und in der Lokalpresse umfassend vorgestellt. Die Redakteure verschwiegen dabei die Ordnungsfunktion der Parteien und sprachen kryptisch von »Veranstaltern« und »Versammlungsleitern«, die nunmehr das Hausrecht besäßen.⁴¹¹ Zusätzlich kamen die lokalen Parteiverbände schon in den 1950er Jahren und damit früher als die Parteiführungen auf Bundesebene in Wahlkampfvereinbarungen überein, organisierte Störungen von Wahlversammlungen zu unterlassen und persönliche Verunglimpfungen des Gegners zu vermeiden. Die Lokalpresse berichtete knapp über diese Abkommen, feierte sie aber nicht als Leistung auf dem Weg zu demokratischen Spielregeln.⁴¹² Die Praxis der Wahlversammlungen sah nun so aus, dass die veranstaltende Partei einem Diskussionsredner bei beleidigenden Äußerungen sofort das Wort entziehen durfte.⁴¹³ Das zeigte offenbar Wirkung. SPD-nahe Zeitungen wie die *Schwäbische Donauzeitung* berichteten 1953 von einer neuen Wahlkampfkultur, die bei aller Hitzigkeit »ganz im Gegensatz zu den letzten Jahren der Weimarer Republik – auf der Ebene der geistigen Auseinandersetzung« verblieben sei, »sachlich und kritisch« verfolgt von den Wählern.⁴¹⁴

Doch ganz so befriedet, wie die Presse glauben machen wollte, zeigte sich die westdeutsche Versammlungskultur auch 1953 nicht. So sah sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Erik Nölting auf einer Wahlversammlung solchen Tumulten ausgesetzt, dass er einen Schlaganfall erlitt und kurz darauf im Krankenhaus starb. Überhaupt waren Schlaganfälle und Herzinfarkte in Verbindung mit Wahlveranstaltungen keine Seltenheit und zeugen von hochkochenden Emotionen auch in den 1950er Jahren.⁴¹⁵ Vor allem auf Wahlversammlungen der KPD und rechter Splitterparteien blieben Ruhe und Ordnung auf Messers Schneide. Das lag nicht nur an den »Störtrupps« aus Flüchtlingslagern und aus der DDR, sondern auch an den Mitgliedern der Bundestagsparteien.⁴¹⁶ Gerade Sozialdemokraten sahen auf den Wahlversammlungen der KPD und der rech-

⁴¹¹ Ordnung im Wahlkampf, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 5.8.1953.

⁴¹² Wer darf sich wo versammeln?, in: HAMBURGER ECHO, 25.7.1953; Fair und anständig, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 13.8.1953; Neues vom Wahlkampf, in: BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN, 15.8.1953. Zu nationalen Wahlkampfvereinbarungen seit den 1960er Jahren vgl. T. MERGEL, Propaganda, 2010, S. 297 f.

⁴¹³ [CDU-Bundesgeschäftsstelle]: Wahlhelfer für die Bundestagswahl 1953, Bonn, 3.8.1953, Bl. 2. ACDP 07-001-5010.

⁴¹⁴ Wahlkampf beendet – Der Wähler hat das Wort, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 5.9.1953.

⁴¹⁵ Ursache für die Tumulte vor Nöltings Schlaganfall war der Umstand, dass die Versammlungsleitung nach seinem eineinhalbstündigen Vortrag den Diskutanten nur eine Redezeit von zehn Minuten einräumte. Siehe: Professor Nölting gestorben, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 17.7.1953. Herzattacken während oder nach Wahlversammlungen erlitten meist die Redner oder Parteimitglieder, aber auch anwesende Wähler. Siehe etwa: Kreisorganisationsleiter Altona an Landesorganisation HH, 14.7.1950. AdS, SPD-LO HH I, Mp. 332; Der Unbekannte in Bonn, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 31.8.1953.

⁴¹⁶ Störtrupps aus Flüchtlingslagern, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 19.8.1953; Störtrupps mit Schlagringen, in: HAMBURGER ECHO, 19.8.1953.

ten Splitterparteien häufig die Regeln ausgesetzt, die sie bei eigenem Hausrecht gewahrt wissen wollten.⁴¹⁷ Bis in die 1960er Jahre hinein blieben Versammlungsstörungen Teil der westdeutschen Wahlkampfkultur.⁴¹⁸

Auffällig ist, dass auch die Toleranzschwelle weiterhin niedrig blieb, vor allem gegenüber jenen, die nicht zum Reigen der Parteiendemokratie gehörten. Als 1957 eine Kundgebung mit Franz Josef Strauß im Park Pflanzen und Blumen mit »SPD«-Rufen gestört worden war und die *Welt* von »organisierten Störungen« gesprochen hatte, ohne die SPD explizit zu erwähnen, distanzierte sich diese sofort deutlich von den Störungen und stellte klar, dass ihr der »Personenkreis«, aus dem die Zwischenrufe kamen, nicht bekannt sei. Die Angelegenheit war von so großer Brisanz, dass darüber die SPD-Landesorganisation, der CDU-Landesverband, der Hamburger Bürgermeister Kurt Sieveking, die CDU-Parteizentrale sowie der SPD-Wahlkampfchef Fritz Heine in hastige Telefonkommunikation und Fernmeldekorrespondenz traten.⁴¹⁹ Der Umgangston war dabei beinahe freundschaftlich, man sah sich vereint in der Bewahrung guter Sitten und verständigte sich darauf, die Jugendorganisationen der Parteien, auf die man die Störungsversuche schob, in ihrem »Übereifer« zu bremsen.

Kein Pardon kannten Sozialdemokraten dagegen 1961 in Ulm gegenüber erkennbaren Störern von außen, auch wenn sich diese lediglich in »zivilen« Störungsversuchen ergingen. So bezeichneten sie das Klatschen und Johlen von Jugendlichen, dessen Opfer sie auf einer Versammlung der Internationale der Kriegsgegner (IDK) geworden waren, als Störungsversuche, die an die »politische Sturmabteilung« gemahnten, und sahen deshalb gar die »freiheitlich-demokratische Grundordnung« der Bundesrepublik bedroht. »Das geht schon aus der Art dieser Störungen hervor, die sich nicht etwa in Pfeifen, Pfui-Rufen oder sonstigen Protesten äusserten, sondern im Gegenteil als Beifallstürme getarnt waren, so daß sie der Uneingeweihte zunächst gar nicht als Ausdruck des Missfallens auffassen konnte.« Freilich handelte es sich um eine pikante Konfrontation, gehörten viele der Jugendlichen doch zur Bundeswehr und waren wohl nicht auf der Pazifistenversammlung erschienen, um sich politisch zu informieren.⁴²⁰ Doch zugleich kam hier einmal mehr zum Ausdruck, dass die drei Bundestagsparteien im Grunde jeden, der nicht zu ihren Reihen zählte, als

⁴¹⁷ Wahlversammlung mit Zwischenfall, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 18.6.1953; Saalschlacht in Frankfurt, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 14.7.1953. Zur Tendenz der SPD, die KPD aus dem demokratischen Spiel zu exkludieren und ihre staatliche Repression zu befürworten, vgl. T. KÖSSLER, Grenzen, 2014, S. 234.

⁴¹⁸ W. HIRSCH-WEBER/K. SCHÜTZ, Wähler und Gewählte, 1957, S. 87 f.; B. VOGEL/P. HAUNGS, Wahlkampf, 1965, S. 283; Dufhues beschwert sich über Störaktionen, in: DIE WELT, 15.9.1961.

⁴¹⁹ Paula W.: »Heute morgen rief Bonn an ...« [Aktennotiz], o. D. [August 1957]. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 126; Westendorf: »Herr Zettel vom Landesverband der CDU schreibt ...« [Aktennotiz], o. D. [August 1957]. Ebd.; Karl Vittinghoff an Max Henning, Parteivorstand der SPD, 23.8.1957. Ebd.

⁴²⁰ IDK, Gruppe Ulm/Neu-Ulm, gez. Oswald Bartl, an die Staatsanwaltschaft Ulm/Donau, 4.5.1960, Anl. zu: ders., IDK, an die SPD Ortsgruppe Ulm, 7.5.1960. StAU, E 202 SPD Nr. 8.

Bedrohung der »freiheitlich-demokratischen Grundordnung« auffassten – auch wenn er nur ironisch Beifall klatschte.

Legitimität durch Frieden. Der Wettbewerb der Ordnungsmächte in Italien

Im Getümmel italienischer Plakatkleber und versammelter Kontrahenten auf den Straßen und Plätzen der jungen italienischen Republik flogen nicht selten die Fäuste. In den 1940er Jahren waren, vor allem im Süden, auch Revolverschüsse zu hören. Gewalttätige Aggressionen konnten insbesondere im Wahlkampf von 1946 sowohl für kommunistische Genossen als auch für Aktivisten aus den Reihen der Neofaschisten und Monarchisten, darunter viele Soldaten, eine sinnhafte Praxis darstellen; mitunter waren auch Christdemokraten involviert.⁴²¹ Vereinzelt knüpften PCI-Genossen in den Nachkriegsjahren an faschistische Gewaltpraktiken an; in Alessandria etwa führten Partisanen im März 1947 eine mit Prügel einhergehende »Strafexpedition« durch. Episoden wie diese waren nicht ohne Weiteres als *politische* Gewalt zu verstehen; im eben genannten Fall erwachsen sie aus einem Ehrkonflikt bei einer Tanzveranstaltung.⁴²² Dennoch wuchs der *doppiezza*-Verdacht, der dem PCI einen verschleierte Willen zum gewaltsamen Umsturz attestierte, im jungen Kalten Krieg aufgrund von Unstimmigkeiten in der Parteiführung über den Weg des *partito nuovo*, Gerüchten über eine paramilitärische Organisation des PCI, die vor dem Wahlkampf 1948 aufkamen, sowie widersprüchlichen Aussagen Palmiro Togliattis, der selbst bisweilen den Kampfcharakter seiner Partei einforderte.⁴²³

Man kann daher die Ordnungsleistungen der Polizei betonen, deren Präsenz in den urbanen Wahlkampfarenen seit 1948 schubweise ausgebaut wurde. Im ersten Parlamentswahlkampf versuchte das Innenministerium auf diese Weise, den massiven Plakatierungskämpfen Einhalt zu gebieten.⁴²⁴ Allerdings verschärfte die Polizeipräsenz zugleich auch die Konfliktatmosphäre, wobei sich die Frontlinien verschoben. Innenminister Mario Scelba hatte eigens für den Wahlkampf 1948 motorisierte Eilkommandos (*Celere*) ins Leben gerufen, die bei Plakatierungsdelikten sofort zur Stelle sein sollten. Was ihnen die Bezeichnung »Scelbas Karrussell« eintrug, war die verbreitete Praxis, alarmierend große Menschentrauben in spiralförmigen Bewegungen zu umkreisen, um sie auseinanderzutreiben – und das galt manchen bereits als zu großer Eingriff in die politischen Freiheiten der Stadtbürger. Als die *Celere* in Bologna dazu übergingen, sämtliche Grüppchen, die außerhalb der Piazza Maggiore auf den Straßen

⁴²¹ Zu diversen Episoden vgl. S. CAVAZZA, *Comunicazione di massa*, 2002, zu kommunistischen Aggressionen ebd., S. 200, 212.

⁴²² Siehe den Bericht aus Alessandria in: Segreteria Organizzativa [der DC] an Antonino Villani, Segretario Particolare di S.E. Scelba, 7.5.1947. ILS, DC, SP, *Atti dei segretari*, Sc. 3, fasc. 3.

⁴²³ Vgl. P. DI LORETO, Togliatti, 1991, insb. S. 208–215; G. DONNO, *La gladio rossa*, 2001.

⁴²⁴ Prefetto di Bologna an das MI, 8.3.1948, Prot. 825. ACS, MI-GAB, fasc. 17414.

diskutierten, aufzulösen und einzelne Beteiligte in Arrest zu nehmen, setzte sich Bürgermeister Dozza dafür ein, dass sie wieder auf freien Fuß kamen.⁴²⁵

So schien sich in Bologna 1948 mehr und mehr eine Front zwischen Polizisten und Kommunisten aufzutun. Manche Genossen hatten Angst vor den *Celere*; andere aber reizten sie besonders.⁴²⁶ Aus dem Kampf der Aktivisten wurde ein Kräfteessen zwischen Genossen und der Staatsgewalt. Polizeikommandos, die kommunistische Plakatabreißer festnehmen wollten, wurden bisweilen von zwanzig Mann starken Gruppen, die ihren Genossen zur Hilfe eilten oder einfach nur Freude daran hatten, die Polizei an ihrer Arbeit zu hindern, überwältigt und spürten die Schläge ihres eigenen Gummiknüppels auf ihrem Schädel.⁴²⁷

Die kommunistischen Funktionäre indes vertraten eine klare Disziplinierungsstrategie. Es waren ausgerechnet die Provinzverbände von PCI und PSI, die in Bologna 1948 öffentlich die gewalttätigen Zusammenstöße der Plakatkolonnen verurteilten und den Einsatz der Polizei für die Ordnung in den Wahlkampf Nächten begrüßten.⁴²⁸ Schon im Vorfeld des Wahlkampfs hatte der kommunistische Regionalsekretär Arturo Colombi die Mitglieder eindringlich vor Extremismus, Aggressionen und Aktionen gegen Polizei und politische Gegner gewarnt. Sie dürften der Regierung keinen Anlass zum Eingreifen bieten, denn genau das sei ihr Ziel.⁴²⁹ Das bezog sich vor allem auch auf die Piazza, wo Kommunisten nicht riskieren wollten, dass die Polizei die eigenen Kundgebungen auflöste.⁴³⁰ Sowohl der PCI als auch die DC teilten zu diesen Zwecken Ordner auf ihren Kundgebungen ein und bewarben ihre eigenen Kundgebungen auch mit dem Hinweis auf ihren geordneten und friedlichen Ablauf.⁴³¹

Nicht nur die Vermutung, dass es der Staat war, der von kommunistischer Gewalt profitierte, leitete das Handeln der PCI-Funktionäre an. Sie spekulierten auch auf Polizisten als Wähler. Im Vorfeld des Wahlkampfs 1948 hielten sie ihre Bologneser Mitglieder explizit dazu an, Polizeibeamte nicht zu provozieren, sondern sich mit ihnen zu solidarisieren, da auch sie zu den »Kleinen« des Volkes zählten.⁴³² Auch nach dem Attentat auf Palmiro Togliatti, das die Gewalt-

⁴²⁵ Prefetto di Bologna an das MI, 7.4.1948. Ebd.; Soprusi della Polizia denunciati dal Fronte, in: IL PROGRESSO D'ITALIA, 7.4.1948. Zu den *Celere* siehe: Scelbas Karrussel, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 10.10.1950.

⁴²⁶ Verbale del Comitato esecutivo [PCI Bologna], 23.4.1948, Bl. 3. FGER, PCI-BO, CE, 1948, b. 1, fasc. 1.

⁴²⁷ Prefetto di Bologna an das MI, 8.4.1948. ACS, MI-GAB, fasc. 17414.

⁴²⁸ Capo di Gabinetto: Copia [der Presseerklärung des Comitato Provinciale per la libertà elettorale in Bologna], Anl. zu: Prefetto di Bologna an das MI, 10.4.1948. ACS, MI, GAB, fasc. 17414.

⁴²⁹ Verbale del Comitato Federale [PCI Bologna], 14.2.1948. FGER, PCI-BO, CF, Verbali, 1948, b. 1, fasc. 1. Vgl. auch S. CAVAZZA, Comunicazione di massa, 2002, S. 200.

⁴³⁰ Vgl. M. L. SALVADORI, Storia d'Italia, 2001, S. 94; A. VENTRONE, Cittadinanza, 2008, S. 161.

⁴³¹ Come si prepara un comizio, in: QUADERNO DELL'ATTIVISTA, Nr. 1, Februar 1946; Una sterminata moltitudine ascolta la parola di De Gasperi, in: L'AVVENIRE D'ITALIA, 15.5.1953.

⁴³² Verbale del Comitato Federale [PCI Bologna], 14.2.1948. FGER, PCI-BO, CF, Verbali, 1948, b. 1, fasc. 1. Zu Genua vgl. A. VENTRONE, Cittadinanza, 2008, S. 162, Fn. 5.

bereitschaft der Genossen noch einmal aufflammen ließ, reisten PCI-Funktionäre im Sommer 1948 durch die Emilianer Provinz, um die teilweise noch bewaffnete Parteibasis an provokanten Aktionen zu hindern.⁴³³

Man kann all dies als lokale Implementierung der sowjetischen Taktik deuten, die den PCI auf Legalitätskurs segeln ließ.⁴³⁴ Man kann aber auch die lokalen Handlungszwänge betonen, die aus dem Willen erwachsen, sich über Ordnungsfunktionen politische Legitimität zu verdienen. Der Wahlkampf im Zeichen des Referendums von 1946, der die Kommunisten und Sozialisten noch in der Regierungsverantwortung sah, führte hier Traditionen ein, hinter die die lokalen Akteure auch im *piena guerra fredda* nicht zurückkonnten. In Bari lässt sich ihre Genese gut nachverfolgen. Angesichts einer äußerst unruhigen Basis linker und vor allem rechter, auch monarchistischer Parteimitglieder und Anhänger hatte hier zunächst der Präfekt zu Beginn des Wahlkampfes 1946 die lokalen Parteivertreter zusammengerufen und sie auf die Wahlkampfnormen verpflichtet, die zuvor von den Parteiführungen in Rom formuliert worden waren. Als es dennoch häufig zu Störungen und Tumulten kam, berieten die lokalen Parteiverbände vom PCI bis zum Fronte dell'Uomo Qualunque gemeinsam auf Einladung des Präfekten, wie die Ordnung in Bari sicherzustellen sei. Öffentlichkeitswirksam vereinbarten sie, einander mit »Respekt« und »Toleranz« zu begegnen und mit der Polizei zusammenzuarbeiten. Solche lokalen Vereinbarungen, die Monarchisten und Neofaschisten, Republikaner und Kommunisten unterschrieben, zeugen durchaus von der Aushandlung geteilter Werte, die sodann in die städtische Öffentlichkeit eingespeist wurden.⁴³⁵

Als Organ stellte sich die *Gazzetta del Mezzogiorno* zur Verfügung. Sie verurteilte die gewaltsamen Zusammenstöße verfeindeter Aktivisten, die vor allem in den Anfangswochen des Wahlkampfes in Apulien verbreitet waren, und druckte Namen von Kundgebungsstörern ab, die ihr nicht selten die lokalen Parteiverbände selbst übermittelten (wohlgemerkt: die *eigenen* Parteiverbände der Störer)!⁴³⁶ Nach einem Handgranatenangriff eines rechten Matrosen auf eine linke Kundgebung, bei der mehrere Menschen verletzt worden waren, erinnerte die *Gazzetta* »noch einmal an die unabdingliche Notwendigkeit, dass die lebhaftesten Elemente streng von den Parteien in Schach gehalten werden, wenn es sich um Mitglieder handelt, und von der Polizei, wenn es sich um isolierte und unverantwortliche Elemente handelt«, und sprach damit den Parteiverbän-

⁴³³ N. MARCELLINO, *Vite*, 2009, S. 185.

⁴³⁴ Die Steuerung Palmiro Togliattis und des italienischen PCI durch Stalin (über-)betonen E. AGA-ROSSI/V. SZASLAVSKY, Togliatti e Stalin, 2007, S. 233–236, 249 f., 262. Zum Legalitätskurs vgl. M. L. SALVADORI, *Storia d'Italia*, 2001, S. 92 f.

⁴³⁵ Zitate in: La propaganda elettorale, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 10.5.1946; Impegno dei partiti per l'ordine pubblico, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 17.5.1946.

⁴³⁶ Disturbatori di comizi denunziati dai carabinieri, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 12.5.1946; La propaganda elettorale, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 10.5.1946.

den explizit die ordnungsstiftende Funktion neben der Polizei zu.⁴³⁷ Dabei verwies die Zeitung auf die Negativfolie der 1910er Jahre, als die Wahlkämpfe in Apulien durch »Personalismus« und Gewalt geprägt gewesen seien. Dieses Verständnis von Personalismus verweist auf die in den Nachkriegsjahren verbreitete Haltung (und Hoffnung), die republikanischen Parteien könnten die Italiener zu »besseren« und disziplinierteren Menschen erziehen – und damit unkontrollierbare »Personalismus« vorbeugen.⁴³⁸

Die *Gazzetta* diente den lokalen Parteiverbänden als regelrechtes Forum der Disziplinierung. So rügte der PCI in der Zeitung das Verhalten seiner eigenen Genossen, und auch die Christdemokraten appellierten in dem Blatt eindringlich an ihre Mitglieder, den Wahlkampf mit Bedacht und ohne Gewalt zu führen, um für die Wahlen eine »Atmosphäre der Freiheit und des gegenseitigen Respekts zu schaffen«. Solche Mahnungen firmierten unter Schlagzeilen wie »Der Einsatz der Parteien für die öffentliche Ordnung«. ⁴³⁹ Dieses Bemühen der republikanischen Kräfte im Vorfeld des Referendums war eine wichtige Strategie im Kampf um Republik oder Monarchie. Nur mit Friedlichkeit auf den Plätzen konnten sie eine parteienskeptische und monarchietreue *maggioranza silenziosa*, die sich gerade in Bari noch mit Schrecken an die Unruhen in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg erinnerte, davon überzeugen, dass die Republik würde Ordnung halten können.⁴⁴⁰

Deshalb war es aus Sicht der Parteifunktionäre auch oberstes Ziel, Zusammenstöße auf der Piazza zu verhindern. Lediglich den Neofaschisten kann attestiert werden, im Süden solche Zusammenstöße gezielt provoziert zu haben. Für die republikanischen Parteien hingegen war es wichtig, zum Wahlkampffinale 1946 den eigenen Ordnungserfolg unterstreichen und der Republik damit eine friedvolle Zukunft prophezeien zu können. So war in der *Gazzetta* zu lesen, nachdem sich in Lecce wie jeden Abend die Anhänger von Monarchie und Republik auf der Piazza Sant'Oronzo versammelt hätten, um diverse Kundgebungen zu hören, habe sich außer den eingeübten »evviva« und »abbasso«-Rufen nichts Außerordentliches zugetragen. Die republikanischen wie die monarchistischen Aktivisten begannen zu begreifen, dass sie in einem politischen System, das für Toleranz und Freiheit stehe, ihre Standpunkte viel besser triumphieren lassen könnten, wenn sie der Gewalt und der Intoleranz eine Absage erteilten.⁴⁴¹ Auf diese Weise machte die *Gazzetta del Mezzogiorno* geschickt Werbung für die Demokratie und attestierte den Anhängern der Monarchie, ihre

⁴³⁷ Le grandi manifestazioni per la Repubblica, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 18.5.1946.

⁴³⁸ Le elezioni del 2 giugno, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 14.5.1946.

⁴³⁹ Impegno dei partiti per l'ordine pubblico, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 17.5.1946; Comizi a Lecce, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 31.5.1946.

⁴⁴⁰ La giornata elettorale, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 31.5.1946. Zur Zwischenkriegszeit in Bari vgl. S. COLARIZI, *Dopoguerra e fascismo*, S. 103, 107 f., 110–113, 133 f.

⁴⁴¹ Comizi a Lecce, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 31.5.1946. Siehe auch: *Propaganda elettorale*, in: ebd.; vgl. M. MAGNO, *Puglia*, 1988, S. 59.

Spielregeln immerhin schon zu beherrschen. Wenn sich das Innenministerium 1946 mit Blick auf die Zusammenstöße im ganzen Land entschied, am letzten Wahlkampfwochenende Kundgebungen gänzlich zu verbieten, steht dies auch symbolisch für den Kampf zwischen lokalen republikanischen Kräften und der Staatsmacht um die Frage, ob vor Ort Ordnung sicherzustellen war oder nicht – ob die Italiener also ›reif‹ genug für die Demokratie waren. Aus dieser Maßnahme entwickelte sich in der Folgezeit die Regelung, den Tag vor den Wahlen und den Wahltag selbst streng von »Propaganda«-Aktivitäten auszunehmen.⁴⁴²

Die lokalen Vertreter der Parteiendemokratie, aber auch die Agenten des Staates selbst, hielten künftig daran fest, die Friedensliebe in der eigenen Stadt oder Provinz zu betonen und sie (und sich selbst) damit als ›fit‹ für die Demokratie zu qualifizieren. In Bologna lobte Bürgermeister Dozza angesichts ruhig verlaufender Kundgebungen schon 1948 den »zivilen Geist« seiner Stadt, der lediglich durch die Zusammenstöße der Plakatkolonnen gestört werde.⁴⁴³ Dasselbe war am Ende des Wahlkampfes vom Bologneser Präfekten zu vernehmen, als die Wahltage in der Provinz Bologna friedlich und geordnet verlaufen waren.⁴⁴⁴ Auch in Belluno, Cremona oder Lecce lobpreisten die Präfekten die »guten demokratischen Sitten« und den »Gemeinsinn der Bevölkerung«, den sie im friedlichen Ablauf von Wahlen und Wahlkampf zum Ausdruck kommen sahen. Die Ansässigen selbst galten hier als Träger »demokratischer Reife und politischen Bewusstseins« mit einer quasi-natürlichen Neigung zu »Zurückhaltung« und »zivilem Anstand«. Aus Lecce meinte der Präfekt nach den Kommunalwahlen von 1951, die Wähler, die Presse und die Parteien seien der Polizei für ihre gute Arbeit äußerst dankbar.⁴⁴⁵

Freilich hoben die Präfekten gegenüber dem Innenministerium vor allem die Ordnungsleistung der Polizei hervor und stärkten mithin die Selbstwahrnehmung des Staates als effizienter Ordnungsmacht.⁴⁴⁶ Doch in der politischen Kommunikation vor Ort blieb die ordnungsstiftende Funktion der Parteien und namentlich des PCI ein Sujet, wobei sich die Agenten des Staates bisweilen vornehm zurücknahmen. In Taranto sandte der PCI zur Wahlkampföffnung 1948 ein offizielles Schreiben an den Präfekten und bat ihn, kraft seiner »hohen Autorität« alle Parteien Tarantos zusammenzurufen, um einen friedlichen und der »Freiheit« verpflichteten Wahlkampf zu führen. In diesem Schreiben, das in der *Gazzetta del Mezzogiorno* wortwörtlich abgedruckt wurde, betonten die

⁴⁴² Scelba an die Präfekten [Circolare telegrafica], 16.4.1953. ACS, MI-GAB, 1953–56, b. 494, fasc. 7709.

⁴⁴³ Capo di Gabinetto: Copia [der Presseerklärung des Comitato Provinciale per la libertà elettorale], Anl. zu: Prefetto di Bologna an das MI, 10.4.1948, Prot. 844. ACS, MI-GAB, fasc. 17414.

⁴⁴⁴ Prefetto di Bologna an das MI, 24.4.1948. ACS, MI-GAB, fasc. 17414.

⁴⁴⁵ Prefetto di Belluno an das MI, 18.5.1958, Bl. 1. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2; Prefetto di Cremona an das MI, 5.5.1958, Bl. 2. Ebd.; Prefetto di Lecce an das MI: Relazione mensile, 28.6.1951. ILS, DC, SP, IR, Sc. 243, fasc. 9.

⁴⁴⁶ Prefetto di Siena an das MI, 24.5.1958, Bl. 1. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2; Prefetto di Teramo an das MI, 5.5.1958, Bl. 3. Ebd.

apulischen Kommunisten, dem Präfekt sei ja bereits bekannt, welchen Beitrag der PCI zur öffentlichen Ordnung in der Provinz geleistet habe.⁴⁴⁷ So wurden Ordnung und Kooperation mit dem Staat zur zentralen Botschaft im lokalen kommunistischen Wahlkampf.

Das zeigte sich in jenem Jahr auch in Bologna. Begleitet von den Fanfarrenstößen der kommunistischen Lokalpresse rief Bürgermeister Dozza angesichts der Zusammenstöße zwischen den Plakatkolonnen ein »Provinzkomitee für die Wahlkampffreiheit« (Comitato Provinciale per la libertà elettorale) ins Leben, das, wie 1946 in Bari und anderen Städten, alle Parteivertreter an einem Tisch versammeln und auf einen geteilten Kanon demokratischer Spielregeln verpflichten sollte.⁴⁴⁸ Die Empfehlung zu solchen lokalen Komitees ging wie 1946, diesmal aber besonders dringlich angesichts tödlicher Vorfälle im Land, von den Fraktionsführern der Parteien in Rom aus und lag längst auf dem Schreibtisch des Bologneser Präfekten.⁴⁴⁹ Doch anstatt selbst das Komitee einzuberufen, überließ er dem kommunistischen Bürgermeister die Rolle des Ordnungshüters. Eine von Dozza ausgehende Ordnungsinitiative, so begründete er gegenüber seinem Innenminister, »verpflichtet die Partei stärker gegenüber der öffentlichen Meinung«. Der erhoffte Disziplinierungseffekt war nach seiner Rechnung größer, wenn nicht er, sondern der »faktische« Führer der Bologneser Kommunisten (als der Dozza in der Tat galt, obwohl er kein lokales Parteiamt besaß) die Genossen zur Ordnung rief.⁴⁵⁰ Auf diese Weise erlaubten die Agenten des Staates den Kommunisten, ihre Rolle als lokale Ordnungshüter zu spielen. Die kommunistische Presse lobte dann auch den »Waffenstillstand« der Parteien, den Dozza eingeleitet habe.⁴⁵¹

Tatsächlich musste die Polizei in Bologna und Umgebung, wo allein am letzten Wahlkampfwochenende im April 1948 ganze 171 Kundgebungen stattfanden, nirgends eingreifen. In den Tagen zuvor war es lediglich bei einer neofaschistischen Kundgebung zu »irrelevanten Zwischenfällen« gekommen, wie der Präfekt berichtete.⁴⁵² In anderen Städten ergab sich ein ähnliches Bild, und zwar dauerhaft. Das Gros der unzähligen städtischen Wahlkundgebungen blieb seit 1948 »ohne Zwischenfälle«, wie es in den Präfekturberichten hieß.⁴⁵³ Ange-

⁴⁴⁷ Tregua elettorale, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 19.2.1948.

⁴⁴⁸ Capo di Gabinetto: Copia [der Presseerklärung des Comitato Provinciale per la libertà elettorale in Bologna], Anl. zu: Prefetto di Bologna an das MI, 10.4.1948. ACS, MI-GAB, fasc. 17414.

⁴⁴⁹ Vgl. S. CAVAZZA, Comunicazione di massa, 2000, S. 207.

⁴⁵⁰ Prefetto di Bologna an das MI, 9.3.1948. ACS, MI-GAB, fasc. 17414.

⁴⁵¹ Tregua fra i partiti promossa dal Sindaco, in: PROGRESSO D'ITALIA, 11.3.1948.

⁴⁵² Prefetto di Bologna an das MI, 12.4.1948. ACS, MI-GAB, fasc. 17414; ders. an dass., 17.4.1948. Ebd.

⁴⁵³ Siehe die Berichte aus Alessandria, Bari, Bologna, Brescia, Brindisi, Teramo und Udine, in: ACS, MI-GAB, 1948, fasc. 17402, 17410, 17414, 17416, 17417, 17480, 17487 sowie die Berichte von der letzten Wahlkampfwoche 1958 in: ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2. Für Apulien siehe auch: L'ordine regna nella Repubblica elettorale, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 2.3.1948. Vgl. S. CAVAZZA, Comunicazione di massa, 2002, S. 237.

sichts der Fülle an Gelegenheiten, der Massen an Beteiligten und den noch immer zirkulierenden Schusswaffen ist dieses rasch abnehmende Maß an Auseinandersetzungen im urbanen Wahlkampf bemerkenswert. Die genaue Lektüre der Präfekturberichte erhellt, dass gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Anhängern verschiedener Parteien in erster Linie ländliche, in kleineren Gemeinden ausbrechende Phänomene waren.⁴⁵⁴ Auch Wahlkampf-Tote, deren Zahl aufgrund fehlender Statistiken nicht zu ermitteln ist, die jedoch die Ausnahmen darstellten, wurden vornehmlich aus ländlichen Provinzen und mehrheitlich aus dem Mezzogiorno gemeldet. Dabei handelte es sich interessanterweise meist um Fälle, wo nicht nur die Polizei, sondern auch das lokale Publikum abwesend gewesen war und wo die Agonalität des Aufeinandertreffens nicht zwangsläufig auf politischen Rivalitäten beruhen musste.⁴⁵⁵

In einer Atmosphäre, die vom harten Konflikt des Kalten Krieges und dem Misstrauen gegenüber dem politischen Gegner gekennzeichnet war, sich aber zugleich in den Städten nicht mehr entlud, weil die lokalen Disziplinierungsstrategien wirkten, mussten die politischen Kontrahenten einander zähneknirschend attestieren, sich an die Spielregeln zu halten. So konzidierte die katholische Tageszeitung Bolognas 1953, was der lokalen Öffentlichkeit nicht entgangen sein konnte: dass der Wahlkampf ruhig verlaufe und die Kommunisten nicht auf ihre bewährten »Gewaltmethoden gegen die eigenen politischen Gegner« zurückgriffen. Einzig am Abend vor den Wahlen kam es 1953 zu nicht mehr als zwei Faustkämpfen in Stadt und Provinz.⁴⁵⁶ Im Wahlkampf 1958 zählte die Polizei »wenige Vergehen, und alle von schwacher Bedeutung«. In Apulien mussten die Kommunisten im selben Jahr zugeben, dass die Aktivisten der *Comitati Civici* ihre einstige »Aggressivität« abgelegt hätten.⁴⁵⁷ Im Wahlkampf 1963 schien kein Zweifel mehr zu bestehen, dass sich die politischen Akteure an die Spielregeln hielten.⁴⁵⁸

Zugleich schlachteten die politischen Kontrahenten nun jeden kleinsten Zwischenfall öffentlich aus und wetteiferten dabei um das Qualitätssiegel der

⁴⁵⁴ Zu Handgemengen und Festnahmen in der Bologneser Provinz 1948 siehe die Berichte des Prefetto di Bologna an das MI v. 22.3., 30.3. u. 9.4.1948. ACS, MI-GAB, fasc. 17414; *Dimostrazioni comuniste contro oratori del MSI*, in: *IL RESTO DEL CARLINO*, 19.5.1958. Zu den Auseinandersetzungen in vornehmlich kleineren Gemeinden siehe M. MAGNO, Puglia, 1988, S. 57–59; *Comizio disturbato a Barletta*, in: *LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO*, 31.5.1946. Vgl. A. VENTRONE, *Cittadinanza*, 2008, S. 203.

⁴⁵⁵ Dabei handelte es sich meist um Totschlagdelikte außerhalb der Plätze. Zum Problem polizeilicher Präsenz auf dem Land siehe etwa: Prefetto di Bologna an das MI, 21.4.1948. ACS, MI-GAB, fasc. 17414; vgl. S. CAVAZZA, *Comunicazione di massa*, 2002, S. 202.

⁴⁵⁶ *Due attacchini della D.C. percossi da comunisti a Fontanelice*, in: *L'AVVENIRE D'ITALIA*, 3.6.1953 (Zitat); *Tutti alle urne*, in: *GIORNALE DELL'EMILIA*, 7.6.1953.

⁴⁵⁷ Erstes Zitat: Prefetto di Bari an das MI, 19.5.1958, Bl. 2. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2; zweites Zitat: M. MAGNO, Puglia, 1988, S. 216, 250. Zu 1953 siehe die Meldungen aus Bari: ACS, MI-GAB, 1953–56, b. 494, fasc. 7709.

⁴⁵⁸ *Il miraggio del Pci bolognese: uguagliare i voti delle »amministrative«*, in: *IL RESTO DEL CARLINO*, 15.5.1963.

wahrhaft ›demokratischen‹ Kraft vor Ort. Wie schon mit Blick auf die Praxis des Plakatabreißens führten sie in diesem Zuge einen Verhaltenscodex in die lokalöffentliche Debatte ein, der die politischen Akteure band, wollten sie sich nicht als »undemokratisch« und damit in der Logik der antifaschistischen Parteien als »faschistisch« erweisen. Als kommunistische Jugendliche beim einzigen dokumentierten Wahlkampfzwischenfall in Bologna 1958 eine kleine Straßenumgebung katholischer Aktivisten störten, indem sie das Lautsprecherkabel durchtrennten und im Anschluss angeblich gegen den Wagen traten, auf dem die Redner zum Publikum sprachen, hielten die katholische wie die bürgerliche Presse Gericht über diese »Episode der Intoleranz«. ⁴⁵⁹ Auf den Faschismus verweisend führte der *Avvenire d'Italia* aus: »Im Italien des Jahres 1958 gibt es keinen Platz mehr für Leute, die mit Brutalität Recht haben wollen. Die Einschüchterung hat sich überlebt; die Demokratie ist stark und will und muss und weiß sich bei allen Respekt zu verschaffen. Wer versucht, zu alten, übergriffigen Methoden zurückzukehren, findet heute das Gesetz und seine friedentiftende Herrschaft.« ⁴⁶⁰

Damit wollten die Katholiken auch die Ordnungsleistung des christdemokratischen Staates betonen, der für Recht und Gesetz stand. Wie um zu bekräftigen, dass diese jedoch genauso sehr von den lokalen Parteiverbänden ausging, wurde nach dem Vorfall von 1958 flugs auch eine außerordentliche Sitzung des Interfraktionellen Komitees einberufen, auf dass die Parteivertreter ihre Aktivisten daran erinnern, Unmäßigkeit und Intoleranz zu vermeiden. ⁴⁶¹ Für Tugenden wie »Freiheit«, »Respekt«, »Mäßigkeit« und »Toleranz« war auch jener Teil des Wahlvolks empfänglich, der mit der Parteiendemokratie nicht viel anfangen konnte. Gerade diese *maggioranza silenziosa* konnten die Parteien mit ihrem konzertierten Einsatz für die öffentliche Ordnung ruhigstellen. Ihr Bologneser Sprachrohr *Il Resto del Carlino* titelte 1958, als das Interfraktionelle Komitee zusammentrat: »Der Einsatz der Parteien für einen friedlichen Wettbewerb«. ⁴⁶²

Nicht mehr die Konfrontation im Zeichen der lokalen Stärke, sondern der Wettbewerb um den Status der ›Zivilisierungsmacht‹ dominierte seit 1953 den urbanen Wahlkampf, und über die Spielregeln, die dabei einzuhalten waren, waren sich alle Beteiligten einig. Wie sehr sich das antikommunistische Lager dabei gegen das Image des PCI als Ordnungskraft stemmen zu müssen meinte, wird in einem Leserbrief eines Bolognesers an den katholischen *Avvenire d'Italia* deutlich, in dem der Wähler von seinen diversen Kundgebungsbesuchen berichtete. Zentral war ihm dabei eine Aussage: Für die Ruhe und den respektvollen Umgang in der Stadt und auf den Plätzen sollten die Bologneser der Regierung

⁴⁵⁹ Due attacchini della D.C. percossi da comunisti a Fontanelice, in: L'AVVENIRE D'ITALIA, 3.6.1953 (Zitat); Identificati due responsabili di un episodio di intolleranza, in: IL RESTO DEL CARLINO, 17.5.1958.

⁴⁶⁰ Identificati gli aggressori dei propagandistici del »Civico«, in: L'AVVENIRE D'ITALIA, 17.5.1958.

⁴⁶¹ L'impegno dei partiti per una competizione pacifica, in: IL RESTO DEL CARLINO, 18.5.1958.

⁴⁶² Ebd.; Specchio dei tempi, in: LA STAMPA, 29.3.1958.

dankbar sein, denn nur sie habe für diese Ordnung gesorgt.⁴⁶³ Bürgermeister Dozza konnte sich seinerseits als Wächter der demokratischen Spielregeln in Szene setzen, indem er als Vorsitzender des Interfraktionellen Komitees auftrat und regelmäßig die Parteivertreter ermahnte.⁴⁶⁴ In den Augen der PCI-Führung übertrieb es Dozza dabei mit dem Einsatz für Ruhe und Ordnung. Palmiro Togliatti, so wusste der stets gut informierte Bologneser Präfekt 1954 zu berichten, wollte in Bologna die »ziemlich schläfrige Atmosphäre beleben« und mehr Demonstrationen sehen, die Dozza aber mit Verweis auf die regionale Regierungsrolle des PCI in der Emilia ablehnte – und weil er wusste, dass er als lokaler Regierungschef das bürgerliche Publikum ernster nehmen musste als die Unzufriedenheit seines Parteisekretärs.⁴⁶⁵

Die Bedeutsamkeit des Images als »Zivilisierungsmacht« zeigte sich in Bologna noch 1968, als Giuseppe Dozza, inzwischen gar nicht mehr Bürgermeister, auf der Lokalseite der *Unità* von einer lokalen Wahlkampfkultur sprach, die »geprägt [sei] von der Tradition des politischen Engagements und der Zivilität der Bologneser«.⁴⁶⁶ Im selben Jahr betonte Bürgermeister Guido Fanti vor einem Fernsehteam der ARD die gute republikanische Tradition der Stadt, die sich an dem ruhigen Wahlkampf und der »zivilen« und geordneten Auseinandersetzung über Themen und Argumente zeige. Solche Lobgesänge betonten freilich auch die eigene Leistung des PCI. Führende Genossen erklärten öffentlich, dass das »Rot der Stadt« in ihrer friedlichen Zivilität liege.⁴⁶⁷ Dieses Selbstbild band die lokale Legitimität des PCI an die Aufrechterhaltung der Ordnung, gerade im Wahlkampf, und dahingehend sollten die 1970er Jahre zur Herausforderung werden.

Gefechte im Viertel und deutsche Schweigsamkeit

Der mit kriegerischen Logiken aufgeladene Kampf um Sichtbarkeit führte auch westdeutsche Plakatkolonnen zur Wahl ultimativer Mittel. Sie gingen häufiger aufeinander los, als es eine höchst selektive Berichterstattung vermuten lässt. Dass Konrad Adenauer 1953 den Mitgliedern der Jungen Union dankte, »die oft unter Einsetzung ihrer Fäuste den Plakatkrieg geführt haben«, oder dass es in Hamburg noch 1957 mehrfach zu Schlägereien zwischen jugendlichen Plakatklebern kam, wurde in der Öffentlichkeit nicht verbreitet.⁴⁶⁸ Die vereinzelten Schlagzeilen lassen dann aber doch auf ein beachtliches Gewaltniveau schließen, wenn sie nicht maßlos übertrieben waren. Als etwa in den Reihen der Bonner Jungen Union 1957 ein Gummiknüppel aufgefunden worden

⁴⁶³ Non sono democristiano, però devo dire che ..., in: L'AVVENIRE D'ITALIA, 31.5.1953.

⁴⁶⁴ Dasselbe konstatiert L. ARBIZZANI, Una notte di battaglia elettorale, 1983, S. 216.

⁴⁶⁵ Prefetto di Bologna an das MI, 17.2.1954. ACS, MI-GAB, PP 1944–1966, b. 3, fasc. 160/P/14.

⁴⁶⁶ Un voto per cambiare, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 18.5.1968.

⁴⁶⁷ I riflettori puntati sul rosso della città, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 12.5.1968.

⁴⁶⁸ Zit. n. T. MERGEL, Propaganda, 2010, S. 285; zu Hamburg: C. OLDENBURG, Tradition und Modernität, 2009, S. 335.

war, sah der stellvertretende Vorsitzende der FDP Erich Mende darin den Beweis dafür, dass es sich bei der Jungen Union um eine »schlagwütige Hilfspolizei« handele, und wollte die Waffe zu Konrad Adenauer ins Kanzleramt tragen lassen. Auch die SPD warf den Christdemokraten vor, bei Plakatierungskämpfen zuweilen mit Gummiknüppeln und Eisenstangen zu Werke zu gehen.⁴⁶⁹ Die Union wiederum kolportierte 1961 unter anderem »Mißhandlungen von CDU-Flugblattverteilern« in Bremen. In Aschaffenburg hätten Genossen versucht, mit den Worten »Schlagt sie tot – sie sollen verrecken – ihr Pfaffendiener« einen CDU-Lautsprecherwagen umzustürzen.⁴⁷⁰

Faustkämpfe der Plakatkolonnen und Parteimitglieder gehörten auch in den 1960er Jahren zur westdeutschen Wahlkampfrealität. 1965 sah sich die CDU-Bundesgeschäftsstelle durch im Dunkeln liegende Geschehnisse veranlasst, ihren Gliederungen mitzuteilen, dass fortan alle Verstöße, Störversuche und sogar »Übergriffe bzw. Amtspflichtverletzungen der Polizei« in einheitlicher Form intern registriert werden sollten. Das Muster der Geschäftsstelle lautete: »in X-Stadt vor dem Hause Kaiserstraße 17 schlug der SPD-Landtagsabgeordnete K. Schmitz unserem Verteiler die Flugblätter [...] mit einem Stock aus den Händen. Strafanzeige wurde nicht erstattet.«⁴⁷¹ Solche Mühen konnten nicht unbegründet sein, doch ein Diskurs über politische Gewalt oder demokratisches Verhalten war in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit auch zu diesem Zeitpunkt noch nicht anzutreffen. Physische Auseinandersetzungen im Wahlkampf wurden lediglich über Rundfunksender und Agenturen verbreitet, wie das SPD-Pressereferat 1965 vermerkte. Deshalb wies sie die sozialdemokratischen Bezirke an, von physischer Gewalt Abstand zu nehmen – nicht etwa, um der Demokratie damit alle Ehre zu erweisen, sondern weil »solche Meldungen immer einen schlechten Eindruck machen, falls der Name unserer Partei genannt wird«.⁴⁷²

Wie heftig die Auseinandersetzungen waren und wie nebulös die Berichterstattung, lässt sich an einem Hamburger Fall von 1949 gut nachvollziehen. In der letzten Wahlkampfnacht waren Plakatkolonnen der SPD und der DP des Öfteren auf den Straßen der Hansestadt zusammengestoßen, wie ein interner Vermerk der SPD dokumentiert. Transparente und Pylonen zu stehlen, war dabei die harmlosere Form der Konfrontation. In Billstedt hatte »1 DP-Mann [eine] Abreibung bekommen«, in Bergedorf war es zu einem Zusammenstoß zwischen dreißig DP-Leuten und dreißig Genossen gekommen, wobei der DP Plakate und Kleister abgenommen worden waren. In Farmsen hatten Genossen erfolgreich einen Zettelverteiler der DP verjagt, welcher daraufhin in der »Böhm-Kaserne«,

⁴⁶⁹ Wahlkampfwellen immer höher, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 13.9.1957; U. W. KITZINGER, Wahlkampf in Westdeutschland, 1960, S. 225.

⁴⁷⁰ Die »fairen« Wahlkämpfer der SPD, in: ELBE KURIER, 1. Jg., Nr. 7, September 1961.

⁴⁷¹ CDU Bundesgeschäftsstelle, Müllenbach, an die Kreisverbände, 3.12.1965. ACDP 02-155-002/1.

⁴⁷² SPD, Referat Presse, Franz Barsig: o.T. [»Die Bezirke haben heute fernschriftlich folgende Hinweise zum Wochenende erhalten«], 16.9.1965, Bl. 2. AdSD, SPD-PV II, Pressestelle, Mp. 0835.

dem Lager der German Civil Labour Organisation (GCLO) in Rahlstedt, eine Verstärkung von fünfzig Mann organisiert hatte. Dieses DP-Bataillon, das zumindest zum Teil aus einstigem zivilen Dienstpersonal der Wehrmacht bestand, überfiel kurz darauf eine achtköpfige SPD-Plakatkolonne und schlug auf die Genossen ein. Zwei Schwerverletzte mussten danach ins Barmbeker Krankenhaus gebracht werden: Der 58jährige Sozialdemokrat Hermann Fietze hatte einen Kieferbruch erlitten und ein Auge verloren, ein anderer Genosse trug Kopfverletzungen davon. Sechs Männer aus der Kaserne wurden von der Polizei verhaftet. Währenddessen schlugen am Bahnhof Barmbek Genossen die Fensterscheiben von Taxis ein, um ein von der DP gestohlenen SPD-Transparent wiederzubekommen. Einer wurde verhaftet, aber kurz darauf wieder auf freien Fuß gesetzt. In der Hamburger S-Bahn schließlich fanden SPD-Mitglieder Klebezettel mit der Aufschrift: »Schlagt Brauer tot!«⁴⁷³

Die Hamburger Wahlkampfnacht spricht nicht für eine politische Konfliktkultur, die angesichts der Gewalterfahrungen der vergangenen Jahrzehnte friedlicher geworden war.⁴⁷⁴ Das mochte damit zusammenhängen, dass sich mit Sozialdemokraten und DP-Aktivisten die einstigen Feinde aus der Zeit um 1930 gegenüberstanden, handelte es sich doch bei den Hamburger DP-Mitgliedern in aller Regel um alte Nationalsozialisten. Zwar zeigt der Umgang mit dem verlorenen Auge des Genossen Fietze, der von der Partei ein Schmerzensgeld erhalten sollte, dass die Geschehnisse nicht die Normalität des Wahlkampfes widerspiegeln. Tatsächlich handelte es sich bei den Zusammenstößen um die ersten *dokumentierten* ihrer Art in Hamburg.⁴⁷⁵ Doch es ist anzunehmen, dass viele kleine Vorkommnisse gar nicht an die Öffentlichkeit drangen und auch nicht innerhalb der Parteien an Leitungsgremien weitergegeben oder anderweitig dokumentiert wurden. Die Hamburger Landespionierleitung etwa teilte nach den Vorfällen der letzten Wahlkampfnacht ihren Pionierleitern lediglich lapidar mit, sie wolle künftig Mitteilung darüber erhalten, wer die Schuld an solchen Zusammenstößen trage. Von Bestürzung oder Empörung war nichts zu spüren, und Gesprächsbedarf schienen sie auch nicht zu wecken. Vielleicht war man sie gewöhnt.⁴⁷⁶

Immerhin fanden die Hamburger Vorfälle Eingang in die öffentliche Berichterstattung. Die Abweichungen hier lassen jedoch nicht darauf schließen, dass von den Parteien oder der Hamburger Polizei unter dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten eindeutige Stellungnahmen erfolgt wären.⁴⁷⁷ Die

⁴⁷³ Anl. zu »Toleranz hat Grenzen«, o. D. [1949]. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 107.

⁴⁷⁴ So die These bei R. BESSEL, *Germany 1945, 2009*, S. 398 f.

⁴⁷⁵ Vgl. auch W. TORMIN, *Geschichte der SPD*, 1994, S. 263. Zum Schmerzensgeld siehe: Protokoll der Parteivorstandssitzung [SPD-Landesorganisation Hamburg] am 18.8.1949, 19.8.1949. AdsD, SPD-LO HH II, Mp. 1040.

⁴⁷⁶ SPD LO HH, Landespionierleitung: Rundschreiben Nr. 6/49 an die Kreis-Pionierleiter, die Distrikts-Pionierleiter und die Kreisbüros, 24.8.1949. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 106.

⁴⁷⁷ Zum Folgenden: Stürmische Nacht, in: *DIE WELT*, 15.8.1949; DP provoziert schweren Zusammenstoß, in: *HAMBURGER ECHO*, 15.8.1949.

Welt und das sozialdemokratische *Hamburger Echo* präsentierten unterschiedliche Versionen der Schlägerei zwischen den fünfzig DP-Leuten und den SPD-Genossen, wobei sie sogar von unterschiedlichen Kasernen sprachen, aus denen die DP-Schläger gekommen waren. Beide Darstellungen deckten sich wiederum nicht mit dem internen Aktenvermerk der SPD. Die eingeschlagenen Taxifenster in Barmbek resultierten laut der *Welt* aus der Flucht von Sozialdemokraten vor DP-Leuten – das genaue Gegenteil sagte der Aktenvermerk aus. Im sozialdemokratischen *Hamburger Echo* wurde dieser Vorfall gar nicht erwähnt; stattdessen kaprizierte sich die SPD-Pressekommission auf den Angriff der fünfzig DP-Leute und wusste zu ergänzen, dass sie Eisenstangen und Zaunlatten mit rostigen Nägeln als Schlaginstrumente benutzt hatten; von Zaunlatten sprach auch die *Welt*. Sie wusste zudem zu berichten, dass nach einem anderen Zusammenstoß zwischen denselben Kontrahentengruppen in Wandsbek eine 37-jährige »Streiterin der Deutschen Partei« auf der Straße liegengeblieben und mit einer Gehirnerschütterung ins Krankenhaus geschafft worden war.

Mit Kommentaren hielt sich die Presse auffällig zurück. Die einzige Meinungsäußerung, zu der sich das *Hamburger Echo* durchrang, bezog sich auf die Böhm-Kaserne, konnte aber auch als Drohung gemeint sein: »Es scheint dringend angebracht, dieser Zusammenrottung ehemaliger Nazis zu organisierten Störtrupps besondere Aufmerksamkeit zu widmen.« In diesem Fall mag die Zurückhaltung auch damit zusammenhängen, dass die für die Kaserne verantwortliche GCLO eine Organisation der britischen Militärregierung darstellte. Doch die ausbleibende Empörung und Problematisierung von physischer Gewalt und mindestens dreier Schwerverletzter, die im Krankenhaus lagen, sollte für den westdeutschen Wahlkampfdiskurs charakteristisch bleiben. Kommentarlos berichtete die FAZ 1953 von einer Schlägerei zwischen kommunistischen und christdemokratischen Plakatklebern in Celle, in deren Verlauf es gar zu einer »Straßenschlacht« gekommen sei, die mehrere Christdemokraten verletzt zurückgelassen hatte. Wenige Tage zuvor war der FDP-Vorsitzende einer Gemeinde im Odenwald zusammen mit Kumpanen auf einen sozialdemokratischen Plakatkleber losgegangen und hatte ihm eine Gehirnerschütterung und einen Nasenbeinbruch zugefügt.⁴⁷⁸ In Hamburg, dessen Presse 1953 keine Fälle von politisch motivierter Körperverletzung in der Stadt kolportierte, landete diese Meldung zwar auf der Titelseite der sozialdemokratischen *Hamburger Morgenpost*, blieb jedoch ebenfalls unkommentiert.⁴⁷⁹

Das Beschweigen politischer Gewalt war auffällig, sowohl in der Presse als auch in politischen oder verfassungsrechtlichen Debatten.⁴⁸⁰ Die übergroße

⁴⁷⁸ Fünf Kommunisten in Celle festgenommen, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 7.9.1953; Schlägerei im Wahlkampf, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 31.8.1953.

⁴⁷⁹ Wahlhelfer verletzt, in: HAMBURGER MORGENPOST, 29.8.1953.

⁴⁸⁰ Vgl. A. DOERING-MANTEUFFEL, Grundordnung und Gewaltdiskurs, 2003, S. 280; K. WEINHAUER, Schutzpolizei, 2003, S. 250.

Mehrheit der Redaktionen verzichtete darauf, Zusammenstöße im Wahlkampf in ihren Kolumnen zu besprechen. Das mag als Deeskalationsstrategie gedeutet werden, die dazu dienen sollte, die Gemüter nicht (noch weiter) zu erhitzen. Womöglich wollten Journalisten so der Ausschlichtung der »kleinen« Alltagsgewalt vorbeugen, wie sie in der Weimarer Republik anzutreffen gewesen war.⁴⁸¹ Und es mochte auch auf alliierte Interventionen zurückgehen. So schwierig es zwar war, unter den westdeutschen Journalisten einen neuen Berufsethos einkehren zu lassen, wie er den Besatzern vorgeschwebt hatte: In den Lokal- und Parteizeitungen setzte sich doch früh ein Stil durch, der sich von der Empörungspresse Weimarer Zeiten fundamental unterschied und auf Nüchternheit setzte.⁴⁸²

Interessant ist allerdings zu sehen, dass Presse wie Parteien sich über *verbale* »Entgleisungen« häufig empörten, während sie über *körperliche* Handlungen kaum ein Wort verloren.⁴⁸³ Man kann darin die Aufmerksamkeitsökonomie staatlicher Organe und der Bundestagsfraktionen wiedererkennen, die sich zu jener Zeit, in Vorbereitung auf ein Verbot von SRP und KPD, auf das *gesprochene* Wort konzentrierten und Zitate mit verfassungsfeindlichem Gedankengut kompilierten, um gegenüber dem Verfassungsgericht gute Belege zu haben.⁴⁸⁴ Der juristische Diskurs, aber auch das ausländische Interesse am Fortleben neonazistischen *Gedankenguts* beeinflusste so offenbar die Art und Weise, wie man im politischen Alltag Verfassungskonformität beobachtete. In körperlichen Handlungen oder gar physischer Gewalt wurde sie nicht gesucht, ganz im Gegensatz zum italienischen Diskurs, der die Demokratie ganz klar mit körperlichen Verhaltensregeln verknüpfte und »Gewalt« (*violenza*) klar verurteilte.

Kamen aggressive körperliche Handlungen in der Bundesrepublik überhaupt zur Sprache, war von »Radau« oder »Tätlichkeiten« die Rede.⁴⁸⁵ »Stürmische Nacht« wählte die *Welt* als beinahe zynische Schlagzeile für die Hamburger Zusammenstöße vor der Bundestagswahl 1949. Womöglich war das unbeholfen, vielleicht aber auch Ausdruck einer gewissen Nonchalance gegenüber physischer Gewalt, die man ohnehin erwartete. Man könnte darin eine gewisse Abhärtung durch Gewöhnung erblicken, wie schon die frühen Stadtsoziologen, die sich in den Nachkriegsjahren über die Beiläufigkeit der Presseberichterstattung angesichts der hohen Kriminalitätsraten wunderten.⁴⁸⁶ Schrofne, scharfe und he-

⁴⁸¹ Vgl. J. C. HÄBERLEN, *Vertrauen*, 2013.

⁴⁸² Vgl. T. MERGEL, *Sachlichkeit*, 2003, S. 39; C. VON HODENBERG, *Konsens und Krise*, 2006, S. 134–139; zu Hamburg vgl. D. A. GOSSEL, *Hamburger Presse*, 1993.

⁴⁸³ Ist Wahlrecht wirklich Wahlpflicht?, in: *DIE ZEIT*, 4.8.1949; Der Wähler hat nun das letzte Wort im Meinungsstreit der Parteien, in: *SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG*, 14.09.1957; SPD wünscht aktive Konjunkturpolitik, in: *SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG*, 11.9.1957; SPD, Wahlkampf ohne Wahrheit, 1957. Vgl. T. MERGEL, *Propaganda*, 2010, S. 284–296.

⁴⁸⁴ Zur staatlichen Fokussierung auf das gesprochene Wort, die auf Empörung im Ausland über neonazistische Tendenzen reagierte, vgl. N. FREI, *Vergangenheitspolitik*, 2012, S. 343 f.

⁴⁸⁵ Massive Wahlkundgebungen, in: *HAMBURGER ECHO*, 6.8.1949; G. WARNKE, »Fahnen«, 1988, S. 134; Die »fairen« Wahlkämpfer der SPD, in: *ELBE KURIER*, 1. Jg., Nr. 7, September 1961.

⁴⁸⁶ Vgl. M. ZIERENBERG, *Gewaltkommunikation*, 2013, S. 54–57.

rabsetzende Umgangsformen waren in den 1950er Jahren zumindest zwischen Polizisten und Bevölkerung eher die Regel als die Ausnahme, harte Gangarten im Falle agonaler Begegnungen offenbar verbreitet.⁴⁸⁷ Allerdings wusste das *Hamburger Echo* 1949 zu berichten, dass die Geschehnisse der letzten Wahlkampfnacht unter der Bevölkerung eine »große Unruhe« verursacht hätten, was ebenso gegen die Annahme einer Abstumpfung der Deutschen gegenüber Gewalthandlungen spricht wie die öffentliche Erregung über die »Halbstarke«-Krawalle in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre. Ordnung auf den Straßen war und blieb selbstredend ein grundlegendes Bedürfnis urbanen Lebens in der Bundesrepublik.⁴⁸⁸

Am plausibelsten erscheint mithin die Erklärung, dass man physische Gewalt im Wahlkampf erwartete und zugleich beschwieg, weil man sie aus der ersten Demokratie gewöhnt war. Der »Weimar-Komplex«, wie ihn Sebastian Ullrich aus den politischen Debatten und der Publizistik herauspräpariert hat, machte die Verhandlung physischer Gewalt offenbar unmöglich, weil Demokratie und »stürmische Nächte« aus dieser Erfahrung heraus logisch miteinander verbunden waren.⁴⁸⁹

Dies würde erklären, dass die Begriffe »Demokratie« oder »demokratische Ordnung«, ganz im Gegensatz zu Italien, in lokalen Debatten nirgendwo als positiv konnotierte Konzepte auftauchten, die friedliche Verhaltensnormen festlegten. Parteien und Presse nutzten stattdessen den sportiven Anglizismus der »Fairness«, wenn sie Richtlinien politischer Kommunikation verhandelten.⁴⁹⁰ Fairness konnte im lokalen Diskurs durchaus die Funktion erfüllen, die »Toleranz« oder »Zivilität« in Italien zukam. So standen die erwähnten lokalen Wahlkampfabkommen der Parteiverbände unter dem Rubrum der »Fairness« und verboten es, gegnerische Plakate abzureißen oder zu beschmieren und Wahlversammlungen verbal zu stören.⁴⁹¹

Auch für den Fairnessdiskurs und für diese Vereinbarungen galt jedoch, dass sie *körperliche* Handlungen nicht konkret benannten, weder die gewünschten noch die unerwünschten. Wenn in einem Erfahrungsbericht über die Bundes- und Landtagswahlkämpfe der Union 1953–1955 zu lesen war, es bestehe in der Bevölkerung »ein spürbares Bedürfnis nach sachlicher Information und nach fairer Auseinandersetzung, während Polemik und Demagogie in den

⁴⁸⁷ So anhand von Polizeiakten der 1950er Jahre: K. WEINHAEUER, Schutzpolizei, 2003, S. 244–250.

⁴⁸⁸ Vgl. auch M. ZIERENBERG, Gewaltkommunikation, 2013, S. 57; T. GROTHUM, Jugendliche Ordnungsstörer, 2001, S. 288.

⁴⁸⁹ S. ULLRICH, Weimar-Komplex, 2009.

⁴⁹⁰ Vgl. T. MERGEL, Propaganda, 2010, S. 284–302. Zur erstrebenswerten »demokratischen Ordnung« und damit einer Ausnahme siehe: Gustav Heinemann: Wettrüsten zur Saalschlacht?, in: DIE ZEIT, 13.4.1950.

⁴⁹¹ Amt für Bezirksverwaltung an die Landesleitungen der politischen Parteien, Betr.: Werbung für die Bundestagswahl, 12.8.1957 (Abschrift). ACDP 02-155-006/3; »Bleibt sauber und fair auch im Wahlkampf!«, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 3.3.1961; SPD klebt CDU-Plakate, in: DIE WELT, 4.9.1965; U. W. KITZINGER, Wahlkampf in Westdeutschland, 1960, S. 225 f.

meisten Fällen nur negative Reaktionen auslösten«, wurde klar, dass sich Fairness als Gegenstück zu Polemik und Demagogie auf verbale Kommunikation bezog.⁴⁹² Eine Ausnahme war die Schlagzeile der Hamburger CDU in ihrer Wahlkampfzeitung 1961, die Prügelepisoden der Plakatkolonnen mit dem Kommentar »Die ›fairen‹ Wahlkämpfer der SPD« versah. Sarkasmus diente hier als Hinweis darauf, dass Fairness inzwischen auch in der Interaktion vor Ort als geteilte Spielregel gelten konnte. Doch eine explizite Absage an »Gewalt« war auch hier nicht zu finden.⁴⁹³

Im Anschluss an eine »Sprengung«, die Sozialdemokraten verursacht hatten, kam 1953 in der FAZ eines der wenigen Male explizit das Gewaltproblem zur Sprache. In Frankfurt war die Wahlversammlung des rechten Wahlbündnisses aus Deutscher Reichspartei (DRP) und Reichsblock in einer Saalschlacht gemündet, bei der SPD-Genossen den Redner Alexander Andrae, General a. D., aus dem Saal geprügelt hatten, bevor er sein Referat zum provokanten Thema »Abrechnung mit den 45ern« halten können. Er musste mit Schnittwunden ins Krankenhaus gebracht werden. Die FAZ hatte zunächst in gewohnt nüchterner Manier über diese Episode berichtet.⁴⁹⁴ In zahlreichen Briefen hatten die Bürger daraufhin die Redaktion aufgefordert, klarer für eine der beiden beteiligten Parteien Position zu beziehen – Ausweis der auffälligen Tendenz sowohl der Parteien als auch der Wähler in der Bundesrepublik, nicht die Gewalt zu verurteilen, sondern ihre Urhebererschaft ergründen zu wollen. Der konservative Publizist Paul Sethe nahm sich daraufhin ein Herz und legte in seiner Kolumne dar, das Verhalten beider Konfliktpartner in Frankfurt habe die Redaktion nicht entzückt. Dann ließ er sich aber doch zu einer klaren Aussage gegen die SPD hinreißen.

Dem Bürgertum [...] sind nach seinem geistigen Wesen solche Ausbrüche hemmungsloser Gewalttätigkeit [...] auf das tiefste zuwider. Nach dem Worte seines größten Sohnes in Deutschland, nämlich Goethes, erträgt es auch in der Politik lieber eine Ungerechtigkeit als eine Unordnung; und Bierflaschen, die auf den politischen Gegner herniedersausen, gehören für den Bürger zu dem verabscheuungswürdigsten Maß an Unordnung, das sich denken läßt. Es hat keinen Zweck, solche Gesinnung als veraltet zu bezeichnen; sie ist da, sie ist noch höchst lebendig. Mag die Sozialdemokratische Partei auch über General Andrae triumphiert haben, beim Bürgertum hat sie jedenfalls am vergangenen Montag eine wichtige Schlacht verloren.⁴⁹⁵

Statt mit »Demokratie«, »Freiheit« oder »Gesetz« argumentierten die wenigen Stimmen, die sich in der Bundesrepublik gegen physische Gewalt erhoben, mit

⁴⁹² [CDU-Bundesgeschäftsstelle]: Erfahrungsbericht über die Wahlkämpfe der Christlich-Demokratischen Union 1953–55, o. D. [1955], Bl. 4. ACDP 07–001–5010.

⁴⁹³ Die »fairen« Wahlkämpfer der SPD, in: ELBE-KURIER, 1. Jg., Nr. 7, September 1961.

⁴⁹⁴ Saalschlacht in Frankfurt, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 14.7.1953.

⁴⁹⁵ Paul Sethe: Nach der Saalschlacht in Frankfurt, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 20.7.1953.

»bürgerlicher« Ordnung und mit Goethe. Auch »Zivilität« oder zivilgesellschaftliche Werte wurden in diesem Ordnungsdiskurs nicht benannt. Das Gravitationszentrum des westdeutschen Regeldiskurses waren die guten »Sitten«, und diese schienen in der Optik der lokalen Öffentlichkeit aus dem bürgerlichen Geist des Lokalen selbst zu wachsen.⁴⁹⁶

Dass die Ulmer Luft den um keine verbale Injurie verlegenen Ludwig Erhard milde zu stimmen schien, suggerierte die *Schwäbische Donauzeitung* ihren Lesern 1957, wenn sie ihn als »ausgezeichnete[n] Rhetoriker« auftreten sah, »schwungvoll und lebendig, aber frei von jeder verletzenden Polemik«.⁴⁹⁷ Auf einer Ulmer Wahlversammlung mit dem baden-württembergischen Wirtschaftsminister Hermann Veit (SPD) kurz darauf trat die Dichotomisierung zwischen den sich vergessenden Parteigranden und den guten lokalen Sitten deutlich zutage. Auf das Eingangs-Statement des Versammlungsleiters hin, der diesjährige Wahlkampf sei mit der Zeit immer niveauloser geworden, beschuldigte Veit gleich zu Beginn seiner Rede den Bundeskanzler und Ludwig Erhard, der öffentlich erklärt habe, die SPD verdiene die Verachtung aller Deutschen. Während die *Schwäbische Donauzeitung* den Wirtschaftsminister eine Woche zuvor noch von »jeder verletzenden Polemik« freigesprochen hatte, als er in Ulm zu Besuch gewesen war, berichtete sie nun, der Sozialdemokrat Veit habe großen Beifall geerntet, als er ausrief, ein Bundesminister, der sich nicht scheue, »eine Äußerung zu tun, die einem die Schamröte ins Gesicht treibe«, verdiene Verachtung. »Von ihm, dem Redner, möge man nicht erwarten, daß er auf das gleiche Niveau heruntersteige; er werde sich jedenfalls bemühen, den Standpunkt seiner Partei so sachlich wie nur möglich darzulegen«.⁴⁹⁸

Es ist auffällig, wie Politiker, Lokalpresse, aber auch Wähler im fernen virtuellen Raum der Rededuelle immer wieder »Niveaulosigkeit« und fehlende »Moral« erkannten, zugleich aber in der eigenen Stadt und beim konkreten Auftreten vor Ort das eigene Niveau betonten.⁴⁹⁹ So freute sich eine Hamburgerin 1961 über »sehr viel mehr Fairneß« in der Hansestadt als in anderen Teilen der Bundesrepublik, wenn sie den Wahlkampf in ihrer Stadt beobachtete. Die Lokalredaktion des *Hamburger Abendblattes* stimmte ein und nannte ihn »durchaus gemessen, tolerant und ... hanseatisch«.⁵⁰⁰

Sachlichkeit und Fairness, Maß, Toleranz und Moral, nicht aber »Demokratie« und die explizite Absage an körperliche Gewalt waren die Ingredienzien des westdeutschen Diskurses um demokratische Spielregeln. Dass die Parteien

⁴⁹⁶ Zur Problematik von »Bürgerlichkeit« nach 1945 vgl. H. SIEGRIST, Ende der Bürgerlichkeit, 1994.

⁴⁹⁷ »Schutz der Freiheit ist die erste Pflicht«, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 3.9.1957. Zum bejubelten Auftreten Erhards in Ulm siehe etwa auch: »Der wirtschaftliche Aufschwung wird anhalten!«, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 5.9.1953.

⁴⁹⁸ SPD wünscht aktive Konjunkturpolitik, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 11.9.1957.

⁴⁹⁹ Die Meinung der Leser: Mäßigung!, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 8.9.1961.

⁵⁰⁰ Die Meinung der Leser: Fairneß, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 9./10.9.1961; Viele junge Menschen kommen in die Wahlversammlungen, in: ebd.

eine ›Zivilisierung‹ der politischen Umgangsformen leisten konnten, davon waren nur die Parteien selbst überzeugt. In der vom Weimarer Schatten getriebenen Wahrnehmung durch Presse und Wähler indes war von Parteien dahingehend sehr wenig zu erwarten, und hätten die Zusammenstöße im westdeutschen Wahlkampf, die mit ihrem Ausgreifen in die späten 1950er und 1960er Jahre letztlich persistenter waren als in Italien, ein solches Presseecho gefunden wie südlich der Alpen, wäre sich das deutsche Wahlvolk wohl schnell in der Diagnose einig gewesen, dass mit der Demokratie auch die »Kampfzeit« zurückgekehrt sei.

Zusammenfassung

Parlamentarische Politik repräsentierte sich in den italienischen Städten recht ähnlich wie die faschistische Politik zuvor. Nicht nur die Kommunisten, sondern alle politischen Parteien ließen sich auf den emotionalen und expressiven Stil ein, der an die Massenpolitik der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erinnerte. Insofern führte die Diktaturerfahrung nicht selbstredend zu einer Krise politischer Repräsentation und Kollektivsymbolik. Entscheidend war, ob sich der expressive Massenstil republikanisieren ließ, und das war in Italien der Fall. Das vom PCI als selbsterklärter »Protestpartei« vorgegebene Deutungsmuster, dass sich das ›wahre‹ Italien auf den Plätzen versammelte, wurde von allen politischen Konkurrenten aufgegriffen und avancierte so zum zentralen Legitimitätsmarker der Parteiendemokratie.⁵⁰¹ In der Bundesrepublik begann demgegenüber schon seit 1949 ein normativer Stil der Nüchternheit und Sachlichkeit um sich zu greifen, der wesentlich von der Rücksicht auf die lokale Öffentlichkeit und vom Gegenbild Weimars, aber auch der SBZ/DDR geprägt war. Er machte Politik im urbanen Raum schwer repräsentierbar, und so war der zentrale Unterschied zwischen den beiden postfaschistischen Republiken dann auch, dass demokratische Politik in Italien lokale Praxis werden konnte, in Westdeutschland hingegen nicht.

Die Spielregeln ihrer Demokratie verhandelte die italienische Öffentlichkeit somit wesentlich anhand konkreter Orte, Akteure und Verhaltensweisen in der Stadt, die westdeutschen im nationalen Raum der Rededuelle, während materielle Spuren der Politik vor Ort nicht gern gesehen waren. Die italienische war eine Anwesenheitsdemokratie mit der Piazza als Dreh- und Angelpunkt, wobei sich hier bis in die 1950er Jahre tatsächlich Wähler verschiedener politischer Ansichten mit unterschiedlichen Parteien trafen, um gut unterhalten zu werden und darüber zu entscheiden, wer in der Stadt als legitimer poli-

⁵⁰¹ Die Forschung übersieht die Teilhabe der politischen Rechten an diesem Stil, so etwa R. A. VENTRESCA, *From Fascism to Democracy*, 2004, S. 41 f.; A. VENTRONE, *Cittadinanza*, 2008; M. SALVATI, *Cittadini e governanti*, 1997.

tischer Akteur empfangen wurde. Die westdeutsche war eine Abwesenheitsdemokratie, wo sich im urbanen Wahlkampf vorrangig Parteimitglieder in überdachten Wahlversammlungen einfanden und der Kontakt mit Wählern primär über (massen-)mediale Kanäle stattfand. Die Repräsentationsschwierigkeiten der parlamentarischen Politik brachten in Deutschland starke Medialisierungsanreize mit sich und machten die urbanen Räume frei für Manifestationen, die fortan als »zivilgesellschaftlich« gelten konnten. Das republikanische Volk schien hier für sich selbst zu sprechen und nahm dazu Stift und Papier in die Hand. In Italien beanspruchten die politischen Parteien, den *popolo* auf der Piazza zu verkörpern, und waren damit in der ersten Dekade der Republik durchaus erfolgreich.

Der Repräsentationsraum, den die Parteiendemokratie beanspruchte, ließ die Konfliktlogik des Kalten Krieges in den italienischen Städten Praxis werden. Allerdings schlifften sich schon seit dem Referendumswahlkampf 1946 lokale Konflikteinhegungsmuster ein, die darauf zielten, das Vermögen der demokratischen Parteien zu einem friedlichen Miteinander unter Beweis zu stellen. Über ihre konkrete Leistung für die öffentliche Ordnung verdienten sich sämtliche Vertreter der Parteiendemokratie das Vertrauen der urbanen Öffentlichkeit und insbesondere der »schweigenden Mehrheit«. Der PCI und die staatlichen Vertreter konkurrierten dabei in den 1940er und 1950er Jahren um das Prädikat der lokalen Ordnungshüter, kooperierten aber häufig auch. Im Zuge der urbanen Ordnungsstrategien wurden »Demokratie« und »Toleranz« zu Normen erhoben, die auch die Parteiaktivisten auf gewisse Verhaltensweisen und »zivile« Spielregeln verpflichteten. Darauf beruhte die schon 1948 einsetzende Verbannung politischer Gewalt aus den urbanen Wahlkampfaren Italiens. So schälten sich in der lokalen Praxis durchaus früh geteilte »demokratische« Werte heraus, die alle beteiligten Akteure, von den Monarchisten bis zu den Kommunisten, banden und die *maggioranza silenziosa* mit der Parteiendemokratie versöhnte, solange sie Ruhe und Ordnung sicherstellte.

Die politischen Kontrahenten setzten in der italienischen Stadt nicht nur einen »demokratischen« Verhaltenskanon durch, sondern teilten in in den 1950er Jahren auch den urbanen Raum unter dem Rubrum der »Toleranz« untereinander auf, um so jeder Partei Platz für ihre Repräsentation zu bieten. Durch die institutionalisierten Konkordanzstrategien wandelte sich eine einst kompetitive in eine geeinte, überparteiliche politische Besetzungskultur, wobei die »Demokratie« als Instrument diente, um die Repräsentationsansprüche der Parteien durchzusetzen – im Zweifel auch gemeinsam gegen den Willen des städtischen Publikums. Auf diese Weise rückte die politische Klasse in der lokalen Praxis zusammen und verlor sich zugleich der Unterhaltungswert des urbanen politischen Kommunikationsgeschehens, der in der kompetitiven Auseinandersetzung aufgehoben gewesen war. In gewisser Weise kam die symbolische Hochzeit der Parteiendemokratie so durch die Verregelungstendenzen und die Präsenz der Polizei im Wahlkampf der 1950er Jahre bereits an ihr Ende.

In der Bundesrepublik hatte das Schreckbild Weimars tatsächlich geradezu blockierende Wirkungen auf die Verständigung über demokratische Verhaltens- und Kommunikationsnormen. »Demokratie« war als Begriff und als Werteordnung in der lokalen Wahlkampföffentlichkeit auffällig abwesend. Physische Gewalt war persistenter und brutaler, als es ihr weitgehendes öffentliches Beschweigen nahelegt, zog jedoch keinen lokalen Diskurs um friedliche Spielregeln nach sich, sondern wurde mit dem Versammlungsordnungsgesetz parlamentarisch »erledigt«, ohne vor Ort fortan gänzlich zu verschwinden. Zwar hielt der Begriff der »Fairness« Einzug in die lokalen Beobachtungen von Politik, doch welche körperlichen Handlungen er konkret meinte, blieb undefiniert – Politik schien sich, analog zum hegemonialen Politikverständnis deutscher Parteien, lediglich verbal abzuspielen. Bei »Entgleisungen« der Zunge sahen sich westdeutsche Beobachter durchaus häufig zum Appell an Anstandsregeln veranlasst und attestierten den Parteien schlechtes Benehmen. Über die Sprengungs- und Störungserfahrungen im Sammlungswahlkampf jedoch äußerte man sich so gut wie nie explizit. CDU und SPD zogen aus diesen Erfahrungen mit den Exponenten der extremen Linken und Rechten ihre eigenen Lehren und beschränkten die Sprecherrollen auf ihren Wahlversammlungen zunehmend auf ihre eigenen Vertreter. Von einer Diskussionslust zwischen Wählern und Parteien war in dieser bleiernen Zeit der westdeutschen Demokratie bis in die frühen 1960er Jahre hinein nichts zu spüren.

Die urbane Repräsentationskultur der beiden jungen postfaschistischen Demokratien kündigt von der massiven Präsenz von Politik in Italien, einer auffälligen Unsichtbarkeit in der Bundesrepublik. Was die beiden Fälle jedoch verband, war die einflussreiche Rolle des städtischen Publikums. Als Öffentlichkeit, wesentlich vertreten von der unabhängigen Lokalpresse, beeinflusste es das Kommunikationsgeschehen im Kalten Krieg weitaus stärker, als es in der Zwischenkriegszeit möglich gewesen war. Verweise auf das Stadtbild, aber auch auf eine vermeintliche lokale Mentalität, konditionierten das repräsentative Handeln der parteipolitischen Akteure, das damit vor allem im Falle der SPD in der lokalen Praxis vorwegnahm, was in der Parteizentrale alsbald als »Modernisierung« konzipiert werden sollte.



Abb. 5: Inszenierung des italienischen Wahlkampfs als urbanes Publikumsereignis. Titelblatt der kommunistischen Wochenzeitung *Vie Nuove*, Nr. 23/1953 vom 7.6.1953, bereitgestellt von der Fondazione Gramsci Emilia-Romagna.

Drittes Kapitel

Die Nähe des Parlaments. Verbindungen zum Wähler in der jungen Demokratie

Seit den ersten Kommunalwahlen im Jahr 1946 waren Deutsche und Italiener wieder mit einer Frage konfrontiert, die sich über zehn beziehungsweise zwanzig Jahre nicht gestellt hatte: Wer konnte die Bürger am besten vertreten und mit welchem Recht? Faschismus und Nationalsozialismus hatten eine organische Einheit von Volk und »Führer« suggeriert und damit ihre Legitimität auf Identifikation, nicht auf Repräsentation gegründet. Abstimmungen und Referenden hatten den Regimen dazu gedient, die Identität von Führern und Geführten in Szene zu setzen.¹ Nach 1945 waren Wahlen wieder dazu bestimmt, Parlamente zu besetzen und das Wahlvolk in verschiedenen Fraktionen abzubilden. Ausgeprägt jedoch war die Freude über die Rückkehr des Parlamentarismus nicht, vor allem nicht in Deutschland. Ein »Parteienstaat« Weimarer Angedenkens figurierte als Schreckgespenst politischer und publizistischer Debatten in der Gründungszeit der Bundesrepublik.² Auch in Italien kursierte die Warnung vor einer *partitocrazia* bereits in den 1940er Jahren. Zwar fehlte hier die negative Erfahrung einer gescheiterten ersten Republik, doch war das Verhältnis zum Parlament seit der liberalen Ära auch auf der Halbinsel gespalten.³ Parlamentskandidaten und Parteien standen daher vor großen Herausforderungen. Wie konnten sie das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler gewinnen? Worauf gründeten sie in den jungen Republiken ihre Legitimität als politische Repräsentanten?

Die Historiographie hat sich dem Verhältnis zwischen parlamentarischer Politik und postfaschistischen Wählern auf dreierlei Weise genähert. Eine pessimistische Deutung entwirft die Wähler als parlamentsfern und politisch desinteressiert.⁴ Für Westdeutschland lassen sich auf dieser Folie die Politisierungs- und Demokratisierungsgeschichten der 1960er Jahre entfalten, wobei zunächst Intellektuelle eine positive Hinwendung zur demokratischen Politik vollzogen

¹ Vgl. S. v. FALKENHAUSEN, *Das Bild des Volkes*, 2000; S. CAVAZZA, *Dimensione massa*, 2004, S. 316–320; F. OMLAND, *Reichstagswahlen*, 2006, sowie einzelne Beiträge in R. JESSEN/H. RICHTER, *Voting for Hitler*, 2011.

² Vgl. T. MERGEL, *Parlamentarische Kultur*, 2002, S. 399–408; P. ROMIJN/B. FROMMER, *Legitimacy in Inter-War Europe*, 2008, S. 60; S. ULLRICH, *Weimar-Komplex*, 2009, S. 176–194, 231–237; A. SCHULZ, *Politische Parallelwelten*, 2018, S. 188 f., dort auch zu weiterer Literatur.

³ *Pareva d'essere tornati ai tempi dell'on. Giolitti*, in: *LA STAMPA*, 22.5.1947; *Democrazia in azione*, in: *LA STAMPA*, 16.4.1948; vgl. F. CAMMARANO, *Tra parlamento ed esecutivo*, 2012; M. S. PIRETTI, *Elezioni*, 1995, S. 329 f.; S. CAVAZZA, *Comunicazione di massa*, 2002, S. 194.

⁴ K. H. JARAUSCH, *Umkehr*, 2004, S. 182, 202 f.; E. AGA-ROSSI/V. ZASLAVSKY, *Togliatti e Stalin*, 2007, S. 80 f.

hätten und das ›Volk‹ ihnen dann auf Ostermärschen und in Bürgerinitiativen nachgefolgt sei.⁵

Eine soziologische Perspektive sieht Wähler bis circa 1960 eingebunden in Sozialmilieus, wie sie seit dem 19. Jahrhundert gewachsen waren. Sie fragt nach den sozialen Interessen und politischen Loyalitäten, die Wähler an gewisse Parteien banden, unabhängig davon, ob sie das parlamentarische System für legitim hielten. Für die Bundesrepublik ist umstritten, ob die sogenannten sozial-moralischen Milieus die NS-Diktatur überlebten. Die Wahlergebnisse legen für ganz Westeuropa die Persistenz weltanschaulicher Lager und gesellschaftlicher Konfliktlinien nahe. Das Gros der Historiker geht deshalb auch davon aus, dass die Westdeutschen bis in die 1960er Jahre, wenn nicht noch länger, relativ starke Parteibindungen aufwiesen.⁶ Erst recht scheint das für die Italiener zu gelten. Politikwissenschaftler haben die sogenannte Erste Republik als Container sehr starker, stabiler und isolierter »Subkulturen« mit regionalen Zentren entworfen.⁷ Die Historiographie übernimmt in der Regel dieses Bild einer in Kommunisten, Katholiken und Laizisten geteilten italienischen Gesellschaft, ohne sich näher für die Frage zu interessieren, wie diese Subkulturen nach dem *Ventennio* wuchsen und was sie in den 1950er Jahren zusammenhielt.⁸

Eng mit der Milieu- beziehungsweise Subkulturthese verwoben ist, drittens, die Aufstiegserzählung der »Volkspartei« oder *catch-all-party* (Otto Kirchheimer), des ›modernen‹ Parteientypus, der die Milieulogiken und subkulturellen Gegensätze überwunden habe und auf Konsensfähigkeit in allen Wählerschichten setzte.⁹ Die Geschichte der Volkspartei handelt auch vom

⁵ M. SCHEIBE, Auf der Suche, 2002; E. WOLFRUM, Die geglückte Demokratie, 2007, S. 167; A. SCHILDT/D. SIEGFRIED, Deutsche Kulturgeschichte, 2009, S. 127, 224 f.; F.-W. KERSTING u. a., Gründung, 2010; H. KNOCH, Bürgersinn, 2007.

⁶ M. PITTAWAY/H.-F. DAHL, Legitimacy, 2008, S. 188 f., 198; J. FALTER, Kontinuität und Neubeginn, 1981; T. MERGEL, Propaganda, 2010, S. 106 f., 321 f. Zur Debatte vgl. D. SCHMIECHEN-ACKERMANN, Nationalsozialismus, 1999; D. SÜSS, A scheene Leich?, 2004. Die Persistenz betonen M. E. RUFF, Katholische Jugendarbeit, 1998; F. WALTER, Milieus, 1995; K. GABRIEL, Erosion, 1990. Zum Erosionsprozess seit den 1920er Jahren siehe R. DAHRENDORF, Gesellschaft und Demokratie, 1968, S. 431–448; J. MOOSER, Auflösung, 1983; DERS., Arbeiterleben, 1984, S. 228.

⁷ M. CACIAGLI, Die politische Kultur, 2012; G. TRAUTMANN, Italien, 1984; G. GALLI/A. PRANDI, Patterns, 1970. Unterschieden werden eine *zona bianca* (weiße, katholische Zone) im Nordosten, eine *zona rossa* (oder *cintura rossa*, roter Gürtel) in Zentralitalien, eine laizistische Zone im Nordwesten (*zona industriale*) und eine weitere, gemischte Zone im Süden und auf den Inseln. Vgl. G. GALLI, Comportamento, 1968; C. TRIGILIA, Subculture, 1981. Für eine aktuellere Studie vgl. A. CENTO BULL, Social Identities, 2000.

⁸ S. PARKER, Political Identities, 1996; G. CRAINZ, Paese mancato, 2005, S. 175; H. WOLLER, Geschichte Italiens, 2010, S. 250. Eine Ausnahme bildet A. VENTRONE, Cittadinanza, 2008, der allerdings nur die 1940er Jahre betrachtet. Kritik an der Subkulturannahme stammt von Humanographen und Anthropologen: J. A. AGNEW, Place and Politics, 1992; D. I. KERTZER, Comrades and Christians, 1980, insb. S. 255.

⁹ O. KIRCHHEIMER, Wandel, 1965; H. KÜHR, Vom Milieu zur Volkspartei, 1979; historiographische Übernahmen bei H. MOMMSEN, Von Weimar nach Bonn, 1998, S. 755 f.; J. ANGSTER, Vom

Wandel der politischen Entscheidungsgrundlage an den Wahlurnen. Milieubindungen, so meint die Wahlsoziologie, beruhen auf sozialen Gruppenzugehörigkeiten und daraus wachsenden Glaubensbeziehungen zwischen Wählern und der Partei, die sie qua sozialem Zugehörigkeitsgefühl vertrat (*voto di appartenenza*). Erst in den 1960er und 1970er Jahren, markiert durch den Aufstieg der Volkspartei, hätte sich das »rationale« Wahlverhalten durchgesetzt, wonach Wähler auf der Basis von Programmen situativ und individuell entschieden, welche Partei ihrer »Meinung« am ehesten entsprach (*voto di opinione*).¹⁰

Der politikwissenschaftlichen These vom Wandel des Wählerverhaltens hat die westdeutsche Zeitgeschichtsforschung ihre Befunde zur Transformation des politischen Massenmarkts und der gesellschaftlichen Beobachtung durch politische Parteien zur Seite gestellt. Sie betonen transatlantische Einflüsse in programmatischer und marketingtechnischer Hinsicht, und sie streichen die Bedeutung der Sozialwissenschaften heraus, insbesondere der Demoskopie. So scheint es gerechtfertigt, die Etablierung der Volkspartei in Westdeutschland im Wesentlichen auf die bedeutsame Rolle von Experten und externen Impulsgebern zurückzuführen.¹¹ Eine solche Modernisierungsgeschichte ist für die italienische Republik schwierig zu erzählen, weil einerseits der Einfluss von Experten tatsächlich beschränkt blieb, und weil andererseits die »Verwissenschaftlichung des Sozialen« (Lutz Raphael) ein Paradigma darstellt, das erst seit Kurzem außerhalb deutscher Grenzen aufgegriffen wird.¹² So reproduziert die italienische Zeitgeschichte mit Blick auf den Wählermarkt und seine Beobachtung primär die Befunde und Paradigmata der zeitgenössischen Politikwissenschaft. Häufig wird der Ersten Republik ein eklatantes Repräsentationsdefizit attestiert, das am deutlichsten im ausbleibenden Regierungswechsel zum Ausdruck gekommen sei.¹³ Bis in die 1970er Jahre gilt der Wählermarkt als relativ statisch, werden der PCI als Klassenpartei und die DC als klassenübergreifende Partei begriffen.¹⁴ Auf welchen Wegen Kommunisten und Christdemokraten ihre faktisch stetig wachsende Anschlussfähigkeit erreichten und wie sie sich auf

Zahlabend zum neuen Stil, 2004, S. 203 f. Der Lesbarkeit halber werden analytische Konzepte wie »Volkspartei« oder »Subkultur« im Folgenden nicht in Anführungszeichen gesetzt.

¹⁰ A. PARISI/G. PASQUINO, *Changes*, 1980, S. 13–23, Zitat S. 13. Vgl. H. KÜHR, *Vom Milieu zur Volkspartei*, 1979; L. VOGT, *Wählen*, 2002; G. GOZZINI, *Democrazia dei partiti*, 2007, S. 298.

¹¹ Vgl. J. ANGSTER, *Konsenskapitalismus*, 2003; F. BÖSCH, *Das Politische als Produkt*, 2003; DERS., *Werbefirmen*, 2004; A. KRÜKE, »Atomwaffe«, 2007; DIES., *Demoskopie*, 2012; T. MERGEL, *Zahnpasta*, 2007.

¹² W. DE JONG/H. KAAL, *Mapping the Demos*, 2017.

¹³ Vgl. S. COLARIZI, *Togliatti*, 2007, S. 429; P. GAIOTTI DE BIASE, *Impact*, 1993, S. 246 f.; M. S. PIRETTI, *Elezioni*, 1995, S. 378 f., 382 f.

¹⁴ G. GOZZINI, *Democrazia dei partiti*, 2007, S. 297; B. BARTOLINI, *Insiediamento subculturale*, 1997, S. 103, 141 f.; G. GALLI, *Comportamento*, 1968, S. 73 f., 320; G. MARANINI, *Presentazione*, 1963, S. XLIII; zur sozialen Basis der DC vgl. M. CACIAGLI, *Erosioni*, 1990, S. 26 f.; A. PARISELLA, *Base sociale*, 1997.

dem postfaschistischen Massenmarkt als Volksparteien präsentieren konnten, ist noch weitgehend unerforscht.¹⁵

Das folgende Kapitel untersucht die Verbindungen zwischen Wählern, Parteien und Parlamentariern, die sich aus der lokalen und medialen Verständigung ergaben. Es setzt Parlamentsferne, Subkulturen oder die Genese der Volkspartei nicht als gegebene Faktoren voraus, sondern untersucht sie als Produkte politischer Kommunikationsprozesse.¹⁶ Damit betont es die Offenheit der Situation nach dem Ende der faschistischen Regime. CDU, SPD, PCI wie DC konkurrierten – auch als neu sich formende politische Gebilde – nach 1945 um einen Wählermarkt, der ihnen noch weitgehend unbekannt war. Inwiefern alte Stammwähler die Diktatur überlebt hatten, konnten sie nicht wissen. Als Ressource für das Wissen vom Wähler war die Demoskopie noch kaum etabliert. Auch Soziologen und Publizisten konnten sich noch kein konsistentes Bild von der neuen Gesellschaft machen, die auf den Trümmern von Krieg und Diktatur heranwuchs. Gerade die durch den Krieg sozial so durcheinandergewirbelten Städte bildeten eine *black box*, vor allem in Deutschland. In Italien stellten zudem die Frauen, die 1946 erstmals wahlberechtigt waren, die politische Unbekannte dar.¹⁷

Angesichts dieser Situation mussten die Parteien dorthin, wo ihre Vorgänger während der Genese des politischen Massenmarkts ihren Anspruch als Volksvertreter entwickelt hatten: vor Ort, unter die Wähler selbst. Das Kapitel untersucht, wie und wo sich Wähler und Parteivertreter begegneten, von welchen gegenseitigen Wahrnehmungen ihr Aufeinandertreffen geprägt war und mit welchen Identifikationsangeboten die Parteien versuchten, die Wähler abzubilden und sich als die besten Repräsentanten zu erweisen. Jenseits weltanschaulicher Präferenzen fragt es danach, was einen Sozialdemokraten, einen Kommunisten oder einen Christdemokraten in den Augen der Zeitgenossen zu einem ›guten‹ oder ›schlechten‹ politischen Vertreter machte.¹⁸ Dabei beleuchtet es die Rolle des Lokalen als Kommunikationsfeld des Parlaments und als Medium zur Verhandlung politischer Legitimität.

¹⁵ Vgl. aber R. FORLENZA, *Party for the Mezzogiorno*, 2010; C. C. GATZKA, *Der »neue Mensch«*, 2012.

¹⁶ Zum Ansatz vgl. A. OWZAR, »Reden«, 2006, S. 22; J. A. AGNEW, *Place and Politics*, 2002; T. KÖSSLER, *Abschied*, 2005, S. 20; sowie zur Theoriegrundlage T. WELSKOPP, *Der Mensch und die Verhältnisse*, 1997, S. 44 f.

¹⁷ Vgl. P. NOLTE, *Ordnung*, 2000, S. 208–235. Zur allmählichen Durchsetzung der Demoskopie, wobei die 1950er Jahre eher noch als eine Implementierungsphase anzusehen sind, vgl. A. KRÜKE, *Demoskopie*, 2007, S. 94–101; F. BÖSCH, *Werbefirmen*, 2004. Die Grenzen demoskopischen Wissens betonen N. GRUBE, *Regierungspropaganda*, 2010; DERS., *Targeting*, 2011. Zu Italien vgl. S. RINAURO, *Sondaggio d'opinione*, 2002.

¹⁸ Zum Ansatz vgl. auch T. MERGEL, *Parlamentarische Kultur*, 2002, S. 362.

1. Kontakte knüpfen. Parteiagenten an der Wählerfront

Vor Ort kommunizieren mussten die neuen demokratischen Parteien Italiens und Westdeutschlands nicht nur, weil ihnen der Wählermarkt weitgehend unbekannt war, sondern auch, weil die massenmedialen Mittel noch begrenzt waren. Folgt man der gängigen Periodisierung in der Kommunikationswissenschaft, zählten die Wahlkämpfe der 1940er und 1950er Jahre noch zur Hochzeit der Vor-Ort-Kampagnen von Parteiaktivisten und Kandidaten. Durch direkte Interaktion hätten sie als Vermittler zwischen Parlament und Bürgern fungiert, bevor das Fernsehen seit etwa 1960 zunehmend diese Aufgabe übernommen und damit die Ära »moderner« Wahlkämpfe eingeläutet hätte.¹⁹ Weil Anwesenheitskommunikation an soziale Ähnlichkeit gebunden sei und eher politische Haltungen verstärke als verändere, hätte auch erst mit dem Fernsehen eine Emanzipation vom Milieu und der dort dominanten politischen Loyalität stattfinden können, da Wähler nun den massenmedialen Botschaften direkt und nicht mehr vermittelt über lokale Meinungsführer ausgesetzt gewesen seien.²⁰

Kommunikationswissenschaftler haben ihr Phasenmodell eher aus dem Rückblick und vorwiegend am US-amerikanischen Beispiel konstruiert, als dass sie die einzelnen Phasen politischer Kommunikation in der Geschichte systematisch erforscht hätten.²¹ Dadurch gerieten auch nationale Spezifika politischer Anwesenheitskommunikation aus dem Blick, die für Italien und Westdeutschland nicht unwahrscheinlich sind. Denn die beiden postfaschistischen Demokratien waren in dieser Hinsicht schwierige Fälle. Die massive Präsenz von Politik im Alltag und in den sozialen Beziehungen war den Zeitgenossen aus der Diktatur vertraut. Die Demokratie bedeutete so auch eine Neuaushandlung der Frage, wieviel politisches Gespräch, wieviel parteipolitische Aktion im Alltag eigentlich erwünscht war. Konnte und sollte Wahlkampf hier überhaupt von Face-to-face-Kommunikation dominiert sein? War es mithin für den Erfolg an der Wählerfront überhaupt so relevant, ob Parteien über eine starke Mitgliederbasis verfügten?²² Und waren die sozialen Voraussetzungen

¹⁹ P. MANCINI/D. L. SWANSON, *Politics*, 1996, S. 15 f., 19; J. BLUMLER/D. KAVANGH, *Third Age*, 1999, S. 211 f. Zur Übernahme dieser Optik in der Zeitgeschichte siehe etwa E. NOVELLI, *Représentation*, 2006, S. 53; F. D'ALMEIDA, »Democrazia dell'opinione«, 2002, S. 265–268.

²⁰ P. F. LAZARSFELD u. a., *Wahlen und Wähler*, 1969; B. RABE, *Der sozialdemokratische Charakter*, 1978, S. 74; P. GAROFALO, *Propaganda*, 2005, S. 61 f., 88, 114–117, 113; G. MAZZOLENI, *Comunicazione politica*, 2004, S. 138–140; E. NOVELLI, *Elezioni del quarantotto*, 2008, S. 50. Für die aktuelle politikwissenschaftliche Diskussion vgl. J. M. McLEOD u. a., *Community, Communication, and Participation*, 1999.

²¹ Zum Phasenverlauf in der kommunikationswissenschaftlichen Darstellung siehe P. NORRIS, *Virtuos Circle*, 2000; D. M. FARRELL, *Campaign Strategies*, 1996.

²² Die historische Forschung unterstellt gern, dass Parteien mit starker Basis im Wahlkampf im Vorteil und jene mit schwacher Basis auf Professionalisierung oder massenmediale Kompensation angewiesen waren. So etwa bei A. KRÜKE, *Demoskopie*, 2012, S. 416 f.; J. ANGSTER, *Der neue Stil*, 2005, S. 187 f.; F. BÖSCH, *Das Politische als Produkt*, 2003, S. 244.

für Face-to-face-Kommunikation nach Diktatur und Krieg überhaupt noch gegeben?

An dieser spezifischen Ausgangslage ansetzend, widmet sich das folgende Unterkapitel den Kommunikationsstrategien der Parteiaktivisten, die als Agenten der Politik in den Städten auftraten. Wie gingen sie mit den Unwägbarkeiten um, die sie erwarteten? Unter welchen Umständen verwickelten sie Wähler in politische Gespräche? Und inwiefern zeichnen sich in der Kommunikationspraxis politische Milieustrukturen ab?

Italienische Propagandisten und die Produktion der Subkulturen

Wer im italienischen Wahlkampf der 1940er und 1950er Jahre eine besonders verantwortungsvolle Aufgabe übernehmen wollte, wurde Propagandist (*propagandista*). Das bedeutete, sich auf die Arbeit unter Wählern zu konzentrieren. Christdemokraten wie Kommunisten und ihre Propagandaabteilungen nahmen diese Aufgabe sehr ernst. Mit Aus- und Weiterbildungskursen, Handbüchern und Aktivistenmagazinen bereiteten sie geeignete Männer und Frauen darauf vor, als Agenten der Partei das persönliche Gespräch mit den Wählern zu suchen. Dabei handelte es sich um keine reine *Top-down*-Bewegung: Lokale Propagandisten fragten technische Anleitungen und inhaltliche Informationen zu den Positionen der Partei unmittelbar nach Kriegsende auch konkret nach.²³ Wenn sich Ministerpräsident Alcide De Gasperi 1948 nicht zu fein war, auf seinen Rundreisen auch lokale Ausbildungskurse für christdemokratische Propagandistinnen zu besuchen und den Teilnehmerinnen zu versichern, wie wichtig ihre Arbeit für den Erfolg der DC war, zeigt das die Bedeutung, die den Propagandistinnen und Propagandisten zukam.²⁴ Ihre Aufgabe war es nicht, bereits gewonnene Anhänger zu mobilisieren, wie es der Subkultur-Ansatz nahelegt. Vielmehr dienten Propagandisten dazu, jene Subkulturen überhaupt erst zu begründen.²⁵

Was das Handeln der Propagandafunktionäre anleitete, war das Bewusstsein darum, dass die italienischen Wähler nach Krieg und Faschismus mitnichten klare politische Loyalitäten aufwiesen.²⁶ Auch die Präfekten imaginier-

²³ Invito della Segreteria SPES, in: DEMOCRAZIA CRISTIANA: BOLLETTINO DELLA DIREZIONE DEL PARTITO, Nr. 8/1945, 20.12.1945; Segnalazioni, in: ebd.; Verbale della riunione del Comitato Federale, 14.2.1948, Bl. 3. FGER, PCI-BO, CF, Verbali, 1948, b. 1, fasc. 3; Le manifestazioni del Movimento femminile d.c., in: IL POPOLO, 20.4.1958; Malfatti an die Segretari Provinciali und die Dirigenti Provinciali Spes, 12.2.1958. ILS, DC, SP, Atti dei segretari, Sc. 50, fasc. 68. Zur Schulung der Propagandisten vgl. E. NOVELLI, *Turbopolitica*, 2006, S. 195 f.

²⁴ *Attiviste democristiane*, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 26.2.1948.

²⁵ Vgl. A. VENTRONE, *Cittadinanza*, 2008, S. 192. Hier gibt es durchaus Parallelen zum deutschen Kaiserreich, vgl. K. ROHE, *Wahlen*, 1992, S. 28, sowie umfassend M. L. ANDERSON, *Lehrjahre der Demokratie*, 2009. Zur Interpretation entsprechend der Subkulturthese siehe etwa F. ANANIA, *Legami pericolosi*, 2004, S. 252.

²⁶ Togliatti betonte das Erbe der zerstörten kommunistischen Organisationen und Traditionen im Faschismus und sah darin auch einen wesentlichen Unterschied zur Situation des französischen PCF. P. TOGLIATTI, *Politica nazionale e Emilia rossa*, 1974, S. 59.

ten die italienische Bevölkerung in ihren Berichten aus den 1940er und frühen 1950er Jahren nicht vordergründig als parteigebunden. Sie identifizierten zwar Sympathisanten verschiedener Parteien, insinuierten aber in aller Regel eine Bevölkerung, die offen war und im Zuge des Wahlkampfes zu ihrer Entscheidung fand. Dabei galten das Interesse und die Teilnahmebereitschaft, die Italiener während der Wahlkämpfe 1948 und 1953 zeigten, als Ausweis ihrer Unentschiedenheit. Als sie sich erstmals 1958 nurmehr begrenzt vom Wahlkampf mitreißen ließen, folgerte der Bologneser Präfekt dann auch, sie hätten ihre Wahl wohl schon getroffen. Andere Präfekten und politische Beobachter machten zur selben Zeit »unentschiedene« oder »nicht orientierte« Wähler aus, über deren Wahlabsicht keine Prognosen möglich waren und die den Wahlkampf besonders aufmerksam verfolgen würden.²⁷ Diese widersprüchlichen Ausdeutungen zeigen die Unsicherheit: Von festgefühten Wählerblöcken war jedenfalls zu keiner Zeit die Rede.

Angesichts der Offenheit der Situation erklärte der Bologneser PCI seinen Genossen im Dezember 1945, dass sie sich aus ihrer eigenen Milieulogik lösen müssten. Der »demokratische Kampf«, also der Wahlkampf, stelle andere Anforderungen als der Freiheitskampf zu Kriegszeiten oder der Klassenkampf der 1920er Jahre: »Heute bestehen die Schwierigkeiten darin, die Massen zu erobern, die noch nicht entschieden gegen den Faschismus sind und die sich wenig um die Demokratie kümmern.«²⁸ Die ganze Organisations- und Propagandatechnik des *partito nuovo* bildete sich entlang der funktionalen Prämisse, bislang »inaktive Massen« zu erobern, und darüber hielt die Partei ihre Genossen beständig informiert.²⁹ Dass Sympathisanten ihr Kreuz beim PCI machten, galt den Funktionären als selbstverständlich. Deshalb sollte sich die Propagandatätigkeit von Anbeginn gerade *nicht* auf Sympathisanten, sondern auf die Unentschiedenen und auf jene richten, die dem PCI »noch« fernstanden. Nur ausgesprochene Antikommunisten sollten ignoriert werden.³⁰

Auch die DC richtete ihre Propagandatätigkeit prinzipiell offen aus, was für sie besonders nahe lag, da sie sich an alle katholisch getauften Wähler und mithin an etwa 98 Prozent des Elektorats wandte. Das umfasste weit mehr als die katholische »weiße« Subkultur, die sich im Nordosten des Landes konzentrierte. Wie bei den kommunistischen Kontrahenten sollte in der Wahlkampfarbeit der DC nur übergangen werden, wer unter keinen Umständen für die Partei zu

²⁷ Prefetto dell'Aquila an das MI, 5.5.1958. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2; Prefetto di Teramo an das MI, 5.5.1958, Bl. 4. Ebd.; Prefetto di Bologna an das MI, 5.5.1958. Ebd.; L. VISSENTINI, Osservazioni, 1963, S. 285.

²⁸ Difficoltà della battaglia democratica, in: LA LOTTA, 8.12.1945.

²⁹ Conquistare alla democrazia le masse inattive, in: LA LOTTA, 8.12.1945.

³⁰ Verbale della riunione del Comitato Federale, 14.2.1948, Bl. 1 FGER, PCI-BO, CF, Verbali, 1948, b. 1, fasc. 3. Siehe auch: Di famiglia in famiglia con la nostra propaganda, in: LA LOTTA, 29.5.1953.

gewinnen war.³¹ Dass es gar nicht so einfach war, das katholische Milieu auf einen politischen Nenner zu bringen, hatte das Referendum von 1946 gezeigt, das Katholiken in Republikaner und Monarchisten gespalten hatte.³² Am ehesten hielten christliche Werte sie zusammen, und deshalb war es so wichtig, deren Bedrohung durch den Kommunismus zu verdeutlichen. Aus diesem Grund setzte die DC stark auf Themen wie Ehe und Familie, mit denen sie katholische Wähler nicht so sehr *gewinnen*, sondern sie davon überzeugen wollte, als Katholiken zu wählen und ihre Ideale an der Wahlurne zu *verteidigen*.³³

Katholiken politisch wachzurütteln, erschien auch deshalb notwendig, weil sie im liberalen Italien auf päpstliche Anweisung (und nach eigener Ansicht ebenso im faschistischen Italien) dem Staat und seiner Politik ferngestanden hatten. Auch nach 1945 zeigten sie sich bei weitem nicht so politisiert, wie es die heraufziehende Propaganda des Kalten Krieges bald glauben machte. Als die DC im Wahlkreis Bari-Foggia 1946 ihre Kandidatenliste für die Costituenten einreichte und die Wahlkommission sie auf einer öffentlichen Sitzung beriet, waren trotz abendlicher Stunde keine Bareser erschienen, die neugierig waren zu erfahren, wer sie künftig vertreten wollte.³⁴ Ein Monat vor den Wahlen 1953 vom führenden italienischen Meinungsforschungsinstitut DOXA befragt, gaben nur 46 Prozent der Befragten an, überhaupt zu wissen, dass Wahlen bevorstanden.³⁵ Dabei handelte es sich wohl kaum um Sympathisanten von PCI und PSI, die seit Monaten eine massive Kampagne gegen die Reform des Wahlsystems orchestrierten³⁶, sondern eher um Wähler, die den Christdemokraten oder anderen Parteien nahe standen, sofern sie sich denn überhaupt für die große Politik erwärmten. Und 1958 waren es, so der Präfekt aus Görz im Friaul, erst das Aufeinandertreffen mit Parteipropagandisten und der Erhalt der Wahlscheine, die der Bevölkerung die anstehenden Wahlen vor Augen führten.³⁷

Auf dieses Heer an potenziellen Wählern, die sich nur begrenzt dafür interessierten, wer wann in das römische Parlament gewählt wurde, die aber regelmäßig zur Sonntagsmesse erschienen, stürzten sich die Aktivisten der DC, der Azione Cattolica und der katholischen Arbeiterassoziation ACLI.³⁸ Die christ-

³¹ DEMOCRAZIA CRISTIANA, *Ai cattolici*, 1953. Vgl. P. ACANFORA, *Myths*, 2007; M. RIDOLFI, *Repubblica e monarchia*, 1999, S. 45 f.; A. VENTRONE, *Cittadinanza*, 2008, S. 188 f.

³² Vgl. G. VECCHIO, *Cattolici*, 1999; V. CAPPERUCCI, *Il partito dei cattolici*, 2010, S. 662 f.

³³ Das galt umso mehr, als dass das Bild der intakten, heilen Familie in den 1940er und 1950er Jahren in Italien, ganz ähnlich wie in Westdeutschland, eher einen Sehnsuchtsort denn ein Abbild der Realität darstellte, vgl. C. DAU NOVELLI, *Famiglia*, 1997; L. CALDWELL, *The Family in the Fifties*, 1995; G. GRIBAUDI, *Famiglie napoletane*, 1999; zur christdemokratischen Propaganda vgl. S. GUNDLE, *Cultura di massa*, 1991.

³⁴ La lista democristiana per la circoscrizione Bari-Foggia, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 17.4.1946.

³⁵ F. AMATO, *Informazione radiofonica*, 2004, S. 243.

³⁶ Vgl. P. SODDU, »Via il regime«, 2000.

³⁷ Prefetto di Gorizio an das MI, 5.5.1958, Bl. 1. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2.

³⁸ Zum Wählerreservoir vgl. M. CACIAGLI, *Erosioni*, 1990, S. 26 f. Zum regelmäßigen Kirchengang als Basis der Zugehörigkeit zum katholischen Milieu vgl. D. I. KERTZER, *Comrades and Chris-*

demokratische Parteiführung wies ihre Mitglieder schon im September 1945 an, mit öffentlichen Versammlungen nicht nur den Gemeinschaftsgeist nach innen zu stärken, sondern auch unter den »Unentschiedenen und vom aktiven politischen Leben Abwesenden« neue Anhänger zu gewinnen. Im zeitgenössischen Duktus sprach man davon, die Wähler zu »polarisieren«.³⁹ Damit nahmen die Christdemokraten die binäre Logik des Kalten Krieges vorweg, mit dessen Ausbruch sich dann ein regelrechter Wettkampf um die Italiener entwickeln sollte. 1953 war die politische Arbeit der Bologneser Kommunisten von der Überzeugung getragen, dass Wählergruppen, die noch nicht für den PCI gewonnen waren, früher oder später den Gegnern in die Hände fallen würden.⁴⁰ Die Wahlkämpfe der 1940er und 1950er Jahre lebten von diesem Glauben an einen zeitlichen Korridor, innerhalb dessen die italienischen Wähler gewonnen werden mussten oder für immer verloren waren. Er trieb die Milieubildung der beiden großen Parteien voran.

Weil die Subkulturen hochgradig gemachte Gebilde der Nachkriegszeit darstellten, waren sie, anders als es die Parteien Anfang der 1950er Jahre erwarteten, alles andere als stabil und konsistent. Von nationalen Milieus ließ sich ohnehin nicht sprechen, beharrten doch die christdemokratischen Parteiverbände stark auf der lokalen Autonomie, aus der heraus sie gewachsen waren, und mussten sich doch beide großen Parteien zunehmend mit dem Umstand abfinden, dass ihre »territorialen Organisationen«, also ihre Parteiverbände ohne die Gewerkschaften, nur begrenzt in die süditalienische Gesellschaft vordrangen.⁴¹ Im Mezzogiorno wechselten Mitglieder mitunter nach Belieben vom PCI zur DC oder umgekehrt und manchmal auch wieder zurück. Und auch in der Wahlentscheidung erwiesen sie sich als volatil – nicht zuletzt, weil es ihre lokalen Kandidaten mit der parteipolitischen Treue nicht immer so genau nahmen. Aus der Provinz Lecce berichtete der Präfekt im Wahlkampf 1958 zufrieden, in dem 6000 Seelen zählenden Städtchen Tuglie hätten 150 Wähler, die dem »Sozialkommunismus« zuneigten, Sympathien für die DC gezeigt. Im benachbarten, ungleich größeren Gallipoli waren drei Stadträte, die auf der Liste des PCI ins Rathaus eingezogen waren, im Wahlkampf 1958 in die DC eingetreten; neben weiteren PCI-Mitgliedern gewann die DC hier auch einen einstigen Sektionsvorsitzenden aus den Reihen des MSI.⁴²

tians, 1980, S. 86; F. TRANIELLO, *Political Catholicism*, 1993, S. 40.

³⁹ Per lo sviluppo organizzativo del Partito, in: *DEMOCRAZIA CRISTIANA. BOLLETTINO ORGANIZZATIVO*, 30.9.1945; A Bari Civismo e maturità politica, in: *LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO*, 3.6.1946.

⁴⁰ Verbale della riunione di Comitato Federale vom 21.3.1953, Bl. 31. FGER, PCI-BO, CF, Verbali, 1953, b. 2, fasc. 2; P. TOGLIATTI, Un partito di governo e di massa [1946], in: *DERS.*, *Politica nazionale e Emilia rossa*, 1974, S. 58.

⁴¹ Vgl. V. CAPPUCCI, *Partito dei cattolici*, 2010, S. 25–55; G. BARONE, *Stato e Mezzogiorno*, 1994, S. 325.

⁴² Prefetto di Trapani an das MI, 19.5.1958, Bl. 2. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2.

Pragmatische Interessen wogen vor allem, aber nicht nur im Mezzogiorno häufig schwerer als die Parteinähe. Wenn in Taranto der Präsident des örtlichen (herkömmlicherweise monarchistischen) Kriegsveteranenverbandes 1948 auf der Liste des sozialkommunistischen Fronte kandidierte und daraufhin Proteste erntete, argumentierte er, dass er »als Person und nicht als Präsident des Verbandes sich der Liste angeschlossen« habe. Auch Christdemokraten machten im Süden nicht selten offen Wahlkampf für einen anderen Kandidaten, wenn sie dessen lokale Herkunft prämiieren wollten oder wenn er sie gut bezahlt hatte.⁴³ Und wenn in Bisceglie in der Provinz Bari kommunistische Genossen 1966 dem Parteisekretär vorwarfen, gleichzeitig an seinem Studienort Neapel Mitglied der DC zu sein, so ist das ein weiterer Hinweis darauf, wie stark der für Italien so typische *trasformismo* das Land davor bewahren konnte, in allzu feste und isolierte Subkulturen zu zerfallen.⁴⁴

Ausweis, aber auch Ursache ihrer Fragilität war die Notwendigkeit, die Parteimitgliedschaft jedes Jahr durch die Zahlung des Mitgliedsbeitrags förmlich zu »erneuern«. So traten zwischen 1951 und 1963 jährlich im ganzen Land stets mehr als 100 000 Italiener neu in den PCI ein, aber auch bis zu 300 000 wieder aus.⁴⁵ Im Mezzogiorno war die Fluktuation derart ausgeprägt, dass der PCI mit Franco De Felice eher als »Bewegung« denn als »Partei« zu bezeichnen ist. Zahlen wie die aus Bari illustrieren dies, wo 1950 eine Minderheit von 3361 Genossen und Genossen des Vorjahres ihre Mitgliedschaft verlängerte, während 3995 dies nicht taten.⁴⁶ Im roten Bologna zeigte sich die fehlende Bindekraft der kommunistischen Subkultur darin, dass viele Wähler, die sich bei den Kommunalwahlen für den PCI entschieden, bei den nationalen Wahlen nicht kommunistisch wählten. Den Funktionären machte das schwer zu schaffen. Daneben hatten sie im Parteilalltag immer wieder mit Verstößen gegen die Parteilinie, mäßiger Mitmachbereitschaft und Vergehen gegen die kommunistische Moral, meist frivoler oder sexueller Natur, zu kämpfen; im roten Bologna klagten sie 1949 zudem, »viele Genossen wissen wenig oder gar nichts über die Sowjetunion«. ⁴⁷ Wie neuere Studien belegt haben, waren die kommunistische Werte-

⁴³ I Combattenti e le elezioni, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 3.3.1948; Domenico Pandolfini, Segretario della Sezione di Melilli, an Attilio Piccioni [Segretario Politico della DC], 14.3.1948. ILS, DC, SP, Atti dei segretari, Sc. 2, fasc. 5, s.fasc. 1. Zu einem Korruptionsfall in der Provinz Neapel 1953, wo Christdemokraten gegen die Zahlung mehrerer hunderttausend Lire nicht für ihren eigenen Senatskandidaten, sondern für einen anderen auf Stimmenfang gingen, siehe: Giuseppe Notarianni (Neapel) an die Direzione der DC, Rom, o. D. [Juni 1953]. ILS, NL Scelba, b. 109, fasc. 1610.

⁴⁴ Telegramm aus Bari an das Innenministerium, 14.3.1966. ACS, MI-GAB, PP 1944–1966, b. 2, fasc. 160/P/10. Vgl. G. POGGI, Organizzazione partitica, 1968, S. 66; S. TARROW, Peasant Communism, 1967; F. DE FELICE, Togliatti, 1977, S. 48.

⁴⁵ G. POGGI, Organizzazione partitica, 1968, S. 343, 345.

⁴⁶ F. DE FELICE, Togliatti, 1977, S. 100, Fn. 35, Zitat S. 46.

⁴⁷ Verbale di riunione del Comitato esecutivo [PCI Bologna]. Ordine del giorno: Situazione e attività dell'Associazione Italia – URSS, 30.9.1949, Bl. 8 (Zitat). FGER, PCI-BO, CE. Verbali, 1949, b.1, fasc. 2; Verbale di riunione del Comitato esecutivo [PCI Bologna]. Ordine del giorno:

welt und »stalinistische Kultur«, und damit das Fundament einer vermeintlich geschlossenen Subkultur, in erster Linie in gedruckten Leitlinien und ästhetischen Verarbeitungen der Parteivantgarde sowie in gegnerischen Zuschreibungen präsent.⁴⁸

Zentraler Marker subkultureller Fragilität und zugleich ein wesentlicher Faktor forcierter Milieubildung war die Ankunft der Frauen auf dem politischen Massenmarkt. Mit großem Einsatz hatten die antifaschistischen Parteien das 1945 per alliierterem Dekret eingeführte Wahlrecht für die Italienerinnen im Zuge der Verfassungsverhandlungen verteidigt; Frauen stellten mit 52 Prozent nunmehr die Mehrheit der Wahlberechtigten.⁴⁹ Ob und wie sie dieses Recht nutzen würden, stand auf einem anderen Blatt. Nicht einmal unter den Ehefrauen der eigenen Genossen rechneten die PCI-Funktionäre auf uneingeschränkte politische Loyalität.⁵⁰ Deshalb sollte die Frauenorganisation UDI nicht nur den kommunistischen Ehefrauen, sondern *allen* Italienerinnen mit frauenspezifischen Themen, Kampagnen und Kursen sowie politischer Bildung das Tor zur Partizipation öffnen und sie so an den PCI binden. Mit der UDI, der katholischen Frauenorganisation Centro Italiano Femminile (CIF) und dem Movimento Femminile der DC stürzten sich 1945 drei politische Rekrutierungsagenturen auf Millionen Italienerinnen, die als tendenziell unpolitisch galten.⁵¹ Aus diesem Fokus auf Frauen und dem Primat der Milieubildung heraus entwickelten Katholiken und Kommunisten spezifische Strategien politischer Face-to-face-Kommunikation.

Politik an der Haustür, Gespräche im Viertel. Die *campagna capillare*

Italienerinnen waren auch nach dem *Ventennio* einem rigiden Häuslichkeitsgebot unterworfen, das mit dem Abflauen der Nachkriegswirren und der Rück-

Rafforzare la vigilanza e la disciplina politica nei quadri dell'apparato e nelle scuole nazionali e provinciali di partito. Spostamento di quadri e proposte di sostituzioni, 27.8.1949. Ebd.; Verbale della riunione di Comitato Federale [PCI Bologna] v. 16.6.1953, Bl. 15. FGER, PCI-BO, CF, Verbali, 1953, b. 2, fasc. 2; PCI, Verbale del Comitato Federale [PCI Bologna] v. 4 u. 7.2.1963. Ebd., 1963, b. 5, vol. 2.

⁴⁸ Vgl. S. BELLASSAI, *Morale comunista*, 2000; M. CASALINI, *Famiglie comuniste*, 2010; C. C. GATZKA, *Der »neue Mensch«*, 2012. Zur Beschreibung der »Kultur des Stalinismus« und ihrer Übertragung auf die Gesamtpartei siehe E. AGA-ROSSI/V. SZASLAVSKY, *Togliatti e Stalin*, 2007, S. 255–263; G. C. MARINO, *Autoritratto*, 1991; V. SZASLAVSKY, *Stalinismo*, 2004. Zur weniger »stalinistischen« Kultur des PCI im Vergleich zum französischen PCF vgl. C. GUIAT, *Communist parties*, 2003.

⁴⁹ Vgl. M. TAMBOR, »Essential Way«, 2009; A. ROSSI-DORIA, *Diventare cittadine*, 1996.

⁵⁰ Per chi voterà tua moglie?, in: *QUADERNO DELL'ATTIVISTA*, 16.4.1953. Zur schwierigen Rolle der Frau in der Nachkriegsdemokratie vgl. N. M. FILIPPINI/A. SCATTIGNO, *Una democrazia incompiuta*, 2007.

⁵¹ Teresa Noce: Per un'organizzazione femminile di massa, in: *LA LOTTA*, 4.8.1945. Vgl. S. BOSCATO, *Democrazia cristiana*, 2010, S. 169–171; S. LUNADEI/L. MOTTI, *A scuola di politica*, 2006, S. 142 f. Zum CIF vgl. C. DAU NOVELLI, *Donne*, 1995.

kehr der Männer aus dem Krieg eine neuerliche Blüte erfuhr.⁵² Sofern sie nicht berufstätig waren, verließen sie höchstens zum täglichen Einkauf oder zum Kirchgang ihr Zuhause unbegleitet. Seit 1948 waren sie auch zunehmend seltener auf Kundgebungen zugegen.⁵³ Ein ausgeprägter weiblicher Analphabetismus und ein häufig strenges Regiment des Ehemannes, das politische Bildung für die Frau nicht vorsah, machten es unwahrscheinlich, Wählerinnen mit gedruckten Medien zu erreichen.⁵⁴ Den katholischen und vor allem den kommunistischen Aktivistinnen blieb daher nur eine Möglichkeit, der Masse von Frauen zu erklären, warum und wie sie zu wählen hatten: Sie mussten persönlich zu ihnen nach Haus. Kommunistinnen stellten sich deshalb anlässlich der Kommunalwahlen von 1946 mit Lautsprechern in die Innenhöfe der Miethäuser und hielten Ansprachen, während die Frauen aus den Fenstern schauten. Mitglieder der UDI, der Azione Cattolica und des CIF führten im selben Jahr zudem erstmals sogenannte Haus-zu-Haus-Kampagnen durch, die sie an die Schwellen der Wohnungstüren führten.⁵⁵

Die italienischen Frauen zu Hause abzuholen, war einerseits eine pragmatische Entscheidung. Andererseits waren aber auch viele Aktivistinnen des PCI der Meinung, dass der weibliche Handlungsraum in der häuslichen Sphäre liege. Selbst kommunistische Funktionärinnen waren von der »natürlichen« Differenz der Geschlechter überzeugt und meinten deshalb, sich diesem Umstand anpassen zu müssen.⁵⁶ Weil die häuslichen Pflichten der Frau erdrückend und weibliche Heimarbeit (*lavoro a domicilio*) gerade in Mittelitalien noch bis in die 1970er Jahre verbreitet waren, galt das Zuhause überdies als Ort der Arbeit, den es im Sinne der Frauen zu gestalten galt.⁵⁷

Für diese persönliche Arbeit in den Alltagsräumen der Wählerinnen und Wähler bürgerte sich die Bezeichnung *propaganda capillare* ein. Das Attribut übernahmen Kommunisten und Katholiken vom PNF, dessen *organizzazione capillare* die Stadt bis hin zum Nukleus der Häuserzeile durchdrungen hatte.⁵⁸ Problematisch erschien den Zeitgenossen diese Kontinuität faschistischer Praktiken nicht. Denn zum einen luden die neuen politischen Akteure sie einmal

⁵² Vgl. P. DOGLIANI, *Anno Primo*, 2007, S. 48 f.; R. SARTI, *Spazi domestici*, 1995.

⁵³ *Organizzare con attenzione il piccolo e il grande comizio*, in: LA LOTTA, 15.5.1953; Interview mit Nadia Spano, in: E. SCROPPO, *Donna, privato e politico*, 1979, S. 82.

⁵⁴ Frauen waren unter den italienischen Analphabeten deutlich überrepräsentiert; in den süditalienischen Regionen konnten meist mehr als die Hälfte von ihnen nicht lesen und schreiben, und von den Erwachsenen lernten es viele auch nicht mehr. Siehe: G. SABBATUCCI/V. VIDOTTO, *Storia d'Italia*, Bd. 5, 1999, S. 624; C. VENTUROLI, *Educare alla Repubblica*, 1999, S. 435.

⁵⁵ Vgl. G. VECCHIO, *Cattolici*, 1999, S. 111 f.; P. ZAPPATERRA, *Eleggere le donne*, 1999, S. 353; P. GABRIELLI, *Educare alla democrazia*, 2009, S. 93.

⁵⁶ Siehe etwa: Interview mit Laura Conti, in: E. SCROPPO, *Donna, privato e politico*, 1979, S. 113–116; vgl. Ausführlich C. C. GATZKA, *Klassenkampf am Küchentisch*, 2012.

⁵⁷ Interviews mit Nadia Spano und Laura Conti, in: E. SCROPPO, *Donna, privato e politico*, 1979, S. 84, 107 f. Vgl. P. A. ALLUM, *Politics and Society*, 1973, S. 59; D. I. KERTZER, *Comrades and Christians*, 1980, S. 52, 60 f.; P. GAIOTTI DE BIASE, *Impact*, 1993, S. 244.

⁵⁸ Vgl. A. VENTRONE, *Cittadinanza*, 2008, S. 120; F. VOLLMER, *Politische Kultur*, 2007, S. 157.

mehr demokratisch auf. Als Eingangsticket an den Haus- und Wohnungstüren dienten ihnen die Faksimiles der Stimmzettel, die aus Rücksicht auf die Analphabeten lediglich die Parteisymbole, nicht die Namen von Parteien oder Kandidaten trugen. Weil das nicht zu ihrer Übersichtlichkeit beitrug und weil mehr als jeder zweite Wähler eine Neu-Wählerin war, konnten sich die Aktivisten an den Haustüren als Wahlinstruktoren vorstellen. Die relativ hohe Zahl ungültiger Stimmen bei italienischen Wahlen sollte diese Art der kommunikativen Anbahnung nachhaltig rechtfertigen: Das »Insegnare a votare« (»Wählen lehren«) zählte bis in die 1970er Jahre zu den Kernaufgaben des urbanen Wahlkampfgeschäfts von Angesicht zu Angesicht.

Zum anderen konnte die faschistische Imprägnierung der *propaganda capillare* vergessen gemacht werden, indem die Kommunisten die katholischen Geistlichen zu den Vorbildern dieser Wahlkampftechnik stilisierten. Wenn Palmiro Togliatti 1946 forderte, man müsse »es erreichen, die Wählermassen zu kennen« und deshalb den direkten Kontakt im sozialen Alltag suchen, verwies er dabei auf das Vorbild der Pfarrer, die der DC genau aus diesem Grund einen guten Dienst erweisen würden, sei ihnen doch jeder einzelne Wähler und seine politische Gesinnung bekannt.⁵⁹ Das war freilich eine Übertreibung, doch der PCI brauchte die Suggestion einer ubiquitären Kirche, um auf dieser Folie ein eigenes Organisations- und Kommunikationskonzept zu entwickeln, das nicht auf den Faschismus verwies und die Genossen anspornte. Es den Pfarrern gleichzutun, war eine zentrale Forderung an die kommunistischen Propagandisten.⁶⁰ Gerade die Frau wurde in der Propagandatechnik des PCI immer wieder als Wesen imaginiert, das sich in den Fängen der Kirchgemeinde und der Massenmedien befand und deshalb DC wählte; mancher Genosse bereute es daher, dass die Partei ihr zum Wahlrecht verholfen hatte.⁶¹ Zudem vermuteten die kommunistischen Funktionäre, ähnlich wie in der KPD jener Zeit, dass ihnen Stimmen verloren gingen, weil die Wähler falsch informiert würden oder die kommunistischen Positionen und die politischen Zusammenhänge nicht kannten oder nicht verstanden hätten. Die Propagandisten sollten deshalb erklärend tätig werden.⁶²

Was zunächst vor allem für Frauen konzipiert war, schien bald universell erfolgversprechend. In manchen Provinzen und vor allem im Süden wandten die Genossen schon 1946 die Technik der *propaganda capillare* auch unter

⁵⁹ Zit. n. A. VENTRONE, *Cittadinanza*, 2008, S. 164. Siehe auch: *Attivizzare politicamente tutto il Partito*, in: *LA LOTTA*, 15.12.1945.

⁶⁰ Verbale della riunione del Comitato esecutivo v. 23.4.1948, Bl. 1. FGER, PCI-BO, CE. Verbali, 1948, b. 1, fasc. 1; vgl. A. VENTRONE, *Cittadinanza*, 2008, S. 192, 195.

⁶¹ *Per chi voterà tua moglie?*, in: *QUADERNO DELL'ATTIVISTA*, 16.4.1953; G. CALANDRONE, *Comunista in Sicilia*, 1972, S. 95. Eindeutige Belege für die überdurchschnittliche weibliche Tendenz zur DC existierten nicht, die spätere Wahlforschung legt sie allerdings nahe, vgl. A. ROSSI-DORIA, *Diventare cittadine*, 1996, S. 103; M. CACIAGLI, *Erosioni*, 1990, S. 26 f.

⁶² Zur KPD vgl. T. KÖSSLER, *Partei als Medium*, 2003.

männlichen Wählern an. Denn das persönliche Gespräch war immens wichtig, um antikommunistische Ressentiments abzubauen und Vertrauen zu schaffen. Kommunisten galten – nicht zuletzt dank der katholischen Propaganda – als unfreundliche, herrschsüchtige, fanatisierte und gar kinderfressende Zeitgenossen. Gerade Frauen glaubten diese Schauernmärchen und zeigten sich auch in der Provinz Bologna, wo man mit Sozialisten eigentlich lange vertraut war, bisweilen verängstigt, wenn sie Kommunisten gegenübertraten – so jedenfalls die Erzählungen antikommunistischer Wähler.⁶³ Von Angesicht zu Angesicht sollten sich die PCI-Propagandisten deshalb als freundliche, geduldige und unpräntöse Zeitgenossen präsentieren. Rationalität statt Emotionen lautete dabei die Devise; zugleich mussten die Genossen darauf achten, nicht überheblich zu wirken und nicht in die Rolle des Agitators zu verfallen.⁶⁴ Im Süden, wo die Straßenpolitik stärker mit dem Faschismus in Verbindung gebracht wurde als im Norden, konnte diese Art der politischen Kommunikation so als ›rationaler‹ gelten, wie die *Gazzetta del Mezzogiorno* in Bari 1946 betonte.⁶⁵ Die *propaganda capillare* war mithin auch eine komplementäre Strategie zur Massenpolitik an Orten, wo die politischen Traditionen und der Antikommunismus eine tiefe Skepsis gegenüber der revolutionären Formensprache des PCI zur Folge hatten. Im Mezzogiorno wurden Kommunisten aus Rom zuweilen aus dem Dorf gejagt, bevor sie ihre Kundgebungsrede halten konnten. Sie hatten dort keine andere Wahl, als informell mit den Wählern Kontakt zu suchen.⁶⁶

Wo die Kommunisten stark waren und die Straßenpolitik die Anhänger euphorisierte, wie in Bologna, setzte der PCI beim direkten Wählerkontakt hingegen zunächst auf kleine Versammlungen in den Höfen oder Hausfluren (*riunioni di caseggiato*) und im Viertel. Im Wahlkampf von 1948 sollten Genossen dabei auf konkrete lokale Probleme eingehen und sie mit den Anwesenden diskutieren.⁶⁷ Nach der Wahlniederlage richteten auch die Bologneser

⁶³ La paura, in: *GIORNALE DELL'EMILIA*, 29.5.1953. Zu kollektiven Angstpsychosen, die vor allem den Wahlkampf von 1948 prägten, vgl. auch S. CAVAZZA, *Costituzione in piazza*, 1999, S. 159–161. Zur zeitgenössischen Propagandafloskel, die Kommunisten äßen Kinder, vgl. G. FALABRINO, *Comunisti*, 1994. Dem PCI war sein schlechtes Image überaus bewusst. Siehe: Verbale del Comitato Federale [PCI Bologna], 16.6.1953, Bl. 14–17. FGER, PCI-BO, CF, Verbali, 1953, b. 2, fasc. 2. Zu den frühen Formen der *propaganda capillare* vgl. A. VENTRONE, *Cittadinanza*, 2008, S. 164, 206–208.

⁶⁴ Verbale del Comitato esecutivo [PCI Bologna], 23.4.1948, Bl. 1. FGER, PCI-BO, CE, Verbali, 1948, b. 1, fasc. 3; Verbale del Comitato Federale [PCI Bologna], 21.3.1953, Bl. 21. FGER, PCI-BO, CF, Verbali, 1953, b. 2, fasc. 2. Vgl. A. VENTRONE, *Cittadinanza*, 2008, S. 164 f.

⁶⁵ Die *Gazzetta del Mezzogiorno* wies ausdrücklich darauf hin, dass es nicht nur die Massen seien, durch die sich der Wahlkampf in Bari spürbar mache, sondern auch »die kleinen, mobilen, umherziehenden Grüppchen, die von Straßenecke zu Straßenecke« zögen, um mit Wählern zu diskutieren, und damit das »Spektakel« der Kundgebungen auf den Straßen fortzusetzen. Aspetti della propaganda, in: *LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO*, 16.5.1946; zur Diskussionslust der Bareser siehe auch: A Bari Civismo e maturità politica, in: *LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO*, 3.6.1946.

⁶⁶ Vgl. A. VENTRONE, *Cittadinanza*, 2008, S. 209 f.

⁶⁷ Verbale della riunione del Comitato Federale, 14.2.1948, Bl. 1 f. FGER, PCI-BO, CF, Verbali, 1948, b. 1, fasc. 3. Vgl. A. VENTRONE, *Cittadinanza*, 2008, S. 207.

Funktionäre ihre Strategie verstärkt auf die *propaganda capillare* aus. Sie sollte, so die Idee, die Wähler selbst zum Sprechen zu bringen. Denn bislang, so die Erkenntnis im Bologneser Parteiverband, sei es den Genossen nicht gelungen, den »Gemütszustand« (*stato d'animo*) der Menschen zu erfassen. Zu wissen, was die Wähler bewegte, war den Funktionären deshalb wichtig, weil sie die politische Kommunikation ihrer Partei künftig an den konkreten Ort und die »Elemente, mit denen wir es zu tun haben«, anpassen wollten.⁶⁸ Nicht nur zu den Wählern hinzugehen, sondern ihnen zuzuhören und ihre Bedürfnisse aus erster Hand kennenzulernen, bedeutete eine Abkehr vom pädagogischen Sender-Empfänger-Modell und spiegelte einen Lernprozess des PCI im Verlauf der 1940er und 1950er Jahre, der der Jagd nach neuen Wählermassen geschuldet war.⁶⁹ Er eröffnete Räume für ein Dienstleistungsgebaren der Kommunistischen Partei gegenüber den lokalen Wählern, und er steigerte den Wert der Propagandisten enorm.

Anlässlich der Kommunalwahlen 1951 setzte der PCI den Schwerpunkt seiner Wahlkampfstrategie ausdrücklich auf die »persönliche Arbeit der Genossen«. Das Schlagwort lautete: »von Tür zu Tür, von Familie zu Familie, von Wähler zu Wähler«. Papiernes Wahlmaterial galt allein nicht mehr viel; es sollte primär als Gesprächsgrundlage dienen. Ziel sollte sein, den Wähler »individuell« anzusprechen und ihm ein offenes Ohr zu bieten. Persönliche Sorgen und Probleme wurden so zum zentralen Thema der kommunistischen Kampagne.⁷⁰ Zum Parlamentswahlkampf 1953 trat der PCI mit einem elaborierten Konzept unter dem programmatischen Titel *campagna capillare* an die Genossen heran. Hatte er in den 1940er Jahren noch zwischen den Aktivisten und den besonders für die Wähleransprache geeigneten Propagandisten unterschieden, lautete die Parole nun: »Jeder Genosse ein Propagandist!« Alle Mitglieder sollten dort, wo sie lebten, arbeiteten oder ihre Freizeit verbrachten, eine effiziente Propaganda für den PCI betreiben, und zwar »ohne Anstrengung«, also en passant während ihrer Alltagsverrichtungen.⁷¹ Voraussetzung dafür war die Erfassung der Wählerinnen und Wähler im Umkreis der Propagandisten. Durch die systematische Auswertung von Wählerlisten wurden in jedem Wahlbezirk die Wähler

⁶⁸ Verbale della riunione del Comitato esecutivo, 23.4.1948, Bl. 1 f. FGER, PCI-BO, CE. Verbali, 1948, b. 1, fasc. 1 (erstes Zitat); Verbale di riunione del Comitato esecutivo, 30.9.1949, Bl. 11. FGER, PCI-BO, CE. Verbali, 1949, b. 1, fasc. 2 (zweites Zitat).

⁶⁹ In der Forschung wird dieser Lernprozess unterschätzt, so bei E. NOVELLI, *Turbopolitica*, 2006, Kap. 7 u. 9; A. VENTRONE, *Cittadinanza*, 2008, S. 202–210, insb. S. 206; DERS., *Forme e strumenti*, 2004.

⁷⁰ Zitate: Direzione del PCI, Commissione Centrale Stampa e Propaganda, an die Segreteria delle Federazioni del PCI, an die Responsabili delle Commissioni Stampa e Prop., 2.2.1951, Anl. zu: o.V., o.T., o.A., 11.5.1951, 51.05.11.S.P.179.22. ILS, DC, SP, Informazioni riservate, Sc. 243, fasc. 10. Siehe auch: Verbale della riunione di Comitato Federale, 21.3.1953, Bl. 10, 19, 21, 23, 31. FGER, PCI-BO, CF, Verbali, 1953, b. 2, fasc. 2; La giornata del compagno propagandista, in: QUADERNO DELL'ATTIVISTA, 16.4.1953.

⁷¹ Ogni compagno un propagandista, in: QUADERNO DELL'ATTIVISTA, 16.4.1953.

identifiziert, die als »wichtig« galten, weil sie nicht bereits zu den Stammwählern oder aber zu den überzeugten Antikommunisten zählten.⁷² In Bologna verteilte der Parteiverband einzelne Listen an die Propagandisten, auf denen zehn Wähler mit Namen, Adresse, Beruf und politischer Orientierung verzeichnet waren. Ihnen sollte sich der Propagandist nähern und auf der Liste dokumentieren, wann und mit welchem Erfolg die Begegnungen stattgefunden hatten.⁷³

Als Argumentationshilfe zur Ansprache der Mitbürger diente die *Unità*, die ohnehin zur täglichen Lektüre der Genossen gehören sollte. Auf dem Weg zur Arbeit, so ein Leitfaden im Aktivistenmagazin *Quaderno dell'attivista*, sollte der Propagandist seine Mitbürger und Kollegen in der Tram und vor der Fabrik über die neuesten Geschehnisse und die politischen Argumente des PCI informieren. Unter Kollegen sollte er über den Wahlkampf sprechen und seine mit Unterstreichungen versehene *Unità*-Ausgabe weiterreichen. Nach Feierabend versuchte er in der Bar beim *caffè*, das Gespräch mit dem Nachbarn auf die Politik zu lenken. Mindestens zwei Wähler sollte jeder Genosse auf diese Weise im persönlichen Umfeld gewinnen.⁷⁴ Die Parteijugend der FGCI sollte in jeder Sektion zwei- bis dreiköpfige Diskussionsgruppen einteilen, um mit den Jugendlichen einer Nachbarschaft dauerhaft politischen Kontakt zu halten. Drei bis fünf Erstwähler sollte jedes Bologneser Mitglied ansprechen und in ein Gespräch über das Programm des PCI verwickeln, zum Beispiel in der Bar. Als Gegenstand des Gesprächs sollte die ganz konkrete Lebenssituation der städtischen Jugendlichen dienen, wofür der Bologneser Parteiverband auch mit einem eigens produzierten Dokumentarfilm aufwartete.⁷⁵

Genossinnen sollten auf dem Markt, wo sie sich auskannten, unter Kleinhändlern und Wählerinnen aus dem Viertel Flugblätter verteilen und die Adressaten bei der nächsten Begegnung auf die Inhalte ansprechen. Idealerweise ließen sie beim Verkaufsstand eines sympathisierenden Händlers gleich einen ganzen Stapel Flugblätter zurück und machten ihn so selbst zum Multiplikator im Wahlkampf.⁷⁶ Neben dem Markt stellten Wohnhaus und Hausflur die Aktionsfelder weiblicher Propagandisten dar. Auf Wohnhausversammlungen sollten sie Filme vorführen, welche die Partei ihnen zur Verfügung stellte, und ganz ungezwungen sollten sie ihre Nachbarinnen zu heiteren Umtrunkabenden nach Hause einladen, ohne sich als Kommunistinnen zu erkennen zu geben. »Die ›Genossen‹ haben sich als gute Bürgerliche verkleidet«, empörte sich die katholische Tageszeitung *L'Avvenire d'Italia*, als sie von diesem Vorhaben erfuhr.⁷⁷

⁷² Per la conquista di nuovi elettori, in: LA LOTTA, 1.5.1953.

⁷³ Prefetto di Bologna an das MI, 28.4.1953. ACS, MI-GAB, 1953–56, b. 493, fasc. 7695/1.

⁷⁴ La giornata del compagno propagandista, in: QUADERNO DELL'ATTIVISTA, 16.4.1953.

⁷⁵ Dal 17 al 24 Maggio ›Settimana del nuovo elettore‹, in: LA LOTTA, 15.5.1953.

⁷⁶ La giornata del compagno propagandista, in: QUADERNO DELL'ATTIVISTA, 16.4.1953.

⁷⁷ Infantilismo comunista, in: GIORNALE DELL'EMILIA, 4.6.1953; Ogni comunista presti attività nella Cellula di lavoro o di strada, in: LA LOTTA, 8.5.1953.

Doch nicht nur inkognito, auch mit offenem Visier wurden die Kommunistinnen in Wohnräumen aktiv. Unter dem bezeichnenden Titel »Dialog in familiärer Atmosphäre« beschrieb der Bologneser PCI 1953, wie er sich das Vorgehen seiner Aktivistinnen dabei vorstellte: Man klingelte bei einer Familie, wurde von den anwesenden Frauen hineingelassen, nahm in der Küche Platz, erklärte den Grund für sein Kommen, stellte Wahlmaterial vor, erläuterte, warum es für Frauen wichtig sei, lesen und schreiben zu können, und überwand das anfängliche Misstrauen der Bewohnerinnen, die an der Nähmaschine saßen, indem man sich ihre Sorgen anhörte und konkrete Lösungen aufzeigte, die durch die Wahl des PCI erreicht würden.⁷⁸ Beharrlich gab die Partei Anleitungen, wie Momente des Misstrauens und Gefühle der intellektuellen Überlegenheit an der Haustür überwunden werden konnten. Exemplarische Geschichten von Propagandisten, die zunächst mit dem Argument, die Kommunisten seien gewalttätige Verbrecher, vor die Tür gesetzt worden waren, dann aber mit Schlagfertigkeit doch noch Eingang in die Wohnung des Wählers gefunden hatten, sollten den Genossen Mut machen. Eine gute Strategie gegen den Vorwurf kommunistischer Bestialität und Intoleranz war demnach, auf die eigenen Todesopfer und Gefangenen unter der christdemokratischen Regierung zu verweisen.⁷⁹

Die lokale Praxis zeigte, dass die *campagna capillare* durchaus funktionierte. Die katholische Lokalpresse berichtete empört über Genossinnen, die an den Wohnungstüren antichristdemokratische Kinderreime aufsagten. Glaubt man dem kommunistischen Wochenblatt *La Lotta*, wurden im Laufe weniger Tage allein im Bologneser Stadtteil Santo Stefano über zweihundert Familien von PCI-Propagandistinnen aufgesucht.⁸⁰ Das *Giornale dell'Emilia* sah sich dann auch veranlasst, den Brief einer Bürgerin abzudrucken, die fragte, ob es wahr sei, was die kommunistischen Frauen den ganzen Tag in den Häusern verbreiteten: dass es Inflation gebe und dass man in Italien amerikanische Orangen esse, während die eigenen Orangen in den Lagerhallen verrotteten. Der Herausgeber beantwortete die Frage in der Leserbriefspalte und klärte damit nicht nur die Fragestellerin, sondern gleich sämtliche Leser über die »Lügen« der Kommunisten auf.⁸¹ Der omnipräsente Topos der »Lüge« verwies auf eine *gelingende* Face-to-face-Kommunikation, die Kommunisten und »andere« Italiener miteinander ins Gespräch brachte. Er war die einzige Waffe, mit der sich das Wirken der Parteiagenten an den Haustüren entschärfen ließ, ohne sich mit ihren Argumenten auseinandersetzen zu müssen.⁸²

⁷⁸ Dialogo familiare, in: LA LOTTA, 22.5.1953.

⁷⁹ Di famiglia in famiglia con la nostra propaganda, in: LA LOTTA, 29.5.1953.

⁸⁰ Compagnarderie: Voto... segreto, in: L'AVVENIRE D'ITALIA, 21.5.1953; Ogni comunista presti attività nella Cellula di lavoro o di strada, in: LA LOTTA, 8.5.1953.

⁸¹ Infantilismo comunista, in: GIORNALE DELL'EMILIA, 4.6.1953.

⁸² »Menzogne«, »falsi« und »bugie« (»Unwahrheiten«, »Lügen«) waren im italienischen Wahlkampfdiskurs omnipräsent. Siehe etwa: Menzogne vecchie e nuove dei comunisti contro Fanfani, in:

Auch die Bologneser PCI-Funktionäre zeigten sich 1953 weitgehend zufrieden mit der praktischen Umsetzung der *campagna capillare*.⁸³ Auffällig ist dabei, dass sich die Kommunisten offenbar leichter taten, fremde Wähler anzusprechen, als in ihren vertrauten Kreisen zu werben: »[H]äufig schicken wir Genossen herum, um an die Türen zu klopfen, obwohl sie noch nicht ihren eigenen Vater, ihre eigene Mutter überzeugt haben, für uns zu wählen.« Überdies, so wurde im Exekutivkomitee mitgeteilt, seien bei weitem nicht alle Genossen dazu übergegangen, unter den Personen, die sie »in den Läden, in der Freizeit, beim Sport, in der Schule, im alltäglichen Leben« trafen, für den PCI zu werben.⁸⁴ Beruhte die *campagna capillare* also einerseits auf der Kontaktaufnahme mit fremden Wählern an der Haustür, andererseits auf der beiläufigen, den normalen Tagesablauf begleitenden Ansprache von Familienmitgliedern, Bekannten, Nachbarn und Kollegen, so erwies sich ihre erste Säule offenbar als erfolgsträchtiger. Insbesondere im häuslichen Ehebett fand die vermeintlich geschlossene Subkultur ihr Ende: Mit ihrer Frau politische Gespräche zu führen, war vielen PCI-Genossen unvorstellbar.⁸⁵

Die Vernetzungslogik der *campagna capillare* trieb freilich eine Milieubildung voran, die auf sozialer Ähnlichkeit beruhte. Sie baute auf Treffpunkte und Bewegungsmuster in bestimmten Stadtvierteln, wo die Genossinnen und Genossen wohnten, arbeiteten und einkauften, und sie setzte den Akzent auf Wählerinnen und Wähler, die Beruf oder Status mit den Propagandistinnen und Propagandisten teilten. Anreize, in besser betuchte Stadtviertel vorzudringen, setzte sie nicht. Wähler aus den urbanen Mittel- und Oberschichten, die dort unter sich wohnten und konsumierten, die von ihrem Besitz oder ihrer Kanzlei lebten und nicht in Fabriken arbeiteten, die nicht Tram fuhren, die man in der Innenstadt traf und die dabei habituell eine hohe soziale Position ausdrückten, kamen eher nicht mit kommunistischen Propagandisten ins Gespräch. Da sie vor allem Nachbarschaftskommunikation war, reproduzierte die politische Face-to-face-Kommunikation die sozialen Gefüge, die sich in den italienischen Stadtvierteln sedimentiert hatten und durch den Krieg nur wenig aufgebrochen worden waren. Das bedeutete allerdings nicht, dass sie bestehende politische Orientierungen lediglich verstärkte. Die Arbeiterinnen und Arbeiter, kleinen Angestellten, Selbständigen und Handwerker, die katholischen Hausfrauen, die bescheiden lebenden Rentner und Jugendlichen, die zu den Zielgruppen der *campagna capillare* gehörten, mochten eine ähnliche soziale Lage und das gemeinsame Stadtviertel verbinden – ob sie jedoch kommunistisch, christdemokratisch,

IL POPOLO, 23.4.1958; I falsi scandali di certi giornali, in: ebd.; Bugie comuniste, in: IL POPOLO, 8.5.1958. Vgl. S. CAVAZZA, Costituzione in piazza, 1999, S. 159–161.

⁸³ Verbale della riunione di Comitato Federale, 16.6.1953, Bl. 14, 19. FGER, PCI-BO, CF, Verbali, 1953, b. 2, fasc. 2.

⁸⁴ Verbale della riunione del Comitato Esecutivo, 4.5.1953, Bl. 3. FGER, PCI-BO, CE, Verbali, 1953, b. 2, fasc. 2.

⁸⁵ Vgl. S. BELLASSAI, Mascolinità, 2000, S. 278, 290.

sozialistisch, sozialdemokratisch, linksliberal, monarchistisch oder auch neofaschistisch wählten, war damit noch lange nicht gesagt.⁸⁶ Diese Erkenntnis führte überhaupt erst zur Konzipierung der *campagna capillare*.

Das persönliche Gespräch in Haustürnähe der Wähler suchten aber zunehmend auch die Parteien rechts vom PCI. Nicht zuletzt, weil sie an ältere Praktiken klientelistischer Kontaktpflege anknüpfte, war diese Ansprache auch jenseits der Arbeiterviertel erfolgsträchtig.⁸⁷ Aus Teramo berichtete der Präfekt 1958, dass es dem MSI gelang, »alle Schichten« der Bevölkerung mit seiner *propaganda capillare* zu penetrieren.⁸⁸ Das galt grundsätzlich auch für die Christdemokraten, die 1953 parteiintern ebenfalls von »kapillarer« Propaganda zu sprechen begannen.⁸⁹ Dabei konnten sie sich zum einen auf ihre guten Kontakte zu den *Coltivatori diretti*, dem Bauernverband, verlassen, der auf dem Land aktiv Wahlkampfunterstützung leistete, zum anderen auf die sozialen Netzwerke der Wirtschaft. In Bologna beobachteten die Kommunisten 1953, neben dem Klerus hätten die Unternehmer sowie der Staatsapparat die »Stimmen für die DC besorgt«.⁹⁰ Der Kreis potenzieller Werber der DC war also letztlich größer als jener des PCI, der Kreis der Adressaten heterogener, und die Wege waren informeller. Die intensivste und sichtbarste Arbeit leisteten zweifellos die katholischen Laien, die Pfarrer und die Priester. Ihre Aufgabe war es zunächst, von der Kanzel und auf den Straßen die Gefahren der christlichen Werteordnung zu beschwören, die vom Kommunismus ausgingen, und somit die »noch zweifelnden Katholiken« als DC-Wähler zu aktivieren.⁹¹ Wenn es die italienischen Bischöfe noch 1963 für angeraten hielten, den Termin der Parlamentswahlen auf Anfang Mai festzusetzen, da die vorangehende Osterphase »unseren Priestern die größten Möglichkeiten gibt, die Seelen zu erreichen, die ihrer Seelsorge anvertraut sind«, dann deutet das an, dass sie ihren direkten Zugriff auf die italienischen Wählerseelen nach wie vor für entscheidend hielten.⁹²

In Bologna, wo die religiöse Praxis schwach ausgeprägt und die Zahl der Pfarrer verhältnismäßig gering war, erfand Erzbischof Kardinal Lercaro 1953 zur Kompensation der kommunistischen Propagandaarbeit die sogenannten *frati volanti* (»fliegenden Mönche«). Es handelte sich um motorisierte Priester, die den

⁸⁶ Politikwissenschaftler kamen bei Umfragen 1958 in toskanischen und emilianischen Städten zu dem Befund, dass die Analphabeten und Unterschichtangehörigen die größte Quote unentschiedener Wähler aufwiesen, nämlich 42,3 Prozent. G. SCHEPIS, *Analisi statistica*, 1963, S. 691.

⁸⁷ Vgl. L. VISENTINI, *Osservazioni*, 1963, S. 284.

⁸⁸ Prefetto di Teramo an das MI, 5.5.1958, Bl. 3. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2.

⁸⁹ DC, Ufficio Organizzativo Centrale, an die Segretari Provinciali u. a., 14.9.1953. ILS, DC, SP, *Atti dei segretari*, Sc. 11, fasc. 12.

⁹⁰ Verbale della riunione di Comitato Federale v. 16.6.1953, Bl. 19. FGER, PCI-BO, CF, *Verbali*, 1953, b. 2, fasc. 2. Zu den Verbandskontakten der DC vgl. S. LUPO, *Partito e antipartito*, 2004, 115–127.

⁹¹ Prefetto di Padova an das MI, 5.5.1958, Bl. 1. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2.

⁹² Pro-Memoria [über die Zusammenkunft des Klerus der Diözese Siena mit dem Erzbischof], Siena, 22.12.1962. ACS, MI-GAB, 1961–1963, b. 386, fasc. 17220/98.

öffentlichen Raum bevölkerten, auf PCI-Veranstaltungen Flugblätter verteilten und spontan auf den Straßen der Stadt kleine Versammlungen initiierten. Beiseit von einem exzessiven Antikommunismus gingen sie überaus militant vor und warteten mit deftiger Rhetorik auf, was nach Meinung eines US-amerikanischen Beobachters die große Zahl nicht praktizierender Katholiken in Bologna anwiderte.⁹³

Von Anbeginn hatte der PCI gegen diese politische Einmischung der Geistlichen vorzugehen versucht. Dazu initiierte er lokale »Protestaktionen« gegen die Propaganda in Kirchen und Beichtstühlen, meist durch Flugblätter lanciert. Überdies versuchte die Partei, die Bürger dazu zu bewegen, in Delegationen beim Pfarrer vorzusprechen und ihn darum bitten, die politische Einflussnahme von der Kanzel zu unterlassen. Heldengeschichten in der kommunistischen Presse berichteten von älteren Frauen, die nach ausdauernder kommunistischer Aufklärungsarbeit endlich den Mut aufgebracht hatten, dem Pfarrer bei seinen politischen Instruktionen nicht zu folgen oder ihm gar zu widersprechen.⁹⁴ Ob Frucht kommunistischer Gegenkampagnen oder Produkt der Säkularisierung – in den 1960er Jahren mussten politisierende Pfarrer tatsächlich mit Widerspruch aus der Gemeinde rechnen. Polemische politische Reden von der Kanzel konnten die Kritik auch christdemokratischer Wähler nach sich ziehen. Die politische Einmischung, so der Präfekt aus Arezzo, trug dazu bei, dass sich »einige von der Kirche entfernen«. Dass der ein oder andere Pfarrer mit temperamentvoller Natur auch noch 1963 nicht davor zurückschreckte, in die örtliche Bar einzumarschieren und einen anwesenden Kommunisten vor die Tür zum Faustkampf zu bitten, weil er sich von einem PCI-Plakat provoziert fühlte, mochte die Irritationen in der lokalen Bevölkerung noch befördern.⁹⁵

Über die schlagkräftigen Pfarrer hinaus waren die unzähligen Pfarreien vor allem in den 1940er und 1950er Jahren für den christdemokratischen Wahlkampf unabdinglich, fungierten sie doch als die wichtigsten Knotenpunkte lokaler Vernetzung: Die Gemeinden verfügten über das soziale Wissen im Viertel, hatten die Anwohner verheiratet und ihre Kinder getauft, und sahen einen großen Teil vor allem der Wählerinnen regelmäßig bei der Sonntagsmesse. Die Propagandisten der graswurzelartig aus diesen Gemeinden wachsenden *Comitati Civici* sowie der ACLI und auch der DC sollten mit Hilfe dieser Wissensressourcen die Sympathisanten in ihrem lokalen Umfeld aufsuchen, in Gesprächen auf die kommunistische Bedrohung hinweisen sowie die Wünsche und Meinun-

⁹³ R. H. EVANS, *Coexistence*, 1967, S. 44, 67 f., 70 f.

⁹⁴ Verbale del Comitato Federale [PCI Bologna], 14.2.1948, Bl. 2. FGER, PCI-BO, CF, Verbali, 1948, b. 1, fasc. 3; »Mia madre ha votato tranquilla per il Partito Comunista Italiano«, in: LA LOTTA, 12.6.1953; Anche Don Schiassi denunciato dai comunisti, in: L'AVVENIRE D'ITALIA, 22.5.1953.

⁹⁵ Prefetto di Arezzo an das MI, 15.5.1963. ACS, MI-GAB, 1961–1963, b. 386, fasc. 17220/98.

gen der Wähler kennenlernen.⁹⁶ Eine Spezialität katholischer Aktivisten war die Wahlkontrolle, die sich zu einer regelrechten Wahlschlepperei steigern konnte. Der Kampf gegen die »Wahlverweigerung« (*astensionismo*) blieb die wichtigste Komponente in der Wahlkampagne eines Lagers, das sich bewusst war, dass es lediglich alle überzeugten Katholiken zur Wahlurne treiben musste, um die Wahl zu gewinnen.⁹⁷ Dabei kontrollierten katholische Aktivisten mit Hilfe der Wählerlisten, welche Sympathisanten noch nicht im Wahllokal erschienen waren, und suchten sie zu Hause auf, um sie an ihre göttliche Pflicht zu erinnern.⁹⁸ Dieser Fokus auf die Wählerkontrolle, bedingt auch durch die zwei Wahltage am Sonntag und Montag, die dafür ausreichend Zeit boten, richtete die katholische Face-to-face-Kommunikation tatsächlich zunehmend auf Wähler aus, die bereits zu den Sympathisanten zählten.

Am Beginn einer solchen Loyalitätsbeziehung stand jedoch nicht nur der katholische Glaube. Gerade im Süden konnten Wähler aus den Unterschichten, die ihren pauperisierten Verhältnissen auch im *Ventennio* nicht entwachsen waren, mit kleinen Wahlgeschenken becirt werden.⁹⁹ Im Wahlkampf 1948 verteilten katholische Aktivisten und Pfarrer massenhaft Pasta oder Brot an Wähler; und auch noch 1963 konnte es in kleineren Gemeinden vorkommen, dass Pfarrer im Namen der katholischen Wohlfahrt (*Pontificia commissione di assistenza*) die Bürger im Wahlkampf mit Pasta beglückten. Wenn Kommunisten in solchen Kommunen den Wahlsieg einfuhren, brüsteten sie sich öffentlich damit, dies ohne die Verteilung von Pasta geschafft zu haben.¹⁰⁰ Die moralische Verurteilung des »Stimmenkaufs« nützte dem PCI aber herzlich wenig. Als der Funktionär Giacomo Calandrone in Syrakus kurz nach den Wahlen 1948 in ein Lebensmittelgeschäft ging, trug eine der anwesenden Kundinnen der Verkäuferin auf, dem Kommunisten an der Theke Zitronen zu überreichen – in Sizilien eine traditionelle Gabe an den Verlierer. Calandrone musste sich zusammennehmen, um ruhig zu bleiben, und sagte zu der Wählerin: »Ihr scheint mir keine Siegerin zu sein! Ihr tragt nur einen Schuh und einen Pantoffel und kauft fünfzig Gramm Öl. Dieser Sieg wird es euch erlauben, euer Elend zu konservieren.« Finster antwortete die Frau: »Wenigstens habe ich schon fünf Kilo Pasta bekommen. Der Fronte hat mir nie etwas gegeben.«¹⁰¹ Die DC-Kampagnen für den Marshall Plan und die *Cassa del Mezzogiorno*, aber auch die in den 1950er Jahren verbreitete Verteilung von »Hilfsleistungen« (*sussidi*) durch Christdemokraten im Zuge der *propag-*

⁹⁶ Vgl. A. VENTRONE, *Cittadinanza*, 2008, S. 188 f.

⁹⁷ De Gasperi parte domani per Parigi per la riunione della »piccola Europa«, in: LA STAMPA, 10.5.1953.

⁹⁸ Umfassender vgl. C. C. GATZKA, *Auftritt*, 2013, S. 76–83.

⁹⁹ Vgl. J. CHUBB, *Patronage*, 1982; G. BARONE, *Stato e Mezzogiorno*, 1994, S. 323 f.

¹⁰⁰ Prefetto di Arezzo an das MI, 15.5.1963. ACS, MI-GAB, 1961–1963, b. 386, fasc. 17220/98. Zu 1948 vgl. M. MAGNO, *Puglia*, 1988, S. 96; A. VENTRONE, *Cittadinanza*, 2008, S. 197.

¹⁰¹ G. CALANDRONE, *Comunista in Sicilia*, 1972, S. 96.

anda capillare bedienten diesen trotzigen Materialismus süditalienischer Unter- und Mittelschichten und bauten Loyalitätsverhältnisse auf in Regionen, in denen die katholische Laienorganisation schwach war.¹⁰²

Nach den Parteireformen unter Amintore Fanfani versuchte die DC seit 1958 stärker, aus eigener Kraft die »kapillare« Wahlkampfarbeit zu leisten. Das bedeutete auch, das soziale Wissen der Kirche selbst zu produzieren. Hauptaufgabe der DC-Parteiverbände wurde es, bei den lokalen Ämtern die Wählerlisten zu kopieren und auszuwerten. Ergänzt durch das Wissen aus persönlichen Kontakten sollten sie den sozialen und beruflichen Status der Wähler eines jeden Wahlbezirks kennen und eine *rete capillare* (ein »kapillares Netz«) knüpfen, um sie zielgerichtet mit Broschüren oder spezialisierten Propagandisten ansprechen zu können.¹⁰³ Auf diese Weise schuf sich die DC über soziale Netze vor Ort eine Klientel, auf die sie ihre Gesetzesinitiativen und Wahlkampfversprechen gezielt ausrichten konnte.

Die Präfektenberichte, aber auch Beobachtungen der Politikwissenschaftler geben Aufschluss darüber, dass sich die »kapillaren« Aktivitäten 1958 zur bestimmenden lokalen Wahlkampfpraxis entwickelten. Propagandisten aus den Städten fuhren nun auch mit Lkw und Pkw in die Provinzgemeinden, um dort gezielt Werbung unter einzelnen Personen zu machen. Zwar hatte das wichtigste Instruktionsmittel des PCI, der *Quaderno dell'attivista*, schon einige Monate vor dem Wahlkampf sein Erscheinen eingestellt, doch wussten die Genossen offenbar inzwischen, was sie zu tun hatten. Besuche der Parteiaktivisten und Kandidaten an den Haustüren der Wähler galten unter Präfekten angesichts einer nachlassenden Zugkraft der Kundgebungen und Versammlungen sogar als die effizienteste Werbemethode, auch in Bologna.¹⁰⁴ Die Palette an Aktivitäten reichte in beiden Lagern vom »Insegnare a votare« über »Appelle« bis hin zu konkreten »Hilfeleistungen«; und die Tendenz zur Ansprache bisher fernstehender Wähler blieb erhalten. Katholische Propagandisten mischten sich erfolgreich unter die »niedrigen« Wählerschichten, um auf die Leistungen der Regierung in der vergangenen Legislaturperiode einzugehen und das politische Programm der DC zu erklären.¹⁰⁵ Aus Florenz und anderen Provinzen berichte-

¹⁰² Vgl. D. W. ELLWOOD, *Italian modernisation*, 2001. Zum Erfolg der DC im Süden vgl. R. FORLENZA, *A Party for the Mezzogiorno*, 2010.

¹⁰³ Domenico Magri an die Segretari Provinciali u. a., 14.3.1958. ILS, DC, SP, Atti dei segretari, Sc. 50, fasc. 67; ders. an die addetti di comitato provinciale, 14.6.1958. Ebd.; Duecento convegni della rete capillare, in: IL POPOLO, 19.4.1958. Zu Bologna siehe: Appunto sulla rete capillare, o. D. [1958]. ASBO, DC, CC, Elettorale 5, Fasz. »Ufficio Elettorale«; Schema per le riunioni della rete capillare di propaganda, 2.5.1958, B. 1 f. Ebd., Elettorale 1, Fasz. »Collegamenti con il Civico 1958«.

¹⁰⁴ Prefetto di Arezzo an das MI, 5.5.1958, Bl. 1. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2. Siehe des Weiteren die Präfektenberichte aus Bologna, Alessandria, Parma, Brindisi u. Foggia v. 5.5.1958 an das MI. Ebd.; L. VISENTINI, *Osservazioni*, 1963, S. 284 f.

¹⁰⁵ Siehe die Präfektenberichte aus Gorizia, Sondrio u. Asti v. 5.5.1958, aus Venedig, Gorizia und Modena v. 19.5.1958 u. aus Agrigento v. 25.5.1958 an das MI. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2.

ten Präfekten von PCI-Propagandisten, die sich sogar an erklärte antikommunistische Wähler heranwagten, um sie wenigstens davon zu überzeugen, statt der DC den PLI zu wählen oder am Wahltag gleich ganz zu Hause zu bleiben.¹⁰⁶

Zwar begannen PCI und DC 1958 gerade dort, wo ihnen Personal fehlte, auch den Postweg einzuschlagen, und bedachten die Italienerinnen und Italiener mit Broschüren und Briefen. Der Erfolg dieser indirekten, medial vermittelten Wähleransprache war jedoch umstritten. Während der Präfekt in der bergigen Provinz Belluno in Venetien sie als attraktive neue Technik bezeichnete, hielt sie sein Kollege in Palermo für wenig effektiv.¹⁰⁷ Sie erreichte Wähler in abgelegenen Regionen, doch dort, wo man den mündlichen Kontakt gewohnt war, hatte sie zwei Nachteile: Sie zwang die Wähler zum Lesen und sie bot keine Option, sie mit ihren Sorgen und Nöten, Forderungen und Loyalitätsbekundungen selbst zu Wort kommen zu lassen und sie im Zweifel auch am Wahltag aufzusuchen, um sich ihrer Loyalität zu versichern. Darin lagen die Stärken der *propaganda capillare* im Kontext der gesellschaftlichen Bedingungen Italiens, und daran musste sich die massenmediale Werbung der Zukunft messen lassen.

Unter uns. Deutsche Milieulogiken in gewandelten Vierteln

Auch die deutschen Sozialdemokraten wussten um den Wert der Parteimitglieder, »die für unsere Sache in vorderster Linie kämpfen«, wie es ein Hamburger Funktionär noch 1961 mit einer martialischen Rhetorik ausdrückte, die seit 1949 typisch war.¹⁰⁸ Dieser Kampf jedoch war nicht so sehr als Nahkampf mit den Wählern konzipiert. Vielmehr ging es darum, Parteipapier in die Distrikte und Wohnviertel zu pumpen, galt doch gerade das textlastige Flugblatt der SPD lange Zeit als vornehmstes Werbemittel, weit vor den Bildplakaten.¹⁰⁹ Dass die Wahlkämpfer in erster Linie als Distributionsgehilfen zum Einsatz kamen, spiegelte sich allein schon im Ausdruck »Werbehelfer«, der sich im Laufe der 1950er innerhalb der SPD durchsetzte.

Während Kommunisten in Italien Wähler ansprechen sollten, sollten Sozialdemokraten in Westdeutschland Wähler zählen. Die Propaganda- und Organisationssekretäre wollten wissen, *wieviele* Haushalte sie zu versorgen hatten, *wieviele* Flugblätter gedruckt werden mussten, *wieviele* Fahrräder, Pkw und Lkw im Wahlkampf eingesetzt werden konnten.¹¹⁰ Die SPD-Landesorganisation Hamburg rechnete im Wahlkampf 1949 mit Drucksachen von wöchentlich

¹⁰⁶ Prefetto di Firenze an an das MI, 5.5.1958, Bl. 3. Ebd.

¹⁰⁷ Prefetto di Palermo an das MI, 19.5.1958, Bl. 1. Ebd.; Prefetto di Belluno an das MI, 18.5.1958, Bl. 1. Ebd.

¹⁰⁸ Wolfgang Koch an Karl Anders, 13.7.1961. AdsD, NL Anders, Mp. 1.

¹⁰⁹ [SPD-LO HH, Kreis Mitte]: Wir sind die Partei der kleinen Leute, o. D. [ca. Juni 1949]. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 104. Vgl. T. MERGEL, Propaganda, 2010, S. 164.

¹¹⁰ Blachstein (Hamburg) an die im Kreis 14 wohnhaften Betriebsräte u. a., o. D. [1949]. AdsD, NL Blachstein, Mp. 23; August Strate (Vorsitzender des Hamburger SPD-Bezirks 701) an Blachstein, 16.6.1949. Ebd., Mp. 27.

120 Kilogramm, und allein dass solche Zahlen existierten, zeigt die sozialdemokratische Obsession mit papierner Quantität.¹¹¹ Wie in den motorisierten Zeiten der Weimarer Republik sprach man im Hamburger Wahlkampf von »fahrenden« Genossen, denn schließlich musste das Material über die ganze Stadt verteilt werden.¹¹² Der sozialdemokratische »Wahlhelfer«, das Handbuch des Bonner Propagandareferats, wies 1953 zwar mit optischer Hervorhebung darauf hin, dass Flugblätter am effizientesten seien, wenn sie »persönlich in die Hand gegeben« würden. Doch gegen die verbreitete Praxis, SPD-Druckerzeugnisse als Wurfpostwerbung zu verteilen oder gleich aus fahrenden Kraftwagen zu werfen, konnten solche Ratschläge allein schon aus Effizienzgründen nichts ausrichten (Abb. 2, S. 130).¹¹³ Mit den Jahren verstärkte sich der Trend zur unpersönlichen Verteilung noch. Der Kreis Hamburg-Altona sah sich im Februar 1957 gut gerüstet für den anstehenden Wahlkampf, weil es gelungen war, 200 000 Briefumschläge zu beschaffen; Wahlkämpfer hatten sich hier zu »Schreibkolonnen« formiert, die auf ihren »Einsatz« warteten.¹¹⁴

Auch der lokale CDU-Wahlkampf beruhte auf der Prämisse, dass es in erster Linie Plakate, Flugblätter, Wahlzeitungen und Kandidatenbriefe waren, die für die Partei und ihre Positionen sprechen sollten. Zwar begann die Bundesgeschäftsstelle schon 1953, Hausbesuche im Wahlkampf zu empfehlen, hielt sie allerdings nur in kleinen Dörfern für durchführbar.¹¹⁵ Der eifrige junge Christdemokrat Dietrich Rollmann war der erste, der 1957 – ausweislich seiner eigenen Erinnerung – Wählern in Hamburg-Harburg Hausbesuche abstattete, um seinem starken Kontrahenten Herbert Wehner die Stirn zu bieten. Er empfand die Hausbesuche als besonders beschwerlich, jedoch keineswegs als erfolglos: »Entweder wurde man gar nicht erst hereingelassen oder man kam vor lauter Diskussionen nicht wieder hinaus.«¹¹⁶

In erster Linie dienten die urbanen Wahlkämpfer auch der CDU jedoch als Verteiler von »Aufklärungsmaterial«, wobei die Bundesgeschäftsstelle 1953 immerhin empfahl, Flugblätter nicht aus fahrenden Autos, sondern in die Briefkästen zu werfen.¹¹⁷ Die Verteilung per Hand und damit die einzige Situation, da

¹¹¹ Propaganda-Abteilung [der SPD LO HH]: Propagandamöglichkeiten, o. D. [Frühjahr 1949]. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 104.

¹¹² Nord-Echo. Informationen für Funktionäre der SPD in Hamburg-Nord, hrsg. v. SPD-Kreisvorstand des Kreises 4 (Nord), 5. Jg., Nr. 2/3, Februar/März 1954 (Jahresbericht), Bl. 1 f. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 2448.

¹¹³ SPD, Wahlhelfer, 1953, S. 54. Siehe auch: SPD-LO HH, Distrikt Berne, an das Parteibüro der SPD, Kreis VI, 12.2.1950. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 367.

¹¹⁴ SPD-Rundschreiben für alle Distrikts- und Bezirksvorstände des Kreises Altona, No. 68, Februar 1957. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 333. Vgl. auch K. KLOTZBACH, Der Weg zur Staatspartei, 1996, S. 396.

¹¹⁵ CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Organisation: Merkblatt für die Geschäftsführer der Christlich-Demokratischen Union zur Vorbereitung und Auswertung von Wahlen, o. D. [1953], Bl. 10. ACDP 07–001-5009.

¹¹⁶ Abgeordnete, Bd. 3, 1985, S. 332.

¹¹⁷ Wahlhelfer für die Bundestagswahl 1953, Bonn, 3.8.1953, Bl. 3. ACDP 07–001-5010; CDU-

man mit Wählern ins Gespräch kommen konnte, war lediglich an den Fabrikatoren verbreitet.¹¹⁸ Auf Bürgersteigen und an Bahnhöfen hatten es Christdemokraten und Sozialdemokraten vereinzelt versucht, aber schlechte Erfahrungen gesammelt: Als Genossen 1953 an den Eingängen zum Hamburger Hauptbahnhof Flugblätter verteilten, wurden sie von der Bahnhofspolizei vertrieben, die der Meinung war, der Bürgersteig vor dem Bahnhof gehöre noch zum Bahnhofsgelände und stelle damit keinen Raum für politische Propaganda dar.¹¹⁹ Der Hamburger CDU-Kreisverband Nord schwor 1961 der Flugblattverteilung gänzlich ab, weil sie außerordentlich wirkungslos sei: »Auch wenn die Leute sie einstecken, sie trauen sich nur nicht, sie wegzuerwerfen, weil dann der Schutzmann kommt, oder irgend jemand sagt, was hast du da gemacht.«¹²⁰ Der Hinweis auf den Schutzmann war nicht ganz weit hergeholt, da die Polizei angesichts der Massenmotorisierung ihre Präsenz an den westdeutschen Straßenecken erhöht hatte; in Ulm verteilten in Zivil gekleidete Beamte 1961 Strafzettel an Bürger, die bei Rot über die Straße gingen.¹²¹ Die Atmosphäre im öffentlichen Raum der Bundesrepublik schien nicht gerade zu unbeschwerter politischer Plauderei einzuladen.

Als Ideal stand direkter Wählerkontakt der SPD durchaus vor Augen. So machte der SPD-Vorsitzende Karl Meitmann seinen Hamburger Genossen 1949 Mut: »Spüre selber nach Gelegenheiten zur Aufklärung! Du wirst sehen, dass Dich nichts mehr erfreut, als diese nur scheinbar «kleinen» selbsterfochtenen Siege!«¹²² Allerdings zielte die Werbung »von Mund zu Mund«, »von Haus zu Haus« in SPD-Kreisen vorrangig auf die Mitgliederrekrutierung. Genossinnen und Genossen waren es deshalb gewohnt, sich in erster Linie unter Sympathisanten zu bewegen, denen sie die sozialistische Idee nicht mehr erklären mussten.¹²³ Ganz in diesem Sinne lautete die Parole auch im Wahlkampf 1949 in Hamburg-Eimsbüttel: »macht aus Wählern Aktivisten!« Im Jahr 1953 ergänzte das Bonner Wahlkampfhandbuch: »Erst jener Wähler, der offen für uns eintritt,

Bundesgeschäftsstelle, Abt. Organisation: Merkblatt für die Geschäftsführer der Christlich-Demokratischen Union zur Vorbereitung und Auswertung von Wahlen, o.D. [1953], Bl. 2, 8 f. ACDP 07–001-5009.

¹¹⁸ Abgeordnete, Bd. 3, 1985, S. 332.

¹¹⁹ Louis Sellmer, Kreissekretär Hamburg-Mitte, an Kriminaloberrat Rieck, 10.8.1953. AdsD, Abt. III, SPD-LO HH I, Mp. 332.

¹²⁰ Vorstandssitzung des Kreisvorstandes [CDU Hamburg-Nord] mit den Wahlkampfleitern und den Bundestagskandidaten [...] am 5.6.1961. ACDP 02–155-006/3.

¹²¹ Der Mann im grauen Anzug hat's gesehen, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 16.9.1961. Vgl. auch T. LINDENBERGER, Straße als Politik-Arena, 2018, S. 160.

¹²² Karl Meitmann: Aufruf für »Der Sozialist«, Hamburg, o. D. [Juli 1949]. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 104.

¹²³ Die Werbe-Aktion läuft weiter!, in: SPD: Rundschreiben für alle Distrikts- und Bezirksvorstände des Kreises Altona, No. 1, Dez. 1950. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 152; Thea Asmus, Kreisfrauenleiterin Hamburg-Mitte: Rundschreiben Nr. 3/50, 24.10.1950. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 332; SPD, Wahlhelfer, 1953, S. 37.

ist ganz für uns gewonnen.«¹²⁴ Wahlkampfzeiten blieben für die SPD vorzügliche Mitgliederwerbezeiten, und das setzte Anreize, Wähler anzusprechen, die bereits SPD wählten – und die anderen zu übergehen.¹²⁵

Was gemeinhin den italienischen Kommunisten unterstellt wird, galt mithin vor allem für die deutschen Sozialdemokraten: Sie blieben im Wahlkampf gern unter sich. Das zeigte sich etwa auch im Umgang mit dem sogenannten Wahl-schleppdienst für Alte und Gebrechliche. Die Landesorganisation der Hamburger Partei riet 1949 davon ab, Wähler in größerem Umfang zu den Wahlurnen zu transportieren, »da erfahrungsgemäss die meisten Personen, die zur Wahl geschleppt werden, nicht uns wählen.« Deshalb wollten sie den Schleppdienst beschränkt wissen »auf unsere alten und gebrechlichen Genossen, bzw. solche Personen, von denen mit grosser Wahrscheinlichkeit angenommen werden kann, dass sie uns wählen werden.«¹²⁶

Zwar forderte Propagandachef Fritz Heine eine Woche vor dem Wahltag 1953 seine Funktionäre in den Bezirken energisch auf, die Mitglieder müssten dazu bewegt werden, in »Mund zu Mund-Propaganda« mit Hilfe des Wahlmaterials »so viel wie möglich Wähler von unseren Vorstellungen zu überzeugen.«¹²⁷ Das war ganz auf der Linie der Hamburger Propagandafunktionäre, die schon 1952 in Vorbereitung auf die Bundestagswahl hatten verlauten lassen: »Jeder Genosse muß in persönlichen Gesprächen mit Andersdenken seinen Mann stehen. Der Propaganda von Mund zu Mund kommt heute noch die Hauptbedeutung zu.«¹²⁸ Doch den Kontakt mit »Andersdenkenden« zu suchen, war leichter gesagt als getan. Rudolf Fischer, ein agiler Hamburger Sozialdemokrat, berichtete 1949 von den mentalen Hürden. Die Genossen sollten eigentlich nach altem Brauch Karten für eine SPD-Großkundgebung in den Wohnhäusern verkaufen, doch gingen sie »instinktiv« an den meisten Türen vorbei, etwa »wenn der Mann vielleicht früher einmal Nazi war oder sonst ein Grund vorliegt, ihn nicht zu besuchen.«¹²⁹ Insbesondere die Linksozialisten, die aus dem Exil zurückgekehrt waren und Widerstandserfahrungen gesammelt hatten, wollten sich keineswegs mit jedem deutschen Wähler abgeben. Peter Blachstein,

¹²⁴ SPD, Distrikt Eimsbüttel-Nord: Werbe und kämpfe mit uns!, Januar 1949. AdsD, NL Blachstein, Mp. 22; SPD, Wahlhelfer, 1953, S. 5.

¹²⁵ Max Kukil an Karl Vittinghoff, 25.9.1953. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 307; Karl Vittinghoff an Max Kukil, Parteivorstand, 7.10.1953. Ebd. Vgl. A. KRÜKE, Demoskopie, 2012, S. 178.

¹²⁶ [SPD LO HH]: Entwurf. Betr. Wahlkampf [Diskussionsgrundlage für den Wahlausschuss der SPD-Landesorganisation Hamburg], o. D. [Frühjahr 1949], Bl. 3 f. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 104. Siehe auch: Karl Vittinghoff an Erich Arp, 8.5.1961. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 132; U. W. KITZINGER, Wahlkampf in Westdeutschland, 1960, S. 111.

¹²⁷ Fritz Heine an die Sekretäre der SPD und Bezirkssekretariate, 29.8.1953. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 1507.

¹²⁸ SPD-LO HH an alle Kreis- und Distriktspropagandaleiter, 9.8.1952, Bl. 3. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 2434. Ähnlich: [SPD Hamburg]: »D. Propaganda-Abteilung«, o. D. [1953]. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 2448; SPD Bezirk Rissen, gez. Berg, an den Parteivorstand, Kreisvorstand und Distriktvorstand, o. D. [Anfang Oktober 1953]. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 332.

¹²⁹ Rudolf Fischer an Willy [Schmedemann], o. D. [Juli 1949]. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 104.

immerhin Hamburger Direktkandidat, lehnte es ab, als Redner auf Kriegsoffer- und Hinterbliebenenversammlungen aufzutreten, und verschmähte damit eine außerordentlich große Wählergruppe.¹³⁰ Politische Integrität zählte mehr als die Chance auf neue Wählerstimmen, und das war symptomatisch für die Kommunikationsvorbehalte an der SPD-Basis. Die pragmatische Haltung führender SPD-Politiker gegenüber den kleinen »Pgs« mündete vor Ort nicht immer, oder besser: eher selten, in der kommunikativen Selbstüberwindung kleiner Genossen, die sich mit den Ex-»Pgs« von Angesicht zu Angesicht auseinandersetzen hatten.¹³¹ So erhielt die Tendenz politischer Gesinnungsgenossen, unter sich zu bleiben, durch die Erfahrung des Nationalsozialismus eine ultimative Rechtfertigung. In Italien war die faschistische Vergangenheit der Wähler, die man in der *campagna capillare* ansprechen sollte, unter Kommunisten kein Thema.

Wie sie sich »Andersdenkenden« konkret nähern sollten, dazu gaben die SPD-Funktionäre ihren Wahlkämpfern keine Anleitung und erschwerten damit die Situation noch zusätzlich. SPD-Genossen wussten lediglich, dass sie nach alter Tradition in ihren »Kreisen« theoretisch jederzeit persönlich für die Partei zu werben hatten. Diese »Kreise« waren in der Vorstellung der Funktionäre von denselben Lebensverhältnissen geprägt, sie sammelten sich im Wohnhaus und am Arbeitsplatz, im Familien- und Bekanntenkreis.¹³² Der Glaube, dass sich die Genossinnen und Genossen noch in ihren gewohnten Kreisen bewegen und die soziale Lage teilten, war nach 1945 ausgeprägt. Dies spiegelte sich auch in der Annahme, ganze Viertel hätten ihre soziopolitischen Strukturen über Diktatur und Krieg hinweg konserviert. Im Ulmer Kommunalwahlkampf 1946 wollten die Sozialdemokraten in der massiv zerstörten Stadt jene Viertel meiden, wo sie traditionell Katholiken, Bürger, Beamte oder Angehörige des Militärs lokalisierten. Auch in Hamburg sollten die Genossen 1953 zwischen Arbeiterdistrikten und bürgerlichen Distrikten unterscheiden. Und Christdemokraten sprachen in Bonn wie in Hamburg noch 1957 von der Existenz »sozialistischer« Arbeiterviertel.¹³³

Zwar hatten freilich einige Stadtviertel die Bombardements des Krieges weitgehend unversehrt überstanden und bisweilen auch ihre Milieustruktur beibehalten. In Hamburg galt das etwa für Eppendorf, das den SPD-Organisationssekretären deshalb allerdings eher problematisch erschien. Die in Weimar

¹³⁰ Herbert Wehner an Peter Blachstein, 12.9.1951. AdsD, NL Blachstein, Mp. 20.

¹³¹ Spürbar wird das auch noch in A. EGGBRECHT, Vorwort, 1979. Zur Strategie führender SPD-Genossen vgl. K. MEYER, SPD, 2015, S. 37–58.

¹³² SPD, Bezirke 120 A und B, Bezirksvorstand an die Genossen, 25.07.1949. AdsD, NL Blachstein, Mp. 22; SPD, Wahlhelfer, 1953, S. 2 f.

¹³³ Wahlergebnis für viele Genossen überraschend... [handschriftl. Notizen v. Johann Weißer], o. D. [1946]. StAU, E SPD, Nr. 53; SPD Ulm: Bericht über die Mitgliederversammlung v. 1.6.1946, 2.6.1946, Bl. 2. Ebd.; Unsere Propaganda zur Neuwahl des Bundestags [handschriftl. Aufzeichnungen Heinz Gärtners, SPD Hamburg], o. D. [1953]. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 2434; CDU-Bundesgeschäftsstelle: Die Bundestagswahlen vom 6. September 1953, Bl. 5. ACDP 07–001-5010; CDU-Kreisverband Hamburg-Nord: [Beschlussprotokoll] v. 6.8.1957. ACDP 02–155-003/2.

sozialisierten Eppendorfer Genossen, so stellten sie 1951 fest, seien so konservativ, dass sie sich jeglichen Innovationen verschlossen und am liebsten unter sich blieben.¹³⁴ Ähnliche Klagen in der mehrheitlich von älteren Mitgliedern geprägten Partei waren in Hamburg auch über die kleinen Funktionäre zu vernehmen, die am liebsten »Parteipolitik wie von 1912 in einer Kneipe« betrieben.¹³⁵

Charakteristisch für die westdeutschen Nachkriegsstädte war jedoch, dass sich ihre Viertelstrukturen nach 1945 weitgehend aufgelöst hatten. Auf die politischen und rassistischen Verfolgungen im Regime, die erste Lücken in die sozialen Netze gerissen hatten, waren die Einziehungen, Zerstörungen, Evakuierungen und Fluchterscheinungen des Krieges gefolgt. Die Nachkriegsmonate spülten Tausende, häufig vertriebene oder geflüchtete Neuankömmlinge in die Städte, während Alteingesessene wie die »Butenhamburger« zum Teil über Jahrzehnte aufgrund des Wohnungsmangels nicht mehr in ihre Heimatstadt zurückkehren konnten. Mit 52 Prozent zerstörtem Wohnraum bewegte sich die Hansestadt im westdeutschen Mittel; in jedem Fall aber bedeutete das nicht, dass 48 Prozent der Wohnbevölkerung noch dort wohnte, wo sie 1939 oder gar 1932 gewohnt hatte.¹³⁶ Was Christoph Kleßmann zu Recht eine »Bevölkerungsdurchmischung« genannt hat, setzte sich im Wiederaufbau weiter fort. Er brachte nicht nur neu erbaute Wohnviertel, sondern auch massive Umzugerscheinungen mit sich.¹³⁷

Die besten Belege dafür finden sich in den SPD-Distrikten und -Bezirken selbst, die in Hamburg zu Beginn der 1950er Jahre den Überblick über ihre alten Mitglieder weitgehend verloren hatten. Einstige Genossen waren nicht mehr dort anzutreffen, wo sie einst gewohnt hatten; Straßenumbenennungen machten die alten Mitgliederkarteien wertlos. Umziehende Mitglieder meldeten sich nicht bei den Kassierern ab und tauchten im neuen Wohnviertel häufig nicht wieder bei der Partei auf. Wenn ein SPD-Kreis 70 Prozent der Umzüge von Mitgliedern erfasste, war das eine gute Quote; meist lag sie geringer. In den entstehenden Neubaugebieten versuchte die SPD gezielt, neue Mitglieder zu werben, indem sie Flugblätter mit anhängender Beitrittserklärung verteilte. Bei diesen Aktionen gelang es zwar, verzogene Genossen wieder einzufangen, doch der Werbeerfolg war minimal. In Barmbek-Nord waren 1951 mit 8 000 verteilten Flugblättern, die sofort nach der Fertigstellung neuer Wohnhauskomplexe verteilt worden waren, nur drei oder vier Neumitglieder geworben worden. Ähnlich schwierig gestaltete sich die Werbung neuer Leser für das *Hamburger Echo*. Die soziale Neuzusammensetzung und der Fremdheitsschub in den neu-

¹³⁴ Protokoll über die Sitzung der Organisations-Kommission v. 24.7.1951, Bl. 8. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 223.

¹³⁵ Hugo G. F. Brzoska, Hamburg, an Oberschulrat Johannes Schult, Hamburg, 18.7.1949. AdsD, NL Blachstein, Mp. 22. Vgl. auch K. KLOTZBACH, Die moderne SPD, 1989, S. 107 f.

¹³⁶ In Hamburg prägten die sogenannten Nissenhütten, behelfsmäßige Wohnbaracken, das Stadtbild der Nachkriegsjahre, vgl. F. BAJOHR, Leybuden, 1989, insb. S. 74.

¹³⁷ Vgl. C. KLESSMANN, Staatsgründung, 1982, insb S. 37–65; DERS., Ein stolzes Schiff, 1985, S. 493.

en Wohnvierteln schienen politische Kommunikation im Dienste der Milieukonsolidierung erheblich zu erschweren.¹³⁸ Der nachbarschaftliche Umgang in den neu entstandenen »Kleine-Leute-Siedlungen« in Hamburg-Langenhorn oder Steenkamp etwa, zu denen Untersuchungen vorliegen, war freundlich, aber distanziert.¹³⁹

Die westdeutschen Städte der 1940er und 1950er Jahre waren also Städte in Bewegung, die neue und manchmal nur flüchtige Nachbarschaften, Hausgemeinschaften und Betriebsbelegschaften hervorbrachten. Dieser Charakter unterschied sie von den italienischen Städten jener Zeit, in denen nicht nur die Wohnviertel verhältnismäßig schwach zerstört worden waren, sondern auch die Bevölkerung weniger stark vom Krieg in Mitleidenschaft gezogen worden war. Hatte Deutschland im Krieg zwölf Prozent seiner Bevölkerung verloren, war es in Italien ein Prozent gewesen; die Kriegsgefangenen waren hier zudem schon 1946 größtenteils zurückgekehrt.¹⁴⁰ War es in den italienischen Stadtvierteln um 1948 also eher wahrscheinlich, alte Bekannte, Verwandte, Nachbarn und Kollegen wiederzutreffen, galt dies für die deutschen Städte gerade nicht – sofern man die alten Stadtviertel überhaupt wiedererkannte.¹⁴¹

Diesen von zunehmender Fremdheit geprägten Bedingungen in den westdeutschen Nachkriegsstädten schienen die SPD-Funktionäre in Bonn seltsam entrückt. Nach der Wahlniederlage von 1953 wollten die Organisationsfunktionäre im Parteivorstand nach Vorbild der Schwesterparteien in Österreich und den Niederlanden künftig durch die Mitglieder Wählerkarteien erstellen lassen, die ähnlich wie in Italien als Grundlage für eine direkte Wähleransprache dienen sollten. Dazu sollten die Genossen Anschrift, Parteizugehörigkeit und Wahlentscheidung der Wähler ihres Umfeldes notieren. Dass die Parteibasis zu diesem Zeitpunkt längst nicht mehr imstande war, solche Auskünfte über ihre Nachbarschaft zu erteilen, schien der Bonner Baracke nicht bewusst.¹⁴² So ließ sie auch jegliche Anleitung vermissen, wie ihre Wahlkämpfer vor Ort sich unter fremden Wählern bewegen sollten. Es dauerte bis in die zweite Hälfte der 1960er Jahre, bis die SPD erstmals solche Leitfäden herausgab.¹⁴³

Die deutschen Christdemokraten teilten insgesamt die Vorstellung weitgehend geschlossener sozialer Kreise in den deutschen Nachkriegsstädten und den Willen, nach Milieulogik politische Gespräche zu suchen. Anlässlich der Wahlen von 1953 wollte die CDU-Bundesgeschäftsstelle, wie die italienischen

¹³⁸ Protokoll über die Sitzung der Organisations-Kommission v. 24.7.1951, Bl. 6 f., 13. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 223.

¹³⁹ Vgl. H. KLAGES, Nachbarschaftsgedanke, 1956; A. VON SALDERN, Häuserleben, 1995, S. 293–301.

¹⁴⁰ Vgl. P. DOGLIANI, Anno Primo, 2007, S. 32, 41, 48.

¹⁴¹ Zur Schwierigkeit, diese in Hamburg oder Berlin wiederzuerkennen, vgl. W. JOHE, Juli 1943, 1989, S. 32 f.; W. L. SHIRER, Berliner Tagebuch, 1994 [1947], Eintrag v. 31.10.1945, S. 172.

¹⁴² Vgl. A. KRÜKE, Demoskopie, 2012, S. 176–179; K. KLOTZBACH, Weg zur Staatspartei, 1996, S. 265 f.

¹⁴³ [SPD Hamburg]: Merkblatt für Hausbesucher, o.D. [ca. 1966]. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 2017; SPD, Mitglieder werben, 1967.

Katholiken, Wählerkontrolle betreiben und instruierte ihre Kreisverbände, anhand der Wählerlisten für jeden Stimmbezirk festzustellen, »wer vermutlich CDU Wähler ist«. Am Wahltag sollten Parteifreunde unauffällig das Wahllokal überwachen und die Säumigen am Nachmittag anmahnen. Wie sie herausfinden sollten, welche Wähler tatsächlich CDU wählten, darüber machte der christdemokratische »Wahlhelfer« keine Angaben.¹⁴⁴ Dennoch war sich die CDU-Bundesgeschäftsstelle der gewandelten sozialen Strukturen in den Städten und Gemeinden graduell stärker bewusst als die Bonner SPD-Baracke, denn ihre konfessionelle Sensibilität machte die Christdemokraten darauf aufmerksam, dass sich die Wahlkreise der jungen Republik in hohem Maße durch neu Hinzugezogene auszeichneten. So wähnte sich Gustav Heinemann auf der CDU-Eröffnungskundgebung zum Wahlkampf 1949 in Heidelberg als Zeitgenosse der »größte[n] Völkerwanderung« in der deutschen Geschichte und wies auf die »Durchmischung von Katholiken und Protestanten durch Flucht und Evakuierung« hin.¹⁴⁵ Vier Jahre später trug die CDU-Bundesgeschäftsstelle den Kreis- und Ortsverbänden auf, zu überprüfen, ob es sich bei den Stimmberechtigten in ihrem Einzugsgebiet um eine »geschlossene Gruppe« handele, die dann nach zeitgenössischer Logik einer bestimmten Partei zu neige, und bewies auch damit ein Bewusstsein für die gewandelten Viertel.¹⁴⁶ Technische Anleitungen, wie man sich Wählern nähern sollte, deren sozialen Hintergrund und politische Loyalitäten man nicht kannte, ließ sie allerdings nicht folgen. Erst in den 1970er Jahren sollte sie ihre Kreisverbände systematisch und flächendeckend mit Unterlagen und Material zur technischen Wahlkampfführung beliefern.¹⁴⁷

Auch die inhaltliche Unterweisung ließ bis in die 1960er Jahre zu wünschen übrig. Material über die Politikinhalte der SPD wurde zwar massenhaft produziert, fand jedoch wegen mangelnder Ressourcen und Distributionsmittel häufig nicht den Weg bis in die Unterbezirke und Distrikte.¹⁴⁸ Der Informationsdienst *Blinkfüer*, den die Hamburger SPD 1948 als Agitationshilfe für Orts- und Kreisvereinsvorsitzende eingeführt hatte, stellte noch im selben Jahr sein Erscheinen ein. Für den Wahlkampf 1953 erhielten die Hamburger SPD-Funktionäre ausweislich ihrer eigenen Einschätzung im Grunde gar kein inhaltlich vorbereitendes Material. Auch außerhalb der Wahlzeiten fühlten sie sich von Parteivorstand und Bundestagsfraktion nur unzureichend un-

¹⁴⁴ Wahlhelfer für die Bundestagswahl 1953, Bonn, 3.8.1953, Bl. 5. ACDP 07–001-5010.

¹⁴⁵ Rede von Oberbürgermeister Dr. Heinemann (Essen) auf der Großkundgebung der CDU/CSU am 21.7.1949 in Heidelberg, Bl. 3. ACDP 07–001-5002.

¹⁴⁶ CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Organisation: Merkblatt für die Geschäftsführer der Christlich-Demokratischen Union zur Vorbereitung und Auswertung von Wahlen, o. D. [1953], Bl. 6. ACDP 07–001-5009.

¹⁴⁷ Vgl. A. KRÜKE, *Demoskopie*, 2012, S. 160.

¹⁴⁸ SPD-LO HH an alle Kreis- und Distriktspropagandaleiter, 9.8.1952, Bl. 2. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 2434.

terrichtet.¹⁴⁹ 1957 verlangten Hamburger Genossen bei Herbert Wehner nach schriftlichen Unterlagen, die ihnen bei der politischen Diskussion in den Betrieben und Wohnbezirken behilflich sein könnten, wobei klar wurde, dass sie nicht einmal die zentralen Forderungen der SPD kannten. In den Betrieben, so hieß es, werde viel diskutiert, doch wüssten die Genossen gerade auf wirtschaftspolitischem Gebiet häufig nicht, ob es eine klare Beschlusslage der Partei gebe und hätten deshalb Angst, im Gespräch mit ihren Kollegen Falsches zu behaupten. Wo sie die Beschlüsse der Parteiführung erhalten könnten, wussten sie nicht; die Presseberichterstattung wiederum sei zu dürftig, wie Wehner nach einem Gespräch mit der Basis resümierte.¹⁵⁰

Die Unsicherheit darüber, was in einzelnen Punkten eigentlich genau die Position der Partei war, traf auch die Direktkandidaten. Sie wurden vor allem von Vereinen und Interessenverbänden mit Fragen bombardiert, die auch so allgemein sein konnten wie die, ob sie für die Todesstrafe seien oder nicht. Bei diesbezüglichen Nachfragen verwies der Parteivorstand die Bezirke und Unterbezirke auf das »Handbuch sozialdemokratischer Politik«.¹⁵¹ Mit solchen Handbüchern war im Alltag allerdings wenig gewonnen. Entweder waren sie gar nicht oder in zu geringer Auflage in den Distrikten vorhanden, oder die Genossen wussten nichts von ihrer Existenz, hatten keine Zeit oder keine Muße, sie ausführlich zu studieren. Vor allem aber waren sie rasch veraltet. Wenn die in der Parteizentrale produzierten Quellen auch den Eindruck einer stark formalisierten Außenkommunikation der SPD erwecken – vor Ort kam dabei offenbar selten etwas an.¹⁵² Als die lokalen Wahlkämpfer 1961 erstmals systematisch mit Informationsmaterial und Wahlkampfleitungen ausgestattet worden waren, zeigte sich die untere Funktionärsschicht dann auch sehr erleichtert; einige Funktionäre meinten, sie hätten nun endlich erstmals Aufklärung über die Parteilinie erhalten.¹⁵³ In vieler Hinsicht zahlte sich die überlegene Mitgliederstärke der SPD an der Wählerfront der jungen Bundesrepublik damit kaum aus. Die CDU war im Vorteil, weil sie es verstand, mit verdeckten Kräften und im Verborgenen mit Wählern Kontakt aufzunehmen.

¹⁴⁹ Protokoll über die Sitzung der Organisations-Kommission v. 24.7.1951, Bl. 9 f. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 223; SPD Bezirk Rissen an den Parteivorstand, Kreisvorstand und Distriktvorstand, o. D. [Anfang Oktober 1953]. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 332.

¹⁵⁰ Herbert Wehner an Hans Drewitz (Hamburg), 4.5.1957. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 126.

¹⁵¹ Willi Eichler, Parteivorstand, an die Bezirke, 8.8.1953. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 307.

¹⁵² Zu diesem Eindruck vgl. U. W. KITZINGER, Wahlkampf in Westdeutschland, 1960, S. 111; F. BÖSCH, Das Politische als Produkt, 2003, S. 231.

¹⁵³ Zusammenfassung der Umfrage an Bezirke und Unterbezirke »Einige Fragen zum Wahlkampf, o. D. [1961]. AdsD, NL Anders, SPD Bundestagswahlkampforganisation 1961, Fasz. »Auswertung der Umfrage in der Organisation Bundestagswahlkampf 1961«.

Politik im Verborgenen. Indirekte Wege und ›weibliche‹ Kanäle

Charakteristisch für die Face-to-face-Kommunikation in der jungen Bundesrepublik war es, lediglich indirekt mit den Wählern ins Gespräch zu kommen. Unter Sozialdemokraten war das eine unintendierte Folge der schwierigen Kommunikationsbedingungen in den gewandelten Vierteln. Denn sie taten sich schwer, unter fremden Wählern offen *als Sozialdemokraten* aufzutreten. Die Briefe von der Parteibasis deuten darauf hin, dass die Genossen Aussagen ihrer Kollegen oder Bekannten aufschnappten, ohne, dass diese wussten, dass Sozialdemokraten im Raum waren – eine im ›Dritten Reich‹ eingeübte Praxis, an der Sozialdemokraten offenbar in der Demokratie festhielten. Selbst ein Fritz Sänger schrieb seinem Parteifreund Fritz Erler 1960, wie er verfuhr, um als künftiger Direktkandidat der SPD die Wähler in seinem neuen Wahlkreis im »Herzogtum Lauenburg« kennenzulernen: Er begab sich inkognito in die Wirtshäuser, um die Menschen zu »studieren«. »Ich habe mich bei zufälligen Begegnungen nicht zu erkennen gegeben, war eben einer, der gerade sein Bier dort trank. Sie waren sehr offen, wenn man sie richtig ansprach. [...] Dort habe ich viele interessante und eben unmittelbare Äußerungen bekommen.«¹⁵⁴

Dieses Vorgehen war, wie Sänger bemerkte, der Erfahrung geschuldet, dass selbst SPD-Mitglieder auf Parteiversammlungen nicht so sprachen, wie sie es in ungezwungener Atmosphäre taten. Auch Hamburger Funktionäre klagten in den 1940er Jahren über Diskussionshemmungen der Genossen.¹⁵⁵ Die eigene politische Meinung nicht nur am Stammtisch und »hinter verschlossenen Türen beim Schimpfen zu äußern, sondern vor aller Öffentlichkeit« kundzutun, war bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit von deutschen Journalisten als die große Herausforderung der Zeit formuliert worden, und die Deutschen taten sich damit offenbar nicht leicht. Als Ursache führten schon Zeitgenossen die Erfahrung des »Blockwart«-Systems ins Feld.¹⁵⁶ Doch ob die NS-Erfahrung allein hinreicht, diese westdeutsche Neigung zu erklären, ist fraglich. Erstens war die Bspitzelungserfahrung auch im italienischen Faschismus omnipräsent gewesen.¹⁵⁷ Zweitens hatten sich die Deutschen auch schon im Kaiserreich und in der Weimarer Republik mit politischen Bekenntnissen zurückgehalten, sofern

¹⁵⁴ Auch zum Folgenden: Fritz Sänger an Fritz Erler, 22.9.1960. AdsD, NL Anders, Mp. 3, Fasz. 7/XI.

¹⁵⁵ Ohle, Kreisorganisationsleiter, an die Distrikts- und Bezirksvorstände des Kreises XIV, März 1949. AdsD, NL Blachstein, Mp. 22; ders. an dies., 31.1.1949. Ebd.; Politische Arbeitsgemeinschaften, o. D. [1949], Anl. zu: Blachstein/Ohle an die Distrikts- und Bezirksvorstände des Kreises XIV, 31.12.1948. Ebd.

¹⁵⁶ Städte wählten, in: DIE ZEIT, 30.5.1946 (Zitat); U. W. KITZINGER, Wahlkampf in Westdeutschland, 1960, S. 111. Vgl. auch A. VON SALDERN, Häuserleben, 1995, S. 231, 293 f. Der NS-Blockleiter hatte für jede Familie Karteien über die Mitgliedschaften geführt und die politische Zuverlässigkeit dokumentiert, vgl. D. SCHMIECHEN-ACKERMANN, »Blockwart«, 2000, S. 591–593.

¹⁵⁷ R. G. MASSOCK, Italy from Within, 1943, S. 2; vgl. P. CORNER, Fascist Party, 2012, S. 178, 232; C. DUGGAN, Fascist Voices, 2013, S. 156f., 162–178.

sie sich in sozial durchmischten Vierteln oder unter Fremden bewegten.¹⁵⁸ Die Furcht vor Meinungsunterschieden, die man unter Freunden am Stammtisch vermeiden konnte, scheint ein gleichermaßen einflussreicher Faktor gewesen zu sein, jedenfalls in Westdeutschland. Die italienischen Propagandistinnen und Propagandisten nahmen die Gefahr agonaler Begegnungen in Kauf, wenn sie an den Wohnungstüren klingelten.

Wer politische Kommunikation im Verborgenen virtuos beherrschte, waren die deutschen Christdemokraten und ihre Unterstützer. Verdeckt arbeiteten die offiziell unabhängigen Organisationen, die für die CDU Wahlkampf betrieben, darunter insbesondere die ADK. Informeller sozialer Kanäle bediente sich die Partei sodann, indem sie lokal etablierte Persönlichkeiten, darunter auch Pfarrer, als Multiplikatoren gewann und ihre Netzwerke nutzte. Auf beiden Kanälen ließ sich Parteilichkeit camouflieren, und das unterschied die verdeckte Kommunikationstätigkeit für die CDU von der über weite Strecken offenen Unterstützung der Gewerkschaften für die SPD.¹⁵⁹ In einem parteiverdrossenen Umfeld war diese symbolische Zurückhaltung der CDU eine geschickte Vermarktungsstrategie.¹⁶⁰

Einen beträchtlichen Teil der Wähler und insbesondere der Wählerinnen erreichte die Union über die Pfarrer und Pastoren, die kirchlichen Verbände, die nahestehenden Jugendverbände, lokale Honoratioren und lokale Vereine. Dies schien jedoch zuvörderst auf ländliche Gebiete und kleinere Städte zuzutreffen. In Hamburg war die Situation eine andere. Hier konnte die Union kaum auf kirchlichen Beistand bei der Wähleransprache bauen. Selbst die zentrale Frauenbeauftragte der SPD stellte 1953 fest, dass die Kirche in der Hansestadt kaum versuche, die Wählerinnen (von Männern war nicht die Rede) zu beeinflussen.¹⁶¹ Wichtiger war in Großstädten wie Hamburg daher die Wahlkampfunterstützung von Seiten offiziell parteiungebundener Vereinigungen und Arbeitsgemeinschaften. Die ADK war nur eine von mindestens 38 solcher »Tarnorganisationen« und Verlage im Dienst der CDU, die die SPD 1957 aufzählen konnte.¹⁶² Auf ihren Veranstaltungen, die offiziell der »Förderung der Wahlbeteiligung« oder der »staatsbürgerlichen Aufklärung« dienten, kamen ihre Vertreter mit Wählern ins Gespräch und berichteten der CDU anschließend über die Stimmungen in der Bevölkerung; Verlage verschickten verdecktes Werbematerial für die CDU an Wählerinnen und Wähler.¹⁶³ Glaubt man den

¹⁵⁸ Vgl. A. OWZAR, »Reden«, 2006; A. BERGERSON, *Ordinary Germans*, 2004, S. 98–108; J. C. HÄBERLEN, *Vertrauen*, 2013, S. 26.

¹⁵⁹ In Hamburg siehe etwa: SPD LO HH, Betriebsgruppensekretariat: Bericht über die Arbeit der SPD-Betriebsgruppen und Gewerkschaften zur Bundestagswahl 1957 in Hamburg, 27.9.1957. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 1986.

¹⁶⁰ Siehe eingehender Kap. III.2.

¹⁶¹ Herta Gotthelf an Karl Vittinghoff, 24.8.1953. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 307.

¹⁶² SPD Pressemitteilungen und -informationen, 13.9.1957, Bl. 4-7. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 1986.

¹⁶³ Niederschrift über die Sitzung des Kreisvorstandes v. 24.6.1960. ACDP 02–155-012/1. Vgl. F. BÖSCH, *Funktionäre*, 2004, S. 277.

Informationen der SPD, betrieben auch manche Firmen aktive Werbehilfe für die Union, setzten ihre Mitarbeiter unter Druck, verteilten Propagandamaterial, das vom Deutschen Industrieministerium der Unternehmer hergestellt wurde, oder gaben die Adressen ihrer Mitarbeiter heraus. Auf diesem Weg bekamen sämtliche Mitarbeiter des Wolfsburger Volkswagenwerks 1957 einen Werbebrief von Ludwig Erhard zugesandt.¹⁶⁴

Unternehmen und Vereine, aber auch kirchliche Verbände, beharrten offiziell auf ihrer Parteungebundenheit und machten sich damit zu regelrechten Geheimagenten der Union.¹⁶⁵ So unterstützte etwa der Katholische Deutsche Frauenbund inner- und außerhalb des Wahlkampfes implizit die CDU, war jedoch so sehr auf seine Unabhängigkeit bedacht, dass er sich von Initiativen der CDU-Frauenarbeit geradezu bedroht fühlte – nicht zuletzt, weil er mit der CDU um finanzielle Mittel für die »staatsbürgerliche Schulung« konkurrierte. In Konkurrenzsituationen betonte er den »überparteilichen« Charakter seiner eigenen Schulungsarbeit, um jene der CDU-Frauengruppe abzuwerten, und achtete zudem bei gemeinsamen Veranstaltungen mit der Union darauf, dass allein sein Name auf den Ankündigungsplakaten erschien.¹⁶⁶ So klar und offen parteilich ihre Wahlkampfarbeit den sozialdemokratischen Gegnern schien – für den Kontakt mit den Wählern war wesentlich, dass sie über die Arbeit der Regierung und politische Fragen der Zukunft sprechen konnten, ohne dabei offiziell mit einer Partei in Berührung kommen zu müssen.

Der zweite und eher männlich geprägte Kommunikationskanal der CDU funktionierte, ebenfalls verdeckt, über die Arbeit mit sogenannten Vertrauensmännern vor Ort. Dabei handelte es sich um Persönlichkeiten, die nicht notwendigerweise Parteimitglieder sein mussten, die aber »die einzelnen Bevölkerungsgruppen genau kennen« und so gewissermaßen als ständige Repräsentanten fungieren sollten. Über ihre Stimmungs- und Lageberichte wollte die CDU in den 1950er Jahren in Erfahrung bringen, was einzelne Wählerschichten bewegte. Überdies sollten sie in ihren Kreisen verdeckt für die CDU werben, durch »Flüsterpropaganda« oder »Flüsterwahlkampf«, wie die Zeitgenossen das nannten.¹⁶⁷ Die Ulmer Union, die sehr früh auf Expansion bedacht war, ernannte schon 1951 solche Vertrauensleute. Sie sollten »die meinungsbildenden Persönlichkeiten« in Stadt und Land gewinnen und auch die »Geistlichkeit nach geeigneten Leuten befragen«.¹⁶⁸ Auf diese Weise knüpfte die CDU im Schnee-

¹⁶⁴ SPD Pressemitteilungen und -informationen, 13.9.1957, Bl. 7. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 1986.

¹⁶⁵ Vgl. A. BORUP, *Demokratisierungsprozesse*, 2010, S. 106.

¹⁶⁶ Vgl. R. ILLEMANN, *Katholische Frauenorganisationen*, 2014, S. 39 f., 50–52.

¹⁶⁷ CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Organisation: Merkblatt für die Geschäftsführer der Christlich-Demokratischen Union zur Vorbereitung und Auswertung von Wahlen, o. D. [1953], Bl. 2. ACDP 07–001-5009 (erstes Zitat); Bruno Heck: Auf ein Wort, in: *UNION IN DEUTSCHLAND*, Nr. 30/1957, 25.7.1957; Bruno Heck: Auf ein Wort, in: *UNION IN DEUTSCHLAND*, Nr. 25/1957, 20.6.1957. Vgl. A. BORUP, *Demokratisierungsprozesse*, 2010, S. 126 f.

¹⁶⁸ Betr.: Kreiskonferenz, Bl. 1, Anl. zu: Einladung [des Kreisverbands Ulm-Donau der CDU zur

ballprinzip ein verborgenes Kommunikationsnetzwerk, das in der Stadt offenbar ebenso wirkungsvoll erschien wie auf dem Land, in der urbanen Bevölkerungsdichte aber zugleich seine Grenzen finden musste.

Den Sozialdemokraten war sehr wohl bewusst, dass die CDU indirekt mit Wählern ins Gespräch kam. Gerade die Wahlkampfhilfe der Pfarrer prangerten die Genossen immer wieder an.¹⁶⁹ Doch anders als die italienischen Kommunisten verharren die deutschen Sozialdemokraten in der moralischen Empörung über die politische Einflussnahme der Kirche und klagten vor allem über die Beeinflussbarkeit der deutschen Wählerinnen. Anpassungen oder Imitationen, wie der PCI sie vorführte, ließen sie nicht folgen. Überhaupt entwickelte die SPD kein mit den italienischen Kommunisten vergleichbares Interesse für Wählerinnen und frauenspezifische Formate im Wahlkampf. Der ‚gemeine‘ westdeutsche Wahlkämpfer war ohnehin männlich.¹⁷⁰ CDU wie SPD zogen ihre weiblichen Aktivistinnen in erster Linie für Schreibarbeiten heran, sodass ihre Tätigkeit auf den Arkanbereich der Kreisgeschäftsstelle beschränkt blieb.¹⁷¹ Als die Ulmer Sozialdemokraten nach den Gemeinderatswahlen vom Juni 1946 bemängelten, dass »viel zu wenig unter der weiblichen Wählerschaft gearbeitet« worden sei, kontexten die Genossinnen, ihre Arbeit werde in Ulm »mit dem Mantel der Anonymität verhüllt«.¹⁷² Hier klang schon an, was die SPD-Funktionärinnen vor Ort auszeichnete: Sie fühlten sich des Öfteren von den Herren in der Partei marginalisiert oder kritisierten ihre Parteigenossinnen dafür, ihr parteipolitisches Dasein »im Verborgenen« zu fristen, etwa mit Gruppenabenden nur für Frauen.¹⁷³

Der Hang zur (Selbst-)Isolation der Parteifrauen war kein Spezifikum der SPD. Die italienischen Kommunistinnen sahen sie mehrheitlich als fruchtbar an, denn sie ermöglichte vielen Frauen überhaupt erst, auf dem parteipolitischen Feld als einer Männerdomäne tätig zu werden. Zudem boten frauenspezifische Formate, in Süditalien auch in den häuslichen vier Wänden von Genossinnen durchgeführt, eine Art Schutzraum, um das politische Gespräch zu führen, ohne durch die Anwesenheit von Männern eingeschüchtert zu sein.¹⁷⁴ Überdies war den Kommunisten bewusst, dass sie die Mehrzahl der Wählerinnen ausschließlich über frauenspezifische Anspracheformen erreichen konn-

Kreiskonferenz am 18.11.1951], 12.11.1951. StAU, E 201 CDU, Nr. 1 (Zitat); Alfred Schoch, Kreisgeschäftsführer: Einladung, 18.1.1956. Ebd., Unterfasz.: »CDU Kreisvorstandssitzung 21.1.1956«.

¹⁶⁹ Willi Eichler, Parteivorstand, an die Bezirke, 8.8.1953. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 307.

¹⁷⁰ SPD Kreis I: Wahlhelfer (Zusatzmeldung), 11.4.1958. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 1995; SPD-Kreis I: Wahlhelfer aus dem Kreis Mitte (Hamburg), 15.2.1961. Ebd.

¹⁷¹ Zettel an die Vorsitzenden der Kreisverbände u. a., 15.2.1961. ACDP 02–155–006/3.

¹⁷² Anlage I zum Bericht der S.P.D. Ulm über die Mitgliederversammlung am 1.6.1946. StAU, E SPD, Nr. 53.

¹⁷³ Zit. n. C. OLDENBURG, *Tradition und Modernität*, 2009, S. 332. Auch wurde bemängelt, dass sich kaum männliche Redner für weibliche Versammlungen fanden, vgl. ebd., S. 394.

¹⁷⁴ N. MARCELLINO, *Vite*, 2009, S. 163; vgl. ausführlicher: C. C. GATZKA, *Anders unter Gleichen* 2015, S. 105–108. Siehe auch E. SCROPPA, *Donna, privato e politico*, 1979.

ten, gerade in Süditalien, wo die Frau als ›öffentliches‹ Wesen nur schwer zugänglich war. Deshalb war es für den PCI höchst funktional, die Wählerin als Mutter, Hausfrau und Ehefrau anzusprechen. Die Kreativität kommunistischer (und sozialistischer) Genossinnen kannte dabei keine Grenzen. In Syrakus veranstalteten sie im Wahlkampf 1948 einen Schönheitswettbewerb für Kinder und waren zu Recht überzeugt, dass sie damit ein exzeptionell großes Publikum anziehen würden. Als sich daraufhin etwa tausend Frauen im kommunalen Theater versammelten, von der jede Einzelne fest überzeugt war, die Mutter des attraktivsten Kindes der Stadt zu sein, drohte die Aktion allerdings nach hinten loszugehen. Geschrei und Streit brachen aus, nicht nur im Theater, sondern auch auf der vorgelagerten Piazza, wo Hunderte von Frauen und Kindern keinen Einlass mehr gefunden hatten. Die sozialkommunistische Jury erkannte das Desaster noch rechtzeitig und vergab am Ende gar keinen Preis, da jedes der Kinder außerordentlich schön sei.¹⁷⁵

PCI-Funktionäre belächelten solche Aktionen für Frauen, waren jedoch bereit, die weiblichen Wähler in ihren Alltagsrollen abzuholen und ihren Politikbegriff auf diese Weise zu erweitern. In seinen Parteimagazinen *Noi Donne* und *Vie Nuove* sprach der PCI die Italienerinnen als Hausfrauen, Ehefrauen und Mütter an und scheute dabei nicht davor zurück, Schönheitsideale zu bedienen, die er auch in Schönheitswettbewerben für kommunistische Frauen zum Ausdruck brachte. Schmink- und Modetipps, Kochrezepte und Hinweise zur Hygiene und Hauspflege umfasste die kommunistische Lifestyle-Beratung für die italienische Frau in den Parteimagazinen, die auch über Stars und Sternchen aus Hollywood wie aus dem italienischen Showgeschäft informierten.¹⁷⁶

Der SPD waren solche Formate und Anspracheformen schier unvorstellbar. In ihrem Kandidatenbrief an die jungen Wähler ihres Wahlkreises Hamburg-Blankenese machte die sozialdemokratische Rechtsanwältin Charlotte Walner-von Deuten deutlich, dass sie die Felder des Häuslichen, der Freizeit und des Konsums nicht als politische Felder, sondern als Ablenkung von der Politik verstand: »Ich soll Ihnen mit der Politik fernbleiben? Sie interessieren sich für Sport, Sie wollen reisen, ins Kino gehen, Sie wollen arbeiten und eine Familie gründen? Sie wollen Ihre Sehnsucht nach Gutem und Schöнем, Ihr Streben nach echter Persönlichkeit und Ausgleich nicht durch Politik verderben lassen? Haben Sie einmal darüber nachgedacht, wie schnell ihre Wünsche in wirtschaftlicher Not, ja in einer neuen Katastrophe enden könnten?«¹⁷⁷

Deutsche Sozialdemokratinnen wollten die Wählerinnen nicht in der Küche, im Haushalt, bei den Kindern abholen, sondern sie in die eng umgrenzte Sphäre

¹⁷⁵ CALANDRONE, *Comunista in Sicilia*, 1972, S. 96.

¹⁷⁶ Vgl. S. GUNDLE, *Between Hollywood and Moscow*, 2000; DERS., *Cultura di massa*, 1991.

¹⁷⁷ Charlotte Walner-von Deuten: »Lieber junger Wähler, liebe junge Wählerin!«, August 1953. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 114.

der ›Politik‹ hineinholen, und das bedeutete, sie in den Versammlungsaal zu locken oder ihnen Lektürehinweise zu geben. Irma Keilhack, eine andere Hamburger Direktkandidatin und selbst Hausfrau, versuchte den Wählerinnen ihres Wahlkreises 1949 zu verdeutlichen, dass »[d]ie Lohtüte, der Inhalt des Kochtopfes, das Wohl und Wehe unserer Kinder« von der Politik bestimmt werde. Nur fehlte in ihrem Kandidatenbrief der Platz, um die Zusammenhänge zwischen der Politik des Wirtschaftsrats und dem Inhalt des Kochtopfes genauer zu erläutern: »es würde zu weit führen. Bitte lesen Sie aufmerksam die Zeitungen und Flugschriften der SPD, wenn Sie weiter eindringen möchten in diese Zusammenhänge.«¹⁷⁸

Allzu tief eindringen wollten die westdeutschen Wählerinnen aber nicht; jedenfalls ergingen sich sozialdemokratische Funktionärinnen in fortwährenden Klagen über die Unlust westdeutscher Frauen am Besuch politischer Versammlungen – das einzige Format, das ihnen als ernstzunehmendes »politisches« Format galt. Auch der Frauenring bot lediglich solche Versammlungen mit frauenspezifischen Themen an. Doch weil solche Themen das langatmige politische Referat nicht attraktiver machten, ätzte die Hamburger Frauenbeauftragte Margarethe Hartig 1953 gegenüber der zentralen Frauenbeauftragten der SPD Herta Gotthelf: »Also auch die [der Frauenring, C.C.G.] kriegen die Frauen nicht aus ihren Kemmenaten [sic] heraus, man kann es wohl auch nur mit ›Freundenspenden‹ und Kaffee und Kuchen und dann so ein bischen hömopathische [sic] Kulturdosis...«¹⁷⁹

Dass gesellige Formate mit Kaffee und Kuchen in den Distrikten auch unter SPD-Frauen stets viel besser besucht waren als die Versammlungen zur »politischen Unterrichtung«, war durchaus bekannt. SPD-Kreisfunktionäre reflektierten dies in den 1950er Jahren und erkannten, dass ein »persönliches Wort« und der Austausch über »Nöte und Freuden« ein »echtes Bedürfnis« der weiblichen Mitglieder darstellte.¹⁸⁰ Doch sozialdemokratische Funktionärinnen wie Hartig und Gotthelf waren selbst zu sehr in ihrem engen Politikverständnis gefangen, um daraus erfolgsträchtige Formate für den Kontakt mit Wählerinnen zu entwickeln. Dabei ließen sie sich wohl auch von ihren eigenen Karriereambitionen in einer männlich geprägten Partei leiten. Sie definierten sich über ihre Vortrags- und Publikationstätigkeit, wollten als intellektuelle Gesprächspartnerinnen und potenzielle Mandatsträgerinnen ernstgenommen werden, und das konnten sie nur im Medium herkömmlicher »politischer« Kommunikation.¹⁸¹ Dass Frauen am ehesten über die »Nähmaschine« und über Veranstaltungen wie

¹⁷⁸ Irma Keilhack: »Liebe Wählerin! Lieber Wähler!« [1949]. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 106.

¹⁷⁹ Margarete Hartig an Herta Gotthelf, 29.10.1953. AdsD, PV, AB II, Frauenbüro, Mp. 0152.

¹⁸⁰ Nord-Echo. Informationen für Funktionäre der SPD in Hamburg-Nord, hrsg. v. Kreisvorstand des Kreises 4 (Nord), 5. Jg., Nr. 2/3, Februar/März 1954, Bl. 5. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 2448.

¹⁸¹ Siehe etwa: Herta Gotthelf an Martha Friedländer, 18.2.1953. AdsD, PV, AB II, Frauenbüro, Mp. 0152; Herta Gotthelf an Margarete Hartig, 22.12.1953. Ebd.; Margarete Hartig an Herta Gotthelf, 16.12.1953. Ebd.; dies. an dies., 25.11.1953. Ebd.

Modenschauen oder Bastelabende zu gewinnen seien, verhandelte der Hamburger SPD-Frauenausschuss noch 1960 als weibliche Schwächen.¹⁸²

Dieser enge Politikbegriff der Sozialdemokraten, der zudem in erster Linie auf Berufstätige zielte und Hausfrauen als gesellschaftlich isoliert betrachtete, war für die SPD fatal. Er ließ sie die kommunikative Funktion übersehen, die den westdeutschen Frauen als Knotenpunkten in den sozialen Alltagsnetzen, beim Einkaufen, im erweiterten Familienkreis oder im Umgang mit Nachbarinnen zukam.¹⁸³ Die CDU erkannte diese Funktion und sprach der Wählerin als Hausfrau und Mutter einen großen Einfluss auf die politische Sozialisation in der Familie zu.¹⁸⁴ Ihre konservativen Werte mochten ihr das erleichtern; darüber hinaus aber entdeckte sie die Wählerin auch als Konsumentin, in einer Verbraucherinnenrolle, in der sie in den 1950er Jahren auch eine neue Form von *citizenship* praktizierte und dabei auch demokratische Rechte verhandelte.¹⁸⁵ Entgegen kam ihr dabei die Erkenntnis, dass ihr zentrales Wahlkampffragment, der steigende Wohlstand, in erster Linie im weiblichen Alltag spürbar wurde: beim Einkaufen, beim Verwalten der Haushaltskasse, im Haushalt selbst.¹⁸⁶

Mit eigenen Wahlillustrierten, aber auch über Anzeigen und die Lancierung von Artikeln und Reportagen auf dem florierenden Zeitschriftenmarkt sprach die CDU die westdeutschen Wählerinnen ganz pragmatisch über ihre Konsum- und Unterhaltungsbedürfnisse an. Planmäßig schaltete die Adenauer-Regierung schon anlässlich der Wiederaufrüstungsdebatte in den 1950er Jahren Artikel in Frauen- und Verbraucherzeitschriften; im Wahlkampf lieferten Kanzleramt und Presseamt den Illustrierten und Frauenmagazinen Reportagen, die stark auf Personalisierung setzten und Konrad Adenauer sowie andere Politiker als Familienmenschen präsentierten. Zeithistoriker haben darin »unpolitische« Formate erblickt und reproduzieren damit die sozialdemokratische Lesart.¹⁸⁷ Nüchterner lässt sich demgegenüber festhalten, dass die CDU das im Kalten Krieg von den USA ventilierte Bild der *woman citizen*, die in erster Linie als Familienmanagerin fungierte, beherzt in ihre politischen Kommunikationsstrategien aufnahm. Damit gestand sie, anders als die SPD, den Wählerinnen

¹⁸² Vgl. C. OLDENBURG, Tradition und Modernität, 2009, S. 395 f.

¹⁸³ Zur Isolierungsthese siehe etwa: Drucksache Nr.: E 2, Kreis V – Wandsbek, Betr.: Verbesserung der Stellung der Frau in der SPD, Fasz.: LV Nr. 28 1978/80. AdsD, SPD-LO HH II, Mp. 1084. Zur Alltagsvernetzung der Hausfrau vgl. G. RIEHM, »Wie kann man hier bloß wohnen?«, 2009, S. 24–26.

¹⁸⁴ Vgl. U. DANIEL, Politik der Propaganda, 2994, S. 79 f.; P. HOLZ, CDU-Politikerinnen, 2001, S. 52 f.

¹⁸⁵ Vgl. E. CARTER, Alice in the Consumer Wonderland, 1997.

¹⁸⁶ Zur CDU-Kampagne vgl. F. BÖSCH, Das Politische als Produkt, 2003, S. 236 f.; M. E. SPICKA, Economic Miracle, 2007. Zur weiblichen Codierung der »Konsumrevolution« vgl. E. CARTER, How German Is She?, 1997.

¹⁸⁷ So etwa bei C. VON HODENBERG, Konsens und Krise, 2006, S. 183–196. Zu Personalisierung im westdeutschen Wahlkampf, die vorrangig auf Frauen zielte, vgl. T. MERGEL, Propaganda, 2010, S. 230–236.

ihre Konsumbedürfnisse zu und bediente zudem die Sehnsucht nach familiärer »Normalität«, die unter den häufig alleinstehenden westdeutschen Frauen so sehr verbreitet war.¹⁸⁸

Politik im Verborgenen, im häuslichen Alltag, vermengt mit Freizeit- und Konsumbedürfnissen, erwies sich mithin schon in den 1950er Jahren als äußerst funktional, sofern sich die Parteien darauf einließen – was einzig die SPD nicht willens war, zu tun. Anspracheformen, die ohne offenes Visier der Parteiagenten und jenseits der politischen Versammlung stattfanden, konnten zum einen Frauen ansprechen und zum anderen, vor allem in Westdeutschland, ihr Ziel erreichen, ohne als »Parteipolitik« zu gelten. Mit dieser Entgrenzung des Politischen in die »privaten« Alltagsräume hinein blieb letztlich eine Kommunikationsform erfolgreich, die die faschistischen Regime gekennzeichnet hatte.

2. Das Volk vertreten. Bilder des Souveräns im Spiegel des Parlaments

Was war das für ein Souverän, der aus den beiden Diktaturen hervorgegangen war? Wie verstanden Wähler und ihre Vertreter jeweils ihre Rolle in der parlamentarischen Demokratie? Dass sie sich in einem *Herrschaftssystem* bewegten, war den Zeitgenossen sehr wohl bewusst. Gustav Heinemann, Oberbürgermeister von Essen, erklärte den Heidelbergern auf der CDU-Kundgebung zur Eröffnung des ersten Bundestagswahlkampfes, sie hätten sich eine »demokratische Obrigkeit« zu wählen. Im selben Jahr konnten Hamburger unmittelbar nach den Bundestagswahlen im NWDR ein Politisches Forum verfolgen, das sich dem Thema »Führung und Geführte« in der Demokratie widmete.¹⁸⁹ Was diese Radiosendung verhandeln wollte, war »die Frage, in welchem Verhältnis wir nun eigentlich zueinander stehen, die wir zwar mit dem Wahlzettel unsere Abgeordneten wählen konnten, aber doch nicht selber am Regierungshebel sitzen, und die Abgeordneten, die unsere Stimmen erhalten haben«. Was schon die Zeitgenossen umtrieb, ist Gegenstand des folgenden Unterkapitels. Wieviel Autorität erkannten Wähler ihren Volksvertretern in der jungen repräsentativen Demokratie zu? Welche Rolle spielte es, dass diese Personen in aller Regel politischen Parteien angehörten? Und wie blickten wiederum Parlamentarier und Parteien, die sich durchaus als neue politische Avantgarden verstanden, auf ein Wahlvolk, von dem sie wussten, dass es sich in der Diktatur nicht unwohl gefühlt hatte?

¹⁸⁸ Vgl. M. TAMBOR, *Red Saints*, 2010, S. 436. Zur weiblichen Sehnsucht nach Familie und »Normalität« vgl. H. SCHISSLER, »Normalization«, 2001; E. D. HEINEMAN, *Husband*, 1999; L. NIETHAMMER, »Normalization«, 2001.

¹⁸⁹ Rede von Oberbürgermeister Dr. Heinemann (Essen) auf der Großkundgebung der CDU/CSU am 21.7.1949 in Heidelberg, Bl. 4. ACDP 07–001-5002; auch zum Folgenden: Politisches Forum: »Führung und Geführte«, 26.11.1949 [Sendungsprotokoll]. StAHH, 621–1/144, AE 1202.

Avantgarden und »Indifferente«: Das politische Erziehungsverhältnis

Deutsche Sozialdemokraten unterschieden gemäß der Milieulogik zwischen »unseren Wählern«, gegnerischen Wählern und einer amorphen dritten Gruppe, die in der SPD-Soziometrie diverse Zuschreibungen erfuhr. Der Hamburger Propagandachef Heinz Gärtner unterteilte sie 1953 in vier Gruppen: die »ewig schwankenden«, die »Sofa-Wähler = Nichtwähler«, die Frauen und die Jungwähler.¹⁹⁰ Auffällig ist, dass es gerade unterhalb der Ebene eines führenden lokalen Funktionärs wie Gärtner unüblich war, diese dritte Gruppe, die nicht klar einer Partei zuneigte, überhaupt als »Wähler« zu denken – als Akteure also, die aus einem politischen Angebot *auswählten*.¹⁹¹ Der Begriff selbst war an der Parteibasis kaum verbreitet. Stattdessen sprach man von den »Indifferenten«, den »Nichtgenossen«, den »Nichtmitgliedern« oder den »Außenstehenden«.¹⁹² Damit kam zum Ausdruck, was als die größte Kommunikationsbarriere zwischen Sozialdemokraten und anderen Westdeutschen bezeichnet werden kann: die Überzeugung, dass es sich bei »Wählern« um Menschen ohne politische Gesinnung handelte.

Diese Haltung hatte Geschichte und wurde wiederum durch die Verarbeitung der jüngsten Erfahrungen vertieft. Bereits in der Weimarer Republik war die Bezeichnung »Indifferente« in linkssozialistischen Kreisen verbreitet gewesen. Im Nationalsozialismus hatte sie sich perpetuiert, als Sozialdemokraten und Sozialisten ihre Alltagswelt in »uns«, die Nazis und die »Indifferenten« eingeteilt hatten. Konnte man den Nationalsozialisten immerhin noch einen festen politischen Standpunkt attestieren, erschienen die »Indifferenten« als gesinnungslose Luschen.¹⁹³ Die führenden Propagandafunktionäre versuchten in ihrem Wahlkampfhandbuch 1953 den Genossen genau dieses Ressentiment auszutreiben: »Wer sich nicht dauernd mit politischen Dingen befasst, braucht noch lange kein minderwertiger Mensch zu sein.« Sie kamen jedoch selbst nicht davon los, wenn sie im selben Handbuch die unentschlossenen Wähler als »Nichtausreichendinformierte« oder »Etwasängstliche« bezeichneten, die sich gern dort einreihen würden, wo schon viele standen.¹⁹⁴ Diese NS-Kontaminierung des sozialdemo-

¹⁹⁰ Unsere Propaganda zur Neuwahl des Bundestags [handschriftl. Aufzeichnungen Heinz Gärtners, SPD Hamburg], o. D. [1953]. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 2434.

¹⁹¹ Vgl. M. PRINZ, »Konsum« und »Konsumgesellschaft«, 2003, S. 26.

¹⁹² Strate an Blachstein, 16.6.1949. AdsD, NL Blachstein, Mp. 27; Rudolf Fischer an Willy [Schmedemann], o. D. [Juli 1949]. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 104; Protokoll der Sitzung der Organisationskommission [der SPD-Landesorganisation Hamburg] v. 10.7.1951, Bl. 2. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 223; Karl Meitmann, Antwort auf Fernschreiben Fritz Heine Hannover, 21.6.1949. Ebd., Mp. 104; Louis Sellmer, Kreissekretär Hamburg-Mitte, an die Landesorganisation, 15.12.1952. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 1995; Unsere Propaganda zur Neuwahl des Bundestags [handschriftl. Aufzeichnungen Heinz Gärtners, SPD Hamburg], o. D. [1953]. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 2434.

¹⁹³ H. GALM, *Rebell*, 1980, S. 87; vgl. D. J. K. PEUKERT, *Volksgenossen*, 1982 S. 130; M. FICHTER, *Erinnerungen*, 1985; jüngst auch D. SIEMENS, *Emotion und Praxis*, 2017.

¹⁹⁴ SPD, *Wahlhelfer*, 1953, S. 4, 65.

kratischen Wählerbildes brachte SPD-Wahlkampfchef Fritz Heine schließlich 1957 auf den Punkt, als er die unentschiedenen Wähler öffentlich als »Mitläufer« bezeichnete: politisch desinteressierte Menschen, »die eher in ihrem Gefühl als in ihrem Verstand angesprochen werden könnten«. ¹⁹⁵ Parteipolitisch ungebundene Wähler waren demnach nicht nur gesinnungslos, sondern auch wenig rational.

Die Schwierigkeit, diejenigen, die in der politischen Soziologie bald als »Wechselwähler« bezeichnet werden sollten, als politische Subjekte ernstzunehmen, war in den Reihen der Sozialdemokratie besonders ausgeprägt, beschränkte sich aber nicht auf sie. Zwar nobilitierte die CDU mit ihrer geschickten Selbstbeschreibung als »Wählerpartei« den Wähler als Figur in der Demokratie und machte damit klar, dass sie um seine Stimme bat, aber nicht seine persönliche Hingabe einforderte. ¹⁹⁶ Doch auch die Bundesgeschäftsstelle der CDU unterschied in einem Merkblatt für die Kreis- und Ortsverbände 1953 zwischen ihrem »Wählerstamm« und den »Stimmen des ›politischen Treibholzes« und bediente damit das Bild vom parteiungebundenen Wähler als eines schwächlichen, mit dem Strom schwimmenden Subjekts. ¹⁹⁷ Da Bezeichnungen wie »labile Wähler« selbst unter den beratenden Meinungsforschern verbreitet waren, hielt sich auch auf Seiten der Christdemokratie die gesinnungsethische Denkart, die politische Standfestigkeit begrüßte und in ihrer eigentlichen Zielgruppe, den noch Unentschiedenen, im Grunde orientierungslos Schwankende erblickte. ¹⁹⁸

Dass Volatilität nicht nur ein unverwerfliches, sondern geradezu ein konstitutives Element der parlamentarischen Demokratie darstellte, ohne die regelmäßige Wahlen reichlich sinnlos erschienen, mussten Akteure von außen den deutschen Parteien und der interessierten Öffentlichkeit beibringen. Noch bevor Sozialwissenschaftler hier in den 1960er Jahren in Erscheinung traten, taten sich Journalisten wie Walter D. Schultz dabei hervor. In einer Ausgabe der NWDR-Sendung »Politisches Forum« debattierte er im Oktober 1950 mit Vertretern der Parteien über Grundsätze der Wahlentscheidung – ein Thema, das ein Hörer aus Köln vorgeschlagen hatte. Der Hörer selbst hatte die Stoßrichtung der Debatte vorgegeben, indem er die These vertreten hatte, dass die Stimmabgabe für eine Partei doch weitgehend mit der Motivation erfolge, sie einer anderen Partei zu entziehen, und darin despektierlich die »Haltung des kleineren

¹⁹⁵ Der Aufmarsch zum Wahlkampf, in: DAS NEUE JOURNAL, Nr. 15 v. 17.7.1957; Es geht um die Unentschiedenen, in: DIE WELT, 22.8.1957.

¹⁹⁶ Richard Bezler (Kreisgeschäftsführer CDU Ulm) an die Parteifreunde, 28.8.1959. StAU, E 201 CDU, Nr. 1. Zur »Wählerpartei« vgl. H.-O. KLEINMANN, Basis, 1997, S. 126 f. Zum in den 1950er Jahren häufig ventilierten, aber nie erreichten Ziel, eine »Mitgliederpartei« zu werden, vgl. F. BÖSCH, Adenauer-CDU, 2001, S. 278–280.

¹⁹⁷ CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Organisation: Merkblatt für die Geschäftsführer der Christlich-Demokratischen Union zur Vorbereitung und Auswertung von Wahlen, o. D. [1953], Bl. 6. ACDP 07–001-5009.

¹⁹⁸ Vgl. A. KRÜKE, Demoskopie, 2012, S. 102, 109. Zum Problem auch der Demoskopen, den »Wechselwähler« positiv zu konnotieren, vgl. ebd., S. 330–344.

Übels« erkannte. In der darauffolgenden Diskussion zeigte sich, dass alle Vertreter, von der Nationalen Rechten bis zur SPD, von dem Glauben beseelt waren, dass ein jeder Wähler eine Partei haben müsse, der er politisch nun einmal am nächsten stehe. Als Walter D. Schultz in seinem Resümee ausführte: »Ich glaube, dass ein bestimmter Teil der Wähler sich nie für eine bestimmte Partei entscheidet, sondern nur eine Gruppe der Wählerschaft ihre Stimme regelmäßig für eine Partei abgibt, der Rest wird ja immer wechseln. Das ist, glaube ich, auch ganz gesund«, entgegnete ihm der Vertreter des Südschleswigschen Wählerverbandes in durchaus repräsentativer Weise für die ganze Runde: »Es sollte doch allmählich der Zustand erreicht werden, dass der Wähler sich für eine Partei entscheidet.«¹⁹⁹ Die Vertreterin der FDP warnte daraufhin vor britischen Zuständen, wo sich die Labour-Partei und die Tories kaum noch voneinander unterscheiden würden, und mahnte: »Soweit darf es nicht gehen, nicht wahr, man muss schon ganz konkrete Richtlinien haben«; »klare Verhältnisse« forderte auch der Vertreter der SPD. Schultz blieb standhaft und beendete die Diskussion: »Aber wir sind uns darin einig: es bleibt immer ein erheblicher Rest der Wählerschaft, der sich nicht festlegen will. Das ist unbestreitbar, so ist es in England, Amerika, Skandinavien und auch in Deutschland. Um diesen Rest geht schliesslich der Kampf bei den Wahlen.«²⁰⁰

Der vielbemühte Verweis auf die westliche Norm, der in solchen politischen Runden im Rundfunk allgegenwärtig war, darf nicht darüber hinwegtäuschen, wie groß die Animositäten zumindest in diesem Falle waren: Die westdeutschen Parteivertreter waren sich weitgehend einig darin, dass sie einen Wähler, der situativ auswählte, im Grunde verachteten. Daher galt es nicht nur, ihn in Anknüpfung an einen alten deutschen Stil politischer Pädagogik mit Informationen und Argumenten zu versorgen²⁰¹, sondern vor allem, ihm die politische Gesinnung anzuerziehen. Worin sich die beiden großen Parteien unterschieden, waren die Wege, die sie wählten.

Die SPD trat als strenge Lehrerin auf, die den westdeutschen Wählern zur politischen Einsicht verhelfen wollte. Dabei beruhte ihre direkte Ansprache in Wählerbriefen auf moralischen und intellektuellen Dominanzgebärden gegenüber einer Wählerschaft, der sie die Verantwortung für den Nationalsozialismus selber zuschrieb.²⁰² Blanke Dummheit, so konnten Hamburger Wähler 1949 dem Brief einer SPD-Kandidatin entnehmen, habe den Deutschen ihr schweres Schicksal aufgebürdet. Krieg und Diktatur seien nur möglich gewesen, »weil das deutsche Volk in seiner übergroßen Mehrzahl so unpolitisch war und auf Parolen und Versprechungen hereingefallen ist, ohne sich die Mühe zu

¹⁹⁹ »Politisches Forum«, 23. Oktober 1950 [Sendungsprotokoll des NWDR], Bl. 8, 12. StAHH, 621-1/144, AE 1202.

²⁰⁰ Ebd., Bl. 13 f.

²⁰¹ Vgl. T. MERGEL, *Propaganda*, 2010, Kap. 1 u. S. 106, 165 f.

²⁰² Zur expliziten Betonung des »moralischen Recht[s]« der SPD siehe etwa: Adolf Lorenz, Distriktvorstand Innenstadt, u. a. an alle Mitglieder der Partei, 1.1.1952. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 332.

geben, diese Parolen zu prüfen und in ihren Konsequenzen zu durchdenken.« Für »nachdenkliche Menschen« sei abzusehen gewesen, wohin diese politische »Fehlentscheidung« führen würde.²⁰³ Trotzig belehrend trat man auch in der SPD-Pressestelle gegenüber Wählern auf, die nicht zu den eigenen zählten. »Gestatten Sie zunächst einmal, daß ich Sie darauf hinweise, daß es üblich ist, eine Anrede zu gebrauchen. In der Sache möchte ich Ihnen mitteilen, daß ich mir erlaube, den Herrn Bundeskanzler zu kritisieren, weil wir in einer Demokratie leben und in einer Demokratie niemand sozusagen unter Naturschutz steht.« Das war der Duktus, in dem der Leiter der Pressestelle beim SPD-Parteivorstand Franz Barsig 1961 mit Wählern korrespondierte.²⁰⁴

Mit ihrem erzieherischen Anspruch gehörte die SPD im Hamburg der 1940er und 1950er Jahre zu den größten Produzenten der diskursiven Figur des »unpolitischen« Deutschen, ob auf Landesdelegiertenversammlungen oder in der Kommunikation mit den Wählern selbst.²⁰⁵ Nachdem sich Irma Keilhack 1949 in ihrem Wählerbrief vorgestellt hatte, teilte sie dem Leser sogleich mit, wie sie ihn einschätzte: »Bitte legen Sie den Brief jetzt nicht fort, weil Sie mit ›Politik‹ nichts zu tun haben wollen.«²⁰⁶ Nicht nur das Interesse für Politik, auch die politische Bildung und Auffassungsgabe sprachen Sozialdemokraten den westdeutschen Wählern in ihren Wahlkampfmedien ab. Helmut Schmidt erklärte in seinem Kandidatenbrief an die Hamburger 1953, welche wichtige Institution der Bundestag sei, und zählte auf, wieviele Gesetze er verabschiedet hatte.²⁰⁷ Intern sprachen Sozialdemokraten häufiger davon, den Deutschen politische Argumente »einhämmern« zu müssen.²⁰⁸ Auch noch 1959 hieß es im »Schwerpunktprogramm Werbung und Propaganda« des SPD-Parteivorstands, gute Argumente müssten ständig wiederholt werden, denn: »Im Bewußtsein der unpolitischen Menschen kommt ein Argument meist erst dann an, wenn man es selbst schon nicht mehr hören kann.«²⁰⁹

Die unmittelbar vorangegangenen Proteste um die Aufrüstung und die Frage der Wehrpflicht, die erahnen ließen, dass die Westdeutschen gar nicht so unpolitisch sein konnten, wie die Partei meinte, hatten die Genossen nicht dazu veran-

²⁰³ »Liebe Wählerin!« [Flugschrift], hrsg. v. SPD Hamburg [1949]. AdsD, NL Blachstein, Mp. 27. Siehe auch: Irma Keilhack: »Liebe Wählerin! Lieber Wähler!« [1949]. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 106. Zur Tendenz der Exilanten, Widerständler und Verfolgten des NS-Regimes, den Deutschen jegliche politische Befähigung abzusprechen, vgl. A. SCHULZ, Politische Parallelwelten, 2018, S. 191 f.

²⁰⁴ Franz Barsig an P. Nonnweiler, 24.5.1961. AdsD, SPD-PV AB II, Pressestelle, Mp. 0848.

²⁰⁵ Siehe die Beobachtungen Herbert Wehners 1957: Landesdelegiertenversammlung [der SPD] am 27. Mai 1957 [stenograph. Niederschrift], Bl. 5. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 125.

²⁰⁶ Irma Keilhack: »Liebe Wählerin! Lieber Wähler!« [1949]. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 106.

²⁰⁷ Helmut Schmidt: »An die vielen jungen Menschen, die zum ersten Male zur Wahl gehen!«, August 1953. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 114.

²⁰⁸ Unsere Propaganda zur Neuwahl des Bundestags [handschriftl. Aufzeichnungen Heinz Gärtners, SPD Hamburg], o. D. [1953]. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 2434; Werner Riedel (Hamburg) an die SPD Hamburg, Pressehaus, 8.10.1953. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 214; SPD, Wahlhelfer, 1953, S. 61.

²⁰⁹ Vorschlag zu einem »Schwerpunktprogramm Werbung und Propaganda« für das Jahr 1959, o. D., Bl. 4. AdsD, NL Anders, Mp. 2.

lasst, ihre Strategien anzupassen. Ob Bürger von gewissen politischen Themen ergriffen wurden oder nicht, war für ihre Rehabilitierung im strengen Urteil der Sozialdemokraten nicht von Belang, solange sie nicht klar und deutlich einer Partei zuneigten. So plädierte Herbert Wehner 1957 dafür, den Wahlkampf in Hamburg nicht ausschließlich auf die »sogenannten unentschiedenen Wähler« zu konzentrieren, weil dies einen »farblosen« Wahlkampf mit sich bringe. Stattdessen sollte in althergebrachter Manier zum Angriff gegen den politischen Gegner geblasen werden, um den eigenen Wählern etwas zu bieten. Wer sich nicht am »Draufschlagen« auf den Gegner ergötzte und mithin die sozialdemokratische Position noch nicht begriffen hatte, blieb Sozialdemokraten suspekt und erhielt im Zweifel das Siegel »unpolitisch«.²¹⁰ Noch 1969, als die professionalisierte Wahlkampagne der SPD inzwischen zielgerichtet »Wechselwähler« werben wollte, bezeichnete die Parteibasis jene, die nicht klar zur Sozialdemokratie oder zur Christdemokratie neigten, ganz selbstverständlich als die »unpolitischen Wähler«.²¹¹

Erzieherische Töne und Überlegenheitsgebärden waren den Christdemokraten nicht fremd. Das zeigte sich in ihren Parteizeitungen, die allerdings vornehmlich der moralischen Erbauung der eigenen Mitglieder dienten und in Städten wie Hamburg oder Ulm nicht existierten.²¹² In der Kommunikation mit den Wählern und zu guten Teilen auch in der Binnenkommunikation der städtischen Parteiverbände neigten die Christdemokraten nicht so sehr dazu, sich von dem Rest der Deutschen abzugrenzen, sondern betonten eine besondere Identität mit ihnen. Im Vergleich zu den Sozialdemokraten traten sie als die milden, gütigen Lehrer auf. Die neu gegründete Berliner CDU etwa begriff sich in ihrem Gründungsaufwurf selbst als eine Partei, die »aus heißer Liebe zum deutschen Volk« handelte. Im protestantisch dominierten Ulmer Kreisverband beschworen ihre Parteifreunde beständig ihre Nähe zu den Menschen. Das organisationsinterne wie öffentliche Reden der Ulmer Christdemokraten betonte das Gute im Menschen und die Tugend der Vergebung, und der stets unterstrichene Wille zum sozialen Ausgleich diente als Ausweis der besonderen Verbundenheit mit dem als nationalem Ganzen verstandenen Volk.²¹³

Man kann solche Botschaften als reines Kalkül deuten, wie Allan Borup es am Beispiel der CDU Schleswig-Holsteins getan hat. In der Tat suggerierte die

²¹⁰ Landesdelegiertenversammlung [der SPD Hamburg] am 27. Mai 1957 [stenograph. Niederschrift], Bl. 5. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 125; erstes Zitat bei T. MERGEL, Propaganda, 2010, S. 107.

²¹¹ Siehe etwa: Bundestagswahl 1969 [Fragebogen des SPD-Parteivorstands], ausgefüllt von Leo Geiße [SPD], Straubing, 24.9.1969. AdsD, SPD-PV NB II, Öffentlichkeitsarbeit – Referat Werbetechnik, Mp. 1791.

²¹² Vgl. A. BORUP, Demokratisierungsprozesse, 2010, S. 168, 191 f.

²¹³ CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS: Deutsches Volk!, 1945 [Gründungsaufwurf v. 26.6.1945]; Kreiskonferenz der CDU Ulm-Donau, 18.11.1951, o. D. [CDU-Bericht für die Presse, November 1951]. StAU, E 201 CDU, Nr. 1, Unterfasz. »Kreiskonferenz 18.11.1951«; Zitat: Jahres-Hauptversammlung des Kreisverbandes Ulm der Christlich Demokratischen Union, o. D. [1953]. Ebd.

Unionspresse mit dem gezielten Abdruck von Leserbriefen, dass die Wähler sich in dieser warmen Umarmung durch die Christdemokraten wiederfanden, und kapitalisierte damit ihre Milde im Umgang mit Deutschen, die sich für ihre Vergangenheit angeklagt fühlten, für den politischen Legimitätserwerb.²¹⁴ Man kann aber gerade in den urbanen und kirchennahen CDU-Verbänden auch die Träger jener postnationalsozialistischen Moral identifizieren, die in der »Verführung« durch Hitler tatsächlich die einzige Sünde der Deutschen erblickte und dahingehend wenig bewusst-strategisch war. In jedem Fall war die Frage, wie politisch gebildet oder wie politisch aktiv die Wähler waren, den Christdemokraten in ihrer lokalen Wahlkampfkommunikation ebensowenig eine Problematisierung wert wie die Frage der nationalsozialistischen Vergangenheit.²¹⁵ Wenn die neuformierten Kölner Christdemokraten 1945 in ihren »Leitsätzen« weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung die Schuld an den Verbrechen des Nationalsozialismus attestierten und ihnen »habgierigen Materialismus« und »Rassenhochmut« vorwarfen, waren das strenge Ausnahmestimmen innerhalb der Christdemokratie, getragen von ehemaligen katholischen Widerständlern und den demokratischen Traditionen der Zentrumspartei.²¹⁶ In Hamburg waren über 25 Prozent der tausend CDU-Gründungsmitglieder NSDAP-Mitglieder; die Partei lebte also mit einem beträchtlichen Anteil ehemaliger »Pgs« und sah zugleich in ihren Reihen den ehemaligen Auschwitz-Häftling Erik Blumenfeld aufsteigen, der laut seinem Biographen nie ein böses Wort über die Ex-Nationalsozialisten in seiner Partei verlor.²¹⁷

Auf dem Feld der politischen Erziehung gab es im Reigen der hier diskutierten Parteien wohl keine, die prima facie höhere Ansprüche hatte als der PCI. Das Theorievermächtnis Antonio Gramscis, an das sich der *partito nuovo* unter Palmiro Togliatti anlehnte, betonte die große Kluft zwischen den italienischen Massen und den politischen und intellektuellen Eliten des Landes und sah vor, die gesellschaftliche Hegemonie dadurch zu erringen, das Bewusstsein der Massen politisch zu formen und jeden Einzelnen darin zu einem »Intellektuellen« zu machen. Doch Gramsci blickte nicht herab auf die italienischen Massen, sondern war fasziniert von der Kraft, die er von ihnen ausgehen sah.²¹⁸ Demgemäß sahen Kommunisten nach 1945 in den »Massen einfacher Männer und Frauen« einen Quell der »neuen« Politik, von ursprünglicher Reinheit und nicht kontaminiert mit der »alten« Politik des liberalen Zeitalters.²¹⁹

²¹⁴ Vgl. A. BORUP, *Demokratisierungsprozesse*, 2010, S. 192–195.

²¹⁵ Zur Präsenz dieser Problematik auf zentraler Ebene vgl. T. MERGEL, *Propaganda*, 2010, S. 284–296.

²¹⁶ CHRISTLICHE DEMOKRATEN KÖLNS: *Kölner Leitsätze der CDU*, 1945, Bl. 1.

²¹⁷ Vgl. F. BAJOHR, *Hanseat*, 2010, S. 66.

²¹⁸ Vgl. R. BODEI, *Colonizzare le coscienze*, 1999; G. FRESU, »Il diavolo nell'ampolla«, 2005; T. KROLL, *Kommunistische Intellektuelle*, 2007, S. 428–447.

²¹⁹ Siehe etwa: Direzione del PCI, Commissione Centrale Stampa e Propaganda, an die Segreteria delle Federazioni del PCI u. a., 2.2.1951, Bl. 6. ILS, DC, SP, *Informazioni riservate*, Sc. 243, fasc. 10.

Diese Deutung lag in der verhältnismäßig späten Entfaltung des »politischen Massenmarkts« (Hans Rosenberg) in Italien begründet, die Historiker zu Recht betonten: 1912 war das allgemeine Wahlrecht eingeführt worden, doch erst der Faschismus hatte die Massenpolitisierung mit sich gebracht. Was den deutschen Sozialdemokraten die Lust am Wähler vergällte – der Umstand, dass die Deutschen mit ihrer langen Erfahrung auf dem politischen Massenmarkt eigentlich schon politisch hätten »reif« sein müssen, was sie mit der Wahl der NSDAP aber widerlegt hatten –, trieb die Kommunisten also nicht um: Sie konnten ihren Landsleuten die politische Erziehungsbedürftigkeit nicht vorwerfen, da die populären Schichten nach kommunistischer Logik im liberalen und im faschistischen Italien nicht die Chance erhalten hatten, Politik zu lernen. Damit konnte die italienische Linke ihre Landsleute auch schwerlich beschuldigen, den Faschismus an den Wahlurnen mitverantwortet zu haben.²²⁰ Neben den alten Eliten und den Faschisten war es der Klerus, der das verehrte Volk in kommunistischer Optik über Jahrhunderte um seine Interessen betrogen hatte. Die Vorstellung, dass sein sozialer Einfluss und sein Zusammenwirken mit den *padroni* das italienische Volk in politischer Unmündigkeit hielten, ließ den PCI seine Aufgabe vor allem im Aufrütteln der populären Schichten sehen. Deshalb musste er die Italiener geradezu als »Wähler« ansprechen, um ihnen zu verdeutlichen, dass sie die Wahl hatten, sich von der Gängelei der Pfarrer und der alten Eliten zu befreien und ihren eigenen Interessen zu folgen. In dieser Hinsicht verstand er sich als Kraft, die den »Massen« zu Emanzipation verhalf, gerade auch im Süden.²²¹

Italienische Wähler eigneten sich diese Zuschreibung an. Auf den Plätzen, aber auch in Briefen an Presse und Parteien begaben sich gerade Frauen gern in die Rolle der sozial Bedürftigen und der erziehungsbedürftigen Unbedarften. Als »arme Alte« stellte sich eine Bologneserin dem *Giornale dell'Emilia* vor, als sie 1953 nicht wusste, ob sie den Worten der Kommunistinnen glauben sollte, die an ihrer Tür geklingelt hatten.²²² Als der Bologneser PCI 1958 massiv Stimmung gegen den Klerus machte, nahm das Publikum regen Anteil und wollte mit eigenen Geschichten dazu beitragen, die Macht und die Korruption der Kirche zu brechen, darunter im Übrigen auch kleine Pfarrer und Mönche, die sich ausgebeutet fühlten.²²³ Das kommunistische Image als ehrenhafte Avantgarde

²²⁰ Vgl. C. JANSEN, *Transizione*, 2006, S. 132 f.

²²¹ Siehe etwa: Verbale del Comitato Federale [PCI Bologna], 16.6.1953. FGER, PCI-BO, CF, Verbali, 1953, b. 2, fasc. 2. Noch Ende der 1970er Jahre war an der PCI-Basis die Anschauung verbreitet, die Kirche arbeite mit den *padroni* zusammen. Der Kirche wurde auch deshalb ein solch starker Einfluss zugeschrieben, weil die Schulerziehung der Kinder religiösen Prinzipien folgte und Kleriker als Lehrer fungierten, vgl. M. BARBAGLI/P. CORBETTA, *Una tattica e due strategie*, 1979, S. 15; F. DE FELICE, *Togliatti*, 1977, S. 58.

²²² *Infantilismo comunista*, in: *GIORNALE DELL'EMILIA*, 4.6.1953.

²²³ *Un giovane parrochiano* [anon.] an Tino Clerici, *Giornale Due Torri*, o.D. [August 1958]. FGER, PCI-BO, Segreteria, Corrispondenza, Partenza/Arrivo 1951–1961, b. 1, fasc. 2; *Un prete* [anon.] an die Redaktion der *Due Torri*, o.D. [1958]. Ebd.; *Il solito amico di Due Torri* [anon.] an den Herausgeber [der *Due Torri*], 25.5.1958. Ebd.

des italienischen Volkes verführte manche Wähler zu moralischem Pathos, das häufig in anonymen Briefen vorgetragen wurde. Den Bologneser PCI erreichten 1958 Reime über den Dom San Petronio als »größter Kloake« (»cloaca massima«) der Stadt; ein Bologneser wünschte der Partei im selben Wahlkampf viel Erfolg dabei, »das ehrwürdigste Werk der Menschheit zu vollenden«.²²⁴

Für die Masse an Wählern galt allerdings, dass sie sich eben nicht in solcher Weise äußerten, sondern stumm blieben. Die »Indifferenz«, die darin zum Ausdruck kam, dass sich auch die italienische Bevölkerung nach Kriegsende vornehmlich um die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse kümmerte, warfen die Kommunisten ihren Landsleuten jedoch nicht vor. Zwar nahmen aktive Genossen durchaus einen Unterschied wahr zwischen ihrer eigenen Umtriebigkeit für die Parteisektion und der Mehrheit »indifferenter« Menschen.²²⁵ Doch versuchten die Bologneser PCI-Funktionäre aktiv, ihren Genossen beizubringen, dass »die Wahlstimme eines heroischen Partisanen oder eines energischen Arbeiteragitators genauso viel zählt wie jene eines Irgendwer [*uomo qualunque*], der nicht gekämpft hat und nicht demonstrieren geht.«²²⁶ Zwar war diese Demut gegenüber den Inaktiven den stolzen PCI-Funktionären selber nur schwer anzutrainieren, gerade wenn die erhofften Wahlsiege ausblieben. Intern und in der Presse machten sie klare Unterschiede zwischen der »Avantgarde« der demonstrierenden Massen oder dem »aktiven Teil des apulischen Volkes«, und einem passiven Teil, einer »schweigenden Mehrheit« (*maggioranza silenziosa*), die von der massiven Wahlkampfarbeit der katholischen Pfarrer und vom Hunger »aus dem Schlaf gerissen« werde.²²⁷ Doch in den 1950er Jahren, als die Partei als Lehre aus den Wahlniederlagen massiv auf die *campagna capillare* setzte, waren solche Stimmen nicht mehr zu hören. Die kommunistischen Funktionäre ließen sich dazu herab, die alltäglichen Probleme der Wähler zum zentralen Inhalt der politischen Kommunikation zu machen und dabei eine möglichst einfache Sprache zu sprechen. Die Parteiführung trug ihren Wahlkämpfern auf, die vermeintlich irrationalen Ängste der Menschen ernstzunehmen und ihnen mit wohlwollendem und verständnisvollem Habitus rationale Argumente entgegenzusetzen, um sie davon abzuhalten, »gegen ihre Interessen« zu wählen.²²⁸ Das persönliche Gespräch mit den Wählern sollte ausdrücklich nicht in abstrakte Höhen abdriften, um sich auch jenen verständlich machen zu können, die über

²²⁴ Un amico fedele [anon.] an Guido Fanti, 8.5.1958. Ebd.; Anon. [»Bombiana«] an die Federazione [bolognese des PCI], 16.5.1958. Ebd.; Anon. an den PCI Bologna, 17.5.1958. Ebd.

²²⁵ G. BRINI, *Vivere a Bologna*, 1975, S. 41.

²²⁶ Forze organizzate e influenza elettorale, in: LA LOTTA, 15.12.1945.

²²⁷ Reclutare organizzare costruire il Partito, in: LA LOTTA, 2.6.1945; Coscienza di classe, in: LA LOTTA, 30.6.1945 (erstes Zitat); Per una politica di rinascita, in: L'UNITÀ. CRONACA DELLA PUGLIA, 12.4.1953 (zweites Zitat); das Folgende zit. n. L. CIGOGNETTI/L. SERVETTI, *Mass media e dopoguerra*, 1999, S. 402.

²²⁸ Direzione del PCI, Commissione Centrale Stampa e Propaganda, an die Segreteria delle Federazioni del PCI u. a., 2.2.1951. ILS, DC, SP, Informazioni riservate, Sc. 243, fasc. 10. Siehe auch: Verbale del Comitato Federale [PCI Bologna], 14.2.1948, Bl. 1 f. FGER, PCI-BO, CF, Verbali, 1948, b. 1, fasc. 3.

keine oder nur geringe Bildung verfügten.²²⁹ Dabei handelte es sich nicht nur um eine von oben ventilierte Taktik, sondern um eine Tugend, die den Aktivisten vor Ort in Mark und Bein übergang, sofern sie überhaupt gebildeter waren als die Wähler. Noch in den 1960er Jahren zeigten sie in Interviews mit Sozialwissenschaftlern ihre Sensibilität für die Notwendigkeit, sich mit den Wählern zu identifizieren, ihre Sprache zu sprechen und sich in ihre Probleme einzudenken.²³⁰ Die Hinwendung zur *campagna capillare* kam somit auch einer dezidierten, strategisch motivierten Aussöhnung selbsterklärter Avantgarden mit den »Zurückgebliebenen« gleich.

Die italienischen Christdemokraten schließlich changierten zwischen einem erzieherischen Impetus, der ihnen sowohl von der Mission der *Civiltà cristiana* als auch vom antifaschistischen Selbstverständnis auferlegt wurde, und dem Konzept einer glühenden Liebe zum Volk. Ihre regionale und ideologische Diversität in Rechnung stellend, zeigt der Ende der 1950er Jahre aufbrechende Konflikt um die Frage, ob man sich nach links, zu den Sozialisten, oder nach rechts, zu den Neofaschisten öffnen sollte, ihr Verhältnis zur Wählerschaft auf. Dabei entwarfen sich die nach links neigenden Christdemokraten in ihren Briefen an die Parteizentrale als eine »vom Volk inspirierte Partei« oder warfen der Parteiführung vor, »weit entfernt von dem Volksgeist unserer Partei« zu agieren, während die rechten Christdemokraten eher die Autorität des Staates und die Notwendigkeit seines Schutzes gegen den Kommunismus ins Feld führten.²³¹ Von einer grundsätzlich wohlwollenden Haltung gegenüber dem Wahlvolk und einem lokal-populistischen Selbstverständnis beseelt, imaginierten die Christdemokraten dieses Volk dennoch stets als eines, das eine gewisse »katholische« und darin politische Moral besaß: entweder eine stärker antifaschistisch oder eine stärker antikommunistisch gefärbte. Ein »indifferentes« Wahlvolk gab es in dieser lokalen Optik der DC-Mitglieder gar nicht, denn die anhaltenden Richtungsstreitigkeiten in der Partei veranlassten sie immer wieder, sich mit dem Gewicht des lokalen »Volksgeistes« in die Debatte einzuschalten, und deshalb beschrieben sie diesen stets als nach links oder nach rechts, zum Antifaschismus oder zur staatlichen Ordnung hin neigend. Am stärksten von allen hier diskutierten Parteien verstanden sich die italienischen Christdemokraten in einer Art Identitätsverhältnis mit dem Wahlvolk, für das sie jeweils sprachen – und das freilich meist auf das Territorium der Gemeinde beschränkt war.²³²

²²⁹ Vgl. A. VENTRONE, *Cittadinanza*, 2008, S. 165.

²³⁰ F. ALBERONI u. a., *L'attivista di partito*, 1967, S. 240.

²³¹ V. Mantovani (Verona) an die Direzione Centrale DC in Rom, 9.7.1960. ILS, DC, SP, Sc. 87, fasc. »Comitati provinciali 11/04/1960–1960/07/18«; *Democrazia Cristiana*, Comitato Comunale di Savona: [Ordine del Giorno] v. 20.5.1960, Anl. zu: Nanni Russo an Aldo Moro und G.B. Allegri (Segretario Provinciale der DC Savona), 21.5.1960. Ebd., fasc. 12a, sfasc. »Comitati provinciali 11/04/1960–1960/07/18«.

²³² Deutlich wird dies in den unzähligen Briefen von der Parteibasis in: ILS, DC, SP.

Die deutsche Ideologie des gesunden Menschenverstandes

Die Zeitgeschichte zeichnet das Bild eines »apolitischen« und »autoritären« Deutschen, der sich, der »kritischen staatsbürgerlichen Selbstbestimmung« unfähig, nach starker »Führung« sehnte und Experten den Vorzug vor der Volksherrschaft gab.²³³ Mit dem Parlamentarismus konnte er offenbar wenig anfangen, doch auch demokratischen Konzepten der Selbstregierung stand er nach dieser Lesart fern. Zugleich jedoch haben Historiker teils schon früh eine Führungsaversion in der jungen Bundesrepublik beobachtet; Joseph Foschepoth hat darin eine negative Umwertung des Führermythos erblickt.²³⁴ Wie gestaltete sich vor dem Hintergrund dieser widersprüchlichen Beobachtungen das Verhältnis der Westdeutschen zu jenen, die sich anschickten, als ihre politischen Repräsentanten aufzutreten – sei es im Parlament oder in der Regierung?

Für das Charisma »politischer Führer« – eine Bezeichnung, die sie ganz unbekümmert weiterverwendeten – waren westdeutsche Wähler zweifellos auch nach 1945 empfänglich.²³⁵ Als das »Politische Forum« im Nordwestdeutschen Rundfunk 1949 das Verhältnis von »Führer und Geführten« diskutierte, klagte der FDP-Politiker Hans Reif über einen persistenten »Führer-Mystizismus«, eine deutsche Führer-Romantik.²³⁶ Ein solches Unbehagen koexistierte mit der persistenten Suche nach potenziellen Führerfiguren, die Wahlvolk wie Parteivertreter in der jungen Bundesrepublik beschäftigte. Die Euphorie, die Konrad Adenauer in den 1950er Jahren auf seinen Sonderzugfahrten durch die Bundesrepublik entgegenschlug, ließ laut Journalisten Zeichen »gläubiger Verehrung« erkennen. Ein SPD-interner Bericht über Adenauers Wahlreise 1957 ergänzte: »Gegenüber kritischen Anmerkungen schlug diese Gläubigkeit oft in Fanatismus um.«²³⁷

Die Beklemmungen und Irrationalitätsassoziationen, die der Anblick jubelnder Wähler angesichts eines politischen »Führers« auslöste, war einer spezifisch westdeutschen *Optik*, namentlich dem offenkundigen Analogieschluss zum Nationalsozialismus geschuldet, nicht jedoch einer westdeutschen Spezifik an sich. Auch ein John F. Kennedy, ein Willy Brandt, ein Valéry Giscard d'Estaing oder ein Palmiro Togliatti suchten das Bad in der Menge, ohne dass hier von »Fanatismus« und autoritärem »Führerglaube« die Rede gewesen

²³³ K. H. JARAUSCH, Umkehr, 2004, S. 190; A. DOERING-MANTEUFFEL, Zeitbögen, 2014, S. 340.

²³⁴ J. FOSCHEPOTH, Reaktion, 1986, S. 154. Vgl. auch T. KÖSSLER, Arbeiter, 2006, S. 194; H. AFFLERBACH, Militär, 1997, S. 264; K. H. JARAUSCH, Umkehr, 2004, S. 49, 79 f.; G. PAUL, Psychopathen, 2002, S. 16–18; N. KRAMER, »Trümmerfrau«, S. 310 f.

²³⁵ So ein Hörerbrief, der danach fragte, was »politische Führer« leisten müssten. Sendung »Politisches Forum« im NWDR, aufgenommen am 24.5.1950 [Sendungsprotokoll], Bl. 2. StAHH, 621–1/144, AE 1202.

²³⁶ Politisches Forum: »Führung und Geführte«, 26.11.1949 [Sendungsprotokoll des NWDR], Bl. 6. StAHH, 621–1/144, AE 1202.

²³⁷ Adenauers Wahlreisen, o. D. [1957]. AdsD, NL Anders, Mp. 1; Bismarck nach Bonn, in: DER SPIEGEL, Nr. 36 v. 5.9.1953; Wie man Wähler gewinnt, in: DER SPIEGEL, Nr. 37 v. 11.9.1957.

wäre.²³⁸ So sehr die westdeutsche Kanzlerdemokratie von Konrad Adenauers autoritärem Führungsstil geprägt war – das Verhältnis der Westdeutschen zum greisen Kanzler und zu anderen politischen ›Autoritären‹ ist besser im Kontext einer transnational verbreiteten Personalisierung demokratischer Politik in den 1950er und 1960er Jahren zu deuten denn als Ausweis einer besonderen deutschen Autoritätshörigkeit, die die politische Verantwortung gern an eine väterliche Führerfigur delegiert habe.²³⁹

In ihrer direkten Kommunikation nämlich erwiesen sich die Deutschen keineswegs als autoritätshörig. In der niedersächsischen Staatskanzlei, deren Korrespondenz Michaela Fenske ausgewertet hat, landeten eher selten Huldigungen und Glückwunschschreiben an den Ministerpräsidenten, die wiederum in Italien stark verbreitet waren, sondern in erster Linie Bittbriefe, gefolgt von Stellungnahmen zur Politik, Berichten aus der eigenen Lebenswelt und Schmähchriften.²⁴⁰ Auch einen Konrad Adenauer konnten im Umkreis des Stammtisches Injurien von Wählern treffen, die meinten, was er könne, könnten sie schon längst.²⁴¹ In der brieflichen Kommunikation mit Parteifunktionären und Abgeordneten indes, die im Folgenden im Vordergrund steht, lassen sich nachgerade antiautoritäre Züge entdecken. Hier legten die Deutschen oft denselben erzieherischen Ton an den Tag, der ihnen aus den sozialdemokratischen Wahlkampfchriften entgegenschlug. So gab Wilhelm Nürnberger, ein Hamburger Wähler und Sozialdemokrat, seinem Bundestagskandidaten Herbert Wehner 1953 Tipps, wie die SPD ihre Politik ausrichten müsse, um mehr Wähler zu gewinnen, und schloss dann provokant: »Gewiß sieht der Parteivorstand das möglicherweise alles anders, dafür ist das auch so eine Art Generalstab, aber waren die Leute vom Generalstab nicht schon immer zum mindesten verdächtig, etwas frontsfremd zu sein! Ich möchte glauben, daß man das auch von Parteivorständen oft sagen kann, da diese ja so unendlich mehr wissen, als der Spießbürger da draußen. Dafür bewahren letztere sich mindestens ebenso oft den gesunden Menschenverstand, unbelastet durch die mannigfaltigen Parteidoktrinen.«²⁴²

Den politischen Weitblick und das Wissen darüber, wie die politischen Dinge zu laufen hatten, reklamierten westdeutsche Wähler gern für sich. Sie sprachen von sich im Topos des ›kleinen Mannes‹, der sein gewachsenes politisches Selbstbewusstsein zum einen auf persönlichen Erfolg, auf Leistung, zurückführte. Deshalb sprachen sie gerade jenen Parlamentariern und Politikern die Legitimität

²³⁸ Vgl. D. MÜNDEL, Kennedy, 2008; B. GOTTO, Von enttäuschten Erwartungen 2013, 33–36.

²³⁹ So bei A. SCHILDT, Annäherungen, 2011, S. 24 f.; E. WOLFRUM, Die geglückte Demokratie, 2007, S. 54; A. BAUERKÄMPER u. a., Einleitung, 2005, S. 23. Zur Personalisierung politischer Kommunikation in der Bundesrepublik vgl. T. MERGEL, Propaganda, 2010, S. 211 f., 214 f.

²⁴⁰ Vgl. M. FENKE, Demokratie erschreiben, 2013, S. 49, 78, 85, 88 f.

²⁴¹ Vgl. J. R. CANOY, Police State, 2007, S. 203.

²⁴² Wilhelm Nürnberger (Hamburg-Bahrenfeld) an Herbert Wehner, 10.9.1953. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 1985.

ab, die entsprechende Referenzen vermissen ließen. Die Aussage, die eine Wählerin 1950 dem »Politischen Forum« des NWDR als Diskussionsgrundlage zugesandt hatte, war unmissverständlich: »[E]s dürften nur solche Menschen politische Führer werden, die auch in ihrem bürgerlichen Leben, das heisst im Beruf, erfolgreich tätig sind oder waren.«²⁴³ Zum anderen beruhte das Selbstbewusstsein der Westdeutschen als politische Sprecher auf der Erfahrung, dass Autoritäten *fehlbar* waren. Die Verarbeitung des Zweiten Weltkrieges, und genauer: die Deutung der Kriegsniederlage – oder aber des »fanatischen« Fortführens des Krieges bei unabwendbarer Niederlage – als Führungsversagen, war für diese emanzipative Tendenz gegenüber Autoritäten jeglicher Art von unüberschätzbbarer Bedeutung.²⁴⁴ Ausgerechnet die von Ex-Nationalsozialisten durchsetzte DP wollte den Hamburger Wählern im Wahlkampf 1949 aus dem Herzen sprechen, wenn sie die Führungskepsis als Lehre aus dem Krieg in einem Pamphlet beschwor:

Der Michel, einer von vielen Millionen, / die unser zerstückeltes Deutschland bewohnen, hat gläubig den grauen Rock einst getragen, / und tapfer sich an den Fronten geschlagen [...] Ihm war es wie vielen Millionen ergangen: / gläubig vertrauend, mit heißem Verlangen das Rechte zu tun, das Böse zu hassen / so hat er sich stumm auf die »Führung« verlassen. Als bittere Lehre verblieb ihm dabei: / »Nie wieder im Leben in eine Partei!«²⁴⁵

Die Aversion des deutschen »Michels«, wie die DP ihn entwarf, richtete sich ebenso wie die Invektive Wilhelm Nürnbergers nicht so sehr gegen eine Führerfigur, sondern gegen den anonymen Führungsstab hierarchischer Verbände und großer Organisationen.²⁴⁶ Das Pamphlet der DP machte deutlich, wie gut sich daraus die Delegitimierung politischer Parteien ableiten ließ. Auch in der konservativen, rechtsliberalen und katholischen Publizistik wurden Parteien, an Deutungstraditionen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts anknüpfend, auf ihre anonymen Bürokratien und entrückten Führungsstäbe reduziert. Das Neue an der Situation nach 1945 war, dass nun nicht mehr nur der mechanistische Politikbetrieb der Weimarer Republik als Paradebeispiel dienen, sondern zudem die NS-Diktatur als Gipfelpunkt der »Parteiherrschaft« gelten konnte.²⁴⁷ Dass damit jene antiparlamentarischen Ressentiments fortgeschrieben wurden, auf denen sich die NS-Herrschaft erst hatte gründen können, stand den Zeit-

²⁴³ Sendung »Politisches Forum« im NWDR, aufgenommen am 24.5.1950 [Sendungsprotokoll], Bl. 2. StAHH, 621–1/144, AE 1202.

²⁴⁴ Zu einem anonymen Hamburger Flugblatt, das im April 1945 unter dem Titel »Front gegen die Führung« zur Friedenskundgebung aufrief, siehe J. HEITMANN, Ende, 1990, S. 33.

²⁴⁵ DP Hamburg-Harburg: Nie wieder in eine Partei! [Flugschrift 1949]. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 107.

²⁴⁶ Zu langlebigen Ressentiments dieser Art vgl. T. KÖSSLER/H. STADTLAND, »Organisationsmenschen«, 2004.

²⁴⁷ Vgl. H. MOMMSEN, Von Weimar nach Bonn, 1998, S. 746; S. ULLRICH, Weimar-Komplex, 2009, S. 244–249, 251 f.; zu Weimar vgl. T. MERGEL, Führer, 2005.

genossen als Problem nicht vor Augen.²⁴⁸ Ein Wähler aus Gronau in Westfalen brachte in einem Brief an den SPD-Landesvorsitzenden Karl Meitmann 1949 zum Ausdruck, welche krude Assoziationen hier wirksam wurden. »Sie sind ja ein zwar schwarz-rot-goldner *Parla-Ment-Arier*, aber das kann mich deswegen nicht stören, weil ein Durch-und-Durch-Abendland-Deutscher [sic] noch nie eine Hymne auf etwas anderes als eben auf Schwarz-weiss-rot vernommen hat und niemals hören wird.« Was genau Meitmann in seinen Augen zu einem »Parla-Ment-Arier« machte, führte der Wähler nicht aus, offenbar aber war es die deutsche Tradition, Parteien im Gegensatz zur Einheit der Nation zu begreifen. Was Meitmann als Parteipolitiker zu sagen habe, sei für ihn uninteressant, seine *Person* jedoch fand er gar nicht übel: »Ich finde es sehr schade, dass Sie einer Partei angehören. Sie hätten viel mehr Zeug in sich.«²⁴⁹

Wie vor 1933 richtete sich der Anti-Parteien-Diskurs der jungen Bundesrepublik in erster Linie gegen die SPD. Ein Argument tauchte dabei immer wieder auf: Aus der Prämisse, Parteien folgten dogmatischen und hierarchischen Prinzipien, leitete sich der Schluss ab, die SPD als paradigmatische »Partei« sei der Inbegriff des deutschen Autoritarismus. Dieses zentrale Argument entfaltete auch im Inneren der SPD seine Kräfte. So beschrieb ein Hamburger Genosse, der kurz zuvor noch in der DP gewesen war und sich als Vertreter des Mittelstandes präsentierte, seinem Parteivorsitzenden Karl Vittinghoff 1953 in einem Brief, wie es in seinen Kreisen offenbar geläufig war, über die SPD zu sprechen: »Dogman [sic] und Doktrinen bringen uns nicht weiter, und Leuten, die nichts als die Parteilinie, den Fraktionszwang und das sture Durchsetzen der eigenen Ansichten vertreten, mag man keine Staatsleitung anvertrauen, wo es auf ganz andere Fähigkeiten ankommt.«²⁵⁰ Ein altgedienter Hamburger Genosse warf kurz vor dem Wahlkampfbeginn 1953 das Parteibuch hin, weil er den »Kampf gegen alles, was anderer Meinung ist«, nicht mehr ertrug. Seinen Austritt wollte er nicht als Abkehr von der sozialistischen Idee, sondern als »Absage an die Form des heutigen Parteibetriebes überhaupt« verstanden wissen. »Bei allem Respekt: wir haben nicht allein die Suppe der Weisheit gelöffelt – und die anderen sind nicht nur Hohlköpfe und Schwätzer.«²⁵¹ Auch hier lautete der Vorwurf, der »heutige Parteibetrieb« – und damit die SPD – stehe für unflexiblen Dogmatismus.

Christdemokraten nahmen diese Zuschreibungen auf die Hauptgegnerin nicht nur dankbar auf, sondern produzierten und popularisierten sie in den ersten Wahlkämpfen auch beherzt. Die Debatte um den Fraktionszwang bot sich dazu vorzüglich an. So stellte Gustav Heinemann die SPD 1949 auf der erwähnten Wahlkundgebung der CDU in eine Tradition mit dem »Preußentum«, weil sie ihre Abgeordneten zum »Werkzeug der obersten Parteiführung« mache. Den Ber-

²⁴⁸ Vgl. H. MOMMSEN, *Schatten*, 1987, S. 570; F. BÖSCH, *Adenauer-CDU*, 2001, S. 254, 279.

²⁴⁹ Willy Stenvers (Gronau/Westfalen) an Karl Meitmann (Hamburg), 19.11.1949. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 184. Hervorh. C. C. G.

²⁵⁰ Claus G. Rathje (Hamburg) an die SPD-LO Hamburg, 9.9.1953. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 214.

²⁵¹ Alfred Lambert (Hamburg) an die SPD Hamburg, 5.7.1953. Ebd.

liner SPD-Abgeordneten Richard Löwenthal zitierend, der im Parlamentarischen Rat aus seiner Parteifraktion ausgeschlossen worden war, beschwor er die »Diktatur« eines »Parteiapparats«, der von einem »im Dunkel wirkenden Gremium« gelenkt werde, und identifizierte das »Führerprinzip« als Fundament einer jeden Partei als einer »politische[n] Maschine«. Nur das Mehrheitswahlsystem in Einzelwahlkreisen biete davor Schutz, denn es stehe für »Politik aus persönlicher Verantwortung« und »Kontakt nach unten an Stelle des Befehlsempfangs von oben«. Einem parteipolitischen »Kollektiv, in das sich der einzelne voll und ganz einzuordnen hat«, stellte Heinemann die autonome, nur ihrem Gewissen verpflichtete Persönlichkeit des »Volksvertreters« entgegen.²⁵² Auf diese Weise diene die SPD in der politischen Kommunikation der frisch gegründeten Bundesrepublik nicht nur, wie schon in der Weimarer Republik, als Schreckbild konservativ-rechtsliberaler Kritik an der »Vermassung«, die Menschen zu Rädchen im Getriebe degradierte, sondern nachgerade als Erbin der NSDAP und als Chiffre für all das, was Briten und Amerikaner den Deutschen an mutmaßlich kollektivistischem und autoritärem »Geist« aberziehen wollten. Auch die »Fanatismus«-Zuschreibung, die Sozialdemokraten traf, war totalitär aufgeladen und stellte die SPD in einen Zusammenhang mit Nationalsozialismus und Kommunismus.²⁵³

Zum positiven Gegenentwurf zur Partei-Politik avancierte der »gesunde Menschenverstand«, den der oben erwähnte Wilhelm Nürnberger gegen den generalstabsmäßigen Parteivorstand ins Feld führte. Ob explizit oder implizit figurierte er in der politischen Kommunikation der jungen Bundesrepublik als eine Ideologie der ideologischen Ungebundenheit, der Vernunft, der Sachorientierung und der persönlichen Verantwortung.²⁵⁴ Ihre Projektionsfläche war die »freie« Persönlichkeit, der Volksvertreter, der ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit »von Fall zu Fall vor jeder Frage das jeweils Richtige, Gerechte, Gute, Zweckmäßige und Fortschrittliche zu tun entschlossen« sei, so Heinemann auf seiner Kundgebung. Gläubige Sprecher wie er wollten darin unmittelbar das Wirken Gottes erblicken.²⁵⁵

Die CDU nutzte die Ideologie des gesunden Menschenverstandes nicht nur, indem sie den Akzent ihrer Selbstvermarktung vor Ort wie auf nationaler Ebene auf die politischen »Persönlichkeiten« legte, die aller Parteilichkeit Einhalt geböten.²⁵⁶ Vor allem aber präsentierte sie sich als eine Verehrerin der Vernunft

²⁵² Rede von Oberbürgermeister Dr. Heinemann (Essen) auf der Großkundgebung der CDU/CSU am 21. Juli 1949 in Heidelberg. ACDP 07–001-5002.

²⁵³ Vgl. I. STOEHR, *Friedensklärchens Feindinnen*, 2010, S. 16. Zum »Vermassungs«-Diskurs nach 1945 vgl. S. ULLRICH, *Weimar-Komplex*, 2009, S. 101 f., 244–246, 363. Zur Kritik an der NSDAP und den kleinen »Bonzen«, die sich im Regime angestaut hatte, vgl. F. BAJOHR, *Parvenüs und Profiteure*, 2001, S. 179–185; I. KERSHAW, *Alltägliches und Außeralltägliches*, 1981, S. 282, 287.

²⁵⁴ Vgl. A. SCHULZ, *Politische Parallelwelten*, 2018, S. 200.

²⁵⁵ Zum Persönlichkeitsstospos vgl. auch H. MOMMSEN, *Von Weimar nach Bonn*, 1998, S. 753; S. ULLRICH, *Weimar-Komplex*, 2009, S. 253–259, 287 f.

²⁵⁶ 1953 instruierte die CDU-Bundesgeschäftsstelle ihre Verbände, das Vertrauen der Wähler nicht als Partei, sondern dezidiert über die »Persönlichkeiten« zu gewinnen, die die Union repräsentierten.

gegenüber dem ›fanatischen‹ Dogmatismus von Parteivertretern und gab vor, genau darin den westdeutschen Wählern überaus ähnlich zu sein. In Schleswig-Holstein etwa priesen sich CDU-Vertreter in den 1940er Jahren als »vernünftige Menschen«, in expliziter Abgrenzung zu den »Parteifanatikern«. ²⁵⁷ 1949 becircte die CDU Hamburger Wähler mit Komplimenten, die ihren maßvollen Verstand betrafen, um so ganz subtil die Entscheidung für die Marktwirtschaft zu popularisieren: »Hamburger sind nachdenkliche Leute und stellen Vergleiche an«, hieß es in einem CDU-Flugblatt. Deshalb falle es ihnen nicht schwer, die Vorzüge des neuen Warenangebots gegenüber der Plan- und Zwangswirtschaft der Vergangenheit zu erkennen. Und mit dem Hinweis, »Hamburger Deerns mögen nun mal gern intelligente Männer, die auch im öffentlichen Leben ihren Mann stehen«, wollte sie verzagte Wähler dazu antreiben, am Wahltag der CDU ihre Stimme zu geben. ²⁵⁸ Kulturpolitische und förderale Kampft Themen wie die Schulfrage, die offene Flanken boten, um das Bild der Union als Sammlung ideologiefreier Vernunftbegabter zu gefährden, sollten in Bundestagswahlkämpfen »aus dem Spiel« gehalten werden, um der »Ideologiefeindlichkeit des nicht ausgesprochen kirchlich gebundenen Teiles der Bevölkerung« zu entsprechen. ²⁵⁹

Wie erfolgreich die Union dabei war, den Ruch der Parteilichkeit abzustreifen, machte der Hamburger Wahlbürger Werner Riedel 1953 in einem Brief deutlich. Als Drehbuchautor für Kulturfilme traute er sich zu, der SPD einige Werbetipps zu geben: »Lassen Sie alle Parteifloskeln weg. Bedenken Sie, dass die Menschen Angst haben, eine *Partei* zu wählen. Die CSU [sic] ist für die meisten Menschen keine Partei. Das hat die andere Seite schon lange erkannt und ausserordentlich geschickt ausgenutzt. [...] Sprechen Sie eine Sprache, die modern und klar ist und die: – einfach und vereinfachend ist. [...] vergessen Sie einmal alle Parteidoktrin.« Nach Riedels Dafürhalten sollte öffentlich gar nicht mehr von der Sozialdemokratischen Partei, sondern nur noch von der »Sozialdemokratie« die Rede sein. ²⁶⁰ Die Hamburger Funktionäre waren recht angetan von dem Schreiben Riedels; ganz begriffen hatten sie sein Anliegen aber nicht: Nicht-Genossen gegenüber grundsätzlich misstrauisch, hatten sie sofort Erkundigungen einholen lassen, ob es sich bei Riedel um ein Parteimitglied handelte, was offensichtlich nicht der Fall war. ²⁶¹

CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Organisation: Merkblatt für die Geschäftsführer der Christlich-Demokratischen Union zur Vorbereitung und Auswertung von Wahlen, o. D. [1953], Bl. 7 f. ACDP 07–001-5009.

²⁵⁷ Vgl. A. BORUP, Demokratisierungsprozesse, 2010, S. 105–108, Zitate S. 105.

²⁵⁸ Soweit kommt's noch [Flugblatt der Hamburger CDU 1949]. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 111.

²⁵⁹ CDU-Bundesgeschäftsstelle: Die Bundestagswahlen vom 6. Sept. 1953, o. D., Bl. 6 f. ACDP 07–001-5010.

²⁶⁰ Werner Riedel (Hamburg) an die SPD Hamburg, Pressehaus, 8.10.1953. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 214. Hervorh. i. Orig.

²⁶¹ Paul Kändler an Karl Vittinghoff, 8.10.1953. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 214; Karl Vittinghoff an Werner Riedel, 27.10.1953. Ebd.

Zum Selbstverständnis von Sozialdemokraten gehörte es nach wie vor, aus »innerer Notwendigkeit heraus [...] seit Jahrzehnten der höchsten Idee der Menschheit [zu dienen], die nur durch unsere Sozialdemokratische Partei verwirklicht werden kann«, wie ein Genossenehepaar 1949 stolz seinen Hamburger Funktionären kundtat.²⁶² Ein solches Selbstverständnis erschwerte es vermutlich, das Problem vieler Deutscher mit der Form der »Partei« nachzuvollziehen und die ihm zugrundeliegenden emanzipativen Motive nicht mit »unpolitischen« Haltungen und fehlender »Überzeugung« gleichzusetzen. Die Vielzahl »unabhängiger« lokaler Wahlkandidaten und Vereinigungen, die in der Nachkriegszeit und den ersten Jahren der Bundesrepublik auf den Plan traten, zeugten ja davon, dass aus parteipolitischer Unabhängigkeit mitnichten politische Apathie folgen musste. In einer entsprechenden Sendung des »Politischen Forums« zum Thema »Was heißt »unabhängig« in der Politik?« war es jedoch der SPD-Vertreter, der sich die sogenannten Unabhängigen vorknöpfte: Sie sollten sich doch einmal überlegen, auf welcher »Überzeugung« ihre Unabhängigkeit fußte.²⁶³

Was den Sozialdemokraten »Überzeugung« war, sprach nach Meinung vieler Deutscher dem »gesunden Menschenverstand« Hohn, und das Klima demokratischer Erziehung in der jungen Bundesrepublik motivierte sie dabei, sich gerade nicht zu einer festen politischen Überzeugung durchzuringen. In einem Informationsheft zur Bundestagswahl 1957 klärte Hannah Vogt von der Hessischen Landeszentrale für Heimatdienst auf, wie man sich eine politische Meinung bilde, und lieferte dabei auch einen »Knigge für den Umgang mit Parteien«. Ohne Parteien gehe es nun einmal nicht, doch müsse man als Wähler keineswegs zu hundert Prozent mit dem Programm einer Partei übereinstimmen. Sechzig Prozent würden genügen, und dafür stand die Verfasserin quasi in Person. Aus bürgerlichem Hause und während des Studiums in die KPD eingetreten, hatte sie 1933 im KZ gesessen, trat in den 1930er Jahren wieder in die evangelische Kirche ein, meldete sich 1939 freiwillig als Mitarbeiterin für die »Einwandererzentrale« des Reichssicherheitshauptamtes im besetzten Polen und war dort Teil des rassistischen Säuberungsapparates. Anschließend durfte sie das Studium der Volkswirtschaft wieder aufnehmen, fand nach Kriegsende in Göttingen ihren Weg in die FDP, trat wegen rechtsgerichteter Tendenzen der Partei in den 1950er Jahren wieder aus, kam 1954 zur politischen Bildung, engagierte sich für die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Göttingen und sollte 1962 schließlich SPD-Mitglied werden. Damit deckte sie im Grunde das weltanschauliche Spektrum des deutschen 20. Jahrhunderts in Theorie und Praxis ab.²⁶⁴ Dass sechzig Prozent ausreichten, wusste sie selber nur zu gut.

²⁶² Etta u. Richard Volquarts (Hamburg) an die SPD-Landesorganisation Hamburg, 22.2.1949. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 184.

²⁶³ Sendung »Politisches Forum« im NWDR zum Thema »Was heißt »unabhängig« in der Politik?«, gesendet am 22.2.1950 [Sendungsprotokoll], Bl. 4. StAHH, 621-1/144, AE 1202.

²⁶⁴ H. VOGT, Wer die Wahl hat, 1957, S. 68; vgl. H. HESSE, Das frühe KZ Moringen, 2003, S. 124–128.

In der Tat stand die Person Hannah Vogts für die wechselhaften politischen Biographien vieler Deutscher in einem Jahrhundert der Systemumbrüche und der ideologischen Reizüberflutung. Fluchtpunkt ihrer Verarbeitung nach 1945 war es, keiner politischen Richtung mehr eindeutig zuzuneigen. Diese Lehre traf sich mit der ventilierten Norm der ›westlichen‹ Demokratien, die den ›Wechselwähler‹ nobilitierte. Insofern fand das westdeutsche Wahlvolk sowohl in den eigenen biographischen Erfahrungen als auch in der massenmedial vermittelten Demokratieerziehung Anreize, sich in seiner Selbstbeschreibung von den festen Ideologien, den »Dogmen« und »Doktrinen« zu verabschieden. Allerdings waren ihre politischen Selbstverortungen weit davon entfernt, tatsächlich ideologiefrei zu sein. Vielmehr bewegten sie sich durchaus in einem System geteilter Ideen und Wertvorstellungen, dessen primäres Ziel es war, die Emanzipation von politischen Autoritäten und namentlich von politischen Parteien zu begründen. Daneben bedienten sie sich weiterhin älterer ideologischer Fragmente, die in aller Regel auf unterschwelligem Nationalismus hindeuten.

Zum System geteilter Ideen und Wertevorstellungen des westdeutschen Wählers gehörte die kritische »Nüchternheit«, die Hannah Vogt in ihrem Informationsheft empfahl. Hinzugesellen sollte sich der »Mut«, Fragen zu stellen. Fundamental aber war die Annahme, Parteien stünden für Ideologie und Dogmatismus, weshalb der »gesunde Menschenverstand« nachgerade als Schutz vor Parteien und ihrer Propaganda erschien. Wahlplakate und Wahlversammlungen, so war im Informationsheft für Wähler zu lesen, seien nur bedingt dazu geeignet, sich eine politische Meinung zu bilden, denn die Schlagworte der Parteien seien »vielfach auf die Denkfaulen und Urteilschwachen abgestellt. Auf diese Weise schafft man sich kein Urteil, sondern allenfalls ein paar Vorurteile an.« Lediglich die Zeitungslektüre könne eine »gründliche« Information und damit eine politische Meinungsbildung im Geiste der kritischen Nüchternheit garantieren.²⁶⁵ Die von den alliierten Militärregierungen angestoßene Erziehung zur Kritik, die zu jener Zeit auch in den westdeutschen Schulen implementiert wurde²⁶⁶ – sie war 1957 nicht nur in der politischen Bildung anzutreffen, sondern imprägnierte schon längst die politische Kommunikation in der Bundesrepublik. Namentlich ermöglichte der ›kritische‹ Geist den westdeutschen Wahlbürgern, sich mit Verweis auf den eigenen Verstand von den Parteien und ihren Vertretern abzugrenzen und damit ältere antiparlamentarische Ressentiments weiterzupflegen.

Auch wenn die CDU die Ideologie des »gesunden Menschenverstandes« in ihrer politischen Kommunikation bediente, wurde auch sie bisweilen Zielscheibe des kritisch und biographisch reflektierenden Wählers. Das Beispiel des greisen Carl Quitzau aus Hamburg illustriert das und zeigt auf, dass die vermeint-

²⁶⁵ H. VOGT, *Wer die Wahl hat*, 1957, S. 12 f.

²⁶⁶ Vgl., auch zu den Ambivalenzen dieses Diskurses, S. LEVSEN, *Autorität und Demokratie*, 2016, S. 39 f., 47–50, 64–68, 83 f. sowie insb. S. 206–232.

liche Entideologisierung der Westdeutschen alles andere als ideologiefrei war. Vielmehr setzte sich das bereits in den 1930er Jahren erkennbare Muster fort, die eigene ideologische Wendigkeit mit der unbedingten Zuordnung zum nationalen Ganzen zu kompensieren.²⁶⁷ So erklärte sich Quitzau im Wahlkampf 1969 gegenüber seinem CDU-Direktkandidaten Heinrich Gewandt:

Mit Ihrer Partei, sowohl als mit allen anderen, verbindet mich als ›freier Deutscher‹ nichts. Bereits seit dem Verrat am deutschen Heer, als auch am Deutschen Volk 1918, war ich gegenüber den sich damals etablierenden Parteien skeptisch, wie auch gegenüber dem Kneifen der bis dahin herrschenden Monarchen. Von uns hatten sie verlangt für das Vaterland das Leben einzusetzen, den Eid zu halten, aber sie brachen ihn. Als Mann, dem die Liebe zu seinem Volk und Vaterland über alles ging, beteiligte ich mich bis zur Reichstagswahl 1924 an den Wahlen. Bis dahin hatte ich sondiert, nun aber war mein Bedarf gedeckt weil ich festgestellt hatte wie schmächtig der größte Teil der Abgeordneten und mit Ihnen der größte Teil des Volkes hintergangen und getäuscht wurden. Es führte dies und mußte es auch zur ›Machtergreifung‹ von 1933 führen. Mittels sogenannter ›nationaler‹ Parteien unter Befürwortung des hohen römischen Klerus mit Herrn v. Pacelli an der Spitze erhielt das Deutsche Reich ›einen Führer‹ in Gestalt des ehem. Gefreiten in der Königlich Bayrischen Armee, Herrn Adolf Hitler.²⁶⁸

Infolge des »zweimaligen Schächtens des Deutschen Volkes« erfordere es die Lehre aus der Geschichte, die von den »supranationalen Mächten gelenkten Parteien, jeder Farbe und jedes Namens, zu meiden«. Es sei auch für die heutige Jugend notwendig, sich »geistig zu befreien und sich nicht prostituieren zu lassen«. Quitzau präsentierte sich hier als enttäuschter Nationalist mit einem tiefverwurzelten antisemitischen Ressentiment.²⁶⁹ Nach einem Leben im 20. Jahrhundert fühlte er sich als Monarchist von der Monarchie und als Nationalkonservativer von den nationalkonservativen Parteien verraten, Hitler schien er ebenso distanziert gegenüberzustehen wie der katholischen Kirche. Was ihm blieb, war »die Liebe zu seinem Volk« und die Warnung vor den ausländischen ›Weltmächten‹. Ideologisiert war er allemal, doch eine politische oder moralische *Autorität* schien er nicht mehr zu kennen – und keine Partei, die seinem Selbstverständnis als »freier Deutscher« entsprochen hätte.

Die Maßlosigkeit der Parteien. Probleme mit der Macht in Italien

In Italien war die Kritik an der *partitocrazia* so alt wie die Republik selbst. Der pejorative Begriff kursierte schon 1946 im rechten *Il Tempo*. In den Jahren da-

²⁶⁷ Vgl. J. STEUWER, »Ein Drittes Reich«, 2017, S. 62–68.

²⁶⁸ Auch zu den folgenden Zitaten: Carl Quitzau (Hamburg) an Heinrich Gewandt, 28.9.1969. ACDP 02–155-018/1.

²⁶⁹ Dass er das jüdische Ritual des Schächtens anführte, verweist auf seinen Antisemitismus und auf das Fortleben moralischer Vorstellungen und Semantiken des Nationalsozialismus, vgl. R. GROSS, Anständig geliebt, 2010, S. 41 f.; N. FREI, Vergangenheitspolitik, 2012, S. 399.

rauf wurde die große unabhängige Turiner Tageszeitung *La Stampa* zu einem Forum der *partitocrazia*-Kritik.²⁷⁰ Gemeint war damit ein »Parteienregime«, das im Gegensatz zum verklärten Parlamentarismus der liberalen Ära *nicht* auf der persönlichen Verantwortlichkeit der Abgeordneten beruhte und auch in der parlamentarischen Praxis Defizite aufwies.²⁷¹ Wortführer dieser Parlamentarismuskritik war, neben liberalen Journalisten, der Linkskatholik Don Luigi Sturzo, einst Gründer des PPI. Häufig fungierte Frankreich als positives Vorbild, überdies zeigten sich die Kritiker der italienischen Verhältnisse offen für die zeitgenössischen Erkenntnisse und Theoreme der Politischen Soziologie, die sie für erzieherische Artikel heranzogen.

Anders als die westdeutschen Wortmeldungen beschwor der *partitocrazia*-Diskurs die Würde und Reinheit des Parlaments als Institution. Das wird am deutlichsten mit Blick auf die Neofaschisten, die angesichts der politischen Entwicklungen in der jungen Republik nicht anders konnten, als zu Verteidigern einer Institution zu werden, die sie eo ipso ablehnten. Im Kontext der Wahlreform De Gasperis 1953, die mit ihrer Mehrheitsprämie auch die neofaschistische Repräsentation im Parlament zu verzerren drohte, klagte der Generalsekretär des MSI Augusto De Marsanich auf einer Kundgebungsrede in Bari darüber, dass das neue Wahlgesetz »die Funktion des Parlaments behindert und damit die höchste Institution der Demokratie in die Krise getrieben hat, denn das Parlament ist die höchste Institution der Demokratie«.²⁷² Zu einer Minderheitenposition im Parlament verdammt, sprachen sich die Neofaschisten in der italienischen Republik für den Parlamentarismus und gegen eine starke Regierung aus. Und wenn MSI-Rednerin Lina Passalacqua 1958 auf einer Wahlkundgebung im sizilianischen Trapani ausrief, »seit zwölf Jahren wird das Parlament von Mördern und Dieben repräsentiert«, dann handelte sie sich damit zwar eine Anzeige ein, stellte jedoch die Würde des Parlaments nicht in Frage, sondern die Vertreter, die in ihm saßen.²⁷³ Das unterschied das neofaschistische Milieu Italiens von »nationalen« Wählern in der Bundesrepublik, die Parlamentariern gleich welcher Couleur die politische Legitimität absprachen, weil es eben »Parlament-Arier« waren.

Was Lina Passalacqua im Namen des MSI aussprach, spiegelte durchaus den Kern des *partitocrazia*-Diskurses in der jungen italienischen Republik: Nicht das Parlament, sondern das Personal, das die Parteiendemokratie ins Parlament

²⁷⁰ Vgl. A. M. IMBRIANI, *Vento del Sud*, 1996, S. 117. Zu jener Zeit richtete sich *La Stampa*, das unter der Kontrolle der FIAT-Gruppe stand und das einzige Blatt der sogenannten unabhängigen Presse war, das tatsächlich als solches gelten kann, auch an Arbeiter und verstand sich als offen antifaschistisch und antikommunistisch, aber nicht regierungstreu. Vielmehr kritisierte das Blatt Regierung und Parlament sehr offen und verstand sich dabei als ein demokratischer Erzieher.

²⁷¹ *Pareva d'essere tornati ai tempi dell'on. Giolitti*, in: LA STAMPA, 22.5.1947; *Democrazia in azione*, in: LA STAMPA, 16.4.1948.

²⁷² *Comizio tenuto da Augusto De Marsanich in Piazza Prefettura*, 22.5.1953. *Resoconto stenografico*, Bl. 2, 4. ACS, MI-GAB, 1953–56, b. 488, fasc. 7610, Zitat Bl. 2.

²⁷³ *Prefetto di Trapani an das MI*, 19.5.1958, Bl. 3. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2.

spülte, stand im Zentrum der Kritik. Ein funktionalistischer Vorwurf in diesem Zusammenhang lautete, dass der Parteienbetrieb die Effizienz des Parlaments unterminiere. Im Jahr 1952 sprach *La Stampa* von der »Unfähigkeit der auf Parteien gründenden parlamentarischen Institutionen, in ›gesunder‹ und technisch effizienter Weise zu funktionieren« und reformulierte damit einen Grundzweifel an der politischen Effizienz von Parteien, der schon im Umfeld des Uomo qualunque anzutreffen gewesen war.²⁷⁴ In den 1950er Jahren nährte er sich aus diversen Makeln der parlamentarischen Praxis: zu langer Reden, zu leerer Plenarsäle, zu grober Umgangsformen im Plenum, darunter auch Beschimpfungen und Handgreiflichkeiten.²⁷⁵

Hinter solchen Beobachtungen stand eine schon sehr früh ausgeprägte Unzufriedenheit mit der Elitenauslese der jungen Republik. Luigi Sturzo kritisierte, Parlament und Senat seien von Bürokraten bevölkert, die in Personalunion als Funktionäre und Abgeordnete doppeltes Gehalt erhielten und auch deshalb häufig den Plenarsälen fernblieben. Er vermisse die alten lokalen Notabeln, die *gentiluomini*, die sich voll und ganz dem politischen Amt verschrieben hätten, und sah das Parlament usurpiert von »Parvenüs der Politik«, die eher staatliche Behörden, Verwaltungs- und Aufsichtsräte repräsentierten als die Nation. Damit verurteilte er auch die personelle Nähe der Abgeordneten zu den Führungsriegen der Unternehmen und der Gewerkschaften gleichermaßen. Statt des Bürgers (*cittadino*) treibe das neue demokratische System lediglich Parteimenschen oder Bürokraten in die verantwortlichen staatlichen und politischen Organe hinein. »Das Funktionärstum [*funzionarismo*] hat den freien Bürger unterdrückt; das politische Karrieristentum hat den freien Bürger ausgestochen; die Gewerkschaften haben den freien Bürger eliminiert. [...] In diesem Durcheinander wird der *gentiluomo* vom Land, der unintrigante Freiberufler, der ehrliche Handwerker, der alte getreue und vergessene Beamte nie wieder zu finden sein.« Hierin wurde deutlich, welche moralische Zweifelhaftigkeit den »Parvenüs« der Parteiendemokratie anhaftete: Ehrlich, aufrichtig, unintrigant, treu und selbstlos schienen sie nicht zu sein; vielmehr schienen sie ihre Macht zu missbrauchen und sich an den politischen Institutionen zu bereichern. Während der alte ideale Bürger liberaler Prägung, der *gentiluomo*, in Sturzos Sicht ein politisches Amt um des Amtes willen übernommen hatte, spontan, uneigennützig und ohne besondere Kompensationen oder Leistungen für sich oder für seine Angehörigen zu fordern, seien nun die »Parasiten und Ausbeuter des Staates und der staatlichen Behörden« eingefallen, emporgekommen dank der Parteiendemokratie.²⁷⁶

²⁷⁴ La scienza dei partiti, in: LA STAMPA, 15.4.1952. Vgl. A. M. IMBRIANI, Vento del Sud, 1996, S. 57, 59, 117, 128 f.

²⁷⁵ Luigi Sturzo: I partiti e il Parlamento, in: LA STAMPA, 26.10.1950; Filippo Sacchi: Uno sguardo indiscreto mentre parlano i deputati, in: LA STAMPA, 19.12.1954; auch zum Folgenden: Aule deserte, in: LA STAMPA, 29.12.1954.

²⁷⁶ Luigi Sturzo: »Il cittadino«, in: LA STAMPA, 15.12.1951; letztes Zitat: Luigi Sturzo: I partiti e il Parlamento, in: LA STAMPA, 26.10.1950.

So stand die Kritik an der *partitocrazia* für ein Vertrauensproblem gegenüber dem politischen Personal. Sturzo selbst hielt große Stücke auf den Parlamentarismus und war selbst Parlamentarier, doch er geißelte in *La Stampa* mit einer geradezu militanten Vehemenz die Immunität der Abgeordneten. Sein Argument lautete, dass deren Besserstellung vor Recht und Gesetz dem demokratischen Gleichheitsprinzip widerspreche und die Abgeordneten nur zu Fehlverhalten ermutige.²⁷⁷ Dieser Grundzweifel an der Integrität der Person war mitverantwortlich für die Achterbahnkarrieren so vieler italienischer Politiker. Ihrem raschen Aufstieg innerhalb einer Partei folgte häufig ein tiefer Fall, wenn einstige Anhänger ihnen mangelnde Integrität oder Personalismus vorwarfen. Das galt ironischerweise auch für Guglielmo Giannini, Aushängeschild der Anti-Parteien-Bewegung *Fronte dell'Uomo qualunque*.²⁷⁸ Als solcher vollkommen demontiert, kandidierte er in den 1950er Jahren um ein Abgeordnetenmandat für die DC, allerdings ohne Erfolg.

Der moralische Vorbehalt gegenüber der Parteiendemokratie und ihrem Personal basierte letztlich auf dem Vorwurf der *Maßlosigkeit*, zumal kein Parteiengesetz ihrem Machtdrang Einhalt gebot. Wie in Deutschland nahmen die Kritiker Anstoß am Fraktionszwang, der als Maßlosigkeit der Partei gegenüber dem Individuum galt. Luigi Sturzo sah darin eine Vergewaltigung der »persönlichen Freiheit« des Abgeordneten und ein Verrat am Repräsentationsideal der parlamentarischen Demokratie, wonach der Abgeordnete nur der Nation verpflichtet sei. Der Parlamentarier repräsentiere, so Sturzo 1950, laut Verfassung »weder die Wähler des Wahlkreises, noch die Fraktion, noch die Partei [...]: die Verbindung besteht lediglich zwischen dem Abgeordneten und der Nation, die er vertritt.«²⁷⁹ Damit wandte er sich auch gegen die lokale Klientelpolitik der Abgeordneten.

Der Maßlosigkeitsverdacht trat prominent im Topos der *faziosità* (»Parteilichkeit«) zutage, der in Italien mehr bedeutete als »Nicht-Neutralität«. Wie in den urbanen Raumkämpfen Bolognas transportierte er auch den Verdacht der ungebremsten Usurpation von Ressourcen, die eigentlich der Allgemeinheit gehörten. »Parteilichkeit« meinte im Grunde das Verfügbarmachen von Gemeingut durch eine Partei. In diesem Sinne diente der Topos schon in den 1950er Jahren einer Art Fundamentalkritik an der Parteiendemokratie. Ein Römer forderte im Wahlkampf 1958 *La Stampa* auf, eine »freie Bühne« zu sein, die alle »Maßlosigkeiten der Parteien« und »Parteilichkeiten [*faziosità*] der Regierung« ausdrücklich dokumentieren und »stigmatisieren« sollte.²⁸⁰ Eine parlamentarische Demokratie, die der Allgemeinheit verpflichtet war, konnte er sich schlechterdings nicht vorstellen. Der Anspruch, diese Allgemeinheit zu vertreten, zeich-

²⁷⁷ Luigi STURZO: »Il cittadino«, in: LA STAMPA, 15.12.1951.

²⁷⁸ Vgl. A. M. IMBRIANI, *Vento del Sud*, 1996, S. 174–178, 192.

²⁷⁹ Luigi STURZO: *I partiti e il Parlamento*, in: LA STAMPA, 26.10.1950.

²⁸⁰ *Specchio dei tempi*, in: LA STAMPA, 29.3.1958.

nete solche Vertreter der *maggioranza silenziosa* aus. Ihr antifaschistischer Flügel fand in den 1950er Jahren in *La Stampa* ein Forum, um sich in Skepsis und Kritik an der *partitocrazia* zu üben. Die Mehrheit der »schweigenden Mehrheit« wiederum schaltete sich jedoch nicht in die politische Kommunikation der Parteiendemokratie ein und blieb als Teil des Wahlvolks schweigsam – bis sich in den 1970er Jahren einige fundamentale Dinge änderten.²⁸¹

Kontraste und Fraktionen. Das Verhältnis zum Pluralismus

Parteienpluralismus und Parlamentsfraktionen beruhen auf dem Grundsatz, dass sich das Wahlvolk durch Kontraste und Konflikte auszeichnet, die im Hohen Haus repräsentiert werden sollen. Genau hierin widersprach das Selbstbild westdeutscher Wähler aber den Prinzipien der westlichen Demokratie am deutlichsten: Politischer Pluralismus, Uneinigkeit und der daraus erwachsende Streit galt Vielen als die größte Belastung, die die Demokratie mit sich brachte – und das scheint ein Problem gewesen zu sein, das sich auf den Umgang mit der Parteiendemokratie kaprizierte, denn auf dem Feld der Erziehung etwa war die Konfliktscheu in den 1950er Jahren verschwunden.²⁸² Auch nicht sportiv, als spannender Wettkampf, ließen sich Pluralismus und Konflikthaftigkeit positiv in das Demokratieverständnis der westdeutschen Öffentlichkeit integrieren. Während es im Italien der 1940er und 1950er Jahre verbreitet war, Wetten auf den Wahlausgang abzuschließen, sehnten deutsche Lokalredakteure nach Wochen des Wahlkampfes den Tag der Erlösung herbei: »Nun kehren wir alle zurück aus der Welt der Illusionen und Versprechungen in die raue Wirklichkeit. [...] Es war höchste Zeit, daß der Wahltag herangerückt ist.«²⁸³

Dem Wahltag huldigte die Presse in der jungen Bundesrepublik als Ehrentag des Staatsbürgers, der endlich selbst sprechen durfte, nachdem er sich nicht nur die vermeintlich leeren Versprechungen der Parteien hatte anhören, sondern vor allem ihren Streit hatte ertragen müssen.²⁸⁴ Allenthalben beobachtete die Lokalredakteure verwirrende »Behauptungen, Gegenbehauptungen, Anschuldigungen und Verdächtigungen, ohne daß es dem Uneingeweihten möglich wäre, klar zu erkennen, wer der Schuldige oder Unschuldige in diesem turbulenten Wahlkampf eigentlich ist.«²⁸⁵ Wer im politischen Konflikt nur unheilsamen Streit erblickte, fand es nicht verwunderlich, dass sich angesichts der »Entgleisungen« und des niedrigen Niveaus viele vom Wahlkampf »angeekelt abwenden«.²⁸⁶ Die Annahme, dass Parteipolitiker als Sprachrohre existierender

²⁸¹ Zur Schweigsamkeit vgl. auch F. M. BISCIONE, Sommerso, 2003, S. 50 f., 54 f.

²⁸² Vgl. umfassend S. LEVSEN, *Autorität und Demokratie*, 2016. Zur politischen Konfliktscheu vgl. T. MERGEL, *Propaganda*, 2010, insb. S. 105 f.

²⁸³ Die Schlacht ist geschlagen, in: *SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG*, 16.9.1957.

²⁸⁴ Vgl. ausführlich C. C. GATZKA, *Auftritt*, 2013.

²⁸⁵ Der Wähler hat nun das letzte Wort im Meinungsstreit der Parteien, in: *SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG*, 14.9.1957.

²⁸⁶ Ist Wahlrecht wirklich Wahlpflicht?, in: *DIE ZEIT*, 4.8.1949.

Konfliktlinien innerhalb der Gesellschaft fungierten und deshalb die Auseinandersetzung suchen *mussten*, vertrat in der westdeutschen Lokalpresse kaum eine Stimme. »Wo gehobelt wird, fliegen Späne.« – Ausnahmen wie dieser lakonische Kommentar eines Ulmer Pressebeobachters zum Ton des Wahlkampfs von 1957 bestätigten die Regel, wonach die politische Eintracht als das Ideal der westdeutschen Demokratie galt.²⁸⁷ Was Ralf Dahrendorf 1965 zum Kern des deutschen Problems mit der liberalen Demokratie erhob – die Aversion gegen den Konflikt – spiegelte sich in der öffentlichen Wahlkampfbeobachtung, jedoch bei weitem nicht immer in den Briefen von Wählern, denen die Sprache der Politiker bisweilen nicht brachial genug war.²⁸⁸

In der Lokalpresse dominierte eine Sichtweise, derzufolge Parteien und Parteivertreter Spalter der Nation waren und die Würde des großen Ganzen verletzten. Daher auch schien sich der westdeutsche Souverän im Wahlkampf regelrecht in seiner Ehre gekränkt zu fühlen, wenn »Männer, die den Anspruch erheben, das Volk Goethes und Beethovens zu repräsentieren, sich [...] so weit vergessen, daß sie sich wie Gevatter Handschuhmacher oder wie Kneipengäste aus der Vorstadt bekeifen und begeifern«.²⁸⁹ Auch der erwähnte Wähler aus Gronau, der von Parteien rein gar nichts hielt, begründete seine Ablehnung im Grunde moralisch: Sie würden »alle gegeneinander« schreien und das sei »Schund«.²⁹⁰ 1961 schrieb eine Wählerin an das *Hamburger Abendblatt*, es zieme sich im Wahlkampf nicht, »seinen Nächsten schlechtzumachen«, und verlangte von den »Herren Parteigenossen«, sich zu »mäßigen«.²⁹¹ Selbst SPD-Mitglieder, die das Handtuch warfen, legten dem sozialdemokratischen »Parteietrieb« zur Last, das Land zu »spalten« und es damit zur Manövriermasse des Auslands zu machen. Tatsächlich war der Ruf nach innerer Eintracht in der westdeutschen Öffentlichkeit besonders laut, wenn das Problem der nationalen Souveränität tangiert war oder die Bedrohung aus dem Osten besonders stark schien. Dass den Deutschen der Reflex nicht abzuerziehen war, nach innen zusammenzustehen, wenn sie sich von außen bedroht fühlten, zeigte sich noch einmal deutlich im Wahlkampf 1961, der vom Beginn des Mauerbaus überschattet war: »Mäßigung« lautete hier das Schlagwort in der Leserbriefspalte des *Hamburger Abendblatts*, und das bezog sich auf den Wahlkampf, nicht auf die außenpolitische Konfrontation.²⁹²

Neben einer moralischen Argumentation, die an der Würde der Nation als letztgültigem Wert orientiert war, brachte der westdeutsche Diskurs im Umgang

²⁸⁷ Vor der letzten Runde im Wahlkampf, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 4.9.1957.

²⁸⁸ R. DAHRENDORF, Gesellschaft und Demokratie, 1965, insb. S. 12, 223, 456. Vgl. T. MERGEL, Propaganda, 2010, S. 106 f.

²⁸⁹ Nicht jeder Wähler..., in: MAIN-ECHO, 5.9.1953.

²⁹⁰ Stenvers an Karl Meitmann, 19.11.1949. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 184.

²⁹¹ Die Meinung der Leser: Mäßigung!, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 8.9.1961.

²⁹² Alfred Lambert (Hamburg) an die SPD Hamburg, 5.7.1953. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 214; Mahnung, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 28.8.1953; Die Meinung der Leser: Unsere selbstverständliche Pflicht, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 14.9.1961.

mit Parteienpluralismus aber früh auch eine vermeintlich rationale Argumentation hervor, die sich in den Deutungsbahnen des ›gesunden Menschenverstandes‹ bewegte. Einmal mehr sind Gustav Heinemanns Darlegungen auf der Heidelberger Eröffnungskundgebung der CDU zum ersten Bundestagswahlkampf 1949 dafür exemplarisch. Dort führte er aus, zur Zeit der Monarchie, als die Regierung festgestanden habe, »konnte es genügen, in einer Wahl die ganze Vielfalt der Interessen und Meinungen zum Ausdruck zu bringen und dieser Regierung gegenüber darzustellen. Diese Situation ist nicht mehr die unsere. Wir leben in einer Demokratie, d.h. wir haben die Regierung selbst zu bilden.«²⁹³ Weil die Macht vom Volke ausging und der Monarch nicht mehr die Einheit der Nation symbolisierte, sollte die Wahl eben *mehr* sein als Ausdruck der Meinungsvielfalt: Sie sollte auch die Einheit sichern. Die Demokratie erforderte nach dieser Logik geradezu, dem Pluralismus der Meinungen weniger Raum zu geben, weil keine dauerhafte Regierungsinstitution über den Konflikten schwebte.

Ging es nach CDU und FDP, war dieses Ziel am besten durch Wahlbündnisse zu erreichen, die sie 1949 vielfach eingingen. In Hamburg bewarben sie ihren »Bürgerblock« mit dem Hinweis auf die zahlreichen Zustimmungsschreiben aus der Bevölkerung und versuchten darzulegen, was das Zukunftsweisende, das Rationale an der Überwindung des politischen Pluralismus sei. Das Wahlbündnis entspreche der »politischen Einsicht und dem Wirklichkeitssinn der Hamburger Wähler«, die der sozialistischen »Parteiwirtschaft« überdrüssig seien. Während die SPD ihrerseits in den Wahlabkommen fehlenden »Mut zur Klarheit« erkannte und abschätzig prophezeite, der »unpolitische Teil« der Wähler werde Applaus spenden, brüsteten sich die Bündnispartner: »Weder das besorgte Getue der SPD über die gefährdeten Besonderheiten von CDU oder FDP noch das Gezänk der zersetzenden Splittergruppen wird die überlegene Zugkraft dieser besonderen Ausgleichspolitik gegen den nutzlosen Parteienstreit aufhalten.«²⁹⁴ Diese »Ausgleichspolitik«, die der »praktischen Politik« verpflichtet sei – so ein FDP-Vertreter in einer Sendung des NWDR – sollte im Gewande der sachorientierten Expertenpolitik in der Bundesrepublik tatsächlich Karriere machen, vor allem in den 1960er Jahren.²⁹⁵ Zunächst aber galt sie Konservativen und Liberalen als Schlagwort zur Popularisierung und ›Rationalisierung‹ einer antipluralistischen Haltung in der parlamentarischen Demokratie.²⁹⁶ Wenn-

²⁹³ Rede von Oberbürgermeister Dr. Heinemann (Essen) auf der Großkundgebung der CDU/CSU am 21.7.1949 in Heidelberg, Bl. 1. ACDP 07–001-5002.

²⁹⁴ Keinen Mut zur Klarheit, in: HAMBURGER ECHO, 20.8.1953; Es soll noch besser werden! [Wahlbroschüre der CDU und FDP Hamburg 1949], Kopie in: AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 111. Vgl. A. BORUP, Demokratisierungsprozesse, 2010, S. 192.

²⁹⁵ Vgl. G. METZLER, Versachlichung, 2004.

²⁹⁶ Sendung »Politisches Forum« im NWDR zum Thema »Politischer Radikalismus gut oder böse?« [Sendungsprotokoll, o. D., ca. Ende 1945], Bl. 3. StAHH, 621–I/144, AE 1202. Zum verbreiteten Antipluralismus, gepaart mit organischen Gesellschaftsvorstellungen, in konservativen und rechtsliberalen Kreisen der Nachkriegszeit vgl. S. ULLRICH, Weimar-Komplex, 2009, S. 190 f., 237, Fn. 274, 241, 245, 334 f., 382.

gleich die SPD in den 1950er Jahren die Stimme war, die politische Abgrenzbarkeit hochhielt, passten sich ihre Vertreter vor Ort doch der Sehnsucht nach Ausgleich an, wenn sie das »Niveau« der Auseinandersetzungen heben wollten. Fritz Erler erntete 1957 den Applaus der Ulmer Öffentlichkeit, wenn er auf einer Wahlveranstaltung 1957 betont hatte, »daß alle trotz Unterschiedlichkeit der politischen Meinung Angehörige eines Volkes und deshalb niemals Feinde seien.«²⁹⁷

Den innergesellschaftlichen Konflikt und den daraus erwachsenden Streit anzuerkennen, war das Problem italienischer politischer Kommunikation nicht, und das ist umso bemerkenswerter, als der Bürgerkrieg ja eine frische Erfahrung darstellte. Zwar existierte freilich die Vorstellung eines nationalen Ganzen, das über den Verschiedenheiten schwebte. Der Präfekt in Foggia lieferte in seinem Bericht vom Wahlkampf 1958 eine der wenigen Wortmeldungen in diesem Zusammenhang. Er lobte Adone Zoli (DC), einen der Kurzzeit-Ministerpräsidenten der Republik, der jedoch sehr populär war, für den positiven Eindruck, den er bei seiner Kundgebung in der Bevölkerung hinterlassen habe: »In der demokratischen und aufrichtigen Abhandlung, im geistreichen und berührenden Wort des Präsidenten war die Figur des wahren Demokraten zu erkennen, von einem objektiven Geist, der sich über dem Wettkampf der Parteien erhebt.«²⁹⁸ Die Neofaschisten waren die Ersten, die für sich beanspruchten, die »Fraktionen und Kontraste« der Nation zusammenflicken zu wollen, erwiesen sich dabei jedoch als handfeste *Konflikt*partner im politischen Kampf.²⁹⁹ Wenn der Generalsekretär des MSI Augusto De Marsanich 1953 auf seiner Kundgebungsrede in Bari klar als drittes Lager Stellung an einer Front bezog, an der bereits der »liberal-demokratische Individualismus« und der kommunistische »Klassenkollektivismus« aufeinanderprallten, konnte er den Wählern schlecht von nationaler Eintracht vorschwärmen: »die Kräfte, die auf dem Feld angetreten sind, sind nicht zwei, sondern drei, und zwar: DC, Kommunismus und MSI«.

Solche Aussprüche stehen paradigmatisch für eine politische Kommunikationskultur, die den Wettkampf ganz selbstverständlich annahm und dabei auch nicht davor zurückzuschreckte, den politischen Konflikt als das zu benennen, was er war. Von »Streitigkeiten« (*polemiche*) sprach die unabhängige Presse ganz nüchtern: »Letzte Streitigkeiten« lautete die Schlagzeile in *La Stampa* anlässlich des Wahlkampffinales 1953, und auch das Bologneser *Giornale dell'Emilia* sprach selbstverständlich von »Streit« zwischen den Wahlkampfakteuren.³⁰⁰ In den Briefen der Bürger beschwerte sich niemand über die Konflikthaftigkeit, viel-

²⁹⁷ »Der Staat sind wir alle«, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 2.9.1957.

²⁹⁸ Prefetto di Foggia an das MI, 19.5.1958, Bl. 3. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2.

²⁹⁹ Auch zum Folgenden: Comizio tenuto da Augusto De Marsanich in Piazza Prefettura, 22.5.1953. Resoconto stenografico, Bl. 2, 4. ACS, MI-GAB, 1953–56, b. 488, fasc. 7610, Zitat Bl. 2.

³⁰⁰ Ultime polemiche, in: LA STAMPA, 7.6.1953; Una polemica sul »balcone« fra democristiani e comunisti, in: GIORNALE DELL'EMILIA, 7.6.1953.

mehr war es Usus, den Parteien mitzuteilen, dass man die Wahlkampfshärmützel interessiert verfolge, oder zum Wahlergebnis zu gratulieren.

Auch die Wähler, die der Parteiendemokratie fernstanden, konnten kaum anders, als sich dennoch als politische Konfliktteilnehmer zu verstehen, sofern es sich bei ihnen um überzeugte Antikommunisten, Laizisten oder Antifaschisten handelte. Das breite Spektrum politischer Kräfte in der italienischen Republik machte es kaum möglich, *keinen* persönlichen Intimfeind zu besitzen. Die moderaten und demokratiskeptischen Wähler waren häufig Antikommunisten, und in Italien wog dies schwerer als jede Harmoniesehnsucht – jedenfalls war die Forderung, sich im Ton zu mäßigen, im italienischen Wahlkampfdiskurs nicht zugegen.³⁰¹ Wenn ein anonymes Briefschreiber sich 1958 darüber echaufferte, dass der PCI auf Kandidatenliste wie Kundgebungsbühnen auch Frauen präsentierte, und den Kommunisten vorwarf, sie machten das »edle Geschlecht« damit zu einem »kriegerischen Instrument« und »besudelten« so das ganze Land, dann zeigte sich darin, dass auch solche Wähler einen konfliktbetonten Politikbegriff hatten.³⁰² Die alte italienische Tradition der Delegitimation des politischen Gegners als eines inneren Feindes hatte die Wähler offenbar auch darauf konditioniert, Politik ganz selbstverständlich als agonale Angelegenheit zu denken.³⁰³ Dies mochte, wie das rechte Spektrum italienischer Historiker immer wieder beklagt, dem Nationsverständnis abträglich sein; auf der anderen Seite jedoch konnte politischer Pluralismus so nach 1945 offen ausgelebt werden.

Lokalkandidaten als Identifikationsfiguren

Wer von Parteien nichts hielt, konnte im westdeutschen System der personalisierten Verhältniswahl seinen Trost in den Direktkandidaten finden. Seit 1953 waren die Westdeutschen aufgerufen, mit ihrer Erststimme eine »Persönlichkeitswahl« vornehmen, also einer Person ihre Stimme geben, der sie vertrauten, wie das *Hamburger Abendblatt* 1953 erläuterte.³⁰⁴ Was aber machte eine Person zu einem vertrauenswürdigen politischen Vertreter? Im rheinland-pfälzischen Wahlkreis Kirn hatten die Wähler 1961 davon eine klare Idee gewonnen. Für die anstehenden Bundestagswahlen gründeten sie einen »Ausschuß unabhängiger Persönlichkeiten für die Direktwahl von Wilhelm Dröschers«, einem Sohn der Stadt, der seit 1946 zunächst für die KPD kommunalpolitisch tätig gewesen war und seit 1957 für die SPD im Bundestag saß. Die Wähler Kirns lobten Dröschers *Nützlichkeit* für den Wahlkreis. In mehr als 7000 Fällen hätten sich Bürger aus allen Schichten, Berufsständen und Parteien an ihn gewandt; kein

³⁰¹ Vgl. A. M. IMBRIANI, *Vento del Sud*, 1996, S. 136, 144, 157 f., 179.

³⁰² Anon. an den PCI Bologna, 17.5.1958. FGER, PCI-BO, Segreteria, Corrispondenza, Partenza/Arrivo 1951–1961, b. 1, fasc. 2.

³⁰³ Vgl. L. DI NUCCI/E. GALLI DELLA LOGGIA, *Due nazioni*, 2003; F. CAMMARANO, *Delegittimazione*, 2009; A. VENTRONE, *Nemico interno*, 2005.

³⁰⁴ Der Unbekannte in Bonn, in: *HAMBURGER ABENDBLATT*, 31.8.1953.

Schreiben bleibe unbeantwortet. »Den Menschen unseres Wahlkreises ist am besten gedient, wenn er weiterhin MdB bleibt«, so rief der Ausschuss seine Mitglieder zum Beitritt auf. »Uns kommt es nicht auf Parteipolitik an! Zu uns gehören Menschen der verschiedensten politischen Überzeugungen. Wir wollen von unserem Recht Gebrauch machen, über die Parteien hinaus einen Abgeordneten für die Direktwahl vorzuschlagen, der bereits bewiesen hat, daß er Vertrauen verdient.«³⁰⁵

Was Dröscher im Bundestag vollbrachte und welcher Partei er angehörte, interessierte die Kirnser Wähler wenig; zentraler war, was er für die Stadt, ihre Vereine und ihre Bewohner tat.³⁰⁶ Damit kehrten die Kirnser das Prinzip um, das die Selbstpräsentation sozialdemokratischer Direktkandidaten in den 1940er und 1950er Jahren angeleitet hatte. Sie präsentierten sich nämlich als Verkörperung des Parteiprogramms und setzten kaum auf persönliches Identifikationspotenzial, auch nicht auf lokale Herkunft.³⁰⁷ Herbert Wehner zählte im Kandidatenbrief an seine Hamburger Wähler 1953 die parlamentarischen Ausschüsse auf, in denen er gesessen hatte, und berichtete von seinem Engagement für deutsche Kriegsgefangene bei den Vereinten Nationen und in Genf. Dabei sprach er offen an, dass er in Kauf nahm, den Wählern von böhmischen Dörfern zu erzählen: »Vielleicht sagt Ihnen die Aufzählung dieser Wirkungskreise nicht viel. Aber ich denke, sie hilft, um Ihnen wenigstens auf diese Weise anzudeuten, daß ich zu den Abgeordneten gehöre, die sich mit ganzer Kraft der Neuordnung unseres staatlichen und sozialen Lebens widmen.«³⁰⁸ Die Leistungen, mit denen Sozialdemokraten für sich warben, hatten sie im Parlament, für Staat und Nation, erbracht. Nachprüfen konnte diese Leistungen nur, wer etwas vom professionellen Politikbetrieb verstand und sich damit befasste.

Die CDU indes, die den Wert der »Persönlichkeit« in der Politik ja seit Gründung der Bundesrepublik selbst popularisierte, wählte andere Mittel zur Vertrauensbildung. Gerade in den unsicheren Wahlkreisen wollte sie den (in aller Regel männlichen) Direktkandidaten als Projektionsfläche für »Lokalpatriotismus« nutzen und damit die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler gewinnen. Deshalb sollte bei der Kandidatenauswahl die lokale Reputation den Vorzug vor den parteipolitischen Verdiensten erhalten. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle gab ihren Kreisverbänden 1953 freie Hand, den Wahlkampf im Wahlkreis ganz und gar auf die Persönlichkeit des Kandidaten abzustellen, mit dem Bildplakat des Kandidaten als wichtigstem Wahlplakat.

³⁰⁵ Ernst D. Theilen (Ausschuß unabhängiger Persönlichkeiten für die Direktwahl von Wilhelm Dröscher), 14.7.1961. AdsD, NL Anders, Mp. 2.

³⁰⁶ Das konnte auch für Ministerpräsidenten gelten, sofern sie Wahlkreisabgeordnete waren, vgl. M. FENSKE, Demokratie erschreiben, 2013, S. 57.

³⁰⁷ Gertrud Lockmann [SPD-Kandidatin, Wahlkreis VI, Hamburg] an die Wähler, o. D. [1949]. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 106.

³⁰⁸ Herbert Wehner: Verehrte Wählerin, verehrter Wähler!, Hamburg, Ende August 1953. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 1983.

In ihrer Werbung sollten CDU-Direktkandidaten den Akzent auf persönliche Angaben legen und auf programmatische Aussagen zur Politik am besten ganz verzichten. Mit Hinweisen zum Familienstand meinte die CDU vor allem das Interesse weiblicher Wähler zu bedienen, für Einheimische sei relevant, ob der Kandidat »ein Kind dieser Stadt« sei, Vertriebene würden Vertrauen fassen, wenn er in Königsberg studiert oder lange Zeit in Breslau gearbeitet habe.³⁰⁹ Der ideale Kandidat wartete mit zahlreichen Identifikationsmerkmalen für verschiedene soziale Gruppen auf. Wo der Wahlkreis als sozial homogen galt, wie in Hamburg-Harburg, sollten die Eigenschaften des Direktkandidaten umso eindeutiger sein. An dem schneidigen Dietrich Rollmann, der hier gegen Herbert Wehner antrat, hielt der CDU-Ortsverband mit der Begründung fest: »In einer Arbeitervorstadt wie Harburg mit seinen 111.000 Einwohnern, [sic] hat ein junger kämpferischer Typ, der kein Blatt vor den Mund nimmt, die entschieden besten Aussichten«.³¹⁰

Die Vertrauensbildung über persönliche Identifikationsmomente hatte in Westdeutschland allerdings einige Hürden zu überwinden. Auf dem Land wie in der Stadt behagte manchen Direktkandidaten die Vorstellung nicht, mit ihrer Person zu werben. Auf programmatische Aussagen zu setzen, hatte für sie auch den Vorteil, keine Angriffsflächen für Verleumdungen zu bieten, die häufig an der Biographie des Politikers ansetzten.³¹¹ Das größere Problem aber war, dass die Direktkandidaten in den 1950er Jahren kaum bekannt zu machen waren, vor allem nicht in der Großstadt. Eine Ausnahme war Ludwig Erhard, Direktkandidat in Ulm, der aber eher aufgrund seiner nationalen Bekanntheit in Verbindung mit seinem langjährigen Mandat 1972 seinen Wählern schreiben konnte: »Wir kennen uns seit vielen Jahren. Über sechs Legislaturperioden hinweg haben Sie mir bei jeder Bundestagswahl Ihr Vertrauen geschenkt.« Jetzt bat er herzlich darum, dieses persönliche Vertrauen auf seinen jüngeren Nachfolger Herbert Werner zu übertragen.³¹²

In Hamburg jedoch, wo ein Reporter des *Hamburger Abendblatts* im Wahlkampf 1953 zwanzig Wähler befragte, ob sie den Namen ihres Bonner Bundestagsabgeordneten nennen könnten, kannten die meisten diesen nicht. Demoskopischen Daten zufolge wussten zwei Drittel der Bevölkerung nicht einmal, dass der eigene Wahlkreis durch ein Direktmandat im Bundestag vertreten war.

³⁰⁹ CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Organisation: Merkblatt für die Geschäftsführer der Christlich-Demokratischen Union zur Vorbereitung und Auswertung von Wahlen, o.D. [1953], Bl. 7 f. ACDP 07-001-5009.

³¹⁰ Gerhard Engel: Einstimmige Erklärung des Ortsverbandes Harburg, o.D. [1961]. ACDP 02-155-006/3.

³¹¹ Siehe die Berichte von Hans Schütz (CSU), Elisabeth Schwarzhaupt (CDU) und Anton Storch (CDU) in: Abgeordnete, Bd. 2, 1983, S. 219, 258, 332. Zu solchen Angriffen auf die Person Herbert Wehners siehe den Bericht von Dietrich Rollmann (CDU) in: Abgeordnete, Bd. 3, 332 f.

³¹² Ludwig Erhard an die »Mitbürgerinnen und Mitbürger im Wahlkreis Ulm«, Oktober 1972. StAU, G 6 I 2.2.1.

Die Redaktion des Hamburger Springerblattes rügte dieses Unwissen.³¹³ Doch es war die Lokalpresse selbst, die der Popularität der Direktkandidaten während der ersten Wahlkämpfe nicht gerade Vorschub leistete, sehr zum Leidwesen der CDU.³¹⁴ In der Regel stellte sie die Direktkandidaten nur ein einziges Mal gebündelt und mit kurzen programmatischen, kaum mit biographischen Aussagen vor. Auch ihre Wahlversammlungen waren der Presse äußerst selten einen Artikel wert; sie wurden lediglich angekündigt. So konnten sich die Parteien nur mit Kandidatenbriefen und Kandidatenplakaten behelfen. Doch auch die Plakatierung war nicht wirklich effizient, weil sich die Wähler in der Großstadt ständig über die Grenzen der Wahlkreise hinweg bewegten und somit diverse Kandidaten auf den Wahlplakaten erblickten, ohne genau zu wissen, welcher davon der ihre war.³¹⁵ Überdies konterkarierte der Fokus auf den Kanzler die lokale Personalisierung der Union. In Karlsruhe wunderten sich die Lokalredakteure 1957 darüber, dass ein Konterfei des CDU-Kandidaten in der Flut von Adenauer-Plakaten nirgendwo zu finden war.³¹⁶

Auch die Wahlkreisabgeordneten selbst zeigten sich in den 1950er Jahren wenig ambitioniert, ihre Popularität unter den heimischen Wählern zu erhöhen. Gewählte Bundestagsabgeordnete glänzten vor allem durch ihre Abwesenheit vom Wahlkreis. Wenn die *Schwäbische Donauzeitung* 1965 mit Blick auf Ludwig Erhard geradezu entschuldigend vermerkte, er sei aufgrund seines hohen Postens »verständlicherweise in seinem Wahlkreis die wenigste Zeit« gewesen, so war das den Wandlungen geschuldet, die sich in den 1960er Jahren einstellen sollten.³¹⁷ In den 1950er Jahren war die Häufigkeit der Abgeordnetenbesuche im Wahlkreis noch kein Thema. Freilich band die legislative Arbeitsintensität der ersten Legislaturperioden die Abgeordneten der jungen Bundesrepublik in besonderem Maße an Bonn.³¹⁸ Doch gerade die so auf ein persönliches Vertrauensverhältnis setzenden Christdemokraten schienen sich am Rhein auch intrinsisch wohler zu fühlen als an Ruhr oder Alster. Das hatte nicht zuletzt mit dem deutschen Politikverständnis zu tun, das die Aufmerksamkeit der Abgeordneten auf das parlamentarische Wirken zentrierte. Schon 1953 wies deshalb die CDU-Bundesgeschäftsstelle darauf hin, dass die politische Aufmerksam-

³¹³ Der Unbekannte in Bonn, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 31.8.1953. Vgl. A. SCHILDT, Ankunft, 1999, S. 94; F. BÖSCH, Das Politische als Produkt, 2003, S. 245; B. WINTGENS, Turn Your Radio on, 2014.

³¹⁴ CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Organisation: Merkblatt für die Geschäftsführer der CDU zur Vorbereitung und Auswertung von Wahlen [1953], Bl. 9 f. ACDP 07–001-5009; Wahlhelfer für die Bundestagswahl 1953, Bonn, 3.8.1953, Bl. 4. ACDP 07–001-5010.

³¹⁵ Vorstandssitzung des Kreisvorstandes [CDU Hamburg-Nord] mit den Wahlkampfleitern und den Bundestagskandidaten, 5.6.1961. ACDP 02–155-006/3.

³¹⁶ Der Wahlkampf wird zur Plakatschlacht, in: BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN, 4.9.1957.

³¹⁷ Reden, Reime und Radiergummis, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 16.9.1965.

³¹⁸ [Vorstand des Hamburger SPD-Kreises 14] an die Kommission des PV zur Prüfung der Kandidatenvorschläge zur Bundestagswahl, 14.5.1949. AdsD, NL Blachstein, Mp. 22; Herbert Wehner an Peter Blachstein, 23.12.1950. Ebd., Mp. 20.

keitsökonomie der Wähler nicht unbedingt dem Politikverständnis ihrer Vertreter folgte: »Die Initiative und Tatkraft, die der Abgeordnete im Bundes- oder im Landtag zeigt, wird von der Bevölkerung nicht mit der gleichen Unmittelbarkeit zur Kenntnis genommen wie seine Tätigkeit im und für den überschaubaren Bereich seines Wahlkreises.« Die Unionsabgeordneten sollten sich deshalb für Missstände in ihrem Wahlkreis zuständig fühlen und dabei stets vom Kreisgeschäftsführer als »anwesende[m] Ohr und Auge« informiert werden.³¹⁹ Doch bei der Umsetzung dieser Richtlinien haperte es in den 1950er Jahren. Der vielbeschäftigte Otto Lenz (CDU) etwa ließ 1953 eine Filmansprache aufnehmen und in seinem Wahlkreis vorführen, weil er sich nicht blicken lassen konnte oder wollte.³²⁰ Da die Kandidaten so auch in der Lokalpresse unsichtbar blieben, sah sich die CDU-Wahlkampfzentrale in Vorbereitung auf den Wahlkampf 1961 zu einer eindringlichen Mahnung veranlasst:

Bitte denken Sie daran, daß die Wähler, die in diesem Zeitraum überzeugt werden müssen, nicht in Bonn, sondern in Ihrem Wahlkreis wohnen. [...] Jeder von uns steht in der Gefahr, über dem in Bonn spürbaren Einfluß der überregionalen Presse und über der Wirkung von Rundfunk und Fernsehen den Einfluß der Heimatpresse zu vergessen. Nach allen Erfahrungen hat er dennoch außerordentlich große Bedeutung. Bitte, nehmen Sie deshalb jede Möglichkeit wahr, den Kontakt mit der Presse Ihres Wahlkreises zu pflegen [...]. Der Wähler ist so eitel und anspruchsvoll wie jeder Mensch. Er will deshalb respektiert und umworben sein. Aber er wehrt sich gegen Aufmerksamkeiten, deren Absicht für ihn allzu leicht zu durchschauen ist.³²¹

Damit war gemeint, dass es westdeutsche Wähler nicht goutierten, lediglich im Wahlkampf becirt zu werden und sich dann in der Legislaturperiode verlassen zu fühlen – ein Selbstbild, das auch Lokalreporter popularisierten.³²² Mancher Christdemokrat blieb der Pendelei dennoch nachhaltig abgeneigt. MdB Gerhard Orgaß legte einem Brief an seine Hamburger Wahlhelfer zu Wahlkampfbeginn 1969 sein Foto »zur freundlichen Erinnerung« bei: »Da mich viele von Ihnen schon lange nicht mehr gesehen haben«.³²³

SPD-Abgeordnete zeigten sich häufiger im Wahlkreis und erklärten in ihren Wählerbriefen auch, dass »eine möglichst enge Verbindung zwischen dem Abgeordneten und dem Wähler nicht nur zur Wahl, sondern ständig bestehen [sollte], damit die politischen Entscheidungen unter Teilnahme möglichst brei-

³¹⁹ CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Organisation: Merkblatt für die Geschäftsführer der CDU zur Vorbereitung und Auswertung von Wahlen [1953], Bl. 3. ACDP 07–001-5009.

³²⁰ K. GORTO u. a., Im Zentrum der Macht, 1989, Eintrag v. 11.8.1953, S. 681.

³²¹ Anl. zu: Kraske an die Kreisvorsitzenden und Kreisgeschäftsführer der CDU, 15.11.1960. ACDP 02–155-006/3.

³²² Ich, der sehr geehrte Wähler, in: BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN, 16.9.1957.

³²³ Gerhard Orgaß an die Mitglieder des Ortsverbandes Barmbek-Uhlenhorst u. a., August 1969. ACDP 02–155-014/2. Siehe auch: Vorstandssitzung des Kreisvorstandes [der CDU Hamburg-Nord] mit den Wahlkampfleitern und den Bundestagskandidaten, 5.6.1961, Bl. 21. ACDP 02–155-006/3.

ter Schichten der Bevölkerung und aus ihrem Geiste erfolgen können«. Dazu luden sie in ihre Wählerversammlungen ein und verwiesen auf die Möglichkeit der Aussprache im Anschluss an das Referat – ein Format, das jedoch in den Städten schon während des Wahlkampfes wenig Wähler anzog.³²⁴ »Frageabende« der Bundestagsabgeordneten oder Veranstaltungen wie »Der Wähler fragt – sein Abgeordneter antwortet« waren als »Rechenschaftsberichte« aus dem Parlament konzipiert; SPD-Kandidaten sollten in Hamburg präsent sein, um »propagandistisch aufklärend zu wirken«.³²⁵ Herbert Wehner beteuerte seinen Wählern 1953, er wolle auch gern brieflich zu Diensten sein, wenn sie nicht in seine Wahlversammlungen kommen wollten.³²⁶ Doch wenn sich dann Bürger meldeten und – in durchaus forschem Ton – Fragen zur sozialdemokratischen Politik formulierten, durften sie sich lediglich über Broschüren freuen, verbunden mit wenig demütigen Worten ihres Abgeordneten: »Wenn Sie sich die Mühe machen sollten, einen Blick in die Schriften zu werfen, die ich diesem Brief beilege, könnten Sie zwar fortfahrend Gegner der Politik der SPD sein, aber Sie würden es aufgeben müssen, der SPD das Bemühen um konkrete politische Vorschläge abzusprechen.«³²⁷ So diente der Kontakt zwischen sozialdemokratischen Abgeordneten und ihrer Wählerschaft in erster Linie der pädagogischen Politikvermittlung und der parlamentarischen Berichterstattung. Zwar hatte eine sozialdemokratische Stadtverordnete in Hannover schon 1953 begonnen, eine Bürgersprechstunde anzubieten und die Anwohner ihres Wahlkreises per Einladungskarte darauf aufmerksam gemacht – eine Idee, die der Parteivorstand gern in die ganze Bundesrepublik exportieren wollte.³²⁸ Feste Wahlkreisbüros der Bundestagsabgeordneten und ein Servicebewusstsein gegenüber den Wählern des Wahlkreises sollten sich jedoch erst in den darauffolgenden Dekaden verbreiten.

In Italien indes war das reine Verhältniswahlssystem eigentlich weder auf Lokalität noch auf politische Repräsentation über Persönlichkeiten ausgelegt.³²⁹ Vielmehr schienen Wähler hier lediglich zwischen Parteilisten zu wählen, die sich über jeweils relativ große Wahlkreise erstreckten. Bologna wählte zusam-

³²⁴ Zitat: Peter Blachstein: »Liebe Wählerin! Lieber Wähler!« [Wählerbrief 1949, Hamburg]. AdsD, NL Blachstein, Mp. 27.

³²⁵ Zitate in: Wiedemeier an die Bürger und Bürgerinnen der Weststadt, 24.4.1951. StAU, E 201 CDU, Nr. 1; SPD LO HH, Kreis Eimsbüttel: Jahresbericht 1952. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 333; SPD-LO HH an alle Kreis- und Distriktspropagandaleiter, 9.8.1952, Bl. 4. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 2434. Vgl. auch C. OLDENBURG, Tradition und Modernität, 2009, S. 328, 515.

³²⁶ Herbert Wehner [an die Wähler seines Wahlkreises], August 1953. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 114.

³²⁷ Wehner an Wilhelm Nürnberger, 27.11.1953. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 1985.

³²⁸ SPD Parteivorstand: Rundschreiben Nr. 20/53, 27.11.1953. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 307.

³²⁹ Das galt auch für die Senatoren, die zwar in kleinen Mehrheitswahlkreisen antraten, aber aufgrund des hohen Quorums von 65 Prozent so gut wie nie direkt gewählt, sondern nach Maßgabe des Verhältniswahlsystems auf regionaler Ebene ausgezählt wurden. Vgl. M. S. PIRETTI, Elezioni politiche, 1995, S. 357.

men mit Ravenna, Ferrara und Forlì in einem Wahlkreis, der 1953 insgesamt 260 000 Wahlberechtigte zählte.³³⁰ Bari wählte in einem etwas kleineren Wahlkreis zusammen mit Foggia. Auf der Liste, für die sie stimmten, konnten die Wähler bis zu vier Kandidatinnen und Kandidaten ihre Präferenzstimmen geben. Nicht die Reihenfolge, wie im Falle der deutschen Landeslisten, sondern die Zahl der Präferenzstimmen entschied darüber, welche Kandidaten ins Parlament einzogen. Usus war es, einen national bekannten Politiker an die Spitze der Liste zu stellen, sodass etwa die Wähler Baris und Foggias regelmäßig die Gelegenheit hatten, Aldo Moro, der die Liste der DC anführte, mit Zehntausenden Präferenzstimmen auf seinen Abgeordnetenposten zu hieven.

Das Präferenzstimmensystem genügte, um dem italienischen Wahlkampf ein Maß an lokaler Personalisierung zu bescheren, das jenes im westdeutschen Direktkandidaten-Wahlkampf deutlich übertraf. Hauptgrund dafür war der höhere Bekanntheitsgrad lokaler Kandidaten. Sie führten im Wahlkreis unzählige Kundgebungen und Versammlungen durch und traten so beinahe täglich vor das lokale Publikum, auch auf der Piazza, wo sie mehrere tausend Teilnehmer anziehen konnten.³³¹ Nach Ende solcher Veranstaltungen sollten sie sich genug Zeit nehmen, um mit der anwesenden Wählerschaft und den Parteifreunden ins Gespräch zu kommen.³³² Selbst ein Aldo Moro tourte noch im Wahlkampf 1968 mehrmals durch seinen Bareser Wahlkreis, um den »verlängerten Kontakt zur Bevölkerung« zu suchen, wie die *Gazzetta del Mezzogiorno* euphorisch dokumentierte.³³³

Ab 1958 setzte ein massiver Wettkampf christdemokratischer Kandidaten um die Präferenzstimmen des Wahlkreises ein, der wesentlich zur lokalen Personalisierung beitrug. Die Fliehkräfte innerhalb der Parteiverbände kannten dabei keine Grenzen. Konkurrierende Kandidaten gingen mit ihnen zugeweihten Propagandisten auf Stimmenfang, bisweilen militant und unter Einmischung von Pfarrern und Bischöfen, die ihre eigenen Kandidatenempfehlungen abgaben. Mancher DC-Abgeordnete führte seinen Wahlkampf auch in offenem Konflikt mit der Führung des zuständigen Parteiverbands.³³⁴ Persönliche Differenzen innerhalb der Partei wurden der lokalen Öffentlichkeit damit bekannt, sehr zum Leidwesen der Präfekten, die solche Kämpfe am liebsten »im Geheimen« geführt sehen wollten. Die Wählerschaft nahm regen Anteil, gerade dann, wenn lokale Konflikte um die Nominierung der Kandidaten vorangegangen waren.³³⁵

³³⁰ COMUNE DI BOLOGNA, Consultazioni popolari, o. J., S. 16.

³³¹ Prefetto di Ragusa an das MI, 19.5.1958, Bl. 1. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2.

³³² Consigli pratici per l'oratore elettorale, Bologna, 7.5.1953, Anl. zu: Prefetto di Bologna an das MI, 22.5.1953. ACS, MI-GAB, 1953–56, b. 493, fasc. 7695/1; Intensa propaganda elettorale nelle campagne del Piemonte, in: LA STAMPA, 11.5.1958.

³³³ Prefetto di Bari an das MI, 19.5.1958, Bl. 1. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2; Moro arriva stamane a Bari, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 11.5.1968.

³³⁴ Prefetto di Trapani, an das MI, 19.5.1958, Bl. 2. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2. Zur Einmischung von Pfarrern siehe: Prefetto di Agrigento an das MI, 25.5.1958. Ebd.

³³⁵ Prefetto di Foggia an das MI, 19.5.1958, Bl. 2. Ebd. (Zitat). Weitere Beispiele: Prefetto di Venezia an das MI, 19.5.1958, Bl. 2. Ebd.; Prefetto di Gorizia an das MI, 19.5.1958, Bl. 5 f. Ebd.; Prefetto di

Solche Konflikte konnten derartige Wellen schlagen, dass selbst nationale Minister in ihren Kundgebungen darauf eingehen mussten, wie etwa 1958 in Brindisi. Die anwesenden Teilnehmer, so wusste der Präfekt zu berichten, folgten seinen Ausführungen zur lokalen Kandidatenfrage weitaus interessierter als jenen zur nationalen und internationalen Politik.³³⁶

Grundlegend für das italienische Interesse an den Kandidaten der Wahlkreislisten war der Wille, möglichst eine Person aus der eigenen Gemeinde oder der eigenen Stadt darauf vertreten zu sehen und dann wählen zu können. Die Lust an der Identifikation über lokale Herkunft erwuchs aus dem weit verbreiteten Glauben, nur wer der lokalen *terra* entstamme, verfüge über ein Gespür für die Gefühlslage der Bewohner. Ortsstämmige Kandidaten der DC, aber auch der Liberalen und der Rechtsparteien, bemühten sich daher, im Wahlkampf lokale politische Mentalitäten zu beschwören, die sie mit den Wählern zu verbinden schienen. Ein Bareser Kandidat der Unione Democratica Nazionale (UDN), einem Wahlbündnis aus liberalen Parteien, führte 1946 auf seiner Kundgebung aus, er habe keinen ausufernden Plakatwahlkampf nötig, denn er müsse sich gar nicht mehr vorstellen: Seit über vierzig Jahren kenne er den lokalen Boden (*terra*) und seine Bewohner und stehe mit ihnen in einem intensiven Austausch von Ideen und Empfindungen, woraus das gegenseitige Vertrauen erwachse.³³⁷ In Süditalien war dieser Sinn für die lokale Herkunft des Kandidaten noch durch den *Meridionalismo* angereichert, einen seit dem 19. Jahrhundert geführten Diskurs der leidvoll beschriebenen Rückständigkeit und euphemistisch beschworenen Reinheit des Mezzogiorno und seiner Bewohner. Die daraus wachsende Ansicht, nur ›Leute von hier‹ könnten ›Leute von hier‹ verstehen, teilten auch süditalienische Kommunisten, weshalb sie sich auch ungern von norditalienischen Funktionären etwas sagen ließen, die Togliatti zur Erziehung und Unterweisung in den Süden schicken ließ.³³⁸

Unzufrieden mit der Kandidatennominierung durch die Provinzvorstände der Partei, machten Mitglieder und Anhänger der DC im Namen ihrer Gemeinden immer wieder deutlich, dass sie *selbst* bestimmen wollten, wer ihre Interessen in Rom vertreten sollte. Aus Bari etwa wurde 1948 vermeldet, die DC-Sektionen fühlten sich nicht ausreichend konsultiert und hielten das Verfahren für »wenig demokratisch«. *La Stampa* unterstützte diese basisdemokratischen Tendenzen und sprach angesichts der fragwürdigen Kandidatenauswahl

Siena an das MI, 5.5.1958, Bl. 2. Ebd.; Prefetto di Modena an das MI, 19.5.1958, Bl. 2. Ebd.

³³⁶ Prefetto di Brindisi an das MI, 18.5.1958, Bl. 2. Ebd.; L. VISENTINI, *Osservazioni*, 1963, S. 286.

³³⁷ Manifesti elettorali, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 29.5.1946. Weitere Beispiele: Grassi esorta i leccesi a sostenere la crociata della Democrazia, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 9.3.1948; Giornate napoletane, in: IL POPOLO, 14.4.1958.

³³⁸ Vgl. G. CALANDRONE, *Comunista in Sicilia*, 1972, S. 15–20; F. DE FELICE, *Togliatti*, 1977, S. 38, 45, 58, 64; S. LUPO, *Partito e antipartito*, 2004, S. 80 f. Für einen Überblick zur Frage des Südens vgl. J. SCHNEIDER, *Italy's »Southern Question«*, 1998; M. BAUMEISTER, *Diesseits von Afrika?*, 2007, S. 35–45.

der DC 1952 von einer »Oligarchie der Parteiführer«, die die Wähler um ihre Rechte bringe und demokratische Prinzipien aushebele.³³⁹ Fühlten sich aktive Propagandisten um ihren legitimen Kandidaten betrogen, drohten sie aus Protest mit Wahlabstinz oder machten offen Wahlkampf für Kandidaten anderer Parteien. DC-nahe Wähler strafte die Partei an der Wahlurne dafür ab, wenn sie keinen Kandidaten aufgestellt hatte, der aus der Gegend stammte.³⁴⁰

Basisdemokratische Gelüste konnten die Parteigrenzen vor Ort häufig transzendieren. Mitglieder der katholischen Arbeiterorganisation ACLI aus dem piemontesischen Städtchen Borgomanero beschwerten sich 1948 darüber, dass ihr Provinzsekretär nicht auf der Kandidatenliste der DC erschien. Er sei als sehr aufrichtiger Mensch bekannt und werde viele Stimmen bringen, »einfach nur aufgrund seiner Person, denn er arbeitet beständig mit Liebe für unsere Idee, er spricht auch so gut, dass es nie langweilig wird, ihm zuzuhören, und das sagen auch die roten Genossen«. Außerdem sitze er im nationalen Betriebsrat von FIAT, »wohin wir Arbeiter ihn gewählt haben. Welche Demokratie ist das in Italien, wenn die Arbeiter nicht ihre Parlamentsvertreter selber wählen [...]! Sorgt für Gerechtigkeit, ihr Führer [*Capi*] in Rom, es lebe die Democrazia Cristiana«.³⁴¹ In Reggio Calabria setzte sich eine Gruppe von Bürgern 1948 für den Chirurgen Giuseppe Macrì ein. In der ganzen Provinz und auch in den Nachbarprovinzen der Region erfreue er sich »der unbedingten Wertschätzung [*stima*] zahlreicher Personen, die ihn kennen, und der größten Sympathien der gesamten Bevölkerung.« Er verfüge über ein großes Herz, sei glücklich, wenn er Gutes tun könne, und habe keine wirklichen Feinde. Ohne Macrì sähen sie keinen Anreiz, die DC zu wählen.³⁴²

Die Argumentation der Supplikanten fußte auf der Prämisse, eine ehrliche, aufrichtige und altruistische Person ins Parlament zu schicken. Die lokale Herkunft des Kandidaten war wichtig, weil die Bewohner so sein Ansehen (*stima*) persönlich verbürgen konnten. Die *stima* des lokalen Kandidaten nährte sich aus langer Ansässigkeit der Familie, moralischer Integrität der Person oder ihrem »aufrechten katholischen Glauben«, auf den Frauen mit Vorliebe hinwiesen, wenn auch sie sich gegenüber der christdemokratischen Parteidirektion für einen bestimmten Kandidaten einsetzten.³⁴³ In der Provinz wohnte dem Verweis auf die *stima* des lokalen Vertreters immer auch ein Reflex gegen die

³³⁹ Salesiani Redentore, Bari, an Attilio Piccioni (Segretario Politico der DC) [Telegramm], 24.2.1948. ILS, DC, SP, Atti dei segretari, Sc. 2, fasc. 5, s.fasc. 2; [Telegramm aus Bari] an die Direzione Democrazia Cristiana Roma, 24.2.1948. Ebd.; I diritti dell'elettore, in: LA STAMPA, 29.2.1952.

³⁴⁰ Prefetto di Gorizia an das MI, 19.5.1958, Bl. 5 f. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2; Prefetto di Lecce an das MI, 19.5.1958. Ebd.

³⁴¹ Un gruppo di Acclisti di Borgomanero an die Direzione Generale della Democrazia Cristiana, o. D. [11.2.1948]. ILS, DC, SP, Atti dei segretari, Sc. 2, fasc. 5, s.fasc. 2.

³⁴² De Luca u. a. [Reggio Calabria] per il propagandista elettorale: Pro Memoria, o. D. [1948]. Ebd.

³⁴³ Maria Caprice (Larino) an die Gentilissima Donna Cristiana, o. D. [Februar 1948]. Ebd. Zur Unterstützung eines Parteilosen, der jedoch als »perfekter Katholik« im gesamten Wahlkreis (Provinz Macerata) der gewünschte Kandidat sei, siehe: Anonymus, o. A., 19.2.1948, Ebd.

Machtzentrale der Partei in der jeweiligen Provinzhauptstadt inne. Als die organisierten Ex-Partisanen in Tortona (Provinz Alessandria) 1948 hörten, dass das Provinzkomitee der DC ihren Kandidaten Giuseppe Raimondi »wegen Streitigkeiten mit einer Kamarilla, die einem bekannten hohen Tier der DC in Alessandria untersteht«, von der Liste streichen wollte, protestierten sie. Raimondi sei der einzige, der sich wirklich für die Probleme Tortonas interessiere und mit »Opferwillen und ohne persönliche Interessen« im Dienste der Gemeinde arbeite. Die Ex-Partisanen argumentierten ganz offen, Raimondi bedenke sie mit Wohltaten und Pfründen, und warnten, die Stimmung in der Stadt sei aufgeheizt, es könnten Unruhen entstehen. »Uns geht es nicht darum, mit diesem Brief Politik zu machen, sondern nur darum, aufrichtig das Werk eines Deputierten zu verteidigen, der als Ehrenmann [*galantuomo*] handelt.«³⁴⁴ Auf diese Weise hielten Wählerinnen und Wähler vor Ort an den *galantuomini* fest, die ein Luigi Sturzo mehr und mehr im Parlament vermisste.

Aus seiner lokalen Schätzung als uneigennütziger *galantuomo* erwuchs ein besonderes Pflichtverhältnis desselben gegenüber dem Ort, der ihn als seinen Vertreter erwählt hatte. Es äußerte sich im Honoratiorenklientelismus, jener älteren und in der jungen Republik weiterlebenden Form des Klientelismus in Süd- wie Norditalien, der noch wesentlich vom Sozialprestige der lokalen Notabeln und ihrer Wohltätigkeit für Land und Leute getragen war – oder zumindest als solcher verstanden wurde. Daher war er mehr als nur paternalistisches Machtinstrument und Störfaktor auf dem Weg zur »Moderne«, wie die Politikwissenschaft häufig geurteilt hat.³⁴⁵ Er drückte Wertschätzung gegenüber Wählern aus, die aus ihrer lokalen Herkunft eine besondere Ehre ableiteten, und die auch die lokalen Parteiverbände eher als politische Organe des Ortes begriffen denn als Außenstellen einer überlokalen politischen Idee. Süd- wie norditalienische DC-Mitglieder erinnerten ihre Funktionäre immer wieder daran, dass es ein »christdemokratisches Ideal« darstelle, den Interessen der *lokalen* Bevölkerung zu dienen, und gemahnten damit an die lokale Gründungsgeschichte der DC.³⁴⁶

In diesem Verständnis bot der Honoratiorenklientelismus sogar für eine gewisse Zeit Schutz vor dem Staatsklientelismus der DC, der sich seit den Parteireformen Amintore Fanfanis Ende der 1950er Jahre zunehmend ausbreitete.³⁴⁷ Dieser war häufig von *homines novi* getragen, die sich über Parteikontakte in Rom oder einem regionalen Zentrum Zugang zu staatlichen Ressourcen ver-

³⁴⁴ Segretario Circondariale der Associazione Nazionale Partigiani d'Italia, Sezione di Tortona, an Arrigo Boldrini, 11.2.1948. Ebd. Auch katholische Arbeiter beharrten auf ihrem Recht, ihren Kandidaten selbst zu wählen. Siehe etwa: Un gruppo di Acclisti di Borgomanere an die Direzione Generale della Democrazia Cristiana, o. D. [11.2.1948]. Ebd.

³⁴⁵ So etwa bei M. BRAUN, *Italiens politische Zukunft*, 1994, S. 37–47. Kritisch dazu: J.-L. BRIQUET, *Scholarly formulations*, 2009; M. BAUMEISTER, *Diesseits von Afrika?*, 2007. Siehe auch Kap. III.3.

³⁴⁶ Zitat: Giuseppe Chiatellino, Segretario Provinciale di Cuneo, an Attilio Piccioni, 8.2.1948. ILS, DC, SP, *Atti dei segretari*, Sc. 2, fasc. 5, s.fasc. 2. Vgl. V. CAPPERUCCI, *Partito dei cattolici*, 2010.

³⁴⁷ Zur zeitgenössischen Kritik an den »Männern der Partei« und an den Bürokraten, welche die *gentiluomini* ersetzten, siehe: Luigi Sturzo: »Il cittadino«, in: LA STAMPA, 15.12.1951.

schaft hatten und als korrupt galten – eben den Figuren, über die sich Luigi Sturzo so echauffierte. Als unbekannte Gönner kamen sie mit viel Geld in die Städte und Ortschaften und kauften sich dort Anhänger, ohne über ein besonderes soziales Prestige zu verfügen.³⁴⁸ Schon in den 1940er Jahren tauchten vereinzelt solche Figuren auf, die sich allein über die Partei und liquide Mittel legitimierten, und riefen zum Teil herbe Konflikte um die »Moralität« ihrer Person und damit des ganzen Ortes hervor. Selbst wenn sie sich moralisch korrekt verhielten, standen ihnen die Einwohner so misstrauisch gegenüber, dass sie sich in Briefen darüber echaufferten, von der Partei mit »Neuankömmlingen« konfrontiert zu werden.³⁴⁹

Auf Seiten des PCI waren lokale Personalisierung und Basiskampagnen für die Nominierung eines gewissen Kandidaten eigentlich undenkbar. Die Partei legte die Wahlkreiskandidaten in Rom fest, wobei sie die Vorschläge aus den Provinzverbänden prüfte und auch sogenannte Unabhängige auf den Listen platzierte. Auf der Liste des Bologneser Fronte zählten 1948 von 24 Kandidatinnen und Kandidaten fünf zu diesen Unabhängigen, die im Parlament die Gruppe der *Sinistra indipendente* bildeten. Generell jedoch duldeten der PCI keinerlei Personalismen in seinen Reihen und lehnte offiziell auch den italienischen *campanilismo* ab. Die Doktrin des »demokratischen Zentralismus« band jeden Genossen, jeden Kandidaten und jeden Abgeordneten strikt an die Parteilinie. In der Praxis allerdings hatten die Kommunisten durchaus ihren Anteil an der Inszenierung lokaler Abgeordneter nicht so sehr als Vertreter der Partei, sondern als Volksvertreter der ganzen Stadt. Wie Abgeordnete anderer Parteien pendelten auch jene des PCI regelmäßig, meist wöchentlich, zwischen Rom und ihren Wahlkreisen. Das hatte nicht nur mit politischen Funktionen zu tun, die sie weiterhin in ihrem lokalen Parteiverband wahrnahmen, sondern folgte auch ganz explizit der Absicht, für ihre lokalen Wähler erreichbar zu sein.³⁵⁰ In der frühen Nachkriegszeit ließen sie sich nach wichtigen Abstimmungen im Parlament von ihren Anhängern zu Hause empfangen und mit einem feierlichen Zug durch die Innenstadt geleiten.³⁵¹ Überdies sollten kommunistische Parlamentskandidaten im Anschluss an ihre kleineren Wahlversammlungen in den Sälen italienischer Stadtviertel ausdrücklich das direkte Gespräch mit Wählern suchen und dadurch Bindungen aufbauen.³⁵²

³⁴⁸ Vgl. P. GRIBAUDI, *Mediatori*, 1980, S. 78; L. MUSELLA, *Clientelismo*, 2000, S. 27 f.

³⁴⁹ So etwa in der Provinz Catanzaro: Bürger von Vibo Valentia an die Direzione der Democrazia Cristiana Catanzaro und an die Direzione del Partito in Rom, Mai 1948. ILS, DC, SP, Atti dei segretari, Sc. 2, fasc. 5, s.fasc. 3. Zu einem als unmoralisch geltenden Neuankömmling der DC in Teramo, dessen Ankunft sich zu einem jahrelangen lokalen Streit auswuchs, siehe: Ermanno Gatarossa, Angiolo Rolli, Ermanno Muzi u. a. (Teramo): Riservata, 1.7.1946. ILS, DC, SP, Atti dei segretari, Sc. 3, fasc. 1, s.fasc. 1.

³⁵⁰ G. CALANDRONE, *Comunista in Sicilia*, 1972, S. 98. Zu Bologna: N. MARCELLINO, *Vite*, 2009, S. 150–152.

³⁵¹ M. MAGNO, *Puglia*, 1988, S. 215 f.

³⁵² Organizzare con attenzione il piccolo e il grande comizio, in: *LA LOTTA*, 15.5.1953.

Weil auch kommunistische Abgeordnete als Gesandte der Stadt verstanden werden wollten, achtete der PCI auf die lokale Herkunft seiner Kandidaten und bewarb diese aktiv. In Bologna etwa war die Funktionärin Nella Marcellino bass erstaunt, dass sie 1948 von der Römer Parteiführung als Parlamentskandidatin auserkoren worden war, denn Bologna galt als »ziemlich lokalpatriotisch« und hatte viele Parteifunktionäre hervorgebracht, die mit ihrer Bologneser Herkunft auftrumpfen konnten, während sie zwar schon drei Jahre für den Bologneser Parteiverband arbeitete und als Vorsitzende der Frauenkommission sehr bekannt war, aber den Makel besaß, aus dem Piemont zu stammen. Dass die Wahl auf sie fiel, lag wohl in erster Linie an ihrem weiblichen Geschlecht, denn der PCI achtete darauf, Frauen auf den Kandidatenlisten zu präsentieren.³⁵³ In Regionen mit Autonomiestatus, wo der Regionalismus stark war, war der PCI selbst Träger lokalistischer Repräsentationslogiken. Im sizilianischen Ragusa etwa setzten die Kommunisten und ihre Presse im Wahlkampf 1958 einzig und allein auf »Klatsch und Personalismus« und parodierten den scheidenden lokalen DC-Abgeordneten und die gegnerischen Kandidaten mit Liedern und Lyrik.³⁵⁴ Um im Süden Wähler zu gewinnen, so regte die Zentrale Kontrollkommission des PCI 1959 an, müsse die Partei sich an den Erfahrungen in Sizilien oder dem ebenfalls autonomen Aostatal orientieren und sich als Förderin regionalistischer Bedürfnisse präsentieren. Dies sei erfolgversprechender als die Operationen auf nationaler Ebene.³⁵⁵

Wenn sich der PCI in der Praxis schlicht den starken italienischen Traditionen anpassen musste, so lag das nicht zuletzt daran, dass seine eigene Basis und auch mancher Funktionär im Norden diesen Traditionen verhaftet blieb. Als die Partei 1963 erstmals die Parteisektionen über die Kandidatenvorschläge aus Rom diskutieren ließ, zeigte sich, dass die Bologneser Genossen den altgedienten Funktionär Arturo Colombi, der als Erstplatzierter im Bologneser Wahlkreis auserkoren worden war, nicht goutierten. Wenn nicht einen Angehörigen des eigenen Verbandes, dann wollten sie allenfalls Palmiro Togliatti höchstpersönlich als *capolista* (»Listenführer«) sehen. Zudem sprachen sich die Sektionsversammlungen in der Regel für Kandidaten aus, die in ihrem Viertel sehr populär waren, und legten damit, wenn sie durften, dasselbe Verhalten an den Tag wie die Christdemokraten. Noch 1976 zeigten sich viele Bologneser PCI-Mitglieder perplex, als ihnen ein neuer lokaler Parteichef präsentiert wurde, der nicht aus der roten Stadt stammte.³⁵⁶

³⁵³ N. MARCELLINO, Vite, 2009, S. 180.

³⁵⁴ Prefetto di Ragusa an das MI, 19.5.1958, Bl. 2. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2.

³⁵⁵ PCI, Commissione Centrale di Controllo, Ufficio di Presidenza: Oggetto: Documento orientativo da presentare alla Commissione Politica per la preparazione del IX Congresso Nazionale del PCI, 7.8.1959, Bl. 7 f., Anl. zu: Giovanni Carcaterra, Capo della Polizia, [an Aldo Moro], »Segreto«, 19.8.1959. ACS, NL Moro, b. 164, fasc. 4.

³⁵⁶ Verbale del Comitato Federale [PCI Bologna], 23.2.1963, Bl. 4. FGER, PCI-BO, CF, Verbali, 1963, b. 5, vol. 4; Verbali delle riunioni di partito sulla lista dei Candidati per la Camera dei

Trotz des Verhältniswahlrechts war die politische Repräsentation des Wahlkreises über Personen in der jungen italienischen Republik mithin vor allem aus Sicht der Wähler und Parteimitglieder von größerer Bedeutung als in der Bundesrepublik. Nicht nur in Süditalien, wo Loyalitätsverhältnisse eher über personale als über abstrakte, »rationale« Kanäle hergestellt wurden³⁵⁷, sondern auch im Norden konnte die lokale Herkunft der Kandidaten eine besondere Würde und Moralität verbriefen. Sie war nicht nur Zeichen einer parochialen politischen Kultur, sondern konnte das basisdemokratische Prinzip betonen, wonach Wähler ihre Vertreter gern selbst bestimmten³⁵⁸, und stellte so – in den Augen der Wähler – auch einen Schutzreflex gegenüber einer Parteiendemokratie dar, die über nebulöse Kanäle in Rom und den Provinzzentren mehr und mehr fragwürdiges Personal ins Parlament spülte.

3. Dem Ganzen dienen. Lokale Wege zur Volkspartei

Wenn nicht über persönliche Identifikation, ließ sich legitime politische Repräsentation traditionell über soziale Gruppenidentitäten und damit verbundene Interessen herstellen. Doch in welcher sozialen Rolle sahen sich die Wähler adäquat repräsentiert? Welche sozialen Gruppen sprachen die Parteien in der politischen Kommunikation vor Ort wie an? Und wie gelang es ihnen schließlich, als Volksparteien eine heterogene Wählerschaft zu integrieren?

Seit dem späten 19. Jahrhundert entwarfen die Wahlstatistik, die Soziologie und die wachsende Zahl an Interessenverbänden die Wählerschaft westlicher Gesellschaften als berufsständisch und soziologisch differenziert.³⁵⁹ Da sich auch Demoskopen an soziologischen Kategorien wie Konfession, Geschlecht oder Alter orientierten, um die Repräsentativität ihres Samples zu untermauern, verstärkte sich in den Parteien seit den 1950er Jahren durch den zunehmenden Kontakt mit den Meinungsforschungsinstituten das Denken in diesen Gliederungslogiken.³⁶⁰ Doch ob die gängigen sozialen Typisierungen die postfaschistische Gesellschaft noch abbilden konnten, ob Kategorien wie Klasse oder Berufsstand noch für politische Loyalitätsverhältnisse relevant waren, war mitnichten so klar, wie viele Politiker und Publizisten nach 1945 meinten.³⁶¹ Mussolinis Ständestaat hatte die scharfen Klassegegensätze

Deputati e per il Senato, Februar 1963, Bl. 89. FGER, PCI-BO, Organizzazione territoriale: comitati, zone, sezioni, Sezioni, Verbali delle Sezioni del territorio provinciale, b. 1, fasc. 1. Zu 1976 siehe die Verbali in: FGER, PCI-BO, Elezioni e referendum, Elezioni politiche, Elezioni politiche del 20 e 21 giugno 1976, b.1., s.fasc. 2.

³⁵⁷ P. BEVILACQUA, Storia dell'Italia meridionale, 2005, insb. S. 68 f., 72, 119 f., 126 f., 171 f.; L. MUSELLA, Individui, amici, clienti, 1994.

³⁵⁸ Vgl. auch B. ZIEMANN, Gesellschaftswandel und Modernisierung, 2017, S. 9.

³⁵⁹ Vgl. T. MERGEL, Parlamentarische Kultur, 2002, S. 363–367.

³⁶⁰ Vgl. A. KRÜKE, Demoskopie, 2012, S. 91 f., 104 f.

³⁶¹ Vgl. P. NOLTE, Ordnung, 2000, S. 227; zum berufsständischen und korporatistischen Denken in den

überbrücken wollen und den Einzelnen mit Nachdruck auf die *comunità nazionale* ausgerichtet; dasselbe galt für das Konzept der ›Volksgemeinschaft‹ im nationalsozialistischen Deutschland. Überdies orientierte sich auch das Regierungshandeln der westeuropäischen Nachkriegsdemokratien im Geiste des angloatlantischen Konsensliberalismus an »Gemeinschaft, Gleichheit, Konsens«. ³⁶² Die Zielvorstellung einer möglichst homogenen Gesellschaft blieb also mit der demokratischen Politik nach 1945 kompatibel und erreichte die Bürgerinnen und Bürger über sozialpolitische Maßnahmen und die Kommunikation der christdemokratischen Regierungen. Wie antworteten die linken Parteien mit ihrem Klassenaxiom darauf? Als wie heterogen oder homogen entwarfen sich die postfaschistischen Gesellschaften in der politischen Kommunikation vor Ort, namentlich in den Städten, wo die sozialen Unterschiede und die Diversität der Wählerschaft besonders deutlich zutage traten? Mit welchen Strategien konnten »Gemeinschaft, Gleichheit, Konsens« kommunikativ beschworen werden, ohne offen an Konzepte der Faschisten und Nationalsozialisten anzuknüpfen?

Städte bildeten die soziale Diversität der Wählerschaft ab, konnte aber zugleich auch als Miniatur der Nation, als Projektionsfläche des sozialen Ganzen fungieren, und waren damit Bewährungsfelder werdender Volksparteien. Das Unterkapitel verfolgt die urbane Genese des Volkspartei-Images und die lokale Konstruktion eines ›Normalwählers‹, der sich nicht (mehr) über Klasse, Stand oder Schicht definierte. Dazu fragt es nach den Leistungen, die Wählerinnen und Wähler prämierten, und nach dem Prinzip des ›do ut des‹ als eines Fundaments politischer Loyalitätsverhältnisse. In der Politischen Soziologie gilt der sogenannte *voto di scambio*, die Wahlentscheidung im Austausch mit konkreten, lokalen Leistungen, die sich nach 1945 vornehmlich in Südtalien ausbreitete, als paradigmatisch für ein defizitäres, klientelistisches und damit ›rückständiges‹ Prinzip politischer Legitimitätsherstellung. ³⁶³ Doch ob seine basale Operation: die Zusicherung politischen Vertrauens im Austausch mit Leistung, tatsächlich solch ein peripheres Phänomen darstellte, wird zu klären sein.

»Spiegelbild aller Schichten«? Wählerinteressen im Wiederaufbau

In den Städten des Wiederaufbaus lag die Entscheidung über adäquate Anspracheformen und Repräsentationsangebote vornehmlich in den Händen der Parteivertreter und ihres Alltagswissens von der Wählerschaft. Demoskopisches und

Gesellschaftsentwürfen der Bundesrepublik vgl. ebd., S. 298–303; S. ULLRICH, Weimar-Komplex, 2009, S. 218–220, 234 f., 242, 287 f., 366.

³⁶² A. DOERING-MANTEUFFEL, *Zeitbögen*, 2014, S. 333.

³⁶³ A. PARISI/G. PASQUINO, *Changes*, 1980, S. 13–23. Um Begriffsverwirrungen zu vermeiden, wird im Folgenden nicht vom *voto di scambio* gesprochen, der sich stark auf jüngere Entwicklungen und insbesondere mafïöse Einflüsse in der italienischen Wahlkultur bezieht, sondern vom Klientelismus, obwohl beide Typen der politischen Loyalitätsherstellung das Grundprinzip des ›do ut des‹ verbindet.

professionelles Werbewissen kam erst 1961 spürbar in den lokalen Parteiverbänden der Bundesrepublik an; ein gewisses Maß an Skepsis gegenüber den Experten von außen blieb jedoch erhalten, namentlich bei den Sozialdemokraten und vor allem in Italien.³⁶⁴ Die DC konnte auf die opulente Berichterstattung der Präfekten zurückgreifen, die recht genau prognostizieren zu können meinten, wie sich die Wählerschaft ihrer Provinz an den Wahlurnen verhalten würde. Demoskopisches Wissen fragte die DC daher nicht in dem Maße nach, wie die CDU es tat.³⁶⁵ Noch 1968 meinte der christdemokratische Innenminister Ermanno Taviani in einem Interview mit der *Gazzetta del Mezzogiorno*, Meinungsumfragen hätten einen »schwachen wissenschaftlichen Wert« und könnten die »Wahlrealität« kaum erfassen, geschweige denn beeinflussen.³⁶⁶ Damit befand er sich ganz auf einer Linie mit dem PCI, der die modernen Sozialwissenschaften als »amerikanisierte« Form der Massenbeeinflussung rundheraus ablehnte.

An Traditionen der Zwischenkriegszeit anknüpfend, bemühten sich die italienischen und westdeutschen Parteien von Anbeginn, die Wählerschaft in ihrer sozialen Differenziertheit zu erfassen.³⁶⁷ Dabei folgten sie den etablierten soziologischen und berufsständischen Kategorien, die auch in den seit Ende der 1950er Jahre fein differenzierten »Zielgruppen« präsent blieben. Seit 1949 sprachen CDU und SPD die Wählerinnen und Wähler in Wahlbroschüren, Flugblättern, aber auch im Versammlungswahlkampf als Frauen, Jungwähler, Selbstständige, Katholiken, Angehörige »freier Berufe«, »Geistesschaffende« (Lehrer, Ärzte, Juristen, Künstler), Sportler, Kleingärtner oder Geschäftsleute an.³⁶⁸ Arbeiter wurden meist noch feiner differenziert, Wählerinnen in Hausfrauen und Berufstätige unterschieden.³⁶⁹ Damit einher ging der Versuch, vermeintlich spezifische Interessen programmatisch zu bedienen. Sportlern etwa versprach die SPD in einem zielgruppenspezifischen Wählerbrief 1957 mehr Turnhallen, Sportplätze, Schwimmhallen und Unterstützung für Sportvereine.³⁷⁰ Die wich-

³⁶⁴ Vgl. A. KRÜKE, *Demoskopie*, 2012, S. 94–101, 170–188; T. MERGEL, *Propaganda nach Hitler*, 2010, S. 87–105, insb. S. 99; F. BÖSCH, *Werbefirmen*, 2004.

³⁶⁵ Vgl. S. RINAURO, *Sondaggio d'opinione*, 2002. Zu den Prognosen der Präfekten siehe die Berichte in: ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2.

³⁶⁶ Taviani: *cifre e significato delle elezioni*, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 28.3.1968.

³⁶⁷ SPD, *Wahlhelfer*, 1953, S. 6 f.; CDU-Bundesgeschäftsstelle: *Die Bundestagswahlen vom 6. Sept. 1953*, o. D., Bl. 5. ACDP 07–001-5010.

³⁶⁸ [SPD LO HH]: *Entwurf. Betr. Wahlkampf*, o. D. [Frühjahr 1949], Bl. 1 f. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 104; Heinz Gärtner an den SPD-Bezirk Hamburg-Nordwest, 11.10.1952. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 2434; *Wahlhelfer für die Bundestagswahl 1953*, Bonn, 3.8.1953, Bl. 1. ACDP 07–001-5010; SPD-Parteivorstand: *Musterbriefentwürfe zum Bundestagswahlkampf 1957*. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 1986; Pawlowski, *Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft, Landessozialausschuß Hamburg der CDU: Einladung*, 12.2.1957. ACDP 02–155-019/1.

³⁶⁹ Albert Schulz, SPD-Bezirk Schleswig-Holstein, an die SPD-Landesorganisation Hamburg, Willi Schmedemann, 11.6.1953. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 346.

³⁷⁰ Brief an Sportler, in: SPD-Parteivorstand: *Musterbriefentwürfe zum Bundestagswahlkampf 1957*. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 1986.

tigsten Sondergruppen stellten jedoch bis in die 1960er Jahre und zum Teil darüber hinaus die Vertriebenen, die Landwirte und die Rentner dar. Auch Frauen, Jugendliche, Selbständige und Arbeiter kamen dauerhaft in den Genuss spezifischer Anspracheformen. Die Arbeitsgemeinschaften der Parteien oktroyierten damit der lokalen Umwelt ihre organisationsinterne Differenzierungslogik.³⁷¹

Wenn in den deutschen Parteiverbänden von der »Individualität« der Wahlkreise die Rede war, hoben die Funktionäre auf Variationen in der soziologischen und berufsständischen Zusammensetzung ab. Vor allem die Sozialdemokraten betonten, die Infra-, Wirtschafts- und Sozialstruktur differierten geographisch so stark, dass jeder SPD-Bezirk »besondere organisatorische und propagandistische Massnahmen« ergreifen müsse.³⁷² Aus diesem Grund verteidigte der Hamburger Parteichef Karl Vittinghoff 1953 seine lokalen Propagandafunktionäre, die sich geweigert hatten, zentral produzierte Tonbänder im Wahlkampf einzusetzen. »Soziologisch sind unsere Wahlkreise so sehr verschieden, daß hier eine Generalisierung in diesen Dingen (Tonbänder) ein Vernichtungsschlag gegen unsere Wahlpropaganda gewesen wäre.«³⁷³ Regionale Identitäten oder Lokalkolorit spielten demgegenüber kaum eine Rolle. Auch die CDU-Bundesgeschäftsstelle ließ »landsmannschaftliche Gegebenheiten«, die sie zunächst für essentiell hielt, zunehmend außen vor und belieferte ihre Kreisverbände Anfang der 1950er Jahre mit Wählerkarteien, welche die »soziologische Struktur der einzelnen Wahlkreise« abbilden sollten.³⁷⁴ Weil die Zugehörigkeit zu einer gewissen sozialen Kategorie mit der Annahme über eine dauerhafte politische Einstellung verknüpft wurde, hielten sich CDU und SPD dann aus gewissen Stadtvierteln und Landstrichen gleich ganz fern.³⁷⁵

Auch in Italien dominierte die soziologisch-berufsständische Einteilung der Wählerschaft bis hinunter auf die Ebene einzelner Wahlbezirke. Die Präfekten unterschieden bei der Beobachtung ihrer Provinzen selbstverständlich zwischen Arbeitern, Landwirten, freien Berufen oder kleinen und mittleren Unternehmen.³⁷⁶ Die Parteien produzierten seit 1953 soziologische Kartographien und statistische Daten zu einzelnen Vierteln, die ihre Mitglieder mit Hilfe von Wählerlisten selbst gesammelt hatten.³⁷⁷ Überdies machten auch hier Frauen-

³⁷¹ Bericht des Geschäftsführers (Kreisversammlung 13.11.1954) [CDU Ulm]. StAU, E 201 CDU, Nr. 1, Unterfasz. »CDU Kreisversammlung 1954«; vgl. B. VOGEL/P. HAUNGS, Wahlkampf, 1965, S. 266.

³⁷² SPD-Bezirksverband Hamburg-Nordwest an alle Unterbezirke, 5.7.1949. AdsD, Abt. III, SPD-LO HH I, Mp. 104.

³⁷³ Karl Vittinghoff an Alfred Nau, Parteivorstand, 25.11.1953. AdsD, Abt. III, SPD-LO HH I, Mp. 307.

³⁷⁴ 1949 war auch noch von »Stammeseigentümlichkeiten unseres reichgegliederten Volkes« die Rede: Universitätsprofessor Dr. Edmund Wahl [Bundestagskandidat Heidelberg] auf der Großkundgebung der CDU/CSU in Heidelberg am 21. Juli 1949, Bl. 1. ACDP ACDP 07–001-5002.

³⁷⁵ SPD, Wahlhelfer, 1953, S. 6 f.

³⁷⁶ Prefetto di Alessandria an das MI, 5.5.1958, Bl. 1. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2.

³⁷⁷ Vgl. A. VENTRONE, Cittadinanza, 2008, S. 176; Verbale del Comitato Esecutivo [PCI Bologna],

sektionen und Jugendorganisationen explizit Politik für Frauen und Jugend. Arbeiter, Katholiken, Rentner, freie Berufe oder Selbständige kamen in den Genuss speziell auf ihre Interessen zugeschnittener Flugblätter und Broschüren von DC und PCI.³⁷⁸

Die Annahme, dass ein Rentner *als Rentner*, eine Frau *als Frau* oder ein Sportler *als Sportler* politisch repräsentiert werden wollten, schien mit Blick auf die lokale Vereinskultur evident. Vereine und Verbände beanpruchten, für die Wähler zu sprechen; die Interessen der sozialen Gruppen schienen bei gewissen Meinungsführern oder »Vertrauensmännern« erfragt werden zu können.³⁷⁹ Herbert Wehner wollte 1957 die in SPD-Kreisen weithin unbekanntenen Bedürfnisse der jungen Wähler ergründen, indem er der Partei anzusehen empfahl, »welche besonderen Fragen von anderen Organisationen, die nicht in unserem Sinne tätig sind, in die Jungwählerkreise hineingebracht werden«.³⁸⁰ Wähler erschienen so stets eingeschlossen in einen intermediären Raum. Dass es nicht-organisierte Jugendliche geben könnte oder solche, deren Aktivität in einem Sportverein nichts über ihre politischen Interessen aussagte, schien schwer denkbar.

So gelang es den Interessenverbänden und den Vertretern der Berufsstände auch dauerhaft, Druck auf die Parteien ausüben, um mit eigenen Repräsentanten auf den Kandidatenlisten vertreten zu sein.³⁸¹ Als 1957 der dritte Bundestagswahlkampf bevorstand, wandte sich SPD-Genosse Paul Brando in seiner Funktion als Erster Vorsitzender des Verbandes Deutscher Kleingärtner an seine Partei und konnte berichten, dass die Kleingärtner immer wieder mit dem Gedanken spielten, mit einer eigenen »Liste« für den Bundestag zu kandidieren. Als guter Sozialdemokrat wehrte Brando solche Vorstöße stets ab, zumal die Hamburger SPD die Interessen der Kleingärtner öffentlich unterstützte.³⁸² Dennoch könne er nicht abstreiten, dass die stattliche Gruppe von 700 000 organisierten Kleingärtnerinnen in Deutschland nicht sonderlich gut im Bundestag vertreten sei. Den Abgeordneten der SPD fehlten, so Brando, die Kenntnisse über die Probleme der Kleingärtner. Er bat deshalb seine Partei, einen Kandidaten aufzustellen, der sich um die Belange der Kleingärtner kümmerte, am besten

4.5.1953, Bl. 2 f. FGER, PCI-BO, CE, Verbali, 1953, b. 1, fasc. 5.; Verbale del Comitato Federale [PCI Bologna], 21.3.1953, Bl. 10. FGER, PCI-BO, CF, Verbali, 1953, b. 2, fasc. 2.

³⁷⁸ DEMOCRAZIA CRISTIANA, *Lavoratore, per chi voterai?*, 1953. Zur stark ausgeprägten Frauenpolitik, die von dem Grundsatz getragen war, dass Frauen genuin weibliche Interessen hätten, vgl. M. CASALINI, *Dilemma*, 2007; T. DI MAIO, *Democristiane*, 2009; M. TAMBOR, *Red Saints*, 2010, S. 438.

³⁷⁹ Siehe etwa: CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Organisation: Merkblatt für die Geschäftsführer der CDU zur Vorbereitung und Auswertung von Wahlen [1953], Bl. 2. ACDP 07–001-5009.

³⁸⁰ Herbert Wehner an Hans Drewitz (Hamburg), 4.5.1957. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 126.

³⁸¹ Zur Bedeutsamkeit der Kandidatenauswahl nach beruflicher Zugehörigkeit siehe etwa: Karl Meitmann an den Gesamtverband des Hamburger Einzelhandels e.V., 9.8.1949. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 104; Erich Ollenhauer an Karl Vittinghoff, 7.2.1958. Ebd., Mp. 125; Protokoll der Kreis-ausschußsitzung [des CDU-KV HH-Nord] vom 28. August 1961, 31.8.1961. ACDP 02–155-015/1.

³⁸² Siehe etwa: Wir brauchen die Dauerkleingärten!, in: HAMBURGER ECHO, 22.8.1953.

selbst Kleingärtner war. Denn würde eine andere Partei der SPD dabei zuvorkommen, so drohte er offen, müsse der ganze Verband notwendigerweise diese bei den Wahlen unterstützen.³⁸³ Das Interesse als Kleingärtner wog laut Brando im Zweifel schwerer als die politische Überzeugung. Der Einfluss, den Verbände mit der Verbreitung dieser Annahme nehmen konnten, veranlasste auch einen Konrad Adenauer 1957 zu dem Stoßseufzer: »daß z.B. das Handwerk oder die Industrie oder sonst ein Berufsstand in hundert Wahlkreisen vertreten sein will, das ist es eben, worunter wir leiden.«³⁸⁴ Auch Frauen verdankten ihren Platz auf der Kandidatenliste meist dem Glauben ihrer männlichen Kollegen, Frauen würden am liebsten Frauen wählen.³⁸⁵

Auf dieser Folie etablierte sich bereits in den 1950er Jahren ein Volkspartei-Verständnis, das an jenes der Weimarer Republik anknüpfte. Es meinte eine Partei, die in ihren Reihen alle Bevölkerungsgruppen versammelte, also die soziale Heterogenität der Wählerschaft betonte und politisch repräsentieren wollte.³⁸⁶ Die Ulmer Christdemokraten bezeichneten sich bereits 1953 als »echte Volkspartei«, weil sie im Gegensatz zu einer »Interessenpartei« in ihren Reihen »alle Gruppen und Schichten des Volkes in einzigartiger Weise vertreten« sah.³⁸⁷ Ganz ähnlich lobte ein sozialdemokratischer Funktionär aus dem Raum Nürnberg-Erlangen-Fürth 1961 das »Kandidaten-Team« seiner Partei in Franken. Mit Käte Strobel sei eine Frau und Mutter an Bord, mit Max Seidel ein Sozialpolitiker und Kontaktmann zu den Vertriebenen, mit Georg Kurlbaum ein Wirtschaftsvertreter, »Typ des modernen Unternehmers im Sozialstaat, die graue Eminenz mit dem weltweiten Blick«, und mit Josef Felder ein Journalist mit guten Kontakten zu den freien Berufen. »In Verbindung mit Metter (Industrie-Arbeiterschaft,) Herold (Handwerk) ergibt sich bereits ein Querschnitt durch breite Bevölkerungsschichten. Wahrscheinlich fehlt nur der Landwirt, andere Berufsgruppen (Beamte usw.) werden im engeren Bereich auf der Kandidaten-Liste zu finden sein.« Finde sich noch ein »praktizierende[r] Katholik« oder ein »Mann der evangelischen Kirche«, könne die SPD dem Wahlkreis glaubhaft demonstrieren, eine »Volkspartei« zu sein: »das Spiegelbild aller Schichten ist unsere Kandidatenliste.«³⁸⁸

³⁸³ Bei den Zielen des Verbandes ging es um knallharte monetäre Interessen. Der Bund sollte, wie einst das Deutsche Reich, zinslose Darlehen zur Erstellung von Kleingartenanlagen zur Verfügung stellen. P. Brando, I. Vors. des Verbandes Deutscher Kleingärtner, an die SPD-LO Hamburg, 11.5.1957. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 125.

³⁸⁴ Protokoll der CDU-Bundesvorstandssitzung Nr. 18 v. 7.2.1957, in: G. BUCHSTAB, Protokolle, 1990, S. 1203 f., Zitat S. 1204.

³⁸⁵ Protokoll der Kreisaußschußsitzung des Kreises Nord der CDU-Hamburg am 4.7.1957. ACDP 02-155-003/2.

³⁸⁶ T. MERGEL, *Parlamentarische Kultur*, 2002, S. 364.

³⁸⁷ Jahres-Hauptversammlung des Kreisverbandes Ulm der Christlich Demokratischen Union, o. D. [1953]. StAU, E 201 CDU, Nr. 1.

³⁸⁸ M. Albert: Betrachtungen zur Bundestagswahl 1961, 28.2.1961, B. 4. AdsD, SPD, NL Anders, Mp. 3, Fasz. 7/XI.

Doch wie sehr traf diese Logik der Schichtzugehörigkeit die Selbstentwürfe der Wähler? Was das Format der Ansprache anging, kam die Unterscheidung nach Generation, Geschlecht und Konfession durchaus den Präferenzen der Wähler entgegen. Jungwähler, Katholiken und Frauen wollten, so jedenfalls die Erfahrung der Parteien, am liebsten von ihresgleichen angesprochen werden.³⁸⁹ Die *campagna capillare* der italienischen Kommunisten setzte dieses Erkenntnis am konsequentesten in die Praxis um, indem sie politische Kommunikation an Treffpunkte band, wo sich gleich und gleich gesellten. Sie perpetuierte damit soziologische Typisierungen, transzendierte aber zugleich das starre Klassenaxiom.³⁹⁰

Inhaltlich stieß die zielgruppenspezifische Ansprache dann auf Resonanz, wenn aktuelle Reformen oder Gesetzesvorhaben die Interessen einer sozialstaatlich definierten Gruppe tatsächlich tangierten. Das galt in besonderem Maße für Flüchtlinge, Vertriebene und Kriegsgeschädigte und seit den 1950er Jahren auch für die Rentner. Nach Einführung der Rentenreform 1957 überrollte die CDU sie mit einer Welle von Informationsveranstaltungen, die weithin auf positives Echo stieß, ging es doch um bares Geld.³⁹¹ Stets ihrer Standesinteressen bewusst waren sich auch die Landwirte und Bauern, südlich wie nördlich der Alpen.³⁹² Die DC frönte ihrem *interclassismo* 1958 mit der Identifizierung berufsspezifischer Zielgruppen, über die sie ihre Klientelpolitik als ressourcenverteilende Staatspartei ins Werk setzte. Propagandisten sollten sich mit speziellen Inhalten unter anderem an Hausfrauen, Pensionäre des Staatsdienstes, Pensionäre des Sozialversicherungswesens, Schüler, Universitätsstudenten, freie Berufe, Handwerker, Gewerbetreibende, die verschiedenen Angestelltengruppen, Grundschullehrer, Lehrer an höheren Schulen, die Industriellen, die mannigfaltigen Gruppen gelernter und ungelernter Arbeiter oder auch die Fischer wenden.³⁹³ Ziel war es, den Status- und Berufsgruppen vor Augen zu führen, wie sehr die christdemokratische Regierung ihren Bedürfnissen entsprechen hatte und welche Segnungen sie für die kommende Legislaturperiode zu erwarten hatten. Selbst der PCI konnte sich den Interessengruppen nicht entziehen, die der Staat produzierte. Wähler stellten sich in ihren Briefen an die Kommunisten häufig als Angehörige eines sozialen Interessenverbandes, einer Genos-

³⁸⁹ Marta Damkowski, Frauensekretariat der LO Hamburg: Rundschreiben Nr. 7/Juli/49, 6.7.1949. AdS, SPD-LO HH I, Mp. 106; Hans Hermsdorf, Parteivorstand, Wahlbüro, Rundschreiben Nr. 2/49, an die Bezirksvorstände der SPD 13.5.1949. Ebd.; Jungsozialisten der Landesorganisation Hamburg an den Parteivorstand derselben, 20.07.1949. Ebd., Mp. 104.

³⁹⁰ Per la conquista di nuovi elettori, in: LA LOTTA, 1.5.1953.

³⁹¹ Protokoll der CDU-Bundesvorstandssitzung Nr. 18 v. 7.2.1957, in: G. BUCHSTAB, Protokolle, 1990, S. 1210.

³⁹² Vgl. J. BALCAR, Politik auf dem Land, 2004, S. 279; R. FORLENZA, Party for the Mezzogiorno, 2010.

³⁹³ Domenico Magri (Segreteria Organizzativa Centrale) an die Segretari provinciali u. a., 28.3.1958. ILS, DC, SP, Atti dei Segretari, Sc. 50, fasc. 67. Zur wachsenden mentalen Verlinkung von Staat und christdemokratischer Partei im Mezzogiorno vgl. R. FORLENZA, Party for the Mezzogiorno, 2010, S. 335–343.

senschaft oder lokalen Assoziation vor und wollten gewisse Versorgungsbelange geklärt wissen.³⁹⁴ Obgleich sein Klassenaxiom eigentlich solch feine Differenzierungen verbot, half der PCI bei der Feindifferenzierung von Interessengruppen auch kräftig mit, denkt man an die Partisanenverbände, die Genossenschaften und andere Assoziationen, deren Wirken er unterstützte.³⁹⁵

Doch soziale Gruppeninteressen waren nicht alles in Nachkriegsgesellschaften, die sich zugleich als Opfergemeinschaften beschrieben und sich im Kalten Krieg von der kommunistischen Alternative bedroht sahen – Kontexte, die ihrer sozialen Vergemeinschaftung Vorschub leisteten. Wo sie im Wahlkampf direkt mit Politikern aufeinandertrafen, traten Wähler eher als Sorgens- und Interessensgemeinschaften auf denn als Vertreter unterschiedlicher sozialer Gruppen. Herbert Wehner konnte sich davon ein Bild machen, wie wenig sich die Sorgen der Arbeiter, die er 1957 in zahlreichen Versammlungen getroffen hatte, von den Sorgen anderer Deutscher unterschieden. Ihre Hauptthemen seien »Atom-bomben, Wehrpflicht, Wiedervereinigung und Verhältnis zur ›DDR‹«,³⁹⁶ Darüber hinaus stellten die Kriegsschuld und die Kriegsfurcht, die gespaltene Nation und die kommunistische Bedrohung, die allgemeine politische Lage und die Flüchtlings- und Versorgungsprobleme die Themen dar, die westdeutsche Wähler jenseits von Status- oder sozialer Schichtzugehörigkeit zwischen 1949 und 1961 mit ihren politischen Vertretern diskutieren wollten.³⁹⁷ Die Beliebtheit der großen Kundgebungen in der Bundesrepublik erklärt sich auch daraus, dass die Spitzenpolitiker Themen bedienten, die das Wahlvolk einten.

Umgekehrt erklärt sich die fehlende Zugkraft der kleinen Wahlversammlungen in den westdeutschen Städten auch daraus, dass dort ganz andere Themen auf den Ankündigungsplakaten standen. Abgeordnete und Direktkandidaten traten, ihrem Selbstverständnis gemäß, in der Regel als Referenten eines bestimmten Politikfelds auf. Als Organe eines parlamentarischen Ausschusses sprachen sie über Verkehrspolitik, Mittelstandspolitik, Sozialpolitik, Landwirt-

³⁹⁴ Das galt etwa für die lokalen Invalidenorganisationen. Franco Vizzielli [?], Presidente Comunale der Libera Associazione Nazionali Mutilati Invalidi Civili, Sede di Taranto, an den PCI Bologna, 30.3.1963. FGER, PCI-BO, Segreteria, Corrispondenza, Segreteria arrivo 1 gennaio 1963 al 30 settembre 1963, b. 2, fasc. 1; LANMIC di S. Lazzaro an die Parlaments- und Senatskandidaten des PCI für die Wahlen 1963, 8.4.1963. Ebd.; Tonio Grilli (Bologna) an Armando Sarti, o. D. [1963]. Ebd.

³⁹⁵ Vgl. G. TAURASI, *Ricostruzione*, 2007; A. VENTRONE, *Cittadinanza*, 2008, S. 213.

³⁹⁶ Herbert Wehner an Hans Drewitz (Hamburg), 4.5.1957. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 126; Dr. Dieter Hauke (Hamburg) an den CDU-LV HH, 2.12.1960. ACDP 02–155-005/3.

³⁹⁷ Siehe die Diskussionsberichte aus dem Kreis Heidelberg 1961 bei B. VOGEL/P. HAUNGS, *Wahlkampf*, 1965, S. 412–422; vgl. auch J. R. CANOY, *Police State*, 2007, S. 204. Zum Krieg als beliebtem Thema in der brieflichen Kommunikation mit Parteien siehe: AdsD, SPD-PV AB I, Werbung und Propaganda, Mp. 0832; ACDP 03–010-021/1. Für ein Hamburger Beispiel: Gustav Nülk (Hamburg) an Karl Vittinghoff, 28.9.1953. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 214. Zu Kriegsangst und kommunistischer Unterwanderung als vieldiskutiertem Thema vgl. D. RIGOLL, *Staatsschutz*, 2013, S. 72 f., 75; M. GEYER, *Cold War Angst*, 2001; A. SCHILDT, *Annäherungen*, 2011, S. 34–38; E. CONZE, *Sicherheit als Kultur*, 2005.

schaftspolitik, Wehrfragen oder Gesundheitspolitik. Erfahrungsberichte zeigen, dass solche engen Referatsthemen beim Publikum (sofern es denn aus parteiungebundenen Wählern bestand) nicht auf Resonanz stießen. Worüber die Wähler mit ihren Direktkandidaten sprechen wollten, waren vor allem *lokale* Themen.³⁹⁸ Die Hamburger SPD zog daraus 1957 den Schluss, Direktkandidat Helmut Schmidt nicht mehr zu allgemeiner Verkehrspolitik, sondern zur Hamburger Verkehrspolitik referieren zu lassen.³⁹⁹ 1965 resümierten sozialdemokratische Wahlkämpfer in Hamburg-Eimsbüttel über ihre Erfahrungen aus dem Veranstaltungswahlkampf: »Es hat sich gezeigt, daß die kommunalen Fragen, die den Bürger unmittelbar berühren, größeres Interesse finden, als Probleme der großen Politik.«⁴⁰⁰ Ob es um Fragen ging, die die Nation als Ganzes oder die lokale *community* berührten – worüber die westdeutschen Wähler von Anbeginn sprechen wollten, waren Probleme, die sie gemeinsam angingen und die ihre Ähnlichkeit verbrieften.

Dass soziologische Kategorien nicht mehr griffen, zeigte sich am deutlichsten an der Kernkategorie der Klasse, an der die SPD in ihrer Kampagne gegen die »soziale Marktwirtschaft« festhielt. In Briefen versuchte die sozialdemokratische Basis den Funktionären mit Nachdruck zu verdeutlichen, dass die Arbeiter nicht mehr das Gefühl hatten, von der SPD adäquat repräsentiert zu werden. Dabei machte sich die ausbleibende Face-to-face-Kommunikation der Sozialdemokraten bemerkbar, denn nicht selten fühlten sich Genossen bemüßigt, ihre Funktionäre darüber aufzuklären, was die Arbeiter »wirklich« bewege – und das war nicht mehr ihr Distinktionsinteresse als Arbeiter, sondern der Wille, den anderen ähnlich zu sein.⁴⁰¹ Ein Leser der Parteizeitung *Hamburger Echo* erklärte der SPD 1950 mit einer deutlichen Reminiszenz an die »Normalitäts«-Erfahrung der 1930er Jahre: »Der Arbeiter möchte weiter nichts wie Arbeit. Für seine Arbeit will er anständig leben können. D.h. gut essen, trinken, bekleiden u. wohnen. Dazu einbischen [sic] Unterhaltung wie: Sport, Theater, Kino, Tanz, Spiel u. wenigstens eine Ferienfahrt in jedem Jahr. Dies alles ist in genügendem Masse da. Doch ihr bietet ihm Geld damit er seine Wünsche befriedigen soll. Der Arbeiter will gar kein Geld, wenn er das Andere, was er zum Leben braucht hat.«⁴⁰²

³⁹⁸ Siehe die Erinnerungen von Elisabeth Schwarzhaupt, Ilse Elsner und Elisabeth Pitz-Savelsberg in: Abgeordnete, Bd. 2, 1983, S. 258; Abgeordnete, Bd. 3, 1985, S. 55 f., 217. Zu entsprechenden Strategien in der brieflichen Korrespondenz vgl. M. FENSKE, Demokratie erschreiben, 2013, S. 85 u. Kap. 3.

³⁹⁹ C. OLDENBURG, Tradition und Modernität, 2009, S. 334.

⁴⁰⁰ Sitzung des Kreiswahlkampfausschusses [der CDU] Eimsbüttel v. 24.9.1965, 1.10.1965. ACDP 02–155-002/1.

⁴⁰¹ Siehe etwa: Gustav Nülk (Hamburg) an Karl Vittinghoff, 28.9.1953. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 214; Claus G. Rathje (Hamburg) an die SPD-LO Hamburg, 9.9.1953. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 214. Vgl. D. Süß, Kumpel und Genossen, 2003, S. 243 f.

⁴⁰² Hans-Erich Stein an die SPD und das Hamburger Echo, 28.5.1950. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 184. Zur »Normalität« in den 1930er Jahren vgl. A. WIRSCHING, Volksgemeinschaft, 2014.

Schon bevor die Demoskopie der SPD Ähnliches nahelegte, war die Botschaft »von unten« eindeutig: In Zeiten spürbarer Verbesserung der Lebensumstände war die »Illusion sozialen Aufstiegs« auch in sozialdemokratischen Wählerkreisen wirkmächtiger als die Klassenposition.⁴⁰³ Die optimistischen »Stabilitätserwartungen«⁴⁰⁴ der Westdeutschen in den 1950er Jahren konnte die SPD mit ihren pessimistischen Botschaften nicht spiegeln; die westdeutschen Arbeiter hatten offenkundig wenig Lust, sich von der SPD vorrechnen zu lassen, wie arm sie waren. Die Werbekampagnen der CDU hingegen gaben dem wirtschaftlichen Zukunftsoptimismus geschickt Raum und bejahten mit ihrem Wohlstandsversprechen die Konsumbedürfnisse breiter Bevölkerungsschichten.⁴⁰⁵

Indem sich die SPD gegen die »soziale Marktwirtschaft« wandte, gab sie Wählern Anlass zu der Deutung, der Partei gehe es nicht um konkrete Verbesserungen für die Bevölkerung, sondern nur um sich selbst. Wie kontraproduktiv die Wahlkampfbotschaften der SPD wirkten, weil die sozialdemokratische Klientel längst von den Homogenitätssehnsüchten der Zeit erfasst worden war, machte der Hamburger Sozialdemokrat Wilhelm Nürnberger seinem Direktkandidaten Herbert Wehner nach den Wahlen 1953 deutlich. Er forderte, die SPD müsse eine »volkstümlichere Politik« machen, »eine Politik also, die für das *gesamte deutsche Volk* den größtmöglichen Nutzen bringt u[nd] nicht nur der Partei dienen soll, denn schließlich ist die Partei ja kein Selbstzweck. [...] Ob Sie's glauben oder nicht: ich habe vor der Wahl mehrfach Stimmen aus Arbeiterkreisen gehört, daß diese Menschen Adenauer wählen wollten, weil dessen Regierung doch so mancherlei für das Volk getan hätte. Ist solches nicht erstaunlich, u[nd] liegt für die SPD darin nicht etwas warnendes [sic]?«⁴⁰⁶

Nicht mehr Politik für die Arbeiterklasse, sondern »volkstümliche« Politik, also Politik im Dienste des Wohlstands *aller* – diese sozialharmonische Forderung spiegelte das Erbe der »Volksgemeinschaft« in den sozialen Selbstentwürfen der SPD-nahen Wählerschaft. Das wurde auch semantisch spürbar, etwa wenn SPD-Genossen von ihren Mitbürgern als »Volksgenossen« sprachen. Die sozialharmonische Stoßrichtung und unbekümmerte Verwendung des Begriffs wurde auch im Rundfunk deutlich. Das Politische Forum im NWDR diskutierte 1950 die Hörerfrage »Gibt es eine wahre Volksgemeinschaft?«, und die

⁴⁰³ Vgl. S. GOCH, *Aufstieg der Konsumgesellschaft*, 2003, S. 427 f., Zitat S. 428. Vgl. P. NOLTE, *Ordnung*, 2000, S. 318–377. Zur Bedeutsamkeit materieller Verbesserungen vgl. J. MOOSER, *Arbeiterleben*, 1984, S. 154. Zur Demoskopie vgl. A. KRÜKE, *Demoskopie*, 2012, S. 351 f.

⁴⁰⁴ Vgl. H.-P. SCHWARZ, *Fünffziger Jahre*, 1989, S. 478; P. NOLTE, *Ordnung*, 2000, S. 232–234; A. SYWOTTEK, *Wege*, 1993.

⁴⁰⁵ Siehe z.B.: ...und die Armen ärmer, in: HAMBURGER ECHO, 18.8.1953; Die Hausfrauen müssen jeden Tag wählen, in: DAS DEUTSCHE WUNDER [Wahlkampfzeitung der SPD], Nr. 1, August 1953; Hans-Erich Stein an die SPD und das Hamburger Echo, 28.5.1950. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 184. Vgl. K. H. JARAUSCH, *Umkehr*, 2004, S. 191; F. BÖSCH, *Das Politische als Produkt*, 2003, 236 f.; M. E. SPICKA, *Economic Miracle*, 2007; A. STAUB, »Einmal im Leben«, 2009.

⁴⁰⁶ Nürnberger an Wehner, 10.9.1953. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 1985. Hervorh. C.C.G.

Beteiligten meinten damit schlichtweg: Geht es allen Deutschen gleich gut.⁴⁰⁷ Später konnten Ludwig Erhards Slogan »Wohlstand für alle« oder das zeitgenössische Reden von einer »nivellierten« Gesellschaft diese Sehnsucht breiter Bevölkerungsschichten einfangen, Teil *einer* Mittelstandsgesellschaft unter kleinbürgerlichen Vorzeichen zu sein.⁴⁰⁸ Nicht nur die persönliche Wohlstandssteigerung, sondern auch der Wille, seinem Nachbarn darin zu ähneln und damit keine sozialen Konflikte befürchten zu müssen, machte diesen Selbstentwurf an der Basis der westdeutschen Gesellschaft aus.

Wenn SPD und CDU vor den Augen der deutschen Wähler zu Volksparteien avancieren wollten, taten sie deshalb gut daran, sich nicht so sehr als Sammlung *verschiedener* Schichten und Interessengruppen zu präsentieren. Wichtiger war stattdessen, den Wähler als Teil eines als weitgehend homogen imaginierten »Volkes« anzusprechen, dem es gut ging und noch besser gehen sollte.⁴⁰⁹ Ludwig Erhard besaß ausweislich seiner Redebeiträge im CDU-Bundesvorstand ein sensibles Gespür dafür. In Vorbereitung auf den Wahlkampf 1957 mahnte er, im offenen Widerspruch zum berufsständischen Denken im Parteivorstand, man könne Wahlen nicht »mit Versprechungen an die einzelnen Schichten« gewinnen. Vielmehr müsse die Union »über die ständische Zugehörigkeit und die privaten Interessen des einzelnen hinweg etwas von dem sozialen Sein des Menschen schlechthin sagen«.⁴¹⁰ In den 1960er Jahren begann sich diese Anschauung durch das verstärkte Wirken externer Werbeberater auch in den lokalen Parteiverbänden durchzusetzen. Der Hamburger CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Echernach etwa trat 1961 – gegen das Dafürhalten seiner lokalen Funktionäre – dafür ein, nicht mehr Vertriebene und andere Einzelgruppen über ihre Verbände, sondern den Wähler ganz »allgemein« anzusprechen.⁴¹¹

Wähler ganz »allgemein« anzusprechen, das nahm in Italien die politische Rechte sehr früh für sich in Anspruch. Schon der Uomo Qualunque stand für das mittelständische Konzept des »Jedermann«, und der MSI beerbte ihn darin. Sein Generalsekretär Augusto De Marsanich rief 1953 seinen zahlreichen Zuhörern auf der Piazza Prefettura in Bari zu: »Jede andere Partei verteidigt oder repräsentiert ein Interesse bestimmter Berufskategorien oder Klassengruppen, eine bestimmte ideologische Position; keine jener Parteien, die sich uns entgegenstellen, kann von sich behaupten, Italien zu repräsentieren, die italienische Nation zu repräsentieren.«⁴¹² Die Nation wurde als Homogenitätsträger in

⁴⁰⁷ Gustav Reuscher (Hamburg) an den Vorstand der SPD-LO HH, Meitmann, 11.7.1949. AdSD, NL Blachstein, Mp. 22; Sendung »Politisches Forum« im NWDR, aufgenommen am 24.5.1950 [Sendungsprotokoll], Bl. 22. StAHH, 621–1/144, AE 1202.

⁴⁰⁸ Vgl. A. SCHILDT, *Annäherungen*, 2011, S. 165 f.; R. SCHMIDT, *Kein Zeitalter der Extreme*, 2016.

⁴⁰⁹ Vgl. D. Süß, *Kumpel und Genossen*, 2003, S. 245.

⁴¹⁰ Protokoll der CDU-Bundesvorstandssitzung Nr. 18 v. 7.2.1957, in: G. BUCHSTAB, *Protokolle*, 1990, S. 1217.

⁴¹¹ Kreisvorstandssitzung Hamburg-Nord am 26. Mai 1961, 16.6.1961. ACDP 02–155–005/2.

⁴¹² Comizio tenuto da Augusto De Marsanich in Piazza Prefettura, 22.5.1953. Resoconto stenografico, Bl. 2. ACS, MI-GAB, 1953–56, b. 488, fasc. 7610.

der politischen Kommunikation der Ersten Republik ganz unbekümmert bedient. Auch christdemokratische und kommunistische Redner verstanden es, auf der Piazza das nationale Gemeinschaftsgefühl anzusprechen, indem sie die äußeren Feinde im Osten oder Westen (oder auch im Norden, namentlich das untergegangene NS-Deutschland) beschworen. Die Wahlkundgebungen waren gerade in den 1940er Jahren immer auch zeitgeschichtliche Abhandlungen, die historische Schuld verhandelten, die Kriegsoffer der Stadt beweinten und die internationale Lage evaluierten. Wer sich einmal ordentlich an der *patria* berauschen wollte, war auf der postfaschistischen Piazza genau richtig. In südlichen Hafenstädten wie Bari gaben MSI und Monarchisten den urbanen Mittelschichten auch Raum, den Verlust der für die lokale Wirtschaft bedeutsamen Kolonien zu betrauern.⁴¹³

Neben der *patria* diente jedoch vor allem der semantisch neu beschriebene *popolo* als Träger nicht nur nationaler, sondern auch sozialer Einheitsvorstellungen auf Seiten von DC, PCI und PSI. Das Wahlbündnis der Sozialkommunisten trug 1948 den programmatischen Titel »Demokratische Volksfront« und wurde unentwegt als Bündnis präsentiert, das nicht nur Arbeiter, sondern alle Arbeitenden (*lavoratori*), Frauen und Intellektuelle, ja sogar Priester und Industrielle versammelte: »Es ist also ein ganzes Volk, das sich in kompakter Front aufstellt.«⁴¹⁴ Pietro Scoppola hat dieser Volksfrontstrategie vorgehalten, die Diversität der italienischen Gesellschaft nicht berücksichtigt zu haben, damit aber ihren kommunikativen Zweck verkannt.⁴¹⁵ Sie war Teil des Versuchs, eine Alternative zur erklärtermaßen klassenübergreifenden DC zu bieten, und auf diese Weise verabschiedete sich der PCI mehr und mehr vom »Arbeiter« als zentraler Figur seiner Selbstrepräsentation.⁴¹⁶ In ähnlicher Weise verband die DC schon 1945 mit ihrer Piazza-Politik die Funktion, die »Solidarität des ganzen Volkes« darzustellen, und meinte ihrerseits, andere Parteien gäben lediglich einzelnen Gruppen oder Klassen eine Bühne.⁴¹⁷ Vom Auftritt Alcide De Gasperis auf der Bologneser Piazza Maggiore berichtete die katholischen Tageszeitung *L'Avvenire d'Italia* 1953: »Wir sind jetzt inmitten der Menschenmenge. Sie ist repräsentativ. [...] Der Frei-

⁴¹³ Il discorso dell'avv. Papalia, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 8.3.1948; vgl. A. M. IMBRIANI, Vento del Sud, 1996, S. 107–112, 116. Zur stolzen Erinnerung an den Kolonialismus im moderaten Lager vgl. C. BALDASSINI, L'ombra di Mussolini, 2008, S. 113–132.

⁴¹⁴ Zitat: Arturo Colombi: Hanno paura della democrazia, in: LA LOTTA, 20.2.1948. Siehe auch: Tutta Tarcento unita intorno al Fronte, in: L'UNITÀ. EDIZIONE DELL'ITALIA SETTENTRIONALE, 4.3.1948; Aderiscono al Fronte i piccoli commercianti di Vercelli, in: L'UNITÀ. EDIZIONE DELL'ITALIA SETTENTRIONALE, 2.4.1948; N. MARCELLINO, Vite, 2009, S. 176. Vgl. A. VENTRONE, Cittadinanza, 2008, S. 160.

⁴¹⁵ P. SCOPPOLA, Repubblica dei partiti, 1997, S. 140 f.

⁴¹⁶ Zur Arbeiterfigur und seiner Marginalität in der italienischen Republik vgl. umfassend A. SANGIOVANNI, Tute blu, 2006, insb. S. 7 f., 13, 21.

⁴¹⁷ Giornata della solidarietà popolare, in: DEMOCRAZIA CRISTIANA: BOLLETTINO DELLA DIREZIONE DEL PARTITO, Nr. 6/1945, 18.10.1945; Grande manifestazione nazionale della Democrazia Cristiana, in: DEMOCRAZIA CRISTIANA: BOLLETTINO DELLA DIREZIONE DEL PARTITO, Nr. 5/1945, 30.9.1945.

berufler steht neben dem Handarbeiter, die Frau aus dem Volk neben der eleganten Dame. Die einfachen Leute sind überaus stark vertreten, und gleich werden wir sehen, wie sehr alle vereint sind im Enthusiasmus für die Worte des Präsidenten.«⁴¹⁸

Daneben konnten auf der gesamten Halbinsel lokale Themen und Belange das Bild eines homogenen lokalen Wahlvolks mit geteilten sozialen Interessen transportieren. Selbst Minister und Ministerpräsidenten der DC gingen bei ihren Kundgebungen auf die regionalen oder lokalen Traditionen ein und forderten die Bürger auf, Vorschläge und Anliegen zur Lösung lokaler Probleme direkt zu ihnen nach Rom zu senden.⁴¹⁹ Diese Tendenz zur Lokalisierung war 1946 stark zu spüren, ging in der ersten Hochphase des Kalten Krieges etwas zurück und nahm nach 1956 wieder spürbar zu, auch im Norden. Aus dem Städtchen Sondrio in der Lombardei berichtete der Präfekt 1958, die Redner würden auf ihren Kundgebungen nur noch »praktische Probleme« ansprechen, die die lokale Bevölkerung betreffen, und keine allgemeinen politischen oder wirtschaftlichen Themen.⁴²⁰ In Triest bestritt die DC ihren Wahlkampf 1958 damit, den Bürgern zu erläutern, welche fruchtbare Folgen ihre Stadt vom gemeinsamen europäischen Markt und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu erwarten hatte. Der Generalkommissar der Regierung beobachtete zufrieden, dass die DC so im Wettstreit um die Aufmerksamkeit der Triester mit den anderen Parteien mithalten könne, die allesamt ihren Wahlkampf auf wirtschaftliche Themen »lokalen Charakters« ausgerichtet hätten.⁴²¹ Im Venezianer Wahlkampf indes hatte, so der Präfekt, überhaupt kein nationales oder lokales Ereignis eine spürbare Resonanz in der Bevölkerung erzeugt, bis auf die Preiserhöhung auf Wein, ein »großzügig konsumiertes Lebensmittel in dieser Provinz«.⁴²²

Leistung für alle. Zur Funktion von Lokalität

Dieser vor Ort entdeckte »Normalwähler«, der sich nicht mehr (primär) durch Klassen- oder Schichtzugehörigkeit, Sozialkategorie oder Berufsstand definierte, belohnte nicht nur in Italien vor allem eines: Leistung. Die CDU wusste bereits 1953, dass nur die »Erfolge« der bisherigen Politik werbeträchtig seien, nicht Versprechungen, denen die Westdeutschen nach der NS-Erfahrung

⁴¹⁸ Una sterminata moltitudine ascolta la parola di De Gasperi, in: L'AVVENIRE D'ITALIA, 15.5.1953. Siehe auch: A Taranto la conferma degli ideali democratici e anticomunisti della DC, in: IL POPOLO, 4.5.1958.

⁴¹⁹ De Gasperi parla a Bari, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 28.5.1946; La campagna elettorale, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 2.3.1948; Il discorso dell'avv. Papalia, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 8.3.1948. Siehe auch: Prefetto di Bari: Telegramma N. 10217 an das MI, 30.5.1953. ACS, MI-GAB, 1953–56, b. 488, fasc. 7610.

⁴²⁰ Prefetto di Sondrio an das MI, 5.5.1958. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2.

⁴²¹ Giovanni Palamara, Commissario Generale del Governo, an das MI, 5.5.1958. Ebd.

⁴²² Prefetto di Venezia an das MI, 5.5.1958. Ebd.

skeptisch gegenüberstünden. Auch das Prestige Adenauers lebte in erster Linie von der Zuschreibung, dass er Erfolg verkörpere.⁴²³ In einem Schreiben an den SPD-Presseschef Franz Barsig brachte ein Kölner Wähler 1961 zum Ausdruck, wie sich Leistung am Wähler für die CDU auszahlte: »Wie kann sich Herr Barsig erlauben, Herrn Bundeskanzler Adenauer einen Mann ohne Ehre zu nennen? In meinen Augen – entschuldigen Sie den Ausdruck – ist er ein Mann ohne einen reifen Verstand. Wer hat uns Wohlstand gebracht? Etwa die SPD? Die SPD hat kein festes Programm, seitdem Herr Schumacher nicht mehr lebt.«⁴²⁴

Die Belohnung von Leistung für »uns«, für das soziale Ganze – das war für westdeutsche Wähler der Quell politischer Legitimität. Diese Legitimitätszuweisung fußte schon zu Beginn der 1950er Jahre nicht mehr auf sozialer Gruppenzugehörigkeit, sondern zum einen auf der Identifikation mit einem nationalen Ganzen und zum anderen auf dem Prinzip der Rationalität: Hier zeigte sich die materialistische Dimension des »gesundes Menschenverstandes«. Der Erfolg der Adenauer-Regierung bei der Wohlstandssteigerung schien in den Augen des genannten Wählers das feste Programm der CDU zu verbriefen, das er der SPD absprach. So entwarfen sich westdeutsche Wähler schon früh als »Meinungswähler« – nur band sich diese politische Meinung an den Erfolg der Regierung, der sich in der konkreten, materiellen Lebenswelt manifestieren musste. So war die »rationale« Wahl aus Sicht westdeutscher Wähler eine Belohnung von Leistung und damit in einem gewissen Sinne ein über Abwesenheitskommunikation und die Propagierung der »sozialen Marktwirtschaft« organisiertes *voto di scambio*. Mit politischen Überzeugungen und Wahlprogrammen argumentierten westdeutsche Wähler in ihren Briefen äußerst selten.

Umgekehrt müssen klientelistische Loyalitätsverhältnisse in Italien, die über Lokalkandidaten und Präferenzstimmen organisiert wurden, auch als Form der rationalen Wahlentscheidung verstanden werden, und zwar über den individuellen Vorteil hinaus. Der Honoratiorenklientelismus folgte derselben Leistungsorientierung auf das soziale Ganze, wie sie in der Bundesrepublik anzutreffen war, und projizierte dieses auf die lokale Gemeinschaft. Zu den ehrenvollen Aufgaben lokaler Kandidaten gehörte es, als eine Art Robin Hood der Provinz den bedürftigen Wählern Geld zu spenden.⁴²⁵ Der nationale Finanz- und Haushaltsminister Ezio Vanoni (DC) hatte seit den ersten Parlamentswahlen seiner Provinz Sondrio, die er auch als Abgeordneter vertrat, »zum Vorteil der gesamten Bevölkerung« stets »kräftige Hilfeleistungen ausgeteilt«, wie der Präfekt 1958 berichtete. Als Vanoni gestorben war, versuchten die linken Parteien seinen Nachfolger, den einstigen und künftigen Außenminister Artilio Piccioni,

⁴²³ CDU-Bundesgeschäftsstelle: Die Bundestagswahlen vom 6. Sept. 1953, o.D., Bl. 6 f. ACDP 07–001-5010; vgl. H.-P. SCHWARZ, Adenauer, Bd. I, S. 344 f.

⁴²⁴ P. Nonnweiler (Köln) an den Vorstand der SPD, o.D. [1961]. AdsD, SPD-PV Alter Bestand II, Pressestelle, Mp. 0848.

⁴²⁵ So 1958 durch einen monarchistischen Kandidaten in Teramo, siehe: Prefetto di Teramo an das MI, 19.5.1958. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2.

mit der Begründung zu diskreditieren, er sei aufgrund häufiger dienstlicher Reisen nach Amerika »nicht in der Lage, sich für die lokalen Belange zu interessieren«. Die Wählerschaft indes, so wusste der Präfekt zu berichten, war überzeugt, dass nur Piccioni sicherstellen könne, dass weiterhin üppige Summen und Investitionen aus Rom in die Provinz flössen.⁴²⁶ Dabei schien sie ebenso in ihren Interessen geeint wie die Bevölkerung in Bari, die Aldo Moro auch noch 1968 bei seinem Wahlkampfbesuch stürmisch begrüßte. Die *Gazzetta del Mezzogiorno* wies auf die »vielen enthusiastischen Bekundungen von Vertrauen, Verehrung, Wertschätzung« hin, auf die »Solidarität und Dankbarkeit« der Bareser, die stolz darauf seien, einem Mann das Vertrauen geschenkt zu haben, der solche Verdienste für das Land vorzuweisen hatte. Vor allem aber bemühte sich das inzwischen christdemokratisch eingestellte Blatt, in zahlreichen Berichten zu dokumentieren, wie Moro dafür sorgte, dass es der Region dank staatlicher Investitionen besser ging.⁴²⁷ Honoratiorenklientelismus und Konsensliberalismus waren miteinander vereinbar, weil jener sich durch gute Taten für die *gesamte* Stadt oder gar Region auszeichnete.

Die Orientierung des Wahlvolks auf geteilte lokale Interessen jenseits von Klasse oder Berufsstand wurde von den christdemokratischen Investitionen verstärkt, war aber nicht auf ihre Klientel beschränkt. Präfekten bemerkten vor allem nach 1956 auch unter PCI-nahen Wählern ein deutliches Interesse an lokalen Leistungen der Politik. Als die Kommunisten im Wahlkampf 1958 mit dem Sputnik-Erfolg der UdSSR warben, berichtete der Präfekt aus dem roten Bologna: »[D]och mittlerweile gelingt es dieser Art von Propaganda nicht, die Arbeitenden [*lavoratori*] groß zu interessieren, die sich nur aufmerksam zeigen, wenn Probleme behandelt werden, die sie unmittelbar betreffen.« Es lag an der Kultur des Kalten Krieges, wenn die Präfekten dieses Bekenntnis zu konkreten lokalen Interessen als eine »rationale« Abkehr von ideologischen Bindungen interpretierten und damit aufwerteten: Wo die »kulturelle Bildung« der Arbeiter und Bauern weniger ausgeprägt sei, beispielsweise in Teramo, würden sie sich durch die wissenschaftlichen Erfolge der Sowjetunion »wie elektrisiert« zeigen.⁴²⁸ Auch in Brindisi meinte der Präfekt im Wahlkampf 1958, die Wähler würden »immer widerwilliger, reflexiver«, weil sie dazu tendierten, »den konkreten Taten mehr Gewicht beizumessen als den Reden.«⁴²⁹ So stilisierten es die Vertreter der Parteiendemokratie zu einem Ausweis kritischer Reflexivität, wenn auch der PCI-nahe Souverän mehr und mehr danach zu fragen begann, was vor Ort konkret für ihn getan wurde.

⁴²⁶ Prefetto di Sondrio an das MI, 5.5.1958. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2.

⁴²⁷ Moro arriva stamane a Bari, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 11.5.1968; Moro: Con noi niente sorprese certezza di progresso e liberta, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 12.5.1968; Si faranno diciotto scuole con i sei miliardi dello Stato, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 14.5.1968.

⁴²⁸ Prefetto di Bologna an das MI, 19.5.1958. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2; Prefetto di Teramo an das MI, 19.5.1958. Ebd.

⁴²⁹ Prefetto di Brindisi an das MI, 18.5.1958. Ebd.

In der roten Emilia-Romagna tat der PCI selbst einiges dafür, das Wahlvolk auf diesen lokalen Utilitarismus auszurichten. Anknüpfend an die sozialistischen Traditionen der Region arbeiteten die kommunistischen Funktionäre hier seit der Nachkriegszeit daran, das Zentrum Bologna als rote Insel im christdemokratisch regierten Italien zu einer Art Anti-Staat (*antistato*) auszubauen. In Kooperation mit lokalen Sozialverbänden und Genossenschaften erarbeitete sich die sozialkommunistisch regierte Stadt unter Bürgermeister Giuseppe Dozza im sozialen Wohnungsbau, im Ausbau der Gesundheitsversorgung, der Kinderbetreuung und des öffentlichen Nahverkehrsnetzes, später auch mit einem urbanistischen Konzept für die (soziale) Erhaltung und Sanierung des historischen Stadtkerns und in der Einrichtung dezentraler Verwaltungs- und kommunaler Partizipationsstrukturen auf Stadtviertelebene ein besonderes soziales, demokratisches und solidarisches Profil.⁴³⁰ Ihre Galionsfigur Giuseppe Dozza wurde fotografisch als herzlicher Stadtvater in Szene gesetzt, Kinder auf dem Arm haltend oder Wählerhände schüttelnd.⁴³¹ Dozza personifizierte so die kommunistische Spielart des Wiederaufbaus. Der nationale Propagandafunktionär des PCI Gian Carlo Pajetta erinnerte sich, wenn man im Zug durch Italien fuhr und im Bahnhof Bolognas Halt machte, hörte man die Leute sagen, »hier macht dieser Dozza wirklich gute Arbeit, auch wenn er Kommunist ist«. Dann, so Pajetta, verspürte man Hoffnung für den PCI.⁴³²

Wie sehr die Kreation einer sozial gerechten und, so der Slogan Dozzas, einer »schöneren« Stadt (*una città più bella*) die politische Kommunikation und das Selbstverständnis der Bologneser durchdrang, macht der Umstand deutlich, dass Wähler im Wahlkampf auch unaufgefordert für Dozza und die Stadtregierung Partei ergriffen, wenn Mitbürger sich skeptisch äußerten. Anzeichen fortwährenden Elends, wie es gerade in der Provinz Bologna noch verbreitet war, zeigten sie dem Bürgermeister an und brachten ihre Überzeugung zum Ausdruck, dass er in seiner gewohnten Sorge um das Wohl der Stadt Maßnahmen ergreifen werde, um das Leid der betroffenen Menschen zu lindern.⁴³³ Seit 1958 dann setzte der Bologneser PCI im nationalen Wahlkampf massiv auf die Selbstvermarktung als lokale Volkspartei, die sich erklärtermaßen an alle Wähler wandte, indem sie mit lokalen Themen und den Erfolgen Dozzas und seines *buon governo* warb.⁴³⁴ Tatsächlich konnte Giuseppe Dozza mit der Politik seiner sozialkommunistischen Koalition, aber auch aufgrund seiner Herkunft aus bürgerlichem Hause, als Integrationsfigur dienen, die den PCI in Bologna auch für

⁴³⁰ Vgl. L. BALDISSARA, *Per una città più bella*, 1994, insb. S. 385; M. FINCARDI, *Piccole patrie democratiche*, 1999, S. 196–198; F. ANDERLINI, *Terra rossa*, 1990, insb. S. 39.

⁴³¹ Vgl. M. MIRETTI, *Tra consenso e ritualità*, 1997, insb. S. 22 f. Zur Selbstdarstellung des PCI in Bologna vgl. G. DOZZA, *Buon governo*, 1987; A. DE BERNARDI u. a., *Il Pci in Emilia-Romagna*, 2004.

⁴³² G. C. PAJETTA, *Introduzione*, 1983, S. 14. Siehe auch: *Prefetto di Bologna an das MI*, 5.5.1958, Bl. 1. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2.

⁴³³ So etwa: Pietro P. an den Sindaco di Bologna, 14.4.1958. ACB, AGS 1958, Gabinetto N. 354.

⁴³⁴ *Prefetto di Bologna an das MI*, 5.5.1958, Bl. 1 f. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2.

bürgerliche Wähler wählbar machte.⁴³⁵ Explizit nicht-kommunistische Wähler wandten sich vertrauensvoll an ihn, weil sie sich von anderen Nicht-Kommunisten seine Redlichkeit und Gutmütigkeit hatten verbriefen lassen.⁴³⁶ Bis 1968 sollte kein Parlamentswahlkampf vergehen, ohne dass der populäre Stadtvater kurz vor dem Urnengang einen Wahlappell an die Wähler Bolognas formuliert hätte. Die Christdemokraten der Stadt reagierten auf ihre Weise, indem sie ihre Kampagne darauf ausrichteten, den »Mythos Dozza« anzugreifen.⁴³⁷ Am Ort, wo der numerisch größte kommunistische Parteiverband der westlichen Welt saß und manch antikommunistischer Zeitgenosse eine »stalinistische« Atmosphäre ausmachte⁴³⁸, trieben der alte italienische *campanilismo* und die Personalisierung politischer Kommunikation schon in den 1950er Jahren mithin kräftige Blüten. Auch das rote Bologna wurde so zu einer Stadt, wo politische Legitimität auf der Leistung und den Wohlstand für die gesamte Bevölkerung, auch für die bürgerliche, fußte. Damit erwies sich der Emilianer »Anti-Staat«, ebenso wie der christdemokratische Zentralstaat, als Agent des konsensliberalen Ordnungsmodells.

Nicht nur in Italien jedoch war Lokalität für die Verhandlung politischer Legitimität von großer Bedeutung. Auch in der Bundesrepublik führte der Weg der SPD zur Verständigung mit dem »Normalwähler« über das Lokale. Schon vor Bad Godesberg schwenkten die Sozialdemokraten in Hamburg auf eine Kommunikationslinie um, die sie als lokale Leistungsträger markierte. Dabei verabschiedeten sie sich sowohl von Klassenkategorien als auch von der Selbstrepräsentation als »Partei, die beim Wahlvolk auf so unfruchtbaren Boden fiel. Im Bundestagswahlkampf 1953 setzten die Propagandafunktionäre der Hamburger SPD stärker darauf, sich nicht als Arbeiterpartei, sondern als Partei für das lokale Ganze zu präsentieren. Neben den großen Themen der Außen- und Innenpolitik, so hieß es, müssten die Genossen »die Hamburger Kommunalpolitik in der Öffentlichkeit mehr herausstellen als bisher. Erfolge aufzeigen!«⁴³⁹ Das *Hamburger Echo* präsentierte dann auch auf großen Extra-Seiten, mit Schlagzeilen wie »In Altona ging es mit Riesenschritten voran« oder »Aufbauarbeit verdient Vertrauen«, die Leistungen der SPD als Hamburger Regierungspartei. Zudem bestritt die SPD ihren Bundestagswahlkampf 1953 mit einem Film zum Wiederaufbau Hamburgs, der als außerordentlich

⁴³⁵ Zu Dozza vgl. L. LAMA, Giuseppe Dozza, 2007.

⁴³⁶ Siehe etwa: Maria Z. an den Sindaco, o.D. [Eingang: 17. April 1953]. ACBO, AGS, 1953, nn. 1–699, Gabinetto N. 408.

⁴³⁷ Dozza è un mito?, in: DUE TORRI, 19.3.1958; Prima del voto, di Giuseppe Dozza. La garanzia più sicura, in: DUE TORRI, 23.5.1958; Un voto comunista, in: LA LOTTA, 25.4.1963; Un voto per cambiare, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 18. Mai 1968. Zur Mythifizierung Dozzas siehe: G. DOZZA, Il buon governo, 1987.

⁴³⁸ G. DEGLI ESPOSTI, Bologna PCI, 1966; M. TESINI, Oltre la città rossa, 1986, S. 19.

⁴³⁹ SPD-LO HH an alle Kreis- und Distriktspropagandaleiter, 9.8.1952, Bl. 4. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 2434.

erfolgreich gelobt wurde.⁴⁴⁰ Als Erich Ollenhauer in die Hansestadt kam, bewarb die Partei seine Kundgebung auf Plakaten mit der Anwesenheit und Eröffnungsrede des ungleich charismatischeren Bürgermeisters Max Brauer. Am Tag vor den Wahlen zierte dessen Konterfei stets die Titelseite des *Hamburger Echo*, um die Wähler daran zu erinnern, dass sie als Hamburger wählten. Noch 1969 warb die SPD in der *Hamburger Morgenpost* mit einer Wahlanzeige am Tag vor der Wahl, in der Bürgermeister Herbert Weichmann an die »liebe[n] Hamburgerinnen und Hamburger« sprach.⁴⁴¹

Diese Kommunalisierung nationaler politischer Kommunikation wurde in Hamburg dadurch befördert, dass die Wahlkämpfe für den Bundestag der 1950er und frühen 1960er Jahre eine Art Generalprobe für den anschließenden Bürgerschaftswahlkampf darstellten, für den die SPD in der größten Stadt der Bundesrepublik enormen Aufwand betrieb. Die Bürgerschaftswahlkämpfe waren sozialdemokratische Experimentierfelder politischer Kommunikation, die sich der Kontrolle durch die Bonner Baracke weitgehend entzogen. Hier erprobte die SPD den langsamen Abschied von der Selbstdarstellung als Klassenpartei wie überhaupt als »Partei«. So setzte sie 1953 ganz darauf, sich und ihren Bürgermeister Brauer als lokale Marke für *ganz* Hamburg zu präsentieren und die Leistungen des Wiederaufbaus hervorzuheben. Von ihren Wahlplakaten verschwand sogar das SPD-Logo, stattdessen waren Slogans wie »Leistung entscheidet – darum Max Brauer« zu lesen. Der aus CDU, FDP, DP und BHE zusammengesessene Hamburg-Block sah sich angesichts solcher Personalisierung von Leistung genötigt, ein Plakat mit der Aufschrift »Achtung – Wer Brauer wählt, wählt SPD« herauszugeben.⁴⁴² Wählern wie dem erwähnten Wilhelm Nürnberger war das egal. Bei den Bundestagswahlen von 1953 wählte er die CDU, doch bei den Bürgerschaftswahlen im selben Jahr wählte er »Max Brauer«, denn mit ihm gelinge es der SPD, eine »volkstümliche« Politik zu machen.⁴⁴³ Insofern zählte das Lokale für die Herstellung politischer Legitimität nicht so sehr in seiner Bedeutung als »Heimat«, sondern als Lebensumfeld, das die Nützlichkeit und Leistungsbereitschaft der Parteien im Wiederaufbau verbriefte.⁴⁴⁴ Sich als Volkspartei zu präsentieren und dabei die Wählerschaft als Gemeinschaft anzusprechen, lernte die SPD vor Ort.

⁴⁴⁰ Zu den zitierten und weiteren Artikeln dieser Art siehe: HAMBURGER ECHO, 22.8.1953. Zum Wahlfilm »Die große Stadt« siehe: »Noch nie so besudelt worden«, in: HAMBURGER ECHO, 24.8.1953.

⁴⁴¹ »Liebe Hamburgerinnen und Hamburger«, in: HAMBURGER MORGENPOST, 27.9.1969; vgl. C. OLDENBURG, *Tradition und Modernität*, 2009, S. 14 f., 216, 337.

⁴⁴² Vgl. ebd., S. 215 u. Fn. 327; JOHN, *Wahlkampf*, 1997.

⁴⁴³ Nürnberger an Wehner, 10.9.1953. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 1985.

⁴⁴⁴ Zur Bedeutsamkeit der Wirtschaftsleistung im politischen Diskurs der Nachkriegszeit vgl. E. HOLTSMANN, *Politik und Nichtpolitik*, 1989, S. 317–320.

Zusammenfassung

Es mochte in Italien und der Bundesrepublik genügend Wähler geben, die regelmäßig dieselbe Partei wählten – in der politischen Kommunikation jedoch war die Figur des »gläubigen« Wählers, der sich über soziale Gruppenzugehörigkeit und ideologische Bindungen definierte, von Anbeginn auffällig blass. In Italien kam es zu einer intensiven Face-to-face-Kommunikation im sozialen Alltag der Städte, die von der Annahme beseelt war, dass die politischen Loyalitäten der Wählerinnen und Wähler nach dem *Ventennio* alles andere als klar und persistent waren. Die Kommunisten versuchten mit ihrer *campagna capillare* den einzelnen sozialen Gruppen passgenaue Angebote zu machen und gar den »individuellen« Bedürfnissen der Wählerinnen und Wähler im direkten Gespräch nachzuspüren. Katholische und christdemokratische Aktivisten suchten den persönlichen Kontakt, um Katholiken als Wähler zu aktivieren, aber zunehmend auch, um einzelnen sozialen Gruppen die Leistungen des christdemokratischen Staates zu verdeutlichen und Loyalitätsbeziehungen zu knüpfen. Auf diese Weise wurden die sogenannten Subkulturen der italienischen Republik seit den 1940er Jahren erst langsam produziert. Sie bauten auf intakte Viertelstrukturen, auf Nachbarschaften und Betriebsbelegschaften beziehungsweise auf berufliche und soziale Bekanntschaft vor Ort und knüpften damit politisch zusammen, wer unter sozial ähnlichen Bedingungen lebte. Und sie fußten auf der bemerkenswerten Leichtigkeit, mit der es im postfaschistischen Alltag Italiens möglich war, über Politik zu sprechen und sich als Agent einer politischen Partei zu präsentieren.

In Westdeutschland hingegen litt politische Kommunikation von Angesicht zu Angesicht an der gewachsenen Anonymität in den sozial durcheinandergewirbelten Städten sowie an der Tendenz der Parteien, die Aktivisten vor Ort primär als Verteiler von Druckmaterial anzusehen. Zudem mangelte es den Parteifunktionären insbesondere in der SPD an Bewusstsein für den Umstand, dass alte Milieustrukturen kaum noch existierten und sich Wahlkämpfer vorrangig unter fremden Wählern bewegten. Offene politische Kommunikation schien hier kaum möglich, weil das Sprechen über Politik unter Fremden nicht opportun erschien, und weil die Parteien ihre Aktivisten auch nicht darauf vorbereiteten. Vielmehr hegten Sozialdemokraten Misstrauen gegenüber Unbekannten, deren NS-Vergangenheit nicht klar war, und taten sich im Allgemeinen schwer, den »Wechselwähler« oder überhaupt den »Wähler« positiv zu beschreiben. Christdemokraten zeigten sich hier pragmatischer, doch auch unter ihnen herrschte die Anschauung vor, nur wer bereits eine feste politische Meinung habe, verfüge über eine wahre Gesinnung. Ihre persistenten Milieulogiken hinderten die westdeutschen Parteien in den langen 1950er Jahren daran, den Wähler als ein zu gewinnendes Objekt in der direkten politischen Kommunikation ernstzunehmen. Während die CDU aber »im Verborgenen« mit Hilfe ihrer Tarnorganisationen und durch die Akquise sogenannter Meinungsführer indi-

rekt mit Wahlbürgern in Kontakt kommen konnte, zeigten sich auffällige Distanzen zwischen westdeutschen Stadtbewohnern und einer SPD, deren pädagogische Strenge und enger Politikbegriff sie im Grunde verächtlich auf Wähler herabblicken ließ, die als »unpolitisch« galten, wenn sie keiner politischen Partei klar zuneigten. Die italienischen Kommunisten erwiesen sich demgegenüber als die wohlwillenderen Erzieher, die dem Wahlvolk seine Unmündigkeit und den breiten Konsens im Faschismus nicht vorwarfen – der antifaschistische Gründungsmythos erleichterte hier in gewisser Weise auch die Aussöhnung zwischen selbsterklärten Avantgarden und ihren Schülern.

Wenn Wähler und Wahlkämpfer in Italien ausgesprochen häufig, in der jungen Bundesrepublik eher selten und »verdeckt« miteinander ins Gespräch kamen, so kristallisierte sich in der medialen wie in der direkten Kommunikation dennoch ein ähnliches (Selbst-)Bild des Wahlvolks heraus. Es war das eines *rationalen* Souveräns, der in erster Linie zwei Prämissen folgte: Er belohnte materielle Leistungen und Erfolge, und er artikulierte gemeinschaftliche Interessen und ordnete sich mithin einem sozialen Ganzen zu, dem die Politik zu dienen hatte. Die Stadt konnte als Projektionsfläche dieser Vorstellungen im Zeichen des Konsensliberalismus dienen; sie wurde in der politischen Kommunikation der beiden jungen Republiken weniger als Ort der sozialen Diversität, sondern als Hort gemeinschaftlicher Interessen entworfen. Nach der ersten Hochzeit des Kalten Krieges zeichnete sich im Laufe der 1950er Jahre die Tendenz ab, lokale Themen und lokale Leistungen in den Vordergrund politischer Kommunikation zu rücken. Das galt auch für SPD und PCI, die Hamburg und Bologna als Bewährungsfelder entdeckten, um ihre Regierungsfähigkeit und damit ihr Leistungsvermögen für die Gemeinschaft unter Beweis zu stellen. Westdeutsche Wähler honorierten dies stärker als die Ansprache über ihre Klasseninteressen, und genau diese Vermutung hatte auch der PCI, wenn er in der politischen Kommunikationspraxis immer wieder vom Klassenaxiom abrückte und sich den lokalen, generationalen oder geschlechtsspezifischen Bedingungen anpasste. Die schichtenübergreifende Volkspartei war so als lokaler Entwurf bereits in der politischen Kommunikation der 1950er Jahre aufgehoben, und der »Normalwähler« begann sich hier abzuzeichnen, indem er sich als »Hamburger«, »Bologneser« oder »Venezianer« vorstellte. Der lokale Honoratiorenklientelismus Italiens vertrug sich gut mit dieser konsensliberalen Orientierung auf das soziale Ganze, denn auch er hatte durchaus das Wohl der gesamten Kommune im Blick.

Anders als es die Wahlsysteme formal nahelegten, war der lokale Horizont in der politischen Kommunikation der jungen italienischen Republik insgesamt bedeutsamer als in der Bundesrepublik. Das lag in erster Linie daran, dass die lokalen Listen- und Senatskandidaten hier eine weitaus intensivere Kampagne für ihre eigene Person fuhren als die westdeutschen Direktkandidaten, die sich dem staatsorientierten deutschen Politikbegriff gemäß stärker nach Bonn orientierten. Wenn die CDU früher als die SPD die Zentralität des Lokalen und

der lokalen Präsenz für die Vertrauenswerbung unter Wählern entdeckte, so hatte sie damit in den 1950er Jahren dennoch nur begrenzten Erfolg, weil die Abgeordneten diese Erkenntnis noch nicht ernstnahmen und die Lokalpresse sich kaum für sie interessierte. Italienische Wähler und Parteimitglieder nutzten den Lokalkandidaten zudem als Hebel und Signum basisdemokratischer Konzeptionen, um damit nicht zuletzt auch dem wachsenden Einfluss der Parteiapparate und ihrer Günstlinge entgegenzutreten.⁴⁴⁵ Die Idealisierung des Kandidaten »von hier«, dessen Rechtschaffenheit und Nützlichkeit man verbriefen konnte, ist auch im Sinne eines solchen »demokratischen« Anspruchs gegenüber der politischen Zentrale zu verstehen, die eigenen Vertreter selbst zu erwählen. Solche Tendenzen waren nicht bloß Residuen eines lokalistischen Traditionalismus, sondern selbstbewusste Wortmeldungen des Souveräns in der repräsentativen Demokratie, und bezeichnenderweise sollten sie sich auch in der Bundesrepublik ausbreiten.⁴⁴⁶

Bevor sich westdeutsche Wähler mit Politikern zu identifizieren begannen, zeichneten sie sich jedoch durch die dezidierte Abgrenzung vom Parteienbetrieb aus. In der Hauptsache entwarfen sie sich als *kritischer* Souverän, der sich in Abkehr von jeglicher Ideologie, aus der Verarbeitung seiner Erfahrungen auf dem politischen Massenmarkt heraus, einzig und allein dem »gesunden Menschenverstand« verpflichtete, ohne dabei jedoch nationalistische oder völkische Denkmuster abzulegen. Ideologische Wendigkeit, pragmatische Erfolgsorientierung und Skepsis gegenüber Autoritäten und Hierarchien, gerade mit Blick auf Großorganisationen, kennzeichneten den westdeutschen Habitus gegenüber den neuen parteipolitischen Volksvertretern. Vom autoritätshörigen Deutschen war in der politischen Kommunikation nichts zu spüren, eher von einem, der sich selbst die Autorität anmaßte, seine politischen Vertreter zu belehren. Was aber nach 1945 fortlebte, war eine profunde Aversion gegen den Konflikt und die Gefahr der inneren »Spaltung«, die Sehnsucht nach nationaler Eintracht mit hin, die dem lange vor 1933 entstandenen Ideal der »Volksgemeinschaft« zugrunde lag.⁴⁴⁷ Die SPD stand mit diesem Selbstbild des westdeutschen Souveräns in größter Spannung, die CDU wusste es geschickt zu spiegeln. In Italien indes präsentierte sich der Souverän, umgekehrt, eher offen für den innergesellschaftlichen Konflikt und teilweise durchaus demütig und ehrerbietig gegenüber Parteien als politischen Erziehern und ihren »leaders« als Heilsfiguren. Die Erfahrung von Faschismus und Nationalsozialismus hatte also keinen ähnlichen Habitus des postfaschistischen Souveräns zur Folge.

⁴⁴⁵ Zu toskanischen Städten vgl. J. A. AGNEW, *Place and Politics*, 1992, S. 52 f.

⁴⁴⁶ Siehe Kap. IV.3.

⁴⁴⁷ Vgl. T. MERGEL, *Führer*, 2005; M. WILDT, *Volksgemeinschaft und Führererwartung*, 2010.



Abb. 6: Info-Stand der SPD im Wahlkampf 1972 in Bonn. Direktkandidat MdB Freiherr Wilderich Ostmann von der Leye im Gespräch mit einer Wählerin, Werbematerial feilbietend. Fotografie von Jupp Darchinger. Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, Fotoarchiv Jupp Darchinger

© J. H. Darchinger/Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn

Viertes Kapitel

Konsumbürgern begegnen. Treffpunkte der Parteiendemokratie in Städten des Booms

An der Wende zu den 1960er Jahren befanden sich Westdeutsche und Italiener auf dem Weg in eine »neue Gesellschaft«. ¹ Vom »Wirtschaftswunder« (*miracolo economico*) sprach man hier wie dort, und was ihm folgte, war eine »Konsumrevolution« (*rivoluzione dei consumi*). Südlich wie nördlich der Alpen avancierten Wohlstand (*benessere*) und Konsumteilhabe zu wesentlichen Faktoren für die Legitimität demokratischer Regierungen. ² Victoria De Grazia hat dem Wandel zur Massenkongsumgesellschaft noch tiefgreifendere Wirkungen attestiert und als kulturelle Amerikanisierung Westeuropas beschrieben. In ihrem Zuge setzten sich egalitäre, marktliberale Prinzipien US-amerikanischer Prägung in Wirtschaft, Politik und in der Alltagswelt durch: Die Kongsumgesellschaft überformte das Handeln, Denken und Wahrnehmen der Bürgerinnen und Bürger. ³ Welche Auswirkungen hatte diese materielle und mentale Vermarktlichung auf die Verständigung zwischen Wahlvolk und Parteiendemokratie? Wo und wie konnten politische Repräsentanten Wählern begegnen, die sich zunehmend als Konsumbürger durch die Städte bewegten? ⁴

Vermarktlichungsprozesse in der Politik hat die deutsche Forschung eingehend untersucht. Professionalisierung und Verwissenschaftlichung führten in der Bundesrepublik zur allmählichen Entdeckung eines »Wählermarkts«; das Denken in »Propaganda«-Logiken wurde abgelöst vom »Werbe«-Paradigma. Darin spiegelt sich die Durchsetzung US-amerikanischer Marktlogiken, die an der Wende zu den 1960er Jahren CDU wie SPD erfasst hatten. Thomas Mergel hat die Grenzen dieser Vermarktlichung betont und auf die doch beharrlichen Eigenkräfte der Politik hingewiesen. ⁵ Für Italien hat Edoardo Novelli einen rasanten, unaufhaltsamen und tiefgreifenden Wandel von der Tradition politischer Kommunikation in den 1940er und 1950er Jahren zur medialisierten »Turbopolitik« konstatiert. ⁶ Allerdings sind die genauen Zusammenhänge dieser

¹ A. SCHILDT, *Materieller Wohlstand*, 2003, S. 24; V. VIDOTTO, *La nuova società*, 1999.

² Vgl. P. POMBENI, *Legittimazione*, 2003; G. ELEY, *Corporatism*, 2012.

³ V. DE GRAZIA, *Imperium*, 2010; vgl. auch P. GASSERT, *Spectre of Americanization*, 2012.

⁴ In der Breite der Gesellschaft kamen der Massenkonsum erst in den 1970er Jahren an, weshalb das Kapitel Prozesse beschreibt, die über die 1960er Jahre hinaus andauerten. Vgl. A. DOERING-MANTEUFFEL/L. RAPHAEL, *Nach dem Boom*, 2010, S. 60–62.

⁵ T. MERGEL, *Verkaufen wie Zahnpasta?*, 2007; DERS., *Propaganda*, 2010, S. 102–114; vgl. auch A. KRÜKE, »Atomwaffe im Propagandakampf?«, 2007, S. 367, 370 f.

⁶ E. NOVELLI, *Turbopolitica*, 2006.

Transformation und die Frage konkreter Transferprozesse aus den USA bislang noch nicht systematisch erforscht worden. Die Christdemokraten engagierten 1963 einen namhaften US-amerikanischen Werbeberater für ihre zentrale Kampagne, blieben aber zaghaft in der Professionalisierung politischer Kommunikation. In ihrem Fernsehwahlkampf der 1970er Jahre schließlich hätten die DC und dann auch der PSI den italienischen Wähler als einen »gewöhnlichen Konsumenten« entdeckt.⁷ Der PCI gilt dagegen als renitent gegenüber Marktlogiken und Medialisierung und gerät deshalb in der Geschichte der »Modernisierung« politischer Kommunikation seit den 1960er Jahren aus dem Fokus. Noch in den 1980er Jahren sträubten sich die Kommunisten gegen die Einführung von Wahlwerbespots im Fernsehen.⁸

In der Tat war die Genese eines neuen Medienregimes eminentester Bestandteil des Wandels zur Konsumgesellschaft.⁹ Zwischen 1960 und 1970 stieg das Fernsehen in der Bundesrepublik wie in Italien zum Leitmedium auf, vor allem in den Städten. In beiden Ländern fungierte es als »Vermittlungsagentur gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse«, die integrierend auf die Gesellschaft wirkte: Unabhängig von sozialer Schicht, Bildungsgrad und Region verfolgten Fernsehkonsumenten simultan dieselben Sendungen, gerade in den 1960er Jahren, als die Programmalternativen noch überschaubar waren.¹⁰ Die übrigen Massenmedien und auch die Politik mussten sich dieser neuen Konkurrenz um die Aufmerksamkeit und Freizeit der Wahlbürger stellen. Folgt man der Kommunikationswissenschaft, fand Wahlkampf seit 1960 überwiegend im Fernsehen statt und ließ nationale Kommunikationsstile nach US-amerikanischem Vorbild einander ähnlicher werden.¹¹ Historische Studien heben demgegenüber eher nationale Spezifika bei Medienstil und Medienkonsum hervor, die nicht zuletzt auch mit unterschiedlichen staatlichen Medienstrukturen zu tun hatten.¹² Das Kapitel untersucht den Einfluss des neuen Medienregimes und namentlich des Fernsehens auf die direkte politische Kommunikation vor Ort.

⁷ F. ANANIA, *Legami pericolosi*, 2004, S. 255; zur zaghaften Professionalisierung und Amerikanisierung politischer Kommunikation in Italien vgl. F. D'ALMEIDA, »Democrazia dell'opinione«, 2002, S. 271–273.

⁸ P. L. BALLINI/M. RIDOLFI, *Storia delle campagne elettorali*, 2002; M. RIDOLFI, *Propaganda*, 2004; zum PCI vgl. G. CRAPIS, *Frigorifero*, 2002; R. BRIZZI, *Il PCI e la televisione*, 2013. Zu den Spots vgl. I. PEZZINI, *Advertising*, 2001.

⁹ Vgl. B. WEISBROD, *Medien*, 2001.

¹⁰ Vgl. K. HICKETHIER, *Geschichte*, 1998, S. 112 f., 202 f., Zitat S. 202; F. ANANIA, *Legami pericolosi*, 2004, S. 247; DIES., *Davanti allo schermo*, 2002, S. 39–43.

¹¹ G. MELISCHEK/J. SEETHALER, *Kontinuität*, 2010; C. HOLTZ-BACHA, *Massenmedien und Wahlen*, 1996; G. MAZZOLENI, *Comunicazione politica*, 2004, S. 138; historiographisch reproduziert bei E. NOVELLI, *Repräsentation*, 2006; D. MÜNKEL, »Modernes« Image, 2008, S. 25 f., 41; DIES., *Politik als Unterhaltung?*, 2006, S. 216; DIES., *Willy Brandt*, 2005, Kap. 6. Kritisch zum Amerikanisierungsparadigma: K. KAMPS, *Trans-Atlantik – Trans-Portabel?*, 2000.

¹² Vgl. B. WEISBROD, *BBC*, 2008; T. MERGEL, *Wahlkampf und Medien*, 2010; J. REQUATE, »Amerikanisierung«, 2010, S. 49–56; K. HICKETHIER, *Europa*, 2010; C. VON HODENBERG, *Wie westlich*, 2016.

Verlagerte sich der Wahlkampf mit dem Aufstieg des Fernsehens tatsächlich vornehmlich in die Wohnzimmer?

In der Geschichte der Bundesrepublik gelten die 1960er Jahre einstimmig als die wohl dynamischste Dekade, als Kalaysator der Demokratisierung, der Amerikanisierung, der Liberalisierung, der wachstumsgläubigen Globalsteuerung und der politischen Reformeuphorie.¹³ Auch in der italienischen Konsumrevolution können Historiker die kulturelle Ankunft im »Westen« (*occidente*) entdecken.¹⁴ Was jedoch überwiegt, sind Erzählungen vom italienischen Boom, die seine problematischen Wirkungen betonen. Tradition und Modernität, soziokultureller Wandel und politische Steuerungsschwierigkeiten, Amerikanisierung und kulturelle, auch ideologische Beharrungskräfte standen in einem spannungsreichen Wechselverhältnis und machten Italien, so Guido Crainz, zu einem »verfehlten Land« (*paese mancato*).¹⁵

In der politischen Kommunikation der (langen) 1960er Jahre waren die Erzählungen über diese Dekade, die sich in die Historiographie eingeschrieben haben, bereits angelegt. Wie sich die Politik einer Gesellschaft anpasste, die von zunehmendem Wohlstand und wachsenden Konsumbedürfnissen geprägt war – und wo die Grenzen dieser Anpassung lagen –, wird nirgendwo sichtbarer als in den Städten, die zu Schaufenstern der Konsumgesellschaft avancierten. Wie veränderten der soziale und kulturelle Wandel in der Stadt die Kontaktstrukturen zwischen Wahlvolk und Parteiendemokratie? Inwiefern nahmen die Parteien in ihrer politischen Kommunikation Marktlogiken auf und welche Wirkung hatte dies auf ihre Verständigung mit Wählern? Mit diesen Fragen rekonstruiert das Kapitel die Produktion unterschiedlicher Deutungen von Politik im Boom, die wesentlich von den Parteien, ihrer Bereitschaft zu Innovationen und ihrem Traditionsbewusstsein beeinflusst waren.

1. Politik und Konsum. Ambivalente Lesarten

An einem zentralen Punkt scheiden sich die Wege der Historiographie bei der Vermessung der langen 1960er Jahre: beim Verhältnis von Politik, Demokratie und Konsum. So lässt sich bei Historikern wie bei Zeitgenossen eine konsum-positive und eine konsum-negative Perspektive unterscheiden, und darin

¹³ G. METZLER, Am Ende aller Krisen?, 2002; A. SCHILDT, Materieller Wohlstand, 2003; M. FRESSE u. a., Demokratisierung, 2005.

¹⁴ S. CAVAZZA, L'occidente, 2006.

¹⁵ G. CRAINZ, Paese mancato, 2005; S. LUPO, Partito e antipartito, 2004, S. 165–182. Vgl. auch P. POMBENI, L'eredità, 2003, S. 51 f. Die Diagnose, dass Wirtschaftsboom und Wohlstandsgesellschaft den »Traditionalismus« regionaler Prägung aufbrechen und in Klagen über die sich verflüssigenden Traditionen mündeten, war auch in den westdeutschen 1960er Jahren zu vernehmen, hat in der Historiographie jedoch wenig Raum erhalten, siehe R. DAHRENDORF, Gesellschaft und Demokratie, 1968, S. 137.

spiegelt sich der Umstand, dass das Verhältnis von Politik und Konsum seit dem 19. Jahrhundert selbst eine eminent politische Frage darstellt.¹⁶

In der deutschen Zeitgeschichte überwiegt eine positive Lesart der politischen Wirkungen von Konsum, und man kann dies in gewisser Weise als Ausweis geglückter Westernisierung deuten. Die USA selbst verbreiteten im Kalten Krieg dieses positive Bild.¹⁷ Michael Wildt hat in der Alltagspraxis des Konsumbürgers, die darin bestehe, auf einem Markt *selbst* zu wählen und dabei das Bedürfnis nach Distinktion und individuellem Glück zur Entscheidungsgrundlage zu machen, ein ›demokratisierendes‹ Potenzial erkannt. Die Herstellung von Individualität durch das Auswählen auf dem Markt der Güter habe den Westdeutschen die demokratische Wahlfreiheit schmackhaft gemacht. Manche Überlegungen gehen noch weiter und attestieren dem persönlichen Glücksstreben, das der Massenkonsum entfachte, eine »zivilisierende« Wirkung auf die Westdeutschen.¹⁸ Gerade die amerikanisierte Jugendkultur gilt in der Bundesrepublik als Träger der »Zivilisierung« und damit der »Demokratisierung«, weil Lässigkeit von soldatischen Tugenden weggeführt habe.¹⁹ Für die junge Generation der 1960er Jahre sind die dissensfördernden und damit ›politisierenden‹ Wirkungen »individualisierter« Orientierungsmuster hervorgehoben worden, die die Konsumgesellschaft produzierte.²⁰ Ob solche Deutungen allgemeingültige Kausalzusammenhänge beschreiben oder lediglich dem konsum-positiven Paradigma der Westintegration folgen, wäre noch zu klären.²¹

Die skeptischere Lesart sieht im Konsum eine potenzielle Blockade des politischen Partizipationswillens und unterstellt der (saturierten) Massenkonsumgesellschaft die Tendenz zur ›Entpolitisierung‹. Das individuelle Kosten-Nutzen-Kalkül des Konsumbürgers mache, ins Radikale gesteigert, ehrenamtliches Engagement und damit die Beteiligung an der politischen Öffentlichkeit unwahrscheinlich, worauf verschiedentlich auch deutsche Historiker hingewiesen haben.²² Diese Perspektive verortet den *citoyen* im Bereich des Öffentlichen

¹⁶ Vgl. M. DAUNTON/M. HILTON, *Politics of Consumption*, 2001; M. WILDT, »Wohlstand für alle«, 2009; K. BRÜCKWEH, *Perspectives*, 2011; C. TORP, *Wachstum*, 2012.

¹⁷ Vgl. M. TAMBOR, *Red Saints*, 2010, S. 436.

¹⁸ M. WILDT, *Konsumbürger*, 2005, S. 273 f.; DERS., *Changes in Consumption*, 1998, S. 315; K. H. JARAUSCH/M. GEYER, *Shattered Past*, 2003, S. 270; A. CONFINO/R. KOSHAR, *Regimes*, 2001; siehe auch E. WOLFRUM, *Die geglückte Demokratie*, 2007, S. 186.

¹⁹ K. MAASE, *Bravo Amerika*, 1991, S. 237; DERS., *Establishing Cultural Democracy*, 2001.

²⁰ T. GROSSBÖLTING, *Von »Halbstarke«*, 2003, S. 317 f.

²¹ Zur Problematik solcher Kausalitäten am Beispiel der westeuropäischen Jugend vgl. S. LEVSEN, *Jugend*, 2010, S. 425–427. Bezeichnenderweise haben gerade angloamerikanische Historiker auf das partizipative Potenzial des Massenkonsums hingewiesen, so etwa E. CARTER, *Alice in the Consumer Wonderland*, 1997, S. 351, 353. Vgl. auch K. BRÜCKWEH, *Voice of the Citizen Consumer*, 2013.

²² M. WILDT, *Konsumbürger*, 2005, S. 282; M. HETTLING, *Bürgerlichkeit*, 2005, S. 27. Die konsum-negative Perspektive der radikalen Linken und ihrer Konsumkritik ist jüngst in den Fokus zeitgeschichtlicher Forschung zur Bundesrepublik gerückt, hat aber noch nicht zu grundlegenden Reflexionen über den Zusammenhang von Konsum und »Demokratisierung« geführt, siehe A. SEDLMAIER, *Consumption and Violence*, 2014.

und Kollektiven – als dem Politischen – und sieht den Konsumenten im Passiven, Privaten und Individuellen isoliert, ganz so, wie es auch die SPD in ihrer Wähleransprache der 1950er Jahre tat.²³

Bei italienischen Historikern überwiegt die skeptischere Lesart. Statt in Boom und Konsumrevolution »demokratisierende« und politisierende Impulse zu suchen, gelten ihnen die 1960er Jahre als beginnende Krisenzeit der Parteiendemokratie, die sich zunächst »untergründig« gezeigt habe und mit den *movimenti* schließlich zum Ausbruch gekommen sei. Neben dem schleichen den Mitgliederverlust von PCI und Kirche (nicht aber der DC) bilde ein zunehmender Dissens im Inneren dieser Organisationen die Krise ab.²⁴ Unter Katholiken schieden sich die Geister an familienpolitischen Themen wie Scheidung und Abtreibung; die DC-Basis zerstritt sich seit 1960 über die Frage, ob man sich der Linken öffnen sollte (*apertura a sinistra*) oder ob eine Koalition mit dem MSI mit dem antifaschistischen Verständnis der Partei vereinbar war.²⁵ In den Reihen des PCI indes brodelte es in den 1960er Jahren ebenfalls gewaltig. Bologneser Genossen etwa stellten dabei die innerparteiliche Demokratie in Frage, Bareser Funktionäre ergingen sich in internen Konflikten oder wurden der Veruntreuung von Parteigeldern bezichtigt. Hier wie dort warfen sich Funktionäre und Basis zudem gegenseitig mangelnden Einsatz vor.²⁶ Die Parteiführung begegnete dem zunehmenden Dissens mit der Öffnung der Diskussionskultur auf den Parteiversammlungen, was bedeutete, dass die Basis fortan die Direktiven von oben beraten und sich dazu äußern konnte.²⁷

Während die deutsche Optik in solchen Auseinandersetzungen Zeichen der Emanzipation und des wachsenden »kritischen Selbstverständnisses« von Gläubigen oder Parteimitgliedern erblickt²⁸, passen sie sich aus Sicht der italienischen Zeitgeschichte in die Geschichte des Verlusts traditioneller Bindungen ein, die sich durch »Individualisierung« und »Säkularisierung« ergeben hätten. Sie entzogen dem PCI seine willige Massenbasis und beraubten die Kirche ihrer Gläubigen. Der Übergang zur Massenkongsumgesellschaft wird so als eine Geschichte der Vereinzelung, als eine Krisengeschichte kollektiver Organisation

²³ Vgl. J. CLARKE, *Citizen-Consumers*, 2011, S. 226; F. TRENTMANN, *Knowing Consumers*, 2006; DERS., *History of Contemporary Consumer Society*, 2009. Zur SPD siehe Kap. III.1.

²⁴ G. CRAINZ, *Paese mancato*, 2005, S. 155 (Zitat), 159 f., 172 f., 175 f. u. Kap. VI; P. GINSBORG, *Storia d'Italia*, 2006, S. 338; S. LUPU, *Partito e antipartito*, Kap. IV.

²⁵ Siehe die Eingaben von der Parteibasis in: ILS, DC, SP, Sc. 87, 88, 139–143 u. 178.

²⁶ Zum Vorwurf des Fehlens eines »systematischen demokratischen Systems innerhalb der Partei« und zu Frakturen und Flügelbildungen innerhalb des Bologneser PCI-Verbands siehe: Prefetto di Bologna an das MI, 16.5.1962. ACS, MI, GAB, PP 1944–1966, fasc. 160/P/14; zum fehlenden Einsatz siehe: Verbale del Comitato Federale [PCI Bologna], 18–25-28.5.1963. FGER, PCI-BO, CF, Verbali, 1963, b. 5, vol. 2. Zu Bari siehe: Prefetto di Bari an das MI, 20.1.1966. ACS, MI-GAB, PP 1944–1966, b. 2, fasc. 160/P/10; ders. an dass., 10.2.1966. Ebd.

²⁷ Verbale del Comitato Federale [PCI Bologna], 2.3.1963. FGER, PCI-BO, CF, Verbali, 1963, b. 5, vol. 2.

²⁸ E.-M. SILIES, *Lebensführung*, 2007, S. 205, 221, 223 f., Zitat S. 224; T. GROSSBÖLTING, *Laien und Genossen*, 2005.

und Loyalitäten erzählt. Dabei blieb die Organisationswilligkeit der Italiener in den 1960er Jahren beachtlich, vergleicht man sie mit Westdeutschland. Zählten DC und PCI 1963 zusammen immer noch 2,23 Millionen Mitglieder, kamen CDU und SPD 1965 gerade einmal auf etwa eine Million.²⁹ Dennoch dominieren für die 1960er Jahre historiographische Thesen wie die »Nuklearisierung« der Familie, die »Atomisierung der Zivilgesellschaft« (Paul Ginsborg), die »Isolation« der Hausfrauen in den modern eingerichteten Haushalten oder die »Fragmentierung« der Gesellschaft im Konsumzeitalter. Daraus webt sich eine Verlustgeschichte kollektiver Identitäten und traditioneller kultureller Verhaltensweisen in den langen 1960er Jahren, an der auch Konsumhistorikerinnen mitwirken.³⁰ Impliziert ist damit stets die Auflösung einst fest gefügter solidarischer Gemeinschaften, und damit auch der Verlust politischer Handlungsfähigkeit durch den Rückzug ins Private. Dass dies keineswegs eine naturläufige Folge der Konsumgesellschaft sein musste, zeigen die westdeutschen Interpretationen, erweist sich aber auch in der neuen Welle sozialer Konflikte in den italienischen Fabriken.³¹ Auch das italienische »1968« wird inzwischen, wie in ganz Westeuropa, als »partizipatorischer Konsumismus« und mithin als Produkt der Konsumgesellschaft gewertet und zeigt damit auf, dass Massenkonsum mitnichten in »Atomisierung« münden musste.³²

Das problematische historiographische Verhältnis zur italienischen Konsumgesellschaft hat zwei Wurzeln. Zum einen reproduziert es die zeitgenössischen Deutungen der Politik selbst, die auf der Linken wie auf der Rechten im Wesentlichen konsum-negativ eingestellt waren.³³ Zum anderen reagiert es auf die sozialen und wirtschaftlichen Ambivalenzen, die der Boom in Italien tatsächlich produzierte – und die auch die zeitgenössische Konsumskopsis politischer Beobachter nährte. Wenngleich Sozialhistoriker die soziale Integration Westeuropas nach 1945 in der *longue durée* konstatieren, war für die zeitgenössische Verarbeitung des sozialen Wandels doch wesentlich, dass das italienische Wirtschafts- und Wohlstandswachstum von stärkeren Ungleichzeitigkeiten begleitet war als das westdeutsche.³⁴ Von einem niedrigeren Industrialisierungs-

²⁹ Handbuch zur Statistik IV, 2005, S. 131; Handbuch zur Statistik II, 2005, S. 97; G. POGGI, *L'organizzazione partitica*, 1968, S. 328, 390. Für die 1970er Jahre wird diese Krisenerzählung dann fortgeschrieben, siehe F. BONINI, *Apogeo*, 2003; H. WOLLER, *Geschichte Italiens*, 2010, S. 336.

³⁰ E. SCARPELLINI, *Material Nation*, 2011, S. 134–175; P. GINSBORG, *Storia d'Italia*, 2006, S. 337; A. LEPRE, *Storia della prima Repubblica*, 1999, S. 266 f.; M. CACIAGLI, *Erosioni*, 1990, S. 8 f.; P. POMBENI, *L'eredità*, 2003, S. 51; G. BONANSEA, *Donne a Torino*, 1991, S. 335 f.; P. WILLSON, *Women*, 2010, S. 122 f.

³¹ P. GINSBORG, *Storia d'Italia*, 2006, S. 340; G. CRAINZ, *Paese mancato*, 2005, S. 20.

³² A. ARVIDSSON, *Consumi*, 2003, S. 50 (Zitat); A. DE BERNARDI, *Il movimento giovanile*, 2003. Zu Westeuropa vgl. S. MALINOWSKI/A. SEDLMAIER, 1968, 2006, S. 254–257; A. SCHILDT/D. SIEGFRIED, *Youth, Consumption, and Politics*, 2006.

³³ Vgl. S. CAVAZZA, *Consumi e politica*, 2013.

³⁴ H. KAEHLBLE, *Auf dem Weg*, 1987, S. 149–154; DERS., *Sozialgeschichte Europas*, 2007; N. CRAFTS/G. TONILOLO, *Les trente glorieuses*, 2012.

niveau aus startend, erlebte Italien erst seit den 1950er Jahren den entscheidenden Strukturwandel vom primären zum sekundären Sektor, der in Deutschland schon am Ende des 19. Jahrhunderts eingesetzt hatte. Daraus folgten Landflucht, Urbanisierung und mithin Migrationsprozesse in einem bislang ungekannten Ausmaß. Die starke Wanderungsbewegung vom Süden in den Norden bescherte der Industrie ein großes Reservoir meist ungelerner Arbeiter vom Land, die unter prekären Beschäftigungsverhältnissen bei konstant niedriger Entlohnung den Boom erarbeiteten. Ihr Zuzug ließ die Städte unkontrolliert wachsen und schuf nicht nur soziale Probleme, sondern in der Nordhälfte des Landes auch kulturelle Konflikte, die aus Ressentiments gegenüber den Süditalienern resultierten.³⁵ Diesen Herausforderungen der »neuen« Gesellschaft mit politischer Steuerung zu begegnen, wurde in Italien dadurch erschwert, dass der Boom schon 1963/64 von einer Phase der Instabilität (*congiuntura*) abgelöst wurde. Sie versetzte dem Wachstumsglauben einen frühen Dämpfer und bremste den Reformwillen.³⁶

Aus den spezifischen italienischen Bedingungen resultierte, verglichen mit der Bundesrepublik, ein langsamerer Wandel zur Massenkonsumgesellschaft, der auch ungleicher verteilt war (Tab. 3). Zwar verdreifachte sich das private Konsumniveau zwischen 1950 und 1970.³⁷ Doch Luxusgüter wie das Automobil, führend unter den italienischen Sehnsüchten, blieben länger als in Westdeutschland ein Privileg der urbanen Ober- und Mittelschicht (Tab. 4).³⁸ Umso größer aber waren die Wohlstandshoffnungen, die der ungleiche Boom weckte, denn sichtbar wurden die neuen Konsummöglichkeiten in den Städten und an den Küsten allemal, auch wenn sie noch nicht für jeden erschwinglich waren. Die Erfüllung von Wohlstandsträumen, die in der *Material nation* (Emanuela Scarpellini) schon lange angelegt waren, schien seit den 1950er Jahren in greifbare Nähe zu rücken, und dies machte die spezifische Dynamik der italienischen Gesellschaft im Boom aus.³⁹

³⁵ Vgl. V. VIDOTTO, *La nuova società*, 1999; G. CRAINZ, *Storia del miracolo economico*, 2005; P. ALLUM, *Italian society transformed*, 2000. Zur urbanen Entwicklung vgl. die einschlägigen Beiträge in M. BAUMEISTER u. a., *Cities Contested*, 2017.

³⁶ Vgl. G. CRAINZ, *Paese mancato*, 2005, S. 3, 13, 19, 32–40; P. GINSBORG, *Storia d'Italia*, 2006, S. 380–383.

³⁷ Vgl. S. CAVAZZA, *Consumo desiderato*, 2010, S. 59 f.

³⁸ Von den 10 Millionen Pkw, die 1964 die neu geteerten Straßen und Autobahnen der Halbinsel befuhren, gehörten über 44 Prozent Angestellten und Beamten und über 14 Prozent Landwirten; nur zu 13 beziehungsweise 3 Prozent saßen Arbeiter oder Landarbeiter am Steuer – ihr prominentes Transportmittel blieb in den 1960er Jahren das Zweirad, vgl. P. GABRIELLI, *Anni di novità*, 2011, S. 123.

³⁹ Vgl. S. GUNDLE, *Visions of Prosperity*, 2002; E. SCARPELLINI, *Material Nation*, 2011, S. 128–134; P. GABRIELLI, *Anni di novità*, 2011.

	Konsumausgaben in Prozent					
	1960		1970		1980	
	BRD	Italien	BRD	Italien	BRD	Italien
Ernährung	36	50	30	38	25	31
Wohnung	15	10	18	13	22	13
Haushaltsartikel	10	7	8	6	7	8
Freizeit	7	7	9	k.A.	10	7

Tab. 3. Quelle: Tomka, Social History, 2013, S. 224.

	Pkw pro 1000 Einwohner			
	1950	1960	1970	1980
Bundesrepublik	7	81	227	369
Italien	6	40	192	309

Tab. 4. Quelle: Tomka, Social History, 2013, S. 235.

Die Ausbreitung des Fernsehens steigerte diese Erwartungen noch. Für Italien ist die homogenisierende und nationalisierende Wirkung des neuen Massenmediums besonders hervorzuheben. In seiner Reichweite unvergleichlich, schuf es ein neues Zusammengehörigkeitsgefühl, verbreitete das Hochitalienisch und vermittelte ein an US-amerikanische Werte angepasstes Bild vom »modernen« Italien.⁴⁰ Vor allem Jugendliche und Frauen waren empfänglich für die Wohlstandsträume und Konsumhoffnungen, die populäre Werbesendungen wie *Carosello* schürten.⁴¹ Wie sehr das Fernsehen die Freizeitgestaltung veränderte, könnte besser nicht zum Ausdruck kommen als in der Floskel, »nach dem *Carosello* ins Bett zu gehen«, die sich in den 1960er Jahren verbreitete.⁴²

Die langsamere Durchsetzung der Massenkongumgesellschaft spiegelte sich im urbanen Raum und in der urbanen Lebenswelt. Die Städte des Booms waren in Italien jenen der Nachkriegszeit noch weitaus ähnlicher, als es in der Bundesrepublik der Fall war.⁴³ Suburbanisierung, die »autogerechte« Gestaltung der

⁴⁰ Vgl. S. GUNDLE, *L'americanizzazione*, 1986; G. GUZZALOCA, *Fabbrica del consenso*, 2006, S. 163; DIES., *Culture politiche*, 2010, S. 309 f., 346–353; F. MONTELEONE, *Storia della radio e della televisione*, 1992, S. 280; F. ANANIA, *Davanti allo schermo*, 2002, S. 28, 47–49. Die nationale Integrationswirkung des Fernsehens ergibt sich aus der regionalen Fragmentierung sonstiger massenmedialer Angebote in Italien. Der *Corriere della Sera* kann als einzig wirklich nationale Zeitung gelten, doch zwei Drittel seines Absatzes verbuchte auch er in seiner Stammregion, der Lombardei, vgl. D. FORGACS, *Italian Culture*, 1990, S. 25–29, 33.

⁴¹ Vgl. G. CRAINZ, *Storia del miracolo economico*, 2005, S. X; S. CRUCIANI, *Dalla ricostruzione al miracolo economico*, 2011, S. 346 f.; A. ARVIDSSON, *Consumi*, 2003.

⁴² S. PIVATO/A. TONELLI, *Italia vagabonda*, 2001, S. 126 f., Zitat S. 130; V. PRADA, *Videocrazia*, 2014, S. 51 f.

⁴³ Zu den urbanen Veränderungen in Westdeutschland seit den 1950er Jahren vgl. A. SCHILDT,

Stadt und die Einrichtung von Fußgängerzonen waren vor allem westdeutsche Phänomene, bereits angelegt in der Stadtplanung zum Wiederaufbau und mithin sekundäre Folgen der Kriegszerstörungen.⁴⁴ Italienische Städte wuchsen zwar seit den 1950er Jahren über ihre mittelalterlichen Stadtkerne hinaus, ließen zentrumsnahe Neubauviertel für die Mittelschichten und periphere Arbeiterviertel entstehen. Der hohe Altbaubestand führte jedoch dazu, dass italienische Innenstädte ihr Gesicht weitgehend bewahrten. Italienische Pläne zur »Metropolisierung des Urbanen« wurden zwar entwickelt, aber häufig kaum oder nur schleppend umgesetzt, wobei Mailand in vieler Hinsicht eine Ausnahme darstellte.⁴⁵ Repräsentativer für die italienische Konsumstadt war ihr mittelalterlicher Stadtkern mit der dichten Bebauung, den engen Gassen und den großen Plätzen, die in den 1960er Jahren angesichts der fehlenden Parkmöglichkeiten nicht selten zu Parkplätzen umfunktioniert wurden. Platz für breite Fußgängerzonen, große Konsumtempel und neue Radialstraßen, die für die modernisierte und rationalisierte Arbeits- und Konsumgesellschaft standen, entstand dadurch nicht. Materiell machte sich die »neuen Gesellschaft« in westdeutschen Städten früher und ausgeprägter bemerkbar als in italienischen – Konsumstädte sahen mithin alles andere als gleich aus.⁴⁶

Es mag daher nicht überraschen, dass auch die Konsumpraxis in italienischen Städten traditioneller blieb als in der Bundesrepublik. Der Supermarkt als emblematischer Selbstbedienungsladen, wo laut Michael Wildt die demokratische Praxis des selbstbestimmten Wählens eingeübt werden konnte, stellte in Italien zwar eine bahnbrechende, aber keine Breitenerscheinung dar.⁴⁷ In Bologna erledigte selbst die außerhalb der alten Stadtmauern wohnende Bevölkerung 1968 noch zu über 50 Prozent ihre Einkäufe *täglich* innerhalb des Innenstadtrings mit seinen engen Gassen und kleinen Geschäften, wo man noch an der Theke bedient wurde.⁴⁸ 1971 gaben die Italiener nur 2 Prozent ihrer Lebensmittelaufwendungen in den 538 Supermärkten des Landes aus, die Westdeutschen hingegen 32 Prozent in 2 000 Märkten. Restriktive Gesetze, eine starke

Annäherungen, 2011, S. 74 f.; DERS., Konsum und Häuslichkeit, 1997; A. SYWOTTEK, Starvation, 2001, S. 349; A. VON SALDERN, Kommunikation in Umbruchszeiten, 2006.

⁴⁴ Vgl. J. LOGEMANN, Einkaufsparadies, 2006; B. SCHMUCKI, Stadt-(r)und-Fahrt, 2006; G. WAGNER-KYORA, Neue City, 2008; T. HARLANDER, Wohnen und Stadtentwicklung, 1999; A. SCHILDT, Hamburg, 1992; M. WOYKE, Mobilität, 2006.

⁴⁵ Zur Vorreiterrolle Mailands und seiner nicht immer reflektierten Exzeptionalität vgl. E. SCARPELLINI, Material Nation, 2011, S. 221; V. DE GRAZIA, Imperium, 2010, S. 443 f.; DIES, Changing Consumption Regimes, 1998, S. 80. Zur Stadtplanung vgl. B. BONOMO, From »Eternal City« to Unfinished Metropolis, 2009; P. CAPUZZO, Da città ad area metropolitana, 2000. Vgl. auch M. BAUMEISTER/R. LIEDTKE, Probleme, 2009.

⁴⁶ Städte der Konsumgesellschaft gelten weithin als transnational homogener Typus, so etwa bei P. CAPUZZO, Spectacles of Sociability, 2008. Zu Unterschieden in der Stadtentwicklung und Konsumpraxis vgl. M. BAUMEISTER u. a., Contested Cities, 2017, S. 15–17; L. RAPHAEL, The 1970s, 2017, S. 39 f.; V. ZAMAGNI, Langsame Modernisierung, 1997.

⁴⁷ Vgl. V. DE GRAZIA, Imperium, 2010, S. 464; M. WILDT, Konsumbürger, 2005, S. 274–278.

⁴⁸ Troppi negozi in centro: la città rischia l'infarto, in: IL RESTO DEL CARLINO, 10.5.1968.

Kleinhändlerlobby, die Renitenz der linken Parteien und nicht zuletzt der fehlende Platz in den Innenstadtkernen führten dazu, dass der Einzelhandel in Italien klassischer organisiert blieb als in Deutschland. Die Zahl kleiner Geschäfte und Handlungspunkte nahm in den 1960er Jahren sogar noch zu.⁴⁹ Charakteristisch für die italienische Konsumgesellschaft war mithin, dass die materielle Kultur in den Städten die intensiven Konsumräume der Italiener nur bedingt freilegte. Im Vergleich mit der Bundesrepublik waren Räume und Praktiken der Konsumgesellschaft deutlich begrenzter, und für die Innovationsfähigkeit der politischen Kommunikationskultur stellte dies keinen unwesentlichen Faktor dar.⁵⁰

Die regionale Ungleichzeitigkeit in der Wohlstandsentwicklung hielt vor allem die Kommunisten davon ab, den Wandel zur Massenkonsumgesellschaft als *eindeutige* Begleiterscheinung der Zeit anzuerkennen und sich entsprechend darauf einzustellen. Zwar bewies der PCI trotz des Diktums Togliattis, Konsum sei eine »Flucht vor der Realität«, dass er Konsumorientierung und sozialistische Wertewelt durchaus für kompatibel hielt.⁵¹ Mit seinen Frauenmagazinen, Schönheitswettbewerben, Tanzveranstaltungen oder Kinovorführungen passte er sich an Konsumbedürfnisse und »amerikanisierte« Unterhaltung an, wollte damit aber vor allem der Jugend nicht nur Alternativen zu den vermeintlich ausbeuterischen kommerziellen Angeboten der Stadt bereitstellen, sondern sie in erster Linie erziehen.⁵² Eine allgemeine Akzeptanz der italienischen Gesellschaft als einer Wohlstandsgesellschaft ging damit nicht einher. Gerade die schleppende infrastrukturelle Modernisierung im Süden und auf dem Land lieferte Kommunisten und Linksozialisten über Jahrzehnte die besten Argumente, um die wirtschaftspolitischen Erfolge der Regierung anzuzweifeln und den Wohlstand in Frage zu stellen.

Wenn Vincenzo Gatto, Kandidat des PSIUP, der linken Abspaltung vom PSI, 1968 auf einer Wahlkundgebung in Bari den Mezzogiorno als Region »ohne Straßen und ohne Kanalisation« beschrieb, war das freilich eine Übertreibung. So hielt die inzwischen DC-nahe *Gazzetta del Mezzogiorno* auch sogleich dagegen: »Als wenn der verbesserte Lebensstil, die Automobile, die Fernsehgeräte, die Kühlschränke, die Invasion der Ferienorte durch immer breitere Bevölkerungsschichten ein exklusives Vorrecht weniger Kapitalisten wäre!«⁵³ Doch ganz falsch lag Gatto mit seiner Einschätzung nicht. Gerade die Dörfer, aber auch die neugebauten Randviertel (nicht nur) der süditalienischen Städte

⁴⁹ V. DE GRAZIA, *Imperium*, 2010, S. 459, 461; leicht abweichende Zahlen bei E. SCARPELLINI, *Material Nation*, 2011, S. 211, 221. Zu Deutschland vgl. K. DITT, *Rationalisierung*, 2003.

⁵⁰ Vgl. V. DE GRAZIA, *Imperium*, 2010, S. 465–468; L. RAPHAEL, *The 1970s*, 2017, S. 39 f. Im transnationalen Vergleich schwächt sich mithin das Argument Emanuela Scarpellinis ab, die den Wandel der materiellen Kultur im Zuge des Massenkonsums betont: E. SCARPELLINI, *Material Nation*, 2011, S. 134.

⁵¹ Zit. n. S. PRIVATO/A. TONELLI, *Italia vagabonda*, 2001, S. 136.

⁵² Vgl. M. CASALINI, *Famiglie comuniste*, 2010, S. 13; D. I. KERTZER, *Politics and Symbols*, 1996, S. 58.

⁵³ Gatto per il Psiup qualunque d'estrema sinistra, in: *LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO*, 14.5.1968.

träumten des Öfteren noch von geteerten Straßen, Elektrizität oder Kanalisation, während in der Fernsehsendung *Carosello* schon die neuesten Haushaltsgeräte beworben wurden. Zwei Millionen Italiener verfügten noch Mitte der 1960er Jahre nicht über Elektrizität. Und in der Provinz Bari debattierten selbst DC-Politiker in aller Öffentlichkeit über das Problem, dass Arbeiter »an den Rändern des modernen sozialen Lebens« blieben.⁵⁴ Die Ungleichzeitigkeiten waren evident und machten es schwierig, in der politischen Kommunikation eine klare Wendung hin zur Ansprache von Konsumbürgern zu vollziehen – viele Italiener waren in den 1960er Jahren davon noch weit entfernt.⁵⁵

Die DC erwies sich im Umgang mit dem wachsenden Wohlstand und der Konsumorientierung als ebenso zwiegespalten. Zwar baute auch sie, wie die CDU, ihre Wahlkampagnen seit 1948 auf Westintegration und damit vor allem auf Wohlstand, Sicherheit und Stabilität. Der Wahlslogan *Progresso senza avventure* von 1958 war eine direkte Übernahme des Adenauerschen »Keine Experimente«.⁵⁶ Über die Ausbreitung der »amerikanisierten« Konsumkultur waren Katholiken deshalb aber noch lange nicht glücklich. Die Kirche erblickte darin eine Abkehr von christlichen Werten und christlicher Moral, obgleich auch sie mit Kinovorführungen in den Pfarrgemeinden aufwartete, wobei der Zweck darin lag, den Filmkonsum der Italiener zu kontrollieren und zu zensieren. Dazu hielt der Pfarrer auch schon mal die Hand vor die Leinwand, wenn sich eine Kusszene anbahnte.⁵⁷

Da sich die italienischen Christdemokraten in ihrer politischen Sprache so eindeutig auf das katholische Italien und sein Vokabular stützten, gelang es ihnen nicht, einen autonomen politischen Diskurs zu entwickeln, der den Wandel zur Konsumgesellschaft hätte widerspiegeln können.⁵⁸ Das galt auch für die Personalisierung politischer Kommunikation im Zeichen des Wohlstands, der in der Bundesrepublik mit einem Ludwig Erhard so gut funktionierte. Ein Aldo Moro, der neben Amintore Fanfani wohl über das größte Charisma innerhalb der Christdemokratie verfügte, wurde entweder aufgrund seines tiefen katholischen Glaubens verehrt, oder als Patron seines Wahlkreises Bari und seiner Heimat Apulien. Gläubige Italiener sprachen ihn wie einen Heiligen an, Bewohner Apuliens empfingen ihn mit Enthusiasmus als »einfachen und ehrlichen

⁵⁴ Date acqua alle campagne, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 16.5.1968 (Zitat); Dibattito sulla »rottura« fra società civile e politica, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 15.5.1968. Zur Zahl siehe G. CRAINZ, Paese mancato, 2005, S. 17.

⁵⁵ Zur Ambivalenz des PCI im Umgang mit dem steigenden Wohlstand vgl. S. BELLASSAI, Mediazione difficile, 2000.

⁵⁶ Dc e comunismo si danno battaglia sul terreno della propaganda capillare, in: IL RESTO DEL CARLINO, 20.4.1958; Specchio dei tempi, in: LA STAMPA, 13.4.1958; vgl. D. W. ELLWOOD, Italian modernisation, 2001.

⁵⁷ Vgl. D. FORGACS/S. GUNDLE, Mass Culture, 2007, S. 254, 259; M. MARCHI, Mondo cattolico, S. 101–103.

⁵⁸ Vgl. P. MCCARTHY, Italy: a new language, 1997, S. 339.

Freund«. ⁵⁹ Als Kümmerer der Region und als Katholik war er ehrwürdig, aber als Person, die politisch für eine sich modernisierende Konsum- und Wohlstandsgesellschaft stand, war er nicht vermarktbar. Ob die kulturelle Hegemonie des Katholizismus und die Unrepräsentierbarkeit der Konsumgesellschaft durch die regierenden Christdemokraten dazu führten, dass sich keine Loyalitäten zwischen den Italienern und dem Staat knüpften, wie Patrick McCarthy gemutmaßt hat, muss letztlich eine plausible Hypothese bleiben. ⁶⁰ In jedem Fall aber vermochte es auch die DC nicht, die italienischen Wähler *eindeutig* als Konsumbürger anzusprechen. Die Geschichte des Verhältnisses von Politik und Konsum ist in Italien folglich eine sehr viel ambivalentere Geschichte als in der Bundesrepublik, und das zeigt sich auch beim Umgang mit dem Fernsehen, das ein Schaufenster des Konsumbürgers darstellte.

2. Ein heißer Draht? Fernsehen und politische Marktlogik

Aufgrund seiner medialen Logiken und seiner Reichweite wurde das Fernsehen um 1960 zum politischen Leitmedium. Ob es dem »Common Sense einer gesellschaftlichen Mehrheit verpflichtet« ist oder diesen überhaupt erst produziert, sei einmal dahingestellt. ⁶¹ Wesentlich für die politische Kommunikationskultur war, dass das Fernsehen die Macht besaß, zum eigentlichen Forum der *political society* und zum Spiegel gesellschaftlicher Realität aufzusteigen. ⁶² Intellektuelle Meinungsführer, aber auch Parteifunktionäre beobachteten die sich wandelnde Öffentlichkeit im neuen Medienregime mit Sorge. ⁶³ Das Fernsehen entzog ihnen die Aufmerksamkeit der Bürger; es band Zeit, die diese sonst eventuell auf einer politischen Versammlung oder bei der Zeitungslektüre verbrachten. Es legte die Verantwortung für national bestimmende Themen, politische Nachrichten und Bilder von der Welt in die Hand von Journalisten und Agenturen. Und es setzte die Politik medialen Logiken aus, die im Zweifel unbeherrschbar schienen und gerade in den Augen deutscher Politiker ein unheilvolles Verführungspotenzial besaßen. ⁶⁴ Die Bedeutung des Fernsehens für die politische Kommunikationskultur ging deshalb über die Frage hinaus, ob und inwiefern Wahlkampf nun auf der Mattscheibe stattfand. Es transformierte mit dem gesamten Medienregime auch die Sprecherrollen und Perspektiven bei der

⁵⁹ Lo ritrovano tutti amico semplice e sincero, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 29.4.1968; siehe die Briefe an Aldo Moro in: ACS, NL Moro.

⁶⁰ P. MCCARTHY, Italy: a new language, 1997, S. 339 f.

⁶¹ K. HICKETHIER, Europa, 2010, S. 162.

⁶² Vgl. K. DUSSEL, Vom Radio- zum Fernsehzeitalter, 2003, S. 679, 684.

⁶³ Vgl. C. VON HODENBERG, Konkurrierende Konzepte, 2005; G. GUAZZALOCA, Culture politiche, 2010.

⁶⁴ Vgl. T. MERGEL, Demokratie als Reklame, 2006, S. 251; DERS., Propaganda, 2010, S. 196–205.

Beobachtung gesellschaftlicher Realität und politischer Problemlagen.⁶⁵ Das galt insbesondere für Deutschland, wo sich parallel zur Ausbreitung des Fernsehens auch die Genese einer »kritischen Öffentlichkeit« abzeichnete, indem Journalisten auch in der Presse immer selbstbewusster gegenüber der Politik auftraten.⁶⁶ Das Fehlen einer solchen »kritischen Öffentlichkeit« in der italienischen Republik, wo selbst die sogenannten unabhängigen Tageszeitungen klar einer politischen Partei zuneigten, stellte hier andere Weichen.

Wie im Hinblick auf Konsum im Allgemeinen unterscheiden sich die Deutungen auch hinsichtlich der Folgen, die das Fernsehen für die politische Kommunikation in den beiden Republiken hatte. In Italien ist jede Erforschung massenmedialer Veränderungen von einer Degenerationserzählung überschattet. Als an der Wende zu den 1980er Jahren der kometenhafte Aufstieg des Fernsehmagnum Silvio Berlusconi und seines Adepten Bettino Craxi (PSI) begann, wurde Politik, so das Verdikt, allmählich zu einer reinen Fernsehshow. Die Medialisierung des Wahlkampfes seit den 1960er Jahren lesen Italiener deshalb gern als Vorhut einer »Entertainisierung« von Politik, beschleunigt durch die frühe Einführung privater Programme Ende der 1970er Jahre.⁶⁷

Diese Interpretation ist deutschen Kommunikationswissenschaftlern vertraut, wird in der westdeutschen Historiographie aber eher widerlegt. Wahlkampf blieb auch auf den Mattscheiben der Bundesrepublik eine seriöse, bisweilen auch langatmige und im Hinblick auf die technische Herstellung der Wahlwerbepots eher dilettantisch wirkende Angelegenheit.⁶⁸ Mit Blick auf die Fernsehempfänger hat sich eine durchweg positive Lesart durchgesetzt, die den massenmedialen Wandel in das Demokratisierungsnarrativ der Bundesrepublik integriert. Die historische Forschung beobachtet eine spürbare Politisierung massenmedialer Inhalte seit etwa 1960 und geht davon aus, dass die Anschaffung eines Fernsehgeräts das politische Interesse der Deutschen wachsen ließ.⁶⁹ Der Blick von unten bestätigt dies. Die Suggestion der bewegten Bilder, live dabei und hautnah an den großen Politikern zu sein, revolutionierte die öffentliche Politikbeobachtung und stieß bei vielen Fernsehzuschauern einen neuen politischen Kommunikationswillen an. Der große Pluspunkt des Fernsehens in den Augen westdeutscher Wähler war, dass es als »differenzierter« galt und den

⁶⁵ Vgl. B. WEISBROD, *Medien*, 2001, sowie einzelne Beiträge in DERS., *Die Politik der Öffentlichkeit*, 2003; F. BÖSCH/N. FREI, *Ambivalenz der Medialisierung*, 2006.

⁶⁶ Diese Entfaltung setzte bereits vor der Spiegel-Affäre von 1962 ein, vgl. F. BÖSCH, *Öffentliche Geheimnisse*, 2003, S. 139–141; C. VON HODENBERG, *Konsens und Krise*, 2006, S. 323–328; M. M. PAYK, *Gemeinschaftsdenken*, 2010, S. 66; W. STEINMETZ, *Ungewollte Politisierung*, 2003.

⁶⁷ F. ANANIA, *Legami pericolosi*, 2004; S. BERTELLI, *Teatro del potere*, 2000; F. D'ALMEIDA, »Democrazia dell'opinione«, 2002; A. TONELLI, *Stato spettacolo*, 2010; V. PRADA, *Videocrazia*, 2014.

⁶⁸ T. MEYER, *Öffentlichkeit als Theater?*, 1998; A. DÖRNER, *Politainment*, 2001. Historiographisch: D. MÜNKEL, *Politik als Unterhaltung?*, 2006; T. MÄRTEL, *Propaganda*, 2010, Kap. 5 u. 6; DERS., *Demokratie als Reklame*, 2005, sowie einzelne Beiträge in K. ARNOLD u. a., *Politisierung*, 2010.

⁶⁹ Vgl. C. VON HODENBERG, *Konsens und Krise*, 2006, S. 95 f.; A. SCHILDT u. a., *Einleitung*, 2003, S. 18; N. VERHEYEN, *Diskussionslust*, 2010, S. 199–206.

Eindruck erweckte, die Politiker authentischer zu erleben als auf einer Kundgebung. »Die Maske fällt«, ließ sich ein von der Ulmer Lokalpresse auf den Fernsehwahlkampf hin befragter Wähler 1969 zitieren.⁷⁰ Diese Funktion des Fernsehens als einer Art Okular, das die Wähler näher an die gewichtigen politischen Figuren heranbrachte, ist für die politische Kommunikation in der Bundesrepublik gar nicht zu überschätzen. Fernsehsendungen oder -interviews gaben Wählern häufig Anlass, sich brieflich an einen bestimmten Politiker zu wenden. Das galt auch für Bundestagsabgeordnete, die ihren Bekanntheitsgrad durch Fernsehauftritte steigerten.⁷¹ Das Fernsehen konnte mithin Wahlvolk und politische Vertreter einander näherbringen – doch ob es das tat, hing einmal mehr vom Willen und den Deutungen der Zeitgenossen ab. Wie also wirkte sich der mediale Wandel auf die Verständigung zwischen Wahlvolk und Parteiendemokratie in den beiden jungen Konsumgesellschaften aus? Was bewirkte er für die direkte Kommunikation vor Ort?

Massenmediale Impulse: Neue Zugänge zum westdeutschen Wähler

Im Umgang mit Rundfunk und Fernsehen oszillierte die SPD zwischen Faszination und Alarmiertheit. Als »neue Einrichtung der Massenbeeinflussung« war das Fernsehen freilich interessant und veranlasste einzelne SPD-Kreise, Arbeitsgruppen zu bilden, um seine Wirkmechanismen zu verstehen.⁷² Zugleich aber galt es manchem Funktionär schon in den 1940er Jahren als ausgemacht, dass es der Rundfunk war, der die Genossen davon abhielt, die Mitgliederversammlungen zu besuchen. So mahnte der Distriktvorstand in Hamburg-Hoheluft 1948 seine Genossen, nur über den direkten Kontakt mit der Partei erhalte das Mitglied »ein klares Bild von unserer Lage und unserem Weg« und damit einen politischen Standpunkt.⁷³ Nach seiner Ausbreitung galt das Fernsehen manchem Genossen sodann als ein Instrument der Bundesregierung. Die Tagesschau, so konstatierte ein SPD-Funktionär aus Bayern 1961, habe die Wahlkampfatmosphäre »vergiftet« und Adenauer als »Führerfigur« systematisch »popularisiert«.⁷⁴

Entscheidend für die sozialdemokratische Strategie im Umgang mit den elektronischen Massenmedien sollte jedoch die Erkenntnis werden, dass man sich ihrer Attraktivität als Informationsquelle zu stellen hatte und sie mitnichten bloß als Waffe des Gegners bekämpfen konnte. Die eigene Basis half dabei. So

⁷⁰ Wenig Papier – Direkte Kontakte gefragt, in: SÜDWEST PRESSE, 27.8.1969.

⁷¹ Johann Rütting (Pinneberg) an Dietrich Rollmann, 24.10.1968. ACDP 03–010-065/1. Vgl. K. HICKETHIER, Geschichte, 1998, S. 113.

⁷² Peter Blachstein, SPD Eimsbüttel Kreis III, an die Genossinnen und Genossen, 25.9.1953. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 333.

⁷³ SPD-Distrikt Hoheluft [Hamburg]: Versammlungskalender für November 1948, 1.11.1948. AdsD, NL Blachstein, Mp. 22.

⁷⁴ M. Albert: Betrachtungen zur Bundestagswahl 1961, 28.2.1961, B. 2 f. AdsD, NL Anders, Mp. 3, Fasz. 7/XI.

erklärte Gustav Nülk seinem Hamburger Parteivorsitzenden Vittinghoff 1953 in einem Brief mit Nachdruck, die Zeit sei vorbei, da die Maxime des Unverständs der Massen noch gelolten habe. Inzwischen sei »der so von uns gehasste Indifferente über das politische Geschehen viel schneller orientiert« als der zwischen Konferenzen und Versammlungen hin und her jagende Parteifunktionär, der von der SPD mit Wissen vollgestopft werde, das vollkommen unnütz sei.⁷⁵ Hier zeichnete sich ab, dass die Parteibasis begann, die »Realität der Massenmedien« (Niklas Luhmann) und nicht die Realität der Partei zum Ausgangspunkt ihrer politischen und sozialen Beobachtungen zu machen. Dies zu akzeptieren, war für die Partei ein schmerzhafter Prozess, doch er öffnete Türen zu Anpassungsleistungen. 1961 waren Radio und Fernsehen als Mittel zur »Massenbeeinflussung« in den sozialdemokratischen Vorbereitungen angekommen, und die föderale Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems trug dazu einen wesentlichen Teil bei, weil sie auch die lokalen Funktionäre früh mit den medialen Eigenlogiken konfrontierte.⁷⁶

Die Akzeptanz der Massenmedien als neuer Hauptinformationsquelle der Wähler veranlasste die SPD, ihre lokale Kommunikationsarbeit neu zu justieren, um ihre eigene Deutungshoheit zu verteidigen.⁷⁷ Der erwähnte Funktionär aus Bayern sprach diesen Zusammenhang 1961 konkret an. Er forderte, den Bundestagswahlkampf wie einen Gemeinderatswahlkampf zu führen und den Massenmedien die lokalen Wahlkämpfer, die Kandidaten und lokale Themen entgegenzusetzen. »Man wird der Popularitätsreklame für Adenauer in der Wochenschau und dem Fernsehen Schmalfilme mit Willy Brandt entgegenzusetzen können, die wir dann in unseren Wahlveranstaltungen vor einem Teil der eigenen Parteigenossen vorführen: Wirkung gleich null. [...] Was der Politiker mit seinen Mitteln allein nicht verständlich machen kann, muß der Propagandist begrifflich machen. Die entscheidende Leistung muß die unterste Ebene der Partei vollbringen und der Kandidat selbst.«⁷⁸ Das waren Logiken, die jenen des PCI in den 1950er Jahren sehr ähnlich waren.

Tatsächlich war die SPD-Parteizentrale schon 1957 dazu übergegangen, die *direkte* politische Kommunikation vor Ort systematischer anzugehen. Zuverlässige Mitglieder – 5 bis 8 Prozent eines Ortsvereins – ließ die Bonner Baracke für eine Wahlhelferorganisation rekrutieren, um »Mundpropaganda« vor allem gegenüber den geschätzten 5 Millionen unentschlossenen Wählern zu betreiben. Deutschlandweit wurden etwa 54 000 Genossinnen und Genossen,

⁷⁵ Gustav Nülk (Hamburg) an Karl Vittinghoff, 28.9.1953. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 214. Zur traditionellen Wissensvermittlung von oben nach unten in der SPD vgl. K. TENFELDE, »Wissen ist Macht«, 2005.

⁷⁶ SPD-Parteivorstand, Zentrale Wahlkampfleitung, Fritz Sänger, an die Bezirksvorsitzenden, 10.5.1961. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 132.

⁷⁷ Vgl. T. GROSSBÖLTING, *Laien und Genossen*, 2005, insb. S. 178.

⁷⁸ M. Albert: Betrachtungen zur Bundestagswahl 1961, 28.2.1961, B. 3 f., 8. AdsD, NL Anders, Mp. 3, Fasz. 7/XI.

bei einer Mitgliederzahl von rund 600 000, von ihren Ortsvereinen nach Bonn gemeldet, ohne dass sie vorher gefragt worden wären. 12 000 davon erklärten sich schließlich bereit, als Propagandisten zu fungieren.⁷⁹ Sie wurden um Vertraulichkeit gebeten, mit exklusivem Wissen und programmatischen Informationen ausgestattet und um Anregungen und Erfahrungsberichte aus dem Wahlkampf ersucht.⁸⁰ Ihre Aufgabe war es, »in der Familie, im Bekanntenkreis, im Betrieb, im Büro, auf der Strasse und gegebenenfalls in gegnerischen Versammlungen mitreden und Diskussionen führen zu können« und auf diese Weise mindestens einen neuen Wähler zu gewinnen.⁸¹ Kurz vor den Wahlen 1957 hatte Fritz Heine schließlich die Idee, dass jedes Mitglied im Stile der *campagna capillare* täglich im Gespräch mit Freunden ein paar Worte zu den Bundestagswahlen einfließen lassen sollte. In der Annahme, dass die Wähler vorrangig durch den massenmedialen »Mainstream« informiert seien, wollte er die Genossen die Positionen der SPD zu den großen Themen der unabhängigen Öffentlichkeit darlegen lassen: »Keine grosse Rede, nur ein, zwei Gedanken, die jeder dabei hat. Zum Beispiel: CDU/CSU wählen bedeutet Atomwaffen und Preiserhöhungen nach der Wahl. SPD wählen dagegen bedeutet: gerechte Preise und Steuern; dass wir (im Gegensatz zu Adenauer) einen soliden Plan für die Wiedervereinigung haben; dass wir Atombomben und Wehrpflicht ablehnen.«⁸²

Ihre Sensibilität für direkte Face-to-face-Kommunikation entwickelte die SPD *durch* das Fernsehen, in defensiver Absicht. Für den Wahlkampf 1961 richtete sie dann auch ein Hauptaugenmerk auf die Information und inhaltliche Schulung der Genossen.⁸³ Allerdings begleitete sie fortwährend das Problem, dass auch die Mitglieder selbst ihre politischen Informationen lieber aus den Massenmedien als von der Partei bezogen. »Die Informationslabilität der Partei ist gewachsen, d.h. die Unsicherheit des eigenen Standpunktes gegenüber den Nachrichten, die in den Massenkommunikationsmitteln über die SPD verbreitet werden. Der »Spiegel-Genosse ist häufig anzutreffen, die Kenntnis der Parteibeschlüsse gering. [...] Ohne genaue Ermittlungen, welche Informationsquellen unsere Mitglieder und Funktionäre benutzen, kann dieses Problem

⁷⁹ Zustimmungserklärung, in: AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 1995. Zu den Zahlen siehe: [SPD-Parteivorstand]: Wahlkampf 1957, Bl. 31 f. AdsD, NL Anders, Mp. 2; Es geht um die Unentschiedenen, in: DIE WELT, 22.8.1957.

⁸⁰ Das exklusive Wissen beinhaltete auch CDU-Interna. Siehe: SPD-Parteivorstand, Fritz Heine: Zur vertraulichen Information!, März 1957. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 1995.

⁸¹ Ebd.; Fritz Heine, o. A., Juni 1957. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 1986; SPD-Parteivorstand, Alfred Nau, an die Wahlhelfer der Partei, März 1957. Ebd. Zitat: [SPD-Parteivorstand]: Wahlkampf 1957, Bl. 33 f. AdsD, NL Anders, Mp. 2.

⁸² Fritz Heine, o. A., Juni 1957. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 1986. Hervorh. im Orig.

⁸³ Zusammenfassung der Umfrage an Bezirke und Unterbezirke »Einige Fragen zum Wahlkampf«. AdsD, NL Anders, SPD Bundestagswahlkampforganisation 1961, Fasz. »Auswertung der Umfrage in der Organisation Bundestagswahlkampf 1961«.

nicht gelöst werden«, hieß es 1965 aus Niederbayern.⁸⁴ Die »kritische Öffentlichkeit« ergriff die sozialdemokratische Parteiorganisation, und reine Defensivarbeit war deshalb spätestens Mitte der 1960er Jahre kaum mehr denkbar. Die SPD musste sich dem Umstand anpassen, in einer Mediengesellschaft zu leben, die auch ihre Genossen erfasst hatte.

Auch in der CDU zeigte sich der entgegengesetzte Trend zum kommunikationswissenschaftlichen Phasenmodell: Direkte Kommunikationstätigkeit schien im Fernsehzeitalter bedeutsamer zu werden. Der Parteivorstand rekrutierte 1957 erstmals systematisch lokale »Vertrauensleute«, die in Alltagsgesprächen regierungsförderliche Informationen und Gerüchte streuen sollten. Zunächst 36 000, 1961 dann knapp 30 000 Christdemokraten, die vor Ort gut vernetzt waren, aber keine Parteiämter besaßen, wurden ausgewählt und mit Informationsmaterial versorgt; ab 1961 erhielten sie auch systematische Schulungen in der neu gegründeten Politischen Akademie Eichholz.⁸⁵ Frank Bösch hat das Vertrauensleute-System als eine Konsequenz aus der Unzufriedenheit mit der häufig unzuverlässigen Parteibasis gedeutet.⁸⁶ Doch genauer besehen handelte es sich um die Professionalisierung einer politischen Kommunikationsarbeit, die schon in den 1950er Jahren verbreitet gewesen war. Analog zur Medienpolitik eines Konrad Adenauer versuchte die Partei so, in Zeiten zunehmender Medialisierung und selbstbewusster auftretender Journalisten, ihre eigene Sprecherposition im Wahlkampf zu verteidigen.⁸⁷ Das spiegelte sich auch in einer ersten spürbaren Rationalisierungswelle an der Parteibasis Ende der 1950er Jahre.⁸⁸

Anfang der 1960er Jahre, als das Fernsehen seinen Aufstieg zum Leitmedium endgültig angetreten hatte, begannen die CDU-Kreisverbände auch aus eigenem Antrieb, auf die »Mundpropaganda« zu setzen.⁸⁹ Die Heidelberger Union ließ 1961 im Stile des britischen *Canvassing* Hauswerber ausbilden, die in bestimmten

⁸⁴ Der Bundestagswahlkampf in den Bezirken Franken und Niederbayern/Oberpfalz, Bl. 3. AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 2010.

⁸⁵ Die Zahlen variieren; die Hamburger CDU sprach 1961 bundesweit von 23 000 Vertrauensleuten. Siehe: Niederschrift der Kreisausschußsitzung des Kreisverbandes Nord der CDU vom Dienstag, 15. November 1960, 18.11.1960. ACDP 02–155-002/1. Vgl. F. Bösch, Adenauer-CDU, 2001, S. 507, Anm. 229. Zur Schulung siehe: Die Bundestagswahl 1961. Vorbereitungskurs des Landesverbandes Hamburg, Anl. zu: Berg, Landesgeschäftsstelle: Rundschreiben, 7.9.1960. ACDP 02–155-004/2; Zettel an die Vors. der Kreisverbände, der OV's und an die Kreisgeschäftsführer, 15.2.1961. ACDP 02–155-006/3.

⁸⁶ F. Bösch, Adenauer-CDU, 2001, S. 280.

⁸⁷ Vgl. M. Weiss, Öffentlichkeit als Therapie, 2006.

⁸⁸ Unter anderem beschloss der Hamburger Landesausschuss einen neuen Beitragssatz und begann säumige Mitglieder anzuschreiben und sich von den sogenannten Karteileichen zu trennen. Siehe etwa die Korrespondenz in: ACDP 02–155-005/3. Die Forschung verortet den Modernisierungsschub der christdemokratischen Parteiorganisation erst in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre, siehe F. Bösch, Funktionäre, 2004, S. 279 f., 282; D. Schmidt, Antworten, 2010, S. 97 f.

⁸⁹ [CDU Ulm]: Landtagswahl, o. D. [1960]. StAU, E 201 CDU, Nr. 1. Vgl. B. Vogel/P. Haungs, Wahlkampf, 1965, S. 261 f., 270, 287.

Wohngebieten an den Wohnungstüren der Wähler klingeln sollten, und führte in der letzten Wahlkampfwoche eine Telefonaktion durch. Hamburger Christdemokraten waren 1962 überzeugt, dass Parteimitglieder das »Gedankengut« der CDU »weiterzutragen und dadurch werbend für die Partei zu wirken« hätten. Weil es dafür des nötigen Wissens und »staatspolitischer Bildung« bedürfe, sah es der Hamburger Kreisverband Nord als seine Pflicht an, »dieses grundsätzliche und zeitbedingte Wissen zu vermitteln«, bot Wochenendseminare an und wollte gar bei der Kreisgeschäftsstelle eine Bibliothek einrichten. Christdemokratinnen sollten 1961 auch Hamburger Altenheime aufsuchen, um mit den Ruheständlern ins Gespräch zu kommen.⁹⁰

Charakteristisch für die westdeutschen Parteien wurde an der Wende zu den 1960er Jahren aber vor allem, dass sie begannen, Mediennutzungsmuster der Wähler zu beobachten und für ihre eigene Kommunikationsarbeit fruchtbar zu machen. Aus den massenmedialen Angeboten zogen sie Rückschlüsse auf den Geschmack des Publikums. Diese pragmatische Anpassung an die Konsumgewohnheiten der Wahlbürger hatte die CDU bereits in den 1950er Jahren unter Beweis gestellt; für die SPD bedeutete dies ein Umdenken und eine Abkehr vom pädagogischen Stil. So sehr die Westernisierung und personelle Umstrukturierung der SPD hier von Einfluss war – ein solches Umdenken hatte vor Ort schon vor Bad Godesberg eingesetzt, namentlich in der Hamburger Partei. Dort fungierte seit 1957 mit Heinrich Braune, Chefredakteur der *Hamburger Morgenpost*, ein Journalist als Wahlkampfstrategie, der die Entwicklung des Pressemarkts genau beobachtet und die neue sozialdemokratische Tageszeitung im *Bild-Zeitungs*-Stil gestaltet hatte. Seine Wahlkampffideen bezog er aus seinem Wissen über die Wähler *als Leser* von Boulevardzeitungen – und damit aus kommerziellen Marktlogiken.⁹¹

Mit dem Führungswechsel im zentralen Wahlkampfstab der SPD nach 1959 setzte sich diese Perspektive auch in der Parteizentrale durch. Mit Karl Anders engagierte die Partei einen Werbefachmann, der als solcher offen für transatlantische Kontakte mit Wirtschaftswerbeexperten war. Über diesen Kanal fand die Markt- und Motivforschung US-amerikanischer Provenienz Eingang in die sozialdemokratischen Wahlkampf vorbereitungen, unterstützt noch durch die Kontakte zu Meinungsforschungsinstituten, die nach denselben Prinzipien wie die Marktforschung vorging.⁹² Karl Anders ging es um die »Marktkonformität«

⁹⁰ Protokoll der Kreisaußschußsitzung Hamburg-Nord v. 13.2.1962, Bl. 5. ACDP 02–155-015/1; Niederschrift über die erweiterte Kreisvorstandssitzung am 22.9.1961, 27.3.1961. ACDP 02–155-012/1.

⁹¹ »Das neue Gesicht der Presse«: Referat v. Heinrich Braune, 3.11.1959. AdsD, NL Anders, Mp. 13. Zur Modernisierung der Hamburger SPD in den 1960er Jahren vgl. A. SCHLDT, Sozialdemokratische Politik, 1996.

⁹² Gerhard Glahe an Karl Anders, 5.3.1961. AdsD, NL Anders, Mp. 3, Fasz. 7/XI. Die Motivforschung, die Kaufmotive der Verbraucher durch psychoanalytisch fundierte Testverfahren eruieren wollte, wurde Mitte der 1950er Jahre in den USA entwickelt und anschließend nach Europa exportiert, vgl. N. GASTEIGER, Bild des Verbrauchers, 2008, S. 134 f.; C. ZIMMERMANN, Marktanalysen und Werbeforschung, 2004. Zu den personellen, methodischen und konzeptionellen Ver-

der Partei, und damit kann er auf wahlkampftechnischem Feld als *der* Mittler US-amerikanischer Marketinglogiken in der SPD gelten.⁹³ Er setzte sie im Zweifel auch gegen die Politik durch, was für westdeutsche Verhältnisse untypisch war, wo Politiker gegenüber den professionellen Werbeberatern gern das letzte Wort behielten.⁹⁴ Den Parteivorstand wollte Anders dezidiert von den Wahlkampf vorbereitungen ausschließen. »Politiker sind in der Regel schlechte Werbefachleute. Sie wissen zu viel und unterscheiden sich vom durchschnittlichen Wähler durch Interesse an der Politik. Unsere Werbung soll aber beim politisch uninteressierten und oft die Politik schlechthin ablehnenden Wähler ankommen«, ließ er in der ersten Sitzung der Zentralen Wahlkampfleitung wissen.⁹⁵ Die Entdeckung des Wählers als eines Konsumbürgers war mithin auch bei Anders nicht notwendig von Sympathie beseelt. Pragmatismus lag der Öffnung für US-amerikanische Marktlogiken zugrunde.

Wie zuvor bei Heinrich Braune in Hamburg war es für die SPD-Kampagne unter Anders der mediale Markt, auf dem sich ihr neues Bild vom Wähler formte. Anders' Stab besaß eine Zusammenstellung Adenauer-kritischer Leserbriefe, die ihm der *Spiegel* offenbar verkauft hatte, und wertete Abonnentenzahlen und inhaltliche Ausrichtungen von Zeitschriften aus. Endlich ließ sich die Partei auch darauf ein, sich der weiblichen Wähler anzunehmen. Anders' Kollege Gerhard Glahe präsentierte seinem Wahlkampfmanager 1961 ein Wählerinnenbild, das er den Massenmedien entnommen hatte:

Die Frau ist Hausfrau, Mutter, Ehekameradin, Mitverdienerin, selbständig, selbstbewußt, modern, fromm – alles das kann sie sein. Sie hat aber ureigenste Gebiete auf denen sie ganz zu Hause ist, auf denen man sie am ehesten erreichen, ansprechen und auch interessieren kann. Da sind die Koch- und Backrezepte, da ist die Kindererziehung, die Mode, die Kosmetik, die Heimgestaltung und einiges mehr. Dazu gibt es Zeitschriften, das wissen Sie besser als ich, nur diese Zeitschriften werden von den Frauen mit größter Aufmerksamkeit gelesen, im Gegensatz zu den Tageszeitungen und Illustrierten. Ich gebe sogar zu überlegen, ob man außer Inseraten nicht bezahlte redaktionelle Notizen einstreuen sollte, die das eine mit dem anderen verbinden.⁹⁶

Anders betraute ihn daraufhin mit der Aufgabe, ein Konzept zur Wählerinnenansprache zu entwerfen. Auf diese Weise folgte die SPD freilich dem auf Kochen, Backen, Mode und Beauty reduzierten Bild der »modernen« Frau, das

bindungen zwischen Marktforschung und politischer Meinungsforschung vgl. E. CARTER, *How German Is She?*, 1997, S. 88; S. KROEN, *Aufstieg*, 2003.

⁹³ Die erste Motivforschung über Zeitungsläser, o. D. [etwa 1960]. AdsD, NL Anders, Mp. 3; siehe auch die Unterlagen in: ebd., Mp. 5; Der Bundestagswahlkampf 1961, o. D. Ebd., Mp. 4, Fasz. »Konzeption, Schmutzkampagne etc.«.

⁹⁴ Vgl. T. MERGEL, *Propaganda*, 2010, S. 87–94.

⁹⁵ Erste Sitzung der z.w.L. [Zentralen Wahlkampfleitung], 18.6.1960, Bl. 8. AdsD, NL Anders, Mp. 4, Fasz. »Konzeption, Schmutzkampagne etc.«.

⁹⁶ Gerhard Glahe an Karl Anders, 5.3.1961. AdsD, NL Anders, Mp. 3, Fasz. 7/XI.

die Konsumgesellschaft im Kalten Krieg vermittelte; entscheidend aber war, dass sie so den pädagogischen Ton in der politischen Kommunikation ablegte und ihr ›private‹ Interessen zugestand.⁹⁷

Blickt man von oben, von den Aussprachen auf den Parteitag her, auf die sozialdemokratische Basis, so hält sich der Glaube, die Öffnung der SPD gegenüber den Massenmedien sei auf harten Widerstand der Parteibasis gestoßen, die darin ganz traditionell einen »unpolitischen« Wahlkampf erblickt habe.⁹⁸ Doch die Briefe der Genossen deuten darauf hin, dass sie längst begonnen hatten, die Wähler durch eine ähnliche Linse zu betrachten wie professionelle Werber: als Mediennutzer. Dabei trieben sie ihre Partei eher noch an, den Öffnungsprozess zu beschleunigen. Stimmen von der Basis schlugen vor, statt Plakaten und Flugblättern nur noch Wahlzeitungen im Stile der *Bild*-Zeitung herauszubringen, mit »Rätsecke« und anderen Belustigungen, die dem »Indifferenten« gefielen.⁹⁹ Genosse Anton Gut, Ortsvereinsvorsitzender aus München, ächzte im Wahlkampf 1965 unter den vielen Broschüren seiner Partei, die er regelmäßig in den Mülltonnen wiederfand, und wies den Parteivorstand zurecht: »Laßt Euch doch endlich von uns Männern der *vordersten* Linie belehren! Die überwiegende Mehrheit aller deutschen Menschen will nicht mehr lesen, sondern *sehen*; er [sic] will nicht seinen Verstand angesprochen sehen, sondern sein Gefühl! Nur aus diesem Grunde gewinnen die Illustrierten und Fernseh-Fabrikanten immer neue Anhänger. Die wenigen geistig Ansprechbaren sind mit Material längst überfüttert.«¹⁰⁰

Der 1957 einsetzende Fernsehwahlkampf konfrontierte die Parteien überdies mit den Erkenntnissen der Medienwirkungsforschung. Meinungsforschungsinstitute maßen, wie die Zuschauer auf die Wahlwerbepots der Parteien reagierte hatten; Kontakte zu amerikanischen Experten aus der Wirtschaftswerbung bestärkten Karl Anders darin, sich den aktuellen Wissensstand der Hörer- und Zuschauerforschung anzueignen. Dabei erlaubte das Wissen über die Reaktionen der Fernsehzuschauer Rückschlüsse auf die direkte Wahlkampfkommunikation vor Ort. Wenn Berichte von Infratest erklärten, das Fernsehpublikum sei »keine Wahlversammlung«, sondern ein »einzelne[r] Wähler«, lehrten sie die Sozialdemokraten etwas darüber, wie sie einzelnen Wählern außerhalb von Wahlversammlungen begegnen konnten. Diesem ›individuellen‹ Fernsehzuschauer-Wähler war die »persönliche Zuwendung« am liebsten, wobei er nichts

⁹⁷ Zur ›Politisierung‹ der Hausfrauenrolle in der politischen Kommunikation der Hamburger SPD in den 1960er Jahren vgl. A. SCHILDT, *Annäherungen*, 2011, S. 220 f.

⁹⁸ J. ANGSTER, *Der neue Stil*, 2005, S. 191.

⁹⁹ Karl Beuch (Frankfurt/Main) an »Werte Genossen«, 14.10.1964. AdsD, SPD-PV AB II, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, Abteilungsleitung, Mp. 0905. Ähnlich bereits 1952: Gerhard Warnke an die SPD-Landesorganisation Hamburg, Propaganda-Abteilung, o.D. [August 1952]. AdsD, SPD-LO HH I, Mp. 215.

¹⁰⁰ Anton Joachim Gut (München) an den Parteivorstand, Werbe- und Propagandaabteilung, 27.8.1965. AdsD, SPD-PV AB II, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, Abteilungsleitung, Mp. 0905. Herv. im Orig.

von Schlagworten hielt, so konnte die SPD bei Infratest lernen. Er bevorzugte das freie Sprechen, weil es ihm als ein »Zeichen geistiger Überlegenheit« galt, das Ablesen politischer Texte hingegen deutete er als Schwäche. Weiter hieß es, Fernsehnutzer würden am liebsten »in persönlich ansprechender Form über die Ziele einer Partei und deren Leistungen – möglichst konkret – unterrichtet [...]«. Hier hat sich, im Gegensatz zu Wahlversammlungen der »Kammerton« in Konzeption und Darbietung erfolgreicher erwiesen.¹⁰¹ An dieser Vorliebe der Wähler für »persönliche«, kurze und konkrete Ansprache sollte sich bald auch die politische Kommunikation vor Ort orientieren.

Die Erkenntnisse über den Medienkonsumenten stellten die klassische Wahlversammlung zur Disposition. Umfragen vermittelten, dass die Westdeutschen inzwischen mit der politischen Berichterstattung in den Massenmedien zufrieden waren und sie als »objektive« Information schätzten, die nicht unter dem Verdacht stand, »Propaganda« zu sein.¹⁰² Dies ließ die Wahlkampfmacher zunehmend davon Abstand nehmen, ihre Wahlversammlungen als Hauptquell politischer Aufklärung der Bürger zu konzipieren. Die Werbeberater, die der Hamburger CDU seit 1965 bei der Konzeption der lokalen Kampagne zur Seite standen, sahen den wesentlichen Effekt von Wahlversammlungen »im Zeitalter des Fernsehens darin, dass die umworbene Wählerschaft aus den Ankündigungsplakaten entnehmen kann, dass prominente Politiker der CDU sich der Hamburger Bevölkerung stellen.« In den Außenbezirken der Stadt sollte nurmehr jeweils eine Wahlveranstaltung der CDU stattfinden.¹⁰³ Zudem begannen CDU und SPD ihre städtischen Wahlveranstaltungen 1965 so zu terminierten, dass sie nicht mit dem Abendprogramm des Fernsehens kollidierten.

Die christdemokratische Wahlveranstaltungskultur der Hansestadt spezialisierte sich im Fernsehzeitalter auf die sogenannten Abende der Begegnung zwischen Mitgliedern, ihrem persönlichen Umkreis und lokalen Honoratioren aus Vereinen und Verbänden. Seit Ende der 1950er Jahre durchgeführt, waren sie 1961 noch für den Wahlkampf ausgesetzt worden, wurden danach aber gezielt auch zu Wahlkampfzwecken angeboten.¹⁰⁴ 1965 setzte die CDU zudem massiv auf »Kontaktgespräche« mit dem sogenannten vorpolitischen Raum, wobei zu dieser Zeit noch die Organisationen der Flüchtlinge und Vertriebenen im Fokus

¹⁰¹ Auszug aus den Berichten von Infratest über die Publikums-Reaktion auf Wahlsendungen anlässlich der Bundestagswahl 1957, Bl. 5 f., Anl zu: J.F. Warner an Karl Anders, Egon Bahr, Fritz Sänger, 19.6.1961. AdsD, NL Anders, Mp. 1, Fasz. »Wahl«.

¹⁰² Ebd., Bl. 4. Zu anfänglichen Zweifeln über die Objektivität des Fernsehens vgl. K. DUSSEL, Vom Radio- zum Fernsehzeitalter, 2003, S. 680–686.

¹⁰³ Kreisgeschäftsführer [der CDU Hamburg-Nord] an Manfred Jenke (NDR Pressestelle), 13.7.1965. ACDP 02–155-002/1; Zitat: Sator Werbe-Agentur: Werbemittel- und Kostenplan für den Bundestagswahlkampf 1965 des CDU-Landesverbandes Hamburg, 21.1.1965. ACDP 03–010-043/2.

¹⁰⁴ Max Davidts an Otto Böhm (Hamburg), 2.9.1960. ACDP 02–155-005/3; Protokoll der Klausurtagung des Kreisvorstandes Hamburg-Nord am 17.6.1966, gez. Wollenzien, 6.7.1966. ACDP 02–155-005/2.

standen. Um diesen geselligen Formaten eine würdige Rahmung zu geben, hatten der lokale Bundestagsabgeordnete oder ein Bürgerschaftsabgeordneter, zumindest aber ein Bezirksabgeordneter oder führender Vertreter des CDU-Kreisverbands aufzutauchen. Zudem richteten sie sich bewusst an erlauchte männliche Kreise, die häufig schon mit der Union sympathisierten, und sollten ihnen vor allem eine Mitgliedschaft schmackhaft machen.¹⁰⁵ Die Werbeexperten hielten diese persönlichen Begegnungen für außerordentlich wichtig, versuchten den Christdemokraten aber klar zu machen, dass sie solche Veranstaltungsformate für die breite Wählerschaft öffnen mussten. Die Abkehr von den erlauchten Kreisen fiel manchem Parteifreund offenbar recht schwer; jedenfalls wunderten sich die Werbeberater, »dass darüber in der CDU überhaupt noch diskutiert würde, dass man möglichst mit allen Kreisen und Schichten der Bevölkerung solche Kontaktgespräche führen müsse.«¹⁰⁶ Indem rührige Direktkandidaten, die für externe Werbeexpertise sehr offen waren, solchen Hinweisen folgten, öffneten sich die Begegnungsveranstaltungen der CDU langsam auch den herkömmlichen Bürgern in ihrem intermediären Rahmen: (Bürger-)Vereinen, Gemeinden, »Jugendkreisen«, Sportgruppen sowie »kleinen Kreisen« wie etwa Lehrern, für die solche »Repräsentativversammlungen« »privat« zu arrangieren waren.¹⁰⁷

Während die Konkurrenz zum Fernsehen einerseits Innovationen in der lokalen Face-to-face-Kommunikation ankurbelte, imitierten die Parteien andererseits erfolgreiche TV-Formate. Die Podiumsdiskussion, die sich in den 1960er Jahren als neue urbane Veranstaltungsform ausbreitete, nahm unverkennbar Anleihen an Werner Höfers »Internationalem Frühschoppen«, einem Publikumsliebbling, der den Deutschen das Diskutieren nahebrachte.¹⁰⁸ Zwar waren schon seit den 1940er Jahren Diskussionsveranstaltungen mit Vertretern von SPD, CDU und FDP organisiert worden, allerdings hatten der Ring Politischer Jugend und andere parteinahe Verbände dafür verantwortlich gezeichnet, sodass in gewohnter Manier Parteimitglieder die Zuschauerreihen füllten.¹⁰⁹ Seit 1961 kamen Vorschläge zu solchen Veranstaltungen öffentlichkeitswirksam von den Direktkandidaten selbst, die dabei offenbar auch die US-amerikanischen Fernsehduelle vor Augen hatten. Manche Kandidaten lehnten ab, aus

¹⁰⁵ Protokoll der Jahreshauptversammlung 1966 des Kreis Ausschusses Hamburg-Nord, 10.5.1966. ACDP 02-155-015/1; Dietrich Rollmann (Kreisvorsitzender) an die Mitglieder des KV Hamburg-Mitte, 8.5.1963. ACDP 02-155-012/1.

¹⁰⁶ Protokoll der Sitzung des Werbebeirats am 17.7.1964. ACDP 03-010-043/2.

¹⁰⁷ Konzept in Stichworten zum Thema Wahlvorbereitung [aus den Darlegungen Dietrich Rollmanns, Wahlkampfleiter der CDU Hamburg], o. D. [1965]. Ebd.; [Ortsvorstand und WK-Ausschuss des Bezirks Barmbek-Uhlenhorst der CDU, KV HH-Nord]; Protokoll, gez. Dietmar Freudenberg, 21.6.1965. ACDP 02-155-002/1.

¹⁰⁸ Vgl. N. VERHEYEN, *Diskussionslust*, 2010, S. 154–206.

¹⁰⁹ Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten Hamburg an Ernst Kähler, Abteilung Presse und Propaganda (SPD Hamburg), 13.11.1947. AdSD, SPD-LO HH I, Mp. 249; Vorstandssitzung des Kreisvorstandes mit den Wahlkampfleitern [CDU-KV Hamburg-Nord] 5.6.1961, Bl. 8. ACDP 02-155-006/3.

Furcht, dem Herausforderer unterlegen zu sein.¹¹⁰ Die Attraktivität dieser Formate war jedoch unbestritten. Sie schienen die einzigen zu sein, die überhaupt Wähler anlockten, und wurden auch in Leserbriefen an die Lokalpresse gelobt. Es gefiel den Wählern, mehreren Kandidaten gleichzeitig zuhören zu können.¹¹¹

Die wesentliche Neuerung der Podiumsdiskussionen war jedoch nicht die Präsenz unterschiedlicher Parteiredner – bei den herkömmlichen Wahlversammlungen hatten sie ja häufig die Diskussionen dominiert. Die Orientierung am TV-Format kam vor allem darin zum Vorschein, dass lokale Journalisten als Moderatoren fungierten. Damit fanden neue Sprecher auf der Wahlversammlung Platz, die nicht den Reihen der Parteien entsprangen, die Redezeiten der Politiker begrenzten und neutrale Fragen stellten.¹¹² In dieser Rolle konnten sie als eine Art Vorhut der Wähler gelten, die sich ebenso gern als »neutrale« Beobachter, Mahner und Schiedsrichter des ungeliebten Politikbetriebs verstanden. Ob in Formaten wie Höfers »Frühschoppen« oder bei der Moderation von lokalen Podiumsdiskussionen: Journalisten machten den westdeutschen Wählern vor, wie sie ihren kritischen Blick auf die Politik im Wahlkampf artikulieren und in provokante Fragen verpacken konnten. Umgekehrt zeigten sie den Parteivertretern an, dass noch lange nicht politisch uninformiert und »indifferent« sein musste, wer kein Parteibuch besaß. Durch Journalisten auf Podiumsveranstaltungen fand der »kritische« Gestus, der die außerparlamentarische Veranstaltungskultur bereits in den 1950er Jahren geprägt hatte¹¹³, im Laufe der frühen 1960er Jahre Eingang in den westdeutschen Veranstaltungswahlkampf und verdrängte den pädagogischen Klassenzimmerstil der politischen Parteien.

Unliebsame Konkurrenz: Italiens kontaminierte Mattscheibe

Gelang es den deutschen Parteien, die Massenmedien als eigenständiges, außerhalb der Politik bestehendes System zu begreifen, standen sie in Italien von Anbeginn unter dem Verdacht, politisch kontaminiert zu sein. Für die großen Tageszeitungen galt dies ohnehin. Doch im Gegensatz zu ihnen erreichten der Rundfunk und vor allem das Fernsehen ein riesiges Publikum. De iure handelte es sich um ein öffentlich-rechtliches Rundfunksystem, faktisch jedoch stand die Programmgestaltung der RAI unter der Kontrolle der christdemokratischen Regierungspartei. Sie nutzte das staatliche Fernsehen aktiv, um ihre wirtschaftlichen Leistungen in den Jahren des Booms zu präsentieren. Die Nachrichtenformate waren regierungsfreundlich und latent antikommunistisch. Zu

¹¹⁰ Gewandt schlägt vor: Gemeinsame Wahlversammlungen, in: HARBURGER ANZEIGEN UND NACHRICHTEN, 15.4.1961; Diskussion aller Kandidaten, in: HAMBURGER MORGENPOST, 20.4.1961. Zu Aussagen von Lokalkandidaten siehe B. VOGEL/P. HAUNGS, Wahlkampf, 1965, S. 265.

¹¹¹ Alle Kandidaten treten gemeinsam vor den Wähler, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 1.6.1961; Die Meinung der Leser: Fairneß, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 9.9.1961. Vgl. N. VERHEYEN, Diskussionslust, 2010, S. 161.

¹¹² Blumenfeld war Sieger, in: ELBE-KURIER, 1. Jg., Nr. 5 (Juni 1961).

¹¹³ Vgl. dazu A. SCHULZ, Politische Parallelwelten, 2018.

allem Überfluss begrüßte auch die katholischen Kirche, bei allen Vorbehalten, die Einführung des Fernsehens, weil sie darin ein geeignetes Mittel christlicher Erziehung erblickte.¹¹⁴ Erst seit Ende der 1960er Jahre, mit der Ausdifferenzierung des massenmedialen Publikums und Angebots, begann das Fernsehen seinen Charakter als »Regierungsprogramm« und katholisches Erziehungsforum zu verlieren.¹¹⁵ Angesichts der christdemokratischen Kontrolle setzte die Opposition durch parlamentarische Initiativen jedoch schon 1960 die Ausstrahlung einer politischen Abendsendung durch. Die *Tribuna elettorale* (außerhalb von Wahlzeiten *Tribuna politica* genannt) ließ zunächst im Stile einer Pressekonferenz, im Laufe der 1960er Jahre dann mit Diskussionsrunden, führenden Politikern aller Parteien Raum für ihre Selbstdarstellung. Wie auf der Piazza neigten sie zu einer geradezu penetranten Präsenz, um allen politischen Parteien Raum zu geben: Zu Hochzeiten des Wahlkampfs wurde *täglich* eine Sendung ausgestrahlt.

Tatsächlich musste es nicht nur den Kommunisten, sondern allen Beteiligten schwerfallen, im Fernsehen ein autonomes Medium zu erblicken. Schon 1958 nutzte die DC auch vor Ort die Ausbreitung der Fernsehapparate offensiv für ihre eigene Kampagne. Demoskopische Daten, wonach die italienischen Wähler dem Fernsehen als politischer Informationsquelle den Vorzug vor Tageszeitungen, Plakaten und persönlichen Gesprächen gaben, lancierte der christdemokratische Propagandachef 1958 höchstpersönlich.¹¹⁶ Dies machte es unwahrscheinlich, das Wissen vom Wähler als eines Fernsehkonsumenten, also die Adaption von Marktlogiken nach westdeutscher Art, als neutrales Wissen anzusehen. Stets schien es den Christdemokraten zu nützen.

Überdies schrieb sich die DC in die kollektiven Fernsehkonsumpraktiken der Vielen ein, die sich noch kein Fernsehgerät leisten konnten (Tab. 5) und deshalb in die Bar, zum Nachbarn oder in den Gemeindesaal gingen. Sie stattete ihre Parteisektionen, soweit möglich, mit Fernsehgeräten aus und wies dem Fernsehen explizit die »Aufgabe der Freizeitgestaltung« zu. Mit der Gründung von *Teleclubs* sollten DC-Sektionen im Wahlkampf 1958 Wähler und Sympathisanten anziehen und um das Fernsehgerät versammeln.¹¹⁷ Auch die eigenen Parteimitglieder sollten sich vorrangig audiovisuell informieren. 1968 teilte die christdemokratische Parteizentrale ihren Aktivisten mit, die Presse vernachlässigen zu können und stattdessen regelmäßig in den Bars und Parteisektionen die *Tribuna elettorale* zu verfolgen, um über das Parteiprogramm informiert zu sein.¹¹⁸

¹¹⁴ Vgl. F. ANANIA, *Legami pericolosi*, 2004, S. 251; V. PRADA, *Videocrazia*, 2014, S. 42–52, 54–56, 58; G. VECCHIO, *L'arrivo della televisione*, 2002; R. BRIZZI, *Il PCI e la televisione*, 2013, S. 110–112.

¹¹⁵ Vgl. F. ANANIA, *Elezioni alla televisione*, 2002, S. 251–253.

¹¹⁶ Gli orientamenti dell'elettorato, in: *IL POPOLO*, 10.4.1958.

¹¹⁷ Gabriele Semeraro an die Segretari Sezionali DC, o. D. [1958]. ILS, DC, AdS, Sc. 52, fasc. 76. Zu den Konsumgewohnheiten vgl. D. FORGACS, *Italian Culture*, 1990, S. 24; J. FOOT, *Television and the City*, 1999.

¹¹⁸ Gian Arnaldo Arnaud, Segretario S.P.E.S., DC Rom, an die Segretari Provinciali u. a., 22.3.1968. ASBO, DC, CP, Carteggio e Atti, Per Uffici 5.

	Fernsehergeräte pro 1000 Einwohner			
	1960	1970	1980	1990
BRD	83	272	337	506
Italien	43	181	234	423

Tab. 5. Quelle: Tomka, Social History, 2013, S. 234.

Angesichts eines Massenmediums, das wie für die DC gemacht schien, mag es kaum überraschen, dass der PCI dem Fernsehen überaus kritisch begegnete. Die These, dass er bis in die 1970er Jahre, wenn nicht gar noch länger, keinen spürbaren Willen gezeigt habe, sich mit den Effekten der Medialisierung auf die politische Öffentlichkeit auseinanderzusetzen, verkennt jedoch die Ambivalenzen, die den kommunistischen Umgang mit dem Fernsehen kennzeichneten.¹¹⁹ Das zeigte sich schon bei der Einführung des RAI-Fernsehens im Jahr 1954, als der PCI zwar die hohen Preise für Fernsehgeräte kritisierte, nicht aber das Medium an sich. So verwies er auf das positive Beispiel der Sowjetunion und der Volksrepubliken, wo TV-Geräte in den Aufenthaltsräumen der Fabriken montiert seien und das Fernsehen damit ein wahrhaft demokratisches, nämlich für alle konsumierbares Gut darstelle.¹²⁰ Mit zunehmender Ausstrahlungsdauer allerdings stimmten die intellektuellen Wortführer des PCI, die als Publizisten sein Sprachrohr bildeten, ein lautes Klagegedicht an. Im frivolen TV-Programm sahen sie ein Instrument der ›Amerikanisierung‹, das die Massen an das private, häusliche Dasein kettete und sie ihrer politischen Potenz beraubte. Ihre hohen pädagogischen und kulturellen Ansprüche standen einem Arrangement mit dem Fernsehen im Weg.¹²¹

Der isolierte Fernsehzuschauer war allerdings eine intellektuelle Schimäre, die an den Realitäten der kollektiven Konsumpraxis weit vorbei ging. Denn Sendungen wurden in Bars oder Vereinssälen nicht nur konsumiert, sondern auch diskutiert. Die PCI-Funktionäre mussten das eigentlich wissen, denn sie nahmen zur Kenntnis, dass ihre eigenen Genossen in den Bars der 1960er Jahre die *Tribuna elettorale* verfolgten und sich anschließend in leidenschaftlichen Diskussionen ergingen.¹²² Palmiro Togliatti höchstpersönlich klärte im Wahlkampf 1963 seine führenden Funktionäre in den Sektionen des PCI darüber auf, dass das Fernsehen gar *positive* Wirkungen habe:

Die Debatte zwischen den Parteien im TV hat [...] lebhaft dazu beigetragen, das politische Interesse der Wähler zu verstärken, ihre Reflexionen zu stimulieren, die

¹¹⁹ G. CRAPIS, *Frigorifero*, 2002, S. 65, 106, 115 f.; R. BRIZZI, *Il PCI e la televisione*, 2013, S. 127 f.; A. AGOSTI, *Storia del Partito Comunista*, 1999, S. 121.

¹²⁰ Vgl. S. PIVATO/A. TONELLI, *Italia vagabonda*, 2001, S. 126

¹²¹ Vgl. G. CRAPIS, *Frigorifero*, 2002, Kap. I.

¹²² *Verbale del Comitato Federale [PCI Bologna]*, 2.3.1963. FGER, PCI-BO, CF, Verbali, 1963, b. 5, vol. 2. Vgl. G. GUZZALOCA, *Culture politiche*, 2010, S. 333.

Positionen und die Funktion unserer Partei beim Angriff auf die Anmaßung [*prepotenza*] der Democrazia Cristiana hervorzuheben. Wir stehen folglich einer reiferen, aufmerksameren, informierteren Wählerschaft gegenüber, offener gegenüber neuen Orientierungen, sehr viel stärker geneigt, den Wert unserer Vorschläge und unserer Perspektive zu verstehen [...].¹²³

Solche Aussagen hatten freilich damit zu tun, dass Togliatti selbst zum Fernsehstar avancierte. Der kommunistische Parteisekretär war sich bewusst, dass ihm die Auftritte in der *Tribuna politica* nützlich sein konnten, und ließ sich von Genossen, die für die RAI arbeiteten, über die visuellen Logiken des Massenmediums aufklären.¹²⁴ 1963 trug er den Parteigliederungen auf, die Zentralität des Fernsehens als Wahlkampfmedium ernstzunehmen und sich im direkten Kontakt («contatto capillare»), im »argumentativen Dialog«, die freilich das Herzstück der kommunistischen Kampagne blieben, auf das zu beziehen, was die führenden Vertreter der Partei in der *Tribuna elettorale* »Millionen Italienern« mitteilten. Dabei sollten sie auch den gegnerischen Darstellungen im Fernsehen sofort mit einem *contraddittorio* zu begegnen, so wie man es von der Piazza gewohnt war.¹²⁵

Mehr vielleicht noch als Togliatti profitierten andere führende PCI-Politiker von den audiovisuellen Darstellungsweisen, ohne dass die DC daran etwas ändern konnte. Propagandachef Giancarlo Pajetta war telegener und mit seinem angriffslustigen Diskussionsstil beim Fernsehpublikum beliebter als etwa der Innenminister Mario Scelba, was Letzteren dazu veranlasste, die *Tribuna politica* eine »Bestialität« zu nennen, die den Kommunisten auf Staatskosten erlaube, *bella figura* zu machen.¹²⁶ Das Fernsehen war so aufgrund seiner medialen Eigenlogiken alles andere als eine kontrollierbare Propagandamaschine der DC; es ließ PCI-Führungspolitiker zu Medienstars avancieren und wurde von diesen aufgrund seiner Reichweite auch bewusst als nationales Medium genutzt.¹²⁷

Wie widersprüchlich und wie reziprok die Obsession des kontaminierten Bildschirms war, zeigte sich 1968, als der PCI eine nationale Kampagne gegen die politische Parteilichkeit (*parzialità*) des Fernsehens fuhr und vorbereitete Protestpostkarten an die Wähler verteilte, während die rechten Parteien der RAI

¹²³ Palmiro Togliatti an die Comitati Direttivi di tutte le sezioni del P.C.I., April 1963. FGER, PCI-BO, SE, Corrispondenza, Segreteria arrivo 1 gennaio 1963 al 30 settembre 1963, b. 2, fasc. 1.

¹²⁴ Vgl. F. ANANIA, *Elezioni alla televisione*, 2002, 254. Francesca Anania interpretiert dies als Versuch der Politisierung. In der Bundesrepublik aber waren Politiker ebenfalls auf solche technischen Hinweise angewiesen, vgl. T. MERGEL, *Propaganda*, 2010, S. 197 f.

¹²⁵ Palmiro Togliatti an die Comitati Direttivi di tutte le sezioni del P.C.I., April 1963. FGER, PCI-BO, SE, Corrispondenza, Segreteria arrivo 1 gennaio 1963 al 30 settembre 1963, b. 2, fasc. 1; vgl. F. ANANIA, *Legami pericolose*, 2004, S. 255.

¹²⁶ Vgl. F. ANANIA, *Elezioni alla televisione*, 2002, S. 249; G. CRAPIS, *Frigorifero*, 2002, S. 49.

¹²⁷ Vgl. R. BRIZZI, *Il PCI e la televisione*, 2013, S. 117–119; G. CRAPIS, *Frigorifero*, 2002, S. 53 f.; G. TRAUTMANN, *Italien*, 1984, S. 256 f.

vorhielten, in der Wahlkampfberichterstattung den PCI bevorzugt zu haben.¹²⁸ Diese Tendenz, immer dann, wenn das Fernsehen seine medialen Eigenlogiken spürbar machte, einen Vorteil für den Gegner zu erblicken, verhinderte in Italien die Ausprägung einer »kritischen Öffentlichkeit«, wie sie in der Bundesrepublik seit Ende der 1950er Jahre entstand. Es fehlte nicht an Skandalen, Affären und kritischer Berichterstattung, doch wie in diktatorischen Systemen war ihre Glaubwürdigkeit begrenzt, weil sie stets als parteilich gelten konnten.¹²⁹

Die *lokalen* PCI-Funktionäre nun hatten mit dem Medium noch ein anderes Problem. Während Togliatti auf die Zentralität des Fernsehens hinwies, wollten sie auf die massenmediale Herausforderung umso entschiedener mit »kapillarer« Propaganda antworten. Es sei zwar schön, dass Togliatti auch in der *Tribuna elettorale* Wahlkampf mache, führte der Funktionär Mario Soldati auf einer Bologneser Wahlkampfbesprechung 1963 aus. Doch der »Faktor Mensch« könne nicht durch das Fernsehen oder durch andere »moderne« Propagandamittel ersetzt werden: »die größte Kampagne, die gefahren werden kann, fährt der Mensch«. Dafür seien in der roten Stadt mit ihren vielen Parteimitgliedern und den diversen Kontakten, die sie Tag für Tag im Wahlkampf knüpften, besonders gute Voraussetzungen gegeben.¹³⁰ Dieser Hinweis auf die lokale Stärke der Partei war höchst relevant; darin lag auch eine Botschaft an die Parteidirektion in Rom, zu der die Exponenten der roten Stadt spätestens seit Ende der 1950er Jahre eisige Beziehungen pflegten.¹³¹ Immer wieder ergingen sich die lokalen Funktionäre in den 1960er und 1970er Jahren darin, den Wert der *eigenen* Aufklärungstätigkeit vor Ort zu betonen.¹³² Denn das Fernsehen gab den führenden Politikern Raum und forcierte so die Personalisierung und Nationalisierung von Politik. Um die lokale Macht der Partei in der Stadt vorzuführen und auch innerparteilich Gewicht zu bewahren, war es für die Parteiverbände aber unabdinglich, an der Tradition direkter Kommunikation festzuhalten.

Bezeichnenderweise äußerten sich die katholischen Aktivisten ganz ähnlich, um ihre eigene Funktion in der Demokratie zu untermauern. Die Comitati

¹²⁸ Prefetto di Firenze an das MI, 8.5.1968. ACS, MI-GAB, 1967–1970, b. 524, fasc. 17221/1; Una campagna seria e pulita, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 19.5.1968; vgl. G. CRAPIS, Frigorifero, 2002, S. 23, 49; V. PRADA, Videocrazia, 2014, S. 57.

¹²⁹ Vgl. T. MERGEL, Politisierte Medien, 2010, S. 39.

¹³⁰ Verbale del Comitato Federale [PCI Bologna], 2.3.1963, Bl. 8-10, Zitat Bl. 9. FGER, PCI-BO, CF, Verbali, 1963, b. 5, vol. 2. Zur Parteiführung siehe die Quelle bei F. ANANIA, Legami pericolose, 2004, S. 255; R. BRIZZI, Il PCI e la televisione, 2013, S. 119–128.

¹³¹ Vgl. G. FANTI/G. C. FERRI, Cronache dell'Emilia rossa, 2001, S. 31 f., 38; W. DONDI, Bologna Italia, 1998, S. 15; S. LUPO, Partito e antipartito, 2004, S. 79 f.

¹³² Verbali del Comitato Federale [PCI Bologna] v. 4. u. 72.1963. FGER, PCI-BO, CF, Verbali, 1963, b. 5, vol. 2.; Prefetto di Bari an das MI, 4.7.1964. ACS, MI, Gab., PP 1944–1966, b. 2, fasc. 160/P/10. Zu den 1970er Jahren siehe: Verbali del Comitato Federale, Commissione Federale di controllo, 22. u. 24.3.1972, Bl. 33 f. FGER, PCI-BO, CF, Comitato Federale e Commissione federale di controllo, Verbali, b. 6, vol. 5.

Civici waren überzeugt, dass die Massenmedien nicht imstande seien, so viele Wähler zu erreichen wie sie selbst. In ihrem Aktivistenmagazin wiesen sie 1958 darauf hin, dass 41 Prozent der italienischen Familien keine Zeitung lasen und 23 Prozent noch nicht einmal das Radioprogramm verfolgten. »Nichts ist überzeugender und sicherer in diesem Wahlkampf als der kapillare Einfluss des Aktivismus«. ¹³³ Im Kampf gegen das neue Medienregime ist damit auch ein Kampf zwischen Zentrum und Peripherie zu erblicken, zwischen Massenorganisationen, die sich über Aktivismus definierten, und Führungspolitikern, in denen sich die jeweilige lokale *community* nicht notwendigerweise gespiegelt sehen musste. Letzteres traf in besonderem Maße für die Christdemokraten zu. Parallel zur Entfaltung des neuen Medienregimes gaben sie mit der Ausbildung der Parteiströmungen (*correnti*) ihrer regionalen und lokalen Fragmentiertheit eine quasi-institutionelle Form. Die Medienkampagnen für nationale DC-Politiker, die der vor Ort führenden *corrente* nicht angehörten, konnten folglich mit guten Gründen im Wahlkreis ignoriert werden. ¹³⁴

Zwar waren es 1963 ausgerechnet die Kommunisten, die in Bologna mit Verweis auf die *Tribuna elettorale* ihren Gegnern Diskussionsveranstaltungen vorschlugen und damit das Fernsehen durchaus als Trendsetter behandelten. ¹³⁵ In der Tendenz jedoch verwehrten sich die lokalen PCI-Funktionäre der Anpassung an das neue Massenmedium und versuchten, ihrer Klientel den Fernsehkonsum wieder abzuerziehen. Weil die Gegner über das Fernsehen verfügten, so war im Wahlkampf 1968 in der Bologneser Ausgabe der *Unità* zu lesen, sollten sich die Genossen umso mehr auf die Lektüre und den Verkauf der *Unità* konzentrieren. ¹³⁶ Die Parteizeitung wurde als das wahre Schaufenster Italiens präsentiert, der Kampf um die Medien zum Spiegel des sozialen Konflikts im Umfeld der Fabriken der 1960er Jahre gemacht. Während die DC zugunsten der Industriellen das Bild einer glitzernden Wohlstandsgesellschaft zu zeichnen versuche, seien es »die Presse und die Wahlinformation des PCI, die jeden Tag die beschwerliche, unerträgliche Realität« und die »harten Lebensbedingungen der Arbeiter« entblößten. ¹³⁷ Um mit dem audiovisuellen Trend zu gehen, setzten die Bologneser Kommunisten auch auf eigene Filme, die sie auf Versammlungen vorführen ließen und als »originellste Idee« des Wahlkampfes präsentierten.

¹³³ Zit. n. E. NOVELLI, *Turbopolitica*, 2006, S. 200.

¹³⁴ Eingehender vgl. F. P. BELLONI, *Factionalism*, 1978; S. LUPO, *Partito e antipartito*, 2004, S. 160 f.

¹³⁵ Das war Kalkül, denn der Bologneser PCI hatte ein solches Angebot auch bereits 1958 unterbreitet, als die Fernsehsendung noch nicht existierte. Die Kontrahenten lehnten stets ab; erst 1968 kamen Podiumsdiskussionen zustande. Siehe: Giordano Marchiani an tutti i Segretari di Sezione, 13.2.1958. ASBO, DC, CC, Carteggio e Atti 8, Fasz. »Circolari ai Segretari di Sezione«; C. Canè, Sezione Stampa e Propaganda [des PCI] an die Partiti DC, PSI, PSDI, PRI am 5.3.1963. ASBO, DC, CC, Elettorale 4, Fasz. »Circolari ai segretari di sezione«.

¹³⁶ Loro hanno la TV, noi dobbiamo portare *l'Unità* tra la gente, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 10.5.1968.

¹³⁷ Una battaglia elettorale combattuta a fianco del PCI, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 18.5.1968.

Als »objektive Darstellung der Situation« gepriesen, sollten sie den »Slogans und schön verputzten Werbeideen *all'americana*« der Christdemokraten begegnen.¹³⁸ In selbstproduzierten Auflagen von *Carosello* nahm der Bologneser PCI 1968 die berühmtesten Werbeslogans der italienischen Wahlkampfgeschichte aufs Korn und meinte so, auf dem audiovisuellen Unterhaltungsmarkt mit selbstreferentiellen Eigenkreationen konkurrieren zu können. In der Bundesrepublik hatten Genossen der Parteiführung schon 1961 von solchen dilettantisch wirkenden Produktionen abgeraten mit dem Hinweis, die Wähler seien von Kino und Fernsehen zu sehr verwöhnt.¹³⁹

Dem kommunistischen Glauben vor Ort, es mit professionellen Fernsehmachern aufnehmen zu können, korrespondierte ein auch unter Christdemokraten verbreiteter Unwille, die televisiven Darstellungsweisen und die Sehgewohnheiten des Publikums ernstzunehmen. An sich charismatische Figuren wie Aldo Moro lasen in der *Tribuna politica* ellenlange Reden vor. Insgesamt, so hat Francesca Anania argumentiert, sei den Christdemokraten (wie den Kommunisten) nicht klar gewesen, dass sie im Fernsehen *Bilder* produzieren mussten, dass Gesten und Körpersprache zählten und dass das italienische Publikum Sendungen prämierte, die diskursiv waren und ihm das Gefühl gaben, beteiligt zu sein.¹⁴⁰ Ersteres stellte mitnichten ein italienisches Spezifikum dar: Auch die westdeutschen Politiker hatten zum Teil bis in die 1980er Jahre Probleme, sich bei ihren Fernsehauftritten den visuellen Logiken des Mediums anzupassen. Was das öffentlich-rechtliche Fernsehen der Bundesrepublik aber seit 1969 anbot, waren Formate, die Politiker »zu spontaner Medienperformance zwang[en] und insofern den *Reality*-Charakter des Wahlkampfes erhöhte[n]«: Elefantenrunden und Diskussionsformate wie »Journalisten fragen – Politiker antworten« bis hin zu Sendungen, in denen Bürger als Fragende auftraten.¹⁴¹

Die Besonderheit im italienischen Medienregime war, dass das Fernsehen bis in die späten 1970er Jahre nur begrenzt als Mittel einer solchen diskursiven, spontanen, interaktiven politischen Kommunikation dienen konnte. Damit traf es aber gerade nicht die Nachfrage eines italienischen Wahlvolks, das beim Fernsehen wie auf der Piazza jubeln und pfeifen wollte und mit dem kollektiven Konsum in der Bar ja auch die besten Voraussetzungen dafür hatte. Zwar wurde die *Tribuna elettorale* im Laufe der Jahrzehnte diskursiver, doch blieb dies in engen Grenzen. Deshalb wurde sie auch immer langweiliger, und die Wähler legten dies ihrem politischen Personal zur Last, nicht den Medienmachern. Prochristdemokratische Leserbriefschreiber klagten 1968, die Politiker wüssten

¹³⁸ Una campagna seria e pulita, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 19.5.1968.

¹³⁹ Propagandisti a corto di idee, in: IL RESTO DEL CARLINO, 16.4.1968; Zusammenfassung der Umfrage an Bezirke und Unterbezirke »Einige Fragen zum Wahlkampf«. AdsD, NL Anders, Mp. 1, Fasz. »Auswertung der Umfrage in der Organisation Bundestagswahlkampf 1961«. Vgl. J. BALCAR, Politik auf dem Land, 2004, S. 280 f.

¹⁴⁰ F. ANANIA, Elezioni alla televisione, 2002, S. 249 f.; DIES., Legami pericolose, 2004, S. 253–255.

¹⁴¹ Vgl. T. MERGEL, Propaganda, 2010, S. 198–204, Zitat S. 202.

immer noch nicht, dass es im Fernsehen hieß, eine einfache Sprache zu sprechen, Begriffe zu erklären und nicht wie Professoren aufzutreten.¹⁴² Der Bologneser *Resto del Carlino* meinte 1968 gar, die Wähler würden das Fernsehgerät ausschalten, sobald nur das Intro der *Tribuna politica* ertöne.¹⁴³

Im Umgang mit dem neuen Massenmedium spiegelt sich so ein auffallender Unwille der beiden großen italienischen Parteien, die Italiener in ihrer Transformation zu Konsumbürgern zu begleiten und Marktlogiken mitzudenken. Kommunisten wie Katholiken imaginierten den Fernsehzuschauer nicht als einen autonomen Akteur auf dem massenmedialen Markt, sondern als einen politisch zu erziehenden oder eben manipulierten Akteur. Lediglich die Liberalen und Linksliberalen betrachteten das Fernsehen stärker als Schaufenster einer gewandelten Wählerschaft, und auch die Sozialisten erkannten schon früh, welch kommunikatives Potenzial in ihm steckte.¹⁴⁴ Nicht ohne Grund sollte es der PSI sein, der unter Bettino Craxi Ende der 1970er Jahre massiv auf die Spektakularisierung und Kommerzialisierung des Wahlkampfes im Fernsehen zu setzen begann; damit war er der erste, der die Italiener ohne wenn und aber als Konsumbürger mit Unterhaltungsbedürfnissen ernstnahm.¹⁴⁵

3. Verbraucherfreundliche Politik. Westdeutsche Annäherungen

Wenn von der »Modernisierung« politischer Kommunikation in der Bundesrepublik der 1960er Jahre die Rede ist, stehen die SPD und insbesondere Willy Brandt im Fokus. Mit seiner massenmedialen Vermarktung habe er sich als »deutscher Kennedy« präsentiert; in Inhalt und Form hätten seine Kampagnen nicht nur die Westernisierung der SPD symbolisiert, sondern auch auf die »offene politische Diskussion« mit Bürgerinnen und Bürgern gesetzt und damit die Anerkennung von Konflikt und Konkurrenz unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen verdeutlicht und verbreitet. In der Tat ging Willy Brandt 1961 als erster Kanzlerkandidat der SPD unter dem Rubrum eines »Großen Gesprächs« auf Wahlkampfreise durch die Republik, doch stand dabei tatsächlich die argumentative Auseinandersetzung im Vordergrund? Und geriet die CDU mit ihrem harmonischen Politikverständnis im Geiste der »Kanzlerdemokratie« tatsächlich

¹⁴² Parlar chiaro agli elettori anche all Tv, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 24.4.1968; vgl. F. ANANIA, Elezioni alla televisione, 2002, S. 250 f.

¹⁴³ Propagandisti a corto di idee, in: IL RESTO DEL CARLINO, 16.4.1968.

¹⁴⁴ Vgl. G. GUAZZALOCA, Fabbrica del consenso, 2006, S. 164; DIES., Culture politiche, 2010, S. 332 f., 339–346; S. CAVAZZA, Politica di fronte al consumo, 2013; E. SCARPELLINI, Material Nation, 2011, S. 176–182.

¹⁴⁵ Vgl. G. CRAPIS, Frigorifero, 2002, S. 73, 117; G. MAZZOLENI, Patterns, 1996, S. 195 f.; DERS., Emergence, 1991; S. ROLANDO, Una voce, 2009; S. CAVAZZA, Consumo desiderato, 2010, S. 72, 75–78.

ins Hintertreffen beim Kampf um Wähler, die sich in den 1960er Jahren mehr und mehr vom Prinzip des »government by discussion« locken ließen?¹⁴⁶

Während die historische Forschung auf politische Konzeptionen und Medienstrategien der Parteizentralen geblickt hat, ohne die lokale Umsetzung der Innovationen in den Blick zu nehmen, sucht das folgende Unterkapitel die Treffpunkte auf, an denen sich Wähler und politische Vertreter in den 1960er Jahren begegneten. Es fragt nach neuen Verständigungsformen, Wählerbildern und Repräsentationsstrategien der Politik in der urbanen Konsumgesellschaft und will damit das Fundament aufdecken, auf dem die wachsende Annäherung zwischen Wahlvolk und Parteiendemokratie beruhte, die für jene Dekade zu konstatieren ist. Marktlogiken, die nicht unwesentlich über das neue Medienregime in die politische Kommunikationsarbeit eingespeist wurden, spielten dabei die entscheidende Rolle – mussten aber nicht notwendig dem politischen Pluralismus Vorfahrt geben.

Politischer Service und die Belebung des öffentlichen Raumes

Kurz vor dem Wahltag 1961 machte sich das *Hamburger Abendblatt* zum Sprecher des westdeutschen Wahlvolks und resümierte:

Ein verwirrender Wahlkampf mit verschwommenen Linien, verschobenen Fronten und mehr Propaganda als Politik hat das Gewesene vernebelt und die Bilanz erschwert. [...] Was will er [der Wähler, C. C. G.] – jenseits aller Programme? In erster Linie doch wohl einen festgefügteten Staat, der ihm in den heraufziehenden Stürmen der Weltpolitik wenigstens das Gefühl relativer Sicherheit geben kann. Also eine gute und verlässliche Regierung! Er wählt aber, weil es nicht anders geht, Parteipolitiker und Parteien. Ganz sicher aber denkt er dabei nicht an die pedantische Arithmetik, den eifersüchtigen Handel um politische und konfessionelle Schattierungen bei der Besetzung der Ämter. Millionen Wähler verlangen nach einer Regierung, in der sich die besten Köpfe und Charaktere zu einem Team vereinigen, das die Bundesrepublik und das große Anliegen der Deutschen in den kommenden Auseinandersetzungen besonnen, aber so wirksam, so klug, so wenig und aktiv wie nur möglich vertreten kann.¹⁴⁷

Dass der Wahlkampf von 1961 durch den Mauerbau getroffen wurde, ließ westdeutsche Wähler und Journalisten umso vehementer eine »höchst unerfreuliche Zuspitzung« im Wahlkampf beklagen. Fluchtpunkt der Wahlen war nicht die pluralistische Repräsentation der Gesellschaft im Parlament, sondern ein stabiler Staat.¹⁴⁸ So kamen Willy Brandt und seine Reise durch die Wahlkreise der

¹⁴⁶ J. ANGSTER, *Der neue Stil*, 2005, insb. S. 192 f., 199–203, Zitat S. 199; D. MÜNDEL, *Politiker-Image*, 2003; DIES., *Kennedy*, 2008; A. DOERING-MANTEUFFEL, *Westernisierung*, 2003, S. 321 f., 324 f.; G. METZLER, *Weg*, 2007.

¹⁴⁷ *Stunde des Wählers*, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 16./17.9.1961.

¹⁴⁸ *Unsere selbstverständliche Pflicht*, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 14.9.1961. Siehe auch: *Politische Sauberkeit*, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 18.8.1961.

Bundesrepublik auch in erster Linie deshalb gut an, weil er sich als gemessener Staatsmann präsentierte, der erstmals in der Geschichte der Nachkriegs-SPD seit Kurt Schumacher die Nation als Ganzes abzubilden vermochte.¹⁴⁹ Nicht das Bekenntnis zu Pluralismus und der innergesellschaftlichen Interessenkonkurrenz, sondern die Konsensbetonung der sozialdemokratischen »Gemeinsamkeitspolitik« stieß bei den Wählern auf Sympathien und war überdies demoskopisch abgesichert. Insofern brachten Willy Brandt und die Westernisierung der SPD in der Kommunikation mit dem Wahlvolk zunächst einmal eine Absage an die harte Konflikthaftigkeit mit sich, welche die 1950er Jahre geprägt hatte.¹⁵⁰

Vor Ort konnten die SPD-Bezirke 1961 zweifellos wissen, dass die Partei im Wahlkampf nun einiges anders machen wollte. »Erneuerung« war das Motto, und in der Tat bildete die Wahlreise Willy Brandts dabei den elementaren Baustein.¹⁵¹ Die Ortsvereine wurden verpflichtet, zur Vorbereitung genauen Anweisungen zu folgen, sodass sich die Szenerie überall in etwa folgendermaßen darstellte: Zentral produzierte Plakate kündigten den Besuch des Kanzlerkandidaten als »Tag der SPD« im Wahlkreis an. Stunden vor seiner Ankunft fuhr ein Lautsprecherwagen die Route entlang, die Brandts Karawane nehmen würde, und forderten die Anwohner auf, ihn an den Straßen zu begrüßen. In den Städten fanden Platzkonzerte statt, die die Wartenden bei Laune halten sollten – erste politische Events dieser Art im öffentlichen Raum. Jede Sehenswürdigkeit, jeder Schützenverein und jeder Betrieb, den Brandt besuchte, wurde im Vorfeld bewusst ausgewählt. Ein Besuch beim Bürgermeister, der dem Kanzlerkandidaten einen Stadtwappen-Teller überreichte, sollte das Interesse für lokale Belange signalisieren. Die örtlichen Genossen hatten die Aufgabe, Brandts Wahlkampfteam über die drängenden lokalen Themen zu informieren und vor Ort zahlreiche Denkschriften aus der Bevölkerung »einzuzwerben«, wofür die Zentrale Wahlkampfleitung Formulierungsvorschläge bereitgestellt hatte. Was das zentrale Ziel dieser Kampagne war, machte die Wahlkampfleitung in einer Bilanz selber deutlich, wenn sie zufrieden feststellte, Brandt sei auf seiner Wahlreise »über lokale Probleme, Sorgen und Anliegen« unterrichtet worden, darunter vor allem die Gesundheitsversorgung, reine Luft und sauberes Wasser, Alterssicherungssorgen, eine bessere Familienpolitik oder die Notwendigkeit, das Straßennetz auszubauen.¹⁵² Worauf die Kommunikationsstra-

¹⁴⁹ Hans-Joachim Holtz, Hinweise für den Wahlkampf – entnommen aus Briefen an den Kanzlerkandidaten, 20.2.1961. Anl. zu: Holtz an Karl Anders, 21.2.1961. AdsD, NL Anders, Mp. 2; vgl. B. VOGEL/P. HAUNGS, Wahlkampf, 1965, S. 284.

¹⁵⁰ Ralf Dahrendorf kritisierte dies in den 1960er Jahren harsch, siehe R. DAHRENDORF, Gesellschaft und Demokratie, 1968, S. 222, 456. Vgl. A. KRÜKE, Demoskopie, 2012, S. 356; T. MERGEL, Propaganda, 2010, S. 264 f., 295–297; E. CONZE, Suche nach Sicherheit, 2009, S. 140.

¹⁵¹ Vgl. B. VOGEL/P. HAUNGS, Wahlkampf, 1965, S. 256 f.

¹⁵² Werbemappe (study box) für die Durchreise des Kanzlerkandidaten und die Einzelveranstaltungen der Mannschaft. Karl Anders an Dr. C. Wolfgang Müller, 27.2.1961. AdsD, NL Anders, Mp. 3, Fasz. 7/XI; Held nach Maß: Brandts Wahl-Manager Klaus Schütz, in: DER SPIEGEL, Nr. 37

terie der erneuerten SPD setzte, war die Ansprechbarkeit für die Sorgen und Nöte der Wähler.

Mit dieser Ansprechbarkeit versuchte sich die SPD von den Wahlreisen abzusetzen, die Konrad Adenauer in den 1950er Jahren durchgeführt hatte und die auf ebenso große Sympathien der Bevölkerung gestoßen waren.¹⁵³ Im Unterschied zum greisen Kanzler sollte Brandt nach Maßgabe seiner Wahlkampfstrategen nicht nur Hände schütteln, sondern mit offenem Ohr dem Wahlvolk entgegenzutreten. So resümierte die Zentrale Wahlkampfleitung der SPD in einer internen Bilanz, die wichtigste Botschaft der Wahlreise Brandts sei »nicht zuvorderst, zu den Bürgern zu sprechen, sondern *mit* ihnen [...]. In einer modernen Demokratie ist das ständige Gespräch die beste Art des Zusammenwirkens zwischen Regierenden und Regierten. Zu den Menschen gehen, ins Volk hinein-hören, sich dem Bürger stellen.«¹⁵⁴ Einen bildlichen Eindruck davon, wie diese Inszenierung von Bürgernähe aussehen konnte, hatten sich Willy Brandt und sein Wahlkampfberater Klaus Schütz während des Kennedy-Wahlkampfes 1960 in den USA verschaffen können. Laut Schütz' Erinnerungen lernten sie dort, dass sie *zum Wähler kommen* mussten.¹⁵⁵

Die Vorbildwirkung der USA lag darin, dass sie der SPD zu einer Dienstleistungsorientierung gegenüber Wählern verhalf, die in sozialdemokratischer Tradition stets als Objekte pädagogischer Ambitionen behandelt worden waren. Allerdings gab es zugleich auch einen deutschen Ideengeber, der seit den 1950er Jahren für die SPD arbeitete und Innovationsimpulse setzte, die den Wähler als Konsumenten ernstnahmen. Es handelte sich um Carl Wolfgang Müller, künftiger Doyen der westdeutschen Erziehungswissenschaft und kein (oder zumindest kein offenes) Mitglied der SPD. Bei der Vorbereitung zum Wahlkampf 1961 versuchte er mit Nachdruck, die Funktionäre von einer Kampagnenführung zu überzeugen, die den unentschiedenen Wähler nicht als politischen Erziehungsbedürftigen markierte, sondern ihn als rationalen Verbraucher ernstnahm. »Der Umworbene ist kein Idiot. Er könnte beispielsweise Deine eigene Frau sein. Beleidige ihn nicht, indem Du seine Intelligenz infrage stellst.«¹⁵⁶ Mit solchen Lehrsätzen pflegte der Autodidakt Müller quasi durch die Hintertür das Werbeparadigma in die politische Kommunikation der Sozialdemokratie ein. Dabei nahm er die Markt- und die Medienwirkungsforschung, die in den 1950er Jahren aus

v. 6.9.1961. Zitat: Büro Willy Brandt, Klaus Voigt: 21 Tage durch die Bundesrepublik. Denkschrift über die Deutschlandreise Willy Brandts, o. D. [nach den Wahlen 1961]. AdsD, NL Anders, 6, Fasz. »Wahlreisen W. Brandt + Mannschaft«. Vgl. B. VOGEL/P. HAUNGS, Wahlkampf, 1965, S. 283.

¹⁵³ Adenauers Wahlreisen, o. D. [1957]. AdsD, NL Anders, Mp. 1.

¹⁵⁴ Büro Willy Brandt, Klaus Voigt: 21 Tage durch die Bundesrepublik. Denkschrift über die Deutschlandreise Willy Brandts, o. D. [nach den Wahlen 1961]. AdsD, NL Anders, 6, Fasz. »Wahlreisen W. Brandt + Mannschaft«.

¹⁵⁵ K. SCHÜTZ, Lehren, 2002, S. 33.

¹⁵⁶ Auch zum Folgenden: Dr. C. Wolfgang Müller an Karl Anders u. a.: Einige Gedanken zu Systematik und Inhalt der werblichen Vorbereitungen des kommenden Bundestagswahlkampfes, Okt. 1960. AdsD, SPD, Abt. I, NL Anders, 3, Fasz. 7/XI.

den USA nach Europa herüberschwappte, genau zur Kenntnis. Ohne dass er als Vertreter der unter westdeutschen Politikern verpönten Marketingwirtschaft gelten konnte, entkrampfte er so das schwierige Verhältnis der Partei zu den (unentschiedenen) Wählern. Die zentrale Aussage lautete dabei, dass die Wähler von heute »ganz normale« Verbraucher seien, denen man Service bieten müsse. Der Ausdruck kursierte bereits 1960 in den Grundsätzen zur politischen Werbung, die Müller zusammen mit Werner Landahl erarbeitet hatte: »Jede Aussage muss Leute für die Zeit und die Aufmerksamkeit, die sie geschenkt haben, belohnen: durch Information, Prestige oder Service.« Unter diesem Motto sollte dann nicht nur die Wahlreise Brandts von 1961, sondern die gesamte urbane politische Kommunikation in der westdeutschen Konsumgesellschaft stehen.

Wo die Prominenz des Kandidaten es zuließ, versuchten SPD wie CDU bereits 1961, auf den Spuren Brandts und Kennedys zu wandeln und dabei Information, Prestige und Service in Szene zu setzen. Sie bereisten, meist im Autokorso, die ländlichen Gebiete ihres Wahlkreises wie der Fürst sein Land. Der Besuch des Kandidaten wurde zum lokalen Ereignis; aufmerksam verfolgt von der Lokalpresse. Die Bevölkerung begrüßte ihn vor dem Rat- oder Gemeindehaus, wo er bei einer Aussprache mit dem Bürgermeister hinter verschlossenen Türen sein Interesse für die Belange des Wahlkreises symbolisch in Szene setzte. Derweil wurde der wartenden Wählerschaft ein musikalisches Unterhaltungsprogramm dargeboten, das dem Kandidatenbesuch zu einer Volksfestatmosphäre verhalf.¹⁵⁷ Danach sprach der Kandidat kurz zu den Wählern, sollte sich dann aber vor allem darauf konzentrieren, so viele Wählerhände wie möglich zu schütteln und so viele Wählerwohnungen wie möglich zu besuchen. Im Landkreis Heidelberg waren solche »Ständerlings«, von denen die zeitgenössischen Wahlkampfbeobachter nur vermuten konnten, dass sie »wohl von amerikanischen oder englischen Vorbildern inspiriert gewesen sein dürfte[n]«, stets besser besucht als die Wahlversammlungen. Da sie in den Nachmittagsstunden stattfanden, konnten auch Frauen und Kinder zahlreich teilnehmen. Der in amerikanischen Wahlkampftechniken geschulte SPD-Finanzexperte und Heidelberger Direktkandidat Alex Möller ließ sich während seiner Rundreise durch den Wahlkreis filmen, um deren Wirkung durch Vorführungen in kleinen Gemeinden zu verbreitern.¹⁵⁸ Zu allen Bürgern in den entlegensten Orten kommen zu wollen, war neu an der Wahlkampagne der Direktkandidaten 1961.

In den Großstädten konnte zwar ein Willy Brandt, kaum jedoch ein Direktkandidat mit ausreichend Publikum rechnen, weshalb sich Wahlkreisrundreisen auf das Land konzentrierten.¹⁵⁹ Dennoch wagten sich die Direktkandidaten ab 1961 auf die Straßen und Plätze der Städte, um Ansprechbarkeit zum

¹⁵⁷ B. VOGEL/P. HAUNGS, Wahlkampf, 1965, S. 279.

¹⁵⁸ Ebd., S. 269, 313, Zitat S. 278; Viele junge Menschen kommen in die Wahlversammlungen, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 9.9.1961.

¹⁵⁹ Vgl. B. VOGEL/P. HAUNGS, Wahlkampf, 1965, S. 280; J. BALCAR, Politik auf dem Land, 2004, S. 353–356.

Ausdruck zu bringen. In Heidelberg nutzte SPD-Kandidat Alex Möller den Tag des Brandt-Besuchs, um auf den Straßen einiger Heidelberger Vororte zu erscheinen, umrahmt von Live-Musik und in einem »weithin sichtbaren weißen Staubmantel«. ¹⁶⁰ In selber Manier versuchte sich in Hamburg der ebenfalls über gute US-Kontakte verfügende CDU-Spitzenkandidat Erik Blumenfeld bekannt zu machen. Mit einer Wagenkolonne angekommen, hielt er kurze Ansprachen an Passanten an Straßenecken und auf Plätzen der Hansestadt. Bewusst vermarkteten CDU-Kandidaten wie Blumenfeld diese neue Bürgernähe in der Lokalpresse, um den Hoheitsanspruch der SPD auf einen »neuen Stil« zu brechen. Sein Ziel sei es, so Blumenfeld, »[d]en Wähler nicht erst zum Besuch einer Versammlung aufzufordern, sondern ihn gleich unmittelbar auf der Straße anzusprechen«. ¹⁶¹ In ihren eigenen Stadtteilanzeigen, mit denen sie bei diesem Wahlkampf erstmals auftrat, bewarb die Hamburger CDU die Aktion Blumenfelds, die er 1965 wiederholen sollte, als »neue[n] Stil« und betonte, stets hätten sich interessierte Menschenmengen um den Direktkandidaten geschart. »Der sucht wirklich mit der Bevölkerung ein echtes Gespräch«, wurde ein Bürger zitiert. Ansprechbarkeit wurde so auch zur christdemokratischen Wahlkampfbotschaft. ¹⁶²

Dass es bei solchen »Gesprächen« nicht so sehr um harte politische Diskussionen ging, und dass es sich mitnichten um eine sozialdemokratische Spezialität handelte, machten Vertreter der Hamburger SPD selber deutlich. Max Brauer, der über Exilerfahrungen und enge familiäre Kontakte in die USA verfügte, äußerte sich im *Hamburger Abendblatt* zum »fliegenden Wahlkampf« Erik Blumenfelds: »Ich kenne diese Methode von meinem Amerika-Aufenthalt, aber ich halte für Hamburg nicht viel davon. Wahlkampf ist ernste politische Bildungsarbeit, sie läßt sich meiner Meinung nach besser auf dem Podium einer Saalversammlung praktizieren.« ¹⁶³ Gegenüber der starren Ritualistik der städtischen Wahlversammlungen stieß der Straßenwahlkampf der Direktkandidaten, ebenso wie die Besuche Willy Brandts, jedoch gerade deshalb auf Interesse, weil er vom Improvisationsgeist lebte, den westdeutsche Wähler ausweislich der Medienwirkungsforschung auch an den politischen Fernsehformaten schätzten. Keine langen Referate abzulesen, sondern aus dem »Stegreif« zu sprechen, kurz und sachlich zu informieren und sich durch Ansprechbarkeit offen für den »einzelnen« Wähler mit seinen konkreten Problemen zu zeigen, war eine Strategie, die auffällig an die oben beschriebenen Erkenntnisse aus der Zuschauerforschung anknüpfte. ¹⁶⁴

¹⁶⁰ B. VOGEL/P. HAUNGS, Wahlkampf, 1965, S. 262, Zitat S. 283.

¹⁶¹ Viele junge Menschen kommen in die Wahlversammlungen, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 9./10.9.1961.

¹⁶² Erik Blumenfelds Wahlkampf, in: BLANKENESER KURIER, 1. Jg., Nr. 7, September 1961; Erik Blumenfeld bei seinen Wählern, in: ELBE-KURIER, 1. Jg., Nr. 7, September 1961.

¹⁶³ Viele junge Menschen kommen in die Wahlversammlungen, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 9./10.9.1961.

¹⁶⁴ Vgl. B. VOGEL/P. HAUNGS, Wahlkampf, 1965, S. 262, 283.

Der Erfolg dieses »fliegenden Wahlkampfs« über 1961 hinaus gab Max Brauer Unrecht; 1965 tourten auch ein Ludwig Erhard oder etwa der Ulmer Direktkandidat der FDP im Wagen durch ihre Wahlkreise und hielten Kurzanreden unter freiem Himmel.¹⁶⁵ In Hamburger CDU-Kreisen wurde die Verbreitung dieses Stils von den professionellen Werbeberatern forciert, mit denen die Christdemokraten hier seit 1964 zusammenarbeiteten.¹⁶⁶ Auch sie empfahlen das »offene Gespräch« nach dem Motto »Tue Gutes und rede darüber«, um dem »Mann auf der Straße« sein »stark ausgeprägtes Misstrauen gegenüber den Politikern« auszutreiben, das er, so die Annahme, aufgrund der Erfahrungen im Nationalsozialismus hege.¹⁶⁷

Passend zur Ansprache des westdeutschen Wählers als eines Konsumenten wurden die urbanen Orte der Konsumgesellschaft zu neuen Treffpunkten mit der Parteiendemokratie. Der Informationsstand avancierte in den 1960er Jahren zum urbanen Servicepoint im Wahlkampf, und er fand sich ausnahmslos auf Wochenmärkten, Einkaufsstrassen und in Fußgängerzonen, wo Wahlkämpfer den Wählern beim Einkaufen begegnen konnten. Die Händler konnten sich dabei durch die Präsenz der Politik durchaus gestört fühlen. Noch 1969 berichtete die SPD-Kandidatin Hedwig Meermann vom Wahlkreis Rottweil in Baden-Württemberg, anfangs hätten die Händler auf dem Wochenmarkt »gereizt« reagiert, als Genossen dort Musik abspielten und Prospekte verteilten. Dadurch sei auch »bei den Kunden« keine rechte Stimmung aufgekommen. »Später habe ich immer zuerst einen kurzen Rundgang bei den Händlern gemacht, sie gebeten, mir ein Zeichen zu geben, falls die Musik zu laut wäre, auch ein paar Kleinigkeiten gekauft – die Händler waren dann guter Laune und die Käufer kamen zwischendurch mit allen möglichen Fragen zu mir.«¹⁶⁸ Von »Kunden« und »Käufern«, »Händlern« und »guter Laune« waren Sprache und Wahrnehmung sozialdemokratischer Kandidatinnen inzwischen durchdrungen.

Beliebte Standorte für Informationsstände der Parteien wurden sodann die Fußgängerzonen, insbesondere die Eingangsbereiche von C&A oder Karstadt sowie die Malls der neuen Einkaufszentren, am liebsten an Samstagvormittagen, wenn die Konsumbürger Zeit für den Einkauf hatten. Der Lokalkandidat hielt hier kurze Ansprachen, verteilte Informationsmaterial und stand für Anfragen von Passanten zur Verfügung (Abb. 6, S. 336). Um Gesprächsbereitschaft zu signalisieren, verzichteten die Parteien seit 1965 weitgehend auf Lautsprecher,

¹⁶⁵ Reden, Reime und Radiergummis, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 16.9.1965.

¹⁶⁶ Zur Zusammenarbeit siehe: Protokoll der Sitzung des Wahlkampf Ausschusses am 10. Juli 1964, gez. Rollmann, Zettel, 10.7.1964. ACDP 03–010-043/2; Werbeagentur Dr. Hegemann GmbH, Schele/Joisten, an den CDU-LV HH, Zettel, 4.10.1965. Ebd.; Protokoll der Sitzung des Kreiswahlausschusses v. Freitag, den 11. September 1964, gez. Horst Schröder, o. D. ACDP 02–155-002/1.

¹⁶⁷ Bericht über die Zusammenkunft von Fraktionsvorstand, Wahlkampf Ausschuss und Werbeberater am 1.3.1965 im Rathaus [Hamburg], Bl. 2 f. ACDP 03–010-043/2.

¹⁶⁸ Hedwig Meermann, MdB (Bonn), an den Bundesgeschäftsführer der SPD, Hans-Jürgen Wischniewski, 3.12.1969. AdsD, SPD-PV NB, Abt. Öffentlichkeitsarbeit – Werbetechnik, Mp. 1792.

es sei denn, um die Wähler sprechen zu lassen, wie es die »Gruppe Horster« der SPD tat, die 1965 mit einem Tonfilmwagen durch die Republik reiste und Bundestagskandidaten vor Kaufhäusern und auf Marktplätzen Wähler interviewen ließ. Auch hier ging es in erster Linie darum, den Wähler kennenzulernen, nicht politische Argumente mit ihm auszutauschen.¹⁶⁹ Die SPD-Bundeszentrale war in diesem Jahr mit den Ergebnissen zufrieden: »Hier bietet sich zwanglos und unverbindlich der erste Kontakt zu Menschen, die in ihrem häuslichen Bereich nicht den Weg zur Partei finden – aus welchen Gründen auch immer.« Sie schlug daraufhin ihren Genossen vor, die an den Info-Ständen geknüpften Kontakte zu Wählern weiterzupflegen, sich Adressen geben zu lassen und die Wähler zu Hause aufzusuchen, um neue Mitglieder zu werben.¹⁷⁰

Der Informationsstand konnte alles anbieten, was die Wähler als Konsumenten nachfragten: kurze, präzise und direkte Informationen in individueller und angenehmer Atmosphäre, ein wenig wie in der Bankfiliale. Aus Frankfurt berichtete der SPD-Unterbezirk 1969, er habe in der letzten Wahlkampfphase seinen Informationsstand täglich als »Polit-Café« an der Hauptwache aufgebaut. »An Tischen und Stühlen konnten die Interessenten im direkten persönlichen Gespräch Informationen aus erster Hand erhalten. Es war möglich, daß die Gesprächspartner zu einer Tasse Kaffee auf Kosten der Partei eingeladen wurden.« Neben diesem zentralen Informationsstand wartete die Partei in Frankfurt noch mit weiteren sechzehn auf, die von Mitgliedern der Ortsvereine besetzt waren und »Gelegenheit [boten], im direkten Gespräch sowohl über Ortsteilprobleme als auch über die Gesamtpolitik der Partei zu sprechen«. Daneben setzten sie einen fahrbaren Informationsstand ein, etwa für Sonderaktionen vor Betrieben. Das Ergebnis dieser Arbeit bewerteten sie als »gut«.¹⁷¹

Die Fußgängerzone, die zunächst geschaffen worden war, um dem innerstädtischen Einzelhandel entgegenzukommen und in den 1960er Jahren Verbreitung fand, entwickelte sich so bereits seit Mitte der Dekade zu einem Forum politischer Kommunikation.¹⁷² Die Wahlkämpfer waren gewissermaßen die Pioniere einer Rückkehr zur Multifunktionalität der Innenstadt, die durch die Umgestaltung der westdeutschen Innenstadtkerne zu Arbeits- und Konsumzentren verloren gegangen war. Wenn etwa Kölner Stadtplaner Anfang der 1970er Jahre euphorisch von der Schildergasse als einer »Piazza del Popolo«

¹⁶⁹ [CDU-KV HH-Nord]: Fliegender Wahlkampf. Einsatzplanung des Lautsprecherwagens, o. D. [1965]. ACDP 02–155-002/1; Wollenzien (Kreisgeschäftsführer des CDU-KV HH-Nord) an Jürgen Echternach, 23.9.1969. ACDP 02–155-014/2; Wollenzien an das Hamburger Schutzpolizeiamt, Westphal, 17.9.1969. ACDP 02–155-018/1. Zur »Gruppe Horster« vgl. T. MERGEL, Propaganda, 2010, S. 135. Lautsprecherwerbung, die nur Slogans oder Musik von sich gab, wurde von den Wählern als »störend« empfunden. Siehe: Kurzbericht zur Bundestagswahl 1969, Unterbezirk Frankfurt am Main, Bl. 4. AdsD, SPD-PV NB, Abt. Öffentlichkeitsarbeit – Werbetechnik, Mp. 1792.

¹⁷⁰ SPD, Mitglieder werben, 1967, S. 14.

¹⁷¹ Kurzbericht zur Bundestagswahl 1969, Unterbezirk Frankfurt am Main, Bl. 2. AdsD, SPD-PV NB, Abt. Öffentlichkeitsarbeit – Werbetechnik, Mp. 1792.

¹⁷² Vgl. J. LOGEMANN, Einkaufsparadies, 2006, S. 104.

sprachen, äußerte sich darin eine gewachsene Vorstellung von der Fußgängerzone als funktionalem Äquivalent zur italienischen Piazza, und dazu hatte die Gesprächsbereitschaft der Parteiendemokratie noch vor den 1968ern sicherlich beigetragen.¹⁷³ Die zeitgenössische Kritik an der Kommerzialisierung der Innenstädte durch die Fußgängerzonen, wie sie im Geiste einer »kritischen Öffentlichkeit« formuliert wurden, griff mithin zu kurz, jedenfalls im Wahlkampf. Ebenso wenig wurde die westdeutsche Straße erst in den 1970er Jahren wieder als »Politik-Arena« (Thomas Lindenberger) entdeckt.¹⁷⁴

Neben den Konsumräumen traf man sich in den Transiträumen der pendelnden Arbeitsgesellschaft, den Bahnhöfen und Kreuzungen. An den S- und U-Bahnstationen tauchten die Direktkandidaten seit 1961 pünktlich zur Rush Hour gegen 17.30 Uhr auf. 1969 war der Hamburger CDU-Kandidat Gerhard Orgaß in der Regel vormittags zwischen 10 und 12 Uhr und nachmittags zwischen 15 und 19 Uhr an den Hotspots der dynamischen Konsumgesellschaft – Bahnhöfe, Märkte oder Fußgängerzonen – unterwegs.¹⁷⁵ Darüber hinaus versuchten die Parteien die Konsumbürger auch in ihren vier Wänden aufzusuchen und etablierten in den 1960er Jahren den »Hausbesuch« als Wahlkampfmethod. In Heidelberg hatte die CDU 1961 mit Hausbesuchen in sogenannten Arbeitervierteln, unter Vertriebenen und in Neubaugebieten begonnen, wobei vor allem weibliche Parteimitglieder an den Wohnungstüren werben sollten.¹⁷⁶ Seit 1965 wurden die Hausbesuche zum Kerngeschäft der Direktkandidaten. Wie beim englischen *Canvassing* sollten sie unaufdringlich an den Haustüren ihre Visitenkarten hinterlassen oder ihre Werbebriefe eigenhändig überbringen und so Interesse und Ansprechbarkeit signalisieren.¹⁷⁷

Einmal mehr war es nicht der Austausch von Argumenten, der hier im Vordergrund stand, sondern das demonstrative Interesse an den Bedürfnissen des Wählers. In Ulm hatte die SPD im Gemeinderatswahlkampf 1968 von 30 Kandidaten gut 4000 Hausbesuche durchführen lassen und zog folgende Bilanz: 85 Prozent der Wähler seien überrascht gewesen, »höflich bis gleichgültig, von der Sache angetan, geschmeichelt. Diskussionsbereit war nur ein ganz geringer Teil.« Stattdessen hatten die Sozialdemokraten mit Erläuterungen zur

¹⁷³ Vgl. ebd., S. 117 f.

¹⁷⁴ J. HABERMAS, *Strukturwandel*, 1990, S. 269, 356; T. LINDENBERGER, *Straße als Politik-Arena*, 2018, S. 161. Zur Kommerzialisierungskritik vgl. J. LOGEMANN, *Einkaufsparadies*, 2006, S. 118–121.

¹⁷⁵ [CDU-KV HH-Nord]: *Plan für den fliegenden Wahlkampf im Wahlkreis 22*, o.D. [1961]. ACDP 02–155-006/3; Landesgeschäftsstelle [der CDU Hamburg], Krueger, an die Kreisgeschäftsstellen, 17.8.1965. Ebd.; *Terminplan für den „fliegenden Wahlkampf“*, Anl. zu: Wollenzien an Westphal, 3.9.1969. ACDP 02–155-014/2.

¹⁷⁶ *Abgeordnete*, Bd. 3, 1985, S. 332; zu Heidelberg vgl. B. VOGEL/P. HAUNGS, *Wahlkampf*, 1965, S. 262.

¹⁷⁷ Zu Hausbesuchen der Hamburger SPD siehe: AdsD, SPD-LO HH III, Mp. 2004. Zu den positiven Erfahrungen bei der CDU siehe: Max Kolmitz an Dr. med Witten [Wahlkampfleiter Hamburg], 30.10.1965. ACDP 02–155-002/1.

Wahltechnik («vor allem bei Frauen») und mit Themen wie Mieterhöhungen, Erdgasumstellung, Ganztagschulen und Sportproblemen punkten können. Der Erfolg konnte sich sehen lassen: Nicht nur die Wahlbeteiligung war in den besuchten Bezirken gestiegen, auch der Stimmanteil für die SPD war dort überdurchschnittlich. Das Fazit lautete: »Kandidatenbesuche brachten Stimmengewinne.«¹⁷⁸ Ähnliche Erfahrungen machte Hedwig Meermann im Wahlkreis Rottweil, wo sie seit 1965 Hausbesuche durchführte. Die Wähler wurden per Postkarte darauf vorbereitet, dass die Bundestagsabgeordnete im Begriff stand, ihnen »guten Tag [zu] sagen«. Durchschnittlich hatte sie von einhundert Familien knapp über neunzig zu Hause angetroffen. »Zwei waren reserviert, die anderen freundlich.« Das Wahlergebnis sei in einigen der besuchten Bezirke sprunghaft angestiegen, in anderen konstant geblieben.¹⁷⁹

Nicht alle Wähler freilich begrüßten es, wenn die Politik ihnen auf die Pelle rückte. Wer sich 1969, von der Lokalpresse befragt, gegen Hausbesuche aussprach, führte sein Bedürfnis nach Ruhe oder häusliche Pflichten als Gründe an: »Ich halte gar nichts davon, Hausfrauen an der Tür zwischen brennendem Essen und schreienden Kindern zu überfallen«, ließ sich eine 21-jährige Ulmer Angestellte zitieren.¹⁸⁰ Ein Hamburger CDU-Parteimitglied erklärte 1969, es halte die Hausbesuche »bei Berücksichtigung des Hamburger Temperaments für garnicht besonders glücklich« und wollte sich deshalb auch nicht dafür zur Verfügung stellen.¹⁸¹ Überdies hielten die meisten Wähler nicht viel vom Besuch durch einfache Parteimitglieder; es mussten schon Parlamentarier oder Direktkandidaten sein, denen man an der Haustür seine Aufmerksamkeit schenkte.¹⁸² Das galt natürlich umso mehr für den Versuch, nicht nur bei Privathaushalten, sondern auch bei Betriebs- und Geschäftssitzen vorstellig zu werden. Seit 1965 entdeckte die CDU dies als erfolgreiche Strategie. Der Hamburger Abgeordnete Heinrich Gewandt wollte gar sämtliche Kräfte des Wahlkampfes auf »die persönliche Ansprache der einzelnen Bürger« und Betriebe konzentrieren:

Unsere Besuche bei den größeren mittelständischen Betrieben haben eine unerwartet positive Resonanz gefunden. Die Firmeninhaber sind im allgemeinen sehr davon angetan, daß man sie persönlich anspricht. [...] Wie wäre es, wenn wir das für öffentliche Veranstaltungen vorgesehene Geld dazu verwendeten, einen kleinen wirkungsvollen Prospekt erstellen zu lassen? Der jeweilige Bundestagsabgeordnete sollte sich dann, begleitet vom zuständigen Bürgerschaftsabgeordneten, in die Häuser

¹⁷⁸ [SPD Ulm]: Mitgliederversammlung am 4.11.1968 im »Weißbräu«, 20.10.1968. StAU, E SPD Nr. 21.

¹⁷⁹ Hedwig Meermann, MdB (Bonn), an den Bundesgeschäftsführer der SPD, Hans-Jürgen Wischniewski, 3.12.1969. AdsD, SPD-PV NB, Abt. Öffentlichkeitsarbeit – Werbetechnik, Mp. 1792.

¹⁸⁰ Wenig Papier – Direkte Kontakte gefragt, in: SÜDWEST PRESSE, 27.8.1969.

¹⁸¹ Oswald Priess an Heinrich Gewandt, 23.8.1969. ACDP 02–155-018/1.

¹⁸² Kurzbericht zur Bundestagswahl 1969, Unterbezirk Frankfurt am Main, Bl. 4. AdsD, SPD-PV NB, Abt. Öffentlichkeitsarbeit – Werbetechnik, Mp. 1792.

begeben, klingeln, sich vorstellen und diesen Prospekt überreichen, mit der Bemerkung, man möge sich, falls man einen besonderen Wunsch habe, an die CDU wenden. Ich könnte mir denken, daß wir uns auf diese Art gut ins Gespräch brächten.¹⁸³

Auf diese Weise machten sich Direktkandidaten von CDU wie SPD in den 1960er Jahren zu Vertriebsagenten ihrer Partei, die sich an den Haus- und Geschäftstüren dem »besonderen Wunsch« des einzelnen Wählers verpflichten wollten. Der Hamburger CDU-Abgeordnete Gerhard Orgaß war sich seines vertrieblichen Könnens derart sicher, dass er auch vor gegnerischen Wählern nicht zurückschreckte und die Mitglieder in seinem Kreisverband 1969 aufforderte, »Freunde, die der CDU kritisch gegenüberstehen, in Ihre Wohnung zum Kaffee einzuladen. Ich komme dann gern auf einen Sprung vorbei, um mich vorzustellen. Die Kosten für Kaffee und Kuchen übernehme ich auf Wunsch.«¹⁸⁴ Wenn der Gang zur Wohnungstür nicht angemessen erschien oder schlichtweg logistisch nicht zu bewältigen war, boten Kandidaten 1969 auch Telefonsprechstunden an.¹⁸⁵ Der Durchbruch des Service-Gedankens kam nicht zuletzt darin zum Ausdruck, dass sich nunmehr der Fahrdienst stark verbreitete, mit dem SPD und CDU kranke und gebrechliche Wähler (und nicht mehr nur ihre eigenen) am Wahltag zum Wahllokal fuhren. Die Lokalpresse wies nun des Öfteren auf diesen Service hin.

Überdies äußerte sich die Kommodifizierung von Politik in der Entdeckung der Produktkommunikation durch die westdeutschen Parteien.¹⁸⁶ So veränderte sich in den 1960er Jahren die Dinglichkeit von Politik. Nicht mehr Aufklärungsmedien, sondern nützliche Dinge standen nun hoch im Kurs. Zwar hatten die Parteien schon in den 1950er Jahren Geschenkartikel wie Zündhölzer, Taschen für Füllfederhalter, Taschenspiegel, Bälle, Fähnchen und Mützen vertrieben. Auch blieben Wahlkampfsouvenirs in den 1960er Jahren noch in Mode, wobei die SPD Bierdeckel und Zigarettenpackungen mit Parteilogo vertrieb. Allerdings setzte sich im Laufe der Dekade die Tendenz durch, der eigenen Parteimarke nicht durch Wegwerfartikel, sondern durch dauerhaft nützliche Produkte einen Platz im Alltag der Wähler zu sichern, wie es für Produkte von Qualitätsmarken galt.¹⁸⁷ So wandten sich die Wahlkampf-

¹⁸³ Heinrich Gewandt an die Mitglieder des Kreisvorstandes, 20.4.1967. ACDP 02-155-005/2.

¹⁸⁴ Gerhard Orgaß an die Mitglieder des Ortsverbandes Barmbek-Uhlenhorst und an die Wahlkampf helfer, August 1969. ACDP 02-155-014/2.

¹⁸⁵ Siehe die Rubrik »Die Parteien berichten uns«, in: BADISCHE ZEITUNG, 9.9.1969, 17.9.1969, 24.9.1969, 27./28.9.1969; Wenig Papier – Direkte Kontakte gefragt, in: SÜDWEST PRESSE, 27.8.1969.

¹⁸⁶ Unter Produktkommunikation sind Akte der Kommunikation zu verstehen, »die über Waren vermittelt werden«. R. GRIES, Produktmedien, 2010, S. 177.

¹⁸⁷ Reinhard Weiß, Kreisgeschäftsführer der CDU-Kreispartei Lippstadt, an die Parteifreunde, 4.7.1961. ACDP 02-155-006/3. Zu Wahlkampfsouvenirs vgl. C. OLDENBURG, Tradition und Modernität, 2009, S. 326, 516; Aktennotiz [CDU-Kreisverband HH-Nord], 15.8.1969. ACDP 02-155-005/1; Heinz Gärtner an Werner Müller (PV), 9.5.1969. AdsD, SPD-LO HH III, 2048, Fasz. »Schriftwechsel allgemein«.

planer im CDU-Kreisverband Hamburg-Nord 1961 mit explizitem Verweis auf die Produktwerbung der Wirtschaft von den Flugblättern ab, die außerordentlich wirkungslos seien. »Das geht auch bei keiner Markenartikelwerbung. [...] Keine große Firma wirbt so.«¹⁸⁸

Um die eigene papierne Werbung durch alltagspraktische Nützlichkeit aufzuwerten und damit zu verhindern, dass sie im Mülleimer landete, warteten CDU und SPD seit 1965 mit Kandidatenwerbeblättern auf, die zugleich einen Stadtplan enthielten, verteilten Bundesligatabellen in Sportvereinen und ließen Urlaubsprospekte in Reisebüros auslegen.¹⁸⁹ Direktkandidaten verteilten Sonnenblenden aus Pappe (»Nicht blenden lassen: darum CDU«), Radiergummies (»Ich reibe mich auf für Sie«) oder Lineale (»Für eine gerade Linie – deshalb FDP«).¹⁹⁰ Die »Werbematerialien« der CDU bestanden 1969 und 1972 in erster Linie aus Tragetaschen, Staubtüchern, Kondensmilchdosen, Laternen, Süßigkeiten, Kochlöffeln und Kochrezeptkärtchen für die Frau; dem Mann wurden Sportprogramm Broschüren, Kugelschreiber oder Auto-Accessoires geboten.¹⁹¹ CDU-Lokalmatador Gerhard Orgaß ließ 1969 junge Mädchen (auf das Alter legte er Wert) in seinem Hamburger Wahlkreis die Frontscheiben von 10 000 parkenden Autos waschen und eine Karte mit der Aufschrift »Klare Sicht – CDU« hinter die Scheibenwischer stecken.¹⁹² Zur selben Zeit verteilte SPD-Kandidat Wilderich Freiherr Ostman von der Leye auf Bonner Marktplätzen Rosen an die Wählerinnen und erhoffte sich dadurch tatsächlich größere Sympathien in der für die SPD noch immer schwerer zu erobernden weiblichen Wählerschaft. Der Freiherr beurteilte die Aktion als außerordentlich wirksam, weil die Damen auf diese Weise auch »persönlich angesprochen« werden konnten.¹⁹³ Sein Hamburger Kontrahent Heinrich Gewandt sprach indes von einer »modernen Form der Werbung«, wenn er »junge Damen der Jungen Union« und der Christlich-Demokratischen Studentenschaft Blumensträuße mit Grußkarten an die Hamburger verteilen lassen wollte.¹⁹⁴

¹⁸⁸ Vorstandssitzung des Kreisvorstandes mit den Wahlkampfleitern und den Bundestagskandidaten der beiden Wahlkreise 18 und 22 am 5.6.1961. ACDP 02–155-006/3.

¹⁸⁹ Protokoll über die Sitzung des Kreiswahlkampfauausschusses Nord am 10. Mai 1965, gez. Davidts, 17.5.1965. ACDP 02–155-002/1; Niederschrift der Kreisauausschußsitzung des Kreisverbandes Nord der CDU vom Dienstag, 15. November 1960, 18.11.1960. Ebd.; Paul Kuhn (Wahlkampfleiter) an die Vorsitzenden und Wahlkampfleiter der OV, 4.9.1965. ACDP 02–155-002/1; Müllenbach, Bundesgeschäftsstelle, an die Kreisverbände u. a., 27.7.1965. ACDP 02–155-020/3.

¹⁹⁰ Reden, Reime und Radiergummis, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 16.9.1965.

¹⁹¹ StAU, G 6 I 2.2.1; ACDP 02–155-018/1.

¹⁹² Gerhard Orgaß an die Mitglieder des Ortsverbandes Barmbek-Uhlenhorst und an die Wahlkampfleiter, August 1969. ACDP 02–155-014/2; Wahlkampf mit 40000 Rundstücken, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 29.8.1969.

¹⁹³ Abgeordnete, Bd. 3, 1985, S. 154; Freiherr von Ostmann an den Parteivorstand, Referat Werbung, 9.12.1969. AdsD, SPD-PV NB, Abt. Öffentlichkeitsarbeit – Werbetechnik, Mp. 1792.

¹⁹⁴ Protokoll über die Sitzung des Kreiswahlkampfauausschusses Nord am 10. Mai 1965, gez. Davidts, 17.5.1965. ACDP 02–155-002/1.

Auch in den politisierten und polarisierten Zeiten der Bundesrepublik wollten die Parteien dem Wahlvolk durch kleine Aufmerksamkeiten anzeigen, dass sie ihm zu Diensten waren. Dies war die Kernbotschaft, über die sich der urbane Raum der Bundesrepublik als politischer Raum in den 1960er Jahren neu beleben ließ. Wenn Wähler und Parteiendemokratie nun an Treffpunkten der Konsumgesellschaft aufeinandertrafen, ging es nicht um politische Argumente und politische Erziehung, sondern um den freundlichen Austausch im Sinne eines Vertriebsgesprächs, mit dem die Parteien die Anerkennung des Wählers als eines Konsumbürgers zum Ausdruck brachten und sich mithin demütig zeigten. Gerade in dieser ostentativen Demut lag das Erfolgsgeheimnis funktionierender ›Amerikanisierung‹ politischer Face-to-face-Kommunikation mit einem westdeutschen Wahlvolk, das sich schon in den 1950er Jahren nicht hatte erziehen lassen wollen.

Bürgernähe. Lokalität und lokale Personalisierung

Als führende Vertriebsagenten gewannen die Direktkandidaten (und seltener die Direktkandidatinnen) in den 1960er Jahren ein enormes Gewicht im urbanen politischen Kommunikationsgeschehen. Die Parteiverbände, beratende Werbeagenturen und die Kandidaten selbst sahen in lokaler Personalisierung das adäquate Mittel politischer Kommunikation und meinten damit, dem »bildhaften« Denken des »Mannes von der Straße« zu entsprechen, der für politische Inhalte oder argumentativen Austausch nur schwer zu begeistern sei.¹⁹⁵ So stellte auch die Vermarktung des Lokalkandidaten in erster Linie eine pragmatische Anpassung an ein Wählerbild dar, das keineswegs positiver besetzt war als in der vorangegangenen Dekade.

Kontinuitäten lassen sich auch im Hinblick auf die Botschaften erkennen, die auf die Person des Kandidaten projiziert wurden. Sie wollten als Repräsentanten der *gesamten* lokalen Gesellschaft erscheinen und vor allem die unideologische Leistungsfähigkeit spiegeln, die sich westdeutsche Wähler gern selbst attestierten. Der US-geschulte Alex Möller machte das 1961 in Heidelberg vor. Er warb in seiner Wahlillustrierten nurmehr für die eigene Person, das eigene Politikkonzept und die persönlichen Leistungen; auf den Hinweis, dass er für die SPD antrat, verzichtete er völlig.¹⁹⁶ Zudem war sich Möller bewusst, dass er um die Aufmerksamkeit des Konsumbürgers mit dem »attraktiven Fernsehprogramm« (und nicht etwa mit dem politischen Gegner) konkurrierte. Seine Veranstaltungen waren deshalb darauf ausgelegt, das offene Ohr für die Menschen vor Ort zum Ausdruck zu bringen. Politische Informationen, die Wähler lieber aus den Massenmedien bezogen, traten in den Hintergrund. So setzte die Heidelberger SPD auf Ausspracheabende des Kandidaten mit Bürgervereinen,

¹⁹⁵ Bericht über die Zusammenkunft von Fraktionsvorstand, Wahlkampfaußschuß und Werbebeirat [der CDU Hamburg] am 1. März 1965 im Rathaus [Hamburg], Bl. 3. ACDP 03-010-043/2.

¹⁹⁶ B. VOGEL/P. HAUNGS, Wahlkampf, 1965, S. 314 f.

Sportklubs, Interessenverbänden und Personen aus dem lokalen »öffentlichen Leben« sowie auf Diskussionrunden »prominente[r] Leute« aus der SPD.¹⁹⁷ Auch in Hamburg trafen sich die CDU-Direktkandidaten nun mehr und mehr mit Bürgervereinen und Elternräten und sprachen den Wähler so als »gemeinen« Stadtbürger an, nicht als Vertreter einer Statusgruppe. So erweiterte sich der Kreis der Zum-Gespräch-Geladenen auch über die stets beliebten Vertreter aus Mittelstand und Wirtschaft hinaus.¹⁹⁸

Die Verbreitung demoskopischer Daten auf lokaler Ebene schärfte die Sensibilität der Direktkandidaten und Bonner Abgeordneten für ihren Bekanntheitsgrad. In Hamburg alarmierte Direktkandidat Heinrich Gewandt 1961 seine Parteifreunde im Kreisverband, dass von den CDU-Bundestagsabgeordneten lediglich Erik Blumenfeld in Hamburg einigermaßen bekannt sei: Etwa 15 bis 18 Prozent der Befragten hatten seinen Namen schon einmal gehört.¹⁹⁹ Da die SPD mit Max Brauer und Helmut Schmidt sehr populäre Kandidaten zu bieten hatte, war auch sein Kreisvorsitzender der Ansicht, der Kreisverband müsse um der Popularisierung seines Kandidaten Willen »irgendwie Kirchturmspolitik betreiben, ob wir das wollen oder nicht.« Direktkandidat Georg Schneider, der in Hamburg 1961 gegen Max Brauer antreten musste, verwies auf den »schweren Kampf«, der ihm bevorstand, und betonte, dass es *sein* Name war, der den Leuten »eingehämmert« werden müsse.²⁰⁰ Dass Bundestagswahlen tatsächlich über die lokalen Kandidaten gewonnen wurden, setzte sich seit 1961 als Glaube unter den Wahlkämpfern durch, vor allem auf Seiten der Union, deren Kandidaten ihren eigenen Wahlkampf auch über lokale Spenden finanzierten.

Neben den altbewährten Kandidatenbriefen setzte die CDU in Hamburg nun auf lokale Stadtteilanzeiger, die sich nicht offen als christdemokratisch zu erkennen gaben, aber auffällig tendenziöse Artikel veröffentlichten und die CDU als lokale Dienstleisterin präsentierten. In 10 000 Exemplaren pro Stadtteil pries sich die CDU für ihre Leistungen im Stadtviertel, in Hamburg und in der gesamten Bundesrepublik, stellte ihre lokalen Kandidaten in Interviews und Reportagen vor, bewarb ihre lokalen Veranstaltungen und bot den Geschäftsleuten des Viertels (in der Regel Parteimitgliedern) Platz für Reklameanzeigen.²⁰¹ Mit Rubriken wie »Das interessiert Sie« unterrichteten die kostenlosen Zeitungen über neueste sozialpolitische Maßnahmen der Bundesregierung (etwa über

¹⁹⁷ Ebd., S. 258.

¹⁹⁸ Ergebnisprotokoll der Sitzung der Vorstände des Kreisverbandes Nord der CDU und der Bezirksfraktion der CDU Nord, 20.7.1964. ACDP 02–155-005/2; Protokoll der Sitzung des Wahlkampf Ausschusses [der CDU Hamburg] am 2.2.1965. ACDP 03–010-043/2; Wollenzien (Kreisgeschäftsführer) an die Ortswahlkampfleiter und Vorsitzenden der OV, 2.7.1969. ACDP 02–155-014/2.

¹⁹⁹ Vorstandssitzung des Kreisvorstandes mit den Wahlkampfleitern und den Bundestagskandidaten der Wahlkreise 18 und 22 am 5.6.1961, Bl. 5. ACDP 02–155-006/3.

²⁰⁰ Ebd., Bl. 8-11, Zitate Bl. 8 u. 11.

²⁰¹ Zur Auflage siehe: Gerhard Orgaß/Günther Nätke an die Parteifreunde in Barmbek-Uhlenhorst, o. D. [1961]. ACDP 02–155-009/3.

Änderungen im Lastenausgleichsgesetz); mit Fotoreihen zu Themen wie »Schönes Barmbek« bedienten sie die Wonne des Konsumbürgers, in einem »modernen« und zugleich grünen Stadtviertel zu leben – und das, obwohl der Hamburger Senat 1961 längst wieder in sozialdemokratischer Hand war. So gingen sie dann auch mit lokalen Themen im Stile von »U-Bahn à la Moskau:« in die Offensive und stellten die Überlegenheit christdemokratischer Initiativen für die Hamburger Kommunalpolitik heraus. Nicht zuletzt wurden die Anzeiger ihrem Namen gerecht, indem sie Service boten: Sie verwiesen auf umliegende Bibliotheken und Theater, verkündeten die Wochenmarktöffnungszeiten, informierten über Vorfahrtänderungen und machten sich zu Fürsprechern von Eltern, die an Schulwegen Ampeln forderten.²⁰² Schon 1961 war der Hamburger Bundestagswahlkampf so zu einem guten Stück Kommunalwahlkampf geworden und zoomte an den Alltag der Konsumbürger in ihren Stadtvierteln heran – und erinnerte dabei auffällig an die Dienstleistungspolitik der antifaschistischen Akteure in den italienischen Nachkriegsstädten.

Das sollte sich 1965 fortsetzen, als Hamburger CDU-Mitglieder ihrer Wahlkampfleitung ständig Kunde geben sollten von »allen kommunalen Belangen«, die »in der Bevölkerung diskutiert werden und ein Ausdruck mangelnder Planung der derzeitigen Verwaltung sind.«²⁰³ Die Beratung durch externe Werbeunternehmen intensivierte und professionalisierte diese Lokalisierung noch weiter; die Hamburger CDU arbeitete für den Bundestagswahlkampf 1965 mit Umfrageergebnissen des Allensbacher Instituts für Demoskopie, das Hamburger Bürger zu den drängenden *kommunalen* Problemen befragt hatte.²⁰⁴ Die Werbeberater empfahlen sodann, »die Presse täglich systematisch nach aktuellen Fragen zu durchforschen, die den Hamburgern auf den Nägeln brennen.«²⁰⁵ Sie insistierten, die CDU müsse ihre Leistung und ihre Leistungsbereitschaft *für Hamburg* im Bundestagswahlkampf betonen. In der konstituierenden Sitzung des Werbebeirats der Hamburger CDU, in dem Marketingexperten der Sator Werbeagentur ehrenamtlich als Berater teilnahmen, wurde das Motto »Die CDU ist für Hamburg da« als zentrale Wahlkampfbotschaft festgelegt. Der Spitzenkandidat der CDU für den Bundestagswahlkampf, Erik Blumenfeld, sollte 1965 mit dem Slogan »Er kann mehr für Hamburg tun« beworben werden. Sogar die Bonner CDU wollte man zum Einsatz für Hamburg verpflichten; Bundeskanzler Erhard und die wichtigen Minister sollten immer wieder betonen, dass sie

²⁰² BARMBEKER KURIER, 1. Jg., Nr. 1, Mai 1961; Die Hamburger Straße – gestern und heute, in: BARMBEKER KURIER, 1. Jg. Nr. 2, Juni 1961; Kurz und knapp, in: ebd.; Kurz notiert, in: BARMBEKER KURIER, 1. Jg., Nr. 4, September 1961.

²⁰³ Wahlkampf-Vorbereitung. Stichworte und Gedanken für einen Bericht vor dem Kreisauschuß, gez. Davids, o. D. [1965]. ACDP 02–155–002/1.

²⁰⁴ Protokoll der Sitzung des Wahlkampfausschusses [der CDU Hamburg] am 2.2.1965. ACDP 03–010–043/2.

²⁰⁵ Bericht über die Zusammenkunft von Fraktionsvorstand, Wahlkampfausschuß und Werbebeirat am 1.3.1965 im Rathaus [Hamburg], Bl. 3. ACDP 03–010–043/2.

sich für die Belange der Hansestadt einsetzen.²⁰⁶ Parallel zum Wahlkampf »aus einem Guss«, den die Parteizentralen in den 1960er Jahren verstärkt anstreben, kam es so zu einer Lokalisierung politischer Identifikationsangebote.²⁰⁷

Das zeigte sich auch am *Negative Campaigning*, wie am Beispiel des Umgangs mit Franz Josef Strauß sichtbar wird, der nachgerade zur Hassfigur der Hanseaten avancierte. Laut Umfrageergebnissen war Strauß 1965 bei 71 Prozent der Hamburger Befragten unbeliebt und wollte von 83 Prozent nicht wieder auf einem Ministersessel gesehen werden. Schon 1964 einigte sich der Wahlkampfausschuss der Hamburger CDU unter dem Vorsitz Dietrich Rollmanns einstimmig darauf, »dass Herr Strauß weder auf Veranstaltungen der CDU, noch auf Veranstaltungen befreundeter Gesellschaften in Erscheinung treten soll«. ²⁰⁸ Rollmann ließ daher kurzerhand im *Stern* verlauten: »Bis Lüneburg kann er von mir aus kommen. Weiter nicht.« Strauß und die CSU protestierten in Bonn und beim Landesvorsitzenden und Intimfeind Rollmanns, Erik Blumenfeld, der seinem Wahlkampfleiter daraufhin eine Rüge erteilte. Doch das implizite Saalverbot für Strauß setzte Rollmann durch; der Bayer kam im Wahlkampf 1965 nicht in die Hansestadt.²⁰⁹ 1969 dann empörte sich die Hamburger Presse über den Finanzminister Strauß, der angeblich gegenüber der englischen Presse geäußert hatte, wenn es nach ihm ginge, dürften deutsche Werften keine Aufträge mehr aus dem Ausland annehmen. Die sozialdemokratische *Hamburger Morgenpost* meinte, »Strauß will unsere Werften kaputtmachen«, und »empörte« Leser pflichteten ihr bei. Auch wenn er 1969 wieder in der Hansestadt eine Wahlkundgebung hielt – mit Franz Josef Strauß konnte die Hamburger CDU keinen Blumentopf gewinnen.²¹⁰

Ausfälle wie diese, Skandale oder moralische Verfehlungen durften sich die Direktkandidaten keinesfalls leisten. Wie sehr auch Hanseaten ins Fadenkreuz lokalöffentlicher und darin konservativer Moralpolitik geraten konnten, zeigte der Fall Paul Nevermanns. Sein Rücktritt als Bürgermeister aufgrund einer Liebesaffäre, die seine Ehefrau durch die Weigerung publik gemacht hatte, ihren Repräsentationsaufgaben als Bürgermeistergattin nachzukommen, beherrschte die Schlagzeilen im Hamburger Bundestagswahlkampf 1965.²¹¹ Zu einer annähernd vergleichbaren Pressepublizität zumindest im Wahlkampf schafften es in den 1960er Jahren auch die Lokalkandidaten, und deshalb waren Imagepolitik

²⁰⁶ Protokoll der Sitzung des Werbebeirats am 17.7.1964. ACDP 03–010-043/2; Protokoll der Sitzung des Werbebeirats am 1.2.1965. Ebd.

²⁰⁷ Vorstandssitzung des Kreisvorstandes mit den Wahlkampfleitern und den Bundestagskandidaten der Wahlkreise 18 und 22 am 5.6.1961, Bl. 5 f. ACDP 02–155-006/3. Vgl. J. ANGSTER, *Der neue Stil*, 2005, S. 191.

²⁰⁸ Protokoll der Sitzung des Wahlkampfausschusses am 24.11.1964, gez. Rollmann, 26.11.1964, Bl. 2. ACDP 030–010-043/2.

²⁰⁹ Abgeordnete, Bd. 3, S. 354 f.

²¹⁰ »Wir sind über Strauß empört!«, in: HAMBURGER MORGENPOST, 8.9.1969; Schädigend, in: HAMBURGER MORGENPOST, 9.9.1969; Chaotische Folgen, in: HAMBURGER MORGENPOST, 15.9.1969.

²¹¹ Vgl. C. OLDENBURG, *Tradition*, 2007, S. 84; A. SCHILDT, *Annäherungen*, 2011, S. 222–230.

und eine saubere Weste nunmehr wichtiger denn je. Die Voraussetzung dafür bildete ein Umgarnungskurs gegenüber den Lokalredakteuren, den die lokalen Parteiverbände auch auf Geheiß der Werbeberater in den 1960er Jahren einschlugen, nachdem ihre Beziehungen zur Lokalpresse in den 1950er Jahren noch nicht die besten gewesen waren.²¹² Schon 1957 hatte die SPD ihre Bezirke zu einer verstärkten Pressearbeit gemahnt und angeregt, die Lokalredakteure zu Cocktailpartys einzuladen.²¹³ In den 1960er Jahren wurde dies dann flächendeckend umgesetzt, wobei die lokalen Parteihonoratioren als Zugpferde fungierten. Bei »Kamingesprächen«, Pressekonferenzen, Partys und anderen angenehmen Treffen, initiiert von den Parteien, kamen Abgeordnete und lokale Journalisten aus Rundfunk und Presse nun regelmäßig zusammen.²¹⁴ Überdies wiesen die Wahlkämpfer den lokalen Journalisten durch die Buchung für lokale Podiumsdiskussionen die Rolle als »wichtige« Moderatoren zwischen Bürgern und Politik zu und bedienten damit das Berufsethos der Journalistenzunft.²¹⁵

Je mehr die Parteien die Lokalredakteure ernstnahmen, desto mehr Platz räumten diese den Direktkandidaten für ihre Selbstdarstellung ein. 1961 widmeten die Lokalzeitungen ihnen erstmals eigene Artikel, die sie nicht so sehr als Parteivertreter vorstellten, sondern als autonome Persönlichkeiten, die in Eigenverantwortung politische Fragen der Redakteure beantworteten. In Heidelberg präsentierte die Lokalpresse eine Sonderseite unter dem Titel »Vier Bundestagskandidaten – ganz privat gesehen«. In den Genuss solcher Artikel waren in den 1950er Jahren allenfalls national bekannte Direktkandidaten gekommen.²¹⁶ Die neue öffentliche Präsenz konnte sich aber auch nachteilig auswirken, denn sie lenkte die Aufmerksamkeit auch auf die tatsächliche körperliche Präsenz des Kandidaten oder Abgeordneten. 1965 musste sich ein Ludwig Erhard, der seinem Ulmer Wahlkreis im Wahlkampf nur zwei Tage gewidmet hatte, in der

²¹² Vgl. D. Süss, Kumpel und Genossen, 2003, S. 243; V. HETTERICH, Von Adenauer zu Schröder, 2000, S. 244 f. Zu Vorwürfen von sozialdemokratischer Seite an die Hamburger Springerpresse in den 1950er Jahren siehe etwa: Wollen es die Wähler?, in: HAMBURGER ECHO, 8.8.1953. Zur bislang schlechten Pressearbeit, die die Hamburger Marketingexperten der CDU in der Hansestadt attestierten, siehe: Protokoll der Sitzung des Werbebeirats am 17.7.1964. ACDP 03–010-043/2.

²¹³ [SPD-Parteivorstand]: Wahlkampf 1957 [Manuskript eines Referats über die Planungen des Parteivorstands, wahrscheinlich vor den Bezirken gehalten], Bl. 25. AdsD, NL Anders, Mp. 2.

²¹⁴ [SPD-Bundesvorstand]: Richtlinien, Hinweise und Anregungen zur Vorbereitung der Bundestagswahl 1961, o. D. [1961], Bl. 3. AdsD, NL Anders, Mp. 1; zur Hamburger CDU siehe: Protokoll der Sitzung des Wahlkampf Ausschusses am 10. Juli 1964, gez. Rollmann, Zettel, 10.7.1964. ACDP 03–010-043/2; Protokoll der Sitzung des Wahlkampf Ausschusses vom 6.3.1965. Ebd. Zu entsprechenden Vorstößen der Ulmer CDU siehe: CDU KV Ulm, Niederschrift über die Sitzung des Geschäftsführenden Kreisvorstands am 17.4.1967, 27.4.1967, Bl. 3. StAU, E 201 CDU, Nr. 1.

²¹⁵ Protokoll der Sitzung des Wahlkampf Ausschusses [der Hamburger CDU] am 14.5.1965. ACDP 03–010-043/2.

²¹⁶ B. VOGEL/P. HAUNGS, Wahlkampf, 1965, S. 358. Über Otto Lenz erschien in einer Lokalzeitung seines Wahlkreises 1953 ein Artikel mit dem Titel »Auch er ist ein Gartenfreund, aber ...«, K. GOTTO u. a., Im Zentrum der Macht, 1989, S. 680, Anm. 22.

Lokalpresse dafür entschuldigen, »daß er sich wegen seines hohen Amtes nicht mehr um seinen Wahlkreis kümmern könne«. Er bat seine Wähler, doch ans Bundeskanzleramt zu schreiben, wenn sie ein Anliegen hätten. Diese öffentliche Thematisierung der Abwesenheit war neu, und weit abgeschlagene Gegenkandidaten, in Ulm der Sozialdemokrat Friedrich Rau, konnten nun mit ihrer Präsenz vor Ort und ihren »Kundgebungen im ›Schichtbetrieb« werben.²¹⁷

Bekannt machen konnte man sich mit den Lokalkandidaten seit 1961 jedoch in unbeschwerterer Form als auf Kundgebungen und Wahlversammlungen: beim »Frühschoppen« im Wirtshaus. Dabei handelte es sich um ein Format, das erstmals Wähler und Abgeordnete tatsächlich zwanglos, ohne politisches Referat, miteinander ins Gespräch brachte, und das sich fortan immenser Beliebtheit erfreute, vor allem in den Städten. Hier vereinten sich Politik und Unterhaltung im Sinne eines »auf angenehme Weise geführte[n] Gespräch[s]« bei Bier oder Wein²¹⁸, und auch dies war eine Anpassung an die Konsumgesellschaft, die der Verständigung von Wahlvolk und Parteiendemokratie in der Bundesrepublik von Nutzen sein sollte.

Ihre massenmediale Vermarktungsfähigkeit bezogen die Direktkandidaten indes aus ihrer Eignung als Projektionsfläche der dynamischen Konsumgesellschaft und ihrer zugleich bodenständigen Tugenden. Der Porzellanfabrikant Philipp Rosenthal, der in Goslar-Wolfenbüttel für die SPD kandidierte und als solcher schon ein Unikat war, bildete ein prominentes Beispiel. Die Lokalpresse interessierte sich überregional für seine schlanke Erscheinung und seine sportlichen Freizeitaktivitäten. Man zählte die Gipfel internationaler Gebirge auf, die der passionierte Bergsteiger erklommen hatte, und kolportierte, dass der Millionär gern Camping-Urlaube mit seiner Familie verbringe.²¹⁹ Sport- und Freizeitaktivitäten, die den Volksvertreter als kernig und naturverbunden präsentierten, standen seit 1969 im Zentrum der Imagebildung, aber auch Bürgernähe und Bescheidenheit wurden in Szene gesetzt. Die *Badische Zeitung* druckte Fotos der Freiburger Direktkandidaten ab, wie sie auf Fahrradtour waren oder in der Wählermenge badeten.²²⁰ Leserinnen und Leser der *Hamburger Morgenpost* konnten sich 1969 über den schier nie enden wollenden Wahlkampfalltag des CDU-Abgeordneten Dietrich Rollmann belesen. Von einem Treffen mit dem Kanzler stieß er zu einem Wahlkampfmeeting mit einer greisen Bowlingrunde in St. Pauli, begab sich anschließend kurz nach Hause zu seiner Familie, genehmigte sich einen Whiskey, fuhr dann zu einer Hippie-Party, wo Wohlstandsbürger mit Langhaarperücken Tartar-Beefsteak vom Kalten Buffet genossen, und

²¹⁷ Reden, Reime und Radiergummis, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 16.9.1965.

²¹⁸ B. VOGEL/P. HAUNGS, Wahlkampf, 1965, S. 262. Zur Beliebtheit der Frühschoppen siehe: CDU KV Ulm, Niederschrift über die Sitzung des Geschäftsführenden Kreisvorstands am 17.4.1967, 27.4.1967, Bl. 3. StAU, E 201 CDU Nr. 1. Zitat aus dem Duden, zit. n. C. PEIL, Mobile Unterhaltung, 2006, S. 191.

²¹⁹ Porzellan-König kandidiert in der Kaiserstadt, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 21.2.1969.

²²⁰ Unsere Freiburger Kandidaten im Endspurt, in: BADISCHE ZEITUNG, 22.9.1969.

trat anschließend noch in Rothenburgsort auf einer Wahlversammlung auf.²²¹ Solche lokalen Reportagen über die Parlamentarier der Stadt – und die, die es werden wollten – hatten ihre Hochphase zwischen 1969 und 1976 und waren durchweg von großer Sympathie getragen.

Das galt auch und besonders, wenn die Politiker sich als Träger von Lokalcolorit präsentierten. Der liebevoll »roter Baron« getaufte Wilderich Freiherr Ostman von der Leye, der in Bonn für die SPD antrat, machte 1972 mit dem Vorschlag auf sich aufmerksam, man solle auf Staatsempfängen der Bundesrepublik doch endlich beginnen, rheinische Spezialitäten aufzutragen. Solche Meldungen schafften es bis in die Hamburger Presse; und überhaupt spielten kulinarische Fragen für die lokale Vermarktung der Kandidaten eine bedeutende Rolle: Der nach langer Wahlreise heimgekehrte Kanzler Helmut Schmidt betonte 1976 auf seiner Wahlparty in Hamburg, erst mit Lokis Labskaus endlich wieder »exzellent« gegessen zu haben.²²²

Zur journalistischen Popularisierung der Direktkandidaten gehörte es auch, umstrittene Gestalten der Bonner Republik zu liebenswürdigen Lokalmatadoren zu machen. Das galt etwa für Herbert Wehner, der sich in den 1960er Jahren vom kommunistischen Bürgerschreck mit Exilergangenheit zur Hamburger Eigenmarke mauserte. Ausgerechnet Axel Springers *Hamburger Abendblatt* berichtete 1965 über die Gabe des langjährigen Wahlkreisabgeordneten Harburgs, »unter dem amüsierten Beifall seiner Zuhörer CDU/CSU und FDP mit seinem gefürchteten Spott ›auseinanderzunehmen‹«. In den 1970er Jahren war Wehner bei seinen Hamburger Wahlkampfauftritten wiederholt Objekt geradezu ethnologischer Interessen der Springer-Reporter: wie er rauchte, wie er seine Papiere ordnete, wie er die CDU-Anhänger im Publikum auf die Schippe nahm.²²³ Lokale Personalisierung, wesentlich betrieben durch eine neue Art der lokalen Berichterstattung, ermöglichte es so seit 1965, den politischen Konflikt vor Ort überhaupt wieder repräsentierbar zu machen.

Dass die Vermarktung des Lokalkandidaten nicht nur reine Imagepolitik war, sondern tatsächlich Vertrauen unter Wählern schuf, zeigte sich im Vorfeld des Wahlkampfes 1969 in Hamburg, als bekannt geworden war, dass der Landesverband den Abgeordneten Carl Damm auf die hinteren Plätze der Landesliste abschieben wollte. Der Wähler Franz Gillmann hatte aus dem *Hamburger Abendblatt* davon erfahren und schrieb an die CDU: »Soweit ich es in einem Bereich, der mir als ›kleinem Mann auf der Strasse‹ zugänglich ist, übersehen kann, hat Herr Damm die Erwartungen, die man an ihn als Abgeordneten

²²¹ Der Kanzler grüßt die Damen von St. Pauli, in: HAMBURGER MORGENPOST, 20.9.1969.

²²² Wahlkampf 72, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 11.11.1972. Zum Kosenamen siehe: Abgeordnete, Bd. 3, 154. Zu Schmidt siehe: Buttercreme-Torte und Cola für Helmut Schmidt, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 1.10.1976.

²²³ Wer die Wahl hat, hat die Qual..., in: HAMBURGER ABENDBLATT, 16.9.1965; Harter Kampf um Hamburgs Wähler, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 16.11.1972; Nie Mangel an Publikum, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 23.9.1976.

gestellt hat, voll erfüllt.« Er führte Damms rhetorische Fähigkeiten sowie seine Fähigkeit zur »nüchtern-sachlichen Arbeit« ins Feld. Wie die Italiener in den 1940er Jahren versuchte auch Gillmann, sich als Wähler des Wahlkreises für die Qualität des gewünschten Abgeordneten zu verbürgen: »Ich kenne Herrn Damm persönlich. In seiner Person sehe ich für mich die Gewähr für das, was ich von einer christlichen Partei erwarte. Andere Hamburger CDU Politiker kenne ich nicht persönlich. Wahrscheinlich würde ich die CDU in Hamburg also nicht wählen. Ich bin sicher, dass viele meiner Bekannten wie ich denken.«²²⁴

Auch andere Supplikanten melden sich im Falle Carl Damms zu Wort, und die Ähnlichkeit zu den Briefen aus den italienischen Provinzen der 1940er Jahre ist frappierend. Wolfgang Kempff, CDU-Mitglied seit 1946, brachte zum Ausdruck, dass es lokalistische, quasi-populistische, in jedem Fall aber nicht themenbezogene Argumente waren, die einen Kandidaten 1969 zu einem »guten« Kandidaten machten:

Was Herr Rollmann und den Kandidaten früherer Bundestagswahlen nicht gelungen ist, nämlich den CDU-Wählern in Harburg das Gefühl zu vermitteln, in ihrem Wahlkreis-Kandidaten einen interessierten und guten Sachwalter ihrer Anliegen im Bundestag zu haben, hat Herr Damm geschafft. Er hat durch seinen Fleiß, sein immer für seine Wähler gezeigtes Interesse, seine Publikationen etc. in dieser roten Hochburg Hamburgs eine gute Figur gemacht und damit der CDU zu Beachtung und Ansehen verholfen. *Die hiesige Bevölkerung hat also ihren CDU-Kandidaten schon selbst erwählt*, sie hat kein Verständnis dafür, wenn ihr, gleich aus welchen Gründen, nun wieder ein anderer Kandidat präsentiert und Herr Damm auf einen Platz verwiesen wird, auf dem er nicht zum Zug kommt. Wenn es bei dieser Entscheidung bleibt, halte ich sie für instinktos und dumm. Die Folge wird sein, daß die CDU den Stimmengewinn, der ihr für Herrn Damm sicher wäre, verspielt, daß sie vermutlich sogar nicht nur Wähler, sondern auch Parteimitglieder verliert. Was ein Wunder, wenn so offen demonstriert wird, daß der Willen der Wähler gar nichts gilt.²²⁵

Politik zum Vergnügen

Als Helmut Schmidt zum Hamburger Wahlkampfabschluss 1965 ans Podium trat, hatte sich das Setting der Wahlkundgebung auffällig verändert. Von den Tribünen der ausverkauften Ernst-Merck-Halle blickten ihn viele junge Gesichter an, zum größten Teil Minderjährige, wie das *Hamburger Abendblatt* zu berichten wusste. Sie waren der Einladung der SPD nicht nachgekommen, um sich eine lange Rede anzuhören, und die Veranstalter wussten das.

²²⁴ Franz Gillmann (Hamburg) an den CDU-Landesverband Hamburg, 17.4.1969. ACDP 03–010–047/2. Siehe auch: K. Beckmann (Hamburg-Barsbüttel) an Rollmann, 17.4.1969 und weitere Eingaben in dem Faszikel.

²²⁵ Wolfgang Kempff (z. Zt. Bad Krozingen), an den Landesverband der CDU, 20.4.1969. ACDP 03–010–047/2. Hervorh. C. C. G.

»Zehn Minuten Politik« hatte die SPD auf ihren Ankündigungsplakaten konzediert. Schmidt gönnte sich zwanzig, polemisierte gegen die Bonner Bundesregierung und erntete mit Zuschreibungen wie »schwarze Luschen« den Applaus der Anwesenden. Die kleine Gruppe aus der Jungen Union, die sich im hinteren Bereich des Saales versammelt hatte, konnte dagegen nichts ausrichten. Der Höhepunkt aber folgte nach der Rede Schmidts. Zunächst versuchten Künstler aus der Schlager- und Blasmusiksparte das Publikum in Stimmung zu bringen. Angesichts des Durchschnittsalters gelang ihnen das nur begrenzt. Als dann aber die Hamburger Beat-Band *The Rattles* auftraten, war der Saal nicht mehr zu halten. »Drohend schob sich eine motorisch stampfende Menge von Jugendlichen der Bühne entgegen, die Saalordner machten sich zum Einsatz fertig.«²²⁶ Im Wahlkampf 1965 wurde getanzt, und die Lokalpresse berichtete mit Lust am Geschehen.

Worüber die Marktforschung die deutschen Parteien seit Ende der 1950er Jahre aufgeklärt hatte, waren Mediennutzungsmuster, die davon zeugten, dass den Bürgern in erster Linie der Sinn nach Unterhaltung stand, und dass sie sich durch die Massenmedien ausreichend politisch informiert fühlten.²²⁷ Wenn sie im Wahlkampf mit dem Fernsehen konkurrieren, den Wählern also ein attraktives Angebot machen wollten, um sie vom Fernsehsessel wegzulocken, mussten sie mithin auf dem Markt der Unterhaltung und der neuen »Erlebnisgesellschaft« der 1960er Jahre (Gerhard Schulze) konkurrieren, die wesentlich auf dem Wachstum freier Zeit beruhte.²²⁸ Die Wahlveranstaltungen der 1960er Jahre zeugen von dem Willen, sich in das urbane Eventgeschehen einzuschreiben. Auf dem Weg dorthin öffneten sich die Parteien zum einen der »alternativen« Jugendkultur. Während die SPD 1965 in Hamburg dem Beat eine Bühne bot, obwohl es während des Wahlkampfs zu den sogenannten Beatkrawallen kam, wollten sich ihre christdemokratischen Kontrahenten unter dem Motto »Jazz und Politik« an die jungen Wähler wenden.²²⁹ Zum anderen bürgerten sich gesellige, improvisierte Veranstaltungsformen ein, die Wähler und Direktkandidaten bei mehr oder minder üppiger Bewirtung zusammenbrachten, allen voran die Frühschoppen.

Ansätze zur Spektakularisierung hatten sich bereits in den 1950er Jahren gezeigt. Wahlkabarets waren 1953 im Auftrag der SPD durch Süddeutschland und das Rheinland gezogen; 1957 lud die SPD im ganzen Bundesgebiet

²²⁶ Zu jung zum Wählen, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 17.9.1965.

²²⁷ Auszug aus den Berichten von Infratest über die Publikums-Reaktion auf Wahlsendungen anlässlich der Bundestagswahl 1957, Bl. 4, Anl. zu: J. F. Warner an Karl Anders, Egon Bahr, Fritz Sänger, 19.6.1961. AdsD, NL Anders, SPD Bundestagswahlkampforganisation 1961, Fasz. »Wahl«.

²²⁸ Vgl. A. SCHILDT, Materieller Wohlstand, 2003, S. 30 f.

²²⁹ Zur Jugendkultur vgl. D. SIEGFRIED, Politisierungstendenzen, 2003, S. 615–623. Bei den *Rattles* handelte es sich um Pioniere des Hamburger Beats. Dazu und zu den Beatkrawallen vgl. O. PELC u. a., Hamburg, 2002, S. 136 f.; K. WEINHAEUER, Schutzpolizei, 2003, S. 286 f. Zur CDU siehe: Protokoll der Sitzung des Wahlkampfauusschusses [der CDU Hamburg] am 15.1.1965, Bl. 2. ACDDP 03–010-043/2.

zu Wahl-Revuen mit Prominenten aus dem Show-Geschäft.²³⁰ Solche Veranstaltungen, 1957 auch von der CDU durchgeführt, kosteten die Parteien zwar viel Geld, waren aber beim Publikum äußerst beliebt; 1961 wurden sie zu regelrechten Kassenschlagern.²³¹ Ihr Geheimnis lag darin, dass sie ihr Hauptaugenmerk nicht auf die Politik legten und nur verdeckt Partei ergriffen. Ideengeber auf Seiten der SPD war der bereits erwähnte Carl Wolfgang Müller, zu jener Zeit noch Berliner Student der Erziehungswissenschaften. Er hatte 1953 bei der SPD eine Denkschrift zur Wahlkampfmethodik eingereicht; Fritz Heine holte ihn daraufhin kurzerhand nach Bonn. Als Ziel der von ihm konzipierten Wahlkabarets gab er aus, »daß nach der Vorstellung der Zuschauer zu seiner Frau sagt: ›Ich kann mir nicht helfen, ich glaube fast, das ist Wahlpropaganda, und zwar für die SPD.‹ Und die Frau soll antworten: ›Aber lustig war es doch, nicht wahr?‹« Abstrakte politische »Wahrheiten«, so Müller, sollten durch Lieder und spielerische Szenen wieder »konkretisiert und in ein lösendes Lachen« eingehüllt werden.²³² Die westdeutsche Idee der Aussöhnung mit dem politischen Konflikt im Medium der Unterhaltung war geboren.

Auch in Hamburg hatte die SPD schon 1957 auf die Eventisierung des Wahlkampfes gesetzt und den Wählern ein »Volksfest« im Eichtalpark geboten, das als »Wahlmeeting« beworben wurde und vorwiegend aus einem Musik- und Unterhaltungsprogramm bestand. Mit Irma Keilhack, die Wählerinnen in den 1950er Jahren noch für ihren Konsumismus gemäßregelt hatte, und Carlo Schmid traten eine lokale Kandidatin und ein prominenter Politiker auf und hielten kurze politische Ansprachen, abgerundet wurde der feierliche Abend mit einem Feuerwerk. Die 20 000 Teilnehmer konnten Konsumartikel und Bücher gewinnen; der Hauptpreis war ein Kühlschranks.²³³ Im Wahlkampf 1961, als sich die SPD konsequent von »herkömmlichen Wahlkampfmethoden« abwenden wollte, galt die Orientierung an guter Laune und Geselligkeit als Königsweg. Wolfgang Müller, inzwischen promoviert, lieferte in seinen Wahlkampfrichtlinien für die SPD die entsprechenden Grundsätze: »Werbliche Aussagen sollen freundlich sein. Die Leute kaufen ungern bei Menschen, die schlechte Laune und schlechte Manieren haben. [...] Der Verbraucher ist jünger als wir. Oder er will es zumindest sein. Wir bringen die Leute nicht durch Langeweile dazu, sich für irgendetwas zu interessieren. Auch nicht durch gepflegte Langeweile.«²³⁴

²³⁰ Erl. Ms. Wahl-Ref. [Manuskriptzusammenfassung des Referats zum Wahlkampf über die Planung des SPD-Parteivorstands], o. D. [1957], Bl. 4 f. AdsD, NL Anders, Mp. 2. Vgl. T. MERGEL, Propaganda, 2010, S. 135 f.

²³¹ Der Aufmarsch zum Wahlkampf, in: DAS NEUE JOURNAL, Nr. 15/1957 v. 17.7.1957; Es geht um die Unentschiedenen, in: DIE WELT, 22.8.1957. In Hamburg zog die Wahl-Revue 1957 6 000 Besucher in die Ernst-Merck-Halle, vgl. C. OLDENBURG, Tradition und Modernität, 2009, S. 335, 510.

²³² Lustig war es doch, in: DER SPIEGEL, Nr. 35/1953 v. 26.8.1953.

²³³ Vgl. C. OLDENBURG, Tradition und Modernität, 2009, S. 335.

²³⁴ Dr. C. Wolfgang Müller an Karl Anders u. a.: Einige Gedanken zu Systematik und Inhalt der werblichen Vorbereitungen des kommenden Bundestagswahlkampfes, Okt. 1960. AdsD,

Die Einladung der Hamburger SPD zum »Programm der Sensationen« im Volksparkstadion, urbaner Höhepunkt des Wahlkampfes von 1961, schien diesem Appell an die Gute-Laune-Politik für Konsumbürger verpflichtet. Im Programmheft, das ganz auf das SPD-Logo verzichtete, schrieb Bürgermeister Paul Nevermann an die Teilnehmer: »So ernst auch die politische Lage sein mag – der Mensch kann nicht immer nur grübeln und Probleme wälzen. Er muß sein Leben leben, denn er hat nur eins. Und wieviel wäre gewonnen, wenn die Großen der Politik mehr daran denken würden, daß es nicht um ihr persönliches oder ideologisches Prestige geht, sondern darum, daß die Menschen ihr kurzes Erdendasein menschenwürdig leben können.«²³⁵ 40 000 Hamburger nahmen trotz schlechten Wetters das Angebot der SPD an, ein wenig die Seele baumeln zu lassen, und wurden von einem »Showmoderator« durch den Abend geführt, zu dessen Finale Willy Brandt mit einem Hubschrauber im Stadion landete.²³⁶

Das Jahr 1961 markierte auch die erste spürbare Öffnung der Hamburger SPD für Formate, die sich mit besonderen Geselligkeits- und Unterhaltungselementen dezidiert an Frauen und Jugendliche wenden sollten. Damit fand der »bunten Abend« Eingang in die Wahlkampfarbeit, der zuvor unter den Frauen- und Jugendgruppen im Parteileben bereits existiert, aber unter vielen Funktionärinnen und Funktionären nicht als ernstzunehmende politische Arbeit gegolten hatte.²³⁷ Wolfgang Müller empfahl der SPD zudem, auf gesellige Erlebnisveranstaltungen wie »Sei stolz auf Deine Stadt – Stadtrundfahrten zur Versinnlichung sozialdemokratischer Aufbauleistungen«, »Zum Tee bei Stadtrat X. Gesellige Stunden zur Beeinflussung von Jungwählern« oder »Die Mitbringe-Party. Modell einer geselligen Mitgliederwerbung« zu setzen.²³⁸ Damit entwarf der Erziehungswissenschaftler einen an die urbane Erlebnisgesellschaft angepassten Veranstaltungswahlkampf, der kurz darauf genau so aussehen sollte.

Gerade die Christdemokraten setzten zunehmend auf gemütlich-gesellige Wahlkampfformate. Die Hamburgerinnen sprachen sie 1965 mit Kaffeemittagen an, wobei sie versuchen wollten, Alt-Bundeskanzler Adenauer zu solch einer Gelegenheit für einen Auftritt zu gewinnen. 1969 lockte die Hamburger Union mit Preisausschreiben und Lotterien auf »offener Straße«, bisweilen gefolgt von einem Laternenumzug.²³⁹ Ihre Wahlkundgebungen glichen mit musikalischen Darbietungen, künstlerischer Untermalung und Preisrätseln in

NL Anders, 3, Fasz. 7/XI. Zum »Modellplan« für den lokalen Wahlkampf im *Vorwärts* und zur expliziten Abkehr von alten Methoden am Beispiel Heidelbergs vgl. B. VOGEL/P. HAUNGS, Wahlkampf, 1965, S. 256 f.

²³⁵ Volkstag im Volkspark-Stadion [SPD-Broschüre, 1961]. ACDP 03–010-041/5.

²³⁶ Auch zum Folgenden vgl. C. OLDENBURG, Tradition und Modernität, 2009, S. 514–516.

²³⁷ Siehe Kap. I.3 u. Kap. III.1.

²³⁸ C. Wolfgang Müller an Karl Anders, o. D. [ca. 1960]. AdsD, NL Anders, 3.

²³⁹ Protokoll der Sitzung des Wahlkampfauusschusses [der CDU Hamburg] am 15.1.1965, Bl. 2. ACDP 03–010-043/2; Kreisgeschäftsstelle an das Polizeischutzamt Sch 134, Westphal, 23.9.1969. ACDP 02–155-014/2 (Zitat); Wollenzien (Kreisgeschäftsführer) an die Ortswahlkampfleiter und Vorsitzenden der Ovs, 2.7.1969. Ebd.

jenem Jahr eher kleinen Volksfesten.²⁴⁰ Auch die Senioren, die nicht mehr so aktiv am Erlebnisraum Stadt teilnehmen konnten, erreichte die CDU mit Hilfe geselliger Formate. Bustouren und lauschige Kaffeerunden kamen bei Konsumbürgern höheren Alters offenbar gut an. CDU-Direktkandidat Dietrich Rollmann begrüßte seine circa vierzig weitgehend ergrauten Gäste 1969 auf einer Bowlingbahn in St. Pauli, spendierte ihnen Kaffee und Kuchen und ließ ihnen herzliche Grüße von Kanzler Kiesinger ausrichten, den er gerade getroffen hatte. Beim anschließenden Plausch erzählte einer der Rentner, wie er bei einer Kundgebung schon Franz Josef Strauß hatte anfassen dürfen und einst John F. Kennedy die Hand geschüttelt hatte. Dass ihm das bei Kiesinger nicht gelungen sei, weil ihn der CDU-Landesgeschäftsführer nach einer Kundgebung des Kanzlers angefaucht habe, er solle verschwinden, sonst werde er verhaftet, fand er skandalös.²⁴¹ Das waren die bestimmenden Themen auf solchen gemütlichen Wahlkampftreffen.

Damit war der Standard der nüchternen und wesentlich von Parteimitgliedern bevölkerten Wahlversammlung 1969 sichtbar aufgebrochen, und mit ihm die Idee, dass Politik in ausufernden Referaten und anschließenden Co-Referaten aufging. Altgediente Sozialdemokraten konnten das nicht fassen. Nach dem *Rattles*-Wahlkonzert 1965, das auch als »bunter Abend« beworben worden war, schimpfte die alte Garde unter den anwesenden Genossen: »Das war kein würdiger Abschluß. So etwas gehört sich nicht. Dann müssen sie die Jungen allein einladen«, zitierte das *Hamburger Abendblatt*.²⁴² Doch in der Tendenz sollte die politische Vergnügungskultur in der Bundesrepublik auf breite Sympathie stoßen.

So bezeichnete die FAZ schon 1957 die Wahl-Revue der SPD als einzig wahre Neuerung in einem Wahlkampf, der sich sonst »in den Bahnen überkommener Praktiken« bewege. Scharfsinnig analysierte sie den Wert dieser Veranstaltungen: »Die Politik [...] greift, um die Massen zu gewinnen, nach den Formen des Massen-Unterhaltungs-Konsums.« Dabei orientiere sie sich an den USA, wo Revue-Girls die Beine für den künftigen Präsidenten schwängen. »Im Grunde ist die SPD-Revue bezeichnend für den Wandel einer Partei, deren Anhänger vom Proletarier zum Facharbeiter und damit in die neue soziale Schicht mit Phono-Super und der Sehnsucht nach dem Fernsehgerät aufsteigen.« In nichts würden sich das Publikum und die Aufmachung der Wahl-Revue von den »bunten Abenden mit beliebten Quiz- und Schnulzen-Matadoren« unterscheiden, die in der Bundesrepublik allenthalben anzutreffen seien.²⁴³ Diese Anpassung der SPD an den Geschmack breiter Wählerschichten im Zeitalter der einkehrenden Massenkultur wurde von den Redakteuren allerdings

²⁴⁰ Polizeidirektor Pries an Wollenzien, 22.9.1969. ACDP 02-155-014/2.

²⁴¹ Der Kanzler grüßt die Damen von St. Pauli, in: HAMBURGER MORGENPOST, 20.9.1969.

²⁴² Zu jung zum Wählen, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 17.9.1965.

²⁴³ Wahl-Revue, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 29.8.1957.

lediglich nüchtern analysiert, ohne dass sie in den von Konservativen vielbesungenen Untergang des Abendlandes einstimmten.²⁴⁴ Lediglich die katholischen Gegner nahmen Anstoß an den kabarettistischen Methoden der Sozialdemokratie. Sie verstanden die unterhaltsame Politik als Versuch, nicht »mit offenem Visier« zu kämpfen, als eine »Spekulation auf die Naivität« der Wähler. Politik werde hier verschleiert – offenbar aus Furcht, »daß die sozialdemokratischen Argumente, unverhüllt und offen vorgetragen, dem Verstand klar und nüchtern denkender Menschen schwer einzutrichern sind.«²⁴⁵

Der traditionelle Politikbegriff, der solchen kritischen Stimmen zugrunde lag, geriet durch die Einkehr der Massenkultur in die Defensive. Entpolitisierend wirkte die vergnügliche Politik in der Bundesrepublik indes mitnichten. Vielmehr baute sie den Wählern Brücken zur Politik, indem sie ihnen den harten Kampf, die schweren Beleidigungen und die politischen Erziehungsabsichten ersparte.²⁴⁶ Musik, und gerade die kommerzielle, war hier von »zivilisierender« Bedeutung; sie befreite politische Veranstaltungen vom Militanzverdacht und zeigte an, dass sich die Zivilgesellschaft versammelte. Dies sollte Beat-Musik im Übrigen auch für die Protestpolitik auf den Straßen der 1960er Jahre so unabdingbar machen.²⁴⁷

Insofern ermöglichte die Amalgamierung von Politik und Massenkultur überhaupt erst eine urbane Performanz der Demokratie in den westdeutschen Städten, nachdem das Sachlichkeitsideal in den 1950er Jahren keinen sinnlichen Ausdruck hatte finden können. Die unterhaltsame Politik konnte anziehend auf Wähler wirken, weil sie erstens Parteipolitik zu einer *angenehmen* Angelegenheit machte: »anstrengungslos« und »genüsslich« im Sinne einer nüchternen Definition von »Unterhaltung«.²⁴⁸ Zweitens konnten sich Verbraucher durch entsprechende Angebote der Politik als Konsumbürger ernstgenommen fühlen. Das galt in besonderer Weise für die jüngere Generation, die sich fortan mit Musikveranstaltungen und Wahlpartys à la »Swingtime, Popmusik und Politik«, mit Modenschauen, »Kapellen« und Tombolas besonders angesprochen fühlen sollte – im weltgewandten Hamburg wie im katholischen Freiburg, wo das Kolpinghaus seine Räume für Wahlpartys zur Verfügung stellte.²⁴⁹ Unterhaltung war mithin für die politische Verständigung der jungen Bundesrepublik höchst

²⁴⁴ Vgl. A. SCHILDT, *Annäherungen*, 2011, S. 78–91; DERS., *Moderne Zeiten*, 1995, S. 324–397; K. MAASE, *Grenzenloses Vergnügen*, 1997.

²⁴⁵ Der Clown macht Politik, in: DER PFÄLZER. WOCHENZEITUNG FÜR CHRISTLICHE POLITIK UND KULTUR, 24.5.1957.

²⁴⁶ Vgl. K. MAASE, *Establishing Cultural Democracy*, 2001; A. SCHILDT u. a., *Einleitung*, 2003, S. 18. Zum skeptischen Blick auf die Massenkultur siehe M. HORKHEIMER/T. W. ADORNO, *Dialektik der Aufklärung*, 2003 [1944], S. 142, 163 f., 176; vgl. J. GLASENAPP, *Kulturindustrie*, 2006.

²⁴⁷ Vgl. H. BETHGE, »Bombe«, 1981, S. 359; D. SIEGFRIED, *Sound der Revolte*, 2012; DERS., *Music and Protest*, 2008, insb. S. 63.

²⁴⁸ W. FAULSTICH, »Unterhaltung«, 2006, S. 14.

²⁴⁹ Siehe die Anzeige in der BADISCHEN ZEITUNG, 18.9.1969; Swingtime in der Wahlnacht, in: HAMBURGER MORGENPOST, 26.9.1969.

funktional und sollte das auch bleiben, als sich Ende der 1960er die Fronten wieder zu verhärten begannen.

4. Der Preis der Tradition. Italienische Kontaktverluste

Wie gelang es den italienischen Parteien, sich in den wachsenden Städten unter Bürgern mit Konsumträumen weiterhin als legitime politische Repräsentanten zu präsentieren? Die Forschung hat sich der urbanen Dimension politischer Kommunikation in den 1960er Jahren bislang kaum gewidmet und sich stattdessen dem Wahlkampf in den Massenmedien zugewandt. Um die ›Krise‹ zu verstehen, welche die beiden großen politischen Lager seit dem Boom erfasste, bedarf es aber des lokalen Blicks. Denn hier zeigte sich, inwiefern Wähler und Parteiendemokratie im Wandel zur Konsumgesellschaft miteinander in Kontakt blieben oder sich voneinander entfernten.

Mit Blick auf den Wählermarkt ist die Geschichte der beiden größten italienischen Parteien im Boom eine Erfolgsgeschichte. Der PCI erhielt bei den Wahlen zur Costituente im Jahr 1946 knapp 4,4 Millionen Stimmen; 1958 zählte er bereits 6,7 Millionen, 1968 kam er auf 8,5 Millionen – fast eine Verdopplung binnen gut zwanzig Jahren. Auch die DC verteidigte ihr Wählerreservoir im sozialen Wandel nicht nur, sondern legte in den 1960er Jahren noch zu. Ausgehend von einem Wählerstamm von 8,1 Millionen im Jahr 1946 war sie 1963 auf 11,7 Millionen geklettert und überbot sich noch einmal 1968 mit 12,4 Millionen Stimmen.²⁵⁰ Auch ein vergleichender Blick auf die Mitgliederentwicklung macht deutlich, dass sich die italienische Parteiendemokratie in der Konsumgesellschaft in hohem Maße behaupten konnte. Mitgliederverluste waren in den 1960er Jahren kein italienisches Spezifikum; die Hamburger SPD kam selbst zum Zeitpunkt ihres Höchststands in der Mobilisierungszeit der 1970er Jahre nicht an die Mitgliedszahl heran, die sie 1961 besessen hatte, von den 1950er Jahren ganz zu schweigen.²⁵¹ Das Organisationsniveau von PCI und DC blieb in den 1960er und 1970er Jahren weit über dem von SPD und CDU. Zwischen 1948 und 1963 und wieder im Wahljahr 1972 lag die Quote der Parteimitglieder unter den italienischen Wahlberechtigten bei über zwölf Prozent, 1968 und zwischen 1976 und 1987 immer noch bei über zehn Prozent.²⁵² Im Stadtkreis Bologna waren 1963, obwohl der PCI seit 1956 landesweit mit Rekrutierungsproblemen zu kämpfen hatte, noch knapp 14 Prozent der 285 000 Wahlberechtigten im Besitz eines kommunistischen Parteibuchs.²⁵³ In der Bundesrepublik

²⁵⁰ M. S. PIRETTI, *Elezioni politiche*, 1995, S. 417–421.

²⁵¹ *Handbuch zur Statistik IV*, 2005, S. 130–132.

²⁵² G. SANDRI u. a., *Party Membership in Italy*, 2015, S. 124.

²⁵³ Eigene Berechnungen auf der Basis des PCI-Mitgliederstands vom Februar 1963. Siehe: *Verbale del Comitato Federale*, 4 u. 7.2.1963. FGER, PCI-BO, CF, *Verbali*, 1963, b. 5, vol. 2; *COMUNE DI BOLOGNA, Consultazioni popolari*, o. J., S. 29.

waren solche Zahlen utopisch; in Hamburg bewegte sich die Quote der Parteimitglieder in den 1960er Jahren zwischen 2,7 und 2,9 Prozent. Selbst mit den Spitzenwerten 1972/73 kletterte sie gerade einmal auf leicht über 3 Prozent. In Ulm (Stadt- und Landkreis) waren 1967 bloß 0,5 Prozent der Bevölkerung Mitglied der CDU.²⁵⁴

Während sich die deutsche Forschung nicht für das Organisationsniveau politischer Parteien interessiert und deshalb mit guten Gründen einer Dekade, in der SPD und CDU das Tal ihrer Attraktivität als Partizipationskanäle durchschritten, Aufbrüche zur »Demokratisierung« zuschreibt, blickt die italienische Forschung genau umgekehrt. Im Grunde misst sie die Entwicklung der italienischen Republik in den 1960er Jahren an dem Unvermögen der großen Organisationen, die Italiener »bei sich« zu halten, und insinuiert dabei eine Kompaktheit und Stabilität von »Subkulturen« in den 1940er und 1950er Jahren, die es in der Form nie gegeben hat. Diese Lesart reproduziert die zeitgenössischen Beobachtungen in Führungsetagen und Publizistik, und sie folgt einer Optik, die vom Traditionsbewusstsein der Zeitgenossen vorgegeben wurde.²⁵⁵

Wie die beginnende »Krise« der Parteiendemokratie in der politischen Kommunikation der 1960er Jahre selbst produziert wurde, untersucht das folgende Unterkapitel. Es analysiert die Auswirkungen des sozialstrukturellen und des kulturellen Wandels auf die politische Kommunikationspraxis vor Ort und arbeitet die Deutungsmuster heraus, die politische Verständigung in Zeiten des Massenkonsums erschwerten. Diese Deutungsmuster verwiesen immer wieder auf die Tradition erfolgreichen Wählerkontakts in den 1940er und 1950er Jahren – eine Tradition, für die unter den spezifischen Bedingungen der italienischen Gesellschaft im Boom ein hoher Preis zu zahlen war.

Der Fluch der Piazza. Vom Problem, die Massen loszulassen

In ihrer Aufmachung unterschied sich die politische Kommunikation der italienischen Parteiendemokratie in den 1960er Jahren durchaus deutlich von jener des »tiefen Kalten Krieges«. Das galt für die Bildsprache und Slogans, für Layout und Farbgebung, es galt aber auch für die Formate selbst. Anleihen angloamerikanischer Werbetechniken zeigten sich etwa darin, dass christdemokratische Kandidaten in ihren Broschüren und die Kommunisten in ihrer Presse mit *Testimonials* lokaler Persönlichkeiten und einfacher Wähler aufwarteten – das taten westdeutsche Parteien in jener Dekade noch nicht.²⁵⁶ Auch such-

²⁵⁴ Eigene Berechnungen nach Handbuch zur Statistik IV, 2005, S. 131 f.; Handbuch zur Statistik II, 2005, S. 96–98; http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere_bundestagswahlen/ [31.8.2015]; CDU KV Ulm, Niederschrift über die Sitzung des Geschäftsführenden Kreisvorstands am 17.4.1967, 27.4.1967. StAU, E 201 CDU Nr. 1.

²⁵⁵ Gut sichtbar bei G. CRAINZ, *Paese mancato*, 2005, Kap. VI; S. LUPO, *Partito e antipartito*, Kap. IV.

²⁵⁶ Ho scelto il P.C.I., in: LA LOTTA, 14.3.1963; Vota Giuseppe Carosselli [Wahlkampfbroschüre DC Bologna, 1968]. ASBO, CC, Elettorale 7; Perché voterà per Tesini? [Wahlkampfbroschüre DC

ten italienische Parteien die urbanen Orte des Konsums auf. Die Bologneser DC veranstaltete 1963 Treffen mit Wählern in den Fernsehsälen lokaler Bars; 1968 schickten Liberale ihre Kandidaten in die Einkaufsstraßen des Bologneser Stadtzentrums, um mit den Wählern ins Gespräch zu kommen.²⁵⁷ Als die DC anlässlich der Kommunalwahlen von 1964 erstmals mit dem *Canvassing* experimentiert hatte, priesen christdemokratische Wahlkämpfer diese faktisch nur neu etikettierte *campagna capillare* als »bemerkenwerteste Neuerung« und erfolgreiche Methode. Dabei hatten sie Wähler auch in politische Diskussionen über das Wahlprogramm verwickelt.²⁵⁸

Im Kampf um die bessere Gesellschaftsordnung für Italien warben die Kommunisten in Bologna und der Emilia-Romagna als Regierungspartei in den 1960er Jahren zudem offensiv mit dem Wohlstand, den sie der Region hatten zuteil werden lassen. Die Weichen dazu stellte der reformistische Kurs, den der Bologneser Parteiverband unter der Führung des späteren Bürgermeisters Guido Fanti Ende der 1950er Jahre, parallel zur Hochphase des Booms, eingeschlagen hatte. Unter Missbilligung der Römer Parteizentrale, die den Emilianer PCI zu einer »faktischen Sozialdemokratie« (*Socialdemocrazia reale*) degenerieren sah²⁵⁹, erschien den regionalen Funktionären eine systematisch geplante Wirtschaftspolitik angeraten, die der ökonomischen Struktur der Region Rechnung tragen sollte, die starken lokalen Genossenschaften einbezog und insbesondere das Kleinunternehmertum protegierte. Die Emilia-Romagna bestand aus ruralen Provinzen, in denen zahlreiche mittellose Landarbeiter beheimatet waren, und Städten mit einem starkem Mittelstand, vielen kleinen Selbständigen und regionalen Industrien (insbesondere im Nahrungsmittel- und Bekleidungssektor). Fanti und seine Mitstreiter konzipierten und implementierten eine antimonopolistische Wirtschaftspolitik, die Kleinunternehmer, Kleinhändler und Handwerker förderte und neue urbane Berufszweige für die Landarbeiter aus den Provinzen erschloss. Das hieß in erster Linie, sie in die Stadt zu holen und in die Selbständigkeit zu überführen. Dieses Maßnahmenbündel, bekannt geworden als *modello emiliano*, legte den Grundstein für die wirtschaftliche Prosperität der Region, von der man in den 1970er Jahren als dem »dritten Italien« (*terza Italia*) sprechen sollte. Aufgrund seiner kleinteiligen, oft familiengeführten Industrien blieb es in der Wirtschaftskrise wettbewerbsfähig.²⁶⁰

Bologna, 1968]. Ebd.; Per lo sviluppo economico-sociale dell'Emilia-Romagna votiamo D.C. votiamo Cristofori n. 12 [Wahlkampfbrochure DC Bologna, 1968]. Ebd.

²⁵⁷ Giovedì 4 aprile... [Flugblatt DC Bologna, 1963]. ASBO, DC, CC, Elettorale 4; I partiti puntano sui giovani, in: IL RESTO DEL CARLINO, 29.4.1968.

²⁵⁸ Oggetto: elezioni amministrative 1964, Fano 15.1.1965, Anl. zu: Maria Maddalena Guasco (Delegata Provinciale Movimento Femminile DC die Pesaro e Urbino) an Prof. Franca Falcucci (Delegata Nazionale Movimento Femminile), 21.1.1965. ILS, DC, Uffici centrali, Sc. 26, fasc. 2.

²⁵⁹ Vgl. F. ANDERLINI, Terra rossa, 1990, S. 23.

²⁶⁰ Vgl. G. FANTI/G. C. FERRI, Cronache dell'Emilia rossa, 2001, S. 16, 20; F. ANDERLINI, Terra rossa, 1990, S. 37, 46; R. FORLENZA, The Italian Communist Party, 2010; W. DONDI, Bologna Italia, 1998, S. 15–27; A. DE BERNARDI u. a., PCI, 2004.

Teil des Emilianer Reformismus war die Stärkung basisdemokratischer Konzepte vor Ort. Im Zuge einer administrativen Dezentralisierung wurden 1964 die Bologneser Stadtteile neu geordnet und die *Consigli di quartiere* (Bezirksversammlungen) eingeführt. Sie sollten die Beteiligung der Bevölkerung an den administrativen und öffentlichen Angelegenheiten erleichtern und die kommunalen Behörden näher an die Bürger heranführen. Von der Emilia-Romagna und namentlich von Guido Fanti gingen seit den 1960er Jahren dann auch die stärksten Impulse für die Einlösung des in der Verfassung versprochenen Föderalismus aus, den die Christdemokraten lange blockiert hatten, um solche regionalen kommunistischen Erfolgsgeschichten zu unterbinden. Fanti wurde 1970 der erste Präsident der mit dem sogenannten Normalstatut neu eingeführten Region Emilia-Romagna. Dass sie zur kommunistischen Erfolgsmarke wurde, die mit dem christdemokratischen Regierungsmodell konkurrieren konnte, änderte nichts an dem Umstand, dass der regionale und lokale Reformismus von starken Spannungen mit der kommunistischen Parteizentrale in Rom begleitet blieb.²⁶¹ Insofern ist das kommunistische Innovationsvermögen und die Öffnung hin zum Wohlstand als politischem Legitimitätsmarker nur als lokales Unternehmen hinreichend zu verstehen.

Das zeigte sich in der urbanen Selbstvermarktung, auf die der Bologneser PCI in den 1960er Jahren auch im Parlamentswahlkampf setzte, um christdemokratische Wähler aus den Mittelschichten zu gewinnen. 1963 wollten die Funktionäre dezidiert mit dem lokalen Erneuerungsprozess werben; die nationalen Themen sollten »lokalisiert«, die lokalen und regionalen Traditionen der Partei und ihre wirtschaftlichen Leistungen in den Vordergrund gestellt werden. Als »große Massenpartei« mit sichtbaren Erfolgen meinten die Bologneser Funktionäre nun, vom Lokalen aus den nationalen Kampf gegen die DC führen zu können.²⁶² Neben einer durch und durch kommunalpolitischen Themensetzung, die um den wirtschaftlichen und urbanistischen Entwicklungsplan der Stadt (*piano poliennale*) kreiste, warb der PCI in seiner Lokalpresse nun mit lokalen Reportagen und Interviews nationaler Parteipolitiker zum Erfolg des »Modell Bologna«. Kleinhändler berichteten von ihren gut laufenden Geschäften; die 160 000 Immigranten aus dem Mezzogiorno wurden in expliziter Abgrenzung zu den Industriestädten des Nordens als gut integrierte Stadtbürger präsentiert. Auf der Lokalseite der *Unità* hieß es, in den nationalen Wahlen gehe es um ein Vertrauensvotum für Stadt, Region und Land – in dieser Reihenfolge.²⁶³ Solche Lokalisierungsstrategien im nati-

²⁶¹ Vgl. G. FANTI/G. C. FERRI, *Cronache dell'Emilia rossa*, 2001, S. 16, 21 f.

²⁶² Verbale del Comitato Federale [PCI Bologna] v. 4 u. 7.2.1963. FGER, PCI-BO, CF, Verbali, 1963, b. 5, vol. 2, Relazione di Dante Stefani; Verbale del Comitato Federale [PCI Bologna], 3.3.1963, Bl. 9. Ebd.

²⁶³ Ingranare bene la quarta, in: *LA LOTTA*, 4.4.1963; La città li accoglie così, in: ebd.; I riflettori puntati sul rosso della città, in: *L'UNITÀ*. EDIZIONE BOLOGNESE, 12.5.1968. Zum Einfluss des *piano poliennale* siehe: Verbali del Comitato Federale [PCI Bologna] v. 4 u. 7.2.1963 u. 2.3.1963, hier Bl. 10. FGER, PCI-BO, CF, Verbali, 1963, b. 5, vol. 2.

onalen Wahlkampf waren jenen der westdeutschen Parteien unter der Ägide professioneller Werbeberater ausgesprochen ähnlich und scheinen tatsächlich ein transnationales Erfolgsrezept in der Konsumgesellschaft der 1960er Jahre dargestellt zu haben.

Die Selbstvermarktung als lokale Volkspartei einer prosperierenden und dabei sozial gerechten Stadt ließ die Bologneser Kommunisten am Ende der Dekade sogar über die Grenzen des Landes hinaus für eine besonders zukunftsweisende Politik stehen. Journalisten aus der Bundesrepublik, der Schweiz oder den USA zeigten sich in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren von Bologna fasziniert und malten in Reportagen das Bild einer exzeptionell gut verwalteten, korruptionsfreien und von zufriedenen Bürgern bewohnten Stadt – und der PCI nutzte das internationale Interesse für seine Selbstvermarktung.²⁶⁴ Mit einer Kampagne, die mit lokalem Wohlstand, partizipativen Strukturen für die Stadtbürger und guter Verwaltung warb, legte der Bologneser PCI auch bei den Parlamentswahlen kontinuierlich zu und erreichte 1972 mit 42 Prozent seinen Höhepunkt; damit hatte er sein Ziel erreicht und zu den kommunalen Wahlergebnissen aufgeschlossen.²⁶⁵

Charakteristisch für den Zwiespalt, in den sich eine Partei der »Massen« mit einer solchen Politik manövrierte, war jedoch, dass sich der PCI zugleich gar nicht an den Gedanken gewöhnen wollte, zu einer »Meinungspartei« (*partito d'opinione*) abzusinken. Bologneser Funktionäre sprachen 1965/66 ganz offen ihre Furcht darüber aus und forderten, »das Wähler-Mitglieder-Gefälle zu reduzieren und das Verhältnis »weniger Mitglieder – mehr Wähler« in jenes des »mehr Mitglieder – mehr Wähler« umzuwandeln.«²⁶⁶ Im Geiste ihres Partizipationsideals wollten die Kommunisten kein Wahlvolk, das »nur« wählte, ohne aktiv dabei zu sein. Konsumbürger ohne die moralische Verpflichtung zur »demokratischen« Teilhabe in den Wohlstand zu entlassen – das brachten die Funktionäre nicht über sich, und deshalb konnten sie über ihre wachsenden Erfolge an den Wahlurnen Bolognas nicht recht glücklich sein, wenn sich damit nicht zugleich auch die Parteiaktivität erhöhte. In dieser Sache blieben sich Parteidirektion und Bologneser Parteiverband einig.

Massen waren auch in den 1960er Jahren noch notwendig, um kommunistische Politik zu popularisieren und öffentlich Druck zu erzeugen. Das versuchte die Partei beispielsweise mit einer Kampagne zur Unterstützung ihres urbanistischen Gesetzentwurfs, den sie unmittelbar nach den Wahlen von 1963 dem Parlament (neuerlich) vorlegen wollte. Nicht zu Unrecht davon überzeugt, dass die Immobilienspekulation in den wachsenden italienischen

²⁶⁴ M. JÄGGI u. a., Das rote Bologna, 1976, S. 39; I riflettori puntati sul rosso della città, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 12.5.1968.

²⁶⁵ COMUNE DI BOLOGNA, Consultazioni popolari, o. J., S. 38, 52, 66, 79.

²⁶⁶ Progetto di risoluzione dell'11° Congresso su alcune questioni organizzative, o. D. [Entwurf, 1965]. FGER, PCI-BO, CP, 11° Congresso della Federazione bolognese del Partito comunista italiano, 6-9 gennaio 1966, b. 4, fasc. 2.

Städten zu chaotischen Zuständen, sozialen Schieflagen und Preissteigerungen führte, schlug der PCI unter anderem die Verstaatlichung von Bauland vor und übernahm damit entsprechende Überlegungen in der christdemokratischen Linken. Mit seiner Kampagne wollte er nun einen parteiübergreifenden Dialog über die urbanistische Politik in den Städten des Landes anstoßen und dabei auch mit den Liberalen ins Gespräch kommen, welche die Immobilien- und Grundbesitzer vertraten. Um diesen Dialog zu erreichen, brauchte es nach Meinung der Funktionäre die öffentliche Präsenz der »gesamten Partei«. ²⁶⁷ Die Genossen sollten in den Parteiversammlungen das Gesetz diskutieren, die lokalen Funktionäre parteiübergreifende Initiativen organisieren sowie Diskussionen mit Intellektuellen, Gewerkschaftern und lokalen Verbänden veranstalten. Diese zivilgesellschaftliche Debatte um die Zukunft der italienischen Städte, die steigenden Mieten, die hohen Lebenshaltungskosten und die unzureichenden öffentlichen Nahverkehrsmittel sollte in den 1970er Jahren tatsächlich graswurzelartig und unter Führung der außerparlamentarischen Linken aus den Großstädten heraus wachsen. ²⁶⁸ 1963 jedoch erlahmte sie schon auf ihrer ersten Etappe: Die Genossen interessierten sich einfach nicht ausreichend dafür, und das nicht zum ersten Mal. Schon vor den Wahlen 1963 sei der erste urbanistische Gesetzentwurf des PCI, so die Funktionäre, am Unvermögen der Partei gescheitert, einen effektiven »Massenkampf« (*lotta di massa*) dafür zu organisieren.

Solche Enttäuschungen standen paradigmatisch für die Erfahrung der 1960er Jahre: Die Genossen wollten sich für drängende Probleme und Reformvorschläge der Partei nicht recht mobilisieren lassen, und das mochte praktische wie mentale Gründe haben. Das Problem mit der Konsumgesellschaft war zum einen, dass sie die *Abwesenheit* von Parteisektion und Kirchengemeinde wahrscheinlicher machte, indem sie Alternativangebote der Freizeitgestaltung bereitstellte. Zum anderen nährte sie Wohlstandsträume, aus denen man sich nicht durch den harten Realismus des PCI herausreißen lassen wollten. PCI-Mitglieder nahmen wie alle anderen Italiener auch an der »Konsumrevolution« teil, schwärmten oder träumten vom schön eingerichteten Haus, vom privaten Pkw, vom Reisen und vom Fernsehapparat. Wenn das Geld ausreichte, fuhren sie in die Schweiz oder nach München, nach Montecarlo oder Mallorca – und das schon Mitte der 1960er Jahre. ²⁶⁹ Auch wenn sich den urbanen Mittelschichten die neuen Konsumwelten am frühesten öffneten, war es auch weniger Begüterten in Italien schon in den 1950er Jahren möglich, am Wochenende zum Kurzurlaub an die Küste zu

²⁶⁷ Auch zum Folgenden: PCI Direzione, Luciano Barca (Sezione Lavoro di massa, Rom) an die Segreteria Federali und Regionali, 27.5.1963. FGER, PCI-BO, SE, Corrispondenza, Segreteria arrivo 1 gennaio 1963 al 30 settembre 1963, b. 2, fasc. 1.

²⁶⁸ Vgl. die einschlägigen Beiträge in M. BAUMEISTER u. a., *Cities Contested*, 2017.

²⁶⁹ F. ALBERONI u. a., *L'attivista del partito*, 1967, 271–275.

fahren.²⁷⁰ Wenn der PCI-Genosse sonntags mit der *Unità* klingelte, lagen sie am Strand. Es war diese schmerzliche Erfahrung mit schwerer erreichbaren Konsumbürgern, die Kommunisten wie Katholiken dazu brachte, an dem Narrativ der »Atomisierung« in der Konsumgesellschaft zu stricken. Faktisch jedoch hielten sich die Italiener lediglich anderswo auf, ohne deshalb notwendigerweise zu vereinsamen.

Problematisch wurde die Abwesenheit der Massen vor allem mit Blick auf die Piazza-Politik. Zwar verlagerten sich die Wahlkundgebungen zunehmend in geschlossene Räume, vor allem in die neu gebauten Arenen oder Kinosäle. Edoardo Novelli übertreibt jedoch deutlich, wenn er meint, Piazza und Straßen seien in den 1960er Jahren von Kino und Theater abgelöst worden.²⁷¹ Denn der kommunikative Gehalt der weithin sichtbaren Massenmobilisierung auf Parteikundgebungen blieb von höchster Wichtigkeit. In Bologna trieben DC-Funktionäre 1963 ihre Mitglieder an, anlässlich der Kundgebungen von Aldo Moro und Amintore Fanfani dazu beizutragen, »das unveränderte Vermögen zu demonstrieren, große Volksmassen um unsere eigenen *leaders* zu versammeln!«²⁷² 1968 hatten in der roten Stadt nach eineinhalb Monaten Wahlkampf bereits Hunderte kleinerer und größerer Kundgebungen stattgefunden; dabei stand die heiße Wahlkampfphase zu diesem Zeitpunkt noch bevor. Zwei Wochen vor den Wahlen bot dann allein der PCI in Bologna und Provinz an einem Sonnabend 28 Kundgebungen an. Nach alter Tradition druckten die Lokalzeitungen Fotografien der gefüllten Plätze ab.²⁷³

Die nach außen hin sichtbare Massenmobilisierung auf der Piazza blieb das zentrale Element der Wahlkampfkommunikation für alle Parteien, gerade auch aufgrund der »emotionalen Spannung, die durch die Kundgebungsgeschehnisse hervorgerufen wird«, wie die Römer DC-Direktion 1968 meinte.²⁷⁴ Der PCI indes nutzte die Plätze weiterhin auch für Protestmanifestationen, wobei die neofaschistischen Provokationen unter Ministerpräsident Fernando Tambroni seit 1960 kommunistische Gegenmobilisierungen zur Folge hatten, die in Straßenkämpfen mündeten und Tote und Verletzte forderten: am heftigsten 1960 in Genua anlässlich des dort veranstalteten Parteikongresses des MSI. In Bologna indes versammelte sich nach kommunistischem Verständnis

²⁷⁰ Das galt etwa für Turiner Immigrantenfamilien, siehe G. BONANSEA, *Donne a Torino*, 1991, S. 335 f. Zur Ankunft der Konsumräume in den verschiedenen sozialen Schichten vgl. E. SCARPELLINI, *Material Nation*, 2011, S. 178 f.; A. ARVIDSSON, *Consumi*, 2003, S. 29–31; S. CAVAZZA, *Consumi e politica*, 2013.

²⁷¹ E. NOVELLI, *Représentation*, 2006, S. 52 f.

²⁷² Giancarlo Tesini an tutti gli iscritti della città, 28.3.1963. ASBO, DC, CC, Elettorale 4, Fasz. »Circolari ai segretari di sezione – membri Comitato Elettorale. 1963«.

²⁷³ I partiti puntano sui giovani, in: *IL RESTO DEL CARLINO*, 29.4.1968; I comizi di oggi, in: *IL RESTO DEL CARLINO*, 4.5.1968; Calorosa adesione di folla alle 132 manifestazioni di chiusura del PCI, in: *L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE*, 18.5.1968.

²⁷⁴ Umberto Delle Fave/Vito Lattanzio (DC Rom) an die Segretari Regionali u.a., 4.3.1968. ASBO, DC, CP, Carteggio e atti 5.

die »ganze Stadtbevölkerung« zum »Protest« auf der Piazza Maggiore, etwa um im Wahlkampf 1963 gegen Menschenrechtsverletzungen des Franco-Regimes zu demonstrieren.²⁷⁵

Diese traditionellen Funktionen der Piazza machten es nahezu undenkbar, Kundgebungen zu politischen Kommunikationszwecken in urbane Unterhaltungsevents umzuformen, wie es in der Bundesrepublik geschah. Fahnen, Transparente und Banner dominierten weiterhin das lokale Geschehen, allenfalls Luftballons erweiterten die Produktpalette.²⁷⁶ Die politische Kollektivsymbolik früherer Jahrzehnte lebte in Italien über den Boom hinaus fort. Auf einer DC-Kundgebung in einem Theater in Rom wurde den Teilnehmern 1958 zwar mit dem gerade die internationalen Charts stürmenden Hit *Nel blu dipinto di blu* von Domenico Modugno die Wartezeit verkürzt. Wie sehr die Wähler bereit waren, kommerziellen Konsum und politische Loyalität zusammen zu denken, machte ein Anwesender deutlich, den die Situation dazu inspiriert hatte, den Songtext für Wahlwerbezwecke anzupassen: »Votare! ... DC ... votare! ... per la DC! – Lo scudo dipinto di blu – Lo devi votare anche tu.«²⁷⁷ Doch jenseits des einen oder anderen Gassenhauers zum Zeitvertreib nahm der Wahlkampf der 1960er Jahre kaum Einflüsse aus der neuen urbanen Freizeit- und Erlebnisgesellschaft auf. Von Rock'n'Roll-Konzerten oder Kaffeerunden war er weit entfernt.

In ihrer Traditionalität jedoch schien die Kundgebung im Boom ihre Anziehungskraft einzubüßen. Demoskopischen Daten zufolge stellte sie noch 1958 die beliebteste politische Informationsquelle der Italiener dar, insbesondere in der Provinz.²⁷⁸ Doch zeitgleich berichteten Presse und Präfekten aus Bologna und zahlreichen anderen Städten und Provinzen vom allgemein schwachen Besuch der Wahlkundgebungen, der erst gegen Ende des Wahlkampfes answoll. Sie setzten so einen Diskurs um die Krise der Piazza in Gang, der über die 1960er Jahre hinweg anhalten sollte.²⁷⁹ Getragen war er von dem Eindruck, dass sich inzwischen nicht mehr die ganze Stadt dort versammelte. Der *Resto del Carlino* beschrieb diesen Wandel 1968, wenn er feststellte, die Kundgebungen seien nicht *mehr* imstande, »die anderen« – die Nicht-Anhänger – anzuziehen, denn diese würden sich hüten, daran teilzunehmen. Wenn sich ein Platz zu einer Kundgebung auffällig fülle, machten sich sofort Zweifel breit, ob es sich dabei um eine spontane Entwicklung handele. Im lokalöffentlichen

²⁷⁵ Giovanni Favilli an Giuseppe Dozza, 20.4.1963. FGER, PCI-BO, SE, Corrispondenza, Segreteria arrivo 1 gennaio 1963 al 30 settembre 1963, b. 2, fasc. 1.

²⁷⁶ Ditta Lucchese Vincenzo (Bologna) an die DC Bologna, 29.3.1963. ASBO, DC, CC, Elettorale 4.

²⁷⁷ »Wählen! DC! Wählen! Für die DC! Das Wappen, blau bemalt – Das musst auch du wählen«. Siehe: Specchio dei tempi, in: LA STAMPA, 13.4.1958.

²⁷⁸ Gli orientamenti dell'elettorato, in: IL POPOLO, 10.4.1958; Malfatti an die Dirigenti Provinciali Spes, 6.3.1958. ILS, DC, SP, AdS, Sc. 50, fasc. 68.

²⁷⁹ A tre settimane dalle elezioni, in: IL RESTO DEL CARLINO, 3.5.1958. Siehe auch die Berichte der Präfekten in: ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2.

Diskurs galt es inzwischen als offenes Geheimnis, dass die Parteiverbände ihr Publikum strategisch heranorganisierten.²⁸⁰ Der Unterhaltungswert der Kundgebung, und mithin ihre Anziehungskraft auf die Neugierigen, litt beträchtlich unter den alternativen Freizeitangeboten der urbanen Konsumgesellschaft. Aus Alessandria, wo selbst berühmte Redner 1958 kaum mehr als einhundert Zuhörer auf die Piazza Libertà lockten, berichtete *La Stampa*, dass der Platz jeden Abend zur Hälfte mit Pkw vollgeparkt war, deren Besitzer ins Kino oder in Restaurants gingen. Die Kundgebungsteilnehmer mussten sich so zwischen die Autos stellen.²⁸¹

Müde Grüppchen auf der Piazza, Parteipropagandisten, die mit Lautsprechern die Fußwege beschallten, mobile Kinovorführwagen und tragbare Videoprojektoren, betrieben von Parteien, die selbst am besten zu wissen meinten, was gute Unterhaltung war – diese urbane Wahlkampfszenerie der 1960er Jahre veranlasste die unabhängige Presse nicht zu Unrecht, ein Klagegedicht über die mangelnde Innovationsfähigkeit der Parteien anzustimmen. »Die Propagandatechnik hat seit einer Menge Jahren keine großen Revolutionen erlebt«, registrierte *La Stampa* 1963 mit Blick auf den Wahlkampf in Turin und Umgebung. Bezeichnend war jedoch, dass die Journalisten selbst beständig die Norm der Piazza wachhielten, indem sie jede kleine Innovation, jedes neue Wahlkampfmittel an ihr maßen. So meinte *La Stampa*, die »modernen« Kommunikationsträger wie Filmvorführungen, Schallplattenmusik und politische Sketches seien als Antwort auf die nachlassende Zugkraft der Kundgebungen und der Plakatwerbung zu interpretieren. In ähnlicher Manier kommentierte der *Resto del Carlino* 1968 die papierne Werbung: »Die Kundgebung kommt jetzt per Post.«²⁸² Auch die Präfekten maßen die Entwicklungen in der politischen Kommunikation beständig am »Niedergang der Kundgebung als des charakteristischen Wahlkampfinstrumentes«. Eine Option war es, in der versiegenden Piazza-Mobilisierung ein Zeichen der politischen »Reife« (*maturità*) der Wähler zu erblicken, eine andere, sie als Zeichen der »Indifferenz« zu deuten. Hier blieben sich die zeitgenössischen Beobachter uneinig; im Wahlkampfdiskurs aber überwog die pessimistischere Deutung.²⁸³

Weil die Piazza der Maßstab blieb, konnte jede Form politischer Kommunikation, die neu oder »modern« erschien, als »billiges« Surrogat erscheinen und auf die schwächelnde Parteiendemokratie hinweisen. Unter dem symptomatischen

²⁸⁰ Propagandisti a corto di idee, in: IL RESTO DEL CARLINO, 16.4.1968; I partiti puntano sui giovani, in: IL RESTO DEL CARLINO, 29.4.1968.

²⁸¹ Intensa propaganda elettorale nelle campagne del Piemonte, in: LA STAMPA, 11.5.1958.

²⁸² Ultima settimana elettorale: i partiti concentrano le forze, in: LA STAMPA, 20.4.1963; Il comizio arriva per posta, in: IL RESTO DEL CARLINO, 14.5.1968.

²⁸³ Prefetto di Bologna an das MI, 19.5.1958, Bl. 1. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2. Weitere Beispiele: Prefetto di Vercelli an das MI, 24.5.1958. Ebd.; Intensa propaganda elettorale nelle campagne del Piemonte, in: LA STAMPA, 11.5.1958; Ultima settimana elettorale: i partiti concentrano le forze, in: LA STAMPA, 20.4.1963; La scarsa affluenza ai comizi può indicare maturità o indifferenza, in: IL RESTO DEL CARLINO, 22.4.1958.

Titel »Propagandisten ohne Ideen« degradierte der *Resto del Carlino* das neuartige *Canvassing* 1968 zu billigem »Stimmenfang« und einer kümmerlichen Konsequenz aus dem Umstand, dass die Kundgebung kein Mittel mehr darstelle, die Wähler zu erreichen. Das englische Vorbild galt ihm dabei mitnichten als Zeichen von Modernität. »[B]einahe wie ein Hausierer« trete der Kandidat an der Wohnungstür auf, preise sein Programm an, lasse einen Prospekt mit seiner Fotografie da und teile die Nummer mit, die man auf den Stimmzettel schreiben müsse, um ihm seine Präferenzstimme zu geben. Zwar gebe es Wähler, die die Kandidaten »mit Verständnis« empfängen, ihnen gar einen Kaffee oder einen Likör anböten. Doch es geschehe auch, dass der Hausherr den Kandidaten mit harschen Tönen empfangt, ihm die Tür vor der Nase zuschlage und damit drohe, ihn die Treppe hinunterzuschubsen – wie es kürzlich einem kommunistischen Kandidaten ergangen sei, der an der Tür eines Ex-Faschisten geklingelt hatte. Das war ein ganz anderer Ton als der, den die westdeutsche Presse bei der Kommentierung der Hausbesuche anschluss. Was der *Resto del Carlino* vermisste, waren die eifrigen Aktivisten von einst, die spontanen und polemischen Diskussionen auf den Straßen, die aufgeheizte Atmosphäre von 1953. Von der anhaltenden *propaganca capillare* gerade der Kommunisten sprach die Zeitung freilich nicht. Wenige Italiener, so lautete dann ihr Resümee, hätten 1968 überhaupt Notiz davon genommen, dass sich das Land im Wahlkampf befinde. Nicht nur die politische Apathie der Wähler sei daran schuld, sondern die »Unsicherheit« der Parteien: »Alle bewerten die alten Propagandamethoden als überholt und nutzlos, und neue sind noch nicht erprobt worden.«²⁸⁴ Die »vielleicht interessanteste« Neuerung sei der nahezu vollständige Rückzug der Kirche aus dem Wahlkampfgeschehen.²⁸⁵

Es war die Stimme der »schweigenden Mehrheit«, die der *Resto del Carlino* in Bologna oder *La Stampa* in Turin vertraten. Die Skeptiker der Parteiendemokratie ergötzen sich am Funktionsverlust altbewährter Methoden politischer Kommunikation. Indem sie die Innovationen des Wahlkampfgeschäfts zwar registrierten, aber belächelten oder gar verunglimpften, strickten sie federführend am Krisennarrativ der Parteiendemokratie im Zeitalter der Konsumgesellschaft mit. In erster Linie aber war es die Last der italienischen Tradition, demokratische Legitimität an sichtbarer Massenmobilisierung zu messen, die der antifaschistischen Parteiendemokratie in den 1960er Jahren zu schaffen machte.

Löcher im Netz. Vom Problem der Mobilität

Der Kontakt der italienischen Parteiendemokratie zum Wahlvolk beruhte wesentlich auf sozialer Vernetztheit vor Ort, und man kann deshalb mit Fug und Recht argumentieren, dass ihr aus den Folgen sozialer Modernisierung,

²⁸⁴ Propagandisti a corto di idee, in: IL RESTO DEL CARLINO, 16.4.1968.

²⁸⁵ Il disimpegno della Chiesa, in: IL RESTO DEL CARLINO, 18.5.1968.

aus der Auflösung alter Viertelstrukturen, Probleme erwachsen.²⁸⁶ Entscheidend war jedoch auch hier die Beharrungskraft traditioneller Kommunikationsweisen, die den Umgang mit sozialem Wandel erst zum Problem machte. Das zeigt sich mit Blick auf die Face-to-face-Strategien, mit denen die italienischen Parteien in einer sich wandelnden Gesellschaft versuchten, mit Wählern in Kontakt zu bleiben. Die *propaganda capillare* blieb im Wahlkampf das zentrale Mittel der Annäherung, gerade weil sie versprach, der wichtiger werdenden Figur des »unentschiedenen Wählers« begegnen zu können.²⁸⁷ So rief PCI-Parteisekretär Luigi Longo noch 1968 alle Genossen auf, im Wahlkampf das mündliche Gespräch mit der Wählerschaft zu suchen und das Wahlprogramm der Partei an konkreten Taten und spezifischen Situationen zu exemplifizieren.²⁸⁸ Kommunistische Aktivisten verstanden es auch in den 1960er Jahren als ihre Hauptaufgabe, »in jeder einzelnen Familie, jedem einzelnen Haus, jeder einzelnen Straße und bei jedem Wetter die Probleme aufspüren, die die Leute bewegen«, und sahen darin einen Kampf gegen das Fernsehen, die Pfarrer und großen Zeitungen.²⁸⁹

Auch den Christdemokraten schien die *propaganda capillare* weiterhin unabdingbar, um einerseits »die Aktion der Gegner zu neutralisieren«, und andererseits die eigenen Wähler zu halten und am Wahltag zu kontrollieren. Dabei gingen Römer DC-Funktionäre noch in den 1970er Jahren davon aus, ihre Parteimitglieder seien vor Ort gut genug vernetzt, um sich versichern zu können, »dass all unsere Wähler ihren Wahlschein erhalten« hatten.²⁹⁰ Unterstützt wurden sie darin auch in den 1960er Jahren noch von den Propagandisten der Comitati Civici, denn die Kirche fürchtete in Zeiten der Mitte-Links-Koalition, dass viele »desorientierte« Katholiken den Wahlurnen fernbleiben würden.²⁹¹ In den 1970er Jahren, als sich die katholische Laienorganisation offiziell aus dem Wahlkampf zurückgezogen hatte, gingen die christdemokratischen Parteiaktivisten weiterhin »von Haus zu Haus, um zu reden, zu überzeugen und Wahlstimmen zu gewinnen«, und forderten säumige Wähler am Wahltag auf, ins Wahllokal zu gehen.²⁹²

²⁸⁶ Vgl. S. BELLASSAI, *Mutamento ed emancipazione*, 2010, S. 223 f.; vgl. auch die Überlegungen bei S. GOCH, *Aufstieg der Konsumgesellschaft*, 2003.

²⁸⁷ Prefetto di Parma an das MI, 19.5.1958, Bl. 1 f. ACS, MI-GAB, 1957–60, b. 405, fasc. 17221/2; Prefetto di Alessandria an das MI, 5.5.1958, Bl. 1. Ebd.; *Ultima settimana elettorale: i partiti concentrano le forze*, in: LA STAMPA, 20.4.1963.

²⁸⁸ Luigi Longo an die Federazioni Comuniste [Abschrift], 17.4.1968, Anl. zu: Prefetto di Ferrara an das MI, 8.5.1968. ACS, MI-GAB, 1967–1970, b. 524, fasc. 17221/3, s.fasc. 2.

²⁸⁹ F. ALBERONI u. a., *L'attivista di partito*, 1967, S. 243.

²⁹⁰ Vito Lattanzio (Ufficio Elettorale Centrale der DC) an die Dirigenti Elettorali Sezionali, 26.2.1963. ASBO, DC, CC, Elettorale 4. Siehe auch: *Elezioni politiche 20 giugno 1976 – Organizzazione elettorale – Lavoro capillare* [Schreiben der Direzione Centrale della DC an die Segretari Provinciali e Regionali], 25.5.1976. ASBO, DC, CP, Elettorale 20, Fasz.: »Circolari di Roma«.

²⁹¹ Pro-Memoria [über die Zusammenkunft des Klerus der Diözese Siena mit dem Erzbischof], Siena, 22.12.1962, Eingang im Innenministerium am 9.1.1963. ACS, MI-GAB, 1961–1963, b. 386, fasc. 17220/98.

²⁹² Notiziario. Mensile del Comitato Provinciale della Democrazia Cristiana di Bologna, Anno II,

Doch auch hier machte die Abwesenheitswahrscheinlichkeit in der Konsumgesellschaft das Kommunikationsgeschäft zunehmend unrentabel. Wenn katholische Wahlschlepper in den 1970er Jahren am Wahlsonntag bei gutem Wetter an den Türen der Wähler klingelten, standen diese nicht selten schon auf dem Weg zum Meer im Stau. Die Autobahnen jedenfalls waren an den sommerlichen Wahlwochenenden verstopft.²⁹³ Auch die Modernisierung der Wohnviertel konnte der Haus-zu-Haus-Kampagne zum Verhängnis werden. Die Mittelschichten, die der Bologneser PCI gern erobern wollte, bezogen im Boom die neu errichteten Eigentumswohnungen um den Innenstadtring herum. Die Eigentümergemeinschaften führten dort zum Schutze ihres neuen Wohlstands ein rigides *condominio*-Regiment ein. An der Gegensprechanlage oder beim Portier war für die kommunistischen Propagandisten häufig Endstation; Bologneser Funktionäre klagten im Wahlkampf 1968, die Genossen würden nicht mehr in die Häuser gelassen. Gerade für die Arbeit unter den etwa 12 Millionen Hausfrauen, die damit etwa ein Drittel der Wahlberechtigten stellten, war die Erfindung der Gegensprechanlage und die Verbreitung des Portiers sicherlich fatal.²⁹⁴ Nicht ohne Grund nahm das Gewicht der papiernen Wahlwerbung Ende der 1960er Jahre spürbar zu, was selbst die Briefträger bemerkten – ein sinnfälliges Zeichen der Schwierigkeit, den italienischen Konsumbürgern zu begegnen.²⁹⁵

Das Hauptproblem erwuchs den italienischen Parteien bei ihrer traditionellen Vernetzungskampagne jedoch aus dem Umstand, dass werdende Konsumbürger in aller Regel nicht mehr an den Orten wohnten, wo sie einst gewohnt hatten, und häufig auch nicht mehr aufzufinden waren. Der italienische Boom ging mit einer Massenmigrationsbewegung einher, die in Europa ihresgleichen suchte, und hierin liegt die Hauptursache für das Narrativ der »Entwurzelung« in der Konsumgesellschaft. Mitte der 1950er Jahre schon setzte eine arbeitsbedingte Aus- und vor allem Binnenwanderung ein, die bis 1971 über 9 Millionen Südtaliener, meist junge Männer, in Richtung Norditalien verpflanzte oder über nationale Grenzen schickte.²⁹⁶ Dauerhafter und numerisch noch eindrücklicher war die Binnenwanderung im Norden. Von den insgesamt 25 Millionen Italienern, die zwischen 1955 und 1970 ihren Wohnort wechselten, kamen 15 Millionen aus dem Norden und dem Zentrum des Landes, häufig mittellose Landarbeiter, die in die Städte zogen, wie in der Emilia-Romagna.²⁹⁷

N. 5, Aprile 1972, Bl. 6; Così le posizioni dei partiti nelle elezioni politiche dal 1948 al '68, in: LA STAMPA, 6.5.1972; Notizario. Mensile del Comitato Provinciale della Democrazia Cristiana di Bologna, 3. Jg., Nr. 4, Juni 1976, S. 3. ASBO, DC, PC, Elettorale 20.

²⁹³ L'87,84 per cento degli elettori ha votato, in: IL RESTO DEL CARLINO, 8.5.1972; Strade intasate, spiagge piene. Ecco perchè pochi hanno votato, in: IL RESTO DEL CARLINO, 21.6.1972.

²⁹⁴ Verbale del Comitato Federale e della Commissione Federale di Controllo [PCI Bologna], 10.–11.2.1968. FGER, PCI-BO, CF, Comitato Federale e Commissione Federale di Controllo, Verbali, b. 1, fasc. 12. Zur Zahl siehe P. WILLSON, Women, 2010, S. 119–121.

²⁹⁵ Il comizio arriva per posta, in: IL RESTO DEL CARLINO, 14.5.1968.

²⁹⁶ Vgl. P. ALLUM, Italian society transformed, 2000; E. PUGLIESE, L'Italia, 2006.

²⁹⁷ P. GINSBORG, Storia d'Italia, 2006, S. 295; F. RAMELLA, Migrazioni Interne, 2009, S. 435 f., 444.

Die Massenmigration aus dem Süden sicherte der Industrie niedrige Löhne und diente dem PCI zur Anfechtung der Erfolge der christdemokratischen Regierung.²⁹⁸ Doch wenn es vor allem er war, der am Entwurzelungsnarrativ strickte, so lag das daran, dass seine Organisation von der Emigration in besonderer Weise betroffen war. Schon in den 1940er Jahren hatten süditalienische PCI-Funktionäre die negativen Folgen der sich abzeichnenden Landflucht durch jüngere Italiener beklagt.²⁹⁹ 1969 dann führten die Kommunisten in Bari nicht nur einen guten Teil des Mitgliederrückgangs auf die Emigration zurück, sie sahen auch die Arbeit der Parteisektionen dadurch gestört, dass sich Mitglieder trotz ihrer Parteifunktionen Jahr für Jahr in den Norden verabschiedeten.³⁰⁰

Dort, in den wachsenden Städten des Nordens, hätten der PCI und seine Gewerkschaft theoretisch von der Arbeitseinwanderung profitieren können. Allerdings hatten sich die sozialistischen Traditionsgebiete von jeher gerade in den ruralen Gebieten befunden, wo die *braccianti* (die Landarbeiter) der roten Subkultur den Nährboden bereitet hatten.³⁰¹ Daher bedeutete die Landflucht gerade in Mittelitalien einen Aderlass für den PCI, und in den Städten gelang es ihm meist nicht, die alten Mitglieder erneut an sich zu binden. So konnten sich die Funktionäre in Bologna-Stadt zwar 1963 rühmen, vom Mitgliederschwund verschont zu bleiben. Doch wie in anderen Großstädten korrespondierte dem spürbaren Wachstum der Bologneser Stadtbevölkerung kein Mitgliederwachstum im urbanen Parteiverband.³⁰² Die Gründe dafür lagen in den vorwiegend rekreativen Funktionen der Parteimitgliedschaft in der italienischen Republik, die mit der Entfaltung der Konsumgesellschaft obsolet wurden. In der PCI-Hochburg San Giovanni in Persiceto (Provinz Bologna) mussten die Funktionäre noch Anfang 1963 zu ihrem Leidwesen feststellen, dass die örtlichen Jugendlichen nicht in die Partei eintraten, weil sie ihre politischen Ideen teilen und an den gewerkschaftlichen Kämpfen teilnehmen wollten, sondern weil die Sport- und Freizeitangebote sie lockten.³⁰³ Zogen diese Jugendlichen alsbald für die Arbeitssuche oder zum Studium in die Großstadt mit ihrem wachsenden kommerziellen Angebot, waren diese Strukturen des PCI nicht mehr gefragt.

²⁹⁸ Calorosa adesione di folla alle 132 manifestazioni di chiusura del PCI, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 18.5.1968; Ufficio degli Affari Esteri an die Presidenza del Consiglio dei Ministri u. a. [Telegramm], 24.4.1968, Anl. zu: MI, Capo di Gabinetto, an die Direzione Generale della Pubblica Sicurezza, 3.5.1968. ACS, MI-GAB, 1967–1970, b. 524, fasc. 17221/3.

²⁹⁹ Vgl. M. COLUCCI, Sulla frontiera, 2011, S. 309 f.; S. BELLASSAI, Mutamento ed emancipazione, 2010, S. 224.

³⁰⁰ Commissione Federale di Controllo (CFC) [PCI Bari]: Relazione al Congresso della CFC, Januar 1969, Bl. 1 f. FGPU, PCI-BA, UA 5.

³⁰¹ Vgl. P. GINSBORG, Storia d'Italia, 2006, S. 315–319.

³⁰² In allen italienischen Großstädten gelang es dem PCI nicht, mit dem Bevölkerungswachstum mitzuhalten. Zu Bologna siehe: Prefetto di Bologna an das MI, 13.7.1962. ACS, MI, GAB, PP 1944–1966, fasc. 160/P/14; ders. an dens., 2.12.1963. Ebd.

³⁰³ Nichtsdestotrotz erfuhr die Partei auch hier in jenem Jahr einen Mitgliederrückgang von 12 Prozent. Prefetto di Bologna an MI, 5.2.1963. ACS, MI, GAB, PP 1944–1966, fasc. 160/P/14, N. Prot. 730/4.1.

Bestandteil des Atomisierungsnarrativs der 1960er Jahre ist die zunehmende ›Vereinzlung‹ im Rahmen familiärer Bindungen, die namentlich unter den süditalienischen Immigranten stark blieben. Das lag jedoch nicht vorrangig an ihren Konsumgewohnheiten, sondern an den Grenzen der Integrationsfähigkeit einer Gesellschaft, die unter Lokalität gewachsene *Bekanntheitsstrukturen* verstand und deshalb hochgradig exklusiv war. Fremden gegenüber stand sie nicht offen, vor allem nicht, wenn sie einen anderen Dialekt sprachen. In den norditalienischen Städten fanden die Immigranten aus dem Mezzogiorno so kaum Anschluss. Häufig lebten sie in städtischen Randvierteln unter schlechten Wohnbedingungen und verkehrten vornehmlich mit Familienmitgliedern, Dorf- oder zumindest Regionsgenossen, deren Dialekt sie sprachen.³⁰⁴ Neben der räumlichen Isolierung hatten sie mit langen Arbeitszeiten, häufig in mehreren, teils illegalen Arbeitsverhältnissen, zu kämpfen und konnten in der *congiuntura* nicht wissen, wie lange sie bleiben würden. Die Anreize zur lokalen Integration waren damit gering, die Zeit dafür eng begrenzt. In Turin nahmen die Süditaliener (*Meridionali*) kaum am öffentlichen Stadtleben teil.³⁰⁵

Die Vertiefung familiärer Bindungen wurde deshalb zum Bestandteil einer Überlebensstrategie in der Fremde, und obwohl die Binnenmigration vom Süden in den Norden letztlich eine dauerhafte Wanderung darstellen sollte, gewannen auch die Bindungen zum Herkunftsort in der Abwesenheit noch an Intensität. Viele junge Männer ließen ihre Herkunftsfamilie in der Heimat zurück und suchten sich ihre künftige Gattin in ihrem Heimatort aus – Gründe genug, engen Kontakt dorthin aufrechtzuerhalten.³⁰⁶ Überdies erschwerten bürokratische Hürden, prekäre Arbeitsverhältnisse und ein immobilier Wohnungsmarkt es (nicht nur) den Süditalienern, ihren Wohnsitz offiziell in die Stadt zu verlagern, in der sie nun arbeiteten. So blieben zwischen fünf und sechs der neun Millionen süditalienischen Immigranten zwischen Mitte der 1950er und Mitte der 1970er Jahre in ihren Herkunftsorten amtlich registriert, was bedeutete, dass sie dort auch zu wählen hatten.³⁰⁷ So fielen sie in doppelter Hinsicht durch die Netze der Parteiendemokratie, die mit den amtlichen Wählerlisten hantierten, um Anzusprechende ausfindig zu machen. Wenn etwa die Bologneser Genossen im Parlamentswahlkampf 1963 auf den Wählerlisten besonders nach Einwanderern Ausschau halten und sie ansprechen sollten, setzte das voraus,

³⁰⁴ Vgl. M. BAUMEISTER, *Grenzen der Stadt*, 2006, S. 427; G. BONANSEA, *Donne a Torino*, 1991.

³⁰⁵ Vgl. F. RAMELLA, *Immigrazione*, 2003, S. 375–383. Zu den Arbeitsbedingungen und der Unsicherheit der *Meridionali* in Turin vgl. F. BALESTRACCI, *Immigrati*, 2002, S. 143 f.; O. SPARSCHUH, *Citizens and Non-Citizens*, 2014, S. 49 f.

³⁰⁶ Vgl. G. BONANSEA, *Donne a Torino*, 1991, S. 339–341; F. RAMELLA, *Migrazioni Interne*, 2009, S. 442 f.; P. WILLSON, *Women*, 2010, S. 118; E. PUGLIESE/E. REBEGGIANI, *Occupazione*, 2004, S. 73; E. PUGLIESE, *L'Italia*, 2006, S. 42 f., 52.

³⁰⁷ Vgl. D. BUBBICO u. a., *Introduzione*, 2011, S. 10 f.; F. RAMELLA, *Migrazioni Interne*, 2009, S. 435 f. Enrico Pugliese hat für die Zeit zwischen 1955 und 1974 3,7 Millionen Wegzüge aus dem Mezzogiorno in den Norden errechnet: E. PUGLIESE, *L'Italia*, 2006, S. 43.

dass diese überhaupt in Bologna registriert waren. Genau dies war aber häufig nicht der Fall.³⁰⁸ An den Ausgangsorten der Migration wiederum waren die lokalen Parteiverbände von DC und PCI in den 1960er Jahren damit beschäftigt, den jüngst verzogenen oder an anderen Orten arbeitenden Wählern postalisch hinterherzujagen, ihre neuen Adressen zu ermitteln und zu eruieren, wo sie ihr Wahlrecht ausübten.³⁰⁹

Angesichts der schwierigen Lage südtalientischer Migranten stellten die Parteiverbände an den Zielorten der Migration theoretisch und auch praktisch einen Kanal zur sozialen Integration dar. David Kertzer, der in den 1970er Jahren als Kulturanthropologe den PCI im Bologneser Arbeiterviertel Lama erkundete, hat konstatiert, dass es für die soziale Integration der Immigranten unabdingbar war, in die Partei einzutreten.³¹⁰ Parteikontakte konnten Türen öffnen, doch dass die Genossen sie offenhielten, war keineswegs die Regel. Einem späteren Funktionär der christdemokratischen Gewerkschaft CISL, der als Junge mit seiner Familie aus Sizilien in die ländliche Toskana migriert war, wo sein Vater ein Stück Land ergattert hatte, waren die ansässigen Bauern, sämtlich Kommunisten, mit einer solchen Feindschaft begegnet, dass die Familie geschlossen in die DC eingetreten war. Für den Sohn sollte sich das auszahlen. Dank Empfehlungsschreiben der Partei fand er, inzwischen zu einem Cousin nach Mailand gezogen, erst Arbeit bei Coca Cola, kurz darauf bei Alfa Romeo, bevor er dort Karriere bei der CISL machte.³¹¹

Die Feindseligkeit der Alteingesessenen gegenüber den *Meridionali* war allerdings kein Proprium toskanischer Bauern. Aus Bologna berichtet David Kertzer, dass die Südtalienter, einmal in die Partei aufgenommen, nicht aktiv am politischen Leben teilnahmen, da die PCI-Genossen dieselben Vorurteile gegenüber Südtalientern hegten wie Nicht-Genossen auch. Die Funktionäre verurteilten dies zwar, gingen aber nicht aktiv gegen die Ressentiments vor; nicht selten waren sie selbst in ihnen gefangen.³¹² In den großen Industriestädten des Nordens, wo die Immigranten in verelendenden, von den Ansässigen verlassenen Arbeitervierteln am Stadtrand weitgehend unter sich lebten, gelang die Rekrutierung für den PCI kaum, auch nicht über die Fabriken.³¹³ Zum einen stellte

³⁰⁸ PCI, Federazione di Bologna: Comitato Federale del 4 e 7 febbraio 1963. FGER, PCI, CF, Verbali, 1963.

³⁰⁹ Renzo Caravita (DC Ravenna) an den CC der DC Bologna, 11.3.1963. ASBO, DC, CC, Elettorale 4; Antonio Volta (DC Bologna) an die Segretari der CC, 2.4.1963. Ebd.; Ivo Ronchetti (PCI Modena) an den PCI Bologna, 20.3.1963. FGER, PCI-BO, SE, Corrispondenza, Segreteria arrivo 1 gennaio 1963 al 30 settembre 1963, b. 2, fasc. 1.

³¹⁰ D. I. KERTZER, *Comrades and Christians*, 1980, S. 61 f., 183 f.

³¹¹ P. GINSBORG, *Storia d'Italia*, 2006, S. 293 f.

³¹² D. I. KERTZER, *Comrades and Christians*, 1980, S. 183 f.

³¹³ In den Fabriken ging der Anteil der PCI-Mitglieder schon seit der Mitte der 1950er Jahre auffällig zurück; die Arbeiter traten noch in die Gewerkschaft CGIL ein, aber nicht mehr in die Partei. G. CRAINZ, *Paese mancato*, 2005, S. 160 f. Zu Turin vgl. F. BALESTRACCI, *Immigrati e Pci*, 2002, S. 122 f., 126.

die stets gegebene Gefahr, aufgrund der Parteimitgliedschaft entlassen zu werden, für die Immigranten ein besonders existenzielles Risiko dar. Zum anderen zeigten sich kulturelle Vorbehalte zwischen den Gewerkschaftsfunktionären des Nordens und den ungelerten, häufig illiteraten Industriearbeitern aus dem Süden.³¹⁴ Eine Gruppe süditalienischer Genossen aus Turin verdeutlichte 1964 in einem Brief an die PCI-Nationaldirektion, wie gering ihr Sozialprestige war: »Für die Sektionsführer zählt ein deklassierter Turineser mehr als ein ehrlicher, fähiger und pünktlicher Süditaliener.«³¹⁵ Dort, wo sich die ›neue‹ Arbeiterklasse der 1960er Jahre formierte, in den Immigrantenvierteln, waren der PCI und seine Gewerkschaft CGIL aus kulturellen, ja bisweilen rassistischen Ressentiments heraus kaum zu Kommunikation bereit.

So verpassten es die Kommunisten, Kontakt zu den Trägergruppen der sozialen Proteste herzustellen, die in den 1960er Jahren im Umfeld der norditalienischen Fabriken immer wieder aufbrachen. Junge süditalienische Arbeiter, die sich in den Augen der Gewerkschaftsfunktionäre dem ›geordneten‹ Arbeitskampf entzogen, erhoben sich hier immer wieder spontan und zogen gemeinsam auf die Plätze. Sie galten als zornig und aggressiv – das Gegenbild des »besonnen und ruhig« agierenden piemontesischen Arbeiters, und darin spiegelten sich alte europäische Stereotype des Südens, die Italien seit langer Zeit spalteten.³¹⁶ Erst vor dem Hintergrund dieses Kontaktverlusts zwischen den selbsterklärten Avantgarden der Arbeiterbewegung und dem im Boom anwachsenden »Subproletariat« (*sot-toproletariato*) erklärt sich der Erfolg der radikalen Linken in den Fabriken des Industriedreiecks Mailand-Turin-Genua seit 1969. Studenten und linke AktivistInnen solidarisierten sich dort mit den süditalienischen Arbeitern, um sich vom »verbürgerlichten« PCI abzugrenzen.³¹⁷ Der PCI indes neigte im Zeitalter der Massenmigration umso stärker zur Ausbildung jener subkulturellen Selbstisolierung, die die Forschung ihm für die 1940er und 1950er Jahre attestiert – und vergreife dabei gewaltig.³¹⁸

Da Millionen Italiener in den 1960er und 1970er Jahren nicht mehr dort wohnten, wo sie wählten, wurde das Wahlwochenende zu einem Reisewochenende. Dadurch fehlten den Parteien potenzielle Wahlhelfer und Wahlkontrollere, was die DC bereits 1958 zu spüren bekam.³¹⁹ Um die Wahl am Residenzort zu ermöglichen, stellte der italienische Staat Sonderzüge bereit und erstattete den Binnenmigranten 70 Prozent des Ticketpreises; wer aus dem Ausland

³¹⁴ Vgl. F. BALESTRACCI, *Immigrati e Pci*, 2002, S. 125 f., 133, 136, 144; O. SPARSCHUH, *Citizens and Non-Citizens*, 2014, S. 32 f., 42 f.; E. PUGLIESE, *L'Italia*, 2006, 55–58.

³¹⁵ Zit. n. G. CRAINZ, *Paese mancato*, 2005, S. 160, Fn. 26. Vgl. F. RAMELLA, *Immigrazione*, 2003.

³¹⁶ Vgl. P. GINSBORG, *Storia d'Italia*, 2006, S. 340 f.; M. BORUTTA/F. LEMMES, *Wiederkehr*, 2013, S. 407; N. MOE, *View from Vesuvius*, 2002.

³¹⁷ A. VENTRONE, *Palazzo d'inverno*, S. 85; DERS., *Der »permanente Bürgerkrieg«*, S. 109 f.

³¹⁸ Vgl. F. BALESTRACCI, *Immigrati e Pci*, 2002, S. 124.

³¹⁹ Domenico Magri an die addetti di comitato provinciale, 29.3.1958. ILS, DC, SP, *Atti dei Segretari*, Sc. 50, fasc. 67.

heimreiste, bekam die gesamten Reisekosten erstattet.³²⁰ Gerade der PCI hatte ein großes Interesse an der Heimkehr der Emigranten, hoffte er doch auf die Stimmen der enttäuschten Aussiedler. Seine im Ausland arbeitenden Mitglieder versuchte er ebendort als Propagandisten einzusetzen und führte entsprechende Instruktionsveranstaltungen durch.³²¹ Der Erfolg der Werbung unter den Auslandsitalianern war jedoch keineswegs garantiert. Die »Gastarbeiter« waren in ihren Wahlentscheidungen ebenso heterogen wie die einheimischen Arbeiter und echauffierten sich bisweilen über die transnationalen kommunistischen Kontaktversuche, die sie als Wahlmanipulation verstanden.³²² Nichtsdestotrotz setzte der PCI alles daran, die mobile Arbeitsgesellschaft in Transit zu erwischen, und schickte seine Genossen in die Bahnhöfe, wo sie in den haltenden Sonderzügen aus Deutschland oder der Schweiz Wahlmaterial, rote Banner oder Saftflaschen verteilten. Die Arbeiter spielten dieses Spiel häufig mit, indem sie an den Zugscheiben PCI-Plakate anbrachten. 1968 bereiteten PCI-Genossen in ganz Italien den Heimkehrern an ihren Zielorten Empfänge, bei denen sie circa 168 000 Ausgaben der *Unità*, 5 000 rote Fahnen und 20 000 Parteiabzeichen verteilten. Womöglich von der positiven Bilanz dieser kommunistischen Aktivitäten motiviert, waren 1976 auch andere Parteien dazu übergegangen, sich der Wahlheimkehrer anzunehmen und etwa Proviantboxen zu verteilen.³²³

Während insgesamt vor allem die kommunistische Klientel von der Mobilität erfasst wurde, konnte sich die DC auf die Glücklichen konzentrieren, die daheimgeblieben waren. Das lag schon in ihrer direkten Kommunikationslogik begründet: Die christdemokratische *propaganda capillare* lebte auch noch in den 1970er Jahren von Bekanntschaft. Nur so konnten DC-Mitglieder beispielsweise in Bologna gegenüber ihren lokalen Wahlkampfchefs Wähler angeben, mit denen sie über das Wahlprogramm sprechen wollten.³²⁴ Neuankömmlinge waren das eher selten.

Bekanntheitskommunikation wurde vor allem in Süditalien zum Fundament des in den 1960er Jahren wachsenden Staatsklientelismus, der seiner Natur gemäß auf Wählergruppen setzte, die schon etabliert waren und es sich mithin leisten konnten, im Mezzogiorno zurückzubleiben – während jene, die

³²⁰ Ufficio Elettorale DC: Agevolazioni di viaggio per gli elettori residenti in altri Comuni o emigrati all'estero, Rom, März 1963. ASBO, DC, CP, Elettorale 3; J. LAPALOMBARA, Italiener, 1988, S. 134.

³²¹ Prefetto di Milano: Telegramm an das MI, 12.4.1968. ACS, MI-GAB, 1967–1970, b. 524, fasc. 17221/3.

³²² So etwa: Antonio Pisasso (Radolfzell) an Onorevole Taviani, 28.2.1968. Anl. zu: MI, Capo di Gabinetto, an das Ministero degli Affari Esteri, Direzione Generale Emigrazioni, 6.3.1968. ACS, MI-GAB, 1967–1970, b. 524, fasc. 17221/3.

³²³ Appunto [segreto], Oggetto: PCI – esame e valutazione del voto degli emigrati nelle recenti elezioni politiche, 12.6.1968. ACS, MI-GAB, 1967–1970, b. 524, fasc. 17221/3; Tappezzati di manifesti i treni degli elettori, in: IL RESTO DEL CARLINO, 20.6.1976. Vgl. D. I. KERTZER, Comrades and Christians, 1980, S. 26 f.

³²⁴ ASBO, DC, CP, Elettorale 7, Fasz.: »Incontri con gli Elettori sul Programma«.

das nicht konnten, in den Norden zogen und Arbeit suchten.³²⁵ Die sich seit Ende der 1950er Jahre ausbildenden Parteiströmungen (*correnti*) verdichteten die bestehenden Netzwerke noch. Als voneinander weitgehend isolierte Personenverbände innerhalb der DC, die programmatisch divergierten, verbanden die *correnti* lokale Hochburgen mit der politischen Entscheidungszentrale und ihren dort ansässigen Exponenten.³²⁶ Die lokalen Kandidaten erhielten dadurch noch mehr Gewicht, denn sie traten vor Ort nun auch als Agenten gewisser Potentaten in Rom auf, die sie nicht nur in den Wahlen, sondern auch für den nächsten anstehenden Parteitag stärken sollten. So gingen sie in den 1960er Jahren noch intensiver auf die Jagd nach den sogenannten Präferenzstimmen. Über ihre *corrente* aus der Parteizentrale mit Finanzmitteln versorgt, mit denen sie gegebenenfalls am lokalen Parteiverband vorbei ihre Kampagne finanzieren konnten, professionalisierten sie ihre Personenkampagnen vor Ort wesentlich stärker als es den CDU-Kandidaten in der Bundesrepublik möglich war, und warben mit eigenen Broschüren, in denen sie ihre Leistungen für die Region betonten. Christdemokratische Propagandisten entschieden sich für den einen oder anderen Kandidaten und kämpften damit zunehmend gegeneinander.³²⁷

Wie das Klientensystem unter den in Süditalien Verweilenden funktionierte, macht ein Beispiel aus Bari deutlich, wo Aldo Moro als Lokalkandidat die Liste der DC anführte. Ein Handelsbuchhalter war Moro dort treu ergeben und lieferte ihm im Wahlkampf 1968 einen Zwischenstand über seine Aktivitäten. »Zur Vororientierung lege ich dir eine Liste der Namen bei, bei denen ich Propaganda gemacht habe und von denen ich die Zusicherung erhalten habe, dass sie die DC und dich wählen werden, sofern sie in deinem Wahlkreis wohnen.« Die angehängte Liste gibt Einblicke in die sozialen Netzwerke, die dem klientelistischen Stimmenfang zugrunde lagen. Der Buchhalter nannte Familiennamen und deren Wohnort, wobei der Hausherr als Knotenpunkt firmierte, um den herum der enge Familienkreis, Verwandte höheren Grades und Verschwägerter die Klientel bildeten. Im Falle einer Bareser Familie folgten dem Ehemann »Ehefrau, drei Kinder, zwei Verlobte, vier Schwager, Schwestern und Brüder der Verlobten«. Auf diese Weise hatte der Buchhalter zwischen zwölf und 23 Wahlstimmen *pro Familie* geworben.³²⁸

Doch nicht nur familiäre, auch dienstliche und betriebliche Hierarchieverhältnisse konstituierten das Klientensystem. In dem Ort Prato war es dem Buchhalter gelungen, über Kontakte zu drei Familienoberhäuptern nicht nur

³²⁵ Zum wachsenden Klientelismus der DC im Mezzogiorno in den 1960er Jahren vgl. P. GINSBORG, *Storia d'Italia*, 2006, S. 387–393.

³²⁶ Siehe etwa das Schreiben des Vertreters der *Iniziativa Democratica* in Cuneo an Aldo Moro: Nando Colbidà an Aldo Moro, 20.8.1959. ACS, NL Moro, b. 164, fasc. 8.

³²⁷ So die Beobachtung der Kommunisten, siehe: Verbale del Comitato Federale [PCI Bologna], 3.3.1963, Bl. 6. FGER, PCI-BO, CF, Verbali, 1963, b. 5, vol. 2.

³²⁸ Auch zum Folgenden: Nicola De Palma (Bari) an Aldo Moro, 23.4.1968. ACS, NL Moro, b. 181, fasc. 54.

Ehefrauen, Schwiegermütter und Verwandte zu gewinnen, sondern auch die Arbeiterschaft und die Angestellten der nicht näher genannten Fabrik, die diese Herren offenbar gemeinsam führten. Aldo Moro durfte aus diesem Pool mit etwa 200 Wählern rechnen. Auch in anderen Fällen konnten Angestellte oder Kollegen geworben werden. Abschließend nannte der Buchhalter auch den Grund ihrer Überzeugung und kündigte noch weitere Erfolge an:

Die oben Genannten sind jene, die in einer gewissen Weise einige besondere Aufmerksamkeiten erhalten haben oder ein bestimmtes Interesse für ihre Probleme von Seiten der Exzellenz Moro registriert haben. Den vorstehend Genannten sind noch über vierzig hinzuzufügen, die aus meiner erweiterten Familie stammen, etwa 200 von den 300 meiner Kundschaft in Süditalien, über hundert unter meinen erweiterten Freundeskreisen und eine unbestimmte Zahl, die aus der Propaganda hervorgeht, welche die gerade Genannten natürlich für die DC durchführen werden.

Moro dankte »lebhaft« für die »Solidarität« und sprach die besten Grüße aus.³²⁹

Wie hoch die Belohnungen waren, geht aus den Quellen nicht hervor. Ein Beispiel aus der Korrespondenz des PCI, für den Klientensysteme oder Belohnungspraktiken nicht nachzuweisen sind, kann aber eine ungefähre Idee von den Mindeststraten vermitteln. So schrieb ein Bologneser, der sich ausdrücklich als »unpolitisch« bezeichnete, 1963 an den lokalen Parteiverband, er wisse nicht, welche Partei er wählen solle. Bei den letzten Wahlen habe er sich für die DC entschieden, nun bot er den Kommunisten an, für 10 000 Lire auf seine Stimme zählen zu können; das entsprach in etwa 60 D-Mark.³³⁰

Im Gegensatz zu solchen Vorstößen von Seiten der Wähler, die nicht die Regel darstellten, aber auch keine Einzelfälle waren, beruhte das christdemokratische Belohnungssystem auf der Konsolidierung etablierter (ökonomischer) Strukturen. Es sicherte Familien Arbeitsplätze, deren Oberhäupter schon in Arbeit waren, es organisierte Subventionen für Unternehmer, die schon Unternehmen betrieben, und es förderte infrastrukturelle Investitionen in Süditalien, von denen die Arbeiter profitierten, die da geblieben waren. Aldo Moro besuchte 1968 seinen Wahlkreis Bari wie ein lokaler Heilsbringer auf Heimatbesuch, begleitet von einer Parteientourage und begrüßt von lokalen Honoratioren, Autoritäten und Parteifunktionären. Wenn er eine Großbaustelle auf dem Bareser Messegelände besuchte, die für die Investitionen der christdemokratischen Regierung stand, berichtete die *Gazzetta del Mezzogiorno*, dass die Arbeiter bei seiner Ankunft den Hammer beiseite legten und ihm spontan eine herzliche Empfangsgeste bereiteten; Moro bedankte sich dann und wünschte allen »frohes Schaffen« (*buon lavoro*). Wenn er kurz darauf ein neues Stahlwerk

³²⁹ Aldo Moro an Nicola De Palma, 8.5.1968. Ebd.

³³⁰ Italo R. an die Federazione bolognese del P.C.I., 3.3.1963. FGER, PCI-BO, SE, Corrispondenza, Segreteria arrivo 1 gennaio 1963 al 30 settembre 1963, b. 2, fasc. 1. Für die Umrechnung in D-Mark liegt der Wechselkurs von 1960 zugrunde.

besichtigte, waren neben den Arbeitern auch deren Familienangehörige erschienen, um dem Lokalkandidaten und Ministerpräsidenten ihre Dankbarkeit auszudrücken.³³¹

Wer dem christdemokratischen Radar entwich, weil er oder sie keine Parteikontakte besaß, nicht zu den lokalen Honoratioren zählte, nicht qua Berufsstand in einem der großen Verbände organisiert war oder sich nicht durch die Segnung mit einem auskömmlichen Arbeitsplatz der DC zu Dank verpflichtet fühlte, nannten die DC-Wahlkampfplaner 1972 sinnfällig die »Unsichtbaren«. Sie galten zudem auch als die »Desinteressierten«, wenn sie nicht durch politische Reden und die plakativen Themen des Kalten Krieges (Frieden, Gerechtigkeit, Freiheit, Demokratie) anzusprechen waren. Deshalb wollten die Parteifunktionäre auch sie bewusst erreichen, indem man das Gespräch mit ihnen auf die »konkreten Probleme« lenkte, die sie betrafen. Für solche Gespräche sollten die Parteiverbände vor Ort Experten auf verschiedenen Themengebieten und Personen mit lokalem Prestige auswählen, die sich »außerhalb unserer gewohnten *Entourage* bewegen«.³³² Auf diese Weise versuchte die Partei in den 1970er Jahren dem Problem Herr zu werden, dass die Stadt der Konsumgesellschaft mehr und mehr »Unsichtbare« produzierte, die durch altbewährte Netzwerkstrukturen nicht mehr erfasst wurden. Die Methoden allerdings blieben dieselben wie in den 1940er und 1950er Jahren.

Das Phantom der Jugend. Auf dem Weg zum Protest

Der Prototyp des schwer erreichbaren Konsumbürgers war die italienische Jugend. An ihr manifestierte sich das doppelte Abwesenheitsproblem am frühesten und am deutlichsten. In den Großstädten der 1960er Jahre erblickten die Jugendlichen Räume, die ihnen durch gewisse Konsumpraktiken die Distinktion *als Jugendliche* ermöglichten: eine Distinktion, die ihnen sowohl die Kirche als auch der kommunistische Kosmos verwehrt hatten. Zwar hatte sich namentlich der PCI den Bedürfnissen der Jugend nach Freizeitaktivitäten und »moderner« Unterhaltung angepasst und sich dabei weitaus weniger pädagogisch gezeigt als die SPD. Die Tanzsäle der Parteisektionen und Gewerkschaftshäuser spielten in den 1960er Jahren auch Rock'n'Roll.³³³

³³¹ Dalle impalcature gli operai hanno salutato Moro in Fiera, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 9.4.1968 (Zitat); Moro: Con noi niente sorprese certezza di progresso e liberta, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 12.5.1968.

³³² Umberto Delle Fave/Vito Lattanzio (DC Rom) an die Segretari Regionali u. a., 4.3.1968. ASBO, DC, CP, Carteggio e atti 5.

³³³ Vgl. S. GUNDLE, *Cultura di massa*, 1991; D. FORGACS/S. GUNDLE, *Mass Culture*, 2007, S. 253, 262–268; M. CASALINI, *Famiglie comuniste*, 2010, S. 13; D. I. KERTZER, *Politics and Symbols*, 1996, S. 58. Dem PCI eine grundsätzliche Blindheit gegenüber den Freizeitbedürfnissen der Jugend zu unterstellen, ist deshalb übertrieben. So bei S. PIVATO/A. TONELLI, *Italia vagabonda*, 2001, S. 134 f. Zur SPD vgl. D. SIEGFRIED, *Politisierungstendenzen*, 2003.

Doch diese Angebote waren nicht als Einladung zu verstehen, einer generationalen Identität Ausdruck zu verleihen. Sie stellten eher eine defensive Reaktion auf die »Vergnügungsformen der bürgerlichen Welt« dar, die Jugendlichen nach kommunistischer Deutung dazu verführten, »für sich zu leben« (*vivere a sé*) und die Klassenbindungen zu verlieren.³³⁴ Vergemeinschaftung über die Kategorie der Generation durfte in den Augen des PCI nie auf Kosten der Klassenloyalität gehen, und damit verlor er zunehmend den Kontakt zu einer Nachkriegsjugend, die sich als Teil einer transnationalen Generation über gewisse Konsummuster und die Kreierung eigener Konsumräume in der Stadt selbst als Jugend darstellen und erleben wollte.³³⁵ Wie die Mehrheit der übrigen erwachsenen Stadtbewohner erblickten Kommunisten und Katholiken hinter dem jugendlichen Faible für Kino und Lederjacken eine Neigung zu Materialismus, Individualismus, Werteverfall oder gar Gewalttätigkeit.³³⁶

Gegen den Mitgliederschwund unter Jugendlichen kamen sie mit einer solchen Einstellung freilich nicht an. Schon 1959 zählten von den 1,6 Millionen DC-Mitgliedern nur knapp 238 000 zu den »Jugendlichen«.³³⁷ In den 1960er Jahren sanken die Jugendorganisationen der Parteien in die Bedeutungslosigkeit ab. Das galt selbst für das mitgliederstarke Bologna. Im Arbeiterviertel Lama stellte die FGCI im Laufe der 1960er Jahre ihren Betrieb ein.³³⁸ Allerdings war die fehlende Attraktivität parteipolitischer Jugendorganisationen im Boom ja kein italienisches Spezifikum. Der wesentliche Unterschied zur Bundesrepublik war, dass das politische Kommunikationsangebot der Parteien den Jugendlichen mit ihren generationsspezifischen Konsumbedürfnissen auch im Wahlkampf keinen Ort schuf. Weder mit Beatmusik noch mit anderen massenkulturellen Versatzstücken lockten die italienischen Parteien in den 1960er Jahren und darüber hinaus junge Wähler zu ihren Wahlveranstaltungen. Die 1968 spürbare inhaltliche Anpassung an Themen der Jugend änderte daran nicht viel, wenn sie den Jugendlichen nicht erlaubte, sich im Format des Aufeinandertreffens *als Jugendliche* ernstgenommen zu fühlen.³³⁹ Es ist bezeichnend, dass westdeutsche Beobachter die »Jungwäh-

³³⁴ Verbale del Comitato esecutivo [PCI Bologna], 22.10.1948, Bl. 6. FGER, PCI-BO, CE, 1948, b. 1, fasc. 1.

³³⁵ Vgl. S. PICCONE STELLA, *Prima generazione*, 1993; P. CAPUZZO, *Spazi della nuova generazione*, 2003; M. TOLOMELLI, *Giovani*, 2003, S. 198, 201; P. BERNASCONI, *Alle radici del '68*, 2011, S. 389; E. CAPUSSOTTI, *Tra storie e pratiche*, 2003; DIES., *Scenarios of Modernity*, 2004; S. NERI SERNERI, *Gli »anni del '68«*, 2011, S. 395–399.

³³⁶ Vgl. A. RAPINI, *Denaro e lavoro*, 2004, S. 96–99; DERS., *Dai »teddy boys« ai »cinesi«*, 2004.

³³⁷ Leider geht aus der Bezeichnung nicht hervor, welche Altersgruppe sie umfassten. *Attività e problemi del Movimento Giovanile*, o. D. [ca. 1959], Bl. 10. ACS, NL Moro, b. 165, fasc. 6: »Aldo Moro DC 1960, Movimento Giovanile«.

³³⁸ Vgl. D. I. KERTZER, *Comrades and Christians*, 1980, S. 45; D. GIACHETTI, *Anni Sessanta*, 2002, S. 163–165.

³³⁹ *Due manifestazioni dei giovani della Dc*, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 9.3.1968; *I partiti puntano sui giovani*, in: IL RESTO DEL CARLINO, 29.4.1968; *Per chi votare il 19 maggio?* [Flugblatt DC Bologna, 1968]. ASBO, DC, CC, Elettorale 7; Gilberto Bonalumi/Gianfranco

ler« in den 1960er Jahren als besonders interessierte, bisweilen auch störungswillige Teilnehmer am Wahlkampfgeschehen beschrieben, während sie in Italien vor 1968 keine besondere Erwähnung fanden.³⁴⁰ Der Kontaktverlust im Wahlkampf symbolisierte die wachsenden Distanzen zwischen der italienischen Jugend und der Parteiendemokratie.

Überdies war die italienische Jugend in besonderem Maße von der Mobilität betroffen und fiel durch das Empfängernetz einer Parteiendemokratie, die auf Lokalität und Etabliertheit setzte. Wenn PCI-Genossen in Süditalien ihre Haustürkampagnen in den 1960er Jahren mit Themen wie der Pflasterung der Straße bestritten, waren die jungen Wähler schon längst nicht mehr da, sondern studierten oder suchten Arbeit in den Städten.³⁴¹ In den Fabriken und Büros, wo die Ohren kommunistischer Propagandisten nach wie vor besonders gespitzt waren, waren Jugendliche strukturell unterrepräsentiert, weil Ältere die begehrten Arbeitsplätze in den 1950er Jahren ergattert hatten. Die halbstaatlich organisierte Volkswirtschaft der italienischen Republik hatte von jeher ein Problem mit hoher Jugendarbeitslosigkeit.³⁴² Die Stärkung der Gewerkschaften in den 1970er Jahren änderte an dieser generationalen Asymmetrie nichts, da sie einmal mehr den Etablierten zugute kam: den beschäftigten Industriearbeitern. Wer als junger Mensch Arbeit hatte, musste häufig schlechtere Bedingungen in Kauf nehmen. Nicht ohne Grund waren junge Industriearbeiter aus dem Mezzogiorno die Protagonisten spontaner kleinerer und größerer Proteste und Demonstrationen, die in den 1960er Jahren immer wieder die norditalienischen Städte ereilten.³⁴³ Die Geschichte der Jugend in der italienischen Republik ist dann auch, so Patrizia Dogliani, vor allem eine ihrer (gefühlten) Subalternität, auf dem Arbeitsmarkt wie in den Parteien.³⁴⁴

Das klientelistische System der DC war als Absicherungssystem der ökonomisch Etablierten höchstens dann für junge Wähler von Vorteil, wenn sie deren Söhne oder Töchter waren. Den jungen Erwachsenen jedoch, die in großen Massen vom Mezzogiorno in den Norden migrierten, nützten die Klientelsysteme

Zonin an die Delegati Provinciali u. a. am 22.2.1968. Ebd., CP, Carteggio e Atti, Per Uffici 5. Vgl. M. TOLOMELLI, *Giovani*, 2003, S. 198, 201; M. RIDOLFI, *Giovani*, 2011, S. 291.

³⁴⁰ 3,3 Millionen Erstwähler, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 12.9.1957; Adenauer und die Buh-Männer, in: DEUTSCHE ZEITUNG, 15.9.1961; B. VOGEL/P. HAUNGS, *Wahlkampf*, 1965, S. 283; Viele junge Menschen kommen in die Wahlversammlungen, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 9./10.9.1961; Zu jung zum Wählen, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 17.9.1965; Jürgen Haupt, SPD-Ortsverein Drevenack [NRW], an Hans-Jürgen Wischniewski, 25.11.1969. AdsD, SPD-PV NB, Abt. Öffentlichkeitsarbeit – Werbetechnik, Mp. 1792; Abgeordnete, Bd. 5, 1988, S. 153.

³⁴¹ Non vuol pagare le tasse il paese più povero d'Italia, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 7.3.1968; F. ALBERONI u. a., *Lattivista di partito*, 1967, S. 243.

³⁴² Attività e problemi del Movimento Giovanile, o.D. [ca. 1959], Bl. 6. ACS, NL Moro, b. 165, fasc. 6: »Aldo Moro DC 1960, Movimento Giovanile«; vgl. A. RAPINI, *Denaro e lavoro*, 2004, S. 101 f.; DERS., *Antifascismo e cittadinanza*, 2005, S. 55–60. Zur Propaganda am Arbeitsplatz siehe etwa: Prefetto di Bari an das MI, 4.7.1964. ACS, MI, PP 1944–1966, b. 2, fasc. 160/P/10.

³⁴³ D. GIACHETTI, *Ribellismo giovanile*, 2012, S. 53–62; L. RAPHAEL, *The 1970s*, 2017, S. 48.

³⁴⁴ P. DOGLIANI, *Storia dei giovani*, 2003.

zwischen Rom und den Peripherien kaum. Im Norden konnten sie versuchen, mit Hilfe der DC an die raren Arbeitsplätze zu gelangen, gaben jedoch des Öfteren Kunde von ihrer Enttäuschung. Eine junge Bologneser Bürgerin, die bis vor kurzem Mitglied der DC gewesen war, nahm 1968 die Wahlwerbung in ihrem Briefkasten zum Anlass, den Bologneser Christdemokraten mitzuteilen, sie könne nicht DC wählen, so lange sich ihre persönliche Situation nicht geändert habe. Bis zu ihrem Austritt 1967 habe sie viel für die Partei getan und diese deshalb gebeten, ihr eine angemessene Arbeitsstelle zu vermitteln. Sie meinte, ein besonderes Anrecht darauf zu haben, da ihr Vater im Krieg gefallen war. Stets jedoch habe man sie hingehalten, weil alle Posten bereits besetzt waren, die für sie in Frage kamen. Der Bologneser DC-Chef zeigte sich konziliant, aber unbestimmt. Er könne ihr in diesem Moment nichts versprechen, werde sich aber dafür einsetzen, ihr Problem zu lösen.³⁴⁵

Gerade Fälle, in denen solche Wählerinnen oder Wähler den öffentlichen Dienst anvisierten, zeugen von einer Erschöpfung der Staatsressourcen angesichts einer begrenzten Zahl an Stellen, die notwendigerweise generationelle Ungerechtigkeiten mit sich brachte.³⁴⁶ Dieses soziale Problem wog für das Repräsentationsdefizit der Jugend in Italien schwerer als in der Bundesrepublik, wo die bürgerlichen Protestakteure, so Norbert Elias, zwar auch begrenzte Aufstiegskanäle vorgefunden hatten, insgesamt jedoch eher einen Mangel an »nichtberuflichen Sinnerfüllungschancen« beklagt hätten denn ihre soziale Marginalität.³⁴⁷

Auch der reformierte Bologneser PCI konnte mit seiner modernisierten Kampagne für seine lokalen Erfolge die Jugend nur bedingt erreichen, auch wenn er mit *Testimonials* junger Wähler warb, die stolz verkündeten, ihre »erste Stimme« als Wahlbürger den Kommunisten zu schenken.³⁴⁸ Die Leistungen der lokalen Volkspartei richteten sich, ebenso wie ihre Wahlkampfbotschaften, an eine vom Wohlstand gesegnete Stadtbevölkerung, an Selbständige und Kleinhändler, Angestellte und kleine Beamte. Es ging ihr darum, etablierte DC-Wähler davon zu überzeugen, dass auch der PCI Wohlstand schaffen konnte. Die Jugend indes profitierte vom Bologneser Wohlstand nur bedingt, vor allem, wenn sie auf der Suche nach Arbeit oder im Zuge der Bildungsexpansion neu in der Stadt angekommen war. Die italienische Studierendenquote verdreifachte sich in den 1960er Jahren beinahe, doch die vielen Studenten hatten zunehmend Probleme, bezahlbaren Wohnraum und, im Anschluss an ihr Examen, Arbeit zu finden.³⁴⁹

³⁴⁵ Clara C. (Bologna) an Mariano Rumor u. Gianfranco Lenzi, 27.4.1968. ASBO, DC, CC, Carteggio e Atti 7, Fasz. »Segretario Cittadino«; Giancarlo Lenzi an Clara C., 2.5.1968. Ebd.

³⁴⁶ So im Falle einer jungen Lehrerin, die sich bei der DC beschwerte: Sara N. (Bologna) an den Segretario Provinciale der DC Bologna, 29.3.1968. ASBO, DC, CP, Carteggio e Atti, Per Uffici 4.

³⁴⁷ N. ELIAS, Zivilisation und Gewalt, in: ders., Studien über die Deutschen, 1992, S. 262–265, Zitat S. 263.

³⁴⁸ »È il mio primo voto e lo riservo al PCI«, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 12.5.1968.

³⁴⁹ Von 7 Prozent der 20- bis 24-Jährigen im Jahr 1960 (6 Prozent in der BRD) stieg die Studierendenquote auf 17 Prozent im Jahr 1970 (14 Prozent in der BRD). H. KÄELBLE, Sozialgeschichte Europas, 2007, S. 392. Zur sozialen Zusammensetzung vgl. P. BERNASCONI, Alle radici del '68, 2011, S. 387.

Von der kommunistischen Wohlfahrtspolitik, die auf Gesundheitsversorgung und Kinderbetreuung, partizipative Strukturen in den Stadtbezirken, den Erhalt der alten Bewohnersubstanz in der Innenstadt und die Integration der Landarbeiter aus den Provinzen setzte, profitierten sie nicht, solange sie nicht zu den Residierenden mit festem Mietvertrag, Arbeitsplatz und Familie zählten.³⁵⁰ So erklärt sich, dass sich Bologneser Ex-Studenten, die arbeitsbedingt hatten nach Genua ziehen müssen, 1963 an den kommunistischen Bürgermeister wandten, um zu beklagen, die Kommune habe versäumt, in Bologna große Industrien anzusiedeln.³⁵¹ Unterdessen stiegen mit dem Wohlstand die Mieten in der roten Stadt in den 1960er und 1970er Jahren beträchtlich an.

Tatsächlich betrachteten zeitgenössische Beobachter das Bologneser Protestgeschehen zwischen 1968 und 1977 in erster Linie als Immigrationsproblem im Zeitalter der Massenuniversität und im Angesicht einer Stadt, die immer unerschwinglicher wurde.³⁵² Für den PCI sollte darin eine doppelte Herausforderung liegen, denn seine antikonsumistische Einstellung und die Verteidigung seiner eigenen, auf sozialen Ausgleich bedachten Regierungstätigkeit machten es ihm kaum möglich, die sozialen Ansprüche und Konsumforderungen eingewanderter Jugendlicher in einer Stadt zu unterstützen, von der er meinte, sie erfülle diese bereits im optimalen Maße. Auf diesem Konflikt beruhte die Entstehung des sogenannten *Movimento del '77* (der 77er-Bewegung), eines ephemeren aber militanten Jugendprotests, der ein italienisches Spezifikum war und in Bologna ein Zentrum hatte. Er war wesentlich von den Konsumbedürfnissen seiner jungen Protagonisten und dem Widerstand gegen die Preise in der vom Wohlstand gesegneten roten Stadt getragen. Zu seiner zentralen Protestpraxis zählte die *autoriduzione* (»Selbstermäßigung«) im Restaurant oder bei der Stromrechnung, die sich zuvor bereits im linksradikalen Milieu der 1970er Jahre verbreitet hatte.³⁵³

Für das Verständnis des italienischen Protestzeitalters ist es deshalb nur bedingt hilfreich, eine Abkehr der Jugend von der Klassenkategorie zu konstatieren, die durch Geschlecht und Generation ersetzt worden sei.³⁵⁴ Der generationelle Konflikt scheint vielmehr eine an den zeitgenössischen, globalen Kontext angepasste Chiffre gewesen zu sein für die Renaissance eines älteren Konflikts, der durchaus sozialer Natur war.³⁵⁵ Nach älterer Tradition sah er

³⁵⁰ Zur urbanistischen Politik der 1960er und 1970er Jahre vgl. H. BODENSCHATZ, Bologna, 2017; J. ULSHÖFER, On Bologna's Preservation Policies, 2017.

³⁵¹ Ivano Z. (Genua) an den Sindaco di Bologna, 9.5.1963. ACBO, AGS 1963.

³⁵² E. RAIMONDI/A. VARNI, Dialogo sulla cittadinanza, 2002, S. 68 f.

³⁵³ Vgl. C. C. GATZKA, Kommunisten, 2013, S. 195–198; C. VENTUROLI, L'Università, 2009; R. LUMLEY, States of Emergency, 1990, S. 295–301.

³⁵⁴ So bei M. RIDOLFI, *Giovani*, 2011, S. 293.; P. CAPUZZO, *Genere, generazioni e consumi*, 2003. Zu den verschiedenen Dimensionen kollektiver »Identität« der Jugendlichen vgl. D. GIACHETTI, *Un sessantotto tre conflitti*, 2008.

³⁵⁵ Zur strukturellen Spezifik, die den Protestbewegungen Italiens zugrunde lag, vgl. auch L. RAPHAEL, *The 1970s*, 2017, S. 49.

jene, die sich als (sozial und politisch) marginalisiert wahrnahmen, gegen die *padroni* ankämpfen: die Restaurant- und Hausbesitzer, die Arbeitgeber und die sie protegierenden Herrschenden. Für die Turiner Studenten von 1968/69 hat Stuart Hilwig in einer lokalen Studie konstatiert, dass ihre Ideologie und ihre globalen Bezüge vorwiegend dazu dienten, konkreten sozialen Konflikten vor Ort eine weltpolitische Geltung zu verleihen.³⁵⁶ Während die Studenten der ersten Stunde, die in die Fabriken strömten, von den Arbeitern noch als »Papasöhnchen« (*figli di papà*) bezeichnet werden mochten, folgten ihnen im *Autunno caldo* (»heißen Herbst«) doch bald linksradikale Akteure nach, die mit den ungelehrten Arbeitern aus dem Mezzogiorno häufig die Migrations- und Marginalitätserfahrung teilten. In der größten linksradikalen Bewegung Lotta Continua waren viele solcher Akteure anzutreffen, und auch Mitglieder und Unterstützer der Brigade Rosse (BR), kamen nicht selten aus dem Mezzogiorno, meist aus kleinbürgerlichen Verhältnissen, und nahmen sich in den »reichen« Städten des Nordens als sozial benachteiligt war.³⁵⁷

Ob durch konsumpolitische Tabus oder die Protektion der Etablierten – die italienische Jugend blieb in der politischen Kommunikation der italienischen Konsumgesellschaft auffällig unterrepräsentiert. Deshalb war ihr Weg zum Protest stärker mit älteren Codes der Marginalität und (sozialen) Subalternität gepflastert – Codes, die einst der PCI bedient hatte.

Zusammenfassung

Konsumbürgern zu begegnen, fiel der westdeutschen Parteiendemokratie eindeutig leichter als der italienischen, und das lag an ihrer pragmatischen Anpassungsbereitschaft an eine sich wandelnde Gesellschaft unter Aufgabe eines älteren Politikbegriffs. So gelang es SPD wie CDU gleichermaßen, die westdeutschen Wähler in Konsumräumen der Stadt anzusprechen und dabei auch Elemente der Massenkultur und der kommerzialisierten Unterhaltung aufzunehmen. Wahlkampf wurde so in den 1960er Jahren Teil der urbanen Erlebnisgesellschaft, zudem suchten die Parteien nun das direkte »Gespräch« mit Wählern, die auf dem Weg zum Einkauf oder zu Hause waren. Dabei ging es noch nicht um den argumentativen Austausch über »harte« politische Themen, sondern um die Demonstration von Servicebereitschaft, Ansprechbarkeit und einem offenen Ohr für die Sorgen und Belange der Wähler.

³⁵⁶ S. J. HILWIG, *Italy and 1968*, 2009, S. 132. Vgl. S. TARROW, *Democracy and Disorder*, 1989, S. 37.

³⁵⁷ Vgl. G. DE LUNA, *Le ragioni di un decennio*, 2009, S. 118 f.; D. SERAFINO, *Genova*, 2012, S. 371. Zu den Hintergründen des *Autunno caldo* vgl. M. TOLOMELLI, 1968: Formen der Interaktion, 2008, S. 126–132; DIES., »Repressiv getrennt«, 2001. Zu Lotta Continua und den BR vgl. G. COCCHI/M. PIERALISI, *Dieci anni*, 1988, S. 39 f.; M. TOLOMELLI, *Terrorismo e società*, 2006, S. 66–69; DIES., *Italienische Verhältnisse*, 2009, S. 435–438. Zu den »Papasöhnchen« vgl. S. J. HILWIG, *Italy and 1968*, 2009, S. 69.

Lokale Themen und lokale Personalisierung über die Direktkandidaten und Wahlkreisabgeordneten bildeten deshalb tragende Pfeiler der Annäherungen zwischen Wahlvolk und Parteiendemokratie. Sie machten Politik als Dienstleistung am Wahlbürger präsentierbar, und dies konnte dem Selbstbewusstsein der Westdeutschen entgegenkommen, die sich schon in 1950er Jahren nicht mehr von Parteien hatten belehren lassen wollen. Die Entdeckung des Wählers als Kunden gab ihm oder ihr damit im politischen Kommunikationsgeschehen der Bundesrepublik erstmals eine Stimme und belebte den öffentlichen Raum als einen politischen Raum neu. In diesen Entwicklungen spiegelt sich der Einfluss der Amerikanisierung im Sinne der Adaption von Marktlogiken für die Verständigung zwischen Wahlvolk und parlamentarischer Demokratie in der Bundesrepublik.

Die Orientierung am Wähler als einem Mediennutzer erlaubte überhaupt erst seine Beobachtung als Konsument, der auf gewisse Weise angesprochen und unterhalten werden wollte. Die westdeutsche Politik, in den Parteizentralen wie auch an der Parteibasis, eignete sich diese Perspektive an und entwickelte daraus Kommunikationsstrategien, die dem Publikumsgeschmack entsprachen. Wesentlich war zudem, dass das Fernsehen gerade nicht zu einem reinen Fernsehwahlkampf führte, sondern CDU wie SPD überhaupt erst für die Notwendigkeit sensibilisierte, mit direkter Kommunikation vor Ort selbst zu bestimmen, was das Wahlvolk über sie wusste. Die Mitgliedermobilisierung im Dienste direkter Face-to-face-Kommunikation setzte in beiden großen Parteien ein, als sich Ende der 1950er Jahre die »kritische Öffentlichkeit« spürbar zu machen begann; sie war mithin weniger von programmatischen Wenden als von der massenmedialen Konkurrenz induziert, der sich die deutschen Parteien beugten.

Wie westdeutsch diese Geschichte ist, zeigt der Blick auf Italien. Nicht minder von der Amerikanisierung des Alltags im Sinne Victoria De Grazias erfasst, erwies sich die Parteiendemokratie hier als wenig geneigt, Marktlogiken zu adaptieren. Das lag zunächst einmal daran, dass sie auf eine lebhaftere Phase politischer Mobilisierung und Partizipation zurückblickte, die es den Beobachtern innerhalb wie außerhalb der Parteien erschwerte, im Massenkonsum und der mit ihm dramatisch erhöhten Chance der Abwesenheit von Piazza und Parteisektion keine Konkurrenz zu sehen. Während Italiener zunehmend ihre sozialen Bedürfnisse außerhalb von Parteien und Kirche befriedigten, strickten diese am Narrativ der Entpolitisierung und Vereinzelung im Boom. Auf diesem Festhalten an einem pädagogischen, anwesenheitsbetonten und partizipationslastigen Politikbegriff gründet die Geschichte der italienischen Konsumgesellschaft als einer politischen Verlustgeschichte für die antifaschistische Parteiendemokratie. Nicht die völlige Ignoranz gegenüber Konsum- und Unterhaltungsbedürfnissen, sondern der Unwille, die Italiener als *autonome*, auf einem freien Markt agierende Konsumbürger zu denken und sie damit »loszulassen«, machte den Umgang der führenden politischen Lager mit der Konsumgesellschaft aus.

Dies spiegelt sich im widersprüchlichen, argwöhnischen Umgang mit dem christdemokratisch kontrollierten Fernsehen, das DC wie PCI politisch zu nutzen gedachten, dessen mediale Eigenlogiken sie allerdings ignorierten. So konnte das Fernsehen nicht als Schaufenster eines gewandelten Wahlvolks ernstgenommen werden. Stattdessen hielten Katholiken wie Kommunisten an traditionellen Formen politischer Kommunikation fest, die der antifaschistischen Parteiendemokratie in den 1940er und frühen 1950er Jahren Legitimität verbrieft hatten. Bei allen Innovationsversuchen, die namentlich auf Seiten des reformierten Bologneser PCI zu konstatieren sind, blieb die Piazza das Legitimitätsbarometer, gerade auch für Beobachter, die der Parteiendemokratie skeptisch gegenüberstanden und aus der fehlenden Teilnahme der Konsumbürger eine beginnende Krise der ungeliebten Parteiendemokratie ablesen konnten.

Das Traditionsbewusstsein wurde vor allem deshalb zum Problem, weil die italienische Konsumgesellschaft in hohem Maße eine Migrationsgesellschaft war. Indem aber politische Kommunikation und die mit ihr verbundenen Legitimierungsstrategien in hohem Maße an Lokalität und soziale Netzwerkstrukturen gebunden blieben, fielen zunehmend jene Gruppen durch die Netze, die am mobilsten waren: süditalienische Arbeiter und ihre Familien, aber auch Jugendliche. Dass man neue Wähler, und mithin die Immigranten, mit den Mitteln der *propaganda capillare* erreichte, wurde in den veränderten, modernisierten Viertelstrukturen der Stadt und nicht zuletzt wegen kultureller Ressentiments der Norditaliener gegenüber den Süditalienern zunehmend unwahrscheinlich. Treffpunkte und Verständigungen zwischen Wählern und Parteiendemokratie begünstigten deshalb immer mehr die bereits Bekannten und sozial Etablierten; so perpetuierten sich parteipolitische Milieus wesentlich erst in den 1960er Jahren. Wen die Vertreter der Parteiendemokratie damit in doppelter Hinsicht verpassten, waren die jüngeren Italiener. In der Kommunikationskultur des Booms konnten sie sich weder kulturell noch sozial als Generation repräsentiert sehen, die sich über spezifische Konsummuster konstituierte, überdurchschnittlich mobil war und damit häufig eben noch nicht im Kreis der ansässigen Etablierten angekommen war. Die Wahrnehmung sozialer und kultureller Marginalität in der Wohlstandsgesellschaft stellt ein italienisches Spezifikum auf dem Weg nach ›1968‹ dar.

Stimmenanteil der größten Parteien in Prozent aller Wahlberechtigten und amtliche Wahlergebnisse der beiden größten Parteien								
	CDU/ CSU	SPD	FDP	Nichtwähler/ ungültige Stimmen BRD	DC	PCI	PSI	Nichtwähler/ ungültige Stimmen Italien
1948/49	23,6	22,2	9,1	24,0	43,7	27,9		9,7
amtlich	31,0	29,2			48,5	30,9		
1953	37,6	24,0	7,9	16,8	35,8	20,2	11,36	10,5
amtlich	45,2	28,8			40,1	22,6		
1957/58	42,4	26,8	6,5	15,5	38,6	20,6	12,9	8,8
amtlich	50,2	31,8			42,3	22,6		
1961/63	38,2	30,5	10,8	15,7	34,4	22,7	12,4	10,0
amtlich	45,3	36,2			38,2	25,2		
1965	40,3	33,3	8,0	15,3	--	--	--	--
amtlich	47,6	39,3			--	--	--	--
1968/69	39,3	36,4	4,9	14,8	34,9	24,0	12,9*	10,6
amtlich	46,1	42,7			39,1	26,9		
1972	40,5	41,4	7,6	9,6	34,8	24,4	8,6	9,8
amtlich	44,9	45,8			38,6	27,1		
1976	43,7	38,3	7,1	10,1	35,1	31,2	8,7	9,1
amtlich	48,6	42,6			38,7	34,3		
1979/80	39,1	37,7	9,3	12,2	33,2	26,3	8,5	13,1
amtlich	44,5	42,9			38,3	30,3		

Tab. 6. Quelle: P. Schindler, Datenhandbuch, Bd. I, 1999, S. 155; eigene Berechnungen auf der Grundlage von M. S. Piretti, Elezioni, 1995, S. 416–424; Ministero dell'Interno, Archivio storico delle elezioni.

Die fett gedruckten Stimmenanteile in Prozent der Wahlberechtigten erlauben einen genaueren Einblick in die politischen Positionierungen des Wahlvolks, weil sie anders als die amtlichen Wahlergebnisse die Nichtwähler und die ungültigen oder ‚weiß‘ gelassenen Stimmzettel (*schede bianche*) berücksichtigen.

* PSI und PSDI traten gemeinsam als Partito Socialista Unificato an.

Fünftes Kapitel

Demokratie unter Druck. Politische Verständigung in Zeiten der Krise 1967–1979

In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre geriet das *postwar model of democracy* unter Druck. Städte wurden zu Zentren der Studentenbewegung und zu Bühnen des expressiven politischen Aktivismus einer neuen Generation. Ihre Proteste und Aktionen lenkten die Aufmerksamkeit der Massenmedien auf das Lokale als Arena performativer Politik.¹ Die historische Forschung erblickt darin eine Erweiterung des Politischen über Parlament, Staat und Parteien hinaus, die auf einem gewandelten Partizipationsverständnis beruhte.² Es koppelte sich an das Ideal individueller Selbstbestimmung und goss sich in zeitgenössische Forderungen nach Emanzipation und »Demokratisierung«. Die neuen politischen Akteure transzendierten mit ihrem Selbstverständnis und ihren Aktionsformen die traditionellen Grenzen zwischen Links und Rechts und zwischen dem »Politischen« und dem »Privaten«. Die Historiographie unterstreicht die transnationale Dimension dieser Neukonfiguration von Politik, doch wie sie sich auf die politische Alltagskommunikation in den verschiedenen Gesellschaften auswirkte, ist bislang kaum untersucht worden.³ Welchen Einfluss nahm der Auftritt der Protestakteure auf das Gebaren eines Wahlvolks, das in seiner großen Mehrheit nur Zuschauer des Protestgeschehens blieb?⁴ Wie reagierten die Agenten der Parteiendemokratie auf die Angriffe und Partizipationsforderungen von außen? Setzte die transnationale Erweiterung des Politischen die beiden parlamentarischen Demokratien vor Ort auf ähnliche Weise unter Druck?

Im »langen Achtundsechzig« (*lungo Sessantotto*) bis 1977/78 scheinen sich die Pfade Italiens und Deutschlands wieder auffällig zu kreuzen.⁵ Sie teilten die

¹ Vgl. u. a. S. MILDER, *Greening Democracy*, 2017; B. DAVIS, *The City as Theater of Protest*, 2008; K. FAHLENBRACH, *Protest-Räume*, 2009, S. 13; DIES., *Protest-Inszenierungen*, 2002; J. SCHARLOTH, *Ritualkritik*, 2008; M. VOGEL, »1968« als Kommunikationsereignis, 2013.

² Vgl. I. GILCHER-HOLTEY, *Zeitreise*, 2008, S. 101 f.; B. DAVIS u. a., *Changing the World*, 2012, darin insb. DIES., *World*, 2012.

³ Vgl. H. KNOCH, Einleitung, 2007, S. 19; A. DOERING-MANTEUFFEL/RAPHAEL, *Nach dem Boom*, 2010, S. 43–45; S. TARROW, *Democracy and Disorder*, 1989, S. 61; J. KURZ, *Universität auf der piazza*, 2001, S. 11, 315; P. IGNAZI, *Il potere dei partiti*, 2002, S. 3; S. MENDE, »Nicht rechts«, 2011; F. BRÜHÖFENER, »Angst vor dem Atom«, 2014.

⁴ Als solches ist es bislang für das gesamte Protestzeitalter unterbelichtet geblieben, vgl. aber jetzt C. v. HODENBERG, *Das andere Achtundsechzig*, 2018. Auch in Forschungen, die »das Andere« des Protestzeitalters vermessen wollen, bleibt das Publikum unterbelichtet, siehe etwa B. DAVIS, *Jenseits von Terror*, 2006; K. FAHLENBRACH u. a., *The Establishment Responds*, 2012; A. v. D. GOLTZ, *Other '68ers*, 2017. Zu den Desiderata vgl. auch P. GASSERT, »1968« als Wahrnehmungsrevolution, 2013.

⁵ D. DELLA PORTA, *Social Movements*, 1995; H. REITER/K. WEINHAUER, *Police*, 2007; C. CORNELISSEN u. a., *Decennio rosso*, 2012; T. GROSSBÖLTING u. a., *Jenseits der Moderne?*, 2014. Zur

Erfahrung politischer und terroristischer Gewalt durch die Hand transnational vernetzter Akteure; ihre Staatsapparate kooperierten zum Zwecke der Terrorismusabwehr.⁶ Die Forschung hat darüber spekuliert, inwiefern die Rückkehr politischer Gewalt in den 1970er Jahren auf die gemeinsame faschistische Vergangenheit zurückgeführt werden kann.⁷ Direkte kausale Verbindungen sind freilich schwer nachzuweisen, doch symbolisch und rhetorisch war der Faschismusbezug für die zeitgenössischen Protest- und Gewaltakteure von grundlegender Bedeutung. Die Erinnerung an die Gewalt der 1940er Jahre diente ihnen zur Binnenmobilisierung und zur Legitimation nach außen, ob beim Verweis auf Auschwitz oder mit Bezug auf Partisanenkampf und Bürgerkrieg, der für das Selbstverständnis der italienischen *movimenti* (Bewegungen) bedeutsam war.⁸ Spezifisch für die italienischen 1970er Jahre war zudem, dass sich politische Gewalt zu einem urbanen Alltagsphänomen auswuchs, mit unzähligen kleinen Anschlägen und Angriffen, die dem Radar nationaler Massenmedien entgingen.⁹ Das Kapitel untersucht den Einfluss der politischen Gewalt im »Ausnahmestand« der 1970er Jahre auf die Alltagsverständigung zwischen Wählern und Parteiendemokratie.¹⁰

Neue soziale Bewegungen und außerparlamentarische Proteste waren lediglich die sichtbarsten Zeichen eines umfassenden gesellschaftlichen Diskurses um die Zukunft der modernen Industriegesellschaft, der Italien wie die Bundesrepublik erfasste. Er wurzelte in den Reformanstrengungen und Konjunkturreinbrüchen der 1960er Jahre und steigerte sich in den 1970er Jahren zu diversen Krisenbeschreibungen: Krisen der Industrie und des Wachstums, des Staates und der Parteien, der Familie, der Moral und des Sozialen.¹¹ Charakteristisch für Zukunftsdebatten und Krisenwahrnehmungen der 1970er Jahre

Periodisierung, an die hier angeknüpft wird, vgl. N. BALESTRINI/P. MORONI, *Die goldene Horde*, 2002; für eine Diskussion vgl. G. C. MARINO, 1968–1977, 2011.

⁶ Vgl. P. TERHOEVEN, *Germania e Italia*, 2012; DIES., *Deutscher Herbst*, 2014; J. HÜRTER/G. E. RUSCONI, *Die bleiernen Jahre*, 2010; J. HÜRTER, *Anti-Terrorismus-Politik*, 2009; L. DI FABIO, *Due democrazie*, 2018; M. TOLOMELLI, »Repressiv getrennt«, 2001; DIES., *Terrorismo e società*, 2007; zu den 1970er Jahren in Italien vgl. auch DIES., *Italienische Verhältnisse*, 2009.

⁷ N. ELIAS, *Zivilisation und Gewalt*, 1992, insb. S. 370–378; D. HAUSER, *Deutschland, Italien und Japan*, 2006.

⁸ Vgl. S. NERI SERNERI, *Gli »anni del '68«*, 2011, S. 403; P. TERHOEVEN, *Politische Gewalt*, 2016, S. 93–98, 106; DIES., *Hitler's Children?*, 2016; C. v. HODENBERG, *Das andere Achtundsechzig*, 2018, S. 75 f.

⁹ Vgl. umfassend G. PANVINI, *Ordine nero*, 2009; A. VENTRONE, *I dannati della rivoluzione*, 2010, sowie die einschlägigen Beiträge in C. CORNELISSEN u. a., *Decennio fosso*, 2012.

¹⁰ Vgl. C. RAUH/D. SCHUMANN, *Ausnahmestände*, 2015; L. RAPHAEL, *The 1970s*, 2017, S. 32 f.; in Italien dauerte die terroristische Hochphase bis 1982 an, dennoch bezieht sich die Periode des »Ausnahmestands« hier vor allem auf die Zeit bis 1977/78, vgl. R. LUMLEY, *States of Emergency*, 1990, S. 337.

¹¹ Vgl. L. BALDISSARA, *Radici*, 2001; *L'Italia repubblicana nella crisi*, 2003; DE BERNARDI u. a., *Gli anni settanta*, 2009; A. DOERING-MANTEUFFEL/L. RAPHAEL, *Nach dem Boom*, 2010; J. HACKE, *Staat in Gefahr*, 2008; M. REITMAYER/T. SCHLEMMER, *Anfänge der Gegenwart*, 2013; B. GOTTO u. a., *Nach »Achtundsechzig«*, 2013.

waren ihre Ambivalenzen. Zwar breitete sich der Wohlstand weiter aus, kam der Massenkonsum gerade in Italien erst jetzt in breiten Schichten der Bevölkerung an, doch wuchs zugleich die Sorge um die Sicherheit dieses Wohlstands und die »Grenzen des Wachstums«, insbesondere seit dem ersten Ölpreisschock von 1973. Einerseits lebte der Glaube an politische Globalsteuerung fort, was in der Reformeuphorie der sozialliberalen Koalition ebenso zum Ausdruck kam wie in der exzessiven Lohnpolitik der italienischen Gewerkschaften. Andererseits standen die Protestbewegungen auch für die um sich greifende Fortschrittsskepsis, für ein schwindendes Vertrauen in die Machbarkeit, die soziale Gerechtigkeit und die globale Verantwortlichkeit gesellschaftlicher Modernisierung.¹² Freilich konnten Deutsche und Italiener um 1970 noch nicht wissen, dass sie sich am Beginn eines »Strukturbruchs« (Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael) befanden. Doch gerade in den Städten wurden die Krisenerscheinungen und sozialen Schieflagen sehr augenfällig. In Italien wie in der Bundesrepublik mobilisierte sich Widerstand gegen hohe Mieten und Immobilienspekulanten, unzureichende kommunale Versorgung und fehlgeleitete Stadtplanung. Dabei entwickelten die Zeitgenossen ein sensibles Bewusstsein für die räumliche Dimension sozialer Konflikte und besetzten Stadträume neu.¹³ Bei allen berechtigten Einwänden der historischen Forschung gegen die überstrapazierte »Krisen«-Signatur: Die Grenzen des Wohlstands, die unerfüllten Hoffnungen der Konsumrevolution und die Krise des Industriezeitalters wurden in den Stadtgesellschaften der 1970er Jahre sichtbar, spürbar und deshalb stark verhandelt. Für die politische Kommunikation zwischen Wählern und Parteiendemokratie konnten sich daraus Belastungen, aber auch die Chance ergeben, in intensive Debatten über Lösungsstrategien einzutreten.¹⁴

Wahlkämpfe dienten nun in erster Linie der Verständigung darüber, wer mit welcher Politik imstande war, auf die gesellschaftlichen Herausforderungen zu antworten – und ob man dies der etablierten Politik überhaupt noch vertraute. Was die parlamentarischen Demokratien Italiens und der Bundesrepublik in dieser Dekade besonders verband, war die politische Wechselstimmung: das Ende der christdemokratischen Hegemonie und das Gefühl eines linken, eines »roten« Zeitgeistes.¹⁵ In der Bundesrepublik wurde der Wechsel 1969 vollzogen, in Italien zeichnete sich der *sorpasso* (die Überholung) der DC durch den Eurokommunismus bei den Parlamentswahlen von 1976 ab (Tab. 6). Damit

¹² Vgl. A. DOERING-MANTEUFFEL/L. RAPHAEL, Nach dem Boom, 2010, S. 29, 33, 41, 60–63; L. RAPHAEL, The 1970s, 2017, S. 40 f.; G. ZUCCONI, »La festa è finita!«, 2017, S. 196; K. JARAUSCH, Ende der Zuversicht?, 2008.

¹³ Nicht ohne Grund war die Soziologie des Raumes eine Geburt der 1970er Jahre, vgl. M. BAUMEISTER u. a., Contested Cities, 2017, S. 7–11, 21 f., 28 f.; F. LINGER, Metropolen der Moderne, 2013, Kap. XIII. Vgl. auch D. KERBS, Über die Lust, 1996; D. SIEGFRIED, Urbane Revolten, 2006.

¹⁴ Zum Einwand gegen die Krisenbeschreibung: F. BÖSCH, Boom, 2016; T. SCHLEMMER, Charme der Unsicherheit, 2013, sowie die Beiträge in M. REITMAYER/DERS., Anfänge der Gegenwart, 2013.

¹⁵ B. FAULENBACH, Das sozialdemokratische Jahrzehnt, 2011; G. KOENEN, Das rote Jahrzehnt, 2007; C. CORNELISSEN u. a., Il decennio rosso, 2012.

einander gingen eine starke politische Emotionalisierung und semantische Verschiebungen, die anzeigten, dass sich das Register der Politik veränderte und die Begriffe der Moderne neue Bedeutungen annahmen – eine Herausforderung vor allem für die konservativen Parteien.¹⁶ Die Atmosphäre einer (drohenden) linken Hegemonie rief konservative und neofaschistische Gegenmobilisierungen hervor, die in Italien bis in die Führungsetagen von Militär, Geheimdienst und DC reichten.¹⁷ In Deutschland führten sie zur Modernisierung der CDU-Parteiorganisation und zur verbissenen Suche nach den passenden Ingredienzien für eine konservative »Tendenzwende«.¹⁸ Links und Rechts spannten so als altbekannte Pole das politische Konfliktsetting auf, in das sich nun auch eine junge Generation mit neuen Partizipationsbestrebungen einschaltete.¹⁹ Wie es den beiden gereiften Demokratien vor dem Hintergrund ihrer politischen Traditionen gelang, in diesen angespannten Zeiten Kontakt zum Wahlvolk zu halten, untersucht das folgende Kapitel. Dabei interessiert es sich auch für die Frage, wo und wann sich der »Wandel des Politischen« in der urbanen politischen Kommunikation abzeichnete, den die historische Forschung mal in den 1970er, mal an der Wende zu den 1980er Jahren verortet.²⁰

1. Angriff und Verteidigung. Der Auftritt der Protestakteure

Außerparlamentarische Protestakteure waren in Deutschland wie Italien Teil des urbanen Wahlkampfgeschehens. Mit direkten Aktionen, Graffiti und Demonstrationen kommunizierten sie mit den Vertretern der Parteiendemokratie und buhlten um die Aufmerksamkeit des städtischen und massenmedialen Publikums.²¹ Das galt nicht nur für die Studenten und die APO, sondern auch für ihre linksradikalen Nachfolger und ihre rechtsradikalen Gegenspieler im Umfeld von MSI und NPD. Letztere waren keine außerparlamentarischen Protestakteure im engeren Sinne, aber sie hatten ihren Anteil am Bruch gültiger Spielregeln politischer Kommunikation, namentlich an der politischen Gewalt, und verstanden sich zumindest in Italien als systemoppositionell.²²

¹⁶ Vgl. T. MERGEL, *Propaganda*, 2010, S. 144 f.; M. H. GEYER, *Kritik und Krise*, 2012; M. STEBER, *Hüter der Begriffe*, 2017, S. 240–354; M. LIVI, *Stämme der Sehnsucht*, 2014.

¹⁷ Vgl. A. SCHILDT, »Kräfte der Gegenreform«, 2011 [2004]; M. LIVI u. a., *1970er Jahre*, 2010; A. VON DER GOLTZ, *Gegen-Generation*, 2010; DIES., *Other '68ers*, 2017.

¹⁸ Vgl. N. TRANFAGLIA, *Strategia della tensione*, 1998; H. WOLLER, *Geschichte Italiens*, 2010, S. 308 f.; F. BÖSCH, *Krise als Chance*, 2008; D. SCHMIDT, »Geistige Führung«, 2010; P. HOERES, »Tendenzwende«, 2013.

¹⁹ Vgl. H. BALZ, *Kampf um die Grenzen*, 2007, S. 298–304; T. MERGEL, *Zeit des Streits*, 2014.

²⁰ Vgl. T. JUDT, *Geschichte Europas*, 2006, S. 548–571; M. WOYKE, *Wandel des Politischen*, 2013; F. BÖSCH/J. GIESEKE, *Wandel des Politischen*, 2015.

²¹ Vgl. C. OTTAVIANO, *Introduzione: Manifesti politici*, 2000, S. 18 f.; I. LA FATA, *L'assalto al muro*, 2009; E. NOVELLI u. a., *Niente resterà pulito*, 2007; M. PUW DAVIES, *Graffiti*, 2008.

²² Vgl. G. FALCIONI, *Vor der Diaspora*, 2010.

Um die Bedeutung der Protestpraxis für die Verständigung zwischen Wahlvolk und Parteiendemokratie zu ermessen, ist es wichtig, nachzuvollziehen, wie *neu* ihr Repertoire vor dem Hintergrund der politischen Traditionen tatsächlich war, welche die zeitgenössischen Beobachter vor Augen hatten. Ingrid Gilcher-Holtey hat das Ereignis ›1968‹ als eine »Wahrnehmungsrevolution« entworfen, als die »Entdeckung des Politischen in der Lebenswelt«, die Politik in eine »Vielzahl von Kommunikationsräumen« hineingeholt habe.²³ Aber galt das für Italien und die Bundesrepublik im gleichen Maße? So sehr die Forschung die transnationalen Kontakte und globalen Bezüge der Protestakteure und Terroristen herausgearbeitet hat, waren ihre Praxis und deren Deutung doch tief in nationale politische Traditionen eingelassen. Dass die westdeutschen 1968er auf die NS-Verbrechen verweisen konnten und das Verhalten ihrer italienischen Protestgenossen nicht ohne die seit Jahrzehnten schwelenden Arbeitskonflikte zu verstehen sind, gehört zu diesen nationalen Spezifika.²⁴ Doch auch die Traditionen und Routinen politischer Kommunikation gaben Handlungs- und Wahrnehmungsmuster vor, die gesellschaftlich variierten und die Parteiendemokratie auf spezifische Weise unter Druck setzten.²⁵ Eine studentische Protestaktion bedeutete in Italien etwas anderes als in der Bundesrepublik.

Das Unterkapitel beleuchtet die unterschiedlichen Ausdeutbarkeiten und analysiert das neue Konfliktgeschehen im urbanen Wahlkampf des Protestzeitalters. Wie verteidigten die parteipolitischen Akteure ihre Hegemonie im Kampf um Repräsentation? Wie reagierte das Publikum auf die außerparlamentarischen Angriffe? Und inwiefern beeinträchtigte die Rückkehr politischer und polizeilicher Gewalt seit 1966/67 die Legitimität der Parteiendemokratie und ihre Verständigung mit den Wählern?

Revolutionäre Renaissance in Italien

Unterscheidet man zwischen den ›klassischen‹ linkssozialistischen Aktionsformen und den spontaneren, auf Bewusstseinsveränderung ausgelegten antiautoritären Protestformen, so neigten die italienischen 1968er eher Ersteren zu.²⁶ Zwar blieben Experimente mit kreativ-subversiven, aus den USA importierten Aktionen nicht aus. Doch nicht ohne Grund bezeichneten es Teilnehmer des *Sessantotto* in Trient selber als »grotesk«, wenn sie im mittelalterlichen Stadtkern

²³ I. GILCHER-HOLTEY, *Zeitreise*, 2008, S. 100–102, Zitat S. 101 f.; DIES., *Wahrnehmungsrevolution?*, 2013.

²⁴ Vgl. E. WOLFRUM, *Die geglättete Demokratie*, 2007, S. 188; U. HERBERT, *Geschichte Deutschlands*, 2014, S. 845, 852–854.

²⁵ Vgl. dazu auch M. TOLOMELLI, *Terrorismo e società*, 2007; P. TERHOEVEN, *Deutscher Herbst*, 2014.

²⁶ Zur analytischen Unterscheidung vgl. P. A. RICHTER, *APO*, 2008, S. 55–74. Zur Mischung traditioneller und innovativer Formen vgl. R. LUMLEY, *States of Emergency*, 1990; M. GRISPIGNI, *Figli della stessa rabbia*, 2003, S. 54.

Sit-ins durchführten.²⁷ Die räumliche Struktur italienischer Innenstädte mochte Innovationen im politischen Repertoire mentale Grenzen setzen. Noch bedeutender aber waren die Normen, die sich an die Nutzung des öffentlichen Raumes banden. Den kreativen Aktionsformen der streikenden Bologneser Studenten begegnete der *Resto del Carlino*, der ihren Reformforderungen durchaus wohlwollend gegenüberstand, mit dem Vorwurf, anstatt sich in der Vollversammlung einzufinden, würden sie die Passanten im Stadtzentrum mit absurden Spaßaktionen belästigen.²⁸ Habituelle Devianz wurde im Stadtraum nicht geduldet. Schon die Vorreiter der 1968er, die jugendlichen *capelloni* (»Langhaarigen«), die friedlich die Plätze italienischer Großstädte bevölkerten und mit ihrem Habitus gegen die Konsum- und Arbeitswelt rebellierten, waren von der städtischen Bevölkerung nicht gern gesehen.²⁹ Noch im Wahlkampf 1976 wurden auf der Piazza Maggiore kampierende *capelloni* von der Bologneser Polizei vorübergehend festgenommen, nachdem sich ansässige Ladenbesitzer, Barbetreiber und das kommunale Touristenbüro über die Präsenz der Abweichler beschwert hatten. Der *Resto del Carlino* druckte Fotos aller neun Festgenommenen ab.³⁰ Aus dieser rigiden Wacht über die Piazza und den öffentlichen Raum ergab sich für die Protestakteure der Anreiz, traditionelle linkssozialistische Aktionsformen zu wählen: Wollten sie ernstgenommen (und nicht verhaftet) werden, mussten sie auf Vollversammlungen und Demonstrationen setzen.

Daneben war es ihre Selbstwahrnehmung als sozial und politisch marginalisierte Gruppe sowie als revolutionäre Erben der Resistenza, die die Vertreter der außerparlamentarischen Linken auf die Plätze trieb, um nach alter Tradition die Legitimität von Herrschaft zu verhandeln.³¹ Das Problem war jedoch, dass sie hier auf Parteien trafen, die diese Praxis in den 1940er Jahren bereits »parlamentarisiert« hatten und die Piazza nach wie vor für sich beanspruchten. Das wurde im Frühjahr 1968 nur allzu deutlich, als der Parlamentswahlkampf einsetzte, während die Studentenbewegung gerade ihren Auszug aus den Universitäten vollzog. Mit Protestdemonstrationen gegen die kundgebende Partei zogen Studenten durch die umliegenden Straßen, während sich auf der Piazza ein Politiker dem Wahlvolk präsentierte.³² Welche Herausforderung der

²⁷ Zit. n. KURZ, Universität, 2001, S. 108; vgl. A. KENKMANN, *Gruppi in movimento*, 2012, S. 172–175.

²⁸ È stata confermata l'occupazione della sede centrale dell'Università, in: *IL RESTO DEL CARLINO*, 26.4.1968.

²⁹ Vgl. P. CAPUZZO, *Spazi*, 2003, 236 f.

³⁰ Arrestati nove capelloni che bivaccavano in centro, in: *IL RESTO DEL CARLINO*, 4.6.1976.

³¹ Simone Neri Serneri sieht in dieser Selbstwahrnehmung auch das wesentliche (aber nicht für alle Linksradikale zwingende) Motiv für die Hinwendung zur Gewalt, vgl. S. NERI SERNERI, *Contesti e strategie*, 2012, S. 23, 27 f.

³² Prefetto di Bari: Telegramm an das MI, 11.5.1968. ACS, MI-GAB, 1967–1970, b. 525, fasc. 17222/10; Prefetto di Alessandria: Telegramm an das MI, 3.5.1968. Ebd., fasc. 17222/2; Prefetto di Bologna: Telegramm an das MI, 4.5.1968. ACS, MI-GAB, 1967–1970, b. 526, fasc. 17222/14; Prefetto di Brindisi: Telegramm an das MI, 11.5.1968. Ebd., fasc. 17222/17.

Parteiendemokratie aus diesem Auftreten erwuchs, verdeutlichten Beobachter in der ›unabhängigen‹ Presse: Es führte vor Augen, dass die Italiener durchaus noch spontane politische Leidenschaften besaßen – nur waren es offenkundig nicht mehr die Parteien, die diese auszulösen vermochten. Ausgerechnet der *Resto del Carlino* in Bologna, der bei weitem kein Verfechter der parteipolitischen Massenpolitik gewesen war, kommentierte 1968 beinahe nostalgisch, es seien die Jugendlichen und Studenten, die die Hitzigkeit von einst wieder auf die Straßen trügen. Den friedlichen und ruhigen Tönen der Wahlkämpfer auf den Straßen begegnete die Zeitung indes eher gelangweilt.³³

Das war ein Verweis auf die ermattete Parteiendemokratie, die sich durch den Auftritt der Studenten dort herausgefordert sah, wo sie einst ihre Legitimität inszeniert hatte. Parteinahe Blätter wie die inzwischen faktisch christdemokratische *Gazzetta del Mezzogiorno* beeilten sich dann auch, die Kundgebungen der DC auf den apulischen Plätzen von 1968 wieder als »Fest« zu beschreiben und den großen »Enthusiasmus« herauszustellen, mit dem das »Volk« (*popolo*) Aldo Moro begrüßt habe.³⁴ Der PCI war von der neuen außerparlamentarischen Konkurrenz freilich besonders betroffen, weil sie sein altes Selbstverständnis als Protestpartei in Frage stellte. In Vorbereitung auf den Wahlkampf 1968 und im Angesicht der Studentenproteste argumentierte der Bologneser PCI-Sekretär Vincenzo Galetti, ein Vertreter des reformistischen Regierungskurses der Emilianer Partei: »Ich glaube, dass wir als Leistung, als positives Charakteristikum unserer Partei beanspruchen müssen, die Partei des Protests zu sein, denn in einer Situation wie der italienischen heute gilt: Die Organisatoren des Protests zu sein, bedeutet, mit der Mehrheit des italienischen Volkes zu sein.«³⁵

1968 steht so in Italien nicht im selben Sinne wie in der Bundesrepublik für die »Neuentdeckung der Straße und die Kritik an einem Politikverständnis, das Politik nur als Sache gesellschaftlicher Eliten verstand«, wie Jan Kurz konstatiert hat.³⁶ Es steht vor allem für die Renaissance von Praktiken, die eigentlich zur parlamentarischen Politik Italiens dazugehörten und als Bedeutungsträger immer noch zentral waren. In Studien zum Protestzeitalter, in deren Untersuchungszeitraum die frühe Republik ausgeblendet wird, bleiben diese Traditionen unberücksichtigt, für die Deutungen der Zeitgenossen jedoch waren sie zentral. Denn sie setzten die italienische Parteiendemokratie unter besonderen Druck: Ob die Piazza nun der Parteiendemokratie oder den außerparlamentarischen

³³ I partiti puntano sui giovani, in: IL RESTO DEL CARLINO, 29.4.1968.

³⁴ Zu Bari siehe: Riso, fiori, confetti. Popolazioni in festa per la visita di Moro, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 14.5.1968; Entusiasmo intorno a Moro, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 14.5.1968.

³⁵ Verbale del Comitato Federale e della Commissione Federale di Controllo [PCI Bologna], 10.–11.2.1968, Bl. 10. FGER, PCI-BO, CF, Comitato Federale e Commissione Federale di Controllo: Verbali, b. 1, vol. 12.

³⁶ J. KURZ, Die italienische Studentenbewegung, 2008, S. 107.

Akteuren gehörte, ob sich das »Volk« unter den Parteifahnen oder den Fahnen des Protests versammelte, wurden Kardinalfragen der italienischen Wahlkämpfe im Protestzeitalter. Bezeichnenderweise versiegte so auch der Diskurs um die Krise der Parteikundgebungen, der die 1960er Jahre dominiert hatte. 1972 schienen sich die Plätze wieder wie von selbst zu füllen.³⁷ Die SPES, die Propagandaabteilung der DC, reflektierte nach den Wahlen, während viele geglaubt hätten, die Kundgebung hätte sich überlebt, habe die Erfahrung gezeigt, dass der »direkte Kontakt mit den Wählern« auf den Plätzen und in den Sälen sich als »extrem nützlich« erwiesen habe. Die Teilnehmerzahlen auf den über 27 000 Kundgebungen der DC hatten die kühnsten Erwartungen übertroffen.³⁸

Für die Kommunisten ergab sich aus der revolutionären Konkurrenz ein ganz besonderes Dilemma. Die diversen linken Strömungen der Studentenbewegung und ihre radikalen Nachfolger, insbesondere die Aktivisten von Lotta Continua, der größten der linksradikalen Bewegungen, die in Italien unmittelbar aus der Desintegration der Studentenbewegung hervorgingen und im europäischen Vergleich über eine außergewöhnlich große Mitglieberschar verfügten, konfrontierten den PCI mit seinem eigenen revolutionären Selbstverständnis, von dem er sich in den Augen der Maoisten und auch mancher altgedienter Genossen stetig entfernt hatte.³⁹ Vertreter der Neuen Linken verachteten den PCI nicht nur, und auch nicht so sehr, aufgrund seiner Sowjettreue, sondern in erster Linie, weil er die Revolution, die in Resistenza und Bürgerkrieg angelegt gewesen war, nicht vollendet hätte. Diese jungen Linken verehrten die alten Partisanen, die sie in den Fabriken trafen, waren nicht selten selber aus einem linken Elternhaus oder der kommunistischen Jugendorganisation FGCI entwachsen.⁴⁰ Zur Studentenbewegung stießen sie mit dem erklärten Willen, zu einem »wahrhaft revolutionären« Stil überzugehen, den die Kommunisten längst abgelegt hätten. Das meinte im italienischen Kontext auch, das sozialrevolutionäre Erbe der Resistenza anzutreten, das vom PCI nach 1945 patriotisiert worden war, um sich gegenüber den Mittelschichten anschlussfähig zu machen.⁴¹ Die 1968 einsetzende Rivalität um das Prädikat der »wahren« revolutionären Kraft kam auf Wahlkundgebungen zum Ausdruck, wenn etwa der gemäßige PCI-Politiker Giorgio Amendola in Bari von Jugendlichen gestört wurde, die »Revolution!« riefen, und er im Geiste Gramscis erwiderte: »Aber die Revolution mache ich jeden Tag.«⁴²

³⁷ Seguiti da un folto pubblico i comizi di Forlani e Malagodi, in: IL RESTO DEL CARLINO, 10.4.1972; Terminano a mezzanotte i comizi, in: IL RESTO DEL CARLINO, 5.5.1972.

³⁸ DC, La SPES per le elezioni, 1973, S. 76 f.

³⁹ Vgl. J. KURZ, Universität, 2001, S. 11, 315. Zu Lotta Continua vgl. A. CAZZULLO, Ragazzi, 1998.

⁴⁰ Vgl. A. RAPINI, Antifascismo e cittadinanza, 2005, Kap. 3; M. RIDOLFI, Giovani, 2011, S. 291; S. J. HILWIG, Italy and 1968, 2009, S. 35; P. IGNAZI, I partiti e la politica, 1999, S. 133.

⁴¹ Zitat eines Zeitzeugen in: F. BILLI, Il mio '68, 1998, S. 206; vgl. G. DE LUNA, Le ragioni di un decennio, 2009, S. 114 f.; D. SERAFINO, Genova, 2012, S. 371.

⁴² Comizio »difficile« di Amendola per il Pci, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 11.3.1968. Zum internen Konflikt zwischen Gemäßigten und Linientreuen im PCI vgl. U. FINETTI, Togliatti e Amendola, 2008.

Nicht nur auf den Plätzen, auch in den Fabriken wandelten die Studenten und Linksradiكالen auf den Spuren eines PCI, der offenbar seine historische Mission aus den Augen verloren hatte. Ihre direkte Ansprache der ungelernen Arbeiter, zu denen die kommunistische Gewerkschaft ihren Kontakt verloren hatte und die auch kein PCI-Propagandist im Wahlkampf mehr aufsuchte, konnte als Rückkehr zum Vermächtnis des Nachkriegs-PCI gelten, der lautstark für die sozialen und politischen Rechte der unterdrückten (Land-)Arbeiter eingetreten war. Auch die Besetzung der Fakultäten, eine Art Kernkompetenz der italienischen Studentenbewegung, erinnerte an die kommunistische Besetzungspraxis in den italienischen Nachkriegsstädten. Die Feindbilder ›Polizei‹ und ›Staat‹ mögen als ein transnational verbindendes Element der Studentenbewegung gelten, stellten im republikanischen Italien aber keineswegs ein Novum dar: Zwischen 1948 und 1958 war der Kampf gegen die staatliche Repression das Kerngeschäft des PCI gewesen; Tausende seiner Genossen hatten in den Gefängnissen gesessen und waren zu ›Märtyrern‹ stilisiert worden. Nicht zuletzt war es die Präsenz des rechten Feindes, der die Straßenpolitik der 1968er in eine Tradition mit der kommunistischen Straßenpolitik der Nachkriegsjahre stellte: In den 1940er Jahren hatten PCI-Genossen gegen die Neofaschisten gekämpft und waren dabei des Öfteren verhaftet worden.⁴³

Auffällige Parallelen zur antifaschistischen Praxis der Nachkriegsjahre zeigen sich auch mit Blick auf die direkten Kommunikationsformen und Basisinitiativen der Maoisten und der Feministinnen in den 1970er Jahren. Wenn Lotta Continua 1970 den handlungsleitenden Slogan »Prendiamoci la città« (»Nehmen wir uns die Stadt«) postulierte, war das zwar zum einen eine Reminiszenz an den Guerillakampf in Südamerika oder die Kulturrevolution Chinas. Ihr Gang in die Fabriken und in die verelenden Wohnviertel der Großstädte, zu den Immigranten aus dem Süden und zu den Jugendlichen, die durch die Netze der Parteiendemokratie und des Wohlfahrtsstaates fielen (das »neue Proletariat«), war aber zugleich auch eine Reaktivierung der antifaschistischen *concretezza*-Politik und der *propaganda capillare* der Parteiendemokratie – nur unter neuen, nun als subaltern entdeckten Wählerschichten. »Nehmen wir uns die Häuser, die Schulen, den öffentlichen Nahverkehr, die Kindergärten«: Genau das hatte die lokale Praxis des PCI nach 1945 angeleitet und seine kommunale Wohlfahrtspolitik in der Emilia-Romagna inspiriert.⁴⁴ Die graswurzelartig wachsenden Initiativen und Einrichtungen zur Fürsorge und Selbsthilfe in den urbanen Randvierteln, darunter jene der Feministinnen, waren ebenso wenig wie die direkten Aktionen im Umfeld der Fabriken genuine Neuerfindungen einer jungen Generation, die

⁴³ Vgl. S. VOLI, *Quando il privato*, 2006, S. 219; F. MILANESI, *Roccaferti*, 2012, S. 78; R. CHIARINI, *Giovani*, 2011. Zum Feindbild ›Polizei‹ vgl. J. KURZ, *Universität*, 2001, S. 274 f.; K. WEINHAEUER, *Schutzpolizei*, 2003, S. 298–302. Vgl. Kap. II.2. u. II.5.

⁴⁴ Zit. n. A. VENTRONE, *Palazzo d'inverno*, 2010, S. 85.

den *Top-down*-Ansatz von Parteien und Gewerkschaften überwinden wollte.⁴⁵ Sie waren auch Erbe antifaschistischer Parteien, die in den Nachkriegsstädten zu direkter Aktion, selbstorganisierter Fürsorge und von unten wachsender demokratischer Partizipation aufgerufen hatten. Vor allem aus Sicht des Publikums hatte der Rekurs der Linksradiكالen auf die »Nuova Resistenza« daher tatsächlich mehr mit der eigenen nationalen Geschichte zu tun als mit dem globalen Bezugsrahmen.⁴⁶ Wer sich nicht sonderlich für die theoretischen Unterschiede zwischen Marx, Lenin und Gramsci auf der einen, Mao, Marcuse und Dutschke auf der anderen Seite interessierte, konnte sich angesichts der lokalen Praktiken und der revolutionären Ansprüche der Neuen Linken an die Praxis zu Zeiten der antifaschistischen Befreiungskomitees erinnert fühlen. Das war das spezifische Problem der italienischen Parteiendemokratie in Zeiten der »Erweiterung des Politischen« durch außerparlamentarische Akteure.

Für die Kommunisten bedeutete das Risiko und Chance zugleich, und von Anbeginn erwies sich ihr Umgang mit der Konkurrenz von links als ambivalent. Der PCI hatte die Universitäten als Rekrutierungsfeld stets vernachlässigt. Die Studenten galten gerade den älteren Genossen als Standesgruppe, die sich einst begeistert den Faschisten angeschlossen hatte, und die Animositäten waren durchaus groß.⁴⁷ Zudem luden die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Studenten und Polizei nicht jeden Genossen dazu ein, sich auf die Seite der Rebellion zu schlagen. Der PCI hatte sein antifaschistisches Selbstverständnis als *partito nuovo* im Geiste Antonio Gramscis an den Gewaltverzicht gebunden. Dass nun, so die Stilisierung, Söhne aus bürgerlichem Hause Steine auf Polizisten warfen, deren soziale Herkunft vielen Kommunisten näher war, goutierten nicht alle.⁴⁸

Die lokalen Funktionäre jedoch zeigten sich zugleich einigermaßen beeindruckt vom Politisierungsschub, den die Studenten in den Fakultäten und unter jungen Arbeitern entfachten, und versuchten daher, auf diesen Zug aufzuspringen. Die Bologneser Führungsgenossen wussten 1968, dass sie sich allein aus reinem Pragmatismus mit den Studenten verbinden mussten, weil sie nun einmal im Zentrum der Öffentlichkeit standen.⁴⁹ Zugleich aber galt es, den Protest zu kanalisieren, zu disziplinieren und die eigene revolutionäre »Hoheit« durchzusetzen. So entwarf der PCI die Studenten im Wahlkampf 1968 als eine Art

⁴⁵ So bei G. DE LUNA, *Le ragioni di un decennio*, 2009, S. 120; M. A. BRACKE, »Counter-community«, 2012.

⁴⁶ Zur Betonung der globalen Bezüge zur »Dritten Welt« siehe R. GILDEA u. a., *European Radicals*, 2011; P. TERHOEVEN, *Deutscher Herbst*, 2014, S. 175–177. C. JANSEN, *Brigate rosse*, 2004, betont demgegenüber den Rekurs der Brigate Rosse auf die Traditionen der Resistenza und der Arbeiterbewegung.

⁴⁷ Vgl. zu Turin umfassend S. J. HILWIG, *Italy and 1968*, zur Erinnerung an die faschistischen Tendenzen von Studenten vgl. ebd., S. 67.

⁴⁸ Pier Paolo Pasolini: *Il PCI ai giovani*, in: *L'ESPRESSO*, 16.6.1968.

⁴⁹ Verbale del Comitato Federale e della Commissione Federale di Controllo, 10.–11.2.1968, Bl. 4. FGER, PCI-BO, CF, Comitato Federale e Commissione Federale di Controllo: *Verbali*, b. 1, vol. 12.

kommunistische Vorfeldorganisation. Die *Unità* berichtete aus Bologna von Anti-Vietnam-Demonstrationen, auf denen »kommunistische Jugendliche« die roten PCI-Fahnen schwenken, wo es sich wohl eher um Studenten handelte. »Studenten« wurden in der kommunistischen Presse kaum erwähnt, stattdessen nannte man sie »parteilose« Jugendliche und dankte ihnen am Ende des Wahlkampfes für ihren unermüdlichen Einsatz, insbesondere vor und in den Fabriken.⁵⁰ Dass die Studenten in Bologna wie in vielen anderen Städten gemeinsam mit den Gewerkschaften Aktionen durchführten und Arbeitskämpfe organisierten, wurde 1968 öffentlich beschwiegen, denn der Kurs der Parteiführung sah eine Solidarisierung mit der Studentenbewegung nur unter der Bedingung vor, dass sich ihre Forderungen auf den Bildungssektor beschränkten und nicht auf die *lotte sociali* (die sozialen Kämpfe) ausgriffen, die eben Sache der Gewerkschaften bleiben sollten.⁵¹

Handelte es sich um rein bildungspolitische Belange, zeigte sich der PCI vor Ort großzügig, wenn es darum ging, den Studenten eine Bühne bereitzustellen. So gestattete er den Bologneser Kommilitonen, am 1. Mai die Piazza Maggiore zu nutzen, um vor Zehntausenden Arbeitern ihr universitäres Aktionsprogramm vorzustellen.⁵² In Bari hatten die Funktionäre mit Blick auf die Studenten schon Anfang 1968 das neue Potenzial in der »jungen Arbeiterklasse« gelobt, zugleich aber den mangelnden Willen beklagt, sich der »einheitlichen Organisation der Arbeiterklasse« und den »Prinzipien des Klassenkampfes« zu unterwerfen. Es schien aus Funktionärssicht geboten, den Studenten »Orientierungen« zu geben, und wie sie sich das vorstellten, wurde darin deutlich, dass der Bareser PCI seinen eigenen Jugendlichen eine lange Liste von Parolen vorgab, die sie bei den Demonstrationen im Umfeld der 1968er auf ihre Schilder zu schreiben hatten. Die Inhalte gab der PCI vor, doch in der Praxis ging von den Studenten und insbesondere von ihrer Präsenz in den Fabriken ein nachhaltiger Einfluss aus. So setzten die Bareser PCI-Funktionäre zum einen auf die Auflockerung interner Strukturen, um den jungen Rebellierenden die »Prinzipien des Klassenkampfes« schmackhafter zu machen. Zum anderen nahm sich der PCI in Bari vor, als Partei wieder stärkere Präsenz in den Fabriken und am Arbeitsplatz sowie an den Schulen zeigen. Wenn die Partei ihren Genossen 1968 auftrag, die Orte, an denen die »Arbeiterklasse« anzutreffen sei, möglichst »kapillar« zu durchdringen, so kehrte sie in Städten wie Bari zu eigenen Traditionen der 1940er und 1950er Jahre zurück.⁵³

⁵⁰ Una battaglia elettorale combattuta a fianco del PCI, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 18.5.1968.

⁵¹ La relazione di Vincenzo Galetti: L'ampiezza del movimento studentesco, in: LA LOTTA, Nr. 1, November 1968. Vgl. J. KURZ, Universität, 2001, S. 249–253; F. BILLI, Le lotte operaie, 1998, S. 71–74; M. TOLOMELLI, »Repressiv getrennt«, 2001, insb. S. 285 f.

⁵² La verifica nell'azione, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 5.5.1968.

⁵³ Commissione Federale di Controllo (CFC) [PCI Bari]: Relazione al Congresso della CFC, Januar 1969, Bl. 3 f. FGPA, PCI-BA, UA 5 (Zitate); Parole d'ordini per i cartelli e le scritte per terra, o. D. [1968]. FGPU, PCI-BA, UA 269.

Das zeigte sich auch in ihrer Demonstrationsfreudigkeit. Eine neue Welle des kommunistisch organisierten antiimperialistischen »Protests« rollte nach 1968 über Bari hinweg; Umzüge und Demonstrationen des PCI waren wieder an der Tagesordnung. Der Regionalsekretär Antonio Romeo wollte damit im September 1970 »die revolutionäre Aktion des PCI anheizen«, die eine »wahre und gesunde Demokratie in unserem Land« zum Ziel habe, um die Reformprobleme anzugehen.⁵⁴ Auf diese Weise lavierte der PCI zwischen revolutionärer Form und reformistischer Strategie. Auch der reformistische Regierungs-PCI in Bologna kehrte in den 1970er Jahren zu Protestsymboliken zurück, von denen er sich eigentlich lange verabschiedet hatte. So wollte die sozialkommunistische Kommune an Silvester 1972 nicht wie traditionell auf der Piazza Maggiore eine Puppe verbrennen, die als *Vecchione* das alte Jahr symbolisierte, sondern eine Puppe mit dem Namen »Babbo Napalm – Monster des Krieges«, um damit gegen die Wiederaufnahme US-amerikanischer Bombardements gegen Vietnam zu protestieren. Die Bologneser Antikommunisten wandten sich daraufhin scharf gegen die »Instrumentalisierung einer traditionellen Volksdemonstration [*manifestazione popolare*]« zu politischen Zwecken.⁵⁵

Um den Preis wachsenden Unmuts in der moderaten, antikommunistischen Bevölkerung setzte der PCI in den 1970er Jahren auf die Integration der jungen linken Akteure und ihrer revolutionären Verve. Denn die Partei Enrico Berlinguers deutete den Ausbruch des Protestzeitalters als Ausdruck eines Bewusstseinswandels im Sinne Gramscis, als ein neues Kapitel gesellschaftlicher Partizipation und damit als einen großen Schritt hin zum Ziel gesellschaftlicher Hegemonie. Die theoretische Informiertheit gerade der geisteswissenschaftlichen Studenten, die durchschaut hätten, wie der US-amerikanische »Klassenfeind« durch die Subtilität der Massenkonsumentkultur und mit Hilfe der angelsächsischen Sozialwissenschaften die Gesellschaft »kolonisierte«, imponierte den PCI-Funktionären auch in Zeiten des Eurokommunismus. Mit Hilfe der Studenten und der linken Jugend wollte die Partei deshalb in den 1970er Jahren das kritische Bewusstsein aus den Schulen und Universitäten in die Fabriken und in andere Räume des Alltagslebens hineintragen.⁵⁶

So erklärte der PCI in den 1970er Jahren die Bildungspolitik, an deren Reformbedürftigkeit die Studentenbewegung nichts geändert hatte, zu seinem Leib- und Magenthema, und nutzte den Eifer der jungen Linken für seine Präsenz in den Fabriken. Die Wahlkämpfe von 1972 und 1976 und die lokale Alltagskommunikation des PCI zu Beginn der 1970er Jahre standen wie einst in der Frühzeit der Republik im Zeichen der »kapillaren« Tätigkeit in den Fabriken und

⁵⁴ Prefetto di Bari an das MI, 4.10.1970. ACS, MI-GAB, 1967–1970, fasc. 12010/10.

⁵⁵ Vice Prefetto di Bologna, Telegramma an das MI, 29.12.1972. ACS, MI-GAB, 1971–1975, b. 5, fasc. 11001/14.

⁵⁶ Conclusione di Ugo Pecchioli al CF [PCI Bologna] v. 17.7.1976, Bl. 2. FGER, PCI-BO, CF, Relazioni, documenti programmatici, elenchi: Relazioni al Comitato Federale 1973–1985, b. 1, sfasc.: »Relazioni 1976«.

Büros, im Süden wie im Norden.⁵⁷ 1972 ließ der PCI »Basispropagandagruppen« bilden, die mit altbewährten Methoden zur Mobilisierung der italienischen Arbeitnehmer beitragen sollten. Studenten und junge Linksradikale, aus denen sich diese Gruppen wesentlich rekrutierten, hatte der PCI inzwischen offiziell zum Teil der Arbeiterklasse, zu den »Geistesarbeitern«, erklärt. Aufgrund ihrer intellektuellen Fähigkeiten sprach die Partei ihnen eine gewisse lokale Autonomie in der Kommunikationstätigkeit zu. Mit eigenen Plakaten, Flugblättern, Stadtteil- und Fabrikzeitungen sollten die Basispropagandagruppen Stimmung gegen die Reformpolitik der Regierung machen und eine permanente Mobilisierung »des Volkes« sicherstellen.⁵⁸ Mit dieser Dezentralisierung kam die Partei dem antiautoritären, hierarchiekritischen Impetus der jungen Linken entgegen. Flankiert wurde sie von der *Unità* als der »Stimme der Partei«, die weiterhin als wichtigstes Massenmedium galt und von den Basisgruppen täglich verteilt werden sollte; damit behielt der PCI die geistige Führung in seiner Hand.⁵⁹

So konnten sich die Bologneser Funktionäre schließlich 1976 brüsten, die »großen Massenbewegungen«, die 1968 entstanden seien, seien vom PCI erfolgreich »hegemonisiert« worden und hätten damit ihren »extremistischen« Charakter abgelegt. »Das Gros der gesunden Energien, wenn sie auch 1968 extremistisch waren, finden wir heute in der Partei.«⁶⁰ Diese aus seiner Sicht erfolgreiche Integration von Teilen der linken Protestakteure durch eine Art neo-revolutionärer Tendenzwende sollte dem PCI im moderaten Publikum jedoch teuer zu stehen kommen.

Angriff von außen? Zur Wahrnehmung der Protestakteure

Angesichts der Ähnlichkeit und der Verflechtungen traditioneller kommunistischer und »neuer« außerparlamentarischer Praktiken fiel es den italienischen Beobachtern schwer, in den 1968ern und ihren linksradikalen Nachfolgern autonome politische Protestakteure zu erblicken. Das zeigte sich deutlich im Wahlkampf 1968, der mitten in die Hochphase studentischer Zusammenstöße mit der Polizei fiel. Eingeleitet mit der blutigen Schlacht um Valle Giulia in Rom am 1. März, drängten Studenten immer häufiger auf die Straßen und Plätze der Universitätsstädte. Höhepunkte erreichten die gewalttätigen Konfrontationen mit der Staatsgewalt bei der Schlacht auf der Römer Piazza Cavour am 27. April

⁵⁷ Prefetto di Bari an das MI, 28.9.1970. ACS, MI-GAB, 1967–1970, fasc. 12010/10; Discussione di massa per smascherare le colpe della D.C., in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 9.4.1972; Ottocento attivisti e simpatizzanti impiegati a Ferrara perchè nessun voto PCI vada perduto, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 9.6.1976.

⁵⁸ Nasce un manifesto, in: PCI, Almanacco, 1971, o. P.; Informazione, denuncia, mobilitazione sowie Nelle fabbriche, nei quartieri, in: ebd., o. P.

⁵⁹ L'Unità ogni mattina, in: ebd., o. P.

⁶⁰ Conclusione di Ugo Pecchioli al CF [PCI Bologna] v. 17.7.1976, Bl. 5. FGER, PCI-BO, CF, Relazioni, documenti programmatici, elenchi: Relazioni al Comitato Federale 1973–1985, b. 1, sfasc.: »Relazioni 1976«.

und der bis dato schwersten Straßen- und Barrikadenschlacht auf dem Campo de' Fiori am 31. Mai.⁶¹ Inmitten dieser Geschehnisse, am 19. und 20. Mai, wählten die Italiener ihr neues Parlament.

Obwohl Bologna und Bari im Gegensatz zu Rom, Pisa, Mailand, Turin, Neapel oder Trient keine Epizentren der Studentenbewegung darstellten und 1968 auch keine gewaltsamen Auseinandersetzungen zu verzeichnen hatten, war die antikommunistische Öffentlichkeit alarmiert.⁶² Wenn der zu neuem Leben erweckte Bareser FGCI seinen Wahlkampf mit Solidaritätsbekundungen für die Jugendlichen eröffnete und seine Propagandathemen mit Vietnam, dem Tod Martin Luther Kings und der Situation an den Universitäten ganz auf den Studentenprotest abstellte, fiel es der *Gazzetta del Mezzogiorno* nicht schwer, in den Studenten reine Manövriermassen der Kommunisten zu sehen. Die Zeitung verstieg sich gar zu der Behauptung, der »radikale Flügel« des PCI störte aus taktischem Kalkül die eigenen Kundgebungen, um den Eindruck zu erwecken, die Partei wäre »Opfer« der Studentenproteste, während diese eigentlich von ihr selbst gesteuert wären. Auch die Protestzüge der Studenten standen stets im Verdacht, vom PCI zu »Wahlzwecken« instrumentalisiert zu werden.⁶³ Wohlerzogene Schüler und Studenten, die zurecht anzeigen würden, was in ihren Universitäten nicht stimmte, würden von »linken Extremisten« und »Berufsagitatoren« verführt. Weder Presse noch Leserbriefschreiber unterschieden dabei zwischen Kommunisten und außerparlamentarischer Linker; stets erschienen sie als ein und dieselbe Gruppe.⁶⁴

Einwände gegen die Behauptung kommunistischer Steuerung der Studenten ließ die *Gazzetta del Mezzogiorno* auch dann nicht gelten, wenn Studenten selbst sie formulierten. Ein Leserbriefschreiber beschwerte sich 1968 darüber, dass seine Kommilitonen von der Zeitung nur als willfähige Objekte linker Parteien dargestellt würden, »während es sich zeigt, dass die Demonstranten überhaupt nichts mit Parteien anzufangen wissen«. Die Proteste seien spontan gewachsen in einem Kontext, wo die Professoren »auch Abgeordnete, Deputierte, Bürgermeister, Präsidenten diverser Komitees oder Assoziationen sind und sehr wenige Vorlesungen im Jahr halten«, wo die Prüfungen »schlechter sind als die Fernsehquizshows«, die Vorlesungsräume knapp würden und die Studenten von sämtlichen Entscheidungen der Fakultätsräte ausgeschlossen seien. »Für all diese Probleme«, so der Student sarkastisch, »gibt es ein Gegenmittel, es genügt, ein wenig doroteanische Geduld [*pazienza dorotea*, Anspielung auf die führende

⁶¹ Vgl. J. KURZ, Universität, 2001, S. 261–270.

⁶² Vgl. C. VENTUROLI, L'Università, 2009; D. GIACHETTI, Ribellismo giovanile, 2012, S. 58–67.

⁶³ Comizio-protesta del segretario della Fgci, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 8.4.1968 (erstes Zitat); Comizio »difficile« di Amendola per il Pci, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 11.3.1968; Parlar chiaro agli elettori anche alla Tv, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 24.4.1968 (zweites Zitat).

⁶⁴ La maniera sbagliata, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 28.3.1968; Università: gli ingenui e gli speculatori, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 4.4.1968.

corrente der DC, C. C. G.] aufzubringen und weitere fünfzig Jahre zu diskutieren, und ihr werdet sehen, dass sich alles zum wahren Guten wenden wird und eure Anfragen genehmigt werden.« Mit diesem Brief machte der Student deutlich, wie sehr das italienische ›1968‹ auch eine Revolte war gegen Professoren, die zugleich führende Figuren der etablierten Parteiendemokratie darstellten und wegen ihrer zahlreichen politischen und gesellschaftlichen Funktionen ihr Lehrdeputat vernachlässigten. Die Herausgeber der *Gazzetta del Mezzogiorno* entgegneten dem Schreiber, für jedes Problem der Studenten gebe es »Präsenz« im Parteienstaat und die Möglichkeit, sich zivilgesellschaftlich und politisch zu engagieren. Überdies beharrte das christdemokratische Blatt auf seiner Haltung, die »wahltaktische und subversive Ausnutzung des Studentenprotestes« sei in vollem Gange.⁶⁵

Tatsächlich glaubten die Christdemokraten, mit ihrer Jugendorganisation, die wie die kommunistische 1968 aus dem Dornröschenschlaf erwachte und nunmehr verstärkt mit Tagungen und Versammlungen an die Öffentlichkeit treten sollte, den »Problemen der Jugend« und den Forderungen der Studenten in adäquater Form zu begegnen.⁶⁶ Mit einem umfangreichen Programm wollte die christdemokratische Jugendorganisation im Wahlkampf 1968 eine »Vertrauensbeziehung« zu den jungen Wählern aufbauen.⁶⁷ Zwar zeigten sich einige Christdemokraten durchaus sensibel für die Kritik der Studenten an den Partizipationsstrukturen der Parteiendemokratie. In Bari etwa debattierten DC-Politiker, darunter auch Universitätsprofessoren selbst, im Wahlkampf 1968 über die wachsende Distanz zwischen Zivilgesellschaft und Politik, und über das Problem, dass sich die Parteien zunehmend auf reine »Machtgruppen« reduzierten. Sie kamen überein, dass neue Partizipationswege auch solchen Bürgern Raum geben müssten, die nicht Mitglied einer Partei waren, und würdigten die Studentenproteste dabei ausdrücklich.⁶⁸ Doch überschattet wurden solche lokalen Denkanstöße durch den Manipulationsverdacht, unter dem die Studenten standen. Der Antikommunismus sollte sich bereits im Laufe des Wahlkampfes von 1968 als hegemoniales Deutungsmuster über die Frage partizipativer und repräsentativer Fehlkonstruktionen in der etablierten Parteiendemokratie legen. Zu sehr waren Fakultätsbesetzungen und Demonstrationen als »kommunistische« Praktiken beschrieben, als dass man an eine Autonomie der Studenten und damit an die Legitimität ihrer Kritik glauben konnte.⁶⁹ Als schließlich

⁶⁵ La protesta dei giovani e il Sistema, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 3.4.1968.

⁶⁶ I giovani democristiani sul momento politico, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 11.4.1968; I giovani della Dc a convegno sui problemi della scuola, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 20.4.1968.

⁶⁷ Gilberto Bonalumi und Gianfranco Zonin an die Delegati Provinciali u. a. am 22.2.1968. ASBO, DC, CP, Carteggio e Atti, Per Uffici 5.

⁶⁸ Dibattito sulla »rottura« fra società civile e politica, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 15.5.1968.

⁶⁹ Giocano ai »quattro cantoni« gli occupanti dell'Università, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 26.4.1968.

auch Aldo Moro nach dem Scheitern des neuen Hochschulgesetzes, das mitten in den Wahlkampf 1968 fiel, auf diese Linie einschwenkte und verlauten ließ, es sei der PCI, der für die »studentischen Störungen« verantwortlich sei, weil er die Studenten zu »unkontrollierten Agitationen« treiben wolle, war die Deutungstradition etabliert.⁷⁰

Über den Hebel der 1968er konnte dem PCI so die Gewaltaffinität nachgewiesen werden, welcher ihn seine Gegner von jeher bezichtigten. Als die Studenten mit der Schlacht von Valle Giulia zu defensiver Gewalt übergegangen waren und im Anschluss eine Debatte um die Legitimität von Gewalt angestimmt hatten, war das Anlass, um den PCI zum Antipoden des »antifaschistischen« Ideals der Gewaltfreiheit zu stilisieren.⁷¹ So dozierte ein junger, offenkundig christdemokratischer Bareser in der Leserbriefspalte der *Gazzetta del Mezzogiorno*: »Die Demokratie ist eine Schule, die das ganze Leben über dauert und die Jugendlichen müssen ihre Lektionen lernen, um nicht das Chaos mit der Demokratie zu verwechseln, die eine geordnete Herrschaft aller Ideen ist, auch wenn sie dialektisch einander gegenüber stehen.« Er warnte die Studenten davor, sich dieselbe Intoleranz anzueignen, die das politische Italien präge, und damit meinte er den PCI. »Wenn wir den vorangegangenen Generationen eine Lektion größerer politischer und demokratischer Reife erteilen wollen, können wir das nur, indem wir zivil, friedlich, demokratisch protestieren und die Gewalt, den Extremismus [...] bannen.« Er appellierte an den »gesunden Menschenverstand« (*buon senso*), die Sachlichkeit und die »Liebe«, und präsentierte die Katholiken als die einzigen Träger des friedlichen politischen Miteinanders, da nur sie zu Toleranz und Vergebung fähig seien.⁷² Wenige Wochen später, als der Wahltermin näher rückte, lobte derselbe Leserbriefschreiber die demokratische Ordnung, die sich in den letzten zwanzig Jahren ausgebildet habe und Teil des »gereiften Bewusstseins« der Italiener geworden sei, und beschuldigte den PCI, seinen ideologischen Kampfschemata und seinen Methoden aus der unmittelbaren Nachkriegszeit treu zu bleiben. Der Kampf, den die Partei führe, um das politische System »explodieren« zu lassen, um »den demokratischen Staat zu demolieren, das System lahmzulegen«, helfe nicht der arbeitenden Bevölkerung, sondern lediglich den »reaktionären Gruppen, die noch immer die Macht besitzen, den Staat [...] Klasseninteressen zu unterwerfen, welche in der Lage sind, den politischen Kampf zu radikalisieren, bis hin zu dem Punkt, da er die Bahnen der Legalität und Verfassungsmäßigkeit verlässt.« Mit typisch obskur bleibenden Argumentationsketten prophezeite hier ein mutmaßlich fingierter Leserbriefschreiber aus dem Umfeld der DC-Strömung Aldo Moros im Frühjahr 1968 in der größten Tageszeitung des Mezzogiorno ein Szenario, das wenig

⁷⁰ Moro denuncia la responsabilità del Pci nei disordini studenteschi, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 3.5.1968.

⁷¹ Vgl. J. KURZ, Universität, S. 261–280; G. PANVINI, Pianificazione della violenza, 2010, S. 65.

⁷² Universitari la violenza ha sempre torto, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 5.3.1968.

später unter der Formel *Strategie della tensione* tatsächlich Form annehmen sollte. Die Arbeiter, so der Leserbriefschreiber, täten gut daran, die DC bei ihrer Verteidigung sozialer Gerechtigkeit und einer Gesellschaft »im Fortschritt« zu unterstützen, anstatt einen PCI zu wählen, der mit seinen gewaltaffinen Methoden nur die Reaktionen des Landes, die wahren Klassenfeinde, zum Gegenstoß ermutige.⁷³

Die Gleichsetzung linksradikaler Gewalt mit dem PCI mobilisierte Emotionen, die lange Zeit aus dem Wahlkampfdiskurs verschwunden gewesen waren, und ließ die alte politische Denkfigur des »inneren Feindes« wieder aufleben. Ein Bologneser Bürger, der sich als Augenzeuge der studentischen Ausschreitungen präsentierte, erklärte dem Herausgeber des *Resto del Carlino*, der 1968 Vorbehalte gegenüber dem harten polizeilichen Eingreifen geäußert hatte: »Sie haben die schändlichen Gewalttaten dieser kriminellen Rowdys [*teppisti*, gemeint sind die Studenten, C. C. G.] nicht gesehen, Sie haben nicht gehört, wie die Bevölkerung darüber gedacht hat, die gern Kanonen in Aktion gesehen hätte, um diese entwürdigende subversive Aktion zu beenden.« Es handele sich nicht um spontane Aktionen, sondern um eine internationale kriminelle Bewegung gegen die demokratischen Institutionen, deren »Vater« der PCI sei. Ordnung sei daher das höchste Gebot, und nach seiner Meinung konnte nur die DC diese gewährleisten.⁷⁴ Ganz ähnlich schrieb ein aufgebrachter Vater aus Bari angesichts der Universitätsbesetzungen und Ausschreitungen im Wahlkampf 1968, es sei der PCI, der seit einigen Monaten unwiderlegbare Akte des *teppismo* (Rowdytum) und der *faziosità* (Parteilichkeit) in den Universitäten begehe. Diese Exzesse würden demonstrieren, »welch fortwährende Gefahr die Kommunistische Partei für die Demokratie und das italienische Volk darstellen.«⁷⁵ Der mühsam erarbeitete antifaschistische Konsens der lokalen Öffentlichkeiten, wonach sämtliche Parteien, inklusive der Kommunisten, im Wahlkampf für Ordnung sorgten, schmolz 1968 binnen zweier Monate dahin.

Im Unterschied zu Italien waren in Westdeutschland weder die linkssozialistischen noch die antiautoritären Aktionsformen der 1968er dem Repertoire der Parteiendemokratie entlehnt. Zwar wurden Universitätsbesetzungen, Demonstrationen und »Krawall« auch hier zur Vorhut eines drohenden kommunistischen Angriffs auf den Staat umgedeutet.⁷⁶ Dennoch verwiesen solche Praktiken klar auf den *aufßerparlamentarischen* Rahmen, dem sie entsprangen, seitdem es keine Kommunistische Partei mehr gab. Die Einmischungen der APO in das politische Kommunikationsgeschehen konnten mithin klar als äußere Angriffe auf die etablierte Demokratie gedeutet werden.

⁷³ Il comunismo palla al piede della democrazia, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 30.3.1968.

⁷⁴ Studenti e polizia, in: IL RESTO DEL CARLINO, 7.5.1968.

⁷⁵ Che ne pensano i genitori degli studenti, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 28.4.1968.

⁷⁶ Vgl. A. SCHLDT, *Annäherungen*, 2011, S. 265; C. v. HODENBERG, *Das andere Achtundsechzig*, 2018, S. 37 f.

Freilich stellten konservative Wähler im Kontext des »Unruhe«-Diskurses um 1968 die APO und die SPD in einen nicht nur ideologischen Zusammenhang.⁷⁷ Doch wenn etwa Frau Snicks, eine Hamburger Wählerin, ihren CDU-Bundestagskandidaten 1969 mahnte, eine »Alleinregierung« von SPD und FDP sei »ja nicht auszudenken«, weil sie »uns direkt den Sowjets in die Arme treiben, oder dem Anarchismus«, dann hob sie darauf ab, dass die SPD nichts unternehmen würde, um die »Linksradikalen« in ihre Schranken zu weisen und wieder Ordnung herzustellen. Sie unterstellte aber nicht, dass die Studentenbewegung von der SPD gesteuert wäre. Stattdessen schrieb Frau Snicks dem Rundfunk die Verantwortung für die »Radikalisierung« zu, ganz im Einklang mit der bedeutsamen Rolle, die den Massenmedien als einer Art verlängertem Arm des westdeutschen Wahlvolks seit den 1960er Jahren zukam. »Es geht doch nicht an, die Hörspiele und Dokumentationsfilme immer nur aus der Sicht der SPD oder der Linksradikalen zu bringen, mit ihrem negativen, zersetzenden Inhalt. Kein Wunder, daß die Jugend keine Vorbilder u. Ideale hat, wenn ihr nur immer eine Seite, nur Negatives, gezeigt wird. Und dabei haben wir doch auch viel des Guten in deutscher Geschichte und Vergangenheit, was man der Jugend nahebringen könnte.« Eine besondere Aversion hatte sie gegen Bernhard Würdehoff, Kommentator der NDR-Hörfunksendung »Politik heute«, entwickelt, der sich mit geringschätzigen Äußerungen gegen Bundeskanzler Kiesinger und die Bundesregierung hervortue. Seiner in einer Sendung vom August 1969 formulierten »Behauptung, in einer »guten Demokratie« müßte man tolerant sein gegenüber jede Art von Minderheit u. vor allem gegen die Apo, auch wenn sie ein »paar Zerstörungen« anrichtete«, entgegenete Snicks: »Ich glaube, die meisten Menschen, außer den Linksradikalen, sind da doch wohl anderer Meinung.« Die Hamburgerin forderte die CDU nachdrücklich auf, gegen die Aufrufe zum Ungehorsam in einem vermeintlich links unterwanderten Rundfunk vorzugehen und die Sendungen zu zensieren, »die die Moral zersetzen, die unsicheren Jugendlichen gefährden«. Würde der linksradikalen »Zersetzung« durch Rundfunk und Massenmedien nicht von staatlicher Seite begegnet,

gräbt sich die Demokratie ihr eigenes Grab u. wird nochmal von links überrollt, wobei die SPD die beste Hilfestellung gibt in ihrem Drang nach Freiheit jeglicher Meinungsäußerung in Wort u. Bild [...]. Stimmt es eigentlich oder nicht, daß die Söhne Willy Brandts der Apo angehören, u. daß einer der Söhne mit dem Hauptträdelstführer Cohn-Bendix [sic] in einer Villa in Berlin-Steglitz zusammenlebt? Und der Vater solcher Söhne will Kanzler werden u. ein Volk regieren, der nicht mal die eigenen Söhne zu guten Demokraten u. verantwortungsbewußten Bürgern erziehen kann? Möge uns das Schicksal vor diesem Kanzler bewahren.⁷⁸

⁷⁷ Vgl. F.-W. KERSTING, »Unruhediskurs«, 2005.

⁷⁸ G. Snicks (Hamburg) an Heinrich Gewandt, 10.9.1969. ACDP 02–155-018/1.

Obwohl die genealogische Verbindung zwischen SPD und »Linksradikalen« anhand solcher Gerüchte über Willy Brandts Söhne konkrete Anhaltspunkte bekam, ging Frau Snicks doch nicht so weit, die Vaterrolle sogleich abstrakt auf die gesamte Partei zu übertragen, so wie es antikommunistische Wähler mit Blick auf den PCI taten. Darin lag der zentrale deutsch-italienische Unterschied im Umgang mit »1968«.

Vor dem Hintergrund der westdeutschen Traditionen, wo sich die lokale Öffentlichkeit lange schwer getan hatte, den Demokratiebegriff positiv zu beschreiben, zog der Angriff der APO eine neue Auseinandersetzung mit dem Konzept nach sich, die auch positiven Konnotationen Platz gab. CDU-nahe Wählerinnen und Wähler wie Frau Snicks verbanden »Demokratie« nun mit Konformität und bürgerlicher Moralität, mit Ordnung und Verantwortungsbewusstsein. Im Grunde handelte es sich um ein Tugendpaket, das alles negierte, was die linken Studenten von der »Demokratie« forderten. Die Absage an Toleranz gegenüber Minderheiten (hier der APO) und die häufiger begegnende, unbekümmerte Verwendung des Begriffs »Zersetzung« bei Frau Snicks deuten nicht auf überwundene nationalsozialistische Denkmuster hin, sondern darauf, dass es solchen Wählern inzwischen leichter fiel, ihre Idealvorstellung von einem geordneten Staat mit dem Begriff »Demokratie« zu etikettieren. Das war vermutlich in erster Linie eine Reaktion auf den Versuch der APO, diesen Begriff zu besetzen, und stellte daher eine defensive Aneignung dar.

Auch wo die APO die Spielregeln der etablierten Politik angriff, zeigten sich nun solche Aneignungen von »Demokratie« und Parlamentarismus. In Presse und Rundfunk wurde die außerparlamentarische gern pejorativ als »antiparlamentarische« Opposition bezeichnet, was einer Verteidigung des Parlamentarismus und seiner Fraktionen gleichkam.⁷⁹ Wahlbürger entdeckten angesichts der neuen urbanen Konflikthaftigkeit, die wesentlich von den Auseinandersetzungen zwischen APO und NPD getragen war, die Vorzüge der parlamentarischen Demokratie, deren Träger vor der Folie der »Radikalen« als die verantwortungsbewussten Vertreter der Politik gelten konnten. Ein Fall aus dem baden-württembergischen Landtagswahlkampf Ende 1967 mag das illustrieren. Auf einer NPD-Kundgebung in der Ulmer Donauhalle waren APO-Anhänger und Neonazis im Nebel von Rauchbomben aufeinander losgegangen. Im Getümmel der Aktivisten hatte Pressefotograf Ewald Kley einen Herzinfarkt erlitten und konnte nur noch tot geborgen werden. Um sein letztes Bild (Abb. 7) entbrannte eine erregte Debatte, an der sich zahlreiche Bürger mit Leserbriefen beteiligten. Da die Todesursache zunächst ungeklärt blieb, war man sich uneins, ob Kley als »das erste Opfer des Neonazismus« anzusehen sei, wie die *Neu-Ulmer Zeitung* titelte, oder ob die auf »Radau« gebürstete APO die Schuld an seinem Tod trage.⁸⁰ Ein Bürger aus Ehingen meinte, die linken

⁷⁹ Vgl. M. VOGEL, »Außerparlamentarisch«, 2005.

⁸⁰ Kley, das erste Opfer des Neonazismus, in: NEU-ULMER ZEITUNG, 20.11.1967.



KURZ BEVOR der Ulmer Fotoreporter Ewald Kley am Mittwochabend mit einer Rauchvergiftung in die Ulmer Universitätsklinik eingeliefert wurde, in der er am Donnerstag verstarb, drückte er noch einmal auf den Auslöser seiner Kamera. Und das war das letzte Bild: Ein NPD-Saalordner (mit weißer Armbinde) wirft einen jungen Demonstranten zur Donauhalle hinaus. Der Polizeibeamte kann den Sturz nicht mehr aufhalten. (Das Bild wurde uns kollegialerweise von der Schwäbischen Donau-Zeitung zur Bild: ky

Abb. 7: Die letzte Fotografie des Pressefotografen Ewald Kley von der NPD-Wahlkundgebung in der Donauhalle in Ulm im November 1967 erschien in mehreren Tageszeitungen der Region, hier abgedruckt in der Neu-Ulmer Zeitung vom 20. November 1967.

© Südwest Presse Ulm, Fotograf: Ewald Kley

Störer hätten »die Demokratie mißachtet und sich wie wild gewordene Diktatoren aufgespielt« und erklärte seinen Mitbürgern: »Wahre Demokratie läßt auch den Gegner leben und gibt ihm die gleichen Rechte, seine Anschauung darzulegen.«⁸¹ Obwohl der hitzig geführte Wahlkampf bei manchem Beobachter unliebsame Erinnerungen an vergangen geglaubte Bürgerkriegszeiten weckte, ließen die Geschehnisse westdeutsche Stadtbewohner erstmals öffentlich darüber nachdenken, was sie unter »Demokratie« verstanden und was ihnen an ihr lieb und teuer war.⁸² Erstmals auch, und sicherlich im Kielwasser der massenmedialen Berichterstattung über die Erschießung Benno Ohnesorgs wenige Monate zuvor, sprach man öffentlich empört über Opfer politischer Gewalt. Was ein Rudi Dutschke ausdrücklich forderte, eine emotionale Identifikation mit solchen Opfern, war im lokalöffentlichen Diskurs jener Zeit durchaus zu erkennen.⁸³

In die Debatte um »Demokratie« schalteten sich auch jene ein, die mit der repräsentativen Demokratie unzufrieden waren, ohne die linke Kritik zu teilen. Eine Fraktion Ulmer Bürger schob den Kommunalpolitikern die Verantwortung für die Ausschreitungen in der Donauhalle zu. Dass der Stadtrat auf Verlangen vieler Ulmer bis zuletzt versucht hatte, der NPD durch allerlei Auflagen den Zugang zur Halle zu verwehren, hatte die Gemüter im Vorfeld der Kundgebung erheblich erhitzt und nach Meinung mancher die Eskalation heraufbeschworen.⁸⁴ In einem anonymen Brief konnten Oberbürgermeister und Ulmer Ratsherren lesen: »Durch Euch Verbrechern mußte wieder ein armer Mann sein leben lassen. [...] Warum tun Sie das, habt Ihr Angst, Ihr würdet den Sessel verlieren, oder müstet mit Schippe u. Hacke arbeiten gehn. Ihr sprecht von einer Demokratie, das ist keine, das ist Diktatur.« Das »arme, [...] fleisige Volk« müsse nun den Schaden in der Donauhalle bezahlen, während die »Obrigkeit« wieder einmal ungeschoren davonkomme. Aus Protest wollten der Schreiber und angeblich auch viele seiner Bekannten nun demonstrativ in die NPD eintreten. Diese inbrünstig vorgetragene Herrschaftskritik, die gewählte demokratische Vertreter als »Lumpen« und »Schlafköpfe« betitelte, stellte mitnichten das Ende der Fahnenstange dar: Andere Ulmer bedachten den Stadtrat mit anonymen Morddrohungen.⁸⁵

⁸¹ Gnade uns Gott, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 12.12.1967. Siehe auch: Leser zu den Vorgängen in der Donauhalle, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 7.12.1967.

⁸² Rauchbomben, in: SCHWÄBISCHE ZEITUNG, 18.11.1967.

⁸³ Zu Dutschke vgl. H. KNOCH, Einleitung, 2007, S. 38.

⁸⁴ Stadt Ulm: Auszug aus der Niederschrift über die Verhandlung des Gemeinderats vom 27.10.1967. StAU, B 123/1322 Nr. 4; Bürger-Protest gegen NPD, in: STUTTGARTER ZEITUNG, 15.11.1967; Stadt Ulm, Liegenschaftsamt, an das Bürgermeisteramt, 20.11.1967. StAU, B 123/1322 Nr. 8; Keine Kautionsforderung in letzter Stunde, in: NEU-ULMER ZEITUNG, 23.11.1967.

⁸⁵ Anonymus an Oberbürgermeister, Bürgermeister und Ratsherrn von Ulm, o.D. [Eingang 11.12.1967]. StAU, B 123/1322 Nr. 6; Anonyme Morddrohungen an Ulmer Stadtrat, in: NEU-ULMER ZEITUNG, 18.11.1967.

Je mehr der Auftritt von APO und NPD im westdeutschen Wahlvolk öffentlich sichtbare Fronten aufbrechen ließ, desto mehr neigten die sich formierenden Lager dazu, die »Demokratie« jeweils zum normativen Ideal zu erheben. Die außerparlamentarischen Angriffe auf die Spielregeln brachten so auch unter konservativen Wählern eine Rehabilitierung des Demokratiebegriffs mit sich, und man kann darin durchaus eine eigen-sinnige Aneignung des Demokratiediskurses erblicken, den die 1968er in der westdeutschen Öffentlichkeit angestoßen hatten. Indem offenherzige NPD-Anhänger wie der anonyme Ulmer Schreiber auch die Erschießung Benno Ohnesorgs (auf den er offenkundig anspielte, wenn er meinte, »wieder« habe ein Mann sein Leben lassen müssen) in den Reigen der Opfer der vermeintlichen »Diktatur« aufnahmen, zeigt sich, dass Wähler auf der politischen Rechten die linke Kritik an einem repressiven System auf ihre Weise aufgriffen. Was »Demokratie« war und sein sollte – das verhandelten die Westdeutschen, analog zum Problem politischer Gewalt und der Härte polizeilichen Eingreifens, in der politischen Kommunikation erstmals um 1968 in einer Weise, wie es die Italiener in der Frühzeit der Republik getan hatten.⁸⁶ Grundlegend dafür war, dass sie den Unterschied zwischen der parlamentarischen Grundordnung und den außerparlamentarischen Regelbrechern klar zu erkennen meinten.

Der Verlust der Ordnungsmacht. Gewalt gegen die Parteiendemokratie in Italien

In Italien indes sah sich der PCI durch die politische Gewalt des Protestzeitalters und den Verdacht kommunistischer Steuerung zunehmend unter Druck. Einerseits wollte er die verlorenen Kinder links von ihm einsammeln und durfte deshalb den Dialog mit der außerparlamentarischen Linken nicht abbrechen. Andererseits musste er sein antifaschistisches Selbstverständnis verteidigen, wonach Gewalt eben nicht zu einer demokratischen Aktionsform zählte. Dieser Balanceakt forderte die Partei mindestens bis 1975 heraus, als sich die Direktion des PCI offen vom Dialog mit der außerparlamentarischen Linken abwandte.⁸⁷

Zunächst ließ die seit den 1950er Jahren durchgesetzte Polizeipräsenz und die Null-Toleranz-Politik auf den Plätzen und in den Sälen den außerparlamentarischen Angreifern wenig Raum, Wahlkundgebungen zu stören. Polizisten intervenierten bei Störversuchen sofort, griffen die Studenten auf und schafften sie vom Ort der Veranstaltung, um ihre Personalien aufzunehmen und sie dann in der Regel wieder freizulassen. So kam es im urbanen Wahlkampf 1968 lediglich vereinzelt zu Störungen und studentischen Zwischenrufen. Dabei ging es vorrangig um die Forderung nach Freilassung

⁸⁶ Vgl. A. DOERING-MANTEUFFEL, Grundordnung und Gewaltdiskurs, 2003, und mit Blick auf Hamburg: K. WEINHAEUER, Schutzpolizei, 2003, S. 299 f.

⁸⁷ V. CASINI, La sinistra extraparlamentare, 2017.

inhaftierter Kommilitonen.⁸⁸ Auch die Protestdemonstrationen der Studenten anlässlich von Wahlkundgebungen liefen in der Regel ohne Zwischenfälle ab. Der Wahlkampf im Zeichen der außerparlamentarischen Opposition blieb so zunächst bestechend ruhig, aber auch steril, weil im Grunde nicht einmal verbale Konfrontationen zwischen den Vertretern der Parteiendemokratie und der Protestgeneration zugelassen wurden. Bis auf wenige Episoden in der Größenordnung von Schlägereien hielten sich überdies auch die Parteimitglieder an die »demokratischen Spielregeln«, wie die Präfekten zufrieden berichteten.⁸⁹

Unter der Oberfläche eines geordneten politischen Kommunikationsgeschehens kündigte sich jedoch bereits an, was die italienische Parteiendemokratie seit 1969 von unten und vor den Augen des lokalen Publikums aushöhlen sollte: der Angriff auf ihre Repräsentationsorte. Wenn in Wahlkampfnächten 1968 der lokale Parteisitz des PLI in Lecce oder ein Sektionsitz des PCI an der Turiner Peripherie angezündet worden waren, wusste man zu jener Zeit noch nicht, ob es sich um *teppismo* (»Rowdytum«) handelte, womit ein politischer Gewaltakt gemeint war, oder um die »irrsinnige Tat eines Unverantwortlichen«.⁹⁰ Wenige Monate später konnte kein Zweifel mehr bestehen: Die italienische Parteiendemokratie wurde dort getroffen, wo sie einst gewachsen war, an ihren zahlreichen lokalen Sektions- und Verbandssitzen – und zwar im Stile des Guerillakampfs und bisweilen mit bürgerkriegsähnlichen Szenen. Die symbolische Dimension dieser Taten wird erst klar, wenn man bedenkt, was mit den Anschlägen der Zerstörung anheim fiel: Parteiembleme, -fahnen und -banner sowie Propagandamaterial, beim PLI in Lecce 1968 allein 70 000 Flugblätter, Parteiarchive und -akten der vergangenen zehn, manchmal zwanzig Jahre und mithin die Dokumentation über die lokale Tätigkeit der Partei, ihre lokale »Geschichte«, wie die *Gazzetta del Mezzogiorno* 1968 treffend schrieb. Die Zerstörung von Akten und Parteisymbolen war den Tätern so wichtig, dass sie gezielt Aktenschränke leerten oder die Fahnen eigenhändig anzündeten.⁹¹ Damit trafen sie eine Parteiendemokratie ins Mark, die stark auf Symbole und lokale Verwurzelung setzte.

Ziel solcher Anschläge wurden seit 1969 sämtliche Parteien im ganzen Land, wobei der PCI und seine linken Konkurrenten PSIUP und PCI (m-l)

⁸⁸ Prefetto di Bari: Telegramm an das MI, 11.5.1968. ACS, MI-GAB, fasc. 17222/10; Prefetto di Bologna: Telegramm an das MI, 4.5.1968. Ebd., fasc. 17222/14.

⁸⁹ So die Wortwahl in: Prefetto di Asti an das MI, 31.5.1968. ACS, MI-GAB, 1967–1970, b. 525, fasc. 17222/8. Zur Schlägerei: Deputato della Dc insultato e percosso, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 3.5.1968. Zur Ruhe siehe auch: Prefetto di Bologna: Telegramm an das MI, 6.5.1968. ACS, MI-GAB, 1967–1970, b. 526, fasc. 17222/14; Prefetto di Brescia: Telegramm an das MI, 11.5.1968. Ebd., fasc. 17222/16.

⁹⁰ A fuoco la sede di Lecce del Pli, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 26.3.1968; Bombe Molotov contro sede del Pci, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 14.5.1968.

⁹¹ A fuoco la sede di Lecce del Pli, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 26.3.1958; A fuoco la sede, in: ebd.

am stärksten betroffen waren. Im Januar versuchten Neofaschisten aus Protest gegen die Geschehnisse in der Tschechoslowakei, den Hauptsitz des PCI in der Römer Via delle Botteghe Oscure zu stürmen; am selben Tag griffen Neofaschisten den PCI-Verbandssitz in Neapel an. Anfang März traf eine schwere Bombe die Druckerei der *Unità* in Mailand; derweil wurde die kommunistische Parteisektion an der zentralen Piazza von Montemurlo bei Florenz vollständig durch ein Feuer zerstört.⁹² Bologna war von der symbolischen Gewalt gegen die Kommunisten nicht ausgenommen. Ende 1969 wurde ein dilettantisch hergestellter Sprengkörper vor dem Sitz des PCI-Provinzverbandes deponiert. Neben den Parteisitzen wurden auch Privathäuser und Pkw politischer Amtsträger in Brandt gesteckt.⁹³ Daneben hatte der Guerillakampf Präfekturen und Polizeipräsidien, Gewerkschaftssitze, Zeitungsredaktionen (und Redakteure) sowie Orte des lokalen Establishments zum Ziel, darunter Banken, wie im Falle des bis dato brutalsten rechtsterroristischen Anschlags, jenem auf der Piazza Fontana am 12. Dezember 1969 in Mailand, der 17 Menschenleben kostete und die radikale Gewaltspirale der 1970er Jahre auslöste.

Die Linksradiakalen weiteten daraufhin ihre Stadtguerilla aus. In den 1970er Jahren gehörte die Brandstiftung an Läden und Autohäusern oder das Anzünden der Pkw lokaler Unternehmer vor ihrem Anwesen zum Alltag der italienischen Städte. In Bologna hinterließen Täter im Juli 1972 bei einem solchen Anschlag auf der gegenüberliegenden Hausmauer die Warnung: »Faschist Tamburini, sei wachsam«. Solche Ereignisse erhielten eine besondere Brisanz, wenn der Angegriffene kurz zuvor eine heftige Auseinandersetzung mit einem Führer der kommunistischen Gewerkschaft gehabt hatte.⁹⁴ Tatsächlich standen die Taten häufig in zeitlicher Verbindung zu den Arbeitskämpfen der 1970er Jahre und waren wohl auch personell mit ihnen verknüpft. Involvierungen kommunistischer Genossen lassen sich für die Provinz Bari nachweisen, in Bologna und der Stadt Bari selbst waren lediglich Mitglieder der kommunistischen Jugendorganisation FGCI beteiligt.⁹⁵ In der Regel jedoch sprachen Polizei und Präfekten von Tätern aus dem außerparlamentarischen linksradikalen beziehungsweise neofaschistischen Milieu.⁹⁶ Sie fochten nicht nur Arbeitskämpfe, sondern auch inneruniversitäre soziale Konflikte auf den Straßen aus. So wurden in Bologna die Autos junger Neofaschisten angezündet, die zugleich Universitätsstudenten waren und ihre Widersacher vermutlich von

⁹² C. SCHAERF u. a., *Venti anni*, 1992, S. 102, 105, 107.

⁹³ Prefetto di Bologna: Telegramm an das MI, 15.12.1969. ACS, MI-GAB, 1967–1970, fasc. 11001/14; C. SCHAERF u. a., *Venti anni*, 1992, S. 140, 170.

⁹⁴ Capo della Polizia di Bologna: Telegramma an das MI, 29.7.1972. ACS, MI-GAB, 1971–1975, fasc. 11001/14.

⁹⁵ Zur Beteiligung von PCI-Genossen an einem Tumult mit Neofaschisten siehe: Prefetto di Bari an das MI, 7.11.1970. ACS, MI-GAB, 1967–1970, fasc. 12010/10.

⁹⁶ Siehe die Telegramme aus Bologna und Bari in: ACS, MI-GAB, 1971–1975, b. 5, fasc. 11001/10 u. 11001/14.

dort kannten. Sie fuhren bezeichnenderweise keinen gebrauchten Fiat, sondern luxuriöse Karossen.⁹⁷

Rivalisierende Jugendgruppen ergingen sich auch im offenen Kampf auf den Straßen der Städte, meist in den Abend- und Nachtstunden. An Streitigkeiten und Schlägereien waren in Bologna die Mitglieder der neofaschistischen und der kommunistischen Jugendorganisationen, Vertreter katholischer Studentengruppen und linksradikaler Bewegungen beteiligt, darunter auch Frauen. Aufeinandertreffen bei Flugblattverteilungen oder zufällige Begegnungen endeten häufig in Faustkämpfen.⁹⁸ Im Oktober 1972 hielten Ordnungskräfte rechtsextreme Medizinstudenten in ihrem Pkw an, als sie mit Schlagstöcken, Spitzhacken und Feuerwaffen bewaffnet vor dem Sitz des Bologneser PCI-Verbandes vorgefahren waren.⁹⁹

In anderen Städten waren die Auseinandersetzungen schon seit 1969 von noch größerer Radikalität geprägt. In Livorno schossen MSI-Mitglieder im Januar 1969 aus dem Fenster ihres Verbandssitzes auf ein parkendes Auto mit Insassen einer nahegelegenen PCI-Sektion; kurz darauf wurde der Provinzsekretär des neofaschistischen Parteiverbandes wegen dreifachen versuchten Mordes und Waffenbesitzes festgenommen. Derweil feuerten Unbekannte in Rimini und in der Provinz Turin Schüsse auf PCI-Sektionen ab.¹⁰⁰ Knapp zwei Monate später kam es in Rimini zu schweren Tumulten zwischen Neofaschisten und Kommunisten, nachdem Erstere die Traueranzeige für einen verunglückten Genossen an der öffentlichen Wandtafel der Partei mit faschistischen Parolen beschmiert hatten. In Rom wurde im Juni 1970 ein christdemokratischer Sektionssekretär auf offener Straße angegriffen und am Kopf verletzt. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen.¹⁰¹ Die politische Mikrogewalt nahm damit Ausmaße an, die jene in den späten 1940er Jahren bei weitem übertrafen, sieht man einmal von den »wilden« Säuberungen der Kommunisten ab.

In diesem Klima ging der MSI seit 1969 dazu über, die Plätze zu erobern, einerseits in offener Konfrontation mit der außerparlamentarischen Linken, andererseits aber auch durch den bewussten Einsatz politischer Gewalt auf den Straßen. Die neofaschistische Parteiführung forcierte dabei strategisch die Gewaltbereitschaft ihrer Jugendgruppen. 1970 versuchten sie während des Regionalwahlkampfes vor allem in den kommunistisch regierten Städten die linken Parteien auf den Plätzen anzugreifen, während die Linksradikalen dazu übergingen, gezielt die Kundgebungen des MSI zu sprengen, was in Schlägereien

⁹⁷ Vice Prefetto di Bologna: Telegramm an das MI, 25.10.1972. Ebd., fasc. 11001/14; Vice Prefetto di Bologna: Telegramma an das MI, 27.10.1972. Ebd.

⁹⁸ Vice Prefetto di Bologna: Telegramm an das MI, 31.10.1972. Ebd.; Vice Prefetto di Bologna: Telegramm an das MI, 6.12.1972. Ebd.

⁹⁹ Vice Prefetto di Bologna, Telegramm an das MI, 10.10.1972. Ebd.

¹⁰⁰ C. SCHAERF u. a., *Venti anni*, 1992, S. 100.

¹⁰¹ Ebd., S. 108, 166.

mit Neofaschisten und Polizei mündete.¹⁰² Die Kommunalwahlen 1971 standen im Zeichen massiver Zusammenstöße zwischen neofaschistischen Gruppen und der außerparlamentarischen Linken; einige Kundgebungen gerieten vollkommen außer Kontrolle. Als im Parlamentswahlkampf 1972 die Option im Raum stand, dass sich die DC auf eine Regierungskoalition mit dem MSI einlassen könnte, spitzte sich die Situation noch einmal dramatisch zu. Als sich die Hoffnungen der Neofaschisten auf eine Regierungsbeteiligung nach den Wahlen zerschlugen, verlor die MSI-Parteiführung vollständig die Kontrolle über ihre gewaltbereite Basis.¹⁰³

Der vorgezogene Parlamentswahlkampf von 1972 – wie in der Bundesrepublik der erste seiner Art in der Nachkriegsgeschichte – stand damit nicht nur im Zeichen einer Regierungskrise, sondern war überschattet von der Wahrnehmung einer massiv gestörten öffentlichen Ordnung. Obwohl Linksradikale und Rechtsradikale aufeinander fixiert blieben, bedrohten sie so die grundlegende Vereinbarung zwischen Stadtbürgern und Parteiendemokratie, den parteipolitischen Konflikt im öffentlichen Raum dem Regiment ziviler Normen zu unterwerfen. Gewaltfreiheit, gegenüber Sachen wie Personen, war die Voraussetzung für den Konsens der *maggioranza silenziosa*, und die Bologneser Wahlkampfatmosphäre der Jahre 1972 und 1976 dokumentiert, wie sehr die bedrohte Ordnung die urbane politische Kommunikation belastete.

Die Zahl der Kundgebungsstörungen war dabei gar nicht so groß, doch die schiere Präsenz der Stadtguerilla, Funde von Molotow-Cocktail-Lagern und Handgranaten in der Innenstadt und die bedrohlichen Meldungen aus diversen Städten über rechte und linksradikale Attacken im Wahlkampf warfen vor allem 1976 einen bedrohlichen Schatten auf das Wahlkampfgeschehen.¹⁰⁴ Über einhundert Fälle von politischer Gewalt gegen Personen haben Sozialwissenschaftler in diesem Wahlkampf gezählt, in erster Linie begangen von Links- und Rechtsextremen. Vor allem in Rom, Turin und Mailand waren Schusswechsel oder Verfolgungsjagden in Pkw keine Seltenheit; Akte von Plakatabriss erscheinen demgegenüber banal, standen aber manchmal am Beginn gewaltvoller Auseinandersetzungen.¹⁰⁵ Obwohl in Bologna keine Personen angegriffen und auch die Kundgebungen nicht schwerwiegend gestört wurden, konnte ein Blick in den *Resto del Carlino* den Eindruck erwecken, in einem wahrhaftigen Guerillakrieg zu leben.¹⁰⁶ Während des Wahlkampfes explodierten nachts

¹⁰² Ebd., S. 164 f. Vgl. umfassend G. PANVINI, *Ordine nero*, 2009.

¹⁰³ Vgl. G. PANVINI, *Pianificazione della violenza*, 2010, S. 68–74; M. TOLOMELLI, *Italianische Verhältnisse*, 2009, S. 432 f.; P. IGNAZI, *I partiti e la politica*, 1999, S. 142–144, 157 f.

¹⁰⁴ Prefetto di Bologna: Telegramm an das MI, 8.5.1972. ACS, MI-GAB, 1971–1975, b. 5, fasc. 11001/14; Quattro bombe a mano ai giardini Margherita, in: *IL RESTO DEL CARLINO*, 18.6.1976.

¹⁰⁵ Scontro a fuoco davanti al comando dei carabinieri a Roma: 4 arresti, in: *IL RESTO DEL CARLINO*, 20.6.1976. Zur Zahl vgl. D. C. RAPOPORT/L. WEINBERG, *Elections and Violence*, 2000, S. 35. Zur Dokumentation der Anschläge und Gewaltakte vgl. C. SCHAEFF u. a., *Venti anni*, 1992.

¹⁰⁶ Vgl. M. TOLOMELLI, *Militanza e violenza*, 2009, S. 197.

Bomben in Autohäusern und Läden. Autos, Ladenlokale und ein MSI-naher Gewerkschaftssitz gingen in Flammen auf.

Die dezentrale Organisationsstruktur der *Brigate Rosse* und ihrer breit gestreuten Unterstützerkreise wirkte sich massiv auf die urbane Wahlkampfkultur aus, weil sich die Stadtguerilla so in jeder größeren Stadt bemerkbar machte. In zwei Bologneser Fabriken tauchten im Wahlkampf 1976 Kisten mit Flugblättern der BR auf. Die in Bologna operierende Sympathisantengruppe *Armata Italiana Rivoluzione Stella Rossa* verfasste an den *Resto del Carlino* gerichtete Flugblätter, die sie in Telefonzellen deponierte und von einem Redakteur der Zeitung abholen ließ. Darin prophezeite sie die Auflösung der Parlamentskammern und den Übergang zu einem Präsidialsystem und kündigte den »bewaffneten, revolutionären Krieg« gegen DC und MSI an.¹⁰⁷ Nahezu jeden Tag wurde irgendwo im Land ein Anschlag auf einen Partei- oder Gewerkschaftssitz verübt. Auch die Kandidaten selbst fühlten sich bedroht. Bologneser Politiker erhielten anonyme Drohungen und wurden von den Präfekten aufgefordert, zum Schutz ihrer Person ihre Alltags- und Lebensgewohnheiten zu ändern, sich stets auf unterschiedlichen Routen durch die Stadt zu bewegen und sich nicht auf Kontakte mit fremden Menschen einzulassen – kein kleines Problem für Politiker, die Wahlkampf betreiben wollten.¹⁰⁸ Die Wirkung dieser Atmosphäre war jedoch ambivalent: Sie lähmte die Politik und die politische Kommunikation, doch nicht unbedingt den Alltag der Stadtbewohner und die Freizeitkultur. Während Politiker fürchten mussten, beim Plakatekleben angegriffen zu werden, saßen viele Italiener im Auto auf dem Weg zum Strand.¹⁰⁹

Angesichts gewalttätiger Ausschreitungen auf Wahlveranstaltungen vor allem in den norditalienischen Industriestädten glich Bologna einer Festung, als der MSI-Parteichef Giorgio Almirante für den Abend des 15. Juni 1976 zu einer Wahlkundgebung in die Stadt kam. Der Präfekt verlegte sie kurzfristig von der Piazza Santa Stefano in einen Saal im Palazzo dei Congressi außerhalb der Altstadt, weil Lotta Continua und andere linksradikale Gruppen für zwei Stunden vorher ebenfalls auf der Piazza Santo Stefano eine Versammlung angekündigt hatten. Nach Ansicht der lokalen Ordnungshüter sollte sie lediglich den Zweck erfüllen, die Aktivisten zu sammeln, um dann die neofaschistische Veranstaltung zu sprengen. Über 1 500 Polizisten patrouillierten in der Stadt, um die MSI-Kundgebung vor den linken Aktivisten zu schützen, die nun von der Piazza Santo Stefano zum neuen Kundgebungsort zogen. Während ihres Demonstrationzugs warfen sie zwei Molotow-Cocktails in die

¹⁰⁷ Attentato terroristico in via Calari, in: *IL RESTO DEL CARLINO*, 19.6.1976; Volantini delle Br in due stabilimenti, in: *IL RESTO DEL CARLINO*, 15.6.1976; Una lettera di minacce, in: *IL RESTO DEL CARLINO*, 11.6.1976.

¹⁰⁸ G. LONGOBARDI, *La piazza vuota*, 2007, S. 76 f.

¹⁰⁹ Scontri, pestaggi e ferimenti, in: *IL RESTO DEL CARLINO*, 20.6.1976; Consigliere comunale Dc aggredito da estremisti, in: *IL RESTO DEL CARLINO*, 19.6.1976; Strade intasate, spiagge piene. Ecco perché pochi hanno votato, in: *IL RESTO DEL CARLINO*, 21.6.1976.

Schaufenster eines Autohauses, was die Beamten in Bewegung versetzte. Als ein Polizist inmitten des nachmittäglichen Verkehrsstaus von einem Auto angefahren wurde, eilten ihm sofort fünfzig Kollegen zu Hilfe, in der Annahme, es handle sich um den Beginn einer von den »Extremisten« initiierten Aktion.¹¹⁰

Während Teile seiner Parteijugend der Meinung waren, dass es vor zwanzig Jahren die Kommunisten selbst gewesen seien, die im Zweifelsfall die gewalttätige Auseinandersetzung auf der Piazza gesucht hätten, bedeutete diese Szenerie für den Bologneser PCI nichts Geringeres als einen Angriff auf die Stadt, deren »antifaschistische« Qualität er gerade durch ein besonders »ziviles« und demokratisches Klima verbürgen wollte.¹¹¹ In seinem Versuch, diese Ordnung zu verteidigen, erwies er sich einmal mehr als zentraler Hüter der *gesamten* Parteiendemokratie und ihrer Repräsentationsrechte im Wahlkampf. Welch groteske Folgen dies nach sich zog, zeigten schon seine Reaktion auf Störungen im Umfeld einer MSI-Kundgebung im Wahlkampf 1972. Als linksradikale Akteure von Potere Operaio und Lotta Continua die Veranstaltung auf der Piazza Maggiore zu sprengen versucht hatten, lobte der Bologneser PCI-Verband in der *Unità* das entschiedene Eingreifen der anwesenden Arbeiter (und gab damit zu, dass Arbeiter einer MSI-Veranstaltung beiwohnten) und Bürger, die die Unruhestifter eingekesselt hätten, um das Schlimmste zu verhindern. Auch die *Unità* sprach vom »Rowdytum« (*teppismo*) und verurteilte den Missbrauch der *Bandiera rossa* durch Linksradikale zum Zwecke physischer Gewalt, die dabei nun auch explizit als »Bürgerliche« titulierte wurden.¹¹²

Während der Bologneser PCI weiterhin versuchte, die Kontakte zur außerparlamentarischen Linken nicht abbrechen zu lassen, konnte er angesichts der ausufernden Gewalt nicht anders, als die Linksradikalen ausdrücklich aus dem Reigen der demokratischen Kräfte auszugrenzen.¹¹³ So sprach er ihnen auch öffentlich die Qualität ab, in der Tradition der Arbeiterbewegung zu stehen. Gegen Ende des glimpflich verlaufenden Wahlkampfs von 1972 brüsteten sich die Bologneser Kommunisten, es habe sich wieder das bewährte zivile Klima in der Stadt durchgesetzt. Nur dort, wo die Kommunisten stark seien, sei die Demokratie gegen die »Faschisten« geschützt.¹¹⁴ Damit versuchte er auch, sich qua seiner Ordnungsfunktion als der legitimere antifaschistische Akteur zu präsentieren.

¹¹⁰ Ferma vigilanza della città intera per il comizio del segretario missino, in: IL RESTO DEL CARLINO, 16.6.1976.

¹¹¹ Der Bologneser FGCI sprach 1977 von der Wiederherstellung einer »authentisch revolutionären Gewalt«, vgl. S. BELLASSAI, Un trauma, 2009, 232 f. Ehemalige Lotta Continua-Mitglieder in Bologna betonen die Alltagspräsenz von Gewalt im Inneren der Organisation, vgl. E. VOLI, Quando il privato, 2006, S. 219.

¹¹² I comunisti condannano il teppismo e la rissa, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 12.4.1972; Ai borghesi scandalizzati, in: ebd.

¹¹³ In Bologna brachen die Kontakte erst 1977 ab, siehe: F. BILLI, Il mio '68, 1998, S. 210 f. Umfassend zum Gewaltgeschehen der 1970er Jahre in Bologna vgl. L. PASTORE, La vetrina infranta, 2013.

¹¹⁴ Ai borghesi scandalizzati, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 12.4.1972.

Das antifaschistische Selbstverständnis der Resistenza-Stadt wurde allerdings geradezu ad absurdum geführt, wenn der *Resto del Carlino* von den polizeilichen Schutzmaßnahmen anlässlich der Kundgebung Almirantes 1976 unter der Schlagzeile »Entschiedene Wachsamkeit der ganzen Stadt für die Kundgebung des MSI-Sekretärs« berichtete. Die Traditionen politischer Kommunikation und die Aufladung des Antifaschismus als »tolerant« und »zivil« ermöglichten es, im Namen des Antifaschismus auch den Neofaschismus zu verteidigen, solange der MSI als Parlamentspartei seinen Anspruch auf die Piazza anmeldete. Der *Resto del Carlino* lobte dann auch den »sehr zivilen Antifaschismus« der Bologneser Bürger, die den MSI vor Angriffen der Linksradiakalen bewahrt habe.¹¹⁵ Der im italienischen Protestzeitalter aufbrechende Kampf um die Tradition des »Antifaschismus« zwischen der jüngeren und der älteren Generation fand im Zeichen dieser Entwicklung statt, da sich Organe des moderaten Italien wie der *Resto del Carlino* den »Antifaschismus« zu eigen machten, um die Ordnung zu verteidigen – und dabei auch den MSI.¹¹⁶

Der PCI konnte sich der lokalen Bindekraft des »antifaschistischen« Ordnungsdiskurses nicht erwehren und mutierte so in den Augen der Linksradiakalen mehr und mehr zu einer Partei der Ordnung (*partito di ordine*), die dem Staat im Zweifel näher stand als den »Unterdrückten« und der Revolution.¹¹⁷ Charakteristisch für seinen Umgang mit der Gewaltdrohung der 1970er Jahre wurden einmal mehr überparteiliche Initiativen, mit denen er sich, nach alter Tradition, als Repräsentant der ganzen Stadt erweisen konnte. In einem »Appell an die Bürger« postulierte der Bologneser PCI 1972 eine breite lokale Front gegen die politische Gewalt von allen Seiten.¹¹⁸ Manchmal schienen nun die antifaschistischen Parteien und die Stadtbewohner zusammenzurücken, wie etwa in Ravenna, wo Kommunisten, Sozialisten, Christdemokraten und Linksliberale am Tag der Befreiung, dem 25. April 1972, ein Demonstrationsverbot für den MSI durchsetzten, damit die Feierlichkeiten nicht von Neofaschisten gestört wurden.¹¹⁹ Im Wahlkampf jedoch war der MSI mit im Boot. In Bologna sprach sich der Stadtrat 1976 für die Verteidigung der »zivilen« und »demokratischen« Atmosphäre aus, wobei die Parteiponenten einander versicherten, auch die verbalen Angriffe im Wahlkampf zu dämpfen. Wie in den 1950er Jahren umfasste diese breite lokale Parteienkoalition Kommunisten, Sozialisten, Christdemokraten, Liberale und Neofaschisten, die erklärten, die »Demokratie« und den »Geist der zivilen und demokratischen Auseinandersetzung, den Bologna immer unter Beweis gestellt hat«, gegen »jene, die mit Gewalt sprechen

¹¹⁵ Ferma vigilanza della città intera per il comizio del segretario missino, in: IL RESTO DEL CARLINO, 16.6.1976.

¹¹⁶ Vgl. P. COOKE, *Legacy*, 2011, Kap. 5; A. RAPINI, *Antifascismo*, 2005.

¹¹⁷ Vgl. P. GINSBORG, *Storia d'Italia*, 2006, S. 512 f.; A. VENTRONE, *Der »permanente Bürgerkrieg«*, 2010, S. 113; E. TAVIANI, *Il terrorismo rosso*, 2010.

¹¹⁸ Appello agli elettori, in: DUE TORRI SPECIALE, 3.5.1972.

¹¹⁹ »Nessuna manifestazione fascista il 25 aprile!«, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 21.4.1972.

wollen«, zu verteidigen. Dabei lobten kommunistische Funktionäre, wie einst 1948, auch die Leistung der staatlichen Ordnungskräfte.¹²⁰

Den Ruf der Ordnungspartei verdiente sich der PCI endgültig ein Jahr später im Umgang mit dem Movimento del '77, der ersten Protestbewegung, die ihr Zentrum in Bologna hatte. Sie stellte in erster Linie ein militantes Aufbegehren Jugendlicher und Studenten gegen die hohen Preise und die schlechten ökonomischen Zukunftsaussichten in Zeiten ökonomischer Krisen dar und griff das Selbstverständnis der roten Stadt an, deren Prosperität sie für Arbeitslose und Studenten schlicht unbezahlbar machte. Erstmals wurde der PCI als Regierungspartei explizit zur Zielscheibe subversiver Kritik.¹²¹ In Bologna reagierte er rigoros, indem er den Protestakteuren den Zugang zur Piazza Maggiore verweigerte. Bei den daraufhin entstehenden Unruhen im Universitätsviertel wurde Francesco Lorusso, Aktivist von Lotta Continua, von Polizisten erschossen. Dem folgten zehn Tage des »Bürgerkriegs« im März 1977, in deren Verlauf das Militär mit Panzern im mittelalterlichen Stadtkern anrollte. Selbst zur Beerdigungsfeier des erschossenen Lorusso verwehrte der PCI den Protestakteuren den Zugang zur Piazza Maggiore.¹²² So endete der Kampf um die Piazza, der 1968 mit neuen Mitspielern begonnen hatte, schließlich mit einem PCI, der sich als lokale Regierungspartei an die Seite von Polizei und Militär stellte und mithin 1977 symbolisch im italienischen Staat aufging.¹²³

Die ganze Schizophrenie der Situation zeigte sich darin, dass die moderate Öffentlichkeit derweil an ihrem kruden Glauben festhielt, der PCI mache mit den linksradikalen Aktivisten gemeinsame Sache. Wer 1972 in Bologna den *Resto del Carlino*, in Bari die *Gazzetta del Mezzogiorno* aufschlug, oder wer sich eigentlich nur im *Corriere dello sport* über die Neuigkeiten aus der Fußballwelt informieren wollte, konnte düstere Anzeigen der DC betrachten, die mit Schlagstöcken und -ketten bewaffnete Jugendliche zeigten: »Sind sie nun rot oder schwarz?« Die Antwort der DC war: »Sie sind dieselben. Dieselbe Gewalt, dasselbe Fehlen von Programmen«. Wer zur Gewalt nein sage, müsse auch zu jenen nein sagen, die »bis gestern die Gewalt angeheizt haben und sie heute nur mit Worten verdammen«. Ein Flugblatt der DC mit dem Foto eines sowjetischen Panzers fragte: »Heißt Kommunismus Ordnung?«¹²⁴

Bologneser Wähler waren ähnlich unwillens, den Charakter der Ordnungspartei, der dem PCI von links vorgeworfen wurde, als wahrhaftig anzusehen. 1976 behauptete eine Leserin im *Resto del Carlino*, es sei längst bekannt, dass an den gewaltsamen Auseinandersetzungen auf den Wahlkundgebungen nicht

¹²⁰ Atti del Consiglio Comunale di Bologna, 147. Jg., 1976, Seduta del 7 maggio 1976, S. 477–89, Zitate S. 479.

¹²¹ Vgl. eingehender C. C. GATZKA, *Kommunisten*, 2013, S. 195–198; R. LUMLEY, *States of Emergency*, 1990, S. 295 f.; C. VENTUROLI, *L'Università*, 2009, insb. S. 250.

¹²² Vgl. G. DE LUNA, *Ragioni*, 2009, S. 18 f.; S. BELLASSAI, *Un trauma*, 2009, S. 223.

¹²³ Vgl. V. ROMITELLI, *Politica e «movimenti»*, 2009, S. 146; P. IGNAZI, *I partiti e la politica*, 1999, S. 171 f.

¹²⁴ DC, *La SPES per le elezioni*, 1973, S. 39, 49.

nur die Linksradiكالen, sondern auch militante PCI-Mitglieder beteiligt seien. Gewalt offiziell verurteilend, würden die Kommunisten in ihren eigenen Reihen ein Auge zudrücken – der alte Vorwurf der *doppiezza* (Doppelzüngigkeit) kehrte so zurück.¹²⁵ Aus Sicht moderater Wähler galt der PCI als »großer Bruder« der militanten Protestakteure und der Linksterroristen.¹²⁶ Dass der *Resto del Carlino* zugleich vom Wahlsonntag 1976 berichtete, PCI-Genossen hätten sich des Nachts zu den Polizeikräften gesellt, um gemeinsam die Wahllokale vor Angriffen zu schützen, passt in die schizophrenen Wahrnehmungen der Zeit. Die DC beeilte sich freilich, dies als »Wahlpolemik« zu verurteilen und zu betonen, die Polizeikräfte bräuchten die Hilfe der Parteigenossen nicht.¹²⁷

Insofern befand sich nicht nur die DC in den 1970er Jahren zwischen den Fronten, wie sie in ihrer Wahlpropaganda unentwegt betonte, indem sie »vorrwärts zur Mitte« strebte.¹²⁸ Auch der PCI wurde zerrieben zwischen der linken Jugend, die ihm abhanden gekommen war und um die er buhlte, deren gewalttätige Methoden er aber verurteilen musste, und einer ganzen Phalanx rechts von ihm, die ihn für die Gewalteruptionen verantwortlich machte. Dass er dennoch an Wahlstimmen zulegte, ist erstaunlich und deutet darauf hin, dass die antikommunistische Propaganda nicht alle Italiener überzeugte. So waren die 1970er Jahre eine ambivalente Phase der gemeinsamen Verteidigung gegen die politischen Extreme bei gleichzeitiger Rückkehr der Atmosphäre des Kalten Krieges, mit dem laut geäußerten Verdacht der *slealtà* gegen die Kommunisten als deutlichstem Zeichen einer Neuaufgabe der 1940er und frühen 1950er Jahre. Das zeigte sich auch in der Wiederkehr von Plakatkonflikten und dem an sie gekoppelten Diskurs um »demokratisches« Verhalten, womit italienische Wahlbürger einmal mehr versuchten, der Unübersichtlichkeit Herr zu werden, die mit den vereinten Ordnungsversuchen der politischen Parteien einherging. Ein Bologneser Leser schrieb 1976 an den *Resto del Carlino*:

Alle Parteien erklären sich zu demokratischen Parteien, doch ich glaube, nicht alle sind es, und es ist sehr einfach, herauszufinden, wer es nicht ist, indem man sich ansieht, welche Wahlplakate abgerissen und welche intakt sind. Tatsächlich kann man feststellen, dass der Großteil der abgerissenen Plakate den antikommunistischen Parteien gehört, und dass wiederum, seltsamerweise, die Plakate der Linken ganz bleiben (PCI, PSI, Democrazia Proletaria und Partito Radicale). Hieraus kann man ableiten, wie die Demokratie konzipiert wird, wenn nicht von den Parteien, dann von ihren Sympathisanten.¹²⁹

¹²⁵ Ma davvero sono tutti »ultrà di sinistra«?, in: IL RESTO DEL CARLINO, 17.6.1976.

¹²⁶ Tanta avversione per i preti..., in: IL RESTO DEL CARLINO, 16.6.1976.

¹²⁷ Il Pci ha sorvegliato i seggi anche di notte, in: IL RESTO DEL CARLINO, 21.6.1976.

¹²⁸ DC, La SPES per le elezioni, 1973, S. 9.

¹²⁹ Manifesti stracciati e manifesti intatti, in: IL RESTO DEL CARLINO, 1.6.1976. Hätten die Hamburger 1972 ein solches Raisonnement angestellt, hätte übrigens die FDP als die undemokratischste Partei gelten müssen, siehe: Wahlplakate mit Beilen zerstört, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 1.11.1972.

Wie hoch auch die Erfolge der Staatsgewalt in der Anti-Terrorismus-Politik vor allem nach der Entführung und Ermordung Aldo Moros 1978 einzuschätzen sind¹³⁰ – vor Ort zerstörten die Attacken von links wie von rechts im Laufe der 1970er Jahre die politische Kommunikationskultur nach den demokratischen Spielregeln, die sich die italienische Parteiendemokratie im Namen des Antifaschismus nach 1945 gegeben hatte. Das Vertrauen in das regelkonforme Verhalten des politischen Antagonisten schien 1979 endgültig dahin, nachdem die »Regierung der nationalen Solidarität« und damit der Versuch einer Regierungskooperation von Christdemokraten und Kommunisten – nicht zuletzt zum Zwecke der Verteidigung der parlamentarischen Demokratie gegen die politischen Extreme – gescheitert war. Die Bologneser DC ließ 1979 vor Präfekt und Presse erklären, der PCI lege eine aggressive Kampagne an den Tag, die gegen geltende Absprachen verstoße und von einem schwachen demokratischen Geist getragen sei. Die Interfraktionelle Kommission (Commissione Interpartitica), seit bald dreißig Jahren ein stets gut funktionierendes Gremium der Aushandlung lokaler Spielregeln, galt der DC nun als ohnmächtig; die Stadt sei von Plakaten überdeckt, private Wohnhäuser würden widerrechtlich beklebt, Flugblätter an unzulässigen Orten verteilt.¹³¹ Giuseppe Malavolti, ein liberaler Deputierter, klagte im Stadtrat über das zunehmend »undemokratische« Verhalten der Teilnehmer auf Wahlkampfveranstaltungen und berichtete, er erlebe es oft, dass die Bürger auf Veranstaltungen einander scharf angriffen und beleidigten. Dass in Italien jeder Bürger frei seine Meinung äußern könne, schien in der Resistenza-Stadt, die sich noch zehn Jahre zuvor für ihre »zivilen« Traditionen gelobt hatte, 1979 nicht mehr selbstverständlich. Malavolti beklagte das, erzählte von seiner eigenen Vergangenheit als Partisan und mahnte, die Resistenza habe dereinst die zivilen und demokratischen Werte in die italienische Gesellschaft getragen. Der zuständige PCI-Assessor konnte ihm nur beipflichten und zusichern, es werde alles dafür getan, die traditionelle Bologneser Wahlkampfkultur zu verteidigen: eine Kultur, die so einzigartig sei in Italien. Notfalls, so der Kommunist, sollten die staatlichen Ordnungskräfte die Teilnehmer auf den Wahlveranstaltungen zur Raison bringen.¹³²

Vom Leben mit der APO: Störungen in Deutschland

Der Bundestagswahlkampf von 1969 war wesentlich stärker als der italienische Parlamentswahlkampf ein Jahr zuvor von Störungen und Zusammenstößen gekennzeichnet. Hinweise von Seiten der Polizei, dass etwa bei der Rundreise

¹³⁰ Zur Würdigung vgl. H. WOLLER, *Geschichte Italiens*, 2010, S. 318 f.; umfassend vgl. T. HOF, *Staat und Terrorismus*, 2010.

¹³¹ Segretario Provinciale Ivo Cremoni an den Prefetto di Bologna, die Segretari dei Partiti und die Presse, 29.5.1979. ASBO, DC, CP, Carteggio e Atti, Per Uffici 14, Fasz. »Segreteria Politica – gen.-giu. 1979«.

¹³² Atti del Consiglio Comunale di Bologna, 157. Jg., 1979, Verbale N. 63, Seduta del 13 giugno 1979, S. 118.

Willy Brandts durch Hamburg mit Störungen zu rechnen sei, gehörten nun zur Tagesordnung.¹³³ Schwerpunktmäßig gingen die Tumulte von Vertretern der APO aus, seltener von NPD-Mitgliedern, und dabei richteten sie sich nicht nur gegen Parteipolitiker, sondern häufig auch gegen die Polizei.

Weil das deutsche Versammlungsgesetz den Parteien das Hausrecht zuerkannte und die Anwesenheit von Polizeibeamten auf Wahlveranstaltungen nur bei Gewalttätigkeiten oder nach dem Ruf durch den Versammlungsleiter zulässig war, trafen SPD und CDU seit den Erfahrungen im baden-württembergischen Landtagswahlkampf jede mögliche Vorkehrung, um auf ihren Veranstaltungen Ordnung zu halten. In Hamburg geschah dies in überparteilicher Absprache mit dem Innensenator Heinz Ruhnau, und verdeckt war 1969 auch grundsätzlich ein Polizeibeamter bei jeder Wahlveranstaltung zugegen.¹³⁴ In weniger explosiven Regionen und gerade in Kleinstädten und auf dem Land indes war den Parteien, wie die *Südwest Presse* zu berichten wusste, der Wortlaut des Versammlungsgesetzes kaum bekannt. Deshalb hätten sie sich hier auf die Polizei verlassen und kaum eigene Ordner aufgestellt.¹³⁵

In den Großstädten schien den Parteien und Abgeordneten der »Schutz« ihrer Veranstaltungen besonders relevant, weil sie die Berichterstattung der Massenmedien, insbesondere des Fernsehens, über missglückte Wahlkundgebungen fürchteten. Sozialdemokraten glaubten auch, dass der Wahlausgang dadurch negativ beeinflusst werden könnte.¹³⁶ Persönliche Unlust an beschämenden Erfahrungen kam hinzu. Ein Carlo Schmid (SPD) erklärte sich seit 1968 nur dann für den Einsatz als Redner bei städtischen Großkundgebungen bereit, wenn die Partei vor Ort »Sicherheit gegen politische Radaumacher gewährleisten« könne. Deshalb dachte die Hamburger SPD 1969 sogar darüber nach, weitgehend auf Großveranstaltungen zu verzichten, »um der APO aus dem Weg zu gehen«. Erst als sich die Hamburger Bundestagskandidaten gegen diesen Plan wehrten, stellte sich die Partei dem Risiko.¹³⁷

¹³³ Leddin, ltd. Polizeidirektor: Einsatzbefehl Nr. 71, 5.9.1969, Bl. 2. AdsD, SPD-LO HH II, Mp. 1038, Fasz. »Veranst. 6.9.69«.

¹³⁴ Heinz Ruhnau an Paul Nevermann, Dietrich Rollmann und Willy Rademacher: Vermerk über die heutige Besprechung, 17.7.1968. AdsD, SPD-LO HH II, Mp. 1038; Aufgaben und Befugnisse der Ordner bei Versammlungen in geschlossenen Räumen, 2.9.1969, Anl. zu: Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Inneres, an die Landesgeschäftsstellen von CDU, SPD und FDP, 3.9.1969. Ebd. Zur Anwesenheit eines Beamten siehe: O. V. [geschäftsführender Landesvorstand der Hamburger SPD]: Schutz von Versammlungen im Bundestagswahlkampf 1969, o. D. AdsD, SPD-LO HH II, Mp. 1098.

¹³⁵ Zu Südwürttemberg siehe: Großkundgebungen kleingeschrieben, in: SÜDWEST PRESSE, 17.9.1969.

¹³⁶ Verf. unleserl. [evtl. Helmut Schmidt], MdB, Hamburg, an den Landesgeschäftsführer der SPD, H.J. Wischniewski, 18.10.1968. AdsD, SPD-LO HH II, Mp. 1038.

¹³⁷ Helmut Schmidt an die Vorsitzenden der SPD-LO HH, 27.6.1969. AdsD, SPD-LO HH II, Mp. 1038. Erstes Zitat: Willi Berkhan MdB, Bonn, an Heinz Scholz (SPD Hamburg), 14.11.1968. Ebd. Zweites Zitat: Aktennotiz über ein Gespräch zwischen Nahrendorf und Herrn Wollenzien in der Landesgeschäftsstelle am 29. Mai 1969, 29.5.1969. ACDP 02–155-005/1.

Die Störungserfahrungen aus den Landtagswahlkämpfen von 1967 und 1968 erlaubten es CDU und SPD, in Vorbereitung auf den Bundestagswahlkampf besondere Maßnahmen zu ergreifen. Die Versammlungsleiter waren nun gezielter auszuwählen und auf ihre Aufgabe vorzubereiten, sie sollten starke Nerven und eine gute Stimme haben. Insbesondere zu Großveranstaltungen waren die eigenen Mitglieder frühzeitig einzuladen und mussten rechtzeitig erscheinen, um im Saal so platziert zu werden, dass Schüler und Studenten die Minderheit darstellten, sich nicht in Gruppen formieren konnten und sich »psychologisch in der Defensive« fühlten. Darüber hinaus war darauf zu achten, dass keine Kabel in Reichweite des Publikums zum Durchschneiden einluden. Die CDU wollte mit allerlei technischer Finesse – der Positionierung von Mikrofonen und Lautsprechern, der Qualität der Beschallung – den akustischen Resonanzraum etwaiger Störungen verkleinern. Überdies sollten die Wahlveranstaltungen nicht zu spät angesetzt werden, um sicherzustellen, dass die Arbeitnehmer unter den Zuhörern, die »im Unterschied zu den Studenten« früh aufstehen müssten, zahlreich erschienen und so die Jugend weniger Platz erhielt.¹³⁸ Ohnehin ermöglichten Eintrittskarten, häufig sogar Platzkarten, die Auslese der Zuhörerschaft. Dennoch waren gut vorbereitete Ordner aus den Reihen der Parteien 1969 das Gebot der Stunde.¹³⁹

Diese aufwendigen logistischen und organisatorischen Vorkehrungen, die Rekrutierung und Schulung der Ordner, die bei der SPD meist aus den Gewerkschaften kamen, die strategische Vorbereitung der Versammlungsleiter und der Parteiredner spiegeln den Rekrutierungs- und Rationalisierungsdruck, den die APO an der Basis der Bundestagsparteien auslöste.¹⁴⁰ Bei einer Kundgebung mit Franz Josef Strauß in Hamburg wurden allein 800 Ordner eingesetzt, die meisten aus dem Kreis der Jungen Union. Sie überwachten den Einlass und sortierten junge Leute in der Regel aus, sie besetzten die strategisch wichtigen Plätze ganz vorn, ganz hinten und an den Seiten, und sie gingen mit aller ihnen zur Verfügung stehenden Härte zu Werke, um jugendliche Störer hinauszubefördern. In Tuttlingen schleiften Ordner der CDU einen Störer »an den Haaren aus dem Saal«, als dieser an die Adresse Kurt Georg Kiesingers »Sieg Heil!« gerufen hatte.¹⁴¹

¹³⁸ Gestörte Versammlungen. Der Umgang mit der sogenannten außerparlamentarischen Opposition [CDU-Broschüre, o. D., ca. 1969]. AdsD, SPD-LO HH II, Mp. 1038.

¹³⁹ Ebd. Siehe auch diverse Korrespondenzen in: AdsD, SPD-LO HH II, Mp. 1038; vgl. T. MERGEL, Propaganda, 2010, S. 143.

¹⁴⁰ Zur Ausbildung der Ordner siehe: O. V. [geschäftsführender Landesvorstand der Hamburger SPD]: Schutz von Versammlungen im Bundestagswahlkampf 1969, o. D. AdsD, SPD-LO HH II, Mp. 1098. Zur Rekrutierung über die Gewerkschaften siehe: Herbert Hagelsieper/Erich Rumpel, SPD-LO HH, an die Genossen, 21.8.1969. AdsD, SPD-LO HH II, Mp. 1038.

¹⁴¹ Großkundgebungen kleingeschrieben, in: SÜDWEST PRESSE, 17.9.1969. Zu Eingriffen der Ordner siehe auch: Abgeordnete, Bd. 3, S. 374 f.; APO-Protest gegen Kiesinger und Strauß, in: HAMBURGER MORGENPOST, 18.9.1969; »Hier kommen nur alte Frauen 'rein«, in: HAMBURGER MORGENPOST, 20.9.1969; APO-Lärm und Forderung nach wirksamer Verteidigung, in: SÜDWEST PRESSE, 18.9.1969.

Die Verteidigungspraxis der westdeutschen Parteien gegen die außerparlamentarischen Störer ließ insgesamt, wie einst in der Frühzeit der Republik, wenig Zimperlichkeit erkennen. Die Hamburger SPD bezeichnete es lediglich als »sinnlos«, nicht als der Demokratie unwürdig, wenn ihre Ordner physische Gewalt gegen Störer anwandten.¹⁴² Die Hamburger Behörde für Inneres sah sich Anfang September 1969, also mitten im Wahlkampf, veranlasst, eine Stellungnahme zum Ordnerinsatz abzugeben, wonach Ordner nur auf Anweisung des Versammlungsleiters tätig werden und keine Uniformen und Waffen tragen durften. Zudem sollten die Ordnergruppen keine numerischen Dimensionen erreichen, die an eine Art »Saalschutz« denken ließen, und wurden daran erinnert, dass »Zwischenrufe und Mißfallensäußerungen, die sich im Rahmen der üblichen ›Spielregeln der öffentlichen Diskussion‹ halten«, keine Ordnungsstörungen darstellten.¹⁴³ Das mochte auf entsprechend gegenläufige Erfahrungen in der Praxis zurückgehen.

Der westdeutschen Öffentlichkeit indes bereitete es keine Kopfschmerzen mehr, wenn wie einst um 1930 nun wieder Hundertschaften von Parteiordnern mit weißen Armbinden auf Wahlveranstaltungen patrouillierten. Nur einzelt, etwa bei einer CSU-Kundgebung in Wangen (Allgäu), kolportierte die Lokalpresse, dass die Anwesenden die Art und Weise nicht goutierten, »wie Parteiordner die Störer aus dem Saal schafften«.¹⁴⁴ Die Vertreter der Parteidemokratie standen nicht mehr im Verdacht, einen »Saalschutz« Weimarer Angedenkens zu organisieren, denn nun war es die Bedrohung von außen, die solche Maßnahmen gerechtfertigt erscheinen ließ. Das Arsenal bekannter Störfahrungen in der Bundesrepublik reichte zu Beginn des Bundestagswahlkampfes immerhin von der harmlosen Flugblattverteilung, dem Aufziehen von Flaggen, über das Benutzen von Trillerpfeifen, Musikinstrumenten und Hupen, das Werfen von Farbbeutel, Tomaten und Molotow-Cocktails, die Eroberung des Mikrofons, die Sabotage der Saaltechnik und Sachbeschädigungen aller Art bis hin zum Zünden von Feuerwerkskörpern, Schlägereien mit Ordnern, dem Auslösen des Feueralarms und anonymen Bombendrohungen.¹⁴⁵

In dieser Aufzählung war die Kernkompetenz der APO, die verbale Attacke, noch gar nicht enthalten. Wie Versammlungen allein schon durch solche Störungen aus dem Ruder laufen konnten, hatte ein Beispiel aus Hamburg-Bergedorf

¹⁴² O. V. [SPD Hamburg]: Entwurf eines Beschlusses über den Ablauf von Wahlversammlungen 1969/70, o. D. Anl. zu: Senator für Inneres Hamburg an Herrn Blötz [SPD Hamburg], 3.12.1968, Bl. 3. AdsD, SPD-LO HH II, Mp. 1038.

¹⁴³ Aufgaben und Befugnisse der Ordner bei Versammlungen in geschlossenen Räumen, 2.9.1969, Anl. zu: Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Inneres, an die Landesgeschäftsstellen von CDU, SPD und FDP, 3.9.1969. AdsD, SPD-LO HH II, Mp. 1038.

¹⁴⁴ Großkundgebungen kleingeschrieben, in: SÜDWEST PRESSE, 17.9.1969. Zu Armbinden siehe etwa: SPD-Parteivorstand, Berliner Büro, an die Genossen, August 1969, Bl. 2. AdsD, SPD-LO HH II, Mp. 1038.

¹⁴⁵ O. V. [geschäftsführender Landesvorstand der Hamburger SPD]: Schutz von Versammlungen im Bundestagswahlkampf 1969, o. D., Bl. 2. AdsD, SPD-LO HH II, Mp. 1098.

Ende 1968 zeigte, wo der SPD-Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Nikolaus Jürgensen im Lichtwarkhaus zum Thema »Was geschieht mit unseren Steuergeldern?« sprechen wollte. Kaum hatte er sein Referat begonnen, hielten APO-Vertreter Plakate nach oben, auf denen zu lesen war: »Schiller, Strauß und Höhne heißt hoher Profit und niedrige Löhne« oder »51 % Unternehmeranteil am Volkseinkommen – die Masse teilt sich den Rest«. Der sozialdemokratische Versammlungsleiter unterbrach daraufhin seinen Abgeordneten und forderte die APO auf, die Plakate herunterzunehmen, obgleich Jürgensen insistierte, er störe sich an den Plakaten nicht. Da die Studenten durch die Unterbrechung Gelegenheit bekamen, zu eigenen Diskussionsbeiträgen anzusetzen, eilte ein Mitglied des SPD-Kreisvorstands zum Regiepult und »ließ eine ›Störsendung‹ vom Stapel«, wie die *Bergedorfer Zeitung* berichtete. Sie wies auch darauf hin, dass sich die nicht besonders gut besuchte Lichtwarkhalle inzwischen »merklich mit Schaulustigen gefüllt« hatte. Der Versammlungsleiter indes zeigte sich mit der Situation überfordert. Er drohte zunächst mit der Auflösung der Versammlung, wies dann den Vorschlag der APO zurück, darüber abstimmen zu lassen, ob die Plakate hochgehalten werden dürften, beriet sich dann kurz mit einigen Parteigenossen, forderte die Studenten nochmals auf, die Plakate während des Referats herunterzunehmen, und löste die Veranstaltung schließlich auf, als jene sich nicht beugten. MdB Jürgensen hatte die ganze Zeit hilflos am Pult gestanden und nichts ausrichten können, weil sein Versammlungsleiter das Hausrecht besaß und seine Autorität beweisen wollte. Die Studenten indes hatten den parteiinternen Hierarchiekonflikt geschickt und belustigt ausgenutzt: »Fragen sie doch endlich Herrn Jürgensen, ob er weiterreden will«, rief einer dem Versammlungsleiter zu, und an Jürgensen gerichtet: »Wir wollen Sie ja gar nicht dort oben. Wir haben Sie doch nicht gewählt!« Blamabler hätte die Veranstaltung für die SPD nicht ausgehen können, und für den Bundestagswahlkampf graute der Partei vor solchen Szenarien.¹⁴⁶ Für die westdeutschen Wähler indes schien sich mit dem Auftritt der APO der Unterhaltungswert merklich zu erhöhen. Gerade in den Städten, so wusste die CDU zu berichten, fanden sich seit 1967/68 auch viele Wähler in den Wahlversammlungen ein, die »sich entweder von der Versammlung eine ›Gaudi‹ versprechen oder mit skeptischem Orientierungswillen in die Versammlung gegangen sind«.¹⁴⁷

Auch die CDU hatte ihre Erfahrungen gemacht. In einem Leitfaden klärte sie ihre Parteifreunde auf, organisierte Störer seien meist Jugendliche, »die schon

¹⁴⁶ Nikolaus Jürgensen kam nicht zu Wort, in: BERGEDORFER ZEITUNG, 21.11.1968. Der Artikel befindet sich im einschlägigen Aktenbestand der Hamburger SPD: AdsD, SPD-LO HH II, Mp. 1038. Zum Horrorszenario des Abbruchs einer Wahlveranstaltung siehe: o. V. [SPD Hamburg]: Entwurf eines Beschlusses über den Ablauf von Wahlversammlungen 1969/70, o.D. Anl. zu: Senator für Inneres Hamburg an Herrn Blötz [SPD Hamburg], 3.12.1968. AdsD, SPD-LO HH II, Mp. 1038.

¹⁴⁷ Gestörte Versammlungen. Der Umgang mit der sogenannten außerparlamentarischen Opposition [Broschüre, CDU, o. D., ca. 1969]. AdsD. SPD-LO HH II, Mp. 1038.

durch ihren Haarwuchs und ihre liederliche Kleidung auffallen«, sich stets gruppenweise und in den vorderen Reihen zu platzieren suchten und häufig ein Megaphon dabei hätten. Charakteristisch für ihre Zwischenrufe sei »die vollständige Abkehr von jeder Art von Höflichkeit«, sodass sich auch die »höchsten Repräsentanten unseres Staates« Injurien wie »Lügner«, »Schwätzer« oder »Nazi« anhören müssten. Werde der Redner »auch nur andeutungsweise ›lyrisch‹, so kann man gewiß sein, daß gleich darauf ironische Rufe oder Gesänge erschallen.« Setzten sich die eigenen Ordner in Gang oder forderte der Versammlungsleiter die Störer auf, den Saal zu verlassen, nahmen die Störer blitzschnell ihre Plätze wieder ein und blieben einige Minuten ruhig. Die christdemokratischen Ordnungskräfte sollten instruiert werden, »gegen Störer nicht mit Gewalt vorzugehen, sondern möglichst nur die Störergruppen so zu isolieren, daß sie sichtbar werden und isoliert arbeiten müssen.« Fiel den Studenten beim Einlass vor der Tür auf, dass die Partei ihre eigenen Leute strategisch einschleuste, bevor sie dem Publikum die Pforten öffnete, diagnostizierten sie »Manipulation«, weshalb die CDU-Anhänger schon eine Stunde vor Veranstaltungsbeginn im Saal Platz genommen haben sollten: »das ist zwar mit Opfern verbunden, aber, wie es so schön heißt: ›Ungewöhnliche Ereignisse erfordern ungewöhnliche Maßnahmen.«¹⁴⁸

Diese Aussage stand programmatisch für den Willen der westdeutschen Parteien und insbesondere der CDU, sich der Herausforderung durch die APO zu stellen, so gut es ging. Dabei hofften sie nicht zuletzt auf die Mithilfe des Publikums. Weil die Drohung mit der Polizei oder der Hinweis auf das Hausrecht in der Regel »auch von den weniger engagierten Zuhörern« empört abgewiesen wurden, mussten die Redner auf die Gunst der unparteilichen »Gutwilligen« hoffen, die ebenfalls an den Störungen Anstoß nahmen und nach »Ruhe« riefen. Der Redner selbst, so hieß es im christdemokratischen Leitfadens weiter, hatte dies tunlichst zu unterlassen und selbst auf anmaßende Zwischenrufe wie »Zur Sache, Schätzchen« stets humorvoll zu reagieren, denn »eine gewisse Portion Humor erwartet der Versammlungsteilnehmer auch von den prominentesten Rednern«. Alternativ konnte er versuchen, die anwesenden Studentengruppen gegeneinander auszuspielen, etwa indem er die pragmatischeren Ingenieursstudenten einer Fachhochschule gewann und fortan gegen die APO-nahen Universitätsstudenten und damit für die CDU Stimmung machen ließ. Dazu musste er aber die verschiedenen Lager durchschauen und sich auf die lokalen Bedingungen vorbereitet haben.¹⁴⁹

So erhielt das Publikum mit dem Auftritt der APO eine unerlässliche Funktion: Es war Gradmesser und letztlich auch Entscheider über den Erfolg oder Misserfolg einer Parteiveranstaltung, genauso wie einst auf der italienischen Piazza. Dabei zeigte sich die Union mit Leitfäden wie diesen offener dafür, den

¹⁴⁸ Ebd.

¹⁴⁹ Ebd.

Wettkampf mit den außerparlamentarischen Gegnern vor den Augen des Publikums anzunehmen. Die Hamburger SPD wollte rigoros vorgehen und setzte bei Störungen auf ihre Ordner und auf das »energische Auftreten« des Versammlungsleiters, der zu »vernünftigem Verhalten« ermahnen sollte. Auch die Genossen verwiesen jedoch auf die Funktion des Publikums und auf seinen Sinn für »faïres« Verhalten auf der Wahlversammlung; der sozialdemokratische Versammlungsleiter sollte bewusst das Publikum ansprechen, um unliebsame Sprecher zur Raison zu bringen.¹⁵⁰

Die interessierte Berichterstattung der Lokalpresse erweiterte das Publikum noch und ließ die Wähler ihre Rolle als Schiedsrichter auch einnehmen, wenn sie nicht anwesend gewesen waren. Sie konnten lesen, dass APO-Vertreter Franz Josef Strauß in Hamburg mit »Sieg heil!«-Rufen bedacht, Verteidigungsminister Gerhard Schröder in Ulm bei der Diskussion kaum hatten zur Wort kommen lassen oder Willy Brandt in Wilhelmshaven Sprechchöre entgegengeschmettert hatten. Und sie erfuhren von der »zivilen« Schlagfertigkeit des »Establishments«. So verglich Strauß die jugendlichen Störer mit SA und SS, während Brandt ihnen mit dem Gestus des nachdenklichen Pazifisten begegnete: »Was sind das für junge Menschen, die nicht einmal zuhören können, wenn vom Frieden die Rede ist. Hoffentlich können wir auch noch dabei helfen, daß auch eure Generation noch einen dauerhaften Frieden hat. Nicht aufhören, sondern zuhören, sage ich zu diesen verblendeten jungen Menschen.«¹⁵¹ Das waren Paraden, die den italienischen Politikern nicht vergönnt waren, da die Polizei jegliche Störungsaktion der Studenten im Wahlkampf 1968 sofort unterband. Der Raum, den die westdeutsche Parteiendemokratie den APO-Aktivistinnen ließ, war vergleichsweise riesig, und das brachte ihr in der öffentlichen Darstellung eher Vor- als Nachteile.

Polizeiliche Eingriffe waren, bis auf einige Ausnahmen, auf den Raum vor der westdeutschen Kundgebungshalle beschränkt, wo Beamte im Wahlkampf 1969 des Öfteren den Hallenbereich abriegelten. Hatten die Studenten keinen Einlass gefunden, antworteten sie in aller Regel mit einer Gegendemonstration. Sollte die APO naheliegenderweise solche Gelegenheiten als Einladung empfunden haben, um den repressiven Charakter des »Systems« durch gezielte Provokationen hervorzulocken, so hatte sie Erfolg: Die Hundertschaften setzten nicht selten Wasserwerfer und Tränengas ein; handgreifliche Auseinandersetzungen und Festnahmen folgten. Allein in Bremen wurden im September

¹⁵⁰ O. V. [SPD Hamburg]: Entwurf eines Beschlusses über den Ablauf von Wahlversammlungen 1969/70, o. D. Anl. zu: Senator für Inneres Hamburg an Herrn Blötz [SPD Hamburg], 3.12.1968. AdsD, SPD-LO HH II, Mp. 1038; O. V. [geschäftsführender Landesvorstand der Hamburger SPD]: Schutz von Versammlungen im Bundestagswahlkampf 1969, o. D., Bl. 4. AdsD, SPD-LO HH II, Mp. 1098.

¹⁵¹ Demonstrationen gegen Strauß und Brandt, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 1.9.1969 (Zitat); »Hier kommen nur alte Frauen rein«, in: HAMBURGER MORGENPOST, 20.9.1969; APO-Lärm und Forderung nach wirksamer Verteidigung, in: SÜDWEST PRESSE, 18.9.1969.

1969 elf Menschen auf diese Weise schwer verletzt.¹⁵² Angesichts einer wachsenden Zahl von bald 300 Verletzten durch Schlägertrupps, bei Straßenschlachten, Bombenexplosionen und Revolverschüssen von NPD-Anhängern auf Studenten sprach Kanzler Kiesinger im Wahlkampf 1969 von »bürgerkriegsähnlichen Zuständen«.¹⁵³ Der »zunehmenden Wahlkampfmitanz« (Thomas Mergel) seit 1969 begegnete etwa die Hamburger SPD dadurch, dass sie in den letzten Wahlkampf Tagen das Kurt-Schumacher-Haus, ihre Landeszentrale, durch Ordner schützen ließ.¹⁵⁴ Doch im Unterschied zu Italien war der Angriff auf symbolische Orte der Parteiendemokratie kein zentrales Charakteristikum politischer Militanz, so wie diese sich in den 1970er Jahren ohnehin nicht mit jener Italiens messen konnte.

Die Reaktionen auf die gewaltsamen Eskalationen waren, anders als beim Tod des Ulmer Pressefotografen 1967, eher abgeklärt und nüchtern, so wie in der frühen Bundesrepublik. Die sozialdemokratische *Hamburger Morgenpost* druckte 1969 einen Leserbrief, der sich über die Schüsse von NPD-Anhängern auf eine Gruppe von Demonstranten in Kassel echaufferte, dabei aber höchst gemessene Formulierungen wählte: »Durch diesen bedauerlichen Vorfall haben die Demonstrationen gegen die NPD wohl ihren Höhepunkt erreicht.« Sollte sich herausstellen, so der Leser weiter, dass es sich beim Täter tatsächlich um einen NPD-Anhänger handelte – worüber die Berichterstattung keinen Zweifel ließ –, sei es an der Zeit, dass »Bonn beim Bundesverfassungsgericht anstrebt, die NPD zu verbieten«.¹⁵⁵ Mehr Empörung brachten gezielte Revolverschüsse im deutschen Wahlkampfdiskurs nicht hervor. Auch der Einsatz der Polizei vor den Kundgebungsorten erntete in der Presse keine Kritik. Vielmehr bezeichnete die *Badische Zeitung* es als »traurige Pflicht« der Polizisten, eine NPD-Veranstaltung vor »fanatisierte[n] APO-Anhänger[n]« schützen zu müssen.¹⁵⁶

Während das repressive Vorgehen der westdeutschen Polizei in den großen Lokalzeitungen nicht problematisiert wurde, ergingen sich die Redakteure stattdessen weiterhin im Lob der lokalen Friedfertigkeit. Die *Badische Zeitung* unterrichtete im selben Artikel über die »bedächtigen« Wähler in Schleswig-Holstein, die

¹⁵² APO-Protest gegen Kiesinger und Strauß, in: HAMBURGER MORGENPOST, 18.9.1969; »Hier kommen nur alte Frauen 'rein«, in: HAMBURGER MORGENPOST, 20.9.1969. Zur repressiven Reaktion des Staates vgl. A. DOERING-MANTEUFFEL, Grundordnung und Gewaltdiskurs, 2003, S. 281 f.

¹⁵³ Schlägertrupps werden nicht geduldet, in: BADISCHE ZEITUNG, 5.9.1969 (Zitat); In Bayern krachten Bomben, in: BADISCHE ZEITUNG, 16.9.1969; APO-Protest gegen Kiesinger und Strauß, in: HAMBURGER MORGENPOST, 18.9.1969; NPD-Anhänger feuerte auf Demonstranten, in: HAMBURGER MORGENPOST, 18.9.1969.

¹⁵⁴ Herbert Hagelsieper/Erich Rumpel, SPD-LO HH, an die Genossen, 21.8.1969. AdsD, SPD-LO HH II, Mp. 1038. Vgl. T. MERGEL, Propaganda, 2010, S. 144.

¹⁵⁵ Horst Jepsen, Büdelsdorf (Holstein): »Das Maß der NPD ist voll«, in: HAMBURGER MORGENPOST, 20.9.1969; NPD-Anhänger feuerte auf Demonstranten, in: HAMBURGER MORGENPOST, 18.9.1969.

¹⁵⁶ Auch zum Folgenden: Im »Lande der gemächlichen Leute« ist es der hitzigste Wahlkampf seit Kriegsende, in: BADISCHE ZEITUNG, 23.9.1969.

zu einem ebenso »bedächtigen« Wahlkampf beitragen, während in anderen Teilen der Republik die Radikalen toben würden. Die Ulmer *Südwest Presse* sprach 1969 angesichts der Ruhe von einer »zufriedenen« Polizei in Südwürttemberg. In Tübingen sei es »fast unheimlich ruhig«, was hier aber vor allem daran liege, dass die »Prominenz bislang ausgeblieben« sei.¹⁵⁷ Auch die SPD-nahe Presse malte, gemeinsam mit den Hamburger Politikern, ein paradoxes Bild lokaler Ruhe und Einigkeit. So kolportierte die *Hamburger Morgenpost* in einer Ausgabe den Wasserwerfereinsatz der Polizei gegen Demonstranten bei einer Hamburger NPD-Kundgebung, um direkt daneben den Vorsitzenden des Innenausschusses zu zitieren, der die Hansestadt im Wahlkampf als »Oase der Ruhe« bezeichnete.¹⁵⁸ Schon 1967 hatte das *Hamburger Abendblatt* den Studenten, die lautstark gegen den Shah-Besuch protestierten, den »hanseatischen« Charakter abgesprochen.¹⁵⁹ Wie in den 1940er und 1950er Jahren versuchten die deutschen Pressekommentatoren und Politiker, die politischen Eskalationen zu Akten von »Fanatikern« zu stempeln, die sich ruhig die Köpfe einschlagen konnten, während die gemächlichen Wahlbürger für Ruhe und Ordnung standen. Die Entdeckung des Demokratiebegriffs und die Debatte um seine Bedeutung, wie sie die Ulmer 1967 angestimmt hatten, waren im Gros der Lokalblätter 1969 noch nicht angekommen: Noch sprach man lieber von »hanseatisch« als von »demokratisch«.

Wie lokale Deeskalation funktionierte, zeigt ein Beispiel aus Hamburg-Bergedorf. Während einer Wahlkundgebung Helmut Schmidts im überfüllten Lichtwarkhaus lieferten sich Polizisten und APO-Anhänger eine Straßenschlacht. Unter Einsatz von Wasserwerfern versuchten die Hundertschaften, die jungen Wähler zurückzudrängen, die nicht mehr in den Saal Einlass gefunden hatten, weil die Veranstalter eineinhalb Stunden vor Veranstaltungsbeginn das Lichtwarkhaus mit der Begründung geschlossen hatten, es gebe keinen Platz mehr, wohlwissend, dass die Studenten planten, die Veranstaltung zu sprengen. Helmut Schmidt erklärte im Anschluss, »bei den blutrünstigen Flugblättern der APO, die von Umfunktionieren sprachen«, hätten er und seine Parteifreunde in Bergedorf es für angemessen gehalten, die APO von der Versammlung auszuschließen. Diese Entscheidung traf jedoch nicht nur APO-Anhänger, sondern auch Bürger, die nicht mehr in den Saal gelangt waren: insgesamt etwa eintausend Menschen.¹⁶⁰ Die Anwohner der Bergedorfer Innenstadt mussten daraufhin bis Mitternacht mit Krawallen und Unruhen leben; einige Schaulustige wurden festgenommen, weil sie sich in Polizeiketten verfangen. Beinahe gelang es wütenden Demonstranten, einen vollbesetzten Bus mit SPD-Ordern, die von der Wahlkundgebung kamen, umzustürzen. Der Fahrer gab

¹⁵⁷ Großkundgebungen kleingeschrieben, in: SÜDWEST PRESSE, 17.9.1969.

¹⁵⁸ Thadden droch seine Phrasen, in: HAMBURGER MORGENPOST, 25.9.1969; Oase der Ruhe, in: ebd.

¹⁵⁹ Vgl. K. WEINHAUER, Schutzpolizei, 2003, S. 307.

¹⁶⁰ Wahlschlacht in Bergedorf, in: BERGEDORFER ZEITUNG, 27.8.1969; Diskussion vorm Schloß mit APO, in: HAMBURGER MORGENPOST, 16.9.1969.

hupend Vollgas, um sich »aus der Umklammerung« zu befreien. Dass dabei, wie bei der Straßenschlacht zuvor, offenbar niemand verletzt wurde, war reines Glück. In der ausgewogen berichtenden, sowohl die Polizei als auch die APO kritisierenden Wahlzeitung der SPD für Bergedorf lautete die Bilanz: »Es könnte von Skandal, Terror, Gewalt und Brutalität gesprochen werden. Es erscheint indes kaum möglich, hier etwas zu verniedlichen. Es war nicht erfreulich, was sich bot und es gibt auch keine Aussicht, daß schnelle Änderung eintreten wird.«¹⁶¹

Doch genau dies trat ein, jedenfalls in der lokalöffentlichen Darstellung, die für den breiten Lesermarkt der Hansestadt gedacht war. Die SPD hatte nach dem Ereignis von Bergedorf sowohl innerhalb der Partei als auch von Seiten Hamburger Bürger Kritik geerntet; ein Kundgebungsbesucher etwa hatte mitbekommen, wie zwei harmlose Jugendliche keinen Einlass erhalten hatten und sich darüber beim Bundestagsabgeordneten Claus Arndt beschwert, der zu beschwichtigen suchte. Die Partei habe den Andrang unterschätzt, aber auch gar keine Chance gehabt, ihm zu begegnen, da das Lichtwarkhaus den größten Saal in Bergedorf darstelle. Gegen den von einer Genossin formulierten Vorwurf, Helmut Schmidt wolle sich nicht der kritischen Öffentlichkeit stellen, verwehrte er sich und wies darauf hin, dass ja durchaus zwanzig oder dreißig APO-Anhänger im Saal anwesend gewesen seien.¹⁶² Angesichts des Unmuts war es ein gekonnter Schachzug, wenn die *Hamburger Morgenpost* etwa drei Wochen später von einem symbolischen Akt der Aussöhnung berichtete: einem »Wiedergutmachungstermin«, den die SPD und Helmut Schmidt anberaumt hatten. Auf der Bergedorfer Schloßwiese sprach Schmidt nun erneut und stand im Anschluss für eine Diskussion zur Verfügung, auch mit APO-Anhängern. Fast 3000 Menschen waren zugegen, alles sei ruhig geblieben, angeblich wurden nicht einmal Zwischenrufe verzeichnet.¹⁶³

Die Stilisierung des Lokalen zum Hort der Konflikteinhegung sollte den Umbruch zum konfliktgeladenen neuen Jahrzehnt überdauern. Mit Blick auf die nationale Medienöffentlichkeit, so hat Marica Tolomelli konstatiert, produzierten die Aktionen der RAF und die Eruptionen politischer Gewalt in Westdeutschland ein ausgeprägtes Bedrohungsgefühl, das mit jenem in Italien vergleichbar war.¹⁶⁴ Vor Ort, in den Lokalzeitungen, ist dieser Befund nicht zu bestätigen, jedenfalls nicht auf Dauer. Am 19. Mai 1972 waren im Hamburger Springer-Hochhaus zwei Bomben explodiert und weitere entschärft worden, insgesamt 17 Menschen hatten Verletzungen davon getragen. Einige Monate

¹⁶¹ Heinz Blumenthal: Eskalation. oder: Die Verhältnismäßigkeit der Mittel, in: Im Blickpunkt: Bundestagswahl 1969. Informationen zum Bundestagswahlkampf in den Wahlkreisen Bergedorf und Stormarn-Lauenburg [SPD]. AdsD, SPD-LO HH II, Mp. 1024.

¹⁶² Claus Arndt MdB an Hella Bettels (Hamburg), 3.9.1969. AdsD, SPD-LO HH II, Mp. 1024; ders. an Walter Hagen (Hamburg), 3.9.1969. Ebd.

¹⁶³ Diskussion vorm Schloß mit APO, in: HAMBURGER MORGENPOST, 16.9.1969.

¹⁶⁴ M. TOLOMELLI, *Terrorismo e società*, 2006. Vgl. auch H. BALZ, *Terroristen*, 2008.

später, als der Wahlkampf vor der Tür stand, waren die Kräfte der Hamburger Staatsanwaltschaft massiv durch die Ermittlungsarbeit im »Baader-Meinhof-Komplex« beansprucht, wie die Justizbehörde den Hamburger Parteien mitteilte. Sie rechnete durchaus mit der Rückkehr von Störmanövern, doch die Wahlkampfatmosphäre im Oktober und November blieb auffällig entspannt.¹⁶⁵ Die terroristische Bedrohung wurde aus dem lokalöffentlichen Wahlkampf-diskurs herausgehalten.

Obwohl die K-Gruppen in vielen Städten der Republik die Wahlveranstaltungen der 1970er Jahre störten, war das Problem der Unordnung weitaus weniger ein Thema als 1969. Was sich stattdessen zeigte, war eine zunehmende Selbstverständlichkeit im Umgang mit Begriffen wie »Demokratie« und »Toleranz«, die Wahlkämpfer bewusst im Verteidigungsmodus gegen die außerparlamentarischen Akteure einsetzten. Wenn Rainer Barzel es 1972 in Ulm mit »Strauß«-Zwischenrufen zu tun bekam, verurteilte er, dass »hierzulande jemand verteufelt wird« und sprach sich »gegen Volksverhetzung, Intoleranz und mit Diktatur gleich zu setzendem Klassenkampf« aus. Er selbst kam auf dieser Kundgebung in den Genuss der geforderten Toleranz. Die *Südwest Presse* berichtete von einem brechend vollen Kornsaal, von »2000 Menschen aller Altersgruppen«, darunter nicht nur CDU-Anhängern, die den Kanzlerkandidaten der Union mit rauschendem Beifall empfangen und seine Rede nur durch »fast schüchtern wirkende Pfiffe« oder »bescheidene Ansätze zu dünnen Mißfallensäußerungen« und »spärliche Zwischenrufe« unterbrachen.¹⁶⁶

In der Tat löste den APO-Störer in den 1970er Jahren langsam aber sicher der politische Fan ab. Statt die Kundgebung zu torpedieren, zeigte er das »Victory-Zeichen«, und statt Schildern und Pfeifen hatte er Fähnchen und Partei-T-Shirts dabei; Aufschriften lauteten 1972 etwa: »Franz ist der Beste«.¹⁶⁷ Im auffälligen Kontrast zum italienischen Geschehen berichtete die westdeutsche Presse 1976 von den harmlosen Kundgebungsreisen heiserner Politstars unter Schlagzeilen wie: »Eine Kanne heiße Milch mit Honig für Helmut Kohl«.¹⁶⁸ Ein Hans-Dietrich Genscher konnte bei einer Großkundgebung in Hamburg mit demonstrativer Gelassenheit den Störungen maoistischer Gruppen aus der Hamburger Studentenschaft mit den Worten begegnen: »Das sind die Gegner aller Demokraten in diesem Lande.« Solche Sätze wurden zu Schlagzeilen der Lokalpresse, verbunden mit Hinweisen auf die Fähigkeit der Politik, mit den Angreifern von außen fertig zu werden.¹⁶⁹ Ausgerechnet 1976 begann

¹⁶⁵ Freie und Hansestadt Hamburg, Justizsenator, an Oswald Paulig, Dietrich Rollmann, H.F. Arning, 4.10.1972. AdsD, SPD-LO HH II, Mp. 1031.

¹⁶⁶ Erstes Zitat: Barzel füllt das Kornhaus, in: NEU-ULMER ZEITUNG, 16.11.1972; weitere Zitate: Barzel: Die Regierung hat versagt, in: SÜDWEST PRESSE, 16.11.1972.

¹⁶⁷ Wahlkampf '72, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 3.11.1972; Barzel füllt das Kornhaus, in: NEU-ULMER ZEITUNG, 16.11.1972.

¹⁶⁸ HAMBURGER ABENDBLATT, 1.10.1976.

¹⁶⁹ »Das sind die Gegner aller Demokraten!«, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 24.9.1976.



Abb. 8: Fotografien versammelter Massen tauchen im Wahlkampf 1976 in der westdeutschen Tagespresse auf, so in Ulm. Fotografie von Maria Müssig, abgedruckt in der Südwest-Presse vom 22. September 1976.

© Südwest Presse Ulm

die westdeutsche Lokalpresse, Fotos von den Wahlkundgebungen mit versammelten Menschenmassen abzudrucken, und auch die Teilnehmerzahlen wurden nun publik gemacht (Abb. 8). Ein Willy Brandt zog etwa in Ulm unter freiem Himmel 6000 Zuhörerinnen und Zuhörer an, und das war für westdeutsche Verhältnisse ein beachtliches Mobilisierungsniveau.¹⁷⁰

Auf diese Weise präsentierte die öffentliche Kommunikation in Zeiten terroristischer Bedrohung ein brillierendes »Establishment«, das sich seiner Legitimität scheinbar sicher sein durfte und die »Demokratie« und ihre Spielregeln selbstbewusst für sich beanspruchte. Das war mehr als nur eine journalistische Stilisierung (das war sie sicherlich auch), denn tatsächlich war die parlamentarische Demokratie den westdeutschen Wählern in den vorangegangenen Jahren näher gekommen als je zuvor.

2. Krisenpartizipation. Die Hochzeit der deutschen Parteiendemokratie

Politische Kommunikation stellte seit 1968 in doppelter Hinsicht Krisenkommunikation dar: Außerparlamentarische Akteure stellten die Frage, wer in der kapitalistischen Demokratie wie mitspielte, und lieferten dem Wahlvolk eine Steilvorlage, den antiautoritären Gestus gegenüber dem politischen »Establishment« aufzugreifen. Zugleich mussten SPD und CDU in Zeiten höchster Rivalität, da der Wahlsieg stets auf Messers Schneide und die Entscheidung über

¹⁷⁰ Den Kanzler weiter arbeiten lassen, in: SÜDWEST PRESSE, 22.9.1976; Tausende hören auf dem Münsterplatz eine aggressive Wahlrede Willy Brandts, in: SCHWÄBISCHE ZEITUNG, 22.9.1976.

ihre Regierungsqualität letztlich in den Händen der FDP lag, Lösungen anbieten, wie mit dem politischen Reformdruck unter den Bedingungen von Inflation, steigender Arbeitslosigkeit und Konjunkturereinbrüchen umzugehen war. Während die Politisierungswelle seit 1968 Massen neuer, meist junger Mitglieder in die Parteiverbände der Bundesrepublik spülte, griff zugleich allmählich die sozialwissenschaftlich ventilierte Rede von der »Individualisierung« um sich. Sie konfrontierte Wähler und Öffentlichkeit mit der These abnehmender Parteibindungen, die durch die fortschreitende Medialisierung des Wahlkampfes, namentlich im Fernsehen, Nahrung erhielt. Wie verständigten sich Wähler und Parteien in Zeiten der Krisenwahrnehmungen und der vermeintlichen Aufweichung von Parteiloyalitäten? Wie nahmen sie die Partizipationsansprüche auf, die von außen an die parlamentarische Demokratie herangetragen wurden? Und welche Bedeutung kam dem Lokalen vor dem Hintergrund dieser zeitgenössischen Herausforderungen als politischem Kommunikationsraum zu?

Blütezeit der Sachlichkeit. Auf den Spuren der 1968er

1969 waren sich westdeutsche Beobachter aus Presse und Politik einig: Nie zuvor hatten die Wähler im Wahlkampf ein derartiges politisches Interesse erkennen lassen. Die Nachfrage politischer Information, »besonders an konkreten Sachfragen«, schien enorm.¹⁷¹ Die kurz zuvor noch so erfolgsträchtige »bunte« Wahlwerbung war plötzlich kaum mehr gefragt. Stattdessen wollten Wähler das Regierungsprogramm oder das Bildungsprogramm der SPD in die Hände bekommen und begegneten den Kandidaten freundlich, wenn sie vor dem Postamt oder der Fabrik Prospekte verteilten.¹⁷² Freilich blieben viele Westdeutsche auch reserviert, unabhängig von Alter und Bildungsstand. Von Ulmer Lokalreportern befragt, meinte ein promovierter Pensionär, er habe »seit Jahren seine Partei, die er wähle« und könne deshalb auf den Wahlkampf verzichten, aber auch ein 22-jähriger Hilfsarbeiter, ein 35-jähriger Werkzeugmacher oder ein 59-jähriger Arbeiter sahen das aus verschiedenen Gründen ähnlich: »Anschließend machen die in Bonn dann doch was anderes.« Präsenster jedoch wurden nun in der lokalen Öffentlichkeit jene, die sich gegenüber dem Wahlkampf »aufgeschlossen« zeigten.¹⁷³ Dabei ging es zunächst um sachliches Interesse, nicht um offene politische Bekenntnisse. Aus Schleswig-Holstein hieß es: »Die kleinen Leute in der Provinz wollen wohl nicht mehr nur die hohe Bundesprominenz bestaunen. Sie wollen sich offenbar auch politisch

¹⁷¹ »In dieser Form wurde das bisher noch niemals festgestellt«, so berichtete Freiherr von Ostmann, SPD-Direktkandidat aus Bonn, 1969. Ostmann an den Parteivorstand, Referat Werbung, 9.12.1969. AdsD, SPD-PV NB, Abt. Öffentlichkeitsarbeit – Werbetechnik, Mp. 1792.

¹⁷² Hedwig Meermann, MdB (Bonn), an den Bundesgeschäftsführer der SPD, Hans-Jürgen Wischniewski, 3.12.1969. Ebd.

¹⁷³ Wenig Papier – Direkte Kontakte gefragt, in: SÜDWEST PRESSE, 27.8.1969.

informieren, auch wenn sie nicht spontan mit ihrer Auffassung zur Parteiprogrammatik herausrücken.«¹⁷⁴

Statt die Prominenz zu beklatschen, wollten Wähler neben sachlicher Information nun aktiv mitreden. Über eine 18-jährige Wählerin berichtete die Ulmer *Südwest Presse* zu Beginn des Wahlkampfes: »Obwohl sie noch nicht wählen darf, diskutiert sie schon seit Wochen eifrig mit«; einen 65-Jährigen zitierte sie: »Ich ruf die Kandidaten einfach an und diskutiere mit ihnen.«¹⁷⁵ Auch hier handelte es sich um ein generationenübergreifendes Phänomen, das sich seit 1967/68 abgezeichnet hatte. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle bereitete ihre lokalen Verbände unmissverständlich auf die gewandelte Wahlkampfatmosphäre von 1969 vor, indem sie feststellte, die traditionelle Wahlkundgebung sei so gut wie »tot«. Der »Wunsch nach Diskussion« dominiere die Parteiveranstaltungen und werde nicht nur von der APO und der NPD vorgetragen:

auch die bürgerlichen Teilnehmer an Wahlversammlungen kommen heute mit Fragen in die Versammlung, die sie an die prominenten oder weniger prominenten Redner zu stellen wünschen. [...] Versammlungen ohne Diskussion werden vom Publikum mehr und mehr als bloße Indoktrination empfunden und abgelehnt; das gilt selbst für die prominentesten Redner, wie z. B. den Bundeskanzler.¹⁷⁶

Ein Kiesinger, ein Gerhard Stoltenberg, ein Willy Brandt oder ein Rainer Barzel hatten sich seit 1969 nach ihren Kundgebungsreden auf Diskussionen einzustellen, häufig vor mehr als eintausend Anwesenden.¹⁷⁷ Wurden Diskussionen »wegen Termenschwierigkeiten« abgesagt, reagierten anwesende Wähler aufgebracht. Der Veranstaltungsleiter musste in solchen Fällen besänftigende und erklärende Worte finden.¹⁷⁸ Die CDU versuchte in den 1970er Jahren häufiger, der Diskussion auf Kundgebungen zu entgehen, indem sie die Zeit für die Vorstellung des Lokalkandidaten reservierte. Einen Gefallen tat sie sich damit nicht, denn die Lokalpresse achtete auf die Diskussionsmöglichkeit und kolportierte den Unmut der Teilnehmer schonungslos, wenn sie ihnen versagt worden war.¹⁷⁹ Sowohl das 1969 abrupt einsetzende Interesse der westdeutschen Wahlbürger an den Angeboten der Politik als auch ihre neue Diskussionslust wurden so wesentlich durch die Interventionen der Lokalpresse begleitet und verstärkt.

¹⁷⁴ Im »Lande der gemächlichen Leute« ist es der hitzigste Wahlkampf seit Kriegsende, in: BADISCHE ZEITUNG, 23.9.1969.

¹⁷⁵ Wenig Papier – Direkte Kontakte gefragt, in: SÜDWEST PRESSE, 27.8.1969.

¹⁷⁶ Gestörte Versammlungen. Der Umgang mit der sogenannten außerparlamentarischen Opposition [Broschüre, CDU, 1969]. AdsD. SPD-LO HH II, Mp. 1038.

¹⁷⁷ Meermann an Wischniewski, 3.12.1969. AdsD, SPD-PV NB, Abt. Öffentlichkeitsarbeit – Werbetechnik, Mp. 1792.

¹⁷⁸ Barzel füllt das Kornhaus, in: NEU-ULMER ZEITUNG, 16.11.1972.

¹⁷⁹ Narjes und Erhard fahren schwere Geschütze auf: Warnung vor Kollektivismus und Sozialismus, in: SCHWÄBISCHE ZEITUNG, 2.11.1972.

Diese Entwicklung reanimierte die kleinen städtischen Wahlversammlungen, die 1965 noch totgeglaubt waren. Vor allem 1969 und 1972 erfuhren sie nun starken Wählerzulauf, zumindest in den letzten drei Wochen vor den Wahlen.¹⁸⁰ Im Gegensatz zur einst bevorzugten Wahlwerbung per Post schätzten Wähler nun den direkten Zugang zu Politikern und die Diskursivität. In Ulm gab ein 66-Jähriger den Lokalreportern zu Protokoll, alle Wahlveranstaltungen in der Stadt besucht zu haben: »Da ist Diskussion und Kritik!«¹⁸¹ Auf die steigende Nachfrage reagierten die Parteiverbände mit einem größeren Angebot, was den Wahlkampfaufwand der Lokalkandidaten enorm erhöhte. Jeweils über 150 Diskussionsveranstaltungen mit Wählern führten die Freiburger Direktkandidaten von SPD und CDU 1969 in Stadt und Land durch. Neben bundespolitischen Themen interessierten die Breisgauer insbesondere die Gefahren, die von der NPD ausgingen. Parteien und Lokalredakteure lobten die politische »Sachkunde« der Wähler und erblickten darin die Früchte ihrer eigenen sachlichen Aufklärungsarbeit der letzten Jahre und Jahrzehnte. Die Reporter erhofften sich vom informierten Wähler sogar Impulse für eine Kompetenzsteigerung des parlamentarischen Politikbetriebs, denn statt Rhetorik und »Ellenbogen« sei nun einzig Sachkompetenz im Wahlkampf ein Erfolgsgarant.¹⁸² So dokumentierten die Journalisten den neuen Wählerprotagonismus im Wahlkampf geradezu euphorisch als Zeichen einer Versachlichung von Politik.

Sie hatten insofern Recht, als die Wahlkämpfer ihre Formate rasch den neuen Bedingungen anpassten. Aus Göttingen meldete die SPD, die Partei werde in Zukunft auf ihren Wahlversammlungen den Wählern »größere Initiative« einräumen und ihrem Bedürfnis nach »qualifizierte[n] Informationen« stärker nachkommen müssen. Dabei wurde deutlich, welches Format die Wähler am ehesten nachfragten: Veranstaltungen, auf denen sie verantwortliche Politiker zu aktuell drängenden Themen *direkt* befragen konnten. 1969 war es die Aufwertungsfrage, an der sich Kanzler Kurt Georg Kiesinger und Wirtschaftsminister Karl Schiller (SPD) schieden, die als wahlentscheidend galt und die westdeutsche Wahlbürger zu den Wahlversammlungen zog. Ein Karl Schiller, der in Göttingen Seite an Seite mit dem Direktkandidaten das Thema der Aufwertung erläuterte und mit den in Scharen erschienenen Wählern etwaige Folgen diskutierte – solche »Informationsveranstaltungen« markieren den Höhepunkt gelingender politischer Verständigung zwischen Wahlvolk und Parteiendemokratie in der Bundesrepublik.¹⁸³ Er stand im Zeichen der Diskussion von Sachthemen,

¹⁸⁰ Siehe die Erfahrungsberichte in AdsD, SPD-PV NB, Abt. Öffentlichkeitsarbeit – Werbetechnik, Mp. 1792; Wahlkampf wird härter und origineller. Kandidaten-Protest, Privat-Party und Songs, in: SCHWÄBISCHE ZEITUNG, 24.10.1972.

¹⁸¹ Wenig Papier – Direkte Kontakte gefragt, in: SÜDWEST PRESSE, 27.8.1969.

¹⁸² Die Parteien berichten uns, in: BADISCHE ZEITUNG, 17.9.1969, 24.9.1969 u. 27./28.9.1969.

¹⁸³ Ausweislich der lokalen SPD-Verantwortlichen waren solche Formate derart erfolgreich, dass sie den Wahlkampf künftig gänzlich auf sie ausrichten wollten. Klaus Wettig (SPD Göttingen) an

die die Zukunft des Wohlstands betrafen, und er war in dieser Hinsicht auf die Wahlkämpfe von 1969 und 1972 begrenzt, als das Problem der Inflation den westdeutschen Wählern große Sorgen bereitete. Die Erinnerung an die Hyperinflation Anfang der 1920er Jahre und die materiellen Verluste vor und nach der Währungsreform von 1948 hatten sich offenbar derart im kollektiven Gedächtnis verankert, dass eine neuerliche Inflationsdrohung das Wahlvolk in ungeahnter Weise mobilisierte und die Politiker im Wahlkampf als Finanzsachwalter aufsuchen ließ.¹⁸⁴

Dieser kommunikative Höhepunkt der westdeutschen Parteiendemokratie hatte, neben dem konkreten Anlass der Sorge, im Wesentlichen drei Ursachen. Erstens standen die Wähler 1969 einer im Vergleich zu den letzten Bundestagswahlen stark gewandelten Situation gegenüber. Jenseits der Proteste gegen die Notstandsgesetzgebung und unabhängig vom wachsenden Reformwillen in großen Teilen der westdeutschen Gesellschaft konnten selbst treue CDU-Wähler das Bedürfnis verspüren, sich einmal genauer über die Lösungsangebote ihrer Partei zu informieren, hatten sie doch 1966/67 die erste Rezession in der Geschichte der D-Mark erlebt. Die bescheidene Dimension dieser Wirtschaftslaute sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie die Zeitgenossen tief verunsicherte, die noch keine Idee davon hatten, welche Problemhorizonte sie in den 1970er Jahren erwarten würden.¹⁸⁵ Zweitens gaben die Folgen dieser kleinen Krise den Sozialdemokraten erst die Gelegenheit, sich in der Großen Koalition als regierungsfähig zu erweisen und so 1969 vielen Wählern erstmals als ernstzunehmende Alternative zu erscheinen.¹⁸⁶ Dass die SPD in diesem Jahr zu einer wahrhaftigen Option für die Regierungsgeschäfte der Bundesrepublik wurde, spiegelte sich auch in der Zurückhaltung der katholischen Kirche, die erstmals auf eine klare Parteiempfehlung verzichtete. Überdies sprachen sich nun Prominente öffentlich für die Wahl der SPD aus, und die »Sozialdemokratische Wählerinitiative« von Günter Grass tourte durchs Land, um auf direktem Wege das Gespräch mit Wählern zu suchen, die der SPD bislang ferngestanden hatten.¹⁸⁷ Die so produzierte Wechselatmosphäre, die mit den Protesten gegen die Notstandsgesetzgebung der Großen Koalition inhaltlich sehr wenig zu tun hatte, war in der Lokalpresse deutlich zu spüren. Von Reportern auf der Straße befragt, taten deutsche Wähler erstmals öffentlich kund, welcher Partei sie am Wahlsonntag ihre Stimme geben wollten. Damit verbürgten sie

die SPD, Bundesgeschäftsführer, 27.11.1969, Bl. 4. AdsD, SPD-PV NB, Abt. Öffentlichkeitsarbeit – Werbetechnik, Mp. 1792.

¹⁸⁴ Vgl. C. v. HODENBERG, Das andere Achtundsechzig, 2018, S. 82.

¹⁸⁵ Zur Verunsicherbarkeit vgl. auch U. HERBERT, Geschichte Deutschlands, 2014, S. 780.

¹⁸⁶ Sehr gut nachvollzogen wird dies im »Offenen Brief« eines Ulmer CDU-Wählers, der über die politische Lage von 1969 und 1972 reflektierte: Ernst Mathe (Ulm): »Offener Brief an einen Freund«. Offener Brief an einen SPD-Wähler von 1969, o. D. StAU, G 6 I 2.2.1. Siehe S. 478 f.

¹⁸⁷ Vgl. D. MÜNKEL, Intellektuelle für die SPD, 2000; T. MERGEL, Propaganda, 2010, S. 147; K. SCHLÜTER, Günter Grass, 2011.

höchstpersönlich, was das Neue am lokalen Wahlkampfdiskurs von 1969 war: Es schien bei Bundestagswahlen das erste Mal wirklich um eine *Entscheidung* zu gehen – und diese Suggestion revolutionierte die lokale Praxis politischer Kommunikation in den Städten.¹⁸⁸

Wie dies konkret vonstatten ging, macht ein Blick auf die Ulmer CDU deutlich, die sich anlässlich des anstehenden Kommunalwahlkampfes im April 1967 über die veränderte politische Lage bewusst wurde. Die SPD sei durch ihre Regierungsbeteiligung »hoffähig« geworden, die Unterschiede zwischen ihr und der CDU würden »in der Meinung des Wählers zu verwischen« drohen. Schlagworte wie »keine Experimente« oder »Untergang des Abendlandes« würden in diesem gewandelten Klima nicht mehr genügen. Insbesondere das »Schattenboxen« mit einer alten SPD, die es nicht mehr gebe, sei falsch. Die CDU müsse in die Zukunft weisen und sich mit der Kontrahentin auseinandersetzen. Dabei ständen nicht Programme im Vordergrund, sondern »die besseren Argumente, die überzeugenderen Leistungen und die besseren Köpfe«. Zu diesem Zweck mahnte der Kreisvorstand in Ulm ausdrücklich »neue Veranstaltungsformen« an, in erster Linie den »Diskussionsabend« und die »Podiumsdiskussion«. Die Junge Union sollte dabei nach altem Brauch »ihre wichtige Funktion« übernehmen.¹⁸⁹ Es brauchte diese Einsicht in die »Hoffähigkeit« der SPD, um die Christdemokraten von der Rhetorik des Kalten Krieges abzubringen und nach guten Argumenten für ihre eigene Politik suchen zu lassen, und diese Einsicht kam nicht mit Bad Godesberg oder mit der ersten Kanzlerkandidatur Willy Brandts, sondern erst mit der Großen Koalition, in der SPD-Politiker ihre Regierungstauglichkeit beweisen konnten.

Um die Praxis politischer Kommunikation vor Ort zu revolutionieren und die Dominanz der Jugendorganisationen in den Versammlungssälen zu brechen, brauchte es, drittens, die Studenten und APO-Anhänger. Sie waren die Wegbereiter des neuen Wählerprotagonismus von 1969, denn sie machten vor, wie man sich Politikern »auf Augenhöhe« stellte. Bereits 1965 hatten sich Studenten bisweilen auf den Wahlkundgebungen mit Zwischenrufen hervorgetan und dabei manchmal die Chance erhalten, politische Sachfragen den Politikern vorzutragen. So berichtete die *Schwäbische Donauzeitung* 1965 ausführlich über eine Kundgebung des Kanzlers und Lokalmatadoren Ludwig Erhard in Ulm, der studentische Zwischenrufer kurzerhand eingeladen hatte, »ihre Sache doch offen vor dem Mikrofon zu vertreten«. Die Zeitung lobte die argumentativen Fähigkeiten des Studenten, der sich vorwagte und seine Forderungen nach Hochschulreformen erläuterte. Daraufhin konnte Ludwig Erhard zeigen, dass er ebenso sachlich und schlagfertig auf die studentischen Reformforderungen

¹⁸⁸ Blitzumfrage: Wie haben Sie sich entschieden? in: HAMBURGER MORGENPOST, 27.9.1969; Lokaler Wahlkampf – Panorama, in: BADISCHE ZEITUNG, 20./21.9.1969.

¹⁸⁹ CDU KV Ulm, Niederschrift über die Sitzung des Geschäftsführenden Kreisvorstands am 17.4.1967, 27.4.1967, Bl. 2 f. StAU, E 201 CDU Nr. 1.

zu antworten wusste. Das Ulmer Publikum honorierte die Diskussion mit starkem Beifall, »der freilich ebensosehr auch Erhard galt, weil er der unerwarteten Konkurrenz so bereitwillig seinen Platz an der Sprechanlage überlassen hatte.«¹⁹⁰ Diese öffentliche Aufwertung der Gesprächsbereitschaft durch eine pädagogische Presse und ein offenbar wohlwollendes Publikum bildete die Voraussetzung für die Popularisierung dieser Praxis vier Jahre später. Die Studenten hatten das Diskutieren als eine »demokratische Kulturtechnik« nicht erfunden, aber sie ebneten den Weg für die Durchsetzung der Diskussion als einer Basistechnik politischer Verständigung zwischen Wählern und Parteiendemokratie, während sie auf den urbanen Wahlveranstaltungen lange Zeit nur den Parteimitgliedern vorbehalten gewesen war.¹⁹¹

Auch waren es zunächst die Studenten, die Wähler seit 1967 auf den Straßen und in den Fußgängerzonen in Diskussionen verwickelten, beispielsweise um mit ihnen über das Auftreten der Polizei auf Demonstrationen zu sprechen.¹⁹² Zwar waren die westdeutschen Parteien hier bereits zuvor im Wahlkampf präsent gewesen, doch war es dabei eher um das angenehme Gespräch über die Bedürfnisse des Konsumbürgers gegangen. Über genuin politische Konfliktthemen *diskutiert* wurde auf den westdeutschen Straßen erst seit 1967, und für die Parteien ergab sich daraus im Vorfeld der Wahlen von 1969 ein ganz neues Ausgangsszenario. »Hart war der Wahlkampf 1969, weil die außerparlamentarische Opposition [...] auftrat. Aus den Sälen verlagerte sich der Wahlkampf immer mehr auf die Straße«, erinnerte sich der Bundestagsabgeordnete Curt Becker.¹⁹³ Studenten führten nun selbstorganisierte Teach-ins zur »Aufklärung« der Wähler durch, so etwa in Bremen anlässlich einer NPD-Wahlkundgebung. Bei einer spontanen Versammlung vor dem Rathaus spielten sie Schallplatten mit den Reden Hitlers und des NPD-Vorsitzenden Adolf von Thadden ab, was ausgerechnet das *Hamburger Abendblatt* aus dem Hause Springer veranlasste, in wohlwollender Absicht von der Bremer Innenstadt als »einem einzigen Diskutierfeld« zu sprechen.¹⁹⁴ Darüber hinaus sensibilisierten die Studenten die westdeutschen Wähler offenbar auch für die Dringlichkeit gesellschaftlicher Reformen. Göttinger SPD-Funktionäre konstatierten 1969 unumwunden, die Studenten- und Schülerbewegung hätten die Eltern und Lehrer auf die Reformbedürftigkeit des Bildungssystems aufmerksam gemacht, und wollten deshalb ihre Veranstaltungsformate anpassen, um mit Wählern fortan über ihre Reformpläne ins Gespräch zu kommen.¹⁹⁵

¹⁹⁰ Erhard pocht auf die Leistungen der CDU, in: SCHWÄBISCHE DONAUZEITUNG, 13.9.1965.

¹⁹¹ Vgl. N. VERHEYEN, *Diskussionslust*, 2010, S. 292 f., 295 f.

¹⁹² Vgl. C. v. HODENBERG, *Das andere Achtundsechzig*, 2018, S. 37.

¹⁹³ *Abgeordnete*, Bd. 2, 1983, S. 44.

¹⁹⁴ Störaktionen in Kiel und Bremen, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 16.9.1969.

¹⁹⁵ Klaus Wettig (SPD Göttingen) an die SPD, Bundesgeschäftsführer, 27.11.1969, Bl. 4. AdsD, SPD-PV NB, Abt. Öffentlichkeitsarbeit – Werbetechnik, Mp. 1792.

In solchen Maßnahmen zeigen sich die Einflüsse der APO auf Bürger wie Parteien gleichermaßen, und insbesondere auf die Praxis ihrer Verständigung vor Ort. Auch die Hamburger CDU sah sich 1969 veranlasst, sich auf einen Wahlkampf »im Zeichen der Re-Ideologisierung der bundesdeutschen Politik durch die APO« einzustellen, und das war eine polemische Deutung dessen, was man auch als eine Versachlichung politischer Kommunikation begreifen kann. Der CDU-Wahlkampfplaner Wolfgang Kramer machte das selber deutlich, wenn er meinte, mit Schallplatten »à la ›und besser ist der Ludwig‹« sei diesmal »nichts zu machen«, sonst könne es passieren, »daß unsere Redner in unseren eigenen Veranstaltungen nicht zu Wort kommen«. ¹⁹⁶ Die CDU riet nach ihren Erfahrungen mit APO-Störungen, vom »Anheizen« der Kundgebungen durch Musik abzusehen, weil dadurch eben nicht nur die Zuschauer, sondern auch die Störer angeheizt wurden: »Musikalische Begleitung führt die anwesenden Störer häufig in eine Art Jux- und Karnevalsstimmung, aus der heraus sie später dann besonders aktiv werden.« ¹⁹⁷ Die Anwesenheit der APO machte offene Diskussionen im Veranstaltungswahlkampf geradezu unumgänglich, wollten die Parteien nicht riskieren, die Kontrolle im Versammlungssaal zu verlieren. ¹⁹⁸ Auf diese Weise ebneten die Studenten auch den Wahlbürgern den Weg, als Diskutanten aufzutreten und als solche ernstgenommen zu werden, auch wenn sie über kein Parteibuch verfügten. Zwar hielt sich die Diskussionsbereitschaft gegenüber der APO bei manchem führenden Exponenten des Politikbetriebs in Grenzen. Ein Helmut Schmidt hatte wenig Lust, sich auf die gleichberechtigte Diskussion mit Studenten einzulassen; keine Co-Referate, sondern lediglich Fragen billigte er ihnen zu. »Wenn Sie im Wahlkampf die Auseinandersetzung mit Parteien wollen, müssen Sie den Mut haben, eine eigene Partei zu gründen.« ¹⁹⁹ Doch gegenüber diskussionswütigen Wählern mussten Politiker 1969 freilich lernen, eine solche Attitüde abzulegen.

Allein schon, um die Wähler auf den Straßen nicht der APO zu überlassen, imitierten Parteiverbände und Lokalkandidaten 1969 die von Studenten initiierten Straßendiskussionen. Bei der SPD firmierte diese Praxis 1969 unter dem Schlagwort »demokratisches Gespräch«, das sich die Parteizentrale ausgedacht hatte. In den Wahlkreisen jedoch war die Parole vielerorts gar nicht bekannt; die Sozialdemokraten kamen von selbst zu der Überzeugung, dass die Straße das neue Forum politischer Verständigung darstellte. ²⁰⁰ In Nürnberg forderten SPD-Wahlkämpfer nach den Erfahrungen von 1969 explizit mehr Angebote

¹⁹⁶ Wolfgang D. Kramer (Hamburg) an den Landesvorsitzenden der CDU HH, Dietrich Rollmann, 29.7.1968. ACDP 03–010-046/3.

¹⁹⁷ Gestörte Versammlungen. Der Umgang mit der sogenannten außerparlamentarischen Opposition [Broschüre, CDU, o. D., ca. 1969]. AdsD. SPD-LO HH II, Mp. 1038.

¹⁹⁸ Großkundgebungen kleingeschrieben, in: SÜDWEST PRESSE, 17.9.1969.

¹⁹⁹ De will keen Appeln. Dat is Wahlpropaganda, in: HAMBURGER MORGENPOST, 10.9.1969.

²⁰⁰ Siehe die Erfahrungsberichte in: AdsD, SPD-PV NB, Abt. Öffentlichkeitsarbeit – Werbetechnik, Mp. 1792.

zum »öffentlichen Gespräch« auf der Straße oder vor Betrieben: »Da der Wähler kritischer und diskutierfreudiger geworden ist«. Aus Haßfurt in Unterfranken berichtete die SPD-Wahlkampfleitung, Versammlungen seien überholt, »der Kandidat muß das Gespräch auf der Straße suchen.«²⁰¹ Und wenn Helmut Schmidt 1969 auf dem Gemüsemarkt seines Wahlkreises Hamburg-Bergedorf auftrat, warb die *Hamburger Morgenpost*: »Statt Propaganda gibt's Diskussion per Lautsprecherwagen.« Die Parteien lernten schnell, mit ihrer Diskussionsbereitschaft zu werben, weil sich auch die unabhängige Lokalpresse für die neuen spontanen Formate begeisterte, die das »Gleichmaß der Wahlversammlungen« sprengen würden.²⁰²

Die Rückkehr der Straße als Forum erhitzter Debatten blieb allerdings eingeeicht durch die Serviceorientierung der etablierten Politik. Hamburger CDU-Direktkandidaten luden die Wählerinnen 1969 auf dem Wochenmarkt zu einer Tasse Kaffee in ihren Wahlkampfbus ein, um dort mit ihnen zu diskutieren.²⁰³ Auch als Diskussionspartner wurden Wahlbürger in Situationen aufgesucht, da die Einkaufsstüte in ihrer Hand ihren gewonnenen Wohlstand verbriefte. In den 1970er Jahren wurden Info-Stände und Straßendiskussionen vor Karstadt oder vor den neu entstehenden Einkaufszentren zum Markenzeichen des urbanen Wahlkampfs. Lautsprecher und Mikrofone übertrugen die Diskussionen zwischen Lokalkandidaten, kommunalen Abgeordneten oder gar Bundesministern mit den Passanten, um weitere Interessierte anzulocken. Parteimitglieder verteilten Flugblätter und überreichten die Mikrofone. Bis zu sechs Stunden konnte ein solches Diskussionsformat dauern. Es fand in Hamburg 1972 und 1976 beinahe täglich statt und symbolisierte die Verschmelzung der neuen politischen Diskussionskultur mit der Konsumgesellschaft (Abb. 6, S. 336).²⁰⁴

Zugleich erfreuten sich auch die Wahlversammlungen über 1969 hinaus einer außerordentlichen Beliebtheit. Dies ging einher mit einem signifikanten Informationshunger der Wähler. 1972 überschütteten sie die lokalen Parteiverbände mit Anfragen zu ihren programmatischen Standpunkten und baten um Wahlmaterial, das sie sogar eigenhändig abholten.²⁰⁵ Das hohe Informationsniveau der Wähler erlaubte es den Parteien in den 1970er Jahren, Wahlversammlungen in einer Weise anzubieten, wie es dem Berufsverständnis ihrer Parlamentarier entgegenkam. Sie wurden zu Foren der Verhandlung diverser

²⁰¹ Siehe die Erfahrungsberichte aus Nürnberg v. 27.9.1960 und Haßfurt v. 21.9.1969. Ebd.

²⁰² De will keen Appeln. Dat is Wahlpropaganda, in: HAMBURGER MORGENPOST, 10.9.1969; In Bayern krachten Bomben, in: BADISCHE ZEITUNG, 16.9.1969; Unsere Freiburger Kandidaten im Endspurt, in: BADISCHE ZEITUNG, 22.9.1969.

²⁰³ Stephan Reimers an Dietrich Rollmann, 27.5.1969. ACDP 03-010-046/3.

²⁰⁴ Siehe die Anmeldungen u. Pressemitteilungen in ACDP 02-155-022/1, ACDP 03-010-101/3 sowie AdsD, SPD-KV HH-Altona, Mp. 98 u. Mp. 499. Vgl. auch T. MERGEL, Propaganda, 2010, S. 149-155.

²⁰⁵ Siehe etwa: Iris Bork (Hamburg-Blankenese) an die Damen und Herren [der SPD Altona], 31.7.1976. AdsD, SPD-KV Altona, Mp. 96; Hans Borck (Kreis I Bezirk Mitte) an Werner Noll, 13.8.1976. AdsD, SPD-LO HH II, Mp. 1035.

Politikfelder, auf denen Abgeordnete als Experten für Steuer-, Wirtschafts-, Verkehrs-, Bildungs-, Landwirtschafts-, Außen-, Ost- oder Finanzpolitik auftraten. Die Direktkandidaten hatten sich deshalb gründlich vorzubereiten. »Quer durchs Beet«, so der Ulmer SPD-Kandidat Karl-Hans Kern, gingen die Diskussionen auf seinen Wahlversammlungen 1972 in Stadt und Land.²⁰⁶ Die Kandidaten mussten daher nicht nur das aktuelle Wahlprogramm kennen, sondern auch die Politik der letzten Jahrzehnte und das Zustandekommen bestehender Gesetze. In jedem Fall, so der Göttinger SPD-Wahlbeauftragte, müsse es vermieden werden, dass SPD-Kandidaten das Ausbildungs-Förderungsgesetz nicht vom Arbeitsförderungsgesetz zu unterscheiden wussten oder die Probleme der DM-Aufwertung »völlig falsch« darstellten. Die zunehmend kritischeren Fragen der Wähler könnten »einen normalen Parteibürger aus dem Tritt bringen«. Diese Erfahrung hatte er auch auf Frauenveranstaltungen gemacht. Es galt daher künftig, »den politischen Informationsstand unserer Parteimitglieder erheblich [zu] verbessern«. Die Anreize für innerparteiliche Professionalisierungsprozesse wuchsen durch die Erfahrungen mit einer zunehmend informierten Umwelt erheblich. Nach dem Wahlkampf 1972 forderten viele Ortsvereine eine noch bessere Information über die Politik der Partei.²⁰⁷

Vor allem die Währungspolitik und allgemeine Wirtschaftsfragen blieben Leidensthemen der Westdeutschen, und die Kandidaten und Abgeordneten mussten hier in den 1970er Jahren nicht nur Expertenkenntnisse besitzen, sondern zugleich auch Geduld aufbringen, wenn Wähler die Komplexität der Problemlage mit den einfachen Dichotomien des Kalten Krieges in den Griff zu kriegen versuchten. Als Karl-Hans Kern mit der Ulmer Handwerkschaft mögliche Wege aus der Inflationskrise diskutierte und seine These erläuterte, nur die Abschaffung des Dollarwerts könne sie weltweit stoppen, rief einer der Handwerker: »Dann kommt eben der Rubel!«²⁰⁸ Volkswirtschaftliche Expertenkenntnisse und Demut – diese Kombination war unabdinglich im Umgang mit Wahlbürgern, die in den 1970er Jahren selbst krudeste Überlegungen mit großem Selbstbewusstsein in die politische Kommunikation einbrachten.

In dieser Atmosphäre wurden Direktkandidaten und Wahlkreisvertreter zu Projektionsflächen lokaler politischer Willensbildung. Wähler erwarteten von ihnen nicht mehr nur ein offenes Ohr für kommunale Probleme, sahen in ihnen aber auch nicht einfach die Vertreter des zentralen Parteiprogramms,

²⁰⁶ Jusos »begleiten« CDU-Kandidat Werner, in: SCHWÄBISCHE ZEITUNG, 11.10.1972. Zur thematischen Breite und dem Interesse der Wähler siehe auch: Parteien werden doch viel »Prominenz« im Wahlkreis Ulm in den Kampf schicken, in: SCHWÄBISCHE ZEITUNG, 17.10.1972; Wahl-Kalender, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 14.10.1972; Alle Parteien fahren jetzt mit Volldampf, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 6.9.1976.

²⁰⁷ Zitat: Klaus Wettig (SPD Göttingen) an die SPD, Bundesgeschäftsführer, 27.11.1969, Bl. 4, 7. AdsD, SPD-PV NB, Abt. Öffentlichkeitsarbeit – Werbetechnik, Mp. 1792. Siehe auch weitere Erfahrungsberichte in: ebd.

²⁰⁸ Ulmer Meister erweisen sich mit ihren Fragen als unbequeme Gesellen für Karl-Hans Kern, in: SCHWÄBISCHE ZEITUNG, 9.11.1972.

sondern forderten ein individuelles politisches Profil ihres Abgeordneten ein, das idealiter in der Diskussion mit Bürgern des Wahlkreises geschärft wurde. »Mit Spannung« erwarteten die Ulmer ausweislich der Lokalpresse die erste Podiumsdiskussion ihrer Direktkandidaten, die mit persönlichen »detaillierten Wahlprogrammen« aufwarteten und als Kontaktstelle nach Bonn auftraten: »Der heiße Draht nach Bonn ist heiß geblieben!«²⁰⁹ In dieser Funktion, so suggerierten Presse und Parteien, trugen sie nun den politischen Willen des Wahlkreises in den Bundestag. In Ulm schwärmte die CDU 1972 über ihren jungen Direktkandidaten Herbert Werner in einer Wahlkampfbroschüre, er liebe »das offene und harte, aber faire und sachliche Gespräch. Seine eigenen Meinungen unterwirft er gerne der kritischen Überprüfung durch seine Gesprächspartner.«²¹⁰ So schien der Kandidat nicht mehr aufgrund seiner gefestigten politischen Haltungen, sondern aufgrund seiner Formbarkeit durch die Argumente seiner Wähler als besonders geeignet.

Dem jungen Ulmer Kandidaten Werner konnte man das sogar abkaufen, denn er war selbst Agent der westdeutschen Politisierung seit 1968: Im Kindesalter als Flüchtling aus dem Sudetenland nach Ulm gekommen, absolvierte er ein Lehramtsstudium in Tübingen und North Wales und trat 1969 in die CDU und in die Junge Union ein. Nach einem steilen Aufstieg in der Ulmer Partei wurde er 1972 mit 31 Jahren zum Direktkandidaten gewählt. Als gläubiger und engagierter Katholik und mit wertkonservativen Haltungen, die er insbesondere in die Familienpolitik des Bundestags einbrachte, stand er für die konservative Gegenmobilisierung im »roten Jahrzehnt« (Gerd Koenen) und sollte sein Mandat bis 1994 behalten. Der Blick auf seine lokalen Kommunikationsweisen offenbart, dass sich diese Gegenmobilisierung vor Ort in prononcierter Form der Praktiken bediente, welche die APO in den Wahlkampf hineingetragen hatte. So präsentierte sich Werner unentwegt als Vorkämpfer einer diskursiven Kommunikationskultur. Über seinen FDP-Kontrahenten ließ er öffentlich verlauten, es wirke sich »nachteilig« auf die Podiumsdiskussionen aus, wenn dieser nicht mitdiskutiere, sondern »nur vorliest«.²¹¹ Die westdeutschen Umstände erforderten einen gewissen Abgeordnetentypus auf der Linken wie auf der Rechten, und umgekehrt schuf sich diese neue Politikergeneration, die im Zuge von »1968« ihren Weg in die Politik fand, mit der Betonung von Diskursivität auch Kommunikationsbedingungen, die sie gegenüber den älteren Kollegen und Parteifreunden reüssieren ließ.

²⁰⁹ Parteien werden doch viel »Prominenz« im Wahlkreis Ulm in den Kampf schicken, in: SCHWÄBISCHE ZEITUNG, 17.10.1972.

²¹⁰ Unser Mann in Bonn: Herbert Werner [CDU-Broschüre Ulm, 1972]. StA Ulm, G 6 I 2.2.1, Fasz. »Bundestagswahlen vom 19.11.1972 CDU/CSU«; ähnlich: Karl-Hans Kern: Unser bewährter Mann in Bonn [SPD-Broschüre, Ulm 1972]. StAU, G 6 I 2.2.2.

²¹¹ CDU kündigt Höhepunkte an: Barzel, Filbinger. SPD: Frauen diskutieren und Männer hüten Kinder, in: SCHWÄBISCHE ZEITUNG, 11.11.1972.

In ähnlicher Form sprang der junge CDU-Landesvorsitzende und Parteimodernisierer Dietrich Rollmann in Hamburg auf den diskursiven Zug auf. Nach innen wie nach außen setzte er seit 1968 auf das Mitreden und das Diskutieren; 1972 ließ er Hausbesuche von CDU-Mitgliedern in einem aussagekräftigen Wählerbrief ankündigen:

Die Hamburger CDU sucht das Gespräch mit Ihnen. Denn es gibt keine bessere Möglichkeit als das persönliche Gespräch, um über Ziele und Absichten einer Partei zu informieren, zu argumentieren und zu diskutieren. [...] Und wenn Sie unsere Partei nicht mögen – dann kann dieses Gespräch trotzdem ein Gewinn für Sie sein. Denn die nächsten Wochen und Monate verlangen von jedem Bürger, daß er sich nach allen Seiten kritisch informiert. Wenn Sie also ein Freund der fairen politischen Diskussion sind – dann seien Sie bitte so freundlich, unser Gesprächsangebot anzunehmen.²¹²

Auf diese Weise ermahnte die CDU die Bürger zur »kritischen« Auseinandersetzung mit der Politik und versuchte die Diskussionslust für eigene Zwecke zu kapitalisieren.

Politisierung und Polarisierung hatten allerdings ambivalente Folgen. Da die Wechselstimmung in Westdeutschland mit einer ungekannten Lust am Eintritt in eine politische Partei einherging, kippte die Diskussionskultur auf Wahlversammlungen in den 1970er Jahren wieder in eine Richtung, die bereits aus den 1950er und frühen 1960er Jahren bekannt war: Mehr und mehr nahmen nur noch Parteimitglieder an ihnen teil. Ein Reporter der *Südwest Presse* klagte 1972 über eine Podiumsdiskussion in Ulm, die 120 Anwesenden würden sich bereits aus anderen Veranstaltungen kennen und könnten einander »meist mühelos in die jeweiligen Sympathisanten-Gruppen einordnen«. So sei bereits zu Beginn klar, aus welcher Ecke welche Äußerung mit Applaus bedacht würde. Auch die Diskussionsfragen aus dem Publikum »entsprangen weniger dem Wunsch nach Information«, sondern hätten dazu dienen sollen, das eigene Lager in gutem Licht erscheinen zu lassen und das andere in Verlegenheit zu bringen.²¹³

Die expandierenden Jugendorganisationen übernahmen in den 1970er Jahren auf den Wahlversammlungen die Regie, und so stellten nicht selten einstige APO-Anhänger ihre Diskussionskompetenz und ihr Konfliktverhalten den Parteien zur Verfügung. CDU-Direktkandidaten sahen sich geradezu von den Jusos verfolgt, sprachen 1972 von teils massiven Störungen und von einer bundesweiten Strategie der Jungsozialisten, »die Diskussionen in CDU-Versammlungen durch gezielte Fragen zu lenken«.²¹⁴ Herbert Werner meinte über den

²¹² Dietrich Rollmann, Landesvorsitzender der CDU Hamburg, an »[s]ehr verehrte Dame, sehr geehrter Herr«, Hamburg, September 1972, ACDP 03–010-047/4.

²¹³ Nur einmal klatschten alle, in: SÜDWEST PRESSE, 25.10.1972.

²¹⁴ Zitat in: Jusos »begleiten« CDU-Kandidat Werner, in: SCHWÄBISCHE ZEITUNG, 11.10.1972; siehe auch: Sachlich und fröhlich um die Gunst der Wähler werben, in: SÜDWEST PRESSE, 21.10.1972.

Juso-Andrang in seinen Veranstaltungen: »Man kennt sich so gut, daß man von zeitweilig in Blaustein weilenden Kölnern inzwischen per Du angesprochen wird!« Das Problem, das aus Sicht des Publikums daraus erwuchs, machte Werner selbst deutlich: Die Diskussionen wirkten »programmiert« und der »unentschlossene Wähler« trete darin nicht auf.²¹⁵ Auch dies war in Zeiten des zur Norm erhobenen Wählerprotagonismus eine geschickte Strategie politischer Kommunikation: Der CDU-Kandidat machte sich öffentlich zum Fürsprecher des »sachorientierten« westdeutschen Wählers, der von den »radikalen« Versammlungsbesuchern scheinbar um sein Rederecht gebracht wurde.

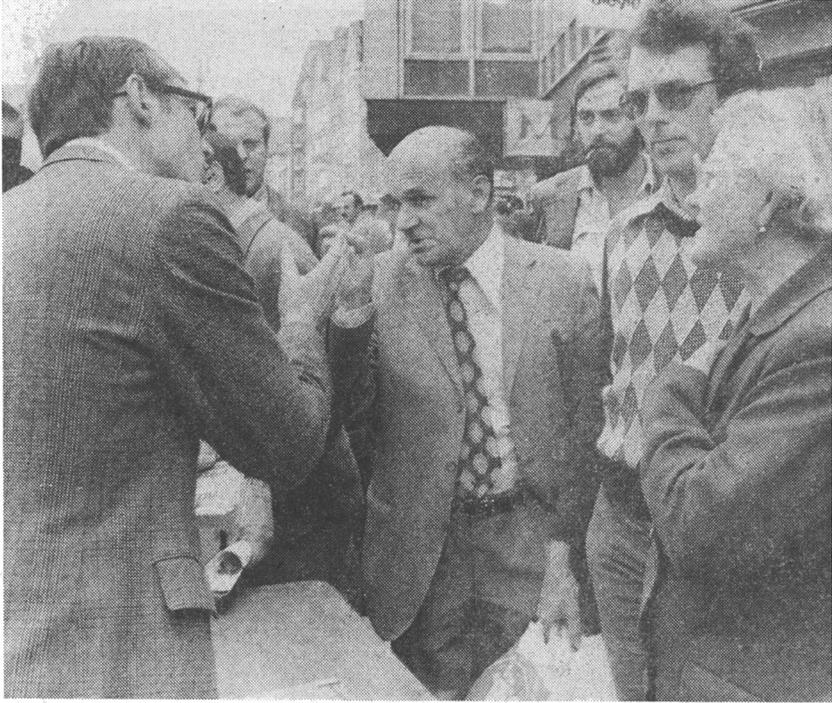
In den Fußgängerzonen indes war die Wahrscheinlichkeit höher, diesen »unentschlossenen« Wähler zu treffen, und auch deshalb waren Straßendiskussionen und Info-Stände der Parteien in den 1970er Jahren so zentral. Nicht nur zwischen Kandidaten und Wählern, »auch unter den Passanten selbst« ging es bei den Straßendiskussionen hoch her, wusste die *Schwäbische Zeitung* 1972 zu berichten (Abb. 9).²¹⁶ Die alte Obsession der Parteien, *bella figura* zu machen, zeigte sich aber auch hier. In Hamburg rechneten die Parteien mit fünfzig bis sechzig Teilnehmern pro Straßendiskussion, die durch die Lautsprecherübertragung ein noch viel größeres Anwesenheitspublikum involvierte. Weil sie vermuteten, dass sich gegnerische Parteimitglieder unter die Passanten mischten und das Mikrofon ergriffen, und weil sie zugleich wussten, dass sich auch Lokalreporter das muntere Treiben besahen, setzten die Parteien neben Ordnern auch hier zunehmend auf den verdeckten Einsatz eigener Diskussionsredner. »Wir können es nicht nur unseren politischen Gegnern überlassen, ständig das Mikrofon zu benutzen, um eine echte Diskussion zu verhindern«, mahnten Hamburger CDU-Parteifreunde 1972.²¹⁷

War früher der »positive Eindruck« der eigenen Partei gefährdet, war es nun das Ideal einer ausgewogenen Diskussion, die solche Vorkehrungen intern rechtfertigten. Insofern waren die außerparlamentarische Diskussionslust und das Ideal demokratischer Mitsprache in der politischen Kommunikation der Parteiendemokratie spätestens 1972 angekommen – und wurden selbst zu Werbestrategien und guten Argumenten des »Establishments« im Kampf um »unentschiedene« Wählerstimmen. Der Auftritt der 1968er hatte die Face-to-face-Kommunikation der Parteiendemokratie vor Ort nachhaltig verhandert, indem sie ihre Diskussionsmanie in die Wahlveranstaltungen

²¹⁵ CDU kündigt Höhepunkte an: Barzel, Filbinger. SPD: Frauen diskutieren und Männer hüten Kinder, in: SCHWÄBISCHE ZEITUNG, 11.11.1972.

²¹⁶ Ebd.

²¹⁷ Gerhard Weidmann, stellv. Ortsvors./Paul Kuhn, Ortsvorsitzender, an die Mitglieder des CDU-Landesverbandes Langenhorn, 18.10.1972. ACDP 03–010-016/4 (Zitat); Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Inneres, Polizei, Landespolizeidirektion, an die SPD Kreis Altona, Ewald Schmidt, 9.12.1976. AdsD, SPD-KV HH-Altona, Mp. 97; Teilnehmer am Rednerdienst, Anl. zu: Arbeitskreis Wirtschafts- und Regionalpolitik: Ergebnisprotokoll der Ersten Sitzung der Teilnehmer am Rednerdienst am 26. Januar 1976, o. D. ACDP 03–010-101/3.



Politischer Schlagabtausch in der Hirschstraße

Nicht nur Freundlichkeiten wurden am Samstag auf dem wöchentlichen Polit-Treff der Parteien in der Fußgängerzone Hirschstraße ausgetauscht. Nachdem sich Wahlvolk und Wahlkämpfer am CDU-Stand mit leckeren Fleischküchle versorgt hatten, erfolgte der politische Schlagabtausch, freilich jeweils in unterschiedlicher Zielrichtung, wobei es noch darauf ankam, bei welcher Partei man gerade landete, ob bei CDU, SPD, FDP, DKP oder NPD. Sie alle waren am Samstag vollzählig und mit schlagkräftiger Mannschaft vertreten. Herbert Werner, der CDU-Bundestagskandidat (im Bild links), kam kaum dazu, von den knusprigen Frikadellen zu naschen, die seine Helfer brutzelten. Er war ein gefragter Mann und stets heftig bedrängt. Das Bild verrät leider nicht, worüber Werner mit dem Passanten diskutierte. Möglicherweise versuchte er ihn davon zu überzeugen, daß er doch besser Prozentrechnen kann als sein Kontrahent von der SPD... SZ-Bild: Rueß

Abb. 9: Diskussionslust auf westdeutschen Wahlkampfstraßen, dokumentiert durch die Lokalpresse. Foto abgedruckt unter der Schlagzeile „Politischer Schlagabtausch in der Hirschstraße“, Fotografie von Rueß, abgedruckt in der Schwäbischen Zeitung vom 13. September 1976.

© Schwäbische Zeitung Ravensburg

und in den Straßenwahlkampf einpflegten und den Wählern so gewissermaßen eine Sprecherposition freiräumten.²¹⁸ Wie nie zuvor kamen parteiungebundene Westdeutsche insbesondere 1969 mit Politikern ins Gespräch, wobei die neue Diskussionslust auch die ältere Wählergenerationen erfasste. Vor diesem Hintergrund gingen sie, und insbesondere die jungen unter ihnen, 1972 zu offenen Formen parteipolitischer Selbstmobilisierung über, die in der Bundesrepublik bis dato unbekannt gewesen waren und eine neue Front innerhalb der Wählerschaft eröffnen sollten: zwischen den vielbeschworenen »Unentschieden« und jenen, die sich inzwischen entschieden hatten.

Wählerprotagonismus. Selbstmobilisierung und direkte Kommunikation

In diesem Wahlkampf sei vieles anders, schrieb die *Badische Zeitung* in Freiburg 1972. »Die gutgeölten Wahlkampfmaschinerien der großen Parteien laufen mit gewohnter Routine [...]. Die besondere Farbe aber kommt von den zur Wahl Aufgerufenen selbst.«²¹⁹ Die Hamburger Spitzenkandidaten resümierten kurz vor den Wahlen, noch nie sei das Engagement der Bürger im Wahlkampf so groß gewesen.²²⁰ Die Polarisierung seit der sozialliberalen Regierungsübernahme, die anlässlich des Misstrauensvotums gegen Bundeskanzler Willy Brandt einen Höhepunkt erfuhr, strahlte auf den anschließenden Wahlkampf ab.²²¹ Westdeutsche Wähler schienen sich seit 1972 in zwei Blöcken zu formieren und schickten sich an, selbst zu Wahlkämpfern zu werden. An Küchentischen, so das Bild, das die Lokalpresse entwarf, kamen sie zu politischen Diskussionen zusammen; am Wahlabend versammelten sie sich vor dem Fernseher und feierten private Wahlpartys.²²² Das Wählen selbst schien 1972 zur wichtigsten Form politischer Partizipation zu avancieren – einmal mehr das paradoxe Resultat eines Zeitalters, in dem die Legitimität des parlamentarischen »Establishments« offen zur Disposition stand.

Westdeutsche Wähler, zumal die jungen, sahen das offenbar anders. Wie nie zuvor wagten sie es nun, sich parteipolitisch zu exponieren. »Die politische Einstellung gilt vielen nicht mehr als Intimbereich«, lautete die Diagnose in der *Badischen Zeitung*, und damit war ganz klar die parteipolitische Einstellung gemeint.²²³ Vorreiter dieser Bekenntnisbereitschaft waren die lokalen Wählerinitiativen, die sich 1969 für die SPD gegründet hatten und mit Zeitungsannoncen in Erscheinung getreten waren. Sozialdemokraten berichteten vom positiven Echo dieser Initiativen in der lokalen Bevölkerung. Politische Bekenntnisse

²¹⁸ Zum Einfluss von »1968« vgl. P. GASSERT, *Narratives of Democratization*, 2008, S. 316.

²¹⁹ Das Interesse an Politik ist ungewöhnlich groß, in: *BADISCHE ZEITUNG*, 16.11.1972.

²²⁰ Engagement so groß wie noch nie, in: *HAMBURGER ABENDBLATT*, 17.11.1972.

²²¹ Vgl. S. MANKE, *Brandt anfeuern*, 2008.

²²² Im Sog des Wahlkampfes, in: *HAMBURGER ABENDBLATT*, 16.11.1972; Nie Mangel an Publikum, in: *HAMBURGER ABENDBLATT*, 23.9.1976; Die Parteien in Bonn setzen zum Endspurt an, in: *BADISCHE ZEITUNG*, 25./26.9.1976.

²²³ Das Interesse für Politik ist ungewöhnlich groß, in: *BADISCHE ZEITUNG*, 16.11.1972.

lokaler Persönlichkeiten, die bislang als »völlig ›SPD-unverdächtig‹ galten«, lösten bisweilen regelrechte Leserbriefwellen aus, sodass die Frage, ob man Sozialdemokrat war und warum, 1969 zum Stadtgespräch avancieren konnte.²²⁴ 1972 engagierte sich dann eine illustre Gruppe prominenter Deutscher aus Kunst und Kultur, Wissenschaft und Sport für CDU/CSU oder SPD. Es sei »in«, »seinen politischen Standort öffentlich anzuzeigen«, urteilte der Chefreporter der *Neu-Ulmer Zeitung*.²²⁵

In der Tat wurden die unabhängigen Lokalzeitungen selbst zu Foren der neuen parteipolitischen Bekenntnisbereitschaft. 1972, aber auch noch 1976, waren sie von Anzeigen lokaler Wählerinitiativen wie auch privater Bürger übersät, die ihre Mitbürger von ›ihrer‹ Partei überzeugen wollten. Die lokalen Wählerinitiativen wurden nicht selten auf Geheiß der Parteiverbände gegründet und arbeiteten auch mehr oder minder verdeckt mit ihnen zusammen. Vor allem die SPD profitierte von nicht weniger als 280 örtlichen Initiativen, die materielle und personelle Wahlkampfhilfe leisteten, die FDP kam immerhin noch auf etwa 100.²²⁶ In Ulm etwa ging die Gründung einer »Jung-Wählerinitiative« für den SPD-Kandidaten Karl-Hans Kern 1972 auf eine spontane Begeisterung während einer Wahlversammlung zurück.²²⁷ Doch die Bürger, die sich in den *Testimonials* in Zeitungen und Wahlbroschüren offen zu einer Partei bekannten, waren echt und mussten, auch wenn sie von den Parteien rekrutiert wurden, erst einmal bereit sein, sich zu exponieren.²²⁸ Politologen wie Erwin K. Scheuch zeigten sich über derartige »politische Initiativen von vorwiegend unpolitischen Menschen« überrascht. Er führte das gewachsene »demokratische Verständnis« ins Feld, das auch die Bereitschaft zu politischem Engagement schüre, ohne dass sich die Bürger gleich »als Mitglied stramm auf eine Parteilinie ausrichten« wollten. In der Tat präsentierte der öffentliche Diskurs die Westdeutschen eher als Sympathisanten denn als Mitglieder einer politischen Partei, weil sie »unabhängig bleiben« wollten. Der Literatur-Nobelpreisträger Heinrich Böll, der sich für die SPD engagierte, aber schwor, nie ihr Mitglied zu werden, stand dafür in der Lokalpresse Pate. Ironischerweise, so war schon den Zeitgenossen klar, profitierten die Parteien von dem Bindungsunwillen der Westdeutschen, da die werbende Aussage eines Wählers als »glaubhafter« galt als die werbende Aussage eines Parteimitglieds.²²⁹ Parteimitgliedschaft war mithin in der Bundesrepublik 1972 noch keineswegs rehabilitiert, doch gerade das macht die spezifische

²²⁴ Hedwig Meermann, MdB (Bonn), an den Bundesgeschäftsführer der SPD, Hans-Jürgen Wischnewski, 3.12.1969. AdsD, SPD-PV NB, Abt. Öffentlichkeitsarbeit – Werbetechnik, Mp. 1792.

²²⁵ Prominente politisieren für Parteien, in: NEU-ULMER ZEITUNG, 11.11.1972.

²²⁶ Ebd. Vgl. ausführlich: T. MERGEL, Propaganda, 2010, S. 146–148.

²²⁷ Sachlich und fröhlich um die Gunst der Wähler werben, in: SÜDWEST PRESSE, 21.10.1972.

²²⁸ Zur Rekrutierung in Ulm und Baden-Württemberg siehe: Hugo Pettirsch (SPD–LV Baden-Württemberg) an alle Sekretariate, 21.1.1969. StAU, E SPD Nr. 40; Heinrich Schröder (SPD Ulm) an den SPD-Landesverband Baden-Württemberg, H. Pettirsch, 28.2.1969. Ebd.

²²⁹ Prominente politisieren für Parteien, in: NEU-ULMER ZEITUNG, 11.11.1972.

Politisierungsgeschichte der Bundesrepublik jener Zeit aus: *Weil* Parteien den Ruch des Strammen und der »Parteilinie« noch nicht verloren hatten, konnte sich die Partizipation der Westdeutschen in zivile Formen wie die Wählerinitiativen kleiden, die als bürgerschaftliches Engagement ausdeutbar waren – und es bis heute sind. Mit der Bewerbung neuer Mitgliedermassen war in der Bundesrepublik kein Blumentopf zu gewinnen – sie konnten vielmehr schnell in die Nähe der »Radikalen« gerückt werden.

Die Parteien indes stimmten die Werbeauftritte der Wählerinitiativen nicht immer glücklich. Helmut Schmidt verhehlte nicht, dass es ihm lieber wäre, die bindungsunwilligen SPD-Wähler würden sich der Partei anschließen. Er befürchtete eine »Verselbständigung von der Partei weg« und unterstützte deshalb den Plan, mehr SPD-Mitglieder in die Wählerinitiativen einzuschleusen.²³⁰ Der Hamburger CDU-Abgeordnete Heinrich Gewandt nannte die Initiativen »Wildwuchs«; sein Parteifreund Dietrich-Wilhelm Rollmann klagte, da sich viele Ärzte und Anwälte öffentlich für die Wahl der CDU engagierten, werde sie zur Partei der Besserverdienenden gestempelt.²³¹ Als eine CDU-Wählerinitiative in einer Anzeige 1972 den »Untergang Deutschlands« im Falle der Wiederwahl Brandts heraufbeschwor, äußerte sich der CDU-Chef Nordrhein-Westfalens Heinrich Köppler öffentlich: »Gott bewahre mich vor meinen Freunden, mit meinen Feinden kann ich es noch selber.«²³² Angesichts dieser Schwierigkeiten bemühte sich die CDU 1976 verstärkt, das Wirken lokaler Wählerinitiativen zu steuern.²³³ Die Parteien liefen mit der »unabhängigen« Politisierung des Wahlvolks Gefahr, die Kontrolle über ihre politische Kommunikationshoheit zu verlieren und damit Wähler zu verprellen, die sie mit Hilfe professioneller Werbeexpertise häufig auf sanftere Art gewinnen wollten, als es manchem überzeugten Wähler in der polarisierten Atmosphäre geboten schien.

Zugleich aber waren die lokalen Wählerinitiativen auch von hohem Nutzen, strickten sie doch selbst am Diskurs um die Auflösung vermeintlich stabiler Parteiloyalitäten mit und ebneten so dem »Wechselwähler« den Weg. So inserierte der katholische Arbeitskreis der Sozialdemokratischen Wählerinitiative Freiburg: »Katholisch = CDU? NEIN – als katholische Christen sind wir anderer Meinung. Deshalb wählen wir am 19. November SPD.«²³⁴ Ihren Namen darunter setzten Buchhändler, Sozialarbeiter, Sekretärinnen, Arzthelferinnen, Theologen und weitere Vertreter verschiedener Professionen. Auch regelrechte Identitätswechsel wurden öffentlichkeitswirksam angezeigt. So verwandelte sich ein Freiburger Betriebsratsvorsitzender öffentlich unter Nennung von Name und Firma vom Katholik zum Arbeitskämpfer:

²³⁰ Ebd.

²³¹ Abgeordnete, Bd. 5, 1988, S. 142; Abgeordnete, Bd. 3, 1985, S. 381.

²³² Das Interesse für Politik ist ungewöhnlich groß, in: BADISCHE ZEITUNG, 16.11.1972. Ähnlich: Heinemann ermahnt Parteien, in: BADISCHE ZEITUNG, 18./19.11.1972.

²³³ Abgeordnete, Bd. 12, 1993, S. 80.

²³⁴ BADISCHE ZEITUNG, 17.11.1972.

Hiermit erkläre ich meinen Austritt aus der CDU. Es fällt mir nicht leicht, diesen Brief zu schreiben, ich hatte viele Freunde gewonnen in der CDU, aber als Betriebsratsvorsitzender habe ich immer mehr die Erkenntnis gewonnen, daß es der Arbeitnehmerschaft in der CDU wirklich nur erlaubt ist, als Feigenblatt zu dienen. Wenn es uns bis heute noch nicht einmal gelungen ist, den christlichen Demokraten in der Unternehmerschaft beizubringen, daß die Zeit des Frühkapitalismus vorbei ist, dann heißt es, die Folgerungen daraus zu ziehen und Abschied zu nehmen von einem schönen Traum. Ich habe heute um Aufnahme in die SPD gebeten.²³⁵

Auf diese Weise präsentierten sich Wähler ihrer lokalen *community* als Speerspitzen der Zukunft. Die westdeutsche Selbstmobilisierung der 1970er Jahre war vor allem eine für die ›richtige‹ Politik und erst in zweiter Linie eine für eine bestimmte Partei. Sie beruhte auf der Wahrnehmung, an einer Weggabelung zu stehen und sich für den richtigen Pfad entscheiden zu müssen, um den eigenen Wohlstand zu sichern. Dabei lockte die SPD auf den Pfad des »Fortschritts« und die CDU auf den Pfad der »Stabilität«. Die Initiative des Ulmer Ernst Mathe illustriert, wie westdeutsche Wähler, vor dieser Weggabelung stehend, Praktiken und Deutungen des Protestzeitalters adaptierten, ohne dabei ältere, konsensliberale Orientierungen aufzugeben. Als Faltblatt ließ der promovierte Jurist einen »Offenen Brief an einen SPD-Wähler von 1969« verteilen und sprach diesen imaginierten Mitbürger als »Freund« an:

Weißt Du noch, wie wir uns mit der Wahlentscheidung im Herbst 1969 gequält haben? Du warst nicht begeistert von der SPD und ich war stocksauer auf die CDU. [...] So ist das mit dem Wählen, mit der Entscheidung für oder gegen eine Partei. Eine ideale Partei gibt es nicht. [...] Du wolltest Ablösung, Abwechslung – aus Prinzip, aus demokratischer Überzeugung. [...] Du sahst die CDU/CSU erschöpft, von der Macht korrumpiert, arrogant und unsicher zugleich; die SPD dagegen gewandelt, freigekommen von überholten klassenkämpferischen Vorstellungen, eine erneuerte, fortschrittliche, reformerische, soziale Volkspartei mit ehrlichen, gescheiterten, tüchtigen Leuten, die einmal zeigen sollten, was sie können. Du glaubtest an eine Wandlung mit dem Godesberger Programm und damit an eine Politik der Vernunft, der dynamischen, aber realistischen Fortentwicklung.²³⁶

Mathe versicherte, seine Mitbürger zu verstehen, die sich 1969 für die SPD entschieden hätten, und bewies damit seine Toleranz. Er selber habe aus »Verstand« 1969 an der CDU festgehalten, obwohl er die Ablehnung der Aufwertung für falsch gehalten habe und Willy Brandt regelrecht verehere. Inzwischen sei er aber froh über seine Entscheidung, denn es habe sich gezeigt, dass das Godesberger Programm und die führenden Köpfe, neben Brandt ein Karl Schiller, ein Helmut Schmidt und ein Julius Leber, gar nicht den Weg

²³⁵ Kein Feigenblatt für die CDU, in: BADISCHE ZEITUNG, 16.11.1972.

²³⁶ Auch zum Folgenden: Ernst Mathe (Ulm): »Offener Brief an einen Freund«. Offener Brief an einen SPD-Wähler von 1969, o. D. [1972, Wählerbrief einer privaten Ulmer Wählerinitiative]. StA Ulm, G 6 I 2.2.1.

der SPD bestimmen würden. Die »illusionären radikalen Neosozialisten«, die »doktrinären und überzeugten Sozialisten« hätten die Macht in der Partei an sich gerissen. Damit meinte er die Jusos, die mit zahlreichen Demonstrationen und mit »Thesen« wie der Forderung nach Kontrolle der Unternehmensentscheide den bürgerlichen Beobachtern, dem Mittelstand und nicht zuletzt der SPD 1972 schlaflose Nächte bereiteten.²³⁷ Mathe jedenfalls warnte vor dem nach wie vor wachgehaltenen Selbstverständnis der SPD, die Partei der »Unterprivilegierten« zu sein, denn mit einer solchen Perspektive taue sie nicht zur Regierungspartei. »Wer vorrangig, ja einseitig, nur eine Schicht (um nicht zu sagen Klasse) des Volkes im Auge hat, auch wenn diese Schicht 90 % des Volkes ausmacht, dem ist die Sicht für das Ganze verstellt. Zum Regieren braucht man aber die Sicht für das Ganze.« Sozial zu sein, so Mathe, sei kontraproduktiv für das »Ganze«, wenn Hilfe für die Schwachen durch den »Verlust der Stabilität« bezahlt werde – denn letztlich gebe es »nichts unsozialeres als Inflation«. Durch die »Verniedlichung« der Inflation erweise sich die SPD als völlig ungeeignet, die »Gemeinschaftsaufgaben« zu erfüllen, die sie zu lösen verspreche. An seinen imaginären Mitbürger gewandt, versicherte Mathe, er wolle weder »unfair« sein noch übertreiben. Es war die »vernünftige« Einsicht vor der harten Realität, mit der er hier argumentierte, und mit diesem Hinweis auf das vermeintlich objektive Scheitern der sozialliberalen Regierung, mit seiner Betonung von Verstand und Vernunft sowie mit der starken Orientierung auf das soziale »Ganze« erwies er sich als ein typischer westdeutscher Wahlbürger, wie er schon in den 1950er Jahren in der politischen Kommunikation sichtbar geworden war. Ganz in diesem Sinne grenzte er sich offensiv von der »Doktrin« ab, die er in der SPD überleben sah, von der »Überzeugung« als einem radikalen »Selbstzweck«.

Die Selbstmobilisierung im Angesicht von Reformeuphorie und Krisendiagnosen erwuchs so, je nach politischer Couleur der Wähler, entweder aus dem Anspruch, den Wohlstand neu umzuverteilen, oder aus dem Impuls, ihn zu verteidigen. Während SPD-nahe Wähler für die Reformpläne der sozialliberalen Bundesregierung eintraten, mobilisierte sich das andere Lager um Themen des bedrohten Wohlstands. Bürger, die sich 1972 zu lokalen Wählerinitiativen für die CDU zusammenschlossen, argumentierten wie Ernst Mathe mit der »Sorge« um die Entwicklung im Land und stilisierten auch diese Wahlen zu Entscheidungswahlen über die »Stabilität« der Bundesrepublik. Darunter waren viele, die sich in ihrer öffentlichen Kommunikation dazu bekannten, 1969 den Sozialdemokraten ihr Vertrauen ausgesprochen zu haben, aber enttäuscht worden zu sein. Weil die SPD gezeigt habe, »Freiheit, Stabilität und Ordnung« nicht sichern zu können, hatten die Mitglieder der Hamburger Wählerinitiative

²³⁷ SPD-Kandidaten mussten das in Wahlveranstaltungen ausbaden, siehe etwa: Ulmer Meister erweisen sich mit ihren Fragen als unbequeme Gesellen für Karl-Hans Kern, in: SCHWÄBISCHE ZEITUNG, 9.11.1972.

»Aktion Wählerverantwortung 72« beschlossen, »nicht länger passiv zu bleiben«, sondern offen Wahlkampf für die Union zu betreiben.²³⁸ Nicht nur Euphorie, auch Sorge veranlasste westdeutsche Wähler in den frühen 1970er Jahren, sich auf eine politische Frontseite zu schlagen. Geteiltes Fundament beider Lager blieben dabei die Planbarkeit von Wachstum und die steuerbare Gesellschaft; die modernisierungsskeptischen Themen der neuen sozialen Bewegungen blieben demgegenüber unsichtbar. In dieser Hinsicht gehörte die Selbstmobilisierung des westdeutschen Wahlvolks im Namen der Parteiendemokratie noch zur konsensliberalen Gesellschaftsordnung des Booms.²³⁹

Der Unterschied zwischen beiden Lagern war, dass das sozialdemokratische in den Städten eindeutig zu überwiegen schien. Das lag in erster Linie an den jungen Neumitgliedern, die nicht selten ihren Weg von der APO in die Sozialdemokratie und zu den Jusos gefunden hatten und sich als äußerst wahlkampffreudig erwiesen. Die Zahl der SPD-Wahlhelfer stieg 1972 sprunghaft an, nachdem sich die Wahlkampflust der Genossen 1969 noch in Grenzen gehalten hatte.²⁴⁰ Die SPD wusste ihre neuen personellen Ressourcen zu nutzen, indem sie bewusst auf körperliche Selbstmarkierung setzte und damit ihre urbane Hegemonie im Alltagsraum zum Ausdruck brachte. Klassisch wurde der »Willy wählen«-Button oder -Aufnäher, daneben fuhren zahlreiche Pkw mit Parteaufklebern durch die Städte.²⁴¹ 1976 verpflichtete sie jedes Mitglied, die SPD-Kampagnennadeln zu tragen und einen SPD-Aufkleber auf das eigene Auto zu kleben. Auch die politischen Kollektivsymbole erfuhren eine Renaissance. Für den Wahlkampf 1972 ließ die SPD in der Bonner Fahnenfabrik zahlreiche Hängefahnen, Hißfahnen und Tischfahnen produzieren, allesamt rot mit weißem SPD-Logo. Auch weiße Armbinden mit orangener Schrift wurden massenhaft gefertigt und an die Unterbezirke versandt.²⁴² In der Symbolgeschichte der Bundesrepublik stellte es schließlich eine regelrechte Revolution dar, wenn auch die CDU 1975 erstmals Parteifahnen drucken ließ und damit symbolisch nachzuziehen versuchte. 1976 waren christdemokratische Wahlhelfer an ihren T-Shirts und Jacken im Stadtbild erkennbar und schwangen mitunter die Deutschlandflagge.²⁴³ Zwar profitierte auch die Union vom Ansturm junger Westdeutscher auf die Ortsvereine und Ortsverbände und konnte sich 1972 etwa in Ulm auf eine »ungewöhnlich stattliche Zahl aktiver Mitsreiter« stützen.²⁴⁴ Doch in den

²³⁸ Aktion Wählerverantwortung 72, Ragna Müller u. a., an »[s]ehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren«, Hamburg, September 1972. ACDP 03–010-047/4.

²³⁹ Vgl. A. DOERING-MANTEUFFEL/RAPHAEL, Nach dem Boom, 2010, S. 45–48, 51.

²⁴⁰ Zu 1972 siehe: AdsD, SPD-PV NB, Abt. Öffentlichkeitsarbeit – Werbetechnik, Mp. 1851 u. 1852; zu 1969 siehe: ebd., Mp. 1792.

²⁴¹ Wahlkampf 72, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 14.11.1972; Die Parteien in Bonn setzen zum Endspurt an, in: BADISCHE ZEITUNG, 25./26.9.1976.

²⁴² AdsD, SPD-PV NB, Abt. Öffentlichkeitsarbeit – Werbetechnik, Mp. 1698.

²⁴³ Wahlkampf 72, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 14.11.1972; Die Parteien in Bonn setzen zum Endspurt an, in: BADISCHE ZEITUNG, 25./26.9.1976; vgl. T. MERGEL, Propaganda, 2010, S. 139.

²⁴⁴ CDU feierte Erfolg Herbert Werners, in: SÜDWEST PRESSE, 27.11.1972.

größeren Städten war sie in den Fußgängerzonen und öffentlichen Räumen der SPD an körperlicher Sichtbarkeit deutlich unterlegen.

Mit der Selbstmarkierung ihrer Genossinnen und Genossen wollte die SPD das Zusammengehörigkeitsgefühl und den Kampfgeist stärken, denn ihnen kam in den 1970er Jahren eine neue, überaus bedeutende Funktion in der Face-to-face-Kommunikation zu. Wie in der italienischen *propaganda capillare* sollten sie nun unter Freunden, am Arbeitsplatz, in der Fabrik oder auf der Wahlparty neue Wähler werben, insbesondere die »weichen Wähler«, die sich »von Gefühlen leiten lassen; sehr schlecht oder unzureichend informiert sind; die unpolitisch sind und ›Politik ablehnen‹«. ²⁴⁵ Das argumentative Wirken von Angesicht zu Angesicht unter Verwandten, Bekannten und Kollegen galt der SPD 1972 als wahlentscheidend und sollte auch 1976 fortgesetzt werden, denn »im persönlichen Gespräch mit Menschen, die man achtet, entsteht nicht nur eine Meinung über ein Auto, einen Film, ein Urlaubsgebiet, sondern eben auch eine politische Meinung.« Das Fernsehen galt als »wichtigstes Informationsmittel«, der Wahlkampf vor Ort als komplementäre Strategie, die den Wähler »direkter, hautnah und schneller« erreiche. ²⁴⁶ Auch Politologen hielten die Vor-Ort-Mobilisierung für geeignet, Wähler zu erreichen, »die sich sonst von der Politik fernhalten«. Die »persönliche Ansprache, etwa durch den Nachbarn oder die Sportkameraden, führt zu einer kurzfristigen Mobilisierung und zur Stimmabgabe«, so zitierte die *Neu-Ulmer Zeitung* die Experten aus Politik und Sozialwissenschaft. ²⁴⁷ Wie im Italien der 1940er und 1950er Jahre galt die direkte Ansprache im lokalen Alltag nun als geeignet, »unpolitische« und desinteressierte Wählerinnen und Wähler an ihre verantwortungsvolle Aufgabe an der Wahlurne zu erinnern.

Die Verengung des Blicks auf die »unpolitischen« Wähler war freilich der parteipolitischen Optik geschuldet und griff zu kurz: Das persönliche Gespräch in den Alltagsräumen der Stadt war auch Bedürfnis politisch interessierter Wähler, denen Politik im Fernsehen keinen Raum gab, um selbst zu sprechen, oder die keine Zeit hatten, auf Wahlversammlungen zu gehen. Über die etablierten Hausbesuche hinaus überwandten sozialdemokratische Wahlkämpfer in den 1970er Jahren die Türschwellen der Wählerhaushalte, um insbesondere weibliche Wähler zu erreichen. SPD-Ortsvereine boten Wahlversammlungen in Privatwohnungen an, damit Frauen sich um Politik kümmern konnten, »ohne an die lieben Kleinen denken zu müssen«. Während ihre Männer die Kinder hüteten, diskutierten die Frauen mit dem SPD-Kandidaten über »Frauen-Themen:

²⁴⁵ Werner Noll/Werner Staak an die Bundestagskandidaten, die Wahlkampfleitungen der Kreise u. a.: Bundestagswahl 1976. Wahlkampfinformation Nr. 4, 30.7.1976. AdSD, SPD-LO HH II, Mp. 1034, Fasz. »Wahlinfo«; Zitate: SPD, Handbuch für Kandidaten und Wahlkampfleiter, o. J., Abschnitt 8, S. 5.

²⁴⁶ Axel Raulfs: Die Wahlkampf-»Instrumente« der SPD, in: NEUE GESELLSCHAFT 23 (1976), H. 7, S. 560 f.

²⁴⁷ Prominente politisieren für Parteien, in: NEU-ULMER ZEITUNG, 11.11.1972.

Teilzeitbeschäftigung der Beamtinnen, die Fortbildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten zur Wiedereingliederung in das Berufsleben und die Rentenversicherung für Hausfrauen.«²⁴⁸ Wählerinnen verhandelten hier direkt mit ihrem Abgeordneten ihre Zukunft als berufstätige oder nicht berufstätige Mütter. Auch ihre Kinder gerieten indes in den Strudel parteipolitischer Alltagskolonisation. CDU-Kandidaten hielten 1972 Referate vor Schulklassen; Eltern klagten über »allzu einseitige Parteinahme« der Lehrer im gymnasialen Unterricht für die SPD. Anders als in Italien riefen solche Praktiken unter Minderjährigen im politisierungsfreudigen Wahlkampfdiskurs der Bundesrepublik keine Empörung hervor.²⁴⁹

Wenn das Lokale als Kommunikationsraum der westdeutschen Parteiendemokratie in Zeiten des Fernsehwahlkampfes mithin eine bedeutende Aufwertung erfuhr, setzte das die CDU in zweifacher Hinsicht unter Druck. Sie litt nicht nur unter der körperlichen Unterlegenheit, sondern konnte auch nicht auf eine massive Fernsehkampagne setzen. Denn zum einen war das »rote Jahrzehnt« von der Annahme begleitet, dass christdemokratische Politikinhalt in den Massenmedien grundsätzlich verzerrt dargestellt würden.²⁵⁰ Zum anderen schien die Kontaktlust der westdeutschen Bürger und der Code der Selbstmobilisierung, von dem die SPD so profitierte, durch keine Medialisierung kompensierbar. »Nicht im Fernsehen« und auch nicht durch Anzeigen, sondern »im Gespräch der Bürger untereinander« werde die Entscheidung für die Bundestagswahl von 1976 fallen, so ließen prominente SPD-Redner auf ihren Veranstaltungen die Bürger wissen und gaben so die Norm »moderner« politischer Kommunikation vor, wohlwissend, dass ihre Partei in dieser Hinsicht hochüberlegen war.²⁵¹ Ausgerechnet Peter Radunski, dem späteren Nestor des deutschen Fernsehwahlkampfes, war dies schon früh bewusst. 1970 hatte er seine christdemokratischen Parteifreunde gemahnt, dass das Fernsehen nicht alle Funktionen politischer Kommunikation erfüllen könne. Es liefere Information, könne aber keinen Dialog bieten, dafür seien die »Anhänger der Union« zuständig. »Sie müssen durch ihre Bereitschaft zu politischen Gesprächen mit Nachbarn, Freunden, Arbeitskollegen die Meinung der Union vertreten und dazu beitragen helfen, daß ihre Zeitgenossen auf der Grundlage der angebotenen Informationsfülle zu einem politischen Urteil kommen können.«²⁵²

²⁴⁸ CDU kündigt Höhepunkte an: Barzel, Filbinger. SPD: Frauen diskutieren und Männer hüten Kinder, in: SCHWÄBISCHE ZEITUNG, 11.11.1972.

²⁴⁹ Ebd.; Dietrich Rollmann/Dirk Fischer an die Schulleiter der Hamburger Schulen, 25.8.1972, ACDP 03-010-047/4. Zu italienischen Vorwürfen der Propaganda vor und in Schulen gegen den Bologneser PCI siehe: Una manovra elettorale, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 5.6.1976; Propaganda nelle scuole: »Comune non competente«, in: IL RESTO DEL CARLINO, 8.6.1976.

²⁵⁰ Kritisches Fernsehen. Ein Leitfaden [CDU-Bundesgeschäftsstelle, Regiebuch, 1976]. ACDP 07-001-7126. Siehe auch die Beiträge in W. SCHULZ/K. SCHÖNBACH, Massenmedien und Wahlen, 1983. Vgl. A. SCHILDT, »Kräfte der Gegenreform«, 2011 [2004], S. 281 f.

²⁵¹ Argumente nicht Schwarzmalerei, in: NEU-ULMER ZEITUNG, 17.8.1976.

²⁵² P. RADUNSKI, Mobilisierung der Union, 1970, S. 139.

Doch diese Anhänger der Union zeigten sich in Oppositionszeiten nicht bekenntnisfreudiger, als sie es in Regierungszeiten getan hatten, und Lokal-kandidaten konnten mit Formaten wie »Hamburger Bürger fragen – Dietrich Rollmann steht Rede und Antwort« nicht kompensieren, was die Hamburger Sozialdemokraten auf Straßen und Wahlpartys leisteten.²⁵³ So befasste sich eine Hamburger Kommission zur Analyse der Bundestagswahl 1972 mit den einschlägigen Defiziten. Die Partei, so der Befund, wachse zwar, doch seien ihre Mitglieder zu einem großen Teil nicht in der Lage, »die politischen Vorstellungen der Union im persönlichen Gespräch [...] und im Bekanntenkreis zu vertreten«. Gerade eine Oppositionspartei müsse ihre parlamentarische Arbeit aber »in tagtäglicher Kleinarbeit »an den Mann« [...] bringen. *Basisarbeit* hat einen eigenen Rang.« Deshalb empfahl die Kommission, in Betrieben, Schulen und Universitäten Basisgruppen zu bilden, die sich in ihrer Arbeit der *örtlichen* Probleme annehmen sollten. Abgeordnete der CDU sollten mit diesen Gruppen engen Kontakt halten, um sicherzustellen, dass sie im Parlament eine Politik vertreten, die an den tatsächlichen Problemen der Bürger orientiert war.

Basisarbeit heisst, die programmatischen Vorstellungen der Partei bürgernah, d.h. am Arbeitsplatz, an der Ausbildungsstätte, in der Wohngemeinschaft zu verwirklichen. Die Union muss sich auch den »kleinen« Problemen des Alltags stellen, die oft für den Bürger bedeutsamer sind als Themen der grossen [sic] Politik. Die Union gewinnt Glaubwürdigkeit nur zurück, wenn der Bürger unmittelbar erfährt, dass sich die Partei um seine Belange kümmert.²⁵⁴

Das waren grundstürzende Neukonzeptionen politischer Kommunikation, die im Grunde das Verhältnis umkehrten, das der Union so lange politische Erfolge beschert hatte: Nicht mehr die Politik schaltete und waltete mit einem offenen Ohr für die Sorgen und Nöte der Bürger, sondern die Bürger *definierten*, was parlamentarisch umgesetzt werden sollte. Auf diese Weise fand der Graswurzelansatz des Protestzeitalters auch in den Reihen der Union um die Mitte der 1970er Jahre Eingang in die Art, Politik zu denken. Und indem die Hamburger Kommission davon sprach, dass sich christdemokratische Politik in der Wohngemeinschaft oder am Arbeitsplatz *verwirklichen* sollte, wird deutlich, wie sehr dieser Ansatz dem nahe kam, was die italienischen Parteien und namentlich die DC in den 1940er Jahren mit der Politik der *concretezza* verknüpft hatten.

Um die »Artikulationsschwäche« der CDU-Mitglieder zu überwinden, sollten sie nach Ansicht der Hamburger Kommission nicht nur geschult und informiert werden, sondern innerhalb der Parteistrukturen selbst das Diskutieren üben. Dazu bedurfte es einer umfassenden Aktivierung der Basisarbeit

²⁵³ HAMBURGER ABENDBLATT, 16.11.1972.

²⁵⁴ Landesausschuss der CDU Hamburg, Kommission zur Analyse des Ergebnisses der Bundestagswahl 1972, 6.6.1973, Bl. 4-6. ACDP 02-155-022/1. Hervorh. i. Orig.

im gesamten Hamburger Landesverband, insbesondere vermehrter Mitgliederversammlungen auf Ortsverbandsebene, »auf denen nicht von irgendeinem Referenten stundenlang refiert [sic] wird, sondern vor allem mit einem Sachkenner, besser noch mit zwei Sachkennern mit unterschiedlichen politischen Positionen diskutiert wird (z. B. ein Vertreter der Wirtschaftsvereinigung und einer der Sozialausschüsse über Mitbestimmung)«. ²⁵⁵ Mit diesen Maßnahmen wollte sich die Hamburger Union strukturell einem Prozess anpassen, den sie als »Linkstrend« der modernen Industriegesellschaft fasste, als einen »international« anzutreffenden gesellschaftlichen Wandel, der sich innenpolitisch in der Forderung nach »Demokratisierung« zeige. Einzig die Basisarbeit vor Ort schien ihr geeignet, festzustellen, ob die von ihr geprägten Begriffe wie »soziale Marktwirtschaft« oder »Politik aus christlicher Verantwortung« noch zeitgemäß seien. Nicht etwa die Nähe zu Intellektuellen oder zur Sozialwissenschaft, sondern Bürgernähe und weithin sichtbare Kommunikation vor Ort galt in Hamburger CDU-Kreisen demnach als Mittel zur Rückeroberung der »geistigen Führung« in den 1970er Jahren. ²⁵⁶

Solche Überlegungen fanden wenig später auch Eingang in die Arbeit des Parteivorstandes, der sich der »unterentwickelte[n] Bereitschaft, sich zu seiner Mitgliedschaft zu ›bekennen‹«, ebenfalls zunehmend bewusst wurde. Er rief 1975 eine Projektgruppe »Großstadtarbeit« ins Leben, die Strategien für den direkten Dialog zwischen Partei und Wählern entwickeln sollte. ²⁵⁷ Mit diversen »Regiebüchern«, die als Leitfäden für die Wählerarbeit vor Ort dienten, versuchte die CDU seit 1976, ihre Präsenz in den Städten zu erhöhen und zu professionalisieren, Wähler thematisch und alltagsweltlich in die Arbeit der Partei einzubinden. ²⁵⁸ So wollte auch die CDU ihre politische Legitimität auf lokale Bürgernähe bauen und nahm damit an einem Wandel in der Konzeption des Wahlvolks teil, das nicht mehr nur wählen, sondern als eine Art Vorposten der parlamentarischen Demokratie vor Ort fungieren sollte. Diese Konzeption war jener in der jungen italienischen Republik sehr ähnlich, doch ob sie durchzuhalten war, entschied sich hier wie dort erst in der konkreten Praxis und hing wesentlich von den Ressourcen der Parteien und von der Persistenz der Politisierung ab.

²⁵⁵ Ebd., Bl. 5.

²⁵⁶ Ebd., Bl. 6. Mit Blick auf die Berliner CDU und die Parteiführung, die auf Intellektuelle und Wissenschaft setzten, vgl. D. SCHMIDT, »Geistige Führung«, 2010.

²⁵⁷ Edelgard Schönau: Protokoll der Projektgruppe ›Großstadtarbeit der CDU‹ v. 18.11.1975 (Abteilung Politik, Gruppe Innenpolitik), 2.12.1975. ACDP 07–001-7126.

²⁵⁸ Stellungnahme zum Entwurf Regiebuch »Kontakte – Parteiarbeit im vorpolitischen Raum«, gez. Lünstroh [an Radunski, handschriftl.] 15.7.1975. Ebd.

»Fröhlich« durch die Siebziger. Konfliktmanagement in polarisierten Zeiten

Als der 69-jährige Lübecker Kurt Lilie an einem Wahlkampfnachmittag des Jahres 1976 den Bus vom Hamburger Flughafen zum Hauptbahnhof nahm, musste er irritiert feststellen, dass der Busfahrer an jeder roten Ampel ausstieg, um an den umstehenden Fahrzeugen SPD-Aufkleber anzubringen, die er sich neben dem Lenkrad stapelweise bereitgelegt hatte. Lilie sprach ihn an und teilte ihm mit, dass er die Verkehrssicherheit und seine eigene dadurch gefährdet sah. Es kam zu einem aufgeregten Meinungsaustausch zwischen den beiden, woraufhin der Busfahrer weitere Klebeaktionen unterließ. Dennoch sah Lilie sich bemüßigt, die Hamburger CDU über den Fall zu unterrichten und ihr das polizeiliche Kennzeichen des Busses sowie die Dienstnummer des Fahrers mitzuteilen.²⁵⁹ Solche Episoden waren neu in der Bundesrepublik, und neu war auch, dass sich Sympathisanten der Parteien mit wachem Blick durch ihre Stadt bewegten, um zu prüfen, wie sichtbar die eigene Partei war und wie sichtbar der Gegner. SPD-Wähler litten in Hamburg an der inzwischen deutlichen Übermacht der CDU-Plakatwerbung »an wichtigen Schwerpunkten«, »während man schon aufpassen muß, um irgendwo zaghaft die Werbung der Koalitionsparteien zu erblicken«. Wie in Italien verhandelten westdeutsche Wähler nun die politische Schlagkraft anhand des eroberten urbanen Repräsentationsraums und warfen »ihrer« Partei gern »Zaghaftigkeit« vor: »Aus meiner Sicht als Wahlbürger hallt die Welt wider vom Geschrei, das die C.D.U. überall veranstaltet«, so ein SPD-Wähler an die Hamburger Landesorganisation.²⁶⁰

Politisierte und polarisierte Zeiten brachten ähnliche Verhaltensmuster hervor, im Italien des Jahres 1953 wie im Westdeutschland des Jahres 1976. Das zeigte sich auch in aufbrechenden Konflikten um den gleichberechtigten Zugang zu Veranstaltungsräumen. So warfen die Christdemokraten in Hamburg 1976 den regierenden Sozialdemokraten »Machtmißbrauch im Wahlkampf und Nutzung von staatlichen Institutionen für eigene Wahlkampfzwecke« vor, unter anderem, weil Helmut Kohl für seine Abschlusskundgebung in Hamburg keine Messehalle zur Verfügung gestellt worden war, während Kanzler Helmut Schmidt zwei Tage später in einer der Messehallen seine Abschlusskundgebung abhalten durfte.²⁶¹

Solche Konflikte und die starke rhetorische Polarisierung im Wahlkampf von 1976, die im CDU-Slogan »Freiheit oder Sozialismus« ihren sinnfälligen Ausdruck fand, heizten die Stimmung auf. Jusos und Junge Union waren kampfeslustig; Störungen oder auch »Spannungen mit der Polizei«, so ein SPD-Funktionär in Hamburg-Mitte, waren gerade bei den Straßendiskussionen nicht

²⁵⁹ Vermerk, Betr. Verhalten eines Busfahrers, o.V. [Landesgeschäftsstelle der CDU Hamburg], 22.9.1976, Anl. zu: Perschau an die Hamburger Hochbahn AG, 23.9.1976. ACDP 010-101/3.

²⁶⁰ Wolfgang Ertzold (Hamburg) an die SPD LO HH, 11.9.1976. AdsD, SPD-LO HH II, Mp. 1036. Siehe auch: Zur Wahlpropaganda mit Stellschildern, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 13.9.1976.

²⁶¹ Mißbrauch im Wahlkampf, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 11.9.1976.

auszuschließen.²⁶² Auch im Inneren der lokalen Verbände heizte sich die Atmosphäre auf. Einige Genossen und ein großer Teil der Jusos fuhren inzwischen mehr oder minder offene Kampagnen gegen die Volksparteiwerdung der SPD, ventilierten Volksfrontideen und wollten die westdeutsche ›Klassengesellschaft‹ überwinden. Unter Schülern warnten Jusos vor der »reaktionäre[n]« Politik, die ein Wahlsieg der CDU bedeuten würde, und näherten sich damit der revolutionären Sprache des PCI an.²⁶³ Wenn in Ulm ein »Andersgesinnter« vor einem CDU-Wahlkämpfer ausspuckte, gehörte das jedoch schon zu den größten Vorkommnissen.²⁶⁴ Unzählige Wahlplakathalter wurden in den 1970er Jahren zertrümmert, mit Beilen traktiert und zerstört, in Hamburg 1972 allein 367 an vier Wahlkampftagen. Doch das war ja nichts Neues in der westdeutschen Wahlkampfpraxis, und nach wie vor wurden die 31 Täter, die von der Polizei gefasst worden waren, als delinquente Bürger verhandelt, nicht als parteipolitisch agierende Delinquenten.²⁶⁵

Dass der politische Konflikt in der polarisierten westdeutschen Gesellschaft der 1970er Jahre eingehegt werden konnte, lag in erster Linie an Wahlkampftraditionen, die sich in den 1960er Jahren ausgebildet hatten. Die Lokalpresse setzte weiterhin auf Deeskalation und bediente sich dazu wesentlich der lokalen Personalisierung. Die Persönlichkeiten der Direktkandidaten boten Projektionsflächen, um die Unterschiede zwischen den politischen Lagern zu verwischen. Über Karl-Hans Kern, einen evangelischen Pfarrer, erfuhren die Ulmer, dass er von seinem Sohn auf dem Fahrrad beim Wahlkampf unterstützt wurde, über seinen Kontrahenten Herbert Werner, dass er Jungeselle war, einfache Kost von der Mutter bezugte, für den Wahlkampf das Rauchen und das Trinken aufgegeben hatte und sich überdies acht Stunden Schlaf gönnte, um »wahl-fit« zu werden. Bodenständigkeit und Seriosität blieben Eigenschaften der Direktkandidaten, die in der Lokalpresse als wichtiger galten als die genaue Wiedergabe ihrer programmatischen Differenzen. Wenn Werner meinte, er würde sich um »Sachlichkeit« bemühen, und Kern demgegenüber auf »Fröhlichkeit« setzte, repräsentierten die beiden großen Ulmer Kontrahenten zudem im Duo die Tugenden politischer Kommunikation in Westdeutschland. Auf die

²⁶² Hans Borck (Kreis I Bezirk Mitte) an Werner Noll, 13.8.1976. AdsD, SPD-LO HH II, Mp. 1035.

²⁶³ Zitat: Regula Schmidt-Bott, Jungsozialisten in der SPD, Unterbezirk Altona, Kreisvorstand, an den SPD-Kreisvorstand Altona, 16.05.1976. AdsD, KV Altona, Mp. 97; zur Volksfrontkonzeption siehe: Anonymus: Kritik des Godesberger Programms, o. D. [1976] [verschickt in einem Briefumschlag, adressiert an JUSO Kreisvorstand Altona, Hamburg, Abs.: Arbeitskreis sozialistische SPD]. Ebd.

²⁶⁴ CDU kündigt Höhepunkte an: Barzel, Filbinger. SPD: Frauen diskutieren und Männer hüten Kinder, in: SCHWÄBISCHE ZEITUNG, 11.11.1972.

²⁶⁵ Laut Hamburger Statistik waren 95 Plakate der SPD von 13 Tätern, 87 CDU-Plakate von neun Tätern, 79 DKP-Schilder von fünf Tätern und vier FDP-Plakate von vier Tätern zerstört worden. Siehe: Wahlplakate mit Beilen zerstört, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 1.11.1972. Zur Plakatgewalt in Hamburg-Altona 1976, für die weiterhin vorwiegend parteiungebundene Jugendliche verantwortlich waren, siehe die Korrespondenz in: AdsD, KV Altona, Mp. 97.

Information, dass Werner Kern »Polemik« vorwarf, folgte in solchen Artikeln der Hinweis, dass beide Kandidaten die Vorliebe für die Farbe Rot verbinde (der Christdemokrat bevorzugte sie freilich nur bei seiner Socken- und Krawattenwahl): »Ich bin gar nicht so schwarz, wie man mir nachsagt«. Auf diese Weise camouflierte die Lokalpresse in Zeiten höchster Polarisierung permanent, was die beiden Lager in der Sache trennte.²⁶⁶

Ferner traten die Direktkandidaten selbst als Zeugen und Wächter guter Wahlkampfsitten auf und lobten die »anhaltende Sachlichkeit und Fairneß« bei den Diskussionen wie im lokalen Wahlkampf insgesamt, auch wenn die SPD schon einmal der Nähe zur DKP bezichtigt wurde oder ein betrunkenen Diskussionsteilnehmer aus dem Saal geschafft werden musste.²⁶⁷ Verstießen die Veranstaltungsteilnehmer gegen das Fairnessgebot, kannten die politischen Vertreter kein Pardon: Karl-Hans Kern verließ kurzerhand den Saal und beendete damit eine Podiumsdiskussion der drei Ulmer Kandidaten, nachdem ein Teilnehmer laut »Schiebung« gerufen hatte, als Kern auf die Verleihung des Friedensnobelpreises an Willy Brandt eingegangen war. Die *Schwäbische Zeitung* nannte dies bezeichnenderweise »Kandidaten-Protest« und dokumentierte so, wie sehr die politische Alltagskommunikation von Adaptionen des Protestzeitalters lebte.²⁶⁸ Überwölbt wurden sie jedoch vom Sachlichkeitsideal, mit dem die Lokalredakteure nun auch die partizipierenden Wähler erziehen wollten. Zwischenrufe wie »Quatschkopp« hätten, so die *Südwest Presse*, gewiss nichts mit Fairness zu tun.²⁶⁹

Ganz im Gegensatz zum Sachlichkeitsideal jedoch lag der Schwerpunkt der lokalen Wahlkampfberichterstattung in den 1970er Jahren nicht auf Sachthemen und Parteiprogrammen, sondern auf Anekdoten, Lokalkolorit und der Betonung von Bürgernähe. Die Ulmer Leser erfuhren, dass die Füße ihres SPD-Kandidaten Kern bei den winterlichen Straßendiskussionen 1972 beinahe erfroren waren, und dass Herbert Werner schon »an seiner tausendsten Haustür geklingelt« hatte. Das *Hamburger Abendblatt* berichtete, CDU-Kandidat Erik Blumenfeld komme auch schon einmal zu spät zu einer anberaumten Straßendiskussion, weil er bei einem Hausbesuch von Wählern auf einen Kaffee ins Wohnzimmer gebeten worden war.²⁷⁰ Als die Entscheidung von 1972 gefallen war, berichtete das Blatt von »herzlichen Gesprächen« und einer »ruhigen und freundlichen Atmosphäre«, in der die politischen Kontrahenten im Hamburger Rathaus zusammengefunden hätten, um eine »Siegesper auf hanseatisch«

²⁶⁶ Sachlich und fröhlich um die Gunst der Wähler werben, in: SÜDWEST PRESSE, 21.10.1972.

²⁶⁷ Parteien werden doch viel »Prominenz« im Wahlkreis Ulm in den Kampf schicken, in: SCHWÄBISCHE ZEITUNG, 17.10.1972; CDU kündigt Höhepunkte an: Barzel, Filbinger. SPD: Frauen diskutieren und Männer hüten Kinder, in: SCHWÄBISCHE ZEITUNG, 11.11.1972.

²⁶⁸ Wahlkampf wird härter und origineller. Kandidaten-Protest, Privat-Party und Songs, in: SCHWÄBISCHE ZEITUNG, 24.10.1972.

²⁶⁹ Nur einmal klatschten alle, in: SÜDWEST PRESSE, 25.10.1972.

²⁷⁰ Ebd.; Ab und zu eine Tasse Kaffee, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 16.11.1972.

zu begehen.²⁷¹ Persönliche Verunglimpfungen blieben vor Ort selbst dann aus, wenn die Person des Direktkandidaten dafür Projektionsfläche bot. So war es 1972 landbekannt, dass der Ulmer FDP-Kandidat Helmut Betzler eine Anzeige wegen des Vertriebs von Pornographie am Hals hatte. Der Presse versicherte er jedoch, die Angriffe gegen ihn seien »bisher zum Glück nicht persönlicher Art, sonst hätte ich sofort die Segel gestrichen!«²⁷²

Anhaltendes Servicebewusstsein und Lokalkolorit boten kaum Gelegenheit für lokale Konfliktinszenierungen. Kandidaten verteilten weiterhin Rosen an die Wähler, veranstalteten Radtouren durch den Wahlkreis oder versicherten, einen »Wahlkampf mit bayerischem Akzent« führen zu wollen. In schwäbischen Wahlkreisen gehörte das Aufführen schwäbischer Komödien zum politischen Kommunikationsgeschehen der 1970er Jahre dazu.²⁷³ Unter dem Titel »Potpourri der guten Laune mit politischer Tendenz« berichtete die *Südwest Presse* von einem Wahlkampfsamstag 1976 in der Ulmer Hirschstraße. Auf der Einkaufsstraße tummelten sich die Passanten zwischen den Ständen von SPD, CDU und FDP; auch NPD und Kinderschutzbund reihten sich inzwischen in die Straßenpräsenz ein. Eine Dixie-Band spielte, die CDU verkaufte Weißwürste, bei der SPD gab es Obst umsonst, nur für die Anstecknadeln und Poster mussten die Bürger bezahlen – und taten es auch. »Es klapperte fleißig in der SPD-Büchse«, und auch so mancher Rentner steckte der CDU einen Taler zu. Fähnchen und Parteaufkleber waren besonders gefragt. Dabei diskutierte man mit den Kandidaten über die Abschaffung des Numerus Clausus und »erhitzte sich in Grundsatzdebatten über die Jugendarbeitslosigkeit und all ›die anderen Dinge, die da so im Argen liegen‹«, wie ein Wähler zitiert wurde.²⁷⁴ Doch nach Kulturkampfatmosphäre roch es in den deutschen Städten nicht.

Das hatte vor allem damit zu tun, dass die Parteien weiterhin auf Unterhaltung setzten, über deren hohes Maß die diskursiven Formate der 1970er Jahre nicht hinwegtäuschen dürfen. Die »angenehme« Politik blieb ein Erfolgsgeheimnis der westdeutschen Parteiendemokratie vor Ort. So erfreuten sich die »Frühschoppen« der Direktkandidaten bei Bier und Wein seit 1968 einer besonderen Beliebtheit.²⁷⁵ Selbst ein Ludwig Erhard führte 1969 in seinem Ulmer Wahlkreis Frühschoppen durch, mit bis zu 400 Besuchern und anschließender

²⁷¹ Siegesfeier – auf hanseatisch, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 20.11.1972.

²⁷² Parteien werden doch viel »Prominenz« im Wahlkreis Ulm in den Kampf schicken, in: SCHWÄBISCHE ZEITUNG, 17.10.1972.

²⁷³ Ebd.

²⁷⁴ SÜDWEST PRESSE, 27.9.1976; Fußgängerspaß bei großer Politik und kleinen Tricks, in: SÜDWEST PRESSE, 30.8.1976.

²⁷⁵ Protokoll über die Kreisvorstandssitzung am 18. März 1968 in der Kreisgeschäftsstelle. ACDP 02-155-005/2; Hedwig Meermann, MdB (Bonn), an den Bundesgeschäftsführer der SPD, Hans-Jürgen Wischnewski, 3.12.1969. AdS, SPD-PV NB, Abt. Öffentlichkeitsarbeit – Werbetechnik, Mp. 1792.

Diskussion.²⁷⁶ Mit den »Politischen Frühschoppen« hielten die Bundestagsabgeordneten ihren Wahlkreis auch während der Legislaturperioden der 1970er Jahre über die Politik des Bundestags informiert. Daneben boten Partys mit Live-Musik, Kaffeenachmittage mit Schunkelmusik und Kindernachmittage mit Kasperletheater in den 1970er Jahren den zentralen Rahmen des Aufeinandertreffens von Wählern und Parteiendemokratie. 1976 empfahl die SPD-Wahlkampfzentrale explizit, dass Wahlkampf und »Volksbelustigungen« Hand in Hand gehen müssten. Das empfohlene Arsenal umfasste Kinderfeste und Feuerwerk, Wanderungen und Radtouren, den Tanz in den Mai und Dampferfahrten.²⁷⁷

Vor Ort nahm die SPD diese Empfehlungen überaus ernst, blickt man auf eine Wahlkampfwoche in Hamburg-Eimsbüttel im Spätsommer 1976: Dort zeigten sich SPD-Abgeordnete in Schulen, wo sie über ihre Arbeit in Bonn sprachen, und bei Straßendiskussionen, waren aber auch beim Eimsbütteler Volksfest zugegen, diskutierten im Festzelt mit ihren Konkurrenten und moderierten Tombolas auf Straßenfesten. Auf Laternenumzügen hatte der SPD-Spielmannszug seinen Auftritt; daneben organisierte die Partei Flohmärkte für Kinder, Platzkonzerte, Jazz-Meetings und natürlich Frühschoppen.²⁷⁸ In Hamburg-Altona bot die SPD Kneipenveranstaltungen unter dem Motto »Auf ein Bier« an, organisierte eine »Strandparty« und eine »Jungwählerfete«. Ähnliche Formate wurden in Ulm wie in Hamburg auch auf Initiative der Gewerkschaften angeboten, und die Jugend strömte in Scharen heran.²⁷⁹ Diese Mischung aus traditionellen und kommerziellen, seriösen und unterhaltsamen Formaten machte den westdeutschen Wahlkampf der 1970er Jahre aus und fand ausweislich der Lokalpresse stets ein wohlgesonnenes Publikum. Ob der argumentative Austausch bei »Bier und Musik« tatsächlich im Zentrum stand, oder ob es sich hier nicht eher um die Versammlung Gleichgesinnter handelte, die ihre Bratwurst im Beisein eines Bundesministers genießen wollten, bleibt dahingestellt – in jedem Fall bemühte sich die Lokalpresse stets, hervorzuheben, dass neben der angenehmen Atmosphäre »Argumente nicht Schwarzmalerei« im Vordergrund gestanden hätten.²⁸⁰

Auch in Italien schrieben sich Kommunisten und Sozialisten in die um sich greifende Festivalkultur ein, doch im Wahlkampf der 1970er Jahre blieben unterhalterische Elemente marginal. Die Christdemokraten achteten zudem

²⁷⁶ »Ernste Lage nicht zu übersehen«, in: SÜDWEST PRESSE, 8.9.1969; CDU informiert, in: SÜDWEST PRESSE, 13.9.1969.

²⁷⁷ Werner Noll, Werner Staak: Bundestagswahl 1976. Wahlkampfinformation Nr. 2, 27.2.1976. SPD-LO HH II, Mp. 1034, Fasz. »Wahlinfo« [1].

²⁷⁸ SPD-LO Hamburg, Kreis Eimsbüttel: Pressemitteilung: Veranstaltungskalender, 30.8.1976. AdsD. SPD-LO II, Mp. 1033, Fasz. »Veranst. in Altona«.

²⁷⁹ SPD, Kreis Altona: Wahlkampfveranstaltungen im Kreis Altona vom 2. Juli bis zum 3. Oktober 1976, 1. September 1976. AdsD, SPD-LO HH II, Mp. 1033; Wahlkampf wird härter und origineller. Kandidaten-Protest, Privat-Party und Songs, in: SCHWÄBISCHE ZEITUNG, 24.10.1972.

²⁸⁰ NEU-ULMER ZEITUNG, 17.8.1976.

darauf, dass PCI und PSI ihre traditionellen Parteifeste, die in den 1970er Jahren zu lokalen Volksfesten avancierten und ein hohes Maß an Musik, Kultur, Kommerz und kulinarischem Lokalkolorit vereinten, nicht im Wahlkampf zu Werbezwecken »missbrauchten«. 1979 reichte die Bologneser DC mehrmals Beschwerden ein, als PCI und PSI die »Feste dell'Unità« und die »Feste dell'Avanti« [die Feste der sozialistischen Parteizeitung, C. C. G.], die sie nunmehr zahlreich im Wahlkampf veranstalteten, zu regelrechten Wahlpartys mit Musik umfunktioniert hatten. Eine solch frivole Erlebnishaftigkeit stand nach Ansicht der Christdemokraten nicht im Einklang mit »demokratischem« Verhalten und der »Würde« des Wahlkampfs.²⁸¹ Wie sehr die Kommunisten intrinsisch zur Unterhaltung neigten, aber sich den seriösen Regeln der italienischen Wahlkampfordnung unterwerfen mussten, macht auch der Umstand deutlich, dass ihr Wahlkampfpertoire in Deutschland unter den italienischen Gastarbeitern von festlichen Elementen lebte.²⁸²

In der Bundesrepublik diente die Umrahmung der Politik durch gesellige und Unterhaltungselemente auch in den 1970er Jahren der zivilen Aufladung von Politik und erinnerte die Wahlbürger daran, dass sie am Wahlkampf teilnahmen, um Spaß zu haben. Noch im hochpolarisierten Wahlkampf 1980, als die linke Republik geschlossen gegen Franz Josef Strauß zu Felde zog, versuchte die CDU vor Ort vor allem gute Laune zu versprühen. Im Rahmen einer Zelttournee bot sie den Wählern ein buntes Programm aus Discozelt, Sommerfest, Kinderspielen, Tombola, Flohmarkt und Modenschauen; politische Reden waren gar nicht mehr angekündigt und der Wähler wurde »per du« eingeladen.²⁸³

Die westdeutsche Kultur der »Fröhlichkeit« übertünchte auch den wachsenden Unmut an der sozialdemokratischen Basis und insbesondere bei den Jusos über die Maßnahmen der sozialdemokratischen Regierungspartei, insbesondere gegen den »Radikalerlass« von 1972. Denn die Berufsverbote trafen durchaus auch Genossinnen und Genossen, etwa wenn sie für die Gewerkschaft GEW tätig waren. Der Konflikt um die Berufsverbote bekam eine außerordentlich lokale Dimension und versetzte die Hamburger Landesorganisation in Aufruhr, weil einzelne Kreisfunktionäre den Eindruck bekamen, der Radikalenbeschluss richte sich in der Praxis »gegen alle, die ihre politischen Rechte in demokratischer Weise voll ausschöpfen«.²⁸⁴ In Hamburg-Harburg etwa formierte sich eine

²⁸¹ Segretario Provinciale Ivo Cremoni al Prefetto di Bologna, ai Segretari dei Partiti, alla Stampa, 29.5.1979. ASBO, DC, CP, Carteggio e Atti, Per Uffici 14, Fasc. »Segreteria Politica – gen.-giu. 1979«. Zur kommunistischen Festivalkultur vgl. A. TONELLI, *Falce e tortello*, 2012; R. COLOZZA, *Nights of Miracles*, 2017.

²⁸² Feste e manifestazioni nella Germania del Sud, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 6.6.1976.

²⁸³ Treffpunkt '80. Die Zelttournee der CDU [Flugblatt, CDU Bonn]. ACDP 07–001-7151; Aktionsliste (Frauenvereinigung). Vorschläge für Nachmittagsveranstaltungen in Zusammenhang mit der Zelttournee, o. D. [1980]. Ebd.

²⁸⁴ Werner Karotka, Kreisvorsitzender Eimsbüttel/Michael Krieger, Kreisgeschäftsführer Eimsbüttel, an den Landesvorstand der SPD Hamburg, 8.8.1976, Anl. zu: Werner Noll an die Mitglieder des Landesvorstandes, 3.8.1976, Vorlage Nr. 38/76 Landesvorstand, 9.8.1976. AdsD, KV

Bürgerinitiative für eine entlassene Lehrerin und ließ den Hamburger Senat in keinem guten Licht erscheinen.²⁸⁵ Dieser in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre von unten wachsende Protest von Bürgern gegen Beschlüsse demokratischer Institutionen und die beginnenden Friktionen an der Basis der SPD, die sich Ende der 1970er Jahre mit dem Konflikt um den NATO-Doppelbeschluss noch einmal vertieften²⁸⁶, wurden in der urbanen politischen Kommunikation vor dem Wählerpublikum versteckt. Auch das ließ womöglich bei manchen Beobachtern zunehmend Langeweile aufkommen.

Ernüchterung. Die ambivalenten Folgen der Politisierung

Während sich die Unterhaltungs- und Vergnügungsveranstaltungen im westdeutschen Wahlkampf großer Beliebtheit erfreuten, begannen die politisierten Beobachter 1976 skeptisch zu werden. Das *Hamburger Abendblatt*, das sich eigentlich für keine Wahlkampfanekdote mit Lokalkolorit zu schade war, sprach von einem »billigen Wahlkampf« im Zeichen des »Schnickschnack« und »Klimbim« und rekurrierte dabei auf klagende Wählerstimmen. »Schwarz-Rot-Gold an jeder Ecke [...] Das ist das äußere Bild. Vom Inhalt her dagegen ließ dieser Wahlkampf bis heute alles zu wünschen übrig, was man sich nur wünschen konnte. [...] Als hätten sämtliche Politiker der Bundesrepublik untereinander abgesprochen, nur nicht zur Sache zu reden.«²⁸⁷ Zehn Jahre später hatte sich die hier anklingende Deutung unter Politikwissenschaftlern etabliert: Die vergnügliche Politik, das Kaffeekränzchen, die Seniorenfahrt galten nun als Strategien, um sachliche Konflikte zu vermeiden oder das Fehlen klarer politischer Inhalte zu verschleiern.²⁸⁸

Diese Interpretation war eine Erfindung der 1970er Jahre, ein Produkt des Politisierungsdiskurses, der Praktiken als »unpolitisch« oder »unsachlich« markierte, die aus einem anderen Blickwinkel für unterhaltsame und friedliche Formen politischer Kommunikation stehen konnten. Dass die Skepsis gegenüber solchen Formaten zunahm, hatte mit der Beobachtung zu tun, dass Demoskopien und Sozialwissenschaftler die Parteien mit Daten versorgten, die auf eine zunehmende »Individualisierung« der Wählerschaft hindeuteten und Kommunikationsstrategien angezeigt erscheinen ließen, die auf maximale Anschlussfähigkeit setzten. Darin aber entdeckten die Verfechter des Politisierungsdiskurses eine Entsachlichung politischer Kommunikation und warfen den Parteien wie ihren Beratern vor, den unentschiedenen Wähler als »unpolitisch«

Altona, Mp. 20. Zur Rüge der Jusos durch den Landesvorstand der SPD-Hamburg in dieser Frage siehe: Beschlußprotokoll der Sitzung des Landesvorstandes vom 9. Mai 1977, Anl. zu: Werner Noll an die Mitglieder des Landesvorstandes, 1.6.1977, Vorlage Nr. 168/77 Landesvorstand, 6.6.1977. Ebd., Mp. 22.

²⁸⁵ Vgl. A. JAEGER, Radikalenbeschluss in Hamburg, 2012.

²⁸⁶ Vgl. ausführlich J. HANSEN, Abschied vom Kalten Krieg?, 2016.

²⁸⁷ Mehr Wahlkrampf als Wahlkampf, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 27.9.1976.

²⁸⁸ M. BETHSCHEIDER, Wahlkampfführung, 1987, S. 77 f., 81 f.

einzustufen – was die Parteien in der Tat ganz nach alter Tradition taten, während die Demoskopien sich uneinig waren.²⁸⁹ So hieß es im erwähnten Artikel im *Hamburger Abendblatt*, es sei zu einer Verflachung der Argumente gekommen, weil die Parteien Angst hätten, die 11 Prozent der Wahlberechtigten zu verprellen, die kurz vor der Wahl immer noch unentschieden seien. Die Soziologen und Meinungsforscher hätten den Parteien eingebläut, solche Wähler ließen sich von sachlichen Argumenten ohnehin nicht überzeugen. Man werde leider nicht herausfinden, ob diese »Theoretiker« Recht hätten, denn alle Parteien hielten sich ja an ihren Rat, »der sachbezogenen Debatte aus dem Weg zu gehen«.²⁹⁰ Die Erregung über die Wirkungen der sozialwissenschaftlichen Individualisierungsthese und der professionellen Berater war so in gewisser Weise dafür verantwortlich, lang erprobte Wahlkampfpraktiken wie die unterhaltsamen Formate in Verruf zu bringen.

Die Parteien, so schien es der politisierten Öffentlichkeit, waren schlecht beraten, wenn sie das wachsende Reservoir unentschiedener Wähler zum Anlass nahmen, ihr klares Profil zu verlieren und dem Kampf abzuschwören. Schon 1972 hatte das *Hamburger Abendblatt* mit Blick auf die Wahlplakate den »kämpferische[n] Elan« der Parteien vermisst. Den Wahlkampf von 1976 beurteilte auch die *Badische Zeitung* als recht »spannungslos«.²⁹¹ Der umstrittene CDU-Slogan »Freiheit oder Sozialismus« schien in der lokalen Praxis politischer Kommunikation nicht recht zu zünden: Vor Ort vermissten die Beobachter geradezu die Abgrenzung, die klaren Alternativen, den Kampf zwischen Links und Rechts. Dass sich zur selben Zeit politische Bewegungen formierten, die die klassischen ideologischen Unterscheidung für überholt hielten und schließlich in den Grünen aufgingen, sollte über die deutliche Sehnsucht nach klaren politischen Fronten, die mit Verweis auf das Wahlvolk vor Ort artikuliert wurde, nicht hinwegtäuschen.²⁹²

Auch auf Wahlversammlungen beklagten die Lokalreporter nicht etwa die Persistenz alter politischer Konfliktschemata, sondern deren Fehlen. Schon 1972 hatte es etwa von einer Podiumsdiskussion in Ulm geheißen, ihr informativer Gehalt für die Wähler sei gleich Null, weil die Direktkandidaten keinen Anlass zu Identifikation oder Abgrenzung böten. »Informativer wäre da gewesen«, zu erfahren, wie es der SPD-Kandidat Kern, der als eher rechts galt, mit den Jusos halte, und wie der CDU-Kandidat Werner zu dem Gerücht stehe, auch er habe gewisse Neigungen zur Rechten in seiner Partei. »Vielleicht hätte auch ein Auftreten der Ulmer Bundestagskandidaten von DKP und NPD die Szene belebt – möglicherweise aber auch den Meinungs austausch noch formelhafter gemacht«, so die Einschätzungen der *Südwest Presse*. Letzteres schien gar

²⁸⁹ Vgl. A. KRÜKE, Demoskopie, 2012, S. 334–344.

²⁹⁰ Mehr Wahlkampf als Wahlkampf, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 27.9.1976.

²⁹¹ Bei der Plakat-Werbung blieben die Parteien zahm, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 15.11.1972; Kohl: Nominierung auch bei einem Patt, in: BADISCHE ZEITUNG, 27.9.1976; Juristisches Gerangel, in: ebd.

²⁹² Dazu S. MENDE, »Anti-Parteien-Partei«, 2012, S. 281 f.; ausführlich: DIES., »Nicht rechts«, 2011.

nicht unwahrscheinlich, bedenkt man, dass der Ulmer Kandidat der DKP im Publikum gesessen hatte, ohne offenbar mit seinen Diskussionsbeiträgen die Szenerie interessanter zu gestalten. In jedem Fall aber war es symptomatisch für die einsetzende Langeweile in politisierten Zeiten, wenn sich die Ulmer Lokalpresse Vertreter von NPD und DKP auf die politische Bühne wünschte.²⁹³

Auch in Freiburg war Lokalreportern 1976 der Umstand, dass es auf Podiumsdiskussionen sachlich und fair zugeht, kein Anlass mehr zum Lob. Unterscheidbarkeit vermissen sie, und darin lag der Kern der westdeutschen Polarisierung: Im Namen der Wähler forderte man Auseinandersetzung ein.

Nach einigem Hin und Her breitete sich nach Ansicht der wenigen neutralen Beobachter Müdigkeit aus. Jedermann betonte die Notwendigkeit solcher direkter Auseinandersetzungen; aber jedermann bedauerte, daß es keinen Zündstoff gab. [...] Man konnte registrieren, daß diese drei sich sehr gut kennenden Kandidaten perfekt aufeinander eingespielt sind. Alternativen, die dazu führen, dem einen und nicht dem anderen das Kreuz auf dem Stimmzettel zu geben, wurden nicht aufgezeigt; zwei Stunden Wahlkampf, der sehr fair und sehr ausgewogen war – aber letztlich nicht zur Wahlentscheidung am 3. Oktober beitragen konnte.²⁹⁴

Die Sehnsucht nach »klaren Alternativen«²⁹⁵ markierte die Aussöhnung der Westdeutschen mit dem politischen Konflikt und kann daher einerseits als Endpunkt eines demokratischen Lernprozesses gelten. Andererseits setzte so in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre ein Entpolitisierungsdiskurs ein, der selbst Effekt der Politisierung war. Dabei kehrten sich Lehrer- und Schülerrollen regelrecht um. Hatten einst die Parteien die Westdeutschen zu einem klaren politischen Standpunkt erziehen wollen, schickten sich nun Journalisten und Wahlbürger an, den Parteien fehlendes Profil zu unterstellen. Dieser Vorwurf war freilich selbst häufig ein politisches Instrument, etwa im Feldzug der politisierten linken Publizistik gegen Helmut Kohl, die »Birne«, die Ecken und Kanten vermissen ließ und keine klare Linie zu haben schien. Kohls Popularität als gemüthlicher, unprätentiöser, bürgernahe Politiker, der die Sprache des Volkes sprach, galt diesen Kritikern nicht viel, zeigt aber zugleich, dass der Diskurs um die Entpolitisierung bei weitem nicht alle Wahlbürger einschloss.²⁹⁶ Militante Vertreter indes führten die fehlenden Alternativen auch auf eine zu große persönliche Nähe der Abgeordneten zurück. Der baden-württembergische Kommunalpolitiker Helmut Palmer führte seine Wahlkämpfe als Parteiloser in den 1970er Jahren mit dem *Negative Campaigning* gegen den »Beamten- und Parteienstaat«, gegen »Absprachen übelster Art hinter dem Rücken des Wahlvolks« und gegen die »Einheitspartei« im Bundestag.²⁹⁷ So wuchs von unten langsam die Kritik an

²⁹³ Nur einmal klatschten alle, in: SÜDWEST PRESSE, 25.10.1972.

²⁹⁴ Zum Beispiel: Eine Podiumsdiskussion, in: BADISCHE ZEITUNG, 25./26.9.1976.

²⁹⁵ »Klare Alternative«, in: BADISCHE ZEITUNG, 18./19.11.1972.

²⁹⁶ Vgl. A. WIRSCHING, Abschied, 2006, S. 23–26.

²⁹⁷ Vgl. J. KNAUER, Helmut Palmer, 2013, S. 105, 109.

der »politischen Klasse« als einem »Kartell der Parteieliten« heran, die dann im Umfeld der Gründungsgrünen zum Durchbruch kam und in den 1980er Jahren auch die Politikwissenschaft erreichte.²⁹⁸ Im Wahlkampfdiskurs der 1970er Jahre war die Grundsatzkritik an den Parteien aber noch nicht bedeutend.

Der Hinweis auf fehlende Alternativen diente in der Bundesrepublik auch jenen als Argument, die in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre allmählich als Aussteiger aus dem Wahlbetrieb erkennbar wurden: den jungen Wählern. Als Ursache machten die Beobachter ihre soziale Lage, aber auch »Langeweile« aus. In besonderem Maße von der steigenden Arbeitslosigkeit betroffen, präsentierte sich die Jugend 1976 zunehmend als widerwillig, am Wahlkampfgeschehen teilzunehmen. Eine 19-jährige Reporterin kam auf den Straßen von Ulm mit knapp fünfzig Jugendlichen ins Gespräch, die noch vor kurzem in »politischen Organisationen sehr engagiert gewesen« seien, inzwischen aber, ohne Job, resigniert hatten. Sie würden nicht zur Wahl gehen, denn für sie persönlich werde sich durch die Wahl nichts ändern. Auf ihrer Tour durch die Hirschstraße, wo die Parteien ihre Info-Stände aufgebaut hatten, fiel es ihr schwer, einen jungen Wähler zu finden, der sich nicht enttäuscht zeigte. »Jeder fand den Wahlkampf stinklangweilig, ob er es nun so ausdrückte oder anders.« Manche gaben zu, politisch völlig desinteressiert zu sein; die politisch Interessierten wiederum attestierte dem Wahlkampf »Waschmittelniveau«, das politisches Interesse »tötet«. »Guck dir doch mal den ganzen Zirkus hier an«, sagte eine 20-jährige Straßenverkäuferin mit Blick auf die Info-Stände der Parteien. Einer der Befragten wollte die CDU wählen, weil er sich durch deren Beziehungen zu den Unternehmern mehr Arbeitsplätze erhoffte; ein 21-Jähriger wählte aus demselben Grund NPD, denn »zu Hitlers Zeiten« seien alle beschäftigt gewesen und »ein starker Mann, der allein bestimmt«, werde für mehr »Disziplin« sorgen – Diskussionen würden zu gar nichts führen. Die Reporterin resümierte, die Umfrage habe ihr gezeigt, dass es ihren Altersgenossen so ging wie ihr selbst: Der Wahlkampf gebe keinen Anhaltspunkt, »welche Partei nun wirklich die bessere Politik machen wird«.²⁹⁹

Die kurze Blüte der westdeutschen Parteiendemokratie, die wesentlich von jüngeren Wählern getragen worden war – sie begann in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre zu welken, als Ernüchterung einsetzte über die Grenzen politischer Partizipation und die Grenzen ökonomischer Machbarkeit. In gewisser Weise jedoch war die einsetzende Kritik das Produkt einer gelungenen Adaption der Partizipationsansprüche, die von außen an die Parteiendemokratie herangetragen worden waren. Ein Politisierungsdiskurs, von dem die Parteien seit 1969 selbst profitiert und den sie selbst angeheizt hatten, kam schließlich wie

²⁹⁸ K. VON BEYME, *Die politische Klasse*, 1995, S. 9, 101, 189; siehe auch J. RASCHKE, *Bürger und Parteien*, 1982. Zu den Gründungsgrünen vgl. S. MENDE, »Alternative«, 2009; DIES., »Nicht rechts«, 2011.

²⁹⁹ Verwirrt und verunsichert wie nie zuvor, in: SÜDWEST PRESSE, 1.10.1976.

ein Bumerang zurück und konfrontierte sie mit Forderungen, die ihnen in Zeiten professionalisierter politischer Kommunikation anachronistisch anmuteten: nach Kampf, nach Abgrenzung und nach harten politischen Sachthemen. Wenn Wahlvolk und Pressebeobachter in den 1970er Jahren die Alternativen zu vermissen begannen und fehlende Unterscheidbarkeit beklagten, dann zeugt das von der Akzeptanz und regelrechten Einforderung des politischen Konflikts und der harten politikfeldorientierten Debatte mit starken Sachargumenten – und dies waren Lernerfahrungen, die erst durch die Krisenwahrnehmung und die außerparlamentarischen Impulse möglich wurden. Wenn die westdeutsche Parteiendemokratie in der politischen Kommunikation mehr und mehr auf breite Anschlussfähigkeit setzte, ging sie nolens volens zu dieser Art von konfliktfreudigem und politisch anspruchsvollem Wahlvolk auf Distanz. 1980 war das Fehlen »an geeigneten Problempunkten zur geistigen und/oder rhetorischen Auseinandersetzung« dann auch ein gängiges Lamento der lokalen Wahlkampfbeobachter.³⁰⁰ Insofern kam die intensive Verständigung von Wählern und Parteiendemokratie an der Wende zu den 1980er Jahren an ein Ende, nachdem sie in der Dekade zuvor ausgesprochen intensiv gewesen war.

3. Die Schule der Parteiendemokratie. Krisenkommunikation in Italien

Gesprächsbedarf über den Kurs der italienischen Gesellschaft und die Reformbedürftigkeit des Landes gab es seit 1968 genug. Stärker als in Westdeutschland war »die Krise« (*la crisi*) schon zeitgenössisch eine Epochensignatur, auch in der lokalen Öffentlichkeit. Sie stand für ein ganzes Bündel aus sozioökonomischen, politischen und moralischen Krisenerscheinungen.³⁰¹ Der politischen Linken galt das Auftreten der *movimenti* als ihre sichtbare Manifestation. Die Kommunisten deuteten die Situation als Chance zu einer umfassenden »Erneuerung« des Landes, die sie mit der beherzten Lohn- und Arbeitspolitik der Gewerkschaften seit dem »heißen Herbst« 1969 angingen.³⁰² Allerdings war der PCI in Zeiten der Konjunktur- und Inflationskrisen auch selbst subnationale Regierungspartei, seit 1970 auch in einigen der als neue politische Gebietskörperschaften eingerichteten Regionen des Landes. Nach den Erfolgen bei den Kommunalwahlen von 1975 verwaltete er die wichtigsten Großstädte Italiens und musste sich dort den urbanen Problemen stellen, die mit der Krise einhergingen. Das bedeutete konkret, wie ein Bologneser Führungsfunktionär 1974 ausführte, sich nicht nur auf Sozialausgaben zu beschränken, sondern auch die

³⁰⁰ Siehe etwa: Schwarzer Peter als Wahlkampfspiel, in: SCHWÄBISCHE ZEITUNG, 20.9.1980.

³⁰¹ S. TARROW, *Aspetti della crisi italiana*, 1979; M. LARDI, *Metropoli e potere*, 1980.

³⁰² Conclusione di Ugo Pecchioli al CF [PCI Bologna] v. 17.7.1976, Bl. 1 f., 5, erstes Zitat Bl. 1. FGER, PCI-BO, CF, Relazioni, documenti programmatici, elenchi: Relazioni al Comitato Federale 1973–1985, b. 1, sfasc.: »Relazioni 1976«.

Produktion anzukurbeln und Arbeitsplätze zu schaffen.³⁰³ Die rasende Entwertung der Lira, insbesondere seit dem ersten Ölpreisschock von 1973, strapazierte überdies die Parteikasse enorm. Weil die Mitgliedsbeiträge jährlich zu einem fixen Termin fällig waren und im Laufe eines Jahres von der Inflation aufgefressen wurden, sah sich die Partei am Ende des Rechnungsjahres 1976 dem Bankrott nahe!³⁰⁴ Obgleich die Christdemokraten als Regierungspartei wie in der Bundesrepublik den Begriff der »Stabilität« in der politischen Kommunikation besetzten³⁰⁵, waren auch die Kommunisten allein um ihrer Selbsterhaltung willen gezwungen, Wege aus der »Krise« der 1970er Jahre zu finden.

Enrico Berlinguers programmatische Wende zum *compromesso storico* (»historischen Kompromiss«) von 1973 zeigte dies an. Er sah die Zusammenarbeit des PCI mit allen »demokratischen« Kräften im Parlament vor, insbesondere mit der DC. Einerseits eine Lernerfahrung aus dem Staatsstreich in Chile, der eine kommunistische Alleinregierung in einem NATO-Land ins Reich der Träume verwies, zielte Berlinguers Kooperationskurs andererseits primär auf die Verteidigung der demokratischen Institutionen in Zeiten der Krise und der rechtsextremen Angriffe, insbesondere durch eine beherzte Reform- und eine strenge Haushaltspolitik (*austerità*). Aldo Moro, der führende DC-Politiker und zeitweilige Ministerpräsident (1974–1976), unterstützte den »historischen Kompromiss« mit aller Behutsamkeit, die ihm die Widerstände innerhalb seiner Partei abverlangten.³⁰⁶

Was den Befürwortern des *compromesso storico* als Argument dienen konnte, aber zugleich auch eine große Gefahr für die DC darstellte, waren die wachsenden Wahlerfolge des PCI und der 1976 drohende *sorpasso*. Man kann darin mit Aurelio Lepre ein sichtbares Zeichen des Wechselwillens der Italiener erkennen, die sich nach einer neuen Art des Politikmachens sehnten.³⁰⁷ Zeitgenössische Thesen der Politikwissenschaft reproduzierend, sprechen Historiker für die 1970er Jahre von der »Individualisierung« und »Säkularisierung« der italienischen Gesellschaft, der Auflösung ideologischer Bindewirkungen und der Subkulturen, die mit der Zunahme des *voto di opinione* (der »Meinungswahl«) einhergegangen seien. Wähler schienen sich nun an Sachfragen zu orientieren und vor allem die Massenmedien zur Information zu nutzen.³⁰⁸ Die DC reagierte

³⁰³ Conclusioni di Rino Nanni al CF [PCI Bologna], 21.1.1974, Bl. bis 11. Ebd., sfasc.: »Relazioni 1974«.

³⁰⁴ Conclusioni di Guido Cappelloni al CF [PCI Bologna] v. 4.3.1976. Ebd., sfasc.: »Relazioni 1976«.

³⁰⁵ DC, La SPES per le elezioni, 1973, S. 3.

³⁰⁶ Vgl., auch zum internationalen Kontext, M. S. PIRETTI u. a., Moro e la lunga crisi, 2008, S. 107–113.

³⁰⁷ A. LEPRE, Storia della prima Repubblica, 1999, S. 262 f., 269 f. Zu den Wahlergebnissen vgl. G. SANI, Elezioni, 1977.

³⁰⁸ A. PARISI/G. PASQUINO, Changes, 1980, S. 13; G. MARRAMAO, Politica e società secolarizzata, 2003, S. 21 f.; A. LEPRE, Storia della prima Repubblica, 1999, S. 273; P. IGNAZI, I partiti e la politica, 1999, S. 153–155; P. GAROFALO, Dalla propaganda allo spettacolo, S. 114 f.; H. WOLLER, Geschichte Italiens, 2010, S. 337.

darauf, indem sie in den 1970er Jahren zu einer intensiven Zusammenarbeit mit der Demoskopie und professionellen Werbeberatern übergang, um einem Elektorat zu begegnen, das scheinbar immer volatiler wurde.³⁰⁹ Im »Zeitalter der Referenden« seit 1974 sieht die Forschung die Hochzeit der »Individualisierung«, denn seitdem es den Italienern gestattet war, über die Abschaffung einzelner Gesetze abzustimmen, zeigte sich, dass sie nicht notwendig den Direktiven der Parteien folgten, denen sie traditionell nahestanden.³¹⁰ Emblematisch dafür steht das Scheidungsreferendum, das auf Betreiben der Christdemokraten und der politischen Rechten im Jahr 1974 stattfand. Anders als erwartet stimmte eine deutliche Mehrheit der Italiener für die Beibehaltung des 1970 eingeführten Scheidungsgesetzes und damit laizistischer, als es die Parteienzusammensetzung im Parlament nahelegte.³¹¹

Theoretisch also waren im Italien der 1970er Jahre die besten Voraussetzungen gegeben, lagerübergreifende Krisenkommunikation zu betreiben. Inwiefern aber fanden der anvisierte Dialog zwischen Christdemokraten und Kommunisten und der wachsende Wechselwille der Wählerschaft ihren Niederschlag in der urbanen politischen Kommunikation? Wie kamen die Parteien mit Wählern ins Gespräch, die sich zu »individualisieren« schienen? Wie wurden Sachfragen zum Krisenmanagement der Regierungen, dessen Erfolge durchaus zu würdigen sind, lagerübergreifend verhandelt?³¹² Und auf welche Weise passte sich die italienische Parteiendemokratie den partizipativen Ansprüchen an, die das Protestzeitalter mit sich brachte und ihr, ebenso wie der westdeutschen, neue junge Mitglieder auch aus den Reihen der Protestgruppen bescherte?³¹³

Riskante Themen und beschränkte Debatten

Tatsächlich war der urbane Wahlkampf von 1968 auch in Italien begleitet von den neuen Schlagworten der »Debatte« und des »Dialogs«. Erstmals nahmen die Christdemokraten das Angebot des PCI an, vor Ort gemeinsame Diskussionsveranstaltungen durchzuführen. Überdies wollten die Parteien auch mit den Studenten auf Debattenveranstaltungen (*dibattiti*) ins Gespräch kommen.³¹⁴ Ihre dominante Sprecherrolle aufzugeben, fiel den Agenten der Parteiendemokratie

³⁰⁹ DC, La SPES per le elezioni, 1973, S. 3 f. Zur schwierigen Lage der DC in den 1970er Jahren vgl. F. MALGERI, *Democrazia cristiana*, 2002.

³¹⁰ G. MARRAMAO, *Politica e società secolarizzata*, 2003, S. 20.

³¹¹ Vgl. F. MALGERI, *Democrazia cristiana*, 2002, S. 227.

³¹² Zur Würdigung der Reformtätigkeit vgl. H. WOLLER, *Geschichte Italiens*, 2010, S. 300–307, 334.

³¹³ Ende der 1970er Jahre sollte ein Viertel der PCI-Funktionäre aus ehemaligen Aktivisten der Protestgruppen und neuen sozialen Bewegungen bestehen, vgl. P. IGNAZI, *I partiti e la politica*, 1999, S. 149 f.

³¹⁴ *Due manifestazioni dei giovani della Dc*, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 9.3.1968; *Per chi votare il 19 maggio?* [Flugblatt, DC Bologna, 1968]. ASBO, DC, CC, Elettorale 7; Gilberto Bonalumi/Gianfranco Zonin an die Delegati Provinciali u. a., 22.2.1968. ASBO, DC, CP, Carteggio e Atti, Per Uffici 5.

allerdings schwer. Die meisten Debattenveranstaltungen zu den »studentischen Problemen« waren Treffen honoriger älterer Herren, die ihr erlesenes Wissen über die italienischen Jugend austauschten und allenfalls einen Vertreter ihrer eigenen Jugendorganisation aufs Podium oder zu »runden Tischen« einluden.³¹⁵ Die Anwesenheit des Bürgermeisters und verschiedener DC-Funktionäre der Provinz wies solche Veranstaltungen nach Meinung der *Gazzetta del Mezzogiorno* als sehr »qualifiziert« aus. Die Jugend des Ortes, so propagierte das DC-nahe Blatt, werde dadurch zweifellos zu einem »demokratischen Einsatz« angeregt.³¹⁶ Während die Studenten die Fakultäten besetzt hielten und dort ihre eigenen Versammlungen durchführten, redeten gerade in Süditalien Parteipolitiker in eigens anberaumten Symposien zu Themen wie »Die Jugend verstehen« eher über die Jugendlichen als mit ihnen.³¹⁷

In einer Demokratie, die von dem Prinzip nicht abließ, dass es Parteien waren, die für die Bürger sprachen, sammelten sich konservative, moderate oder katholische Jugendliche, die selber diskutieren wollten, bezeichnenderweise in »unpolitischen« Zirkeln. In Bari formierte sich zu Beginn des Wahlkampfs 1968 eine selbstorganisierte Jugendgruppe, die sich als »apolitisch« und nicht-konfessionell bezeichnete. Sie lud die Jugend der Stadt in der *Gazzetta del Mezzogiorno* ein, zu den regelmäßigen Treffen zu erscheinen, um über Krieg und Frieden, den Hunger in der Welt, das ungelöste Problem der italienischen Arbeiter oder über die Ehescheidung zu sprechen: »Ziel unserer Versammlungen ist der Dialog, die Debatte, die Verdeutlichung von Ideen« in einer Welt, die vom »unheilvollen Pluralismus« durchdrungen sei. Auch die Frage, ob der Staat demokratisch organisiert sein solle oder nicht, wollte die Gruppe debattieren. Offen gestanden die Initiatoren ein, am ehesten monistischen Ansätzen zuzuneigen, aber tolerant gegenüber anderen Weltdeutungen zu sein.³¹⁸ Solche christlich inspirierten, pluralismuskritischen Formationen waren Teil des italienischen »1968«. Foren, auf denen sie mit den politischen Vertretern debattieren konnten, bot ihnen die Parteidemokratie jedoch nicht.

Die Kommunisten nahmen die Einflüsse der studentischen Diskussionskultur ernst. In Bologna boten sie 1968 Wahlkampfdiskussionen mit Bürgermeister Guido Fanti an, die um die Stadt Bologna und »das Rote in ihr« kreisten.³¹⁹ In Vorbereitung auf den Wahlkampf 1972 waren sich die Funktionäre einig, dass das Protestzeitalter eine »neue Form der Debatte« mit den Wählern erfordere. Dazu setzten sie auf eine Mischung aus alten und neuen Methoden: »den direkten Kontakt, die gesprochene Zeitung [*giornale parlato*], das Beantworten

³¹⁵ Due manifestazioni dei giovani della Dc, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 9.3.1968.

³¹⁶ Invito ai giovani di Grumo per un impegno democratico, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 17.3.1968.

³¹⁷ Capire i giovani è il problema più attuale della nostra società, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 11.3.1968.

³¹⁸ L'invito di un gruppo di giovani, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 7.3.1968.

³¹⁹ I riflettori puntati sul rosso della città, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 12.5.1968.

von Fragen, die Polemik«. Die Verteilung der *Unità* blieb dabei zentral.³²⁰ Mit Studenten diskutierte man auf den Wahlversammlungen von 1972 das Programm des PCI, wobei auch konkrete Sachthemen wie die gewerkschaftliche Einheit, die Position der Partei zur Nationalisierung von Industriebetrieben oder zum Verhältnis zwischen der UdSSR und China zur Sprache kamen.³²¹

Doch charakteristisch für die kommunistischen wie für die christdemokratischen Debattenveranstaltungen, die in den 1970er Jahren die kleinen Wahlkundgebungen in den Stadtteilen ersetzten, blieb der Fokus auf die Politiker als Sprecher. Es handelte sich meist um kleine Konferenzen und Podiumsgespräche, bei denen sich »Experten«, Professoren und Politiker austauschten, moderiert von lokalen Journalisten.³²² Die Bürger konnten hier oder auch bei sogenannten Wahltreffen (*incontri elettorali*) mit DC-Kandidaten Fragen stellen, doch die Schweinwerfer waren auf das Podium gerichtet. Wenn etwa in einer altehrwürdigen Bibliothek in der Bologneser Innenstadt ein vom PCI veranstalteter Runder Tisch zum Thema »Pluralismus und Partizipation« stattfand, diskutierten dort Journalisten, Politiker und Wissenschaftler *über* Wege der Partizipation und nicht *mit* einem partizipationswütigen Publikum.³²³ Ob es überhaupt anwesend war, ist zumindest bei den christdemokratischen Veranstaltungen äußerst fraglich, denn die Funktionäre legten größten Wert darauf, zu ihren Wählertreffen die Parteimitglieder, deren Freunde und Familienangehörige einzuladen – ähnlich wie die CDU das in den 1950er Jahren getan hatte.³²⁴

Begegnungen mit Wählern sollten der DC in den 1970er Jahren vor allem als eine Art Korrektiv zum Fernsehwahlkampf zu dienen, auf den die Partei inzwischen ihr Hauptaugenmerk richtete. DC-Abgeordnete betonten vor der Folie ihrer Fernseherfahrungen, wie wichtig es sei, in die erwartungsvollen Gesichter der Wähler zu blicken, wo das gute Make-Up nichts nütze.³²⁵ Solche Aufeinan-

³²⁰ Verbale del Comitato Federale e Commissione Federale di controllo [PCI Bologna] v. 22. u. 24.3.1972, Bl. 33 f. FGER, PCI-BO, CF, Comitato Federale e Commissione Federale di Controllo: Verbali, b. 6, vol. 5; Domenica diffusione di massa de «l'Unità», in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 5.5.1972.

³²¹ Strategia PCI: ne discutono 600 studenti, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 27.4.1972.

³²² Leonardo Radogna an tutti i Soci, 9.6.1976. ASBO, DC, CC, Sezioni Cittadine 4, Fasz. »Bologna«. Zur Bedeutsamkeit »qualifizierter« Persönlichkeiten, die den Wählern vorgesetzt werden sollten, siehe etwa: Umberto Delle Fave/Vito Lattanzio, DC Rom, an die Segretari Regionali u. a., 4.3.1968. ASBO, DC, CP, Carteggio e atti 5.

³²³ Solo la »gestione sociale« può rinnovare l'Università, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 19.4.1972; Per una società nuova pluralismo e partecipazione, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 5.6.1976.

³²⁴ Leonardo Radogna an tutti i Soci, 9.9.1976. ASBO, DC, CC, Sezioni Cittadine 4, Fasz. »Bologna«; Francesco Leone a tutti i Soci della Sezione »B. Rossi«, 4.6.1976. ASBO, DC, CF, Elettorale 20, Fasz. »Manifestazioni«.

³²⁵ Appunti sul convegno SPES – 15/5/1976. ASBO, DC, CF, Elettorale, 20, Fasz. »Evidenze SPES«; Filippo Micheli, Segretario Amministrativo der DC, Rom, an Federico Bendinelli, Segretario Amministrativo Provinciale der DC, Bologna, 28.4.1979. ASBO, DC, CP, Elettorale 24; Confessioni di un candidato, in: IL RESTO DEL CARLINO, 18.6.1976; T. ANSELMI/A. VINCI, Storia di una passione politica, 2006, S. 77.

dertreffen dienten der Inszenierung persistenter Volksnähe und machten Wähler zu Komparsen. Wie die Kandidaten sich auf das Gespräch mit ihnen vorbereiteten, berichtete Guglielmo Zucconi, ein katholischer Fernsehjournalist, der 1976 als sogenannter Unabhängiger auf der Liste der DC antrat, im *Resto del Carlino*. Er hatte Wählerfragen zu antizipieren versucht und legte sich passende Antworten zurecht. Auf die Frage, wieso ein 18-Jähriger DC wählen solle, wollte er erwidern: »Weil er dann mit 23 Jahren wählen kann, wen er will.« Auf die Frage, warum Aldo Moro und Amintore Fanfani sich auch für Wähler öffneten, die vorher MSI gewählt hatten, wollte er antworten: »Weil sie von Togliatti gelernt haben, der aus demselben Zweck den Faschisten 1946 die Amnestie gewährte.« In beiden Fällen handelte es sich um rein antikommunistische Argumente. Zucconi gab zu, dass ihm seine Vorbereitung nichts genutzt habe, denn häufig hatte er auf die Fragen keine Antwort gewusst, die auf den Plätzen der emilianischen Städte auf ihn einprasselten.

Doch offenbar verließen auch die Wähler den antikommunistischen Kosmos nicht, um die Ebene der Sachfragen zu betreten – jedenfalls nach Darstellung des *Resto del Carlino*. Was Zucconi im Falle einer russischen Invasion täte, die nach einem Sieg des PCI wohl zu erwarten sei, sei er gefragt worden. Warum er nach einem Wahlsieg nicht mit dem PSDI, dem PLI oder dem PRI koalieren würde, habe ein Wähler wissen wollen. Koalitionsfragen und die Angst vor dem *sorpasso* – darum kreisten 1976 die Gespräche zwischen Wählern und christdemokratischen Kandidaten.³²⁶ Während die Demoskopen über die Wahlen von 1976 als einem »Referendum« zwischen Christdemokraten und Kommunisten sprachen³²⁷, deutete die direkte Kommunikation mit dem Wahlvolk nicht darauf hin, dass die Entscheidung ein *voto di opinione* werden sollte. Umgekehrt zur Situation von 1969 in der Bundesrepublik trug die Wechselstimmung in Italien dazu bei, auf altvertraute ideologische Delegitimationsmuster zurückzugreifen, anstatt Sachthemen in den Vordergrund zu stellen.

Die ausbleibende Debatte zwischen Wählern und DC über die Reformbedürftigkeit und konkreten Reformvorhaben mag umso mehr überraschen, als die Diagnose zunehmend ›individuell wählender Italiener schon im Wahlkampf 1968 gestellt worden war. Doch es zeigte sich, dass die DC das Wagnis nicht eingehen wollte, die Wahlbürger mit sachbezogener Ansprache in die ›Individualität‹ zu entlassen. Die *Gazzetta del Mezzogiorno* brachte das Dilemma zum Ausdruck, das sich schon in manchen Präfektenberichten zehn Jahre zuvor angedeutet hatte. Zwar begrüßte sie die gewandelte Wahlkampfatmosphäre, die geringere Zahl an Kundgebungen, die heruntergefahrenen Straßenpropaganda, die minimierte Plakatierung, und deutete die »gelassene, zurückhaltendere, diskretere, individualistischere, kurzum seriösere Tendenz« unter den Wählern als Ausdruck eines reifen demokratischen Bewusstseins. Doch daraus

³²⁶ Confessioni di un candidato, in: IL RESTO DEL CARLINO, 18.6.1976.

³²⁷ Appunti sul convegno SPES – 15/5/1976. ASBO, DC, CF, Elettorale 20, Fasz. »Evidenze SPES«.

erwuchs auch immer die Gefahr der »Indifferenz«, und deshalb bemühte sich die DC-nahe Presse, den Italienern vor Augen zu führen, dass sie nach wie vor die Demokratie gegen den Kommunismus zu verteidigen hätten: »Der Fehler – und ein schwerer Fehler – wäre, heute, angesichts dieser Realität anzunehmen, dass [...] die Unverwundbarkeit und Irreversibilität des Systems sichergestellt wäre.« Moskau schien stets nahe.³²⁸

Noch deutlicher wurde der christdemokratische Organisationssekretär und Abgeordnete Vito Lattanzio, als er 1968 eine Stippvisite durch die Städte und Provinzen unternahm. Wenngleich der PCI seine Taktik geändert habe und einen »illusorischen Dialog zwischen Katholiken und Kommunisten« in Aussicht stelle, solle man sich keinen Illusionen hingeben: »einmal abgesehen von allen ideologischen und moralischen Fragen, die uns von den Kommunisten unterscheiden, bleibt das Ziel der Kommunistischen Partei, die DC und ihr ertragreiches Werk niederzuschlagen.« Die Gesprächsbereitschaft des PCI, sichtbar in den Vorschlägen zu gemeinsamen Podiumsdiskussionen, wurde so von der DC in Bari als »Tücke« abgelehnt.³²⁹ Ganz irrational war das persistente Misstrauen der Christdemokraten freilich nicht. Von Sozialwissenschaftlern befragt, pries eine Mehrheit der Mitglieder an der kommunistischen Basis auch noch in den 1970er Jahren die Sowjetunion als fortschrittliches Land.³³⁰ Von der Basis schlossen DC und die moderate Presse dann direkt auf die Führungspolitiker. So war es 1976 gang und gäbe, Berlinguers eurokommunistischen Kurs und sein Bekenntnis zur NATO als unglaubwürdig einzustufen und ihn selbst zu bezichtigen, »die UdSSR als großes demokratisches und friedliches Land« zu verherrlichen.³³¹

Direkte Kommunikation im Umfeld der DC stand dann auch im Zeichen des traditionellen Antikommunismus und seiner defensiv-ideologischen Argumente. Das galt beispielsweise für eine Telefonwerbungskampagne, bei der christdemokratische Parteifreunde und Sympathisanten 1972 mindestens drei Wähler unter ihren Freunden und Bekannten werben sollten. Zu überzeugen waren sie nach Ansicht der DC-Werbeexperten durch die eindringliche Mahnung, wer an die »Freiheit, die Demokratie im westlichen Sinne, die christlichen Werte, die Familie« glaube, wer wirtschaftlichen Fortschritt und Ordnung garantiert sehen wolle, wer die kommunistische Machtübernahme verhindern wolle, *müsse* sich für die DC entscheiden.³³² Sodann schickten die Christdemokraten ihre Mitglieder 1976 mit den altbekannten Faksimiles der Stimmzettel zu

³²⁸ Die Kommunisten würden von der »Bequemlichkeit« und damit der drohenden Wahlabstinenz des »demokratischen Teils« der Bevölkerung profitieren, siehe: *La gente capisce...*, in: *LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO*, 28.4.1968.

³²⁹ Lattanzio: *Gli impegni della prossima legislatura*, in: *LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO*, 29.3.1968; Rosa ricorda l'insidia del Pci, in: *LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO*, 30.4.1968.

³³⁰ M. BARBAGLI/P. CORBETTA, *Una tattica e due strategie*, 1979, S. 24 f.

³³¹ *Luci (poche) e ombre (molte) della campagna elettorale*, in: *IL RESTO DEL CARLINO*, 19.6.1976.

³³² DC, *La SPES per le elezioni*, 1973, S. 40, 60.

den Wählern nach Hause, um »Skeptizismus und Apathie« durch die Beschwörung der Gefahren zu überwinden, die aus einer Wahlniederlage der DC resultieren könnten. Nach gängigem Brauch sollten die eigenen Wähler mit Hilfe der Wählerlisten identifiziert werden, um ihnen dann den individuellen Gefahrenhorizont an der Haustür passend beschreiben zu können. Noch 1979 diente diese *propaganda capillare* dazu, die Wähler zu »sensibilisieren« und am Wahlmontag an ihre Pflicht zu erinnern.³³³ Inhaltlich und methodisch hatte sich hier im Vergleich zu den 1940er und 1950er Jahren nichts geändert.

Was der bemerkenswerten Beharrungskraft von Propagandalogiken des Kalten Krieges zugrunde lag, war die Annahme, dass die Italiener im Grunde politisch desinteressiert seien. Ohne die mobilisierende Wirkung der Angst, so nahm die DC an, würden sie am Wahntag vermutlich zu Hause bleiben. Das Interessante war, dass die Kommunisten diese Einschätzung teilten. Deshalb scheuten auch sie sich, über Sachthemen zu mobilisieren, auch wenn sie ihre Debattenveranstaltungen zur Vorstellung ihres Parteiprogramms nutzten. Die Kampagne für das Scheidungsreferendum von 1974 zeigt auf, wie sie das Gros des italienischen Wahlvolks einschätzten. Rino Nanni, Führungsfunktionär in Bologna, meinte mit Blick auf die Planung der Kampagne, man könne das Referendum nicht so handhaben wie kurz zuvor in der Schweiz, also den Italienern sagen, sie müssten sich für oder gegen die Scheidung aussprechen – denn dann würden sicherlich die Gegner gewinnen.

Ginge es bei dieser Wahl darum, dann würden wir nicht nur, aber auch Gefahr laufen, dass breite Schichten der Wählerschaft desinteressiert blieben, sich entfernten, nicht teilnahmen, [...] denn faktisch handelt es sich *nicht* um ein Problem, das gewisse Leute interessiert. [...] Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass diese Wahl eine *politische* Wahl wird, denn wenn diese Wahl eine politische wird, wenn wir für eine präzise Entscheidung zur Wahl gehen, die die Zukunft des Landes betrifft, die Wirtschaftskrise, die Verteidigung der Institutionen, den Antifaschismus, dann werden wir auch viele Kräfte haben, die so wählen, wie wir es empfehlen, obwohl die Stimmung in der spezifischen Frage der Scheidung vielleicht eine andere ist.³³⁴

Selbst dann also, wenn es um die Abstimmung über ein konkretes Gesetz ging, für dessen Existenz gerade Kommunistinnen genügend Argumente hätten aufzählen können, sollte politische Kommunikation bewusst an die große Bedrohungslage appellieren. Die so verstandene »Politisierung« war eine Antizipation vermeintlich fehlenden Interesses für das Sachthema. Nicht zu Unrecht

³³³ DC, Direzione Centrale: Circulare an die Segretari Provinciali e Regionali u. a., 25.5.1976. ASBO, DC, PC, Elettorale 20; Zitat in: Appunti sul convegno SPES – 15/5/1976. ASBO, DC, CP, Elettorale, 20, Fasz. »Evidenze SPES«; Filippo Micheli, Segretario Amministrativo der DC, Rom, an Federico Bendinelli, Segretario Amministrativo Provinciale der DC, Bologna, 28.4.1979. ASBO, DC, CP, Elettorale 24.

³³⁴ Conclusioni di Rino Nanni al CF [PCI Bologna], 21.1.1974, Bl. 14 f. FGER, PCI-BO, CF, Relazioni, documenti programmatici, elenchi: Relazioni delle riunioni 1973–1985: Relazioni 1974, b. 1. Hervorh. C. C. G.

hat die historische Forschung in der kommunistischen Fehleinschätzung des Scheidungsreferendums, also dem Glauben, die Italiener würden sich gegen die Scheidung aussprechen, ein Indiz für den fehlenden Kontakt der Partei zu einer Gesellschaft gesehen, von deren »Säkularisierung« sie eigentlich profitierte.³³⁵

Erschwerend hinzu kam, dass der PCI im Zuge des »historischen Kompromisses« auf den Dialog mit Katholiken setzte und deshalb alle Probleme, die die katholische Moral berührten, nicht offen verhandeln wollte, um weder die DC noch die katholischen Wähler zu verschrecken. Deshalb forderten die PCI-Funktionäre in Bologna ihre Genossen auf, im Vorfeld des Referendums alles zu tun, nur keinesfalls für die Scheidung zu argumentieren und sich erst recht nicht zu antiklerikalen Kampagnen hinreißen zu lassen. Stattdessen sollten die abstrakten Gemeinsamkeiten der »demokratischen Kräfte« betont werden, vor allem ihr Einsatz für eine »fortgeschrittenere Gesellschaft« und ihre Verankerung im »Antifaschismus«, dessen Mythifizierung in den 1970er Jahren auch damit zusammenhing, dass er in Zeiten des gesuchten Dialogs den kleinsten gemeinsamen Nenner von Kommunisten und Katholiken darstellte. Der Parteibasis versuchten die Funktionäre beizubringen, dass »nicht alle Faschisten« seien, die gegen die Scheidung optierten, sondern dass es sich dabei durchaus um »Leute des Volkes, überzeugte demokratische Kräfte« handele.³³⁶ So lebte die Dialogbereitschaft in der konkreten Kommunikationspraxis vor Ort mit Tabus, die den *compromesso storico* nicht »Diskurs« werden ließen, wie Patrick McCarthy treffend geurteilt hat.³³⁷ Neben dem Antifaschismus waren es die »Demokratie« und vor allem die »Emanzipation« der Arbeiter, die (Links-) Katholiken und Kommunisten verband und deshalb aufs Tapet kommen konnten.³³⁸ Doch dies waren wiederum sehr alte und recht abstrakte Themen der antifaschistischen Parteiendemokratie – und keine Sachthemen, die unmittelbar mit gesellschaftlicher Reformpolitik zu tun hatten.

Die »wahre« Krise und die Politisierung der Partizipation

In der italienischen Parteiendemokratie war es der PCI, der die partizipativen und emanzipatorischen Impulse des Protestzeitalters für die politische Kommunikation zu nutzen versuchte. Seine Formate bildeten in Bologna am ehesten einen Wählerprotagonismus ab, wie er in der Bundesrepublik verbreitet war. »Die Bürger fragen, die Kommunisten antworten« wurde seit 1972 zu einer stark vermarketen Veranstaltungsform. Als regelrechte Großevents führten sie Kandidatinnen, Kandidaten und Kommunalpolitiker auf der Piazza mit Wählern zusammen und ließen Letztere auch ans Mikrofon. Politikstars wie

³³⁵ Vgl. G. MARRAMAO, *Politica e società secolarizzata*, 2003, S. 19.

³³⁶ Conclusioni di Rino Nanni al CF [PCI Bologna], 21.1.1974, Bl. 14 f. FGER, PCI-BO, CF, Relazioni, documenti programmatici, elenchi: Relazioni delle riunioni 1973–1985: Relazioni 1974, b. 1.

³³⁷ P. MCCARTHY, *Italy: a new language*, 1997, S. 341.

³³⁸ Sul voto comunista cattolici a confronto, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 12.6.1976.

Nilde Jotti und natürlich der Bologneser Bürgermeister waren dabei zugegen. Bei diesen Formaten handelte es sich auch um Aneignungen aus dem Fernsehwahlkampf. In der *Tribuna elettorale* durften nur Journalisten fragen, vor Ort waren die Bürgerinnen und Bürger an der Reihe.³³⁹ Die *Unità* präsentierte 1976 das »Gespräch« zwischen Wählern und Partei, garniert mit Fotografien, als neue Form der Propaganda, welche die »Partizipation der Bürger« anrege, und der PCI brüstete sich, Wähler zur »aktiven Komponente des Wahlkampfes« zu machen.³⁴⁰ Auf den Plätzen fanden nun auch »Diskussionstreffen« (*incontri-dibattiti*) statt, bei denen die kommunistischen Vorschläge für eine »Regierung der demokratischen Solidarität« debattiert werden sollten.³⁴¹

Mit diesem »Massendialog«, der sich auf die starken zivilgesellschaftlichen Traditionen in der Emilia-Romagna stützte, vermarktete sich die Partei einmal mehr als Partizipationskanal. Dabei wollte sie in expliziter Abgrenzung zur Angstkampagne der DC den »Verstand« der Wähler ansprechen.³⁴² Genauer besehen handelte es sich um eine professionalisierte Weiterführung älterer Formen des Wählerinterviews, das in erster Linie dazu diente, die Sorgen und Nöte zu ergründen. Nicht die Diskussion von Sachthemen, sondern die Präsentation eines vermeintlichen Ist-Zustandes an der Basis der Gesellschaft war Ziel des kommunistisch orchestrierten Wählerprotagonismus. Das »wahre« Italien vorzuführen, das in der Regierungspropaganda und im Fernsehen unsichtbar bleibe, beschrieb den Grundimpetus des »Massendialogs«, und darin unterschied er sich kaum von der Massenpolitik auf der Piazza, demokratisierte aber die Sprecherrollen am Mikrofon. Bürger berichteten auf den kommunistischen Gesprächsveranstaltungen von den »konkreten Problemen« oder empörten sich über das schlechte Leben, die Persistenz faschistischer Gewalt oder das Problem des Drogenkonsums.³⁴³ Es war die alte Supplikantenrolle gegenüber dem unzureichenden Staat, die Italiener im kommunistischen »Massendialog« einnehmen sollten.

Auf diese Weise wollte sich der PCI als unentbehrlicher Koalitionspartner der DC präsentieren und das »wahre« Wissen von einer Gesellschaft in der Krise sammeln, das Demoskopern und Fernsehjournalisten mutmaßlich entging. Um die »Stimmung« der Italiener einzufangen, schickte er 1976 ein Fernsteam auf die Straßen und Plätze von Reggio Emilia, um unter den Passanten eine

³³⁹ Protagoniste le donne, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 13.4.1972; Dibattito cittadini-PCI martedì in Piazza Maggiore, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 9.4.1972.

³⁴⁰ Dialogo franco e sereno sulle proposte comuniste, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 1.6.1976; Piazza Maggiore 21 ore: migliaia di bolognesi a colloquio col PCI, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 9.6.1976.

³⁴¹ Stasera Fanti a Rimini. Paolo Brezzi a Ferrara, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 9.6.1976.

³⁴² Più inteso il lavoro capillare dei comunisti. Domani si vota PCI per rinnovare l'Italia, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 19.6.1976. Zur Abgrenzung vom »Kreuzzugsstil« der gegnerischen Sprache und Betonung der Verstandsorientierung siehe auch: A confronto due linguaggi elettorali, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 11.6.1976.

³⁴³ Piazza Maggiore 21 ore: migliaia di bolognesi a colloquio col PCI, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 9.6.1976; Dialogo di massa con gli elettori, in: eb.

Umfrage durchzuführen. Der Film, der daraus hervorging und in der Parteisektion in Reggio Emilia vorgeführt wurde, sollte zeigen, wie die Italiener »wirklich« über die Krise dachten, und dass die Zustimmung zur Regierungsbeteiligung des PCI größer war als gemeinhin angenommen (die demoskopischen Ergebnisse zu dieser Frage wurden in jener Zeit unter Verschluss gehalten).³⁴⁴

Bei aller propagandistischen Absicht ist das Maß an gesellschaftlicher Pluralität, das der PCI in diesem Film und der Berichterstattung darüber abbildete, doch erstaunlich. Denn er gab auch jenen Bürgern Raum, die sich nicht für ihn aussprachen, und repräsentierte auf diese Weise einen Wählermarkt, wie es in der italienischen Öffentlichkeit sonst kaum geschah. »Ich bin nicht einverstanden mit einem PCI, der in der Regierung sitzt. In meinen Augen braucht es ein Präsidialsystem«, zitierte die *Unità* einen »gut gekleideten Herren«. Die Attribute der Interviewten, insbesondere ihre Kleidung, dienten vor allem zur Darstellung der Klassengesellschaft und ihrer persistenten Konfliktlinien; der Film war in erster Linie für eine Klientel gedacht, die sich (noch) nicht zu den Gutgekleideten zählte. Allerdings ließ die Partei auch junge Studenten zu Wort kommen, die ins Mikrofon sagten, sie seien skeptisch, ob mit dem PCI wirklich Wandel eintrete, oder ob er tatsächlich unabhängig von der KPdSU sei. Anstatt die Gelegenheit zu nutzen, solcher Skepsis mit »aufklärerischem« Impetus zu begegnen, ließ er diese Aussagen so stehen, um die Pluralität der Meinungen zu verdeutlichen. Freilich jedoch hieß es, die Mehrheit der Interviewten in Reggio Emilia hätte sich für eine Regierungsbeteiligung des PCI ausgesprochen.

Überdies hatte in dieser kommunistischen Präsentation der seltene Fall Platz, dass Wähler mit Sachargumenten im Wahlkampfgeschehen auftraten. Dass Steuern nicht nur von Italienern mit festem abhängigen Einkommen einzuziehen seien oder dass der PCI an der Regierung beteiligt werden müsse, damit ein »wahrer Dialog« entstehe, zählten dazu. Trotzdem überwogen in dem Film wie in der kommunistischen Kampagne von 1976 die traditionellen Sujets eines Wahlvolks, das gelernt hatte, sich als marginalisiert und sozial benachteiligt zu präsentieren. Nachdem der PCI im Boom Probleme gehabt hatte, diese Art der Selbstrepräsentation gekonnt in Szene zu setzen, lieferte die Krise nun den besten Anlass. Zu niedrige Renten, zu hohe Preise – viele vom PCI interviewte Wählerinnen und Wähler, ob jung oder alt, entwarfen »ihre« Krise vor allem als eine der Existenz. Ein Student bediente mit seinem Votum für die Regierungsbeteiligung am PCI-Mikrofon das klassische Subalternitätsempfinden eindrücklich: »Wichtig ist, dass die Diskriminierung von elf Millionen Personen, die von der Regierung ausgeschlossen sind, endlich aufhört.«³⁴⁵

³⁴⁴ Zur lokalen Film- und Dokumentationsarbeit des PCI in der Emilia-Romagna vgl. auch C. NICOLETTI, *La vita in rosso*, 2009.

³⁴⁵ PCI al governo? Rispondono casalinghe, giovani, pensionati, in: *L'UNITÀ*. EDIZIONE BOLOGNESE, 8.6.1976.

Wenn es der PCI war, der in den 1970er Jahren zum Motor einer partizipativen Parteiendemokratie wurde, wie sie sich in der Bundesrepublik inszenierte, so zeigt sich dies auch mit Blick auf die Wählerinitiativen. Unter Beteiligung der lokalen und regionalen Prominenz formierten sie sich 1976 für den PCI (und nicht für andere Parteien), und wenngleich er sie nicht steuerte, gab er ihnen in der eigenen Presse ein Forum. Parteiungebundene Lehrerinnen, Angestellte des öffentlichen Dienstes, Universitätsdozenten oder Studenten lancierten 1976 schriftliche »Appelle« an die Wähler und wiesen dabei auf die innovativen Ideen des kommunistischen Wahlprogramms hin, um der ökonomischen und moralischen Krise des Landes zu entkommen. Dabei warben sie explizit für eine »Regierung der nationalen Einheit«, um eine »Wiedergeburt« des Landes möglich zu machen.³⁴⁶ Neben der ökonomischen Krise dienten der Angriff auf die demokratischen Institutionen, die unzureichenden Antworten des christdemokratischen Staates auf die »faschistische« Gewalt und der *malgoverno* der DC, insbesondere Korruption und Klientelismus, als Hauptargumente für eine Koalition aller »fortschrittsorientierten« Kräfte, für die sich die Wählerinitiativen aussprachen.³⁴⁷ Wahlbürger fungierten so als Multiplikatoren der allumfassenden Problemdiagnose, die Enrico Berlinguer im Zeichen des *compromesso storico* vortrug. Doch daneben kamen bisweilen auch Sachargumente zur Sprache, meist abgestimmt auf die Interessengruppen. So riefen bekannte Sportler aus der Emilia zur Wahl des PCI auf und begründeten dies mit den Gesetzesinitiativen der Kommunisten für die Anerkennung und Förderung des Sports. Zudem wollten sie die »Indifferenz gegenüber der Politik« durchbrechen, die unter den Sportfreunden vorherrsche.³⁴⁸

Die kommunistische Wahlkampagne von 1976, die im Zeichen der Eroberung linkskatholischer Wähler stand, setzte dann in erster Linie auf das alte Versprechen der »Emanzipation«, das im deutschen Wahlkampfgeschehen der 1970er Jahre keine nennenswerte Rolle spielte. Wie in der Frühzeit der Republik zielte der PCI nun im Kielwasser der Protestbewegungen auf die Vermarktung von Partizipation als Befreiung von politischen Hierarchien – und wollte damit die Katholiken gewinnen. Hatte er in den 1940er und 1950er Jahren mit dem Versprechen auf Befreiung von den klerikalen Ketten noch nicht recht punkten können, schien es im Protestzeitalter zu funktionieren. Die katholischen Arbeiterverbände (ACLI), Teile der Laien und der katholischen Jugend sowie einige junge Pfarrer unterstützten im Wahlkampf 1976 offen den PCI.³⁴⁹

³⁴⁶ Zitate: Appello di donne indipendenti: più consensi al Pci, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 1.6.1976. Siehe auch: Ferrara: appello per il voto al Pci di insegnanti e docenti universitari, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 6.6.1976; Da lavoratori del pubblico impiego appello a votare PCI, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 16.6.1976.

³⁴⁷ Argomentato appello degli uomini di cultura per l'unità di tutte le forze di rinnovamento, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 5.6.1976.

³⁴⁸ Voto al Pci di sei campioni dello sport, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 16.6.1976.

³⁴⁹ Vgl. F. MALGERI, *Democrazia cristiana*, 2002, S. 222 f.

Nachdem sich diese Gruppen im Zuge des Zweiten Vatikanischen Konzils den sozialen Problemen und der Arbeiterfrage in der italienischen Gesellschaft zugewandt hatten und dabei auch von Methoden der marxistischen Gesellschaftsanalyse inspiriert worden waren, bekannten sie sich nun vielerorts zur Einheit mit den Kommunisten.³⁵⁰ Dass im Land eine Rechtswendung drohe, die von konservativen Teilen innerhalb der DC selbst mitbetrieben werde und zu Lasten der »Volksschichten« gehe, »die von jeher von den politischen und ökonomischen Entscheidungen ausgeschlossen« seien, war bereits im Wahlkampf 1972 die offizielle Haltung der Jugendorganisation der Bologneser DC.³⁵¹ 1976 wurden die sogenannten unabhängigen Kandidaten aus der katholischen Welt, die der PCI auf seinen Listen platzierte, zu Sprachrohren der katholisch-kommunistischen Emanzipationskampagne im Dienste »große[r] Volksmassen«, die es zu »befreien« und zu »heben« gelte.³⁵²

Die bald erteilte Rüge der italienischen Bischofskonferenz gegen die katholischen PCI-Kandidaten gestattete es dem PCI, als Allianzpartner der »unterdrückten« katholischen Basis aufzutreten. Ein katholischer Priester, Lehrer in Rimini, erklärte im Interview mit der *Unità*, es handele sich bei den Entscheidungen der Bischofskonferenz um »Erklärungen von oben, die auf autoritäre Weise eine Position ausdrücken, ohne die komplexe Realität der katholischen Basis konsultiert zu haben.«³⁵³ An dieser Basis formierten sich indes regelrechte kommunistische Propagandagruppen, beispielsweise die *Cristiani per il socialismo* (»Christen für den Sozialismus«), die vor Kirchen Wahlappelle verteilten. Indem der PCI solche Aktionen zu einer Art Widerstandskampf gegen die klerikalen Hierarchien stilisierte, machte er sich zum Komplizen antiautoritären Aufbegehrens in der katholischen Welt.³⁵⁴ »Freiheit für die Katholiken« war ein Slogan, mit dem die *Unità* einen Freiheitsbegriff übernahm, der von den außerparlamentarischen Bewegungen ins Zentrum gerückt worden war. Renzo Bonazzi, Senatskandidat für den PCI und einstiger Bürgermeister Reggio Emiliens, sprach öffentlich von einer »Rebellion« der Katholiken gegen den *malgoverno* der DC.³⁵⁵

³⁵⁰ ACLI: si esce dalla crisi solo con l'unità popolare, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 4.6.1976.

³⁵¹ DC, Movimento Giovanile, Bologna: »Il Consiglio Provinciale del M.G. di Bologna...« [offizieller Beschluss], 16.2.1972. ASBO, DC, CR, Carteggio e atti, 67, Anl. zu: Luigi Marino, Delegato Provinciale, an die Consiglieri Provinciali des M.G. u. a., 16.2.1972.

³⁵² Vita di una donna cattolica e maturazione di una scelta, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 3.6.1976.

³⁵³ Don Tonti: larga adesione a sinistra scaturita dalle analisi dei comunisti, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 1.6.1976.

³⁵⁴ Appello ai cattolici pordenonesi per un voto alle forze di sinistra, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 6.6.1976.

³⁵⁵ Libertà per i cattolici nelle scelte politiche, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 17.6.1976; zweites Zitat: Amministrazioni rosse: alla DC rispondono i fatti, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 9.6.1976.

Während die Kommunisten die Krise und das partizipative Aufbegehren als ultimative Ressourcen für ihre politische Legitimität nutzten, beeilten sich Christdemokraten und die moderate Öffentlichkeit, dem PCI in Zeiten der Krise die politische Verantwortlichkeit zuzuschreiben, die sie ihm über fünfundzwanzig Jahre abgesprochen hatten. 1976 schien es, als würde Italien seit Jahrzehnten von einer großen Koalition regiert. So warfen die Redakteure des *Resto del Carlino* den Kommunisten vor, sie hätten im Parlament jedem Gesetz zugestimmt, das die staatlichen Ausgaben erhöhte, hätten jeglichen sozialen Forderungen aller Gruppen stets entsprochen und auch als örtliche Regierungspartei den italienischen Fiskus belastet.³⁵⁶ Ein Leser des Blattes konterte den linken Korruptionsvorwurf und das Versprechen, die besseren Lösungen für die Krise zu haben, mit dem Hinweis auf die »übertriebenen« Lohn erhöhungen, die von den Gewerkschaftsfunktionären durchgesetzt worden seien und die italienische Wirtschaft in den Ruin treiben würden. Diese Kollektivierung der Schuld an der italienischen Krise demaskierte sich spätestens dann als Artikulation von Klasseninteressen, wenn der Leser fortfuhr, die linken Beschwörungen einer »ausgehungerten« Arbeiterschaft gingen an den Realitäten vorbei. »In Wirklichkeit sieht es in Italien so aus, dass Millionen von Arbeitnehmern, obwohl sie ihren Aktivitäten wenig mehr als die Hälfte der Tage des Jahres opfern, eine eigene Wohnung besitzen, ein Auto etc., ein Häuschen in den Bergen. Die Ferienwohnung am Meer ist nicht mehr Privileg der Wenigen.«³⁵⁷ Ob es den Arbeitenden in Italien nun schlecht ging oder gut – dieser Streit um das »wahre« Antlitz der Krise grundierte die politische Kommunikation in der Krisenzeit Italiens.

So wie die DC den Vorwurf der alleinigen Schuld an der Misere scharf zurückwies, mussten sich die Emilianer Kommunisten im Wahlkampf 1976 ihrerseits gegen christdemokratische Vorwürfe wehren, ihre Stadtplanungspolitik sei von »Skandalen« begleitet und ihre kommunale Finanzpolitik destastros.³⁵⁸ Selbst angegriffen, konterkarierte der Emilianer PCI den dialogischen Stil, den er eigentlich pflegen wollte, und sprach von »Lüge« und »Unwahrheit«.³⁵⁹ Der Konflikt zwischen der regionalen und der nationalen Regierungspartei um die beste Form des Regierens und um die Verteilung öffentlicher Ressourcen, der in den 1980er Jahren den Aufstieg der norditalienischen Ligen begleitete, zeichnete sich in dieser kommunistisch-christdemokratischen Auseinandersetzung von 1976 bereits ab.³⁶⁰

Am Ende eines Kampfes um Schuld und »Wahrheit« resümierte die Redaktion des *Resto del Carlino* wenig überraschend, der Wahlkampf sei kein Ausweis

³⁵⁶ Luci (poche) e ombre (molte) della campagna elettorale, in: IL RESTO DEL CARLINO, 19.6.1976.

³⁵⁷ Uccidere la democrazia fingendo di curarla, in: ebd.

³⁵⁸ Falsità elettorali del »Carlino« e della DC ferrarese, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 20.6.1976; Amministrazioni »rosse«: alla DC rispondono i fatti, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 9.6.1976.

³⁵⁹ L'organo della DC ha le gambe corte, in: L'UNITÀ. EDIZIONE BOLOGNESE, 19.6.1976.

³⁶⁰ Vgl. G. GOZZINI, *Democrazia dei partiti*, 2007, S. 297.

des Respekts gegenüber der Wählerschaft gewesen. Der »propagandistische Schwindel« sei in grobschlächtiger Form zutage getreten und offenbar ein schwaches Bewusstsein für die »Intelligenz des Durchschnittswählers«. »Offensichtlich schätzen die Regierten die Regierenden nicht, aber auch die Regierenden schätzen die Regierten nicht.« Die Parteien würden sich nur mit sich selbst beschäftigen und sich nicht vor den Wählern »rechtfertigen«. Obwohl sie einen »friedlichen Dialog« versprochen hätten, seien sie zur üblichen »Rauferei« übergegangen.³⁶¹ Doch eine solche Kritik an fehlender Sachlichkeit war im Grunde perfide. Denn an einem »friedlichen Dialog« zwischen Kommunisten und Christdemokraten waren die Leser und Schreiber der größten Tageszeitung Bolognas, die zu jener Zeit offen der DC zuneigte, gar nicht interessiert.

Der enttäuschte *popolo* und die Grenzen der »Erneuerung«

Auch die DC stellte die Wahlkampagne von 1976 in den Dienst der »Erneuerung«. Die Funktionäre der SPES informierten ihre Parteiverbände, dass »die Wählerschaft eine erneuerte DC will, im Hinblick auf die Männer und im Hinblick auf die Ideen«.³⁶² Die christdemokratischen Werbeexperten kannten die Umfragedaten, wonach sich 50 Prozent der Italiener für eine Beteiligung des PCI an der Regierung aussprachen (1968 waren es noch 24 Prozent gewesen), trugen ihren Wahlkämpfern jedoch auf, in keiner Weise vom PCI zu sprechen. Auch war ihnen die gewachsene »Partizipation« der Italiener bekannt. Doch die Partei setzte in erster Linie auf die »richtigen Gesichter« für den Fernsehwahlkampf, auf die eigene »Erneuerung« und den Antikommunismus; von der Inszenierung eines Wählerprotagonismus war nichts zu spüren.³⁶³ Erst 1979 machten die Bologneser Christdemokraten einen Schritt in diese Richtung, wollten mehr Präsenz in der Stadt zeigen und »weniger formell« erscheinen. Deshalb boten sie Treffen mit Wählern unter dem Motto »ein direkter Draht« sowie Telefonsprechstunden der Kandidaten an.³⁶⁴

Am deutlichsten wollte Generalsekretär Benigno Zaccagnini, der aus der Provinz Ravenna in der Emilia-Romagna stammte, die Erneuerung seiner Partei an der Kandidatenauswahl demonstrieren. Deshalb sollten die Provinzverbände 1976 darauf achten, dass die von ihnen vorgeschlagenen Kandidaten stärker als bisher gesellschaftliche Sektoren vertraten, unter denen die DC Wähler gewinnen wollte, insbesondere Frauen, Arbeiter und junge Wähler. Mit »passenden« Repräsentanten wollte Zaccagnini auf die gewachsenen Partizipationsansprüche dieser Gruppen antworten. Damit beschwor er jedoch schwere Konflikte in den Provinzen herauf. Lokale Machtgruppen in der Partei wollten die Möglichkeit

³⁶¹ Luci (poche) e ombre (molte) della campagna elettorale, in: IL RESTO DEL CARLINO, 19.6.1976.

³⁶² Appunti sul convegno SPES – 15/5/1976. ASBO, DC, CF, Elettorale, 20, Fasz. »Evidenze SPES«.

³⁶³ Ebd.

³⁶⁴ A. Gavina an tutti gli iscritti, 10.5.1979. ASBO, DC, CP, Elettorale, 24, Fasz. »Manifestazioni cittadine«; Renzo Pillastrini, Segretario Cittadino, a tutti gli iscritti, o. D. [Mai 1979]. Ebd.

nutzen, ihre eigenen Exponenten ins Parlament zu bringen; zahlreiche Sektionen und Assoziationen der DC wollten demgegenüber ihre alten Abgeordneten bestätigt wissen. Auf den Wahlkommissionen lastete wiederum der Druck, Kandidaten aufzustellen, die auch unter linken Wählern Zustimmung finden konnten. Ein Viertel der Parlamentskandidaten wurden so schließlich ausgetauscht.³⁶⁵

In der Emilia-Romagna erhielt der christdemokratische Regionalsekretär daraufhin zahlreiche Beschwerden von DC-Sektionen aus der ganzen Region. Konservative, tiefkatholische Christdemokraten sprachen von einem »unwürdigen, trostlosen, strapaziösen Schauspiel« und verurteilten den Versuch der »Ausgrenzung« verdienter Abgeordneter, die in ihren Augen für Aufrichtigkeit und Kompetenz standen. Wie schon früher verwiesen solche Wortmeldungen auf das breite Vertrauen, das die Kandidaten an der »Wählerbasis« genossen.³⁶⁶ Die »demokratische« Qualität der Verfahren bei der Kandidatenauswahl in den Provinzhauptstädten wurden von der Basis in Frage gestellt. Aus der Bologneser Provinz hieß es, Abgeordnete, die viel für die Arbeiter und für die Partei getan hätten, würden zugunsten von »Neuankömmlingen« fallengelassen, deren einziger Verdienst darin liege, über die nötigen Mittel für eine massive persönliche Kampagne zu verfügen. Über die »Personalismen«, die eine einheitliche Linie der DC nicht erkennen ließen, sei die Basis tief verbittert.³⁶⁷ Der Plan Zaccagninis, die Partei anschlussfähiger zu machen, ließ sich nicht umsetzen, weil der Konflikt zwischen Links und Rechts, zwischen Altgedienten und Neuankömmlingen oder zwischen Nachbarorten im Inneren der Provinzverbände fortlebte.

Die meisten Beschwerden aus den DC-Sektionen kreisten um das Problem, dass die christdemokratische Klientel mit dem Austausch der alten Senatoren und Parlamentarier den Verlust ihres lokalen Gesandten fürchteten. An alten Kandidaten wurde vehement festgehalten, weil er »uns stets zur Verfügung steht und all unsere Anfragen mit Leistungsfähigkeit und einem starken Sinn für Verantwortlichkeit erledigt«, und die lokale Abstammung verbrieft die Legitimität der Kandidaten nach wie vor, auch in der Emilia-Romagna.³⁶⁸ Die schwierige ökonomische Lage und steigende Arbeitslosigkeit machten es in der christdemokratischen Logik umso notwendiger, dass der Abgeordnete qua Geburt mit dem Ort verbunden war, auf dass er der Heimat Arbeitsplätze zur Verfügung stellte. Schon 1972 hatte der christdemokratische Ortsverband in Forlì genau

³⁶⁵ Comitato Provinciale der DC Parma: Resoconto della riunione della Commissione Elettorale Prov.le, 13.5.1976. ASBO, DC, CR, Elettorale 4. Vgl. M. CACIAGLI, *Erosioni*, 1990, S. 20.

³⁶⁶ DC Cattolica, Rimini, Telegramma an den Segretario Regionale DC, Bologna, Eingang 6.5.1976. ASBO, DC, CR, Elettorale 4.

³⁶⁷ Erstes Zitat: Giovanni Violani (DC Faenza) an Leonardi Melandri, Segretario Regionale DC, Bologna, 12.5.1976. Ebd.; weitere Zitate: O. D.G. [Ordine del giorno] del Direttivo di Sezione di Medicina an die Segreteria DC di Bologna, 17.5.1972. ASBO, DC, CR, Carteggio e atti 67.

³⁶⁸ Campagnoli Rag. Tiziano, DC Imola, Comitato di Zona, al Presidente del Comitato Elettorale Regionale der DC, Bologna, 7.5.1976. ASBO, DC, CR, Elettorale 4; siehe auch: Giovanni Violani (DC Faenza) an Leonardi Melandri, Segretario Regionale DC, Bologna, 12.5.1976 und zahlreiche weitere Beschwerden in: ebd.

so argumentiert, wenn er nach drei Legislaturperioden, da er von einem Senator aus dem benachbarten Ravenna vertreten worden war, endlich wieder einen eigenen Vertreter im Senat sehen wollte.³⁶⁹

Der persistente Lokalismus und die mit ihm verbundenen Klientel- und Patronagesysteme machten es themen- oder wertorientierten Christdemokraten geradezu unmöglich, das Lokale als einen Ort der politischen Debatte und des partizipatorischen Aufbruchs zu entwerfen. Gerade die engagierten Frauen in der DC, die meist aus den männlichen Netzwerken ausgeschlossen waren, erblickten im Lokalen einen reinen Hort von Egoisten und setzten deshalb auf die Parteizentrale. Aus Siena berichtete die Sekretärin der christdemokratischen Frauenorganisation 1972 über die Machenschaften einer mächtigen Gruppe lokaler Christdemokraten. Sie hätte die Partei im Wahlkampf nicht als eine Kraft der Freiheit und des geordneten sozialen und politischen Fortschritts präsentiert, sondern als eine Partei, deren Persönlichkeiten sich vor Ort in den Dienst jener Ansässigen stellten, die »weiter im Wohlstand leben« wollten. Der Provinzsekretär sei »ein Münzautomat [*slot machine*]«, der ein System installiert habe, das »in der begrenzten lokalen Umwelt die Bestimmung und die Bedingung allen politischen Engagements sieht«.³⁷⁰ Christdemokratische Frauen baten die Parteiführung in Rom in den 1970er Jahren deshalb immer wieder, die Wahlkampagne stärker in ihre Hand zu nehmen. Diese Nachfrage pädagogischer Tätigkeit der Partei gründete auf der Annahme, dass Parteien und ihre Wertordnungen den »unmoralischen« Charakter der Italiener zähmen könnten, so eine Christdemokratin aus Cuneo.³⁷¹ Insofern hatte sich der Anspruch der antifaschistischen Parteiendemokratie, die Italiener zu erziehen, in einigen Köpfen durchaus festgesetzt. Es muss aber eher als Kalkül gelten, wenn Frauen von der DC-Basis berichteten, die einheitlichen programmatischen Slogans der Parteizentrale hätten die Wähler am meisten überzeugt. In Rovigo begrüßten die Christdemokratinnen insbesondere »die Rückkehr zu den traditionellen ideologischen und politischen Inhalten«, wie die Ablehnung jeglicher kollektivistischer Tendenzen, die Verteidigung der Demokratie und die Verurteilung politischer Gewalt.³⁷² So gaben auch die lokalen »Personalismen« mit all ihren Begleiterscheinungen ihren Kritikern innerhalb der Partei Anreize, weiter an den alten ideologischen und allumfassenden Sujets ihrer Partei im Wahlkampf festzuhalten.

³⁶⁹ Sergio Servadei, Segretario, Comitato Comunale DC Forlì, an die Direzione Centrale der DC, 6.2.1972. ASBO, DC, CR, Carteggio e atti 67; siehe auch: Giuseppe Coliva, Segretario Provinciale der DC Bologna, an das Direttivo della Sezione »Don L. Sturzo« di Medicina, 26.5.1972. Ebd.

³⁷⁰ Elena Boni Pelliccia, DC Comitato Provinciale di Siena, Movimento Femminile an die Delegata Nazionale del Movimento Femminile, 10.6.1972. ILS, DC, UC, Sc. 28, fasc. 12.

³⁷¹ Ebd.; Zitat: Albertina Soldano, DC Movimento Femminile Cuneo: Relazione sui risultati elettorali del 7 maggio conseguiti in Provincia di Cuneo, 20.6.1972. Ebd.

³⁷² Annalena Mottaran, Movimento Femminile, Democrazia Cristiana [Rovigo]: Relazione sull'attività elettorale svolta 1972, o. D. Ebd.

War der Erneuerungswille also schon an der Basis der Regierungspartei schwach ausgeprägt, galt dies in besonderem Maße auch für die moderaten und konservativen Wähler. Das zeigt sich in der Art, wie sie einen Wahlkampf besprachen, in dem die Parteien, auch der PCI, nun zunehmend auf professionalisierte Werbung setzten, also auf sympathiebetonte statt auf konfliktbetonte Kommunikation.³⁷³ »Es ist nicht immer notwendig, mit Parolen zum Angriff zu blasen, um zu überzeugen, und vielleicht ist es dieses Werk der Überzeugung, das mehr hergibt«, meinte ein kommunistischer Funktionär 1974 vor seinen Genossen, als er darlegte, dass die Partei für das Scheidungsreferendum auch mit Fernsehspots warb.³⁷⁴ Darin wurde schon deutlich, mit welchen Abwehrreaktionen er rechnete. Vor allem aber die DC beschritt in den 1970er Jahren den Weg der Professionalisierung, arbeitete mit Psychologen und Kommunikationswissenschaftlern zusammen und ließ ihre Wahlkampfslogans und -bilder nach dem Vorbild des Wirtschaftsmarketings testen.³⁷⁵

Die größtmögliche repräsentative Gruppe der Italiener, die sie damit anzusprechen hoffte, schien es aber gar nicht zu geben – jedenfalls stießen die Botschaften und Medien der Parteien, die auf breite Anschlussfähigkeit zielten, weithin auf Unverständnis. Das war selbst bei Soziologen so, die sich nicht immer leichttaten, den italienischen Gesellschaftswandel nüchtern zu analysieren, sondern sich eher in Klagen über die »Individualisierung« ergingen. So dozierte der Soziologieprofessor Egeria Di Nallo von der Universität Bologna im *Resto del Carlino* über die Ikonographie der Wahlplakate von 1976, die mit Vorliebe Frauen zeigten. Unter dem Titel »Parteien: was wollt ihr uns damit sagen?« konstatierte er eine allgemeine Ähnlichkeit, eine »neutrale Sprache«, die fehlende Unterscheidbarkeit in Zeiten, da die Parteien eine wachsende Zahl von Wählern ansprechen wollten. Nicht mehr starke Symbole, die auf geteilte kollektive Werte verwiesen, sondern eine »graue Soße« anschlussfähiger Bildbotschaften würden in den Plakaten transportiert.

Wir befinden uns tatsächlich in einem Moment, da die individuellen Universen nicht mehr in kollektiven, breit geteilten Universen aufgehen. [...] [J]eder spricht nach seinem Code, der für die anderen gar nichts oder etwas anderes bedeutet. Der Rückgang der alten traditionellen Bindungen, die kulturelle Unzweckmäßigkeit [*inadeguatezza*] der Massengesellschaft kreieren einen semantischen Plafond, der auf den ersten Blick für alle gleich erscheint, aber in der Realität für alle etwas anderes bedeutet.³⁷⁶

Dass die DC auf eine Plakatwerbung setze, die sich kaum von jener eines Waschmittels unterscheide, deute darauf hin, dass »der politische Interklassismus

³⁷³ Zur Unterscheidung vgl. T. MERGEL, *Propaganda*, 2010, S. 87.

³⁷⁴ Conclusioni di Rino Nanni al CF [PCI Bologna], 21.1.1974, Bl. 7. FGER, PCI-BO, CF, Relazioni, documenti programmatici, elenchi: Relazioni al Comitato Federale 1973–1985: Relazioni 1974, b. 1.

³⁷⁵ DC, La SPES per le elezioni, 1973, S. 3 f.

³⁷⁶ Auch zum Folgenden: Partiti: cosa volete dire?, in: IL RESTO DEL CARLINO, 18.6.1976.

keine anderen Ausdrucksweisen findet als der Interklassismus der Werbung«, und die Folge sei klar: Unterschiedliche politische Botschaften *im Inhalt* seien nicht mehr zu erkennen, und so diene die politische Werbung dazu, dass alles so bleibe, wie es sei.

Solche Äußerungen standen im Kontext eines problematischen Diskurses um die »Modernisierung« Italiens, wie er sich auch in der historischen Forschung zeigt.³⁷⁷ Er entdeckte in den 1970er Jahren einen besonderen Hang der Italiener zum Konsumismus, der gerade nicht zu größeren individuellen Entfaltungsmöglichkeiten, sondern zu Standardisierung in der »amerikanisierten« Massenkultur führe und partikulare Identitäten zerstöre. Die alte Welt Italiens mit ihren regionalen Unterschieden und Brauchtümern, die 1945 noch intakt gewesen sei, zeichnete sich in dieser Wahrnehmung gerade durch Pluralität aus, die neue Welt des Konsum-Individualismus durch den Verlust von Pluralität. An diesem kritischen Diskurs um das Massenzeitalter, der in Deutschland älter war und zu jener Zeit gerade abebbte, nahm unter anderem der einstige PCI-Intellektuelle Pier Paolo Pasolini teil.³⁷⁸ Er dominierte aber auch die politische Beobachtung in den großen unabhängigen Tageszeitungen wie dem *Resto del Carlino*. Die Kommerzialisierung und Anpassung der Politik an Logiken der Marktwerbung, die in den 1970er Jahren zutage traten, wurden als Schritte auf dem Weg hin zu einer atomisierten Massengesellschaft und mithin zur Banalisierung von Politik gedeutet. Überdies suggerierte dieser Diskurs zunehmende Verständigungsschwierigkeiten zwischen Wählern und Parteien in einer marktorientierten politischen Kommunikation, und in dieser Hinsicht nahmen Wahlbürger lebhaft an ihm teil.

Kernpunkt ihrer Kritik an der politischen Werbung war die zunehmende Ähnlichkeit der beiden großen Antagonisten. Anders als in der Bundesrepublik jedoch nahmen diese Stimmen nicht Anstoß an fehlendem Sachthemenbezug, sondern vermissten die ideologische Festigkeit der parteipolitischen Konkurrenten. So bezeichnete ein Bologneser Leserbriefschreiber die Wahlwerbung 1976 als einschläfernd und klagte: »Seltsames Land, dieses Italien! Die liberale Partei erklärt, links zu sein, und die kommunistische erklärt sich »demokratisch! Es fehlt nur noch, dass die christdemokratische Partei sich als antiklerikal bezeichnet!« Er vermisste bezeichnenderweise die »Traditionen« des PLI, dem er anhing.³⁷⁹ Die Öffnung für neue Wählergruppen kam nach Ansicht solcher Beobachter dem Verlust des parteipolitischen Markenkerns gleich.

Das bezog sich nicht nur auf die Inhalte, sondern auch auf die Formen und insbesondere auf den expressiven und emotionalen Stil, auf den sich die Parteiendemokratie einst gegründet hatte, und der im Fernsehwahlkampf keine Entsprechung zu finden schien. Die *Tribuna elettorale*, so ein Leser des *Carlino*

³⁷⁷ Siehe Kap. IV.1.

³⁷⁸ Vgl. M. LIVI, *Stämme der Sehnsucht*, 2014, S. 218–222.

³⁷⁹ Il partito liberale e le sue tradizioni, in: *IL RESTO DEL CARLINO*, 4.6.1976.

1976, sei »zum Weinen« gewesen: eine müde und monotone »politische Klasse« in der Defensive gegenüber aggressiven, ja fleghaften Journalisten. Der Sozialdemokrat Saragat oder der Liberale La Malfa seien zwar respektabel, aber zu alt. Aldo Moro und Benigno Zaccagnini hätten sich zwar bemüht, das zentrale Thema dieser Wahlen (»Kommunismus ja, Kommunismus nein«) präzise zu behandeln, doch mitreißen könnten sie im Fernsehen nun wirklich niemanden, und Mut mache ihr Ton den Wählern auch nicht. Und Berlinguer? »Mein Gott, welche Monotonie und Melancholie in seiner grauen Sprechweise, von starkem sardischen Tonfall, in seiner Art, sich aufzuspielen, in seinen Gesten, die Hände wie Schaufelräder benutzend. Das soll der Führer [*duce!*] des Italiens der Zukunft sein?« Der Leser ging noch weiter und verwies auf ein Interview mit dem Historiker Denis Mac Smith, das er im *Resto del Carlino* gelesen hatte. Mac Smith habe Mussolinis »Gabe des großen Volkstribuns gewürdigt, der ein Verführer der Volksmassen war; Berlinguer hat mir den Eindruck gemacht, kein Verzauberer, sondern ein Einschläferer der Massen zu sein.«³⁸⁰ Wenn Mussolini 1976 als Vorbild für einen mitreißenden Stil vorgebracht werden konnte, dann sollte die Botschaft sein, dass sich die symbolische Kraft der antifaschistischen Parteiendemokratie erschöpft hatte – eine Kraft, die eben darin gelegen hatte, es dem »Duce« in expressiver Hinsicht gleichzutun.

Die zentrale Botschaft des Wahlvolks, das sich in den 1970er Jahren auffällig häufig in unzähligen Leserbriefen an die »unabhängige« Presse zu Wort meldete und dort auch Raum erhielt, war in der Tat die Abwendung von der antifaschistischen Parteiendemokratie. Sicherlich verstärkten das 1974 in Kraft getretene Gesetz über die öffentliche Finanzierung der Parteien sowie Parteispenden- und Korruptionsskandale wie jener um Petroli von 1973 den Groll. Der Bologneser PCI konzipierte deshalb schon 1974 seine Kommunikationstätigkeiten mit dem Ziel, nicht nur seine eigene Position zu stärken, sondern auch die »Glaubwürdigkeit der Parteien und ihrer Funktion gegenüber der öffentlichen Meinung« auszubauen.³⁸¹

Als zentrale Ursachen für ihren Ausstieg aus der Parteiendemokratie führten Wähler jedoch den ideologischen Verrat und die mangelnde Ordnungsleistung der Parteien an, gepaart mit einer Kritik an einer vergilbten politischen Klasse, die auch im RAI-Fernsehen keine Dynamik auszustrahlen schien. Es war die *maggioranza silenziosa*, die in den Dekaden zuvor geschwiegen hatte und sich nun zu Wort meldete, um der antifaschistischen Parteiendemokratie zu verbrieften, dass sie ihre Versprechen nicht mehr hielt. Bologneser berichteten den Herausgebern des *Resto del Carlino* schon in der ersten Hälfte der 1970er Jahre in unzähligen Briefen von ihren Sorgen, Ängsten und Verbitterungen: über

³⁸⁰ Luci (poche) e ombre (molte) della campagna elettorale, in: IL RESTO DEL CARLINO, 19.6.1976.

³⁸¹ Conclusioni di Rino Nanni al CF [PCI Bologna], 21.1.1974, Bl. Bis 11, 14. FGER, PCI-BO, CF, Relazioni, documenti programmatici, elenchi: Relazioni delle riunioni 1973–1985: Relazioni 1974, b. 1.

Parteien und Gewerkschaften, Rezession und Arbeitslosigkeit, und das häufig kritisierte RAI-Fernsehen. Luciano Bergonzoni, ein Journalist, gläubiger Christ und Mann der politischen Mitte, gab einen ganzen Band mit diesen gesammelten Leserbriefen heraus und leitete ihn mit einem Panorama der Krisenstimmung ein, die den »Mann von der Straße« (*uomo della strada*) erfasst habe. Die Parteien seien nur mit sich selbst und ihrer Macht beschäftigt, die DC sei seit dreißig Jahren von denselben Männern und *correnti* dominiert, die *centro-sinistra*-Regierung stolpere von einer Krise in die nächste. Er beschwor die Gefahr des Marxismus, sah linke Gruppen die Schulen, Universitäten, Stadtviertel und Kommunen übernehmen, und geißelte die politische Gewalt von rechts und links als Kräfte, die sein Land in ein »paese incivile« (ein »unzivilisiertes Land«) verwandele.³⁸² »Unzivil« war im Register der antifaschistischen Parteiendemokratie kein unschuldiges Attribut: Es bedeutete die negative Umwertung all dessen, was die antifaschistischen Parteien unter ihren historischen Leistungen für die italienische Zivilgesellschaft verbuchten.

Die »Krise« wurde so auch für diejenigen zur Ressource, die vom antifaschistischen Gründungsymythos nichts hielten: Sie übernahmen nun in der lokalen Öffentlichkeit die Sprechermacht für das republikanische *popolo*. Dabei bedienten sie sich ironischerweise des Supplikantenstils, zu dem die antifaschistischen Parteien die Italiener seit 1944 ermutigt hatten. Wie die Westdeutschen nach 1945 wandten sich die Italiener nun verstärkt an die unabhängigen Zeitungen als Sprachrohre, Zuhörer und Foren des »Mannes [und seltener der Frau] von der Straße«³⁸³, und Zeitungen wie der *Resto del Carlino* machten sich mit expandierenden Leserbriefspalten gern zu solchen Foren.

Schon 1976 nicht mehr imstande, eine klare Wahlentscheidung zu fällen, wettete ein Leserbriefschreiber in Bologna über die beiden »extremen« Parteien an der Linken und Rechten, die die Gewalt schüren oder zumindest von ihr profitieren würden, über die DC als einen Haufen schmieriger Männer, die mit jedem Kompromisse schließen würden, der ihren Interessen nützlich sei, und über die laizistischen Parteien, die den Kontakt zur konkreten Welt gänzlich verloren hätten. Angesichts dieser Misere war solchen Vertretern des moderaten Publikums 1976 noch klar, dass sie die DC als das »kleinste Übel« wählen mussten.³⁸⁴ Nach der Vollendung des »historischen Kompromisses« in der informellen Koalition aus DC und PCI (1976–1979) jedoch schien auch dies keine Option mehr zu sein. Nach dem Scheitern der »Regierung der nationalen Solidarität«, so ein Bologneser 1979, gehe nun eine verwirrte, deprimierte, desorientierte Öffentlichkeit den Neuwahlen entgegen, sich dessen bewusst, dass ihre Organe und Institutionen unfähig seien, das Land zu schützen und zu

³⁸² L. BERGONZONI, Lettere al »Carlino«, 1975, S. XIV.

³⁸³ Ebd.

³⁸⁴ Qualcuno gli dica per chi deve votare, in: IL RESTO DEL CARLINO, 3.6.1976; ähnlich: Bisogna scegliere il male peggiore?, in: IL RESTO DEL CARLINO, 12.6.1976.

verteidigen. Ein anderer Bürger sprach von einem neuen »Qualunquismo«, der sich auch im Zulauf zum Partito Radicale, einer italienischen Version der Grünen, zeige. Der Grund, warum die Bürger den »traditionellen« Parteien nicht mehr vertrauten, seien der »malgoverno democristiano« (die »christdemokratische Misswirtschaft«), die »trasformismi comunisti« (»kommunistischen Transformismen«) und die dreißigjährige »Doppelzüngigkeit« des PSI.³⁸⁵ Es waren längst nicht mehr Stalinismus und Sowjettreue, die moderate Wähler dem PCI vorwarfen, sondern seine Verwicklung mit dem System, die er sich mit seiner Wendigkeit ertrötzt habe. In den Wortmeldungen des moderaten Publikums war mithin von Entideologisierung nichts zu spüren. Vielmehr nutzte die »schweigende Mehrheit« die umfassende Krise der 1970er Jahre, um den Verlust alter Gewissheiten, den Bruch alter Versprechen zu beklagen – und kündigte damit ihren Ausstieg aus dem antifaschistischen Konsens an.³⁸⁶ Partizipation wurde für sie nicht zum Thema.

Auch unter linken Wählern verlor der PCI nach den Wahlen von 1976 an Vertrauen, billigte Enrico Berlinguers Politik der »Enthaltbarkeit« (*austerità*) doch soziale Einsparungen und mahnte eine moderate Lohnpolitik der Gewerkschaften an. Als kommunale Regierungspartei konnte die Partei bei klammen Kassen und dem sozialen Kontaktverlust zu den verelendenden Stadtvierteln in den urbanen Konflikten der 1970er Jahre nicht mehr als Anwalt der sozial Schwachen auftreten und verlor hier auch in den Parlamentswahlen von 1976 zugunsten der DC an Zuspruch.³⁸⁷ Selbstorganisierte Graswurzelproteste, zum Teil kontrolliert von der außerparlamentarischen Linken, mussten sich automatisch gegen den PCI richten, wenn er es war, der im kommunalen *palazzo* saß. Wie sehr er sich den Spielregeln der kapitalistischen Demokratie angepasst hatte, wurde darin deutlich, dass er Hausbesetzungen und die Praxis der *autorizzazione* ablehnte, die im linksradikalen Milieu und namentlich unter den 77ern in Bologna verbreitet war.³⁸⁸ Wenn sie Schriftzüge wie »Es reicht mit dem Elend, auch wir wollen uns den Luxus aneignen« an die Hausmauern der roten Stadt schrieben, griffen sie den Mythos des sozial gerechten, roten Bologna vor den Augen des lokalen Publikums an.³⁸⁹

Tatsächlich begann das Prestige des Bologneser PCI Ende der 1970er Jahre auch in den Augen von Wahlbürgern zu bröckeln. Bürgermeister Renato Zangheri erreichten zahlreiche Briefe, die ihm vorhielten, das Interesse für ihre

³⁸⁵ Un occasione perduta, in: IL RESTO DEL CARLINO, 13.5.1979; Qualunquismo è stanchezza, in: ebd.

³⁸⁶ Auf der Basis von Meinungsumfragen vgl. G. GUIDOROSI, Gli italiani e la politica, 1984, S. 199–203.

³⁸⁷ Vgl. M. CACIAGLI, Erosioni, 1990, S. 20 f.

³⁸⁸ F. BILLI, Il mio '68, 1998, S. 211; vgl. L. VILLANI, Struggle for Housing, 2017, S. 331, 340; R. LUMLEY, States of Emergency, 1990, S. 296, 299; C. VENTUROLI, L'Università, 2009.

³⁸⁹ C. VENTUROLI, L'Università, 2009, S. 250. Der Schriftzug im Original lautete »Basta con la miseria, vogliamo riappropriarci del lusso«.

Sorgen vermissen zu lassen.³⁹⁰ Provokant fragte eine Bologneserin nach den Wahlen von 1979, als sie auf ihre wiederholte Beschwerde über Lärmbelästigung in ihrer Straße noch immer keine Antwort aus dem Rathaus erhalten hatte: »Vielleicht hätte ich Ihnen *vor den Wahlen* schreiben sollen, um wenigstens eine kleine Antwort zu erhalten? Oder vielleicht – und dies ist, glaube ich, die richtige Annahme – interessieren Sie die Probleme der Bürger einen feuchten Kehricht?«³⁹¹

Passend zu dieser Annahme begannen Wähler in zahlreichen kleineren Gemeinden in den 1970er Jahren, kollektiv ihre Wahlscheine zurückzugeben, um ihren Protest gegen die lokalen Zustände zum Ausdruck zu bringen. Ihre Enttäuschung erwuchs aus fehlenden Modernisierungsleistungen in Sachen Elektrizität, Wasserversorgung oder Infrastruktur.³⁹² Wenn viele Italiener im Laufe der 1970er Jahre aufhörten, Wahlvolk sein zu wollen, dann übernahmen sie damit die Protesthaltung der außerparlamentarischen, auch der radikalen Akteure. Links- wie rechtsextreme Kräfte hatten seit 1968 in den Städten und Provinzen für diese Art von Wahlverweigerung geworben.³⁹³ Ironischerweise eigneten sich moderate Wähler dabei auch den Antifaschismus als Argument an – freilich, um wiederum antikommunistisch zu argumentieren. So führte ein Bologneser 1979 im *Resto del Carlino* aus, es werde dem PCI nie gelingen, Wahlen zu gewinnen. Denn die Italiener seien heitere und sehr bequeme Menschen, die ihre private Freiheit wollten, aber keine radikalen Veränderungen. »Es ist wahr, dass Mussolini nur ein wenig Rizinusöl und den Schlagstock brauchte, um die Italiener in Reih und Glied zu bringen. Doch Berlinguer würde dies nicht einmal mit Panzern erreichen, denn was hat die Resistenza die Italiener gelehrt? Genau, die Resistenz.«³⁹⁴

So gesehen hatte die demokratische Erziehung durch die antifaschistischen Parteien durchaus gefruchtet. Wenn der Verweis auf die Resistenza nun aber als Argument gegen die Wahl des PCI dienen konnte, zeigt dies einmal mehr, dass sich die symbolische Kraft der italienischen Parteiendemokratie am Ende der 1970er Jahre erschöpft hatte. Vielleicht endete auch deshalb 1979 ein Kapitel in der Selbstrepräsentation der italienischen Demokratie, das sich auf den antifaschistischen Konsens gegründet hatte.³⁹⁵ Die politische Kommunikation mit dem Wahlvolk der 1980er Jahre wandte sich von den pädagogischen Ambitionen, den »Emanzipations«-Versprechen und Partizipationsobsessionen, aber

³⁹⁰ Den Anspruch, die Bürger zufrieden zu stellen und darauf den bisherigen Erfolg der Stadt zu gründen, formulierte Bürgermeister Renato Zangheri 1976 selbst: *Il sindaco di Bologna*, 1976.

³⁹¹ Clementina F. (Bologna) an den Sindaco, 22.8.1979. ACBO, AGS 1979, Anl. zu: P/Gab.n.929. Hervorh. C. C. G.

³⁹² ACS, MI-GAB, 1976–1980, fasc. 17171/83, 17171/88, 17171/119, 17171/120.

³⁹³ Prefetto di Milano an das MI, 3.5.1968. ACS, MI-GAB, 1967–1970, b. 530, 17222/86; Prefetto di Udine an das MI, 11.4.1968. Ebd.; Prefetto di Brescia, Telegramm an das MI, 7.5.1968. ACS, MI-GAB, 1967–1970, b. 526, fasc. 17222/16.

³⁹⁴ Non fa per noi, in: *IL RESTO DEL CARLINO*, 13.5.1979.

³⁹⁵ Vgl. F. DE FELICE, *Nazione italiana*, 1993.

auch von den Demokratiekonzepten ab, die Kommunisten und Katholiken jeweils auf ihre Weise, aber dennoch gemeinsam, in den vergangenen gut dreißig Jahren verfochten hatten. Politische Kommunikation, auch jene der lokalen Kandidaten, verlagerte sich auf das Fernsehen und insbesondere auf das Privatfernsehen, wo sich zunehmend Journalisten, Schauspieler und Komiker mit politischen Sendungen und Statements hervortaten und dabei die Zuschauer besser unterhielten als die alten Garden der Parteiendemokratie, und wo neue, spektakuläre und unterhaltungsorientierte Sendungen den Wahlbürger in seiner Rolle als Konsumbürger ansprachen, der sich, nach der erfolgreichen Überwindung der ökonomischen Krisenzeiten im Übergang zu den 1980er Jahren, an persönlichem Erfolg, Luxusgütern und »guter« Unterhaltung erfreuen wollte.³⁹⁶ In gewisser Weise hatte er die Lehre aus der Resistenza tatsächlich eigen-sinnig gezogen – indem er sich von einer Parteiendemokratie emanzipiert hatte, die in vieler Hinsicht nicht mehr hielt, was sie einst versprochen und über weite Strecken auch erfolgreich eingelöst hatte. Arrivierte Konsumbürger – und das waren viele Italiener endgültig erst in den 1980er Jahren³⁹⁷ – brauchten die pädagogisch und pastoral auftretende, zu Partizipation und Emanzipation, aber auch zu Demut, Solidarität und sozialer Gleichberechtigung aufrufende Parteiendemokratie nicht mehr. Einzig der PSI und sein Vorsitzender Bettino Craxi sowie einige Ausnahmefiguren wie Giulio Andreotti, die sich in Fernsehtalkshows auch von ihrer privaten Seite zeigten, verstanden es über eine gewisse Zeit, den »neuen« *popolo* mit einer an ihn angepassten massenmedialen Kommunikation abzuholen.³⁹⁸

Es wäre zu einfach, den Umbruch am Ende der 1970er Jahre lediglich als Abkehr von der antifaschistischen Parteiendemokratie und als Negation ihrer Werte und Leistungen zu begreifen. In vieler Hinsicht – und in Analogie zum westdeutschen Fall – bewiesen gerade die kritischen Stimmen der 1970er Jahre, dass die Italiener durch die Schule der Parteiendemokratie gegangen waren.³⁹⁹ Sie sehnten sich im Grunde nach den frühen 1950er Jahren mit ihren klaren politischen Abgrenzungen und ihrer emotionalen Politik, sie warfen den Parteien ihre Anpassung an Marktlogiken vor, und sie zeigten sich ideologisch stärker »auf Linie«, als es die Rede von der »Individualisierung« vermuten ließ. Sie beklagten den Kontaktverlust der Parteien zum Wahlvolk, zu dessen Dienern

³⁹⁶ Vgl. A. VENTRONE, *Nemico interno*, 2005, S. 59; E. NOVELLI, *Turbopolitica*, 2006, S. 173–176; M. GERVASONI, *Storia d'Italia*, 2010, S. 86–96, 184–208, insb. S. 215 f.; G. MAZZOLENI, *Emergenze*, 1991.

³⁹⁷ Vgl. M. GERVASONI, *Storia d'Italia*, 2010, S. 64–79.

³⁹⁸ Vgl. ebd., S. 186–188; F. D'ALMEIDA, »Democrazia dell'opinione«, 2002, S. 273 f.; zu Craxi PSI umfassend S. ROLANDO, *Una voce*, 2009.

³⁹⁹ Paul Ginsborgs Analyse, dass sich erst seit den 1990er Jahren eine zuvor schwache *civil society* in Italien spürbar mache, die wesentlich auf der Ausbreitung der urbanen Mittelschichten und auf ihrer »freien« Assoziation beruhe, halte ich deshalb für überzogen; sie verkennt das Maß an Vorarbeit, das die antifaschistischen Parteien in der politischen Kommunikation geleistet hatten. Siehe P. GINSBORG, *Civil society*, 2013, S. 285–290.

diese sich einst erklärt hatten, sie bedauerten den Verlust der aufopferungsvollen Volksnähe und sie vermissten die ›Zivilität‹, die ihr Land einst ausgezeichnet hatte. Sie wehrten sich gegen die Auflösung »demokratischer« Verbundenheit der Abgeordneten zu den Orten, aus denen sie stammten und um die sie sich kümmerten. Vor allem aber beklagten sie die politische Gewalt und den Verlust von Ruhe und Ordnung, wie sie die Parteiendemokratie lange garantiert hatte. Der Fernsehwahlkampf und die professionalisierten Verständigungsstrategien konnten diese Leistungen und Funktionen nicht ersetzen: Die antifaschistische Parteiendemokratie war aus dem Lokalen erwachsen, und als sie nicht mehr lokale Praxis werden konnte, emanzipierten sich die Italiener von ihr, wie es die Protestakteure getan hatten.

Der Mitgliederrückgang, der die großen Parteien in den 1980er Jahren ereilte und als *riflusso* (»Regression«) bezeichnet wird, kann als Ausweis dieser Emanzipation gelten. Er bedeutete jedoch keineswegs einen individualistischen »Rückzug ins Private«, wie die zeitgenössische Publizistik (und manch betroffener Parteifunktionär des PCI) meinte.⁴⁰⁰ Nicht nur blieb das Organisationsniveau der italienischen Parteien im Vergleich zur Bundesrepublik hoch. Während der krisengeschüttelten Jahre 1977/78 war immer noch fast jeder zehnte Italiener Parteimitglied und damit theoretisch aktiver Wahlkämpfer – eine in der Bundesrepublik nicht einmal annähernd erreichte Quote parteipolitischer Organisation.⁴⁰¹ In Städten wie Bologna zeigte sich auch, dass die Bürger auf neue lokale, bürgerschaftliche Partizipationsräume auswichen, um ihr zivilgesellschaftliches Engagement fortzuführen – noch heute ist das *volontariato* (»Freiwilligendienst«) in Vereinen und Verbänden der einstigen roten Stadt äußerst beliebt.⁴⁰² Auch den Partizipationsgeist, den die antifaschistische Parteiendemokratie versprüht hatte, pflegten Italiener mithin weiter – ob mit Partei oder ohne.⁴⁰³ Doch die Zeit, da Kommunisten und Christdemokraten gegenüber dem Wahlvolk als Hirten und Erzieher, Hüter der Moral und Agenten der Emanzipation auftreten konnten, war an der Wende zu den 1980er Jahren vorbei.

Zusammenfassung

Mit dem Eintritt ins Protestzeitalter wandelte sich die Verständigung zwischen Wahlvolk und Parteiendemokratie in Italien wie in der Bundesrepublik erheblich. In Westdeutschland belebten die außerparlamentarischen Impulse der jungen

⁴⁰⁰ Vgl. CENSIS, Bologna, 1982, S. 11; M. GERVASONI, *Storia d'Italia*, 2010, S. 9 f. Zum Öffentlichen und Privaten in den 1980er Jahren vgl. A. TONELLI, *Stato spettacolo*, 2010.

⁴⁰¹ Erst in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre ging die Quote der Parteimitglieder in Italien merklich zurück, vgl. P. IGNAZI, *I partiti e la politica*, 1999, S. 149 f.; A. MILLEFIORINI, *Partecipazione politica*, 2002, S. 70.

⁴⁰² CENSIS, Bologna, 1982, S. 26 f., 37 f.

⁴⁰³ Vgl. D. I. KERTZER, *Politics and Symbols*, 1996.

Generation die politische Kommunikationskultur, in Italien indes wirkten sie eher blockierend. Das lag wesentlich an dem ungleich höheren Maß an politischer Alltagsgewalt, die von links- und rechtsradikalen Aktivisten ausging und sich ab 1969 dezidiert gegen die Orte der Parteiendemokratie richtete, wobei sie auch die Jugendorganisationen der Parteien involvierte. Es hatte aber auch damit zu tun, dass den außerparlamentarischen Akteuren, angefangen bei den Studenten, kein Raum gegeben wurde, in den urbanen Arenen der Parteiendemokratie selbstbestimmt mitzuspielen, was der APO in Deutschland möglich war. Denn mit ihren klassischen Protestformen setzte die italienische Studentenbewegung die Parteiendemokratie dort unter Druck, wo diese sich eigentlich zu Hause fühlte: auf den Plätzen. In der Bundesrepublik stellten sich CDU wie SPD pragmatisch, wenn auch nicht euphorisch, der Präsenz der APO, und passten sich den partizipatorischen Impulsen von außen an, von denen sie rasch selbst profitieren sollten. Denn die westdeutschen Wähler folgten den Pfaden der Studenten und Aktivisten, ließen sich vom Diskussionsfieber anstecken und traten Anfang der 1970er Jahre selber als Protagonisten des Wahlkampfes auf. Insbesondere der Wahlkampf von 1972 stand für die erfolgreiche Amalgamierung von partizipatorischen Ansprüchen und Parteiendemokratie. In Italien blieb die Adaption solcher Ansprüche halbherzig, weil es die Parteien nicht vermochten, von ihrem Anspruch abzulassen, die Sprecher des Wahlvolks zu sein. Einzig der PCI übersetzte die Protestlogiken und Partizipationsforderungen in seine Praxis politischer Kommunikation und inszenierte so zum Zeitpunkt seiner größten Wahlerfolge einen Wählerprotagonismus, der jenem in der Bundesrepublik recht ähnlich war. In der DC und der konservativen, moderaten Öffentlichkeit indes blieb das Thema Partizipation auffällig unreflektiert – anders als in der westdeutschen Presse und in der CDU, die in Zeiten der geschickten Orchestrierung partizipationswütiger Wahlbürger zwar gegenüber der SPD im Hintertreffen war, aber Mitte der 1970er Jahre offensiv versuchte, ihre eigenen urbanen Parteistrukturen den partizipativen Logiken anzupassen. Gerade in der Bundesrepublik zeigte sich so die Bedeutsamkeit des Lokalen als Kommunikationsraum in Zeiten intensiver Medialisierung; nur hier konnte die Parteiendemokratie ihre Offenheit für die partizipativen Ansprüche der Zeit demonstrieren.

Wie nie zuvor wurde für die italienische Parteiendemokratie in Zeiten des Protests und der Krise zur entscheidenden Belastung, die größte Kommunistische Partei Westeuropas aufzubieten. Das lag gar nicht so sehr am PCI selbst, sondern an den Zuschreibungen, die ihn trafen. Die feinen Unterschiede zwischen kommunistischer und *Neuer* Linker ignorierend, schoben DC und moderate Wähler die aufflammende politische Unruhe dem PCI als dem vermeintlichen »Vater« aller Gewaltmethoden in die Schuhe. Der Auftritt links- wie rechtsradikaler Bewegungen der 1970er Jahre hatte in der öffentlichen Beobachtung vor allem einen zentralen Effekt: Er gab Antikommunisten endlich die Gelegenheit, dem PCI seine Gewaltaffinität nachzuweisen und damit ihre Toleranz ihm gegenüber aufzukündigen. Jegliche offene Debatte und Verständigung im Zeichen des *compromesso*

storico wurden durch den antikommunistischen Gewaltvorwurf so undenkbar. Klassische antikommunistische Klischees dominierten die politische Kommunikation seit 1968, und dass der PCI in Bologna wie auf nationaler Ebene mehr und mehr als Ordnungspartei auftrat, änderte daran nichts, brachte ihn nur unter Linksradikele noch mehr in Verruf, die er eigentlich integrieren und disziplinieren wollte. Die Kommunisten fanden sich so seit 1968 zwischen den Fronten, von rechts als Drahtzieher der Gewalt, von links als Staatspartei desavouiert. Dass sie dennoch viele junge Neumitglieder anzogen und Mitte der 1970er zu einer veritablen Regierungspartei gewachsen waren, von der sich etwa die Hälfte der Italiener vorstellen konnte, sie zu wählen, zeigt die scharfe Polarisierung in Italien auf.

Polarisiert war auch die westdeutsche Atmosphäre in den 1970er Jahren, zumal Wählerinnen und Wähler sich nun erstmals offen auf eine politische Frontseite schlugen und dies auch im urbanen Alltag zum Ausdruck brachten. Doch der zentrale Unterschied zu Italien war, dass Wahlkampf hier als Gespräch der beiden großen Lager über die Steuerungsmaßnahmen und Reformvorhaben verstanden wurde, die durch Protestakteure und Inflationskrisen aufs Tapet gekommen waren. In der politischen Kommunikation präsentierte sich die westdeutsche Polarisierung als getragen von der Überzeugung, in Zeiten des unsicheren Wohlstands für die Partei mit den besseren Lösungsstrategien einzutreten. Sichtbar wurde dies in einer geradezu obsessiven Fokussierung auf die Diskussion von Sachthemen im urbanen Wahlkampf, und dafür hatte die APO als Vorbild gewirkt. In Italien waren einer solchen diskursiven Aufladung politischer Kommunikation enge Grenzen gesetzt; hier überwogen ideologische Themen und alte Sujets der antifaschistischen Parteiendemokratie wie eben »Demokratie«, »Antifaschismus« oder »Emanzipation«. Im Grunde stand dahinter das Unvermögen, über die »Krise« und mögliche Lösungsansätze konstruktiv zu verhandeln, und das lag erstens am aufgeheizten Antikommunismus, zweitens an der Furcht vor sachlichen Differenzen zwischen Katholiken und Kommunisten in Zeiten des »historischen Kompromisses«, und drittens an dem profunden Glauben, italienische Wähler nicht für konkrete politische Sachthemen interessieren zu können. Für westdeutsche Wähler galt nachgerade das Gegenteil, was die unabhängige Presse immer wieder in Erinnerung rief, und deshalb führte die Krisenwahrnehmung in der Bundesrepublik zu einer besonders intensiven Auseinandersetzung zwischen Wahlvolk und Parteiendemokratie. Insbesondere die Währungspolitik führte interessierte Wähler und politische Vertreter »an einen Tisch«, und diese Sach- und Lösungsorientierung, die sich aus dem älteren Selbstverständnis westdeutscher Wähler im Geiste des »gesunden Menschenverstandes« entwickelt hatte, brachte die Parteiendemokratie auch in Verruf, als sie ab 1976 nicht immer »gute Argumente« und klare Alternativen anzubieten hatte.

Auffallend schwer taten sich die politisierten Öffentlichkeiten beider Gesellschaften im Umgang mit Parteien, die sich im Zuge der sozialwissenschaftlichen »Individualisierungs«-Diagnose und einer vermeintlich zunehmenden Schar

»unentschiedener« Wähler breiter anschlussfähig machen wollten. In der Bundesrepublik wie in Italien vermisste man dadurch die Unterscheidbarkeit und beobachtete eine Verflachung. Das italienische Wahlvolk hielt den Parteien dabei in geradezu obsessiver Weise vor, ihren ideologischen Markenkern verloren zu haben und emotional niemanden mehr mitzureißen. Von einer Lust am »rationalen« *voto di opinione* war im italienischen Wahlkampfdiskurs wenig zu spüren, gerade nicht unter moderaten Sprechern. Vielmehr zeigte sich eine deutliche Nostalgie, die auch im Unwillen der christdemokratischen Basis zum Ausdruck kam, sich durch neue Kandidaten anschlussfähiger nach links und gegenüber Frauen zu machen. Dass sich die antifaschistische Parteiendemokratie im »tiefen Kalten Krieg« ein gehöriges Maß an Legitimität verdient hatte, erwies sich gerade in den sehnsuchtsvollen Klagen über die verlorenen alten Zeiten, die in den 1970er Jahren zu vernehmen waren. Als sie nicht mehr hielt, was sie einst versprochen hatte, meldete sich die »schweigende Mehrheit« zu Wort und kündigte ihren Konsens auf, begleitet von linken und katholischen Wählern, die dem PCI und der DC in Zeiten ihrer Annäherung »Transformismus« und fehlende Standfestigkeit vorwarfen. Nicht erst die Entführung und Ermordung Aldo Moros, sondern schon die Wende zu den 1970er Jahren und in erster Linie die verlorene Garantie auf Ruhe und Ordnung, die der Versöhnung der *maggioranza silenziosa* mit der antifaschistischen Parteiendemokratie zugrunde lag, manövrierte sie in eine Legitimitätskrise, von der sie sich nicht mehr erholte.⁴⁰⁴

Wenn sich das italienische Wahlvolk in den 1970er Jahren von ihr loszulösen begann, so folgte es nicht nur den Protestakteuren nach, sondern erfüllte damit auch das alte Emanzipationsversprechen der Antifaschisten selbst, die inzwischen den Staat repräsentierten. Wenn moderate Sprecher in Italien Ende der 1970er Jahre auf die Resistenza verwiesen, um ihre »Rebellion« gegen die Parteien zu rechtfertigen, und westdeutsche Beobachter den politischen Kampf und die Unterscheidbarkeit der Kontrahenten vermissten, dann hatten die postfaschistischen Parteiendemokratien in gewisser Hinsicht ihre Aufgabe erfüllt. Insofern brachten die Krisen der 1970er Jahre das Ende eines parlamentarischen Zeitalters mit sich, das von pädagogischen Parteien und der lokalen Aufführung ihrer Legitimität als »Lehrer« und »Hüter« des Wahlvolks imprägniert gewesen war. Den Weg hin zu dieser Emanzipation hatten die beiden Parteiendemokratien, jeweils auf ihre Weise, dem Wahlvolk selbst gewiesen.

⁴⁰⁴ Die Bedeutung des Falles Moro betonen M. TOLOMELLI, *Italienische Verhältnisse*, 2009, S. 448 f.; E. TAVIANI, *Terrorismus*, 2010.

Schlussbetrachtung

Das vorliegende Buch hat die Geschichte zweier Nachkriegsdemokratien durch die Linse der Beziehungen und Kontakte, der Wahrnehmungen und Verständigungen zwischen Wählern und Parteien untersucht. Es handelte von der kommunikativen Herstellung und Darstellung politischer Legitimität in Stadtgesellschaften, die sich nach der Erfahrung faschistischer Diktaturen neu mit der parlamentarischen Demokratie arrangieren mussten.

Universell gültige Faktoren der »Demokratisierung« haben sich dabei nicht ergeben, wohl aber ein gleiches Legitimationsmuster im Umgang mit dem postfaschistischen Souverän: Volksnähe beziehungsweise Bürgernähe, die Ansprechbarkeit und Nützlichkeit der Parteien sowie das Vermögen politischer Vertreter, das Wahlvolk in seiner Einheit zu spiegeln, bildeten das Fundament legitimer politischer Repräsentation in der hier untersuchten Konfiguration von Demokratie zwischen den 1940er und den 1970er Jahren. Nicht so sehr ideologische Bindungen und soziale Zugehörigkeiten, nicht das Ideal der Aufopferung für eine politische Idee und auch nicht primär der Austausch politischer Meinungen führten und hielten Wähler und Gewählte zusammen, sondern Kommunikationsformen, die dem Souverän bedeuteten, dass die Politik *für* ihn da war, seine Sprache sprach und sich seinen Bedürfnissen anpasste. In mancher Hinsicht handelte es sich um eine populistische Konfiguration von Demokratie, die sich immer dann als legitim inszenieren konnte, wenn sie für das ›Volk‹ oder direkt mit ihm sprach und sich in den Dienst seines Wohlstands stellte. Mit konsensorientierten Kommunikationsweisen nach innen, die gerade auch von Wahlbürgern selbst ausgingen, knüpften die beiden parlamentarischen Demokratien im Geiste des Konsensliberalismus auch an Ordnungsvorstellungen der faschistischen Regime an. Wiederum unterschied sich die ›Demokratie der Wähler‹ von den beanspruchenden Diktaturen, indem sie sich als *dienstbare Demokratie* vorstellen musste, um Vertrauen zu erwerben, und somit das Aufopferungsverhältnis des Einzelnen zur Politik umkehrte. Im Zuge dessen ging die pädagogische Funktion von Politik verloren, die das Massenzeitalter vor 1945 geprägt hatte: Die ›Demokratie der Wähler‹ war in Italien und Westdeutschland eine historische Konfiguration, in der sich die politische Emanzipation des Wahlvolks von erzieherischen Parteien vollzog. Dies begann in den 1940er Jahren, und es geschah *im Rahmen* der Parteiendemokratie, in Kommunikation *mit* dem parteipolitischen Establishment.

Kommunikativ anzuzeigen, dem Wahlvolk zu dienen, gelang den beiden Parteiendemokratien zu verschiedenen Zeiten besser oder schlechter, und dadurch erklären sich die unterschiedlichen Konjunkturen politischer Legitimität in der Ersten Republik und der Bundesrepublik. Die italienische Parteiendemokratie vermochte sich schon in den 1940er Jahren als dienstbare Demokratie wirksam

in Szene zu setzen, der westdeutschen gelang dies erst durch die Adaption kommerzialisierter Kommunikationsweisen. Wie sich das Erbe von Krieg und Diktatur, der Wandel zur Massenkongsumgesellschaft, der Eintritt ins Protestzeitalter und die Ausbreitung der Krisendiskurse in den 1970er Jahren auf die Wahrnehmungen von Politik und Demokratie auswirkten, war mithin nicht vorbestimmt und zudem lokal variabel. Ob transnational wirksame »Basisprozesse« und Herausforderungen zu Annäherungen oder Distanzierungen zwischen Wählern und dem professionellen Politikbetrieb führten, hing wesentlich von den politischen Akteuren und ihrer Bereitschaft ab, sich den konkreten Situationen anzupassen.

Das Buch hat so vom kommunikativen Funktionieren zweier Parteiendemokratien erzählt und dabei der ersten Nachkriegsdekade eine weichenstellende Funktion zugeschrieben. Im Schatten der Diktaturerfahrung formten sich in den 1940er und 1950er Jahren unterschiedliche Codes politischer Legitimität aus, an denen sich die beiden Demokratien in der Folgezeit zu messen hatten. Die italienische Parteiendemokratie wuchs als eine repräsentationsbewusste *Anwesenheitsdemokratie* mit deutlichen Reminiszenzen an die Massenpolitik der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Ihre Legitimität fußte auf der sichtbaren Partizipation der Wahlbürger, der Erfüllung sozialer Ansprüche und der Sicherstellung von Ruhe und Ordnung. Dabei bedurfte sie der Integration des PCI unter den Bedingungen eines weitverbreiteten Antikommunismus. All dies konnte sie in den 1940er und 1950er Jahren kommunikativ leisten, obwohl ein großer Teil der Italiener ihr äußerst skeptisch gegenüberstand. Als soziale Agenturen, moralische Anstalten, demokratische Teilhabeforen, lokale Ordnungskräfte und Vermittlungskanäle staatlicher Ressourcen konnten die antifaschistischen Parteien aus Sicht des lokalen Wählerpublikums durchaus ihre Nützlichkeit unter Beweis stellen, schufen aber auch früh hohe Erwartungen an ihr lokales Leistungsvermögen.

Als universal, auch von Monarchisten und Neofaschisten geteilter Code, der anzeigte, dass sich die italienische Parteiendemokratie auf den *popolo* berief, diente die Wahlkundgebung auf der Piazza. Dort trafen sich anfangs durchaus Stadtbewohner verschiedener politischer Couleur oder Unentschlossene, um unterhalten zu werden und als Publikum zu entscheiden, wer als legitimer politischer Repräsentant der Stadt gelten durfte. Ein offenes Ohr für die Wählerinnen und Wähler und ihre konkreten Bedürfnisse demonstrierten Kommunisten und Katholiken bei der direkten Face-to-face-Kommunikation, der *propaganda capillare*, die Politik bis über die Türschwellen italienischer Wohnungen trug. Damit knüpften sie Kontakte und Klientelbeziehungen, und damit produzierten sie auch die sogenannten Subkulturen, die hochgradig gemachte und keineswegs starre Gebilde der Nachkriegszeit darstellten.

Eine Parteiendemokratie, deren Legitimität sich auf der Nähe zum Wahlvolk und seinem Alltag gründete, stand vor Problemen, als sich die materiellen und kulturellen Bedingungen der Nachkriegsdekade wandelten. Durch die einsetzenden Migrationsströme im Boom und die Verbreitung der Massenkongsumkultur

wurde die Abwesenheit des Wahlvolks wahrscheinlicher. Sich den gewandelten Bedingungen im Alltag anzupassen, schien nur schwer möglich, weil sowohl die Parteien als auch viele Beobachter an die Traditionen gemahnten, die den Parteien in den 1940er und frühen 1950er Jahren ihre Legitimität verbrieft hatten. Politische Kommunikation nach Marktlogik, die den Wähler an Treffpunkten der Konsumgesellschaft aufsuchte und ihn als politischen Konsumenten mit gewandelten sozialen Bedürfnissen entwarf, setzte sich in Italien kaum durch. Damit entfernten sich die großen Parteien auf Dauer von einem Wahlvolk, das seine Freizeit zunehmend selbstbestimmt gestaltete. Gerade die jungen und die mobilen Nicht-Etablierten fielen seit den 1960er Jahren durch die Kommunikationsnetze einer Parteiendemokratie, die wesentlich auf Ansässigkeit und Anwesenheit baute.

Die 1970er Jahre stehen in Italien trotz aller »Erneuerungs«-Versuche von PCI und DC für die Renaissance der expressiven, emotionalen, konfliktbetonten Traditionen aus den 1940er und 1950er Jahren, die vom Auftritt der Protestakteure angestoßen wurde. Sie machte eine politische Verständigung unwahrscheinlich, bei der die Wahlbürger als mündige Mitsprechende auftraten und sachorientiert konkrete Wege aus der Krise debattierten. Der »historische Kompromiss« und damit die Dialogbereitschaft zwischen Kommunisten und Katholiken ließen sich nicht kommunikativ umsetzen, und das lag erstens am profunden Antikommunismus, zweitens an Parteien, die den Wählern das politische Interesse absprachen, und drittens an Wählern, die den Parteien den Verlust ihrer einstigen Markenkerne vorwarfen. Von der vielbeschriebenen »Individualisierung« war in der urbanen politischen Kommunikation der 1970er Jahre wenig zu spüren. Die partizipativen Aufbrüche, die insbesondere in den Reihen des PCI Widerhall fanden, wurden von einem großen Teil der politischen Öffentlichkeit schlicht ignoriert. Stattdessen machte sich die *maggioranza silenziosa* angesichts der massiven Alltagsgewalt seit 1968 zur führenden Stimme im lokalöffentlichen Diskurs und rückte die Funktionsstörungen einer Parteiendemokratie in den Fokus, die versprochen hatte, Ruhe und Ordnung sicherzustellen. Letztlich konnte sich die »Säkularisierung« der italienischen Gesellschaft, aus der sich die Vermutung einer stärkeren Volatilität ergibt, nicht in die Beziehungsarbeit zwischen Wählern und Gewählten übersetzen – sie zeigte sich recht eigentlich nur im Modus der Enttäuschung von einer Parteiendemokratie, die der Volksnähe abhold gekommen zu sein schien. Als Ende der 1970er Jahre ihre Legitimationscodes versiegten, kam auch die italienische Parteiendemokratie, wie sie seit den 1940er Jahren gewachsen war, kommunikativ an ihr Ende und machte Platz für neue Selbstentwürfe von Wählern und Gewählten, die dem Konsumzeitalter und damit dem selbstbestimmten Alltag der Italiener entsprachen.

Die westdeutsche Parteiendemokratie wuchs demgegenüber als eine *Abwesenheitsdemokratie* mit auffälligen Kommunikationsschwierigkeiten zwischen Wahlvolk und politischen Vertretern. Presse und Publikum forderten Sachlichkeit, Nüchternheit und Rationalität in der politischen Kommunikation, doch

dies ließ sich in den 1940er und 1950er Jahren nicht in räumliche und körperliche Repräsentationsformen von Politik gießen. Vor allem der politische Konflikt wurde in den westdeutschen Städten nicht repräsentierbar und nicht verhandelbar. Das Wahlvolk präsentierte sich als ein Souverän, der sich nicht mehr von politischen Parteien erziehen oder belehren lassen wollte. So waren die Beziehungen bis in die 1960er Jahre von großen Distanzen und wechselseitigen Überheblichkeiten geprägt, die lediglich die Union mit allerlei Lokalkolorit und dem Fokus auf »Persönlichkeiten« zu moderieren und zu überbrücken vermochte.

Für die deutschen Parteien ergab sich aus der schwachen Repräsentationsfähigkeit und den Kommunikationsproblemen der ersten republikanischen Dekade im Gegensatz zu den italienischen ein gewisser Innovationsdruck, der die Verständigung mit Wählern im sozialen und kulturellen Wandel begünstigte. Er schuf schon in den 1950er Jahren Medialisierungsanreize und bildete die Voraussetzung für eine pragmatische Neuorientierung und Amerikanisierung (im Sinne der Kommerzialisierung politischer Kommunikation), die nicht nur die massenmediale, sondern auch die urbane und direkte politische Kommunikation veränderten. Erst die Adaption von Marktlogiken im Zuge des Wandels zur Massenkongsumgesellschaft und dann die Imitation von Praktiken außerparlamentarischer Akteure näherten Wähler und Parteien einander an. Als politischer Konsument angesprochen, konnte sich der westdeutsche Wahlbürger ernstgenommen fühlen, weil sich die Politik ihm fortan anzudienen versuchte und durch sympathieorientierte Werbung ihre Konfliktbetonung ablegte.

Dank des Einschaltens der APO und insbesondere ihrer Diskussionsmanie in den Wahlkampf fand sodann das Ideal der Sachlichkeit Ausdruck in der urbanen Kommunikationspraxis und verband sich dort mit dem Selbstbild des mündigen Souveräns, der den Studenten in ihrem kritischen Diskussionsseifer nacheiferte und fortan »auf Augenhöhe« mit den Parteien die Sachthemen der Krisenzeiten debattierte. Indem sich die westdeutsche Parteiendemokratie zwischen 1969 und 1976 als bürgernahe, sachorientierte Gesprächsdemokratie präsentierte, bediente sie die politische Ideologie des »gesunden Menschenverstandes«, die in den 1950er Jahren bereits aufgeschienen war, und konnte sich im Zeitalter des Protests und der Krisenwahrnehmungen als besonders partizipationsoffen, vertrauenswürdig und leistungsfähig inszenieren. Diese Distanzüberwindung in der westdeutschen Parteiendemokratie beruhte allerdings auf dem Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des politischen »Establishments«. Als sich dessen Grenzen in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kommunikativ abzeichneten, indem fehlende »Inhalte« auf ein Versiegen von »Sachlichkeit« hindeuteten, konnte sie zunehmend schwieriger zum Ausdruck bringen, politisierte Wähler ernstzunehmen.

Der hier unternommene translokale Blick auf die Deutungsweisen parlamentarischer Politik macht einige historiographische Narrative korrekturbedürftig: jenes einer partizipationsmüden westeuropäischen und »unpolitischen«

westdeutschen Nachkriegsgesellschaft (a), jenes einer politisch fragmentierten italienischen Gesellschaft, der es an geteilten demokratischen Werten mangelte (b), das Narrativ autoritätshöriger Westdeutscher (c) und jenes ihrer »Zivilisierung« und damit »Demokratisierung« durch ein »modernes« Lebensgefühl (d), sowie schließlich die Erzählung einer transatlantischen Erweiterung des Politischen und mithin des »Exodus« partizipationswilliger Bürger in außerparlamentarische Räume seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre (e).

a) Ob Politik in der desolaten Lage der Nachkriegsstädte für künftige Wählerinnen und Wähler bedeutsam wurde, hing nicht von Kriegs- oder Diktaturerfahrungen, von Hunger oder Arbeitslosigkeit ab, sondern davon, wie Politik sich präsentierte. In Italien nutzten die antifaschistischen Parteien die »Unordnung«, um sich politische Legitimität zu verdienen, und entwarfen dazu eine Politik der *concretezza*, die den Stadtbewohnern bei der Organisation ihres Alltags half. Sie präsentierte ordnende, moralische und versorgende Funktionen vor Ort als »Politik«, in ausdrücklicher Abgrenzung zum Faschismus, seine Praxis aber nicht selten imitierend. Die Lokalisierung von »Politik« und damit das Anknüpfen an (und das aktive Wachrufen von) Traditionen des *campanilismo* erfolgten aufgrund konkreter Anreize, die die Nachkriegssituation in Italien schufen: die Delegitimierung des Staates bei gleichzeitiger Fragilität seiner Strukturen vor Ort, und das Legitimationsbestreben antifaschistischer Akteure, die nicht wissen konnten, inwiefern die Staatsform der Zukunft ihnen Zugang zur nationalen Regierung verschaffen würde.

Die westdeutschen Parteien verharren bei einem staats-, institutionen- und konfliktzentrierten Politikbegriff und schufen somit Anreize, ordnende und soziale Handlungen im Alltag der Städte als »unpolitisches« Handeln zu markieren. Was letztlich im Nachkrieg verhandelt wurde, war die Nützlichkeit politischer Parteien für gestresste Stadtgesellschaften. Im Zuge der Entnazifizierung schärfte sich in Westdeutschland eine Konzeption »politischen« Handelns, die für das Weitermachen vor Ort nicht gerade dienlich erschien. Dies vergrößerte die Distanzen namentlich zwischen Sozialdemokraten und »anderen Deutschen«. Die Selbst- und Fremdzuschreibung »unpolitischer« Deutscher war – neben einer langen Tradition – auch eine (Wieder-)Erfindung der Nachkriegszeit, ein Produkt politischer Kommunikation zwischen den neuen parteipolitischen Akteuren und Deutschen, die sich darauf einigten, dass »politisch« *partecipolisch* meinte und in der Ferne angesiedelt war.

In Italien indes konnten sich die antifaschistischen Parteien und ihre Massenorganisationen nicht nur als sozial nützlich erweisen und zogen deshalb binnen weniger Jahre Millionen von Italienern an, sondern entwarfen sich auch in ideeller Abgrenzung zum Faschismus als zentrale Foren demokratischer Teilhabe und emanzipatorischen, patriotischen und solidarischen *citizenships* (*cittadinanza*). Kommunisten und Katholiken banden ihre politische Legitimität vor allem im Norden, dem Anspruch nach aber auch im Süden, an das sichtbare Engagement des Wahlvolks im Rahmen der Strukturen, die sie boten. Die

italienische Republik war mithin eine partizipationsbetonte und Politik bei der Graswurzel verortende Variante des *postwar model of democracy*, und darin zeigten sich die praktischen Auswirkungen des antifaschistischen Gründungsmythos, auf dem das Konzept der demokratischen *cittadinanza* fußte. Als eine Demokratie, die Politikvorstellungen der sozialen Bewegungen der 1960er und 1970er Jahre schon in der lokalen Praxis der 1940er und 1950er Jahre vorwegnahm, sollte sie mit dem Auftreten der Protestakteure vor besonderen Herausforderungen stehen.

Neben den unterschiedlichen Traditionen im Umgang mit zentraler Staatlichkeit waren zwei kontingente Faktoren für die unterschiedlichen Politikkonzepte maßgeblich, die sich in den beiden postfaschistischen Gesellschaften ausprägten. Erstens ließen die Militärregierungen in ihrer relativ kurzen Besatzungszeit den italienischen Parteien viel Raum für die Ausdehnung ihrer Organisationen und für die lokalöffentliche Selbstpräsentation, während sie in Westdeutschland genau gegenteilige Maßnahmen zur Begrenzung parteipolitischer Aktivitäten ergriffen. Zweitens bauten die neuen politischen Akteure in den italienischen Städten auf eine weitgehend intakte räumliche Infrastruktur, die sie zur Besetzung urbaner Orte und zu einem Raumbewusstsein anregte, die die »neue« Politik in einer viel intensiveren Weise symbolisch repräsentierbar machte als in den weitgehend zerstörten westdeutschen Städten.

b) Es mag nicht verwundern, dass die Ebene, auf der politische Akteure, Wähler und Öffentlichkeit demokratische Spielregeln aushandelten, vor dem Gründungshintergrund der italienischen Parteiendemokratie die *lokale* Ebene war. Um zu beurteilen, welche politischen Normen die *political society* Italiens prägten und ob sie zu gemeinsamen Werten fand, muss deshalb lokal untersucht werden, nicht nur auf der Ebene des Zentralstaats und nationaler Medien. Wo die Vielzahl an Aktivisten und Propagandisten aufeinandertrafen, wo eine Wahlkundgebung die nächste jagte, da mussten die beteiligten Akteure Ordnungsstrategien entwickeln, um das befürchtete Bürgerkriegsszenario nach 1945 zu verhindern. Schon 1946, lange bevor die Polizei ihre Reihen für den Wahlkampf vor Ort stärkte, begannen die republikanischen Kräfte mit der Unterstützung der Lokalpresse, ihre Mitglieder zu disziplinieren und einen Diskurs um die Spielregeln der Demokratie zu entfachen. Insbesondere der PCI versuchte sich über ordnende Kompetenzen vor Ort Legitimität zu verdienen. Die urbanen Wahlkämpfe der 1940er und 1950er Jahre waren Bühnen der Verhandlung »ziviler« Normen und »demokratischer« Tugenden wie Recht und Toleranz. Die spürbare Befriedung des Wahlkampfs durch die gemeinsame Absage an Gewalt als eine »faschistische« Praxis versöhnte auch die *maggioranza silenziosa* mit dem republikanischen Regime. Die anhaltenden Gewalteruptionen im Umfeld von Demonstrationen und Streiks dürfen mithin nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die italienische Parteiendemokratie gemeinsam mit dem urbanen Publikum in der Alltagskommunikation auf eine geregelte Konfliktordnung verständigte, die durchaus auf geteilten »zivilen« Werten der

Konfliktpartner beruhte und mit der »Demokratie« das Gebot der Friedlichkeit verband. Weil die Parteien Ruhe und Ordnung als *ihre* lokale Leistung betonten, band sich ihre Legitimität fortan an die Wahrung dieser Ordnung, und das sollte ihnen seit 1968 zum Verhängnis werden.

Trotz oder gerade wegen der Repräsentationskrise parlamentarischer Politik in der westdeutschen Stadt zeichnete sich die junge Bundesrepublik durch ein beachtliches Gewaltniveau aus, das aus den Polizeiakten bislang nur unvollständig rekonstruiert werden kann und in der Presseöffentlichkeit weitgehend beschwiegen wurde. Die Aushandlung des Versammlungsordnungsgesetzes und die »Fairness«-Vereinbarungen lokaler Parteiverbände gingen mit keinen lokalöffentlichen Regeldiskursen einher, und ein gewisses Gewaltniveau blieb – anders als in Italien – auch in den 1960er Jahren bestehen, aber nebulös. Westdeutsche Wähler verurteilten den Streit und die harten Gangarten am Gegenstand *verbaler* Äußerungen, die in der nationalen Medienöffentlichkeit ventiliert wurden, und darin spiegelte sich eine Demokratie, die nicht als körperliche Vor-Ort-Praxis gedacht werden konnte. Während die Italiener *mit* den Parteien demokratische Spielregeln aushandelten, taten die westdeutschen Beobachter das *gegen* die Parteipolitiker, denen sie grundsätzlich unterstellten, Anstand und gute Manieren vermissen zu lassen. Es waren bürgerliche Sitten, über die sich im westdeutschen Wahlkampfdiskurs »zivile« politische Umgangsformen verhandeln ließen. Der Begriff der »Demokratie« schien hier als Norm nicht herhalten zu können, weil er noch mit den gewaltsamen Erfahrungen der späten Weimarer Republik beschrieben war. Erst im Umgang mit den Störungs- und Gewalterfahrungen seit 1967/68 änderte sich dies, wobei sich gerade konservative Wähler angesichts der außerparlamentarischen Angriffe den Demokratiebegriff nun defensiv aneigneten. Die Aussöhnung mit Parlament und Parteien angesichts der Regelbrüche durch außerparlamentarische Akteure war eine wichtige, geradezu ironische Wirkung des westdeutschen Angriffs auf die Institutionen um »1968«.

c) Westdeutsche Wahlbürger beschrieben sich als ein rational-distanzierter Souverän. Sie prämierten zum einen Leistung und Erfolge der (exekutiven) Politik. Zum anderen diente ihnen der Verweis auf den »gesunden Menschenverstand« als Argument, um sich von vermeintlich dogmatischen Parteien abzugrenzen und sich gegenüber ihren politischen Vertretern als klüger zu gerieren. Gerade die SPD diente als Gegenbild eines Wahlvolks, das sich in seiner Selbstdarstellung nicht als autoritätshörig erwies, sondern geradezu antiautoritär auftrat und Parteien mit straffen Hierarchien und mediokren Führungsstäben in Verbindung brachte. Als politische Akteure, so lautete die Botschaft schon in den 1950er Jahren, bedurften westdeutsche Wahlbürger keiner Autoritäten mehr. Es war ein *kritisches* Wahlvolk, das sich in der Bundesrepublik zu Wort meldete, und darin lag in seinen Augen die Lehre aus dem »Dritten Reich«.

Wenn die CDU unter solchen Wählern Erfolge feierte, dann hing das auch damit zusammen, dass sie deren Selbstbild in der politischen Kommunikation

geschickt spiegelte, während die SPD ihnen im Modus moralischer und intellektueller Überlegenheit gegenübertrat. Ihre Kommunikationsangebote brachten eine tiefe Skepsis gegenüber jener Figur zum Ausdruck, für die sich der Wahlkampf überhaupt lohnte: Der »Wechselwähler« war nicht nur, aber vor allem der SPD suspekt, weil er kein Rückgrat zu haben schien. Solche persistenten Animositäten gegenüber den als »unpolitisch« beschriebenen Wählern verhinderten in den 1940er und 1950er Jahren eine funktionierende Face-to-face-Kommunikation in der Bundesrepublik. Im Gegensatz zu PCI und DC richtete vor allem die SPD ihre direkte Ansprache vor Ort nicht auf *neue*, unbekannte Wählerinnen und Wähler aus, sondern operierte vor dem Hintergrund von Milieulogiken, die den Wohnbedingungen der westdeutschen Städte kaum noch entsprachen. Die Öffnung für professionelle Expertise führte zu einer pragmatischen Neuausrichtung der Kommunikationsformen, vernichtete aber nicht immer alte Ressentiments gegenüber dem »unpolitischen« Wahlvolk, vor allem an der sozialdemokratischen Basis.

Die Grenzen der wechselseitigen Satisfaktionsfähigkeit zeigten sich auch auf den Wahlversammlungen: Mit Wählern zu sprechen, war hier bis in die Mitte der 1960er Jahre nicht das zentrale Ziel von SPD und CDU. Stattdessen ergingen sie sich im gegenseitigen Schlagabtausch. Die Bedeutung der elektronischen Massenmedien und der sich seit Ende der 1950er Jahre entfaltenden »kritischen Öffentlichkeit« lag darin, die westdeutschen Parteien langsam an einen »neutralen« dritten, deshalb aber keineswegs »unpolitischen« oder desinteressierten Sprecher zu gewöhnen, und damit einem Wahlvolk die Bühne zu öffnen, das den »gesunden Menschenverstand« für sich reklamierte und deshalb keine Verständigungsformen mit einer pädagogischen Parteiendemokratie fand. Von Anbeginn nahm zudem die Lokalpresse in westdeutschen Städten den Status als unabhängige Sprecherin und Agentin der Wähler an, ventilierte das Sachlichkeits- und Nüchternheitsideal von Politik und bildete das Forum für die Lokalisierung politischer Kommunikation seit den 1960er Jahren und die Popularisierung der Parteiendemokratie seit 1969. Das Verständnis der Lokalredakteure als unabhängige Sprecher war dafür grundlegend, auch wenn ihre Kontakte zum lokalen »Establishment« seit den 1960er Jahren immer enger wurden.

Im italienischen Wahlkampfdiskurs waren skeptische oder »unabhängige« Wähler hingegen kaum zugegen. Beobachter aus dem Umfeld von *La Stampa* stimmten früh einen kritischen Diskurs um die *partitocrazia* an, der den Parteien vorwarf, das Parlament und die staatlichen Institutionen zu usurpieren. Doch solange die *maggioranza silenziosa* schweigsam blieb, äußerte sich im politischen Kommunikationsgeschehen kein kritischer, sich in Distanz zur *ganzen* Parteiendemokratie positionierender Souverän, wie es in der Bundesrepublik der Fall war. Auf Dauer sollte sich dies als kontraproduktiv für die Parteiendemokratie erweisen, weil sie sich so nicht in Kommunikationsformen üben konnte, die sie mit kritischen Wählern ins Gespräch brachte. Maßgeblich dafür verantwortlich war die italienische Medienlandschaft. Selbst die sogenannte unabhängige

Presse war im Zweifel stets antikommunistisch und als solche tendenziös. Auch das Fernsehen konnte den Parteien keinen neuen Kanal zu einer Wählerschaft eröffnen, die sich außerhalb der Strukturen der Parteiendemokratie ein Bild von der Welt machte, da es anders als in Westdeutschland nicht als autonomes System gesellschaftlicher Selbstbeobachtung begriffen wurde, sondern als Instrument der DC. Was die Italiener wollten und wer sie waren, meinten die Parteien vor allem vor Ort selbst am besten zu wissen. Unter den Bedingungen politisierter Medien erhielt der ›kritische‹ Souverän – also jener, der in der politischen Kommunikation nicht offen einer Partei zuneigte – erst in den 1970er Jahren Repräsentationsraum, nutzte diesen dann aber wesentlich zur Delegitimierung der Parteiendemokratie, nicht zu ihrer kritisch-rationalen Kommentierung wie in der Bundesrepublik.

d) Ob und wie ein ›modernes Lebensgefühl‹ zur Verinnerlichung demokratischer Werte beitrug, ist empirisch schwer zu beantworten. Was für die westdeutsche Gesellschaft allerdings konstatiert werden kann, ist eine belebende Wirkung von Kommerzialisierungsprozessen auf die direkte Kommunikation zwischen Wählern und ›Establishment‹ in den 1960er Jahren. Indem CDU und SPD begannen, sich dem Wähler in vertriebsähnlichen Situationen als einem freien Marktteilnehmer zu nähern, und indem sie ihre Treffpunkte und Formate an die urbane Freizeit- und Erlebnisgesellschaft anpassten, signalisierten sie den Wählern, dass die Politik ihnen *dienen* wollte, anstatt sie zu erziehen. Vertrauensbildend war diese neue Präsentation zudem, weil sie zeigte, dass Politik ein ›ziviles‹ Gewand annahm und nicht mehr im Zeichen von ›Kampf‹ und Stärkedemonstration stand. Erst so wurde parlamentarische Politik wieder im urbanen Raum repräsentierbar. Die kulturelle Amerikanisierung im Sinne der Adaption von Marktlogiken und der Anpassung des urbanen politischen Kommunikationsgeschehens an die Massenkonsumgesellschaft kreierte somit neue urbane Treffpunkte und Umgangsformen zwischen westdeutschen Wählern und der Parteipolitik. Sie schuf Vertrauen in die Dienstbarkeit der parlamentarischen Demokratie.

In dieser Hinsicht war die Bundesrepublik ›westernisierungsfreudiger‹ als Italien, wo die materiellen Wirkungen des Booms ungleicher verteilt und schwerer sichtbar, die Vorbehalte der Parteien gegenüber der Vermarktlichung von Politik ausgeprägt und die Haltung zum Massenkonsum ambivalent waren. Entscheidend war letztlich nicht der Einfluss transatlantischer Ideengeber, sondern die Offenheit dafür, den Wähler als einen gegenüber dem Geschmack und den Traditionen politischer Parteien autonomen Konsumenten, als veränderten Akteur im politischen Kommunikationsprozess, zu denken. Hinzu kam, dass sich die erfolgreichen Legitimationscodes der jungen antifaschistischen Parteiendemokratie als Last erwiesen. Experimente mit neuen Formen politischer Kommunikation waren in Italien stets als Zeichen wachsender Legitimationsschwierigkeiten der partizipativen, graswurzelartig gewachsenen und auf den Piazza-Plebiszit bauenden Parteiendemokratie interpretierbar.

e) Traditionsbewusst zeigten sich auch die italienischen Protestakteure, die es seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre ebenso auf die Piazza zog wie die Akteure der Parteiendemokratie. Auch die Mobilisierung an der Graswurzel und die direkten, selbstorganisierten Formen außerparlamentarischer und feministischer Politik seit 1969 ähnelten den Aktionsformen, mit denen sich die antifaschistischen Parteien und insbesondere der PCI einst als neue Herrscher vor Ort inszeniert und Kontakte zum Wahlvolk geknüpft hatten. Die Protestakteure forderten das ›System‹ dadurch auf andere Weise heraus als in der Bundesrepublik: Sie griffen die antifaschistische Parteiendemokratie an ihren Wurzeln an und stellten ihre Legitimationscodes symbolisch ausdrücklich in Frage. Den PCI motivierten sie dadurch zu einer widersprüchlichen Strategie: der Rückkehr zu alten Tugenden im Geiste der revolutionären Formensprache bei gleichzeitiger Abwehr der Angriffe durch die linken und rechten Radikalen, wobei er sich auf den Weg zur »Ordnungspartei« begab und das moderate Publikum begann, die »antifaschistischen« Traditionen gegen die Linksradikalen zu verteidigen. Die einst klaren Fronten verwischten sich im urbanen Wahlkampfgeschehen der italienischen 1970er Jahre, als es von der Alltagsgewalt junger linker und neo-faschistischer Radikaler überschattet wurde.

Das Repertoire der westdeutschen Protestakteure war vor dem Hintergrund der politischen Traditionen der Bundesrepublik tatsächlich neuer, die Herausforderung durch die APO deshalb nicht so explizit auf den symbolischen Angriff gegen die Parteiendemokratie ausgelegt. Da CDU und SPD der APO zähneknirschend Raum überließen und sich auf die neuen Wahlkampfakteure und ihre Störungen einstellten, konnten sie vor den Augen des Publikums durchaus beweisen, den Angriffen gewachsen zu sein, und sich dabei als die ›faireren‹ Demokraten erweisen. Die wesentliche Bedeutung der APO für das politische Kommunikationsgeschehen lag sodann in seiner Diskursivierung. Studenten bereiteten der Debatte von Sachthemen den Boden, die fortan zum Emblem des Wahlkampfes wurde. Als eine kontrovers diskutierende, dem politischen Konflikt einen performativen Ausdruck gebende Demokratie zeigte sich die Bundesrepublik erst, nachdem sich die APO in den Wahlkampf eingeschaltet hatte. In vieler Hinsicht erwies sich ›1968‹ damit als eine Art Steigbügelhalter des westdeutschen ›Establishments‹, das dank ihrer Impulse besser als je zuvor mit dem Wahlvolk in Kontakt kam.

War die ›Erweiterung des Politischen‹ im Hinblick auf das Repertoire politischer Kommunikation also eindeutiger ein westdeutsches denn ein italienisches Phänomen, ist sie für beide Demokratien insofern missverständlich, als sie auf außerparlamentarische Räume verweist. Die spezifischen Wirkungen der Protestakteure ergaben sich aber aus ihrer Kommunikation mit dem professionellen Politikbetrieb und mit den Wählern. In Italien wie der Bundesrepublik schalteten sie sich aktiv in den Wahlkampf ein, wirkten südlich der Alpen aber delegitimierender, während sie nördlich der Alpen die kommunikative Blüte der Parteiendemokratie wesentlich verantworteten. In beiden Gesellschaften nahmen die

Wahlbürger zudem die Partizipations- und Emanzipationsimpulse und die Institutionenkritik der Protestakteure in eigen-sinniger Weise auf. Die westdeutsche Parteiendemokratie reagierte offener darauf als die italienische. Die Diskursivierung politischer Kommunikation hatte südlich der Alpen enge Grenzen, weil die Parteien im Grunde nur sich selbst und den »Experten« ein erstgemeintes Rederecht in politischen Sachfragen einräumten. Dass der PCI am ehesten die partizipativen Impulse von außen in der politischen Alltagskommunikation abzubilden versuchte, war zum einen nicht wirklich revolutionär, hatte er sich doch schon in den 1940er Jahren darauf verstanden und begriff Partizipation und Emanzipation ohnehin als seine Kernkompetenzen. Zum anderen verbot der Antikommunismus weiten Teilen des moderaten Publikums, auf partizipative Praktiken in der politischen Alltagskommunikation zu reagieren, wenn sie wesentlich vom PCI ausgingen. In vieler Hinsicht war die Existenz der größten Kommunistischen Partei vor den italienischen Haustüren der zentrale Bedingungsfaktor für die kommunikative Herstellung und Darstellung der parlamentarischen Demokratie Italiens: Vieles, was in der Bundesrepublik euphorisch als Zeichen der »Demokratisierung« der Zivilgesellschaft gelesen werden kann und konnte, war in Italien als »kommunistische« Praxis interpretierbar – und das machte die italienische Demokratie zu einer, die in den Deutungsschemata des Kalten Krieges nicht für Erfolgsgeschichten taugte.

Das Buch hat sich nicht nur für Vorstellungen politischer Legitimität in zwei postfaschistischen Demokratien interessiert, sondern auch für das Lokale als ein *politisches Handlungs- und Deutungsfeld* der Parteiendemokratie. Dabei ging es weniger um lokale Identitäten, sondern um die Funktionen des Lokalen für die Verständigung zwischen Wahlvolk und Parteiendemokratie. Sie haben sich in vieler Hinsicht erwiesen. Erstens diente die Stadt – und namentlich das sozialdemokratisch regierte Hamburg und das kommunistisch verwaltete Bologna – als Projektionsfläche für die (avisierte) Homogenität des Wahlvolks im Konsensliberalismus. Italiener wie Deutsche traten als Wahlbürger gern in der Rolle als Hamburger oder Bologneser, Ulmer oder Bareser auf beziehungsweise wurden von den Parteien zunehmend als solche angesprochen – und dies legte nahe, dass sie *ähnliche* Bedürfnisse hatten. Soziale und politische Konflikte und Trennlinien wurden so in der urbanen politischen Kommunikation permanent camouffliert, wobei ein spürbarer Schub dieser Lokalisierung und lokalen Vermarktung angehender Volksparteien in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre einsetzte und über die 1960er Jahre andauerte, um nach 1968 abzuebben. Der Bologneser PCI war als lokale und regionale Regierungspartei Teil der kommunikativen Herstellung von Legitimität als Volkspartei im Zeichen des Konsensliberalismus.

Die Stadtgesellschaft war zudem als lokale Öffentlichkeit eminent bedeutsam bei der Durchsetzung demokratischer Spielregeln und der Herstellung von Friedlichkeit im politischen Wettbewerb. In Italien wie der Bundesrepublik konnte die lokale »politische Kultur« als Chiffre für Zivilität dienen, und in beiden Gesellschaften wirkte der Verweis auf das lokale Publikum als ein

Disziplinierungsinstrument, mit dem Parteifunktionäre ihre Basis zur Zurückhaltung aufforderten. Auch die ›Modernisierung‹ politischer Kommunikation namentlich in der SPD war, wie der Blick auf Hamburg zeigt, im Zuge lokaler Lernprozesse bereits wesentlich durchgesetzt, bevor die Parteizentrale diesen Weg einschlug.

Für die Herstellung politischer Legitimität war das Lokale – trotz des formal reineren Verhältniswahlrechts – in Italien insgesamt bedeutsamer, weil die Wahlbürger hier schon in den 1940er Jahren nicht nur den materiellen Wohlstand der lokalen *community* an einzelne Parlamentskandidaten binden konnten, sondern basisdemokratische Argumentationen an den Tag legten, die sich gut in die ›Demokratie der Wähler‹ als einer dienstbaren Konfiguration von Demokratie einfügten. Interessanterweise nahm die Bedeutung des Lokalen als Ort, wo die Demokratie ihre Leistungsfähigkeit erwies, und namentlich der Lokalkandidaten auch in der Bundesrepublik in den 1960er Jahren zu, wobei westdeutsche Wähler ähnlich zu argumentieren begannen wie italienische, wenn sie sich für einen gewissen Lokalkandidaten einsetzten, den sie kannten und vertrauten. So sehr der Klientelismus als parochiale italienische Tradition gelten mag – in der politischen Kommunikation konnten personale und parochiale Kanäle im Namen der Demokratie auch ein besonderes Identifikationspotenzial bieten und eine besondere Bürgernähe der Parlamentarier verbriefen, in der Bundesrepublik nicht minder als in Italien.

Als ein politisches *Kommunikationsfeld* war das Lokale sodann nicht von einem zunehmenden Bedeutungsverlust durch die Medialisierung gekennzeichnet, auch wenn sich die Wahlkampagnen der Parteizentralen mehr und mehr auch im Fernsehen abspielten. Das Phasenmodell der Politischen Kommunikationswissenschaft erweist sich im deutsch-italienischen Vergleich schon für die 1940er und 1950er Jahre als zu schablonenhaft. In Italien fand politische Kommunikation vor 1960 tatsächlich in erster Linie über direkte Kanäle, über Aktivisten und Kandidaten, statt. In der Bundesrepublik hingegen waren die Animositäten gegenüber der Präsenz von Politik im lokalen Alltagsraum und gegenüber Wählern, die man nicht mehr kannte, zu ausgeprägt, als dass politische Face-to-face-Kommunikation eine zentrale Rolle hätte spielen können. Konträr zu den Annahmen der Politischen Kommunikationswissenschaft wurden direkte Kontakte in westdeutschen Städten erst mit der Einführung des Fernsehwahlkampfes wichtiger, weil Parteien so ihre Sprechermacht gegenüber der »kritischen Öffentlichkeit« verteidigen wollten. Geradezu unabdingbar wurde das Lokale als Ort der Face-to-face-Kommunikation aber in den politisierten und polarisierten 1970er Jahren in beiden Demokratien, wobei sie in der Bundesrepublik nun aufblühte. Das Legitimationsmuster der ›Bürgernähe‹ brauchte auch im Fernsehzeitalter das Lokale, um die Parteiendemokratie mit dem partizipativen Zeitalter kompatibel zu machen.

Politisierung und Polarisierung im Umfeld der Parteiendemokratie zeigten sich in den 1970er Jahren anhand von Praktiken, die jenen ähnelten, die südlich

der Alpen schon in den 1940er und 1950er Jahren verbreitet gewesen waren: der Kampf um Repräsentationsraum, ein bewusst partizipativer Anstrich der Parteiendemokratie, »kapillare«, auf soziale Vernetzung und Alltagssituationen setzende Kommunikation. Die Geschichte urbaner politischer Kommunikation ist mithin nur begrenzt eine Geschichte der »Modernisierung« – und auch keine Geschichte des Protagonismus außerparlamentarischer Akteure. Vielmehr ging ein gewisses Maß an Politisierung und Konfliktbereitschaft nach 1945 stets mit ähnlichen lokalen Praktiken der Mobilisierung, Repräsentation und Kommunikation einher, die auch im Rahmen der Parteiendemokratie ihren Platz hatten.

Vor wie nach 1968 sollten Innovationen in der Wähleransprache, die mit einer Erweiterung klassischer Politikkonzepte einhergingen, interessanterweise stets vor allem weibliche Wähler erreichen. Das galt für die *propaganda capillare* wie für ähnliche Formen des Wahlkampfes in den häuslichen vier Wänden in der Bundesrepublik der 1970er Jahre, und es galt für die begrenzten, aber doch beachtlichen Anpassungen des PCI an den lokalen und massenmedialen Unterhaltungsmarkt durch Modenschauen oder Schönheitswettbewerbe. Auch in der Bundesrepublik trieben Frauen als Kommunikationsziel die Erfindung neuer Formate voran, die das enge Feld des Politischen transzendierten und demokratische Politik mit der Alltagswelt verbanden.

Problematisch wurde in den 1970er Jahren für beide Republiken die Koinzidenz von Politisierung, Partizipationsmanie und wachsender Professionalisierung und Medialisierung politischer Kommunikation. In dem Maße, wie sich die Parteizentralen der professionellen Expertise der empirischen Sozialwissenschaften und der Werbeberater öffneten und dabei im Zeichen der »Individualisierungs«-Diagnose auf breite Anschlussfähigkeit setzten, wuchsen bezeichnenderweise ihre Distanzen zu Wahlbürgern, die sich zunehmend weniger ernst genommen fühlten – so jedenfalls die lokalöffentlichen Diskurse, die sich in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre durchsetzten. Sie verlangten jeweils auf spezifische Weise eine (Re-)Politisierung parteipolitischer Kommunikation, eine Rückbesinnung auf ideologische Kerne und eine eindeutige Abgrenzung der großen Konfliktpartner voneinander – und forderten damit Kommunikationsbedingungen ein, die jenen der 1950er Jahre überaus ähnlich waren. Dass der Vorwurf der »Depolitisierung« und die Diagnose fehlender Inhalte und verlorener Markenkerne die westdeutschen und italienischen Parteien selbst zu treffen begannen, war die ironische Moral einer Geschichte, die als demokratisches Erziehungsprojekt der Wahlbürger durch antifaschistische Parteien begonnen hatte. Wenn Ende der 1970er Jahre ein Zeitalter parlamentarischer Demokratie zu Ende ging, dann auch, weil Wahlbürger die Lehren der Parteien in vieler Hinsicht übernommen hatten – dahingehend hatte sich die Parteiendemokratie in den postfaschistischen Republiken durchaus als erfolgreich erwiesen.

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
Abt.	Abteilung
ACBO	Archivio Comunale di Bologna
ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik
ACLI	Associazioni Cristiane Lavoratori Italiani
ACS	Archivio centrale dello Stato
ADK	Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
AE	Archiveinheit
AGS	Atti di Gabinetto del Sindaco
Anl.	Anlage
APO	Außerparlamentarische Opposition
ARD	Allgemeine Rundfunkanstalt Deutschlands
ASBA	Archivio di Stato di Bari
ASBO	Archivio di Stato di Bologna
AWO	Arbeiterwohlfahrt
b.	busta (Mappe)
BDM	Bund Deutscher Mädel
BDV	Bremer Demokratische Volkspartei
BHE	Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
Bl.	Blatt
BR	Brigate Rosse
CC	Comitato Comunale (Stadtkomitee)
CENSIS	Centro Studi Investimenti Sociali
CDU	Christlich-Demokratische Union
CF	Comitato Federale (Verbandskomitee)
CGIL	Confederazione Generale Italiana del Lavoro
CIF	Centro Italiano Femminile
CISL	Confederazione Italiana Sindacato Lavoratori
CLN	Comitato di Liberazione Nazionale
CP	Comitato Provinciale (Provinzkomitee)
DC	Democrazia Cristiana
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFU	Deutsche Friedens-Union
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
Dok.	Dokument
DP	Deutsche Partei
DRP	Deutsche Reichspartei
DVP	Demokratische Volkspartei
ENAL	Ente nazionale assistenza lavoratori
fasc./Fasz.	fascicolo/Faszikel
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
FGCI	Federazione Giovanile Comunista Italiano
FGER	Fondazione Gramsci Emilia-Romagna
FGPU	Fondazione Gramsci di Puglia
GAB	Gabinetto (Kabinett)
GCLO	German Civil Labour Organisation
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

GIL	Gioventù italiana del Littorio
HH	Hamburg
IDK	Internationale der Kriegsgegner
ILS	Istituto Luigi Sturzo
IR	Informazioni riservate (vertrauliche Informationen)
JUSO/Jusos	Jungsozialisten
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KV	Kreisverband
LO	Landesorganisation
ltd.	leitende(r)
LV	Landesverband
MI	Ministero dell'Interno
Mp.	Mappe
MSI	Movimento Sociale Italiano
NL	Nachlass
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NWDR/NDR	Nordwestdeutscher Rundfunk/Norddeutscher Rundfunk
o. A.	ohne Adressaten
o. D.	ohne Datum
o. J.	ohne Jahr
o. P.	ohne Paginierung
OV	Ortsverband
PCI	Partito Comunista Italiano
PCI (m-l)	Partito Comunista Italiano (marxista-leninista)
PLI	Partito Liberale Italiano
PNF	Partito Nazionale Fascista
PNM	Partito Nazionale Monarchico
PP	Partiti politici
PPI	Partito Popolare Italiano
PSDI	Partito Socialdemocratico Italiano
PSI	Partito Socialista Italiano
PSIUP	Partito Socialista Italiano di Unità Proletaria
Prot. N.	Numero di Protocollo (Protokollnummer)
PV	Parteivorstand
RAF	Rote Armee Fraktion
RAI	Radiotelevisione Italiana
RSI	Repubblica Sociale Italiana
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
sfasc.	sottofascicolo (Unterfaszikel)
SFG	Sozialistische Freie Gewerkschaft
SP	Segreteria Politica (Politisches Sekretariat)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPES	Servizio propaganda e stampa (Propaganda- und Pressedienst der DC)
SRP	Sozialistische Reichspartei
StAHH	Staatsarchiv Hamburg
StAU	Stadtarchiv Ulm
Tab.	Tabelle
UA	Unità archivistica (Archiveinheit)
UDI	Unione Donne Italiane
UDN	Unione Democratica Nazionale
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
vol.	volume (Band)
Vors.	Vorsitzende/r

Verzeichnis der Abbildungen, Grafiken und Tabellen

Umschlag:	Die Plakatkleberin als Ikone des italienischen Wahlkampfes. Titelblatt der kommunistischen Wochenzeitung <i>Vie Nuove</i> , Nr. 19/1953 vom 10.5.1953, bereitgestellt von der Fondazione Gramsci Emilia-Romagna	
Abb. 1:	Kommunistische Genossen in der PCI-Sektion von Molfetta (Provinz Bari), Fotografie von Fotostampa Marzocco, 1960 (Datierung des Archivs). Fondazione Gramsci di Puglia, Fondo fotografico	48
Abb. 2:	SPD-Straßenwahlkampf in Köln, 1953 (Datierung des Archivs). Genossen fahren, Flugblätter abwerfend, auf einem Lautsprecherwagen durch die Stadt. Fotografie von Jupp Darchinger. Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, Fotoarchiv Jupp Darchinger © J. H. Darchinger/Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn	130
Abb. 3:	Kommunistische Genossinnen, die <i>Unità</i> lesend, 1953 an einem Wahlkampfstand auf den Straßen Bolognas (Datierung und Ortsangabe des Archivs). Die Fotografie ist aller Wahrscheinlichkeit nach gestellt. Fondazione Gramsci Emilia-Romagna, Raccolta fotografica del fondo Luigi Arbizzani	137
Abb. 4:	Rede des Nationalsekretärs der DC, Amintore Fanfani, auf der Abschlusskundgebung der DC in Bari im Wahlkampf 1958, 25. Mai 1958 (Datierung des Archivs), Fotografie von Studio fotografico Ficarelli. Fondazione Gramsci di Puglia, Materiali di studio su Vitantonio Lozupone	159
Abb. 5:	Inszenierung des italienischen Wahlkampfes als urbanes Publikumsereignis. Titelblatt der kommunistischen Wochenzeitung <i>Vie Nuove</i> , Nr. 23/1953 vom 7.6.1953, bereitgestellt von der Fondazione Gramsci Emilia-Romagna	238
Abb. 6:	Info-Stand der SPD im Wahlkampf 1972 in Bonn. Direktkandidat MdB Freiherr Wilderich Ostmann von der Leye im Gespräch mit einer Wählerin, Werbematerial feilbietend. Fotografie von Jupp Darchinger. Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, Fotoarchiv Jupp Darchinger © J. H. Darchinger/Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn	336
Abb. 7:	Die letzte Fotografie des Pressefotografen Ewald Kley von der NPD-Wahlkundgebung in der Donauhalle in Ulm im November 1967 erschien in mehreren Tageszeitungen der Region, hier abgedruckt in der <i>Neu-Ulmer Zeitung</i> vom 20. November 1967. © Südwest Presse Ulm, Fotograf: Ewald Kley	438
Abb. 8:	Fotografien versammelter Massen tauchen im Wahlkampf 1976 in der westdeutschen Tagespresse auf, so in Ulm. Fotografie von Maria Müssig, abgedruckt in der <i>Südwest-Presse</i> vom 22. September 1976. © Südwest Presse Ulm	461

Abb. 9:	Diskussionslust auf westdeutschen Wahlkampfstraßen, dokumentiert durch die Lokalpresse: Foto abgedruckt unter der Schlagzeile „Politischer Schlagabtausch in der Hirschstraße“, Fotografie von Rueß, abgedruckt in der <i>Schwäbischen Zeitung</i> vom 13. September 1976. © Schwäbische Zeitung Ravensburg	474
Grafik 1:	Wahlkundgebungen in Bari, 26.–31. Mai 1953, Teilnehmerzahlen	158
Grafik 2:	SPD-Wahlveranstaltungen in Hamburg 1957	171
Grafik 3:	Beantragte Stellplätze für Großraumplakatwerbung während der Bundestagswahl 1961 im Bezirk Hamburg-Nord	192
Tab. 1:	Mitgliederzahl der größten Parteien, 1944–1952	92
Tab. 2:	Wahlkundgebungen in Stadt und Provinz, 18.–24. Mai 1953	155
Tab. 3:	Konsumausgaben, 1960–1980	344
Tab. 4:	Pkw pro 1 000 Einwohner, 1950–1980	344
Tab. 5:	Fernsehgeräte pro 1 000 Einwohner, 1960–1990	361
Tab. 6:	Stimmenanteil der größten Parteien in Prozent aller Wahlberechtigten und amtliche Wahlergebnisse der beiden größten Parteien	418

Quellen und Literatur

I. Archivalische Quellen

1. Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (AdsD)

Abt. I

Nachlass Fritz Erler (NL Erler)

Nachlass Karl Anders (NL Anders)

Nachlass Peter Blachstein (NL Blachstein)

Abt. III

SPD-Kreisverband Hamburg-Altona (SPD-KV Altona)

SPD-Landesorganisation Hamburg (SPD-LO HH)

SPD-Parteivorstand, Alter Bestand (SPD-PV AB)

Frauenbüro

Pressestelle

Werbung und Propaganda

SPD-Parteivorstand, Neuer Bestand (SPD-PV NB)

Öffentlichkeitsarbeit – Referat Werbetechnik

2. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin (ACDP)

Christlich-Demokratische Union, Bundespartei – Wahlen 1948–1998 (07–001)

Christlich-Demokratische Union, Kreisverband Hamburg-Nord (02–155)

Christlich-Demokratische Union, Landesverband Hamburg (03–010)

3. Archivio centrale dello Stato, Rom (ACS)

Fondo Aldo Moro (NL Moro)

Ministero dell'Interno, Gabinetto (MI-GAB)

Ministero dell'Interno, Gabinetto, Partiti politici (MI-GAB, PP)

4. Archivio comunale di Bologna (ACBO)

Atti di Gabinetto del Sindaco (AGS)

5. Archivio di Stato di Bari (ASBA)

Prefettura, Gabinetto, Terzo versamento (PR-GAB)

6. Archivio di Stato di Bologna (ASBO)

Democrazia Cristiana, Comitato Comunale di Bologna (DC, CC)

Democrazia Cristiana, Comitato Provinciale di Bologna (DC, CP)

Democrazia Cristiana, Comitato Regionale dell'Emilia-Romagna (DC, CR)

7. Bundesarchiv Koblenz (BA), Bildarchiv

B 145

8. Fondazione Gramsci Emilia-Romagna, Bologna (FGER)

Partito Comunista Italiano, Federazione provinciale di Bologna (PCI-BO)

Congressi provinciali, 1945–1991 (PCI-BO, CP)

Comitato federale, 1946–1989 (PCI-BO, CF)

Segreteria, 1948–1991 (PCI-BO, SE)

Comitato esecutivo. Verbali, 1948–1956 (PCI-BO, CE)

Commissioni, sezioni di lavoro e dipartimenti, 1945–1991 (PCI-BO, CSD)

Elezioni e referendum, 1946–1990 (PCI-BO, ER)

PCI-BO, Subfondo: Istituto di studi Anselmo Marabini, 1949–1968

9. Fondazione Gramsci di Puglia, Bari (FGPU)

Partito Comunista Italiano, Comitato Regionale della Puglia (PCI-CR)

Partito Comunista Italiano, Federazione provinciale di Bari (PCI-BA)

Partito Comunista Italiano, Sezione di Canosa di Puglia (PCI-Canosa)

10. Istituto Luigi Sturzo, Rom (ILS)

Democrazia Cristiana, Segreteria Politica (DC, SP)

Democrazia Cristiana, Uffici centrali del partito (DC, UC)

Democrazia Cristiana – Comitato provinciale di Bari (DC Bari)

Fondo Mario Scelba (NL Scelba)

11. Staatsarchiv Hamburg

331-1 II Polizeibehörde II

621-1/144 Norddeutscher Rundfunk

12. Stadtarchiv Ulm (StAU)

B 006/10

B 111/8

B 111/9

B 123/1322

E 201 CDU

E SPD-Ortsverein Ulm

G 6 I 2.2.1

II. Zeitungen, Zeitschriften und stenographische Berichte

Atti del Consiglio Comunale di Bologna

Badische Neueste Nachrichten

Badische Zeitung

Bergedorfer Zeitung [Hamburg]

Blankeneser Kurier [CDU Hamburg]

Das deutsche Wunder [SPD]

Das Neue Journal

Democrazia Cristiana. Bollettino organizzativo (della Direzione Centrale)

Democrazia Cristiana. Bollettino della direzione del partito

Der Pfälzer. Wochenzeitung für christliche Politik und Kultur

Der Spiegel

Deutsche Zeitung

Deutschland-Union-Dienst [CDU]

Die Welt

Die Zeit

Due Torri [PCI Bologna]

Elbe-Kurier [CDU Hamburg]

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Gazzetta del Mezzogiorno

Giornale dell'Emilia

Hamburger Abendblatt

Hamburger Echo [SPD]

Hamburger Morgenpost

Hamburger Nachrichten-Blatt

Hannoversche Presse

Harburger Anzeigen und Nachrichten [CDU Hamburg]

Il Dibattito [PCI Bari]
 Il Popolo [DC]
 Il Resto del Carlino
 Junge Stimme
 L'Attivista di partito [PCI]
 L'Avvenire d'Italia
 L'Espresso
 L'Ora d'Italia
 L'Unità [PCI]
 La Lotta [PCI Bologna]
 La Stampa
 Life
 Main-Echo
 Mitteilungsblatt für den Stadtkreis Hamm und Landkreis Unna
 Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte
 Neue Zeitung
 Neuer Hannoverscher Kurier
 Neu-Ulmer Zeitung
 Noi Donne [PCI]
 Progresso d'Italia [PCI]
 Quaderno dell'attivista [PCI]
 Schwäbische Donauzeitung
 Schwäbische Zeitung
 Sozialist [SPD Hamburg]
 Stuttgarter Zeitung
 Süddeutsche Zeitung
 Südwest Presse
 Union in Deutschland [CDU]
 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte
 Vie Nuove [PCI]

III. Online-Quellen

Christliche Demokraten Kölns: Kölner Leitsätze. Vorläufiger Entwurf zu einem Programm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Köln 1945, online unter: <http://www.kas.de/wf/de/191.172/> [letzter Zugriff am 24.11.2016].
http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere_bundestagswahlen/ [letzter Zugriff am 31.8.2015].
 Kühne, Konrad: Union in Deutschland (UiD), URL: <http://www.kas.de/wf/de/71.9061/> [letzter Zugriff am 18.08.2014].
 Ministero dell'Interno: Archivio storico delle elezioni – Risultati referendum del 1946, <https://elezionistorico.interno.gov.it/index.php?tpel=F&dtel=02/06/1946&tpa=I&tpc=P&lev0=0&levsut0=0&lev1=7&levsut1=1&lev2=26&levsut2=2&ne1=7&ne2=26&es0=S&es1=S&es2=N&ms=S> [letzter Zugriff am 29.07.2018]

IV. Graue Literatur

Christlich-Demokratische Union Deutschlands (Hrsg.): Deutsches Volk!, Berlin 1945.
 Christlich-Demokratische Union, Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.): Kritisches Fernsehen. Ein Leitfadens. Regiebuch, o. O., o. J. [1976].
 Democrazia Cristiana – SPES (Hrsg.): Ai cattolici d'Italia, Rom 1953.

- Democrazia Cristiana – SPES (Hrsg.): *Lavoratore, per chi voterai?*, Rom 1953.
- Democrazia Cristiana – SPES (Hrsg.): *La SPES per le elezioni del 7 maggio 1972*, Rom 1973.
- Partito Comunista Italiano (Hrsg.): *Almanacco PCI '72*, Rom 1971.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Propagandareferat (Hrsg.): *Der sozialdemokratische Wahlhelfer*, Bonn 1953.
- [Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Parteivorstand], Referat Presse (Hrsg.): *Gegen die SPD gerichtete Kräfte und Einflüsse beim Bundestagswahlkampf 1953*, Bonn 1954.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Parteivorstand (Hrsg.): *Mitglieder werben – aber wie? Anleitungen für die Mitgliederwerbung*, Bad Godesberg 1967.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Parteivorstand, Abt. Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): *Handbuch für Kandidaten und Wahlkampfleiter. Bundestagswahl '72*, Bonn o. J.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Ortsverein Ulm: *90 Jahre Sozialdemokratie Ulm. Die Arbeiterbewegung in unserer Stadt*, Ulm 1980.

V. Gedruckte Quellen & Literatur

- Abgeordnete des Deutschen Bundestages. *Aufzeichnungen und Erinnerungen*, hrsg. v. Deutschen Bundestag, Bd. 2: Curt Becker, Franz Marx, Ernst Paul, Hans Schuetz, Elisabeth Schwarzhaupt, J. Hermann Siemer, Anton Storch, Boppard am Rhein 1983.
- Abgeordnete des Deutschen Bundestages. *Aufzeichnungen und Erinnerungen*, hrsg. v. Deutschen Bundestag, Bd. 3: Ilse Elsner, Hugo Karpf, Wilderich Freiherr Ostman von der Leye, Elisabeth Pitz-Savelsberg, Dietrich-Wilhelm Rollmann, Boppard am Rhein 1985.
- Abgeordnete des Deutschen Bundestages. *Aufzeichnungen und Erinnerungen*, hrsg. v. Deutschen Bundestag, Bd. 4: Hermann Barche, Maria Jacobi (Marl), Georg Kurlbaum, Lucie Kurlbaum-Beyer, Friederike Mulert, Rudolf Vogel, Boppard am Rhein 1988.
- Abgeordnete des Deutschen Bundestages. *Aufzeichnungen und Erinnerungen*, hrsg. v. Deutschen Bundestag, Bd. 5: Claus Arndt, Heinrich Gewandt, Friedrich Schäfer, Boppard am Rhein 1988.
- Abgeordnete des Deutschen Bundestages. *Aufzeichnungen und Erinnerungen*, hrsg. v. Deutschen Bundestag, Bd. 7: Ewald Bucher, Boppard am Rhein 1990.
- Abgeordnete des Deutschen Bundestages. *Aufzeichnungen und Erinnerungen*, hrsg. v. Deutschen Bundestag, Bd. 9: Thomas Ruf, Boppard am Rhein 1991.
- Abgeordnete des Deutschen Bundestages. *Aufzeichnungen und Erinnerungen*, hrsg. v. Deutschen Bundestag, Bd. 12: Karl Becker, Boppard am Rhein 1993.
- Acanfora, Paolo: *Myths and the political use of religion in Christian Democratic culture*, in: *Journal of Modern Italian Studies* 12, 2009, S. 307–338.
- Acanfora, Paolo: *La Democrazia cristiana degasperiana e il mito della Nazione: le interpretazioni del Risorgimento*, in: *Ricerche di Storia Politica* 12, 2009, S. 177–196.
- Acerbi, Antonio: *Il problema dei giovani nella pastorale dei vescovi durante il secondo dopoguerra (1945–1958). Orientamenti e contributi dell'episcopato nell'Italia settentrionale*, in: *Chiesa e progetto educativo nell'Italia del secondo dopoguerra (1945–1958)*, Brescia 1988, S. 37–74.
- Afflerbach, Holger: *Das Militär in der deutschen Gesellschaft nach 1945*, in: ders./Christoph Cornelißen (Hrsg.): *Sieger und Besiegte. Materielle und ideelle Neuorientierungen nach 1945*, Tübingen/Basel 1997, S. 249–272.

- Aga-Rossi, Elena/Gaetano Quagliariello: *L'altra faccia della luna. I rapporti tra PCI, PCF e Unione Sovietica*, Bologna 1997.
- Aga-Rossi, Elena/Victor Zaslavsky: *Togliatti e Stalin. Il PCI e la politica estera staliniana negli archivi di Mosca*, Bologna 2007.
- Aga-Rossi, Elena: *Togliatti stalinista*, in: Roberto Gualtieri/Carlo Spagnolo/Ermanno Taviani (Hrsg.): *Togliatti nel suo tempo*, Rom 2007, S. 267–273.
- Agnew, John A.: *Place and Politics in Post-War Italy. A Cultural Geography of Local Identity in the Provinces of Lucca and Pistoia*, in: Kay Anderson/Fay Gale (Hrsg.): *Inventing Places. Studies in Cultural Geography*, Melbourne 1992, S. 52–71.
- Agnew, John A.: *Place and Politics in Modern Italy*, Chicago 2002.
- Ahrens, Michael: *Die Briten in Hamburg. Besatzerleben 1945–1958*, München 2011.
- Alberoni, Francesco/Vittorio Capecchi/Agopik Manoukian u. a.: *L'attivista di partito. Una indagine sui militanti di base nel PCI e nella DC*, Bologna 1967.
- Aleramo, Sibilla: *Tagebuch einer Frau, 1945–1960*, hrsg. v. Alba Morino, Frankfurt 1991 [ital. Orig.: *Diario di una donna*, Mailand 1978].
- Alessandrini, Luca: *I bombardamenti americani e Bologna »città aperta«*, in: Luca Ciancabilla (Hrsg.): *Bologna in guerra. La città, i monumenti, i rifugi antiaerei*, Argelato 2010, S. 167–195.
- Allegretti, Umberto: *Zentralismus und Föderalismus im republikanischen Italien*, in: Oliver Janz/Pierangelo Schiera/Hannes Siegrist (Hrsg.): *Zentralismus und Föderalismus im 19. und 20. Jahrhundert. Deutschland und Italien im Vergleich*, Berlin 2000, S. 253–262.
- Allum, Percy A.: *Politics and society in post-war Naples*, Cambridge 1973.
- Allum, Percy A.: *»From Two into One«. The Faces of the Italian Christian Democratic Party*, in: *Party Politics* 3, 1997, S. 23–52.
- Almond, Gabriel A./Sidney Verba: *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton (NJ) 1963.
- Amato, Annamaria: *Informazione radiofonica e potere politico prima della televisione*, in: Maurizio Ridolfi (Hrsg.): *Propaganda e comunicazione politica. Storia e trasformazioni nell'età contemporanea*, Mailand 2004, S. 233–244.
- Amenda, Lars/Sonja Grünen (Hrsg.): *»Tor zur Welt«. Hamburg-Bilder und Hamburg-Werbung im 20. Jahrhundert*, Hamburg 2008.
- Anania, Francesca: *Davanti allo schermo. Storia del pubblico televisivo*, Rom 1999.
- Anania, Francesca: *»In ogni epoca lo spettacolo della politica«: le elezioni alla televisione*, in: Pier Luigi Ballini/Maurizio Ridolfi (Hrsg.): *Storia delle campagne elettorali in Italia*, Mailand 2002, S. 238–260.
- Anania, Francesca: *Legami pericolosi: la comunicazione politica nell'era della televisione*, in: Maurizio Ridolfi (Hrsg.): *Propaganda e comunicazione politica. Storia e trasformazioni nell'età contemporanea*, Mailand 2004, S. 245–262.
- Anderlini, Fausto: *Terra rossa. Comunismo ideale e socialdemocrazia reale: il Pci in Emilia Romagna*, Bologna 1990.
- Anders, Freia/Alexander Sedlmaier: *»Squatting means to destroy the capitalist plan in the urban quarters«: Spontis, Autonomists and the Struggles over Public Commodities (1970–1983)*, in: Martin Baumeister/Bruno Bonomo/Dieter Schott (Hrsg.): *Cities Contested. Urban Politics, Heritage, and Social Movements in Italy and West Germany in the 1970s*, Frankfurt/New York 2017, S. 277–300.
- Anderson, Margaret Lavinia: *Lehrjahre der Demokratie. Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich*, Stuttgart 2009 [amerik. Orig.: *Practicing democracy. Elections and political culture in imperial Germany*, Princeton (NJ) 2000].
- Angster, Julia: *Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB*, München 2003.

- Angster, Julia: Vom Zahlabend zum neuen Stil. Spitzenfunktionäre und die »Rundum-erneuerung« der SPD in den fünfziger Jahren, in: Till Kössler/Helke Stadtland (Hrsg.): Vom Funktionieren der Funktionäre. Politische Interessenvertretung und gesellschaftliche Integration in Deutschland nach 1933, Essen 2004, S. 203–220.
- Angster, Julia: Der neue Stil: Die Amerikanisierung des Wahlkampfes und der Wandel im Politikverständnis bei CDU und SPD in den 1960er Jahren, in: Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Tepe (Hrsg.): Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn/München u. a. 2005, S. 181–204.
- Anselmi, Tina/Anna Vinci: Storia di una passione politica. La gioia condivisa dell'impegno, Mailand 2006.
- Antenhofer, Christina: Einleitung, in: dies./Lisa Regazzoni/Astrid von Schlachta (Hrsg.): Werkstatt Politische Kommunikation. Netzwerke, Orte und Sprachen des Politischen/Officina Comunicazione politica. Intrecci, luoghi e linguaggi del »politico«, Göttingen 2010, S. 229–238.
- Apel, Linde: Keine Unbeteiligten. Über Nähe und Distanz zum NS-System aus der Retrospektive, in: Ulrich Lamparter/Silke Wiegand-Grefe/Dorothee Wierling (Hrsg.): Zeitzeugen des Hamburger Feuersturms 1943 und ihre Familien. Forschungsprojekt zur Weitergabe von Kriegserfahrungen, Göttingen 2013, S. 147–166.
- Applegate, Celia: A Nation of Provincials. The German Idea of Heimat, Berkeley 1990.
- Arbizzani, Luigi: Una notte di battaglia elettorale contro la legge truffa, in: Comunisti. I militanti bolognesi del Pci raccontano, Rom, 1983, S. 216–219.
- Arendt, Hannah: Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlaß, hrsg. v. Ursula Ludz, München/Zürich 2010 [zuerst 1993].
- Arnold, Jörg/Dietmar Süß/Malte Thießen: Tod, Zerstörung, Wiederaufbau. Zu einer europäischen Erinnerungsgeschichte des Luftkriegs, in: dies. (Hrsg.): Luftkrieg. Erinnerungen in Deutschland und Europa, Göttingen 2009, S. 9–24.
- Arnold, Jörg: »Once upon a time there was a lovely town ...«: The Allied Air War, Urban Reconstruction and Nostalgia in Kassel (1943–2000), in: German History 29, 2011, S. 445–469.
- Arvidsson, Adam: Consumi, media e identità nel lungo dopoguerra. Spunti per una prospettiva d'analisi, in: Paolo Capuzzo (Hrsg.): Genere, generazioni e consumi: L'Italia degli anni Sessanta, Rom 2003, S. 29–51.
- Ascenzi, Anna/Marta Brunelli: Accomplishing »the silent mission of Italian women at war«. The fascist »pedagogy of war« for women: from the kitchen front to the war garden, in: History of Education & Children's Literature 11, 2016, S. 497–522.
- Bader-Zaar, Brigitta/Johanna Gehmacher: Öffentlichkeit und Differenz. Aspekte einer Geschlechtergeschichte des Politischen, in: Johanna Gehmacher/Maria Mesner (Hrsg.): Frauen- und Geschlechtergeschichte. Positionen/Perspektiven, Innsbruck u. a. 2003, S. 165–181.
- Bailey, Christian: The Continuities of West German History. Conceptions of Europe, Democracy and the West in Interwar and Postwar Germany, in: GG 36, 2010, S. 567–596.
- Bajohr, Frank: Widerstand, Krieg und Nachkriegsalltag aus autobiographischer Perspektive, in: Anton Klein/Fritz Labudat: Überleben und Widerstehen. Nationalsozialismus, Krieg und Nachkrieg in den Tagebüchern von Sozialdemokraten, hrsg. v. dems. u. Ernst Schmidt, Essen 1985, S. 9–19.
- Bajohr, Frank/Joachim Szodrzynski (Red.): Improvisierter Neubeginn. Hamburg 1943–1953, Hamburg 1989.
- Bajohr, Frank: Leybuden, Laubenkolonien, Nissenhütten. Wohnen in der Zusammenbruchgesellschaft, in: ders./Joachim Szodrzynski (Red.): Improvisierter Neubeginn. Hamburg 1943–1953, Hamburg 1989, S. 70–77.

- Bajohr, Frank: Hamburg – Der Zerfall der »Volksgemeinschaft«, in: Ulrich Herbert/Axel Schildt (Hrsg.): Kriegsende in Europa. Vom Beginn des deutschen Machtzerfalls bis zur Stabilisierung der Nachkriegsordnung 1944–1948, Essen 1998, S. 318–336.
- Bajohr, Frank: Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit, Frankfurt 2001.
- Bajohr, Frank: Die Zustimmungsdiktatur. Grundzüge nationalsozialistischer Herrschaft in Hamburg, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg (Hrsg.): Hamburg im »Dritten Reich«, Göttingen 2005, S. 69–121.
- Bajohr, Frank/Michael Wildt: Einleitung, in: dies. (Hrsg.): Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt 2009, S. 7–23.
- Bajohr, Frank: Hanseat und Grenzgänger. Erik Blumenfeld – eine politische Biographie, Göttingen 2010.
- Balcar, Jaromír: Politik auf dem Land. Studien zur bayerischen Provinz 1945 bis 1972, München 2004.
- Baldassar, Loretta: Ritorni e visite in patria: la circolarità dello spazio migratorio, in: Storia d'Italia, Annali 24: Migrazioni, hrsg. v. Paola Corti/Matteo Sanfilippo, Turin 2009, S. 467–484.
- Baldassini, Cristina: L'ombra di Mussolini. L'Italia moderata e la memoria del fascismo (1945–1960), Soveria Mannelli 2008.
- Baldissara, Luca: Per una città più bella e più grande. Il governo municipale di Bologna negli anni della ricostruzione (1945–1956), Bologna 1994.
- Baldissara, Luca: Il governo della città: la ridefinizione del ruolo del Comune nell'emergenza bellica, in: Brunella Dalla Casa/Alberto Preti (Hrsg.): Bologna in guerra, 1940–1945, Mailand 1995, S. 103–131.
- Baldissara, Luca (Hrsg.): Le radici della crisi. L'Italia tra gli anni Sessanta e Settanta, Rom 2001.
- Baldissara, Luca (Hrsg.): Democrazia e conflitto. Il sindacato e il consolidamento della democrazia negli anni Cinquanta (Italia, Emilia-Romagna), Mailand 2006.
- Balestracci, Fiammetta: Immigrati e Pci a Torino 1950–1970, in: Fabio Levi/Bruno Maida (Hrsg.): La città e lo sviluppo. Crescita e disordine a Torino 1945–1970, Mailand 2002, S. 120–184.
- Balestrini, Nanni/Primo Moroni: Die goldene Horde. Arbeiterautonomie, Jugendrevolte und bewaffneter Kampf in Italien, Berlin 2002.
- Balistier, Thomas: Straßenprotest. Formen oppositioneller Politik in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1979 und 1989, Münster 1996.
- Ballini, Pier Luigi/Maurizio Ridolfi (Hrsg.): Storia delle campagne elettorali in Italia, Mailand 2002.
- Ballini, Pier Luigi (Hrsg.): Le autonomie locali. Dalla Resistenza alla I legislatura della Repubblica, Soveria Mannelli 2010.
- Balz, Hanno: Kampf um die Grenzen. »Terrorismus« und die Krise öffentlichen Engagements in der Bundesrepublik der siebziger Jahre, in: Habbo Knoch (Hrsg.): Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren, Göttingen 2007, S. 294–310.
- Balz, Hanno: Von Terroristen, Sympathisanten und dem starken Staat. Die öffentliche Debatte über die RAF in den 70er Jahren, Frankfurt/New York 2008.
- Baravelli, Andrea: Giovani e donne nelle elezioni amministrative del 1946 ovvero il difficile cammino per la conquista della »maturità politica«, in: Patrizia Dogliani/Maurizio Ridolfi (Hrsg.): 1946. I comuni al voto. Elezioni amministrative, partecipazione delle donne, Imola 2007, S. 151–165.
- Barbagli, Marzio/Piergiorgio Corbetta: Una tattica e due strategie. Inchiesta sulla base del PCI, in: dies./Salvatore Sechi (Hrsg.): Dentro il PCI, Bologna 1979, S. 9–59.

- Barbera, Augusto/Marco Cammelli/Paolo Pombeni (Hrsg.): *L'apprendimento della Costituzione (1947–1957)*, Mailand 1999.
- Barone, Giuseppe: *Stato e Mezzogiorno (1943–1960)*. Il »primo tempo« dell'intervento straordinario, in: *Storia dell'Italia repubblicana*, Bd. 1: *La costruzione della democrazia*, hrsg. v. Francesco Barbagallo, Turin 1994, S. 291–409.
- Bartolini, Barbara: *Insediamiento subculturale e distribuzione dei suffragi*, in: Arturo Parisi/Gianfranco Pasquino (Hrsg.): *Continuità e mutamento elettorale in Italia*, Bologna 1977, S. 103–144.
- Bauerkämper, Arnd/Konrad H. Jarausch/Marcus M. Payk (Hrsg.): *Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945–1970*, Göttingen 2005.
- Bauerkämper, Arnd/Konrad H. Jarausch/Marcus M. Payk: *Einleitung: Transatlantische Mittler und die kulturelle Demokratisierung Westdeutschlands, 1945–1970*, in: dies. (Hrsg.): *Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945–1970*, Göttingen 2005, S. 11–37.
- Bauerkämper, Arnd: *Demokratisierung als transnationale Praxis. Neue Literatur zur Geschichte der Bundesrepublik in der westlichen Welt*, in: *NPL* 53, 2008, S. 57–84.
- Baumeister, Martin: *Grenzen der Stadt. Masseneinwanderung und Öffentlichkeit in Barcelona und Turin 1950–1975*, in: Friedrich Lenger/Klaus Tenfelde (Hrsg.): *Die europäische Stadt im 20. Jahrhundert. Wahrnehmung – Entwicklung – Erosion*, Köln 2006, S. 417–36.
- Baumeister, Martin: *Diesseits von Afrika? Konzepte des europäischen Südens*, in: Frithjof Benjamin Schenk/Martina Winkler (Hrsg.): *Der Süden. Neue Perspektiven auf eine europäische Geschichtsregion*, Frankfurt/New York 2007, S. 23–47.
- Baumeister, Martin/Rainer Liedtke: *Probleme mit der »europäischen Stadt«: Städte in Südeuropa*, in: *IMS* 2009/1, S. 5–14.
- Baumeister, Martin: *Arenen des Bürgerkriegs? Kollektive Gewalt in Turin und Barcelona 1890 bis 1923*, in: Friedrich Lenger (Hrsg.): *Kollektive Gewalt in der Stadt. Europa 1890–1939*, München 2013, S. 123–147.
- Baumeister, Martin/Bruno Bonomo/Dieter Schott (Hrsg.): *Cities Contested. Urban Politics, Heritage, and Social Movements in Italy and West Germany in the 1970s*, Frankfurt/New York 2017.
- Baumeister, Martin/Bruno Bonomo/Dieter Schott: *Contested Cities in an Era of Crisis*, in: dies. (Hrsg.): *Cities Contested. Urban Politics, Heritage, and Social Movements in Italy and West Germany in the 1970s*, Frankfurt/New York 2017, S. 7–30.
- Beer, Klaus: *Auf den Feldern von Ulm. In den wechselnden Winden von Adenauer bis Willy Brandt*, Blaubeuren 2008.
- Beilmann, Christel: *Katholische Jugend nach 1945. Anmerkungen über den mühsamen Weg zur Demokratie*, in: Peter Ulrich Hein/Hartmut Reese (Hrsg.): *Kultur und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Festschrift für Arno Klönne*, Frankfurt/Berlin/Bern u. a. 1996, S. 51–59.
- Bellassai, Sandro: *La morale comunista. Pubblico e privato nella rappresentazione del PCI (1947–56)*, Rom 2000.
- Bellassai, Sandro: *La mediazione difficile. Comunisti e modernizzazione del quotidiano nel dopoguerra*, in: *Contemporanea* 3, 2000, S. 77–101.
- Bellassai, Sandro: *Mascolinità e relazioni di genere nella cultura politica comunista (1947–1956)*, in: ders./Maria Malatesta (Hrsg.): *Genere e maschinità. Uno sguardo storico*, Rom 2000, S. 265–301.
- Bellassai, Sandro: *Un trauma che si chiama desiderio. Per una storia del Settantesimo a Bologna*, in: Alberto De Bernardi/Valerio Romitelli/Chiara Cretella (Hrsg.): *Gli anni Settanta. Tra crisi mondiale e movimenti collettivi*, Bologna 2009, S. 213–234.

- Bellassai, Sandro: Mutamento ed emancipazione. La »questione femminile« nella cultura comunista degli anni Cinquanta e Sessanta, in: Gabriella Bonacchi/Cecilia Dau Novelli (Hrsg.): Culture politiche e dimensioni del femminile nell'Italia del '900, Soveria Mannelli 2010, S. 211–226.
- Bellassai, Sandro: L'autunno del patriarca. Insicurezze maschili nel secondo dopoguerra, in: Penelope Morris/Francesco Ricatti/Mark Seymour (Hrsg.): Politica ed emozioni nella storia d'Italia, Rom 2012, S. 191–210.
- Belloni, Frank P.: Factionalism, the Party System, and Italian Politics, in: ders./Dennis C. Beller (Hrsg.): Faction Politics: Political Parties and Factionalism in Comparative Perspective, Oxford 1978, S. 73–108.
- Berg, Matthew Paul/Maria Mesner (Hrsg.): After Fascism. European case studies in politics, society, and identity since 1945, Wien/Münster 2009.
- Berger, Peter L./Thomas Luckmann: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt ²⁴2012 [amerik. Orig.: The Social Construction of Reality, Garden City/New York 1966].
- Berger, Thomas/Karl-Heinz Müller (Hrsg.): Lebenssituationen 1945–1948. Materialien zum Alltagsleben in den westlichen Besatzungszonen 1945–1948, Hannover 1983.
- Bergerson, Andrew Stuart: Ordinary Germans in Extraordinary Times: The Nazi Revolution in Hildesheim, Bloomington (IN) 2004.
- Berghoff, Hartmut: Träume und Alpträume: Konsumpolitik im Nationalsozialistischen Deutschland, in: Heinz-Gerhard Haupt/Claudius Torp (Hrsg.): Die Konsumgesellschaft in Deutschland 1890–1990. Ein Handbuch, Frankfurt/New York 2009, S. 268–288.
- Bergonzini, Luciano: La svastica a Bologna. Settembre 1943 – aprile 1945, Bologna 1998.
- Bergonzini, Luciano: Lettere a »Carlino«. Gli italiani si confessano, Bologna 1975.
- Bergsträsser, Ludwig: Befreiung, Besatzung, Neubeginn. Tagebuch des Darmstädter Regierungspräsidenten 1945–1948, München 1987.
- Bernasconi, Paola: Alle radici del '68, in: Marco De Nicolò (Hrsg.): Dalla trincea alla piazza. L'irruzione dei giovani nel Novecento, Rom 2011, S. 375–390.
- Bernhard, Patrick: Metropolen auf Achse. Städtebau und Großstadtgesellschaften Roms und Berlins im faschistischen Bündnis 1936–1943, in: Rüdiger Hachtmann/Thomas Schaarschmidt/Winfried Süß (Hrsg.): Berlin im Nationalsozialismus. Politik und Gesellschaft 1933–1945 (= Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 27), Göttingen 2011, S. 132–157.
- Bernhard, Patrick/Holger Nehring (Hrsg.): Den Kalten Krieg denken. Beiträge zur sozialen Ideengeschichte seit 1945, Essen 2014.
- Bernhardt, Christoph (Hrsg.): Städtische öffentliche Räume/Urban public spaces. Planungen, Aneignungen, Aufstände 1945–2015/Planning, appropriation, rebellions 1945–2015, Stuttgart 2016.
- Bertelli, Sergio: Il teatro del potere nel mondo contemporaneo, in: ders. (Hrsg.): Il teatro del potere. Scenari e rappresentazione del politico fra Otto e Novecento, Rom 2000, S. 11–24.
- Bessel, Richard: Die »Modernisierung« der Polizei im Nationalsozialismus, in: Frank Bajohr (Hrsg.): Norddeutschland im Nationalsozialismus, Hamburg 1993, S. 371–386.
- Bessel, Richard (Hrsg.): Fascist Italy and Nazi Germany. Comparisons and Contrasts, Cambridge 1996.
- Bessel, Richard: »Leben nach dem Tod«. Vom Zweiten Weltkrieg zur Zweiten Nachkriegszeit, in: Bernd Wegner (Hrsg.): Wie Kriege enden. Wege zum Frieden von der Antike bis zur Gegenwart, Paderborn 2002, S. 239–258.
- Bessel, Richard/Dirk Schumann (Hrsg.): Life after Death. Approaches to a Cultural and Social History of Europe during the 1940s and 1950s, Cambridge/New York 2003.

- Bessel, Richard: The War to End All Wars. The Shock of Violence in 1945 and its Aftermath in Germany, in: Alf Lüdtke/Bernd Weisbrod (Hrsg.): No Man's Land of Violence. Extreme Wars in the 20th Century, Göttingen 2006, S. 69–99.
- Bessel, Richard: Germany 1945. From War to Peace, New York 2009.
- Bessel, Richard: Establishing Order in Post-war Eastern Germany, in: Past & Present 210, 2011, S. 139–157.
- Bessel, Richard: The End of the *Volksgemeinschaft*, in: Martina Steber/Bernhard Gotto (Hrsg.): Visions of Community in Nazi Germany. Social Engineering & Private Lives, Oxford 2014, S. 281–294.
- Best, Heinrich: Politische Regionen in Deutschland: Historische (Dis-)Kontinuitäten, in: Dieter Oberndörfer/Karl Schmitt (Hrsg.): Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1991, S. 39–64.
- Bethge, Horst: »Die Bombe ist böse«. Wie der Ostermarsch in Hamburg entstand, in: Jörg Berlin (Hrsg.): Das andere Hamburg. Freiheitliche Bestrebungen in der Hansestadt seit dem Spätmittelalter, Köln 1981, S. 357–368.
- Bethscheider, Monika: Wahlkampfführung und politische Weltbilder. Eine systematische Analyse des Wahlkampfes der Bundestagsparteien in den Bundestagswahlkämpfen 1976 und 1980, Frankfurt 1987.
- Betts, Paul: Ästhetik und Öffentlichkeit. Westdeutschland in den fünfziger Jahren, in: Bernd Weisbrod (Hrsg.): Die Politik der Öffentlichkeit – die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2003, S. 231–260.
- Betts, Paul: The Politics of Post-Fascist Aesthetics: West and East German Industrial Design in the 1950s, in: Richard Bessel/Dirk Schumann (Hrsg.): Life after Death. Approaches to a Cultural and Social History of Europe during the 1940s and 1950s, Cambridge/New York 2003, S. 291–322.
- Bevilacqua, Piero: Breve storia dell'Italia meridionale. Dall'Ottocento a oggi, Rom 2005.
- Beyme, Klaus von: Die politische Klasse im Parteienstaat, Frankfurt 1995.
- Bianchi, Ornella: Ascesa e declino di una economia urbana tra regione e Mediterraneo, in: Francesco Tateo (Hrsg.): Storia di Bari. Il Novecento, Rom/Bari 1997, S. 237–265.
- Bianchi, Roberto: Il ritorno della piazza. Per una storia dell'uso politico degli spazi pubblici tra otto e novecento, in: Zaprunder 2003/1, S. 30–48.
- Bidussa, David: Il mito del bravo italiano, Mailand 1994.
- Biess, Frank/Robert G. Moeller (Hrsg.): Histories of the Aftermath. The Legacies of the Second World War in Europe, New York 2010.
- Billi, Fabrizio: Le lotte operaie e il sindacato a Bologna nel '67-'69, in: Carmelo Adagio/ders./Andrea Rapini u. a. (Hrsg.): Tra immaginazione e programmazione. Bologna di fronte al '68. Materiali per una storia del '68 a Bologna, Mailand 1998, S. 50–80.
- Billi, Fabrizio (Bearb.): Il mio '68: Testimonianze, in: Carmelo Adagio/ders./Andrea Rapini u. a. (Hrsg.): Tra immaginazione e programmazione. Bologna di fronte al '68. Materiali per una storia del '68 a Bologna, Mailand 1998, S. 196–273.
- Billi, Fabrizio: Da Dozza a Guazzaloca. Cinquant'anni di propaganda per le elezioni del Comune di Bologna, in: ders. (Hrsg.): La paura e l'utopia. Saggi sulla comunicazione politica contemporanea, Mailand 2001, S. 193–240.
- Biscione, Francesco M.: Il sommerso della Repubblica. La democrazia italiana e la crisi dell'antifascismo, Turin 2003.
- Blackmer, Donald L. M.: Unity in Diversity. Italian Communism and the Communist World, Cambridge (MA) 1968.
- Blackmer, Donald L. M.: Continuity and Change in Postwar Italian Communism, in: ders./Sidney Tarrow (Hrsg.): Communism in Italy and France, Princeton (NJ) 1975, S. 21–68.

- Blaschke, Olaf/Lutz Raphael: Im Kampf um Positionen. Änderungen im Feld der französischen und deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, in: Jan Eckel/Thomas Etzemüller (Hrsg.): Neue Zugänge zur Geschichte der Geschichtswissenschaft, Göttingen 2007, S. 69–109.
- Bloxham, Donald/Robert Gerwarth (Hrsg.): Political violence in twentieth-century Europe, Cambridge 2009.
- Blumler, Jay/Dennis Kavanagh: The Third Age of Political Communication: Influence and Features, in: Political Communication 26, 1999, S. 209–230.
- Boarelli, Mauro: La fabbrica del passato. Autobiografie di militanti comunisti (1945–1956), Mailand 2007.
- Bodei, Remo: Colonizzare le coscienze. Forme della politica e società di massa in Gramsci, in: Giuseppe Vacca (Hrsg.): Gramsci e il Novecento, Bd. I, Rom 1999, S. 177–186.
- Bodenschatz, Harald: Bologna and the (Re-)Discovery of Urban Values, in: Martin Baumeister/Bruno Bonomo/Dieter Schott (Hrsg.): Cities Contested. Urban Politics, Heritage, and Social Movements in Italy and West Germany in the 1970s, Frankfurt/New York 2017, S. 211–228.
- Bösch, Frank: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969, Stuttgart/München 2001.
- Bösch, Frank: Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen (1900–1960), Göttingen 2002.
- Bösch, Frank: Das Politische als Produkt. Selbstbeobachtungen und Modernisierungen in der politischen Kommunikation der frühen Bundesrepublik, in: Habbo Knoch (Hrsg.): Kommunikation als Beobachtung. Medienwandel und Gesellschaftsbilder 1880–1960, München 2003, S. 229–248.
- Bösch, Frank: Öffentliche Geheimnisse. Die verzögerte Renaissance des Medienskandals zwischen Staatsgründung und Ära Brandt, in: Bernd Weisbrod (Hrsg.): Die Politik der Öffentlichkeit – die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Bundesrepublik, Göttingen 2003, S. 125–150.
- Bösch, Frank: Werbefirmen, Meinungsforscher, Professoren. Die Professionalisierung der Politikberatung im Wahlkampf 1949–1972, in: Stefan Fisch/Wilfried Rudloff (Hrsg.): Experten und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive, Berlin 2004, S. 309–327.
- Bösch, Frank: Funktionäre in einer funktionärsfeindlichen Partei. Zur Sozialgeschichte der hauptamtlichen CDU-Mitarbeiter, in: Till Kössler/Helke Stadtland (Hrsg.): Vom Funktionieren der Funktionäre. Politische Interessenvertretung und gesellschaftliche Integration in Deutschland nach 1933, Essen 2004, S. 265–282.
- Bösch, Frank/Norbert Frei: Die Ambivalenz der Medialisierung. Eine Einführung, in: dies. (Hrsg.): Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert, Göttingen 2006, S. 7–23.
- Bösch, Frank: Die Krise als Chance. Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren, in: Konrad H. Jarausch (Hrsg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008, S. 296–309.
- Bösch, Frank: »Keine Experimente«. Adenauer als alternder Staatsmann, in: Gerhard Paul (Hrsg.): Das Jahrhundert der Bilder, Bd. II: 1949 bis heute, Lizenzausg. Bonn 2008, S. 194–201.
- Bösch, Frank/Jens Gieseke: Der Wandel des Politischen in Ost und West, in: Frank Bösch (Hrsg.): Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000, Göttingen 2015, S. 39–78.
- Bösch, Frank: Boom zwischen Krise und Globalisierung. Konsum und kultureller Wandel in der Bundesrepublik der 1970er und 1980er Jahre, in: GG 42, 2016, S. 354–376.

- Boll, Friedhelm: Hitler-Jugend und »skeptische Generation«. Sozialdemokratie und Jugend nach 1945, in: Dieter Dowe (Hrsg.): Partei und soziale Bewegung. Kritische Beiträge zur Entwicklung der SPD seit 1945, Bonn 1993, S. 33–57.
- Boll, Friedhelm: Auf der Suche nach Demokratie. Britische und deutsche Jugendinitiativen in Niedersachsen nach 1945, Bonn 1995.
- Bonansea, Graziella: Tra immaginario contadino e realtà operaia: donne a Torino negli anni Cinquanta, in: *Annali dell'Istituto Alcide Cervi* 13, 1991, S. 329–343.
- Bonini, Francesco: Apogeo e crisi dell'istituzione partito, in: *L'Italia repubblicana nella crisi degli anni settanta*, Bd. III: Partiti e organizzazioni di massa, hrsg. v. Francesco Malgeri u. Leonardo Paggi, Soveria Mannelli 2003, S. 17–35.
- Bonomo, Bruno: From »Eternal City« to Unfinished Metropolis. The Development of Rome's Urban Space and its Appropriation by City Dwellers from 1945 to the Present, in: *IMS* 2009/1, S. 34–46.
- Borgstedt, Angela: Die kompromittierte Gesellschaft. Entnazifizierung und Integration, in: Peter Reichel/Harald Schmid/Peter Steinbach (Hrsg.): *Der Nationalsozialismus – Die zweite Geschichte. Überwindung – Deutung – Erinnerung*, Lizenzausg. Bonn 2009, S. 85–104.
- Borsdorf, Ulrich/Lutz Niethammer (Hrsg.): *Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945*, Wuppertal 1976.
- Borup, Allan: *Demokratisierungsprozesse in der Nachkriegszeit. Die CDU in Schleswig-Holstein und die Integration demokratiskeptischer Wähler*, Bielefeld 2010.
- Borutta, Manuel: *Antikatholizismus. Deutschland und Italien im Zeitalter der europäischen Kulturkämpfe*, Göttingen 2010.
- Borutta, Manuel/Fabian Lemmes: Die Wiederkehr des Mittelmeerraumes: Stand und Perspektiven der neuhistorischen Meditterranistik, in: *NPL* 58, 2013, S. 389–419.
- Borzomati, Pietro: *Movimento cattolico e Mezzogiorno*, in: Francesco Traniello/Giorgio Campanini (Hrsg.): *Dizionario storico del movimento cattolico in Italia, 1860–1980*, Bd. I/2: I fatti e le idee, Turin 1981, S. 122–129.
- Boscato, Stefania: La Democrazia cristiana e il Movimento femminile dal 1944 agli anni Sessanta, in: Gabriella Bonacchi/Cecilia Dau Novelli (Hrsg.): *Culture politiche e dimensioni del femminile nell'Italia del '900*, Soveria Mannelli 2010, S. 169–185.
- Boscato, Stefania: I giovani cattolici tra fascismo e rinascita democratica, in: Marco De Nicolò (Hrsg.): *Dalla trincea alla piazza. L'irruzione dei giovani nel Novecento*, Rom 2011, S. 249–262.
- Bosworth, Richard J. B./Patrizia Dogliani (Hrsg.): *Italian fascism. History, memory and representation*, Basingstoke u. a. 1999.
- Bosworth, Richard J. B.: *Everyday Mussolinism. Friends, Family, Locality and Violence in Fascist Italy*, in: *Contemporary European History* 14, 2005, S. 23–43.
- Bosworth, Richard J. B.: *Whispering City. Modern Rome and its Histories*, New Haven 2011.
- Bourdieu, Pierre: *Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum*, in: Martin Wentz (Hrsg.): *Stadt-Räume*, Frankfurt/New York 1991, S. 25–34.
- Bourdieu, Pierre: *Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns*, Frankfurt 1998 [frz. Orig.: *Raisons pratiques. Sur la théorie de l'action*, Paris 1994].
- Bouvier, Beatrix W.: *Zwischen Godesberg und Großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung. Außen-, sicherheits- und deutschlandpolitische Umorientierung und gesellschaftliche Öffnung der SPD 1960–1966*, Bonn 1990.
- Bracke, Maud Anne: *Building a »counter-community of emotions: feminist encounters and socio-cultural difference in 1970s Turin*, in: *Modern Italy* 17, 2012, S. 223–236.

- Brandt, Bettina: Von der Kundgebungsmacht zum Denkanstoß. Das Denkmal als Medium politischer Kommunikation in der Moderne, in: Ute Frevert/Wolfgang Braungart (Hrsg.): Sprachen des Politischen. Medien und Medialität in der Geschichte, Göttingen 2004, S. 168–216.
- Brandt, Ina: *Memoria, Politica, Polemica*. Der 25. April in der italienischen Erinnerungskultur, in: Petra Terhoeven (Hrsg.): Blicke. Neue Perspektiven der italienischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 2010, S. 235–256.
- Braun, Hans/Uta Gerhardt/Everhard Holtmann: »Die lange Stunde Null«: Exogene Vorgaben und endogene Kräfte im gesellschaftlichen und politischen Wandel nach 1945, in: dies. (Hrsg.): Die lange Stunde Null. Gelenkter sozialer Wandel in Westdeutschland nach 1945, Baden-Baden 2007, S. 7–26.
- Braun, Michael: Italiens politische Zukunft, Frankfurt 1994.
- Bravo, Anna: Simboli del materno, in: dies. (Hrsg.): Donne e uomini nelle guerre mondiali, Rom/Bari 1991, S. 96–135.
- Bravo, Anna/Anna Maria Bruzzone: In guerra senza armi. Storie di donne 1940–1945, Rom/Bari 1995.
- Bravo, Anna: Armed and Unarmed: Struggles without Weapons in Europe and in Italy, in: Journal of Modern Italian Studies 10, 2005, S. 468–484.
- Bravo, Anna: La Madonna pellegrina, in: Mario Isnenghi (Hrsg.): I luoghi della memoria. Simboli e miti dell'Italia unita, Neuaufl. Rom/Bari 2010, S. 587–598.
- Brelie-Lewien, Doris von der: Katholische Zeitschriften in den Westzonen 1945–1949. Ein Beitrag zur politischen Kultur der Nachkriegszeit, Göttingen/Zürich 1986.
- Brini, Giuseppe: Vivere a Bologna, Mailand 1975.
- Briquet, Jean-Louis: Scholarly formulations of a political category: Clientelism and the sociohistorical interpretation of the »Italian case«, in: Modern Italy 14, 2009, S. 339–356.
- Brizzi, Riccardo: Il PCI e la televisione nella società dei consumi (1954–1973), in: Stefano Cavazza (Hrsg.): Consumi e politica nell'Italia repubblicana, Bologna 2013, S. 105–128.
- Brown, Timothy/Lorena Anton (Hrsg.): Between the Avant-Garde and the Everyday. Subversive Politics in Europe from 1957 to the Present, New York/Oxford 2011.
- Brückweh, Kerstin (Hrsg.): The Voice of the Citizen Consumer. A History of Market Research, Consumer Movements, and the Political Public Sphere, Oxford/New York 2011.
- Brückweh, Kerstin: Perspectives for a History of Market Research, Consumer Movements, and the Political Public Sphere, in: dies. (Hrsg.): The Voice of the Citizen Consumer. A History of Market Research, Consumer Movements, and the Political Public Sphere, Oxford/New York 2011, S. 3–26.
- Brückweh, Kerstin: »Bedenkliche Einzelerscheinungen« oder »antiliberale Gesinnung« des »Durchschnittsbürgers«? Bundesbürger äußern sich zu Strafen, Rechtsstaat und Demokratie im Fall des Sexualmörders Jürgen Bartsch, 1966–1971, in: Friedrich Kießling/Bernhard Rieger (Hrsg.): Mit dem Wandel leben. Tradition, Neuorientierung und Transformation in der Bundesrepublik der 50er und 60er Jahre, Köln u. a. 2011, S. 79–105.
- Brühöfener, Friederike: »Angst vor dem Atom«. Emotionalität und Politik im Spiegel bundesdeutscher Zeitungen, in: Patrick Bernhard/Holger Nehring (Hrsg.): Den Kalten Krieg denken. Beiträge zur sozialen Ideengeschichte seit 1945, Essen 2014, S. 285–306.
- Brundage, W. Fitzhugh/Konrad H. Jarausch, Massen. Mobilisierung und Partizipation, in: Christof Mauch/Kiran Klaus Patel (Hrsg.): Wettlauf um die Moderne. Die USA und Deutschland 1890 bis heute, Lizenzausg. Bonn 2008, S. 295–329.

- Brunn, Gerhard: Köln in den Jahren 1945 und 1946. Die Rahmenbedingungen des gesellschaftlichen Lebens, in: Otto Dann (Hrsg.): Köln nach dem Nationalsozialismus. Der Beginn des gesellschaftlichen und politischen Lebens in den Jahren 1945/46, Wuppertal 1981, S. 35–72.
- Bubbico, Davide/Enrica Morlicchio/Enrico Rebeggiani: Introduzione. Migranti, trasferiti e pendolari. Le trasformazioni del mercato del lavoro italiano, in: dies. (Hrsg.): Su e giù per l'Italia. La ripresa delle emigrazioni interne e le trasformazioni del mercato del lavoro, Mailand 2011 (= Sociologia del lavoro, Nr. 121), S. 7–18.
- Buchanan, Andrew: »Good Morning Pupil: American Representations of Italianness and the Occupation of Italy, 1943–1945, in: Journal of Contemporary History 43, 2008, 217–240.
- Buchignani, Paolo: Fascisti rossi: da Salò al PCI. La storia sconosciuta di una migrazione politica 1945–1953, Mailand 1998.
- Büchse, Nicolas: Von Staatsbürgern zu Protestbürgern. Der Deutsche Herbst und die Veränderung der politischen Kultur in der Bundesrepublik, in: Habbo Knoch (Hrsg.): Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren, Göttingen 2007, S. 311–332.
- Büttner, Ursula/Angelika Voss-Louis (Hrsg.): Neuanfang auf Trümmern. Die Tagebücher des Bremer Bürgermeisters Theodor Spitta 1945–1947, München 1992.
- Bulst, Neithard/Ingrid Gilcher-Holtey/Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.): Gewalt im politischen Raum. Fallanalysen vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Frankfurt 2008.
- Busetto, Franco: Traversie e opportunità. La politica: impegno civile e passione di una vita, Padova 1999.
- Caciagli, Mario: Erosioni e mutamenti nell'elettorato democristiano, in: ders./Alberto Spreafico (Hrsg.): Vent'anni di elezioni in Italia. 1968–1987, Padua 1990, S. 3–30.
- Caciagli, Mario: Die politische Kultur. Kontinuitäten und Veränderungen, in: Siegfried Frech/Boris Kühn (Hrsg.): Das politische Italien. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Kultur, Schwalbach/Ts. 2012, S. 175–195.
- Caimi, Luciano: Popolo e educazione cristiana: gli oratori, in: Chiesa e progetto educativo nell'Italia del secondo dopoguerra (1945–1958), Brescia 1988, S. 210–238.
- Calandrone, Giacomo: Comunista in Sicilia, 1946–1951, Rom 1972.
- Caldwell, Lesley: The Family in the Fifties: A Notion in Conflict with a Reality, in: Christopher Duggan/Christopher Wagstaff (Hrsg.): Italy in the Cold War. Politics, Culture and Society. 1948–1958, Oxford 1995, S. 149–158.
- Calè, Fabio: Popolo in festa. Sessant'anni di feste dell'unità, Rom 2011.
- Calließ, Jörg (Hrsg.): Die Geschichte des Erfolgsmodells BRD im internationalen Vergleich, Rehburg-Loccum 2007.
- Camilletti, Maria Grazia: »Esistere da donne in tempo di guerra«. Come interpretare i mutamenti: un problema aperto, in: Dianella Gagliani (Hrsg.): Guerra resistenza politica. Storie di donne, Reggio Emilia 2006, S. 141–157.
- Cammarano, Fulvio: La delegittimazione dell'avversario politico legittimo nell'Italia post-unitaria, in: Ricerche di Storia Politica 12, 2009, S. 3–27.
- Cammarano, Fulvio: Tra parlamento ed esecutivo: la cultura di governo dopo l'Unità, in: Adriano Roccucci (Hrsg.): La costruzione dello Stato-nazione in Italia, Rom 2012, S. 157–169.
- Canniffe, Eamonn: The Politics of the Piazza. The History and Meaning of the Italian Square, Aldershot 2012.
- Canoy, Jose Raymond: The Discreet Charm of the Police State. The Landpolizei and the Transformation of Bavaria 1945–1965, Leiden/Boston 2007.

- Capperucci, Vera: Il partito dei cattolici. Dall'Italia degasperiana alle correnti democristiane, Soveria Mannelli 2010.
- Capussotti, Enrica: Tra storie e pratiche: soggettività giovanile, consumo e cinema in Italia durante gli anni Cinquanta, in: Paolo Capuzzo (Hrsg.): *Genere, generazioni e consumi: L'Italia degli anni Sessanta*, Rom 2003, S. 169–190.
- Capussotti, Enrica: *Scenarios of Modernity: Youth Culture in 1950s Milan*, in: Robert Lumley/John Foot (Hrsg.): *Italian Cityscapes. Culture and urban change in contemporary Italy*, Exeter 2004, S. 169–184.
- Capuzzo, Paolo (Hrsg.): *Da città ad area metropolitana*, Bologna 2000.
- Capuzzo, Paolo (Hrsg.): *Genere, generazioni e consumi: L'Italia degli anni Sessanta*, Rom 2003.
- Capuzzo, Paolo: *Gli spazi della nuova generazione*, in: ders. (Hrsg.): *Genere, generazione e consumi. L'Italia degli anni Sessanta*, Rom 2003, S. 217–247.
- Capuzzo, Paolo: *Spectacles of Sociability. European Cities as Sites of Consumption*, in: Mikael Hard/Thomas J. Misa (Hrsg.): *Urban Machinery. Inside Modern European Cities*, Cambridge (MA)/London 2008, S. 99–120.
- Caracciolo, Lucio: *L'Italia alla ricerca di se stessa*, in: Giovanni Sabbatucci/Vittorio Vidotto (Hrsg.): *Storia d'Italia*, Bd. 6: *L'Italia contemporanea. Dal 1963 a oggi*, Rom/Bari 1999, S. 541–604.
- Carlotti, Anna Lisa (Hrsg.): *Italia 1939–1945. Storia e memoria*, Mailand 1996.
- Carlotti, Anna Lisa: *La memorialistica della RSI: il caso delle ausiliarie*, in: dies. (Hrsg.): *Italia 1939–1945. Storia e memoria*, Mailand 1996, S. 331–366.
- Carter, Erica: *How German Is She? Postwar West German Reconstruction and the Consuming Woman*, Ann Arbor 1997.
- Carter, Erica: *Alice in the Consumer Wonderland: West German Case Studies in Gender and Consumer Culture*, in: Robert G. Moeller (Hrsg.): *West Germany under Construction. Politics, Society, and Culture in the Adenauer Era*, Ann Arbor 1997, S. 347–371.
- Casali, Luciano: *Bugie di guerra. Il 1939–1943 dei bolognesi attraverso le pagine del «Carlino»*, in: Angelo Varni (Hrsg.): *Storia di Bologna*, Bd. 4: *Bologna in età contemporanea 1915–2000*, Bologna 2013, S. 547–586.
- Casalini, Maria: *Famiglie comuniste. Ideologie e vita quotidiana nell'Italia degli anni Cinquanta*, Bologna 2010.
- Casella, Mario: *Per una storia dei rapporti tra Azione cattolica e Democrazia cristiana nell'età del centrismo (1947–1953)*, in: Giuseppe Rossini (Hrsg.): *Alcide De Gasperi e l'età del centrismo, 1947–1953*, Rom 21990, S. 271–294.
- Casini, Valentina: *La sinistra extraparlamentare nel dibattito interno al Partito comunista italiano: il Seminario sull'estremismo del gennaio 1975*, in: *Ricerche di storia politica* 20, 2017, S. 23–42.
- Cavallo, Pietro: *La rappresentazione della Seconda guerra mondiale nell'immaginario collettivo (1940–1943)*, in: Anna Lisa Carlotti (Hrsg.): *Italia 1939–1945. Storia e memoria*, Mailand 1996, S. 87–125.
- Cavallo, Pietro: *Italiani in guerra. Sentimenti e immagini dal 1940 al 1943*, Bologna 1997.
- Cavazza, Stefano: *Piccole patrie. Feste popolari tra regione e nazione durante il fascismo*, Bologna 1997.
- Cavazza, Stefano: *La Costituzione in piazza. Il tema costituzionale nelle campagne elettorali del dopoguerra (1948–1958)*, in: Augusto Barbera/Marco Cammelli/Paolo Pombeni (Hrsg.): *L'apprendimento della Costituzione (1947–1957)*, Mailand 1999, S. 155–197.
- Cavazza, Stefano: *La transizione difficile. L'immagine della guerra e della resistenza nell'opinione pubblica nell'immediato dopoguerra*, in: Giovanni Miccoli/Guido Neppi

- Modona/Paolo Pombeni (Hrsg.): *La grande cesura. La memoria della guerra e della resistenza nella vita europea del dopoguerra*, Bologna 2001, S. 422–477.
- Cavazza, Stefano: Comunicazione di massa e simbologia politica nelle campagne elettorali del secondo dopoguerra, in: Pier Luigi Ballini/Maurizio Ridolfi (Hrsg.): *Storia delle campagne elettorali in Italia*, Mailand 2002, S. 193–237.
- Cavazza, Stefano: *Dimensione massa. Individui, folle, consumi 1830–1945*, Bologna 2004.
- Cavazza, Stefano (Hrsg.): *La rinascita dell'occidente. Sviluppo del sistema politico e diffusione del modello occidentale nel secondo dopoguerra in Italia e Germania*, Soveria Mannelli 2006.
- Cavazza, Stefano (Hrsg.): *L'occidente come forma di costruzione del consenso politico*, Soveria Mannelli 2006.
- Cavazza, Stefano: Delegittimazione nelle transizioni di regime: la Repubblica di Weimar e l'Italia del secondo dopoguerra, in: Fulvio Cammarano/ders. (Hrsg.): *Il nemico in politica. La delegittimazione dell'avversario nell'Europa contemporanea*, Bologna 2010, S. 201–231.
- Cavazza, Stefano/Emanuela Scarpellini (Hrsg.): *La rivoluzione dei consumi. Società di massa e benessere in Europa 1945–2000*, Bologna 2010.
- Cavazza, Stefano: Dal consumo desiderato al consumo realizzato: l'avvento della società dei consumi nell'Italia postbellica, in: ders./Emanuela Scarpellini (Hrsg.): *La rivoluzione dei consumi. Società di massa e benessere in Europa 1945–2000*, Bologna 2010, S. 53–78.
- Cavazza, Stefano: *Twisted Roots. Intellectuals, Mass Culture and Political Culture in Italy*, in: *JMEH* 10, 2012, S. 207–230.
- Cavazza, Stefano: Miti e consenso durante il fascismo, in: Angelo Varni (Hrsg.): *Storia di Bologna*, Bd. 4: *Bologna in età contemporanea 1915–2000*, Bologna 2013, S. 439–492.
- Cavazza, Stefano (Hrsg.): *Consumi e politica nell'Italia repubblicana*, Bologna 2013.
- Cavazza, Stefano: La politica di fronte al consumo di massa negli anni '60 e '70, in: ders. (Hrsg.): *Consumi e politica nell'Italia repubblicana*, Bologna 2013, S. 13–48.
- Cavazza, Stefano: Scienze sociali e politica: nota introduttiva, in: *Ricerche di Storia Politica* 16, 2013, S. 279–282.
- Cazzullo, Aldo: *I ragazzi che volevano fare la rivoluzione. 1968–1978: storia di Lotta continua*, Mailand 1998.
- Ceccatelli Gurreri, Giovanna/Gabriella Paolucci (Hrsg.): *Il paradigma dell'emancipazione. Donne e politica nella Toscana degli anni '50*, Florenz 1995.
- CENSIS im Auftrag der Provincia di Bologna (Hrsg.): *Bologna. Stili di vita e istituzioni in una società consolidata*, Bologna 1982.
- Cento Bull: *Anna, Social Identities and Political Cultures in Italy. Catholic, Communist and Leghist Communities between Civicness and Localism*, New York u. a. 2000.
- Cheles, Luciano: *Picture battles in the piazza*, in: ders./Lucio Sponza (Hrsg.): *The art of persuasion. Political communication in Italy from 1945 to the 1990s*, Manchester/New York 2001, S. 124–179.
- Cheles, Luciano: *Prestiti e adeguamenti cromatici: la propaganda politica italiana del secondo dopoguerra*, in: Stefano Pivato/Maurizio Ridolfi (Hrsg.): *I colori della politica. Passioni, emozioni e rappresentazioni nell'età contemporanea*, San Marino 2008, S. 183–206.
- Chianese, Gloria: *I massacri nazisti nel Mezzogiorno d'Italia*, in: *Italia contemporanea* 209/210, 1997/98, S. 143–154.

- Chianese, Gloria: Il Mezzogiorno tra guerra e dopoguerra. Storia di donne, in: Dianella Gagliani (Hrsg.): Guerra resistenza politica. Storie di donne, Reggio Emilia 2006, S. 150–157.
- Chianese, Gloria: Il dopoguerra nelle città del Mezzogiorno: il circuito locale della politica, in: Patrizia Dogliani/Maurizio Ridolfi (Hrsg.): 1946. I comuni al voto. Elezioni amministrative, partecipazione delle donne, Imola 2007, S. 247–268.
- Chiarini, Roberto: Le origini dell'Italia repubblicana (1943–1948), in: Giovanni Sabatucci/Vittorio Vidotto (Hrsg.): Storia d'Italia, Bd. 5: La Repubblica, 1943–1963, Rom/Bari 1997, S. 3–126.
- Chiarini, Roberto: Giovani e destra negli anni Settanta, in: Marco De Nicolò (Hrsg.): Dalla trincea alla piazza. L'irruzione dei giovani nel Novecento, Rom 2011, S. 421–432.
- Chiesa e progetto educativo nell'Italia del secondo dopoguerra (1945–1958), Brescia 1988.
- Chubb, Judith: Patronage, power, and poverty in southern Italy. A tale of two cities, Cambridge 1982.
- Cicchitto, Fabrizio (Hrsg.): L'influenza del comunismo nella storia d'Italia. Il PCI tra via parlamentare e lotta armata, Soveria Mannelli 2008.
- Cigognetti, Luisa/Lorenza Servetti: Mass media e dopoguerra, in: Mariuccia Salvati (Hrsg.): La fondazione della repubblica. Modelli e immaginario repubblicani in Emilia e Romagna negli anni della Costituente, Mailand 1999, S. 400–410.
- Clarke, John: Citizen-Consumers: Hyphenation, Identification, Depoliticization?, in: Kerstin Brückweh (Hrsg.): The Voice of the Citizen Consumer. A History of Market Research, Consumer Movements, and the Political Public Sphere, Oxford/New York 2011, S. 225–242.
- Cocchi, Giovanni/Mirco Pieralisi (Hrsg.): Dieci anni cento domande, 1977–1987. I segni del '77 dieci anni dopo: una ricerca sulle idee e le scelte di vita di centinaia di ex militanti del movimento di Bologna, Bologna 1988.
- Colarizi, Simona: Dopoguerra e fascismo in Puglia (1919–1926), Bari 1971.
- Colarizi, Simona: Togliatti e l'anomalia italiana, in: Roberto Gualtieri/Carlo Spagnolo/Ermanno Taviani (Hrsg.): Togliatti nel suo tempo, Rom 2007, S. 423–429.
- Collotti, Enzo/Lutz Klinkhammer: Il fascismo e l'Italia in Guerra. Una conversazione fra storia e storiografia, Rom 1996.
- Collotti, Enzo: Italien – Faschismus, Resistenz und Besatzung, in: Ulrich Herbert/Axel Schildt (Hrsg.): Kriegsende in Europa. Vom Beginn des deutschen Machtzerfalls bis zur Stabilisierung der Nachkriegsordnung 1944–1948, Essen 1998, S. 35–51.
- Collotti, Enzo/Lutz Klinkhammer, Zur Neubewertung des italienischen Faschismus. Enzo Collotti im Gespräch mit Lutz Klinkhammer, in: GG 26, 2000, S. 285–306 [Auszüge des ital. Orig.: Il fascismo e l'Italia in Guerra. Una conversazione fra storia e storiografia, Rom 1996].
- Colozza, Roberto: Il Pci e le associazioni per la tutela della Costituzione (1950–1955), in: Ricerche di storia politica 14, 2011, S. 163–190.
- Colozza, Roberto: Nights of Miracles in Rome? The »Estate Romana« in the »Years of Lead« (1976–1979), in: Martin Baumeister/Bruno Bonomo/Dieter Schott (Hrsg.): Cities Contested. Urban Politics, Heritage, and Social Movements in Italy and West Germany in the 1970s, Frankfurt/New York 2017, S. 73–95.
- Colucci, Michele: Sulla frontiera. Giovani migranti negli anni della ricostruzione, in: Marco De Nicolò (Hrsg.): Dalla trincea alla piazza. L'irruzione dei giovani nel Novecento, Rom 2011, S. 309–317.
- Comune di Bologna, Ufficio Elettorale (Hrsg.): Consultazioni popolari. Risultati, Bologna o. J.

- Confino, Alon: The nation as a local metaphor: Heimat, national memory and the German Empire, 1871–1918, in: *History and Memory* 5, 1993, S. 42–88.
- Confino, Alon/Rudy Koshar: Regimes of Consumer Culture: New Narratives in Twentieth-Century German History, in: *German History* 19, 2001, S. 135–161.
- Confino, Alon: »This lovely country you will never forget«. Kriegserinnerungen und Heimatkonzepte in der westdeutschen Nachkriegszeit, in: Habbo Knoch (Hrsg.): *Das Erbe der Provinz. Heimatkultur und Geschichtspolitik nach 1945*, Göttingen 2004, S. 235–251.
- Conrad, Christoph/Sebastian Conrad: Wie vergleicht man Historiographien?, in: dies. (Hrsg.): *Die Nation schreiben. Geschichtswissenschaft im internationalen Vergleich*, Göttingen 2002, S. 11–45.
- Conway, Martin: Democracy in Postwar Western Europe: The Triumph of a Political Model, in: *EHQ* 32, 2002, S. 59–84.
- Conway, Martin: The Rise and Fall of Western Europe's Democratic Age, 1945–1973, in: *Contemporary European History* 13, 2004, S. 67–88.
- Conway, Martin/Peter Romijn (Hrsg.): *The war on legitimacy in politics and culture 1936–1946*, Oxford/New York 2008.
- Conway, Martin/Peter Romijn, *Political legitimacy in mid-twentieth-century Europe: an introduction*, in: dies. (Hrsg.): *The war on legitimacy in politics and culture 1936–1946*, Oxford/New York 2008, S. 1–28.
- Conze, Eckart: Sicherheit als Kultur. Überlegungen zu einer »modernen Politikgeschichte« der Bundesrepublik Deutschland, in: *VfZ* 53, 2005, S. 357–380.
- Conze, Eckart: *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*, München 2009.
- Cooke, Philip: *The Legacy of the Italian Resistance*, Basingstoke 2011.
- Corduwener, Pepijn: Democracy as a contested concept in Post-War Western Europe: A comparative study of political debates in France, West Germany, and Italy, in: *The Historical Journal* 59, 2016, S. 197–220.
- Corduwener, Pepijn: *The Problem of Democracy in Postwar Europe. Political Actors and the Formation of the Postwar Model of Democracy in France, West Germany and Italy*, New York 2017.
- Corduwener, Pepijn: Challenging Parties and Anti-Fascism in the Name of Democracy: The Fronte dell'Uomo Qualunque and its Impact on Italy's Republic, in: *Contemporary European History* 26, 2017, S. 69–84.
- Cornelißen, Christoph/Lutz Klinkhammer/Wolfgang Schwentker (Hrsg.): *Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945*, Frankfurt 2003.
- Cornelißen, Christoph/Brunello Mantelli/Petra Terhoeven (Hrsg.): *Il decennio rosso. Contestazione sociale e conflitto politico in Germania e in Italia negli anni Sessanta e Settanta*, Bologna 2012.
- Corner, Paul (Hrsg.): *Popular Opinion in Totalitarian Regimes. Fascism, Nazism, Communism*, Oxford 2009.
- Corner, Paul: *The Fascist Party and Popular Opinion in Mussolini's Italy*, Oxford 2012.
- Cortesi, Luigi: *Le origini del Pci. Studi e interventi sulla storia del comunismo in Italia*, erw. Neuauff. Mailand 1999 [zuerst: 1971].
- Coulter, Jeff: Human practices and the observability of the »macro-social«, in: Theodore R. Schatzki/Karin Knorr Cetina/Eike von Savigny (Hrsg.): *The Practice Turn in Contemporary Theory*, London/New York 2001, S. 29–41.
- Courriol, Marie-France: Reception of War Propaganda in Fascist Italy: Second World War Fiction Films and Critical Audiences, in: *Historical Journal of Film, Radio & Television*, 35, 2015, S. 1–26.

- Covili, Barbara: La ricezione culturale della Costituzione nelle riviste dell'Emilia-Romagna e nazionali (1948–1958), in: Augusto Barbera/Marco Cammelli/Paolo Pombeni (Hrsg.): L'apprendimento della Costituzione (1947–1957), Mailand 1999, S. 198–256.
- Crafts, Nicholas/Gianni Toniolo: »Les trente glorieuses: From the Marshall Plan to the Oil Crisis«, in: Dan Stone (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Postwar European History*, Oxford 2012, S. 356–378.
- Crainz, Guido: Il dolore e la collera: quella lontana Italia del 1945, in: *Meridiana* 22/23, 1995, S. 9–47.
- Crainz, Guido: *Storia del miracolo economico. Culture, identità, trasformazioni fra anni cinquanta e sessanta*, Rom 2005.
- Crainz, Guido: *Il paese mancato. Dal miracolo economico agli anni ottanta*, Rom 2005.
- Crapis, Giandomenico: Il frigorifero del cervello. Il PCI e la televisione da »Lascia o raddoppia« alla battaglia contro gli spot, Roma 2002.
- Creuzberger, Stefan/Dierk Hoffmann (Hrsg.): »Geistige Gefahr« und »Immunsierung der Gesellschaft«. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014.
- Crossick, Geoffrey: Das Rathaus, in: Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.), *Orte des Alltags. Miniaturen aus der europäischen Kulturgeschichte*, München 1994, S. 173–183.
- Cruciani, Sante: Dalla ricostruzione al miracolo economico: identità e movimenti, in: Marco De Nicolò (Hrsg.): *Dalla trincea alla piazza. L'irruzione dei giovani nel Novecento*, Rom 2011, S. 341–358.
- D'Almeida, Fabrice: Verso una »democrazia dell'opinione«? I linguaggi della politica tra propaganda e comunicazione di massa, in: Pier Luigi Ballini/Maurizio Ridolfi (Hrsg.): *Storia delle campagne elettorali in Italia*, Mailand 2002, S. 261–284.
- D'Attorre, Pier Paolo (Hrsg.): *Nemici per la pelle. Sogno americano e mito sovietico nell'Italia contemporanea*, Mailand 1991.
- Dahrendorf, Ralf: *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1968.
- Dalton, Russell J.: *Citizen politics in western democracies. Public opinion and political parties in the United States, Great Britain, West Germany, and France*, Chatham (NJ) 1988.
- Daniel, Ute: Die Politik der Propaganda. Zur Praxis gouvernementaler Selbstrepräsentation vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik, in: dies./Wolfram Siemann (Hrsg.): *Propaganda. Meinungskampf, Verführung und politische Sinnstiftung, 1789–1989*, Frankfurt 1994, S. 44–82.
- Dau Novelli, Cecilia (Hrsg.): *Donne del nostro tempo. Il Centro Italiano Femminile (1945–1995)*, Rom 1995.
- Dau Novelli, Cecilia: La famiglia come soggetto della ricostruzione sociale (1942–1949), in: Gabriele De Rosa (Hrsg.): *Cattolici, Chiesa, Resistenza*, Bologna 1997, S. 469–490.
- Daum, Andreas W.: Lernprozesse, Konkurrenz und Legitimationsdruck. Inszenierungen von Politik in Berlin, 1950–1963, in: Martin Aust/Daniel Schönplüg (Hrsg.): *Vom Gegner lernen. Feindschaften und Kulturtransfers im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts*, Frankfurt/New York 2007, S. 253–270.
- Davidson, Alastair: Identità nazionale, cittadinanza e spazio pubblico in Italia tra il 1945 e il 2000, in: Stuart Woolf (Hrsg.): *L'Italia repubblicana vista da fuori (1945–2000)*, Bologna 2007, S. 421–481.
- Davis, Belinda: Jenseits von Terror und Rückzug. Die Suche nach politischem Spielraum und Strategien im Westdeutschland der siebziger Jahre, in: Klaus Weinhauer/Jörg Requate/Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.): *Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren*, Frankfurt/New York 2006, S. 154–186.

- Davis, Belinda: What's Left? Popular Political Participation in Postwar Europe, in: AHR 113, 2008, S. 363–390.
- Davis, Belinda: The City as Theater of Protest: West Berlin and West Germany, 1962–1983, in: Gyan Prakash/Kevin M. Kruse (Hrsg.): The Spaces of the Modern City: Imaginaries, Politics, and Everyday Life, Princeton (NJ) 2008, S. 247–274.
- Davis, Belinda/Wilfried Mausbach/Martin Klimke/Carla MacDougall (Hrsg.): Changing the World, Changing Oneself. Political Protest and Collective Identities in West Germany and the U.S. in the 1960s and 1970s, New York/Oxford 2012.
- Davis, Belinda: A Whole World Opening Up. Transcultural Contact, Difference, and the Politicization of «New Left» Activists, in: dies./Wilfried Mausbach/Martin Klimke/Carla MacDougall (Hrsg.): Changing the World, Changing Oneself. Political Protest and Collective Identities in West Germany and the U.S. in the 1960s and 1970s, New York/Oxford 2012, S. 255–273.
- De Angelis, Alessandro: I comunisti e il partito. Dal »partito nuovo« alla svolta dell '89, Rom 2002.
- De Antonellis, Giacomo: Storia dell'Azione Cattolica, Mailand 1987.
- De Bernardi, Alberto: Il movimento giovanile degli anni Sessanta e il sistema politico, in: L'Italia repubblicana nella crisi degli anni settanta, Bd. 2: Culture, nuovi soggetti, identità, hrsg. v. Fiamma Lussana u. Giacomo Marramao, Soveria Mannelli 2003, S. 175–185.
- De Bernardi, Alberto/Alberto Preti/Fiorenza Tarozzi (Hrsg.): Il Pci in Emilia-Romagna. Propaganda, sociabilità, identità dalla ricostruzione al miracolo economico, Bologna 2004.
- De Bernardi, Alberto/Valerio Romitelli/Chiara Cretella (Hrsg.): Gli anni Settanta. Tra crisi mondiale e movimenti collettivi, Bologna 2009.
- De Felice, Franco: Togliatti e la costruzione del partito nuovo nel Mezzogiorno, in: ders. (Hrsg.): Togliatti e il Mezzogiorno, Bd. I, Rom 1977, S. 35–111.
- De Felice, Franco: La nazione italiana come questione. Appunti sul decennio 1979–1989, in: Dimensioni e problemi della ricerca storica 1993/1, S. 55–90.
- De Felice, Renzo: Rosso e nero, hrsg. v. Pasquale Chessa, Mailand 31995.
- De Giorgi, Fulvio: Linguaggi militari e mobilitazione cattolica nell'Italia fascista, in: Contemporanea. Rivista di storia dell'800 e del '900 5, 2002, S. 253–286.
- De Giorgi, Fulvio: Cattolici e costume civile democratico nel primo decennio repubblicano: una Repubblica democratica grigia, in: Giuseppe Bertagna/Alfredo Canavero/Augusto D'Angelo/Andrea Simoncini (Hrsg.): Guido Gonella tra Governo, Parlamento e Partito, Bd. I, Soveria Mannelli 2007, S. 175–203.
- De Grazia, Victoria: Changing Consumption Regimes in Europe, 1930–1970. Comparative Perspectives on the Distribution Problem, in: Susan Strasser/Charles McGovern/Matthias Judt (Hrsg.): Getting and Spending. European and American Consumer Societies in the Twentieth Century, Cambridge/New York 1998, S. 59–83.
- De Grazia, Victoria: Das unwiderstehliche Imperium. Amerikas Siegeszug im Europa des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2010 [amerik. Orig.: Irresistible empire. Americas advance through Twentieth-Century Europe, Cambridge (MA) 2005].
- De Jong, Wim/Harm Kaal: Mapping the Demos: Scientisation of the Political, Electoral Research and Dutch Political Parties, c. 1900–1980, in: Contemporary European History 26, 2017, S. 111–138.
- De Luna, Giovanni: Partiti e società negli anni della ricostruzione, in: Storia dell'Italia repubblicana, Bd. 1: La costruzione della democrazia, hrsg. v. Francesco Barbagallo, Turin 1994, S. 719–776.
- De Luna, Giovanni: Donne in oggetto. L'antifascismo nella società italiana 1922–1939, Turin 1995.

- De Luna, Giovanni: *Le ragioni di un decennio. 1969–1979. Militanza, violenza, sconfitta, memorie*, Mailand 2009.
- Degli Esposti, Gianluigi: *Bologna PCI*, Bologna 1966.
- Del Boca, Angelo: *Italiani, brava gente? Un mito duro a morire*, Vicenza 2005.
- Del Pero, Mario: *Containing containment. Rethinking Italy's experience during the Cold War*, in: *Journal of Modern Italian Studies* 8, 2003, S. 532–555.
- Della Porta, Donatella: *Social movements, political violence, and the state. A comparative analysis of Italy and Germany*, Cambridge u. a. 1995.
- Deppe, Frank/Georg Fülberth/Stefan Knaab: *Lokales Milieu und große Politik zur Zeit des Kalten Krieges 1945–1960 am Beispiel ausgewählter hessischer Arbeiterwohn-gemeinden*, in: Peter Assion (Hrsg.): *Transformationen der Arbeiterkultur*, Marburg 1986, S. 198–219.
- Der Große Brockhaus, Wiesbaden ¹⁶1956.
- Di Fabio, Laura: *Due democrazie, una sorveglianza comune. Italia e Repubblica Federale Tedesca nella lotta al terrorismo interno e internazionale (1967–1986)*, Mailand 2018.
- Di Loreto, Pietro: *Togliatti e la »doppiezza«. Il Pci tra democrazia e insurrezione (1944–49)*, Bologna 1991.
- Di Maio, Tiziana (Hrsg.): *Le democristiane. Le donne cattoliche nella costruzione della democrazia repubblicana*, Soveria Mannelli 2009.
- Di Michele, Andrea: *Storia dell'Italia repubblicana (1948–2008)*, Mailand 2008.
- Di Nolfo, Ennio: *Von Mussolini zu De Gasperi. Italien zwischen Angst und Hoffnung 1943–1953*, Paderborn 1993 [ital. Orig.: *Le paure e le speranze degli Italiani (1943–1953)*, Mailand 1986].
- Di Nucci, Loreto/Ernesto Galli della Loggia (Hrsg.): *Due nazioni. Legittimazione e delegittimazione nella storia dell'Italia contemporanea*, Bologna 2003.
- Di Nucci, Loreto/Ernesto Galli della Loggia: *Introduzione*, in: dies. (Hrsg.): *Due nazioni. Legittimazione e delegittimazione nella storia dell'Italia contemporanea*, Bologna 2003, S. 7–16.
- Di Nucci, Loreto: *Lo Stato fascista e gli italiani »antinazionali«*, in: ders./Ernesto Galli della Loggia (Hrsg.): *Due nazioni. Legittimazione e delegittimazione nella storia dell'Italia contemporanea*, Bologna 2003, S. 127–185.
- Diefendorf, Jeffrey M.: *In the Wake of War. The Reconstruction of German Cities after World War II*, Oxford/New York 1993.
- Diehl, Paula: *Reichsparteitag. Der Massenkörper als visuelles Versprechen der »Volksgemeinschaft«*, in: Gerhard Paul (Hrsg.): *Das Jahrhundert der Bilder, 1900–1945*, Göttingen 2009, S. 470–479.
- Dietz, Bernhard/Christopher Neumaier: *Vom Nutzen der Sozialwissenschaften für die Zeitgeschichte. Werte und Wertewandel als Gegenstand historischer Forschung*, in: *VfZ* 60, 2012, S. 293–304.
- Dipper, Christof/Rainer Hudemann/Jens Petersen (Hrsg.): *Faschismus und Faschismen im Vergleich. Festschrift für Wolfgang Schieder*, Köln 1998.
- Dipper, Christof: *Italien und Deutschland seit 1800: Zwei Gesellschaften auf dem Weg in die Moderne*, in: ders./Lutz Klinkhammer/Alexander Nützenadel (Hrsg.): *Europäische Sozialgeschichte. Festschrift Wolfgang Schieder*, Berlin 2000, S. 485–503.
- Dipper, Christof (Hrsg.): *Deutschland und Italien 1860–1960. Politische und kulturelle Aspekte im Vergleich*, München 2005.
- Dipper, Christof: *Ferne Nachbarn. Aspekte der Moderne in Deutschland und Italien*, in: ders. (Hrsg.): *Deutschland und Italien 1860–1960. Politische und kulturelle Aspekte im Vergleich*, München 2005, S. 1–28.

- Dipper, Christof: Deutsche und Italiener in der Nachkriegszeit, in: Michael Matheus (Hrsg.): Deutsche Forschungs- und Kulturinstitute in Rom in der Nachkriegszeit, Tübingen 2007, S. 1–20.
- Dipper, Christof: Uguale e diversi. Zwei Fallstudien zur Moderne in Deutschland und Italien, in: Petra Terhoeven (Hrsg.): Blicke. Neue Perspektiven der italienischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 2010, S. 281–299.
- Ditt, Karl: Rationalisierung im Einzelhandel. Die Einführung und Entwicklung der Selbstbedienung in der Bundesrepublik Deutschland 1949–2000, in: Michael Prinz (Hrsg.): Der lange Weg in den Überfluß. Anfänge und Entwicklung der Konsumgesellschaft seit der Vormoderne, Paderborn u. a. 2003, S. 315–356.
- Dittrich-Johansen, Helga: Le »miti dell'idea«. Storia delle organizzazioni femminili del Partito Nazionale Fascista, Città di Castello 2002.
- Döring, Jörn/Tristan Thielmann (Hrsg.): Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften, Bielefeld 2008.
- Doering-Manteuffel, Anselm: Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999.
- Doering-Manteuffel, Anselm: Westernisierung. Politisch-ideeller und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik bis zum Ende der 60er Jahre, in: Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hrsg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg ²2003, S. 311–341.
- Doering-Manteuffel, Anselm: Freiheitliche demokratische Grundordnung und Gewaltdiskurs. Überlegungen zur »streitbaren« Demokratie in der politischen Kultur der Bundesrepublik, in: Frank Becker/Thomas Großbölting/Armin Owzar/Rudolf Schlögl (Hrsg.): Politische Gewalt in der Moderne. Festschrift für Hans-Ulrich Thamer, Münster 2003, S. 269–284.
- Doering-Manteuffel, Anselm/Lutz Raphael: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, 2. erg. Aufl. Göttingen 2010.
- Doering-Manteuffel, Anselm: Die deutsche Geschichte in den Zeitbögen des 20. Jahrhunderts, in: VfZ 62, 2014, S. 321–348.
- Dörner, Andreas: Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft, Frankfurt 2001.
- Dörner, Andreas/Ludgera Vogt (Hrsg.): Wahl-Kämpfe. Betrachtungen über ein demokratisches Ritual, Frankfurt 2002.
- Dogliani, Patrizia: Storia dei giovani, Mailand 2003.
- Dogliani, Patrizia/Oscar Gaspari (Hrsg.): L'Europa dei Comuni dalla fine dell'Ottocento al secondo dopoguerra, Rom 2003.
- Dogliani, Patrizia/Maurizio Ridolfi (Hrsg.): 1946. I comuni al voto. Elezioni amministrative, partecipazione delle donne, Imola 2007.
- Dogliani, Patrizia: 1946: Anno Primo della Democrazia, in: dies./Maurizio Ridolfi (Hrsg.): 1946. I comuni al voto. Elezioni amministrative, partecipazione delle donne, Imola 2007, S. 31–51.
- Dondi, Mirco: La lunga liberazione. Giustizia e violenza nel dopoguerra italiano, Rom 1999.
- Dondi, Walter: Bologna Italia. L'esperienza emiliana e il governo dell'Ulivo, Rom 1998.
- Donno, Gianni: La gladio rossa del PCI, 1945–1967. Con 180 documenti inediti, Soveria Mannelli 2001.
- Dorn, Walter L.: Inspektionsreisen in der US-Zone. Notizen, Denkschriften und Erinnerungen aus dem Nachlass, übers. u. hrsg. v. Lutz Niethammer, Stuttgart 1973.
- Dozza, Giuseppe: Il buon governo e la rinascita della città. Scritti 1945–1966, Bologna 1987.

- Düwel, Jörn/Niels Gutschow: »Ein seltsam glücklicher Augenblick«. Zerstörung und Städtebau in Hamburg 1842 und 1943, Berlin 2013.
- Duggan, Christopher/Christopher Wagstaff (Hrsg.): *Italy in the Cold War. Politics, Culture and Society, 1948–58*, Oxford/Washington D.C. 1995.
- Duggan, Christopher: *Fascist Voices. An Intimate History of Mussolini's Italy*, London 2013.
- Duggan, Christopher: The internalisation of the cult of the Duce: the evidence of diaries and letters, in: Stephen Gundle/ders./Giuliana Pieri (Hrsg.): *The cult of the Duce. Mussolini and the Italians*, Manchester 2013, S. 129–143.
- Dussel, Konrad: Vom Radio- zum Fernsehzeitalter. Medienumbrüche in sozialgeschichtlicher Perspektive, in: Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hrsg.): *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2003, S. 673–694.
- Duverger, Maurice: *Die politischen Parteien*, Tübingen 1959 [frz. Orig.: *Les partis politiques*, Paris 1951].
- Ebner, Michael R.: Terror und Bevölkerung im italienischen Faschismus, in: Sven Reichardt/Armin Nolzen (Hrsg.): *Faschismus in Italien und Deutschland. Studien zu Transfer und Vergleich (= Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 21)*, Göttingen 2005, S. 201–224.
- Ebner, Michael R.: *Ordinary Violence in Mussolini's Italy*, Cambridge 2011.
- Eckert, Roland: Politische Beteiligung, Proteste und Gewalttätigkeit, in: Karl Starzacher/Konrad Schacht/Bernd Friedrich/Thomas Leif (Hrsg.): *Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?*, Köln 1992, S. 77–93.
- Eggebrecht, Axel: Vorwort, in: ders. (Hrsg.): *Die zornigen alten Männer. Gedanken über Deutschland seit 1945*, Reinbek bei Hamburg 1979.
- Eley, Geoff: Corporatism and the Social Democratic Moment: The Postwar Settlement, 1945–1973, in: Dan Stone (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Postwar European History*, Oxford 2012, S. 37–59.
- Elias, Norbert: *Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert*, hrsg. v. Michael Schröter, Frankfurt 1992.
- Ellwood, David W.: *Italy 1943–45*, London 1985.
- Ellwood, David W.: The 1948 elections in Italy: a cold war propaganda battle, in: *Historical Journal of Film, Radio and Television* 13, 1993, S. 19–33.
- Ellwood, David W.: Italian modernisation and the propaganda of the Marshall Plan, in: Luciano Cheles/Lucio Sponza (Hrsg.): *The art of persuasion. Political communication in Italy from 1945 to the 1990s*, Manchester/New York 2001, S. 23–48.
- Erker, Paul: Hunger und sozialer Konflikt in der Nachkriegszeit, in: Manfred Gailus/Heinrich Volkmann (Hrsg.): *Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770–1990*, Opladen 1994, S. 392–408.
- Erlichman, Camilo: *Strategies of Rule: Cooperation and Conflict in the British Zone of Germany, 1945–1949*, PhD thesis, University of Edinburgh 2015.
- Esposito, Fernando: *Mythische Moderne. Aviatik, Faschismus und die Sehnsucht nach Ordnung in Italien und Deutschland*, München 2011.
- Etzemüller, Thomas (Hrsg.): *Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert*, Bielefeld 2009.
- Evans, Jennifer V.: *Life Among the Ruins: Cityscape and Sexuality in Cold War Berlin*, Houndmills 2011.
- Evans, Robert H.: *Coexistence: Communism and its Practice in Bologna, 1945–1965*, Notre Dame (IN) 1967.

- Fabbrini, Sergio: De Gasperi e la »giuntura critica« del periodo 1948–1953. L'Italia dell'immediato dopoguerra tra due modelli di democrazia, in: *Ricerche di storia politica* 11, 2008, S. 53–64.
- Fahlenbrach, Kathrin: *Protest-Inszenierungen. Visuelle Kommunikation und kollektive Identitäten in Protestbewegungen*, Wiesbaden 2002.
- Fahlenbrach, Kathrin: *Protest-Räume – Medien-Räume. Zur rituellen Topologie der Straße als Protest-Raum*, in: Sandra Maria Geschke (Hrsg.): *Straße als kultureller Aktionsraum. Interdisziplinäre Betrachtungen des Straßenraumes an der Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis*, Wiesbaden 2009, S. 98–110.
- Fahlenbrach, Kathrin/Martin Klimke/Joachim Scharloth/Laura Wong (Hrsg.): *The Establishment Responds. Power, Politics, and Protest since 1945*, Basingstoke 2012.
- Falabrino, Gianluigi: *I comunisti mangiano i bambini. La storia dello slogan politico*, Mailand 1994.
- Falasca-Zamponi, Simonetta: *Fascist Spectacle. The Aesthetics of Power in Mussolini's Italy*, Berkeley/Los Angeles/London 1997.
- Falcioni, Giancarlo: *Vor der Diaspora: Mobilisierung und Systemopposition im italienischen Neofaschismus der 1970er Jahre*, in: Massimiliano Livi/Daniel Schmidt/Michael Sturm (Hrsg.): *Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter*, Frankfurt/New York 2010, S. 209–227.
- Falkenhausen, Susanne von: *Das Bild des Volkes – Vom Zentralismus zur Totalität in Italien und Deutschland*, in: Oliver Janz/Pierangelo Schiera/Hannes Siegrist (Hrsg.): *Zentralismus und Föderalismus im 19. und 20. Jahrhundert. Deutschland und Italien im Vergleich*, Berlin 2000, S. 137–162.
- Falter, Jürgen W.: *Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn*, in: *PVS* 22, 1981, S. 236–263.
- Fanti, Guido/Gian Carlo Ferri: *Cronache dell'Emilia rossa. L'impossibile riformismo del PCI*, Bologna 2001.
- Farrell, David M.: *Campaign Strategies and Tactics*, in: Lawrence LeDuc/Richard G. Niemi/Pippa Norris (Hrsg.): *Comparing Democracies. Elections and Voting in Global Perspective*, Thousand Oaks/London/New Delhi 1996, S. 160–183.
- Faulenbach, Bernd: *Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reform euphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982 (= Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945, Bd. 3)*, Bonn 2011.
- Faulstich, Werner: *»Unterhaltung« als Schlüsselkategorie von Kulturwissenschaft. Begriffe, Probleme, Stand der Forschung, Positionsbestimmung*, in: ders./Karin Knop (Hrsg.): *Unterhaltungskultur*, München 2006, S. 7–20.
- Fehrenbach, Heide: *The Fight for the »Christian West«: German Film Control, the Churches, and the Reconstruction of Civil Society in the Early Bonn Republic*, in: Robert G. Moeller (Hrsg.): *West Germany under Construction. Politics, Society, and Culture in the Adenauer Era*, Ann Arbor 1997, S. 321–345.
- Fehrenbach, Heide: *Race after Hitler. Black Occupation Children in Postwar Germany and America*, Princeton 2005.
- Felbick, Dieter: *Schlagwörter der Nachkriegszeit, 1945–1949*, Berlin u. a. 2003.
- Fenske, Michaela: *Demokratie erschreiben. Bürgerbriefe und Petitionen als Medien politischer Kultur 1950–1974*, Frankfurt/New York 2013.
- Ferrario, Clemente: *Il buon partito*, Mailand 1990.
- Fichter, Michael: *»Es ist nicht so gekommen, wie man gehofft hat.« Erinnerungen sozialdemokratischer Funktionäre in Stuttgart*, in: Lutz Niethammer/Alexander von Plato (Hrsg.): *»Wir kriegen jetzt andere Zeiten.« Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern*, Berlin/Bonn 1985, S. 233–255.

- Filippini, Nadia Maria/Anna Scattigno (Hrsg.): *Una democrazia incompiuta. Donne e politica in Italia dall'Ottocento ai nostri giorni*, Mailand 2007.
- Fimiani, Enzo: *Elections, Plebiscitary Elections, and Plebiscites in Fascist Italy and Nazi-Germany: Comparative Perspectives*, in: Ralph Jessen/Hedwig Richter (Hrsg.): *Voting for Hitler and Stalin. Elections Under 20th Century Dictatorships*, Frankfurt/New York 2011, S. 231–253.
- Fimiani, Enzo (Hrsg.): *La partecipazione del Mezzogiorno alla Liberazione d'Italia (1943–1945)*, Florenz 2016.
- Fimiani, Enzo: »L'unanimità più uno«. *Plebisciti e potere, una storia europea (secoli XVIII–XX)*, Mailand 2017.
- Fincardi, Marco: *Piccole patrie democratiche*, in: Mariuccia Salvati (Hrsg.): *La fondazione della repubblica. Modelli e immaginario repubblicani in Emilia e Romagna negli anni della Costituente*, Mailand 1999, S. 187–214.
- Finetti, Ugo: *Togliatti e Amendola. La lotta politica nel PCI. Dalla Resistenza al terrorismo*, Mailand 2008.
- Finocchiaro, Sebastiano M.: *Il partito comunista nella Sicilia del dopoguerra (1943–1948). Conflitto sociale, organizzazione e propaganda tra collaborazione antifascista e guerra fredda*, Caltanissetta/Rom 2009.
- Fisch, Stefan/Wilfried Rudloff (Hrsg.): *Experten und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive*, Berlin 2004.
- Focardi, Filippo: »Bravo italiano« e »cattivo tedesco«: riflessioni sulla genesi di due immagini incrociate, in: *Storia e memoria* 5, 1996, S. 55–84.
- Focardi, Filippo: *Reshaping the Past: Collective Memory and the Second World War in Italy, 1945–1955*, in: Dominik Geppert (Hrsg.): *The Postwar Challenge. Cultural, Social, and Political Change in Western Europe, 1945–58*, Oxford/New York 2003, S. 41–63.
- Focardi, Filippo: *La guerra della memoria. La Resistenza nel dibattito politico italiano dal 1945 a oggi*, Rom 2005.
- Focardi, Filippo: *Die Unsitte des Vergleichs. Die Rezeption von Faschismus und Nationalsozialismus in Italien und die Schwierigkeiten, sich der eigenen Vergangenheit zu stellen*, in: Gian Enrico Rusconi/Hans Woller (Hrsg.): *Parallele Geschichte? Italien und Deutschland 1945 – 2000*, Berlin 2006, S. 107–139.
- Föllmer, Moritz (Hrsg.): *Sehnsucht nach Nähe. Interpersonale Kommunikation in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert*, Stuttgart 2004.
- Föllmer, Moritz: *Cities of Choice: Elective Affinities and the Transformation of Western European Urbanity from the mid-1950s to the early 1980s*, in: *Contemporary European History* 24, 2015, S. 577–596.
- Föllmer, Moritz/Mark B. Smith: *Urban Societies in Europe since 1945: Toward a Historical Interpretation*, in: *Contemporary European History* 24, 2015, S. 475–491.
- Foot, John: *Television and the City. The Impact of Television in Milan, 1954–1960*, in: *Contemporary European History* 8, 1999, S. 379–94.
- Forgacs, David: *Italian Culture in the Industrial Era. 1880–1980*, Manchester/New York 1990.
- Forgacs, David/Robert Lumley (Hrsg.): *Italian Cultural Studies: an introduction*, Oxford 1996.
- Forgacs, David/Stephen Gundle: *Mass Culture and Italian Society from Fascism to the Cold War*, Bloomington (IN) u. a. 2007.
- Forlenza, Rosario: *L'Italia dei Comuni: la mobilitazione elettorale*, in: Patrizia Dogliani/Maurizio Ridolfi (Hrsg.): *I comuni al voto. Elezioni amministrative e partecipazione delle donne*, Imola 2007, S. 53–75.

- Forlenza, Rosario: *Le elezioni amministrative della prima Repubblica. Politica e propaganda locale nell'Italia del secondo dopoguerra (1946–1956)*, Rom 2008.
- Forlenza, Rosario: *The Italian Communist Party, local government and the Cold War*, in: *Modern Italy* 15, 2010, S. 177–196.
- Forlenza, Rosario: *A Party for the Mezzogiorno: The Christian Democratic Party, Agrarian Reform and the Government of Italy*, in: *Contemporary European History* 19, 2010, S. 331–349.
- Forlenza, Rosario: *La memoria, la seconda guerra mondiale e la democrazia in Italia*, in: Penelope Morris/Francesco Ricatti/Mark Seymour (Hrsg.): *Politica ed emozioni nella storia d'Italia*, Rom 2012, S. 169–189.
- Formigoni, Guido: *La gioventù cattolica maschile: associazionismo e modelli educativi (1943–1958)*, in: *Chiesa e progetto educativo nell'Italia del secondo dopoguerra (1945–1958)*, Brescia 1988, S. 239–273.
- Formigoni, Guido: *La memoria della guerra e della Resistenza nelle culture politiche del »mondo cattolico« (1945–1955)*, in: Giovanni Miccoli/Guido Neppi Modona/Paolo Pombeni (Hrsg.): *La grande cesura. La memoria della guerra e della resistenza nella vita europea del dopoguerra*, Bologna 2001, S. 479–526.
- Fornier, Sean: »Das Sprachrohr keiner Besatzungsmacht oder Partei«: *Deutsche Publizisten, die Vereinigten Staaten und die demokratische Erneuerung in Westdeutschland, 1945–1949*, in: Arnd Bauerkämper/Konrad H. Jarausch/Marcus M. Payk (Hrsg.): *Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945–1970*, Göttingen 2005, S. 159–189.
- Fornier, Sean: *Für eine demokratische Erneuerung Deutschlands. Kommunikationsprozesse und Deutungsmuster engagierter Demokraten nach 1945*, in: *GG* 33, 2007, S. 228–257.
- Fornier, Sean: *Reconsidering the »Unpolitical German«: Democratic Renewal and the Politics of Culture in Occupied Germany*, in: *German History* 32, 2014, S. 53–78.
- Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg (Hrsg.): *»Kampf dem Atomtod!« Die Protestbewegung 1957/58 in zeithistorischer und gegenwärtiger Perspektive*, München 2009.
- Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg (Hrsg.): *19 Tage Hamburg, Ereignisse und Entwicklungen der Stadtgeschichte seit den fünfziger Jahren*, Hamburg 2012.
- Foschepoth, Josef: *Zur deutschen Reaktion auf Niederlage und Besatzung*, in: Ludolf Herbst (Hrsg.): *Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration*, München 1986, S. 151–165.
- Frei, Norbert: *Coping with the Burdens of the Past: German Politics and Society in the 1950s*, in: Dominik Geppert (Hrsg.): *The Postwar Challenge. Cultural, Social, and Political Change in Western Europe, 1945–58*, Oxford/New York 2003, S. 27–39.
- Frei, Norbert: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 2012 [zuerst: München 1996].
- Freier, Anna-Elisabeth: *Frauenfragen sind Lebensfragen – Über die naturwüchsige Deckung von Tagespolitik und Frauenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: dies./Annette Kuhn (Hrsg.): *Frauen in der Geschichte*, Bd. V: »Das Schicksal Deutschlands liegt in der Hand seiner Frauen« – Frauen in der deutschen Nachkriegsgeschichte, Düsseldorf 1984, S. 18–50.
- Frese, Matthias/Julia Paulus/Karl Tepe (Hrsg.): *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*, Paderborn/München u. a. 2005.
- Fresu, Gianni: *»Il diavolo nell'ampola«*. Antonio Gramsci, gli intellettuali e il partito, Neapel 2005.

- Frevert, Ute: Politische Kommunikation und ihre Medien, in: dies./Wolfgang Braungart (Hrsg.), *Sprachen des Politischen. Medien und Medialität in der Geschichte*, Göttingen 2004, S. 7–19.
- Frevert, Ute: Neue Politikgeschichte: Konzepte und Herausforderungen, in: dies./Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.): *Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung*, Frankfurt/New York 2005, 7–26.
- Fröhlich, Claudia/Michael Kohlstruck (Hrsg.): *Engagierte Demokraten. Vergangenheitspolitik in kritischer Absicht*, Münster 1999.
- Fröhlich, Claudia: Rückkehr zur Demokratie – Wandel der politischen Kultur in der Bundesrepublik, in: Peter Reichel/Harald Schmid/Peter Steinbach (Hrsg.): *Der Nationalsozialismus – Die zweite Geschichte. Überwindung – Deutung – Erinnerung*, Lizenzausg. Bonn 2009, S. 105–126.
- Führer, Karl Christian/Knut Hieckhler/Axel Schildt: *Öffentlichkeit – Medien – Geschichte. Konzepte der modernen Öffentlichkeit und Zugänge zu ihrer Erforschung*, in: AFS 41, 2001, S. 1–38.
- Führer, Karl Christian: *Medienmetropole Hamburg: Mediale Öffentlichkeiten 1930–1960*, München/Hamburg 2008.
- Fürmetz, Gerhard/Herbert Reinke/Klaus Weinbauer (Hrsg.): *Nachkriegspolizei. Sicherheit und Ordnung in Ost- und Westdeutschland 1945–1989*, Hamburg 2001.
- Fulbrook, Mary: *Dissonant Lives. Generations and Violence Through the German Dictatorships*, Oxford/New York 2011.
- Fulda, Daniel/Dagmar Herzog/Stefan-Ludwig Hoffmann/Till van Rahden (Hrsg.): *Demokratie im Schatten der Gewalt. Geschichten des Privaten im deutschen Nachkrieg*, Göttingen 2010.
- Fulda, Daniel/Dagmar Herzog/Stefan-Ludwig Hoffmann/Till van Rahden: Zur Einführung, in: dies. (Hrsg.): *Demokratie im Schatten der Gewalt. Geschichten des Privaten im deutschen Nachkrieg*, Göttingen 2010, S. 7–21.
- Furlan, Paola: *Votare per una città più bella. Le donne e il primo voto amministrativo a Bologna*, in: Patrizia Dogliani/Maurizio Ridolfi (Hrsg.): *I comuni al voto. Elezioni amministrative e partecipazione delle donne*, Imola 2007, S. 207–228.
- Gabriel, Karl: *Die Erosion der Milieus. Das Ende von Arbeiterbewegung und Katholizismus?*, in: Heiner Ludwig/Wolfgang Schroeder (Hrsg.): *Sozial- und Linkskatholizismus. Erinnerung-Orientierung-Befreiung*, Frankfurt 1990, S. 241–260.
- Gabrielli, Patrizia: *«Il club delle virtuose». UDI e CIF nelle Marche dall'antifascismo alla guerra fredda*, Ancona 2000.
- Gabrielli, Patrizia: *Educare alla democrazia: donne alla prova del voto*, in: Piergiorgio Genovesi/Giuseppe Papagno (Hrsg.): *Educazione e politica in Italia (1945–2008)*, Bd. I: *Identità e legittimazione politica*, Mailand 2009, S. 87–104.
- Gabrielli, Patrizia: *Anni di novità e di grandi cose. Il boom economico fra tradizione e cambiamento*, Bologna 2011.
- Gagliani, Dianella/Mariuccia Salvati (Hrsg.): *La sfera pubblica femminile. Percorsi di storia delle donne in età contemporanea*, Bologna 1992.
- Gagliani, Dianella: *Welfare State come umanesimo e antipatronage. Un'esperienza delle donne nel secondo dopoguerra*, in: dies./Mariuccia Salvati (Hrsg.): *La sfera pubblica femminile. Percorsi di storia delle donne in età contemporanea*, Bologna 1992, S. 163–178.
- Gagliani, Dianella/Elda Guerra/Laura Mariani/Fiorenza Tarozzi (Hrsg.): *Donne guerra politica. Esperienze e memorie femminili della Resistenza*, Bologna 2000.
- Gailus, Manfred: *Die Revolution von 1848 als »Politik der Straße«*, in: Dieter Dowe/Heinz-Gerhard Haupt/Dieter Langewiesche (Hrsg.): *Europa 1848. Revolution und Reform*, Bonn 1988, S. 1021–1044.

- Gaiotti De Biase, Paola: The Impact of Women's Political and Social Activity in Postwar Italy, in: Frank J. Coppa/Margherita Repetto-Alaia (Hrsg.): *The Formation of the Italian Republic*, New York 1993, S. 221–269.
- Gajek, Eva Maria: *Imagepolitik im olympischen Wettstreit. Die Spiele von Rom 1960 und München 1972*, Göttingen 2013.
- Galimi, Valeria: The »New Racist Man«. Italian Society and the Fascist Anti-Jewish Laws, in: Giulia Albanese/Roberta Pergher (Hrsg.): *In the Society of Fascists. Acclamation, Acquiescence, and Agency in Mussolini's Italy*, Basingstoke 2012, S. 149–168.
- Galli, Giorgio (Hrsg.): *Il comportamento elettorale in Italia. Una indagine ecologica sulle elezioni in Italia fra il 1946 e il 1963*, Bologna 1968.
- Galli, Giorgio/Alfonso Prandi: *Patterns of Political Participation in Italy*, New Haven/London 1970.
- Galli della Loggia, Ernesto: *Intervista sulla destra*, hrsg. v. Lucio Caracciolo, Rom/Bari 1994.
- Galli della Loggia, Ernesto: *La morte della patria. La crisi dell'idea di nazione tra resistenza, antifascismo e Repubblica*, Rom/Bari 1995.
- Gallingani, Mariangiola: *La bella piazza. Ritmi e usi dello spazio di Piazza Maggiore a Bologna*, in: *Metronomie* 24, 2002, S. 1–44.
- Galm, Heinrich: *Ich war halt immer ein Rebell. Politische Erinnerungen von Heinrich und Marie Galm, nach Gesprächen zusammengestellt von Werner Fuchs und Bernd Klemm*, hrsg. v. Studienkreis »Geschichte der Offenbacher Arbeiter und ihrer Organisation« e.V., Offenbach a. M. 1980.
- Ganapini, Luigi: *Voci dalla guerra civile. Italiani nel 1943–1945*, Bologna 2012.
- Garofalo, Paolo: *Dalla propaganda allo spettacolo. Un approccio alla comunicazione politica*, Troina 2005.
- Gassert, Philipp (Hrsg.): *Coping with the Nazi past. West German debates on Nazism and generational conflict, 1955–1975*, New York u. a. 2006.
- Gassert, Philipp: *Narratives of Democratization: 1968 in Postwar Europe*, in: Martin Klimke/Joachim Scharloth (Hrsg.): *1968 in Europe. A History of Protest and Activism, 1956–1977*, New York/Basingstoke 2008, S. 307–324.
- Gassert, Philipp: *The Spectre of Americanization: Western Europe in the American Century*, in: Dan Stone (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Postwar European History*, Oxford 2012, S. 182–200.
- Gassert, Philipp: »1968« als Wahrnehmungsrevolution. Eine kluge These, die umfassender untersucht werden müsste, in: Ingrid Gilcher-Holtey (Hrsg.): »1968« – Eine Wahrnehmungsrevolution? *Horizont-Verschiebungen des Politischen in den 1960er und 1970er Jahren*, München 2013, S. 123–134.
- Gatzka, Claudia Christiane: *Der »neue Mensch« auf ausgetrampelten Pfaden. Kommunistische Bewährung und politischer Massenmarkt im postfaschistischen Italien*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2012, S. 145–157.
- Gatzka, Claudia Christiane: *Klassenkampf am Küchentisch. Weibliche Handlungsräume im kommunistischen Milieu Italiens der frühen Nachkriegszeit*, in: *Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte* 61, 2012, S. 48–53.
- Gatzka, Claudia Christiane: *Des Wahlvolks großer Auftritt. Wahlritual und demokratische Kultur in Italien und Westdeutschland nach 1945*, in: *Comparativ* 23/1, 2013, S. 64–88.
- Gatzka, Claudia Christiane: *Kommunisten besetzen eine Stadt im kapitalistischen Westen. Umkämpfte Räume und Raumkontrolle im roten Bologna (1950er bis 1970er Jahre)*, in: Eliza Bertuzzo/Eszter B. Gantner/Jörg Niewöhner/Heike Oevermann (Hrsg.): *Kontrolle öffentlicher Räume. Unterstützen, Unterdrücken, Unterhalten, Unterwandern*, Berlin u. a. 2013, S. 180–198.

- Gatzka, Claudia Christiane: Anders unter Gleichen. Frauen, Männer und Weiblichkeit im italienischen Kommunismus der Nachkriegszeit, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2015, S. 95–112.
- Gatzka, Claudia Christiane: »Demokratisierung« in Italien und der Bundesrepublik. Historiographische Narrative und lokale Erkundungen, in: Sonja Levens/Cornelius Torp (Hrsg.): Wo liegt die Bundesrepublik? Vergleichende Perspektiven auf die westdeutsche Geschichte, 1945–1989, Göttingen 2016, S. 145–165.
- Gatzka, Claudia Christiane: Die Nachkriegsstadt als Ort politischer Kommunikation. Überlegungen am Beispiel Westdeutschlands und Italiens 1945–1968, in: IMS 2016/2, S. 91–108.
- Gatzka, Claudia Christiane: Das »Volk« auf postfaschistischen Straßen. Zum Fortleben eines Kulturmusters in Italien und der Bundesrepublik, 1945–1960, in: Marie-Luise Recker/Andreas Schulz (Hrsg.): Parlamentarismuskritik und Antiparlamentarismus in Europa, Düsseldorf 2018, S. 167–184.
- Gatzka, Claudia Christiane: Die Blüte der Parteiendemokratie. Politisierung als Alltagspraxis in der Bundesrepublik, 1969–1980, in: Archiv für Sozialgeschichte 58 (2018), S. 201–223.
- Geertz, Clifford: Dichte Beschreibung. Bemerkungen zu einer deutenden Theorie von Kultur, in: ders.: Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme, Frankfurt 1987, S. 7–43 [amerik. Orig.: Thick Description: Toward an Interpretive Theory of Culture, in: ders.: The Interpretation of Cultures. Selected Essays, New York 1973, S. 3–30].
- Gelsomini, Elena: Le campagne elettorali della prima Repubblica (1948–1963), Manduria/Rom/Bari 2009.
- Gentile, Emilio: Il fascismo. Storia e interpretazione, Rom/Bari 62011.
- Gentile, Emilio: Der »neue Mensch« des Faschismus. Reflexionen über ein totalitäres Experiment, in: Thomas Schlemmer/Hans Woller (Hrsg.): Der Faschismus in Europa, München 2014, S. 89–106.
- Gentile, Sara: Le origini e la crescita della Democrazia cristiana nel secondo dopoguerra e la tradizione »popolare« nel catanese, in: Franco De Felice (Hrsg.): Togliatti e il Mezzogiorno, Bd. II, Rom 1977, S. 107–127.
- Geppert, Dominik: Introduction, in: ders. (Hrsg.): The Postwar Challenge. Cultural, Social, and Political Change in Western Europe, 1945–58, Oxford/New York 2003, S. 1–24.
- Geppert, Dominik: »Proclaim Liberty Throughout all the Land«: Berlin and the Symbolism of the Cold War, in: ders. (Hrsg.): The Postwar Challenge. Cultural, Social, and Political Change in Western Europe, 1945–58, Oxford/New York 2003, S. 339–363.
- Geppert, Dominik: Von der Staatsskepsis zum parteipolitischen Engagement. Hans Richter, die Gruppe 47 und die deutsche Politik, in: Jens Hacke (Hrsg.): Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980, Göttingen 2008, S. 46–68.
- Germinario, Francesco: L'altra memoria. L'Estrema destra, Salò e la Resistenza, Turin 1999.
- Gervasoni, Marco: Storia d'Italia degli anni ottanta. Quando eravamo moderni, Venedig 2010.
- Geyer, Martin H.: Verkehrte Welt. Revolution, Inflation und Moderne: München 1914–1924, Göttingen 1998.
- Geyer, Martin H.: War over Words. The Search for a Public Language in West-Germany, in: Willibald Steinmetz (Hrsg.): Political Languages in the Age of Extremes, Oxford 2011, S. 293–330.

- Geyer, Martin H.: Kritik und Krise: Politische Sprachkritik und Krisendiskurse in den 1970er Jahren, in: Thomas Mergel (Hrsg.): Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen, Frankfurt 2012, S. 257–274.
- Geyer, Martin H.: Grenzüberschreitungen: Vom Belagerungszustand zum Ausnahmezustand, in: Niels Werber/Stefan Kaufmann/Lars Koch (Hrsg.): Erster Weltkrieg. Kulturwissenschaftliches Handbuch, Stuttgart 2014, S. 341–384.
- Geyer, Michael: Cold War Angst. The Case of West-German Opposition to Rearmament and Nuclear Weapons, in: Hanna Schissler (Hrsg.): The Miracle Years: A Cultural History of West Germany, 1949–1968, Princeton 2001, S. 376–408.
- Ghirardo, Diane Yvonne: *Città Fascista*: Surveillance and spectacle, in: Journal of Contemporary History 31, 1996, S. 347–372.
- Giachetti, Diego: I partiti della nuova sinistra: origini, sviluppo, epilogo, in: Fabrizio Billi (Hrsg.): Gli anni della rivolta. 1960–1980: prima, durante e dopo il '68, Mailand 2001, S. 85–102.
- Giachetti, Diego: Anni Sessanta comincia la danza. Giovani, capelloni, studenti ed estremisti negli anni della contestazione, Pisa 2002.
- Giachetti, Diego: Un sessantotto e tre conflitti. Generazioni, genere, classe, Pisa 2008.
- Giachetti, Diego: Ribellismo giovanile e manifestazioni di violenza nell'Italia degli anni Sessanta, in: Christoph Cornelißen/Brunello Mantelli/Petra Terhoeven (Hrsg.): Il decennio rosso. Contestazione sociale e conflitto politico in Germania e in Italia negli anni Sessanta e Settanta, Bologna 2012, S. 51–70.
- Giannini, Guglielmo: La folla. Seimila anni di lotta contro la tirannide, Rom ⁵1946.
- Giddens, Anthony: Politics, Sociology and Social Theory. Encounters with Classical and Contemporary Social Thought, Cambridge 1995.
- Gilcher-Holtey, Ingrid: 1968. Eine Zeitreise, Frankfurt 2008.
- Gilcher-Holtey, Ingrid (Hrsg.): »1968« – Eine Wahrnehmungsrevolution? Horizont-Verschiebungen des Politischen in den 1960er und 1970er Jahren, München 2013.
- Gildea, Robert/James Mark/Niek Pas: European Radicals and the 'Third World': Imagined solidarities and radical networks 1958–73, in: Cultural and Social History 8, 2011, S. 449–471.
- Ginsborg, Paul: Italian Political Culture in Historical Perspective, in: Modern Italy 1, 1995, S. 3–17.
- Ginsborg, Paul: Storia d'Italia dal dopoguerra a oggi, Turin ²2006 [engl. Orig.: A history of contemporary Italy. Society and politics 1943–1988, London 1990].
- Ginsborg, Paul: Civil society in contemporary Italy: theory, history and practice, in: Journal of Modern Italian Studies 18, 2013, S. 283–295.
- Giorgino, Francesco/Nicola Rao: Lun contro l'altro armati. Dieci testimonianze della guerra civile (1943–1945), Mailand 1995.
- Giovagnoli, Agostino: L'Azione Cattolica Italiana dal 1948 al 1958, in: Chiesa e progetto educativo nell'Italia del secondo dopoguerra (1945–1958), Brescia 1988, S. 117–154.
- Giovagnoli, Agostino: La cultura democristiana. Tra Chiesa cattolica e identità italiana, 1918–1948, Rom/Bari 1991.
- Giovagnoli, Agostino: La Resistenza nei programmi di governi repubblicani, in: Anna Lisa Carloti (Hrsg.): Italia 1939–1945. Storia e memoria, Mailand 1996, S. 319–330.
- Giovagnoli, Agostino: Gli anni Settanta e la storiografia sull'Italia repubblicana, in: Contemporanea 13, 2010, S. 183–195.
- Gironda, Vito: Die Politik der Staatsbürgerschaft. Italien und Deutschland im Vergleich 1800–1914, Göttingen 2010.
- Glasenapp, Jörn: Kulturindustrie als Status Quo-Industrie. Adorno und das Populäre, in: Werner Faulstich/Karin Knop (Hrsg.): Unterhaltungskultur, München 2006, S. 167–178.

- Glienke, Stephan A./Volker Paulmann/Joachim Perels (Hrsg.): Erfolgsgeschichte Bundesrepublik? Die Nachkriegsgesellschaft im langen Schatten des Nationalsozialismus, Göttingen 2008.
- Goch, Stefan: Aufstieg der Konsumgesellschaft – Niedergang der Milieus? Viele Fragen, in: Michael Prinz (Hrsg.): Der lange Weg in den Überfluß. Anfänge und Entwicklung der Konsumgesellschaft seit der Vormoderne, Paderborn u. a. 2003, S. 413–436.
- Goffman, Erving: Interaktionsrituale. Über Verhalten in direkter Kommunikation, Frankfurt 1971 [amerik. Orig.: *Interaction Ritual. Essays on Face-to-Face Behavior*, New York 1967].
- Goffman, Erving: Das Individuum im öffentlichen Austausch. Mikrostudien zur öffentlichen Ordnung, Frankfurt 1982 [amerik. Orig.: *Relations in Public. Microstudies of the Public Order*, 1971].
- Goltz, Anna von der: Eine Gegen-Generation von 1968? Politische Polarisierung und konservative Mobilisierung an westdeutschen Universitäten, in: Massimiliano Livi/Daniel Schmidt/Michael Sturm (Hrsg.): Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter, Frankfurt/New York 2010, S. 73–89.
- Goltz, Anna von der/Britta Waldschmidt-Nelson (Hrsg.): *Inventing the silent majority in Western Europe and the United States. Conservatism in the 1960s and 1970s*, Cambridge 2017.
- Goltz, Anna von der, *Other '68ers in West Berlin: Christian Democratic Students and the Cold War City*, in: *Central European History* 50, 2017, S. 86–112.
- Gossel, Daniel A.: Die Hamburger Presse nach dem Zweiten Weltkrieg. Neuanfang unter britischer Besatzungsherrschaft, Hamburg 1993.
- Gotto, Bernhard/Horst Möller/Jean Mondot/Nicole Pelletier (Hrsg.): Nach »Achtundsechzig«. Krisen und Krisenbewusstsein in Deutschland und Frankreich in den 1970er Jahren, München 2013.
- Gotto, Bernhard: Von enttäuschten Erwartungen. Willy Brandts »mehr Demokratie wagen« und Valéry Giscard d'Estaings »*Démocratie française*«, in: ders./Horst Möller/Jean Mondot/Nicole Pelletier (Hrsg.): Nach »Achtundsechzig«. Krisen und Krisenbewusstsein in Deutschland und Frankreich in den 1970er Jahren, München 2013, S. 31–44.
- Gotto, Klaus/Hans-Otto Kleinmann/Reinhard Schreiner (Bearb.): Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz, 1951–1953, Düsseldorf 1989.
- Gozzini, Giovanni: *La democrazia dei partiti e il «partito nuovo»*, in: Roberto Gualtieri/Carlo Spagnolo/Ermanno Taviani (Hrsg.): *Togliatti nel suo tempo*, Rom 2007, S. 277–305.
- Graf, Rüdiger/Kim Christian Priemel: Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin, in: *VfZ* 59, 2011, S. 479–508.
- Graziano, Luigi/Sidney Tarrow (Hrsg.): *La crisi italiana*, 2 Bde., Turin 1979.
- Grebing, Helga (Hrsg.): *Lehrstücke in Solidarität. Briefe und Biographien deutscher Sozialisten, 1945–1949*, Stuttgart 1983.
- Grebing, Helga (Hrsg.): *Entscheidung für die SPD. Briefe und Aufzeichnungen linker Sozialisten 1944–1948*, München 1984.
- Grebing, Helga: Von der »Traditionskompanie« zur »Staatspartei«. Die Modernisierung der Sozialdemokratie in den 1950er und 1960er Jahren im regionalen Vergleich, in: Jürgen Kocka/Hans J. Puhle/Klaus Tenfelde (Hrsg.): *Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift Gerhard A. Ritter*, München 1994, S. 205–222.
- Grebing, Helga: »Für mich war klar: Indoktrination – nicht mehr braun, jetzt rot – kommt nicht in Frage«, in: Rüdiger Hohls/Konrad H. Jarausch (Hrsg.): *Versäumte*

- Fragen. Deutsche Historiker im Schatten des Nationalsozialismus, Stuttgart/München 2000, S. 144–162.
- Gregor, Neil: Trauer und städtische Identitätspolitik. Erinnerungen an die Bombardierung Nürnbergs, in: Jörg Arnold/Dietmar Süß/Malte Thieß (Hrsg.): Luftkrieg. Erinnerungen in Deutschland und Europa, Göttingen 2009, S. 131–145.
- Greiffenhagen, Martin: Vom Obrigkeitsstaat zur Demokratie: Die politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, in: Peter Reichel (Hrsg.): Politische Kultur in Westeuropa. Bürger und Staaten in der Europäischen Gemeinschaft, Frankfurt 1984, S. 52–76.
- Gribaudo, Gabriella: Mediatori. Antropologia del potere democristiano nel Mezzogiorno, Turin 1980.
- Gribaudo, Gabriella: Famiglie napoletane, in: dies.: Donne, uomini, famiglie. Napoli nel Novecento, Neapel 1999, S. 13–39.
- Gries, Rainer: Produktmedien. Zur Erkundung konjunktiver Erwartungs- und Erfahrungsräume in Europa, in: Ute Daniel/Axel Schildt (Hrsg.): Massenmedien im Europa des 20. Jahrhunderts, Köln/Weimar/Wien 2010, S. 175–200.
- Grispigni, Marco: Figli della stessa rabbia. Lo scontro di piazza nell'Italia repubblicana, in: Zaprunder 2003/1, S. 50–71.
- Gross, Raphael: Anständig geblieben. Nationalsozialistische Moral, Frankfurt 2010.
- Großbölting, Thomas: Von »Halbstarken« und »Apo-Aktivist« – Jugendkultur, Jugendgewalt und Jugenddiskurs in der Bundesrepublik, in: Frank Becker/ders./Armin Owzar/Rudolf Schlögl (Hrsg.): Politische Gewalt in der Moderne. Festschrift für Hans-Ulrich Thamer, Münster 2003, S. 301–322.
- Großbölting, Thomas: Le memorie della repubblica. Geschichtspolitik in Italien nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Barbara Stollberg-Rilinger (Hrsg.): Was heißt Kulturgeschichte des Politischen? Münster 2005, S. 329–353.
- Großbölting, Thomas: Als Laien und Genossen das Fragen lernten. Neue Formen institutioneller Öffentlichkeit im Katholizismus und in der Arbeiterbewegung der sechziger Jahre, in: Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe (Hrsg.): Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn u. a. 2005, S. 147–179.
- Großbölting, Thomas/Massimiliano Livi/Carlo Spagnolo (Hrsg.): Jenseits der Moderne? Die Siebziger Jahre als Gegenstand der deutschen und der italienischen Geschichtswissenschaft, Berlin 2014.
- Große Kracht, Klaus: Die katholische Welle der ›Stunde Null‹. Katholische Aktion, missionarische Bewegung und Pastoralmacht in Deutschland, Italien und Frankreich 1945–1960, in: AFS 51, 2011, S. 163–186.
- Große Kracht, Klaus: Die Stunde der Laien? Katholische Aktion in Deutschland im europäischen Kontext 1920–1960, Paderborn 2016.
- Grossmann, Atina: Grams, Calories, and Food: Languages of Victimization, Entitlement, and Human Rights in Occupied Germany, 1945–1949, in: CEH 44, 2011, S. 118–148.
- Grotum, Thomas: Jugendliche Ordnungsstörer. Polizei und »Halbstarken«-Krawalle in Niedersachsen 1956–1959, in: Gerhard Fürmetz/Herbert Reinke/Klaus Weinbauer (Hrsg.): Nachkriegspolizei. Sicherheit und Ordnung in Ost- und Westdeutschland 1945–1989, Hamburg 2001, S. 277–302.
- Grube, Norbert: Regierungspropaganda in der Ära Adenauer im Spannungsfeld von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien, in: Klaus Arnold/Christoph Classen/Susanne Kinnebrock u. a. (Hrsg.): Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung des Politischen? Zum Verhältnis von Medien, Öffentlichkeiten und Politik im 20. Jahrhundert, Leipzig 2010, S. 267–285.

- Grube, Norbert: Targeting and Educating Consumers in West Germany: Market Research by the Allensbach Institute up to the 1970s, in: Kerstin Brückweh (Hrsg.): *The Voice of the Citizen Consumer. A History of Market Research, Consumer Movements, and the Political Public Sphere*, Oxford/New York 2011, S. 75–95.
- Guaiana, Yuri: The formation of a civil religion in republican Italy (1943–49), in: *Journal of Modern Italian Studies* 14, 2009, S. 329–345.
- Guazzaloca, Giulia: La televisione è di tutti? I partiti politici e la gestione della RAI-TV negli anni Cinquanta, in: *Ricerche di Storia politica* 8, 2005, S. 183–206.
- Guazzaloca, Giulia: La fabbrica del consenso: la televisione italiana tra mito americano e tradizione nazionale (anni '50-'60), in: Stefano Cavazza (Hrsg.): *L'occidente come forma di costruzione del consenso politico*, Soveria Mannelli 2006, S. 141–164.
- Guazzaloca, Giulia: Le principali culture politiche italiane di fronte al boom della televisione, in: Stefano Cavazza/Emanuela Scarpellini (Hrsg.): *La rivoluzione dei consumi. Società di massa e benessere in Europa 1945–2000*, Bologna 2010, S. 309–355.
- Guerra, Edda: Modelli sociali di genere e cittadinanza politica, in: Mariuccia Salvati (Hrsg.): *La fondazione della repubblica. Modelli e immaginario repubblicani in Emilia e Romagna negli anni della Costituente*, Mailand 1999, S. 124–142.
- Guiat, Cyrille: *The French and Italian communist parties: comrades and culture*, London/Portland 2003.
- Guidorossi, Giovanna: Gli italiani e la politica. Valori, opinioni, atteggiamenti dal dopoguerra a oggi, Mailand 1984.
- Gundle, Stephen: L'americanizzazione del quotidiano. Televisione e consumismo nell'Italia degli anni Cinquanta, in: *Quaderni storici* 21, 1986, S. 561–594.
- Gundle, Stephen: Cultura di massa e modernizzazione: Vie Nuove e Famiglia Cristiana dalla guerra fredda alla società dei consumi, in: Pier Paolo D'Attorre (Hrsg.): *Nemici per la pelle. Sogno americano e mito sovietico nell'Italia contemporanea*, Mailand 1991, S. 235–268.
- Gundle, Stephen: The Legacy of the Prison Notebooks: Gramsci, the PCI and Italian Culture in the Cold War Period, in: Christopher Duggan/Christopher Wagstaff (Hrsg.): *Italy in the Cold War. Politics, Culture and Society. 1948–1958*, Oxford 1995, S. 131–147.
- Gundle, Stephen: *Between Hollywood and Moscow. The Italian Communists and the Challenge of Mass Culture, 1943–1991*, Durham/London 2000.
- Gundle, Stephen: Visions of Prosperity. Consumerism and Popular Culture in Italy from the 1920s to the 1950s, in: Carl Levy/Mark Roseman (Hrsg.): *Three Postwar Eras in Comparison: Western Europe 1918–1945–1989*, London 2002, S. 151–172.
- Gundle, Stephen: The aftermath of the Mussolini cult: history, nostalgia and popular culture, in: ders./Christopher Duggan/Giuliana Pieri (Hrsg.): *The cult of the Duce. Mussolini and the Italians*, Manchester 2013, S. 241–256.
- Gusy, Christoph (Hrsg.): *Weimars lange Schatten – »Weimar« als Argument nach 1945*, Baden-Baden 2003.
- Haasis, Lucas/Constantin Rieske (Hrsg.): *Historische Praxeologie. Dimensionen vergangenen Handelns*, Paderborn 2015.
- Habermas, Jürgen: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Neuaufl. Frankfurt 1990.
- Hacke, Jens: *Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik*, Göttingen 2006.
- Hacke, Jens: Der Staat in Gefahr. Die Bundesrepublik der 1970er Jahre zwischen Legitimationskrise und Unregierbarkeit, in: Dominik Geppert/ders. (Hrsg.): *Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980*, Göttingen 2008, S. 188–206.

- Häberlen, Joachim C.: Klassenkampf an allen Fronten oder politische Belästigungen? Umstrittene Räume des Politischen innerhalb der Arbeiterbewegung in Leipzig am Ende der Weimarer Republik, in: Werkstatt Geschichte 59, 2012, S. 79–91.
- Häberlen, Joachim C.: Vertrauen und Politik im Alltag. Die Arbeiterbewegung in Leipzig und Lyon im Moment der Krise 1929–1933/38, Göttingen 2013.
- Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik, Teilbd. II: CDU und CSU. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945–1990, bearb. v. Corinna Franz und Oliver Gnad, Düsseldorf 2005.
- Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik, Teilbd. IV: KPD, SPD und kleinere Parteien des linken Spektrums sowie DIE GRÜNEN. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945–1990, bearb. v. Josef Boyer und Till Kössler, Düsseldorf 2005.
- Hansen, Jan: Abschied vom Kalten Krieg? Die Sozialdemokraten und der Nachrüstungsstreit (1977–1987), Berlin 2016.
- Hanshe, Karin: Terror and Democracy in West Germany, Cambridge 2012.
- Hanz, August: Ein Leben in bewegter Zeit, Frankfurt 1991.
- Harlander, Tilman: Wohnen und Stadtentwicklung in der Bundesrepublik, in: Geschichte des Wohnens, Bd. 5: 1945 bis heute. Aufbau, Neubau, Umbau, hrsg. v. Ingeborg Flage, Stuttgart 1999, S. 233–417.
- Harvey, Elizabeth: Raum und Partizipation. Zum Verhältnis von Frauen und Politik in Deutschland im 20. Jahrhundert, in: Christine Hikel/Nicole Kramer/Elisabeth Zellmer (Hrsg.): Lieschen Müller wird politisch. Geschlecht, Staat und Partizipation im 20. Jahrhundert, München 2009, S. 13–26.
- Haumann, Sebastian: »Schade, daß Beton nicht brennt ...« Planung, Partizipation und Protest in Philadelphia und Köln 1940–1990, Stuttgart 2011.
- Haumann, Sebastian: »Movimento del '77« Perceived. Reinigorating Urban Protest in West Germany, in: Martin Baumeister/Bruno Bonomo/Dieter Schott (Hrsg.): Cities Contested. Urban Politics, Heritage, and Social Movements in Italy and West Germany in the 1970s, Frankfurt/New York 2017, S. 301–320.
- Haupt, Heinz-Gerhard: Gewalt und Politik im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 2012.
- Hauser, Dorothea: Deutschland, Italien und Japan. Die ehemaligen Achsenmächte und der Terrorismus der 1970er Jahre, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 2, Hamburg 2006, S. 1272–1298.
- Heineman, Elizabeth D.: What Difference Does a Husband Make? Women and Marital Status in Nazi and Postwar Germany, Berkeley 1999.
- Heitmann, Jan: Das Ende des Zweiten Weltkrieges in Hamburg. Die kampflose Übergabe der Stadt an die britischen Truppen und ihre Vorgeschichte, Frankfurt u. a. 1990.
- Henke, Klaus-Dietmar/Hans Woller (Hrsg.): Lehrjahre der CSU. Eine Nachkriegspartei im Spiegel vertraulicher Berichte an die amerikanische Militärregierung, Stuttgart 1984.
- Herbert, Ulrich (Hrsg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002.
- Herbert, Ulrich: Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze, in: ders. (Hrsg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002, S. 7–49.
- Herbert, Ulrich: Wer waren die Nationalsozialisten? Typologien des politischen Verhaltens im NS-Staat, in: Gerhard Hirschfeld/Tobias Jersak (Hrsg.): Karrieren im Nationalsozialismus. Funktionsebenen zwischen Mitwirkung und Distanz, Frankfurt/New York 2004, S. 17–42.

- Herbert, Ulrich: Europe in High Modernity. Reflections on a Theory of the 20th Century, in: JMEH 5, 2007, S. 5–21.
- Herbert, Ulrich: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014.
- Herbert, Ulrich: Echoes of the *Volksgemeinschaft*, in: Martina Steber/Bernhard Gotto (Hrsg.): Visions of Community in Nazi Germany. Social Engineering & Private Lives, Oxford 2014, S. 60–69.
- Herzog, Dagmar: Sex after Fascism. Memory and Morality in Twentieth-Century Germany, Princeton u. a. 2005.
- Hesse, Hans: Das frühe KZ Moringen (April – November 1933). »... ein an sich interessanter psychologischer Versuch...«, Moringen 2003.
- Hetterich, Volker: Von Adenauer zu Schröder. Der Kampf um Stimmen – eine Längsschnittanalyse der Wahlkampagnen von CDU und SPD bei den Bundestagswahlen 1949–1983, Opladen 2000.
- Hettling, Manfred/Stefan-Ludwig Hoffmann (Hrsg.): Der bürgerliche Wertehimmel. Innenansichten des 19. Jahrhunderts, Göttingen 2000.
- Hettling, Manfred: Bürgerlichkeit im Nachkriegsdeutschland, in: ders./Bernd Ulrich (Hrsg.): Bürgertum nach 1945, Hamburg 2005, S. 7–37.
- Hickethier, Knut: Geschichte des deutschen Fernsehens, Stuttgart/Weimar 1998.
- Hickethier, Knut: Europa und die Wirklichkeiten der Fernsehgesellschaft, in: Ute Daniel/Axel Schildt (Hrsg.): Massenmedien im Europa des 20. Jahrhunderts, Köln/Weimar/Wien 2010, S. 149–174.
- Hikel, Christine/Nicole Kramer/Elisabeth Zellmer (Hrsg.): Lieschen Müller wird politisch. Geschlecht, Staat und Partizipation im 20. Jahrhundert, München 2009.
- Hikel, Christine/Nicole Kramer/Elisabeth Zellmer: Impulse für eine neue Frauen-Politikgeschichte, in: dies. (Hrsg.): Lieschen Müller wird politisch. Geschlecht, Staat und Partizipation im 20. Jahrhundert, München 2009, S. 7–12.
- Hilwig, Stuart J.: Italy and 1968. Youthful Unrest and Democratic Culture, Basingstoke 2009.
- Hirsch-Weber, Wolfgang/Klaus Schütz: Wähler und Gewählte. Eine Untersuchung der Bundestagswahlen 1953, Berlin u. a. 1957.
- Hobsbawm, Eric: Städte und Aufstände. Ein Beitrag zur Diskussion, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1969/3, S. 111–120.
- Hobsbawm, Eric J./Giorgio Napolitano: Auf dem Weg zum »historischen Kompromiß«. Ein Gespräch über Entwicklung und Programmatik der KPI, Frankfurt 1977.
- Hobsbawm, Eric: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 2009 [engl. Orig.: Age of Extremes. The Short Twentieth Century 1914–1991, London 1994].
- Hochstein, Beatrix: Die Ideologie des Überlebens. Zur Geschichte der politischen Apathie in Deutschland, Frankfurt 1984.
- Hodenberg, Christina von: Konkurrierende Konzepte von »Öffentlichkeit« in der Orientierungskrise der 60er Jahre, in: Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Tepe (Hrsg.): Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn/München u. a. 2005, S. 205–226.
- Hodenberg, Christina von: Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973, Göttingen 2006.
- Hodenberg, Christina von: Wie westlich war das bundesdeutsche Fernsehen? Die Produktion und Rezeption von Unterhaltungsserien im Dreiländervergleich, in: Sonja Levens/Cornelius Torp (Hrsg.): Wo liegt die Bundesrepublik? Vergleichende Perspektiven auf die westdeutsche Geschichte, 1945–1989, Göttingen 2016, S. 31–47.
- Hodenberg, Christina von: Das andere Achtundsechzig. Gesellschaftsgeschichte einer Revolte, München 2018.

- Hoeres, Peter: Von der »Tendenzwende« zur »geistig-moralischen Wende«. Konstruktion und Kritik konservativer Signaturen in den 1970er und 1980er Jahren, in: VfZ 61, 2013, S. 93–119.
- Hof, Tobias: Staat und Terrorismus in Italien 1969–1982, München 2010.
- Hoffmann, Egbert A.: Hamburg '45. So lebten wir zwischen Trümmern und Ruinen, Leer 1985.
- Hoffmann, Stefan-Ludwig: Besiegte, Besatzer, Beobachter: Das Kriegsende im Tagebuch, in: Daniel Fulda/Dagmar Herzog/ders./Till van Rahden (Hrsg.): Demokratie im Schatten der Gewalt. Geschichten des Privaten im deutschen Nachkrieg, Göttingen 2010, S. 25–55.
- Hoffmann, Stefan-Ludwig: Gazing at Ruins: German Defeat as Visual Experience, in: JMEH 9, 2011, S. 328–350.
- Hohlbein, Hartmut: Hamburg 1945. Kriegsende, Not und Neubeginn, 2. durchges. Aufl. Hamburg 1985.
- Holtmann, Everhard: Politik und Nichtpolitik. Lokale Erscheinungsformen politischer Kultur im frühen Nachkriegsdeutschland. Das Beispiel Unna und Kamen, Opladen 1989.
- Holtmann, Everhard: Die neuen Lassalleaner. SPD und HJ-Generation nach 1945, in: Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1990, S. 169–210.
- Holtmann, Everhard: Demokratische Transformation im frühen Nachkriegsdeutschland: Abrupter Systemwechsel oder lang anhaltender Prozess? Lokale Erscheinungsformen in der Demokratisierung nach 1945 in der britischen Besatzungszone, in: Hans Braun/Uta Gerhardt/ders. (Hrsg.): Die lange Stunde Null. Gelenkter sozialer Wandel in Westdeutschland nach 1945, Baden-Baden 2007, S. 293–310.
- Holtz-Bacha, Christina: Massenmedien und Wahlen. Zum Stand der deutschen Forschung – Befunde und Desiderata, in: dies./Lynda Lee Kaid (Hrsg.): Wahlen und Wahlkampf in den Medien. Untersuchungen aus dem Wahljahr 1994, Opladen 1996, S. 9–44.
- Holz, Petra: Ein »dunkler und unsicherer Weg zur Gleichberechtigung«. CDU-Politikerinnen in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland, in: Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte 40, 2001, S. 52–57.
- Horkheimer, Max/Theodor W. Adorno: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt 1947 [1944].
- Hürter, Johannes: Anti-Terrorismus-Politik. Ein deutsch-italienischer Vergleich 1969–1982, in: VfZ 57, 2009, S. 329–348.
- Hürter, Johannes/Gian Enrico Rusconi (Hrsg.): Die bleiernen Jahre. Staat und Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland und Italien 1969–1982, München 2010.
- Ignazi, Piero: I partiti e la politica dal 1963 al 1992, in: Storia d'Italia, Bd. 6: L'Italia contemporanea. Dal 1963 a oggi, hrsg. v. Giovanni Sabbatucci und Vittorio Vidotto, Rom/Bari 1999, S. 101–232.
- Ignazi, Piero: Il potere dei partiti. La politica in Italia dagli anni Sessanta a oggi, Rom 2002.
- Il sindaco di Bologna. Enzo Biagi intervista Renato Zangheri, Modena 1976.
- Ilardi, Massimo: Metropoli e potere. La crisi del partito politico, Bologna 1980.
- Illemann, Regina: Katholische Frauenorganisationen und Politik in den 1950er Jahren: »Der CDU in allen Wahlkämpfen grösste Dienste geleistet«, in: Historisch-politische Mitteilungen 21, 2014, S. 35–64.
- Imbriani, Angelo Michele: Vento del Sud. Moderati, reazionari, qualunquisti, 1943–1948, Bologna 1996.

- Isnenghi, Mario: Alle origini del 18 aprile. Miti, riti, mass media, in: Marco Gervasoni (Hrsg.): *Mappe dell'immaginario. Per una storia culturale dell'età contemporanea*, Mailand 1999, S. 133–216.
- Isnenghi, Mario: Der Platz als Zentrum von Vaterland und Territorium, in: *Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken* 83, 2003, S. 308–318.
- Isnenghi, Mario: *L'Italia in piazza. I luoghi della vita pubblica dal 1848 ai giorni nostri*, Bologna 2004.
- Jaeger, Alexandra: Der Radikalenbeschluss in Hamburg in den 1970er Jahren. Die Hamburger Bürgerinitiative gegen die Entlassung der Lehrerin Elke Leppin, in: *Zeitgeschichte in Hamburg. Nachrichten aus der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg* 2011, S. 55–72.
- Jäggi, Max/Roger Müller/Sil Schmid: *Das rote Bologna. Kommunisten demokratisieren eine Stadt im kapitalistischen Westen*, Zürich 1976.
- Jahr, Christoph: Fighting Antisemitism – Democratizing Society? Reflections on Germany's Rocky Path Towards a Civil Society After the Second World War, in: Matthew P. Berg/Maria Mesner (Hrsg.): *After Fascism: European Case Studies in Politics, Society, and Identity since 1945*, Berlin 2009, S. 89–107.
- Jansen, Christian: Brigade Rosse und Rote Armee Fraktion – ProtagonistInnen, Propaganda und Praxis im Terrorismus der frühen siebziger Jahre, in: Oliver v. Mengersen/Matthias Frese/Klaus Kempter/Heide-Marie Lauterer/Volker Schober (Hrsg.): *Personen, Soziale Bewegungen, Parteien. Beiträge zur Neuesten Geschichte. Festschrift für Hartmut Soell*, Heidelberg 2004, S. 483–500.
- Jansen, Christian: La transizione del '45. Italia e Germania verso la democrazia parlamentare, in: 900. *Rassegna di storia contemporanea* 14–15, 2006, S. 131–154.
- Jansen, Christian: *Italien seit 1945*, Göttingen 2007.
- Janz, Oliver/Pierangelo Schiera/Hannes Siegrist (Hrsg.): *Zentralismus und Föderalismus im 19. und 20. Jahrhundert. Deutschland und Italien im Vergleich*, Berlin 2000 [ital. Orig.: *Centralismo e federalismo tra Otto e Novecento. Italia e Germania a confronto*, Bologna 1997].
- Janz, Oliver/Roberto Sala (Hrsg.): *Dolce Vita? Das Bild der italienischen Migranten in Deutschland*, Frankfurt/New York 2011.
- Jarausch, Konrad H./Michael Geyer: *Shattered Past. Reconstructing German Histories*, Princeton/Oxford 2003.
- Jarausch, Konrad H.: *Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945–1995*, Lizenzaug. Bonn 2004.
- Jarausch, Konrad H./Thomas Lindenberger, *Contours of a Critical History of Contemporary Europe: A Transnational Agenda*, in: dies. (Hrsg.): *Conflicted Memories. Europeanizing Contemporary Histories*, New York/Oxford 2007, S. 1–20.
- Jarausch, Konrad H. (Hrsg.): *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008.
- Jering, Karl: *Überleben und Neubeginn. Aufzeichnungen eines Deutschen aus den Jahren 1945/46*, München/Wien 1979.
- Jerram, Leif: *Streetlife. The Untold History of Europe's Twentieth Century*, Oxford 2011.
- Jessen, Ralph/Hedwig Richter (Hrsg.): *Voting for Hitler and Stalin. Elections Under 20th Century Dictatorships*, Frankfurt/New York 2011.
- Jochmann, Werner/Hans-Dieter Loose (Hrsg.), *Hamburg, Bd. 2: Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart*, Hamburg 1986.
- John, Thomas: *Wahlkampf und Bürgerschaftswahlen 1953 in Hamburg*, in: *Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte* 83, 1997, S. 205–236.
- Judt, Tony: *Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg*, Lizenzaug. Bonn 2006 [amerik. Orig.: *Postwar. A History of Europe since 1945*, New York 2005].

- Kaal, Harm: Popular Politicians: The Interaction between Politics and Popular Culture in the Netherlands, 1950s–1980s, in: *Cultural and Social History*, 2018, DOI:10.1080/14780038.2018.1492787.
- Kaal, Harm: The voice of the people. Communicative practices of popular political engagement in the Netherlands, 1950s–1960s, in: *AfS* 58, 2018, S. 183–200.
- Kaelble, Hartmut: Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. Eine Sozialgeschichte Westeuropas 1880–1980, München 1987.
- Kaelble, Hartmut: Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart, Lizenzausg. Bonn 2007.
- Kalbitzer, Hellmut: Widerstehen oder Mitmachen. Eigen-sinnige Ansichten und sehr persönliche Erinnerungen, Hamburg 1987.
- Kamps, Klaus (Hrsg.): Trans-Atlantik – Trans-Portabel? Die Amerikanisierungsthese in der politischen Kommunikation, Wiesbaden 2000.
- Kaschuba, Wolfgang: Arbeiterkultur heute: Ende oder Transformation?, in: ders./Gottfried Korff/Bernd Jürgen Warneken (Hrsg.): Arbeiterkultur seit 1945: Ende oder Veränderung?, Tübingen 1991, S. 31–53.
- Keller, Sven: Volksgemeinschaft am Ende. Gesellschaft und Gewalt 1944/45, München 2013.
- Keller-Kühne, Angela: Frauen im demokratischen Aufbau. Zur Gründungsgeschichte der CDU in Hessen, in: *Historisch-politische Mitteilungen* 4, 1997, S. 19–34.
- Kenkmann, Alfons: Gruppi in movimento e forme di azione diretta e collettiva in Germania e in Italia nel '68, in: Christoph Cornelißen/Brunello Mantelli/Petra Terhoeven (Hrsg.): Il decennio rosso. Contestazione sociale e conflitto politico in Germania e in Italia negli anni Sessanta e Settanta, Bologna 2012, S. 167–184.
- Kerbs, Diethart: Über die Lust am Wiederbeleben verlassener Räume. Die Jugendzentrums- und Fabrikbesetzerbewegung der siebziger Jahre. Ein vergessenes Kapitel aus der Geschichte der »hedonistischen Linken«, in: Peter Ulrich Hein (Hrsg.): Kultur und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Festschrift für Arno Klönne, Frankfurt u. a. 1996, S. 87–100.
- Kershaw, Ian: Alltägliches und Außeralltägliches: ihre Bedeutung für die Volksmeinung 1933–1939, in: Detlev Peukert/Jürgen Reulecke (Hrsg.): Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus, Wuppertal 1981, S. 273–292.
- Kersting, Franz-Werner: »Unruhgediskurs«. Zeitgenössische Deutungen der 68er Bewegung, in: Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe (Hrsg.): Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn/München u. a. 2005, S. 715–740.
- Kersting, Franz-Werner/Jürgen Reulecke/Hans-Ulrich Thamer (Hrsg.): Die zweite Gründung der Bundesrepublik. Generationswechsel und intellektuelle Wortergreifungen 1955–1975, Stuttgart 2010.
- Kertzner, David I.: Comrades and Christians. Religion and Political Struggle in Communist Italy, Cambridge u. a. 1980.
- Kertzner, David I.: Politics and Symbols. The Italian Communist Party and the Fall of Communism, New Haven (CT) 1996.
- Kirchheimer, Otto: Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: *PVS* 6, 1965, S. 20–41.
- Kitzinger, Uwe W.: Wahlkampf in Westdeutschland. Eine Analyse der Bundestagswahl 1957, Göttingen 1960.
- Klages, Helmut: Der Nachbarschaftsgedanke und die nachbarliche Wirklichkeit in der Großstadt, Köln u. a. 1956.

- Klamt, Martin: Verortete Normen. Öffentliche Räume, Normen, Kontrolle und Verhalten, Wiesbaden 2007.
- Klein, Anton/Fritz Labadat: Überleben und Widerstehen. Nationalsozialismus, Krieg und Nachkrieg in den Tagebüchern von Sozialdemokraten, hrsg. v. Frank Bajohr u. Ernst Schmidt, Essen 1985.
- Klein, Michael: Der westdeutsche Protestantismus und die CDU bis zum Ende der Ära Adenauer, in: Historisch-Politische Mitteilungen 14, 2007, S. 79–97.
- Kleinmann, Hans-Otto: Die gesellschaftliche Basis der CDU/CSU, in: Emiel Lamberts (Hrsg.): Christian Democracy in the European Union, 1945/1995, Leuven 1997, S. 123–136.
- Klemperer, Victor, Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933–1945, hrsg. v. Walter Nowojski, Berlin ²1999.
- Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Göttingen 1982.
- Kleßmann, Christoph: Ein stolzes Schiff und krächzende Möwen. Die Geschichte der Bundesrepublik und ihre Kritiker, in: GG 11, 1985, S. 476–494.
- Klimke, Martin: 1968: Europe in Technicolour, in: Dan Stone (Hrsg.): The Oxford Handbook of Postwar European History, Oxford 2012, S. 243–261.
- Klinkhammer, Lutz: Zwischen Bündnis und Besatzung. Das nationalsozialistische Deutschland und die Republik von Salò 1943–1945, Tübingen 1993.
- Klinkhammer, Lutz: Der Resistenza-Mythos und Italiens faschistische Vergangenheit, in: Holger Afferbach/Christoph Cornelißen (Hrsg.): Sieger und Besiegte. Materielle und ideelle Neuorientierungen nach 1945, Tübingen/Basel 1997, S. 119–139.
- Klinkhammer, Lutz: Novecento statt Storia contemporanea? Überlegungen zur italienischen Zeitgeschichte, in: Alexander Nützenadel/Wolfgang Schieder (Hrsg.): Zeitgeschichte als Problem. Nationale Traditionen und Perspektiven der Forschung in Europa, Göttingen 2004, S. 107–127.
- Klinkhammer, Lutz: Staatliche Repression als politisches Instrument. Deutschland und Italien zwischen Monarchie, Diktatur und Republik, in: Christoph Dipper (Hrsg.): Deutschland und Italien 1860–1960. Politische und kulturelle Aspekte im Vergleich, München 2005, S. 133–157.
- Klinkhammer, Lutz: Widerstand und Partisanenkrieg in Italien, 1943–1945, in: Bernd Heidenreich/Marzia Gigli/Sönke Neitzel (Hrsg.): Besatzung, Widerstand und Erinnerung in Italien, 1943–1945, Wiesbaden 2010, S. 49–61.
- Klotzbach, Kurt: Die moderne SPD. Entwicklungslinien und Hauptprobleme von 1945 bis zur Gegenwart, in: Dieter Dowe/ders. (Hrsg.): Kämpfe – Krisen – Kompromisse. Kritische Beiträge zum 125jährigen Jubiläum der SPD, Bonn 1989, S. 103–124.
- Klotzbach, Kurt: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Bonn 1996 [1982].
- Knauer, Jan: Helmut Palmer, der »Remstal-Rebell«, in: Reinhold Weber (Hrsg.): Aufbruch, Protest und Provokation. Die bewegten 70er- und 80er-Jahre in Baden-Württemberg, Darmstadt 2013, S. 97–117.
- Knoch, Habbo: Einleitung, in: ders. (Hrsg.): Das Erbe der Provinz. Heimatkultur und Geschichtspolitik nach 1945, Göttingen 2004, S. 9–26.
- Knoch, Habbo: Das mediale Gedächtnis der Heimat. Krieg und Verbrechen in den Erinnerungsräumen der Bundesrepublik, in: ders. (Hrsg.): Das Erbe der Provinz. Heimatkultur und Geschichtspolitik nach 1945, Göttingen 2004, S. 275–300.
- Knoch, Habbo (Hrsg.): Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren, Göttingen 2007.

- Knoch, Habbo: »Mündige Bürger«, oder: Der kurze Frühling einer partizipatorischen Vision. Einleitung, in: ders. (Hrsg.): Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren, Göttingen 2007, S. 9–53.
- Koenen, Gerd: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977, Frankfurt 2007.
- Körner, Axel: Local Government and the Meanings of Political Representation: A Case Study of Bologna between 1860 and 1915, in: *Modern Italy* 10, 2005, S. 137–162.
- Koerner, Klaus: »Die rote Gefahr«. Antikommunistische Propaganda in der Bundesrepublik 1950–2000, Hamburg 2002.
- Kössler, Till: Die Partei als Medium. Kommunikationspolitik und Kommunikationsverweigerung in der SED/KPD 1945–1956, in: Habbo Knoch (Hrsg.): Kommunikation als Beobachtung. Medienwandel und Gesellschaftsbilder 1880–1960, München 2003, S. 201–227.
- Kössler, Till/Helke Stadland: »Organisationsmenschen«. Thesen zur Geschichte der Funktionäre im 20. Jahrhundert, in: dies. (Hrsg.): Vom Funktionieren der Funktionäre. Politische Interessenvertretung und gesellschaftliche Integration in Deutschland nach 1933, Essen 2004, S. 7–36.
- Kössler, Till: Abschied von der Revolution. Kommunisten und Gesellschaft in Westdeutschland 1945–1968, Düsseldorf 2005.
- Kössler, Till: Arbeiter und Demokratiegründung in Westdeutschland nach 1945. Das Beispiel der kommunistischen Bewegung, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 3, 2006, S. 188–209.
- Kössler, Till: Eine neue Ordnung in den Betrieben: Vergleichende Überlegungen zum Wandel der industriellen Beziehungen in der Bundesrepublik und Italien nach 1945, in: Jörg Calließ (Hrsg.): Die Geschichte des Erfolgsmodells BRD im internationalen Vergleich, Rehburg-Loccum 2007, S. 103–124.
- Kössler, Till: Die Grenzen der Demokratie. Antikommunismus als politische und gesellschaftliche Praxis in der frühen Bundesrepublik, in: Stefan Kreuzberger/Dierk Hoffmann (Hrsg.): »Geistige Gefahr« und »Immunsierung der Gesellschaft«. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014, S. 229–250.
- Kolbe, Nieves/Domenica Rode/Ingrid N. Sommerkorn: »An die Arbeit! Berge Steine! Orden allerdings gibts keine!« Frauenarbeit in der unmittelbaren Nachkriegszeit in Hamburg, Bielefeld 1988.
- Korff, Gottfried: Symbolgeschichte als Sozialgeschichte? Zehn vorläufige Notizen zu den Bild- und Zeichensystemen sozialer Bewegungen in Deutschland, in: Bernd Jürgen Warnken (Hrsg.): Massenmedium Straße. Zur Kulturgeschichte der Demonstration, Frankfurt 1991, S. 17–36.
- Kraatz Magri, Jessica: Der umkämpfte Volksheld. Zur Geschichte des Garibaldi-Mythos in Italien (1882–1948), Köln 2011.
- Kramer, Nicole: Mobilisierung für die »Heimatfront«. Frauen im zivilen Luftschutz, in: Sybille Steinbacher (Hrsg.): Volksgenossinnen. Frauen in der NS-Volksgemeinschaft (= Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 23), Göttingen 2007, S. 69–92.
- Kramer, Nicole: Volksgenossinnen an der Heimatfront. Mobilisierung, Verhalten, Erinnerung, Göttingen 2011.
- Kramer, Nicole: Von der »Volksgenossin« zur »Trümmerfrau« – Deutungen von Frauen nach 1945, in: Detlef Schmiechen-Ackermann (Hrsg.): »Volksgemeinschaft: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im »Dritten Reich«?, Paderborn 2012, S. 303–317.
- Krauss, Marita: Amerikanische Besatzungskultur und »konstruktive« Transformation im Jahr 1945. Das Beispiel Bayern, in: Hans Braun/Uta Gerhardt/Everhard Holtmann

- (Hrsg.): Die lange Stunde Null. Gelenkter sozialer Wandel in Westdeutschland nach 1945, Baden-Baden 2007, S. 59–89.
- Kreile, Michael: Die Republik Italien 1946–1996, in: GG 26, 2000, S. 255–284.
- Kritidis, Gregor: Linksozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 2008.
- Kroen, Sheryl: Der Aufstieg des Kundenbürgers? Eine politische Allegorie für unsere Zeit, in: Michael Prinz (Hrsg.): Der lange Weg in den Überfluß. Anfänge und Entwicklung der Konsumgesellschaft seit der Vormoderne, Paderborn 2003, S. 533–564.
- Kroll, Thomas: Kommunistische Intellektuelle in Westeuropa. Frankreich, Österreich, Italien und Großbritannien im Vergleich (1945–1956), Köln/Weimar/Wien 2007.
- Kroll, Thomas: Italienische Gewerkschafts- und Arbeitskulturen im Übergang von der industriellen zur postindustriellen Gesellschaft, in: NPL 53, 2008, S. 269–280.
- Krüger, Christine G.: Dienstethos, Abenteuerlust, Bürgerpflicht. Jugendfreiwilligendienste in Deutschland und Großbritannien im 20. Jahrhundert, Göttingen 2016.
- Krüger, Christine G.: Weibliche Dienstbarkeit und (post-)koloniale Abenteuerlust. Ein deutscher und ein britischer Weg zum Ideal der »aktiven Bürgergesellschaft«, in: Sonja Levens/Cornelius Torp (Hrsg.): Wo liegt die Bundesrepublik? Vergleichende Perspektiven auf die westdeutsche Geschichte, 1945–1989, Göttingen 2016, S. 166–184.
- Kruke, Anja: »Atomwaffe im Propagandakampf«? Markt- und Meinungsforschung in Politik und Wirtschaft der frühen Bundesrepublik, in: Hartmut Berghoff (Hrsg.): Marketinggeschichte. Die Genese einer modernen Sozialtechnik, Frankfurt/New York 2007, S. 346–371.
- Kruke, Anja: Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990, Düsseldorf 2012.
- Kühr, Herbert (Hrsg.): Vom Milieu zur Volkspartei. Funktionen und Wandlungen der Parteien im kommunalen und regionalen Bereich, Königstein/Ts. 1979.
- Kuntz-Stahl, Andreas: Das Volkshaus in Düsseldorf – Annäherung an seine Biographie, in: Peter Assion (Hrsg.): Transformationen der Arbeiterkultur, Marburg 1986, S. 149–166.
- Kurme, Sebastian: Halbstarke. Jugendprotest in den 1950er Jahren in Deutschland und den USA, Frankfurt/New York 2006.
- Kurz, Jan: Die Universität auf der Piazza. Entstehung und Zerfall der Studentenbewegung in Italien 1966–1968, Köln 2001.
- L'Italia repubblicana nella crisi degli anni settanta, 4 Bde., hrsg. v. Ministero per i Beni e per le Attività Culturali, Comitato Nazionale Bilancio dell'esperienza repubblicana all'inizio del nuovo secolo, Soveria Mannelli 2003.
- L'Italia repubblicana nella crisi degli anni settanta, Bd. II: Culture, nuovi soggetti, identità, hrsg. v. Fiamma Lussana u. Giacomo Marramao, Soveria Mannelli 2003.
- La Fata, Ilaria: L'assalto al muro. Immagini e graffiti sui muri del Settantesimo bolognese, in: Alberto De Bernardi/Valerio Romitelli/Chiara Cretella (Hrsg.): Gli anni Settanta. Tra crisi mondiale e movimenti collettivi, Bologna 2009, S. 338–352.
- La Rovere, Luca: L'eredità del fascismo: gli intellettuali, i giovani e la transizione al post-fascismo 1943–1948, Turin 2008.
- Laak, Dirk van: Der widerspenstigen Deutschen Zivilisierung. Zur politischen Kultur einer unpolitischen Gesellschaft, in: Eckart Conze/Gabriele Metzler (Hrsg.): 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Daten und Diskussionen, Stuttgart 1999, S. 297–315.
- Labanca, Nicola: Presentazione. Comprendere i bombardamenti, in: ders. (Hrsg.): I bombardamenti aerei sull'Italia, Bologna 2012, S. 7–18.
- Lama, Luisa: Giuseppe Dozza. Storia di un sindaco comunista, Reggio Emilia 2007.
- Lammersdorf, Raimund: »Das Volk ist streng demokratisch«. Amerikanische Sorgen über das autoritäre Bewusstsein der Deutschen in der Besatzungszeit und frühen Bundesrepublik, in: Arnd Bauerkämper/Konrad H. Jarausch/Marcus M. Payk (Hrsg.):

- Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945–1970, Göttingen 2005, S. 85–103.
- Lanaro, Silvio: *Storia dell'Italia repubblicana. L'economia, la politica, la cultura, la società dal dopoguerra agli anni '90*, Venedig 42007 [1992].
- Landwehr, Achim: *Historische Diskursanalyse*, Frankfurt 2008.
- Langguth, Gerd: Von der Mauerinschrift zum modernen Werbemittel – Eine kleine Geschichte der Entwicklung des politischen Plakats, in: ders. (Hrsg.): *Politik und Plakat. Fünfzig Jahre Plakatgeschichte am Beispiel der CDU*, Bonn 1995, S. 7–18.
- LaPalombara, Joseph: *Die Italiener oder Demokratie als Lebenskunst*, Wien/Darmstadt 1988 [amerik. Orig.: *Democracy Italian Style*, New Haven (CT) 1987].
- Lawrence, Jon: *Electing our masters. The hustings in British politics from Hogarth to Blair*, Oxford/New York 2009.
- Lazarsfeld, Paul F./Bernard Berelson/Hazel Gaudet: *Wahlen und Wähler. Soziologie des Wahlverhaltens*, Neuwied u. a. 1969 [amerik. Orig.: *The People's Choice*, New York 1944].
- Leendertz, Ariane: Experten – Dynamiken zwischen Wissenschaft und Politik, in: Christiane Reinecke/Thomas Mergel (Hrsg.): *Das Soziale ordnen. Sozialwissenschaften und gesellschaftliche Ungleichheit im 20. Jahrhundert*, Frankfurt 2012, S. 337–369.
- Lefebvre, Henri: *The Production of Space*, Oxford 1991 [frz. Orig.: *La production de l'espace*, Paris 1974].
- Lehn, Marcel vom: *Westdeutsche und italienische Historiker als Intellektuelle? Ihr Umgang mit Nationalsozialismus und Faschismus in den Massenmedien (1943/45–1960)*, Göttingen 2012.
- Leitfaden für britische Soldaten in Deutschland 1944, Köln 52014 [engl. Orig.: *Instructions for British Servicemen in Germany 1944*, Oxford 2007].
- Lenger, Friedrich: *Metropolen der Moderne. Eine europäische Stadtgeschichte seit 1850*, München 2013.
- Lenger, Friedrich (Hrsg.): *Kollektive Gewalt in der Stadt. Europa 1890–1939*, München 2013.
- Lepre, Aurelio: *Feudalstrukturen und Klientelstrukturen im Süden Italiens*, in: Antoni Maćzak (Hrsg.): *Klientelsysteme im Europa der Frühen Neuzeit*, München 1988, S. 299–311.
- Lepre, Aurelio: *L'anticomunismo e l'antifascismo in Italia*, Bologna 1997.
- Lepre, Aurelio: *Storia della prima Repubblica. L'Italia dal 1943 al 1998*, Bologna 1999.
- Lepsius, M. Rainer: *Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft*, in: Wilhelm Abel/Knut Borchardt (Hrsg.): *Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift für Friedrich Lütge*, Stuttgart 1966, S. 371–393.
- Levsen, Sonja: *Jugend in der europäischen Zeitgeschichte. Nationale Historiographien und transnationale Perspektiven*, in: *NPL* 55, 2010, S. 421–446.
- Levsen, Sonja: *Kontrollierte Grenzüberschreitungen. Jugendreisen als Friedenserziehung nach 1945 – Konzepte und Ambivalenzen in deutsch-französischer Perspektive*, in: Till Kössler/Alexander Schwitanski (Hrsg.): *Frieden lernen. Friedenspädagogik und Erziehung im 20. Jahrhundert*, Essen 2014, S. 181–200.
- Levsen, Sonja/Cornelius Torp: *Die Bundesrepublik und der Vergleich*, in: dies. (Hrsg.): *Wo liegt die Bundesrepublik? Vergleichende Perspektiven auf die westdeutsche Geschichte*, Göttingen 2016, S. 9–29.
- Levsen, Sonja: *Einführung: Die 1970er Jahre in Westeuropa – un dialogue manqué*, in: *GG* 42, 2016, S. 213–242.

- Levsen, Sonja: *Autorität und Demokratie. Eine Kulturgeschichte des Erziehungswandels in Westdeutschland und Frankreich, 1945–1975*, Göttingen 2019, zugl. Habil. Universität Freiburg 2016.
- Levy, Carl (Hrsg.): *Italian regionalism: history, identity and politics*, Oxford u. a. 1996.
- Levy, Carl/Mark Roseman (Hrsg.): *Three Postwar Eras in Comparison: Western Europe 1918–1945–1989*, London 2002.
- Liebert, Frank: »Die Dinge müssen zur Ruhe kommen, man muß einen Strich dadurch machen«. Politische »Säuberung« in der niedersächsischen Polizei 1945–1951, in: Gerhard Fürmetz/Herbert Reinke/Klaus Weinbauer (Hrsg.): *Nachkriegspolizei. Sicherheit und Ordnung in Ost- und Westdeutschland 1945–1989*, Hamburg 2001, S. 71–103.
- Liebscher, Daniela: *Freude und Arbeit. Zur internationalen Freizeit- und Sozialpolitik des faschistischen Italien und des NS-Regimes*, Köln 2009.
- Liermann, Christiane/Marta Margotti/Bernd Sösemann/Francesco Traniello (Hrsg.): *Vom Umgang mit der Vergangenheit: Ein deutsch-italienischer Dialog/Come affrontare il passato? Un dialogo tedesco-italiano*, Tübingen 2007.
- Liermann, Christiane/Francesco Traniello: *Italia e Germania: storiografie in dialogo*, in: *Contemporanea* 10, 2007, S. 345–351.
- Lindenberger, Thomas: *Straßenpolitik. Zur Sozialgeschichte der öffentlichen Ordnung in Berlin 1900–1914*, Bonn 1995.
- Lindenberger, Thomas: *Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung*, in: ders. (Hrsg.): *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR*, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 13–44.
- Lindenberger, Thomas (Hrsg.): *Massenmedien im Kalten Krieg. Akteure, Bilder, Resonanzen*, Köln 2006.
- Lindenberger, Thomas: *Die Straße als Politik-Arena im langen 20. Jahrhundert*, in: Marie-Luise Recker/Andreas Schulz (Hrsg.): *Parlamentarismuskritik und Antiparlamentarismus in Europa*, Düsseldorf 2018, S. 151–166.
- Lindner, Ulrike: *Gesundheitspolitik in der Nachkriegszeit. Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich*, München 2004.
- Liotti, Caterina: *Diventare partigiane. Pratiche e culture politiche tra soggettività e percorsi collettivi*, in: Dianella Gagliani (Hrsg.): *Guerra resistenza politica. Storie di donne*, Reggio Emilia 2006, S. 207–215.
- Livi, Massimiliano/Daniel Schmidt/Michael Sturm (Hrsg.): *Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter*, Frankfurt/New York 2010.
- Livi, Massimiliano: *Die Stämme der Sehnsucht: Individualisierung und politische Krise im Italien der 1970er Jahre*, in: Thomas Großbölting/ders./Carlo Spagnolo (Hrsg.): *Jenseits der Moderne? Die Siebziger Jahre als Gegenstand der deutschen und der italienischen Geschichtswissenschaft*, Berlin 2014, S. 215–247.
- Löw, Martina: *Raumsoziologie*, Frankfurt 2001.
- Logan, Oliver: *Pius XII. Romanità, Prophesy and Charisma*, in: *Modern Italy* 3, 1998, S. 237–247.
- Logemann, Jan: *Einkaufsparadies und »Gute Stube«. Fußgängerzonen in westdeutschen Innenstädten der 1950er bis 1970er Jahre*, in: Adelheid von Saldern (Hrsg.): *Stadt und Kommunikation in bundesrepublikanischen Umbruchszeiten*, Stuttgart 2006, S. 103–122.
- Lohalm, Uwe (Hrsg.): *Arbeiterpartei und Großstadtpolitik. Zum Wandel der SPD in Hamburg im 20. Jahrhundert*, Hamburg 1996.
- Lombardi, Pierangelo: *L'illusione al potere. Democrazia, autogoverno regionale e decentramento amministrativo nell'esperienza dei CLN (1944–45)*, Mailand 2003.

- Longobardi, Guido: *La piazza vuota. Diario di un segretario politico di Provincia*, Bologna 2007.
- Lubrich, Oliver (Hrsg.): *Berichte aus der Abwurfzone. Ausländer erleben den Bombenkrieg in Deutschland 1939 bis 1945*, Frankfurt 2007.
- Lüdtke, Alf: Einleitung: Herrschaft als soziale Praxis, in: ders. (Hrsg.): *Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial-anthropologische Studien*, Göttingen 1991, S. 9–63.
- Lüdtke, Alf: *Eigen-Sinn: Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus*, Hamburg 1993.
- Lüdtke, Alf: *Alltagsgeschichte – ein Bericht von unterwegs*, in: *Historische Anthropologie* 2, 2003, S. 278–295.
- Lüdtke, Alf/Michael Wildt: Einleitung. Staats-Gewalt: Ausnahmezustand und Sicherheitsregimes, in: dies. (Hrsg.): *Staats-Gewalt: Ausnahmezustand und Sicherheitsregimes. Historische Perspektiven*, Göttingen 2008, S. 7–38.
- Lüdtke, Alf: *Alltag und Ausnahmezustand. Szenen in Deutschland: 1945 – 1953 – 1980er Jahre*, in: Cornelia Rauh/Dirk Schumann (Hrsg.): *Ausnahmezustände. Entgrenzungen und Regulierungen in Europa während des Kalten Krieges*, Göttingen 2015, S. 39–64.
- Luhmann, Niklas: *Die Realität der Massenmedien*, 2. erw. Aufl. Opladen 1996.
- Lumley, Robert: *States of emergency. Cultures of Revolt in Italy from 1968 to 1978*, London/New York 1990.
- Lumley, Robert/John Foot (Hrsg.): *Italian Cityscapes. Culture and urban change in contemporary Italy*, Exeter 2004.
- Lunadei, Simona/Lucia Motti: *A scuola di politica: luoghi e modi della formazione delle donne della DC e del PCI*, in: *Genesis* 5, 2006, S. 137–164.
- Lupo, Salvatore: *Partito e antipartito. Una storia politica della prima Repubblica 1946–78*, Rom 2004.
- Lussana, Fiamma: *1944–1945: Togliatti, la «via italiana», le donne*, in: Gabriella Bonacchi/Cecilia Dau Novelli (Hrsg.): *Culture politiche e dimensioni del femminile nell'Italia del '900*, Soveria Mannelli 2010, S. 137–168.
- Lutz, Burkart: *Integration durch Aufstieg. Überlegungen zur Verbürgerlichung der deutschen Facharbeiter in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: Manfred Hettling/Bernd Ulrich (Hrsg.): *Bürgertum nach 1945*, Hamburg 2005, S. 284–309.
- Luzzatto, Sergio: *Il corpo del duce. Un cadavere tra immaginazione, storia e memoria*, Turin 1998.
- Maase, Kaspar: *BRAVO Amerika. Erkundungen zur Jugendkultur der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren*, Frankfurt 1991.
- Maase, Kaspar: *Grenzenloses Vergnügen. Der Aufstieg der Massenkultur 1850–1970*, Frankfurt 1997.
- Maase, Kaspar: *Establishing Cultural Democracy. Youth, «Americanization», and the Irresistible Rise of Popular Culture*, in: Hanna Schissler (Hrsg.): *The Miracle Years: A Cultural History of West Germany, 1949–1968*, Princeton 2001, S. 428–450.
- Macaluso, Emanuele: *Il PCI e la rivoluzione in Italia*, in: Angelo Ventrone (Hrsg.): *I dannati della rivoluzione. Violenza politica e storia d'Italia negli anni Sessanta e Settanta*, Macerata 2010, S. 127–137.
- Mafai, Miriam: *L'apprendistato della politica. Le donne italiane nel dopoguerra*, Rom 1979.
- Maggi Ilario, Flavio: *Diario di un militante «ribelle»*. (Attivista-Sindacalista-Funziionario D.C.), Rom 1987.
- Magno, Michele: *La Puglia tra lotte e repressioni, 1944–1963*, Bari 1988.
- Maida, Bruno (Hrsg.): *Alla ricerca della simmetria. Il Pci a Torino 1945/1991*, Turin 2004.

- Maier, Charles S.: Italien und Deutschland nach 1945. Von der Notwendigkeit des Vergleichs, in: Gian Enrico Rusconi/Hans Woller (Hrsg.): *Parallele Geschichte? Italien und Deutschland 1945–2000*, Berlin 2006, S. 35–53.
- Malgeri, Francesco: *La Democrazia cristiana in Italia*, in: Emiel Lamberts (Hrsg.): *Christian Democracy in the European Union, 1945/1995*, Leuven 1997, S. 93–108.
- Malgeri, Francesco: *La Democrazia cristiana nella crisi degli anni settanta*, in: *Italia contemporanea* 227, 2002, S. 219–234.
- Malgeri, Francesco: *L'Italia democristiana. Uomini e idee del cattolicesimo democratico nell'Italia repubblicana (1943–1993)*, Rom 2005.
- Malinowski, Stephan/Alexander Sedlmaier: »1968« als Katalysator der Konsumgesellschaft. Performative Regelverstöße, kommerzielle Adaptionen und ihre gegenseitige Durchdringung, in: *GG* 32, 2006, S. 238–267.
- Mancini, Paolo/David L. Swanson: *Politics, Media, and Modern Democracy: Introduction*, in: dies. (Hrsg.): *Politics, Media, and Modern Democracy. An International Study of Innovations in Electoral Campaigning and Their Consequences*, Westport (CO)/London 1996, S. 1–26.
- Mancino, Isa: *La ricostruzione del PCI in provincia di Taranto (1943–1947)*, in: Franco De Felice (Hrsg.): *Togliatti e il Mezzogiorno*, Bd. II, Rom 1977, S. 129–149.
- Manke, Sabine: *Brandt anfeuern. Das Misstrauensvotum 1972 in Bürgerbriefen an den Bundeskanzler. Ein kulturwissenschaftlicher Beitrag zu modernen Resonanz- und Korrespondenzphänomenen*, Marburg 2008.
- Manning, Till: *Die Italiengeneration. Stilbildung durch Massentourismus in den 1950er und 1960er Jahren*, Göttingen 2011.
- Manoukian, Agopik (Hrsg.): *La presenza sociale del PCI e della DC*, Bologna 1968.
- Maranini, Giuseppe: *Presentazione*, in: Alberto Spreafico/Joseph La Palombara (Hrsg.): *Elezioni e comportamento politico in Italia*, Mailand 1963, S. IX–XIX.
- Marcellino, Nella: *Le tre vite di Nella*, hrsg. v. Maria Luisa Righi, Mailand 2009.
- Marchi, Michele: *Mondo cattolico e società dei consumi dagli anni '50 ai primi anni '70*, in: Stefano Cavazza (Hrsg.): *Consumi e politica nell'Italia repubblicana*, Bologna 2013, S. 77–104.
- Marino, Giuseppe Carlo: *Autoritratto del PCI staliniano, 1946–1953*, Rom 1991.
- Marino, Giuseppe Carlo: *La repubblica della forza. Mario Scelba e le passioni del suo tempo*, Mailand 1995.
- Marino, Giuseppe Carlo: *1968–1977. Il lungo Sessantotto*, in: Marco De Nicolò (Hrsg.): *Dalla trincea alla piazza. L'irruzione dei giovani nel Novecento*, Rom 2011, S. 409–419.
- Mariuzzo, Andrea: »La Russia com'è«. L'immagine critica dell'Unione sovietica e del blocco orientale nella pubblicistica italiana (1948–1955), in: *Ricerche di storia politica* 10, 2007, S. 157–176.
- Mariuzzo, Andrea: *Divergenze parallele. Comunismo e anticomunismo alle origini del linguaggio politico dell'Italia repubblicana (1945–1953)*, Soveria Mannelli 2010.
- Marramao, Giacomo: *Politica e società secolarizzata*, in: Fiamma Lussana/ders. (Hrsg.): *L'Italia repubblicana nella crisi degli anni settanta*, Bd. 2: *Culture, nuovi soggetti, identità*, Soveria Mannelli 2003, S. 17–22.
- Masella, Luigi: *Appunti su »La Voce del Mezzogiorno« (1948–1953)*, in: Franco De Felice (Hrsg.): *Togliatti e il Mezzogiorno*, Bd. II, Rom 1977, S. 151–172.
- Massock, Richard G.: *Italy from Within*, New York 1943.
- Maubach, Franka: *Expansionen weiblicher Hilfe. Zur Erfahrungsgeschichte von Frauen im Kriegsdienst*, in: Sybille Steinbacher (Hrsg.): *Volksgenossinnen. Frauen in der NS-Volksgemeinschaft (= Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 23)*, Göttingen 2007, S. 93–111.

- Mazower, Mark: *Dark Continent. Europe's Twentieth Century*, London 1999.
- Mazzoleni, Gianpietro: Emergence of the candidate and political marketing: Television and election campaigns in Italy in the 1980s, in: *Political Communication and Persuasion* 8, 1991, S. 201–212.
- Mazzoleni, Gianpietro: Patterns and Effects of Recent Changes in Electoral Campaigning in Italy, in: David L. Swanson/Paolo Mancini (Hrsg.): *Politics, Media, and Modern Democracy. An International Study of Innovations in Electoral Campaigning and Their Consequences*, Westport (CO)/London 1996, S. 193–206.
- Mazzoleni, Gianpietro: *La comunicazione politica*, Bologna 2004.
- McCarthy, Patrick: Italy: A new language for a new politics?, in: *Journal of Modern Italian Studies* 2, 1997, S. 337–357.
- McCarthy, Patrick (Hrsg.): *Italy Since 1945*, Oxford/New York 2000.
- McLeod, Jack M./Dietram A. Scheufele/Patricia Moy: Community, Communication, and Participation: The Role of Mass Media and Interpersonal Discussion in Local Political Participation, in: *Political Communication* 16, 1999, S. 315–336.
- Meier, Franziska: *Mythos der Erneuerung. Italienische Prosa in Faschismus und Resistenza*, Göttingen 2002.
- Meier, Gerd: Innovation und Tradition in der Regionalpresse zwischen Weimar und Bundesrepublik, in: Michael Prinz (Hrsg.): *Gesellschaftlicher Wandel im Jahrhundert der Politik. Nordwestdeutschland im internationalen Vergleich 1920–1960*, Paderborn v. a. 2007, S. 131–154.
- Melischek, Gabriele/Josef Seethaler: Kontinuität und Wandel im Verhältnis von Politik und Medien in der Wahlkampfkommunikation seit 1945. Methodik und Empirie im internationalen Vergleich, in: Klaus Arnold/Christoph Classen/Susanne Kinnebrock u. a. (Hrsg.): *Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung des Politischen? Zum Verhältnis von Medien, Öffentlichkeiten und Politik im 20. Jahrhundert*, Leipzig 2010, S. 243–266.
- Melograni, Piero: Come l'Italia e la Germania si liberarono di Mussolini e di Hitler: analogie e differenze tra le due dittature, in: Renato Cristin (Hrsg.): *Vie parallele. Italia e Germania 1944–2004/Parallele Wege. Italien und Deutschland 1944–2005*, Frankfurt 2005, S. 25–30.
- Mende, Silke: Die »Alternative zu den herkömmlichen Parteien«. Parlamentarismuskritik und Demokratiekonzepte der »Gründungsgrünen« in den siebziger und frühen achtziger Jahren, in: Thomas Bedorf/Felix Heidenreich/Marcus Obrecht (Hrsg.): *Die Zukunft der Demokratie/L'avenir de la démocratie*, Berlin 2009, S. 28–50.
- Mende, Silke: »Nicht rechts, nicht links, sondern vorn«. Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011.
- Mende, Silke: Von der »Anti-Parteien-Partei« zur »ökologischen Reformpartei«. Die Grünen und der Wandel des Politischen, in: *AfS* 52, 2012, S. 273–315.
- Mennen, Kristian: *Selbstinszenierung im öffentlichen Raum. Katholische und sozialdemokratische Repertoirediskussionen um 1930*, Münster 2013.
- Mergel, Thomas: Politikbegriffe in der Militärgeschichte. Einige Beobachtungen und ein Vorschlag, in: Thomas Kühne/Benjamin Ziemann (Hrsg.): *Was ist Militärgeschichte?* Paderborn/München u. a. 2000, S. 141–156.
- Mergel, Thomas: *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag*, Düsseldorf 2002.
- Mergel, Thomas: Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: *GG* 28, 2002, S. 574–606.
- Mergel, Thomas: Der mediale Stil der Sachlichkeit. Die gebremste Amerikanisierung des Wahlkampfes in der politischen Selbstbeobachtung der alten Bundesrepublik, in:

- Bernd Weisbrod (Hrsg.): Die Politik der Öffentlichkeit – die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Bundesrepublik, Göttingen 2003, S. 29–53.
- Mergel, Thomas: Staatlichkeit und Landesbewußtsein. Politische Symbole und Staatsrepräsentation - Bayern und Nordrhein-Westfalen 1945–1975, in: Thomas Schlemmer/Hans Woller (Hrsg.): Politik und Kultur im föderativen Staat (= Bayern im Bund, Bd. 3), München 2004, S. 281–347.
- Mergel, Thomas: Wahlkampfgeschichte als Kulturgeschichte. Konzeptionelle Überlegungen und empirische Beispiele, in: Barbara Stollberg-Rilinger (Hrsg.): Was heißt Kulturgeschichte des Politischen? Münster 2005, S. 255–276.
- Mergel, Thomas: Führer, Volksgemeinschaft und Maschine. Politische Erwartungsstrukturen in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus 1918–1936, in: Wolfgang Hardtwig (Hrsg.): Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918–1939, Göttingen 2005, S. 91–127.
- Mergel, Thomas: Demokratie als Reklame: Der Bürger in den Werbefilmen zur Bundestagswahl, in: Frank Bösch/Norbert Frei (Hrsg.): Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert, Göttingen 2006, S. 226–256.
- Mergel, Thomas: Verkaufen wie Zahnpasta? Politisches Marketing in den bundesdeutschen Wahlkämpfen, 1949–1990, in: Hartmut Berghoff (Hrsg.): Marketinggeschichte, Frankfurt/New York 2007, S. 372–399.
- Mergel, Thomas: Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik 1949–1990, Göttingen 2010.
- Mergel, Thomas: Wahlkampf und Medien in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg. Amerikanisierung, Demokratisierung oder politische Traditionsstrukturen?, in: Ute Daniel/Axel Schildt (Hrsg.): Massenmedien im Europa des 20. Jahrhunderts, Köln/Weimar/Wien 2010, S. 382–412.
- Mergel, Thomas: Politisierte Medien und medialiserte Politik. Strukturelle Koppelungen zwischen zwei sozialen Systemen, in: Klaus Arnold/Christoph Classen/Susanne Kinnebrock u. a. (Hrsg.): Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung des Politischen? Zum Verhältnis von Medien, Öffentlichkeiten und Politik im 20. Jahrhundert, Leipzig 2010, S. 29–50.
- Mergel, Thomas: The Unknown and the Familiar Enemy: The Semantics of Anti-Communism in the USA and Germany, 1945–1975, in: Willibald Steinmetz (Hrsg.): Political Languages in the Age of Extremes, Oxford 2011, S. 245–274.
- Mergel, Thomas: Dictatorship and Democracy 1918–1939, in: Helmut Walser Smith (Hrsg.): The Oxford Handbook of Modern German History, Oxford 2011, S. 423–452.
- Mergel, Thomas: Kulturgeschichte der Politik, Version: 2.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 22.10.2012, URL: http://docupedia.de/zg/Kulturgeschichte_der_Politik_Version_2.0_Thomas_Mergel?oldid=106322 [letzter Zugriff am 21.6.2015].
- Mergel, Thomas: Zeit des Streits. Die siebziger Jahre in der Bundesrepublik als eine Periode des Konflikts, in: Michael Wildt (Hrsg.): Geschichte denken. Perspektiven auf die Geschichtsschreibung heute, Göttingen 2014, S. 224–243.
- Metzler, Gabriele: Am Ende aller Krisen? Politisches Denken und Handeln in der Bundesrepublik der sechziger Jahre; in: HZ 275, 2002, S. 57–103.
- Metzler, Gabriele: Versachlichung statt Interessenpolitik. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, in: Stefan Fisch/Wilfried Rudloff (Hrsg.): Experten und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive, Berlin 2004, S. 127–152.
- Metzler, Gabriele: Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft, Paderborn 2005.

- Metzler, Gabriele: Der lange Weg zur sozialliberalen Politik. Politische Semantik und demokratischer Aufbruch, in: Habbo Knoch (Hrsg.): Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren, Göttingen 2007, S. 157–180.
- Meyer, Christian: »... nichts war mehr Privatangelegenheit«: Zur Semantik von Politisierungsprozessen in autobiographischen Berichten aus der Zeit des Nationalsozialismus, in: Willibald Steinmetz (Hrsg.): »Politik«. Situationen eines Wortgebrauchs im Europa der Neuzeit, Frankfurt/New York 2007, S. 395–416.
- Meyer, Kristina: Die SPD und die NS-Vergangenheit, 1945–1990, Göttingen 2015.
- Meyer, Thomas: Öffentlichkeit als Theater? Zum Wandel des politischen Diskurses in der Mediengesellschaft, in: Udo Göttlich/Jörg-Uwe Nieland (Hrsg.): Kommunikation im Wandel. Zur Theatralität der Medien, Köln 1998, S. 126–140.
- Meyerhoff, Hermann: Herne 1933–1945. Die Zeit des Nationalsozialismus. Ein kommunalhistorischer Rückblick, Herne 1963.
- Milder, Stephen: Greening Democracy: The Anti-Nuclear Movement and Political Environmentalism in West Germany and Beyond, 1968–1983, Cambridge 2017.
- Millefiorini, Andrea: La partecipazione politica in Italia. Impegno politico e azione collettiva negli anni Ottanta e Novanta, Rom 2002.
- Miquel, Beate von: Aufbruch in die Demokratie. Politische Partizipation in evangelischen Frauenverbänden nach 1945, in: Christine Hikel/Nicole Kramer/Elisabeth Zellmer (Hrsg.): Lieschen Müller wird politisch. Geschlecht, Staat und Partizipation im 20. Jahrhundert, München 2009, S. 85–94.
- Miretti, Monica: Tra consenso e ritualità: »Il reato di essere sindaco«. L'amministrazione Dozza a Bologna dal dopoguerra agli anni Cinquanta, in: Angelo Varni (Hrsg.): La ricostruzione di una cultura politica: i gruppi dirigenti dell'Emilia-Romagna di fronte alle scelte del dopoguerra 1945–1956, Bologna 1997, S. 1–42.
- Mistry, Kaeten: Re-thinking American intervention in the 1948 Italian election: beyond a success–failure dichotomy, in: *Modern Italy* 16, 2011, S. 179–194.
- Moe, Nelson: *The View from Vesuvius. Italian Culture and the Southern Question*, Berkeley/Los Angeles/London 2002.
- Möckel, Benjamin: Erfahrungsbuch und Generationsbehauptung. Die »Kriegsjugendgeneration« in den beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften, Göttingen 2014.
- Möding, Nori: »Ich muß irgendwo engagiert sein – fragen Sie mich bloß nicht, warum.« Überlegungen zu Sozialisierungserfahrungen von Mädchen in NS-Organisationen, in: Lutz Niethammer/Alexander von Plato (Hrsg.): »Wir kriegen jetzt andere Zeiten«. Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern, Berlin/Bonn 1985, S. 256–304.
- Möller, Horst: Das Kommunismusbild in der alten Bundesrepublik zwischen Kaltem Krieg und Entspannungspolitik, in: Peter März (Hrsg.): Woran erinnern? Der Kommunismus in der deutschen Erinnerungskultur, Köln u. a. 2006, S. 17–31.
- Moeller, Robert G.: *War Stories. The Search for a Usable Past in the Federal Republic of Germany*, in: *AHR* 101, 1996, S. 1008–1048.
- Moeller, Robert G. (Hrsg.): *West Germany under Construction. Politics, Society, and Culture in the Adenauer Era*, Ann Arbor 1997.
- Moeller, Robert G.: Introduction: Writing the History of West Germany, in: ders. (Hrsg.): *West Germany under Construction. Politics, Society, and Culture in the Adenauer Era*, Ann Arbor 1997, S. 1–30.
- Mommsen, Hans: Der lange Schatten der untergehenden Republik. Zur Kontinuität politischer Denkhaltungen von der späten Weimarer zur frühen Bundesrepublik, in: Karl Dietrich Bracher/ Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): *Die Weimarer Republik 1918–1933*, Düsseldorf 1987, S. 552–586.

- Mommsen, Hans: Von Weimar nach Bonn: Zum Demokratieverständnis der Deutschen, in: Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hrsg.): *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, aktual. Studienausg. Bonn 1998, S. 745–758.
- Monteleone, Franco: *Storia della radio e della televisione in Italia. Società, politica, strategie, programmi, 1922–1992*, Venedig 1992.
- Mooser, Josef: Abschied von der »Proletarität«. Sozialstruktur und Lage der Arbeiterschaft, in: Werner Conze/M. Rainer Lepsius (Hrsg.): *Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1983, S. 143–186.
- Mooser, Josef: Auflösung des proletarischen Milieus. Klassenbindung und Individualisierung in der Arbeiterschaft vom Kaiserreich bis in die Bundesrepublik Deutschland, in: *Soziale Welt* 34, 1983, S. 270–306.
- Mooser, Josef: *Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlagen, Kultur und Politik*, Frankfurt 1984.
- Moro, Renato: Togliatti nel giudizio del mondo cattolico, in: Roberto Gualtieri/Carlo Spagnolo/Ermanno Taviani (Hrsg.): *Togliatti nel suo tempo*, Rom 1997, S. 337–393.
- Moses, Dirk A.: Die 45er. Eine Generation zwischen Faschismus und Demokratie, in: *Neue Sammlung* 40, 2000, S. 233–263.
- Mosse, George L.: Die Nationalisierung der Massen. Politische Symbolik und Massenbewegungen in Deutschland von den Napoleonischen Kriegen bis zum Dritten Reich, Berlin 1976 [amerik. Orig.: *The Nationalization of the Masses. Political symbolism and mass movements in Germany from the Napoleonic wars through the Third Reich*, New York 1975].
- Müller, Tim B./Adam Tooze (Hrsg.): *Normalität und Fragilität: Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg*, Hamburg 2015.
- Münkel, Daniela: Intellektuelle für die SPD. Die sozialdemokratische Wählerinitiative, in: Gangolf Hübinger (Hrsg.): *Kritik und Mandat. Intellektuelle in der deutschen Politik*, Stuttgart 2000, S. 222–238.
- Münkel, Daniela: »Alias Frahm«: Die Diffamierungskampagnen gegen Willy Brandt in der rechtsgerichteten Presse, in: Claus-Dieter Krohn (Hrsg.): *Zwischen den Stühlen? Remigranten und Remigration in der deutschen Medienöffentlichkeit der Nachkriegszeit*, Hamburg 2002, S. 397–418.
- Münkel, Daniela: Politiker-Image und Wahlkampf: Das Beispiel Willy Brandt. Vom »deutschen Kennedy« zum »deutschen Helden«, in: Bernd Weisbrod (Hrsg.): *Die Politik der Öffentlichkeit – Die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik*, Göttingen 2003, S. 55–76.
- Münkel, Daniela: Willy Brandt und die »Vierte Gewalt«. Politik und Massenmedien in den 50er bis 70er Jahren, Frankfurt 2005.
- Münkel, Daniela: Politik als Unterhaltung? Zur Wahlkampfkultur in der Bundesrepublik seit den sechziger Jahren, in: Clemens Zimmermann (Hrsg.): *Politischer Journalismus, Öffentlichkeiten und Medien im 19. und 20. Jahrhundert*, Ostfildern 2006, S. 213–227.
- Münkel, Daniela: John F. Kennedy – Harold Wilson – Willy Brandt: »Modernes« Image für »moderne« Zeiten, in: dies./Lu Seegers (Hrsg.): *Medien und Imagepolitik im 20. Jahrhundert. Deutschland, Europa, USA*, Frankfurt 2008, S. 25–45.
- Mulot, Tobias: Erzieher in Uniform. Polizisten und Polizistinnen und ihr Umgang mit Jugendlichen im Zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit 1939–1952, in: Gerhard Fürmetz/Herbert Reinke/Klaus Weinbauer (Hrsg.): *Nachkriegspolizei. Sicherheit und Ordnung in Ost- und Westdeutschland 1945–1989*, Hamburg 2001, S. 255–275.
- Musella, Luigi: *Individui, amici, clienti. Relazioni personali e circuiti politici in Italia meridionale tra Otto e Novecento*, Bologna 1994.

- Musella, Luigi: Clientelismo. Tradizione e trasformazione della politica italiana 1975–1992, Neapel 2000.
- Musella, Luigi: Il trasformismo, Bologna 2003.
- Nehring, Holger: Die eigensinnigen Bürger. Legitimationsstrategien im politischen Kampf gegen die militärische Nutzung der Atomkraft in der Bundesrepublik der frühen sechziger Jahre, in: Habbo Knoch (Hrsg.): Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren, Göttingen 2007, S. 117–137.
- Nenni, Pietro: Tempo di guerra fredda, Mailand 1981.
- Neri Serneri, Simone: Classe, partito, nazione. Alle origini della democrazia italiana 1919–1948, Manduria 1995.
- Neri Serneri, Simone/Angelo Ventrone (Hrsg.): Gli spazi dei partiti nell'Italia repubblicana = Memoria e ricerca 5, 1997.
- Neri Serneri, Simone: Gli »anni del' 68« in Europa. Epifania e rivoluzione, in: Contemporanea 11, 2008, S. 471–477.
- Neri Serneri, Simone: Gli »anni del' 68«. Radicalismo e modernità, in: Marco De Nicolò (Hrsg.): Dalla trincea alla piazza. L'irruzione dei giovani nel Novecento, Rom 2011, S. 391–407.
- Neri Serneri, Simone: Contesti e strategie della violenza e della militarizzazione nella sinistra radicale, in: ders. (Hrsg.): Verso la lotta armata. La politica della violenza nella sinistra radicale degli anni Settanta, Bologna 2012, S. 11–61.
- Nicoletti, Chiara (Hrsg.): La vita in rosso. Il centro audiovisivo della Federazione del PCI a Bologna, Rom 2009.
- Niess, Wolfgang: Volkshäuser Freizeitheime Kommunikationszentren. Zum Wandel kultureller Infrastruktur sozialer Bewegungen. Beispiele aus deutschen Städten von 1848–1984, Hagen 1984.
- Niethammer, Lutz: »Normalization« in the West. Traces of Memory leading back into the 1950s, in: Hanna Schissler (Hrsg.): The Miracle Years: A Cultural History of West Germany, 1949–1968, Princeton 2001, S. 237–265.
- Nitz, Wenke: Führer und Duce. Politische Machtinszenierungen im nationalsozialistischen Deutschland und im faschistischen Italien, Wien/Köln/Weimar 2013.
- Nolte, Paul: Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München 2000.
- Nolte, Paul: Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart, Lizenzausg. Bonn 2012.
- Nolte, Paul: Jenseits des Westens? Überlegungen zu einer Zeitgeschichte der Demokratie, in: VfZ 61, 2013, S. 275–301.
- Nolzen, Armin: Die NSDAP, der Krieg und die deutsche Gesellschaft, in: Jörg Echternkamp (Hrsg.): Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 9/1: Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945. Politisierung, Vernichtung, Überleben, München 2004, S. 99–193.
- Nolzen, Armin: Inklusion und Exklusion im »Dritten Reich«. Das Beispiel der NSDAP, in: Frank Bajohr/Michael Wildt (Hrsg.): Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt 2009, S. 60–77.
- Norris, Pippa: A Virtuous Circle. Political Communication in Postindustrial Societies, Cambridge 2000.
- Notz, Gisela: »Ihr seid, wenn ihr wollt, diejenigen die alle Arbeit in der Partei machen können.« Sozialdemokratische Frauenpolitik im Nachkriegsdeutschland, in: Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte 40, 2001, S. 58–63.
- Novelli, Edoardo: La Turbopolitica. Sessant'anni di comunicazione politica e di scena pubblica in Italia, 1945–2005, Mailand 2006.

- Novelli, Edoardo: Repräsentation und Präsentation. Parteien, politische Propaganda und Massenmedien im Italien der Ersten Republik, in: Irene Chytraeus-Auerbach/Georg Maag (Hrsg.): Die italienische Mediendemokratie. Zur Geschichte politischer Inszenierungen und inszenierter Politik im Medienzeitalter, Münster 2006, S. 50–61.
- Novelli, Edoardo/Giorgio Vasta/Alberto Negrin (Hrsg.): Niente resterà pulito. Il racconto della nostra storia in quarant'anni di scritte e manifesti politici, Mailand 2007.
- Novelli, Edoardo: Le elezioni del quarantotto. Storia, strategie e immagini della prima campagna elettorale repubblicana, Rom 2008.
- Nubola, Cecilia: Die »via supplicationis« in den italienischen Staaten der frühen Neuzeit (15.–18. Jahrhundert), in: dies./Andreas Würzler (Hrsg.): Bittschriften und Gravamina. Politik, Verwaltung und Justiz in Europa (14.–18. Jahrhundert), Berlin 2005, S. 53–92.
- Nützenadel, Alexander: Faschismus als Revolution? Politische Sprache und revolutionärer Stil im Italien Mussolinis, in: Christof Dipper/Lutz Klinkhammer/ders. (Hrsg.): Europäische Sozialgeschichte. Festschrift für Wolfgang Schieder, Berlin 2000, S. 21–40.
- Nützenadel, Alexander: Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Expertenkultur und Politik in der Bundesrepublik 1949–1974, Göttingen 2005.
- Nuti, Alessia: La provincia più rossa. La costruzione del partito nuovo a Siena (1945–1956), Siena 2003.
- Oldenburg, Christel: Tradition und Modernität – Die Hamburger SPD von 1950 – 1966, in: SPD Landesorganisation Hamburg – Arbeitskreis Geschichte (Hrsg.): »Alles für Hamburg«. Die Geschichte der Hamburger SPD von den Anfängen bis zum Jahr 2007, S. 73–84.
- Oldenburg, Christel: Tradition und Modernität – Die Hamburger SPD von 1955–1966, Berlin 2009.
- Omland, Frank: »Du wählst mi nich Hitler!« Reichstagswahlen und Volksabstimmungen in Schleswig-Holstein 1933–1938, Hamburg 2006.
- Ottaviano, Chiara/Paolo Soddu (Hrsg.): La politica sui muri. I manifesti politici dell'Italia Repubblicana 1946/1992, Turin 2000.
- Ottaviano, Chiara: Introduzione: Manifesti politici e dintorni. Persuadere e comunicare in politica, in: dies./Paolo Soddu (Hrsg.): La politica sui muri. I manifesti politici dell'Italia Repubblicana 1946/1992, Turin 2000, S. 9–23.
- Ottaviano, Chiara: Riccorenze e novità nella comunicazione politica. Manifesti e slogan nelle campagne elettorali all'alba del nuovo secolo, in: Maurizio Ridolfi (Hrsg.): Propaganda e comunicazione politica. Storia e trasformazioni nell'età contemporanea, Mailand 2004, S. 287–306.
- Otten, Holger: »Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen!« Entnazifizierung in den Westzonen, in: Urs Diederichs/Hans-Hermann Wiebe (Hrsg.): Schleswig-Holstein unter dem Hakenkreuz, Bad Segeberg 1985, S. 192–205.
- Overy, Richard: I bombardamenti nella seconda guerra mondiale: nuove prospettive di ricerca, in: Nicola Labanca (Hrsg.): I bombardamenti aerei sull'Italia, Bologna 2012, S. 21–36.
- Owzar, Armin: »Reden ist Silber, Schweigen ist Gold«. Konfliktmanagement im Alltag des wilhelminischen Obrigkeitsstaates, Konstanz 2006.
- Paggi, Leonardo: Il »popolo dei morti«. La repubblica italiana nata dalla guerra (1940–1946), Bologna 2009.
- Pajetta, Gian Carlo: Introduzione, in: Comunisti. I militanti bolognesi del Pci raccontano, Rom 1983, S. 11–16.
- Panvini, Guido: Ordine nero, guerriglia rossa. La violenza politica nell'Italia degli anni Sessanta e Settanta, 1966–1975, Turin 2009.

- Panvini, Guido: La pianificazione della violenza (1969–1972), in: Angelo Ventrone (Hrsg.): *I dannati della rivoluzione. Violenza politica e storia d'Italia negli anni Sessanta e Settanta*, Macerata 2010, S. 61–77.
- Parisella, Antonio: La base sociale della Democrazia cristiana italiana. Elettorato, iscritti e organizzazione, in: Emiel Lamberts (Hrsg.): *Christian Democracy in the European Union, 1945/1995*, Leuven 1997, S. 189–209.
- Parisella, Antonio: Tricolore, rappresentazioni e simboli della nazione nelle culture popolari e nella cultura di massa dell'Italia repubblicana, in: Fiorenza Tarozzi/Giorgio Vecchio (Hrsg.): *Gli italiani e il tricolore. Patriottismo, identità nazionale e fratture sociali lungo due secoli di storia*, Bologna 1999, S. 393–455.
- Parisi, Arturo/Gianfranco Pasquino: Changes in Italian Voting Behaviour: The Relationships Between Parties and Voters, in: Peter Lange/Sidney Tarrow (Hrsg.): *Italy in Transition. Conflict and Consensus*, London/Totowa (NJ), 1980, S. 6–30.
- Parker, Simon: Political Identities, in: David Forgacs/Robert Lumley (Hrsg.): *Italian Cultural Studies: an introduction*, Oxford 1996, S. 107–128.
- Parlato, Giuseppe: *Fascisti senza Mussolini. Le origini del neofascismo in Italia, 1943–1948*, Bologna 2006.
- Pastore, Luca: *La vetrina infranta. La violenza politica a Bologna negli anni del terrorismo rosso, 1974–1979*, Bologna 2013.
- Patel, Kiran Klaus/Sven Reichardt: The Dark Side of Transnationalism. Social Engineering and Nazism, 1930s–40s, in: *Journal of Contemporary History* 51, 2016, S. 3–21.
- Patel, Kiran Klaus: Ex comparatione lux: Fazit, in: Sonja Levsen/Cornelius Torp (Hrsg.): *Wo liegt die Bundesrepublik? Vergleichende Perspektiven auf die westdeutsche Geschichte, 1945–1989*, Göttingen 2016, S. 295–313.
- Paul, Dominik: *Adenauer-Wahlkämpfe. Die Bundestagswahlkämpfe der CDU 1949–1961*, Marburg 2011.
- Paul, Gerhard: *Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933*, Bonn 1990.
- Paul, Gerhard: Krieg der Symbole. Formen und Inhalte des symbolpublizistischen Bürgerkrieges 1932, in: Diethart Kerbs/Henrick Stahr (Hrsg.): *Berlin 1932. Das letzte Jahr der ersten deutschen Republik. Politik, Symbole, Medien*, Berlin 1992, S. 27–55.
- Paul, Gerhard: Von Psychopathen, Technokraten des Terrors und »ganz gewöhnlichen Deutschen«. Die Täter der Shoah im Spiegel der Forschung, in: ders. (Hrsg.): *Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche?*, Göttingen 2002, S. 13–90.
- Paul, Gerhard: »Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau«. Schlagbilder antikomunistischer Bildrhetorik, in: ders. (Hrsg.): *Das Jahrhundert der Bilder, Bd. II: 1949 bis heute, Sonderausg.* Bonn 2008, S. 88–97.
- Pavone, Claudio: La continuità dello Stato. Istituzioni e uomini, in: Enzo Piscitelli (Hrsg.): *Italia 1945–1948. Le origini della Repubblica*, Turin 1974, S. 139–289.
- Pavone, Claudio: *Una guerra civile. Saggio storico sulla moralità nella Resistenza*, Turin 1992.
- Payk, Marcus M.: *Der Geist der Demokratie. Intellektuelle Orientierungsversuche im Feuilleton der frühen Bundesrepublik: Karl Korn und Peter de Mendelssohn*, München 2008.
- Payk, Marcus M.: »... Die Herren fügen sich nicht; sie sind schwierig.« Gemeinschaftsdenken, Generationenkonflikte und die Dynamisierung des Politischen in der konservativen Presse der 1950er und 1960er Jahre, in: Franz-Werner Kersting/Jürgen Reulecke/Hans-Ulrich Thamer (Hrsg.): *Die zweite Gründung der Bundesrepublik. Generationswechsel und intellektuelle Wortergreifungen 1955–1975*, Stuttgart 2010, S. 43–67.

- Payne, Stanley: Geschichte des Faschismus. Aufstieg und Fall einer europäischen Bewegung, München/Berlin 2001.
- Pelc, Ortwin/Carsten Prange/Lutz Wendler u. a.: Hamburg. Die Stadt im 20. Jahrhundert, Hamburg 2002.
- Peli, Santo: La Resistenza in Italia. Storia e critica, Turin 2004.
- Pennacchini, Piero: La Santa Sede e il fascismo in conflitto per l'Azione Cattolica, Vatikanstadt 2012.
- Pergher, Roberta/Giulia Albanese: Introduction: Historians, Fascism, and Italian Society: Mapping the Limits of Consent, in: dies. (Hrsg.): In the Society of Fascists. Acclamation, Acquiescence, and Agency in Mussolini's Italy, Basingstoke 2012, S. 1–28.
- Perona, Ersilia Alessandrone: La Bandiera rossa, in: Mario Isnenghi (Hrsg.): I luoghi della memoria. Simboli e miti dell'Italia unita, Neuaufl. Rom/Bari 2010, S. 337–362.
- Pertici, Roberto: Il vario anticomunismo italiano (1936–1960): lineamenti di una storia, in: Loreto Di Nucci/Ernesto Galli Della Loggia (Hrsg.): Due nazioni. Legittimazione e delegittimazione nella storia dell'Italia contemporanea, Bologna 2003, S. 263–334.
- Pes, Alessandro: Parola di Mussolini. Discorsi propagandistici ed emozioni collettive nell'Italia fascista, in: Penelope Morris/Francesco Ricatti/Mark Seymour (Hrsg.): Politica ed emozioni nella storia d'Italia, Rom 2012, S. 133–148.
- Petersen, Jens: Der Ort der *Resistenza* in Geschichte und Gegenwart Italiens, in: Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken 76, 1996, S. 455–495.
- Petersen, Jens: Der Ort Mussolinis in der Geschichte Italiens nach 1945, in: Christof Dipper/Lutz Klinkhammer/Alexander Nützenadel (Hrsg.): Europäische Sozialgeschichte. Festschrift für Wolfgang Schieder, Berlin 2000, S. 505–524.
- Petersen, Jens: Italien in seiner Vielfalt – Das Prinzip der Stadt als Erklärungsmodell der Nationalgeschichte, in: Oliver Janz/Pierangelo Schiera/Hannes Siegrist (Hrsg.): Zentralismus und Föderalismus im 19. und 20. Jahrhundert. Deutschland und Italien im Vergleich, Berlin 2000, S. 239–251.
- Petri, Rolf: Die »kleinen Räume« der Nation, in: Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken 83, 2003, S. 288–307.
- Peukert, Detlev J. K.: Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982.
- Peukert, Detlev J. K.: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt 1987.
- Pezzini, Isabella: Advertising politics on television: the party election broadcast, in: Luciano Cheles/Lucio Sponza (Hrsg.): The art of persuasion. Political communication in Italy from 1945 to the 1990s, Manchester/New York 2001, S. 180–195.
- Piccione Stella, Simonetta: La prima generazione. Ragazze e ragazzi nel miracolo economico italiano, Mailand 1993.
- Piretti, Maria Serena: Le elezioni politiche in Italia dal 1848 a oggi, Rom 1995.
- Piretti, Maria Serena: La legge truffa. Il fallimento dell'ingegneria politica, Bologna 2003.
- Piretti, Maria Serena: Occidente vs Comunismo: le campagne elettorali del 1958 in Italia e Francia e gli Stati Uniti, in: Stefano Cavazza (Hrsg.): L'occidente come forma di costruzione del consenso politico, Soveria Mannelli 2006, S. 11–59.
- Piretti, Maria Serena/Alfio Mastropaolo/Agostino Giovagnoli/Marco Gervasoni/Roberto Gualtieri/Silvio Pons: Moro e la lunga crisi del sistema politico italiano, in: Contemporanea 11, 2008, S. 87–113.
- Pirker, Theo: Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1945–1964, München 1965.
- Pitkin, Donald S.: Italian Urbanscape: Intersection of Private and Public, in: Robert Rotenberg/Gary McDonogh (Hrsg.): The Cultural Meaning of Urban Space, Westport (CO)/London 1993, S. 95–101.

- Pittaway, Mark/Hans-Frederik Dahl: Legitimacy and the making of the post-war order, in: Martin Conway/Peter Romijn (Hrsg.): *The war on legitimacy in politics and culture 1936–1946*, Oxford/New York 2008, S. 177–209.
- Pivato, Stefano/Anna Tonelli: *Italia vagabonda. Il tempo libero degli italiani dal melodramma alla pay-tv*, Rom 2001.
- Pivato, Stefano/Maurizio Ridolfi (Hrsg.): *I colori della politica. Passioni, emozioni e rappresentazioni nell'età contemporanea*, San Marino 2008.
- Pizzorno, Alessandro: *Le difficoltà del consociativismo*, in: ders., *Le radici della politica assoluta*, Mailand 1994, S. 285–313.
- Plato, Alexander von: *Die verschlungenen Wege zur Nachkriegs-SPD*, in: Heidi Behrens-Cobet (Hrsg.): *Rote Jugend im schwarzen Revier*, Essen 1989, S. 120–126.
- Plato, Alexander von/Almut Leh: »Ein unglaublicher Frühling«. *Erfahrene Geschichte im Nachkriegsdeutschland, 1945–1948*, Lizenzausg., Bonn 1997.
- Poggi, Gianfranco (Hrsg.): *L'organizzazione partitica del Pci e della Dc*, Bologna 1968.
- Pojmann, Wendy: *For Mothers, Peace and Family: International (Non)Cooperation among Italian Catholic and Communist Women's Organisations during the Early Cold War*, in: *Gender & History* 23, 2011, S. 415–429.
- Pojmann, Wendy: *Italian Women and International Cold War Politics, 1944–1968*, New York 2013.
- Pombeni, Paolo: *I partiti e la politica dal 1948 al 1963*, in: *Storia d'Italia*, Bd. 5: *La Repubblica, 1943–1963*, hrsg. v. Giovanni Sabbatucci u. Vittorio Vidotto, Rom/Bari 1997, S. 127–251.
- Pombeni, Paolo: *The Roots of the Italian Political Crisis: A View From History, 1918, 1945, 1989 ... and After*, in: Carl Levy/Mark Roseman (Hrsg.): *Three Postwar Eras in Comparison: Western Europe 1918–1945–1989*, London 2002, S. 276–296.
- Pombeni, Paolo: *La legittimazione del benessere: nuovi parametri di legittimazione in Europa dopo la seconda guerra mondiale*, in: ders. (Hrsg.): *Crisi, legittimazione, consenso*, Bologna 2003, S. 357–417.
- Pombeni, Paolo: *L'eredità degli anni Sessanta*, in: *L'Italia repubblicana nella crisi degli anni settanta*, Bd. 2: *Culture, nuovi soggetti, identità*, hrsg. v. Fiamma Lussana u. Giacomo Marramao, Soveria Mannelli 2003, S. 23–52.
- Pombeni, Paolo: *Die politische Stabilisierung in Italien und Deutschland (1945–1958)*, in: Gian Enrico Rusconi/Hans Woller (Hrsg.): *Parallele Geschichte? Italien und Deutschland 1945–2000*, Berlin 2006, S. 261–289.
- Pons, Silvio: *L'impossibile egemonia. L'URSS, il PCI e le origini della guerra fredda (1943–1948)*, Rom 1999.
- Ponzani, Michela: *Trials of partisans in the Italian Republic: the consequences of the elections of 18 April 1948*, in: *Modern Italy* 16, 2011, S. 121–138.
- Porciani, Ilaria: *Lokale Identität, nationale Identität. Die Konstruktion einer doppelten Zugehörigkeit*, in: Oliver Janz/Pierangelo Schiera/Hannes Siegrist (Hrsg.): *Zentralismus und Föderalismus im 19. und 20. Jahrhundert. Deutschland und Italien im Vergleich*, Berlin 2000, S. 103–136.
- Porzio, Maria: *Arrivano gli Alleati! Amori e violenze nell'Italia liberata*, Rom/Bari 2011.
- Prada, Vittorio: *Videocrazia e teatralizzazione della politica nell'era berlusconiana. Potere dell'immagine e nuove strategie comunicative (1994–2012)*, Berlin 2014.
- Preziosi, Ernesto: *Guido Gonella e l'Azione cattolica*, in: Giuseppe Bertagna/Alfredo Cavanaugh/Augusto D'Angelo/Andrea Simoncini (Hrsg.): *Guido Gonella tra Governo, Parlamento e Partito*, Bd. I, Soveria Mannelli 2007, S. 151–174.
- Prinz, Michael: »Konsum« und »Konsumgesellschaft« – Vorschläge zu Definition und Verwendung, in: ders. (Hrsg.): *Der lange Weg in den Überfluß. Anfänge und Entwicklung der Konsumgesellschaft seit der Vormoderne*, Paderborn u. a. 2003, S. 11–34.

- Prontera, Grazia: Munich – City of Immigration? Integration Policies and Italian Active Participation in Munich Political and Social Life through Italian Organizations in the 1970s, in: Martin Baumeister/Bruno Bonomo/Dieter Schott (Hrsg.): *Cities Contested. Urban Politics, Heritage, and Social Movements in Italy and West Germany in the 1970s*, Frankfurt/New York 2017, S. 147–166.
- Puaca, Brian M.: *Learning Democracy: Education Reform in West Germany, 1945–1965*, New York/Oxford 2009.
- Pünder, Hermann: *Von Preußen nach Europa. Lebenserinnerungen*, Stuttgart 1968.
- Pugliese, Enrico/Enrico Rebeggiani: *Occupazione e disoccupazione in Italia. Dal dopoguerra ai giorni nostri*, Rom 2004.
- Pugliese, Enrico: *L'Italia tra migrazioni internazionali e migrazioni interne*, Bologna 2006.
- Putnam, Robert D.: *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*, Princeton (NJ) 1993.
- Puw Davies, Meredid: »Eiffe erobert die Welt«: Graffiti und der umstrittene öffentliche Raum, in: Martin Klimke/Joachim Scharloth (Hrsg.): 1968. *Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung*, Lizenzausg. Bonn 2008, S. 49–60.
- Rabe, Bernd: *Der sozialdemokratische Charakter. Drei Generationen aktiver Parteimitglieder in einem Arbeiterviertel*, Frankfurt 1978.
- Raberg, Frank: Ulm – Untergang und Neuanfang in doppelter Randlage, in: Karl Moersch (Hrsg.): *Die Zeit nach dem Krieg: Städte im Wiederaufbau*, Stuttgart 2008, S. 399–415.
- Radunski, Peter: Mobilisierung der Union, in: Dietrich Rollmann (Hrsg.): *Die CDU in der Opposition. Eine Selbstdarstellung*, Hamburg 1970, S. 138–147.
- Raffaelli, Sergio: I nomi delle vie, in: Mario Isnenghi (Hrsg.): *I luoghi della memoria. Simboli e miti dell'Italia unita*, Neuauf. Rom/Bari 2010, S. 261–288.
- Rahden, Till van: Wie Vati die Demokratie lernte: Religion, Familie und die Frage der Autorität in der frühen Bundesrepublik, in: Daniel Fulda/Dagmar Herzog/Stefan-Ludwig Hoffmann/ders. (Hrsg.): *Demokratie im Schatten der Gewalt. Geschichten des Privaten im deutschen Nachkrieg*, Göttingen 2010, S. 122–151.
- Rahden, Till van: Clumsy Democrats: Moral Passions in the Federal Republic, in: *German History* 29, 2011, S. 485–504.
- Raimondi, Ezio/Angelo Varni: *Dialogo sulla cittadinanza. Bologna vecchia e nuova*, Venezia 2002.
- Ramella, Franco: Immigrazione e traiettorie sociali in città: Salvatore e gli altri negli anni sessanta, in: Angiolina Arru/ders. (Hrsg.): *L'Italia delle migrazioni interne. Donne, uomini, mobilità in età moderna e contemporanea*, Rom 2003, S. 339–385.
- Ramella, Franco: Le migrazioni interne. Itinerari geografici e percorsi sociali, in: *Storia d'Italia, Annali 24: Migrazioni*, hrsg. v. Paola Corti/ Matteo Sanfilippo, Turin 2009, S. 425–447.
- Raphael, Lutz: Das Konzept der »Moderne«. Neue Vergleichsperspektiven für die deutsch-italienische Zeitgeschichte?, in: Thomas Großbölting/Massimiliano Livi/ Carlo Spagnolo (Hrsg.): *Jenseits der Moderne? Die Siebziger Jahre als Gegenstand der deutschen und der italienischen Geschichtswissenschaft*, Berlin 2014, S. 95–109.
- Raphael, Lutz: The 1970s – a Period of Structural Rupture in Germany and Italy?, in: Martin Baumeister/Bruno Bonomo/Dieter Schott (Hrsg.): *Cities Contested. Urban Politics, Heritage, and Social Movements in Italy and West Germany in the 1970s*, Frankfurt/New York 2017, S. 31–50.
- Rapini, Andrea: Dai »teddy boys« ai »cinesi«. Antifascismo e giovani generazioni, in: Diego Melegari/Ilaria La Fata (Hrsg.): *La Resistenza contesa. Memoria e rappresentazione dell'antifascismo nei manifesti politici degli anni Settanta*, Bologna 2004, S. 29–45.

- Rapini, Andrea: Denaro e lavoro, in: Paolo Sorcinelli/ Roberto Balzani (Hrsg.): *Il secolo dei giovani. Le nuove generazioni e la storia del Novecento*, Rom 2004, S. 81–112.
- Rapini, Andrea: *Antifascismo e cittadinanza. Giovani, identità e memorie nell'Italia repubblicana*, Bologna 2005.
- Rapoport, David C./Leonard Weinberg: Elections and Violence, in: *Terrorism and Political Violence* 12/3–4, 2000, S. 15–50.
- Raschke, Joachim (Hrsg.): *Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung*, Bonn 1982.
- Rauh, Cornelia/Dirk Schumann: Ausnahmestände und die Transformation des Politischen, in: dies. (Hrsg.): *Ausnahmestände. Entgrenzungen und Regulierungen in Europa während des Kalten Krieges*, Göttingen 2015, S. 9–36.
- Recker, Marie-Luise: Wahlen und Wahlkämpfe in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1969, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.): *Wahlen und Wahlkämpfe in Deutschland*, Düsseldorf 1997, S. 267–309.
- Regazzoni, Lisa: Einleitung, in: Christina Antenhofer/dies./Astrid von Schlachta (Hrsg.): *Werkstatt Politische Kommunikation. Netzwerke, Orte und Sprachen des Politischen/Officina Comunicazione politica. Intrecci, luoghi e linguaggi del »politico«*, Göttingen 2010, S. 13–21.
- Reichardt, Sven/Armin Nolzen (Hrsg.): *Faschismus in Italien und Deutschland. Studien zu Transfer und Vergleich = Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus* 21, Göttingen 2005.
- Reichardt, Sven: *Praxeologische Geschichtswissenschaft. Eine Diskussionsanregung*, in: *Sozial.Geschichte* 22/3, 2007, S. 43–65.
- Reichardt, Sven: *Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA*, 2. durchges. Aufl. Köln/Weimar/Wien 2009.
- Reichardt, Sven/Detlef Siegfried (Hrsg.): *Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983*, Göttingen 2010.
- Reichardt, Sven: *Faschistische Beteiligungsdiktaturen. Anmerkungen zu einer Debatte*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 42, 2014, S. 133–157.
- Reichardt, Sven: *Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren*, Berlin 2014.
- Reichel, Peter/Harald Schmid: *Von der Katastrophe zum Stolperstein. Hamburg und der Nationalsozialismus nach 1945*, München/Hamburg 2005.
- Reinecke, Christiane/Thomas Mergel: *Das Soziale vorstellen, darstellen, herstellen: Sozialwissenschaften und gesellschaftliche Ungleichheit im 20. Jahrhundert*, in: dies. (Hrsg.): *Das Soziale ordnen. Sozialwissenschaften und gesellschaftliche Ungleichheit im 20. Jahrhundert*, Frankfurt 2012, S. 7–30.
- Reiss, Matthias (Hrsg.): *The Street as Stage: Protest Marches and Public Rallies since the Nineteenth Century*, Oxford 2007.
- Reiter, Herbert/Klaus Weinbauer: *Police and Political Violence in the 1960/70s: Germany and Italy in a comparative perspective*, in: *European Review of History - Revue Européenne d'Histoire* 14, 2007, S. 373–395.
- Reitmayer, Morten/Thomas Schlemmer (Hrsg.): *Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom*, München 2013.
- Requate, Jörg: *Der Kampf um die Demokratisierung der Justiz. Richter, Politik und Öffentlichkeit in der Bundesrepublik*, Frankfurt/New York 2008.
- Requate, Jörg: *»Amerikanisierung« als Grundzug der europäischen Medienentwicklung des 20. Jahrhunderts?*, in: Ute Daniel/Axel Schildt (Hrsg.): *Massenmedien im Europa des 20. Jahrhunderts*, Köln/Weimar/Wien 2010, S. 35–58.

- Ricci, Aldo G.: *Aspettando la Repubblica. I governi della transizione, 1943–1946*, Rom 1996.
- Ricci, Aldo G.: I timori di guerra civile nelle discussioni dei governi De Gasperi, in: Fabrizio Cicchitto (Hrsg.): *L'influenza del comunismo nella storia d'Italia. Il PCI tra via parlamentare e lotta armata*, Soveria Mannelli 2008, S. 73–93.
- Richter, Hedwig/Ralf Richter: *Die Gastarbeiter-Welt. Leben zwischen Palermo und Wolfsburg*, Paderborn 2012.
- Richter, Hedwig: *Moderne Wahlen. Eine Geschichte der Demokratie in Preußen und den USA im 19. Jahrhundert*, Hamburg 2017.
- Richter, Hedwig/Hubertus Buchstein: *Einleitung: eine neue Geschichte der Wahlen*, in: dies. (Hrsg.): *Kultur und Praxis der Wahlen. Eine Geschichte der modernen Demokratie*, Wiesbaden 2017, S. 1–27.
- Ridolfi, Maurizio: *La parabola del partito di massa. Tradizioni, organizzazioni e identità politiche nella sinistra italiana*, in: *Studi Storici* 34, 1993, S. 423–442.
- Ridolfi, Maurizio: *La politica della festa. Feste nazionali e feste di partito negli anni di fondazione della Repubblica*, in: *Memoria e ricerca* 9, 1997, S. 81–104.
- Ridolfi, Maurizio: *Repubblica e monarchia: immagini e tradizioni politiche nella transizione istituzionale*, in: Mariuccia Salvati (Hrsg.): *La fondazione della repubblica. Modelli e immaginario repubblicani in Emilia e Romagna negli anni della Costituente*, Mailand 1999, S. 27–46.
- Ridolfi, Maurizio: *Le feste nazionali*, Bologna 2003.
- Ridolfi, Maurizio (Hrsg.): *Propaganda e comunicazione politica. Storia e trasformazioni nell'età contemporanea*, Mailand 2004.
- Ridolfi, Maurizio: *L'indimenticabile 1946. Elezioni locali e apprendistato democratico nell'Italia del dopoguerra*, in: Patrizia Dogliani/ders. (Hrsg.): *I comuni al voto. Elezioni amministrative e partecipazione delle donne*, Imola 2007, S. 9–30.
- Ridolfi, Maurizio (Hrsg.): *Il comune democratico. Autogoverno, territorio e politica a Pesaro negli anni di Marcello Stefanini (1965–1978)*, Mailand 2009.
- Ridolfi, Maurizio: *Giovani e generazioni politiche nel secondo dopoguerra (1945–1962)*, in: Marco De Nicolò (Hrsg.): *Dalla trincea alla piazza. L'irruzione dei giovani nel Novecento*, Rom 2011, S. 279–293.
- Ridolfi, Maurizio: *Rossi e neri: opposizione e integrazione nel consolidamento dello Stato liberale*, in: Adriano Roccucci (Hrsg.): *La costruzione dello Stato-nazione in Italia*, Rom 2012, S. 211–230.
- Ridolfi, Maurizio: *»Al di là della destra e della sinistra?«* Tradizioni e culture politiche nell'Italia repubblicana, in: *Memoria e ricerca* 41, 2012, S. 37–67.
- Ridolfi, Maurizio: *Italia a colori. Storia delle passioni politiche dalla caduta del fascismo ad oggi*, Mailand 2015.
- Riehm, Gerd: *»Wie kann man hier bloß wohnen?«* Alltag in Altona-Nord: Jugendjahre im »Wirtschaftswunder«, Hamburg 2009.
- Rigoll, Dominik: *Staatsschutz in Westdeutschland. Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr*, Göttingen 2013.
- Riley, Dylan: *The Civic Foundations of Fascism in Europe. Italy, Spain, and Romania, 1870–1945*, Baltimore 2010.
- Rinauro, Sandro: *Storia del sondaggio d'opinione in Italia, 1936–1994*, Venedig 2002.
- Rinklake, Hubert: *»Ich habe weiter nichts getan, als was von jedem anständigen Staatsbürger verlangt werden muß.«* NSDAP-Ortsgruppenleiter und ihre Entnazifizierung im katholischen Emsland, in: Frank Bajohr (Hrsg.): *Norddeutschland im Nationalsozialismus*, Hamburg 1993, S. 166–184.

- Riviello, Anna Maria: L'UDI negli anni dell'emancipazione femminile, in: Gabriella Bonacchi/Cecilia Dau Novelli (Hrsg.): *Culture politiche e dimensioni del femminile nell'Italia del '900*, Soveria Mannelli 2010, S. 227–248.
- Roccucci, Adriano (Hrsg.): *La costruzione dello Stato-nazione in Italia*, Rom 2012.
- Rohe, Karl: Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven in der Politischen Kulturforschung, in: *HZ* 250, 1990, S. 321–346.
- Rohe, Karl: *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt 1992.
- Rolando, Stefano: *Una voce poco fa. Politica, comunicazione e media nella vicenda del Partito socialista italiano dal 1976 al 1994*, Venedig 2009.
- Romanzi, Giampiero: *La Chiesa bolognese e la guerra attraverso i bollettini parrocchiali*, in: Brunella Dalla Casa/Alberto Preti (Hrsg.): *Bologna in guerra, 1940–1945*, Mailand 1995, S. 395–415.
- Romitelli, Valerio: *Politica e «movimenti» negli anni Settanta. Problematiche, categorie d'analisi e giudizi storiografici*, in: Alberto De Bernardi/ders./Chiara Cretella (Hrsg.): *Gli anni Settanta. Tra crisi mondiale e movimenti collettivi*, Bologna 2009, S. 136–152.
- Rosenhaft, Eve: *Links gleich Rechts? Militante Straßengewalt um 1930*, in: Thomas Lindenberger/Alf Lüdtke (Hrsg.): *Physische Gewalt. Studien zur Geschichte der Neuzeit*, Frankfurt 1995, S. 238–275.
- Rossi, Mario G.: *Una democrazia a rischio. Politica e conflitto sociale negli anni della guerra fredda*, in: *Storia dell'Italia repubblicana*, Bd. I: *La costruzione della democrazia. Dalla caduta del fascismo agli anni cinquanta*, hrsg. v. Francesco Barbagallo, Turin 1994, S. 911–1005.
- Rossi-Doria, Anna: *Le donne sulla scena politica*, in: *Storia dell'Italia repubblicana*, Bd. I: *La costruzione della democrazia. Dalla caduta del fascismo agli anni cinquanta*, hrsg. v. Francesco Barbagallo, Turin 1994, S. 777–846.
- Rossi-Doria, Anna: *Diventare cittadine. Il voto alle donne in Italia*, Firenze 1996.
- Rother, Bernd: *»Era ora che ci vedessimo«*. Willy Brandt e il Pci, in: *Contemporanea* 2011/1, S. 61–82.
- Rouso, Henry: *History of Memory, Policies of the Past: What for?*, in: Konrad H. Jarusch/Thomas Lindenberger (Hrsg.): *Conflicted Memories. Europeanizing Contemporary Histories*, New York/Oxford 2007, S. 23–36.
- Rucht, Dieter: *Konfrontation und Gewalt. Verlauf, Struktur und Bedingungen unfriedlicher politischer Proteste in der Bundesrepublik*, in: Jürgen Gerhards/Ronald Hitzler (Hrsg.): *Eigenwilligkeit und Rationalität sozialer Prozesse*, Wiesbaden 1999, S. 352–378.
- Ruff, Mark Edward: *Katholische Jugendarbeit und junge Frauen in Nordrhein-Westfalen 1945–1962. Ein Beitrag zur Diskussion über die Auflösung des katholischen Milieus*, in: *AfS* 38, 1998, S. 263–284.
- Rupieper, Hermann-Josef: *Peacemaking with Germany. Grundlinien amerikanischer Demokratisierungspolitik 1945–1954*, in: Arnd Bauerkämper/Konrad H. Jarusch/Marcus M. Payk (Hrsg.): *Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945–1970*, Göttingen 2005, S. 41–56.
- Rusconi, Gian Enrico: *Se cessiamo di essere una nazione. Tra etnodemocrazie regionali e cittadinanza europea*, Bologna 1993.
- Rusconi, Gian Enrico: *La memoria della Resistenza in una nazione vinta*, in: Anna Lisa Carloti (Hrsg.): *Italia 1939–1945. Storia e memoria*, Mailand 1996, S. 43–70.
- Rusconi, Gian Enrico/Hans Woller (Hrsg.): *Parallele Geschichte? Italien und Deutschland 1945–2000*, Berlin 2006.

- Rusconi, Gian Enrico/Thomas Schlemmer/Hans Woller (Hrsg.): *Estraniamento strisciante tra Italia e Germania?*, Bologna 2008.
- Saldern, Adelheid von: *Häuserleben. Zur Geschichte städtischen Arbeiterwohnens vom Kaiserreich bis heute*, Bonn 1995.
- Saldern, Adelheid von (Hrsg.): *Inszenierter Stolz. Stadtrepräsentationen in drei deutschen Gesellschaften (1935–1975)*, Stuttgart 2005.
- Saldern, Adelheid von (Hrsg.): *Stadt und Kommunikation in bundesrepublikanischen Umbruchszeiten*, Stuttgart 2006.
- Saldern, Adelheid von: *Kommunikation in Umbruchszeiten. Die Stadt im Spannungsfeld von Kohärenz und Entgrenzung*, in: dies. (Hrsg.): *Stadt und Kommunikation in bundesrepublikanischen Umbruchszeiten*, Stuttgart 2006, S. 11–44.
- Salmeri, Stefano/Rosario S. Pignato (Hrsg.): *Gramsci e la formazione dell'uomo. Itinerari educativi per una cultura progressista*, Acireale/Rom 2008.
- Salvadori, Massimo L.: *Storia d'Italia e crisi di regime. Saggio sulla politica italiana 1861–2000*, Bologna 2001.
- Salvati, Mariuccia: *Amministrazione pubblica e partiti di fronte alla politica industriale*, in: *Storia dell'Italia repubblicana, Bd. 1: La costruzione della democrazia*, hrsg. v. Francesco Barbaglio, Turin 1994, S. 411–534.
- Salvati, Mariuccia: *Cittadini e governanti. La leadership nella storia dell'Italia contemporanea*, Rom/Bari 1997.
- Salvati, Mariuccia (Hrsg.): *La fondazione della repubblica. Modelli e immaginario repubblicani in Emilia e Romagna negli anni della Costituente*, Mailand 1999.
- Salvati, Mariuccia: *A proposito di storia e scienze sociali nel Novecento*, in: *Ricerche di Storia Politica* 16, 2013, S. 319–334.
- Sandri, Giulia/Antonella Seddone/Giorgia Bulli, *Party membership in Italy*, in: *Emilie van Haute/Anika Gauja (Hrsg.): Party Members and Activists*, London/New York 2015, S. 117–133.
- Sangiovanni, Andrea: *Tute blu. La parabola operaia nell'Italia repubblicana*, Rom 2006.
- Sani, Giacomo: *Le elezioni degli anni Settanta: terremoto o evoluzione?*, in: *Arturo Parisi/Gianfranco Pasquino (Hrsg.): Continuità e mutamento elettorale in Italia*, Bologna 1977, S. 67–102.
- Sarti, Raffaella: *Spazi domestici e identità di genere. Tra età moderna e contemporanea*, in: *Dianella Gagliani/Mariuccia Salvati (Hrsg.): Donne e spazio nel processo di modernizzazione*, Bologna 1995, S. 13–41.
- Sartori, Giovanni: *L'Immagine dei partiti nell'elettorato*, in: *Mario Caciagli/Alberto Spreafico (Hrsg.), Un sistema politica alla prova*, Bologna 1975, S. 85–126.
- Sassoon, Donald: *The Strategy of the Italian Communist Party. From the Resistance to the Historic Compromise*, London 1981.
- Sassoon, Donald: *Italy after Fascism: The Predicament of Dominant Narratives*, in: *Richard Bessel/Dirk Schumann (Hrsg.): Life after Death. Approaches to a Cultural and Social History of Europe during the 1940s and 1950s*, Cambridge/New York 2003, S. 259–290.
- Scardaccione, Francesca R.: *Repubblica sociale italiana: aspetti istituzionali e archivistici*, in: dies. (Hrsg.): *Verbalia del Consiglio dei Ministri della Repubblica sociale italiana, Settembre 1943–Aprile 1945 (= Pubblicazioni degli Archivi di Stato, Fonti XXXVIII)*, Rom 2002, S. XVII–XXXVII.
- Scarpellini, Emanuela: *Material Nation. A Consumer's History of Modern Italy*, Oxford u. a. 2011.
- Schaerf, Carlo/Giuseppe De Lutiis/Alessandro Silj u. a. (Hrsg.): *Venti anni di violenza politica in Italia, 1969–1988. Cronologia ed analisi statistica. Una ricerca ISODARCO*, 2 Bde., o. O. 1992.

- Scharloth, Joachim: Ritualkritik und Rituale des Protests: Die Entdeckung des Performativen in der Studentenbewegung der 1960er Jahre, in: Martin Klimke/ders. (Hrsg.): 1968. Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung, Lizenzausg., Bonn 2008, S. 75–87.
- Scharnholz, Theodor: German-American Relations at the Local Level, in: Thomas W. Maulucci/Detlef Junker (Hrsg.): GIs in Germany. The Social, Economic, Cultural, and Political History of the American Military Presence, New York 2013, S. 142–160.
- Scharzmaier, Hansmartin (Bearb.): Der deutsche Südwesten zur Stunde Null. Zusammenbruch und Neuanfang im Jahr 1945 in Dokumenten und Bildern, Karlsruhe 1975.
- Schatzki, Theodore R.: Introduction. Practice Theory, in: ders./Karin Knorr Cetina/Eike von Savigny (Hrsg.): The Practice Turn in Contemporary Theory, London/New York 2001, S. 1–14.
- Scheibe, Moritz: Auf der Suche nach der demokratischen Gesellschaft, in: Ulrich Herbert (Hrsg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002, S. 245–277.
- Schelsky, Helmut: Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend, Düsseldorf/Köln 1957.
- Schepis, Giovanni: Analisi statistica dei risultati, in: Alberto Spreafico/Joseph La Palombara (Hrsg.): Elezioni e comportamento politico in Italia, Mailand 1963, S. 329–406.
- Schieder, Wolfgang: Angst vor dem Vergleich. Warum die italienische Zeitgeschichtsforschung wenig europäisch ist, in: Heinz Durchardt (Hrsg.): Nationale Geschichtskulturen – Bilanz, Ausstrahlung, Europabezogenheit, Stuttgart 2006, S. 169–194.
- Schieder, Wolfgang: Faschistische Diktaturen. Studien zu Italien und Deutschland, Göttingen 2008.
- Schildt, Axel: Hamburg: Versuch einer zweiten Moderne, in: Klaus von Beyme/Werner Durth/Niels Gutschow u. a. (Hrsg.): Neue Städte aus Ruinen. Deutscher Städtebau der Nachkriegszeit, München 1992, S. 78–97.
- Schildt, Axel/Arnold Syworteck (Hrsg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993.
- Schildt, Axel: Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und »Zeitgeist« in der Bundesrepublik der 50er Jahre, Hamburg 1995.
- Schildt, Axel: Sozialdemokratische Politik in »Modernen Zeiten«: Die 1960er Jahre, in: Uwe Lohalm (Hrsg.): Arbeiterpartei und Großstadtpolitik. Zum Wandel der SPD in Hamburg im 20. Jahrhundert, Hamburg 1996, S. 75–86.
- Schildt, Axel: Freizeit, Konsum und Häuslichkeit in der »Wiederaufbau«-Gesellschaft. Zur Modernisierung von Lebensstilen in der Bundesrepublik Deutschland in den 1950er Jahren, in: Hannes Siegrist/Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka (Hrsg.): Europäische Konsumgeschichte. Zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des Konsums (18. bis 20. Jahrhundert), Frankfurt/New York 1997, S. 327–348.
- Schildt, Axel: Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre, München 1999.
- Schildt, Axel: Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, Frankfurt 1999.
- Schildt, Axel: Das Jahrhundert der Massenmedien. Ansichten zu einer künftigen Geschichte der Öffentlichkeit, in: GG 27, 2001, S. 177–206.
- Schildt, Axel/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hrsg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2003.
- Schildt, Axel/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers: Einleitung, in: dies. (Hrsg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2003, S. 11–20.

- Schildt, Axel: Materieller Wohlstand – pragmatische Politik – kulturelle Umbrüche. Die 60er Jahre in der Bundesrepublik, in: ders./Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hrsg.): *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2003, S. 21–53.
- Schildt, Axel/Detlef Siegfried: Youth, Consumption, and Politics in the Age of Radical Change, in: dies. (Hrsg.): *Between Marx and Coca Cola: Youth Cultures in Changing European Societies, 1960–1980*, New York 2006, S. 1–35.
- Schildt, Axel/Detlef Siegfried: *Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik – 1945 bis zur Gegenwart*, Lizenzausg., Bonn 2009.
- Schildt, Axel: »Atomzeitalter« – Gründe und Hintergründe der Proteste gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr Ende der fünfziger Jahre, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg (Hrsg.): *»Kampf dem Atomtod!« Die Protestbewegung 1957/58 in zeithistorischer Perspektive*, München/Hamburg 2009, S. 39–56.
- Schildt, Axel: Annäherungen an die Westdeutschen. Sozial- und kulturgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik, hrsg. v. der Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg, Göttingen 2011.
- Schildt, Axel: »Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten.« Zur konservativen Tendenzwende in den 70er Jahren, in: AfS 44, 2004, S. 449–478, wiederabgedr. in: ders.: *Annäherungen an die Westdeutschen. Sozial- und kulturgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik*, hrsg. v. der Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg, Göttingen 2011, S. 259–301.
- Schissler, Hanna (Hrsg.): *The Miracle Years: A Cultural History of West Germany, 1949–1968*, Princeton 2001.
- Schissler, Hanna: »Normalization« as Project: Some Thoughts on Gender Relations in West Germany during the 1950s, in: dies. (Hrsg.): *The Miracle Years: A Cultural History of West Germany, 1949–1968*, Princeton 2001, S. 359–375.
- Schlemmer, Thomas/Lutz Klinkhammer/Amedeo Osti Guerrazzi (Hrsg.): *Die Achse im Krieg. Politik, Ideologie und Kriegführung 1939 bis 1945*, Paderborn 2010.
- Schlemmer, Thomas: Der diskrete Charme der Unsicherheit. Einleitende Bemerkungen, in: Morten Reitmayer/ders. (Hrsg.): *Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom*, München 2013, S. 7–12.
- Schlemmer, Thomas/Hans Woller (Hrsg.): *Der Faschismus in Europa. Wege der Forschung*, München 2014.
- Schlemmer, Thomas/Hans Woller: Essenz oder Konsequenz? Zur Bedeutung von Rassismus und Antisemitismus für den Faschismus, in: dies. (Hrsg.): *Der Faschismus in Europa. Wege der Forschung*, München 2014, S. 123–144.
- Schlögl, Rudolf, Kommunikation und Vergesellschaftung unter Anwesenden. Formen des Sozialen und ihre Transformation in der Frühen Neuzeit, in: GG 34, 2008, S. 155–224.
- Schlüter, Kai (Hrsg.): *Günter Grass auf Tour für Willy Brandt. Die legendäre Wahlkampfreise 1969*, Berlin 2011.
- Schmidt, Daniel: »Die geistige Führung verloren«. Antworten der CDU auf die Herausforderung »1968«, in: Franz-Werner Kersting/Jürgen Reulecke/Hans-Ulrich Thamer (Hrsg.): *Die zweite Gründung der Bundesrepublik. Generationswechsel und intellektuelle Wortergreifungen 1955–1975*, Stuttgart 2010, S. 85–107.
- Schmidt, Rüdiger: Kein Zeitalter der Extreme. Die Mitte als gesellschaftliches Leitbild in der Bundesrepublik, in: Eva Maria Gajek/Christoph Lorke (Hrsg.): *Soziale Ungleichheit im Visier. Wahrnehmung und Deutung von Armut und Reichtum seit 1945*, Frankfurt 2016, S. 85–99.

- Schmiechen-Ackermann, Detlef: Der »Blockwart«. Die unteren Parteifunktionäre im nationalsozialistischen Terror- und Überwachungsapparat, in: VfS 48, 2000, S. 575–602.
- Schmitt, Carl: Der Begriff des Politischen [1932], Berlin 1991.
- Schmucki, Barbara: Der Traum vom Verkehrsfluß. Städtische Verkehrsplanung seit 1945 im deutsch-deutschen Vergleich, Frankfurt/New York 2001.
- Schmucki, Barbara: Stadt-(r)und-Fahrt gegen Verkehrsinfarkt. Motorisierung und urbaner Raum, in: Adelheid von Saldern (Hrsg.): Stadt und Kommunikation in bundesrepublikanischen Umbruchszeiten, Stuttgart 2006, S. 305–328.
- Schneider, Jane (Hrsg.): Italy's »Southern Question«. Orientalism in one country, Oxford 1998.
- Schöler-Macher, Bärbel: Die Fremdheit der Politik. Erfahrungen von Frauen in Parteien und Parlamenten, Weinheim 1994.
- Schorn-Schütte, Luise: Politische Kommunikation als Forschungsfeld: Einleitende Bemerkungen, in: Angela de Benedictis/Gustavo Corni/Brigitte Mazohl/dies. (Hrsg.): Die Sprache des Politischen in actu/Il linguaggio del »politico« in actu, Göttingen 2009, S. 7–18.
- Schregel, Susanne: Der Atomkrieg vor der Wohnungstür. Eine Politikgeschichte der neuen Friedensbewegung in der Bundesrepublik 1970–1985, Frankfurt/New York 2011.
- Schröder, Benjamin: Händler und Helden. Wahlen und politische Konfliktkultur in Deutschland und Großbritannien, 1918–35, Diss. phil. Humboldt-Universität zu Berlin 2016.
- Schröder, Hans-Jürgen: Die Anfangsjahre der Bundesrepublik Deutschland: Eine amerikanische Bilanz 1954, in: VfZ 37, 1989, S. 323–351.
- Schubert, Dirk: »Seizing the Moment«. Planungen und Realitäten sozialräumlicher Transformationsprozesse in Hamburg und London zwischen 1940 und 1960, in: Friedrich Lenger/Klaus Tenfelde (Hrsg.): Die europäische Stadt im 20. Jahrhundert. Wahrnehmung – Entwicklung – Erosion, Köln 2006, S. 343–371.
- Schütz, Alfred: Symbol, Wirklichkeit und Gesellschaft [1955], in: ders.: Theorie der Lebenswelt 2: Die kommunikative Ordnung der Lebenswelt, hrsg. v. Hubert Knoblauch, Ronald Kurt und Hans-Georg Soeffner (= Alfred Schütz Werkausgabe, Bd. V.2), Konstanz 2003, S. 119–201.
- Schütz, Klaus: Die Lehren aus Kennedys Kampagne. Ein Rückblick auf den Bundestagswahlkampf 1961, in: Vorgänge 41/2, 2002, S. 32–38.
- Schulz, Andreas: Politische Parallelwelten – Öffentliche Gesprächsarenen und parlamentarische Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, 1949–1980, in: Marie-Luise Recker/ders. (Hrsg.): Parlamentarismuskritik und Antiparlamentarismus in Europa, Düsseldorf 2018, S. 185–219.
- Schulz, Winfried/Klaus Schönbach (Hrsg.): Massenmedien und Wahlen, München 1983.
- Schulz, Winfried: Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung, 3. überarb. Aufl. Wiesbaden 2011.
- Schulze, Gerhard: Die Erlebnisgesellschaft: Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt ²2005 [1992].
- Schulze, Rainer (Hrsg.): Unruhige Zeiten. Erlebnisberichte aus dem Landkreis Celle, 1945–1949, München 1990.
- Schumann, Dirk: Politische Gewalt in der Weimarer Republik. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen 2001.
- Schwarz, Hans-Peter: Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik. 1949–1957, Stuttgart 1981.

- Schwarz, Hans-Peter: Die Fünfziger Jahre als Epochenzäsur, in: Jürgen Heideking/Gerhard Hofnagel/Franz Knipping (Hrsg.): Wege in die Zeitgeschichte. Festschrift für Gerhard Schulz, Berlin 1989, S. 473–496.
- Schwarz, Hans-Peter: Adenauer, Bd. I: Der Aufstieg: 1876–1952, Stuttgart³1991.
- Scoppola, Pietro: La Repubblica dei partiti. Evoluzione e crisi di un sistema politico, Bologna 1997.
- Scrivano, Paolo: Signs of Americanization in Italian Domestic Life: Italy's Postwar Conversion to Consumerism, in: Journal of Contemporary History 40, 2005, S. 317–340.
- Scropo, Erica: Donna, privato e politico. Storie personali di 21 donne del PCI, Mailand 1979.
- Sedlmaier, Alexander: Consumption and Violence. Radical Protest in Cold-War West Germany, Ann Arbor 2014.
- Seggern, Jessica von: Alte und neue Demokraten in Schleswig-Holstein. Demokratisierung und Neubildung einer politischen Elite auf Kreis- und Landesebene 1945 bis 1950, Stuttgart 2005.
- Serafino, Davide: Genova. La lotta armata in una città operaia e di sinistra, in: Simone Neri Serneri (Hrsg.): Verso la lotta armata. La politica della violenza nella sinistra radicale degli anni Settanta, Bologna 2012, S. 367–387.
- Shirer, William L.: Berliner Tagebuch. Das Ende 1944–1945, übertr. u. hrsg. v. Jürgen Schebera, Leipzig 1994 [amerik. Orig.: End of a Berlin Diary, London 1947].
- Siegfried, Detlef: Vom Teenager zur Pop-Revolution. Politisierungstendenzen in der westdeutschen Jugendkultur 1959 bis 1968, in: Axel Schildt/ders./Karl Christian Lammers (Hrsg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg²2003, S. 582–623.
- Siegfried, Detlef: Time Is on My Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre, Göttingen 2006.
- Siegfried, Detlef: Urbane Revolten, befreite Zonen. Über die Wiederbelebung der Stadt und die Neuaneignung der Provinz durch die ›Gegenkultur‹ der 1970er Jahre, in: Adelheid von Saldern (Hrsg.): Stadt und Kommunikation in bundesrepublikanischen Umbruchszeiten, Stuttgart 2006, S. 351–366.
- Siegfried, Detlef: Music and Protest in 1960s Europe, in: Martin Klimke/Joachim Scharloth (Hrsg.): 1968 in Europe. A History of Protest and Activism, 1956–1977, New York/Basingstoke 2008, S. 57–70.
- Siegfried, Detlef: Sound der Revolte. Rock und Blues in den langen 60er Jahren, in: Sabine Mecking/Yvonne Wasserloos (Hrsg.): Musik – Macht – Staat. Kulturelle, soziale und politische Wandlungsprozesse in der Moderne, Göttingen 2012, S. 287–301.
- Siegrist, Hannes: Ende der Bürgerlichkeit. Die Kategorien ›Bürgertum‹ und ›Bürgerlichkeit‹ in der westdeutschen Gesellschaft und Geschichtswissenschaft der Nachkriegsperiode, in: GG 20, 1994, S. 549–583.
- Siemens, Daniel: Gegen den »gesinnungsschwachen Stimmzettelträger«: Emotion und Praxis im Wahlkampf der späten Weimarer Republik, in: Hedwig Richter/Hubertus Buchstein (Hrsg.): Kultur und Praxis der Wahlen. Eine Geschichte der modernen Demokratie, Wiesbaden 2017, S. 215–236.
- Silies, Eva-Maria: Selbst verantwortete Lebensführung. Der Streit um die Pille im katholischen Milieu, in: Habbo Knoch (Hrsg.): Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren, Göttingen 2007, S. 205–224.
- Soddu, Paolo: »Via il regime della forchetta«. La sinistra storica nella guerra fredda, in: Chiara Ottaviano/ders. (Hrsg.): La politica sui muri. I manifesti politici dell'Italia Repubblicana 1946/1992, Turin 2000, S. 44–63.
- Sorba, Carlotta: Identità locali, in: Contemporanea 1, 1998, S. 157–170.

- Sowaidnig, Ina: Die Unterstützung der Demokratie in Deutschland und Italien. Eine empirische Analyse zum Einfluss der traditionellen politischen Teilkulturen 1959 bis 1992, Frankfurt 1997.
- Sparschuh, Olga: Die Wahrnehmung von Arbeitsmigranten aus dem »Mezzogiorno« in deutschen und norditalienischen Großstädten, in: Oliver Janz/Roberto Sala (Hrsg.): *Dolce Vita? Das Bild der italienischen Migranten in Deutschland*, Frankfurt/New York 2011, S. 95–115.
- Sparschuh, Olga: Citizens and Non-Citizens: The Relevance of Citizenship Status in Labour Migration within Italy and to Germany from the 1950s to the 1970s, in: *Journal of Contemporary History* 49, 2014, S. 28–53.
- Spicka, Mark E.: *Selling the Economic Miracle: Economic Reconstruction and Politics in West Germany 1949–1957*, New York 2007.
- Staub, Alexandra: »Einmal im Leben:« Rooting the »Little Man« to Conservative Values in Postwar West Germany, in: Matthew P. Berg/Maria Mesner (Hrsg.): *After Fascism: European Case Studies in Politics, Society, and Identity since 1945*, Berlin 2009, S. 153–177.
- Steber, Martina: »The West«, Tocqueville and West Germany Conservatism from the 1950s to the 1970s, in: dies./Riccardo Bavaj (Hrsg.): *Germany and »the West«. The History of a Modern Concept*, New York/Oxford 2015, S. 230–245.
- Steber, Martina: *Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980*, Berlin/Boston 2017.
- Steege, Paul/Andrew S. Bergerson/Maureen Healy u. a.: The History of Everyday Life: A Second Chapter, in: *Journal of Modern History* 80, 2008, S. 358–378.
- Steinmetz, Willibald: Ungewollte Politisierung durch die Medien? Die Contergan-Affäre, in: Bernd Weisbrod (Hrsg.): *Die Politik der Öffentlichkeit – Die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik*, Göttingen 2003, S. 195–228.
- Steinmetz, Willibald (Hrsg.): »Politik«. Situationen eines Wortgebrauchs im Europa der Neuzeit, Frankfurt/New York 2007.
- Steinmetz, Willibald: Neue Wege einer historischen Semantik des Politischen, in: ders. (Hrsg.): »Politik«. Situationen eines Wortgebrauchs im Europa der Neuzeit, Frankfurt/New York 2007, S. 9–40.
- Steuer, Janosch/Hanne Leßau: »Wer ist ein Nazi? Woran erkennt man ihn?« Zur Unterscheidung von Nationalsozialisten und anderen Deutschen, in: *Mittelweg* 36 2014/1, S. 30–51.
- Steuer, Janosch: »Ein Drittes Reich, wie ich es auffasse«. Politik, Gesellschaft und privates Leben in Tagebüchern, 1933–1939, Göttingen 2017.
- Stoehr, Irene: Friedensklärchens Feindinnen. Die Friedensaktivistin Klara-Marie Fassbinder und das antikommunistische Frauennetzwerk in den 1950er Jahren, in: *Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte* 58, 2010, S. 12–21.
- Stollberg-Rilinger, Barbara: Was heißt Kulturgeschichte des Politischen? Einleitung, in: dies. (Hrsg.): *Was heißt Kulturgeschichte des Politischen? (= Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 35)*, Berlin 2005, S. 9–24.
- Stone, Dan: Editor's Introduction: Postwar Europe as History, in: ders. (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Postwar European History*, Oxford 2012, S. 1–33.
- Storchi, Massimo: Post-war Violence in Italy: A Struggle for Memory, in: *Modern Italy* 12, 2007, S. 237–250.
- Stubbe-da Luz, Helmut: *Von der »Arbeitsgemeinschaft« zur Großpartei. 40 Jahre Christlich-Demokratische Union in Hamburg (1945–1985)*, Hamburg 1986.
- Sturzo, Luigi: *Italien und der Fascismus*, Köln 1926.

- Südbeck, Thomas: *Motorisierung, Verkehrsentwicklung und Verkehrspolitik in der Bundesrepublik Deutschland der 1950er Jahre*, Stuttgart 1994.
- Süß, Dietmar: *Kumpel und Genossen. Arbeiterschaft, Betrieb und Sozialdemokratie in der bayerischen Montanindustrie 1945 bis 1976*, München 2003.
- Süß, Dietmar: *A scheene Leich? Stand und Perspektiven der westdeutschen Arbeitergeschichte nach 1945*, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für Soziale Bewegungen* 35, 2004, S. 51–70.
- Süß, Dietmar: *Tod aus der Luft. Kriegsgesellschaft und Luftkrieg in Deutschland und England*, München 2011.
- Süß, Winfried: *Armut im Wohlfahrtsstaat*, in: Hans Günter Hockerts/ders. (Hrsg.): *Soziale Ungleichheit im Sozialstaat. Die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien im Vergleich*, München 2010, S. 19–42.
- Sywottek, Arnold: *Wege in die 50er Jahre*, in: Axel Schildt/ders. (Hrsg.): *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1993, S. 13–39.
- Sywottek, Arnold: *From Starvation to Excess? Trends in the Consumer Society from the 1940s to the 1970s*, in: Hanna Schissler (Hrsg.): *The Miracle Years: A Cultural History of West Germany, 1949–1968*, Princeton 2001, S. 341–358.
- Szodrzyński, Joachim: *Die »machtvolle« Ohnmacht – Politische Rekonstruktionen der Arbeiterorganisationen in Hamburg nach 1945*, in: Frank Bajohr/ders. (Red.): *Improvisierter Neubeginn. Hamburg 1943–1953*, Hamburg 1989, S. 98–109.
- Szodrzyński, Joachim: *Die »Zeit der schönsten Not« – Kultur und Freizeit in Hamburg während der Nachkriegsjahre*, in: Frank Bajohr/ders. (Red.): *Improvisierter Neubeginn. Hamburg 1943–1953*, Hamburg 1989, S. 148–159.
- Tambor, Molly: *»An Essential Way of Life«: Women's Citizenship and the Renewal of Politics in Italy*, in: Matthew P. Berg/Maria Mesner (Hrsg.): *After Fascism: European Case Studies in Politics, Society, and Identity since 1945*, Berlin 2009, S. 205–219.
- Tambor, Molly: *Red Saints: Gendering the Cold War, Italy 1943–1953*, in: *Cold War History* 10, 2010, S. 429–456.
- Tambor, Molly: *The lost wave. Women and democracy in postwar Italy*, Oxford 2014.
- Tarantino, Dino: *Dal regno alle repubbliche del Sud. La Puglia dal fascismo alla democrazia, 1943–1944*, Bari 2006.
- Tarrow, Sidney: *Peasant Communism in Southern Italy*, New Haven 1967.
- Tarrow, Sidney: *Tra centro e periferia. Il ruolo degli amministratori locali in Italia e in Francia*, Bologna 1979.
- Tarrow, Sidney: *Aspetti della crisi italiana: note introduttive*, in: Luigi Graziano/ders. (Hrsg.): *La crisi italiana*, Bd. 1: *Formazione del regime repubblicano e società civile*, Turin 1979, S. 3–40.
- Tarrow, Sidney: *Democracy and Disorder. Protest and Politics in Italy, 1965–1975*, Oxford 1989.
- Tateo, Francesco (Hrsg.): *Storia di Bari. Il Novecento*, Rom/Bari 1997.
- Taurasi, Giovanni: *Ricostruzione senza autonomia. Socialcomunisti e democristiani tra centro e periferia*, in: Patrizia Dogliani/Maurizio Ridolfi (Hrsg.): *1946. I comuni al voto. Elezioni amministrative, partecipazione delle donne*, Imola 2007, S. 297–313.
- Taviani, Ermanno: *Terrorismus, Staat und öffentliche Meinung in Italien*, in: Johannes Hürter/Gian Enrico Rusconi (Hrsg.): *Die bleiernen Jahre. Staat und Terrorismus in der Bundesrepublik und Italien 1969–1982*, München 2010, S. 83–94.
- Taviani, Ermanno: *Il terrorismo rosso, la violenza e la crisi della cultura politica del Pci*, in: Angelo Ventrone (Hrsg.): *I dannati della rivoluzione. Violenza politica e storia d'Italia negli anni Sessanta e Settanta*, Macerata 2010, S. 101–126.

- Tenbruck, Friedrich H.: Alltagsnormen und Lebensgefühle in der Bundesrepublik, in: Richard Löwenthal/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, Stuttgart ²1974, S. 289–310.
- Terhoeven, Petra: Liebespfand fürs Vaterland. Krieg, Geschlecht und faschistische Nation in der italienischen Gold- und Eheringsammlung 1935/36, Tübingen 2003.
- Terhoeven, Petra: Einleitung, in: dies. (Hrsg.): Italien, Blicke. Neue Perspektiven der italienischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 2010, S. 7–21.
- Terhoeven, Petra: Deutscher Herbst in Italien. Die italienische Linke und die ›Todesnacht von Stammheim‹, in: dies. (Hrsg.): Italien, Blicke. Neue Perspektiven der italienischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 2010, S. 185–208.
- Terhoeven, Petra: Germania e Italia nel »decennio rosso«: per un'introduzione, in: Christoph Cornelißen/Brunello Mantelli/dies. (Hrsg.): Il decennio rosso. Contestazione sociale e conflitto politico in Germania e in Italia negli anni Sessanta e Settanta, Bologna 2012, S. 13–49.
- Terhoeven, Petra: Deutscher Herbst in Europa. Der Linksterrorismus der siebziger Jahre als transnationales Phänomen, München 2014.
- Terhoeven, Petra: Politische Gewalt und transnationale Kommunikation. Der Linksterrorismus der siebziger Jahre auf europäischer Bühne, in: Sonja Levens/Cornelius Torp (Hrsg.): Wo liegt die Bundesrepublik? Vergleichende Perspektiven auf die westdeutsche Geschichte, 1945–1989, Göttingen 2016, S. 89–106.
- Terhoeven, Petra: Hitler's Children? German Terrorism as Part of the ›New Left Wave‹, in: Alberto Martín/Eduardo Rey (Hrsg.): Revolutionary Violence and the New Left: Transnational Perspectives, New York/London 2016, S. 126–144.
- Tesini, Mario: Oltre la città rossa. L'alternativa mancata di Dossetti a Bologna (1956–1958), Bologna 1986.
- Thießen, Malte: Schöne Zeiten? Erinnerungen an die ›Volksgemeinschaft‹ nach 1945, in: Frank Bajohr/Michael Wildt (Hrsg.): Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt 2009, S. 165–187.
- Thießen, Malte: Erinnerungen an die ›Volksgemeinschaft‹. Integration und Exklusion im kommunalen und kommunikativen Gedächtnis, in: Detlef Schmiechen-Ackermann (Hrsg.): ›Volksgemeinschaft‹: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im ›Dritten Reich‹?, Paderborn 2012, S. 319–334.
- Togliatti, Palmiro: Politica nazionale e Emilia rossa, Rom 1974.
- Togliatti, Palmiro: Opere scelte, hrsg. v. Gianpasquale Santomassimo, Rom 1974.
- Togliatti, Palmiro: Corso sugli avversari. Le lezioni sul fascismo, hrsg. v. Francesco M. Biscione, Turin 2010.
- Tolomelli, Marica: »Repressiv getrennt« – »organisch verbündet«. Studenten und Arbeiter 1968 in der Bundesrepublik Deutschland und in Italien, Opladen 2001.
- Tolomelli, Marica: Terrorismo e società. Il pubblico dibattito in Italia e in Germania negli anni Settanta, Bologna 2007.
- Tolomelli, Marica: Militanza e violenza politicamente motivata negli anni Settanta, in: Alberto De Bernardi/Valerio Romitelli/Chiara Cretella (Hrsg.): Gli anni Settanta. Tra crisi mondiale e movimenti collettivi, Bologna 2009, S. 192–210.
- Tolomelli, Marica: Jenseits von »Spaghetti und Revolvern«. Italienische Verhältnisse in den 1970er Jahren, in: GG 35, 2009, S. 429–457.
- Tomka, Béla: A Social History of Twentieth-Century Europe, London/New York 2013.
- Tonelli, Anna: Stato spettacolo. Pubblico e privato dagli anni '80 a oggi, Mailand 2010.
- Tonelli, Anna: Falce e tortello: Storia politica e sociale delle Feste dell'Unità (1945–2011), Rom/Bari 2012.
- Tormin, Walter: Die Geschichte der SPD in Hamburg 1945 bis 1950, Hamburg 1994.

- Torp, Claudius: Wachstum, Sicherheit, Moral. Politische Legitimationen des Konsums im 20. Jahrhundert, Göttingen 2012.
- Traldi, Francesca: Verso Bad Godesberg. La socialdemocrazia e le scienze sociali di fronte alla nuova società tedesca (1945–1963), Bologna 2010.
- Tranfaglia, Nicola: La prima guerra mondiale e il fascismo, Turin 1995.
- Tranfaglia, Nicola: La strategia della tensione e i due terrorismi, in: *Studi Storici* 39, 1998, S. 989–998.
- Traniello, Francesco: Stato e partiti alle origini della repubblica nel dibattito storiografico, in: *Italia contemporanea* 135, 1979, S. 3–15.
- Traniello, Francesco: Political Catholicism, Catholic Organization, and Catholic Laity in the Reconstruction Years, in: Frank J. Coppa/Margherita Repetto-Alaia (Hrsg.): *The Formation of the Italian Republic*, New York 1993, S. 27–54.
- Traniello, Francesco: Città dell'uomo. Cattolici, partito e Stato nella storia d'Italia, Bologna 2¹⁹⁹⁸.
- Traniello, Francesco: Christliche Kultur – europäische Kultur. Entwicklungen und Wandlungen einer Idee im italienischen Katholizismus zwischen 1920 und 1950, in: Gian Enrico Rusconi/Hans Wöller (Hrsg.): *Parallele Geschichte? Italien und Deutschland 1945–2000*, Berlin 2006, S. 143–173.
- Traniello, Francesco: Die politischen Kulturen der *Resistenza*, in: Christiane Liermann/Marta Margotti/Bernd Sösemann/Francesco Traniello (Hrsg.): *Vom Umgang mit der Vergangenheit: Ein deutsch-italienischer Dialog/Come affrontare il passato? Un dialogo tedesco-italiano*, Tübingen 2007, S. 35–44.
- Traniello, Francesco: Religione e nazione, in: Adriano Roccucci (Hrsg.): *La costruzione dello Stato-nazione in Italia*, Rom 2012, S. 231–237.
- Trautmann, Günter: Italien – Eine Gesellschaft mit gespaltener politischer Kultur, in: Peter Reichel (Hrsg.): *Politische Kultur in Westeuropa. Bürger und Staaten in der Europäischen Gemeinschaft*, Frankfurt 1984, S. 220–260.
- Traverso, Enzo: *Im Bann der Gewalt. Der europäische Bürgerkrieg 1914–1945*, München 2008 [frz. Orig.: *À feu et à sang*, Paris 2007].
- Trentmann, Frank: *Knowing Consumers: Histories, Identities, Practices: An Introduction*, in: ders. (Hrsg.): *The Making of the Consumer. Knowledge, Power and Identity in the Modern World*, Oxford 2006, S. 1–27.
- Trentmann, Frank: *The Long History of Contemporary Consumer Society: Chronologies, Practices, and Politics in Modern Europe*, in: *AfS* 49, 2009, S. 107–128.
- Trentmann, Frank: *Political History Matters: Everyday Life, Things, and Practices*, in: Willibald Steinmetz/Ingrid Gilcher-Holtey/Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.): *Writing Political History Today*, Frankfurt/New York 2013, S. 397–408.
- Triglia, Carlo: *Le subculture politiche territoriali*, Mailand 1981.
- Triola, Filippo: *Le elezioni politiche italiane viste dalla diplomazia di Bonn durante gli anni Cinquanta*, in: *Ricerche di storia politica* 19, 2016, S. 131–154.
- Trittel, Günter J.: *Hungerkrise und kollektiver Protest in Westdeutschland (1945–1949)*, in: Manfred Gailus/Heinrich Volkmann (Hrsg.): *Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770–1990*, Opladen 1994, S. 377–391.
- Ullrich, Hartmut: *Vorüberlegungen zur Verfassungsgebung, partitocrazia und Verfassungswandel in Italien vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis heute*, in: ders. (Hrsg.): *Verfassungsgebung, partitocrazia und Verfassungswandel in Italien vom Ende des II. Weltkrieges bis heute*, Frankfurt 2001, S. 15–39.
- Ullrich, Sebastian: *Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1945–1959*, Göttingen 2009.

- Ulshöfer, Jost: From »Vecchio Nucleo Cittadino« to »Centro Storico«. On Bologna's Preservation Policies and the Social Cost of Urban Renewal (1955–1975), in: Martin Baumeister/Bruno Bonomo/Dieter Schott (Hrsg.): *Cities Contested. Urban Politics, Heritage, and Social Movements in Italy and West Germany in the 1970s*, Frankfurt/New York 2017, S. 229–247.
- Urban, Markus: *Die Konsensfabrik. Funktion und Wahrnehmung der NS-Reichsparteitage, 1933–1941*, Göttingen 2007.
- Vacca, Giuseppe: Italy during the Reconstruction: The Communist Party Policy of National Unity, 1945–1949, in: Frank J. Coppa/Margherita Repetto-Alaia (Hrsg.): *The Formation of the Italian Republic*, New York 1993, S. 97–120.
- Varni, Angelo (Hrsg.): *Storia di Bologna, Bd. 4: Bologna in età contemporanea 1915–2000*, Bologna 2013.
- Vecchio, Giorgio: Tricolore, feste e simboli dello stato nel primo decennio repubblicano, in: Fiorenza Tarozzi/ders. (Hrsg.): *Gli italiani e il tricolore. Patriottismo, identità nazionale e fratture sociali lungo due secoli di storia*, Bologna 1999, S. 329–391.
- Vecchio, Giorgio: I cattolici, la società italiana e la scelta repubblicana, in: Mariuccia Salvati (Hrsg.): *La fondazione della repubblica. Modelli e immaginario repubblicani in Emilia e Romagna negli anni della Costituente*, Mailand 1999, S. 100–123.
- Vecchio, Giorgio: L'arrivo della televisione in Italia: diffidenze e illusioni dei cattolici, in: Camillo Brezzi/Carlo Felice Casula/Agostino Giovagnoli u. a. (Hrsg.): *Democrazia e cultura religiosa. Studi in onore di Pietro Scoppola*, Bologna 2002, S. 401–422.
- Ventresca, Robert A.: Virgin and the Bear: Religion, Society and the Cold War in Italy, in: *Journal of Social History* 37, 2003, S. 439–456.
- Ventresca, Robert A.: *From Fascism to Democracy. Culture and Politics in the Italian Election of 1948*, Toronto 2004.
- Ventrone, Angelo: Simboli e liturgie politiche nella propaganda elettorale del dopoguerra, in: Mariuccia Salvati (Hrsg.): *La fondazione della repubblica. Modelli e immaginario repubblicani in Emilia e Romagna negli anni della Costituente*, Mailand 1999, S. 158–183.
- Ventrone, Angelo: Forme e strumenti della propaganda di massa nella nascita e nel consolidamento della Repubblica, in: Maurizio Ridolfi (Hrsg.): *Propaganda e comunicazione politica. Storia e trasformazioni nell'età contemporanea*, Mailand 2004, S. 209–232.
- Ventrone, Angelo: *Il nemico interno. Immagini, parole e simboli della lotta politica nell'Italia del Novecento*, Rom 2005.
- Ventrone, Angelo: Die Feindgestalt und die Sprache des Krieges in der politischen Propaganda in Italien (1914–1948), in: Irene Chytraeus-Auerbach/Georg Maag (Hrsg.): *Die italienische Mediendemokratie. Zur Geschichte politischer Inszenierungen und inszenierter Politik im Medienzeitalter*, Münster 2006, S. 16–39.
- Ventrone, Angelo: *La cittadinanza repubblicana. Forma-partito e identità nazionale alle origini della democrazia italiana (1943–1948)*, Bologna 2008.
- Ventrone, Angelo (Hrsg.): *I dannati della rivoluzione. Violenza politica e storia d'Italia negli anni Sessanta e Settanta*, Macerata 2010.
- Ventrone, Angelo: Dal Palazzo d'inverno ai quartieri liberati. La trasformazione dell'idea di rivoluzione, in: ders. (Hrsg.): *I dannati della rivoluzione. Violenza politica e storia d'Italia negli anni Sessanta e Settanta*, Macerata 2010, S. 79–99.
- Ventrone, Angelo: Der »permanente Bürgerkrieg« und der Staatsbegriff der politischen Linken im Italien der 1970er Jahre, in: Johannes Hürter/Gian Enrico Rusconi (Hrsg.): *Die bleiern Jahre. Staat und Terrorismus in der Bundesrepublik und Italien 1969–1982*, München 2010, S. 107–116.
- Venturi, Marcello: *Sdraiati sulla linea. Come si viveva nel PCI di Togliatti*, Mailand 1991.

- Venturoli, Cinzia: Educare alla Repubblica: la scuola, in: Mariuccia Salvati (Hrsg.): La fondazione della repubblica. Modelli e immaginario repubblicani in Emilia e Romagna negli anni della Costituente, Mailand 1999, S. 411–437.
- Venturoli, Cinzia: L'Università e la protesta giovanile: gli studenti a Bologna, in: Alberto De Bernardi/Valerio Romitelli/Chiara Cretella (Hrsg.): Gli anni Settanta. Tra crisi mondiale e movimenti collettivi, Bologna 2009, S. 249–265.
- Verheyen, Nina: Diskussionslust. Eine Kulturgeschichte des »besseren Arguments« in Westdeutschland, Göttingen 2010.
- Verheyen, Nina: Eifrige Diskutanten: Die Stilisierung des »freien« Meinungs austauschs zu einer demokratischen Kulturtechnik in der westdeutschen Gesellschaft der fünfziger Jahre, in: Daniel Fulda/Dagmar Herzog/Stefan-Ludwig Hoffmann/Till van Rahden (Hrsg.): Demokratie im Schatten der Gewalt. Geschichten des Privaten im deutschen Nachkrieg, Göttingen 2010, S. 99–121.
- Vidotto, Vittorio: La nuova società, in: Storia d'Italia, Bd. 6: L'Italia contemporanea. Dal 1963 a oggi, hrsg. v. Giovanni Sabbatucci und dems., Rom/Bari 1999, S. 3–99.
- Vidotto, Vittorio: Violenza politica e rituali della violenza, in: Angelo Ventrone (Hrsg.): I dannati della rivoluzione. Violenza politica e storia d'Italia negli anni Sessanta e Settanta, Macerata 2010, S. 41–59.
- Viganoni, Lida (Hrsg.): Il Mezzogiorno delle città. Tra Europa e Mediterraneo, Mailand 2007.
- Villani, Luciano: The Struggle for Housing in Rome. Contexts, Protagonists and Practices of a Social Urban Conflict, in: Martin Baumeister/Bruno Bonomo/Dieter Schott (Hrsg.): Cities Contested. Urban Politics, Heritage, and Social Movements in Italy and West Germany in the 1970s, Frankfurt/New York 2017, S. 321–345.
- Villari, Lucio: Le premesse della democrazia, in: Roberto Gualtieri/Carlo Spagnolo/Ermanno Taviani (Hrsg.): Togliatti nel suo tempo, Rom 2007, S. 53–76.
- Visentini, Luciano: Osservazioni sulla propaganda elettorale, in: Alberto Spreafico/Joseph La Palombara (Hrsg.): Elezioni e comportamento politico in Italia, Mailand 1963, S. 277–298.
- Vogel, Bernhard/Peter Haungs: Wahlkampf und Wählertradition. Eine Studie zur Bundestagswahl 1961, Köln/Opladen 1965.
- Vogel, Meike: »Außerparlamentarisch oder antiparlamentarisch?: Mediale Deutungen und Benennungskämpfe um die APO, in: Ute Frevert/Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.): Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung, Frankfurt/New York 2005, S. 140–165.
- Vogel, Meike: »1968« als Kommunikationsereignis. Die Rolle des Fernsehens, in: Ingrid Gilcher-Holtey (Hrsg.): »1968« – Eine Wahrnehmungsrevolution? Horizont-Verschiebungen des Politischen in den 1960er und 1970er Jahren, München 2013, S. 65–82.
- Vogt, Hannah: Wer die Wahl hat ..., 3.–5. Aufl. Berlin 1957.
- Voli, Stefania: Quando il privato diventa politico: Lotta Continua 1968–1976, Rom 2006.
- Vollmer, Frank: Die politische Kultur des Faschismus. Stätten totalitärer Diktatur in Italien, Köln/Weimar/Wien 2007.
- Vollnhals, Clemens: Die Evangelische Kirche zwischen Traditionswahrung und Neuorientierung, in: Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1990, S. 113–167.
- Wagner, Patrick: Kriminalpolizei und »innere Sicherheit« in Bremen und Nordwestdeutschland zwischen 1942 und 1949, in: Frank Bajohr (Hrsg.): Norddeutschland im Nationalsozialismus, Hamburg 1993, S. 239–265.
- Wagner-Kyora, Georg: Die neue City in der kriegszerstörten *Altstadt*: Das »Wiederaufbau«-Image Bremens (1946–1964), in: Daniela Münkkel/Lu Seegers (Hrsg.): Medien

- und Imagepolitik im 20. Jahrhundert. Deutschland, Europa, USA, Frankfurt/New York 2008, S. 293–318.
- Walter, Franz: Milieus und Parteien in der deutschen Gesellschaft. Zwischen Persistenz und Erosion, in: *GWU* 46, 1995, S. 479–493.
- Warneken, Bernd Jürgen: »Massentritt«. Zur Körpersprache von Demonstranten im Kaiserreich, in: Peter Assion (Hrsg.): *Transformationen der Arbeiterkultur*, Marburg 1986, S. 64–79.
- Warneken, Bernd Jürgen (Hrsg.): *Massenmedium Straße. Zur Kulturgeschichte der Demonstration*, Frankfurt 1991.
- Warneken, Bernd Jürgen: »Die friedliche Gewalt des Volkswillens«. Muster und Deutungsmuster von Demonstrationen im deutschen Kaiserreich, in: ders. (Hrsg.): *Massenmedium Straße. Zur Kulturgeschichte der Demonstration*, Frankfurt 1991, S. 97–119.
- Warnke, Helmuth: »Bloß keine Fahnen«. Auskünfte über schwierige Zeiten, 1923–1954, Hamburg 1988.
- Wehler, Hans-Ulrich: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 5: Bundesrepublik und DDR 1949–1990, München 2008.
- Weinhauer, Klaus: Konflikte am Arbeitsplatz und im Quartier. Perspektiven einer sozialgeschichtlichen Erforschung von Arbeitskämpfen und Konsumentenprotesten im 20. Jahrhundert, in: *AfS* 38, 1998, S. 337–356.
- Weinhauer, Klaus: *Schutzpolizei in der Bundesrepublik. Zwischen Bürgerkrieg und Innerer Sicherheit: Die turbulenten sechziger Jahre*, Paderborn 2003.
- Weinhauer, Klaus: Staatsgewalt, Massen, Männlichkeit: Polizeieinsätze gegen Jugend- und Studentenproteste in der Bundesrepublik der 1960er Jahre, in: Alf Lüdtke/Herbert Reinke/Michael Sturm (Hrsg.): *Polizei, Gewalt und Staat im 20. Jahrhundert*, Wiesbaden 2011, S. 301–324.
- Weinhauer, Klaus/Dagmar Ellerbrock: Perspektiven auf Gewalt in europäischen Städten seit dem 19. Jahrhundert, in: *IMS* 2013/2, S. 5–20.
- Weinhauer, Klaus: Protest, kollektive Gewalt und Polizei in Hamburg zwischen Versammlungsdemokratie und staatlicher Sicherheit ca. 1890–1933, in: Friedrich Lenger (Hrsg.): *Kollektive Gewalt in der Stadt. Europa 1890–1939*, München 2013, S. 69–102.
- Weinreb, Alice: »For the Hungry Have No Past nor Do They Belong to a Political Party«: Debates over German Hunger after World War II, in: *CEH* 45, 2012, S. 50–78.
- Weisbrod, Bernd: Die Politik der Repräsentation. Das Erbe des Ersten Weltkriegs und der Formwandel der Politik, in: Hans Mommsen (Hrsg.): *Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik*, Köln 2000, S. 13–41.
- Weisbrod, Bernd: Medien als symbolische Form der Massengesellschaft. Die medialen Bedingungen von Öffentlichkeit im 20. Jahrhundert, in: *Historische Anthropologie* 9, 2001, S. 270–283.
- Weisbrod, Bernd (Hrsg.): *Die Politik der Öffentlichkeit – die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik*, Göttingen 2003.
- Weisbrod, Bernd: Eine ganz unamerikanische Tante: Die BBC und der nationale Medienstil in der Nachkriegszeit, in: Belinda Davis/Thomas Lindenberger/Michael Wildt (Hrsg.): *Alltag, Erfahrung, Eigensinn. Historisch-anthropologische Erkundungen*, Frankfurt/New York 2008, S. 279–292.
- Weiss, Matthias: Öffentlichkeit als Therapie. Die Medien- und Informationspolitik der Regierung Adenauer zwischen Propaganda und kritischer Aufklärung, in: Frank Bösch/Norbert Frei (Hrsg.): *Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2006, S. 73–120.

- Wellnitz, Daniela: Faschismus und Monarchie im Sommer 1943, in: Harald Welzer/Sönke Neitzel/Christian Gudehus (Hrsg.): »Der Führer war wieder viel zu human, viel zu gefühlvoll«. Der Zweite Weltkrieg aus der Sicht deutscher und italienischer Soldaten, Frankfurt 2011, S. 393–413.
- Welskopp, Thomas: Der Mensch und die Verhältnisse. »Handeln« und »Struktur« bei Max Weber und Anthony Giddens, in: Thomas Mergel/ders. (Hrsg.): Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theorie-Debatte, München 1997, S. 39–70.
- Wengst, Udo: Die CDU/CSU im Bundestagswahlkampf 1949, in: VfZ 34, 1986, S. 1–52.
- Wetzel, Juliane: Die NSDAP zwischen Öffnung und Mitgliedersperre, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt 2009, S. 74–90.
- Wildenthal, Lora: *The Language of Human Rights in West Germany*, Philadelphia 2012.
- Wildt, Michael: *Der Traum vom Stattwerden. Hunger und Protest, Schwarzmarkt und Selbsthilfe in Hamburg 1945–1948*, Hamburg 1986.
- Wildt, Michael: Changes in Consumption as Social Practice in West Germany During the 1950s, in: Susan Strasser/Charles McGovern/Matthias Judt (Hrsg.): *Getting and Spending. European and American Consumer Societies in the Twentieth Century*, Cambridge/New York 1998, S. 301–315.
- Wildt, Michael: Konsumbürger. Das Politische als Optionsfreiheit und Distinktion, in: Manfred Hettling/Bernd Ulrich (Hrsg.): *Bürgertum nach 1945*, Hamburg 2005, S. 255–283.
- Wildt, Michael: *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939*, Hamburg 2007.
- Wildt, Michael: Gewalt als Partizipation. Der Nationalsozialismus als Ermächtigungsregime, in: Alf Lüdtke/ders. (Hrsg.): *Staats-Gewalt: Ausnahmezustand und Sicherheitsregimes. Historische Perspektiven*, Göttingen 2008, S. 215–240.
- Wildt, Michael: »Wohlstand für alle«: Das Spannungsfeld von Konsum und Politik in der Bundesrepublik, in: Heinz-Gerhard Haupt/Claudius Torp (Hrsg.): *Die Konsumgesellschaft in Deutschland 1890–1990. Ein Handbuch*, Frankfurt/New York 2009, S. 305–316.
- Wildt, Michael: *Volksgemeinschaft und Führererwartung in der Weimarer Republik*, in: Ute Daniel/Inge Marszolek/Wolfram Pyta/Thomas Welskopp (Hrsg.): *Politische Kultur und Medienwirklichkeiten in den 1920er Jahren*, München 2010, S. 181–204.
- Wilke, Jürgen: Die Visualisierung der Wahlkampfberichterstattung in Tageszeitungen 1949 bis 2002, in: Thomas Knieper/Marion G. Müller (Hrsg.): *Visuelle Wahlkampf-kommunikation*, Köln 2004, S. 210–230.
- Williams, Isobel: *Allies and Italians under occupation. Sicily and Southern Italy 1943–45*, Basingstoke 2013.
- Willson, Perry: *Peasant Women and Politics in Fascist Italy. The Massaie Rurali*, London 2002.
- Willson, Perry: *Women in Twentieth-Century Italy*, Basingstoke 2010.
- Willson, Perry: Italian Fascism and the Political Mobilisation of Working-Class Women 1937–43, in: *Contemporary European History* 22, 2013, S. 65–86.
- Wintgens, Benedikt: Turn Your Radio on. Abgeordnete und Medien in der Bundesrepublik Deutschland nach 1949, in: Adéla Gjuríčová/Andreas Schulz/Luboš Velek/Andreas Wirsching (Hrsg.): *Lebenswelten von Abgeordneten in Europa 1860–1990*, Düsseldorf 2014, S. 295–310.
- Wirsching, Andreas: *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1993*. Berlin und Paris im Vergleich, München 1998.
- Wirsching, Andreas: *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990*, München 2006.

- Wirsching, Andreas: *Volksgemeinschaft* and the Illusion of ›Normality‹ from the 1920s to the 1940s, in: Martina Steber/Bernhard Gotto (Hrsg.): *Visions of Community in Nazi Germany. Social Engineering & Private Lives*, Oxford 2014, S. 149–156.
- Wolfrum, Edgar: *Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*, Lizenzausg., Bonn 2007.
- Woller, Hans: *Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth*, München 1986.
- Woller, Hans: *Amerikanische Intervention oder kommunistischer Umsturz? Die Entscheidungswahlen vom April 1948*, in: ders. (Hrsg.): *Italien und die Großmächte, 1943–1949*, München 1988, S. 69–94.
- Woller, Hans (Hrsg.): *La nascita di due repubbliche. Italia e Germania dal 1943 al 1955*, Mailand 1993.
- Woller, Hans: *Die Abrechnung mit dem Faschismus in Italien 1943 bis 1948*, München 1996.
- Woller, Hans: *Italien und Deutschland nach 1945. Vom schwierigen Geschäft des Vergleichs*, in: Gian Enrico Rusconi/ders. (Hrsg.): *Parallele Geschichte? Italien und Deutschland 1945 – 2000*, Berlin 2006, S. 27–33 [*Italia e Germania 1945–2000. La costruzione dell'Europa*, Bologna 2005].
- Woller, Hans: *Geschichte Italiens im 20. Jahrhundert*, München 2010.
- Woller, Hans: *Mussolini. Der erste Faschist. Eine Biografie*, München 2016.
- Wolf, Stuart (Hrsg.): *L'Italia repubblicana vista da fuori (1945–2000)*, Bologna 2007.
- Woyke, Meik: *Mobilität im suburbanen Raum. Das schleswig-holsteinische Umland von Hamburg (1950–1980)*, in: Adelheid von Saldern (Hrsg.): *Stadt und Kommunikation in bundesrepublikanischen Umbruchszeiten*, Stuttgart 2006, S. 123–146.
- Woyke, Meik (Hrsg.): *Wandel des Politischen. Die Bundesrepublik Deutschland während der 1980er Jahre*, Bonn 2013.
- Wüstemeyer, Manfred: *Re-education – die Verlierer lernen Demokratie*, in: Holger Afflerbach/Christoph Cornelißen (Hrsg.): *Sieger und Besiegte. Materielle und ideelle Neuorientierungen nach 1945*, Tübingen/Basel 1997, S. 219–247.
- Zamagni, Vera: *Die langsame Modernisierung des italienischen Einzelhandels. Die Geschichte eines Sonderfalls in vergleichender Perspektive*, in: Hannes Siegrist/Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka (Hrsg.): *Europäische Konsumgeschichte. Zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des Konsums (18. bis 20. Jahrhundert)*, Frankfurt/New York 1997, S. 705–716.
- Zappaterra, Paola: *Autobiografie e tensione alla politica nelle comuniste bolognesi 1945–1954*, in: *Storia e problemi contemporanei* 20, 1997, S. 49–62.
- Zappaterra, Paola: *Eleggere le donne: le costituenti e la campagna elettorale*, in: Mariuccia Salvati (Hrsg.): *La fondazione della repubblica. Modelli e immaginario repubblicani in Emilia e Romagna negli anni della Costituente*, Mailand 1999, S. 335–370.
- Zaslavsky, Victor: *Lo stalinismo e la sinistra italiana. Dal mito dell'Urss alla fine del comunismo, 1945–1991*, Mailand 2004.
- Ziemann, Benjamin: *Gesellschaftswandel und Modernisierung, 1800–2000. Zur Einführung*, in: *AfS*, 57, 2017, S. 3–20.
- Zierenberg, Malte: *Stadt der Schieber. Der Berliner Schwarzmarkt 1939–1950*, Göttingen 2008.
- Zierenberg, Malte: *Gewaltkommunikation und Konfliktperformanz auf dem Berliner Schwarzmarkt nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs*, in: *IMS* 2013/2, S. 54–64.
- Zimmermann, Clemens: *Marktanalysen und Werbeforschung der frühen Bundesrepublik. Deutsche Traditionen und US-amerikanische Einflüsse, 1950–1965*, in: Manfred Berg/Philipp Gassert (Hrsg.): *Deutschland und die USA in der Internationalen Geschichte des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 2004, S. 473–491.

- Zimmermann, Harm-Peer: Stimmen aus dem Volk. Bürgerbriefe an Helmut Schmidt anlässlich des Konstruktiven Misstrauensvotums 1982, in: *Vokus* 15, 2005, S. 4–38.
- Zimmermann, Harm-Peer: Lebenswelt und Politik. Bürgerbriefe an Helmut Schmidt, in: Peter Janich (Hrsg.): *Humane Orientierungswissenschaft. Was leisten verschiedene Wissenschaftskulturen für das Verständnis menschlicher Lebenswelt*, Würzburg 2008, S. 203–226.
- Zucconi, Guido: »La Festa è Finita!« The Question of »Centri Storici« in 1970s Italy, in: Martin Baumeister/Bruno Bonomo/Dieter Schott (Hrsg.): *Cities Contested. Urban Politics, Heritage, and Social Movements in Italy and West Germany in the 1970s*, Frankfurt/New York 2017, S. 193–210.

Personenregister

Erwähnungen in Fußnoten sind kursiv verzeichnet. Personen, die lediglich in Fußnoten Erwähnung finden, wurden nicht aufgenommen.

- Adenauer, Konrad 19, 61, *141*, 170, 196,
214 f., 227 f., 276, 287 f., 320, 328,
350-353, 355, 359, 388
Almirante, Giorgio 445, 447
Amendola, Giorgio 426
Anania, Francesca 362, 365
Andrae, Alexander 233
Andre, Josef 78
Andreotti, Giulio 518
Arndt, Claus 459
Asmussen, Hans Christian 99
Azzarita, Leonardo 197 f., 200
Badoglio, Piero 64
Barsig, Franz 281, 328
Barzel, Rainer 460, 463
Becker, Curt 467
Beilmann, Christel 99
Bergonzoni, Luciano 515
Bergsträsser, Ludwig 84 f., 100
Berlinguer, Enrico 430, 496, 501, 506,
514, 516 f.
Berlusconi, Silvio 24, 349
Betts, Paul 131, 173
Betzler, Helmut 488
Biscione, Francesco M. 134
Bismarck, Otto von 100
Blachstein, Peter 45, 104, 264 f.
Blank, Theodor 208 f.
Blumenfeld, Erik 283, 371, 379-381, 487
Böll, Heinrich 476
Bösch, Frank 353
Boll, Friedhelm 101 f.
Bonazzi, Enrico 161, 162
Bonazzi, Renzo 507
Borup, Allan 282
Brando, Paul 319 f.
Brandt, Willy 351, 366-371, 388, 436 f.,
451, 456, 461, 463, 466, 475, 477 f., 487
Brauer, Max 164, 166, 174, 193 f., 229,
332, 371 f., 379
Braune, Heinrich 354 f.
Brockhagen, Alfred 207
Calandrone, Giacomo 124, 259
Capperucci, Vera 93
Caracciolo, Lucio 22
Cavazza, Stefano 24, 132, 134
Collotti, Enzo 53
Colombi, Arturo 220, 314
Conway, Martin 20, 29, 46
Cohn-Bendit, Daniel 436
Corner, Paul 67, 89
Crainz, Guido 339
Craxi, Bettino 23 f., 349, 366, 518
Dahrendorf, Ralf 89, 300, 368
Damm, Carl 384 f.
De Felice, Franco 248
De Gasperi, Alcide 19, 42, 64, 72, 93, *118*,
132, 147, 151, 157, 244, 296, 326
De Grazia, Victoria 337, 416
De Marsanich, Augusto 296, 302, 325
Deibicht, Karl 209
Di Nallo, Egeria 512
Dipper, Christof 18 f.
Doering-Manteuffel, Anselm 24, 421
Dogliani, Patrizia 412
Dozza, Giuseppe 56, 74, 151, 176 f., 182-
184, 186-188, 220, 223 f., 227, 330 f.
Dröschler, Wilhelm 303 f.
Dutschke, Rudi 428, 439
Echternach, Jürgen 325
Eisenhower, Dwight D. 142
Elias, Norbert 413
Enderle, Irmgard 100
Erhard, Ludwig 42, 170, *172*, 214, 234,
272, 305 f., 325, 327, 272, 380, 382,
466 f., 488
Erker, Paul 85
Erler, Fritz 270, 302
Fanfani, Amintore 138, 156, 159, 201,
260, 312, 347, 397, 500
Fanti, Guido 227, 393 f., 498
Felder, Josef 320
Fenske, Michaela 288
Fietze, Hermann 229
Fischer, Rudolf 264
Focardi, Filippo 18
Foschepoth, Joseph 287
Franco, Francisco 398
Franz, Ove 113
Frei, Norbert 106, *107*
Freier, Anna-Elisabeth 87
Gärtner, Heinz 278
Gasparri, Ferruccio 114-116
Gatto, Vincenzo 346

- Genscher, Hans-Dietrich 460
 Gewandt, Heinrich 205 f., 295, 375-377, 379, 477
 Giannini, Guglielmo 148, 154, 200, 298
 Gillmann, Franz 384 f.
 Ginsborg, Paul 342
 Giscard d'Estaing, Valéry 287
 Glahe, Gerhard 355
 Gotthelf, Herta 275
 Gramsci, Antonio 90 f., 117, 154, 283, 426, 428, 430
 Grass, Günter 465
 Grebing, Helga 166
 Gut, Anton 356
 Hansen, Andreas 141
 Hanz, August 107
 Hartig, Margarete 275
 Heine, Fritz 166, 192 f., 218, 264, 279, 352, 387
 Heinemann, Gustav 99, 216, 268, 277, 290 f., 301
 Herbert, Ulrich 25, 152
 Hilwig, Stuart J. 415
 Hitler, Adolf 121, 146, 283, 295, 467, 494
 Höfer, Werner 358 f.
 Höhne, Adalbert 454
 Hoffmann, Egbert A. 60 f., 87, 109
 Holtmann, Everhard 83
 Huber, Josef 61
 Jaraus, Konrad H. 24 f., 29, 133
 Jotti, Nilde 503 f.
 Jürgensen, Nikolaus 454
 Kaisen, Wilhelm 83
 Keilhack, Irma 275, 281
 Kempff, Wolfgang 385
 Kennedy, John F. 287, 366, 369 f., 389
 Kern, Karl-Hans 470, 476, 486 f.
 Kertzer, David I. 405
 Kiesinger, Kurt Georg 389, 436, 452, 457, 463 f.
 King, Martin Luther 432
 Kirchheimer, Otto 420
 Kitzinger, Uwe W. 143, 210
 Kleßmann, Christoph 266
 Kley, Ewald 437
 Klinkhammer, Lutz 53
 Koenen, Gerd 471
 Kohl, Helmut 460, 485, 493
 Köppler, Heinrich 477
 Kramer, Wolfgang 468
 Krüger, Christine G. 101
 Kurlbaum, Georg 320
 Kurz, Jan 425
 La Malfa, Ugo 514
 Laepple, Paul 102
 Landahl, Werner 370
 Lang, Joseph 62
 LaPalombara, Joseph 23 f.
 Lattanzio, Vito 501
 Lauro, Achille 187 f.
 Leber, Julius 478
 Lenz, Otto 307, 382
 Lepre, Aurelio 187
 Lercaro, Kardinal Giacomo 257
 Lichtwark, Alfred 193
 Lilie, Kurt 485
 Lindenberger, Thomas 145, 374
 Löwenthal, Richard 291
 Lombardi, Riccardo 144
 Longo, Luigi 401
 Lorusso, Francesco 448
 Luhmann, Niklas 25, 351
 Mac Smith, Denis 514
 Macri, Giuseppe 311
 Mafai, Miriam 74 f.
 Maier, Charles S. 17
 Maier, Reinhold 110, 112
 Malavolti, Giuseppe 450
 Marcellino, Nella 314
 Marcuse, Herbert 428
 Marx, Karl 428
 Mathe, Ernst 478 f.
 Mayer, Ernst 107
 McCarthy, Patrick 348, 503
 Meermann, Hedwig 372, 375
 Meitmann, Karl 105, 164, 166, 168, 263, 290
 Mende, Erich 228
 Mergel, Thomas 31, 134, 163, 203, 213, 337, 457
 Modugno, Domenico 298
 Möller, Alex 370 f., 378
 Moro, Aldo 42, 45 f., 64, 309, 329, 347, 365, 397, 408 f., 425, 434, 450, 496, 500, 514, 522
 Müller, Carl Wolfgang 369, 387 f.
 Mussolini, Benito 53, 117, 146 f., 315, 514, 517
 Nanni, Rino 502
 Nevermann, Paul 205, 381, 388
 Nölting, Erik 217
 Nolte, Paul 15, 31
 Nolzen, Armin 89
 Novelli, Edoardo 197, 337, 397
 Nülk, Gustav 351

- Nürnberger, Wilhelm 288 f., 291, 324, 332
 Ohnesorg, Benno 339 f.
 Ollenhauer, Erich 164, 170, 332
 Orgaß, Gerhard 307, 374, 376 f.
 Ostman von der Leye, Wilderich 377, 384
 Ottani, Raffaele 186
 Pajetta, Gian Carlo 330, 362
 Palmer, Helmut 493
 Pasolini, Pier Paolo 513
 Passalacqua, Lina 296
 Pauli, Hubert 62
 Pavone, Claudio 22, 53
 Piccioni, Attilio 328 f.
 Pirker, Theo 105
 Pius XI. 92
 Pius XII. 92, 95, 156
 Pombeni, Paolo 19, 24
 Pünder, Hermann 100
 Quitzau, Carl 294 f.
 Radunski, Peter 482
 Raimondi, Giuseppe 312
 Raphael, Lutz 19, 21, 34, 214, 421
 Rau, Friedrich 383
 Reagon, Ronald 23
 Reichardt, Sven 88
 Reif, Hans 287
 Reimann, Max 214
 Riedel, Werner 292
 Rollmann, Dietrich-Wilhelm 262, 305,
 381, 383, 385, 389, 472, 477, 483
 Romeo, Antonio 430
 Rosenberg, Hans 284
 Rosenthal, Philipp 383
 Rossi, Mario 134, 161
 Sänger, Fritz 270
 Salomon, Erich von 107
 Salvati, Mariuccia 23 f.
 Samorei, Emil 62
 Saragat, Giuseppe 514
 Scarpellini, Emanuela 343
 Scelba, Mario 45, 115, 161, 185, 187, 219,
 362
 Schelsky, Helmut 99
 Scheuch, Erwin K. 476
 Schiller, Karl 478, 464
 Schmid, Carlo 387, 451
 Schmidt, Helmut 210, 281, 323, 379, 384,
 385, 458 f., 468 f., 477 f., 485
 Schmitt, Carl 88
 Schneider, Georg 379
 Scholl, Robert 78, 109
 Schröder, Gerhard 456
 Schüle, Paul 107
 Schütz, Klaus 369
 Schultz, Walter D. 279 f.
 Schulze, Gerhard 386, 456
 Schumacher, Kurt 110, 141, 164, 368
 Secchia, Pietro 97
 Seidel, Max 320
 Sethe, Paul 233
 Sieveking, Kurt 218
 Snicks, Fr. (Vorname unklar) 436 f.
 Soldati, Mario 363
 Spitta, Theodor 213
 Stalin, Josef 64, 221
 Stoltenberg, Gerhard 463
 Strauß, Franz Josef 218, 381, 389, 452,
 456, 490
 Strobel, Käte 320
 Sturzo, Don Luigi 148, 296-298, 312 f.
 Tambroni, Fernando 397
 Taviani, Ermanno 317
 Tesmer, Luftschutzwart 121
 Thadden, Adolf von 467
 Togliatti, Palmiro 57, 59, 64, 77, 90 f.,
 153, 219 f., 227, 244, 251, 283, 287,
 310, 314, 346, 361, 362 f., 500
 Tolomelli, Marica 459
 Tonarelli, Albertina 54
 Traverso, Enzo 133
 Tredup, Charlotte 87
 Ullrich, Sebastian 232
 Umberto II. 154
 Vanoni, Ezio 328
 Veit, Hermann 80 f., 234
 Verheyen, Nina 212
 Vittinghoff, Karl 290, 318, 351
 Vogt, Hannah 293 f.
 Wahl, Eduard 127
 Walner-von Deuten, Charlotte 274
 Warnke, Helmuth 86, 193
 Wehner, Herbert 211, 213, 269, 282, 288,
 304 f., 308, 319, 322, 324, 384
 Weichmann, Herbert 332
 Weiß, Hans 79
 Weißer, Johann(es) 63, 88
 Wiedemeier, Franz 87
 Wördehoff, Bernhard 436
 Woller, Hans 59, 158
 Zaccagnini, Benigno 509 f., 514
 Zangheri, Renato 516
 Zettel, Heinz 210
 Zoli, Adone 302
 Zucconi, Guglielmo 500

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



EX OFFICINA
2019

Schriften
Adobe Garamond Pro/Caspari (dtl)

Satz
textsatz – Linda Kutzki, Berlin

Umschlag
31 grad branddesign, Berlin

Druck und Herstellung
Ruksaldruck GmbH + Co. KG, Berlin

Printed in Germany